



Hartwin Spenkuch

**Acta Borussica : Neue Folge, 2. Reihe: Preussen als Kulturstaat,
Abteilung II: Der preußische Kulturstaat in der politischen und
sozialen Wirklichkeit**

**Band 9: Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik :
Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat Preußen und
zu ausgewählten Professorenberufungen in sechs Disziplinen
(1918 bis 1933)
2. Halbband**

Berlin: De Gruyter Akademie Forschung, 2016
ISBN: 978-3-11-045626-4
S. 706-1324

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus-30088](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus-30088)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Die Hochschulpolitik des Freistaats Preußen unter (sozial-)demokratischen Kultusministern leistete Erhebliches: 445 Quellenstücke dokumentieren Grundprobleme wie Finanzierung, Nachwuchsförderung oder Republikanisierung sowie ausgewählte Professorenberufungen in sechs Disziplinen (öffentliches Recht, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Soziologie, Pädagogik und Physik).

ACTA
BORUSSICA

Neue Folge

2. REIHE

Abteilung II

Band 9.2



ACTA BORUSSICA

Neue Folge

2. REIHE: PREUSSEN ALS KULTURSTAAT

Abteilung II

Der preußische Kulturstaat in der
politischen und sozialen Wirklichkeit

Band 9

Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik

Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat Preußen und
zu ausgewählten Professorenberufungen in sechs Disziplinen (1918 bis 1933)

2. Halbband



www.degruyter.com
ISBN 978-3-11-045626-4

DE
|
G

DE GRUYTER
AKADEMIE FORSCHUNG

ACTA BORUSSICA

Neue Folge

2. REIHE: PREUSSEN ALS KULTURSTAAT



ACTA BORUSSICA

Neue Folge

2. REIHE: PREUSSEN ALS KULTURSTAAT

Herausgegeben von der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung
von
Wolfgang Neugebauer

Abteilung II
Der preußische Kulturstaat in der
politischen und sozialen Wirklichkeit

Band 9

Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik

Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat
Preußen und zu ausgewählten Professorenberufungen
in sechs Disziplinen (1918 bis 1933)

Hartwin Spenkuch

2. Halbband

De Gruyter Akademie Forschung

Dieser Band wurde durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für Bildung und Forschung) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung) gefördert.

ISBN 978-3-11-045626-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-046906-6
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-046753-6

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Umschlagentwurf: Ingo Scheffler, Berlin
Lektorat: Gaby Huch, Berlin
Satz: work:at:Book, Martin Eberhardt, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Dokumente

(Fortsetzung aus dem 1. Halbband)

3. Wirtschaftswissenschaft

142. Aktenvermerk des Ministerialrats im Kultusministerium, Erich Wende.

Berlin, 3. März 1923.

Reinschrift, gez. Wende.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 19, Bl. 155.

Dem Bedürfnis nach mehr Lehrkräften für privatwirtschaftliche Studien kann man angesichts des Mangels an Nachwuchskräften gegenwärtig nur mit Lehraufträgen nachkommen.

Vgl. Einleitung, S. 98.

Das Bedürfnis der Studierenden der Volkswirtschaftslehre und der Rechtswissenschaften nach einer Verbreiterung der privatwirtschaftlichen Studien ist notorisch. Eine Abhilfe ließe sich zwar schon jetzt unabhängig von der Frage der Bewilligung etatmäßiger Professoren für diesen Fall im wesentlichen durch die Erteilung von Lehraufträgen beschaffen. Indessen fehlt es an wissenschaftlich genügend ausgewiesenem Personal, jedenfalls an Lehrkräften, die dem starken Bedürfnis der Studierenden der Volkswirtschaftslehre genügen würden. Für die Juristen würde im allgemeinen ein mehr auf das Technische gehender Unterricht über Buch- und Bilanzwesen vorerst genügen. Die künftigen Volkswirte brauchen aber einen wissenschaftlicheren Unterricht, für den, wie gesagt, nicht genügend Lehrkräfte vorhanden sind. Wenn es den Fakultäten gelingt, solche Lehrkräfte ausfindig zu machen, wird das Ministerium immer bereit und in der Lage sein, die ihnen zu erteilenden Lehraufträge zu finanzieren.

143. Denkschrift der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer.

Frankfurt/M., 29. Mai 1929.

*Druck.*¹

GSStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 277–283v.

Die Entwicklung der Studenten- und Professorenzahlen 1913 bis 1925 belegt, dass trotz gewisser Vermehrung der Ordinariate die Betreuungsrelation anstieg. Die Ausstattung des Fachs muss mindestens auf die Höhe der Rechtswissenschaft gebracht werden.

Vgl. Einleitung, S. 99 und 114.

Die Dotierung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre
Von Prof. Dr. Fritz Schmidt, Frankfurt a. M.

Sehr verehrte Herren Kollegen!

Was ich hier vorzubringen habe, kann uns allen, die wir unser Leben der Wirtschaftswissenschaft widmen, nichts grundlegend Neues sagen. Wir alle wissen, daß wir seit Beendigung des Krieges unter einer Arbeitsbelastung stehen, die auf Dauer keinesfalls ertragen werden kann, und die für unsere Wissenschaft die allergrößten Nachteile bedingt. Wenn ich auch bemüht sein werde, den Stand der Wirtschaftswissenschaft für das ganze Reich darzustellen, so muß ich mich doch in erster Linie auf die preußischen Verhältnisse beschränken, weil nur für dieses Land in der kürzlich veröffentlichten Statistik des Preußischen Statistischen Landesamtes (H. 279) eine sichere Grundlage gegeben ist. Die sonstigen Hochschulstatistiken leiden darunter, daß die Sparte der Wirtschaftswissenschaft nur unzulänglich in Erscheinung tritt, daß man die Studierenden der Wirtschaftswissenschaft bald unter den Angaben für die Juristen, Philosophen, Kameralisten und den Rechts- und Staatswissenschaften suchen muß. Oft ist ein Auseinanderrechnen nur durch Schätzung möglich. Demgegenüber hat die preußische Statistik das große Verdienst, zum ersten Mal alle Studierenden der Wirtschaftswissenschaft eindeutig zu erfassen und damit zahlenmäßig die große Bedeutung des Faches im akademischen Lehrbetrieb aufzuzeigen. Wir dürfen wohl hoffen, daß dies Vorgehen in den anderen Hochschulländern des Reiches Nachahmung findet.

Beginnen wir mit einer Untersuchung der Verschiebung, wie sie die Zeit seit 1913/14 bis 1924/25 für das ganze Reich auf den einzelnen Studiengebieten nach den Angaben des

¹ *Sonderabdruck aus dem Protokoll der Generalversammlung der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer in Jena, 29. bis 30. September 1925, Hamburg 1925. Von der Universität Frankfurt mit Schreiben vom 29.5.1929 (Bl. 276 der Akte) dem Kultusministerium übersandt als Nachweis der Überlastung wirtschaftswissenschaftlicher Professoren.*

Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich aufzeigt. Die Zahl der Studierenden der einzelnen Studiengänge betrug nach dieser Quelle für die beiden Vergleichsjahre:

Studierende an den deutschen Handelshochschulen (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich)

Universitäten		Handelshochschulen	Gesamtzahl
Winter-Sem.	Winter-Sem.	Winter-Sem.	Winter-Sem.
13/14	24/25	24/25	24/25
59.263	60.879	4.971	65.850
3.875	1.833	-	Evangelische Theologie
1.906	1.581	-	Katholische Theologie
9.803	17.685	+	Rechts- und Staatswissenschaft
2.316	6.757	+	Volkswirtschaft
15.121	8.517	-	Medizin
761	882	+	Zahnheilkunde
12.678	13.233	+	Philologisch-Historische Fächer
6826	2.997	-	Mathematik, Naturwissenschaften
889	2.294	+	Chemie
1.056	1.262	+	Pharmazie
1.420	2.675	+	Landwirtschaft
2.233	1.163	-	Sonstiges

Wir sehen, daß ganz erhebliche Verschiebungen eingetreten sind. Zwar ist die Gesamtzahl der Studierenden nur ganz unwesentlich gestiegen, aber die so grundlegend veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands nach dem Kriege haben den Andrang zu dem Studium der Einzelgebiete sehr beeinflußt. Starke Abnahmen weisen auf: Evangelische Theologie, Medizin, Mathematik und Naturwissenschaften. Andererseits zeigt sich erhebliches Wachstum bei den Rechts- und Staatswissenschaften, bei der Volkswirtschaftslehre, Chemie und Landwirtschaft. Man sieht deutlich, daß wir in einer Zeit leben, in der Wirtschaft und Produktion Lebensfragen geworden sind.

Will man indessen die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft ermitteln, so bedarf die vorstehende Statistik erheblicher Korrekturen. Einmal ist zu berücksichtigen, daß die Wirtschaftswissenschaftler nicht unter die Volkswirtschaftslehre, sondern auch unter Rechts- und Staatswissenschaften, ferner unter Philosophie zu suchen sind. Dann aber bestehen neben den allein in der Statistik erfaßten Universitäten in den Handelshochschulen noch weitere Bildungsstätten für Wirtschaftswissenschaft. Zwei dieser Fachhochschulen sind zwischen den Vergleichsjahren zu Universitäten ausgebaut worden (Frankfurt und Köln). Versuchen wir zu einer Gesamtzahl zu kommen, so wird folgende Rechnung notwendig:

Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft im Reich

Winter-Semester 1913/1914

Universitäten	2.316
Handelshochschulen	2.592
Insgesamt	4.908

Winter-Semester 1924/25

Universitäten, Studium der Volkswirtschaft	6.757
" ½ der Studierenden aus Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten	1.200
Universitäten, aus Philosophischen Fakultäten	3.000
Handelshochschulen	4.971
Insgesamt	15.928

Vergleichen wir weiter die Entwicklung der Studentenzahl auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft, der Philosophie und der Naturwissenschaften.

Studierende der Rechtswissenschaft, Winter-Semester 1913/14 insgesamt	9.803
Studierende der Rechtswissenschaft, Winter-Semester 1924/25	17.685
davon ab ½ der Rechts- und Staatswissenschaftler, die zur Wirtschaftswissenschaft gehören	1.200
Insgesamt	16.485

Studierende der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten

	Winter-Sem. 13/14	Winter-Sem. 24/25
Philosophie	12.678	13.233
Mathematik-Naturwissenschaften	6.826	2.997
Chemie	889	2.294
Pharmazie	1.056	1.262
Landwirtschaft	1.420	2.675
Insgesamt	22.869	22.461

Dabei ist zu berücksichtigen, daß zu den Studierenden, die daneben unter Sonstiges rubriziert sind, die Philosophischen Fakultäten den Hauptteil stellen. Diese Ziffer war: Winter-Semester 13/14: 2.233, Winter-Semester 24/25: 1.163. Im ganzen ist die Zahl der Studierenden dieser Richtung gleichgeblieben, die Verteilung auf die Untergruppen hat sich jedoch erheblich geändert.

Da hier die Frage der Versorgung der Wirtschaftswissenschaft mit Lehrkräften zu untersuchen ist, wird es nützlich sein, nicht nur die der Wirtschaftswissenschaft zu erfassen, sondern auch die der anderen bisher erwähnten Studiengebiete. Dabei genügt es, um einen richtigen

Einblick zu erhalten, wenn nur die vorhandenen Ordinate angegeben werden, denn deren Inhaber sind die Hauptstützen des Lehrbetriebes und die ergänzenden Kräfte stehen in der Regel in einer gewissen Proportion zu ihnen. Für die Beschaffung der Zahlen des einzelnen Studiengebietes versagt die amtliche Statistik. Es blieb nichts anderes übrig, als im Deutschen Universitätskalender für die fraglichen Semester die angekündigten Ordinarien auszuzählen.

Zahl der Ordinate für Wirtschaftswissenschaft im Reich

1. Wintersemester 1913/14

Ordinate an preußischen Universitäten	19
" " anderen Hochschulen	20
" " Handelshochschulen	<u>30</u>
Insgesamt	69

2. Wintersemester 1924/25

Ordinate an preußischen Universitäten	50
" " anderen Hochschulen	30
" " Handelshochschulen	<u>24</u>
Insgesamt	104

Den Hauptteil stellen für diese Zahlen die Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre, in Preußen sind es von 36 von den im Wintersemester 1924/25 vorhandenen 50 Ordinariaten der Universitäten. Bei den nichtpreußischen Universitäten entfallen nur 2 auf Statistik, 1 auf Finanzwissenschaft, 3 auf Betriebswirtschaft und 2 auf Wirtschaftsgeschichte, im ganzen also 8 auf andere Teile der Wirtschaftswissenschaft.

Als Lehrstühle für Wirtschaftswissenschaft wurden nicht gezählt die Ordinate für Recht, Sprachen, Naturwissenschaften, Philosophie, die aus Gründen der Allgemeinbildung an den Handelshochschulen bestehen. Zur Wirtschaftswissenschaft gehörig wurden gezählt die Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Statistik, Finanzwissenschaft, Soziologie, Fürsorgewesen, Wirtschaftsgeschichte, Versicherungslehre, Wirtschaftsgeographie und Warenkunde.

Die Zahl der Ordinate der Rechtswissenschaft betrug im Reiche für Winter-Semester 13/14: 158 und im Winter-Semester 24/25: 192. Auch bei der Rechtswissenschaft ist die Zahl der Lehrstühle nicht im gleichen Maße vermehrt worden wie die Zahl der Studierenden. Bei der Wirtschaftswissenschaft hat sich die Zahl der Studierenden mehr als dreifacht, die Zahl der Ordinate ist nur um etwa 50 % gestiegen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß für das Jahr 1924/25 eine Anzahl Lehrstühle als Ordinate gezählt werden, die auch 1913 schon als Extraordinariate vorhanden waren, also dem Lehrbetrieb voll zur Verfügung standen. Da in Preußen seit einiger Zeit grundsätzlich Extraordinarien nicht mehr ernannt werden, und auch andere Hochschulstaaten ähnlich verfahren, erscheint die Statistik also noch günstiger als in Wirklichkeit.

Für die philosophisch-naturwissenschaftlichen Fächer, deren Studentenziffern nicht zugenommen haben, kündigten im Reiche an im Wintersemester 1913/14: 616 und im Wintersemester 1924/25: 813 Ordinarien. Auch hier wird ein Teil der Zunahme auf die allgemeine Beförderung von Extraordinarien zurückzuführen sein.

Die bisher ermittelten Ziffern ergeben eindeutig, daß die Wirtschaftswissenschaft als Ganzes für das Reich eine starke Entwicklung aufzeigt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich hier für das Wintersemester 1924/25 um durch die Studienreform bereinigte Ziffern handelt. Abgesehen von den älteren Semestern, müssen alle Studierenden dieser Statistik erst nach sechssemestrigem Studium ein Diplomexamen abgelegt haben, ehe sie nach acht Studiensemestern zur Promotion zugelassen werden können. Hätte man die Ziffern des Sommersemesters 1923 benutzt, so wären die Zahlen mindestens doppelt so hoch. Weiter muß berücksichtigt werden, daß von den Lehrstühlen der Volkswirtschaftslehre ein erheblicher Teil schon bestand, ehe es überhaupt ein reines Studium der Wirtschaftswissenschaft gab, denn diese Lehrstühle sind geschaffen worden zum Zwecke der Ausbildung von Juristen. Da nun auch die Zahl der Juristen sehr erheblich gewachsen ist, sind die Inhaber vieler volkswirtschaftlicher Lehrstühle nach dieser Richtung hin voll beansprucht, das um so mehr, als neuerdings die Ausbildung der Juristen in der Volkswirtschaftslehre erheblich vertieft worden ist. Demnach muß ein Teil der Lehrstühle für Wirtschaftswissenschaft in unseren Statistiken abgesetzt werden, weil sie der Ausbildung von Juristen dienen. Man wird nicht zu hoch greifen, wenn man für diesen Zweck 30 der volkswirtschaftlichen Lehrstühle von der an sich geringen Gesamtzahl absetzt. Freilich muß man dann auch den Ordinarien der Rechtswissenschaft zugestehen, daß auch sie einen Teil der Last für die Ausbildung der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft zu tragen haben, weil sie in erheblichem Umfange an den Diplomprüfungen beteiligt sind.

Versuchen wir, zu einigen Vergleichszahlen zu kommen. Die Gesamtzahl aller Studierenden an Universitäten und Handelshochschulen betrug im Wintersemester 1924/25: 65.850. Davon waren 15.928 Studierende der Wirtschaftswissenschaft. Das sind 24,2 % der Gesamtzahl. Auf die Wirtschaftswissenschaft entfallen 104 Ordinariate, also auf jedes Ordinariat durchschnittlich 153 Studierende, während in der Rechtswissenschaft auf 16.485 Studierende 192 Ordinariate, auf jedes Ordinariat durchschnittlich 86 Studierende entfallen. Im Gesamtdurchschnitt entfallen von den 65.850 Studierenden im Reiche auf jedes der 1.842 Ordinariate 36 Studierende. Wäre die Wirtschaftswissenschaft mit Ordinariaten so versorgt wie der Durchschnitt der Lehrgebiete, so müßte sie 24 % der Gesamtzahl, also 442 Ordinariate haben. Sie besitzt derzeit trotz Nebenbelastung durch die Juristenbildung nur 104, also fehlen nach diesem Maßstab 338. Anstatt 24 % der Ordinariate hat sie nur 5,6 % der Gesamtzahl im Reiche aufzuweisen. Da die Versorgung auch hinter der der Juristen sehr erheblich zurückbleibt, ist offensichtlich, daß die Wirtschaftswissenschaft das höchstbelastete Studiengebiet an deutschen Hochschulen ist.

Die Lage der Wirtschaftswissenschaft in Preußen. Wenn es bei der Reichsstatistik infolge ihrer mangelhaften Gliederung mehrfach notwendig war, Schätzungen vorzunehmen,

so sind wir für Preußen in einer glücklichen Lage. Das Preußische Statistische Landesamt hat für das Wintersemester 1924/25 eine gründliche Verarbeitung der Zählkarten der Studierenden vorgenommen und die Ergebnisse so gegliedert, daß die Wirtschaftswissenschaft als Studiengebiet sogar in ihren einzelnen Hauptteilen hervortritt. Es ist kein Wunder, daß in dem industriell so hoch entwickelten Preußen die Wirtschaftswissenschaft in bezug auf die Entwicklung der Studentenzahl besonders große Fortschritte gemacht hat.

An den preußischen Universitäten studierten im fraglichen Semester 30.001 vollimmatrikulierte Personen, an den preußischen Handelshochschulen Berlin und Königsberg 2.142, im ganzen also 32.143 Studierende. Von dieser Gesamtzahl werden als Studierende der Volkswirtschaft 3.913, der Betriebswirtschaft 2.009, der Handelshochschulen 2.142 direkt ausgewiesen; dazu ist die Hälfte derjenigen zu rechnen, welche als Studierende der Rechts- und Staatswissenschaften verzeichnet sind = 1.652. Insgesamt ergeben sich also 9.716 Studierende der Wirtschaftswissenschaft in Preußen. Das sind 30,2 % der Gesamtzahl aller Studierenden in Preußen. Für die Rechtswissenschaft allein werden 4.594 Studierende verzeichnet, dazu tritt die Hälfte der Studierenden der Rechts- und Staatswissenschaften (= 1.652), so daß insgesamt auf die Rechtswissenschaft 6.246 Studierende entfallen. Demnach studieren derzeit in Preußen ungefähr 50 % mehr Personen Wirtschaftswissenschaft als Rechtswissenschaft. Nichts kennzeichnet stärker den Umschwung der Verhältnisse. Auf die Medizin entfallen nur 4.046 Studierende, weniger als die Hälfte der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft. Auf die gesamten philosophisch-naturwissenschaftlichen Fächer entfallen 11.714 Studierende, auf evangelische Theologie 886 und auf die katholische Theologie 820. Kennzeichnend für die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft in Preußen ist die Zahl ihrer Studierenden im Wintersemester 1913/14. Sie betrug an den Universitäten 1.004 und an den Handelshochschulen, zu denen damals noch Frankfurt und Köln gehörten, 1.717, insgesamt also nur 2.721. Demnach hat sich die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft in Preußen um 257 % vermehrt. Für die Rechtswissenschaft ergibt sich aus dem Statistischen Jahrbuch für den preußischen Staat, daß die Zahl ihrer Studierenden für das Wintersemester 1913/1914 etwa 5.220 betrug, so daß in dieser Sparte eine Zunahme von etwa 1.000 Studierenden zu verzeichnen ist. Die Gesamtzahl der Studierenden an preußischen Universitäten betrug 1913/1914 27.564 männliche und etwa 2.000 weibliche Personen, insgesamt etwa 29.500, so daß die Gesamtziffer sich nicht wesentlich verändert hat.

Prüfen wir nunmehr die Versorgung der Wirtschaftswissenschaft in Preußen mit Lehrstühlen. Im Wintersemester 1913/14 kündigten an den preußischen Universitäten 19 Ordinarien der Wirtschaftswissenschaft Vorlesungen an. An den Handelshochschulen Köln, Frankfurt, Berlin und Königsberg bestanden zur gleichen Zeit 19 weitere Ordinariate der Wirtschaftswissenschaft. Nicht zur Wirtschaftswissenschaft werden dabei die Lehrstühle gerechnet, welche zur Förderung der Allgemeinbildung an Handelshochschulen für Gebiete der Naturwissenschaft, des Rechts und der Philosophie bestehen. Im ganzen hatte also Preußen 1913/14: 38 Ordinariate der Wirtschaftswissenschaft für insgesamt 2.721 Studie-

rende dieses Faches. Es entfielen also auf jeden Ordinarius im Durchschnitt 72 Studierende. Obgleich das gegenüber der Belastung aller anderen Fächer schon ein Übermaß darstellt, sehnen wir uns heute nach diesen Zeiten zurück. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß so gut wie alle Lehrstühle der Wirtschaftswissenschaft, die damals an den preußischen Universitäten bestanden, nicht geschaffen worden waren, um eine Fachbildung zu geben, sondern um die Juristen in die Wirtschaftswissenschaft einzuführen. Im Grunde darf man in der Statistik also diese Lehrstühle nicht als eine Versorgung der Wirtschaftswissenschaft rechnen, sondern sie sind der Versorgung der Juristen gewidmet.

Für das Wintersemester 1924/25 kündigten an den preußischen Universitäten insgesamt 50 Ordinarien der Wirtschaftswissenschaft Vorlesungen an. An den Handelshochschulen waren es 8, insgesamt also 58. Das sieht gegenüber der Zahl von 1913/14 immerhin wie eine Vermehrung der Ordinariate bei den Universitäten aus. Prüft man eingehender, so ergibt sich, daß der Hauptteil dieser Vermehrung kein realer ist. Dem Staat Preußen sind anlässlich der Umwandlung der Handelshochschulen Frankfurt und Köln und durch ihren weiteren Ausbau insgesamt 19 Ordinariate der Wirtschaftswissenschaften geschenkt worden. Selbst wenn er jetzt die Hälfte des Defizits von Frankfurt deckt, so kosten ihn die Lehrstühle der Wirtschaftswissenschaft, wie später zu zeigen ist; kaum etwas. Ferner sind mindestens vier der sonstigen Universitätsordinariate dadurch entstanden, daß schon im Jahre 1913/14 vorhandene Inhaber von Extraordinariaten zu persönlichen Ordinarien ernannt worden sind. Das bedeutet keinerlei bessere Versorgung des Lehrbetriebes. Also sind von den verzeichneten Ordinariaten für die Universitäten im Jahre 1924/25 allein 23 als unechte Vermehrung abzuziehen, so daß die reale Vermehrung an preußischen Universitäten auf Kosten des Staates nur 8 Ordinariate beträgt. Diesen 8 Ordinariaten steht eine Vermehrung der Studierenden an den rein staatlichen Universitäten, ohne Frankfurt und Köln, von 1.004 auf 3.438 gegenüber. Der Preußische Staat hat für 2.400 Studierende, die allein an Studiengebühren (120 M pro Kopf) pro Jahr 288.000 Mark zahlen, nicht mehr übrig gehabt als die Aufwendungen für 8 neue Ordinariate, die sicher sehr viel niedriger sind. An der Handelshochschule Berlin ist in der Vergleichszeit die Zahl der Ordinariate im ganzen um eines zurückgegangen und für das Fach der Betriebswirtschaftslehre, trotz Verdreifachung der Studentenzahl, von vier auf zwei reduziert worden. Versuchen wir jetzt, die Versorgung der einzelnen Studienggebiete mit Lehrkräften zu vergleichen, so bedarf es zunächst der Ermittlung der vorhandenen Ordinariate. Auf sie als die Hauptträger des Unterrichts wollen wir uns beschränken. Dabei ist im vorhinein klarzustellen, daß nicht alle Fächer ohne weiteres vergleichbar sind. Alle Gebiete, die ihre Lehraufgabe nur bei Vorhandensein eines großen Institutsapparates durchführen können, also in erster Linie die medizinischen und naturwissenschaftlichen Lehrgebiete, müssen notwendigerweise besser bedacht werden als die Lehrgebiete, bei denen Vorlesung und Seminar die Hauptrolle in der Ausbildung spielen. Gleiche Lehrbedingungen liegen vor bei den geisteswissenschaftlichen Fächern der Philosophischen Fakultäten und insbesondere bei der Rechtswissenschaft. Man mag zwar noch einwenden, daß bei den

philosophischen Lehrgebieten viele sind, die ihrer Natur nach nur eine sehr beschränkte Zahl von Studierenden haben können. Dieser Einwand ist nur bis zu einem gewissen Grade berechtigt, denn auch die Wirtschaftswissenschaft hat ihre Grenzgebiete und Sonderfälle, die Berücksichtigung heischen. Immerhin ist sicher, daß es sich in der Gegenwart nicht darum handeln kann, Teilgebiete von geringerer Bedeutung zu pflegen, solange der Wirtschaftswissenschaft als Ganzes die Lehrkräfte für die zentralen Gebiete fehlen. Selbst auf diesem Gebiete werden wir als Wirtschaftswissenschaftler uns auf das beschränken müssen, was unbedingt notwendig ist. Die Lage des Staates und der Wirtschaft erlaubt mehr heute nicht. Andererseits aber müssen wir das Unentbehrliche fordern, soll uns nicht in der Zukunft der schwere Vorwurf treffen, das gebilligt zu haben, was in seiner Endwirkung die mangelhafte Ausbildung einer gesamten Generation von Wirtschaftswissenschaftlern herbeiführen muß.

Während noch 1913/14 auf jedes vorhandene Ordinariat der Wirtschaftswissenschaften (2.721:38) rund 72 Studierende entfielen, ergibt sich für 1924/25 in Preußen ein Verhältnis von (9.716:58) 167,5 Studierenden pro Ordinariat der Wirtschaftswissenschaft. In der Rechtswissenschaft kündigten 1924/25 in Preußen insgesamt 107 Ordinarien Vorlesungen an. Die Zahl der Studierenden pro Lehrstuhl ist demnach (6.246:107) 58,4. In den philosophisch-naturwissenschaftlichen Fächern kündigten im gleichen Semester an 473 Ordinarien, die Zahl ihrer Studierenden war 11.714, also entfielen auf jedes Ordinariat 24,8 Studierende. Im ganzen bestanden in Preußen 1924/25 an den Universitäten 1.043 Ordinariate, an den Handelshochschulen 11, insgesamt also 1.054, von denen der Wirtschaftswissenschaft nur 5,5 % zugeteilt sind. Auf jedes Ordinariat entfallen im Durchschnitt 30,5 Studierende. Würde die Wirtschaftswissenschaft entsprechend ihrem Anteil an der Zahl der Studierenden mit Lehrkräften versorgt, so müßte sie bei 30,2 % insgesamt 318 Ordinariate haben. Sie hat nur 58, also wären zu errichten 260. Legen wir den Maßstab der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fächer, ein Ordinariat auf 24,8 Studierende, zugrunde, so müßten für die Wirtschaftswissenschaft in Preußen (9.716: rund 25) 389 Ordinariate vorhanden sein. Vorhanden sind nur 58, also fehlen nach diesem Maßstabe 331. Wohl wäre es berechtigt, das, was manche unter gleichen Verhältnissen arbeitenden alten Gebiete der Wissenschaft als wohlverworbene Recht der reichlichen Versorgung für sich in Anspruch zu nehmen, auch für die Wirtschaftswissenschaft zu fordern, aber wir sind zu sehr Wirtschaftler, um die finanziellen Schwierigkeiten der Gegenwart zu übersehen. Deshalb wird vor allem der Maßstab der Versorgung in Betracht kommen, der jetzt, nachdem ein Abbau von Lehrstühlen durchgeführt ist, für die Rechtswissenschaft ermittelt wurde. Rechnen wir bei den Juristen mit einer Studentenzahl von 59 auf das Ordinariat, so würde die Wirtschaftswissenschaft in Preußen (9.716:59) 165 Ordinariate haben müssen, sie hat nur 58, und von diesen sind etwa 20 für die Juristenausbildung in Anspruch genommen, so daß effektiv nur 38 verbleiben. Es müßten also noch 127 Ordinariate der Wirtschaftswissenschaft in Preußen geschaffen werden, ehe dieses Lehrgebiet ebenso versorgt wäre wie die wohl unbestrittenermaßen vollbelastete Rechtswissenschaft.

Diese Forderung auf Gleichstellung der Wirtschaftswissenschaft mit der Rechtswissenschaft ist ein absolutes Minimum, an dem abzuhandeln nichts anderes bedeuten würde, als Minderung der Qualität in der Ausbildung der Wirtschaftswissenschaftler. Wer weniger verlangt oder bewilligt, trägt die Verantwortung für geringere Leistung, die auf einen Höchststand zu bringen, sicherlich nirgends notweniger ist als auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Im einzelnen ist hier nun noch des Spezialgebietes der Betriebswirtschaftslehre als des jüngsten Zweiges der Wirtschaftswissenschaft zu gedenken. Dies Lehrgebiet ist es vor allem, dem die Einführung des Wirtschaftswissenschaftlers in die Wirtschaftspraxis obliegt. In der preußischen Statistik für 1924/25 tauchen zum ersten Mal offiziell Studierende der Betriebswirtschaft auf. Es haben sich 4.133 Personen als solche bezeichnet. Die Zahl der Ordinate war in diesem Semester aber nur 8 in ganz Preußen, demnach entfallen auf jeden Ordinarius 516,6 Studierende. Das ist wahrscheinlich ein Weltrekord, auf den aber schwerlich jemand stolz sein wird. Wäre die Betriebswirtschaftslehre so versorgt wie die Rechtswissenschaft, so müßte sie insgesamt 70 Lehrstühle haben. Daß in allerletzter Zeit in Preußen 3 zu den 8 hinzugetreten sind, ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Folgerungen. Wer die hier aufgestellte Mindestforderung einer gleichguten, die Juristen würden sagen: gleichschlechten, Versorgung der Wirtschaftswissenschaft mit Ordinariaten wie die Rechtswissenschaft ablehnen wollte, müßte nachweisen, daß für Forschung und Lehre in beiden Gebieten verschiedene Grundsätze gelten. Wer die Verhältnisse kennt, wird die Unmöglichkeit dieses Beweises einsehen. Er wird aber auch zugestehen müssen, daß die heutige Überlastung der Wirtschaftswissenschaft die wissenschaftliche Forschung ihrer Träger und die Weiterentwicklung dieses noch so unvollständig ausgebauten Wissensgebietes auf das schwerste benachteiligen muß. Soll auf dem nahezu einzigen Gebiet, wo Deutschland das Recht zu freier Konkurrenz in der Leistung noch geblieben ist, der Wissenschaft, der geringe Aufwand gescheut werden, der notwendig ist, um die deutsche und insbesondere die preußische Wirtschaftswissenschaft auf der Höhe der schnell vorwärtsschreitenden ausländischen Hochschulen zu halten.

Die Wirtschaftswissenschaft bildet in erster Linie Menschen für die Wirtschaftspraxis aus. Jeder ihrer Absolventen, der nicht die erreichbare Höchstbildung ins Leben miterhält, wird nicht nur persönlich geschädigt, er schädigt ein ganzes Leben lang die deutsche Volkswirtschaft. Der Einwand, daß in absehbarer Zeit wahrscheinlich ein Rückgang in der Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft eintreten werde, ist schwerlich berechtigt, denn solange die Technischen Hochschulen, die Träger des technischen Fortschritts, fortlaufend etwa 20.000 Studierende aufweisen, wird auch für die jetzt im Entstehen begriffene Sparte akademisch gebildeter Wirtschaftspraktiker eine Studentenzahl von 16.000 nicht zu hoch sein. Es ist nur eine Frage kurzer Zeit, bis alle leitenden Posten wirtschaftlicher Art ebenso den wissenschaftlich Gebildeten vorbehalten werden, wie die Führerstellen in der Technik. Forderungen. Wir sind in einer Periode des Abbaus alles Entbehrlichen aus der wirtschaftlichen Not des Landes heraus, deshalb mußten die Forderungen, welche für den Ausbau der Wirtschaftswissenschaften zu stellen waren, von vornherein auf das Notwendigste

beschränkt werden. Die Wirtschaftswissenschaft soll nur ebenso schlecht behandelt werden wie die Rechtswissenschaft. Für einen Abbau wesentlich besser versorgter Fächer kann ein Wissenschaftler schwerlich eintreten. Demnach entsteht die Frage: Was würde es kosten, wenn unserer Forderung in Preußen entsprochen werden sollte? Wir sehen dabei ab von der Tatsache, daß die Kosten der in Betracht kommenden preußischen Hochschulen aus verschiedenen Quellen bestritten werden. Ein Ordinariat kostet heute im Durchschnitt kaum mehr als 10.000 Mark, demnach würden die notwendigen 127 Ordinariate im ganzen 1.270.000 Mark an Neuaufwand verursachen. Für die im ganzen notwendigen 165 Ordinariate wären 1.650.000 Mark anzusetzen. Bedenkt man, daß die 9.716 Studierenden der Wirtschaftswissenschaft in Preußen allein an Studiengebühren (120 Mark pro Jahr und Kopf) 1.165.920 Mark jährlich zahlen, so ergäbe sich bei voller Befriedigung unserer Mindestforderung nur ein Zuschuß von rund 500.000 Mark, jährlich bezogen auf rund 30 % aller Studierenden in Preußen. So billig wird kaum irgendeine andere Sparte der Studierenden zu versorgen sein. Beziehen wir aber gar die Einnahmen aus den Studiengebühren auf die heute vorhandenen 58 Ordinariate, so zeigt sich, daß deren Kosten, mit 580.000 Mark angenommen, gerade die Hälfte der heutigen Einnahmen ausmachen. Im Staate Preußen wird also heute sogar noch ein recht netter Verdienst an der Wirtschaftswissenschaft erzielt. Das ist sicher für viele eine Überraschung.

Nun muß ohne weiteres zugestanden werden, daß keine Hochschulverwaltung heute imstande wäre, 127 neue Ordinariate für Wirtschaftswissenschaft zu besetzen, denn es ist einleuchtend, daß Menschen, die etwas von der Ökonomik gelernt haben, sich nicht gerade dazu drängen, in einem Staate die brotlose Privatdozentenkarriere für ein Fach einzuschlagen, in dem die Aussichten, einmal eine besoldete Stellung zu erreichen, bei dem bisherigen Umfang der Lehrstühle verhältnismäßig gering sein mußten, während gleichzeitig in der Wirtschaftspraxis in kürzester Zeit führende und einträgliche Posten zu erreichen waren. Der Substanzschwund hat auch das Gebiet der Wissenschaft in ihrer Personalausstattung ergriffen. Seit der Stabilisierung und der damit verbundenen Wirtschaftskrise sind die Aussichten, erstklassige junge Kräfte für die Wirtschaftswissenschaft zu gewinnen, wieder bessere geworden. Es wäre sicher möglich, bei zielbewußter Pflege und entschlossenem Willen den notwendigen Nachwuchs und Zuwachs zu erzielen. Auch für technische, medizinische und ähnliche Gebiete hat man schon immer als Lehrkräfte auch geeignete Persönlichkeiten, die in der Praxis standen, berufen. Freilich, nichts wäre schlimmer, als etwa eine größere Zahl neuer Lehrstühle mit minderwertigen Kräften zu besetzen, die dann ein Leben lang auch Minderwertiges leisten. Deshalb empfehle ich folgenden Weg:

Für die Gesamtheit der im Preußischem Staate vorhandenen Universitäten und Handelshochschulen wird, verteilt nach Maßgabe ihrer Bedürfnisse und Studentenziffern, unter Festsetzung einer Minimalausstattung, ein Notfonds für die Wirtschaftswissenschaft in den Etat eingesetzt, der für die persönlichen Zwecke 1.000.000 Mark und für die bisher sehr vernachlässigte sachliche Ausstattung des Faches 200.000 Mark zu betragen hätte. Dieser Fonds

stünde zur Verfügung der Hochschulverwaltungen, um daraus planmäßig die Bedürfnisse der Wirtschaftswissenschaft zu befriedigen. In personaler Beziehung wären aus dem Fonds zunächst so viele Ordinariate zu schaffen, als bei dem heutigen Stande des Nachwuchses ohne Nachlaß in der Qualität besetzt werden könnten. Der Rest und Hauptbetrag hätte der planmäßigen Beschaffung von Nachwuchs in der Weise zu dienen, daß jedem bestehenden Ordinariat nach Maßgabe der Unterrichtsbedürfnisse die zur sofortigen Entlastung unbedingt notwendigen Assistenten zugeteilt würden. Die Auswahl solcher Assistenzkräfte hätte unter dem Gesichtspunkte zu erfolgen, daß nur in Betracht kommt, wer begründete Aussicht bietet, auch in absehbarer Zeit ein vollwertiger Privatdozent zu werden. Wird die Auswahl mit Sorgfalt getroffen – dafür könnten besondere Einrichtungen sorgen –, so werden wir in zwei bis drei Jahren bereits eine Anzahl von geeigneten Anwärtern für Lehrstühle gewonnen haben, die dann nach der Maßgabe ihrer Leistungen zunächst neugeschaffene Extraordinariate und später durch Umwandlung ordentliche Lehrstühle erhalten. Assistenten, die innerhalb einer angemessenen Frist nicht Genügendes leisten, können, da ihre Stellen kündbar bleiben, allmählich wieder ausgeschieden werden.

Die Minimalausstattung jeder Hochschule, welche Wirtschaftler ausbilden soll, müßte in möglichst kurzer Zeit dahin gebracht werden, daß mindestens ein planmäßiger Lehrstuhl für die Wirtschaftstheorie, einer für die Wirtschaftspolitik, einer für Finanzwissenschaft, Statistik und Betriebswirtschaft geschaffen würde. Daneben wäre in Aussicht zu nehmen, auch die anderen unentbehrlichen Wirtschaftsfächer in einer angemessenen Zahl von Hochschulen vertreten zu lassen. Die Wirtschaftsgeschichte, Verwaltungslehre, Soziologie, Versicherungswissenschaft und Wirtschaftsgeographie bedürfen stärkerer Pflege als bisher, wenn sie nicht verkümmern sollen. Was die Betriebswirtschaftslehre angeht, so könnte ein Vertreter für dies weite Fach nur die Einführung vermitteln, eine Hochschule, die wirkliche Wirtschaftspraktiker ausbilden will, muß deren wie die meisten heutigen Handelshochschulen mindestens drei haben. Für alle, insbesondere die Zentralfächer, ist mehrfache Besetzung vorzusehen, wenn die Zahl der Studierenden so groß wird, daß ein Vertreter die Last nicht mehr zu tragen vermag.

Etatsmäßig würde die Entwicklung sich in der Weise vollziehen, daß der Notfonds, für den es im preußischen Etat nicht an Präzedenzfällen fehlt – im Justizetat hat man z. B. zeitweise einen Fonds zur kommissarischen Verwaltung von Richterstellen geführt –, allmählich durch die Errichtung von festen Lehrstühlen aufgezehrt wird. Jedesmal, wenn eine solche Schaffung neuer fester Stellen einträte, würde der Landtag diese Stelle im jeweiligen Etat zu genehmigen haben. Daß es geschieht, wird kaum zu bezweifeln sein, wenn der laufende Notfonds jetzt von dieser Stelle zugestanden wird, denn dann bedeutet keine Stelle eine Mehrausgabe für den jeweiligen Etat. Die Politik, um jeden einzelnen Lehrstuhl gesondert zu kämpfen, jeden Assistentenposten den vielen Ablehnungsinstanzen gesondert abzurufen, halte ich für eine Kraftverschwendung, zu der wir überlasteten Wirtschaftswissenschaftler keine Zeit übrig haben. Ich bin fest überzeugt, daß im Landtag und in der Verwaltung genügend Männer sitzen, die nicht ernsthaft bereit sind, die Verantwortung dafür zu tragen, daß

die Wirtschaftswissenschaft und damit auch die Wirtschaft selbst in Preußen jetzt in ihrer schwersten Krise in einer Weise vernachlässigt werde, die in der gesamten Volkswirtschaft Schaden von unermeslichem Umfange anrichten muß. Selbst die Wirtschaftspraktiker, welche als reine Praktiker jetzt noch dem Gedanken einer wissenschaftlichen Ausbildung auf dem Gebiet der Wirtschaft mißtrauisch gegenüberstehen, werden sich dem Argument nicht verschließen, daß, wenn man einmal von seiten des Staates Wirtschaftler ausbildet, sie auf alle Fälle so gut als irgend möglich ausgebildet werden müssen, soll nicht die Studienzeit verlorene Zeit sein. Die Männer, welche die schwierige Aufgabe haben, in schwerer Zeit das Staatsbudget zum Ausgleich zu bringen, haben noch immer den Weg gefunden, neueren lebenswichtigen Bedürfnissen im notwendigsten Umfange gerecht zu werden. Sollte die Versorgung der aufblühenden Wirtschaftswissenschaft mit dem geforderten bescheidenen Minimum an Arbeitskräften weniger wichtig sein als die Errichtung mancher neuen Ämter? Ich vertraue fest darauf, daß die Kraft unserer Argumente, die Wucht der hier zusammengefaßten Zahlen, jeden, der die Lage der Wirtschaftswissenschaft ernsthaft prüft, von der absoluten Notwendigkeit einer gründlichen Besserung überzeugen wird. Wir jedenfalls als Träger und Hüter der uns anvertrauten Wirtschaftswissenschaft können für die Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse im Lehr- und Forschungsbetriebe keine Verantwortung mehr übernehmen, nachdem wir in der Nachkriegszeit unsere Kraft bis zum letzten angespannt haben, um im Dienste der benachteiligten Kriegsteilnehmer den Versuch zu machen, das Menschenunmögliche zu leisten. (Beifall.)

Nach eingehenden Verhandlungen wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Die Zahl der Lehrstühle für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den deutschen Hochschulen ist, gemessen an den gewachsenen Anforderungen, völlig unzureichend. In der Zeit vom Wintersemester 1913/14 bis zum Wintersemester 1924/25 ist die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften auf mehr als das Dreifache gestiegen, nämlich in Preußen von 2.700 auf 9.700, im Reich auf von 4.900 auf 15.900, die Zahl der Lehrstühle hingegen nur von 38 auf 58 bzw. von 69 auf 104. Von der Gesamtzahl der Studierenden an Universitäten und Handelshochschulen im Deutschen Reich entfallen auf die Wirtschaftswissenschaft über 24 %, von den Ordinariaten dieser Hochschulen aber höchstens 6 %. Eine durchgreifende Vermehrung der Lehrstühle muß erfolgen, wenn nicht Forschung und Lehre auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf das schwerste gefährdet werden sollen, wovon nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die deutsche Wirtschaft betroffen würde.

Die Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer muß deshalb die Verantwortung für die Durchführung eines wissenschaftlich hochstehenden Forschungs- und Lehrbetriebes ablehnen, wenn nicht in kürzester Zeit die Ausstattung des Faches mit Lehrstühlen mindestens auf die Durchschnittshöhe gebracht wird, die die von allen Lehrgebieten nach der Wirtschaftswissenschaft am stärksten und anerkanntermaßen vollbelastete Rechtswissenschaft aufweist.

**144 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für
Kultusminister Adolf Grimme.**

Berlin, 23. Mai 1931.

Ausfertigung, gez. Jaeger als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 5, Bl. 426–434.

Als Nachfolger von Werner Sombart im Ordinariat für Nationalökonomie werden vorgeschlagen: Fritz Beckmann, Constantin von Dietze und Theodor Brinkmann, da, wie bereits 1925 favorisiert, ein Agrarwissenschaftler in der Fakultät benötigt wird.

Vgl. Einleitung, S. 5 und 100.

Im Anschluß an den Bericht vom heutigen Tage –Tagebuch Nr. 754 – beehrt sich die Philosophische Fakultät der Universität Berlin ergebenst mitzuteilen, daß an der Kommissions-sitzung betr. Nachfolge Sombart außer dem Herrn Dekan die Herren Professoren:

Bernhard,

von Bortkiewicz,

Dessoir,

von Gottl-Ottlilienfeld,

Hartung,

Herkner,

Heinrich Maier,

Rühl,

Sombart,

Spranger und Vierkandt

teilnahmen. Die Herren Professoren: Jastrow und Sering wohnten der Sitzung als Gäste bei. Die Vorschläge der Nichtordinarien: Aereboe, von Bissing, Leubuscher, August Müller und Wolfers sind beigefügt.

Die Stellung, die die Philosophische Fakultät zur Frage der Nachfolge von Herrn Prof. Sombart einnimmt, ergibt sich mit Notwendigkeit aus der Stellung, die sie im Frühjahr 1925 bei der Emeritierung von Herrn Prof. Sering eingenommen hat. Damals befand sie sich in einer schwierigen Lage. Einen der älteren Vertreter der Agrarwissenschaft an den deutschen Universitäten glaubte sie „bei aller Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Verdienste“ mit Rücksicht auf die Anforderungen des Berliner Lehrstuhls nicht vorschlagen zu dürfen, und auch diejenigen, die noch in den Anfängen ihrer, wenn auch vielversprechenden wissenschaftlichen Produktion standen, wie Prof. Beckmann in Bonn und Prof. von Dietze in Rostock, glaubte sie einstweilen ausscheiden zu müssen. Darum entschloß sie sich zu einer Zwischenlösung. Sie stellte den Antrag, das freigewordene Ordinariat einem früheren Vertreter der landwirtschaftlichen Betriebslehre mit einem entsprechend begrenzten

Lehrauftrag und mit der Maßgabe zu übertragen, daß es später seiner nationalökonomischen Bestimmung zurückzugeben sei. Herr Prof. Aereboe lehnte jedoch das Ordinariat ab und übernahm jenen Lehrauftrag als Honorarprofessor im Nebenamt. Darum mußte die Fakultät sich entschließen, einstweilen auf einen Vertreter der Agrarwissenschaft zu verzichten und das Seringsche Ordinariat wurde, einem neuen Antrage der Fakultät und einem besonderen Wunsch von Herrn Prof. Sombart entsprechend, einem Vertreter der theoretischen und allgemeinen Probleme der Volkswirtschaftslehre, Herrn Prof. von Gottl-Ottlilienfeld, übertragen. In ihm hat Herr Prof. Sombart gleichsam im voraus einen Nachfolger gefunden. Die Fakultät kann und muß daher jetzt auf ihren ursprünglichen Plan vom Jahre 1925 zurückgreifen.

Schon damals hat sie auf die grundlegende Bedeutung hingewiesen, welche der Agrarwissenschaft als einem wesentlichen Teil der Volkswirtschaftslehre zukommt; ihre Pflege auf der Berliner Universität sei besonders nötig, weil die großstädtische Jugend überwiegend ohne ein natürliches Verständnis für die ländlichen Verhältnisse aufwächst. Seitdem haben die Agrarfragen in Deutschland wie in der ganzen Welt an aktueller Bedeutung für die Gesamtheit noch unendlich gewonnen. Die schwere Krisis, die neben den Großbetrieben die Kleinbauern im Westen und Süden besonders betroffen hat und an den Wurzeln des deutschen Volkstums rührt, wird noch lange zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik zählen.

In dieser Erkenntnis ist das Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen mit der Aufgabe, die gesetzgeberischen Arbeiten durch wissenschaftliche Untersuchungen vorzubereiten, mit Zuschüssen des Reichs und der Länder als Stiftung ins Leben gerufen worden. Es hat seinen Mittelpunkt in der der Universität angegliederten Abteilung Berlin unter Leitung von Herrn Prof. Sering und besitzt weitere Abteilungen in Bonn (Prof. Beckmann), Jena (Prof. Dietze), Rostock (Prof. Seraphim), Königsberg (Prof. Lang) und neuerdings auch Tübingen-Hohenheim (Prof. Fuchs und Münzinger). Zum Lehrbedürfnis, das durch die Emeritierung und Erkrankung von Herrn Prof. Aereboe noch eine empfindliche Steigerung erfahren hat, und zum allgemeinen Forschungsbedürfnis kommt somit die Notwendigkeit hinzu, auch für den Fall Vorsorge treffen zu müssen, daß Herr Prof. Sering die Leitung der Berliner Abteilung aufgibt.

Heute ist die Befriedigung dieser Bedürfnisse in glücklicher Weise möglich. Denn die jüngeren Lehrkräfte, auf welche die Fakultät vor sechs Jahren hingewiesen hat, sind inzwischen herangereift. Was damals zurückgestellt werden mußte, ist heute ausführbar geworden.

Die Fakultät bringt an erster Stelle Prof. Fritz Beckmann in Bonn, an zweiter Stelle Prof. Constantin von Dietze in Jena und an dritter Stelle Prof. Theodor Brinkmann in Bonn in Vorschlag.

1. Dr. rer. pol., Dr. phil. Fritz Beckmann, ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf und Honorarprofessor an der Universität Bonn.

Der jetzt 42jährige Mann ist Besitzer eines ererbten Bauernhofes im westfälischen Indu-

striegebiet. Aus seinen engen Beziehungen zu einer sehr fortgeschrittenen bäuerlichen Landwirtschaft ist ganz wesentlich die Eigenart seiner Forscher- und Lehrpersönlichkeit abzuleiten. Beckmann lernte das Wirtschaftsleben kennen und analysieren von den Auswirkungen her, welche die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Vorgänge in Westfalen hervorriefen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten sind durch große Anschaulichkeit des Denkens gekennzeichnet. Als Vortragender reißt er die Hörer durch die lebensvolle Sprache hin, die durch einen in unseren Tagen selten gewordenen Humor gewürzt ist – man darf ihn den besten deutschen Dozenten zurechnen.

Sein Interesse gehört besonders der ökonomischen Seite des Agrarwesens. Er war 3 Jahre hindurch als Kaufmann und im Versicherungswesen praktisch tätig und machte (1910) sein Examen als Diplomkaufmann. Die Vereinigung kaufmännischer und landwirtschaftlicher Schulung hat Beckmann besonders befähigt, die Umgestaltungen in ausgezeichneter Weise zu kennzeichnen, welche das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft des Industriegebietes zur Folge gehabt hat. Er hat wertvolle Untersuchungen über die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft, über ihre Kreditlage und Kreditpolitik, über die Probleme der landwirtschaftlichen Absatzorganisation veröffentlicht. Für den Enquete-Ausschuß lieferte er eine Darstellung der Betriebs- und Intensitätsverhältnisse der westdeutschen Landwirtschaft und behandelt jetzt in diesem Zusammenhang die Krisis der westdeutschen Kleinbauernwirtschaft. Er hat in vielen Aufsätzen zur Handelspolitik Stellung genommen, über Ostpreußen und Polen geschrieben, aber auch über die Organisation des Weltfunkverkehrs und über Industrieprobleme Untersuchungen veröffentlicht.

2. Dr. rer. pol. Constantin von Dietze, ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Jena, steht im 40. Lebensjahre. Er stammt aus der bekannten Großlandwirtschaftsfamilie der Magdeburger Börde, die sich aus der Bauernschaft emporgearbeitet hat, erfreut sich also ebenfalls einer anschaulichen Kenntnis des Landbaues. Er studierte nach besonders erfolgreichem Besuch der Landesschule Pforta 3 Semester in Cambridge, dann in Tübingen und Halle Rechts- und Staatswissenschaften und war Referendar, als der Krieg ausbrach. Eine dreijährige Gefangenschaft in Ostsibirien benutzte er, um so gut russisch zu lernen, daß er in der Verkleidung eines Bauern zu flüchten und die deutsche Grenze zu erreichen vermochte. Nach dem Kriege trat er wieder in den Justizdienst. Die von dem nun 48jährigen verfaßte und vom Osteuropainstitut veröffentlichte Dissertation über „Stolypinsche Agrarreform und Feldgemeinschaft“ veranlaßte (1921) seine Berufung zum wissenschaftlichen Beamten des Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen in Berlin, wo er sich 1922 habilitierte. Er ging 1924 mit einem Lehrauftrag nach Göttingen, 1925 als Professor nach Rostock und 1927 nach Jena.

Auch von Dietze hat wertvolle Arbeiten von überwiegend agrarökonomischem Inhalt veröffentlicht, so aufgrund einer Studienreise über „die Entwicklung und Lage der englischen Landwirtschaft“. Auch er hat zu den handelspolitischen Fragen mehrfach Stellung genommen. Aber der Schwerpunkt seiner Veröffentlichungen liegt bei den rechtlichen und sozialen Institutionen und ihrer Bedeutung für Land- und Volkswirtschaft. Er gewann der

Stolypinschen Agrarreform dadurch neue Seiten ab, daß er sie unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelte. Seine grundlegenden Untersuchungen über „Die englische Pachtgesetzgebung“ und „Die mecklenburgische Erbpacht“ und sein „Überblick über das europäische Pachtrecht“ sind im Zusammenhang mit der Erhebung des Forschungsinstituts über die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Pachtwesens in Deutschland entstanden. Im Rahmen dieser Erhebung bearbeitete er selbständig das ostelbische Deutschland und Thüringen. Das Dietzesche Werk über „Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse“ (1922) hat erstmalig die großen Umgestaltungen, welche die Revolution in der östlichen Arbeitsverfassung zur Folge gehabt hat, aufgrund von Studienreisen systematisch dargestellt. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß von Dietze, obwohl aus einer Großgrundbesitzerfamilie stammend, jene Freiheit von Klassenvorurteilen und innere Wahrhaftigkeit besitzt, die das Kennzeichen echt wissenschaftlicher Forschung ist. In der hauptsächlich von Dietze geleiteten und in 3 Bänden (1930) veröffentlichten Erhebung des Vereins für Sozialpolitik über „Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes“ hat er selbst Mitteldeutschland behandelt und das Gesamtergebnis in einem tiefdringenden und eindrucksvollen Vortrag auf der Generalversammlung des Vereins zu Königsberg über „Die deutsche Wirtschaftsnot und die ländliche Familie“ zusammengefaßt. Dietzes Vortrag ist klar und sicher, er ist ein vortrefflicher Pädagoge und Seminarleiter. Die Gewinnung dieser starken und lauterer Persönlichkeit, des gründlichen Forschers und vortrefflichen Lehrers würde für die Universität Berlin ebenfalls als Bereicherung ihres Lehrkörpers zu begrüßen sein.

3. Dr. phil. Theodor Brinkmann, ordentlicher Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf.

Der 55jährige Prof. Brinkmann entstammt einer westfälischen Landwirtschaftsfamilie, war 7 Jahre hindurch praktischer Landwirt, studierte in Bonn und Jena Landwirtschaft und Nationalökonomie, habilitierte sich 1908 in Jena, wurde 1910 Professor in Bonn, war von 1914 bis 1918 im Felde, wurde 1925 zum Studium der Landwirtschaft nach den Vereinigten Staaten und 1929 auf mehr als ein Jahr nach Argentinien entsandt.

Brinkmann bezeichnet sein Fach als Wirtschaftslehre des Landbaues, seine Schriften erheben sich aber so weit über eine bloße Kunstlehre vom rentablen Betrieb, sie zeigen ein so eindringendes volkswirtschaftliches Wissen und Können, daß die Fakultät seine Berufung auf eine nationalökonomische Professur befürworten zu dürfen glaubt. Von wertvollen älteren Arbeiten abgesehen, kommen neuerdings vor allem die Berichte über die Ergebnisse seiner Studien in den Vereinigten Staaten und Argentinien in Betracht. Während sich die ersten wesentlich auf eine Analyse der amerikanischen Landbautechnik und Absatzorganisationen beschränken, haben die kürzlich herausgekommenen Arbeiten über die argentinische Landwirtschaft, deren weltwirtschaftliche Bedeutung durch genaue und scharfsinnige Untersuchung der geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen abschließend geklärt, sie haben namentlich auch die viel umstrittene Frage nach der Tragweite der argentinischen Weizenkonkurrenz in überzeugender Weise beantwortet.

Es ist aber besonders seine in dem von Max Weber geschaffenen „Grundriß der Sozialöko-

nomik“ veröffentlichte „Ökonomik des Landbaues“, die Brinkmanns wissenschaftliches Ansehen begründet hat. Unter vollkommener Beherrschung der Methoden und Ergebnisse der nationalökonomischen Forschung entwickelt Brinkmann hier ein in sich logisch geschlossenes System von der Standortorientierung nach Intensitätsstufen und Produktionsrichtungen. Die Ursachen, welche die Formen der Umgestaltung der Erdoberfläche durch den Landbau bestimmt haben, sind mit vorbildlicher Klarheit aufgedeckt. Die Untersuchung gehört zu den besten Leistungen der neueren nationalökonomischen Weltliteratur. Als Lehrer wirkt Brinkmann durch den systematischen Aufbau und tiefen wissenschaftlichen Ernst seiner Darlegungen; er hat es immer verstanden, zukunftsreiche Studenten an sich zu fesseln. Allerdings würde die Berufung Brinkmanns auf einen nationalökonomischen Lehrstuhl neue Anforderungen an seine Unterrichtstätigkeit stellen. Er steht aber bereits so tief und sicher in der nationalökonomischen Forschungsarbeit, daß, wenn er sich zur Annahme einer solchen Berufung bereit findet, mit großer Sicherheit auf eine glückliche Ergänzung des nationalökonomischen Unterrichts durch ihn zu rechnen ist.

144 b. Votum des Extraordinarius August Müller an die Philosophische Fakultät der Universität Berlin.

Berlin, 7. März 1931.

Ausfertigung, gez. A. Müller.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 5, Bl. 440–441.

Im Votum zur Vorschlagsliste für die Nachfolge Sombarts schlägt Müller Emil Lederer und Joseph Schumpeter vor, ersteren als Vertreter der sozialistischen, letzteren als Vertreter der bürgerlichen Richtung der Volkswirtschaftslehre. Zur Vertretung der Agrarpolitik im Lehrkörper der Fakultät wäre Constantin von Dietze geeignet.

Vgl. Einleitung, S. 5, 52 und 100.

Das Ersuchen vom 17. Februar, mich über geeignete Nachfolger für Herrn Prof. Sombart zu äußern, beantworte ich folgender Weise:

Die Stellung des Herrn Prof. Sombart unter den Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft in Deutschland und in dem Lehrkörper der Berliner Universität bedingt es, daß bei der Suche nach einem Nachfolger in erster Linie unter den Vertretern der theoretischen Nationalökonomie Umschau gehalten wird. Die Auswahl ist dann nicht sehr groß. Ich gestatte mir, an erster Stelle Herrn Prof. Dr. Emil Lederer, Heidelberg zu nennen. Ich gehe dabei von der Auffassung aus, daß die größte Universität des Reiches bei der Berufung von Lehrkräften neben der wissenschaftlichen Qualität der Berufenden, die selbstverständlich in erster Linie entscheidend ist, auch zu prüfen hat, ob die verschiedenartigen Richtungen,

die in der Nationalökonomie bestehen, im Lehrkörper der Berliner Universität vertreten sind. Neben der privatwirtschaftlich orientierten Nationalökonomie hat sich nach dem Kriege besonders stark die antiindividualistische gemeinwirtschaftliche, um nicht zu sagen sozialistische Nationalökonomie ausgedehnt. Sie hat nicht nur in allen Verwaltungskörperschaften, Parlamenten und Regierungsorganen eine große Zahl von Vertretern, sie gewinnt auch sichtbar an Anhängerschaft in den Kreisen wirtschaftlich Gebildeter und beeinflusst in zunehmendem Maße das praktische Wirtschaftsleben und die Formen, in denen dieses sich äußert. Es ist begreiflich, daß bei den Studenten der Volkswirtschaftslehre ein Bedürfnis besteht, sich über diese antiindividualistisch-marxistische Volkswirtschaftslehre zu orientieren. Eine Reihe von Universitäten haben, offenbar von Erwägungen gleicher Art geleitet, Vertreter dieser Richtung in den Lehrkörper berufen. Es will mir scheinen, als wenn auch die Universität Berlin [sich] nicht mehr länger dieser Konsequenz der Entwicklung entziehen könnte. Ich schlage aus diesem Grunde Herrn Prof. Lederer vor, der zu dieser marxistisch-antiindividualistischen Richtung innerhalb der Volkswirtschaftslehre gezählt werden darf. Der Befürworter einer Berufung des Herrn Lederer kann auf eine Reihe von Arbeiten Lederers verweisen, die ihn als einen theoretisch fähigen Kopf erkennen lassen. Er vereinbart auch wissenschaftliche Objektivität mit der Vertretung der vorhergehend charakterisierten besonderen Anschauungen der marxistisch-gemeinschaftlichen Richtung. Ich halte ihn daher für die Nachfolgerschaft von Herrn Prof. Sombart qualifiziert und möchte mich für ihn in erster Linie aussprechen.

In zweiter Linie schlage ich Herrn Prof. Dr. Schumpeter, derzeit an der Universität Bonn, vor. Er hat sich durch seine wirtschaftstheoretischen Werke, insbesondere durch die „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ und durch die vorher erschienene Schrift „Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie“, einen Ruf als bedeutender Gelehrter erworben. Wie die literarische Tätigkeit in wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zeitschriften, die Herr Schumpeter recht eifrig ausübt, zeigt, verbindet er mit theoretischer Gründlichkeit und Tiefe auch in hohem Maße praktische Einsicht in die gegenwärtigen Probleme der Wirtschaftspolitik. Das sind die Gründe, weshalb ich mir gestatte, an zweiter Stelle Herrn Schumpeter zu nennen.

An dritter Stelle möchte ich Herrn von Dietze, zur Zeit Professor in Jena, in Vorschlag bringen. Herr von Dietze kann zweifellos nicht als Wirtschaftstheoretiker von gleichem Range wie die Herren Lederer und Schumpeter bezeichnet werden. Wenn ich ihn namhaft mache, so deshalb, weil ich es als eine Lücke im Lehrkörper der Berliner Universität empfinde, daß das Fach der Agrarpolitik nicht in genügender Weise vertreten ist. In einer Zeit, in der sich im internationalen Agrarwesen ungemein wichtige Wandlungen vollziehen, in der in Rußland Experimente agrarpolitischer Art durchgeführt werden, die von der aller größten Bedeutung sein können, scheint es mir notwendig zu sein, möglichst bald einen Vertreter der Agrarpolitik in dem Lehrkörper der Berliner Universität zu berufen. Ich benutze daher die Gelegenheit, um auf diese Lücke aufmerksam zu machen. Herr von Dietze ist sicherlich in der Lage, sie auszufüllen. Er verfügt auch über genaue Kenntnis der russischen Verhält-

nisse, die er aus eigenen Anschauungen kennt und dank seiner Kenntnis der russischen Sprache ständig verfolgen kann.

**144 c. Votum des Extraordinarius Arnold Wolfers an die Philosophische Fakultät der
Universität Berlin.**

Berlin, 25. März 1931.

Ausfertigung, gez. Wolfers.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 5, Bl. 438.

Im Votum zur Vorschlagsliste für die Nachfolge Sombarts schlägt Wolfers in erster Linie Lederer, in zweiter Linie Schumpeter vor, da in Berlin zuvörderst ein Vertreter der sozialistischen Richtung der Volkswirtschaftslehre vonnöten ist.

Vgl. Einleitung, S. 5, 52 und 100.

An die
Philosophische Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin
Berlin

In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 17. Februar 1931 erlaube ich mir, für die Nachfolge des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Sombart folgende Vorschläge zu machen:

In erster Linie schlage ich vor: Herrn Prof. Emil Lederer.

Begründung: Die Volkswirtschaftslehre hat sich in Deutschland in zwei getrennten Richtungen entwickelt, in einer bürgerlichen und in einer marxistisch-sozialistischen. Es fehlt an der Universität Berlin ein Vertreter der sozialistischen Auffassung, obwohl diese für Anhänger und Gegner des Sozialismus im Rahmen eines staatswissenschaftlichen Studiums Bedeutung hat.

Herr Prof. Lederer ist in besonderer Weise dafür qualifiziert, diese Lücke auszufüllen. Er ist, wie seine „Grundzüge der ökonomischen Theorie“ zeigen, bemüht, in den wichtigen Fragen eine Synthese zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Auffassung zu finden. Er genießt auch über den sozialistischen Kreis hinaus den Ruf eines bedeutenden Wissenschaftlers und Gelehrten.

In zweiter Linie schlage ich vor: Herrn Prof. Dr. Joseph Schumpeter.

Begründung: Wenn nicht sehr gewichtige Gründe dafür sprächen, daß die sozialistische Auffassung zu Worte kommen sollte, so würde in erster Linie Herr Prof. Schumpeter vorzuschlagen sein. Er hat sich durch seine großen wirtschaftstheoretischen Werke, insbesondere durch die „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, über die Grenzen Deutschlands hinaus einen Ruf als Gelehrter ersten Ranges erworben. In wirtschaftspolitischen Aufsätzen

hat er gezeigt, daß er theoretische Gründlichkeit und Tiefe mit praktischer Einsicht in die Gegenwartsprobleme der Wirtschaftspolitik verbindet. Es würde der Universität Berlin zu Ehre gereichen, diesen bedeutenden Vertreter der österreichischen theoretischen Schule zu berufen.

In dritter Linie schlage ich vor, einen Vertreter der Agrarwissenschaft zu berufen, ohne daß ich in der Lage wäre, einen konkreten Vorschlag zu machen.

**145. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für
Kultusminister Adolf Grimme.**

Berlin, 30. Juni 1931.

Ausfertigung, gez. Jaeger als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 6, Bl. 139–155.

Vorgeschlagen werden für das bisher von Heinrich Herkner innegehabte nationalökonomische Ordinariat Julius Landmann, Eduard Heimann und Johannes Popitz, wobei Landmann als sozialpolitisch interessierter Nationalökonom und Finanzwissenschaftler erste Wahl ist. Lederer ist ungeeignet, denn er missversteht Marx, hält eigene und fremde Gedanken in seinem Werk nicht auseinander und sein Buch über Japan schrieb wesentlich seine Ehefrau Emy Lederer-Seidler.

Vgl. Einleitung, S. 52 und 100.

Nachdem die Ministerialentschließung vom 6. Juni 1931 – U I Nr. 6757.1 – die Nachfolge Werner Sombarts mit jener Heinrich Herkners mittelbar in eine gewisse Verbindung gebracht hat, glaubt die Fakultät vorausschicken zu sollen, ihr Festhalten an der unterbreiteten Vorschlagsliste mit den Namen Beckmann, von Dietze und Brinkmann bilde die ausdrückliche Voraussetzung dafür, daß sie nunmehr innerhalb der von dem Minister gesetzten Frist für die Besetzung des erst mit dem 1. Oktober dieses Jahres freiwerdenden Ordinariats Herkner die folgenden drei Herren vorschlägt:

An erster Stelle den ordentlichen Professor an der Universität Kiel, Dr. Julius Landmann, an zweiter Stelle den ordentlichen Professor an der Universität Hamburg, Dr. Eduard Heimann, an dritter Stelle den Staatssekretär im einstweiligen Ruhestande, Honorarprofessor an unserer Universität, Dr. Johannes Popitz.

Julius Landmann, geb. 1877, studierte an deutschen und Schweizer Universitäten, promovierte 1900 in Bern. In seinen banktheoretischen Erstlingsarbeiten bekennt er sich als Schüler von Lexis – Göttingen. Zuerst als Assistent am Volkszählungsbüro des Kantons Basel tätig, wirkte er von 1901 bis 1907 als Sekretär des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, dessen Zeitschrift er redigierte, während er daneben 1904 den umfassenden Bericht über „Arbeiterschutzgesetzgebung der Schweiz“ veröffentlichte. 1904 erschien von ihm die

finanzhistorische Studie „Die auswärtigen Kapitalanlagen aus dem Berner Staatsschatz im XVIII. Jahrhundert“, 1905 die Geschichte des alten Bankhauses Leu in Zürich. In der Folge brachten ihn mehrere, auch von der Praxis sehr geschätzte Untersuchungen über die Notenbankfrage in tätige Verbindung mit der Gründung der Schweizerischen Nationalbank, in deren Verband er hernach als Sekretär und Prokurist von 1907 an wirkte bis zu seiner 1910 erfolgten Berufung auf einen neugeschaffenen Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Basel. Das gleichzeitige und verlockende Anerbieten, in eine deutsche Großbank als Direktor einzutreten, hatte Landmann ausgeschlagen. Mit welchen Erfolgen er dann siebzehn Jahre lang dort als Lehrer und als tatkräftiger Organisator des akademischen Unterrichts tätig war, spiegelt sich wohl darin, daß bei seinem Abgang von Basel nach Kiel ein Kreis seiner Kollegen und ehemaligen Schüler zu seinen Ehren ein gehaltvolles Heft der Schweizer Fachzeitschrift herausgab, die Landmann eine Reihe früherer Jahre hindurch leitete und zu Ansehen gebracht hat.

In Kiel, seit er dort 1927 die Nachfolge von Gottls angetreten, entfaltete er eine überaus fruchtbare Lehrtätigkeit, namentlich auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft. Als Kollege genießt er auch im neuen Wirkungskreise eine besondere Wertschätzung, entzieht sich doch niemand dem Eindruck des aufrechten Mannes von unbedingter Verlässlichkeit und seltener Pflichttreue.

Es erübrigt sich wohl, über seine außerordentlich zahlreichen Arbeiten im einzelnen zu berichten. Man könnte zwar die eine oder die andere als einen ganz besonderen Gewinn für die Wissenschaft hervorheben. Besser jedoch wird man seiner bisherigen Lebensarbeit mit der Feststellung gerecht, daß sich in allen seinen Schriften Landmann als scharfsinniger und vorbildlich gewissenhafter Forscher von ungewöhnlichen Kenntnissen und unbeirrtem Urteil bewährt. Unter seinen Arbeiten sind größeren Umfanges bloß die mehr deskriptiven und finanzgeschichtlichen. Diese überwiegende Einstellung auf ein meisterhaft knappes Bewältigen von Einzelfragen des Wirtschaftslebens ist für Landmann zwar rühmlich eins damit, gleichsam stets im Kleinen groß zu sein. Zugleich aber entrückt es sein Wirken der breiteren Öffentlichkeit. So recht wissen nur zwei Kategorien von ihm: einerseits die engeren Fachgenossen, die seine Leistungen auch höchlichst respektieren, auf der anderen Seite aber die in führender Stellung verantwortlich wirkenden. Wie er nämlich einst dem schweizerischen Bankwesen zum Mentor wurde, so machte später auch die schweizerische Staatsverwaltung vielfach mit reichem Nutzen von seiner fachmännischen Beratung Gebrauch, sowohl in sozialpolitischer wie in wirtschaftspolitischer, namentlich aber finanzpolitischer Hinsicht. Lange Jahre hindurch war Landmann nebenamtlich ständiger Experte des eidgenössischen Volkswirtschafts- und Finanzdepartements. Ein großer Teil seiner Arbeit steckt in den Gutachten, die der Bundesrat von ihm einforderte. Vieles ist davon unveröffentlicht geblieben, auch da hat er immer die echt wissenschaftliche Haltung gewahrt.

Die Fakultät würde sich glücklich schätzen, in Landmann ein Mitglied von hohen wissenschaftlichen Qualitäten und einer hervorragenden Lehrbegabung zu gewinnen. Zugleich bestände die Möglichkeit, daß Landmann, nachdem er sich nun schon vier Jahre in deut-

sche und preußische Verhältnisse eingelebt hat, in Berlin als fachmännischer Berater unserer Staatsleitung herangezogen werden könnte.

Die Voranstellung dieses Namens hängt aber vor allem mit den Bedürfnissen unserer Universität zusammen. Hat doch Landmann den ganz seltenen Werdegang genommen, daß er in jüngeren Jahren beruflich nacheinander mit der Praxis der Statistik, der Sozialpolitik, des Bankwesens in lebendigsten Zusammenhang gebracht wurde, später mit der Wirtschafts- und vor allem mit der Finanzpolitik. So würde sich die Fakultät in ihm nicht nur einen sozialpolitisch besonders interessierten Nationalökonom von Rang sichern, sondern zugleich auch einen für Lehre, Forschung und Beratung in gleichem Grade vielversprechenden Vertreter der Finanzwissenschaft.

Ehe auf den an zweiter Stelle vorgeschlagenen Prof. Heimann eingegangen wird, soll dem Auftrage des Herrn Ministers, auch über Prof. Emil Lederer/Heidelberg zu berichten, entsprochen werden.

Emil Lederer, geb. 1882 in Pilsen, ist, nachdem er 1905 das juristische Studium in Österreich absolviert und sich auch in der Praxis betätigt hatte, erst 1910 als Redakteur des Archivs für Sozialwissenschaft ganz zu den Staatswissenschaften übergegangen. Er habilitierte sich 1911/12 in Heidelberg. Seine sehr umfangreiche schriftstellerische Wirksamkeit war vorzugsweise den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und ihrer arbeitsmarktpolitischen Bedeutung gewidmet. Besonderes Interesse brachte er der Bewegung der Privatangestellten entgegen. Gemeinsam mit seinem Schüler Marschak verfaßte er die großen Beiträge „Die Klassen auf dem Arbeitsmarkte und ihre Organisationen“, „Arbeiterschutz“ und „Sozialversicherung“ für die IX. Abteilung des Grundrisses der Sozialökonomie. Nach dem Kriege nahm er sowohl im Reiche wie in Österreich an den Sozialisierungsentwürfen teil. Sodann treten Fragen der Theorie mehr und mehr in das Zentrum seiner Arbeit. Die erheblichste Frucht dieser Bemühungen liegt vor in dem „Aufriß der ökonomischen Theorie“, 1931 in 3. Aufl. erschienen. Er stellt sich die Aufgabe, das, was als gesicherte Erkenntnis bezeichnet werden kann, ob es der Klassik, dem Marxismus oder der „österreichischen Schule“ entstammt, zu einem Ganzen zusammenzufassen, ohne sich auf eine bloße Rekapitulation der überlieferten Lehren zu beschränken. Daß er sich dabei gegenüber wissenschaftlichen Einflüssen sehr mannigfacher Art empfänglich zeigt, soll ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Es darf aber nicht unausgesprochen bleiben, daß seine Darstellung an Geschlossenheit und innerer Widerspruchslosigkeit manches zu wünschen übrig läßt. Auch als Kritiker fremder Lehrmeinungen versagt er recht oft.

Ein knappes Drittel des „Aufrisses“ ist einleitenden Bemerkungen über die Aufgabe der Wirtschaftstheorie und den elementaren Tatsachen der Wirtschaft gewidmet. Der ganze Rest gliedert sich in zwei Kapitel, die betitelt sind „Die Arbeitswertlehre“ und „Die Gebrauchswert-(Grenznutzen-)Theorie“. Obwohl das unter diesen Überschriften Gebotene über die Grenzen der eigentlichen Werttheorie hinausgeht, so erschöpft es doch lange nicht den Inhalt der theoretischen oder allgemeinen Volkswirtschaftslehre, wie man sie üblicherweise auffaßt. So hat denn das Werk den Charakter nicht sowohl eines Lehrbuches dieser

Disziplin, als vielmehr einer Monographie, was zu gewissen höheren Anforderungen in bezug auf Originalität und Gründlichkeit berechtigt.

Die Arbeitswerttheorie betrachtet Lederer unter ausschließlicher Bezugnahme auf Ricardo und Marx, und eine solche Konzentration auf nur zwei Theoretiker ließe erwarten, daß ihre Lehren mit der größten Genauigkeit wiedergegeben und in ihrem gegenseitigen Verhältnis charakterisiert würden. Diese Erwartung erweist sich aber als trügerisch.

Es wird z. B. mit keinem Wort erwähnt, daß Marx im Unterschied zu Ricardo das Wertgesetz im Sinne einer Proportionalität zwischen Tauschwert und Arbeitsaufwand ohne Rücksicht auf die Motive und die Handlungen der beteiligten Menschen, somit „objektivistisch“, begründet. Gerade hieraus ergibt sich für Marx die Berechtigung, das Wertgesetz in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft zunächst ohne diejenigen Abweichungen gelten zu lassen, welche durch das Gewinnstreben der Kapitalisten bedingt sind, und diese Abweichung erst später, im dritten Band seines Hauptwerkes, wo auf die gegenseitigen Konkurrenz der Kapitalisten Bezug genommen wird, in Rechnung zu ziehen. Demgegenüber erscheint in Lederers Darstellung das Wertgesetz im obigen Sinne als unbedingte Norm der Austauschverhältnisse nicht sowohl in der kapitalistischen oder, wie er sie meistens nennt, der „entwickelten“ Verkehrswirtschaft, als vielmehr in der „einfachen“ Verkehrswirtschaft, welche den Gegensatz zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern nicht kennt, und hier beruht das Wertgesetz Lederer zufolge ganz und gar auf der Konkurrenz des selbständigen Produzenten (S. 105–109). Was aber die kapitalistische Verkehrswirtschaft anbelangt, so fehlt bei Lederer jene für Marx kennzeichnende reinliche Scheidung zwischen zwei Etappen der theoretischen Untersuchung. Er drückt sich zwar an einer Stelle (S. 161 f.) zunächst so aus, als ob er die unbedingte Herrschaft des Wertgesetzes auch für diese Wirtschaftsform postuliert, um jedoch gleich darauf zu der Frage der bewußten Abweichung überzugehen (S. 162 f.), und führt dabei auch an jener Stelle die Geltung des Wertgesetzes auf die Konkurrenz des Kapitalisten zurück. So erfährt der „Objektivismus“ der Marxschen Wertlehre bei Lederer unversehens eine wesentliche Abschwächung.

In einem direkten und wiederum verschleierte Widerspruch zu Marx steht auch die Auffassung Lederers, daß der Kapitalgewinn mit der Verwendung des stehenden Kapitals in der Produktion wesentlich zusammenhänge (S. 110 f.). Sofern eine stärkere Beteiligung des stehenden Kapitals an der Produktion mit einer Steigerung der Produktivität der Arbeit verbunden ist, trägt sie unter gewissen Bedingungen auch nach Marx dazu bei, die Mehrwertrate zu erhöhen. Aber den Mehrwert als solchen läßt ja Marx nicht aus dem konstanten Kapital, von dem das stehende Kapital einen Teil bildet, sondern umgekehrt aus dem variablen Kapital entspringen. So gelangt Lederer bei seinen Erörterungen über die Ursache des Kapitalgewinnes zu einer Art Verkoppelung der Marxschen „Ausbeutungstheorie“ mit der ihr wesensfremden „Fortschrittstheorie“, die auf den russischen Nationalökonom Joseph Kulischer zurückgeht, den Lederer übrigens nicht nennt, und die namentlich von Schumpeter vertreten wird. Allerdings faßt Lederer im Unterschied zu diesen beiden Autoren auch den Fall ins Auge, wo sich der Fortschritt nicht in technischen Erfindungen, sondern in

einer Bevölkerungsvermehrung äußert (S. 136 f.). So oder anders wird aber der Kapitalgewinn nach Lederer durch den Fortschritt bedingt. Dementsprechend erscheint ihm die kapitalistische Verkehrswirtschaft, gerade weil ihr Begriff die Fortexistenz des Kapitalgewinnes als einer bestimmten Einkommensart involviert, ihrem Wesen nach „dynamisch“ (S. 96–98, 121 f., 143, 148), während es doch Marx völlig fern gelegen hat, die Produktion auf erweiterter Stufenleiter zu einer notwendigen Bindung der Mehrwerterzeugung zu machen.

Gibt Lederer wiederholt Marxsche Positionen preis, ohne es unumwunden auszusprechen, was nicht gerade zur Klarheit über seinen eigenen Standpunkt beiträgt, so übernimmt er andererseits von Marx in unkritischer Weise gewisse theoretische Konstruktionen, deren Unhaltbarkeit heute als ausgemacht gelten kann.

Ein Beispiel dafür bildet der Begriff der „abstrakten menschlichen Arbeit“, den Marx dem Begriff der „konkreten, nützlichen Arbeit“ entgegensetzt, und von dem er behauptet, daß er ein Spezifikum der kapitalistischen Wirtschaft sei. Lederer pflichtet dieser Ansicht rückhaltlos bei, und um zu zeigen, daß die beiden andern Wirtschaftsformen, die er neben der kapitalistischen Verkehrswirtschaft zum Gegenstand seiner Betrachtungen macht, nämlich die „Bedarfsdeckungswirtschaft“ und die „einfache Verkehrswirtschaft“, den Begriff der abstrakten menschlichen Arbeit nicht aufkommen lassen können, behauptet er in bezug auf erstere, daß es da auf die für die Herstellung der Produkte erforderlichen Arbeitszeiten überhaupt nicht ankomme (S. 107), was offensichtlich unzutreffend ist, und nimmt in bezug auf letztere an, daß da die einzelnen Arbeitsarten die gleichen Anforderungen an den Menschen stellen (S. 105), was eine völlig unmotivierte und an sich überflüssige Fiktion darstellt.

Zur Kennzeichnung eines gänzlich unselbständigen Verhaltens Lederers Marxschen Gedankengängen gegenüber, kann auch darauf hingewiesen werden, daß er die im dritten Bande des „Kapital“ enthaltene Umwandlung der Werte in Produktionspreise, welche nachgewiesenermaßen den schwersten Bedenken unterliegt, ohne jede Korrektur hinnimmt (S. 163–170). Dabei widerfährt ihm das Mißgeschick, daß er infolge einer Eigentümlichkeit des benützten Zahlenbeispiels zu einer Formulierung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Wert und Produktionspreis gelangt, die – ohne das er es merkt – mit der Marxschen nicht im Einklang steht. Er stellt nämlich die Behauptung auf, daß der Produktionspreis höher oder niedriger als der Wert ausfalle, je nachdem das konstante Kapital das variable übertrifft oder umgekehrt (S. 165). Nach Marx aber ist hierfür die Tatsache entscheidend, ob im gegebenen Produktionszweig der Anteil des konstanten Kapitals am Gesamtkapital oder auch das Verhältnis des konstanten zu variablem Kapital größer oder kleiner ist als das bei der volkswirtschaftlichen Produktion im ganzen der Fall ist.

Etwas anders als zur Arbeitswerttheorie, die Lederer sich grundsätzlich zu eigen macht, ist sein Verhalten zur Grenznutzentheorie betont. Er ist gleichsam bemüht, auf diesem Felde eine gewisse Distanz zwischen Lehrmeinungen, die er zur Sprache bringt, und dem eigenen Standpunkt zu wahren. Er begleitet auch seine Darstellungen zum Teil mit polemischen Auseinandersetzungen. Letztere richten sich jedoch nicht sowohl gegen die Grundlagen der Grenznutzentheorie als vielmehr gegen bestimmte Lehren speziellen Charakters, die

an diese Theorie anknüpfen, wie z. B. Wiesers Zurechnungslehre oder Böhm-Bawerks Kapitalzinstheorie.

Ja, sofern Lederer auf der Grundlage einer Prüfung fremder Lehrmeinungen zu einer eigenen Theorie der Verkehrswirtschaft zu gelangen sucht, was den Endzweck seines „Aufrisses“ bildet, sieht er sich veranlaßt, die Hauptgedanken der Grenznutzentheorie in sein System mit einzubauen (S. 239–240, 280, 293 f.). In diesem Streben zur Synthese auf dem Gebiet der Wert- und Preislehre folgt er den Spuren Walras, Marshalls und anderer, allerdings mit dem Unterschied, daß sonst nicht die Arbeitswerttheorie, sondern die Produktionskostentheorie in Verbindung zur Grenznutzentheorie gebracht wird. Aber bedenkt man, daß die Arbeitswerttheorie nur eine Abart der Produktionstheorie ist (unzutreffenderweise behauptet übrigens Lederer S. 246, daß umgekehrt die Produktionskostentheorie eine Variante der Arbeitswerttheorie sei) und daß es für die Verknüpfung des Grenznutzenprinzips mit dem Kostenprinzip auf den spezifischen Aspekt, den letzteres in der Arbeitswerttheorie zeigt, nicht ankommt, so wird man den in Frage stehenden Unterschied zwischen Lederer und seinen Vorgängern keine wesentliche Bedeutung beilegen dürfen. Man wird auch nicht finden können, daß er durch seine Darlegung zu einer größeren Klarheit darüber, wie sich das Grenznutzen- und das Kostenprinzip gegenseitig ergänzen, beigetragen hätte. Schon die dichotomische Anlage der Darstellung beeinträchtigt die Geschlossenheit des Bildes von dem Mechanismus des Güteraustausches und der Güterverteilung, das da umrissen wird.

In dem Kapitel, das der Grenznutzentheorie gewidmet ist, zieht Lederer eine größere Anzahl von Autoren heran. Aber sofern er Kritik an ihnen übt, ist letztere im besten Fall summarisch, um überzeugend zu wirken. Abgesehen davon, vermißt man auch hier eine klare Auseinanderhaltung fremder und eigener Gedanken.

Hierzu möge beispielshalber darauf hingewiesen werden, daß Lederer im Laufe seiner kritischen Betrachtungen über die Quantifizierung subjektiver Wertschätzungen (S. 196–198, 212–219) mit keinem Wort den bekannten und von einer ganzen Reihe von Theoretikern akzeptierten Versuch Paretos, die hier vorliegende Schwierigkeit zu überwinden, erwähnt, obwohl der eigene Standpunkt Lederers in dieser Frage dem Paretoschen sehr nahe kommt.

Ein anderer Fall ähnlicher Art betrifft die Bedeutung, welche er „disutility of labour“ (wofür Lederer mißverständlicherweise „disutility“ schlechthin sagt) unter den modernen Verhältnissen zukommt. Lederer vertritt die Ansicht, daß dieser Faktor „nur beiläufig wirken kann“ (S. 296), hält es aber nicht für nötig hinzuzufügen, daß das auch die Ansicht Böhm-Bawerks ist, der dieses Problem mit der ihn auszeichnenden Gründlichkeit wiederholt behandelt hat (Kapital und Kapitalzins. 4. Aufl., 2. Abt., 2. Bd., S. 194–204, und Gesammelte Schriften, hrsg. von Franz X. Weiss, Wien 1927, S. 422–439).

Man würde überhaupt in Lederers „Aufriß“ bei allem Interesse, das der Verfasser der mehr abstrakten Richtung in der Nationalökonomie entgegenbringt, vergeblich nach etwas suchen, was als selbständiger Beitrag sei es zur Ausgestaltung sei es zur Kritik der Grenznutzentheorie und der an diese anknüpfenden Konstruktionen irgendwie ins Gewicht fiele,

wie denn auch die Marxforschung, sofern sie insbesondere der von Marx vertretenen Wert- und Preislehre gilt, durch diese Schrift keinerlei wesentliche Förderung erfahren hat.

Von einer anderen, in gewisser Hinsicht anziehenderen Seite zeigt sich Lederer in dem Buche Japan – Europa 1928, das nach einer zweijährigen Lehrtätigkeit an der Universität Tokio geschrieben wurde. Es beweist feines Verständnis für soziologische Tatbestände, namentlich auch solche der Kunstsoziologie. Lederer selbst bezeichnet das Buch allerdings als eine Leistung, die zu einem wesentlichen Teile von seiner Gattin ausgegangen sei.

Die Fakultät glaubt wegen der beträchtlichen Mängel seines Hauptwerkes die Berufung Lederers nicht empfehlen zu dürfen. Dagegen wird, was Lederer nicht bietet, in hervorragender Weise durch Eduard Heimann verkörpert.

Eduard Heimann, seit 1925 Ordinarius in Hamburg, wurde 1889 in Berlin geboren, absolvierte seine akademischen Studien 1912 in Heidelberg mit der Erlangung des philosophischen Doktorgrades. Nachdem er in einem Industrierwerke und einem Bankhause als Volontär tätig gewesen, arbeitete er während des Krieges in der Zentral-Einkaufsgenossenschaft. Nach dem Kriege wurde er zum Generalsekretär der ersten und zweiten Sozialisierungskommission ernannt. Trotz dieser praktischen Wirksamkeit konnte er sich im Wintersemester 1921/22 in Köln aufgrund einer Schrift „Kritische und positive Beiträge zur Mehrwertslehre“ habilitieren, in der scharfsinniges Studium einer umfangreichen theoretischen Literatur und starke Begabung für eigene theoretische Forschung bereits deutlich hervortraten. Diese Untersuchungen sind mit anderen, die der Problematik der Gemeinwirtschaft galten, in dem Buche „Mehrwert und Gemeinwirtschaft“ 1922 veröffentlicht worden und haben Heimann rasch eine angesehene Stellung im Kreise der Fachgenossen gesichert. So wurde ihm für die 2. Aufl. des Grundrisses der Sozialökonomik die Fortsetzung des von Philippovich verfaßten, aber nur bis zum Kriegsausbruch reichenden Beitrages „Entwicklungsgang der Wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale“ anvertraut (1924). Diese Arbeiten sind bereits von den Ideen erfüllt, denen Heimann seither eine überaus fruchtbare literarische Wirksamkeit gewidmet hat. Es kam ihm, der auch von Walter Rathenau entscheidende Anregungen empfangen hatte, darauf an, den deutschen Sozialismus von der fatalistische Erstarrung des marxistischen Glaubens an die Dialektik der Produktionsverhältnisse zu befreien, die Erforschung sozialistischer Möglichkeiten und Grenzen in Fluß zu bringen und den Gedanken bewußter Gestaltung aufgrund einer religiös-ethisch orientierten Weltanschauung gegenüber dem Glauben an einen mechanischen Ablauf des Wirtschaftsprozesses tapfer zu verteidigen. Er trat in engere Beziehungen zu protestantischen und katholischen Theologen, die, wie er selbst, die Zusammenhänge zwischen Sozialismus, Religion und Ethik in den Mittelpunkt ihres geistigen Schaffens gestellt hatten. Die wichtigsten Abhandlungen, Aufsätze und Reden, in denen Heimann mit diesen Problemen ringt, sind in dem Buche „Kapitalismus und Sozialismus“ 1931 umgearbeitet und erheblich ergänzt vereinigt worden.

Vor allem ist es aber das 1929 erschienene Werk „Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik“, das Heimann in die vordersten Reihen der wissenschaftlich führenden Persönlichkeiten gestellt hat. Es hat Freunde und Gegner inner- und außerhalb des Sozia-

lismus gefunden. Überall wurde es aber als intellektuelle Leistung von hohem Rang anerkannt, ausgezeichnet durch Klarheit und systematisches Denken. Es stellt einen originellen Versuch dar, die ganze Sozialpolitik von einer zentralen Idee aus zu erfassen. Heimann zeigt sich als ein glänzender Metaphysiker und Ethiker der sozialistischen Ökonomie. Er verfügt über eine seltene Kunst der Dialektik, mit der er die ökonomischen und sozialen Probleme gewandt zwischen Thesis und Antithesis eingespannt und in logisch-spekulativen Betrachtungen weiter entwickelt bis zu den letzten Fragestellungen, auf die seine religiös-fundierte Weltanschauung, ein ethisches Pathos und seine schwungvolle Rhetorik die großen erlösenden Antworten bereit hält. Die sorgsame Fundamentierung durch unbefangene kritische Tatsachenforschung kommt dabei freilich nicht immer zu ihrem vollen Recht.

Durch Herausgabe der „Neuen Blätter für den Sozialismus Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung“ im Verein mit Fritz Klatt und Paul Tillich sucht Heimann auch auf weitere Kreise im Sinne einer sittlichen Wiedervertiefung des Sozialismus einzuwirken. Die akademische Lehrtätigkeit Heimanns wird günstig beurteilt. In seinem Hörsaal herrschte nicht nur eine geistige Atmosphäre, sondern es gebe dort auch nahrhaftes wissenschaftliches Brot. Seine Vorlesungen erstrecken sich auf das ganze Gebiet der theoretischen und praktischen Nationalökonomie.

Was die Persönlichkeit des an dritter Stelle vorgeschlagenen Prof. Dr. jur. Popitz betrifft, so bezieht sich die Fakultät zunächst auf den Bericht, der von ihr gelegentlich des Vorschlages, ihm einen Lehrauftrag für Finanzpolitik zu erteilen, erstattet wurde. Er wird an dritter Stelle genannt, weil er nicht Nationalökonom ist, aber die Finanzprobleme haben heute eine so hohe Bedeutung (und werden sie in Zukunft voraussichtlich noch mehr gewinnen), daß es wünschenswert ist, für sie einen Dozenten zu haben, der sich ihrem Studium auf breiter internationaler Grundlage zu widmen vermag.

Für eine solche Sonderaufgabe der Forschung und Lehre, die in den wechselvollen Zeiten des Krieges und der Nachkriegszeit zu ihrem vollen Recht nirgends kommen konnten, erscheint Herr Popitz der Fakultät besonders geeignet, denn die erwähnte Sonderaufgabe ist in vollem Umfange ohne einhergehende praktische Erfahrung kaum zu lösen und erfordert wegen der Materialbeschaffung dauernde Fühlung mit den Behörden. Auch darf von Herrn Popitz erwartet werden, daß er sich, wenn die gekennzeichnete Spezialistenaufgabe ihm übertragen wird, die theoretische Durchbildung, die sie erfordert, noch ohne Schwierigkeiten aneignet. Seine starke Kraft würde dann zum Nutzen der Theorie wie der Praxis in vollem Maße zur Entfaltung gelangen können.¹

1 Aus der Akte, Bl. 10–20, wird ersichtlich, dass das Kultusministerium – offenbar ohne die Fakultätskandidaten zu erwägen – am 7.9.1931 Lederer die Professur anbot, ihm ein Höchstgehalt von 15.800 RM beim Finanzministerium erwirkte, sowie 6.000 RM Kollegeldgarantie in Aussicht stellte und Lederer am 23.10.1931 die diesbezügliche Vereinbarung unterschrieb.

**146. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin an Kultusminister
Adolf Grimme.**

Berlin, 1. Dezember 1931.

Ausfertigung, gez. v. Mises als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 6, Bl. 59–62.

Das Kultusministerium hat Lederer gegen das einmütige Votum der Fakultät zum Ordinarius ernannt. Dabei ist eine politische Motivation zu vermuten, was der verfassungsmäßigen Wissenschaftsfreiheit widerspricht. Dieses Vorgehen wäre bei künftigen Wechseln der Regierungsparteien ein schlimmer Präzedenzfall.

Vgl. Einleitung, S. 6 und 52.

Die Philosophische Fakultät gestattet sich, aus Anlaß der Ernennung von Herrn Prof. Emil Lederer zum Berliner Ordinarius dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das Nachfolgende vorzutragen. Sie bittet zugleich im Hinblick auf die Tragweite und die allgemeine Bedeutung des Gegenstandes, von diesem Schreiben auch dem Preußischen Staatsministerium Kenntnis geben zu wollen.¹

Die Fakultät sieht sich zu diesem Schritt nicht deswegen veranlaßt, weil hier der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegen das einmütige Votum der Fakultät eine Entscheidung getroffen hat. Die Fakultät hat nie bestritten, daß dem Herrn Minister die Befugnis zusteht, nach pflichtmäßigem Ermessen so zu verfahren. Zu dieser Eingabe fühlen wir uns veranlaßt, weil schon ein bis anderthalb Jahre vor den Vorschlagsverhandlungen der Fakultät in politischen Kreisen eingehend davon gesprochen worden ist, daß die demnächst freiwerdenden beiden staatswissenschaftlichen Lehrstühle an der Berliner Universität zu „politischen Professuren“ erklärt worden seien, wobei für deren Besetzung bestimmte Namen genannt wurden.

Nachdem die schließlich auch in die Presse gelangten Behauptungen, denen die Fakultät nach wie vor eine Bedeutung nicht zugemessen hatte, durch die erwähnte Ernennung den Anschein der Bestätigung gewonnen hat, fühlt sich die Fakultät verpflichtet, das Ministerium zu bitten, der entstandenen Beunruhigung durch eine Richtigstellung entgegenzutreten zu wollen. Die Beunruhigung bewegt sich im Umkreis der folgenden Fragen.

In § 42 der neuen Universitätsatzungen von 1930 ist bestimmt: „Vor der Besetzung planmäßiger Stellen ist der engeren Fakultät Gelegenheit zu geben, dem Minister ein Gutachten mit drei Personalvorschlägen einzureichen.“ Dieses Vorschlagsrecht der Fakultät, das vor

¹ Gemäß Randverfügung Windelbands (Bl. 59) erhielt Ministerpräsident Braun Abschrift; das Schreiben blieb jedoch unbeantwortet. Zu Person und Werk vgl. Lederer, Emil, *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910–1940*, hrsg. von Jürgen Kocka, Göttingen 1979, S. 253–272.

allem auch eine Berücksichtigung des Unterrichtsbedürfnisses gewährleistet, würde zu einer bloßen Formalität herabgedrückt werden, wenn schon vor seiner Ausübung eine Festlegung über die Besetzung erfolgen könnte. Daß auch der Sinn der Verantwortung des Herrn Ministers illusorisch werden würde, wenn tatsächlich solche Entscheidungen aufgrund von Parteivereinbarungen erfolgen könnten, bildet einen weiteren Grund der Beunruhigung. Sie knüpft jedoch in erster Linie an den in den jetzigen Erörterungen aufgetauchten Begriff der „politischen Professur“ an. Es ist nicht einzusehen, welcher in der Staatsverfassung oder im geltenden Hochschulrecht begründete Sinn ihm zukommen könnte. Der Satz der Reichsverfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ muß, wenn er eine praktische Bedeutung besitzt, eine Ernennung von Professoren unter politischen oder gar parteipolitischen Gesichtspunkten ausschließen.

Diesen Standpunkt scheint auch der frühere Unterrichtsminister Becker eingenommen zu haben, wenn er in seiner Broschüre „Vom Wesen der deutschen Universität“ S. 28 schreibt: „Gott schütze Deutschland vor dem Tag, an dem Berufungen aufgrund von Parteizugehörigkeit erfolgen.“

Der Lehrkörper selbst hat die Pflicht, den verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen aufgrund seiner Kenntnis der wissenschaftlichen Leistungen der Vorschlagenden und des jeweils bestehenden Unterrichtsbedürfnisses bei seiner Ergänzung Rechnung zu tragen. Wenn den Parteien als solchen ein Einfluß auf die Besetzung der Lehrstühle eingeräumt wird, so ist nicht abzusehen, zu welchen Verhältnissen ein solches Verfahren zumal bei dem Wechsel der Parteien, die die Regierung bilden, im Laufe der Zeit führen soll.

Es sind demnach Lebensfragen der Universität, welche der entstandenen Beunruhigung zugrunde liegen. In ernster Sorge fühlt sich die Fakultät getrieben, hierauf die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers zu lenken.

147. Schreiben von Prof. Joseph Schumpeter an den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Bonn, 13. Mai 1932.

Ausfertigung, gez. Schumpeter.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 38 Bd. 11, Bl. 320–320v.¹

Bedauern über den Abschied von Bonn und den Wechsel an die Harvard-Universität, zumal dies vermutlich ein dauerndes Verlassen Deutschlands bedeutet, aber unter den Umständen muss es so sein. Die Anschuldigungen gegen ihn sollen ungeachtet des Abschieds weiter vom Ministerium untersucht werden.

Vgl. Einleitung, S. 101.

Hochverehrter Herr Ministerialdirektor,

in der Anlage überreiche ich mein Entlassungsgesuch², dessen Inhalt sich selbst motiviert. Ich vermag nicht adäquat auszudrücken, wie schwer es mir fällt, aus dem Verbande der preußischen Staatsverwaltung, aus dem Bonner geistigen Milieu, von meinen Kollegen und Studenten und vom Rheinland zu scheiden. Ja wenn ich der Wahrheit Ehre geben will, so muß ich gestehen, daß mir mein Schritt – durch den ich alles zurückstelle, was ich liebe, und einer abstrakten Vorstellung von Lehr- und Forschungspflichten folge – fast absurd erscheint, zumal er seiner Natur nach unvermeidlich dauerndes Scheiden bedeutet, während jene Pflichten sich auf einen Abschnitt meines Arbeitsplans beziehen, der in zwei oder drei Jahren erledigt sein dürfte.

Aber unter den Umständen und nachdem die Dinge einmal soweit sind, kann ich nicht anders. Noch einmal habe ich dabei an Ihr Wohlwollen zu appellieren: Nichts wäre mir peinlicher, als wenn die Erörterung der über mich in Umlauf gesetzten Gerüchte mit der Überreichung meines Entlassungsgesuchs abgebrochen würde, insbesondere meine ich auch, daß Klärung und Erledigung der Sache nicht nur von meinem Standpunkt, sondern auch von dem der Unterrichtsverwaltung und der preußischen Universitäten wünschenswert ist.

Morgen will ich (bis zum 23.) eine kleine Erholungsreise antreten, um wieder Herr meiner Nerven zu werden, deren Zustand mir zum Bewußtsein bringt, was der Entschluß, den ich mir abgerungen habe, mich innerlich kostet. Aber dann stehe ich mündlich und schriftlich zu jeder weiteren Erörterung jener Sache jederzeit zur Verfügung. (Darf ich übrigens an meine Bitte um Übersendung einer Kopie meines letzten Briefs erinnern?)

¹ Druck: Hedtke, Ulrich/Swedberg, Richard (Hrsg.), *Joseph Alois Schumpeter – Briefe/Letters*, Tübingen 2000, S. 213 f.

² Das Abschiedsgesuch vom 13.5.1932 liegt der Akte bei, Bl. 321.

Ich bin mir bewußt, was ich Ihnen persönlich verdanke. Keine notwendig formelhafte Ausführung darüber könnte meinem Gefühl entsprechen. Lassen Sie mich jetzt nur meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß ich noch Gelegenheit haben werde, mich von Ihnen zu verabschieden.

Empfangen Sie, hochverehrter Herr Ministerialdirektor, den Ausdruck aufrichtigster Verehrung Ihres ergebenen

P. S.: Mit Rücksicht auf das Interesse, das der Herr Minister der Angelegenheit meiner Berufung nach Berlin widmete, richte ich auch an ihn ein Schreiben, das im wesentlichen mit dem Gesuch zusammenfällt.³

148 a. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin an Kultusminister Adolf Grimme.

Berlin, 16. Juli 1932.

Ausfertigung, gez. v. Mises als Dekan.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 6, Bl. 326–338.

Schumpeter ist für die Nachfolge von Sering ungeeignet, da fachlich kein Agrarwissenschaftler. Gegen seine Persönlichkeit bestehen Bedenken. Vorwürfe, er habe in seiner Zeit als Bankpräsident in Wien Bilanzfälschung und Vorteilsnahme begangen, hat er nicht widerlegt. Seine mathematisierte Theorie beruht vielfach auf Anleihen bei anderen.

Eine Oktroyierung wäre folgenswer.

Vgl. Einleitung, S. 101.

Die Philosophische Fakultät hat in ihrem Bericht vom 24. Juni 1932 – Tagebuch Nr. 798 – in einer ihrer Meinung nach überzeugenden Weise dargetan, daß Herr Prof. Dr. Schumpeter – Bonn für die jetzt in Frage stehende Besetzung eines staatswissenschaftlichen Lehrstuhles an der Berliner Universität nicht in Betracht kommen kann. Herr Schumpeter, der sich weder auf dem Gebiete der Agrarwissenschaft, noch auf dem der Statistik jemals durch theoretische oder praktische Arbeiten ausgewiesen hat, besitzt nicht die fachliche Eignung, die Nachfolge des Geheimrat Prof. Sering oder die des Prof. von Bortkiewicz zu

³ *Das Schreiben an Kultusminister Grimme vom 2.6.1932 liegt der Akte bei, Bl. 322. Der von Schumpeter zurück-erbetene Brief aus der überlieferten Entwurfsfassung rekonstruiert bei: Hedtke/Swedberg, Joseph Alois Schumpeter, S. 206–211.*

übernehmen. Vollends in einer Zeit, in der notgedrungene Sparmaßnahmen und Einengung aller zur Verfügung stehenden Mittel eine etwaige Doppelbesetzung von vornherein ausschließen, erscheint es der Fakultät angesichts des zwingenden und eindeutigen Unterrichtsbedürfnisses geradezu unmöglich, eine Berufung Schumpeters in Erwägung zu ziehen. Da jedoch der Herr Minister die Bedenken kennenzulernen wünscht, die in der Fakultät gegenüber der Persönlichkeit Schumpeters – unabhängig von seiner sachlichen Unzuständigkeit für den zu besetzenden Lehrstuhl – bestehen, gestatten wir uns, das nachfolgende auszuführen.

I.

Dr. Joseph Schumpeter war in der Zeit von 1921 bis 1924 Präsident des Verwaltungsrates der Biedermann-Bank in Wien, das ist nach österreichischem Recht der für die gesamte Geschäftsführung verantwortliche Leiter der Bank. Im Jahre 1925 setzte der österreichische Nationalrat eine Untersuchung zur Aufklärung bestimmter Vorgänge in der Biedermann-Bank ein. In dem veröffentlichten Protokoll dieses parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Bericht vom 27. November 1925, Nr. 473 der Beilagen Nationalrat II. Gesetzgebungsperiode) finden sich folgende Erklärungen des als Sachverständiger vernommenen Vizepräsidenten der staatlichen Bankkommission, Hofrat Georg Stern, der im Jahre 1924 die Verhältnisse der Biedermann-Bank geprüft hatte.

S. 23. „Ich habe aufmerksam gemacht, daß bei der dritten Emission eine Aufteilung stattgefunden hat, bei der die Herren Schumpeter, Kunwald, Anhauch, Treichel, Halpern und Hugo Schwarz jeder 30.000 Stück respektive 16.000 Stück gratis bekommen haben.“

S. 24. „Die zweite Linie, die ich verfolgt habe, war die, wieso eigentlich die Biedermann-Bank in einen solchen Zustand gekommen ist. Da kam ich auf die Linie Braun-Stammfest, mit der Schumpeter im Zusammenhang ist, und da habe ich konstatiert, daß die ganzen Manipulationen mehr als unkorrekt sind. Ich bin in einem Zivilprozeß im April als Zeuge vernommen worden. Man hat mich gefragt, ob die Regierung bei der Bewilligung dieser ganzen Emissionen irregeführt worden ist. Ich hätte diese Frage bejahen sollen, denn es ist aktenmäßig konstatiert, daß sie irregeführt wurde, ich habe aber die Zeugenschaft damals abgelehnt, weil ich ohne Bewilligung des Parlaments so schwerwiegende Aussagen nicht machen konnte. Meine Behauptung, daß es bei der Biedermann-Bank schief geht, ist nach eineinhalb Jahren dadurch belegt, daß die Bank dreißig Milliarden abgeschrieben hat. Der Reingewinn der Biedermann-Bank im Jahre 1923 war zweifellos falsch. Er ist dadurch entstanden, daß seit Juli die Syndikalisten mit 36 % belastet wurden. Ob die Bank gut oder schlecht steht, der Reingewinn bleibt immer auf dem Papier.“

S. 26. „Bei der Revision ist mir das Konto Schumpeter aufgefallen, weil er sehr viel schuldig war, und weil seine Gründungen als Depot waren.“

Zur Begründung seiner Aussagen berief sich Hofrat Stern auf zwei ausführliche Untersuchungsberichte, die die Zustände bei der Biedermann-Bank unter der Präsidentschaft Schumpeters behandeln:

den „buchhalterischen Bericht“ vom 30. und 31. Mai 1924,
das „Protokoll zur Sitzung der Bankkommission“ vom 6. Juni 1924.

Wir haben diese ungedruckten Berichte zu einer vertraulichen Einsichtnahme aus Wien erbeten, sie jedoch nicht erhalten, und müssen uns daher auf das veröffentlichte Protokoll beschränken.

Die Fakultät ist nicht in der Lage und fühlt sich auch nicht berufen, ein Urteil darüber zu fällen, ob bestimmte Verfehlungen auf Seite des Bankpräsidenten Schumpeter vorliegen oder nicht. Aber sie würde ihre nächstliegende Pflicht verletzen, wollte sie bei der Wahl eines Professors der Wirtschaftswissenschaften darüber hinwegsehen, daß in der Öffentlichkeit unwiderlegte Anschuldigungen schwerster Art gegen ihn und das von ihm geleitete Unternehmen erhoben worden sind.

Um nach Möglichkeit klarzustellen, was die in dem Untersuchungsprotokoll niedergelegten Äußerungen des Hofrat Stern bedeuten und inwieweit sie Herrn Schumpeter persönlich treffen, hat die Fakultät den öffentlich bestellten vereidigten Wirtschaftsprüfer Dr. Willibald Dorow in Berlin um Erstattung eines Gutachtens ersucht, das diesem Bericht im Original beiliegt¹. Nach den Ergebnissen, zu denen der Sachverständige gelangt (Bl. 6 des Gutachtens), werden in dem Untersuchungsprotokoll folgende Anschuldigungen gegen die Person des Herrn Prof. Dr. Schumpeter erhoben:

- „a) Als Präsident der Biedermann-Bank habe er sich bei Aktien-Emissionen dieser Bank Gratis-Aktien gewähren lassen,
- b) unter seiner Präsidenschaft seien bei der Biedermann-Bank falsche Bilanzen aufgestellt worden,
- c) als Präsident der Biedermann-Bank habe er bei dieser sehr hohe Schulden gemacht,
- d) er habe in engen geschäftlichen und freundschaftlichen Verbindungen zu dem in Österreich berüchtigten Gründer Braun-Stammfest gestanden, der durch unkorrekte Manipulationen und durch Irreführung der Regierung Schwindel-Unternehmungen aufgezogen hat,
- e) von einem der maßgebenden Herren des Untersuchungs-Ausschusses wird ihm, dem gewesenen Präsidenten der Biedermann-Bank, indirekt der Mangel an wirtschaftlicher Verantwortlichkeit vorgeworfen.“

Die Anschuldigungen beschränken sich demnach nicht etwa auf den Vorwurf kaufmännischer oder geschäftlicher Unfähigkeit, sondern gehen weit darüber hinaus. Nicht darum handelt es sich hier, daß ein Theoretiker sich als Praktiker nicht bewährt habe, sondern darum, daß ein Professor der Wirtschaftswissenschaft, als er vor die Aufgabe gestellt war, ein wirtschaftliches Unternehmen zu leiten, als Persönlichkeit, als Charakter vor der Öffentlichkeit versagt hat.

¹ *Liegt der Akte bei, Bl. 352–358.*

II.

An dieser Stelle muß die Fakultät vorweg einem Einwand entgegentreten, der ihr möglich erscheint. Man könnte daran denken – eine Auffassung, die die Fakultät nicht teilt – sich über alle im folgenden dargelegten Einwände gegen die Persönlichkeit Schumpeters hinwegzusetzen, wenn es sich bei ihm um eine alles übliche Maß überragende wissenschaftliche Erscheinung handelte. Zu einer solchen haben ihn seine Freunde in der Tat hinaufgesteigert. Die Fakultät ist jedoch bei aller Anerkennung seiner Fähigkeiten und Leistungen der Überzeugung, daß Schumpeter ein so überragender Rang als Gelehrter nicht zukommt.

Das von Schumpeter gepflegte Fach der Wirtschaftswissenschaft ist die traditionell sogenannte theoretische Nationalökonomie. Innerhalb dieses Gebietes vertritt Schumpeter diejenige Richtung, die die wirtschaftlichen Vorgänge durch weitgehende Quantifizierung mathematisierbar machen will und auf eine sogenannte soziale Mechanik mit dem Anspruch der Exaktheit hinstrebt. Eine genaue Prüfung seiner Arbeiten auf diesem Gebiete ergibt, daß er sich vielfach der unternommenen Aufgabe nicht gewachsen zeigt, so namentlich dort, wo mathematische Hilfsmittel zur Verwendung kommen. Aber auch bei anderen Gelegenheiten, wie etwa in seiner Dogmengeschichte, erweist sich Schumpeter als ein nicht immer zuverlässiger Schriftsteller, der leicht die Grenzen überschreitet, die seinem Können und Wissen gezogen sind.

Als das wesentliche erscheint uns, daß Schumpeter auf seinem engeren Fachgebiete keine eigentlich schöpferischen Leistungen aufzuweisen hat. Seine Arbeiten sind Weiterführungen von Gedanken, die von anderen mathematischen Nationalökonomern: in Europa Walras, Pantaleoni und vor allem Pareto, in Amerika von Irving Fisher u. a. entwickelt worden sind. Dieselbe Abhängigkeit von fremden Lehrmeinungen macht sich auch bei den einzelnen Theorien Schumpeters bemerkbar. So ist seine Kredittheorie, die in seinem System eine tragende Rolle spielt, in wesentlichen Punkten der Lehre McLeods nachgebildet, seine Zirkulationstheorie weitgehend beeinflußt von John Bates Clark.

Der neueren Bewegung in der Wirtschaftswissenschaft, die diese auf eine breitere Grundlage zu stellen und ihre Fundamente zu vertiefen trachtet dadurch, daß sie die Nationalökonomie wieder in eine engere Verbindung mit den geisteswissenschaftlichen Disziplinen bringt, steht Schumpeter fremd gegenüber. Versuche, die er unternommen hat, Fühlung mit dieser Richtung zu nehmen, wie namentlich seine „Theorie der Entwicklung“, seine „Soziologie des Imperialismus“ und andere dürfen als gescheitert betrachtet werden. Offenbar mangelt Schumpeter nicht nur die Neigung, sondern auch das Vermögen, hier Anschluß zu gewinnen. Bei aller Anerkennung der hervorragenden Eigenschaften des Schumpeterschen Geistes wird man nicht verkennen dürfen, daß ihm das Interesse für die historischen Zusammenhänge ebenso fehlt wie eine gründliche philosophische Bildung.

Die Fakultät bedauert, daß sie in diesem Zusammenhang genötigt ist, nur eine negative Seite der wissenschaftlichen Leistung Schumpeters hervorzuheben. Aber der Gedanke, daß unbestreitbare Mängel des persönlichen Verhaltens durch das Singuläre der wissenschaft-

lichen Leistungen ausgeglichen werden könnten, macht, wenn sie überhaupt vertretbar ist, eine derart kritische Stellungnahme erforderlich.

III.

Einen besonders schwerwiegenden Mangel in Schumpeters persönlichem Verhalten erblickt die Fakultät darin, daß er die öffentlich und in offizieller Form gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, die seine Ehrenhaftigkeit in Frage stellen, mehr als sechs Jahre hindurch unerwidert gelassen hat. Denn keineswegs sind die der Fakultät vorliegenden Behauptungen „ein im Dunkeln schleichendes Gerücht“, wie sie Herr Schumpeter kürzlich genannt hat, sondern es sind öffentliche Behauptungen des für die Beurteilung des österreichischen Bankwesens autorisierten Vizepräsidenten der staatlichen Bankkommission, Hofrat Georg Stern, der unter seinem Eid als amtlicher Sachverständiger vor der Untersuchungskommission des Nationalrates ausgesagt hat. Wenn Herr Schumpeter im März 1932 erklärt, ihm sei der offizielle Untersuchungsbericht bis heute unbekannt geblieben, so können wir darin bei einem in der Öffentlichkeit wirkenden Manne nur ein seine Persönlichkeit belastendes Moment, nicht aber eine Entschuldigung erblicken. Denn der Bericht lag seit Mitte Dezember 1925 im Druck vor, war durch den Buchhandel von jedermann zu beziehen und es sind über seinen Inhalt im Dezember 1925 unter Nennung des Namens Schumpeter in österreichischen und reichsdeutschen Zeitungen ausführliche Mitteilungen erschienen. Auch als der Bericht in seinen Händen war, hat Schumpeter nichts anderes unternommen, als einen Rechtfertigungsversuch in einem Brief an das Ministerium, der an einem Teil der Beschuldigungen vorbeigeht, die anderen nicht aus der Welt schafft.

Von einem Manne, der den Anspruch erhebt, innerhalb der deutschen Wissenschaft eine geachtete Stellung einzunehmen, darf verlangt werden, daß er in ganz anderem Maße auf die Reinhaltung seines Namens und den Schutz seiner persönlichen Ehre bedacht ist.

IV.

In diesem Zusammenhang muß die Fakultät auch auf die allgemeine Bedeutung und die öffentliche Wirkung einer etwaigen Berufung Schumpeters an die Berliner Universität hinweisen. Im gesamten öffentlichen Leben Deutschlands macht sich zur Zeit in immer entschiedenerer Weise ein Ruf nach Säuberung und Reinigung geltend gegenüber den zahllosen, tief bedauerlichen Erscheinungen der Nachkriegszeit, die in Wirtschaft und Verwaltung immer von neuem zu Tage treten. Wiederholt haben in letzter Zeit Vertreter der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft hervorgehoben, daß zu einer Besserung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Säuberung der öffentlichen Moral erforderlich sei, vor allem aber die Wiederkehr einer strengeren Auffassung gerade bei jenen Personen, deren Verhalten richtunggebend für andere ist. Die deutschen Universitäten sind bisher von jedem Vorwurf dieser Art in der öffentlichen Diskussion freigeblichen. Um so ernster erwächst uns die Verpflichtung, mit äußerster Strenge darüber zu wachen, daß der Eintritt in eine Fakultät jedem verwehrt bleibt, dessen Ruf auch nur von dem leisesten Schatten getroffen wird.

Als zu Beginn unserer Beratungen im Dezember 1925 die ersten Unterlagen über die gegen Herrn Schumpeter erhobenen Beschuldigungen in unsere Hände kamen – sie stammen sämtlich aus der Zeit nach Schumpeters Berufung nach Bonn – bemühten wir uns, mit der größten Sorgfalt zuverlässige Auskunft darüber zu bekommen, wie das Verhalten Schumpeters in den maßgebenden österreichischen Kreisen beurteilt wird. Wir wandten uns an eine Reihe hochangesehener und wohlunterrichteter österreichischer Persönlichkeiten, deren Zuverlässigkeit außer allem Zweifel steht. Die Antworten waren für Schumpeter vernichtend. Sie stimmten untereinander überein und stimmten zu dem oben dargelegten Tatbestand, wonach Schumpeter auf die schwerwiegendsten, in aller Öffentlichkeit ausgesprochenen Anschuldigungen kein Wort der öffentlichen Erwiderung gefunden hat. Wie immer die Ergebnisse einer objektiven Untersuchung, die nicht Sache der Fakultät sein kann, ausfallen mögen, die Tatsache des nicht untadelhaften Rufes besteht, und sie allein genügt, um jeden Gedanken an einen Eintritt Schumpeters in die Fakultät für uns untragbar erscheinen zu lassen.

Mit allem Nachdruck erheben wir Einspruch dagegen, daß durch die Berufung eines Mannes, dessen Name in der Öffentlichkeit durch nicht widerlegte Beschuldigungen belastet ist, zudem als Professor der Wirtschaftswissenschaft, unsere Fakultät in den Bereich von Erörterungen hineingezogen wird, mit denen in Berührung zu kommen keine Ehre bedeutet.

V.

Wir fassen den in diesem und dem vorangegangenen Bericht dargelegten Standpunkt dahin zusammen:

- 1.) Herr Prof. Schumpeter ist für die jetzt in Frage stehende Besetzung eines Lehrstuhles agrarwirtschaftlicher oder statistischer Richtung in keiner Weise fachlich legitimiert.
- 2.) Herr Schumpeter hat in mehrjähriger Tätigkeit als verantwortlicher Leiter eines wirtschaftlichen Unternehmens in seiner persönlichen Haltung unbestreitbar versagt; er hat in dieser Richtung öffentlich gegen ihn erhobenen Anschuldigungen gegenüber nicht den Versuch gemacht, sie aus dem Wege zu räumen; seine Berufung an die Berliner Universität würde allen Bestrebungen nach Rückkehr zu strengeren Pflichtauffassungen im öffentlichen Leben widersprechen.
- 3.) Das Vorliegen so überragender, wissenschaftlicher Leistungen, daß es denkbar wäre, sich über die unter 1.) und 2.) angedeuteten Einwände hinwegzusetzen, vermag die Fakultät nicht anzuerkennen.

Abschließend bemerkt die Fakultät, daß sie fest überzeugt ist, in den vorstehenden Darlegungen, besonders denen über die außerwissenschaftliche Tätigkeit von Prof. Schumpeter, Gesichtspunkte entwickelt zu haben, die dem Herrn Minister bisher unbekannt oder in ihrer Tragweite nicht übersehbar gewesen sind. Die Fakultät glaubt nach dieser zweifellos überzeugenden Darlegung ihrer Gegengründe nicht an die Gefahr einer zweiten Oktroyierung im Bereich der staatswissenschaftlichen Lehrstühle, obwohl sie nicht verschweigen kann, daß sie auch in diesem Fall durch Gerüchte von der Art, wie sie in unserer bisher un-

beantworteten Eingabe vom 1. Dezember 1931 – Tagebuch Nr. 226 – erwähnt sind, ernsthaft beunruhigt worden ist.

Die schweren Folgen, die eine Bestätigung dieser Gerüchte durch die Ernennung Schumpeters nicht nur für die Berliner Fakultät und für das deutsche Hochschulwesen überhaupt, sondern weit darüber hinaus haben müßten, erkennt der Minister selbst.

148 b. Sondervotum von Prof. Emil Lederer für das Kultusministerium.

Berlin, 18. Juli 1932.

Reinschrift, gez. E. Lederer.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 6, Bl. 340–350.

Die Vorwürfe gegen Schumpeter als Bankpräsident sind übertrieben und teils aus der Inflationszeit her erklärbar; ihre Aufklärung durch das Kultusministerium ist Schumpeter selbst erwünscht. Er ist ein schöpferischer Gelehrter von allererstem Rang, dessen Abwanderung in die USA sehr bedauerlich wäre.

Vgl. Einleitung, S. 101.

Der Unterzeichnete konnte sich dem Votum der Fakultät in Sachen der Nachfolge Herkner/Sombart nicht anschließen und hat aus folgenden Gründen dagegen gestimmt:

I.) Prof. Schumpeter war Präsident der Biedermann-Bank, die im August 1924 in Schwierigkeiten kam. Der Bericht des Untersuchungsausschusses, auf den sich das Votum der Fakultät stützt, hat die Frage der Emissionskurse der Aktien und die Behauptung geprüft, daß dem Abgeordneten Dr. Mataja von der Biedermann-Bank Begünstigungen zugebilligt worden sind. Die Untersuchung ging aber darüber hinaus auch auf das Geschäftsgebaren der Biedermann-Bank ein. Doch während der ganzen Verhandlungen ist von keiner Seite, weder vom Vorsitzenden, dem Abgeordneten Dr. Dinghofer (großdeutsch), noch den Abgeordneten, die Mitglieder des Untersuchungsausschusses waren, der Wunsch geäußert oder der Antrag gestellt worden, Prof. Schumpeter, der doch Präsident der Bank war, vorzuladen bzw. zu vernehmen. Selbst der Bericht der Minderheit, der scharfe Vorwürfe gegen die Regierung wegen einer ungerechtfertigten Begünstigung der Biedermann-Bank erhob, enthält an keiner Stelle den Namen Schumpeter, sondern beschäftigt sich, wie die Verhandlungen des Ausschusses auch, nur mit der Rolle des dem Verwaltungsrat angehörenden Dr. Kunwald. Aus dem Bericht über die Verhandlungen selbst (473 der Beilagen, Nationalrat 2. Gesetzgebungsperiode) läßt sich aber ein klares Bild über die Vorgänge bei der Biedermann-Bank nicht gewinnen, zumal ja die ausführlichen Verhandlungen der Bankkommission nicht veröffentlicht sind. Aus diesem Grunde erklärt ja auch das Votum der Fakultät,

„wir sind nicht in der Lage und fühlen uns auch nicht berufen, ein Urteil darüber zu fällen, ob bestimmte Verfehlungen auf seiten des Bankpräsidenten Schumpeter vorliegen oder nicht“.

Auch ich bin nicht in der Lage, in alle Einzelheiten des sehr verwickelten und in wichtigen Teilen nicht erörterten Tatbestandes einzudringen. Folgende, im Votum nicht berücksichtigte Umstände scheinen mir aber für die Beurteilung jedenfalls von Bedeutung zu sein:

Schumpeter hat im Frühjahr 1919 in einer Koalitionsregierung, die aus Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten bestand, das Finanzministerium als Fachminister übernommen. Er war in der Zeit allergößter Schwierigkeiten nicht imstande, von seinem Ressort aus die Inflation zu stoppen und ein ruhiges Gleichgewicht herzustellen. Er hat damit viele Hoffnungen, die sich auf seine außergewöhnliche Begabung stützten, enttäuschen müssen, aber man kann wohl auch nach allen Erfahrungen in Deutschland rückblickend sagen, daß die Situation damals überhaupt nicht gerettet werden konnte. Eine Verfügung besonders hat in der Öffentlichkeit die größte Gegnerschaft gegen ihn ausgelöst: Die Verordnung, wonach Krone gleich Krone sei, eine Entscheidung übrigens, die ja auch ein bekanntes Urteil des deutschen Reichsgerichts in der gleichen Situation fällte und auch noch heute aufrechterhält. So war sein Name umstritten, als er – einige Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Finanzministerium – das Präsidium der Biedermann-Bank übernahm. Daß er sich damals auf diesen Weg begab, trotz seiner *passion scientifique*, die ja für jeden, der ihn kennt, der tiefste Grundzug seines allerdings sehr komplizierten Wesens ist, muß aus den besonderen Umständen begriffen werden. Von der Regierung zu einer, wie sich zeigte, unmöglichen Aufgabe berufen, hatte er sein Lehramt aufgeben und war mit allen seinen reichen Kräften und Wirkungsmöglichkeiten brachgelegt.

Es muß zugegeben werden, daß er die Bank zu keinem Erfolge geführt hat. Auch hier richteten sich naturgemäß heftige Angriffe gegen eine Bankleitung, in deren Unternehmen Verluste entstanden. (Nur nebenbei sei bemerkt, daß sie im Vergleich zu den später eingetretenen Zusammenbrüchen lächerlich gering waren, – so gibt der Bericht an einer Stelle das Defizit mit 30 Mrd. Kronen an, das waren aber damals etwa 1,6 Mio. RM.) So erklärt sich zwanglos die ungünstige Beurteilung, die Schumpeter in manchen Kreisen erfuhr. Es muß aber bemerkt werden, daß die Meinungen auch in der Wiener Öffentlichkeit geteilt sind, daß insbesondere die energische, kein Opfer scheuende Art, in der Schumpeter die Verluste allmählich abdeckte – was wenige von sich sagen können – ihm die Anerkennung weiterer Kreise eintrug.

Selbst wenn die Feststellungen des Sachverständigen Hofrat Stern zuträfen – Schumpeter setzt sich mit ihnen in seinem Brief an das Ministerium auseinander –, so verlangen doch mehrere Momente, die das Fakultätsvotum meines Erachtens nicht zu ihrem Recht kommen läßt, stärkere Berücksichtigung: Erstens hat Schumpeter bis zur Erschöpfung seiner Kräfte, wie auch nicht bestritten wird, alles getan, um die von ihm größtenteils aus Schwäche gegenüber einem alten Schulkollegen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, was ihm auch gelungen ist. Das scheint mir gerade für die moralische Beurteilung von ent-

scheidender Bedeutung zu sein und wird auch in der Wiener Öffentlichkeit immer wieder hervorgehoben.

Zweitens fällt die ganze Tätigkeit Schumpeters in die Zeit der Inflation und der Stabilisierung. Jedes Unternehmen, besonders aber ein Bankunternehmen, das ja nicht über Sachwerte verfügt, war in der Inflation besonders gefährdet. Mit der Stabilisierung mußte jede Bank, die ja nur Kredite vermittelt, in Schwierigkeiten kommen, wenn die Gläubiger ihre Guthaben zurückgezogen, die Schuldner aber infolge der Geldentwertung nicht sofort zahlen konnten. Damit wurden Bankaktien, wenn keine Stützung des Staates eingriff, in den Strudel des Entwertungsprozesses hineingezogen, und es enthüllten sich die großen, zuvor von niemand voraussehbaren Risiken, die mit der Beteiligung an solchen Banken, mit der Übernahme von Aktienpaketen, sei es auch zu scheinbar vorteilhaften Kursen, verbunden waren. In diese Beleuchtung müssen auch die Geschäfte gerückt werden, die den Gegenstand der Untersuchung bildeten – insbesondere die Zuteilung der Aktien an die Syndikate.

Endlich: Prof. Schumpeter hat im Herbst 1925 einen Lehrstuhl der Staatswissenschaften an der Universität Bonn übernommen. Er hat vom ersten Tag an zu erkennen gegeben, daß mit der Übersiedlung nach Bonn diese Phase seines Lebens für ihn völlig abgeschlossen war. Er hat in rastloser, an wissenschaftlicher Produktivität reicher Arbeit, in einer intensiven Lehrtätigkeit, in einem regen wissenschaftlichen Verkehr mit Fachgenossen des In- und Auslandes, in der Organisation und Führung wertvoller wissenschaftlicher Arbeiten durch die Tat bewiesen, daß er seine ganzen reichen Kräfte ausschließlich – wie auch ehemals – in den Dienst seiner wissenschaftlichen Aufgabe stellen wolle. Er ist diesen Weg nunmehr 7 Jahre lang ohne einen Augenblick zu zögern gegangen. Er hat alle reichen Begabungen seines Talenten, die ja so viele Möglichkeiten und so viele Verführungen in sich schließen, mit eiserner Energie in den Dienst seiner Leistung gestellt. Beweis dafür ist die Fülle seiner Produktionen in diesen 7 Jahren, die tiefe Wirksamkeit seiner Schriften im In- und Auslande, die zahlreichen Einladungen zur Übernahme vorübergehender oder dauernder Lehrtätigkeit (Harvard-Universität, Universität London) die Fülle wissenschaftlicher Vorträge, zu denen er, von Deutschland abgesehen, nach England, den Vereinigten Staaten, nach Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Japan und China eingeladen wurde, endlich eine ausgebreitete Lehrtätigkeit, und daß er im Verein mit den hervorragendsten Mitgliedern der Universitäten Bonn und Köln am Aufbau eines wissenschaftlichen Lebens beteiligt war, das sich mit durch ihn in den letzten Jahren im Westens Preußens so reich entfaltete. Nimmt man hinzu, daß er im Anfang dieser Zeit 1926 von schwerstem persönlichem Unglück, dem fast gleichzeitigen Tode seiner Nächsten, von Frau und Kind und Mutter niedergeworfen wurde, daß er, ganz auf sich selbst gestellt, nach Vernichtung aller Hoffnungen für ein reicheres persönliches Leben alles aus sich selbst herausholen und aufbauen mußte, so liegt darin die Stärke eines Charakters und die Fähigkeit einer Wendung, die bei der Beurteilung der im Votum der Kommission enthaltenen Vorwürfe auch berücksichtigt werden müssen. Angesichts der sehr akzentuierten Behauptungen des Kommissionsvotums wird es aber erforderlich sein, eine völliger Klärung der dort berührten Punkte durch das Ministerium

herbeizuführen, die ja Prof. Schumpeter selbst wünscht. Wenn diese, wie ich zuversichtlich erwarte, erweist, daß Prof. Schumpeter aus seinen Verhalten keinerlei Vorwürfe gemacht werden können, so fallen die daraus erhobenen Einwände gegen die Berufung Schumpeters dahin.

Es sei noch hinzugefügt: In der völligen Anwendung von der Lebenssphäre der Jahre nach dem Kriege liegt ja auch die Erklärung dafür, daß Schumpeter die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht beachtete. Er wußte bei sich, daß er allen Schaden gutgemacht hatte. Was sonst an Gerüchten umlief, war ihm unbekannt oder gar nicht zu fassen. Das Protokoll des Untersuchungsausschusses kannte er nicht, denn er war ja nicht zur Äußerung aufgefordert worden, und es gab niemanden, der es ihm zusandte. Wieso kann daraus ein Vorwurf gegen ihn erhoben werden? Eine Befragung Prof. Schumpeters unter Bekanntgabe der von dem Votum in diesem Punkte erhobenen Vorwürfe wird sicherlich die Aufklärung seines Verhaltens zu dieser Zeit schaffen.

II.) Prof. Schumpeter als wissenschaftliche Persönlichkeit: Die Charakteristik der wissenschaftlichen Persönlichkeit Schumpeters, wie sie das Votum der Fakultät darbietet, erfährt nicht das Wesen der Leistung Schumpeters, sie betrachtet sein Werk leider aus so engen Gesichtspunkten, daß sie demselben nicht gerecht werden kann. Ich will daher versuchen, nur unter gelegentlicher Bezugnahme auf das Votum der Fakultätsmehrheit, das Bild der wissenschaftlichen Persönlichkeit zu zeichnen:

Schumpeters stärkste Begabung liegt auf dem Gebiete der ökonomischen Theorie. Seine wissenschaftlichen Leistungen sind schlechthin richtunggebend gewesen. Wenn das Votum der Fakultätsmehrheit glaubt, den Hauptakzent auf die mathematisierende Richtung seines ersten Hauptwerkes legen zu sollen (er hat es 1908 im Alter von 25 Jahren publiziert), so wird dabei übersehen, daß die Mathematik bei Schumpeter immer nur Darstellungsweise, nicht Methode ist, daß er sich ihrer also nur als Ausdrucksmittel für den ökonomischen Gedanken bedient. Das System seines ökonomischen Denkens zeigt sich schon in seinen ersten Schriften, in welchen er die inneren Zusammenhänge der heute sogenannten Kreislaufwirtschaft aufdeckte. Wie seine späteren Werke zeigen, sind sie für ihn die erste Etappe im diskursiven Weg des Erkennens unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems, eine idealtypische Konstruktion im Sinne Max Webers, die aber schon auf die Probleme der dynamischen Wirtschaft vorbereitet. Diese Schaffung von Wirtschaftstypen in ihrer theoretischen Struktur ermöglichte es Schumpeter, die Probleme an ihren richtigen Ort zu stellen und dadurch zu ordnen.

Die volle Fruchtbarkeit der anscheinend wirklichkeitsfremden, weil eben bestimmte Strukturelemente der Wirklichkeit übertreibenden Sonderung von statischer und dynamischer Wirtschaft zeigte sich in seinen späteren Werken, insbesondere in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“. Dieses Werk ist eine der seltenen Erscheinungen unserer Wissenschaft, die alle bisherigen Resultate der Theorie in dem bekannten mehrfachen Sinn in sich aufheben, und doch zugleich ein origineller Wurf. Die Aufgabe, die sich Schumpeter

stellte, nämlich die Gesamtheit des kapitalistischen Wirtschaftens in seinem Prozeß zu erfassen, ist die größte, die sich ein Theoretiker stellen kann. Er hat diesen Prozeß theoretisch und doch wirklichkeitsnah konstruiert, indem er alle wesentlichen Elemente der modernen Wirtschaft, den Unternehmer, Geld und Kredit und das Bankwesen, einbezog und die spezifischen dynamisierenden Elemente in ihrem Sein und in ihrer Funktion herausarbeitete, was bis dahin so, mit den Mitteln der modernen Theorie, noch nicht geschehen war. In diesem großen Werk und in den folgenden Untersuchungen spielt die mathematisierende Darstellung überhaupt keine Rolle. Diese Richtung seines Denkens wirkt sich hier nur in einer starken Folgerichtigkeit, in einer großen Straffheit des Aufbaus aus. So entrollt sich in bewegter, lebendiger, vielfach künstlerischer Kraft die Darstellung dieses großen Prozesses, dessen Einzelphasen in früheren und späteren Untersuchungen noch besonders analysiert werden. Die Wirkung dieses Werkes, zu dem zahlreiche andere Untersuchungen gehören, war im Inland wie im Ausland erstaunlich groß. Noch stärker als die Anerkennung zeigte die Kritik, wie grundlegend die neue Betrachtungsweise geeignet war, unser Wirtschaftsbild zu modifizieren. Gerade weil dieses theoretische Gesamtwerk nicht von vorn beginnt, sondern alles Erbgut seiner Disziplin in sich aufnimmt, wie es nicht die Leistung eines wissenschaftlichen Robinson ist, der wissenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft treibt, weil es im ganzen Aufbau und in den Argumenten die höchste wissenschaftliche Kultur verrät, ohne die Kühnheit im Beschreiten neuer Wege vermissen zu lassen, hat es Forschung wie Lehre wie ökonomisches Denken überhaupt vorwärtsgetrieben. Alle weiteren Arbeiten Schumpeters auf den vielfach verzweigten Gebieten der ökonomischen Theorie zeigen, daß er nicht nur ein Meister der reinen, sondern auch der angewandten Theorie ist, wozu insbesondere seine Beiträge zur Konjunkturforschung gehören. Große Untersuchungen, welche das historische Werden unseres theoretischen Denkens aufzeigen, mit einer bei einem konstruktiven und schöpferischen Talent seltenen Fähigkeit der Einfühlung in fremde Gedankenwelten, soziologische und historische Schriften runden das Bild seiner Leistung ab.

So ergibt sich das Gesamtbild eines in all seinen Teilen sich gegenseitig bedingenden Gesamtwerkes, das eine große konstruktive und nach meiner Überzeugung auch schöpferische Leistung ist. Man braucht nur die Frage aufzuwerfen, wo stände heute die Theorie ohne Schumpeter? Man braucht nur sein Werk und alles, was von ihm angeregt wurde, aus unserer Literatur wegzudenken, um sofort zu sehen, daß seine Leistung eine der stärksten Triebkräfte in der Entwicklung des theoretischen Denkens der Gegenwart ist. Man kann natürlich nicht darüber rechten, ob es sich bei Schumpeter, um die Worte des Fakultätsvotums zu gebrauchen, um „eine alles übliche Maß übersteigende Persönlichkeit“ handelt. Das wird letzten Endes immer Frage der Wertung sein, und dieses wird von der wissenschaftlichen Position des Wertenden abhängen. Dabei sei nicht übersehen, daß Schumpeter erst im 50. Lebensjahr steht, daß seine Produktion noch entscheidende Leistungen verspricht. Aber soviel wird wohl jeder, der überhaupt für die wissenschaftlichen Probleme Schumpeters Interesse hat, bei der Versenkung in sein Werk sagen können, daß er innerhalb nicht nur der deutschen, sondern der internationalen ökonomischen Wissenschaft eine ganz seltene

Erscheinung ist, und daß sein Name stets mit den ersten, ja mit den allerersten Namen unserer Wissenschaft zusammen genannt wird. Daher würde ich seine Übersiedlung nach den Vereinigten Staaten für einen großen Verlust für die deutsche Wissenschaft halten und möchte an meinem Teil mich nicht mit der Verantwortung dafür belasten.

III.) Mit Recht hebt das Votum der Fakultät die Bedeutung der angemessenen Vertretung der Spezialfächer unserer Disziplin hervor. Da aber neben dem freien Ordinariat noch der Lehrstuhl für Statistik unbesetzt ist, und da es nach allgemeiner, auch in der Kommission geäußelter Auffassung gegenwärtig schwer sein dürfte, einen Statistiker zu finden, der die Traditionen von Herrn Borkiewicz fortsetzen könnte, so böte sich der Ausweg, zunächst auf diesen freien Lehrstuhl einen Agrarpolitiker zu berufen und inzwischen das Lehrbedürfnis nach Statistik durch Lehraufträge sicher zu stellen. (In diesem Zusammenhange darf auch daran erinnert werden, daß Herr von Borkiewicz einen erheblichen Teil seiner Kraft der Behandlung theoretischer Probleme in Vorlesungen und Übungen widmete.) Bei einer neuerlichen Vakanz im Lehrkörper könnte in späteren Jahren wieder ein Statistiker berufen werden.

Da ich also der Ansicht bin,

- 1.) daß die im Votum von der Fakultät monierten Tatsachen durch die besonderen Umstände der Zeit bedingt sind, jedenfalls aber bei einer Prüfung durch das Ministerium aufgeklärt werden können,
- 2.) daß die Lehrbedürfnisse der Universität ohne ernste Schädigung zu ihrem Rechte kommen können,
- 3.) daß es sich bei Prof. Schumpeter um eine wissenschaftliche Persönlichkeit von sehr hohem Rang und von anerkanntem internationalen Ruf und um einen Mann von außerordentlicher Lehrbegabung handelt,

würde ich nach vollständiger Aufklärung der im Fakultätsvotum enthaltenen Vorwürfe, die ja auch im Sinn Prof. Schumpeters liegt, seine Berufung auf das noch unbesetzte Ordinariat der Staatswissenschaften an der Universität Berlin begrüßen.

149 a. Schreiben von Prof. Arthur Spiethoff an das Kultusministerium.**Bonn, 16. Juni 1919.***Ausfertigung, gez. Spiethoff.**GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 89.*

*Mitteilung eines Rufes an die Universität Hamburg und Ablehnung eines Rufes an die
Universität Graz.*

Vgl. Einleitung, S. 102.

In Erfüllung der Vereinbarung vom 7. März 1918 beehre ich mich zu melden, daß der Senatskommissar für die Universität in Hamburg mich fragt, ob ich geneigt sei, einem Rufe an die Hamburger Universität zu folgen, und mich ersucht, meine Wünsche bezüglich der Gewährung einer Zulage zu den normenmäßigen Bezügen oder einer Kolleggeldgarantie mitzuteilen. Zugleich beehre ich mich anzuzeigen, daß ich auf eine Anfrage des Staatsamtes für Unterricht in Wien, unter welchen Bedingungen ich bereit sei, eine sofortige Berufung nach Graz anzunehmen, geantwortet habe, in der gegenwärtigen, kritischen Zeit und bei dem großen studentischen Andrang die hiesige Stelle nicht verlassen zu können.

**149 b. Aus dem Bericht des Kurators der Universität Bonn, Johann Norrenberg,
für Unterstaatssekretär Carl Heinrich Becker im Kultusministerium.****Bonn, 26. Juni 1919.***Ausfertigung, gez. Norrenberg.**GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 90-90v.*

*Mitteilung von Einzelheiten des Angebots der Universität Hamburg an Prof. Spiethoff. Dieser
würde wohl gerne in Bonn bleiben; sein Weggang wäre jedenfalls ein großer Verlust.*

Vgl. Einleitung, S. 102.

Hochverehrter Herr Unterstaatssekretär!

Wie bereits amtlich mitgeteilt worden ist, hat Prof. Spiethoff einen Ruf nach Hamburg erhalten. Privatim ist mir mitgeteilt worden, daß sich Hamburg außerordentliche Mühe gibt, Herrn Prof. Spiethoff für die Hochschule zu gewinnen. Es ist ihm von Hamburg ein Gehalt von 11.000 M und 3.000 M Zulage in Aussicht gestellt worden, außerdem eine Beihilfe von 1.000 M zum Abschlusse einer Lebensversicherung, daneben ist ihm eine Honorargarantie von 6.000 M zugebilligt worden, außerdem würde er in Hamburg noch eine Teuerungszulage von monatlich 280 M erhalten, so daß sich sein Gesamteinkommen auf

24 bis 25.000 Mark stellen würde. Die 1.000 M Lebensversicherung sind ihm von Hamburg lebenslänglich versprochen, während die gleiche Summe in Preußen nur bis zu seinem 60. Lebensjahre gezahlt würde. Ich glaube wohl sagen zu dürfen, daß Prof. Spiethoff gern in Bonn bleiben würde. Wie ich auch von Studierenden gehört habe, übt er durch seine Persönlichkeit und durch seine Lehrgabe auf seine Zuhörer einen außerordentlich starken Einfluß aus. Sein Weggang würde allgemein bedauert werden, aber bei dem überaus günstigen Anerbieten von Hamburg ist doch die Gefahr vorhanden, daß Spiethoff Bonn den Rücken kehren und nach dem unruhigen Hamburg übersiedeln wird. Ich hielt mich für verpflichtet, Ihnen hiervon Mitteilung zu machen. [...]

149 c. Aktenvermerk des Ministerialreferenten im Kultusministerium, Erich Wende.

Berlin, 29. Juli 1919.

Reinschrift, gez. Wende.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 73.

Fixierung des Angebots an Prof. Spiethoff für den Fall seines Verbleibens in Bonn.

Vgl. Einleitung, S. 102.

Prof. Spiethoff sind für den Fall seines Verbleibens in Bonn geboten:

11.000 M Gehalt (unter Vorbehaltung der Zustimmung des Finanzministers)

920 M Wohnungsgeldzuschuß

8.680 M Kolleggeldgarantie

2.000 M für Seminarleitung,

schließlich die Verlängerung der ihm durch Nachtragsvereinbarung bis zum 60. Lebensjahr zugestandenem Remuneration von 1.000 M auch für die Zeit nach dem 60. Lebensjahr.

Das Hamburger Angebot beträgt:

Gehalt	16.000 M
--------	----------

Garantie	6.000 M
----------	---------

Teuerungszulage	3.360 M
-----------------	---------

Das Witwengeld beträgt in Hamburg 3.000 M. Prof. Spiethoff wird zugesichert, daß seine Witwe unter allen Umständen den normalen Satz von 2.000 M erhält. Zugesichert ist ferner für den Fall, daß künftig die Professoren Pension beziehen, die Anrechnung der Prof. Spiethoff am 31. März 1918 in Österreich zustehenden 21 Dienstjahre, ferner die Anrechnung seiner österreichischen Ordinariatsjahre wie reichsdeutschen Ordinariatsjahre für die Regelung seines Rangverhältnisses in Bonn.

Spiethoff bittet um Erledigung bis 15. August.

Seine Adresse ist bis dahin Berlin, Wormserstraße 13.

**150 a. Schreiben des Finanzministers Albert Südekum an Kultusminister
Konrad Haenisch.**

Berlin, 8. August 1919.

Ausfertigung, gez. i. A. [...?].

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 72.

Ablehnung eines Sondergehalts von 11.000 M für Prof. Spiethoff.

Vgl. Einleitung, S. 102.

Auf das gefällige Schreiben vom 2. dieses Monats (U I 17179).

Dem Vorschlage wegen Gewährung eines Gehaltes von 11.000 Mark an den Ordinarius für Volkswirtschaft Prof. Dr. Spiethoff in Bonn stehe ich mit ernstesten Bedenken gegenüber. Die Bewilligung derartiger, die normale Höchstgrenze übersteigender Gehälter ist von jeher grundsätzlich auf ganz besondere Ausnahmefälle beschränkt. Dieser Grundsatz muß in der gegenwärtigen Zeit, in der die finanzielle Notlage des Staats zu äußerster Einschränkung aller Ausgaben zwingt und zugleich nach den allgemeinen Verhältnissen die Bewilligung hoher Ausnahmegehälter unerwünscht ist, notgedrungen besonders streng gehandhabt werden. Hiervon ausgehend, vermag ich in dem vorliegenden Falle einen hinreichenden Anlaß zur Gewährung eines Sondergehalts um so weniger zu erblicken, als bereits für den weiteren Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn, den Prof. Dietzel, auf dortigen Vorschlag vom 18. September 1917 (U I 16716 I) ein Ausnahmegehalt von 10.000 M zugestanden worden ist. Im übrigen kann aber auch generell für Preußen eine Konkurrenz mit den in Hamburg entsprechend den dortigen besonderen Verhältnissen auf allen Gebieten gewährten höheren Gehältern nicht in Frage kommen.

**150 b. Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium
und Prof. Arthur Spiethoff.**

Berlin, 18. August 1919.

Reinschrift, gez. v. Hülsen, Spiethoff.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl.91–91v.

*Vereinbarung mit Prof. Spiethoff über seine Gesamtvergütung im Fall des Verbleibens in
Bonn.*

Vgl. Einleitung, S. 17 und 102.

Vereinbarung.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Ministers ist heute zwischen den Unterzeichneten folgendes vereinbart worden:

Für den Fall, daß Herr Prof. Spiethoff in Bonn verbleibt, soll er folgende Bezüge erhalten anstelle seiner bisherigen 11.000 M Gehalt (unter Vorbehalt der Zustimmung des Herrn Finanzministers):

920 M Wohnungsgeldzuschuß

8.680 M Kolleggeldgarantie

2.000 M für Seminarleitung

1.000 M dauernde Remuneration bis zur Emeritierung, und zwar in Abänderung des Nachtrages zur Vereinbarung vom 7. März 1918 (Berlin, den 18. Mai 1918) auch über das 60. Lebensjahr hinaus

23.600 M jährlich.

Für den Fall, daß der Finanzminister dabei verharrt, daß nur ein Gehalt von 8.400 M jährlich gezahlt werden darf, soll die Kolleggeldgarantie so erhöht werden, daß die gesamten oben aufgeführten garantierten Bezüge des Prof. Spiethoff, die in Hamburg 25.360 M betragen hätten, sich in Bonn auf 25.000 M jährlich belaufen.

Für jeden Fall wird Herrn Prof. Spiethoff zugesichert, daß seine Witwe unter allen Umständen den normalen Satz des Witwengeldes von 2.000 M erhält. Sollte der Finanzminister der oben bezeichneten Gehaltserhöhung nicht zustimmen, so wird ihm ferner zugesichert, daß im Falle seines Todes ein Antrag der Witwe um Gewährung einer Witwenunterstützung aus dem Zentralfonds in Höhe von 1.000 M bei vorhandener Bedürftigkeit wohlwollend behandelt wird.

Zugesichert wird weiter für den Fall, daß künftig die Professoren Pension beziehen, die Anrechnung der Prof. Spiethoff am 31. März 1918 in Österreich zustehenden 21 Dienstjahre, ferner die Anrechnung seiner österreichischen Ordinariatsjahre wie reichsdeutsche Ordinariatsjahre für die Regelung seines Rangverhältnisses in Bonn.

Schließlich wird Herrn Prof. Spiethoff zugesagt, daß er für den Fall der Nichtzustimmung des Finanzministers zu der oben bezeichneten Gehaltserhöhung, von der Vollendung des

60. Lebensjahres ab nur verpflichtet sein soll, noch 8 Wochenstunden Privatvorlesungen im Jahresdurchschnitt zu halten, anstatt bis dahin 12 Stunden.

**150 c. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch
an Finanzminister Albert Südekum.**

Berlin, 19. August 1919.

Konzept, gez. i. V. Becker.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 75–75v.

*Erneute Bitte um 11.000 M Sondergehalt für Prof. Spiethoff, da die Teuerung höhere
Dotierung erfordert und Preußen sonst nicht mit Hamburg bzw. anderen Staaten
konkurrieren kann.*

Vgl. Einleitung, S. 102.

Auf das gefällige Schreiben vom 8. August dieses Jahres – I 15801 – erwidere ich ergebenst, daß es in der heutigen Zeit schlechterdings nicht mehr möglich ist, mit Gehältern, welche die normale Höchstgrenze von 8.400 M nicht übersteigen, wirklich hervorragende Kräfte den preußischen Universitäten zu erhalten oder für sie zu gewinnen. Es liegt das nicht etwa an einer Konkurrenz zwischen den einzelnen deutschen Bundesstaaten, sondern daran, daß die allgemeinen Lebensverhältnisse eine sehr erhebliche, zum großen Teil dauernde Verteuerung erfahren haben, die ihrerseits die Notwendigkeit einer höheren Besoldung besonders tüchtiger Kräfte zur Folge hat. Dieser Tatsache hat nicht nur Hamburg, sondern auch der größte Teil der übrigen deutschen Bundesstaaten bereits Rechnung getragen. Wollte Preußen hier abseits stehen, so würden auch die wichtigsten Lehrstühle an den preußischen Universitäten nur mit minderwertigen oder allenfalls mittelmäßigen Kräften besetzt werden können, was notwendigerweise zu einer Verkümmern der preußischen Universitäten führen müßte. Es wäre das um so bedauerlicher, als gerade die preußischen Universitäten in vorderster Linie befähigt sein müssen, durch die an ihnen wirkenden geistigen Kräfte den zusammengebrochenen preußischen Staat wieder aufzubauen. Unter den dabei in Betracht kommenden Gelehrten der Bonner Universität steht der Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, Prof. Dr. Spiethoff, zweifelsohne in erster Reihe. Sein Weggang an die Hamburger Hochschule würde für die Universität Bonn gerade gegenwärtig einen unersetzlichen Verlust bedeuten. Ich erlaube mir daher unter Bezugnahme auf die zwischen dem dortigen Ministerialdirektor Dr. Dulheuer und dem unterzeichneten Unterstaatssekretär heute stattgehabte Besprechung nochmals ergebenst zu bitten, sich mit der Gewährung eines das normale Höchstgehalt der ordentlichen Professoren an der Universität Bonn um 2.600 M übersteigenden Gehalts von 11.000 M an den Prof. Dr. Spiethoff bald gefälligst einverstanden zu erklären.

**150 d. Schreiben des Finanzministers Albert Südekum an Kultusminister
Konrad Haenisch.**

Berlin, 30. August 1919.

Ausfertigung, gez. i. V. [...?].

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 88–88v.

Zugeständnis des Sondergehalts von 11.000 M für Prof. Spiethoff.

Vgl. Einleitung, S. 102.

Auf die gefälligen Schreiben vom 19. und 20. August dieses Jahres U. I. 17301 und 17211.

In meinem den Herren Staatsministern mitgeteilten Schreiben an den Herrn Präsidenten des Staatsministeriums vom 7. August dieses Jahres (I.16089) habe ich darauf hingewiesen, welche enge Schranken der Betätigung des Staats in finanzieller Hinsicht gesteckt sind. Nur dann kann der völlige Zusammenbruch der Staatsfinanzen vermieden werden, wenn auf allen Gebieten ohne Ausnahme äußerste Sparsamkeit und Zurückhaltung geübt wird. Die Wissenschaft und die Universitäten würden sich deshalb einer Verkennung des hohen Ernstes der Lage hingeben, wenn sie in finanzieller Richtung etwa glauben, dem allgemeinen Schicksal der Nation entzogen zu sein und nicht auch ihre Ansprüche auf ein sehr bescheidenes Maß zurückführen zu müssen. Im übrigen vermag ich, da zu dem normalen Höchstgehalt der ordentlichen Universitätsprofessoren zur Zeit noch die Teuerungszulagen und die wohl noch für einige Zeit sehr erheblich gesteigerten Kollegiengehälter hinzukommen, nicht anzuerkennen, daß dieses Einkommen nicht genügen sollte, tüchtige Lehrkräfte den preußischen Universitäten zu erhalten.

Gleichwohl will ich bei dem besonderen Wert, den die Unterrichtsverwaltung darauf legen zu müssen glaubt, die beiden Professoren ihrem bisherigen Wirkungskreise zu erhalten, meine Bedenken zurückstellen und mich ausnahmsweise damit einverstanden erklären, daß den ordentlichen Professoren Dr. Spiethoff an der Universität Bonn und Dr. Hilbert an der Universität Göttingen ein über das normale Höchstgehalt der ordentlichen Professoren hinausgehende Gehalt von jährlich 11.000 M und 12.000 M gewährt wird. Ich bitte aber, auf weitere Zugeständnisse in dieser Richtung nicht mehr zu rechnen.

151 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn für das Kultusministerium.

Bonn, 4. August 1923.

Ausfertigung, gez. R. Hesse als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 166–169v.

Für das neu bewilligte dritte staatswissenschaftliche Ordinariat werden als praktische Volkswirtschaftler und Kenner fremder Volkswirtschaften vorgeschlagen: Kurt Wiedenfeld – Leipzig, Paul Arndt – Frankfurt, Herbert von Beckerath – Tübingen und Gerhard Kessler – Jena. Adolf Weber – München kommt in Kürze als Nachfolger Heinrich Dietzels in Betracht, sofern er die in Bonn notwendige Vorlesung über Finanzwissenschaft hält.

Vgl. Einleitung, S. 102.

Besetzungsvorschlag für die neu bewilligte 3. staatswissenschaftliche Professur

Die an allen preußischen Universitäten durchgeführte Doppelbesetzung der Volkswirtschaftslehre hat keine entsprechende Vermannigfaltigung des Lehrbetriebs gebracht. Die jetzt begonnene Einführung einer dritten volkswirtschaftlichen Professur kann nur zu voller Wirkung kommen, wenn die 3 Professuren sachlich und die 3 Professoren persönlich aufeinander abgestimmt werden. Bei dem Besetzungsvorschlag für die neue dritte volkswirtschaftliche Professur in Bonn verfolgt die Fakultät das Ziel, einen Praktiker und Vertreter der besonderen Volkswirtschaftslehre zu gewinnen. Uns fehlt ein Volkswirt, der in bleibender Fühlung mit dem praktischen Wirtschaftsleben steht, der Industrie, Handel und Verkehr durch Reisen, eigenes Sehen und Besprechung mit den führenden Männern kennt, und dessen Anlage und Neigung ihn auf stete Pflege dieser sachlichen Ausschau und persönlichen Aussprache hinführt. Bezieht sich dies in erster Linie auf die Beherrschung unserer heimischen Verhältnisse und namentlich der volkswirtschaftlich überragend bedeutungsvollen von Rheinland und Westfalen, so wünschen wir doch nach Möglichkeit auch einen Mann zu gewinnen, der das Ausland durch Reisen und eigene Anschauung kennt und den Studierenden einen lebendigen Einblick in die Weltwirtschaft und in die Verhältnisse der führenden fremden Volkswirtschaften vermittelt. Der Ausbau der Volkswirtschaftslehre in Bonn nach dieser Richtung ist bei Besetzung einer 3. Professur an sich gegeben, er ist aber durch die Lage unseres Vaterlandes und damit durch die Bedürfnisse der Studentenschaft gegenwärtig besonders dringlich gemacht. Um den künftigen praktischen Volkswirten, daneben insbesondere den Juristen, Geographen und denjenigen Studierenden, die Auslandsstudien betreiben, die Kenntnis des wirklichen Lebens näher zu bringen, hat die geschichtlich-staatswissenschaftliche Abteilung geglaubt, mit der Errichtung der 3. Professur zum Ausbau eines vollgegliederten Vorlesungswesens schreiten zu sollen. Der in der Anlage überreichte Plan von Prof. Dr. Spiethoff, den die geschichtlich-staatswissen-

schaftliche Abteilung, ohne zu seinen Einzelheiten Stellung zu nehmen, für eine Grundlage zur Vereinbarung der Arbeitsteilung zwischen den künftig zu berufenden Fachvertretern hält, zeigt, daß neben der nunmehr in greifbare Nähe gerückten Vertiefung der praktischen Volkswirtschaftslehre die anderen Aufgaben des volkswirtschaftlichen Unterrichts nicht übersehen werden. Aber während diese die ihnen gebührende Pflege mit den vorhandenen Kräften finden können, besteht für die hier erörterte Aufgabe seit dem Fortgang Schumachers eine Lücke, die bei Besetzung der 3. Professur ausgefüllt werden muß.

Wir schlagen für diese sachlich gekennzeichnete Professur vor:

an 1. Stelle: Geheimer Rat Prof. Dr. Kurt Wiedenfeld, Leipzig

an 2. und gleicher Stelle in alphabetischer Reihenfolge:

Prof. Dr. Paul Arndt, Frankfurt a/M.

" " Herbert von Beckerath, Tübingen

" " Gerhard Kessler, Jena.

Bei der Beratung der in Betracht kommenden Persönlichkeiten ist von uns auch Prof. Adolf Weber in München erwogen worden. Unter der Voraussetzung, daß er im Rahmen eines aufzustellenden Arbeitsplanes die Vorlesung über Finanzwissenschaft sicherstellt, würden wir ihn als Nachfolger von Geheimer Rat Dietzel in erster Linie in Betracht ziehen. Gewichtige und wohl erwogene Gründe sind es aber, die uns davon abhalten, ihn jetzt für die neue 3. Professur in Vorschlag zu bringen. Wir brauchen zunächst als Ergänzung der beiden jetzigen Vertreter des Faches einen praktischen Volkswirtschaftspolitiker und möglichst einen Kenner fremder Volkswirtschaften. Dieses dringende Bedürfnis darf nicht zurückgestellt werden. Das Zusammenwirken Webers mit Dietzel und Spiethoff würde zum mindesten nicht die erforderliche Vermannigfachung in die Pflege der Bonner Volkswirtschaftslehre bringen. Zur Kennzeichnung der von uns vorgeschlagenen Gelehrten führen wir folgendes aus:

Geheimer Rat Prof. Dr. Kurt Wiedenfeld (geb. 1871) wird von uns als ein auf der Höhe seiner Kraft stehender Mann ersten Ranges gewürdigt. Durch wertvolle Arbeiten über die Geschichte und die modernsten Fragen der rheinischen Großindustrie sowie durch langjährige Tätigkeit an der Kölner Handelsschule ist er mit dem rheinischen Wirtschaftsleben eng verbunden und erfreut sich hier größten Ansehens und hoher Beliebtheit. Diese gibt sich u. a. dadurch kund, daß er auch von Leipzig aus noch zu Vorträgen eingeladen wird. Die Verbindung zwischen Universität und Provinz würde er in hervorragender Weise herstellen. Als Kenner des deutschen Verkehrswesens und der deutschen Großindustrie hat er Einsichten wie kein anderer. Während des Krieges war er beratender Gelehrter der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums und hat mit deren Leitern alle Industriegebiete Deutschlands und der verbündeten und besetzten Länder bereist. Nach dem Friedensschluß trat er als Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes an die Spitze einer besonderen Abteilung, die die Verbindung der deutschen Industrie mit ihren früheren Märkten wiederherzustellen hatte. Darauf war er der erste Geschäftsträger des deutschen Reiches bei der russischen Sowjet-Regierung in Moskau. Als Kenner der Weltwirtschaft steht Wiedenfeld in

erster Reihe, und für den Osten ist er gegenwärtig als der beste Sachkenner anzusprechen. Schon früher hat er durch längeren Aufenthalt in Rußland und durch Bereisung Sibiriens eigene Anschauungen von dem Lande gewonnen, und seine jüngste amtliche Tätigkeit in Moskau hat ihm Einblicke verschafft, wie sie kein anderer besitzt. Die ausschlaggebende Bedeutung des Russischen Reiches als künftigen Markte der deutschen Ausfuhr und insbesondere auch der rheinischen Industrie macht Wiedenfeld für uns zur begehrtesten Kraft, die wir unter allen Umständen zu gewinnen trachten müssen. Er hat sich zur Annahme einer Berufung bereit erklärt, da ihm die von uns geplante Arbeitsteilung reizt, und die Nähe der rheinisch-westfälischen Großindustrie im sein wichtigstes heimisches Beobachtungsgebiet wieder zugänglich macht.

Wiedenfeld hat eine ebenso fruchtbare wie wertvolle wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet. Sie erstreckt sich auf die verschiedensten Sachgebiete, hat dabei aber zumeist einen Vergleich der einzelnen Volkswirtschaften und eine Erfassung des weltwirtschaftlichen Zustandes im Auge. Das erste von ihm behandelte Gebiet war der Handel, die Börse, der internationale Getreidehandel, der Zusammenhang mit den Verkehrsmitteln und deren Einfluß auf die internationale Konkurrenz. Eine große Reihe von Abhandlungen, die sich über viele Jahre erstrecken, sind diesen Fragen gewidmet. Mehrjährige Tätigkeit als Schriftleiter des vom Preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen Eisenbahnarchivs hat eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete der Verkehrspolitik ausgelöst. Voran stehen hier 2 grundlegende Bücher über die Sibirische Eisenbahn (1900) und über die Nordwesteuropäischen Welthäfen (1903). Studien über das amerikanische Eisenbahnwesen, die Seehäfen des Weltverkehrs und die Organisation des modernen Weltverkehrs schlossen sich an. In den Jahren 1904/05 hat er durch zwei viel beachtete Abhandlungen in die Kämpfe um die deutsche wasserwirtschaftliche Vorlage eingegriffen. Ebenso wie die Organisation des Handels und des Verkehrs hat er die großindustrielle Organisation in wertvollen Arbeiten untersucht. In erster Linie ist hier zu nennen sein Buch über das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat (1912) und sein Beitrag zu dem Sammelwerk „Die Rheinprovinz 1815–1915“ über die Montanindustrie und ihre Annexe (1917). Eine eigne Note haben seine Forschungen über die Organisation der großen Zweige der Volkswirtschaften durch ein in 2. Aufl. vorliegendes Buch über das moderne Unternehmertum erhalten. Es geht den Persönlichkeitswerten des Unternehmers nach und stellt die erste Behandlung dieser für die gegenwärtigen Kämpfe um die volkswirtschaftliche Verfassung in grundlegenden Fragen dar (1911 und 1918). In den letzten Wochen ist ein Buch erschienen „Lenin und sein Werk“. Es ist die Frucht seines Moskauer Aufenthaltes und bringt uns in meisterlicher Zusammenschau und kristallklarer Darstellung das gegenwärtige Rußland nahe.

Wiedenfeld ist ein ausgezeichnete Dozent und pflegt auch das Seminar mit Sorgfalt.

Prof. Paul Arndt hat eine verdienstliche literarische Tätigkeit entfaltet. Nachdem er mit einem Aufsatz über die Kaufkraft der Rupie und ihren Einfluß auf den Welthandel debütierte, nahm ihn längere Zeit hindurch fast ausschließlich der Kampf um den neuen Zolltarif in Anspruch, in den er mit einer großen Zahl von im freihändlerischen wie im schutzzöllne-

rischen Lager viel beachteten Schriften eingriff. Dann veröffentlichte er eine Serie von Abhandlungen über das ebenso wichtige wie schwierige und strittige Thema der Kapitalanlage im Auslande. Während des letzten Jahrzehntes hat er sich auch als Sozialpolitiker einen Namen gemacht. Nach Abschluß einer über verschiedenste Zweige der Heimarbeit im Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiet ausgreifende Enquete, systematisierte er deren Ergebnisse in seinem Buche: Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Heimarbeit (1922), ein Muster objektiver Darstellung und Würdigung. Arndt ist ein guter Kenner ausländischer Verhältnisse. Einen großen Teil seiner Studienzeit hat er in Frankreich, Spanien, England verbracht. England hat er später noch oftmals bereist. Enge Beziehungen verknüpfen ihn mit führenden dortigen Nationalökonomen, Publizisten, Parlamentariern.

Prof. Herbert von Beckerath in Tübingen entstammt der bekannten Krefelder Großindustriellen-Familie, und zwar dem Zweige des früheren Ministers. Seine volkswirtschaftliche Ausbildung hat er bei Diehl und von Schulze-Gävernitz in Freiburg genossen, wo er sich auch habilitierte. Während des Krieges war er in industriellen Organisationen tätig und hat sich dabei so bewährt, daß die Großindustrie ihn dauernd zu gewinnen wünschte. Die Verbindung mit der Provinz ist durch diese Tätigkeit schon begründet. 1911 erschien sein Buch über „Die Kartelle der Seidenweberei-Industrie“, eine dem Gegenstand in furchtbarster Weise, unter einer reichen Fülle von Gesichtspunkten behandelnde Untersuchung. Sein Buch über den „Kapital- und Geldmarkt“ (1916) ist von Prof. Spiethoff in einer besonderen Abhandlung sachlich überwiegend abgelehnt worden, was diesen aber nicht hindert, den Scharfsinn und die Gründlichkeit anzuerkennen, mit der der abweichende Standpunkt vertreten wird. In der weiteren Aussprache gab sich ein echt wissenschaftlicher, nur auf die Förderung der Erkenntnis gerichteter Sinn von Beckeraths kund. In jüngster Zeit hat Beckerath sich den allgemeinen Fragen der deutschen Industrie wiederholt zugewendet. Ein 1922 hierüber erschienenenes kleines Buch hat in glücklichster Weise das gestellte Ziel verfolgt, die gewaltige Masse von industriewirtschaftlichen Tatsachen und Bestrebungen der letzten Jahre gedanklich zu ordnen und zu würdigen. von Beckerath gehört zu den meist berufenen Professoren der jüngsten Zeit. Aus Tübingen wird seine große rednerische Begabung und seine Beliebtheit bei der Studentenschaft gerühmt. Als Sohn der Rheinprovinz und Sproß einer alten rheinischen Großindustriellen-Familie würde er der Bonner Studentenschaft gewiß besonders willkommen sein.

Prof. Gerhard Kessler in Jena entstammt der volkswirtschaftlichen Schule Karl Büchers und ist auch geographisch geschult. Er ist ein Kenner Ungarns und Rumäniens und ist genau vertraut mit der Großindustrie Elsaß-Lothringens und Mitteldeutschlands. Vor seiner ersten Berufung nach Braunschweig war in der Schriftleitung der Sozialen Praxis und im Büro für Sozialpolitik in Berlin tätig. 1907 erschien seine grundlegende Arbeit über die deutschen Unternehmerverbände, die auf breitester Sachkenntnis aufgebaut, scharfsinnige Zergliederung und reifes Urteil miteinander verbindet. Auch sein 1911 erschienenenes Buch über die Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände war grundlegend für diesen heiß umstrittenen Gegenstand und hat in der wissenschaftlichen Kritik hohe Anerkennung gefun-

den. Er ist ein Mann von allgemeinsten Interessen, großer Frische und Beweglichkeit. Die Verbindung mit der Provinz würde er gewiß bald gewinnen. In Jena wird er ebenso sehr als anregender und beliebter Dozent wie wegen sorgfältiger Pflege seines in mehreren Stufen aufgebauten Seminars geschätzt.

Es wird beantragt, dem zu Berufenden die Verantwortung für die Fachvorlesungen der Besondern Volkswirtschaftslehre zu übertragen.¹

151 b. Sondervotum von Prof. Heinrich Dietzel für das Kultusministerium.

Bonn, 3. August 1923.

Ausfertigung, gez. Dietzel.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 176–177v.

Im Sondervotum schlägt Dietzel Adolf Weber vor, der durchaus praktischer Volkswirtschaftspolitiker ist und als hervorragender Sozialpolitiker in enger Fühlung mit der christlichen Arbeiterbewegung des Rheinlandes steht. An dritter Stelle ist Heinrich Mannstaedt Herbert von Beckerath vorzuziehen.

Vgl. Einleitung, S. 103.

Der Unterzeichnete gestattet sich, dem Votum der Fakultätsmehrheit in Sachen der Berufung auf den neubegründeten Lehrstuhl für wirtschaftliche Staatswissenschaften ein Sondervotum anzufügen.

1. Betreffs Berufung von Prof. Weber.

Während die Mehrheit des Sektionsausschusses Prof. Weber für das dritte Ordinariat an erster Stelle genannt hatte, steht dieser nach dem Beschlusse der Fakultätsmehrheit nicht mehr auf der Liste; betont wird nur, daß er künftig, bei Wahl meines Nachfolgers, an erster Stelle ins Auge zu fassen sei.

Webers Wunsch geht aber dahin, bald nach dem Rheinland zurückzukehren. Erfolgt seine Berufung erst 1925, wo ich inaktiviert werde, so vergehen noch mindestens drei Jahre. Und, daß seine Berufung dann erfolgt, ist keineswegs sicher. Die Erklärung der Mehrheit von heute bindet die Mehrheit von 1925 nicht. Will die Fakultät der Gefahr, daß Weber nach Köln gezogen werde, vorbeugen, so gebietet sich sofortige Berufung.

¹ *In der Akte folgen ab Bl. 171 mehrere Sondervoten. Spiethoff lehnte Adolf Weber ab, da dieser weder Praktiker und Weltwirtschaftler noch Finanzwissenschaftler sei. Dagegen erachteten Schulte, Konen und Levison Weber als gleichrangig mit Wiedenfeld und gaben zu bedenken, dass Weber wegen einer Erstplatzierung in Köln jetzt für Bonn zu gewinnen sei. Dietzels Votum für Weber abgedruckt als Dok. Nr. 151 b.*

Daß Wiedenfeld besser in das Ensemble mit Spiethoff und mir passe als Weber, trifft nicht zu. Nach dem Mehrheitsvotum erscheint es so, als ob nur die da gezeichnete Arbeitsteilung zwischen Theoretiker, Praktiker, Finanzler in Betracht komme. Es kommt aber auch in Betracht Arbeitsteilung nach Fachgebieten. Da Webers Spezialitäten sind soziale Frage, städtische Bodenfrage, Bankfrage, die Spiethoffs: Analyse der Geldmarktvorgänge und der Krisen und Wirtschaftsgeschichte, die Dietzels: Geschichte der sozialen Ideen, Handelspolitik, Finanzpolitik, so wären auch bei Webers Berufung die drei Ordinarien „aufeinander abgestimmt“. Ferner kommt in Betracht Arbeitsteilung nach dem wirtschaftspolitischen Standpunkt. Spiethoff vertritt die Anschauung, daß der Staat viel zu tun hat in der Wirtschaft; Weber denkt über staatliches Eingreifen überaus skeptisch; ich halte etwa die Mitte. Schließlich kommt in Betracht Arbeitsteilung nach der Forschungsmethode. Während Spiethoff mit Vorliebe die induktive Methode pflegt, so ich die deduktive; da hält Weber etwa die Mitte. Doch selbst wenn man die Art der Arbeitsteilung maßgebend sein läßt, welche das Mehrheitsvotum allein berücksichtigt und aus welcher es die Notwendigkeit der Berufung Wiedenfelds herleitet, rechtfertigt sich die Berufung Webers.

Weber ist Theoretiker in dem Sinne, in welchem jeder Nationalökonom es sein sollte, das heißt er beherrscht vollkommen die Kausalzusammenhänge des wirtschaftlichen Geschehens. Er ist deshalb aber nicht minder Praktiker wie Wiedenfeld. Kennt dieser durch „eigenes Sehen“ Industrie und Verkehr, so Weber dank seiner zwanzigjährigen Erfahrung die Arbeiterverhältnisse. Als Bonner Privatdozent begann er mit Untersuchung der Lage der Armen, vor allem ihres Wohnungselendes, im Rheinland. Bald suchte und gewann er zu Folge Unterstützung Th. Brauers engste Fühlung mit der christlichen Arbeiterbewegung; diese Fühlung ermöglichte ihm genaueste Einsicht in alle Probleme des Gewerkschaftswesens, ermöglichte ihm auch, bei manchen Angelegenheiten, überaus heilsamen Einfluß auf die Politik der christlichen Gewerkschaften zu üben. Zwischen Wiedenfeld und Weber wählen, heißt nicht wählen zwischen einem Mann der Studierstube und einem Praktiker, sondern zwischen zwei nur verschieden orientierten Praktikern.

Als „Weltkenner“ überragt ja Wiedenfeld Weber. Doch Bonn verfügt bereits über eine ganze Reihe von Auslandsspezialisten – Philippson (Mittelmeergebiet), Quelle (Südamerika), Dibelius (England), Goetz (Rußland). Gerade in Bonn ist das Bedürfnis nach Ergänzung durch einen Nationalökonom des Typs, den Wiedenfeld darstellt, geringer als an manchen andern Universitäten.

Es wäre ein schwerster Fehler Bonner Universitätspolitik, die sich vielleicht nur noch kurze Zeit bietende Möglichkeit der Gewinnung Webers zu verpassen. Es handelt sich um einen hervorragendsten Sozialpolitiker; daß er in engster Fühlung mit der christlichen Arbeiterbewegung steht, daß sein Wort viel gilt bei Hunderttausenden rheinischer Arbeiter, kann in den schweren sozialen Kämpfen, die uns bevorstehen, großen Segen bringen – die Kenntnis der Arbeiterpsyche kann ungleich mehr bedeuten als die Kenntnis Rußlands (die übrigens Weber, der in Breslau das Osteuropa-Institut begründete, mehrere Arbeiten über osteuropäische Themata anregte, keineswegs fehlt). Es handelt sich um einen hervorragendsten

Boden- und Bankpolitiker, und um einen Mann von dem wir – während wir bei andern den Urteilen Dritter zu glauben haben – aus eigenem Wissen, wie hoch er wertet als Lehrer und als Persönlichkeit.²

2. Betreffs Berufung von Prof. Mannstaedt.

An dritter Stelle, *pari passu* mit Prof. von Beckerath, war im Votum der Mehrheit des Sektionsausschusses Prof. Mannstaedt vorgeschlagen; die Sektionsmehrheit beseitigte diesen Vorschlag. Doch die literarischen Leistungen von Mannstaedt sind zahlreicher und bekunden Durchdringung eines größeren Gebietes der Wirtschaftslehre als die des Prof. von Beckerath. Wenn es im Mehrheitsvotum von letzterem heißt, er gehöre zu den meist Berufenen der letzten Zeit, so ist darauf hinzuweisen, daß Mannstaedt, bevor er nach Rostock berufen wurde, in Karlsruhe, Innsbruck, Greifswald auf der Liste stand. Daß die Wahl nicht auf ihn fiel, erklärt sich wesentlich daraus, daß sein Gehörleiden gegen ihn ins Feld geführt wurde. In Bonn ist bekannt, daß dies Leiden bei der Vorlesung überhaupt nicht hindert und bei der Seminarleitung nur solange gehindert hat, als der neue vollkommene Hörapparat noch ausstand.

Da Mannstaedt seit einigen Jahren mit großer Energie Privatwirtschaftslehre pflegt – den Fabrik- wie den Bankbetrieb praktisch kennengelernt hat – würde seine Berufung eine mindestens gleich wertvolle Ergänzung auswirken [!] wie die des Herrn von Beckerath. Privatwirtschaftslehre ist als Fach für die Diplomprüfung vorgesehen. Daß sie vorgetragen werde, wird von vielen Studenten gewünscht; findet dies Bedürfnis hier keine Deckung verstärkt sich die Konkurrenz, welche Köln uns macht.³

2 Dietzel hatte Adolf Weber promoviert und habilitiert und suchte ihn zu fördern, vgl. Kasprzak, Carsten, *Der Sozialökonom Heinrich Dietzel. Ein deutscher Klassiker*, Marburg 2005, S. 38 und 465 ff. *Das Berufungsverfahren 1923–1925 dargestellt ebd.*, S. 44–52, das Sondervotum Dietzels zit. S. 48 f. Weber wurde im Kultusministerium als Katholik abgelehnt und Spiethoffs Lehrplan machte Eindruck.

3 Zum 1.4.1925 berief das Kultusministerium von Beckerath und emeritierte Dietzel zugleich. Für dessen Nachfolge schlug die Fakultät mit Liste vom 18.12.1924 (Bl. 246–248 der Akte) Fritz Karl Mann und Franz Gutmann vor. Zum Ministerialvorschlag von Mises vgl. Dok. Nr. 152 a.

**152 a. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn an das
Kultusministerium.
Bonn, 2. Juli 1925.**

Ausfertigung, gez. Spiethoff.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 361–363.

*Ablehnung des vom Kultusministerium ins Gespräch gebrachten Ludwig von Mises – Wien
und Ergänzung der Kandidatenliste der Fakultät um Walter Lotz – München sowie
Joseph Schumpeter – Wien, der eine der ersten Kapazitäten des Faches und insgesamt eine
glänzende Erscheinung ist.*

Vgl. Einleitung, S. 103.

Betr.: Ergänzungsvorschlag für die Nachfolge von Prof. Dietzel.

Auf die Verfügung vom 20. April 1925 (U I Nr. 18426/24) beehrt sich die Fakultät, folgendes zu berichten: Wie schon in dem Bericht vom 18. Dezember 1924 hervorgehoben¹, hat der Prüfungsausschuß zahlreiche Gutachten über die verschiedenen in Betracht kommenden Gelehrten eingezogen; darunter befanden sich natürlich auch solche über die vorgeschlagenen Professoren Gutmann und Mann. Die Gutachten über Prof. Gutmann rührten her von den Herren Fuchs, Knapp und Pierstorff, die über Prof. Mann von den Herren Eulenburg, Lotz, Sombart und Tönnies. Unsere eigene wohl erwogene Meinung wird durch die Gutachten dieser hervorragenden Gelehrten so gestützt, daß wir glauben, die Bitte aussprechen zu dürfen, eine Prüfung der von uns vorgeschlagenen beiden Gelehrten, Gutmann und Mann, noch einmal vornehmen zu wollen.

Bei beiden Gelehrten darf unseres Erachtens nicht übersehen werden, daß ihnen die letzten 10 Jahre durch den Krieg, den sie beide als Frontkämpfer mitgemacht haben, und darauf durch den Ansturm der Kriegsteilnehmer auf das Fach der Volkswirtschaftslehre für die Gelehrtenarbeit ganz oder zum größten Teil verlorengegangen sind. Mann hat sein ausgezeichnetes Werk über Vauban als 31jähriger, Gutmann seine beiden Bücher über die soziale Lage der Bayern und über das französische Geldwesen als 27 und 34jähriger herausgebracht. Wenn man beide Gelehrten mit Älteren vergleicht, so erfordert es unseres Erachtens die Gerechtigkeit, ihnen nicht das Lebenswerk 70jähriger gegenüberzustellen, sondern sie mit den Leistungen zu vergleichen, die die betreffenden Älteren zu dem Zeitpunkt aufzuweisen hatten, an dem Mann und Gutmann ihre großen Bücher

¹ Liegt der Akte bei, Bl. 247–248v. Darin wurden *pari passu* Fritz K. Mann und Franz Gutmann vorgeschlagen. Das Ministerium forderte die Fakultät am 20.4.1925 (Bl. 249) zur Äußerung über von Mises auf. – Im hier edierten Dok. Nr. 152 a schreibt die Bonner Fakultät durchgängig Guttmann statt korrekt Gutmann.

haben erscheinen lassen. Beide schneiden unseres Erachtens bei einem derartigen Vergleich nicht schlecht ab.

Über den angefragten Prof. Dr. von Mises in Wien beehren wir uns, folgendes auszuführen: Mises hat zwei Bücher über Geld und Gemeinwirtschaft veröffentlicht, die beide viel Beachtung gefunden haben, und von denen sicherlich das erstere als gute Leistung zu werten ist. Mises zeigt namentlich in seiner Gemeinwirtschaft, wie kürzlich ein Kritiker unseres Erachtens mit Recht sagte, „eine erstaunliche Befangenheit im eigenen Gedankenkreis und mangelnde Fähigkeit, sich in den Vorstellungskreis abweichender Weltanschauungen einzufühlen“. Das scheint uns für einen akademischen Lehrer einer der schwersten Mängel zu sein, die es überhaupt gibt. Gegen seine Berufung gerade nach Bonn spricht außerdem, daß er nicht der von uns gesuchte Finanzwissenschaftler ist. Wir legen nach wie vor auf die Durchführung einer sinngemäßen Arbeitsteilung unter den drei Volkswirtschaftlern das größte Gewicht. Die jetzt angebahnte Arbeitsteilung ermöglicht, das gesamte Gebiet der Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft innerhalb eines Jahres so wohlgegliedert vorzutragen, daß keine Bedürfnisse unbefriedigt bleiben und keine der großen Universitäten sachlich mehr leistet als wir. Manche Universität mit der doppelten Zahl von Ordinarien hat in den letzten Jahren erheblich weniger geboten, als wir es mit Hilfe unserer Dreigliederung tun werden. Wir bitten deshalb, die von uns zu ermöglichenden glänzenden Unterrichtsverhältnisse nicht durch die Berufung eines Mannes zu beeinträchtigen, der die Durchführung der angebahnten Arbeitsteilung gefährdet.

Dem uns gewordenen Auftrag entsprechend ergänzen wir unsere Liste durch 2 weitere Namen, und zwar

Geheimrat Prof. Dr. Walter Lotz, München und
Finanzminister a. D. Prof. Dr. Schumpeter, Wien.

Geheimrat Lotz haben wir in unserer ersten Liste nicht genannt, weil unsere Universität mehrfach darauf hingewiesen worden ist, das Augenmerk auf jüngere Kräfte zu richten. Von Prof. Schumpeter ist erst in den letzten Wochen bekannt geworden, daß er wieder für ein akademisches Lehramt gewonnen werden kann. Er war bis jetzt Bankpräsident in Wien und konnte deshalb im Oktober vorigen Jahres von uns nicht vorgeschlagen werden. Beide Gelehrte sind so bekannt, daß wir glauben, uns ganz kurz fassen zu dürfen.

1. Walter Lotz, geb. 1865, aus der Schule Lujo Brentanos hervorgegangen, habilitierte sich 1890 in Leipzig und wurde 1897 ordentlicher Professor in München. Er hat ausgezeichnete Arbeit namentlich auf dem Gebiete des Bankwesens, der Handels- und Verkehrspolitik verfaßt. Was ihn uns gegenwärtig besonders begehrenswert macht, ist die Tatsache, daß er sich seit etwa 1 ½ Jahrzehnten vorwiegend der Finanzwissenschaft zugewendet hat und der Verfasser des zur Zeit hervorragendsten Lehrbuches der Finanzwissenschaft in deutscher Sprache ist. Von seinen Lehrerfolgen zeugen die ausgezeichneten Dissertationen, die aus seinem Seminar hervorgegangen sind. Er erfreut sich völliger körperlicher und geistiger Frische. Es kann kein Zweifel daran sein, daß der auf der Höhe seines Ansehens stehende Gelehrte ein in jeder Beziehung wohlgeeigneter Ersatz für Prof. Dietzel ist.

2. Josef Schumpeter, geb. 1883, aus der Schule Eugen von Philippovichs und Friedrich von Wiesers hervorgegangen, habilitierte sich 1909 in Wien, wurde 1909 Professor in Czernowitz, dann in Graz, 1912 war er als Austauschprofessor an der Harvard Universität tätig, 1919 wurde er österreichischer Finanzminister, 1921 Bankpräsident in Wien. Schumpeter ist ein geniehaftes Talent und hat in großer Frühreife schon als 27jähriger ein Buch über den Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie herausgebracht, das allgemein als ungewöhnliche Talentprobe erachtet wurde. Alles, was er seitdem veröffentlichte, hat hohes Niveau gehalten und ist immer ein Ereignis in der wissenschaftlichen Welt gewesen. Für uns entscheidend ist seine erstmalig 1913 erschienene Schrift: Epoche der Dogmen- und Methodengeschichte und eine gesellschaftswissenschaftliche Arbeit über den Imperialismus. Wie schon in unserem Vorschlagsbericht vom 18. Dezember 1924 hervorgehoben, ist ein Finanzwissenschaftler für uns besonders erwünscht, der auch die Dogmengeschichte und Gesellschaftslehre vertreten könnte. Auf dem Gebiete der Dogmengeschichte ist Schumpeter heute der bei weitem erste deutsche Gelehrte. In der Kenntnis des amerikanischen Schrifttums steht er einzig da. Auf dem Gebiete der Gesellschaftslehre hat er nach der von ihm vorliegenden Probe den Vergleich mit niemanden zu scheuen. Seine Eignung für das Gebiet der Finanzwissenschaft ist durch seine praktische Betätigung als Finanzminister und Politiker dargetan. Als Dozent und Redner hat Schumpeter die größten Erfolge errungen. Die Fakultät würde in ihm eine glänzende Erscheinung gewinnen.

**152 b. Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium und Prof. Joseph Schumpeter.
Berlin, 3. Oktober 1925.**

Reinschrift, gez. v. Vietsch, Schumpeter.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 365.

Gehaltshöhe, Kolleggeldgarantie und Umzugskostenerstattung für Schumpeter.

Vgl. Einleitung, S. 17 und 103.

Vereinbarung

Vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers vereinbaren die Unterzeichneten folgendes:

1) Herr Prof. Dr. Schumpeter – Wien

ist bereit, zum Beginn des nächsten Semesters die ordentliche Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn zu übernehmen.

2) Grundgehalt 962,50 M monatlich, Ortszuschlag und örtlicher Sonderzuschlag usw. nach den geltenden Bestimmungen.

3) Die Bestimmungen über das Honorarwesen und die Honorargarantie sind Herrn Schumpeter bekannt, jedoch wird ihm unter Zugrundelegung von sechs Stunden Pflichtvorlesungen aus dem Gebiete der allgemeinen und besonderen Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft eine Kollegeldeinnahme von 7.500 M jährlich gewährleistet.

4) Die Erstattung der Umzugskosten – es handelt sich um den Umzug einer 5-Zimmer-Wohnung – erfolgt nach den für preußische Professoren geltenden Bestimmungen; darüber hinaus wird Herrn Schumpeter ein entsprechender Zuschuß zu den tatsächlichen Mehrkosten nach Maßgabe der vorzulegenden Rechnungen gewährt.²

153. Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau an Kultusminister Konrad Haenisch.

Breslau, 15. Februar 1921.

*Ausfertigung, gez. A. Hesse, Mitscherlich und acht weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 34 Bd. 7, Bl. 102–103v.*

Antrag auf Schaffung eines dritten Ordinariats für Nationalökonomie oder Finanzwissenschaft und Statistik, da Breslau die drittgrößte wirtschaftswissenschaftliche Fakultät ist und nur so Spezialvorlesungen möglich sind. Breslau hat hohe kulturelle Bedeutung für den Osten und darf nicht gegenüber westdeutschen Universitäten wie Köln und Frankfurt zu sehr zurückfallen.

Vgl. Einleitung, S. 103.

Errichtung eines dritten Lehrstuhles für Nationalökonomie oder Finanzwissenschaft und Statistik. Ohne Erlaß.

Die Fakultät erlaubt sich den Antrag zu stellen, einen dritten Lehrstuhl für Nationalökonomie oder Finanzwissenschaft und Statistik zu errichten. Sollten dem unüberwindliche Widerstände entgegentreten, so schlägt die Fakultät vor, den planmäßigen außerordentlichen Lehrstuhl für Privatwirtschaftslehre in einen solchen für Nationalökonomie oder Finanzwissenschaft nebst Statistik zu verwandeln oder aber diesen Lehrstuhl mit einem Nationalökonom zu besetzen.

² *Briefe Schumpeters an Spiethoff zur Berufungsfrage aus den Monaten Juni bis Oktober 1925 bei: Hedtke/Swedberg, Joseph Alois Schumpeter, S. 100–105.*

Die Fakultät sieht sich zu dem Antrag veranlaßt, weil durch den Zusammenbruch des Reiches gesteigerte Aufgaben an die Wirtschaftswissenschaften herantreten, weil die gegenwärtigen Verhältnisse eine weit sorgfältigere Ausbildung des jungen Volkswirtschaftlers verlangen. Einer solchen Forderung können aber die beiden wirkenden Nationalökonomien weder nach der intensiven, noch extensiven Seite nachkommen. Es liegt auf der Hand, daß, da die nationalökonomischen Seminarübungen beider Professoren eine Beteiligungsziffer von über „500“ aufweist, keine Möglichkeit besteht, den einzelnen Studierenden so auszubilden und vorzubereiten, wie es durchaus gefordert werden muß. Dann sind die Vertreter durch Abhalten der großen Vorlesungen und der Übungen so stark in Anspruch genommen, daß es fast außerhalb ihrer Kraft liegt, den Studierenden außer den Hauptvorlesungen noch Vorlesungen zu bieten, die die Studierenden näher mit dem Wissensgebiet bekanntmachen. Als solche Vorlesungen wären z. B. zu nennen die über Sozialpolitik, Bevölkerungswesen, Geschichte der Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Weltwirtschaftslehre, Gesellschaftslehre, Bank-, Börsen- und Geldwesen, modernes Steuerwesen usw. Innerhalb der Vertreter der Wirtschaftswissenschaften wird es wohl niemand geben, der die Ansicht zu vertreten wagt, daß mit einem regelmäßigen Besuch der Hauptvorlesungen, also von allgemeiner praktischer Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft, eindringliche Ausbildungsmittel geboten werden könnten. Für unser Gesuch kommt noch in Betracht, daß Breslau die drittgrößte preußische Universität ist und die drittgrößte rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät besitzt, aber dennoch über weniger Lehrkräfte in Nationalökonomie verfügt als z. B. das weit kleinere Königsberg, und gar nicht verglichen werden kann mit der Anzahl der besoldeten Lehrkräfte in Frankfurt a. M. und Köln, zwei Universitäten, die beide an Besuchsziffern hinter Breslau stehen. Auch in Halle liegen die Verhältnisse günstiger als in Breslau, obzwar die dortige Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät über 450 Studierende weniger aufweist als unsere Fakultät.

Wir haben diese Dinge so ausführlich behandelt, um dem Herrn Minister besonders eindringlich die unhaltbare Lage, in der sich hier die Wirtschaftswissenschaften befinden, vor Augen zu führen.

Der Fakultät wurde auch berichtet, daß innerhalb des Ministeriums sich immer stärker die Überzeugung Bahn breche, daß für die bessere Ausbildung der Nationalökonomien etwas geschehen müsse, daß das Ministerium deshalb mit dem Plane umgehe, einigen „west“deutschen Hochschulen ein drittes Ordinariat für Volkswirtschaftslehre oder Finanzwissenschaft zu gewähren. Ganz abgesehen von der außerordentlichen Dringlichkeit hiesiger Bedürfnisse hoffen wir, daß beim Vergeben solcher Ordinariate der deutsche Osten gegenüber dem Westen nicht benachteiligt wird. Wir sind der Überzeugung, auf die hohe kulturelle und nationale Bedeutung der Breslauer Universität, gerade im Hinblick der Machstellung und des Ansehens deutscher Kultur im Osten, nicht besonders aufmerksam machen zu müssen. Für Breslaus Universität eintreten, heißt das Deutsche Reich stärken. Die Fakultät bittet demnach mit eindringlichem Ernst, in Rücksicht auf die Bedeutung des

Faches, die damit verbundenen Lehraufgaben und die kulturellen Erfordernisse des Ostens, der hiesigen Fakultät ein „drittes“ Ordinariat für Volkswirtschaftslehre oder Finanzwissenschaft und Statistik zuzusprechen.¹

154. Zwei Vorschlagslisten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau für das Kultusministerium.

Breslau, 28. Februar 1933.

*Ausfertigung, gez. Waldecker als Dekan und elf weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 34 Bd. 9, Bl. 438–442.*

Als Nachfolger für Franz Gutmann im nationalökonomischen Ordinariat schlägt die Fakultät drei Agrarwissenschaftler vor, da dieses Gebiet für Breslau und Schlesien das wichtigste ist: August Skalweit – Kiel, Hans-Jürgen Seraphim – Rostock und Wilhelm Moritz Freiherr von Bissing – Berlin. Als Nachfolger von Karl Bräuer für Finanzwissenschaft nennt die Fakultät: Fritz Terhalle – Hamburg, Hans Ritschl – Basel, Heinrich Bechtel – Breslau und Jens Jessen – Göttingen.

Vgl. Einleitung, S. 104.

Die Fakultät hat sich bei der Aufstellung der Vorschlagslisten von dem Streben nach Vollständigkeit und gegenseitiger Ergänzung leiten lassen. Die Liste der zum Ersatz für Prof. Gutmann genannten Persönlichkeiten legt das Schwergewicht wiederum auf die Agrarpolitik. Dieses seither weniger gepflegte Forschungsgebiet ist jetzt zu entscheidender Bedeutung gelangt. Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft ist die Lebensfrage des deutschen Ostens und fordert auch von der Universität eine weitergehende Mitarbeit, als bisher möglich gewesen ist. Die Berufung eines anerkannten Sachkenners der für die Provinz entscheidenden wirtschaftlichen Fragen wird von der Fakultät als zur Zeit wichtigste Förderung ihrer Aufgaben und von der ganzen Provinz als eine Maßnahme besonderer staatlicher Fürsorge dankbar begrüßt werden.

Von den im Bericht der Fakultät¹ vom 13.1.1931 genannten Persönlichkeiten hat Prof. Beckmann den Ruf an die Universität Berlin abgelehnt, Prof. von Dietze ihn angenommen.

¹ Mit Schreiben vom 26.7.1921 (Bl. 109 f. der Akte) beantragte das Kultusministerium für den Etat 1922 jeweils dritte Ordinariate für wirtschaftliche Staatswissenschaften in Halle, Göttingen und Breslau, was das Finanzministerium ablehnte. Mit Vorschlagsliste vom 8.7.1921 (Bl. 148–150) schlug die Fakultät für ein durch den Etat 1920 bewilligtes Extraordinariat den Finanzwissenschaftler Prof. Wilhelm Gerloff (Innsbruck) vor, der in Breslau persönlicher Ordinarius sein müsste. Aber nicht Gerloff, sondern Karl Bräuer wurde als Extraordinarius berufen.

¹ Liegt der Akte bei, Bl. 458–461. Darin heißt es, die Probleme der Agrarpolitik seien für den deutschen Osten Lebensfragen. Nach Beckmann, Dietze und Skalweit war als vierter Kandidat Leopold von Wiese (Köln) benannt; allen vier traute man zu, auch über den Kreis der Hochschule hinaus Führeraufgaben zu übernehmen.

Den in dieser Liste an zweiter Stelle neben Prof. von Dietze genannten ordentlichen Professor an der Universität Kiel, Dr. phil. August Skalweit, schlägt die Fakultät dieses Mal an erster Stelle vor. An zweiter Stelle nennt sie den ordentlichen Professor an der Universität Rostock, Dr. phil. Hans Jürgen Seraphim und den Privatdozenten an der Universität Berlin, Dr. Phil. Wilhelm Moritz Freiherrn von Bissing.

Prof. Dr. Skalweit ist 1879 geboren. Die lange Reihe seiner Schriften ist in der von der Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer herausgegebenen Darstellung des „Werdeganges und der Schriften der Mitglieder“ S. 255 und 256 sowie in dem 1931 herausgegebenen 1. Nachtrag S. 63 nachgewiesen. Er hat sich in erster Linie auf dem Gebiete der Agrarpolitik bewährt. Sein Lehrbuch ist als eine gediegene Leistung allgemein anerkannt. Seine wirtschaftsgeschichtlichen Neigungen machen ihn geeignet, Interessen zu pflegen, deren sich der Vorgänger von Prof. Gutmann, Prof. Mitscherlich, hier besonders angenommen hatte. Er ist ein bewährter Lehrer, sein Vortrag ist klar und von innerer Wärme erfüllt. Die Wertschätzung, deren er sich als Kollege und Mitarbeiter an den Aufgaben der Universität erfreut, wird durch die zweimalige Wahl zum Rektor erwiesen.

Prof. Dr. Seraphim ist 1899 geboren. Er ist 1922 als Assistent in das hiesige Osteuropa-Institut eingetreten, hat sich 1924 in Breslau habilitiert, ist 1927 in Rostock zum außerordentlichen, 1930 nach Ablehnung einer Berufung zum ordentlichen Professor ernannt worden. Auch er ist der Verfasser zahlreicher Schriften, die sich zuerst mit Fragen der Theorie und der allgemeinen Wirtschaftspolitik, dann ganz überwiegend mit Problemen der Agrarpolitik beschäftigt haben. Sie sind zusammengestellt in dem Bande „Werdegang und Schriften“ auf S. 247, in dem 1931 erschienenen 1. Nachtrag S. 62, in dem 1932 herausgegebenen 2. Nachtrag S. 35. Er ist Leiter der Abteilung Rostock des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen und hat als solcher mehrere umfangreiche Erhebungen und Untersuchungen durchgeführt. Er ist einer der wenigen deutschen Gelehrten, welche den europäischen Osten aus eigener Anschauung kennen, über die erforderlichen Sprachkenntnisse verfügen und durch Studienreisen ihre Erfahrungen bis auf die jüngste Gegenwart vervollständigt haben. Er hat in einem umfangreichen Buch und in verschiedenen Aufsätzen die Grundprobleme des sowjetrussischen Wirtschaftssystems behandelt und ist als hervorragender Kenner dieser Verhältnisse für die in Breslau gepflegte Bearbeitung der Fragen des Ostens besonders wertvoll. Seine Vorlesungen werden in Rostock auch von Angehörigen anderer Fakultäten vielfach gehört und wegen des klaren, lebendigen, dabei niemals oberflächlichen Vortrags hoch geschätzt.

Privatdozent Dr. Freiherr von Bissing ist 1891 geboren, 1910 aktiver Offizier geworden und 1920 als Hauptmann, zuletzt im preußischen Kriegsministerium, ausgeschieden. Er ist 1924 in Berlin zum Dr. phil. promoviert worden, dann mehrere Jahre im Bankfach, von 1928–1930 als ständiger Sachverständiger des Unterausschusses für Landwirtschaft im Enquete-Ausschuß praktisch tätig gewesen und hat sich 1930 in Berlin habilitiert. Seine Schriften sind auf S. 5 und 6 des 1. und S. 9 des 2. Nachtrags zu „Werdegang und Schriften“ zusammengestellt. Er ist seit nunmehr 5 Jahren am Deutschen Forschungsinstitut für

Agrar- und Siedlungswesen in Berlin tätig. Seine Kenntnisse, die hohe Leistungsfähigkeit seiner Arbeitskraft, der Ernst seiner wissenschaftlichen Gesinnung und die Klarheit, Ruhe und Selbständigkeit seines immer auf das Wesentliche gerichteten Urteils werden allgemein anerkannt. Seine Arbeit über „Landwirtschaft und Besteuerung“ läßt sichere Beherrschung schwieriger finanzwissenschaftlicher Zusammenhänge erkennen. Seine Lehrerfolge werden gelobt. Die Fakultät glaubt weiter, daß er auf Grund seiner mehrjährigen Tätigkeit in der Agrarabteilung des Enquete-Ausschusses, die ihn mit den Fragen der Gegenwart und mit der landwirtschaftlichen Praxis in enge Verbindung gebracht hat, wohl geeignet ist, die von der Fakultät gewünschten Verbindungen mit den weiteren Kreisen der schlesischen Landwirtschaft zu pflegen.

Wir bitten, den Nachfolger in die Professur von Prof. Gutmann gleichzeitig zum Mitdirektor des staatswissenschaftlich-statistischen Seminars und des Finanzwissenschaftlichen Institutes zu ernennen.²

Die Vorschläge für die Besetzung der Professur von Prof. Bräuer sind in erster Linie von dem Ziel geleitet, die Fortsetzung der von dem genannten Kollegen mit besonderem Erfolg gepflegten finanzwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrtätigkeit sicherzustellen. Die von uns genannten Persönlichkeiten sind aber sämtlich auch über dieses Gebiet hinaus als Forscher und Lehrer qualifiziert.

Wir schlagen an erster Stelle vor den ordentlichen Professor an der Universität Hamburg, Dr. rer. pol. Fritz Terhalle, an zweiter Stelle *pari passu* den ordentlichen Professor an der Universität Basel, Dr. rer. pol. Hans Ritschl und den außerordentlichen Professor an unserer Universität, Dr. rer. pol. Heinrich Bechtel, an dritter Stelle den außerordentlichen Professor an der Universität Göttingen, Dr. rer. pol., Dr. jur. Jens Jessen.

Prof. Terhalle ist 1889 geboren, 1918 in Breslau als Privatdozent zugelassen, 1919 als außerordentlicher Professor nach Jena, 1921 als Ordinarius nach Münster, 1922 nach Hamburg berufen worden. Seine Arbeiten sind auf S. 270 und 271 der Zusammenstellung „Werdegang und Schriften“, sowie auf S. 65 des 1. und S. 37 des 2. Nachtrags nachgewiesen. Unter ihnen ist das 1930 erschienene große „Lehrbuch der Finanzwissenschaft“ an erster Stelle zu nennen. Die Stärke von Terhalle liegt in der Beherrschung eines großen Tatsachenmaterials und in der Fähigkeit zu klarer, konzentrierter Darstellung. In seiner umfangreichen Tätigkeit hat er eine Fülle von organisatorischer Erfahrung gewonnen, die für den weiteren Ausbau des Finanzwissenschaftlichen Instituts von großem Wert sein würde. Eine Reihe von Arbeiten auf wirtschaftspolitischem Gebiet befähigt ihn, auch über das Gebiet der Finanzwissenschaft hinaus Forschung und Unterricht zu pflegen. Seine Lehrtätigkeit steht auf anerkannter Höhe.

2 *Skalweit verblieb in Kiel und von Bissing wurde 1933 Ordinarius an der Handelshochschule Königsberg. Mit Schreiben vom 5.4.1934 (Bl. 391–393 der Akte) schlug die Fakultät erneut Seraphim, von Bissing und Skalweit vor; der von einigen Professoren genannte Theodor Oberländer (Königsberg) sei noch nicht habilitiert. Den Ruf des Ministeriums (Bl. 396 und 466) lehnte Seraphim aber schließlich ab.*

Prof. Dr. Ritschl ist 1897 geboren, 1925 in Göttingen als Privatdozent zugelassen worden und seit 1928 ordentlicher Professor in Basel. Seine Schriften sind auf S. 223 der Zusammenstellung „Werdegang und Schriften“, S. 59 des 1. und S. 32 des 2. Nachtrags zusammengestellt. Ritschl verfügt über eine vorzügliche theoretische Durchbildung und hat sich durch den schon in jungen Jahren unternommenen Versuch einer ökonomischen Fundierung der Finanzwissenschaft und Steuerlehre besonders bekannt gemacht. Er ist eine ebenso begabte wie selbständige wissenschaftliche Persönlichkeit. Sein Lehrerfolg ist gleichmäßig und groß; er hat sich in der dem Fremden schwer zugänglichen Stadt Basel Ansehen und Vertrauen erworben.

Prof. Dr. Bechtel ist 1889 geboren. Er hat sich 1921 in Breslau habilitiert, ist mehrere Jahre als Vertreter in Göttingen tätig gewesen und 1927 zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Seit 1928 ist ihm ein allgemeiner Lehrauftrag zur Ergänzung des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts erteilt. Er hat als Diplomingenieur und Regierungsbaumeister stets die Verbindung mit der hiesigen Technischen Hochschule gepflegt, an der er als Privatdozent wirkt. Seine Schriften sind auf S. 10 und 11 der Zusammenstellung „Werdegang und Schriften“, S. 3 des 1. und S. 8 des 2. Nachtrags nachgewiesen. Die Arbeiten von Prof. Bechtel liegen überwiegend auf sozialpolitischem und wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet. Sein großes Werk über den „Wirtschaftsstil des deutschen Spätmittelalters“ geht neue Wege und hat verdiente Anerkennung gefunden. Seine Mitarbeit ist für Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik und andere Gemeinschaftsarbeiten mehrfach in Anspruch genommen worden und wird geschätzt. Wenn seine literarischen Veröffentlichungen dem Umfang nach verhältnismäßig zurückbleiben, so ist dies zunächst auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Zeit seiner Habilitation zurückzuführen, welche die Drucklegung seiner Habilitationsschrift erschwert haben. Dann ist er in den ersten Jahren seiner Universitätslaufbahn durch den Unterricht an der hiesigen Baugewerkschule stark behindert, später durch die mehrere Jahre andauernde Vertretung in Göttingen und zuletzt durch die mit seinem Lehrauftrag verbundenen Verpflichtungen in Anspruch genommen worden. Er ist der geborene Lehrer. Ein deutlich ausgesprochenes pädagogisches Talent und eine ebenso hervortretende Neigung haben ihn zu einer umfangreichen Tätigkeit in Vorlesungen, Übungen und Exkursionen immer wieder hingezogen und ihm reichen Erfolg in dem Dank und der Liebe seiner Studenten gebracht. Für die Fakultät ist weiter maßgebend, daß seine wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten ihn instand setzten, dieses früher hier besonders gepflegte Gebiet zu vertreten, das in den letzten Jahren hinter Fragen der Gegenwart zurückgesetzt, aber für einen universellen Forschungs- und Lehrbetrieb unentbehrlich ist. Die Fakultät hat sich aber auch Prof. Bechtel gegenüber deshalb verpflichtet gefühlt, weil er in den langen Jahren seines hiesigen Wirkens in nie ermüdender Arbeitsfreude sich jeder Aufgabe der Lehrtätigkeit und Verwaltung angenommen hat, die an ihn herangetreten ist. Besonders hat er auf dem Gebiet des finanzwissenschaftlichen Unterrichts seit Jahren Prof. Bräuer ergänzt und jetzt auch die Vertretung des finanzwissenschaftlichen Instituts übernommen.

Prof. Dr. Jessen ist 1895 geboren, 1927 in Göttingen als Privatdozent zugelassen und vor kurzem zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Seine Arbeiten sind auf S. 31 des 1. und S. 19 bis 21 des 2. Nachtrags zu „Werdegang und Schriften“ zusammengestellt. Jessen ist vor seiner Habilitation 6 Jahre im Bankwesen und im Überseehandel tätig gewesen und als akademischer Forscher und Lehrer im Gegensatz zu der sonst beliebten Spezialisierung durch die Vielseitigkeit seiner Interessen gekennzeichnet. Als Mitarbeiter des Wörterbuchs der Volkswirtschaft hat er eine große Zahl von Abhandlungen auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaftslehre und Finanzwissenschaft verfaßt, die seine starke Fähigkeit zu straffer gedanklicher Konzentration erkennen lassen. In den größeren monographischen Aufsätzen tritt seine wissenschaftliche Selbständigkeit deutlich hervor. Seit 1928 ist ihm ein Lehrauftrag für Finanzwissenschaft erteilt. Als Dozent wird er uns gelobt.

Wir bitten, den auf die Stelle des Prof. Bräuer zu berufenden Professor zum Direktor des Finanzwissenschaftlichen Instituts zu ernennen.

Die Fakultät hat sich während der Beratungen über die Nachfolge auch eingehend mit der Frage beschäftigt, ob sie den Privatdozenten Lehnich in Tübingen auf die Liste setzen soll, auf den mehrere Mitglieder der Fakultät von verschiedenen Stellen innerhalb und außerhalb der Universitätskreise aufmerksam gemacht haben. Sie hat hiervon allein aus sachlichen Gründen Abstand genommen. Für die Vorschläge sind die Rücksichten auf die agrarpolitischen und finanzwissenschaftlichen Notwendigkeiten maßgebend gewesen. Privatdozent Dr. Lehnich, 1. Nachtrag zu „Werdegang und Schriften“ S. 36 und 37, hat ausschließlich mit Währungsproblemen und mit Kartellfragen sich beschäftigt, also auf den Gebieten, welche für die wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten in Breslau die wichtigsten sind, sich nicht betätigt.³

³ Sowohl Terhalle als auch Ritschl verblieben an ihren bisherigen Universitäten. Bechtel erhielt den Ruf nach Breslau, lehnte ihn aber im Herbst 1933 zugunsten eines Ordinariats in Gießen ab. Jessen (NSDAP 1930) wurde Mitte 1933 Ordinarius in Kiel und Direktor des Instituts für Weltwirtschaft. Lehnich (NSDAP 1931) amtierte ab Mitte 1933 als Staatsrat bzw. Wirtschaftsminister in Württemberg.

155 a. Schreiben des Ministerialdirektors im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Anton Hauptmann an Ministerialrat Erich Wende im Kultusministerium.

München, 3. August 1920.

Ausfertigung, gez. Hauptmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 364.

Mitteilung des Rufs der Universität München an Prof. Adolf Weber und Anfrage, ob das Kultusministerium Bedenken dagegen erhebt.

Vgl. Einleitung, S. 104.

Sehr geehrter Herr Geheimer Regierungsrat!

Mein Herr Minister beabsichtigt, an den ordentlichen Professor Dr. Adolf Weber an der Universität Frankfurt einen Ruf zur Übernahme der an der Universität München erledigten ordentlichen Professur für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft ergehen zu lassen. Ich gestatte mir die ergebenste Anfrage zu stellen, ob seitens der preußischen Unterrichtsverwaltung hiergegen Bedenken zu erheben wären, und gleichzeitig um gefällige Mitteilung über die derzeitigen Bezüge des Prof. Weber an Gehalt und Vorlesungsgebühren zu ersuchen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

155 b. Schreiben der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt/M. an Kultusminister Konrad Haenisch.

Frankfurt/M., 10. August 1920.

Ausfertigung, ungez.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 363–363v.

Dringende Bitte, Prof. Weber durch Entgegenkommen in Frankfurt zu halten.

Vgl. Einleitung, S. 104.

Der Fakultät ist bekannt geworden, daß ihr Mitglied Prof. Dr. Adolf Weber einen Ruf an die Universität München erhalten hat. Dies veranlaßt die Fakultät, an alle in Betracht kommenden Faktoren die allerdringendste Bitte zu richten, alles nur irgend mögliche veranlassen zu wollen, um Prof. Weber der Universität zu erhalten.

Prof. Webers wissenschaftlicher Ruf ist unbestritten; daß er zu den ganz wenigen allerersten

Nationalökonomien Deutschlands gehört, beweist schon, daß München ihn an erster Stelle vorgeschlagen hat. Zu seinen wissenschaftlichen kommen ebenso hervorragende pädagogische Qualitäten, schließlich besondere administrative Befähigung, die ihn nicht nur zu einem besonders wertvollen Mitglied der Fakultät gemacht hat, sondern namentlich auch im Interesse der Arbeiter-Akademie, deren Gründung bevorsteht, sein Hierbleiben ungemein erwünscht erscheinen läßt, wozu noch kommt, daß er in besonderem Maße die sozialpolitische Seite der Wirtschaftswissenschaften pflegt, die an der Arbeiterakademie zweifellos die Hauptrolle spielen wird.

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät hat einen großen Aufschwung genommen, der ihr aber auch besondere Pflichten auferlegt. Sie muß den zahlreichen Studierenden, deren Ausbildung ihr anvertraut ist, wirklich die vollendetste Wissenschaft bieten, dabei kann sie eines so seltenen, unersetzlichen Mannes wie Adolf Weber nicht entbehren. Der Aufschwung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, der so im allgemeinen Interesse der Universität Frankfurt gelegen ist, wird nur ein dauernder sein können, wenn er sich auf die Mitarbeit so hervorragender persönlicher Kräfte stützt, wie Adolf Weber eine ist. Die Fakultät bittet daher dringend, ihr die weitere Mitarbeit Prof. Adolf Webers sichern zu wollen.

Dieses Schreiben wird gleichzeitig an den Herrn Minister, an den Herrn Rektor und an das Kuratorium der Universität, sowie an den Herrn Kommissar Exzellenz Schwander, Kassel, geschickt.

**155 c. Schreiben des Kuratoriums der Universität Frankfurt an Kultusminister
Konrad Haenisch mit Anlage: Schreiben von Prof. Adolf Weber.
Frankfurt/M., 2. Oktober bzw. 25. September 1920.**

*Ausfertigung, gez. Voigt; Ausfertigung, gez. Adolf Weber; Abschrift.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 359–360.*

Bitte um Genehmigung der Forderungen von Prof. Weber, die er zur Ablehnung des Rufs an die Universität München erhebt.

Vgl. Einleitung, S. 61 und 104.

Prof. Adolf Weber hat in dem abschriftlich beigelegten Schreiben mitgeteilt, unter welchen Bedingungen er bereit sein würde, den Ruf nach München abzulehnen.

Der Große Rat der Universität war in seiner gestrigen Sitzung der einstimmigen Auffassung, daß es dringend wünschenswert ist, Prof. Weber der hiesigen Universität zu erhalten. In der sicheren Annahme, daß der Herr Minister gleichfalls großen Wert darauf legt, Prof. Weber Frankfurt und Preußen zu erhalten, glaubt der Große Rat, trotz der ungünstigen

Finanzlage der Universität die dringende Bitte um Genehmigung und Bewilligung der Forderungen unterbreiten zu sollen.

Prof. Weber erfreut sich trotz seines kurzen Hierseins allgemeiner Wertschätzung. Bei den Vorarbeiten für die Errichtung einer Arbeiterakademie hat er in hohem Maße mitgewirkt. Sein Fortgang würde eine empfindliche Lücke im Lehrkörper verursachen.

Gleichzeitig wird um Auskunft gebeten, ob die Angabe des Prof. Weber, sein Gehalt betrage nicht 15.300, sondern 16.300 M, zutreffend ist. In der Nachweisung des Ministeriums ist die erstere Zahl angegeben.

Abschrift.

Frankfurt a/Main, den 25.9.20

Kettenhofweg 130

Hochgeehrter Herr Oberbürgermeister!

München bietet mir das Endgrundgehalt nach Gruppe XII der Besoldungsordnung – 16.800 M –, ferner ein pensionsfähiges Zusatzgehalt von 9.500 M, dazu kommen natürlich die Teuerungs-, Orts- und Kinderzuschläge in der Höhe, wie sie auch in Preußen gewährt werden. Das Kolleggeld-Abzugsverfahren ist in Bayern für die Dozenten weit günstiger als in Preußen. Die Zahl meiner Hörer wird in München voraussichtlich größer sein als in Frankfurt, was namentlich dann der Fall sein dürfte, wenn die wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichtseinrichtungen der Universität, der Technischen Hochschule und der Handelshochschule in engen Zusammenhang gebracht werden, was das bayerische Kultusministerium plant. In Rücksicht ziehen muß ich auch, daß das Leben in München nicht unwesentlich billiger ist, als in Frankfurt.

Ich bin mir nun vollkommen klar darüber, daß es der hiesigen Universität angesichts ihrer derzeitigen Finanzlage nicht möglich sein wird, mich materiell schadlos zu halten, wenn ich den Ruf nach München ablehne. Die sehr freundlichen Schreiben, die Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der Herr Rektor und das preußische Kultusministerium an mich richteten, geben mit aber die Hoffnung, daß die folgenden Wünsche erfüllt werden können:

1) Die mir bewilligten persönlichen Zulagen gelten in Zukunft als Teile des Gehalts; sie werden wie dieses unbedingt gezahlt und kommen bei Festsetzung der Teuerungszulagen sowie der Witwen- und Waisenbezüge in Anrechnung; sie erhöhen sich im nächsten Jahre um 800 M und in den folgenden Jahren so oft um 500 M., bis die Gesamtzulage die Höhe erreicht, die mir Bayern sofort gewähren will.

2) Ein Teil der durch mein etwaiges Bleiben ersparten Umzugskosten – mindestens aber 3.000 M – wird dem Institut für Wirtschaftswissenschaften zwecks Anschaffung von volkswirtschaftlicher Auslandsliteratur zur Verfügung gestellt. Der weitergehende Antrag des Instituts, das Kuratorium möge seine jährlichen Zuschüsse angemessen erhöhen, wird durch eine derartige Sonderbewilligung natürlich nicht berührt.

3) Sobald der jetzige Andrang der Studierenden und Examenskandidaten ein Ende erreicht

hat, gewährt mir das Kuratorium bei Fortbezug meines Gehalts einen halbjährlichen Urlaub zwecks Vollendung wissenschaftlicher Arbeiten.

Herr Kollege Pohle teilt mir mit, daß ich auch für ein Leipziger Ordinariat in erster Linie in Betracht komme. Es versteht sich von selbst, daß ich nach Ablehnung des Münchener Rufes auch den Leipziger Herren mitteilen würde, daß ich entschlossen bin, in Frankfurt zu bleiben.

Meine endgültige Entscheidung werde ich mitteilen, sobald mir die Stellungnahme des Kuratoriums zu den hier geäußerten Wünschen bekannt sein wird.

In größter Hochschätzung ganz ergebenst
gez. Prof. Adolf Weber.

**155 d. Schreiben von Prof. Adolf Weber an Kultusminister Konrad Haenisch.
Frankfurt/M., 3. November 1920.**

Ausfertigung, gez. Adolf Weber.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 365.

Mitteilung der Ablehnung des Rufes nach München, da seine Forderungen erfüllt werden.

Vgl. Einleitung, S. 104.

Nachdem mir der Vertreter Euer Exzellenz, Herr Ministerialrat Prof. Dr. Richter, mitgeteilt hat, daß die Zukunft der Universität Frankfurt nunmehr gesichert sei und die von mir geäußerten Wünsche in dankenswerter Weise befriedigt werden, beehre ich mich, Euer Exzellenz ganz ergebenst davon in Kenntnis zu setzen, daß ich den Ruf an die Universität München als Nachfolger von Max Weber und Lujo Brentano abgelehnt habe. Ich entspreche damit den dringenden Bitten, die alle für die Universität Frankfurt maßgebenden Kreise an mich gerichtet haben – obwohl die Ablehnung des ehrenvollen Rufes für mich ein großes ideelles und materielles Opfer bedeutet –, weil ich überzeugt davon bin, daß die Universität Frankfurt durch ihre Lage und Eigenart im ganz besonderen Maße berufen ist, an den geistigen und wirtschaftlichen Aufgaben unseres Vaterlandes mitzuwirken. Ich vertraue darauf, daß dieselbe Einsicht die in Betracht kommenden Verwaltungsstellen und Volksvertretungen veranlassen wird, gern und schnell die verhältnismäßig geringen Mittel zur Verfügung zu stellen, die nötig sind, um die hiesige Universität im Geiste ihrer Gründer als freieste Universität Deutschlands fortführen zu können.

**155 e. Schreiben von Prof. Adolf Weber an den Ministerialrat im Kultusministerium,
Werner Richter.**

Frankfurt/M., 23. November 1920.

Ausfertigung, gez. Adolf Weber.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 367–368.

Nachträgliches Bedauern der Entscheidung in Frankfurt zu bleiben, denn die finanzielle Zukunft der Universität ist ungesichert und die Stadt unterstützt die Arbeiterakademie nicht.

Vgl. Einleitung, S. 61, 63 f. und 105.

Hochgeehrter Herr Ministerialrat!

Aus dem Schreiben, das ich am 3. dieses [Jahres] an den Herrn Minister richtete, werden Sie ersehen haben, daß für meine Ablehnung des Münchener Rufes, Ihre Mitteilung vom 17.9., die Zukunft der Universität Frankfurt sei nun gesichert, von entscheidender Bedeutung war. Inzwischen ist mir leider sehr deutlich geworden, daß von einer finanziellen Sicherung der hiesigen Universität gar nicht die Rede sein kann. Der preußische Finanzminister hat lediglich einmalig eine verhältnismäßig sehr kleine Summe in Aussicht gestellt, nach meinen eignen Berechnungen bleibt auch dann, wenn Stadt und Staat das bewilligen, was vorläufig nur in Aussicht gestellt ist, ein Millionendefizit zu decken. Die Stadt scheint am Ende ihrer Gebefreudigkeit zu sein, wenigstens hat der Oberbürgermeister kategorisch erklärt, die Stadt werde irgendeinen Zuschuß zu den Kosten des Unterrichts der geplanten Arbeiterakademie nicht leisten, die mir dadurch ernstlich gefährdet zu sein scheint.

In dieser Situation wird nun auch noch meine Fakultät zum Gegenstand eines meines Erachtens ganz unbegründeten Klatsches in bezug auf ihre Promotionen gemacht, der für ihr Ansehen verhängnisvoll sein muß; ein Breslauer Kollege schrieb mir kürzlich in bezug darauf, daß Frankfurt nicht nur vor dem materiellen, sondern auch vor dem moralischen Bankrott zu stehen scheine. Im Kultusministerium und auch in dem für uns zur Zeit besonders wichtigen Finanzministerium scheint man den gegen uns ausgestreuten Gerüchten leider weitgehenden Glauben zu schenken. Der so angerichtete Schaden ist nicht wieder gut zu machen. Unter diesen Umständen bedauere ich es, daß ich den Münchner Lehrstuhl ausgeschlagen und den Leipziger Kollegen eine verneinende Antwort gegeben habe; ich würde heute wahrscheinlich anders handeln.

**155 f. Schreiben des Ministerialdirektors im Bayerischen Staatsministerium für
Unterricht und Kultus, Anton Hauptmann an Ministerialrat Erich Wende im
Kultusministerium.**

München, 13. Dezember 1920.

Ausfertigung, gez. Hauptmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 369.

*Ankündigung neuer Verhandlungen mit Prof. Adolf Weber, da die Berufungsverhandlungen
mit Prof. Bergfried Eßlen unerwartet schwierig wurden.*

Vgl. Einleitung, S. 105.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Besetzung des erledigten Lehrstuhls für National-
ökonomie an der Universität München, insbesondere infolge des unerwarteten Verlaufes
der Verhandlungen mit Prof. Eßlen, ergeben haben, veranlassen meinen Herrn Minister,
nochmals mit Prof. Adolf Weber in Frankfurt wegen seiner Berufung nach München ins
Benehmen zu treten. Indem ich ergebenst um gefällige Äußerung ersuche, ob dagegen Ih-
rerseits Bedenken erhoben werden, erlaube ich mir anzufügen, daß wir nicht beabsichti-
gen, die Bedingungen, die dem Prof. Weber aus Anlaß der Ablehnung des ersten Rufes
nach München hinsichtlich der Gehaltsverhältnisse neuestens in Frankfurt geboten sind,
zu überbieten.¹

¹ *Mit Schreiben an Wende vom 26.1.1921 (Bl. 388 der Akte) nahm Weber den erneuten Ruf nach München
schweren Herzens an, denn die nach wie vor unsichere finanzielle Lage unserer Universität beeinträchtigt die
Arbeitsfreudigkeit und gefährdet den Ruf unserer Universität, die sowieso hart um ihr Ansehen kämpfen
muß.*

156 a. Vorschlagsliste der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Frankfurt/M., 19. Januar 1926.

Ausfertigung, gez. Gerloff als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 54–57.

Für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften werden vorgeschlagen: Götz Briefs – Freiburg, Hans Mayer – Wien und Karl Pribram – Genf.

Vgl. Einleitung, S. 105.

Dem Herrn Minister beehre ich mich hierdurch – entsprechend dem Erlaß vom 1. August 1925 U I Nr. 21570 – die Vorschläge der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zur Wiederbesetzung des durch die Emeritierung des Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Voigt freigewordenen Lehrstuhles für wirtschaftliche Staatswissenschaften ergebenst zu überreichen.

Bei ihren Vorschlägen ging die Fakultät davon aus, daß entsprechend ihren vielseitigen Lehrbedürfnissen nur eine Persönlichkeit in Frage kommen könne, die nicht nur wissenschaftlich qualifiziert ist, sondern auch über eine längere akademische Praxis verfügt. Sie schlägt deshalb an 1. Stelle die Herren Professoren Dr. Götz Briefs, Freiburg i. B., und Prof. Dr. Hans Mayer in Wien vor und an 2. Stelle Herrn Prof. Dr. Pribram, derzeit Genf, Internationales Arbeitsamt, Rue Luotard 46.

Prof. Briefs ist 1889 geboren. Er promovierte 1912 mit einer Arbeit über das Spiritus-Kartell, die in der Sammlung der Abhandlungen der badischen Hochschule erschienen ist. Die Arbeit ragt über den Durchschnitt der Dissertationen erheblich hinaus und zeigt, daß Briefs für Fragen der Volkswirtschaftspolitik Interesse und Verständnis hat. Die Habilitationsschrift „Untersuchungen der klassischen Nationalökonomie“ (1915) ist eine sehr verdienstliche, gründliche Studie, ein Zeugnis guter theoretischer Schulung und wissenschaftlicher Begabung. Der Verfasser ist ein wenig der Stofffülle seines Problems erlegen. Straffere Zusammenziehung des Stoffes und schärfere Herausarbeitung der Ergebnisse wären zu wünschen gewesen, aber das sind Mängel, die auf Rechnung des Krieges gesetzt werden mögen, der den ruhigen Abschluß der Arbeit hinderte. Methodologische Probleme behandelt auch der Aufsatz „Zur Kritik der sozialen Grundprinzipien“ (Archiv für Sozialpolitik Bd. 49). Briefs zeigt sich in dieser wie in anderen Arbeiten als philosophisch-spekulativ gerichteter Kopf, der zwar in gewissem Sinne weltanschaulich gebunden erscheint, aber um begriffliche und systematische Klarheit ehrlich ringt. Seine weltanschauliche Einstellung zeigt auch der Beitrag „Sozialer Volksstaat und Sozialismus“ in der Festschrift für Franz Hitze. Seine jüngste Arbeit ist eine umfangreiche Abhandlung über „Das Proletariat“, die in dem Grundriß der Sozialökonomik erschienen ist. Es ist eine sowohl nach Form und Inhalt glänzende Abhandlung, wenn natürlich auch über die vorgetragene Auffassung Meinungs-

verschiedenheiten bestehen können. Von sonstigen Arbeiten sind noch zu erwähnen: eine Auseinandersetzung mit Spenglers „Untergang des Abendlandes“ (Herder, Freiburg), 1922, und „Die Geschichte des Bankhauses I. A. Krebs“, 1921, die Briefs zusammen mit Prof. Krebs herausgegeben hat.

Briefs gilt nicht nur als erfolgreicher Dozent, sondern als ein guter Lehrer im weitesten Sinne des Wortes, der es versteht, seine Schüler in die Wissenschaft einzuführen.

Prof. Dr. Hans Mayer ist 46 Jahre alt, geboren in Wien. Er hat daselbst alle seine Studien absolviert und an der dortigen Universität zum Dr. juris promoviert. Noch bevor er sich habilitieren konnte, wurde er auf Empfehlung seiner Lehrer Böhm-Bawerk und von Wieser an die Universität Freiburg (Schweiz) berufen. Er erhielt dann ein Ordinariat an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag. Nach dem Kriege wurde er in der gleichen Eigenschaft an die Universität Graz und nach von Wiesers Abgang als dessen Nachfolger nach Wien berufen, wo er seit vier Jahren wirkt. Was seine literarischen Leistungen anbelangt, so sind zu nennen: Über Methodenfragen der theoretischen Nationalökonomie 1911, Untersuchung zu den Grundgesetzen der wirtschaftlichen Wertrechnung (Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik I, 1922 ff.), im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Artikel: Bedürfnis, Konsumption, Der Monopolpreis, Produktion, Produktions-Faktoren.

Alle diese Arbeiten sind sehr scharfsinnig. Sie verraten eine vollständige und tiefeschürfende Beherrschung der Literatur. Manche dieser Abhandlungen hätten sich leicht zu einem größeren Buch ausgestalten lassen.

Prof. Mayer gilt ebenso wie Prof. Briefs als eine ausgezeichnete und begabte Lehrkraft. Er ist der hervorragendste jüngere Vertreter der Grenznutzenschule, wenn auch vielleicht sein Hauptverdienst darin besteht, daß er die Schwächen und Einseitigkeiten dieser Schule erkannt und darüber hinausstrebt.

Die Fakultät war sehr im Zweifel, ob sie Prof. Briefs oder Prof. Mayer an erste Stelle auf ihre Vorschlagsliste setzen solle. Bei der Abstimmung hierüber hielten sich die Stimmen, die dem einen und die dem anderen den Vorrang zuerkennen wollten, die Waage. Es wurde deshalb beschlossen, die Herren Briefs und Mayer *pari passu* in Vorschlag zu bringen.

Prof. Dr. Karl Pribram, 1877 in Prag geboren, wurde daselbst 1900 zum Doktor der Rechte promoviert. Nach Absolvierung der gerichtlichen Praxis bereitete er sich zunächst für den Beruf eines Rechtsanwaltes vor, setzte dann aber seine staatswissenschaftlichen Studien an den Universitäten Berlin und Wien fort und habilitierte sich im Jahre 1907 mit der Schrift „Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik“ an der Universität Wien. Neben der Lehrtätigkeit widmete er sich in den folgenden Jahren der sozialen Praxis, besonders in seiner Stellung als Sekretär der österreichischen Zentralstelle für Wohnungsreform. 1911 wurde er in die statistische Zentralkommission berufen, woselbst er die Leitung der wirtschaftsstatistischen Abteilung übernahm. 1917 trat er in das Handelsministerium und ein Jahr später in das Ministerium für soziale Verwaltung ein. Hier fand er ein reiches Feld sozialpolitischer Betätigung.

Die meisten in den Jahren 1917–1921 erlassenen sozialpolitischen Gesetze wurden von ihm ausgearbeitet. 1921 wurde er als Leiter der statistischen Abteilung an das Internationale Arbeitsamt nach Genf berufen.

Von seinen zahlreichen Schriften seien genannt: Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik, Bd. 1 Leipzig 1907, Die Entstehung der individuellen Sozialphilosophie, Leipzig 1912, Die Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik (Festgabe für Lujo Brentano, 1925), Der Lohnschutz des gewerblichen Arbeiters (Wiener Staatswissenschaftliche Studien, 1904), Der Normalarbeitstag in Österreich (Schriften der österreichischen Gesellschaft für Arbeitsschutz, H. 7), Preisbildung und Recht (Österreichische Zeitschrift für Strafrecht, 1916), Handelspolitik und auswärtige Politik (Zeitschrift für Volkswirtschaft, 1916).

Sein nationalökonomisches Hauptwerk ist das erstgenannte, das ihm, man darf wohl sagen einen Namen als Wirtschaftshistoriker gemacht hat. In seinen übrigen Schriften erweist er sich ebenso als ein vortrefflicher Kenner der sozialpolitischen Entwicklung in Theorie und Praxis wie als ein feiner sozialphilosophischer Denker. Nach seinen Schriften zu urteilen, besitzt Prof. Pribram nicht in gleichem Maße theoretische Neigungen wie die beiden an erster Stelle genannten Gelehrten. Aus diesem Gesichtspunkt heraus wurde auch innerhalb der Fakultät Einwendungen gegen ihn erhoben, so daß die Mehrheit glaubte, ihn nur an zweiter Stelle vorschlagen zu können. Die Mehrheit war aber doch auch der Meinung, daß der Eintritt eines jeden der drei Vorgeschlagenen in die Fakultät für diese einen Gewinn bedeuten würde.

Da der einzige nicht der engeren Fakultät angehörige Nichtordinarius des Faches, Prof. Dr. Budge, zur Zeit auf zwei Semester zur Abhaltung von Vorlesungen am Herder-Institut in Riga beurlaubt ist, war ein Gutachten nach Art. 11, Abs. 4 der Grundsätze einer Neuordnung der preußischen Universitätsverfassung nicht einzuholen.

156 b. Zweite Vorschlagsliste der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Frankfurt/M., 27. Juli 1926.

Ausfertigung, gez. Gerloff als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 73–74v.

Ergänzend werden für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften vorgeschlagen: Franz Eulenburg – Berlin, Hans Mayer – Wien, Carl Brinkmann – Heidelberg, Karl Pribram – Genf und Paul Mombert – Gießen.

Vgl. Einleitung, S. 105.

Mit Bezugnahme auf den Erlaß vom 21. Juni 1926 – U I Nr. 20193 –¹ beehre ich mich, dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine neue Vorschlagsliste zur Wiederbesetzung des durch die Emeritierung des Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Voigt freigewordenen Lehrstuhls für wirtschaftliche Staatswissenschaften ergebenst zu überreichen.

Die Fakultät schlägt vor

an erster Stelle die Professoren Franz Eulenburg, Handelshochschule Berlin und Hans Mayer, Wien,

an zweiter Stelle die Professoren Carl Brinkmann, Heidelberg und Karl Pribram, Genf, an dritter Stelle Prof. Paul Mombert, Gießen.

Entsprechend ihres ersten Vorschlagberichtes ging die Fakultät davon aus, daß ihren vielseitigen Lehrbedürfnissen nur durch eine Persönlichkeit genügt werden könne, die nicht nur durch wissenschaftliche Veröffentlichungen hinreichend qualifiziert ist, sondern auch über ausreichende Lehrbefähigung verfügt. Sie hat deshalb davon abgesehen, die Professoren Adolf E. Löwe, Kiel und W. Röpke, Jena, obwohl deren Namen bei den Kommissionsberatungen mehrmals genannt wurden, auf die Liste zu setzten. Es wurde jedoch beschlossen, in dem vorliegenden Bericht zum Ausdruck zu bringen, daß, wenn etwa noch ein vierter Lehrstuhl als Extraordinariat zu besetzen wäre, beide Herren, insbesondere der letztgenannte, ernstlich in Betracht genommen zu werden verdienten.

Die Fakultät hält im übrigen an die bereits in der ersten Vorschlagsliste genannten Namen Mayer, Wien und Pribram, Genf, fest, die sie nun noch durch drei weitere ergänzt, womit aber keineswegs gesagt werden soll, daß die weiterhin Genannten als pädagogisch oder fachlich wesentlich geeigneter angesehen werden. Was Personalien und die Eignung der

¹ *Darin teilte das Kultusministerium mit, dass der Erstplatzierte Götz Briefs den Ruf an die Technische Hochschule Charlottenburg annehme und die Fakultät neue Vorschläge machen möge, vgl. Bl. 58 der Akte.*

Professoren Mayer und Pribram anbetrifft, wird auf den Bericht der Fakultät vom 19. Januar 1926 verwiesen.

Die Kommission hat der Fakultät zunächst eine Liste Brinkmann und Mayer an erster Stelle, Mombert und Pribram an zweiter Stelle vorgeschlagen. Die Fakultät hat dieser Liste nicht zugestimmt, weil sie über die didaktische Befähigung Brinkmanns nicht hinlänglich unterrichtet war, und weil er von einer Seite mehr als Historiker, denn als Nationalökonom bezeichnet wurde. Es wurde deshalb, auf einen älteren Vorschlag der Fakultät (Schreiben vom 20. Mai 1921, Tagebuch Nr. 1396) zurückgreifend, Prof. Eulenburg mit auf die Liste genommen. Für alles weitere ihn betreffend kann auf eben genannten Bericht verwiesen werden.

Prof. Brinkmann, 1885 geb., habilitierte sich 1913 in Freiburg und ist seit 1923 ordentlicher Professor in Heidelberg als Nachfolger Gotheins. Seine ersten Arbeiten sind wirtschaftsgeschichtlicher Art, so „Wustrau, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte eines Brandenburgischen Rittergutes“ (1911) und manche andere. Besonders bemerkenswert ist die Arbeit „Die preußische Handelspolitik vor dem Zollverein“ (1922). Er hat sich dann mehr historischen und später soziologischen Studien zugewandt. Neuerdings hat er drei wertvolle Beiträge im Grundriß der Sozialökonomik veröffentlicht. Im Druck befinden sich seine Vorträge an der Yale-University, die eine umfangreiche Auseinandersetzung mit der amerikanischen Grenznutzenschule zum Gegenstande haben.

Ferner ist er seit Jahren mit der Abfassung eines Lehrbuchs der Volkswirtschaftspolitik beschäftigt. Seine Schreibweise ist schwerflüssig, von seinen Hörern wird er jedoch als ein ebenso anregender wie glänzender Lehrer bezeichnet. Allgemein wird er als ein ungewöhnlich kenntnisreicher, vielseitiger und geistvoller Gelehrter geschildert. Einem Teil der Fakultät schien er die stärkste Begabung unter den vorstehend aufgeführten Namen zu sein.

Prof. Dr. Paul Mombert ist 1876 in Karlsruhe geboren. Seine in den Münchner staatswissenschaftlichen Abhandlungen erschiene Dissertation trägt den Titel „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter“. Habilitiert hat sich Mombert 1906 in Freiburg mit der Schrift „Studien der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland“. Seit 1911 ist Mombert außerordentlicher Professor in Freiburg, seit 1922 ordentlicher Professor in Gießen. Er gilt als ein vortrefflicher und zugleich sehr eifriger Lehrer. In den letzten Jahren hielt er fast in jedem Semester zwei Seminarien und zwei große Vorlesungen ab. Seine Arbeiten berühren Gebiete der verschiedensten Richtungen, insbesondere der Volkswirtschaftstheorie, Statistik und Finanzwissenschaft. Es seien genannt: Die Deckung des Reichsfinanzbedarfs 1916, Eine Verbrauchseinkommenssteuer 1916, Bevölkerungspolitik nach dem Kriege 1916, Die wirtschaftspolitischen und sozialen Anschauungen in Deutschland 1919, Einführung in das Studium der Konjunktur 1921, Besteuerung und Volkswirtschaft 1922, Die Gemeindebetriebe in Deutschland (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 128). Daneben hat er zahlreiche Zeitschriftenaufsätze veröffentlicht.

Wie schon in dem vorigen Bericht erwähnt, ist der einzige nicht der engeren Fakultät angehörige Nichtordinarius des Faches, Prof. Dr. Budge, zur Zeit zur Abhaltung von Vorlesungen

am Herder-Institut in Riga beurlaubt. Es war somit ein Gutachten nach Art. 11, Abs. 4 der Grundsätze der Neuordnung der preußischen Universitätsverfassung nicht einzuholen.

157 a. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Göttingen, 21. November 1927.

Ausfertigung, gez. R. v. Hippel als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 157–158v.

*Kandidaten für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften sind:
Albert Hesse – Breslau, Paul Mombert – Gießen, Waldemar Mitscherlich – Breslau sowie der
aktuelle Lehrstuhlvertreter Heinrich Bechtel – Breslau.*

Vgl. Einleitung, S. 5 und 106.

Durch Schreiben des Herrn Kurators vom 22. August dieses Jahres wurde die Fakultät im Auftrag des Herrn Ministers ersucht, Vorschläge zur Neubesetzung der durch das Ausscheiden Prof. Eßlens freigewordenen ordentlichen Professur für die wirtschaftlichen Staatswissenschaften einzureichen. Die Fakultät berichtet darauf das Folgende.

Wir haben bei unseren Vorschlägen ein Hauptgewicht darauf gelegt, einen bewährten Lehrer für die drei großen Vorlesungen des Faches zu gewinnen: Allgemeine und Spezielle Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft und bitten, das Ministerium wolle den zu berufenden Fachvertreter verpflichten, diese drei Vorlesungen regelmäßig zu halten. Wir müssen darauf mit Sicherheit rechnen können, zumal da einem der zwei anderen ordentlichen Fachvertreter die Pflege umfassender und wichtiger anderer Gebiete des Unterrichts obliegt und seine Arbeitskraft in vollem Maße beansprucht.

1. An erster Stelle nennen wir Prof. Albert Hesse in Breslau, geb. 1876, habilitiert in Halle 1903, ordentlicher Professor in Königsberg 1910, in Breslau 1921. Wie einst sein Lehrer Johannes Conrad pflegt er die Lehrtätigkeit mit besonderer Liebe und besonderem Geschick. An den sehr beliebten Lehrbüchern Conrads hat er schon bei dessen Lebzeiten mitgearbeitet und hat nach Conrads Tode die Neuauflage mit Ausnahme der Finanzwissenschaft bearbeitet. Dabei ist mehr und mehr ein neues Werk entstanden. Das gilt namentlich von der 1927 erschienenen 12. Aufl. der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Die umfangreichen, den wichtigsten Zweigen der Statistik gewidmeten Bände des Lehrbuchs hat er von vornherein selbständig bearbeitet, ist auch eine Zeitlang praktischer Statistiker gewesen als oberster Leiter des im Jahre 1906 von der Stadt Halle errichteten statistischen Amtes. Andere Arbeiten lagen in seiner Frühzeit auf den Gebieten der Rechtswissenschaft und der Soziologie. In der Kriegszeit gab er in amtlichem Auftrage die sechsbändige Denkschrift

über die Grundlagen des Wirtschaftslebens von Ostpreußen heraus und bearbeitete selbst namentlich den Band über den ostpreußischen Grundbesitz. Auch bei der Herausgabe anderer großer volkswirtschaftlicher Schriftenreihen war er in Königsberg und Breslau beteiligt. Zu den Beiträgen zur Kriegswirtschaft, hrsg. von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes, hat er zwei Hefte beigeleitet.

2. An zweiter Stelle nennen wir Prof. Paul Mombert in Gießen. Wir haben ihn schon bei früheren Vorschlägen genannt. Er ist 1876 geboren, habilitierte sich 1906 in Freiburg i. B., wurde dort 1911 außerordentlicher Professor und übernahm 1922 eine ordentliche Professur in Gießen. Auch er wird als sehr geschickter und beliebter Lehrer gerühmt, wie früher in Freiburg, so jetzt noch mehr in Gießen. Auch seine Schriften dienen größtenteils Lehrzwecken, so namentlich seine mit Prof. Diehl herausgegebenen, weitverbreiteten 20 Bändchen *Ausgewählte Lehrstücke zum Studium der politischen Ökonomie*, seine Einführung in das Studium der Konjunktur (2. Aufl.) und seine eben erschienene umfangreiche *Geschichte der Nationalökonomie* (Bd. 2 der Grundriß zum Studium der Nationalökonomie, hrsg. von Diehl und Mombert), ein Zeugnis umfassender Gelehrsamkeit und geschickter Darstellungsgabe. Er ist durch zahlreiche andere Publikationen ein geschätzter Gelehrter besonders auf dem Gebiete des Bevölkerungswesens und der Finanzwissenschaft.

3. An dritter Stelle nennen wir Prof. Waldemar Mitscherlich in Breslau, geb. 1877, in Kiel habilitiert 1908, ordentlicher Professor an der Posener Akademie 1909, in Greifswald seit 1915, in Breslau seit 1917. Sein Vortrag wird als klar und sorgfältig in der Form bezeichnet. Seine wertvollen Schriften zeugen von philosophischer Bildung und behandeln größtenteils Probleme wirtschaftsgeschichtlicher Theorie, ferner Nationalitätenprobleme unter staatlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, auch methodologische Fragen u. a. Wir nennen beispielsweise: „Der wirtschaftliche Fortschritt, sein Verlauf und Wesen“, „Der Nationalismus Westeuropas“.

4. An vierter Stelle nennen wir Heinrich Bechtel, außerordentlicher Professor an der Universität Breslau, geb. 1889, der jetzt im 6. Semester den hiesigen vakanten Lehrstuhl vertretungsweise inne hat, nachdem er sich in Breslau als Privatdozent seit 1921 bewährt hatte.¹ Hinter den unter Nr. 1–3 genannten Gelehrten steht Bechtel allerdings zurück. Wir bitten daher, in erster Linie jene zu berufen. Bechtel hat aber seine hiesige Aufgabe gut gelöst, hat einen guten Vortrag, hält stark besuchte Vorlesungen und Übungen. Er ist Schüler Mitscherlichs, aber ursprünglich Ingenieur und weiß diese Vorbildung in Unterricht und Forschung fruchtbar zu machen, sowohl in seinen tüchtigen wirtschaftsgeschichtlichen Studien, die teilweise neue Wege einschlagen, wie in seinen Arbeiten zur Wohnungsfrage.

¹ *Eßlen* lehrte seit 1924 nicht mehr, da ein Straf- und Disziplinarverfahren wegen *Meineid* bei seiner *Ehescheidung* und *Steuerhinterziehung* gegen ihn liefen und er sich als krank in *nervenärztliche Behandlung* begab. Erst am 19.8.1927 teilte das Ministerium seine *Entpflichtung* und den *Wegzug* von Göttingen mit (Bl. 43, 75 f. und 124 der Akte).

Ist auch seine literarische Produktion aus äußeren Gründen noch nicht sehr ausgedehnt gewesen, so ist sie doch wertvoll und anregend und verspricht für die Zukunft Gutes. An anderen Universitäten ist sein Name bereits auf die Vorschlagsliste gekommen, so unlängst für ein Extraordinariat in Rostock.

Die vorstehenden Vorschläge stellen den Standpunkt der gesamten Fakultät dar. Zu ihnen ist ein Sonderbericht von Herrn Prof. Passow, unterstützt von den Herren Herbert Meyer und Ritschl, zugunsten des Wiener Prof. Mises eingereicht, der als Anlage 1 diesem Fakultätsbericht beiliegt. Die Mehrheit der Fakultät beantwortet diesen Sonderbericht unter Vortrag ihrer Bedenken in dem weiteren als Anlage 2 beigefügten Mehrheitsbericht.²

Leider war es der Fakultät nicht möglich, diesen Bericht früher zu erstatten, da er wiederholte Fakultätssitzungen erforderte, die in den Ferien in Abwesenheit mehrerer Fakultätsmitglieder nicht abgehalten werden konnten. Es ist aber eine lebenswichtige Frage für die Fakultät, daß die Besetzung dieser Professur, nachdem sie drei Jahre lang leerstand, bereits zum 1. April 1928 erfolgt. Wir bitten das Ministerium demgemäß gehorsamst um eine tunlichst rasche Erledigung der Sache in diesem Sinne.

157 b. Aus dem Sondervotum von vier Professoren für Kultusminister

Carl Heinrich Becker.

Göttingen, 19. November 1927.

Ausfertigung, gez. Passow, Meyer, Pringsheim, Ritschl.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 159–164.

Bester Kandidat für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften wäre Ludwig von Mises, der als Hochschullehrer, Forscher und Persönlichkeit von vielen Fachkennern hoch geschätzt wird, gerade solchen, die seine sehr wirtschaftsliberale Haltung nicht teilen.

Vgl. Einleitung, S. 5 f. und 106.

Sondervotum betreffend die Neubesetzung der Eßlenschen Professur

Als nächstbeteiligter Fachmann fühle ich die Verpflichtung, zu der von der Fakultätsmehrheit beschlossenen Vorschlagsliste ein Sondervotum abzugeben. Ich denke nicht daran, mich gegen einen der dort genannten Herren auszusprechen, habe im Gegenteil auch für sie gestimmt, aber ich halte es für unmöglich, in diesem Falle nicht auf Prof. Dr. Ludwig (von) Mises – Wien mit ganz besonderem Nachdruck hinzuweisen.

² Die der Akte beiliegenden Anlagen folgen als Dok. Nr. 157 b–c.

Da meines Wissens Mises im vorigen Jahre auch von der Universität Kiel in Vorschlag gebracht ist,³ darf ich annehmen, daß sein Lebenslauf und ein Verzeichnis seiner Schriften sich in den Händen des Ministeriums befinden, und kann mich auf folgende Charakteristik beschränken:

Mises ist einer der intelligentesten Köpfe unter allen deutschen Nationalökonomien und genießt als solcher auch im Auslande weithin ein besonderes Ansehen. Er ist ein ausgesprochen theoretischer Kopf, verbindet aber mit dieser Veranlagung eine ungemein tiefgreifende Kenntnis des praktischen Wirtschaftslebens. Er war auch oft im Ausland, noch im vorigen Jahre hat er eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten gemacht (würde deshalb auch für die Behandlung des anglo-amerikanischen Wirtschaftslebens – was für die speziellen Aufgaben der Universität Göttingen von Bedeutung ist – besonders geeignet sein). Trotzdem er einen sehr weit gespannten Aufgabenkreis bei der Wiener Handelskammer, deren Referent er ist, zu erledigen hat, weist seine literarische Betätigung eine ungewöhnliche Vielseitigkeit und einen großen Umfang auf. Neben grundlegenden theoretischen Arbeiten stehen andere aus dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftspolitik. Seine literarischen Arbeiten sind ebenso durch die Fülle der Erkenntnisse wie durch die kristallklare Gedankenführung ausgezeichnet, und haben auch da, wo ihnen nicht zugestimmt wurde, äußerst anregend gewirkt.

Mises ist, wie ich aus eigenen Beobachtungen weiß – ich habe noch im vorigen Jahre in Wien in seinem Hörsaal gesessen –, ein sehr guter Redner. Seine mündlichen Ausführungen zeigen die gleiche Klarheit wie seine Schriften. Er besitzt die – gerade auch dem nationalökonomischen Anfänger gegenüber besonders wichtige – Gabe, für seinen Gegenstand Interesse zu wecken und zur Beschäftigung mit den Problemen des Faches anzuregen. Er hat das gesamte Gebiet der Nationalökonomie in seinen Vorlesungen behandelt und verfügt über große Unterrichtserfahrungen. Als besonders glänzend gelten seine Seminarübungen. Mit den deutschen Universitätsverhältnissen ist er schon dadurch näher vertraut, daß sein Bruder Ordinarius der Mathematik an der Universität Berlin ist.

Persönlich ist Ludwig Mises ein frischer, liebenswürdiger Mann von Welt, ein Kulturmensch von vielseitiger Bildung, ein hilfsbereiter Kollege. Seine Neigung zur Wissenschaft ist so groß, daß ihn die Ruhe der Arbeit in einer kleinen Universitätsstadt vermutlich locken würde.

Daß Mises ein Gelehrter von besonderer Bedeutung sei, ist auch in der Fakultät allgemein anerkannt worden. Dagegen sind wegen seiner wirtschaftspolitischen (extrem liberalen) Einstellung Bedenken erhoben worden. Ich möchte dazu zunächst betonen, daß ich (ebenso wie die anderen Fakultätsmitglieder, die sich diesem Votum anschließen) seine wirtschaftspolitische Grundauffassung durchaus nicht teile, aber ich halte es grundsätzlich für unangebracht, bei nationalökonomischen Berufungen die wirtschaftspolitische Gesinnung zum

3 Dies dürfte auf Irrtum beruhen. Mises wurde am 2.7.1925 auch in Bonn abgelehnt, vgl. Dok. Nr. 152 a.

Ausgangspunkt zu machen, zumal sie für weite Gebiete des Faches überhaupt keine Bedeutung hat. Will man aber darauf Rücksicht nehmen, so muß man anerkennen, daß es nicht nur nicht schädlich, sondern sogar sehr nützlich ist, wenn die Studierenden auch einmal eine von der herrschenden Meinung abweichende Auffassung hören und dadurch zu eigenem Nachdenken angeregt werden. In Göttingen besteht ganz gewiß nicht die Gefahr, daß der Mises'sche Standpunkt der einzige wäre, der den Studierenden vorgetragen würde.

Um die große Anerkennung, die die wissenschaftliche und pädagogische Bedeutung von Ludwig Mises auch von anderer Seite erfahren hat, zu zeigen, führe ich folgendes an: Der vor kurzem verstorbene Wiener Nationalökonom Friedrich von Wieser hat bereits im Jahre 1921 das nachstehende Votum abgegeben: [...]

Aus Anlaß der gegenwärtigen Vakanz habe ich zwei hervorragende Mitglieder der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät um eine Äußerung über Mises gebeten und ihnen geschrieben: „Innerhalb der Fakultät wird voraussichtlich der Einwand erhoben werden, daß in erster Linie die sogenannten ‚großen Vorlesungen‘ gehalten werden müßten, und daß man nicht wisse, ob Mises dafür sich besonders interessieren werde. Es würde für uns sehr wertvoll sein, wenn Sie die Freundlichkeit haben würden, sich darüber zu äußern, ob ein Ordinariat an einer mittleren Universität mit ihren normalen Vorlesungs- und Prüfungspflichten für Mises geeignet wäre.“ Darauf hat der Ordinarius der Nationalökonomie an der Universität Wien Prof. Dr. Hans Mayer geantwortet: „Über die hohen wissenschaftlichen Qualitäten von Prof. Mises brauche ich mich nicht zu äußern, sie sind ja in der Fachwelt fast ausnahmslos anerkannt, insbesondere seine geldtheoretischen Gedanken vielfach, insbesondere in der anglo-amerikanischen Literatur, rezipiert worden. Was die Fähigkeiten Prof. Mises' als akademischer Lehrer und insbesondere die Eignung, den normalen Unterrichts- und Prüfungsbetrieb als Ordinarius an einer mittelgroßen Universität zu versehen, betrifft, so steht auf Grund der Erfahrungen mit Prof. Mises als Dozent an der Wiener Universität seine volle Eignung ganz außer Frage. Prof. Mises ist ein sehr guter Redner, hat hier Vorlesungen über die verschiedensten Gebiete der allgemeinen und speziellen Volkswirtschaftslehre und ebenso Seminarübungen mit sehr großem Erfolge abgehalten. Ganz besonders möchte ich auf die vorzügliche Ausbildung der aus seinem überaus anregenden und stark besuchten Seminar hervorgegangenen Hörer hinweisen. Die Schätzung, die er als Vortragender genießt, kommt unter anderem auch dadurch zum Ausdruck, daß [er] eben eine Einladung zu einem Vortragszyklus an der Londoner Universität erhalten hat.“

Der Staatsrechtslehrer der Wiener Universität Prof. Dr. Hans Kelsen schreibt auf die gleiche Anfrage: „In Beantwortung Ihres Schreibens erlaube ich mir, ihnen mitzuteilen, daß nach meiner Ansicht Kollege von Mises sich für die in Frage stehende Professur ganz besonders eignen würde. [...] Ich habe es seit jeher als ein schweres Unrecht angesehen, daß Mises trotz seiner hervorragenden Qualitäten noch keine Professur erlangt hat. Die Ursachen dafür sind zweifellos nur politischer Natur. Mises würde jeder Fakultät zur Ehre gereichen. [...]

Sombart hat gerade jetzt einem Mitgliede unserer Fakultät auf eine Anfrage geschrieben: „Mises hat zwei in ihrer Art sehr wertvolle Bücher geschrieben: über Geldwesen und über Gemeinwirtschaft, die beide wissenschaftlich in gutem Sine sind und doch eine persönliche Note tragen. Sie gehören zu den hervorragendsten Erscheinungen unserer Literatur der letzten Jahre. Der Standpunkt Mises' ist nicht der meine, weder in wissenschaftlicher Hinsicht – er ist überzeugter Anhänger der Grenznutzenlehre – noch in sozialpolitischer Hinsicht – er ist extremer Manchestermann –, das hindert mich aber nicht, seine wissenschaftlichen Leistungen anzuerkennen. – Persönlich schätze ich ihn als einen außergewöhnlich feinen und liebenswürdigen Menschen. Unter den Nationalökonomern seiner Altersklasse nimmt Mises zweifellos einen hervorragenden Rang ein. Ich würde mich freuen, wenn er an eine deutsche Universität berufen würde, und glaube, daß Sie in ihm eine gute Wahl treffen würden.“

Nach alledem unterliegt es für mich nicht dem geringsten Zweifel, daß es sowohl in wissenschaftlicher als auch in unterrichtlicher Hinsicht ein ungewöhnlicher Gewinn wäre, wenn Mises in unsere Fakultät berufen würde. Es handelt sich um eine Persönlichkeit, die jeder Universität zur Zierde gereichen würde.

**157 c. Bericht der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Göttingen zum Sondervotum für Kultusminister Carl Heinrich Becker.**

Göttingen, 21. November 1927.

Ausfertigung, gez. R. v. Hippel als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 165–165v.

Die Bedenken der Fakultätsmehrheit gegen von Mises rühren von dessen staatskritischer und individualistischen Sichtweise her. Göttingen braucht jedoch einen Gelehrten, der die großen Hauptvorlesungen ohne Einseitigkeit hält, zumal für Studierende außerhalb der Ökonomie.

Vgl. Einleitung, S. 106.

Bericht der Mehrheit der Fakultät zu dem zugunsten von Herrn Prof. Mises – Wien erstatteten Sonderbericht.

Gegen eine Berufung des von einer Minderheit der Fakultät ins Auge gefaßten Wiener Dozenten Ludwig Mises hat die Mehrheit der Fakultät schwere Bedenken. Zwar verkennen wir die Befähigung dieses Gelehrten nicht. Aber ihr steht die große Einseitigkeit seiner Gedankengänge gegenüber, die fast jedes wirtschaftliche oder sozialpolitische Eingreifen des Staates in die individualistische Wirtschaftsordnung ablehnt. Wir würden es für durchaus erwägenswert halten, wenn ein solcher Fachvertreter innerhalb einer großen Volkswirt-

schaftlichen Fakultät tätig wäre, in der die Studenten nicht notwendig darauf angewiesen sind, bei ihm die Hauptvorlesungen zu hören. In Göttingen aber ist dies nicht der Fall. Wir haben nur drei Professuren für Volkswirtschaft, von denen bereits die eine in erster Linie eine solche für speziellere Gebiete ist. Für uns kommt es daher bei der jetzigen Berufung absolut entscheidend darauf an, einen Lehrer und Gelehrten zu gewinnen, der die drei großen Hauptvorlesungen ohne grundlegende Einseitigkeiten vertritt. Dies um so mehr, als unsere juristischen Studierenden (zur Zeit ungefähr 1.200) bei dem sechssemestrigen Rechtsstudium in breitem Umfange darauf angewiesen sind, die volkswirtschaftlichen Hauptvorlesungen in einem bestimmten Semester, daher vielfach auch nur bei einem Dozenten zu hören. Zu diesen entscheidenden Bedenken kommt weiter, daß Prof. Mises die Hauptvorlesungen über Nationalökonomie zeitweilig zwar gelesen hat, daß sie aber keineswegs im Mittelpunkt seiner bisherigen Wirksamkeit standen, wie das hier für unsere Zwecke schlechterdings unentbehrlich ist.

Bemerkt sei, daß diese Stellungnahme der Mehrheit der Fakultät nicht etwa auf politischen Erwägungen beruht. Wir halten es vielmehr für wissenschaftlich bedenklich und praktisch gefährlich, Studierende bei der Einführung in ein großes Fachgebiet in einseitiger Weise auszubilden. Daß aber hier eine solche Einseitigkeit vorliegt, dürfte auch der Bericht der Minderheit bestätigen.⁴

4 Der Kurator Theodor Valentiner stellte sich mit Begleitbericht vom 7.12.1927 (Bl. 155–156v der Akte) klar auf die Seite des Sondervotums und schrieb, er halte es für entscheidend, daß jemand genommen wird, der die Fähigkeit besitzt, anregende, fesselnde, für die Probleme interessierende Seminarübungen abzuhalten und damit die wichtigste Voraussetzung für eine gründliche Ausbildung der eigentlichen Nationalökonomien zu erfüllen. Das Vorhandensein dieser Fähigkeit wird in den anliegenden Berichten nur hinsichtlich des Prof. von Mises hervorgehoben und zwar gleich mehrfach. Um die Nationalökonomie in Göttingen wieder einigermaßen auf den Stand zu bringen, den sie unbestritten bis zum Kriege, nämlich zu den Zeiten von Cohn und Lexis einnahm (...), scheint mir von den Vorgeschlagenen Herr von Mises – Wien als einziger in Frage zu kommen. Mit Vereinbarung vom 23.12.1927 (Bl. 167 der Akte) berief das Kultusministerium jedoch Waldemar Mitscherlich nach Göttingen.

158 a. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Göttingen für das Kultusministerium mit Randbericht des Kurators

Theodor Valentiner.

Göttingen, 30. Juli bzw. 13. August 1929.

Ausfertigung, gez. v. Gierke als Dekan; Ausfertigung, gez. Valentiner.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sect. 6 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 224–225v.

Als Kandidaten für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften werden vorgeschlagen: Alfred Amonn – Prag, Albert Hesse – Breslau, Constantin von Dietze – Jena und August Skalweit – Kiel. Der neue Ordinarius hat das Seminar für Versicherungswirtschaft mitzubetreuen.

Vgl. Einleitung, S. 107.

Der Aufforderung gemäß, unterbreiten wir folgende Vorschläge zur Besetzung des durch die Emeritierung unseres Mitglieds Oldenberg freiwerdenden ordentlichen Lehrstuhls für die wirtschaftlichen Staatswissenschaften.

An erster Stelle nennen wir *pari passu* in alphabetischer Folge die Professoren Amonn – Prag und Hesse – Breslau.

Über Albert Hesse, den wir insbesondere als Lehrer hochschätzen, haben wir uns bei unseren Vorschlägen vom 21. November 1927 eingehend geäußert und bitten, auf unseren damaligen Bericht verweisen zu dürfen.

Alfred Amonn, geb. 1883 in Bruneck (Tirol), wurde 1910 außerordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der schweizerischen Universität Freiburg, 1912 außerordentlicher und 1917 ordentlicher Professor an der Universität Czernowitz, 1920 ordentlicher Professor an der deutschen Universität Prag. Von dort war er 1926 bis jetzt beurlaubt, um eine zeitweilige Lehrtätigkeit an der Universität Tokio auszuüben; er ist jetzt auf der Heimreise begriffen. Unter den heutigen Theoretikern der allgemeinen Volkswirtschaftslehre steht er als selbständiger Denker in vorderster Linie und hat in der deutschen und ausländischen Fachliteratur hohe Anerkennung gefunden, wie er auch in letzter Zeit mehrfach auf deutschen Vorschlagslisten für Ordinariate an erster Stelle gestanden hat. Seine Richtung in der allgemeinen Volkswirtschaftslehre ist nicht eine einseitige, sondern trägt dem Gedankenkreis verschiedener Schulrichtungen Rechnung. Von seinen Schriften heben wir hervor: Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, 1911, 2. Aufl. 1927, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, 1926, und eine kleinere Schrift: Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie, 1924. Auch auf finanzwissenschaftliches Gebiet greifen einige Abhandlungen über; auch sie tragen das Gepräge eines sehr selbständigen Denkens. In unserer Fakultät würde er die mehr empirisch eingestellte Richtung der beiden anderen Fachvertreter aufs beste ergänzen. Über seine Lehrtätigkeit haben wir günstige Auskünfte bekommen. Eine wissenschaftliche Kraft von

seinem Range zu gewinnen, ist für eine Universität mit den Traditionen Göttingens erstrebenswert.

Prof. Amonn dürfte im Laufe des August in Europa eintreffen. Im August wird er unter der Vermittlungsadresse „Prof. Alfred Amonn, Haus Arnold Amonn, Gries bei Bozen Nr. 607, Italien“ zu erreichen sein. Auch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Deutschen Universität Prag kann, wie der dortige Dekan mitteilt, als Vermittlungsadresse dienen, und wird einen Brief weiterleiten, sobald Amonns Adresse dort bekannt wird.

An zweiter Stelle nennen wir Prof. Constantin von Dietze in Jena, geb. im Jahre 1891. Er wurde nach mehrjähriger russischer Kriegsgefangenschaft Gerichtsreferendar und Dr. rer. pol. in Breslau, seit 1921 erster wissenschaftlicher Beamter am Berliner Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen, seit 1922 Privatdozent der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Berliner Universität. 1923–24 war er in unserer Fakultät mit der Vertretung des beurlaubten Prof. Eßlen beauftragt. 1925 wurde er außerordentlicher, 1926 ordentlicher Professor an der Universität Rostock und ist seit 1927 ordentlicher Professor an der Universität Jena. Seine mannigfaltige literarische Produktion ist Agrarproblemen gewidmet, zum Teil auf Grund ausgedehnter Studienreisen, wie seine Habilitationsschrift über die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse nach dem Kriege. Mit umfassender Erforschung der Tatsachen und weitem Blicke verbindet er in allen seinen Schriften ein sorgfältig abwägendes Urteil. Als Lehrer hat er sich gut bewährt, und wir haben in ihm eine Persönlichkeit schätzen gelernt, auf deren dauernde Bewährung im Lehramt und Forschung man sich verlassen kann. Daß sein Interesse sich auch auf englische landwirtschaftliche Verhältnisse erstreckt (Studienreise 1924, Publikation 1925) verdient mit Rücksicht auf die unserer Universität aufgetragene Pflege der Kunde des englisch-amerikanischen Kulturkreises Erwähnung, wie er auch einen erheblichen Teil seiner Studienzeit in England (Cambridge) zugebracht hat.

An dritter Stelle schlagen wir vor den Kieler Ordinarius August Skalweit, geb. 1879.

Er war 1906–10 Mitarbeiter Gustav Schmollers an den Acta Borussica und lieferte zu ihnen 1911 einen sehr geschätzten Beitrag über die Getreidehandelspolitik Friedrichs des Großen. 1910 habilitierte er sich an der Universität Berlin, 1913–21 war er ordentlicher Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Gießen, 1921–23 an der Pappendorfer landwirtschaftlichen Akademie, seitdem in Kiel. Nebenamtlich war er 1915–19 in der Kriegswirtschaft tätig, seit 1916 als Referent im Kriegsernährungsamt. In dieser Zeit veröffentlichte er einige treffliche kriegswirtschaftliche Studien; ihnen folgte 1927 ein Band über die gesamte deutsche Kriegswirtschaft, die das weitschichtige Aktenmaterial in geschickter Darstellung zusammenfaßt, in der deutschen Serie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Von seinen anderen, meist landwirtschaftlichen Fragen gewidmeten Schriften heben wir besonders hervor sein Lehrbuch der Agrarpolitik (1923, 2. Aufl. 1924), ein beredtes Zeugnis für seine Lehrgabe. In die Jahre 1926–27 fällt eine längere Forschungsreise in Südamerika. Wir schätzen Skalweit sowohl als tüchtigen Gelehrten wie als guten Dozenten. Er ist Hannoveraner und mit unserer Hochschule verbindet ihn seine Biographie des bedeutenden Nationalökonomen Georg Hanssen, mit der er, wie wir hören,

zur Zeit im Auftrage des Kieler akademischen Senats beschäftigt ist; Hanssen war 37 Jahre lang Professor in Göttingen.

Unser Privatdozent Dr. Jessen hat an den Beratungen der Fakultät über die vorstehende Vorschlagsliste als Fakultätsvertreter der Nichtordinarien teilgenommen und erstattet daher einen eigenen Bericht nicht.

Mit dem freiwerdenden Lehrstuhl ist die Verwaltung des im Jahre 1895 als erstes seiner Art gegründeten Seminars für Versicherungswissenschaft von Anfang an verbunden gewesen. Wir legen auf die pflegliche Weiterentwicklung dieses Seminars das größte Gewicht – auch vom Standpunkte des Versicherungsrechts –, um seinen alten Ruf zu wahren und Göttingen auch künftig ein Sammelpunkt versicherungswissenschaftlicher Studien bleiben zu lassen. Trotz der sehr erschwerenden Prüfungsordnung vom Jahre 1927 hebt sich die Teilnehmerzahl im laufenden Jahr in beachtenswertem Maße (zur Zeit 24 Teilnehmer). Wir bitten das Ministerium, mit dem zu berufenden Dozenten, von dem wir selbstverständlich in erster Linie die volle Beteiligung an allen Hauptvorlesungen des Fachs erwarten müssen, über die Vertretung auch des versicherungswissenschaftlichen Gebiets in Vorlesung, Übungen und Seminarverwaltung zu verhandeln. Sollte er die Aufgabe nicht übernehmen wollen, so würde die Fakultät in der Lage sein, weitere Vorschläge für die Vertretung dieses Lehrgebiets zu machen. Zunächst ist unser Mitglied Oldenberg bereit, falls der zu berufende Nachfolger noch nicht sogleich sein Lehramt antritt oder den versicherungswirtschaftlichen Unterricht nicht übernehmen will, die im kommenden Semester erforderliche versicherungswirtschaftliche Vorlesung nebst Übung zu halten und die Verwaltung des Seminars weiterzuführen. Wir bitten ihm für diesen Fall einen Auftrag unter den bisherigen Bedingungen zu geben.

Der Kurator der Universität
J Nr. 5458

Göttingen, den 13. August 1929

Vorgang: Erlaß vom 13. Mai 1929 – U I 16257.1 –

Gesehen.

Den im letzten Absatz, die Weiterführung des Seminars für Versicherungswissenschaft betreffend, enthaltenen Antrag unterstütze ich, damit eine Stockung vermieden wird. Sollte also der zu berufende Nachfolger noch nicht sogleich sein Lehramt antreten oder den versicherungswissenschaftlichen Unterricht nicht übernehmen wollen, so bitte auch ich, Herrn Geheimrat Oldenberg mit der Weiterführung zu beauftragen.

Bisher war die Remuneration 1.300 RM jährlich. Die Vorlesungen – einmal im Jahre – bringen nur unwesentliche Honorare. Die Übungen – in jedem Semester – sind gratis. Beide verursachen erhebliche Mühe, und die Seminarleitung ebenso.

Die ohnehin in den letzten Semestern gestiegene Zahl der Studierenden wird sich voraus-

sichtlich noch weiter heben, so deshalb, weil die Aussichten für mathematische Oberlehrer in der Provinz Hannover, nachdem sie jahrelang ungewöhnlich günstig waren, wesentlich ungünstiger geworden sind, und infolgedessen der Andrang von Mathematikern zu dem Versicherungsseminaren naturgemäß größer werden muß.

158 b. Zweite Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium.

Göttingen, 17. Februar 1930.

Ausfertigung, gez. v. Gierke als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 8, Bl. 274–275v.

An ferneren Kandidaten für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften werden benannt: Fritz Beckmann – Bonn, Walter Eucken – Freiburg und Wilhelm Gerloff – Frankfurt, wenngleich die Fakultät weiterhin Dietze – Jena bevorzugt. Die vom Kultusministerium benannten Adolf Löwe – Kiel und Rudolf Stucken – Erlangen sind wegen zu negativer Kritik und mangelnden Wirklichkeitssinns ungeeignet.

Vgl. Einleitung, S. 107.

Auf die Verfügung vom 13. November 1929 U I Nr. 17224. 1/29.¹

Die Fakultät bedauert es, daß von den vier Gelehrten, die sie für den neu zu besetzenden volkswirtschaftlichen Lehrstuhl vorgeschlagen hat, keiner berufen worden ist. Sie bittet das Ministerium, erneut in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht Prof. von Dietze – Jena, dessen Göttinger Lehrtätigkeit wir in bester Erinnerung haben, jetzt für uns zu gewinnen wäre.

Der Aufforderung gemäß schlagen wir drei weitere Gelehrte vor, und zwar pari passu in alphabetischer Reihenfolge: Fritz Beckmann in Bonn-Poppelsdorf, Walter Eucken in Freiburg i. B. und Wilhelm Gerloff in Frankfurt a. M. Der Vorschlag ist von der Fakultät einstimmig beschlossen worden.

Beckmann, geb. 1888 auf einem westfälischen Gutshof, der seit Jahrhunderten im Besitz der Familie ist, ist Diplomkaufmann, Dr. rer. pol. (Freiburg i. B.) und Dr. phil., 1913 an der

¹ *Darin (Bl. 230 der Akte) hatte Ministerialrat Windelband die Vorschläge nicht als geeignete Grundlage meiner Entscheidung betrachtet, neue Vorschläge erbeten und eine Äußerung über Löwe und Stucken angeregt. Auf Nachfrage des Kurators (Bl. 235), ob das Ministerium nur jüngere Kandidaten erwarte, antwortete dieses am 29.1.1930 (Bl. 236), dass selbstverständlich auch jüngere Kräfte bei entsprechender Qualifikation vorzuschlagen seien.*

Handelshochschule Köln habilitiert, seit 1915 dort hauptamtlicher Dozent, seit 1918 ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre daselbst, seit 1923 ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Akademie Poppelsdorf und Honorarprofessor an der Universität Bonn. Zwei Jahre war er als Kaufmann praktisch tätig, und ein Jahr bei einer großen süddeutschen Versicherungsgesellschaft. Sein literarisches Arbeitsgebiet ist nicht ausschließlich, aber in erster Linie die Landwirtschaftspolitik. Er hat hier neben einer umfassenden literarischen Produktion in wissenschaftlichen Zeitschriften und selbständigen Schriften, die besonders in die letzten sechs Jahre fällt, durch viel beachtete Beteiligung an den amtlichen agrarpolitischen Beratungen der letzten Jahre eine angesehene Stellung als Agrarpolitiker gewonnen. Sein Einfluß beruht auf einer intimen Kenntnis der landwirtschaftlichen Praxis in Deutschland und auf einer ungewöhnlichen Gabe eindrucksvoller Rede, die ihn auch zu einem sehr erfolgreichen Hochschullehrer macht. Sein im Industriegebiet gelegenes, in die moderne Marktwirtschaft stark verflochtenes Familiengut hat er lange Zeit, auch als Kölner Professor, selbst bewirtschaftet, neuerdings aber unseres Wissens verpachtet.

Walter Eucken, ein Sohn des Jenenser Philosophen, geb. 1891, 1914–18 im Felde, habilitierte sich 1921 an der Berliner Universität, stand 1921–24 zugleich im Dienste des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wurde 1925 Ordinarius in Tübingen und 1927 in Freiburg i. B. Er veröffentlichte nach einer umfangreichen Erstlingsschrift über die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt (1914) ein Werk über die Stickstoffversorgung der Welt (1921), ein Teilprodukt seiner in amtlichem Auftrag verfaßten kriegswirtschaftlichen Studien. Seit 1923 hat er auf geldtheoretischem und neuerdings auf konjunkturtheoretischem Gebiet durch zwar nicht umfangreiche, aber gehaltvolle und klärende Untersuchungen Tüchtiges geleistet. Seine Schriften sind durch eindringenden Scharfsinn und Klarheit ausgezeichnet. Als Dozent hatte er schon in Berlin großen Erfolg, und seine echt wissenschaftliche Persönlichkeit sichert ihm bei Kollegen und Studenten Ansehen.

Wilhelm Gerloff ist 1880 in Krefeld geboren, war Volksschullehrer, erwarb 1906 in Tübingen als Schüler Friedrich Julius Neumanns den volkswirtschaftlichen Doktorgrad und habilitierte sich 1908 an derselben Universität. 1910 wurde er Leiter des nationalökonomischen Seminars in Essen, 1911 außerordentlicher und 1912 Professor an der Universität Innsbruck und ist seit 1922 Ordinarius in Frankfurt a. M. Sein literarisches Arbeitsgebiet ist die Finanzwissenschaft mit einigen angrenzenden Gebieten. Er ist ein dauernd produktiver, verdienter und angesehener Gelehrter, auch ein guter Dozent. Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehört die Herausgabe des dreibändigen Handbuches der Finanzwissenschaft (mit Meisel zusammen), zu dem er einige der grundlegenden Bestandteile beige-steuert hat.

Das Ministerium hat uns ferner zu einer Äußerung über Prof. Löwe – Kiel und Prof. Stucken – Erlangen aufgefordert. Wir haben beide Kandidaturen eingehend erwogen, sind aber zu der Überzeugung gekommen, daß keiner der beiden Gelehrten für unseren Lehrstuhl geeignet ist.

Löwe ist unzweifelhaft ein Kopf von vielseitiger Begabung, scharfsinnig, beweglich und ge-

wandt, schlagfertiger Redner, geschickter Organisator wissenschaftlicher Arbeit. Aber seine wissenschaftlichen Leistungen enttäuschen; sie sind bei allem Scharfsinn logisch nicht überzeugend und sind wirklichkeitsfern. Das gilt auch, neben seiner „Ökonomischen Theorie des Imperialismus“, insbesondere für den Problemkreis, mit dem sein Name am meisten verknüpft ist, das Problem der wirtschaftlichen Krisen. Wir sehen in seiner nicht willkürfreien und unrealistischen Einstellung geradezu eine Gefahr. Seine negative Kritik anderer Meinungen bietet für dieses Versagen keinen Ersatz. In der ungünstigen Beurteilung seiner wissenschaftlichen Leistung wissen wir uns mit einer Reihe führender Wirtschaftstheoretiker an vier deutschen Universitäten, deren Meinung wir erbeten haben, einig.²

Stucken ist eine sehr andere, trotz mancher Berührungspunkte mit Löwe schwer ergleichbare wissenschaftliche Persönlichkeit. Er hat nichts Glänzendes, hat aber gewisse Leistungen als Kritiker aufzuweisen. Seine positiven Gedankengänge, sowohl in seiner Theorie der Lohnsteigerungen wie in seiner Schrift über die Konjunkturschwankungen, zeigen mehr abstrakt konstruierenden Scharfsinn als Wirklichkeitssinn, und wir haben Grund zu der Annahme, daß diese seine Eigenart auch für den Lehrerfolg nicht günstig ist. Er ist nach unserer Überzeugung für uns ebenso ungeeignet wie Löwe, und wir bitten das Ministerium, von diesen beiden Gelehrten von vornherein absehen zu wollen.

Wir fügen noch eine Erwägung hinzu. Unser Urteil über Löwe und Stucken stände fest, auch wenn sie durch langjährige fachwissenschaftliche Tätigkeit geschult wären. Das ist nicht der Fall, und sie stehen auch unter diesem Gesichtspunkt hinter den von uns genannten Gelehrten zurück. Hätten wir junge Gelehrte nennen wollen, was nach unserer Ansicht bei einem Lehrstuhl an der Universität Göttingen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen Platz greifen könnte, so hätte es uns näher gelegen, an unseren eigenen sehr geschätzten Privatdozenten Jessen zu denken, der tüchtige wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen und sich seit fünf Semestern als guter Dozent bewährt hat, auch an den großen Vorlesungen weitgehend beteiligt, übrigens Stuckens Studiengenosse in Kiel und kurz vor ihm promoviert hat.

Wie bei unseren letzten Vorschlägen bitten wir das Ministerium auch jetzt, im Interesse unseres Seminars für Versicherungswissenschaft mit dem zu berufenden Dozenten, von dem wir selbstverständlich in erster Linie die volle Beteiligung an den drei Hauptvorlesungen des Faches erwarten müssen, über die Vertretung auch des versicherungswirtschaftlichen Gebiets in Vorlesungen, Übungen, Seminarverwaltung und Prüfungen zu verhandeln.

Herr Privatdozent Dr. Jessen hat sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt.³

2 Zum Werk von Löwe vgl. Krohn, Claus-Dieter, *Der Philosophische Ökonom. Zur intellektuellen Biographie Adolph Lowes*, Marburg 1996. Die Ablehnung von Löwe in Göttingen ist dort nicht genannt. Im amerikanischen Exil lautete die Namensform Adolph Lowe.

3 Nachdem das Kultusministerium am 11.12.1930 (Bl. 277 der Akte) noch eine Äußerung über Franz Gutmann erbat und die Fakultät diesen am 12.1.1931 (Bl. 295) guthieß, wurde am 16.1.1931 (Bl. 296) die Vereinbarung mit ihm geschlossen und Gutmann ernannt.

159 a. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 23. Mai 1928.

*Ausfertigung, gez. Schmidt als Dekan und elf weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10, Bl. 14–18v.*

An für Halle erreichbaren Ordinarien der Finanzwissenschaft steht nach der Absage von Terhalle – Hamburg weiter Mombert – Gießen an erster Stelle. Unter jüngeren Dozenten sind vorläufig für eine Vertretung der Stelle geeignet: Wilhelm Andreae – Graz, Richard Büchner – Dresden, Gerhard Colm – Kiel, Otto Freiherr von Mering – Berlin und Hans Ritschl – Göttingen.

Vgl. Einleitung, S. 44 und 107.

Herr Minister!

Auf die uns durch den Herrn Universitätsdirektor zugegangene Aufforderung, die Vorschlagsliste betreffend Nachfolge Waentig durch weitere Namen zu ergänzen, gestattet sich die Fakultät folgendes auszuführen:¹

Die bereits früher nachdrücklich betonte und seitens des Ministeriums voll anerkannte sachliche Notwendigkeit, den Lehrstuhl des ausgeschiedenen Oberpräsidenten Dr. Waentig mit einem Vertreter der Finanzwissenschaft zu besetzen, engt naturgemäß die Auswahl der in Frage kommenden Kandidaten ganz außerordentlich ein und macht es sehr schwer, die gewünschten Ergänzungsvorschläge einzureichen. Die Fakultät betont deshalb im vorhin- ein, daß sie ihren früheren Vorschlag in vollem Umfange aufrechterhält. Sie ist einhellig der Ansicht, daß der nach der Ablehnung des Rufes durch Prof. Terhalle – Hamburg allein auf der Vorschlagsliste verbleibende Prof. Mombert – Gießen seinen reichen Lehrerfahrungen wie seinen finanzwissenschaftlichen Leistungen nach ein durchaus geeigneter Vertreter des Faches sein würde, und betrachtet seine Berufung nach wie vor als eine erwünschte Bereicherung des Hallischen Lehrkörpers.

Da nach Lage der Dinge überhaupt nur wenige Ordinarien der wirtschaftlichen Staatswissenschaften für die Universität Halle erreichbar erscheinen, und unter diesen wenigen wieder diejenigen ausgeschieden werden müssen, die nicht als Vertreter der Finanzwissenschaft angesprochen werden können, so ist es fast unmöglich, neben Mombert einen weiteren Ordinarius namhaft zu machen, dessen Berufung nach Halle erwünscht und möglich sein würde. Nur Prof. Teschemacher – Königsberg könnte in Erwägung gezogen

¹ *Randbemerkung (Bl. 14) von Ministerialrat Windelbands: Voten über Büchner und Colm sind von folgenden externen Ordinarien anzufordern: 1) Herkner – Berlin, 2) Sombart – Berlin, 3) Landmann – Kiel, 4) Schumpeter – Bonn, 5) Mitscherlich – Göttingen.*

werden. Allein Teschemacher (geb. 8.1.1884), der sich 1916 an der Universität Münster (bei Plenge) habilitiert hat, dort 1922 zum außerordentlichen Professor aufgerückt ist und nun schon seit 1923 Ordinarius an der Universität Königsberg ist, hat sehr wenig an wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen. Seine Dissertation „Die Einkommenssteuer und die Revolution in Preußen“ (1912) und seine Habilitationsschrift „Reichsfinanzreform und innere Reichspolitik 1906–1913“ (1915) bilden zwar einen guten Anfang, insofern sie die Bedeutung der innerpolitischen Kräfte für die Gestaltung der Staatsfinanzen scharf herausarbeiten, stehen aber doch allzusehr unter dem Einfluß seines Lehrers Plenge, als daß sie als originale Leistungen betrachtet werden könnten. Darüber hinaus hat Teschemacher nur eine Abhandlung „Einkommenssteuer“ in Gerloff und Meisels Handbuch der Finanzwissenschaft (1926) und neuerdings einen Aufsatz „Über den traditionellen Problembereich der deutschen Finanzwissenschaft“ in der von ihm selbst herausgegebenen Festgabe für Georg von Schanz (1928) vorgelegt. Aber nicht nur diese geringe wissenschaftliche Produktion hat die Fakultät davon abgehalten, Teschemacher auf die erste Vorschlagsliste zu setzen oder ihn jetzt in Vorschlag zu bringen. Ausschlag gebend dafür war vielmehr der Umstand, daß Teschemacher nach dem übereinstimmenden Urteil mehrerer unparteiischer Gutachter bei aller Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und gelehrten Sachlichkeit doch nicht der anziehende und erfolgreiche Dozent ist, den sich die Fakultät in ihrem eigenen Interesse wie in dem der Frequenz der Universität wünschen muß.

Neben den wenigen Ordinarien, die für Halle erreichbar sind, steht jedoch eine Reihe von jüngeren Dozenten, deren bisherige wissenschaftliche Leistungen vorzugsweise oder ausschließlich auf finanzwissenschaftlichem Gebiete liegen und die deshalb unter Umständen ebenfalls in Erwägung zu ziehen wären. Die Fakultät hat auch diese jüngeren Kräfte einer sorgfältigen Beurteilung unterzogen, ohne freilich zu einem eindeutigen und endgültigen Ergebnis gelangt zu sein. Sie muß sich infolgedessen darauf beschränken, diejenigen kurz zu kennzeichnen, die sich entweder durch Teilnahme an der im Gange befindlichen prinzipiellen Diskussion über die Neubegründung der Finanzwissenschaft oder durch geschickte Systematisierung großer Stoffmassen oder wenigstens durch Klärung wichtiger Einzelprobleme hervorgetan haben. Es sind dies in alphabetischer Reihenfolge, also ohne Rangordnung: Andreae – Graz, Büchner – Breslau, Colm – Kiel, von Mering – Berlin und Ritschel – Göttingen.

Wilhelm Andreae, geb. 8.4.1888 in Magdeburg, besuchte dort das Gymnasium, studierte in Berlin auf Universität und Handelshochschule, legte 1910 die kaufmännische Diplomprüfung ab und war dann bis zum Kriege als Kaufmann in Frankreich, Belgien, England und Italien tätig. 1914 als Kriegsfreiwilliger eingetreten, wurde er, infolge eines Unfalls kriegsuntauglich geworden, bald entlassen, verwaltete sodann das Rittergut Niepözig und widmete sich schließlich erneut philosophischen und staatswissenschaftlichen Studien, die er 1921 in Breslau mit der philosophischen Doktor-Promotion abschloß. Nach einer mehrjährigen Tätigkeit in der väterlichen Reederei habilitierte er sich im Frühjahr 1925 an der Universität Wien (bei Spann) und ging im Herbst 1926 als außerordentlicher Professor an

die Universität Graz, wo er seit dem Sommersemester 1927 auch mit der Verwaltung des ordentlichen Lehrstuhls betraut ist. Andreae hat sich zunächst lange Zeit mit der Platonischen Staatslehre beschäftigt, Platos Staatsschriften (Briefe, Staat, Staatsmann) neu übersetzt, erläutert und eingeleitet und eine Reihe von beachtenswerten soziologischen Abhandlungen über Platos Staatsidee und die Staats- und Wirtschaftslehre des Altertums veröffentlicht. Seit einigen Jahren hat er sich jedoch in stärkerem Grade der Finanzwissenschaft zugewandt und außer einigen Abhandlungen ein Buch „Bausteine zu einer universalistischen Steuerlehre“ (1927) herausgegeben, in welchem er den Versuch einer Neubegründung der Finanzwissenschaft vom Standpunkte des Universalismus (Spannscher Prägung) ausmacht und ein volkswirtschaftliches Steuersystem (anstelle des heutigen privatwirtschaftlichen) zu entwickeln strebt. Das Buch ist umstritten, zeugt aber von ursprünglichem Denken und wird als beachtenswerter und anregender Ansatz gerühmt, der von den künftigen Arbeiten Andreaes für die Finanzwissenschaft Erfreuliches erwarten läßt. Als Dozent soll Andreae gewandt und sehr anregend sein und nach dem übereinstimmenden Urteil mehrerer Gutachter günstige Lehrerfolge haben.

Richard Büchner, geb. 29.1.1899 zu Dresden, besuchte das Gymnasium in Dresden, studierte vorzugsweise auf der Universität Breslau, wurde dort 1922 zum Dr. rer. pol. promoviert, erhielt im gleichen Jahre die Assistenzstelle am Breslauer Institut für Finanzwissenschaft und habilitierte sich 1925 als Privatdozent ebenfalls an der Universität Breslau, wo er noch heute tätig ist. Trotz seiner Jugend hat er bereits eine ganze Reihe von Arbeiten veröffentlicht, die sämtlich auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft liegen. Genannt davon seien: Die britische Kriegsgewinnbesteuerung (1922); Die Entwicklung der englischen Erbschaftsbesteuerung seit 1909 (1922); Die Finanzpolitik und das Bundessteuersystem der Vereinigten Staaten von Amerika 1789–1924 (1925); Der öffentliche Kredit in „Teubners Handbuch der Wirtschaftskunde“, Bd. II (1928); Die Entwicklung und gegenwärtige Gestalt des Reichssteuersystems in „Teubners Handbuch der Wirtschaftskunde“, Bd. II (1928). Unter diesen Schriften ist das umfangreiche Werk über das amerikanische Bundessteuersystem eine sehr tüchtige und allgemein anerkannte Leistung, aber auch die übrigen Schriften sind dankenswerte und gute Arbeiten, die beweisen, daß Büchner die Erscheinungen des Finanzwesens klar zu erfassen sowie eine große Stoffmasse zu bewältigen und in systematisch befriedigender Weise darzustellen versteht. Er soll auch als Dozent durchaus seinen Mann stellen, lebhaft, frisch und anregend unterrichten und daher gute Lehrerfolge erzielen.

Gerhard Colm, geb. 30.6.1897, studierte hauptsächlich in Berlin, wurde nach der Promotion zum Dr. rer. pol. Seminarassistent an der Berliner Universität (wohl bei Sombart), trat dann ins Statistische Reichsamts ein, in dem er die große Publikation über Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien, und Italien vorbereitete und leitete und habilitierte sich endlich im Winter-Semester 1926/27 an der Universität Kiel, wo er gleichzeitig Abteilungsleiter im „Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ ist. Außer der Einleitung zu der von ihm geleiteten Publikation des Statistischen Reichsamtes liegen von ihm folgende finanzwissenschaftlichen Arbeiten vor: Grundsätzliche Bemerkungen zum Begriff des

Volkseinkommens und Volksvermögens (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 173); Die methodischen Grundlagen der internationalen vergleichenden Finanzstatistik (Weltwirtschaftliches Archiv XXII, 1925); Ein neuer Versuch zur international-vergleichenden Finanzstatistik (Allgemeines Statistisches Archiv XVII, 1927/28); Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben (1927). In der letzteren Schrift hat Colm die wirtschaftstheoretischen Grundlagen, auf denen die große Publikation des Statistischen Reichsamtes durchgeführt worden ist, näher auseinandergesetzt und den Gesichtspunkt der Verflechtung der privaten Marktwirtschaft und der öffentlichen Organwirtschaft in der fruchtbarsten Weise auf die einzelnen Leistungsgebiete, Leistungsarten und Deckungsweisen öffentlicher Wirtschaft angewandt. Colms Arbeiten werden von der engeren Fachwelt sehr günstig beurteilt und auch als Dozent scheint er sich in Kiel gut anzulassen.

Otto Freiherr von Mering, geb. 19.10.1888, studierte Jura und Nationalökonomie an verschiedenen Universitäten (u. a. auch in Halle), legte sowohl die juristische als auch die philosophische (nationalökonomische) Doktorprüfung ab und wurde vor einigen Jahren (1923) Privatdozent an der Handelshochschule Berlin, wo er vorzugsweise Finanzwissenschaft vorträgt. Von seinen Schriften seien genannt: Die Liquidität der deutschen Kreditbanken (1916); Gedanken zur Reichsfinanzreform im Jahre 1921 (1921); Die Steuerüberwälzung (1928). Sie sind anregend geschrieben und behandeln vorzugsweise Einzelfragen, darunter das umstrittene und schwierige Problem der Steuerüberwälzung in einer durchaus beachtenswerten Weise. Auch als Dozent hat er sich bewährt; doch dürfte seine Leistungsfähigkeit als Lehrer durch ein Hörleiden (Schwerhörigkeit beträchtlichen Grades) schon jetzt nicht unwesentlich und in Zukunft vielleicht noch stärker beeinträchtigt werden.

Hans Ritschl, geb. 19.12.1897 in Bonn als Sohn des Theologen Otto Ritschl, studierte an der Universität Bonn, promovierte bei Dietzel, wurde dann Assistent ebenfalls in Bonn (bei Spiethoff) und habilitierte sich 1925 an der Universität Göttingen, wo er sich vorzugsweise der Finanzwissenschaft widmete und 1927 auch einen Lehrauftrag für Finanzwissenschaft erhielt. Außer einer Dissertation und mehreren Abhandlungen finanzwissenschaftlichen und wirtschaftstheoretischen Inhalts liegt von ihm ein Buch „Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung“ (1925) vor, das teils zustimmend, teils ablehnend besprochen worden ist und unzweifelhaft Zeugnis für eine gute theoretische Begabung ablegt. Allein Ritschl hat sich in dieser Schrift einer Richtung der Finanzwissenschaft angeschlossen, die, von der Grenznutzentheorie ausgehend, eine sogenannte reine Finanztheorie entwickeln will, nach Ansicht der Fachvertreter in der Fakultät aber in einer Sackgasse mündet und deshalb von diesen durchaus abgelehnt wird. Als Dozent hat er sich nach dem Urteil der Göttinger Nationalökonomien günstig entwickelt und bisher gute Lehrerfolge erzielt.

Mit Ausnahme von Andrae und von Mering sind die genannten Dozenten noch sehr jung an Jahren und alle blicken auf eine verhältnismäßig sehr kurze Lehrtätigkeit zurück, die auch im günstigsten Falle drei Jahre nicht übersteigt. Aus diesem Grunde besonders hat sich die Fakultät nicht entschließen können, trotz verhältnismäßig günstiger Beurteilung der bisher vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten, die namhaft gemachten und kurz

gekennzeichneten Dozenten in eine Rangordnung zu bringen und eine förmliche Vorschlagsliste einzureichen. Angesichts dieser Sachlage sieht sie vielmehr die beste Lösung in der Berufung von Prof. Mombert – Gießen, der von ihr nun schon zweimal für eine Professur an der Universität Halle an erster Stelle (1923 pari passu mit Jahn, Ende 1927 pari passu mit Terhalle) in Vorschlag gebracht worden ist. Sollte dennoch eine Berufung Momberts unterbleiben, so bittet sie den Herrn Minister, einen der genannten jüngeren Dozenten zunächst einmal mit der Vertretung des zu besetzenden Lehrstuhls zu betrauen, um so der Fakultät Gelegenheit zur Gewinnung eines zuverlässigeren Urteils über seine Lehrbefähigung und Leistungsfähigkeit zu geben. Sie schlägt dafür in erster Linie Büchner – Breslau, in zweiter Linie Colm – Kiel vor.

Die Äußerungen der außerordentlichen Professoren Dr. Wolff und Dr. Grünfeld sind beigefügt.²

159 b. Zweite Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 26. Juli 1928.

*Ausfertigung, gez. Bilfinger als Dekan und elf weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10, Bl. 24–25v.*

Unter den vom Kultusministerium für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften genannten Kandidaten: Georg Brodnitz – Halle, Fritz Karl Mann – Köln und Karl Bräuer – Breslau käme nur letzterer in Frage, da die beiden anderen wissenschaftlich bzw. persönlich ungeeignet sind.

Vgl. Einleitung, S. 108.

Herr Minister!

Der Aufforderung, sich über die Eignung des Herren G. Brodnitz (Halle), F. K. Mann (Köln) und K. Bräuer (Breslau) zur Besetzung des Waentigschen Lehrstuhles zu äußern, kommt die Fakultät in die folgenden Ausführungen nach:

I. Herr G. Brodnitz konnte als Nachfolger Waentigs von der Fakultät nie in Betracht gezogen werden, weil er sich literarisch niemals mit Finanzwissenschaft beschäftigt und zudem seit dem Sommersemester 1915 weder Vorlesungen noch Übungen aus diesem Gebiete gehalten hat. Die 13 Jahre, die seitdem vergangen sind, haben nicht nur die Finanzgesetzgebung aller Staaten grundlegend geändert und ganz neue Probleme der Finanzwirtschaft entstehen lassen, sie haben auch eine reiche Literatur über eine neue methodologische

² Liegt der Akte bei, Bl. 19–21. Hier nicht abgedruckt.

Grundlegung der Finanzwissenschaft gebracht. Wer die moderne Finanzwissenschaft in Vorlesungen und Übungen vollwertig vertreten will, braucht Jahre der Vorbereitung und Einarbeitung. Es wäre von der Fakultät nicht zu verantworten gewesen, hätte sie für einen Lehrstuhl, der vornehmlich der Pflege der Finanzwissenschaft gewidmet sein muß, einen Mann in Vorschlag gebracht, der sich seit anderthalb Jahrzehnten von aller Beschäftigung mit dieser Disziplin bewußt zurückgezogen hat.

II. Die wissenschaftliche Eignung zur Bekleidung des Waentigschen Lehrstuhls kann Herrn F. K. Mann nicht abgesprochen werden, da er zur Zeit einen Lehrstuhl speziell für Finanzwissenschaft an einer so großen Universität wie Köln innehat. Doch hält die Fakultät seine literarischen Leistungen gerade auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft, auf deren gute Vertretung sie nach wie vor den größten Wert legt, keineswegs für so bedeutungsvoll oder gar überragend, daß er für den zu besetzenden Lehrstuhl hätte in Erwägung gezogen werden müssen. Die der Fakultät bekannte Tatsache, daß Herr F. K. Mann ernster Zwistigkeiten halber durchaus Köln verlassen will, konnte die Fakultät am allerwenigsten bestimmen, ihn in Vorschlag zu bringen, da die Universität Halle doch schließlich nicht ein Zufluchtsort für Professoren ist, die sich an anderen Universitäten mit ihren Kollegen nicht vertragen. Bei der Besetzung eines Lehrstuhls kommt es nach Ansicht der Fakultät eben keineswegs nur auf die wissenschaftliche Qualifikation des Kandidaten, sondern ebenso sehr auf seine Persönlichkeit und seine Fähigkeit an, zusammen mit den schon vorhandenen Fachvertretern das Optimum des akademischen Lehrbetriebs zu erreichen. Das Fach der wirtschaftlichen Staatswissenschaften hat an der Universität Halle-Wittenberg seit Jahren unter einem guten Stern gestanden, weil seine Vertreter, trotz aller Verschiedenheit in Charakter und wissenschaftlichen Anschauungen, in vorbildlicher gegenseitiger Loyalität alle Fragen stets nur unter sachlichen Gesichtspunkten geprüft und entschieden haben. So hat sich eine Einigkeit entwickelt, die dem Lehrbetrieb in höchstem Maße von Nutzen gewesen ist. Nach vielen, was aus den bisherigen Wirkungskreisen des Herrn F. K. Mann bekannt geworden ist, bietet Herr Mann aber gerade in dieser Hinsicht nicht die genügende Gewähr und seine Berufung würde entschieden eine Gefahr für die Aufrechterhaltung dieser für den Lehrbetrieb unschätzbaren Einigkeit des Faches bedeuten. Aus diesem Grunde bittet die Fakultät auf das Dringendste, diese Tatsache in ihrer ganzen Bedeutung für das akademische Leben zu würdigen und von einer Berufung des Herrn Mann abzusehen. Es könnte sonst leicht an der Universität Halle-Wittenberg, zu deren besonderer Förderung Sie, Herr Minister, sich wiederholt bekannt haben, die Wirkungskraft eines Faches geschädigt und zerstört werden, das seit Dezennien eine feste Stütze des Hallischen Unterrichtsbetriebes gewesen ist.

III. Herr Prof. Bräuer hingegen ist nach der Auffassung der Fakultät sowohl nach der sachlichen wie der persönlichen Seite hin für die Nachfolge Waentigs geeignet. Wenn die Fakultät ihn nicht auf ihre Liste gestellt hat, so tat sie es deswegen, weil sie auch heute noch nicht daran glauben kann, daß Herr Bräuer bereit sein wird, seinen bisherigen Wirkungskreis um sein Finanzwissenschaftliches Institut mit einer Lehrtätigkeit in Halle zu vertauschen. Der Gefahr einer neuerlichen Ablehnung kann und will sich die Fakultät im Interesse des

Prestiges der Gesamtuniversität, die in den letzten Jahren schon genug unter der Ablehnung von Berufungen in allen Fakultäten zu leiden hatte, nicht aussetzen. Sie spricht daher die dringende Bitte aus, das Ministerium wolle sich, falls Herr Bräuer ernstlich in Betracht gezogen werden sollte, vor der Erteilung des offiziellen Rufes erst vergewissern, ob überhaupt die Wahrscheinlichkeit seiner Annahme gegeben ist.

159 c. Bericht der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle an Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 23. November 1928.

Ausfertigung, gez. Bilfinger als Dekan und zwölf weitere Professoren der Fakultät.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10, Bl. 26–27.

Bedauern, dass der Lehrstuhl für wirtschaftliche Staatswissenschaften drei Semester unbesetzt ist. Der vom Kultusministerium benannte Vertreter Paul Hermberg ist kein Finanzwissenschaftler.

Vgl. Einleitung, S. 108.

Herr Minister!

Zu ihrer schmerzlichen Überraschung hat die Fakultät sehen müssen, daß nicht nur der Waentigsche Lehrstuhl nun schon im dritten Semester unbesetzt geblieben ist, sondern daß auch bei der Bestellung eines Vertreters die Vorschläge, die die Fakultät nach dieser Richtung hin erstattet hat, keinerlei Berücksichtigung gefunden haben. Die Fakultät ist bei allen ihren Vorschlägen von der Erwägung ausgegangen, daß als Ergänzung der für das Fach der Sozialökonomik in ihrer Mitte bereits vorhandenen Lehrkräfte nur ein Mann in Frage kommen könne, der sich in Forschung und Lehre mit Finanzwissenschaft beschäftigt hat und dieses wichtige Fach zu vertreten voll geeignet ist. Dieser Standpunkt der Fakultät hat bei allen Besprechungen, die im letzten Jahre im Ministerium stattgefunden haben, vollstes Verständnis und wiederholt ausdrückliche Billigung gefunden. Jetzt aber ist, im stärksten Widerspruch zu der früher gebilligten Auffassung, mit der Vertretung des Waentigschen Lehrstuhles ein Mann betraut worden, der von niemand im Ernst als Fachmann auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft bezeichnet werden kann. Herr Prof. Hermberg ist auf Grund einer Arbeit auf dem Gebiete der Statistik promoviert worden, er hat sich speziell für Statistik in Kiel (und später in Leipzig) habilitiert und er hat in Leipzig einen Lehrauftrag erhalten, der auf Wirtschafts- und Sozialstatistik beschränkt ist. Seinen eigenen Angaben zufolge, hat er sich mit Finanzwissenschaft weder jemals literarisch beschäftigt, noch das Fach jemals in Vorlesungen oder Übungen vertreten. Dabei handelt es sich um ein so umfangreiches, vielverzweigtes, gerade in der Gegenwart in seinen Grundlagen und in

seinen einzelnen Teilen so problematisches Gebiet, daß eine Beherrschung des Stoffes nur in jahrelanger Arbeit erreicht werden kann.

Die Fakultät kann in pflichtgemäßer Vertretung der anvertrauten Interessen in Herrn Prof. Hermberg keinen geeigneten Vertreter noch gar Anwärter auf den Waentigschen Lehrstuhl erblicken und spricht daher die dringende Bitte aus, das Ministerium wolle so rechtzeitig der Besetzung des Waentigschen Lehrstuhles mit einem wirklichen Fachmanne nach den wohlwogenen Vorschlägen der Fakultät nähertreten, daß mit dem Beginn des Sommersemesters 1929 endlich die Lücke beseitigt erscheint, die die Fakultät und die Studenten nun schon das dritte Semester schmerzlich empfinden.

159 d. Dritte Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 29. Januar 1929.

*Ausfertigung, gez. Bilfinger als Dekan und zwölf weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10, Bl. 28–31.*

Für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften steht aufgrund seiner Vertreibung aus Moskau nun Prof. Paul Haensel zur Verfügung. Ersatzweise präferiert die Fakultät Gerhard Colm – Kiel, da dieser weitere gute Arbeiten vorlegte.

Vgl. Einleitung, S. 108.

Herr Minister!

Als die Fakultät Ende Mai vorigen Jahres der Aufforderung zur Ergänzung der Vorschlagsliste für die Nachfolge Waentigs nachkam und eine Reihe von Dozenten nannte und kennzeichnete, ohne allerdings sie bereits endgültig vorschlagen zu können, mußte sie leider an einem Manne vorübergehen, dessen Name einen sehr guten Klang in der internationalen Finanzwissenschaft hat, dessen damalige Stellung aber eine Berufung nach Halle unmöglich zu machen schien. Es handelt sich um Paul Haensel, einen Auslandsdeutschen, der damals noch Professor an der Universität Moskau war, inzwischen aber aus seiner Moskauer Stellung ausgeschieden ist und jetzt in Deutschland lebt. Dieser letztere Umstand veranlaßt die Fakultät, im Nachgange zu ihrem Schreiben vom 23. Mai 1928 mit allem Nachdruck auf diesen Mann hinzuweisen und insoweit ihre damaligen Ausführungen zu ergänzen.

Dr. jur. Dr. oec. publ. h. c. Paul Haensel ist am 8. Februar 1878 in Moskau als Sohn des deutschen Kaufmanns Peter Haensel (dessen Familie aus Löbau in Sachsen stammt) und der Bertha Grevsmühl (einer Tochter des letzten Lübecker Konsuls in Moskau) geboren, ist evangelisch-lutherischer Konfession, besuchte das Gymnasium, die Handelshochschule und die Universität und trat 1903 als etatsmäßiger Assistent der Juristischen Fakultät der

Kaiserlichen Universität Moskau in den Lehrdienst ein. Seit 1904 Privatdozent, erhielt er 1908 einen Lehrauftrag speziell für Finanzwissenschaft, rückte einige Jahre später zum außerordentlichen Professor auf und wurde endlich 1914 zum Ordinarius ernannt. Daneben war er seit 1908 Professor an der Handelshochschule Moskau (dem jetzigen „Volkswirtschaftlichen Institut“), 1916/17 als Mitglied des Verwaltungsrates der Russischen Staatsbank zugleich Ministerialrat im Finanzministerium, 1919/20 vorübergehend Professor an der Taurischen Universität auf der Krim und 1921/27 Vorsitzender der finanzwissenschaftlichen Sektion des Instituts für Wirtschaftsforschung in Moskau. Da er sich niemals auf den Boden der Sowjettheorien gestellt hat, also Nicht-Marxist ist, so hatte er seit Beginn der Bolschewisten-Herrschaft naturgemäß einen schweren Stand in Moskau. Er wurde zwar als „Techniker“ geduldet, weil man seine überragende Sachkenntnis in finanzwissenschaftlichen Fragen nicht entbehren konnte und wollte, durfte aber Volkswirtschaftslehre in Vorlesungen und Schriften nicht mehr vertreten. 1926 vom Völkerbundsrat als Mitglied der Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz vorgeschlagen, wurde er von seiner Regierung nicht genehmigt. Ebenso versagte diese die Bestätigung, als ihn die Russische Akademie der Wissenschaften in Petersburg zum Mitglied gewählt hatte. Endlich wurde er, während er sich im vorigen Jahre Studien halber in England aufhielt, plötzlich und ohne besonderen Anlaß seiner Professur enthoben, durfte nicht nach Rußland zurückkehren und ließ sich in der Folge in Deutschland (Düsseldorf-Grafenberg, Geibelstraße 64) nieder.

Haensel hat seit Beginn seiner Dozententätigkeit eine sehr umfangreiche literarische Produktion entfaltet, die ganz vorzugsweise der Finanzwissenschaft gewidmet ist. Seine Hauptschriften sind die folgenden:

- 1.) Die Gewerbesteuer in Rußland. Moskau 1900. (Russisch)
- 2.) Die Kommunalbesteuerung in England, Amerika, Deutschland und anderen Ländern. Moskau 1902. (Russisch)
- 3.) Die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses in England, Amerika, Deutschland und anderen Staaten. Moskau 1902. (Russisch)
- 4.) Die Geschichte des englischen Budgets und dessen gegenwärtige Organisation. Moskau 1903. (Russisch)
- 5.) Die Erbschaftssteuer in England (eine Untersuchung zur Geschichte der englischen Finanzen). 654 S. Moskau 1907. (Russisch)
Daraus deutsch Kap. I–III (Mittelalterliche feudale und kirchliche Erbschaftsabgaben) in „Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht“, Jg. 1909/10, Kap. IV–VI (Entwicklung und Stand der englischen Erbschaftssteuer) in „Finanz-Archiv“, Jg. 25 (1908), S. 507–608.
- 6.) Bibliographie der Finanzwissenschaft (Kritischer Anzeiger der hauptsächlichsten Werke der russischen und ausländischen Finanzliteratur). 110 S. Jaroslawl 1908. (Russisch)
- 7.) Die neuesten Tendenzen in der Kommunalbesteuerung des Westens. 351 S. Moskau 1909. (Russisch)
- 8.) Beiträge zur Finanzgeschichte (Teil 1: Alte Welt). Moskau 1913. (Russisch)

- 9.) Die Finanzreform in Rußland (mit A. Sokoloff). 2 Hefte. Moskau 1916/17. (Russisch)
 - 10.) Das Steuersystem Sowjetrußlands. 85 S. Moskau–Petersburg 1924, 2. Ausgabe Moskau 1926. (Russisch). Deutsche Ausgabe nach der 2. russischen Aufl. unter dem Titel: Das Steuersystem Sowjetrußlands (176 S.), Berlin 1926, Verlag Dr. Hans Preiß.
 - 11.) Grundzüge der Theorie und Praxis der direkten Besteuerung. Leningrad 1927. (Russisch)
 - 12.) Theorie der Kommunalsteuern. Moskau 1927. (Russisch)
 - 13.) Zur Theorie der Kommunalbesteuerung. Festgabe für Georg von Schanz, Bd. 2, S. 402 ff. Tübingen 1928. (Deutsch)
 - 14.) Die Finanz- und Steuerverfassung der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken. Finanz- und volkswirtschaftliche Studien, hrsg. von Karl Bräuer, H. 10, 285 und 40 S., Jena 1928. (Deutsch)
 - 15.) Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Großbritanniens. In: Handbuch der Finanzwissenschaft, hrsg. von Gerloff und Meisel, Bd. 3, S. 70 ff., Tübingen 1928. (Deutsch)
- Dazu tritt eine große Anzahl von Aufsätzen und Abhandlungen (über Fragen der Finanzwissenschaft, des Bankwesens, der Handelspolitik usw.), die in verschiedenen russischen, deutschen, französischen und englischen Zeitschriften veröffentlicht worden sind, aber hier nicht aufgeführt werden können. Schon die Übersicht der selbständigen Schriften zeigt ja zur Genüge, wie umfassend das Beobachtungs- und Studiengebiet Haensels ist. Er hat sich dadurch eine bedeutende und allgemein anerkannte Stellung in der Finanzliteratur erworben, auch in Deutschland, wo nicht nur seine deutsch geschriebenen Werke vielfach gelesen und benützt werden, sondern auch die weniger zugänglichen russischen Schriften sehr anerkennend besprochen worden sind (z. B. im „Finanz-Archiv“). Diese allgemeine Hochschätzung hat ihren schönsten Ausdruck darin gefunden, daß ihm die Münchner Staatswissenschaftliche Fakultät 1926 in Anerkennung nicht nur seiner wissenschaftlichen Verdienste, sondern auch vor allem seiner wissenschaftlichen Unabhängigkeit und charaktervollen Gesinnung honoris causa zum Dr. oec. publ. promoviert hat. Sie zeigt sich ebenso darin, daß ihn die gleiche Fakultät im Winter 1927/1928 Gastvorlesungen an der Universität München halten ließ, die Universität Köln ihn im letzten Herbst gleichfalls zu solchen einlud, die Universität London ihn zur Zeit bei sich als Gastprofessor beherbergt und auch die nordamerikanischen Universitäten Chicago und New York ihn eingeladen haben, Gastvorlesungen bei ihnen zu halten. Daß Haensel das Deutsche (als seine Muttersprache) vollkommen beherrscht und in freier Rede schwierigste finanzwissenschaftliche Probleme ausgezeichnet darzustellen versteht, hat er auf mehreren wissenschaftlichen Tagungen und in den Münchner und Kölner Gastvorlesungen hinreichend bewiesen. Er hat darüber hinaus bei allen diesen Gelegenheiten nicht nur den Eindruck eines außerordentlich tüchtigen Forschers, sondern auch den eines guten Dozenten hinterlassen.
- Die Fakultät ist der Ansicht, daß sich infolge der Vertreibung Haensels aus Moskau die geradezu einzigartige Gelegenheit bietet, den Lehrstuhl Waentigs in wirklich hervorragender Weise zu besetzen. Sie würde in der Berufung Haensels, der ja nicht nur ein bedeutender

Finanzwissenschaftler, sondern auch ein ausgezeichnete Kenner des europäischen Ostens ist, einen Gewinn für die ganze Universität sehen, wie er nicht so bald wieder gemacht werden kann. Der Versuch, ihn für Halle zu gewinnen, müßte freilich recht bald unternommen werden, da die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß er von einer der ausländischen Universitäten, die sich um ihn bemühen, dauernd verpflichtet wird. Sollte aber trotz allem aus Gründen, die von hier aus nicht übersehen werden können, eine Berufung Haensels unterbleiben müssen, so würde es die Fakultät begrüßen, wenn die Wahl des Ministeriums auf den bereits im Schreiben vom 23. Mai 1928 hervorgehobenen Kieler Privatdozenten Dr. Gerhardt Colm fiel, der inzwischen seinen früher genannten Arbeiten einige weitere tüchtige Untersuchungen (Der finanzwissenschaftliche Gesichtspunkt des Abrüstungsproblems, Handbuch des Abrüstungsproblems, hrsg. von Niemeyer, VI. Stück, Berlin 1928; Der Einfluß der Steuern auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Festgabe für Schanz, Bd. 1, S. 118–152, Tübingen 1928; Über den Inhalt und Erkenntniswert der Zahlungsbilanz, Weltwirtschaftliches Archiv XXIX 1, 1929) hinzugefügt hat und nach seinen bisherigen Leistungen ein tüchtiger Gelehrter und Dozent zu werden verspricht.³

160. Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel an das Kultusministerium.

Kiel, 29. Juli 1920.

Ausfertigung, gez. Jellinek als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 4, Bl. 269–271v.

Antrag auf ein drittes Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften, das nötig ist, um Prof. Bernhard Harms als Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in der Lehre zu entlasten und das mit über 10 Mio. M privater Mittel errichtete Institut weiter entwickeln zu können.

Vgl. Einleitung, S. 108.

Dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät wiederholt den Antrag unterbreitet, es möchte die auf Widerruf erfolgte Beauftragung des Prof. Eulenburg mit der Abhaltung von wirtschaftswissenschaftlichen Vorlesungen und Übungen des provisorischen Charakters in dem Sinne entkleidet werden, daß an unserer Universität ein drittes Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften errichtet und dieses Prof. Eulenburg übertragen wird. Die Fakultät hält es für ihre

³ Zum Fortgang, nämlich Umwidmung der Stelle in eine für Soziologie, vgl. Dok. Nr. 216 a–b.

Pflicht, diesen Antrag aufs neue zu unterbreiten und das Ministerium dringend zu bitten ihm stattzugeben und bei den für die Aufstellung des Haushaltsplanes entscheidenden Instanzen dahin zu wirken, daß das Ordinariat im nächsten Etatsjahr errichtet wird.¹

Schon in den bisherigen Eingaben ist die Forderung des dritten Ordinariats für wirtschaftliche Staatswissenschaften mit der Entwicklung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft begründet worden. Dieser Zusammenhang sei in Nachfolgendem um deswillen eingehender dargelegt, weil er inzwischen noch deutlicher in die Erscheinung getreten ist und folgerichtige Beachtung erfahren muß, wenn in mühsamer Arbeit Aufgebautes vor Verkümmern bewahrt werden soll.

Das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft ist im Jahre 1913 gegründet worden. Es dient satzungsgemäß sowohl der Forschung als auch der Lehre. Demgemäß ist seine Ausstattung. Die Zahl der hauptberuflich angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter und Gehilfen beträgt zur Zeit 110. Das Institut unterhält ein Weltwirtschaftliches Archiv, das fortlaufend Material über die wirtschaftlichen Vorgänge aus allen Ländern der Erde sammelt und für Forschung, Lehre und Auskunft bereitstellt. Die Bibliothek des Instituts umfaßt mehr als 40.000 Bände; die Zahl der gehaltenen in- und ausländischen Zeitschriften beläuft sich auf annähernd 1.000. Außerdem verfügt das Institut über reiches Anschauungsmaterial. Einzelheiten hierüber sind enthalten in der dieser Eingabe beigefügten Schrift über das Institut aus der Feder seines Leiters.²

Auf dem Hintergrunde dieser Materialsammlungen vollzieht sich die eigentliche wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts. Soweit die erzielten Forschungsergebnisse veröffentlicht werden, geschieht dies in den vom Institut herausgegebenen Schriften: „Probleme der Weltwirtschaft“, von denen bis jetzt 32 Bände vorliegen. Außerdem gibt der Leiter des Instituts die Zeitschrift „Weltwirtschaftliches Archiv“ heraus. Während des Krieges sind „Kriegswirtschaftliche Untersuchungen“ und eine Serie von Arbeiten über den „Wirtschaftskrieg“ erschienen.

Eine hervorragende Stelle nimmt im Institut die Lehrtätigkeit ein. Auf dem Gebiet der akademischen Unterweisung in den Wirtschaftswissenschaften nicht nur Vollständigkeit und Gründlichkeit anzustreben, sondern zugleich hochschulpädagogisch reformierend zu wirken, ist eine der wesentlichen Aufgaben des Instituts. Im Vordergrund stehen die seminaristischen Übungen: von Anfängerübungen durch die Kurse für Vorgeschriftene bis zu den abschließenden Übungen; daneben werden Ergänzungsübungen aus den benachbarten Wissensgebieten und technische Kurse gehalten. Für das Wintersemester sind nicht weniger als 32 Seminarübungen vorgesehen, die das ganze Gebiet der Sozialökonomie erfassen.

1 *Eine Randbemerkung von 1921 auf Bl. 269 besagt:* Für Kiel ist die Errichtung eines dritten Ordinariats für wirtschaftliche Staatswissenschaften zugestanden.

2 *Liegt der Akte nicht bei. Gemeint ist vermutlich Harms, Bernhard, Das neue Haus des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungs- und Lehranstalt an der Universität Kiel, Jena 1920.*

Grundsätzlich wird im Institut die Massenunterweisung abgelehnt und deshalb auf Bildung kleiner Arbeitsgemeinschaften entscheidender Wert gelegt. In Verbindung mit dem unter Leitung von Prof. Passow stehenden Staatswissenschaftlichen Seminar ist so die Voraussetzung dafür gegeben, daß Kiel sich planmäßig zu einem Mittelpunkt sozialökonomischer Ausbildung entwickelt. Das Ziel der Unterrichtstätigkeit ist zunächst selbstverständlich die Vermittlung wissenschaftlichen Geistes, wissenschaftlicher Forschungsmethoden und wissenschaftlicher Erkenntnis dessen, was ist. Darüber hinaus wird die Heranbildung von Kräften erstrebt, die in volks- und weltwirtschaftlicher Praxis sich zu bewähren vermögen. In Sonderheit ist hierbei gedacht an die künftigen Leiter großer gewerblicher Unternehmungen, an Wirtschaftsbeamte der privaten und gesetzlichen Interessensvertretungen, an die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes und an jene große Zahl von Beamten, die im Reiche, in den Ländern und in den Kommunen mit wirtschaftlichen Aufgaben in Berührung kommen.

Im Interesse seiner Lehr- und Forschungstätigkeit erstrebt das Institut die enge Verbindung mit der wirtschaftlichen Praxis. Hierdurch will es zugleich der Praxis nützlich sein und innerhalb der durch sein Wesen bedingten Grenzen zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens das Seinige beitragen. Diesem besonderen Zwecke dient u. a. eine umfassende Auskunftserteilung, die ständig mehr, darunter von fast allen zentralen Verwaltungsstellen im Reich und in den Ländern, in Anspruch genommen wird. Desgleichen stehen die wöchentlich herausgegebenen „Weltwirtschaftlichen Nachrichten“ im Dienst dieser Aufgabe. Selbstverständlich erfordert die umfassende und vielseitige Tätigkeit des Instituts erhebliche Mittel. Im Jahre 1913 ist in den preußischen Staatshaushalt die Summe von 9.400 M für das Institut eingestellt worden. Dieser Betrag hat inzwischen eine Erhöhung nicht erfahren, sondern die gesamten vom Institut benötigten Mittel sind von der gleichfalls im Jahre 1913 gegründeten „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ aufgebracht worden. Im einzelnen wie im ganzen handelt es sich um recht erhebliche Summen. Der Etat des Instituts belief sich

im Jahre 1913/14 auf	M	39.688
" " 1914/15	" "	44.832
" " 1915/16	" "	77.230
" " 1916/17	" "	241.382
" " 1917/18	" "	380.000
" " 1918/19	" "	519.200
" " 1919/20	" "	588.000
" " 1920/21	" "	1.250.000

Daneben hat die genannte Gesellschaft das bis zum April des laufenden Jahres vom Institut bewohnte Haus für den Betrag von M 160.000 erworben und M 80.000 für dessen Ausbau zur Verfügung gestellt. Ferner hat die Gesellschaft während des Krieges 2,7 Mio. M für einen Neubau des Instituts gesammelt und über diesen Betrag hinaus für den Umbau

der anstelle des in Aussicht genommenen Neubaus erworbenen ehemaligen Kruppschen „Seebadeanstalt“ den Betrag von M 2.000.000 zur Verfügung gestellt. Außerdem hat sie seit Kriegsende für das Institut einen Vermögensstock von 2,6 Mio. M gesammelt.

Die regelmäßigen Zuwendungen, die das Institut seit dem Jahre 1913 erhalten hat, belaufen sich somit

aus Staatsmitteln auf M 65.800

aus Privatmitteln auf " 10.700.000

An der Aufbringung der Mittel für den Erwerb und Ausbau, sowie für die innere Einrichtung des neuen Institutsgebäudes hat der Staat sich überhaupt nicht beteiligt. Der Wert des jetzigen Besitztums des Instituts mit der inneren Einrichtung und den Sammlungen beläuft sich nach vorsichtiger Schätzung auf mindestens M 11.000.000. Allein die Gebäude standen bei dem Vorbesitzer mit etwa M 6.000.000 zu Buch. Dank der Munifizienz des Herrn von Krupp zu Bohlen und Halbach hat die „Gesellschaft“ die gesamte Besitzung für 1,3 Mio. M erwerben können. Getreu ihren Grundsätzen, für sich kein Vermögen zu erwerben, hat sie das Anwesen im Grundbuch auf den Namen der Universität eintragen lassen. Das Kapitalvermögen wird dem Institut in dem Augenblick überantwortet werden, wo es eigene juristische Person geworden ist. Die Förderungsgesellschaft zählt zur Zeit 6.000 Mitglieder, die sich auf alle deutschen Länder verteilen.

Jeder Apparat, sei er noch so groß und inhaltsreich, ist zur Sterilität verurteilt, wenn es ihm an den Triebkräften fehlt, die ihn in Bewegung halten. Im vorliegenden Falle heißt dies, daß das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft seine Aufgaben nicht zu erfüllen vermag, wenn ihm die Lehrkräfte vorenthalten werden. Sie zu beschaffen, ist schon aus grundsätzlichen Erwägungen die Aufgabe des Staates. Unsere Fakultät hat bisher 2 Ordinariate für wirtschaftliche Staatswissenschaften, die den Professoren Harms und Passow übertragen sind. Beide sind durch die angesichts der steigenden Frequenz ständig umfangreicher werdende allgemeine wirtschaftswissenschaftliche Lehrtätigkeit völlig in Anspruch genommen, wobei zu beachten ist, daß Prof. Passow durch die seinem Seminar angegliederte „Abteilung für das Wirtschaftsleben Schleswig-Holsteins und seiner Nachbargebiete“ eine erhebliche Mehrbelastung auf sich nimmt. Soll deshalb das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr trotz glänzender Ausstattung nicht geistig verkümmern, so ist es unerlässlich, daß sein Leiter, Prof. Harms, im Hinblick auf die übrige Vorlesungstätigkeit entlastet wird, um sich vornehmlich seinem Sondergebiet, der weltwirtschaftlichen Forschung und Lehre, sowie der Verwaltung und Fortentwicklung des Instituts widmen zu können. Es braucht nicht erst begründet zu werden, daß ihm damit eine Aufgabe übertragen würde, die seine volle Arbeitskraft in Anspruch nimmt. Die Fakultät ist überzeugt, daß nur auf diese Weise die verheißungsvolle Entwicklung in Kiel folgerichtig zum Ziel geführt werden kann. Sie zweifelt auch nicht daran, daß das Finanzministerium diesen Erwägungen zugänglich sein wird, so sehr sie anerkennt, daß dieses in gegenwärtiger Zeit Anlaß hat, in der Bewilligung von neuen Professuren Zurückhaltung zu üben. Eingehende Darlegung der geschilderten Verhältnisse wird das Finanzministerium davon überzeugen, daß es sich hier um einen

Sonderfall handelt, für den es eine andere Lösung nicht gibt. Die Fakultät würde es begrüßen, wenn das Finanzministerium einen Vertreter nach Kiel entsenden wollte, damit dieser an Ort und Stelle die Dringlichkeit des angemeldeten Bedürfnisses erkunde. Bisher ist dies bedauerlicherweise nicht geschehen. Würde das Finanzministerium der Anregung stattgeben, so zweifelt die Fakultät nicht daran, daß ihren seit Jahren vorgetragenen Argumenten mit dem Einwand der „kleinen Universität“ nicht mehr begegnet wird. Kiel hat, abgesehen von seiner Eigenschaft als Landesuniversität und auch unter Außerachtlassung der Tatsache, daß sein Rekrutierungsgebiet sich auf ganz Deutschland erstreckt, vermöge seines Standortes auf der Völkerbrücke zum Norden im Interesse der Wiederanknüpfung geistiger Beziehungen zu den nicht deutschen Ländern eine Mission zu erfüllen, die ohne Schaden nicht unerfüllt bleiben kann.

Im einzelnen denkt die Fakultät sich die Regelung so, daß das dritte Ordinariat als eine „Professur für Weltwirtschaftslehre“ errichtet und diese Professur Harms übertragen wird. In die von ihm bisher bekleidete Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften würde dann Prof. Eulenburg einzusetzen sein. Auf diese Weise könnte den eigenartigen Bedürfnissen Kiels am besten entsprochen und überdies der befürchtete Präzedenzfall des „dritten Ordinariats an einer mittleren Universität“ vermieden werden. Zugleich käme dadurch zum Ausdruck, daß die ungewöhnlichen privaten Leistungen, deren unsere Universität sich auf einem besonderen Gebiet ihres Wirkungsbereichs erfreuen darf, vom Staate anerkannt werden.

Jene Arbeits- und Ideengemeinschaft von 6.000 führenden Personen des deutschen Wirtschaftslebens, welche sich um das Institut gesammelt hat, würde dies dankbar empfinden und es sich als Ansporn dienen lassen. Für die Entwicklung des Instituts aber und damit für die weltwirtschaftliche Forschung und Lehre an unserer Universität wären so die unerläßlichen persönlichen Voraussetzungen gewährleistet, ohne daß die Pflege der überkommenen und auf bestimmten Gebieten gleichfalls eigenartig fortentwickelten wirtschaftlichen Staatswissenschaften darunter zu leiden hätte.

**161. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Kiel für das Kultusministerium.**

Kiel, 5. August 1922.

Ausfertigung, gez. Maschke.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 5, Bl. 8–14.

Für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften werden Herbert von Beckerath – Tübingen und August Skalweit – Bonn vorgeschlagen, da diese beiden Kandidaten die in Kiel starken Wirtschaftswissenschaften qualifiziert unterrichten können. Der bisherige Kieler Extraordinarius Friedrich Hoffmann ist noch nicht reif für das Ordinariat.

Vgl. Einleitung, S. 109.

Bei der Wiederbesetzung der zum Wintersemester freiwerdenden Professur des Prof. Passow sind die allgemeinen und besonderen Verhältnisse des sozialökonomischen Forschungs- und Lehrbetriebes der Christian-Albrechts-Universität gebührend zu beachten. Während des laufenden Sommersemesters sind an der Kieler Universität 1.975 Studierende immatrikuliert; hiervon entfallen 761 auf die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät; dazu kommen 30 Studierende der Wirtschaftswissenschaften, die mit kleiner Matrikel in der Philosophischen Fakultät eingeschrieben sind. Hält die Entwicklungstendenz der letzten Semester an, so darf damit gerechnet werden, daß im nächsten Sommersemester die Hälfte aller Kieler Studierenden der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angehört. Von den zur Zeit insgesamt immatrikulierten Studierenden der Rechts- und Staatswissenschaften bezeichnen sich:

276 als „stud. jur.“

163 als „stud. jur. et cam.“

352 als „stud. cam.“

Von den 761 immatrikulierten Studierenden der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät stammen 300 aus Schleswig-Holstein, 420 aus anderen deutschen Ländern und Landesteilen, 41 aus dem Auslande.

Diese Zahlen zeigen u. a., daß das Studium der Sozialökonomik in Kiel von erheblicher Bedeutung ist. Die Gründe liegen einerseits in der allgemeinen Entwicklung dieses Faches, andererseits in den besonderen Einrichtungen Kiels, die sowohl dem Studium der Wirtschaftswissenschaft als demjenigen der Rechtswissenschaft zugute kommen und demgemäß die Studierenden beider Disziplinen anziehen. Unter diesen Einrichtungen ragen hervor das Juristische Seminar, das Staatswissenschaftliche Seminar mit seiner Abteilung für das Wirtschaftsleben Schleswig-Holsteins und das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr. Zum anderen ergibt sich aus den genannten Zahlen, daß, soweit die Rechts- und Staatswissenschaften in Betracht kommen, die Christian-Albrechts-Universität im Gegensatz zu den meisten anderen „Landesuniversitäten“ nicht provinziell, sondern schlechthin deutsch

eingestellt ist. Immerhin ist die Zahl der Schleswig-Holsteiner so beträchtlich, daß sie besondere Beachtung verdient.

Zu den hochschulpädagogischen Eigenarten Kiels gehört es weiter, daß auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaften die Individualunterweisung besonders gepflegt wird. In den letzten Semestern sind regelmäßig 30–40 seminaristische Übungen abgehalten worden, die grundsätzlich nicht mehr als 20–30 Teilnehmer umfassen.

Es braucht nach alledem kaum gesagt zu werden, daß die Zahl der wirtschaftswissenschaftlichen Dozenten in Kiel weitaus zu klein ist. Angesichts der Finanzlage des Staates ist jedoch mit ihrer weiteren Vermehrung zunächst vermutlich nicht zu rechnen. Um so mehr müssen bei der Wiederbesetzung freiwerdender Professuren sorgfältig alle Bedürfnisse des Lehrbetriebes in Erwägung gezogen werden, um sie soweit wie nur irgend möglich zu befriedigen.

Zwei Gesichtspunkte sind es vor allem, die Berücksichtigung erheischen:

1) Die Fakultät besitzt neben dem Ordinariat für Weltwirtschaftslehre nur zwei Lehrstühle für Wirtschaftswissenschaften schlechthin. Es ist ausgeschlossen, daß einer dieser Lehrstühle – wie gelegentlich gefordert – unter „schleswig-holsteinischem Gesichtswinkel“ besetzt wird. Dadurch würde die Gesamtunterweisung notwendig der Verkümmern preisgegeben werden. Kiel braucht unter allen Umständen zwei universell eingestellte ordentliche Vertreter des Gesamtfaches der Wirtschaftswissenschaften.

2) Die von Prof. Passow einem Teile des hiesigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetriebes gegebene schleswig-holsteinische Note muß erhalten bleiben und demgemäß auch die ihm gegründete besondere Abteilung des Staatswissenschaftlichen Seminars fortgeführt und ausgebaut werden.

Scheinbar würde der zuletzt genannten Forderung am besten entsprochen werden, wenn sich den unter 1) gekennzeichneten ordentlichen Professoren ein Extraordinarius zugesellte, der in Forschung und Lehre vor allem das schleswig-holsteinische Wirtschaftsleben pflegte, nach Analogie der Geschichtswissenschaft, die für schleswig-holsteinische Landesgeschichte seit langem einen Spezialvertreter für notwendig erachtet. Diese Lösung wäre vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkte jedoch kein Ideal, weil es im Sinne schleswig-holsteinischer Geschichte ein zureichendes Objekt schleswig-holsteinisch gerichtete Wirtschaftswissenschaft nicht gibt, und somit ein hierauf beschränkter Fachvertreter in seiner Tätigkeit weder Befriedigung finden noch hinreichende Wirksamkeit üben würde. Deshalb muß eine andere Lösung angestrebt werden. Sie kann nur darin bestehen, daß die ordentlichen Vertreter des Faches die besonderen Tatsachen und Probleme des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsgebietes in ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit einbeziehen. Daneben könnten an geeignete Persönlichkeiten des Landes Lehraufträge erteilt werden.

Dieser Standpunkt hat die Fakultät bei den nachfolgenden Vorschlägen für die Wiederbesetzung der Passowschen Professur geleitet. Sie beschränken sich auf die Angabe von zwei Namen, weil sie einen dritten Dozenten, der mit diesen zugleich genannt werden könnte, nicht ausfindig zu machen wußte.

Bevor die Fakultät ihre Vorschläge unterbreitet, wünscht sie kurz zu begründen, weshalb sie darauf verzichtet, den bisherigen ordentlichen Honorarprofessor in Kiel, jetzigen ordentlichen Professor an der Universität Rostock, Dr. Friedrich Hoffmann zu nennen. Es könnte scheinen, als ob gerade dieser den dargelegten Anforderungen am meisten entspräche, weil er einerseits geborener Schleswig-Holsteiner ist, seine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung vornehmlich in Kiel erhalten, später die Beziehungen zur Bevölkerung seiner engeren Heimat in gewissem Umfange liebevoll gepflegt hat und andererseits als Sozialökonom universeller Grundlage nicht enträt. Die Fakultät kann jedoch nicht dafür eintreten, daß Hoffmann zur Zeit nach Kiel zurückberufen wird. Seine wechselreiche Laufbahn hat ihn bisher daran gehindert, mit größeren wissenschaftlichen Arbeiten hervorzutreten. Gelegentliche Aufsätze, die er in den letzten 10 Jahren geschrieben hat, ermangeln überdies der wissenschaftlichen Tiefe. An sich ist die Fakultät zwar überzeugt, daß Prof. Hoffmann die Voraussetzungen für die Bekleidung einer so vielseitigen und verantwortungsvollen Professur wie der in Betracht kommenden zu erwerben vermag. Sie glaubt jedoch, daß dies nur dann gewährleistet ist, wenn ihm in weniger umfangreicher Wirkungskreise die Muße dazu gegeben wird. Abgesehen davon, trägt die Fakultät Bedenken, eine der beiden in Fachkreisen sehr geschätzten und allseitig begehrten Kieler sozialökonomischen Professuren einem Gelehrten zu überantworten, der den eigentlichen Befähigungsnachweis erst erbringen soll. So sehr deshalb die Fakultät die Hoffnung für berechtigt hält, daß Prof. Hoffmann nach etlichen Jahren ruhiger wissenschaftlicher Arbeit auch das Kieler Amt zu übernehmen qualifiziert sein wird, so nachdrücklich weist sie darauf hin, daß dies zur Zeit noch nicht der Fall ist. Gerade weil Prof. Hoffmann sich bei allen Fakultätsmitgliedern besonderer persönlicher Schätzung erfreut, legt die Fakultät Wert drauf, ihn nicht in eine Bahn gedrängt zu sehen, die der Ausbildung seiner latenten Fähigkeiten hinderlich sein würde. Demgemäß kommt für sie Prof. Hoffmann für die Wiederbesetzung der Passowschen Professur nicht in Betracht.

Die Fakultät schlägt an gleicher Stelle in alphabetischer Folge vor: den persönlichen Ordinarius an der Universität Tübingen, Dr. Herbert von Beckerath und den ordentlichen Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf sowie ordentlichen Honorarprofessor an der Universität Bonn, Dr. August Skalweit.

Herbert von Beckerath, unverheiratet, wurde am 4.4.1886 zu Krefeld geboren. Er besuchte das dortige Realgymnasium und bestand zu Ostern 1905 die Reifeprüfung. Vom Frühjahr dieses Jahres bis Herbst 1908 besuchte er die Universitäten Freiburg i. B., Berlin und Bonn zwecks rechts- und staatswissenschaftlicher Studien und legte 1908 in Köln die erste juristische Staatsprüfung ab. Nach neunmonatiger Tätigkeit im juristischen Vorbereitungsdienst verließ er diesen, um in den Jahren 1909–11 in Berlin und Freiburg die staatswissenschaftlichen Studien fortzusetzen. Im November 1911 wurde er in Freiburg zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert. Darauf folgte eine längere Tätigkeit beim Zentralverband deutscher Industrieller, Berlin. Er habilitierte sich Ende Juli 1914 in Freiburg und lehrte im Winter 1914/15 und im Sommersemester 1915 an der dortigen Universität.

Im Frühjahr 1916 wurde er aus dem Heeresdienst zur kriegswirtschaftlichen Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins deutscher Seidenwebereien in Düsseldorf entlassen. Mit dem Frühjahrs-Kriegsnotsemester 1919 nahm er die akademische Lehrtätigkeit in Freiburg wieder auf; zum Wintersemester 1919/20 wurde er als Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an die Technische Hochschule Karlsruhe berufen. Ostern 1922 lehnte er eine Berufung als ordentlicher Professor nach Rostock ab und folgte einem Ruf als persönlicher Ordinarius an die Universität Tübingen.

Von Beckerath ist ein Forscher von großer Vielseitigkeit und Tiefe, auf verschiedenen Gebieten der Sozialökonomik ist er mit umfassenden Arbeiten hervorgetreten. Seine Stärke liegt in der Verbindung einer ausgezeichneten theoretischen Schulung mit genauer Kenntnis der Praxis, die er während seiner Tätigkeit in der Kriegswirtschaft erworben hat. Besonders die Probleme der Industriepolitik haben ihn seit dem Beginn seiner wissenschaftlichen Forschertätigkeit intensiv beschäftigt. Seine Studien auf diesem Gebiete sind in einer Reihe von Arbeiten niedergelegt, deren innerer Zusammenhang durch das immer wieder erneute Bestreben, die wechselnden Formen großgewerblicher Organisation durch genaueste wissenschaftliche Beobachtung aufzuklären, gegeben ist. Diesen Arbeiten parallel läuft eine Reihe von Veröffentlichungen über Fragen des Kreditmarktes und der Währung. Sind diese Forschungen auch in höherem Grade theoretisch eingestellt als die auf dem Gebiet der großgewerblichen Organisation liegenden Publikationen, so ist doch auch hier der Zusammenhang der lebendigen Wirklichkeit stets gewahrt. Die Untersuchung verliert sich an keiner Stelle in öder Spekulation, sondern versucht, die Erscheinungen der Wirklichkeit durch eine konsequent gehandhabte und originelle Terminologie sowie durch Herausschälung ihres wesentlichen Gehaltes dem Verständnis nahezubringen.

Die Dissertation von Beckeraths, die als Heft 2 der Neuen Folge der Volkswirtschaftlichen Abhandlungen badischer Hochschulen 1911 erschienen ist, behandelt „Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie“ und lenkte die Aufmerksamkeit auf den bisher in der Forschung zu wenig beachteten Typus des Konditionenkartells, der hier ein auf ausgezeichnetes Material aufgebaute gründliche und sorgfältige Behandlung erfahren hat. Die Schrift nimmt in der kartellmonographischen Literatur einen anerkannt hohen Rang ein (vgl. z. B. Kritik von Vogelstein im „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“ 1912, S. 955 ff.). Die Habilitationsarbeit behandelt das Thema „Kapitalmarkt und Geldmarkt“ (1916), sie ist ausgezeichnet durch selbständige Begriffsbildung, die in die verwirrende Verwendung dieser Worte Klarheit zu bringen sucht, und durch die lebendige Beziehung, in die die Probleme des Kreditmarktes zu dem allgemeinen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens gebracht sind. Das Buch hat eine starke Wirkung ausgeübt und erscheint demnächst in zweiter Auflage. Der Beobachtung der ökonomischen Verhältnisse in und nach dem Kriege entstammen die beiden Arbeiten über die „Zwangskartellierung oder freie Organisation der Industrie“ (1918) und „Die Markvaluta“ (1920). Erstere entscheidet sich auf Grund einer feinen, mit psychologischem Scharfsinn und eindringlicher Kenntnis der Realitäten geschriebenen Argumentation für die freie Organisation; letztere stellt das Va-

lutaprobem in den weiten Zusammenhang ökonomischer Tatsachenverkettung. Das letzte Buch von Beckeraths über „Kräfte, Ziele und Gestaltungen der deutschen Industriewirtschaft“ beschäftigt sich mit den Triebkräften, die sich in der deutschen Industrie nach dem Kriege entfaltet haben. Die einander widersprechenden, in der freien Unternehmung und Gemeinwirtschaft wurzelnden Organisationstendenzen sind nach Ursprung und Entwicklung untersucht sowie nach ihrer Bedeutung analysiert und kritisch gewertet.

Von Beckerath entspricht in hohem Maße den Forderungen, die eingangs hinsichtlich der Besetzung des freigewordenen Ordinariats aufgestellt worden sind. Seine literarischen Leistungen lassen es als sicher erscheinen, daß er die zweite sozialökonomische Professur an der Christian-Albrechts-Universität voll ausfüllen wird. Die bisherigen Erfolge als temperamentvoller und anregender Dozent verbürgen gleichzeitig eine erspriessliche Lehrtätigkeit. Dazu kommt, daß von Beckerath fernab von aller toten Stubengelehrsamkeit durch den Schwung und die Aktivität seines Wesens besonders geeignet ist, in Schleswig-Holstein Boden zu fassen und das von Prof. Passow begonnene Werk fortzuführen und auszugestalten. Insbesondere steht zu erwarten, daß er sein Interesse auch den landwirtschaftlichen Verhältnissen der Provinz zuwenden wird, um so mehr als seine Art ist, aus der umgebenden Wirklichkeit die Probleme für seine wissenschaftlichen Forschungen zu schöpfen.

August Skalweit, verheiratet, ist am 21.8.1879 als Sohn des Chemikers Direktor Dr. Skalweit zu Hannover geboren. Nach Absolvierung des Gymnasiums studierte er in Tübingen, München und Berlin vor allem Geschichte und Staatswissenschaften. 1905 promovierte er in Berlin. Nachdem er seiner militärischen Dienstpflicht genügt hatte, wurde er Mitarbeiter an den von der Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Acta Borussica, mit der besonderen Aufgabe, die Geschichte der preußischen Getreidehandelspolitik des 18. Jahrhunderts zu schreiben. 1910 habilitierte er sich in Berlin für Nationalökonomie und hielt an der Universität und in der Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung Vorlesungen aus den Gebieten der Agrar-, Handels- und Verkehrspolitik. Im Jahre 1913 wurde er als Nachfolger Magnus Biermers nach Gießen berufen. Während des Krieges war er seit 1916 Referent im Kriegsernährungs- und Wirtschaftsministerium und nahm 1921 einen Ruf als Nachfolger Wygodzinskis an die Landwirtschaftliche Hochschule Bonn an, wo er gleichzeitig zum ordentlichen Honorarprofessor an der Universität ernannt wurde.

Skalweit gehört zu den Gelehrten, die unter Verzicht auf Vielseitigkeit eine ungemein genaue Einzelkenntnis auf ihrem Fachgebiete erlangt haben. Seine Domäne ist die Agrarpolitik, die er durch eine große Zahl von Schriften bereichert hat. Er hat auf agrarhistorischem sowie agrarstatistischen Gebiete gearbeitet, agrarrechtliche Fragen untersucht und während sowie nach dem Kriege mehrfach zur Ernährungswirtschaft und zu prinzipiellen Problemen Stellung genommen.

Die Eigenart Skalweits wissenschaftlicher Persönlichkeit beruht zum guten Teil darin, daß er von der Geschichtswissenschaft zur Sozialökonomik gelangt ist. Dazu kommt, daß sein Lehrer Gustav Schmoller offenbar einen nachhaltigen Einfluß auf ihn geübt hat, der sich in der Gesamtauffassung der behandelten Gegenstände bis in die Einzelheiten des Stils

nachweisen läßt. Skalweit ist eng vertraut mit der Methode historischer Quellenforschung, zieht seine Ergebnisse aus gründlicher Untersuchung des gesamten Stoffes, zeigt sich vorsichtig und zurückhaltend im eigenen Urteil und ist ein abgesagter Feind der Verwertung von deduktiv abgeleiteten Schlußfolgerungen für die Erklärung realer Tatsachen. Diese Eigenschaften spiegeln sich vor allem wieder in drei kürzeren Aufsätzen, die grundsätzliche Fragen behandeln und in den Jahren 1916 und 1917 in „Schmollers Jahrbuch“ und im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ erschienen sind („Getreidezölle und Bodenpreise“, „Agrarzölle oder Freihandel?“, „Das Problem des Getreidemonopols“). Speziell in der ersten Periode seines literarischen Schaffens hat Skalweit auch historische Stoffe stark bevorzugt. Zwei umfangreiche Bücher agrarpolitischen und verwaltungsgeschichtlichen Inhalts sind in Berlin unter der Leitung Otto Hintzes und Gustav von Schmollers entstanden: „Die ostpreußische Domänenverwaltung und das Retablissement Litauens unter Friedrich Wilhelm I.“ (1906) und „Die Getreidehandelspolitik und die Kriegsmagazin-Verwaltung unter Friedrich dem Großen“ (Acta Borussica, Getreidehandelspolitik II, 1910). Den Übergang zu praktischen Untersuchungen auf agrarpolitischem Gebiete bildete für Skalweit die wertvolle, auf einer Enquete und anschließender Studienreise beruhende Habilitationsarbeit über „Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Provinz Brandenburg“ (1910). Seine Stellung während des Krieges gab ihm Gelegenheit, die deutsche Ernährungswirtschaft in einigen Monographien zu behandeln. Zur Zeit ist Skalweit damit beschäftigt, die Ergebnisse seiner verzweigten Studie in ein Handbuch der Agrarpolitik zusammenzufassen.

Skalweit ist eine vornehm zurückhaltende Persönlichkeit. Dies prägt sich auch in seinem Vortrag aus. Seine Rede ist weniger durch Temperament und Originalität, als durch Gründlichkeit ausgezeichnet. Skalweits Sache ist die Auseinandersetzung praktischer Probleme und die Darstellung historischer Entwicklungsreihen, nicht so sehr dagegen die sozialökonomische Theorie, die er nach Schmollers Vorbild in Dogmengeschichte aufzulösen geneigt ist. Den eingangs skizzierten Forderungen genügt Skalweit in erster Linie durch die Richtung, die seine wissenschaftliche Produktion eingeschlagen hat. Dadurch ist es auch gerechtfertigt, ihn mit Herbert von Beckerath an gleicher Stelle für das freigewordene Ordinariat vorzuschlagen.

162. Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel an Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Kiel, 9. April 1929.

Ausfertigung, gez. i. A. Niemeyer als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 6, Bl. 350–353v.

Das beantragte neue wirtschaftswissenschaftliche Ordinariat soll besonders Konjunkturforschung und mit soziologischen Methoden Wirtschaftstheorie betreiben, was die große Tradition von Ferdinand Tönnies fortführt. Einziger Kandidat hierfür ist der Abteilungsleiter im Institut für Weltwirtschaft, Extraordinarius Adolf Löwe.

Vgl. Einleitung, S. 11 und 109.

Den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bittet die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, es möge in den preußischen Haushaltsvorschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 eine ordentliche Professur für Wirtschaftssoziologie und Wirtschaftstheorie eingestellt werden. Zugleich bittet die Fakultät, die neu zu errichtende Professur dem derzeitigen nichtbeamteten außerordentlichen Prof. Dr. Adolf Löwe zu übertragen, und sie begründet diese Bitte wie folgt:

I.

Die Fakultät hat in ihrer Eingabe vom 14. Juni 1928 um die Errichtung einer ordentlichen Professur für Statistik und internationale Konjunkturforschung gebeten. In jener Eingabe wurde dargelegt:

- 1) daß der die deutsche Wirtschaftswissenschaft Jahrzehnte hindurch beherrschende Methodenstreit als Ergebnis die Erkenntnis der Notwendigkeit zwiefacher, zu gleicher Zeit theoretisch-deduktiver und wirtschaftshistorisch- sowie wirtschaftskundlich-induktiver Fundierung aller wirtschaftswissenschaftlicher Arbeit gezeitigt hat, und daß diese Erkenntnis sich bisher am stärksten im jüngsten Zweige der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit, der Konjunkturforschung, ausgewirkt hat, der durch Verbindung von theoretischer Deduktion mit statistischer Analyse die Überbrückung der scheinbaren Kluft zwischen abstrakter Theorie und realistischer Wirtschaftskunde gelungen ist;
- 2) daß die Konjunkturtheorie, historisch aus der Arbeit an einer Teilerscheinung der modernen Wirtschaft, der Krise, herausgewachsen, mehr und mehr zu einer geschlossenen Theorie der gesamten Dynamik des Wirtschaftsprozesses ausgeweitet wurde;
- 3) daß wenige Zweige der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit einem gleich starken Bedürfnis und einem gleich intensiven Interesse der wirtschaftlichen Praxis begegnen wie die Konjunkturforschung;
- 4) daß die sachlichen Voraussetzungen einer fruchtbaren Pflege der Konjunkturforschung und -lehre in besonders hohem Maße an der Universität Kiel gegeben sind, einmal infolge der hervorragenden Stellung, welche die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät dieser

Universität den realistischen Forschungsmethoden, vor allem auf dem Gebiete der Weltwirtschaftslehre, zuerkannt hat, zum zweiten aber, und insbesondere deshalb, weil im Institute für Weltwirtschaft und Seeverkehr, das seit dem 1. April 1926 eine eigene Abteilung für statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung umfaßt, ein vollständig eingerichtetes Forschungsinstitut mit dem gesamten bibliothekarischen und archivalischen Apparat bereits zur Verfügung steht.

Zur Begründung der im Eingang dieser Eingabe formulierten Bitte führt die Fakultät die sämtlichen, vorstehend kurz zusammengefaßten, in ihrer Eingabe vom 14. Juni 1928 dargelegten Erwägungen an. Sie übermittelt dem Herrn Minister als Beilage zu dieser Eingabe eine Abschrift der Eingabe vom 14. Juni 1928,¹ die als integrierender Bestandteil dieser Eingabe gelten soll.

II.

Wenn die Fakultät anstelle der in ihrer Eingabe vom 14. Juni 1928 erbetenen Errichtung einer Professur für Statistik und internationale Konjunkturforschung nun die Errichtung einer solchen für Wirtschaftssoziologie und Wirtschaftstheorie erbittet, so liegen dieser veränderten Bezeichnung des neu zu errichtenden Lehrstuhls mehrere Reihen von Erwägungen zugrunde.

1. Wie schon in der Eingabe vom 14. Juni 1928 dargelegt wurde, ist eine dem heutigen Stande der Wirtschaftswissenschaft entsprechende Konjunkturtheorie nicht anders denn als eine Theorie der Dynamik des gesamten Wirtschaftsprozesses möglich. Diese Wandlung des Gehaltes sollte zweckmäßigerweise auch in einer adäquaten Bezeichnung zum Ausdruck kommen, die dem Inhaber des Lehrstuhls gegenüber als Mahnung und Anspruch wirken soll um der liebevollen Versenkung in das Detail des Wirtschaftszyklus willen, dessen Zusammenhänge mit dem gesamten System der Wirtschaftstheorie nicht zu vernachlässigen, und den Studierenden gegenüber als nachhaltiger Hinweis, daß eine Vertiefung in die Problematik der Wirtschaftskonjunktur nur auf dem Boden einer allgemeinen Wirtschaftstheorie möglich ist.

2. Neben diesen prinzipiellen Erwägungen müssen aber zugunsten der vorgeschlagenen veränderten Bezeichnung des Lehrstuhls, zugleich aber auch zugunsten der erbetenen Errichtung einer Professur für Wirtschaftstheorie, Erwägungen geltend gemacht werden, die sich aus der gegenwärtigen Ausstattung der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kiel mit Lehrstühlen ergeben. Im Gegensatz zu den meisten, auch den kleineren preußischen Universitäten, an welchen zumindest drei etatmäßige ordentliche Professuren für die wirtschaftlichen Staatswissenschaften bestehen, sind an der Universität Kiel tatsächlich solcher nur zwei vorhanden, denn der dritte Kieler Lehrstuhl, dessen Inhaber zur Zeit Herr Prof. Harms ist, hat nach der Umschreibung des Lehrauftrages zur ausschließlichen Auf-

¹ Liegt der Akte bei, Bl. 105–111. Bereits am 20.9.1926 hatte die Fakultät den gleichen Antrag gestellt, vgl. GSA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 5, Bl. 304–309.

gabe die Pflege der Weltwirtschaftslehre, und so sehr diese Umschreibung des Lehrauftrages und die ihr entsprechende Gestaltung der Lehrtätigkeit des Lehrstuhlinhabers dem von der Fakultät immer wieder und nachdrücklichst geäußerten Wunsche nach Errichtung besonderer Lehrstühle entspricht, die allein eine fruchtbare Spezialisierung in Forschung und Lehre ermöglicht, so sehr diese Umschreibung des Lehrauftrages Voraussetzung ist einer beiderseitig fruchtbaren Verbindung der akademischen Lehrtätigkeit mit der Leitung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, so wenig darf übersehen werden, daß die damit möglich gewordene Konzentration des Inhabers eines der drei etatmäßigen ordentlichen Lehrstühle auf das Gebiet der Weltwirtschaftslehre, dessen Betätigung in Vorlesungen und seminaristischen Übungen auf dem Gebiete der allgemeinen volkswirtschaftlichen Theorie ausschließt. Von den derzeitigen Inhabern der beiden anderen etatmäßigen ordentlichen Lehrstühle hat einer, Herr Prof. Landmann, die Annahme der Berufung nach Kiel davon abhängig gemacht, daß er das Spezialgebiet der Wirtschaftstheorie zu vertreten nicht verpflichtet ist. Und so wird dieses Gebiet zur Zeit nur von einem Inhaber eines etatmäßigen ordentlichen Lehrstuhls in Vorlesungen gepflegt, Herrn Prof. Skalweit. Bei dieser Sachlage mußten zu Vorlesungen und Übungen über Wirtschaftstheorie weitgehend Nichtordinarien, der Honorarprofessor Sven Helander, der zum Sommersemester 1929 an die Handels-Hochschule Nürnberg berufen wurde, und der nichtbeamtete außerordentliche Prof. Löwe herangezogen werden. Dieser Zustand ist für die Dauer nicht befriedigend und die Fakultät muß wünschen, daß durch die Errichtung einer weiteren ordentlichen Professur für Wirtschaftstheorie dieses grundlegende wirtschaftswissenschaftliche Fach in Kiel auch formell eine angemessene Vertretung finde, und die Ausstattung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel mit etatmäßigen Lehrstühlen zumindest in dem Umfange erfolge, der an den meisten anderen preußischen Universitäten längst nicht mehr in das Gebiet der Wünsche gehört.

III.

Durch Verbindung von Wirtschaftstheorie mit der Wirtschaftssoziologie innerhalb des einem Lehrstuhl zugeordneten Arbeits- und Lehrgebietes wären für beide Disziplinen sehr fruchtbare, ja nach der heute und voraussichtlich noch für längere Zeit bestehenden wissenschaftsgeschichtlichen Lage besonders erwünschte Möglichkeiten geschaffen.

Wenn die Soziologie, wenigstens in Deutschland, ihr akademisches Bürgerrecht noch nicht unbestritten errungen hat, und wenn den soziologischen Leistungen, trotz aller Feinheit und Tiefe, nicht selten ein Element des Spielerischen anhaftet, so ist dies nicht zuletzt drauf zurückzuführen, daß sich die Soziologie nicht genügend energisch vom Charakter einer „Sammelwissenschaft“ emanzipiert hat, die als solche notwendigerweise besonders stark von den beiden Gefahren des Dilettantismus auf der einen, des Formalismus auf der anderen Seite bedroht ist. Es gibt keine allgemeine Soziologie, die alle Teilerscheinungen des Gesellschaftslebens, Wirtschaft, Staat, Recht, Religion usw. umfassen würde, ebenso wenig wie es etwa eine allgemeine Kulturwissenschaft geben kann. Wo dies versucht wird, und das Niveau des Gelehrten die Gefahr eines Dilettierens in den heterogensten Disziplinen

ausschließt, da ergibt sich eine mehr formale gesellschaftliche Beziehungslehre, die es fertig bringt, z. B. unter die Kategorie von „Streitbeziehungen“ so heterogene Verhältnisse zu subsumieren wie die zwischen Ringkämpfern, Liebesnebenbuhlern, politischen Parteiführern, wirtschaftlichen Konkurrenten, Prozeßparteien und kriegführenden Mächten und durch Erörterung eines so gefaßten Beziehungsbegriffes irgend etwas für seine mannigfaltigen Teilinhalte Relevantes aussagen zu können glaubt. Alle starken und nachhaltig wirkenden Leistungen der deutschen Soziologie wurzeln in der Verknüpfung soziologischer Problemstellungen mit profunder Kenntnis der konkreter, Gegenstand bestimmter wissenschaftlicher Disziplinen bildender Sachverhalte, und stellen sich dar als Leistungen nicht einer Soziologie an sich, sondern als solche der Wirtschafts- oder der Rechtssoziologie, der Religionssoziologie oder Soziologie der politischen Parteien, der Sprachsoziologie usw. Die von der Fakultät vorgeschlagene Umschreibung des Lehrauftrages der erbetenen neuen Professur soll den Wunsch und den Willen zum Ausdruck bringen, an der Universität Kiel, in Fortführung und Fortbildung der großen, an den Namen Ferdinand Tönnies sich knüpfenden Traditionen, das Gebiet der Wirtschaftssoziologie besonders zu pflegen. Daß eine solche Verbindung der Wirtschaftstheorie selbst nicht weniger zugute kommen würde als der Soziologie, bedarf angesichts des gesellschaftlichen Charakters aller Wirtschaft keiner weiteren Begründung.

IV.

Die Fakultät erlaubt sich zum Schluß den Hinweis, daß sie die in dieser Eingabe vorgetragene Bitte für besonders dringlich hält.

Das Spezialgebiet der Wirtschaftstheorie wird zur Zeit in Kiel besonders intensiv durch den nichtbeamteten außerordentlichen Prof. Herrn Dr. Adolf Löwe gepflegt, der sich in Vorlesungen sowohl wie in Übungen als hervorragender Lehrer bewährt hat und der zugleich als Leiter der Abteilung für statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung des Institutes für Weltwirtschaft und Seeverkehr um sich einen Kreis begabter Mitarbeiter gesammelt hat, deren durch Löwe geleitete Gemeinschaftsarbeit zu den schönsten Erwartungen berechtigt. Sowohl die Interessen der Universität wie die des Instituts gebieten die Erhaltung des Herrn Löwe an seiner bisherigen Wirkungsstätte. Diese Enthaltung erscheint bedroht durch eine in jüngster Zeit an Herrn Löwe herangetretene Berufungsfrage aus dem Auslande. Die Fakultät hält sich für verpflichtet, dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Erklärung abzugeben, daß sie der Verlegung der Forschungs- und Lehrtätigkeit des Herrn Löwe ins Ausland eine bedauerliche Minderung der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Leistungsmöglichkeiten sehen würde.²

² Löwe wurde im Januar 1930 zum persönlichen Ordinarius ernannt, vgl. Bl. 368–370 der Akte. Zum Kieler Institut vgl. Beckmann, Ulf, *Von Löwe bis Leontief. Pioniere der Konjunkturforschung am Kieler Institut für Weltwirtschaft*, Marburg 2000, S. 44 ff.

**163 a. Vorschlagsliste der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Universität Köln für Kultusminister Otto Boelitz.**

Köln, 6. Oktober 1923.

Ausfertigung, gez. Prion als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 201–203v.

*Als Ordinarien für Betriebswirtschaftslehre schlägt die Fakultät die bisherigen Assistenten
Erwin Geldmacher und Rudolf Seyffert vor, da beide bereits die nötige Lehre mit Erfolg
anbieten, sonstiger Nachwuchs knapp ist und ihnen gegenüber eine moralische Verpflichtung
besteht.*

Vgl. Einleitung, S. 98.

Die Fakultät hat in ihrer Sitzung vom 27.9.23. zum dortigen Schreiben vom 7.8.23. U I 21581 betr. Dreivorschlag für die neu zu besetzenden Lehrstühle für Betriebswirtschaftslehre Stellung genommen. Sie ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Wie in anderen Fakultäten, so besteht auch für die wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen – vor allem für das Gebiet der Betriebswirtschaftslehre – ein großer Mangel an brauchbarem wissenschaftlichen Nachwuchs. Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat sich sogleich nach ihrer Entstehung entschlossen, sich in ganz besonderer Weise der Heranbildung betriebswirtschaftlicher Dozenten anzunehmen. Als vor nunmehr drei Jahren durch die Abberufung des Prof. Hirsch der Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre vakant wurde, wurden auf Antrag der Fakultät zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Ordinarius zwei Assistenten berufen, die ihrer bisherigen Tätigkeit nach die Gewähr dafür boten, daß sie persönlich und wissenschaftlich in das akademische Lehramt hineinwachsen würden. Diese damals berufenen Assistenten sind nach einmütiger Ansicht der Fakultät so weit, daß nicht mehr gezögert zu werden braucht, ihnen eine volle Betätigung im akademischen Lehramte zu ermöglichen. Deshalb hat sich die Fakultät erlaubt, die Herren Dr. Geldmacher und Dr. Seyffert für die neu errichteten Lehrstühle für Betriebswirtschaftslehre in Vorschlag zu bringen. Die Fakultät hatte auch weiterhin noch einen schwerwiegenden Grund, nur je einen Herrn für die Besetzung des Lehrstuhles in Vorschlag zu bringen: Für das Gebiet der Betriebswirtschaftslehre ist der Mangel an vollwertigen akademischen Lehrkräften so groß, daß bei jeder angenommenen Berufung eine Lücke entsteht, die nicht voll wieder ausgefüllt werden kann. Schon der Versuch, für einen berufenen Professor einen Ersatz zu schaffen, ruft eine Zahl weiterer Berufungen hervor, so daß in die Lehrkörper vieler Hochschulen eine nicht gern gesehene Bewegung hineingetragen wird. Die Eigenart im Aufbau der hiesigen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ließ es vor drei Jahren ratsam erscheinen, vom Kuratorium die Aufwendung größerer Mittel, die die Umwandlung der Professorenstelle in zwei Assistentenstellen erforderte, zu erbitten. Dadurch hat sich die Fakultät das Verdienst erworben, selbst für Nachwuchs

gesorgt zu haben unter Aufrechterhaltung der Besonderheit der Fakultät, und ohne daß andere Hochschulen durch die Berufung von Professoren in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Fakultät hat nach einem großen Plan das gesamte Arbeitsgebiet unter Einbeziehung der beiden Bediensteten Dr. Geldmacher und Dr. Seyffert aufgeteilt, daß es ihr durchaus wünschenswert erscheint, von diesen Herren das ihnen übertragene Arbeitsfeld auch als Ordinarien weiter bearbeitet zu sehen.

Trotz dieser angeführten Gründe, die für die Übertragung der neuen Lehrstühle an Dr. Geldmacher und Dr. Seyffert sprechen, hat sich die Fakultät ernstlich bemüht, zu erwägen, welche Professoren für die Berufung anstelle der genannten Herren in Frage kämen. Die Fakultät erlaubt sich, über das Ergebnis der Beratungen folgendes mitzuteilen:

Für die Betriebswirtschaftslehre der Fabriken (anstelle Geldmacher) könnte man an Prof. Rudolf Lehmann, Dresden und Geheimrat Wallichs, Aachen denken. Von Prof. Lehmann liegt eine kleine, aber sehr gute betriebswirtschaftliche Arbeit vor. Leider ist er zu wenig bekannt, als daß man mit allem Nachdruck für seine Berufung eintreten könnte. Geheimrat Wallichs sieht die betriebswirtschaftlichen Fragen mehr vom Standpunkte des Technikers. Er würde damit den in Köln vorliegenden Bedürfnissen nicht ganz gerecht werden können. – Für Betriebswirtschaftslehre der Handelsbetriebe käme neben Prof. Hellauer, Frankfurt Prof. Grossmann, Leipzig in Frage. Prof. Hellauer muß zur Zeit sehr auf die Wiederherstellung seiner Gesundheit bedacht sein, so daß er den großen Ansprüchen, die unsere große Fakultät an jede Lehrkraft zu stellen gezwungen ist, vorläufig gerecht zu werden nicht imstande wäre. Prof. Grossmanns Hauptbetätigungsfeld ist das Gebiet der Buchhaltung und Bilanzfragen neben der Lehre der Handelsbetriebe. Er würde also auch den ihm zugedachten Platz in dem Gesamtplane der Fakultät nicht voll ausfüllen können. Die Fakultät muß also zu dem endgültigen Ergebnis kommen, daß die Fakultät am besten fährt, wenn das Ministerium auch zu der Ansicht käme, daß die Zusammensetzung des bestehenden Lehrkörpers der Fakultät infolge der Errichtung der neuen Lehrstühle nicht verändert wird.

Auch die Berücksichtigung der Kostenfrage hat die Fakultät veranlaßt, die Berufung der beiden Assistenten in Vorschlag zu bringen. Würden für die neu errichteten Lehrstühle auswärtige Herren berufen, so wäre die notwendige Folge, den beiden Herren zu kündigen und die Assistentenstellen aufzulösen, denn das Kuratorium könnte sich nicht bereithalten, neben der Besoldung der beiden Professoren auch die Besoldung der beiden Assistenten beizubehalten. Damit würde die Fakultät auf zwei gut eingearbeitete Kräfte, deren Heranbildung der Universität erhebliche Kosten verursacht hat, verzichten müssen.

Beiden Herren gegenüber hat die Fakultät auch eine gewisse Verpflichtung. Beide Herren verließen vor 3 Jahren eine sichere und aussichtsreiche Lebensstellung, begnügten sich mit einem niedrigeren Gehalt bei der Übernahme der Assistentenstelle und erhielten dafür das Versprechen, daß die Fakultät nach Bewährung ihre Berufung auf neu zu errichtende Lehrstühle beantragen würde. Dieses Versprechen glaubt die Fakultät nun einlösen zu müssen und rechnet dabei auf ein verständnisvolles Entgegenkommen des Herrn Ministers.

Für Dr. Geldmacher endlich kommt noch folgendes hinzu:

Als Dr. Geldmacher vor einem Jahre einen Ruf an die Akademie nach Detmold erhielt, wo ihm eine Anstellung zu äußerst günstigen Bedingungen in Aussicht gestellt wurde, konnte die Fakultät auf die wertvolle Arbeit des genannten Herrn nicht verzichten. Um ihn zu halten, gab ihm die Fakultät das einstimmig beschlossene Versprechen, für ihn mit Rücksicht auf seine besonderen Dienste, die er der Fakultät geleistet, nach seiner Habilitation die Berufung zum Ordinarius zu beantragen. Daraufhin hat sich Herr Dr. Geldmacher zum Verbleiben in der Fakultät bereitfinden lassen. Die Fakultät würde nun in eine sehr üble Lage kommen, wenn der von der Fakultät nach reiflicher Überlegung gestellte Antrag auf Berufung Dr. Geldmachers vom Herrn Minister abgeschlagen würde. Herr Dr. Geldmacher, der 38 Jahre alt ist und in drückenden und unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen zu leben gezwungen ist, würde sich genötigt sehen, sogleich nach Ablehnung seiner Berufung dem akademischen Lehrberufe zu entsagen, um sich anderswo eine gesicherte Existenz zu schaffen. Das würde aber durchaus nicht im Interesse der Fakultät und unserer Wissenschaft liegen.

Zum Schluß erlaube ich mir im Namen der Fakultät noch die ergebene Bitte, wegen der Dringlichkeit der Antwort ihnen eine bevorzugte Bearbeitung zuteil werden zu lassen.

163 b. Schreiben des Kuratoriums der Universität Köln an Kultusminister Otto Boelitz.

Köln, 24. November 1923.

Ausfertigung, gez. Adenauer.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sect. 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 207.

Befürwortung der Berufung von Geldmacher und Seyffert zu Ordinarien.

Vgl. Einleitung, S. 98.

Namens des Kuratoriums bitte ich, entsprechend den am 6. Oktober von der Fakultät eingereichten Berufungsvorschlägen¹ bald tunlichst die Herren Geldmacher und Dr. Seyffert zu Ordinarien für Betriebswirtschaftslehre ernennen zu lassen, sowie dem Antrag der Fakultät vom 4. Oktober auf Ernennung des Privatdozenten Dr. Esch zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor stattzugeben.

¹ *Siehe Dok. Nr. 163 a.*

**163 c. Schreiben des Rektors der Universität Köln, Karl Thiess, an Kultusminister
Otto Boelitz.**

Köln, 29. November 1923.

Ausfertigung, gez. Thiess.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 206–206v.

Verwahrung gegen eine etwaige Sperre bei Neuberufungen, da die Universität Köln erst im Aufbau ist, das Deutschtum am Rhein gestärkt werden muss und die Stadt die Stellen bezahlt.

Vgl. Einleitung, S. 99.

Durch unser Kuratorium haben wir Kenntnis von Ihrem Erlaß vom 13. November U I No. 3106 1 u. Abb. [?] erhalten. Aus der Übermittlung an das Kölner Kuratorium scheint hervorzugehen, daß auch für die Kölner Berufungen eine Sperre eintreten solle. Der Senat hat mich beauftragt, dagegen die allerdringlichsten Vorstellungen vorzutragen.

1. Die Entscheidung erscheint tragbar für eine schon voll ausgebaute Hochschule, aber nicht für unsere erst im Ausbau begriffene Universität, die ohnehin aus Sparsamkeitsgründen nur solche Erweiterungen betreibt und vorschlägt, die sich als unumgänglich notwendig für einen erfolgreichen Unterricht erwiesen haben.

2. Der Anlaß zu dem Bremserlaß ist offenbar die Finanznot in Reich und Staat. Die von uns vorgeschlagenen Berufungen sind aber, bevor sie an das Ministerium gelangen, nach ihrer finanziellen Seite hin sämtlich schon vorgeprüft, und die Beträge dafür sind aus städtischen Mitteln durch das Kuratorium bereitgestellt worden, so daß für Köln der Grund für eine Sperrung der Berufungen auch nach dieser Seite wegfällt.

3. Ich erinnere auf das nachdrücklichste daran, daß bei der ersten Gefahr einer Abtrennung des Rheinlandes die Universität vom preußischen Ministerium ausdrücklich aus nationalpolitischen Gründen genehmigt worden ist, um die geistige Kraft des Deutschtums am Rhein zu verstärken. Dem gleichen Zwecke dient jeder Ausbau unserer Hochschule, und diese Erwägung spielt in jedem Vorschlag, der von uns nach Berlin gelangt, stillschweigend eine große Rolle. So verlangt auch die politische Lage zur konsequenten Durchführung des leitenden Gründungsgedankens statt der Verzögerung die äußerste Beschleunigung der schwebenden Kölner Berufungen.

Der Senat beauftragt mich ausdrücklich zu dem Hinweis, daß er einstimmig diese Vorstellung nach seiner Kenntnis der gesamten Lage am Rhein als die dringlichste Angelegenheit der gesamten Universität Köln bezeichnen mußte.

**163 d. Antrag der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität
Köln an Kultusminister Otto Boelitz.**

Köln, 21. Januar 1924.

Ausfertigung, gez. Kuske als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 208–209.

*Erneute Befürwortung der Berufung von Geldmacher und Seyffert zu Ordinarien, da beide
in der Betriebswirtschaftslehre benötigt werden und sie sonst abwandern werden.*

Vgl. Einleitung, S. 99.

Infolge der immer akuter auftretenden Gefahr, daß die beim Ministerium als Professoren anhängigen Privatdozenten Dr. Geldmacher und Dr. Seyffert die akademische Laufbahn preisgeben und in die Praxis übertreten, falls ihre Ernennung zu Professoren nicht erfolgen sollte, beehrt sich die Fakultät nochmals in der Angelegenheit ergebenst vorstellig zu werden.

Es besteht hier der Eindruck, daß die Berufungen aus Rücksicht auf die Personaleinschränkungen nicht erfolgen. Demgegenüber ist die Fakultät jedoch der Auffassung, daß diese Rücksicht auf den Fall nicht angewendet werden sollte.

Die Herren Dr. Geldmacher und Seyffert sind seinerzeit unter ausdrücklicher Billigung des Ministeriums im Hinblick auch darauf hierher gezogen worden, daß es notwendig wurde, das Angebot an leistungsfähigen Betriebswirtschaftlern zu vermehren, um es dadurch den bei anderen Disziplinen bestehenden Personalverhältnissen anzupassen und Erleichterungen in Berufungsfällen zu schaffen. Beide Herren befanden sich außerdem vorher in festen Lebensstellungen und haben diese nur aufgegeben, weil ihnen hier gewisse Aussichten für ihre akademische Laufbahn gemacht wurden für den Fall, daß sie sich bewährten.

Da das letztere in pädagogischer und wissenschaftlicher Beziehung durchaus geschah, so empfindet die Fakultät ihre Förderung zu dem beruflichen Abschluß einer Professur, und sei es auch nur einer außerordentlichen, als eine moralische Notwendigkeit.

Dieses Gefühl wird gegenüber Herrn Geldmacher noch verstärkt, weil er seinerzeit von der Annahme eines Rufes nach auswärts unter dem Hinweis auf eine ihm bald hier zu gewährende Professur abgehalten wurde.

Die Fakultät würde es demnach sehr dankbar sehr begrüßen, wenn sich das Ministerium bei einer solchen Sachlage hinter sie stellen wollte, zumal die Aufbringung der nötigen Mittel nicht Staatssache ist, und dabei der Mehraufwand gegenüber dem Assistentengehalt, das beide Herren beziehen, auch jetzt nicht allzubedeutend genannt werden kann.

Die Fakultät würde dazu in dem Hauptfach Betriebswirtschaftslehre endlich in normale pädagogische Verhältnisse kommen. Sie hat auch in diesem Semester wieder einen Zuwachs an Studierenden zu verzeichnen, so daß sich die Arbeit gerade in dieser Disziplin so steigerte, daß sie dazu nicht mehr mit Privatdozenten auskommen kann und sich ausbauen

muß. Die gesteigerte Arbeitsfreudigkeit beider Herren nach endlicher Erledigung der Berufung würde dabei noch außerdem sehr mitwirken. Jetzt aber liegen die Dinge so, daß sich in beiden immer mehr die Idee bestärkt, bei den großen materiellen Aussichten, die sie in ihrem Fach und bei ihren Verbindungen haben, lieber in der Praxis bessere Bedingungen zu suchen. Die Verzögerung oder gar eine etwaige Unterlassung der Berufung würde also auch hier unter Umständen die Flucht der Wirtschaftswissenschaftler in die Praxis vermehren. Die Verschlechterung des Gehaltes ist dabei zur Zeit geeignet, entsprechende Schritte noch mehr anzuregen. Es wäre nicht nur im Interesse der Fakultät, sondern um der gesamten Lage der Universitäten willen sehr erwünscht, daß das beim Ministerium berücksichtigt wird.

Vor der Wissenschaft verantworten kann die Fakultät die beiden Herren durchaus. Dem Ministerium wird bekannt sein, daß die Herren Schmalenbach und Prion sehr kritische und anspruchsvolle Persönlichkeiten in ihrem Fach sind. Schon allein darin liegt nach außen hin eine volle Garantie vor.

Die Fakultät beehrt sich daher, die ganz ergebene Bitte auszusprechen, die Angelegenheit so bald wie möglich in günstigem Sinne erledigen zu wollen.

164 a. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Königsberg für das Kultusministerium mit Randbericht des Kurators Friedrich Hoffmann.

Königsberg, 6. bzw. 14. Dezember 1929.

Ausfertigung, gez. Genzmer als Dekan und zehn weitere Professoren der Fakultät;

Ausfertigung, gez. Hoffmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 19 Bd. 9, Bl. 37–39v.

Für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften werden vorgeschlagen:

*Constantin von Dietze – Jena, Friedrich August von Hayek – Wien
und Wilhelm Kromphardt – Münster.*

Vgl. Einleitung, S. 44 und 110.

Als Nachfolger auf den Teschemacherschen Lehrstuhl der wirtschaftlichen Staatswissenschaften beehrt sich die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, folgende Herren zu präsentieren:¹

¹ *Dazu eine Randbemerkung von Ministerialrat Windelband über einzuholende externe Gutachten: 1) Schumpeter – Bonn, 2) Landmann – Kiel, 3) Mann – Köln, 4) Lotz – München, 5) Herkner – Berlin sowie eine*

1. primo loco: den ordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Jena Dr. Constantin Friedrich C. von Dietze. Prof. von Dietze (geb. 1891 in Gottesgnaden bei Kalbe a. d. Saale) hat sich auf den verschiedensten Gebieten der Volkswirtschaftspolitik – speziell der Agrarpolitik – mit ausgezeichnetem Erfolge betätigt. Wir nennen von seinen Publikationen:

Bücher: Stolypinische Agrarreform und Feldgemeinschaft. Leipzig 1920. VIII, 89 S. (Osteuropa-Institut in Breslau. Quellen und Studien. Abt. 1. Recht und Wirtschaft. H. 3); Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse seit der Revolution. Berlin 1922. 237 S.; Kapitalismus und Überlieferung in der deutschen Landwirtschaft. Berlin 1923. 44 S. (Vorträge über Volkswirtschaft und Politik. H. 3); Der Kampf um den Boden der deutschen Ostmark. Rostock 1927. 19 S. (Rostocker Universitätsreden. 3).

Beiträge: Die deutsche Landwirtschaft und die neue Handelspolitik. In: Neue Grundlagen der Handelspolitik. T. I. S. 159–233. München & Leipzig 1925 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 171, 1); Fideikommiss. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaft. 4. Aufl. Bd. 3. 1926. S. 993–1006.

Außerdem hat Prof. von Dietze noch eine große Reihe von Zeitschriftenaufsätzen aus dem Gebiete des Agrarwesens verfaßt. Er ist Mitherausgeber der „Untersuchungen des deutschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen“ in: Berichte über Landwirtschaft. N. F. Bd. 4 ff. 1926 ff.

Herr von Dietze erfreut sich allgemein des Rufes eines außerordentlich anregenden Dozenten. Da die nachdrückliche Vertretung der Agrarpolitik in Königsberg mit Rücksicht auf die Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte von eminenter Bedeutung ist, würde die Fakultät die Berufung des Prof. von Dietze, der die Pflege der Agrarpolitik als Spezialität und nach dem übereinstimmenden Urteil der besten Fachleute dieses Gebietes mit ausgezeichnetem Erfolge betreibt, ganz besonders begrüßen. Dies um so mehr, da Herr von Dietze in Jena die Zweigstelle des Seringschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen leitet, an welchem Institut er schon im Jahre 1921 als wissenschaftlicher Beamter tätig war.

2. secundo loco: den Privatdozenten an der Universität Wien Dr. iur. Dr. rer. pol. Friedrich August Hayek. Der Genannte (geb. 8. Mai 1899 in Wien) war von 1921–1926 der Sekretär des Abrechnungsamtes in Wien, abgesehen von einem fünfzehnmonatigen Studienurlaub, den er in den Vereinigten Staaten verbrachte. Während der Tätigkeit im Abrechnungsamt lag ihm u. a. die Vorbereitung und Durchführung einer ungewöhnlich komplizierten Obligationenemission ob und er schuf die sogenannten „Abrechnungsschuldverschreibungen“, deren Emission in 7 Währungen, 3 verschiedenen Typen und in einem vorher nicht

zweite Namensliste: 1) Sombart – Berlin, 2) Adolf Weber – München, 3) Spiethoff – Bonn, 4) Hesse – Breslau, 5) Wiedenfeld – Leipzig. *Ferner schrieb Windelband:* Keine geeignete Grundlage meiner Entscheidung, neue Vorschläge, dabei Äußerung über PD Dr. Colm – Kiel.

bekanntem Ausmaß sukzessive durch Jahre hindurch zum Zwecke der Entschädigung der österreichischen Vorkriegsgläubiger vorzunehmen war. Ferner wurde er im Herbst 1926 zu internationalen Verhandlungen mit Kanada über die Freigabe der österreichischen Vermögensschaften entsandt und auch mit der Durchführung der Auflösung der österreichischen Effektensammeldepots in England und Amerika betraut. Dr. Hayeks wissenschaftliches Interesse war in Amerika vorwiegend auf die währungspolitischen Probleme gerichtet, worüber er dann später wertvolle Arbeiten veröffentlicht hat, die erstmalig in deutscher Sprache bisher unzugängliches Material verarbeiteten.

Von Hayeks Schriften nennen wir: Geldtheorie und Konjunkturtheorie (1929). Das Mieterschutzproblem. Nationalökonomische Betrachtungen. Wien 1929. Das Stabilisierungsproblem in Goldwährungsländern. Eine Übersicht der neueren amerikanischen Literatur. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. N. F. 4. Bd. 1924. Die Währungen der Vereinigten Staaten seit Überwindung der Krise von 1920. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. N. F. 5. Bd. H. 1–3 und 4–6, 1925/26. Einleitung zur Neuauflage von H. H. Gossens Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs ... Berlin 1926. Friedrich Freiherr von Wieser. Nachruf und dogmengeschichtliche Würdigung. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik. III. F. 70. Bd. 1926. Das intertemporale Gleichgewichtssystem der Preise und die Bewegungen des Geldwertes, Weltwirtschaftliches Archiv. 28. Bd. H. 1. Juli 1928. Neuere Literatur über amerikanisches Bankwesen. Zeitschrift für Nationalökonomie. Wien 1929. 1. Bd.

Die Anlage der wissenschaftlichen Arbeiten Hayeks weist eine glückliche Verbindung streng theoretischer und praktischer Probleme auf. Hayek hat in einer großen Reihe von Problemen die Forschung über ihren bisherigen Stand hinausgeführt, was auch aus den zahlreichen Besprechungen hervorgeht, die insbesondere dem Buch über Geldtheorie und Konjunktur zuteil geworden sind.

Hayek hat sich, obwohl infolge seiner langen praktisch-organisatorischen Betätigung erst kürzlich habilitiert, doch bereits den Ruf eines ungewöhnlich guten Redners und Dozenten erworben.

3) tertio loco: den Privatdozenten an der Universität Münster Dr. rer. pol. Wilhelm Kromphardt.

Die Fakultät nennt Kromphardt, um Vorschläge in der üblichen Dreizahl einzureichen. Sie muß aber darauf hinweisen, daß die beiden Erstgenannten für den Teschemacherschen Lehrstuhl in weitaus höherem Grade in Betracht kommen. Kromphardt ist literarisch bisher nur als reiner Theoretiker hervorgetreten. Er scheint auch als Dozent vorwiegend auf einen kleinen Kreis an theoretischen Fragen lebhaft Interessierter zu wirken. Ein Kolleg über praktische Wirtschaftsfragen hat er bisher nicht gehalten.

Kromphardt, geb. 1897 in Schönebeck a. d. Elbe, ist seit 1924 Kieler Dr. rer. pol. und seit 1926 Privatdozent der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften in Münster. Er hat dort organisatorische Befähigung bewiesen. Von seinen Publikationen nennen wir: Die Systemidee im Aufbau der Casselschen Theorie (1927). Darstellung und analytische Kritik des Sozialsy-

stems von Rudolf Steiner. In: Schmollers Jahrbuch 1924. Der logische Emanatismus und die Systematisierungsform bei Marx. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1926. Die Fakultät war nicht in der Lage, den außerordentlichen Prof. Dr. von Mühlenfels auf ihre Vorschlagsliste zu setzen. Sie betont, daß sie an sich an dem günstigen Urteil festhält, das sie über ihn in ihrem Bericht vom 7.8.1929 abgegeben hat. Sie sieht ihn jedoch gerade für die jetzt zu besetzende Stelle nicht als geeignet an.

Königsberg, den 14. Dezember 1929.

Gesehen.

Der Vorschlag, einen ausgesprochenen Agrarpolitiker auf den Lehrstuhl zu berufen, erscheint mir sehr beachtenswert. Es wäre dringend erwünscht, in Königsberg eine objektive wissenschaftliche Instanz für die in schwerster landwirtschaftlicher Krise und Umwälzung befindliche Provinz zu besitzen. Ob Dietze die geeignete Persönlichkeit hierfür ist, vermag ich nicht zu beurteilen; nach dem, was ich von seinem Schrifttum kenne, möchte ich es annehmen. In der Universitätsrede „Der Kampf um den Boden der Deutschen Ostmark“ tritt er nachdrücklich (S. 18) für eine starke innere Kolonisation des Ostens ein und in dem Werk „Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse seit der Revolution“ (1922) für die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Landarbeitergewerkschaften (S. 199 f.). Auch hält er sich von einer Beschönigung früherer Zustände frei.

Sehr wertvoll wird es auch sein, einen organisatorisch fähigen Mann auf den Lehrstuhl zu berufen. Nach Angabe von Prof. Vleugels trifft dies sowohl bei Dietze wie bei Hayek zu. Ich befürchte nämlich, daß ein Zeitpunkt kommen könnte, in welchem Vleugels die Leitung des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft mit Rücksicht auf seine wissenschaftlichen Arbeiten auf seinen Spezialgebieten zuviel werden könnte, und man an eine Abgabe dieses Geschäftsbereiches an den anderen Ordinarius oder an ein Mitdirektorat desselben denken müßte. Es kommt hinzu, daß das Direktorat des Instituts mit erheblichen Unkosten für den Leiter verbunden ist (Besuche und Ostpreußenreisen von in- und ausländischen Gelehrten, Journalisten, Seminaren und dergleichen).

Ich bitte, diese Gelegenheit benutzen zu dürfen, um eine Übersicht über die Tätigkeit und die Leistungen des in erfreulichen Aufschwung begriffenen Instituts zu geben und ein Verzeichnis seiner Arbeiten beizufügen.²

2 *Liegt der Akte bei, Bl. 44–44v.*

164 b. Zweite Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Königsberg für das Kultusministerium mit Randbericht des Kurators Friedrich Hoffmann.

Königsberg, 28. Februar bzw. 10. März 1930.

Ausfertigung, gez. Genzmer als Dekan und zehn weitere Professoren der Fakultät;

Ausfertigung, gez. Hoffmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 19 Bd. 9, Bl. 63–66.

Als Kandidaten für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften werden neben den Favoriten Dietze und Hayek ersatzweise vorgeschlagen: Albert von Mühlentfels – Königsberg, Wilhelm Gehlhoff – Braunschweig und Ernst Schuster – Mannheim. Der vom Kultusministerium genannte Colm – Kiel ist fachlich und persönlich ungeeignet. Für die Direktion des Instituts für Ostdeutsche Wirtschaft ist laut Kurator eine starke Persönlichkeit nötig.

Vgl. Einleitung, S. 110.

I. Nach monatelanger gewissenhafter Prüfung aller für den freien Lehrstuhl in Frage kommenden Persönlichkeiten hat die Fakultät dem Herrn Minister ihre Vorschlagsliste vom 6.12.29 überreicht. Wenn die Liste nur zwei Namen von Gelehrten enthielt, deren Berufung als eine völlig glückliche Lösung bezeichnet werden kann, so bittet die Fakultät den Herrn Minister, daraus auf die Gewissenhaftigkeit zu schließen, mit der die Berufungsliste vorbereitet wurde. Bei außergewöhnlich großen und verschiedenartigen Verpflichtungen, die dem neu zu berufenden Ordinarius obliegen sollen, würde die Fakultät ihrer Verantwortung nach innen und außen in keiner Weise gerecht geworden sein, wenn sie eine längere Liste von Namen eingereicht hätte, deren Träger im allgemeinen als ordinariabel bezeichnet werden können. Es kann ihr nicht nur darauf ankommen, einen speziell auch auf dem Gebiete der praktischen Volkswirtschaftslehre gut legitimierten Nationalökonom zu gewinnen, sie muß darauf sehen, daß ihre Vorschläge auch den Forderungen gerecht werden, die von der Öffentlichkeit der in ihren wirtschaftlichen Existenzgrundlagen bedrohten Provinz an den Leiter des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft gestellt werden. Neben einer guten wissenschaftlichen Qualifikation und einem besonderen Organisationstalent müßte der neu zu Berufende auch über sicheres Auftreten, gute Redegabe und Verständnis für die Kunst der Menschenbehandlung verfügen. Das steigende Interesse, das die Probleme des deutschen Ostens seit der Regelung der dringendsten Westfragen gefunden haben, führt Königsberg einen wachsenden Strom von Ausländern, besonders von ausländischen Gelehrten, Politikern und Journalisten zu, deren spätere mündliche und literarische Äußerungen für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Auslande von größter Bedeutung sind, besonders auch in der Korridorfrage, in der Polen einen mit reichen Mitteln betriebenen, überaus regen Propagandafeldzug unterhält. In der Amtszeit des gegenwärtigen Institutsleiters hat sich die Übung herausgebildet, daß diese

ausländischen Persönlichkeiten vom Institut als der einzigen wissenschaftlichen Stelle des deutschen Ostens, die dafür in Frage kommen kann, betreut wurden. Weitaus meistens sind sie persönliche Gäste des Institutsleiters, werden von ihm über die wirtschaftliche Lage des Ostens unterrichtet, nach ihrem Weggang von Königsberg in einer Art freundschaftlichen Briefwechsels weiter beraten und ständig mit Literatur versehen.

Die große Schwierigkeit der Besetzung des freien Lehrstuhls liegt darin, daß der zu berufende Ordinarius all die Pflichten wahrnehmen, gleichzeitig aber auch eine vollwertige wissenschaftliche Kraft sein muß. Die Fakultät muß daher bei der auf ihr lastenden Verantwortung ehrerbietigst betonen, daß sie als Persönlichkeiten, deren Berufung sie als vollgültige Besetzung des freien Lehrstuhls ansehen und bei denen sie gleichzeitig mit der Annahme eines Rufes nach Königsberg rechnen kann, nur die bereits auf der vorigen Liste genannten Herren von Dietze und Hayek nennen kann. Diesen beiden hatte die Fakultät nicht ohne Bedenken den Namen Herrn Dr. Kromphardt beigefügt, um ihrer Pflicht zum Dreivorschlag nachzukommen.

II. Wenn heute die Fakultät der Anweisung des Herrn Ministers entsprechend³ noch weitere Namen nennt, so kann es sich hier nur um eine Liste zweiten Ranges handeln. In diesem Sinne seien noch folgende Herren *pari passu* vorgeschlagen:

- 1) der am Schluß der vorigen Liste ehrenvoll erwähnte außerordentliche Prof. Dr. von Mühlenfels, über den die Fakultät bereits am 7.8.1929 berichtet und dessen Qualifikation der Herr Minister daraufhin durch die Ernennung zum Extraordinarius anerkannt hat,
- 2) der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule Braunschweig Wilhelm Gehlhoff, geb. 1889, der mit seinem umfangreichen Werk über die allgemeine Preisbewegung 1890–1913 (erschienen 1928) als gediegener Forscher hervorgetreten ist und dessen Lehrtalent günstig beurteilt wird,
- 3) der Professor an der Handelshochschule Mannheim Ernst Schuster, geb. 1893, von dessen Schriften eine kritische Untersuchung über „Das Einkommen“ (1926) genannt sei. Auch sein Lehrerfolg findet günstige Beurteilung.

III. Zu einer Nennung des Herrn Privatdozenten Dr. Colm kann sich die Fakultät nach reiflichen Erwägungen, erneuter Prüfung seiner Werke durch die Fachvertreter und Einholung von Gutachten auswärtiger Gelehrter über seine Persönlichkeit und wissenschaftlichen Fähigkeiten noch nicht entschließen. Die Fakultät verkennt dabei in keiner Weise, daß Herr Dr. Colm zum besseren Durchschnitt des Nachwuchses in der heutigen deutschen Nationalökonomie gehört, doch bleibt der Abstand seiner bisherigen wissenschaftlichen Gesamtleistung hinter der der Genannten beträchtlich zurück. Außerdem würde er mit seinen vorwiegenden theoretischen Interessen keine Ergänzung zu den speziellen Arbeits-

³ *Mit Schreiben vom 22.2.1930 (Bl. 45 der Akte) hatte der Ministerialreferent die Nennung weiterer Namen erbeten, da zwei keine ausreichende Grundlage für meine Entscheidung bilden könnten und eine Äußerung über Privatdozent Gerhard Colm (Kiel) angefordert.*

gebieten des Prof. Vleugels bieten. Persönlich erscheint Herr Dr. Colm der Fakultät für die hier zu besetzende Professur völlig ungeeignet.

Die Fakultät glaubt mit Zuversicht darauf rechnen zu dürfen, daß der Herr Minister nicht eine Oktroyierung vornimmt, nachdem bereits vor kurzem eine solche Oktroyierung in unserer Fakultät stattgefunden hat.⁴ Die Fakultät muß ebenso ehrerbietig wie dringend bitten, daß ihr die Möglichkeit eines gedeihlichen kollegialen Zusammenwirkens gerade in der besonderen Lage unserer isolierten Universität nicht zerstört wird, nachdem es in früheren Jahren durch dem Ministerium bekannte Vorgänge zum großen Schaden der Sache schon schwer beeinträchtigt gewesen war.

Weitergereicht.

Zu den einzelnen Eventualvorschlägen und zu der Stellungnahme zu den von dem Herrn Minister benannten Privatdozenten vermag ich mich, abgesehen von Mühlenfels, auf den ich noch unten zu sprechen komme, nicht zu äußern, da sich die Beurteilung dieser Persönlichkeiten meiner Kenntnis entzieht.

In Ergänzung aber des in Absatz 2 meines Berichts vom 14. Dezember 1929 U. K. 5158 und meines Berichts vom 11. Februar 1930 U. K. 507 Gesagten habe ich folgendes noch anzuführen:

Ich sehe zwei Alternativen: Entweder Vleugels bleibt Direktor des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft entgegen seinem von der Fakultät in dem Bericht vom 5. Februar vertretenen Wunsche. Dann ist das Institut in guten Händen, Vleugels muß noch einige Jahre seine speziellen wissenschaftlichen Arbeiten zurücktreten lassen, er wird immer mehr in die immer größer und bedeutungsvoller werdenden Aufgaben des Instituts hineinwachsen und es bleibt nur übrig, ihn geldlich besser zu stellen. Was in dieser Beziehung auf S. 2 des Fakultätsberichts gesagt ist, kann ich nur bestätigen. Der Strom von Deutschen und namentlich von ausländischen Gelehrten, Politikern und Zeitungsleuten, die nach Ostpreußen kommen oder mit dem Institut sonst Verbindung aufnehmen, wird ständig zunehmen, von deren richtiger Behandlung hängt die Gestaltung der Weltmeinung über das Ostpreußen- und Korridorproblem in nicht geringem Maße ab, und zu dieser richtigen Behandlung ist eine wichtige Voraussetzung, daß die fremden Gäste von dem Institutsdirektor auch nach der persönlichen Seite hin betreut werden, was Geld kostet.

In diesem Falle, also daß Vleugels Alleindirektor des Instituts bleibt, habe ich also weiter nichts zu sagen, es sei denn, daß der Lehrstuhl ebensogut wie irgend möglich besetzt werden müßte.

Ganz anders liegen die Dinge im zweiten Falle. Soll der neue Inhaber des Lehrstuhls Direktor des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft werden – sei es auch unter einer Mitdirektion von Vleugels – so gehört auf den Lehrstuhl ein Mann von bedeutendem Format, ich möchte

⁴ Gemeint war der Mitte 1929 vom Kultusministerium berufene Albert Hensel.

fast sagen, von europäischem Format. Ich glaube nicht, daß die Zeichen der Zeit trügen: Der Zeitpunkt ist nahe herangekommen, daß mit Erledigung der schlimmsten Westfragen die Ostfragen in den Vordergrund der deutschen Politik und des allgemeinen Interesses treten werden. Dann ist aber dieses größte wirtschaftswissenschaftliche Institut des Deutschen Ostens – mit seinen mehr als 40 Räumen im eigenem Gebäude, mit seiner Bibliothek von mehr als 22.000 Bänden, mit seinem großen Stabe geschulter Hilfsarbeiter, zu einer ganz bedeutsamen Hilfsstellung für die deutsche Politik berufen. Dann aber muß an seine Spitze der beste Mann gestellt werden, den wir dafür haben, eine starke Persönlichkeit, die sich mit dem Institut vollkommen identifiziert, wissenschaftlich und organisatorisch hervorragend, sehr repräsentativ, sprachkundig, namentlich auch mit der Psyche der angloamerikanischen Welt vertraut, ein vorzüglicher Redner und einer der versteht, Geld für das Institut, auch von weither, herbeizuschaffen. Dann wird auch das Institut den Polen, die unermüdlich und, wie es scheint, mit zunehmenden Erfolge bemüht sind, die Weltmeinung auch von der wirtschaftswissenschaftlichen Seite her zu beeinflussen, den Wind aus den Segeln nehmen und gleichzeitig für die in Angriff genommene wirtschaftliche Neubelebung und Befestigung des Deutschen Ostens wertvollste Dienste leisten können. Von Mühlenfels bedarf meines Dafürhaltens für ein Ordinariat noch des Ausreifens und kommt für das Direktorat des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft nicht in Betracht.

**164 c. Schreiben des Kultusministers Adolf Grimme an die Rechts- und
Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Königsberg.**

Berlin, 10. Juni 1930.

Genehmigtes Konzept, gez. Grimme.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 19 Bd. 9, Bl. 74–74v.

Obwohl die Gründe der Fakultät gegen Gerhard Colm – Kiel nicht überzeugen, wird von dessen Oktroyierung abgesehen und der Ministerialdirektor a. D. Prof. Oswald Schneider – Berlin zum Ordinarius ernannt.

Vgl. Einleitung, S. 44 und 111.

Auf den Bericht der Fakultät vom 28. Februar dieses Jahres, in dem sie gegen eine Berufung des Prof. Dr. Colm Bedenken erhoben hat, erwidere ich, daß ich den von der Fakul-

tät geltend gemachten Gründen nicht beizupflichten vermag.⁵ Nachdem sich indessen die Möglichkeit ergeben hat, den Honorarprofessor an der Berliner Universität, Prof. Dr. Oswald Schneider zu gewinnen, der seinerzeit von der Fakultät als einzige geeignete Persönlichkeit für die Nachfolge des Prof. Mann vorgeschlagen war, und der durch seine großen organisatorischen Fähigkeiten für die Betreuung der wichtigen Aufgaben des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft besonders geeignet erscheint, will ich von einer Zuteilung des Prof. Colm Abstand nehmen. Ich habe den Prof. Dr. Schneider, der der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät einmal angehört hat, auf den bisher von Prof. Dr. Teschemacher innegehabten Lehrstuhl berufen.

**164 d. Schreiben der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Königsberg an das Kultusministerium.**

Königsberg, 3. Juli 1930.

Ausfertigung, gez. Nottarp als Dekan und acht weitere Professoren der Fakultät.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 19 Bd. 9, Bl. 82–86.

Ministerialdirektor a. D. Schneider wurde nach seinem kurzen Gastspiel in Königsberg 1928 nicht mehr als geeigneter Kandidat angesehen. Die Fakultät hielt sich für berechtigt und verpflichtet, ihre Gründe gegen dessen Oktroyierung vorzutragen, nimmt aber nach der Besprechung mit den zuständigen Kultusministerialbeamten nun dessen Berufung hin.

Vgl. Einleitung, S. 111.

Nachdem der Herr Universitätskurator der Fakultät auf Grund der Besprechung, die zwischen Herrn Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter, Herrn Ministerialrat Prof. Dr. Windelband, dem Herrn Universitätskurator und allen Ordinarien der Fakultät mit Ausnahme des auf Reisen befindlichen Prof. Preyer am 28. Juni 1930 stattgefunden hat, den Fakultätsbeschuß vom 27. Juni 1930 zur eventuellen nochmaligen Beratung zurückgegeben hat, legt nach wiederholter Beratung und abermaliger Beschlußfassung die Fakultät nunmehr folgenden Bericht ehrerbietigst vor, indem sie davon Abstand nimmt, den ihr zurückgegebenen früheren Bericht nochmals auf den Dienstweg zu bringen.

1. Der Fakultätsbeschuß vom 27. Juni 1930 sprach einmal die Überzeugung aus, daß Herr

⁵ *Ein Randvermerk besagt: Prof. Colm hat im Ministerium gebeten, von seiner Oktroyierung nach Königsberg Abstand zu nehmen. – Auf Bl. 71 der Akte finden sich die schwer lesbaren Notizen Ministerialrat Windelbands über die Hauptpunkte der von Landmann – Kiel, Spiethoff – Bonn, Gutmann – Breslau und Mitscherlich – Göttingen eingeholten externen Gutachten.*

Ministerialdirektor Prof. Dr. Schneider für die Professur, auf die er jetzt berufen worden ist (Nachfolge Teschemacher), nicht geeignet sei. Sodann enthielt er eine Bitte an den Herrn Minister.

Bei der Unterredung erklärte Herr Ministerialdirektor Richter den im Ministerium erschienenen Fakultätsmitgliedern, daß dieser Beschluß den Krieg mit dem Ministerium bedeuten würde, der persönliche Folgen auch für jedes einzelne Fakultätsmitglied haben würde. Die Fakultät hat deshalb nochmals geprüft, ob ihr Beschluß etwas Unzulässiges enthielt.

Sie hat sich zunächst gefragt, ob in dem Urteil der konkreten Nichteignung des Herrn Ministerialdirektors Schneider eine Unzulässigkeit lag. Sie konnte darin keine Kompetenzüberschreitung erblicken, denn ganz regelmäßig werden ja die Fakultäten durch das Ministerium selber zu derartigen notwendig auch kritischen Ermessensurteilen aufgefordert und auch einzelne Fakultätsmitglieder nicht selten zu Wertungen über die wissenschaftliche und lehramtliche Befähigung von Professoranwärtern herangezogen.

Die konkrete Wertung ist auf rechtmäßigem Wege, auf Grund eigener Wahrnehmung zahlreicher Fakultätsmitglieder und des Urteils der Fachkollegen, gefunden worden. Sie fiel anders aus als die frühere Stellungnahme der Fakultät vom Juli 1926 (Nachfolge Mann). Diese auf Grund zweimonatiger, im Sommer 1928 stattgehabter Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Schneider eingetretene Wertungsänderung, bei der bereits damals die dienstliche Belastung des Genannten im Auswärtigen Amt nicht außer Betracht blieb, ist, wie im Ministerium bei der Besprechung am 28. Juni 1930 anerkannt wurde, dem Sachbearbeiter des Herrn Ministers Ende Februar und Anfang März 1930 fernmündlich und mündlich durch den damaligen Dekan mitgeteilt worden.

Der neuerlichen Wertung sind ebensowenig wie früher Tatsachenzusammenhänge zu Grunde gelegt worden, die ihr nicht hätten zu Grunde gelegt werden dürfen, sondern nur solche Tatsachen, die für die wissenschaftliche und pädagogische Qualifikation von Bedeutung sein konnten. Die Fakultät hat es nicht für zulässig gehalten, Tatsachen, die einem anderen sachlichen Aufgabenkreis zugehörten, mit heranzuziehen. Sie durfte somit die Bedeutung des Herrn Ministerialdirektors Schneider für den auswärtigen Dienst nicht bewerten. Ebensowenig durften persönliche Gefühle der Verbundenheit für Freundlichkeiten oder Dienste, die Herr Ministerialdirektor Schneider einzelnen Anstalten oder Fakultätsmitgliedern erwiesen hatte, berücksichtigt werden. Insbesondere durfte sein Eintreten für rasche Besetzung seiner eigenen, durch Rückkehr in das Auswärtige Amt im Sommer 1928 wiederum verwaisten Professur nicht als Grundlage einer besonderen Wertung dienen, zumal es auf die ihm von Fakultätsmitgliedern gemachten energischen Vorstellungen zurückzuführen war, sich doch nun für die Ermöglichung eines geordneten Lehrbetriebes persönlich einzusetzen.

Auch die Ernennung zum Honorarprofessor in Berlin (und ebenso die uns jetzt erst bekannt gewordene Bereitwilligkeit der Kieler Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, ihn für ein Ordinariat vorzuschlagen) durfte für uns nicht bestimmend sein. Jene Wertun-

gen sollen nicht kritisiert werden. Für uns konnte indessen nur die konkrete Einigung zur Prüfung stehen, für die eine von anderen Verhältnissen ausgehende Beurteilung anderer Fakultäten nicht präjudiziell ist.

Schließlich durfte die Fakultät auch durch kollegiale Rücksichtnahme nicht an ihrer Wertung verhindert werden, zumal Herr Prof. Schneider noch nicht in die Fakultät eingeführt ist und seine Ernennung ihre Wirkungen erst am kommenden 1. August entfalten soll.

Hiernach kann die Fakultät in ihrer konkreten Ermessensentscheidung nichts Unzulässiges erblicken. Sie vermag aber auch in der in ihrem früheren Beschluß enthaltenen Bitte an den Herrn Minister kein Verlassen des Rechtsstandpunktes zu sehen. Sie hielt sich auf Grund ihrer Wertung für verpflichtet, sich für die anderweitige Besetzung der Professur einzusetzen. Den Herrn Minister bittet sie dringend, davon überzeugt zu sein, daß die Fakultät lediglich aus Pflichtgefühl einen Schritt unternommen hat, der ihr und ihren einzelnen Mitgliedern offensichtlich verdacht worden ist.

Grundsätzlich pflegt den Fakultäten eine Äußerung durch eine der Ernennung vorausgehende Befragung ermöglicht zu werden. Da der Herr Minister im vorliegenden Fall diesen Weg nicht beschritten hat, blieb der Fakultät nur übrig, nach der Ernennung über ihr pflichtmäßig gefundenes Werturteil zu berichten mit der ehrerbietigst ausgesprochenen Bitte, ihm auch jetzt noch Beachtung zu gewähren. Dieses Werturteil zu verschweigen, wäre der Fakultät als eine Pflichtwidrigkeit erschienen, zumal da sie annahm, der Herr Minister sei bei der Ernennung davon ausgegangen, daß die Fakultät ihre Wertung aus dem Jahre 1926 noch jetzt aufrechterhielte. Sie war also in einer Zwangslage, aus der sie keinen anderen Ausweg sah. Der Fakultät hat nichts ferner gelegen, als das vorgeordnete Ministerium zum „Kriege“ zu reizen. Sie konnte und kann in ihrem Vorgehen nichts Rechtswidriges und keinen „casus belli“ erblicken.

2. Herr Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter hat den vor ihm erschienenen Fakultätsmitgliedern erklärt, es sei keine Oktroyierung des Herrn Prof. Schneider gewollt gewesen, sondern die Unterrichtsverwaltung habe geglaubt, sich an den alten unico-loco-Vorschlag der Fakultät für die Nachfolge Mann vom Juli 1926 halten zu sollen. Um so mehr darf die Fakultät annehmen, es sei der späteren Änderung ihrer Wertung von der entscheidenden Stelle nicht die Bedeutung zuerkannt worden, die die Fakultät ihr beilegen wollte.

Die Fakultät hat Herrn Ministerialdirektor Schneider, von dem wir wie von jedem anderen in ähnlicher Lage Befindlichen annahmen, er würde nicht ohne weiteres gegen den ausgesprochenen Wunsch der Fakultät nach Königsberg kommen wollen, von der Stimmung der Fakultät in seinem Interesse Kenntnis geben zu müssen geglaubt. Nachdem Herr Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter in der Besprechung am 28. Juni 1930 erklärt hat, eine Rücknahme der Ernennung durch den Herrn Minister käme auch dann nicht in Frage, wenn Herr Prof. Schneider selbst einen dahingehenden Wunsch äußern sollte, sieht die Fakultät davon ab, dem Herrn Minister eine konkrete Bitte zu unterbreiten.

**165. Antrag der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg an Kultusminister
Otto Boelitz.**

Marburg, 8. August 1924.

Ausfertigung, gez. Lommatzsch als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 19, Bl. 297–301.

*Eine dritte Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften mit Spezialgebiet
Währungsfragen, Versicherungen und Statistik ist nötig, da die bisherigen zwei Fachvertreter
die Prüfungslast kaum bewältigen und andere Universitäten bereits drei Stellen besitzen.*

Vgl. Einleitung, S. 112.

Dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Berlin beehrt sich die Philosophische Fakultät den Antrag zu unterbreiten, es mögen im nächsten Haushaltsplan die Mittel für eine weitere Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften vorgesehen werden.

Begründung:

1) Daß das Fachgebiet der wirtschaftlichen Staatswissenschaften sich im Laufe des letzten Menschenalters außerordentlich erweitert hat, bedarf keines ausführlichen Beweises. Seit der Verdichtung der Bevölkerung bei gleichzeitiger Einengung des Nahrungsspielraums, seit der modernen egoistischen Zusammenfassung der wirtschaftlichen Stände und Klassen und ihrem dauernden Kampf unter sich und mit dem Staat, seit dem Weltkrieg mit seinen Dauerfolgen für Deutschland und die übrigen Länder, sind neue Situationen und Problemkreise entstanden, die wissenschaftlicher Durchdringung in theoretischer und praktischer Beziehung bedürfen und den Studierenden nahe gebracht werden müssen. Es gibt schlechterdings kein Fach, das so sehr mit dem Wechsel nicht nur der Auffassungen, sondern auch ihres Substrats, der wirtschaftlichen Erscheinungen selbst zu rechnen hat wie die wirtschaftlichen Staatswissenschaften. Diesen vielgestaltigen Aufgaben können zwei ordentliche Fachvertreter auf die Dauer allein nicht gewachsen sein, selbst dann nicht, wenn sie sich nach Auffassung und Interessenrichtung noch so günstig ergänzen.

2) Auch die im Ministerialerlaß vom 21.1.1922 U I 92 gegebenen dankenswerten Anregungen zu intensiverem und realistischerem Unterricht, denen die beiden Fachvertreter gern und mit Aufgebot aller ihrer Kräfte nachzukommen bemüht sind, lassen sich nach deren eigener Überzeugung nur dann einigermaßen voll verwirklichen, wenn eine stärkere Arbeitsteilung Platz greift, kraft deren jeder einzelne Fachvertreter, ohne daß Lücken im Unterricht entstehen, neben den unentbehrlich bleibenden zusammenfassenden Vorlesungen und Übungen in der Lage ist, je gewissen Spezialzweigen sich zu widmen und in diesen in die Tiefe zu dringen. Die Fakultät hat schon in ihrer Antwort vom 3. April 1920 unter Z. II auf vorgenannten Erlaß auf die Notwendigkeit der Vermehrung der ständigen Lehrkräfte

hingewiesen. Sie nimmt ferner Bezug auf ihren Bericht vom Februar 1924, in dem sie den Versuch machte, den Privatdozenten Dr. Röpke durch Beantragung eines Lehrauftrages an Marburg weiterhin zu fesseln, ein Versuch, der leider mißlungen ist.

3) Die Vertreter der Staatswissenschaften gehören künftig zu denjenigen Dozenten, die mit am stärksten durch Prüfungen belastet sein werden. Zunächst kommt die Beteiligung an Promotionen in Frage, von denen namentlich der Dr. rer. pol. auch weiterhin die Zeit und Kraft des einzelnen Fachvertreters sehr stark in Anspruch nehmen wird. Ferner sieht die neue Diplomprüfung für Volkswirte Prüfung der Bewerber in vier volkswirtschaftlichen Zwangsfächern und eventuell noch in ein bis zwei Wahlfächern sowie die Beurteilung von je einer Hausarbeit und einer Klausurarbeit jeden Prüflings vor. Endlich soll nach den neuen Prüfungsvorschriften für Referendare von März 1925 ab ein Vertreter der wirtschaftlichen Staatswissenschaften zur mündlichen Prüfung, die in Kassel stattfindet und jedesmal einen Zeitverlust von 1 ½ Tagen erfordert, zugezogen werden. Die Fakultät bezweifelt, daß diese doppelte neue Belastung tragbar ist, wenn sie nur auf zwei ordentlichen Fachvertretern ruht. Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, ist die Intensität des Unterrichts gefährdet in dem Maß, als die Belastung durch Prüfungen wächst. Und vor allem kann die Fakultät das Bedenken nicht unterdrücken, daß beim Vorhandensein von nur zwei ordentlichen Fachvertretern die Behinderung des einen, z. B. durch Krankheit, entweder geradezu die Abhaltung der Diplomprüfung gefährdet oder, wenn der übrigbleibende zweite Fachvertreter fähig und geneigt sein sollte, in die Lücke zu einzuspringen, dessen Einfluß im Examen ungebührlich verstärken wird.

4) So wenig die Fakultät die Schwierigkeiten für den Staat verkennt, in der jetzigen Notlage neue Professuren zu schaffen, so hält sie sich doch für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Marburg in bezug auf die wirtschaftlichen Staatswissenschaften und deren Nebengebiete schlechter mit Professuren ausgestattet ist im Vergleich zu denjenigen Universitäten, mit denen es in besonderem Wettbewerb steht. Nach den Vorlesungsverzeichnissen des letzten Winters besitzt, unter Weglassung der Privatdozenten und Assistenten, z. B. Halle neben zwei Ordinariaten zwei Extraordinariate, Breslau drei Ordinariate und ein Extraordinariat, Göttingen drei Ordinariate, Jena zwei Ordinariate und drei weitere Lehrkräfte, Gießen zwei Ordinariate und ein Extraordinariat, Tübingen drei Ordinariate und drei weitere Lehrkräfte, von dem besonders reich dotierten Universitäten ganz zu schweigen.

5) Daß die dankenswerte Bewilligung eines planmäßigen Assistenten nicht geeignet ist, den unter 1–3 hervorgehobenen Bedürfnissen zu genügen, bedarf kaum besonderer Betonung. Die Betätigung von Assistenten kann immer nur unter der Verantwortung der ordentlichen Fachvertreter vor sich gehen. Selbst wenn sie zu einer Habilitation gelangen, sollten sie Jahre hindurch mehr Kräfte in sich aufspeichern, als abgeben; sie bleiben überdies unsichere Mitarbeiter, wie gerade die hiesigen Erfahrungen mit Dr. Röpkes frühzeitigem Abgang gezeigt haben. Es ist auch nur ein Notbehelf, wenn junge Privatdozenten bereits zu Prüfungen berufen werden.

6) Für die hiesigen Verhältnisse ergibt sich als notwendige und zugleich zweckmäßigste

Ergänzung eine Professur, deren Vertreter als Spezialgebiete Währungsfragen, daneben Versicherungswesen und Statistik (das letztere Fach im Wechsel mit Herrn Prof. Köppe) zugewiesen sind, selbstverständlich ohne daß derselbe von irgendwelchen anderen Gebieten ausgeschlossen sein soll.

Die Fakultät hält eine dritte ausgesprochen staatswissenschaftliche Professur nach Lage der Dinge zur Zeit für das richtige, obwohl in neuerer Zeit anderwärts auch Versuche gemacht sind, Professuren zugleich für wirtschaftliche Staatswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre zu schaffen. Persönlichkeiten, die beiden Fächern gleichmäßig gewachsen sind oder die auch neben der Vertretung der Betriebswirtschaftslehre noch die obengenannten, hier der Ergänzung bedürftigen Spezialfächer beherrschen, sind Ausnahmen. Eine reine Professur für Betriebswirtschaftslehre hält die Fakultät nicht für angebracht, da der Ausbau des staatswissenschaftlichen Unterrichts wichtiger ist als die Neueinführung eines Fachs, dessen einziger Vertreter doch an den alten Universitäten nie in erfolgreichen Wettbewerb mit der Fülle von Spezialkräften treten könnte, die das Charakteristikum der modernsten Universitäten wie Frankfurt und Köln ausmacht.

Aber die Fakultät bittet, sich an die oben gemachten Vorschlag heute noch nicht binden zu müssen, denn ihre späteren Vorschläge geeigneter Persönlichkeiten werden bei der geringen Auswahl unter dem Nachwuchs auch davon abhängig sein, welche Fachvertreter nach Einstellung der Mittel für die dritte Professur in den Haushaltsplan erreichbar sein werden.

166 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für das Kultusministerium.

Marburg, 29. Februar 1928.

Ausfertigung, gez. Jacobsthal als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 339–343.

Als Kandidaten für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften, die theoretische Schulung mit Interesse am aktuellen Wirtschaftsleben verbinden, werden vorgeschlagen: Fritz Karl Mann – Köln, Walter Eucken – Freiburg und Wilhelm Röpke – Jena.

Vgl. Einleitung, S. 5 und 112.

Die Vorschläge, die die Fakultät zur Wiederbesetzung der ordentlichen Professur des ab 1. April entpflichteten Herrn Kollegen Köppe vorlegt, gehen von folgenden allgemeinen Gesichtspunkten aus.

Die an den größten Universitäten für die wirtschaftlichen Staatswissenschaften üblich gewordene Aufteilung der Ordinariate auf sich ergänzende Teilgebiete scheint der Fakultät für

die hiesigen Verhältnisse nicht empfehlenswert, da hier nur zwei ordentliche Lehrstellen bestehen, die Hauptvorlesungen nach alter Tradition in jedem Semester dargeboten werden müssen und auch bei den Prüfungen keine Daueraufteilung des Fachs an die Examinatoren erfolgt. Sie hat ihr Augenmerk daher auf solche Persönlichkeiten gerichtet, die im Stand oder gewohnt sind, das Gesamtgebiet des Fachs zu vertreten und diese Eigenschaft durch Vielseitigkeit ihrer Veröffentlichungen und Vorlesungen nachgewiesen haben.

Die Fakultät wünscht weiter, daß der freigewordene Lehrstuhl mit einem Mann besetzt wird, der gediegene theoretische Schulung mit innerem warmen Interesse am wirtschaftlichen Leben der Gegenwart verbindet und dadurch im Stand ist, nicht nur die künftigen Sozialökonomien, sondern auch die hier besonders zahlreichen Studierenden der Rechtswissenschaft zu einem ihrer künftigen Berufstätigkeit förderlichen volkswirtschaftlichen Denken zu erziehen.

Sie hat endlich ganz bewußt bewährte Kräfte aus der jüngeren Generation in ihrer Vorschlagsliste bevorzugt, da gerade in der Sozialökonomik im Lauf des letzten halben Menschenalters die Forschungsrichtungen und -methoden sich stark gewandelt haben.

Sie schlägt dementsprechend an erster Stelle zwei Persönlichkeiten vor, die sich schon seit einigen Jahren als ordentliche Fachvertreter bewährt haben.

1 a) Den ordentlichen Professor an der Universität Köln Fritz Karl Mann, geb. 1883, 1914 in Kiel habilitiert, 1920 außerordentlicher Professor dort selbst, 1920–1927 ordentlicher Professor in Königsberg.

Von dogmengeschichtlichen Forschungen ausgehend, die ihn sofort in die Reihe der besten Kenner des Merkantilismus stellten (Der Marshall Vauban und die Volkswirtschaftslehre des Absolutismus, 1914; Die Vorgeschichte des Finanzsystems von Law, 1914), hat er seine militärische Tätigkeit in Rumänien wissenschaftlich ausgewertet (Kriegswirtschaft in Rumänien, 1918; Das Geldproblem in der rumänischen Besatzungswirtschaft, 1919) und hat sich dann später vorzugsweise finanzwissenschaftlichen Fragen zugewandt (Besteuerung und Volkswirtschaft, 1922; Die Grundformen der Steuerabwehr, 1923; Die Steuerüberwälzung, 1926.)

Seine Arbeiten zeichnen sich alle durch die Weite des Blicks, Klarheit und Gediegenheit aus. Auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft ist er in Vorlesungen und Seminar seit Jahren Vorkämpfer einer neuen fruchtbaren, die Beziehungen zur Volkswirtschaft in den Vordergrund stellenden Auffassung. Seine Fähigkeiten als lebendiger Dozent und eifriger Seminarleiter sind schon von Königsberg her allgemein anerkannt. Seine organisatorische Begabung hat er schon in Königsberg in dem erst von ihm ausgebauten Osteuropainstitut erwiesen.

Mit ihm in gleicher Linie schlägt die Fakultät vor:

1 b) Walter Eucken, ordentlicher Professor an der Universität Freiburg, geb. 1891, nach dem Krieg beim Reichsverband der deutschen Industrie tätig, 1921 in Berlin habilitiert, 1925–1927 ordentlicher Professor in Tübingen.

Schon seine noch unter dem Einfluß seines Lehrers Schumacher stehende Doktorarbeit über die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt (1914) war eine grundlegende Leistung.

Seine Habilitationsschrift über die Stickstoffversorgung der Welt bot die erste umfassende Behandlung der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses wichtigen Kraftstoffs, die er mit weitem Blick überschaut (1921). Seine kritische Studie über St. Simon (1921) legte Zeugnis ab von seiner Begabung für geistesgeschichtliche Erfassung einer vielumstrittenen Persönlichkeit. Später hat er in eindringenden Studien zu den Währungsfragen während und nach der Inflation Stellung genommen (Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem, 1923; Das Übertragungsproblem, 1925; Das internationale Währungsproblem, 1925).

Philosophisch und historisch durchgebildet, ist er eine fein organisierte echte Gelehrtennatur mit theoretischer Begabung, ohne doch dabei die Fühlung mit dem Leben zu verlieren. Als umsichtiger, klarer Dozent und als gründlicher Lehrer erfreut er sich dank seiner Frische vollen Erfolgs. Wenn er auch in den jüngsten Jahren durch seine Lehrverpflichtungen an neuen größeren Veröffentlichungen verhindert war, so ist doch sicher auch in Zukunft von ihm noch lebendige wissenschaftliche Weiterarbeit zu erwarten.

2) An zweiter Stelle schlägt die Fakultät vor: den außerordentlichen Prof. Dr. Wilhelm Röpke in Jena. Geboren 1899, habilitiert 1922 in Marburg, folgte er, nachdem er 1922/23 zu einem von Geheimrat Schumacher geleiteten Ausschuß zum Studium von Reparationsfragen beurlaubt war, 1924 einem Ruf nach Jena.

Röpke steht zwar den beiden erstgenannten Fachvertretern an Lebensalter und an Berufs- und Dozentenerfahrung nach, zeichnet sich aber durch eine für seine Jahre ungewöhnliche Fülle der Produktion und das Gewicht seiner vielseitigen Veröffentlichungen aus. Er gehört zweifellos zu den begabtesten der jüngeren Fachvertreter. Schon seine Doktorarbeit von 1920 über die Arbeitsleistung im deutschen Kalibergbau (erst 1922 gedruckt) ragte durch Selbständigkeit der Gedankenführung hervor. Mit eindringenden Untersuchungen beteiligte er sich sodann in seiner der hiesigen Fakultät vorgelegten Habilitationsarbeit erfolgreich an dem neuen Gebiet der Konjunkturforschung (Die Konjunktur, 1922, bereits ins Russische übertragen und in Rußland sehr geschätzt). Ihnen folgte eine Reihe von gehaltvollen Arbeiten zur Handelspolitik (Die internationale Handelspolitik nach dem Krieg, 1923; Geld und Außenhandel, 1925; Die neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands als Grundlage seiner künftigen Handelspolitik, 1925).

Auch zu sozialpolitischen Fragen hat er das Wort ergriffen. Ein halbjähriger Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, den ihm die Rockefeller Foundation 1926/27 ermöglichte, fand seinen vorläufigen Niederschlag in einer lebendigen Darstellung des dortigen Agrarproblems, dem ausführlichere Untersuchungen darüber folgen sollen. Endlich ist seit einigen Monaten ein umfangreicher Grundriß der Finanzwissenschaft (in dem Sammelwerk „Handelshochschulbibliothek“) im Erscheinen begriffen, in dem er auf neuen Wegen den spröden Stoff seinen Lehrern nahezubringen versteht.

Röpke besitzt vielseitige Kenntnis ausländischer Literatur und Zustände. Er verbindet scharfe Beobachtungsgabe mit hervorragender Fähigkeit zur Abstraktion und Synthese. Sein Vortrag ist lebendig und pointenreich, immer dem Leben zugewandt.

Wie sehr er geschätzt wird, beweist neben früheren anderen Nennungen, seine in diesen Tagen erfolgte Berufung als ordentlicher Professor nach Graz.¹

166 b. Votum des Privatdozenten Erwin Wiskemann für die Philosophische Fakultät der Universität Marburg.

Marburg, 25. Februar 1928.

Ausfertigung, gez. Wiskemann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sect. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 345–349v.

Im Votum zur Vorschlagsliste der Fakultät für das Ordinariat für wirtschaftliche Staatswissenschaften in Marburg hält Wiskemann Fritz Terhalle – Hamburg und Wilhelm Röpke – Jena für hochqualifizierte Kandidaten.

Vgl. Einleitung, S. 5 und 112.

Der Zusammenhang der Nationalökonomie mit der Philosophie als erkenntnistheoretische Grundwissenschaft und mit Psychologie, Geographie, Geschichte, Technologie und Betriebswirtschaftslehre als hauptsächlich angrenzenden Erfahrungsdisziplinen und ihre eigentümliche Stellung zwischen geisteswissenschaftlicher Soziologie und naturwissenschaftlicher Güterlehre lassen der grundsätzlichen Orientierung und Betätigungsweise der Fachgelehrten unbegrenzte Möglichkeiten offen. Die historische Richtung der Nationalökonomie hat für alle Zeiten dasselbe Recht wie die abstrakte deduktive Theorie, und neben den großen, aus der Einheit vielfältigster und umfassendster Erkenntnis erwachsenden Ideengebäuden wird stets die auf praktische Anwendung abzielende Spezialforschung über landwirtschaftliche, industrielle, bankwirtschaftliche, konjunkturpolitische usw. Fragen notwendig sein. Dem oft gehörten Ausspruch, daß gerade die heutige Zeit Hinwendung zu den rein praktischen Tagesproblemen fordert, läßt sich der gleichfalls vielerorts lebendige Wunsch entgegenhalten, es möge ein Gelehrter die ökonomisch-soziologische Schau dieser Zeit wie einst Friedrich List das wirtschaftlich-politische Bild seines Jahrhunderts

¹ Für Röpke wandten sich mit Schreiben vom 31.1. bzw. 15.3.1928 Ministerialdirektor Hans Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium bzw. Staatssekretär Hans Krüger (SPD) vom Preußischen Landwirtschaftsministerium. Ersterer schrieb, Röpke sei einer der wenigen, die sich mit Außenhandels- und Finanzfragen gleichzeitig befaßt haben; letzterer schrieb, Röpke sei einer der aktivsten und zukunftsreichsten jüngeren Nationalökonomien [...], der gern auch in der Öffentlichkeit seinen freiheitsliebenden Standpunkt vertritt. Zit. nach: GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sect. 12 Tit. 4 Nr. 7 Bd. 6, Bl. 224 und 220. Diese Zitate und ein Zitat aus der Vorschlagsliste bei: Hennecke, Wilhelm Röpke, S. 62 f. Röpke wurde mit Vereinbarung vom 24./28.1.1929 (Bl. 226 der Akte) zum Ordinarius in Marburg ernannt.

konzipieren. Weder die Theorie um der Theorie, noch die Praxis um der Praxis willen, sondern beide vereint miteinander für die höheren Ziele der Nation und der Menschheit, und so eine dem Leben im Größten wie im Kleinsten zugewandte Forschung – das muß die Lösung für den Fachgelehrten sein. Und wenn überhaupt eine rationelle Aufteilung der unendlichen Aufgaben unter den Männern der Wissenschaft und des Lehramts stattfinden kann, so nur in dem Sinn, daß einem jeden nach Maßgabe der obwaltenden Verhältnisse die Entfaltung seiner besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten geboten, daß der richtige Mann an den richtigen Platz gestellt wird.

Bei der Besetzung des Marburger Lehrstuhls sollten nach meiner Ansicht von vornherein solche Dozenten ausscheiden, die sich nur oder vorzugsweise spezialistisch auf einzelnen Gebieten betätigen. Für Marburg ist eine spezialistische Verteilung der zwei Lehrstühle naturgemäß sinnlos. Auch der Umstand, daß hier das national-ökonomische Studium noch mit dem Dr. phil. abgeschlossen werden kann, steht einer allzu spezialistischen Begrenzung des hiesigen Interessen- und Aufgabenkreises entgegen, da dies Examen ja gerade die traditionelle, hier stets gepflegte Verbindung mit Philosophie, Geschichte und Geographie zur Grundlage haben soll. Auf die Erhaltung des Dr. phil. ist aber um so entschiedener Wert zu legen, als die mehr aufs Praktische abzielende Ausbildung zum Diplomvolkswirt und Dr. rer. pol. eine solche Ergänzung meines Erachtens unbedingt fordert, wenn nicht das nationalökonomische Studium in seiner tiefsten geistigen Gestalt gefährdet werden soll.

Marburgs Vorzüge für das Volkswirtschaftliche Studium liegen gerade darin, diese allgemeine Vorbildung zum Dr. phil. besser zu ermöglichen als ausgesprochen große Universitäten, in denen der Lehrbetrieb infolge der großen Zahl der Lehrenden und Studierenden notwendigerweise verzweigter und schematischer ist, und in denen die einzelnen Fächer untereinander in weniger enger Fühlung stehen. In Marburg kann der Professor noch in umfassendster Weise als Persönlichkeit auf die Studierenden einwirken, die er gründlich kennenzulernen ausgiebige Gelegenheit hat.

Als Marburger Student habe ich seinerzeit die enge Verbundenheit mit meinem hauptsächlichen Lehrer, Herrn Geheimrat Troeltsch, aber auch mit Herrn Prof. Köppe und mit meinen juristischen Lehrern aufs Wohlthätigste empfunden. An zahlreichen Studiengenerationen habe ich hier erlebt, wie durch sorgfältige, individuelle Pflege auf den Schüler geistig und moralisch eingewirkt und höchste Entfaltung seiner Kräfte und Anlagen erzielt werden kann. Diese nach außen oft unscheinbare, nicht im Glanz von Programmen und Leitsätzen sich spiegelnde Aufbauarbeit erfordert freilich von Dozenten Gewissenhaftigkeit, Entsagung und volle Hingabe. Der Lehrende muß eine zugleich vorbildliche, erfahrene und doch jugendlich empfindende, sich dem Studenten frei erschließende, lebendige Persönlichkeit sein. Farblose und verschlossene Naturen sind auch bei größter Gelehrsamkeit und Strebsamkeit in Marburg fehl am Platz.

Die ruhige und idyllische Abgeschlossenheit Marburgs hat neben unschätzbaren Vorteilen für den nationalökonomischen Dozenten und Studenten doch den unleugbaren Nachteil, daß von den Zentren des pulsierenden Wirtschaftslebens eine fühlbare Entfernung

besteht. Der Dozent muß Lebendigkeit, Spannkraft und inneren Reife genug besitzen, um diese Entfernung geistig zu überbrücken. Nach Möglichkeit muß er selbst in der Praxis gestanden oder doch das praktische Wirtschaftsleben in Großstädten und auf Studienreisen im In- und Ausland beobachtet haben.

Zusammenfassend komme ich zum Ergebnis, daß alles versucht werden sollte, um zur Besetzung des freien Lehrstuhls der Nationalökonomie in Marburg eine hochqualifizierte und geeignete Persönlichkeit zu gewinnen. Eine Fehlbesetzung würde nicht nur die hiesigen Interessen schwer schädigen, sondern Marburg daran hindern zum Wohl des Ganzen neben den größeren Lehrstätten der Nationalökonomie seine besonderen Vorzüge auf diesem wissenschaftlichen Gebiet zu entfalten. Die vorstehenden allgemeinen, aus vieljähriger Kenntnis der Marburger Universität und des hiesigen volkswirtschaftlichen Lehrfachs geschöpften Erfahrungen und Ansichten in namentliche Vorschläge ausmünden zu lassen, ist für mich, der ich bisher von den in Frage kommenden Dozenten nur relativ wenige persönlich kennenzulernen Gelegenheit hatte, schwierig. Ich halte es jedoch für meine Pflicht, mich der auf ministerieller Anordnung beruhenden Aufforderung hierzu nicht zu entziehen, indem ich hoffe, daß meine Vorschläge wenigstens insoweit zur Klärung dienen, als nicht ihr Wort durch meine lückenhafte Personalkennntnis von vornherein beeinträchtigt wird.

Für besonders geeignet unter den mir näher bekannten Hochschullehrern halte ich den in Hamburg dozierenden und allerdings vor nicht allzu langer Zeit bereits einmal erfolglos nach Halle berufenen Prof. Terhalle. Als einer meiner ersten Lehrer hat er mir auf der Universität Breslau durch seine eindrucksvolle und lebendige Art und durch seine kritisch klaren, stets streng sachlichen und trotz der Lebendigkeit von allem Überschwang und allen Einseitigkeiten freien Untersuchungen in der praktischen Nationalökonomie viel gegeben. Auch in Hamburg hatte ich später Gelegenheit, wissenschaftlich in engerem Kreis wieder mit ihm in Berührung zu kommen, wobei sich mein günstiges Bild von ihm nur noch verstärkte. Prof. Terhalle ist es in Hamburg gelungen, die dort sonst recht fühlbare Kluft zwischen Universität und kaufmännischer Praxis zu überbrücken und sich allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Gerade deswegen fürchte ich allerdings, daß Hamburg alles versuchen wird, um diesen vorbildlichen, regen und doch noch aufstrebenden Gelehrten zu halten.

An zweiter Stelle möchte ich den in Jena tätigen außerordentlichen Prof. Wilhelm Röpke vorschlagen, der mir als ehemaliger Studiengenosse und als Freund persönlich nahesteht. Röpke, der ebenso wie ich in der Hauptsache Schüler von Herrn Geheimrat Troeltsch ist und die hiesige Assistentenstelle, die mit mir als erstem, damals außerplanmäßigem Assistenten 1920 geschaffen wurde, 1921–1924 innehatte, hat schon während der Studienzeit aber vor allem später Proben seines ungewöhnlichen Könnens und seiner vielfältigen und glänzenden Begabung gegeben. Auf der Grundlage eines an den Klassikern geschulten Gedankensystems hat Röpke mit großer Lebendigkeit und Beweglichkeit in schriftstellerisch flüssiger und anziehender Form vorzugsweise Untersuchungen über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Probleme angestellt. Auf seine Veröffentlichungen, die, wie

ich glaube, in anderen Gutachten ausführlich gewürdigt werden, möchte ich nicht näher eingehen. Es scheint mir aber wichtig, hervorzuheben, daß die Publikationen Röpkes in der wissenschaftlichen Welt auf vielen Gebieten lebendige Wirkung entfaltet haben, wie man an Zitate und kritischen Auseinandersetzungen in der einschlägigen Literatur immer wieder feststellen kann. Auch da, wo z. B. in der Handelspolitik die ricardianisch-freihändlerische Gesinnung Röpkes abgelehnt wird, können sich doch die Kritiker seinen Gedankengängen nie ganz entziehen. Von dieser lebendigen Wirkungskraft Röpkes verspreche ich mir auch bei seinem persönlichen Umgang mit den Studenten Erfolg.

Für Röpke spricht ferner, daß er Marburg und die Verhältnisse des nationalökonomischen Lehrstuhls im hiesigen Umfang genau kennt, und daß er doch durch seine Reisen nach den Vereinigten Staaten, England, Österreich usw. und durch seine Arbeiten in Berlin seinen Blick für die weltwirtschaftlichen und allgemeinen kulturellen Fragen über die Provinz und Deutschland hinaus erweitert hat.

**167 a. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Münster für das Kultusministerium.**

Münster, 16. Juni 1923.

Ausfertigung, gez. Jacobi als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 514–516.

Als Kandidaten für das wirtschaftswissenschaftliche Ordinariat werden genannt: Fritz Terhalle – Hamburg und Ministerialrat Becker – Berlin. Die Besetzung dieser Stelle ist angesichts des Studentenandrangs dringend nötig.

Vgl. Einleitung, S. 112.

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, für die Schmölesche Professur vorzuschlagen:

Prof. Terhalle, Hamburg,
Ministerialrat Dr. Becker, Finanzministerium Berlin,
aequo loco.

Begründung:

Es erscheint auch in Münster wie an anderen deutschen Universitäten notwendig, eine Fachgliederung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften durchzuführen. Die frühere Plengeschke Professur behandelte die Theorie, die früheren Professuren Schmöle und Terhalle behandelten neben der Theorie der modernen Wirtschaft praktische Fächer. Die Professur Hitze/Weber ist eine theoretische (Gesellschaftslehre), daneben Fürsorgewesen. Die Terhallesche Professur ist bei der Übernahme durch Prof. Bruck verändert worden.

Letzterer erhielt nicht das Lehrgebiet der Statistik, dafür Weltwirtschaftslehre. Nachdem Bruck außer der in seinem Lehrauftrag enthaltenen Industrie-Wirtschaftslehre (weiter der Weltwirtschaftslehre) von Schmöle die Agrarwissenschaft übernommen hat, ist er de jure Terhalles, de facto Schmöles Nachfolger. Danach muß die zu besetzende Professur zweckmäßig die alten Terhalleschen Fächer enthalten.

Der moderne Ausbau des staatswissenschaftlichen Unterrichts verlangt den Bedürfnissen entsprechend die Vertretung der betriebswirtschaftlichen (privatwirtschaftlichen) Fächer, der Finanzwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse des Steuerrechts auf die Privatwirtschaft und weiter die Statistik. Nachdem die Fakultät erkannt hat, daß außer den Persönlichkeiten der ersten Liste, die darauf beruhte, einen Statistiker hierher zu bringen, vorschlagbare Herren nicht vorhanden sind, und überdies die Betonung der ersten beiden Gegenstände wichtiger erscheint, kommt für sie diese Richtung allein in Frage. Alle Orte mit Hochschulen in Deutschland, die Volks- und Privatwirtschaftslehre pflegen, haben auf diesen Gebieten Vertretungen, entweder an den Universitäten selbst oder in arbeitsteiliger Gliederung verteilt auf Universitäten und andere Hochschulen am selben Orte. Der Fall trifft zu für Berlin, Leipzig, München, Köln und Frankfurt. An diesen letzteren Stätten sind für Privatwirtschaftslehre sogar je drei planmäßige Vertreter spezialisiert vorhanden. Hochschulen, die einen so großen Apparat noch nicht bewilligt erhalten oder eine derartige Arbeitsteilung nicht ermöglichen können, weil andere Hochschulen am Orte nicht vorhanden sind, behelfen sich zur Zeit mit einer Professur dieser Richtung. Hierhin gehören Hamburg, Göttingen, Breslau (Terhalle/Hamburg, Passow/Göttingen, Bräuer/Breslau für Finanzwissenschaft, Obst/Breslau für Privatwirtschaftslehre). Auch wir können uns hier in Münster nur mit einer derartigen Persönlichkeit behelfen, wie das ja schon bei der erstmaligen Professur Terhalles zum Ausdruck kam. Es kommt daher also in Frage entweder ein praktischer Nationalökonom mit besonderem Einschlag nach der betriebswirtschaftlichen Seite und Kenntnissen der Finanzwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse des Steuerrechts und Privatwirtschaft, oder ein Praktiker, der als Anwalt oder als Beamter die Fragen der Privatwirtschaft im Industrie- und Handelsleben und die finanzwirtschaftlichen Fragen behandelt hat. Für den ersten Typ schlagen wir Terhalle vor, als Vertreter des zweiten Ministerialrat Becker. Auf Terhalle braucht hier nicht besonders eingegangen zu werden, da er schon einmal die Professur hier bekleidet hat. Als Schüler von Adolf Weber und Schmalenbach, ferner entsprechend seinen Publikationen, kommt er für die von uns gesuchten Gebiete in Frage. Er hat uns mitgeteilt, daß er sogar sehr gern annehmen würde und uns geschrieben, er würde neben dem allgemeinen Lehrauftrag gern die Spezialgebiete: „Finanzwissenschaft, Geld-, Bank- und Börsenwesen und Privatwirtschaftslehre“ zugewiesen erhalten. Ein Vertreter des zweiten Typs ist Becker, der auch mitgeteilt hat, daß er annehmen würde. Es ist zu bemerken, daß andere verdiente Praktiker der wirtschaftlichen Verwaltung kaum zu erhalten sind. Versuche nach dieser Richtung hin waren erfolglos. Es ist überhaupt schwer, einen Praktiker zu finden, der zugleich eine akademische Natur ist und Vortrags- und Lehrtalent besitzt. Becker entspricht vollkommen diesen Ansprüchen, er

hat ein rein akademisches Dezernat im preußischen Finanzministerium (Wirtschaftsleben und Finanzgestaltung), das dem Chef der Finanzverwaltung persönlich unterstellt ist, zur Vorbereitung der schwebenden wichtigsten Wirtschafts- und Finanzfragen. Es wird kaum wichtige Fragen geben, die in den letzten Jahren auf den erwähnten Gebieten zur Diskussion standen, die Becker nicht in irgendeiner Form mitbehandelt hat. Dem Kultusministerium gegenüber verweisen wir zur Erkundigung über ihn auf die Herren Exzellenz von Richter, dessen Vorgänger Minister Saemisch, die Staatssekretäre Heinrici (Ernährungsministerium) und Trendelenburg (Reichswirtschaftsministerium), ferner Ministerialdirektor und Honorarprofessor an der Berliner Universität Dr. Popitz.

Becker, ein geborener Bremer, ist 37 Jahre alt, hat Jura und Nationalökonomie studiert, das Referendar- und Assessor-Examen (letzteres mit Auszeichnung in Hamburg) absolviert. Er war zunächst Syndikus gemeinnütziger Einrichtungen und Geschäftsführer einer Abteilung des Bremer Roten Kreuzes (Wirtschaftshilfe), daneben Rechtsanwalt in Bremen. Auf Empfehlung der Justizkommission des Bremer Senats war er dann im Reichsministerium des Innern als „Mitarbeiter“ des dortigen Geheimrats Frisch in seiner Tätigkeit als Reichskommissar bei der Zentral-Einkaufsgesellschaft bis Ende 1916 tätig. Gleichzeitig arbeitete er einige Monate zu Informationszwecken an der Zentrale der Deutschen Bank. Darauf wurde er Geschäftsführer der offiziellen Kriegs-Organisation zur Versorgung der deutschen Armee und der Zivilbevölkerung mit Tabaken aus dem Orient (Zigaretten-Tabak-Einkaufs-GmbH). Von 1918–20 war er Syndikus und Geschäftsführer des „Bundes deutscher Zigaretten-Fabriken“ in Dresden und Berlin. Später war er dann im preußischen Finanzministerium als Leiter des General-Referats „Wirtschaft und Finanzgestaltung“ tätig und wurde am 1.5.1921 zum Ministerialrat befördert. Zu den Aufgaben des Referats gehört die praktische und theoretische Behandlung aller Geldentwertungs-, Währungs- und Anleihefragen, die wirtschaftliche Wirkung der Reparationen und der Reparationspolitik, der Vergleich der Finanzgestaltung Preußens mit der des Reichs und der anderen Länder, die Beobachtung der Rückwirkung der staatlichen Reichs-Finanzpolitik auf die Wirtschaft und umgekehrt die fortlaufende Beobachtung der Wirtschaft als Grundlage für die Gestaltung der Finanzpolitik. Daneben ist er Referent für Reparationspolitik, für das Eisenbahnwesen, für die Reichskohlensteuer in seinem Ministerium.

Es liegt dringend im Interesse der Universität Münster, die jetzt als hervorragendstes Spezialgebiet Wirtschafts- und Sozialwissenschaft betreibt (ähnlich wie früher in Halle die Landwirtschaft oder in Göttingen Mathematik), daß jetzt den in unserer Liste zum Ausdruck gekommenen Fächern eine Vertretung gegeben wird. Ohne Vertretung der Betriebswirtschaftslehre und der mit dieser im Zusammenhange stehenden Finanzwirtschaftslehre wäre unserer Universität jede gesunde Entwicklung abgeschnitten. Sie könnte u. a. beim Diplom-Volkswirtsexamen sonst die Betriebswirtschaftslehre überhaupt nicht prüfen lassen. Die Prüfungsordnung schreibt vor, daß Gebiete, die nicht vertreten sind, durch andere Wahlfächer zu ersetzen sind. Gerade in einem so ausgesprochenen wirtschaftlichen Gebiete wie Westfalen mit seinem großen, aus der Industrie stammenden oder in die Industrie

gehenden Hörerkreis, erscheint das Fehlen eines Vertreters der hier verlangten Richtung als schwerwiegender Mangel. Es wird schon jetzt erwähnt, daß für unseren Hörerkreis eine praktische Professur dieser Richtung bereits als zu wenig erscheint und wir unbedingt auf weitere Professuren dieser Art rechnen müssen, um den Unterricht in diesen Fächern weiter teilen zu können. In einem andern Schreiben betr. die technologische Assistentenstelle am Staatswissenschaftlichen Seminar wird hierauf noch eingegangen werden. Hier sei erwähnt, daß die Universität Münster außer den auch Nationalökonomie studierenden Juristen, Landwirten, Chemikern und einem starken, aus dem Industriebezirk zu uns strömenden Hospitantenpublikum, nach der letzten Statistik einen Besuch von 716 (gegenüber 682 im Vorsemester) lediglich Wirtschaftswissenschaft Studierenden hat. Wir stehen damit nach den Großstadtuniversitäten an erster Stelle. Während die Sprachwissenschaften, Geschichte und die Naturwissenschaften einschließlich Chemie, dazu die Evangelisch-Theologische Fakultät zusammen soviel Hörer haben wie die Nationalökonomie, haben wir nur 2 etatmäßige Ordinariate und 1 etatmäßiges Extraordinariat (dazu eines entliehen aus der Katholisch-Theologischen Fakultät) in unserer Fakultät gegenüber mehr als 40 etatmäßigen Professuren in den zusammen die gleiche Anzahl Studierenden aufweisenden vorerwähnten anderen Fächern!

**167 b. Denkschrift der Professoren Werner Friedrich Bruck und Heinrich Weber für Kultusminister Otto Boelitz.
Münster, 3. Dezember 1923.**

Ausfertigung, gez. Bruck, Weber.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 560–562.

In Münster besteht eine Notlage in den Wirtschaftswissenschaften, da das Fach Volkswirtschaft die weitaus meisten Studenten der Universität Münster anzieht, aber Lehrkräfte fehlen. Selbst nach Besetzung der gerade offenen dritten Professur bleibt die Belastung der Dozenten übermäßig. Eine weitere Professur sowie Lehraufträge sind nötig.

Vgl. Einleitung, S. 113.

Die unterzeichnete Seminarleitung gestattet sich, Ihr Augenmerk auf die Verhältnisse unserer Bildungsanstalt und ihrer Dozenten sehr ergebenst zu lenken. Bei dem verständnisvollen Eingehen des früheren Herrn Referenten und auch des jetzigen gerade volkswirtschaftlichen Bildungsfragen gegenüber, glauben wir um so mehr auf Berücksichtigung unserer Angelegenheit rechnen zu dürfen. Die Volkswirtschaftslehre erscheint unter allen Hochschuldisziplinen im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Staates herausgehoben. Die Reformen im gesamten Staatsleben, im Wirtschaftsleben und der Verwaltung, die gerade in

diesem Augenblick die deutsche und im besonderen die preußische Bevölkerung beschäftigen, berühren eng die Tätigkeit der staatswissenschaftlichen Professoren. Unsere Universität steht, was volkswirtschaftliche Ausbildung und Zahl der Studierenden anbelangt, gleich als erste hinter den Großstadt-Universitäten im Deutschen Reiche. Der Umfang, den die Disziplin und die Beteiligung an den Lehreinrichtungen genommen hat, ist im vorigen und in diesem Semester erheblich gewachsen. Hat nicht nur die Zahl der regulär an der Universität eingeschriebenen Studierenden zugenommen, so ist – eine Folge der Zeit – der Zustrom der verschiedensten Elemente, die sich in den Staatswissenschaften fortbilden oder noch ein Examen ablegen wollen, so über Erwarten gestiegen, daß unsere Tätigkeit sich zum Teil weit mehr mit der Fortbildung als mit der regulären Studierenden-Ausbildung zu beschäftigen hat. Die Hörer der seitens der Beamtenorganisation im Zusammenhang mit dem Reichsministerium des Innern hier gegründeten Verwaltungs-Hochschule machen bereits einen erheblichen Teil unserer Studierenden aus, wie sie auch unsere Zeit in hohem Maße in Anspruch nehmen. Überdies studieren bei uns eine ganze Reihe von Beamten in richterlicher Stellung, im Verwaltungsdienst jedes Zweiges und jeder Kategorie, Offiziere und Beamte der Schutzpolizei und der Reichswehr, Ingenieure, Kaufleute und Mitglieder anderer freier Berufe. Die Seminarleitung wird sich gestatten, das ganze Zahlenmaterial, das zur Zeit bei der Quästur nicht erhältlich war, noch in einem Nachtrage zu bringen. Es kann schon jetzt betont werden, daß die beiden Professoren Bruck und Weber in ihren Hauptkollegs mindestens 4–500 Hörer und an den Übungen eine Teilnehmerzahl haben, die das 6–10fache der Zahl überschreitet, die ein einzelner Dozent nur ausbilden kann. Besondere Spezial-Ausbildungsmöglichkeiten unserer Universität, wie das Zeitungspraktikum von Prof. Bruck und die sozialen Ausbildungsmöglichkeiten von Prof. Weber, sind hier als überfüllt zu bezeichnen. Unter den Studierenden der letzten Kategorie befinden sich auch eine ganze Reihe von Damen, die Sozialbeamtinnen sind oder solche werden wollen. Wir haben hier auch eine ganze Anzahl katholischer Geistlicher, die sich in den Staatswissenschaften von uns unterrichten lassen und zum Teil auch Examina bei uns ablegen. Die Zahl der Doktoranden, welche die Professoren Bruck und Weber hier unter ihrer speziellen Obhut haben, beträgt zwischen 170 und 180! Die Zahl entspricht ganz der Gesamtzahl der Studierenden der Nationalökonomie an unserer Universität. Trotzdem zur Zeit die Diplomprüfung für die älteren Studierenden keine gesetzliche Notwendigkeit ist, legen bei uns in diesem Semester bereits 7 Kandidaten das volkswirtschaftliche Diplomexamen ab. Im Zusammenhang mit unserer Tätigkeit befinden sich weiter das Seminar für Arbeits- und Berufsberatung, die Kurse für Jugend- und Wohlfahrtspflege und andere Spezialkurse, darunter ein Pressekurs.

Gerade der in Aussicht stehende Beamtenabbau, die schwere Krise der Privatwirtschaft, führt uns dauernd neue Studierende zu, ebenso auch Beamte und Angestellte, die hier noch bessere Ausweise durch Ablegung von Examina finden wollen. Unser Fach ist hiermit das Haupt- und Spezialfach an unserer Universität geworden. Schon im vorigen Semester erlaubten wir uns die Feststellung, daß allein die Zahl unserer Studierenden der entsprä-

che, die hier evangelische Theologie, die gesamten philologischen, historischen und naturwissenschaftlichen Fächer ausmachen. Gegenüber einer Zahl von 40 etatmäßigen Professoren stehen also zur Zeit nur zwei Ordinariate, die als solche nur persönlich dotiert sind, und von denen das eine der Katholisch-Theologischen Fakultät entliehen ist. Selbst die Neubesetzung der Schmöleschen Professur kann an dem schreienden Mißverhältnis zwischen den Ausbildern unserer im gegenwärtigen Augenblick so wichtigen Disziplin für Staat, Verwaltung und volkswirtschaftlichen Wiederaufbau gegenüber den anderen Hochschulvertretern in keiner Weise etwas ändern. Es wird mit diesen drei Lehrkräften ganz ausgeschlossen sein, die Ausbildung von Doktoranden mit umfangreichen Doktorarbeiten, die unter Aufsicht der Professoren entstehen und für den Professor promotor eine erhebliche Korrespondenz mit sich bringen, weiterzuführen. Es wird nicht möglich sein, die Seminararbeit mit Seminararbeiten, die korrigiert werden müssen, durchzuführen. Wir haben in diesem Semester außer der Korrektur der Haus- und Klausurarbeiten in der Diplomprüfung schon zwei mündliche Examenstermine, und können so im nächsten Semester mit 4–5 und vom 3. Semester ab, in dem die reguläre Ablegung des Examens anfängt stattzufinden, mit über 1 Dutzend Terminen rechnen. Zu diesen Terminen treten Doktorprüfungen, die Prüfungen der Staatsbürgerkunde bei dem höheren Lehramtsexamen, bei den Jugend- und Wohlfahrtspflegern usw. Der Professor wird somit zu einer Examensmaschine herabgedrückt. Wie soll er am Weiterbau seiner Vorlesungen arbeiten, wie soll er die Tages- und Zeitschriftenliteratur, gerade in den modernen Fächern (z. B. Währung, weltwirtschaftliche Finanzen, Reichsfinanzgebarung, Bankwesen, Industriewirtschaft, Ernährungswirtschaft, Weltpolitik) verfolgen. Was bleibt für eigene wissenschaftliche Arbeit? Es ist weiter zu berücksichtigen, daß der Studierende heute in ganz anderer Weise auf die persönliche Arbeitsunterstützung durch den Dozenten angewiesen ist wie früher. Es ist dem Studierenden nicht mehr möglich, die einfachste Lehrbuchliteratur sich selbst zu kaufen, geschweige denn eine weitergehende. Überdies hat sich die moderne Wirtschaft – der Zeit entsprechend – in so wahnsinnigem Laufe entwickelt, daß eine für die Studierenden verarbeitete Literatur noch gar nicht vorhanden ist. Der Student ist auch nicht der Lage, für Semester und Doktorarbeiten wie früher Reisen nach Gebieten für seine speziellen Untersuchungen, an die Zentralstellen der großen Verbände, der Bibliotheken in Berlin, Hamburg, Frankfurt und Köln zu unternehmen. Diesem Umstande entsprechend, hat die Seminarleitung ein Wirtschafts-Archiv hier angefangen einzurichten, das nur mit einem Beamten (Dr. Brücher, Geschäftsführer des Plengeschchen Instituts) seine Arbeit aufgenommen hat. Die Referenten sind die Studierenden selbst, die damit zugleich ihre Ausbildung im wissenschaftlichen Chef-Informations- und Nachrichtenwesen erhalten. Die Einrichtung des Archivs stellt zugleich eine erhebliche Belastung der Arbeitszeit der leitenden Dozenten dar. Die wöchentlichen Sprechstunden umfassen bis an die 50 Teilnehmer, reguläre Studierende, Examenskandidaten, Doktoranden, Seminarteilnehmer, und dazu die vielen über ihren Studiengang Auskunft wünschenden Beamten jeder Kategorie und Angestellte freier Berufe.

Auf Grund dieses hier denkschriftlich übergebenen Materials, das wir noch statistisch ergänzen werden, ist ersichtlich, daß es zu den Wesensinteressen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Unterrichtes gehört, daß hier nicht rein mechanisch verfahren wird und einfach Stellen nicht besetzt werden, die durchaus notwendig sind. Die Statistiken der staatswissenschaftlichen Hörerzahlen gegenüber den übrigen Hochschuldisziplinen zeigen, wo der Abbau stattzufinden hat und wo ein gerechter Ausgleich einsetzten muß. Solange je ein Ordinariat für semitische Sprachwissenschaft, für Sanskrit, für Anglistik, für romanische Sprachwissenschaft, für alte Geschichte, für Archäologie und je zwei Ordinariate für klassische Philologie, deutsche Sprache und Geschichte vorhanden sind, bei einer Gesamthörerzahl von nur ein paar Dutzend Hörern, ist wahrscheinlich eine besondere Berücksichtigung unserer Disziplin und der notwendigen Staatsinteressen, die unser Fach vertritt, nicht möglich. Es kommt hinzu, daß sogar die hier erwähnten philologischen und historischen Fächer noch doppelt und dreifach in den Theologischen Fakultäten vertreten sind. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden. Wir schlagen daher vor, daß an hiesiger Universität die zwei persönlichen Ordinariate in planmäßige umgewandelt werden und nach der Besetzung der Schmöleschen Professur noch eine weitere Professur und mindestens 2–3 Lehraufträge geschaffen werden. Das Personal des Seminars ist weiter unbedingt zu ergänzen. Schließlich sind die Sachmittel, für die wir bereits in ausgedehntem Maße private Hilfe in Anspruch nahmen, durch einmalige, größere Zuwendungen zu erweitern.

**167 c. Schreiben der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Münster an das Kultusministerium.**

Münster, 14. Dezember 1923.

Ausfertigung, gez. His als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 552–555.

Wegen rd. 1.000 Studierenden und ca. 180 Doktoranden in den Wirtschaftswissenschaften benötigt Münster vier planmäßige Ordinariate, hat jedoch zur Zeit nur die persönlichen Ordinariate der Professoren Bruck und Weber, die in planmäßige umzuwandeln sind.

Vgl. Einleitung, S. 113.

Die Zahl der Lehrkräfte für Nationalökonomie an der hiesigen Universität reicht nicht aus. Der Andrang der Studierenden wird immer größer. Kennzeichnend für die Lage im nationalökonomischen Gesamtfach ist, daß immer mehr Elemente, die sich nach einem Studium in einem Zweige der Verwaltung oder der Wirtschaft als Beamte oder Angestellte aufhalten, wissenschaftshungrig geworden sind, und sich auf die Universität zurückbegeben, um wirtschaftliche Fragen noch einmal systematisch zu studieren. Der immer stärkere Bedarf

an Nationalökonomien in öffentlichen Stellen und der privaten Wirtschaft war mit dem erwähnten Umstand zusammen einer der Hauptgründe für das rasche Ansteigen von wenigen Tausenden volkswirtschaftlichen Studierenden in Deutschland vor dem Kriege auf 18.000 im vorigen Semester. Eine neue Welle des Zustroms ist infolge des Beamtenabbaus und der drohenden Wirtschaftskrise hinzugetreten. Jeder sucht sich rechtzeitig mehr Berechtigungen und Ausweise durch Ablegung volkswirtschaftlicher Examina zu beschaffen. Die Elemente, die gerade hier hinzutreten, sind nicht die schlechtesten.

Unsere Universität hat als wissenschaftlicher Vorort des größten wirtschaftlichen Zentrums in Mitteleuropa selbstverständlich an dem Steigen der Zahl der Studierenden der Volkswirtschaft ihren normalen und beträchtlichen Anteil gehabt. Seitdem die Professoren Bruck und Weber allein die Ausbildung der Studierenden des Faches in der Hand haben, hat sich die Zahl der immatrikulierten Studierenden der Volkswirtschaft um 70 % erhöht! Mit den 102 Gasthörern, die staatswissenschaftliche Vorlesungen belegt haben, unter denen sich gerade Beamte befinden, die nicht mehr immatrikuliert werden können, die aber noch Examina ablegen wollen, haben wir an die 860 reine volkswirtschaftliche Beflissene in diesem Semester. Dazu treten die juristischen, landwirtschaftlichen, chemischen und anderen Studierenden, die Nationalökonomie obligatorisch oder fakultativ hören, so daß die Fachvertreter der wirtschaftlichen Staatswissenschaften auf eine Hörerschaft von einigen 1.000 Studierenden blicken können. Damit ist die Nationalökonomie das bei weitem frequentierteste Fach an der gesamten Universität. Die Nationalökonomien haben ungefähr dieselbe Anzahl von Hörern wie die Evangelisch-Theologische Fakultät zusammen mit den sämtlichen philologischen, historischen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern, deren Besuch sich fortwährend vermindert. Gegenüber reichlich 40 Professuren auf diesen Gebieten wird aber die Nationalökonomie nur durch zwei persönliche Ordinariate wahrgenommen. Selbst die zu besetzende Schmöllesche Professur kann an dem Umstand nichts ändern, daß die Ausbildung so vieler und verschiedener Elemente von drei offiziellen Vertretern nicht mehr gewährleistet werden kann. Wir sind nach den Großstadtuniversitäten der Zahl der Studierenden nach die größte im Deutschen Reich, soweit es die Nationalökonomie angeht. Die Universität Frankfurt/M., die außer einer Reihe privatwirtschaftlicher, statistischer und sonderfachlicher Ordinariate bisher drei volkswirtschaftliche Ordinariate gehabt hat, erhält ein viertes und hat bereits ein fünftes beantragt. Wir haben sicher, da wir jetzt ja hier Privatwirtschaftslehre nicht vertreten haben, an reinen volkswirtschaftlichen Hörern nicht weniger als die Universität Frankfurt/M. Die Professoren Bruck und Weber haben zur Zeit 180 Doktoranden, eine Zahl, die sich logisch aus dem sechsten bis achten Teil der Hörerschaft ergibt, die ihr Studium mit dem Doktor zum Abschluß bringen wollen, und die ihre Erhöhung darin findet, daß vor Ostern 1924 noch eine Reihe Studierender ohne Diplomexamen die Doktorprüfung als Abschluß erreichen wollen. An hiesiger Universität haben sich bereits in diesem Semester 7 Kandidaten zur Diplom-Volkswirt-Prüfung gemeldet, trotzdem die Ablegung des Examens von ihnen noch nicht verlangt wird. Das bedeutet bereits zwei mündliche Examenstermine im Semester. Im nächsten Semester werden wir wohl deren ein

halbes Dutzend und im übernächsten Semester mehr als ein Dutzend haben. Rechnet man noch die Doktorprüfung hinzu, an die 40–50 im Semester, weiter die Examina auf dem Gebiete der Jugend- und Wohlfahrtspflege, für Staatsbürgerkunde usw., so ergeben sich rund ein Monat Prüfungstage und darüber für den Examinator. Die Prüfungen stellen aber die geringsten Belastungen für den Professor dar. Die Vorbereitungen für die Seminarvorträge, in der Woche mindestens 4–6, die Seminararbeiten mit Korrekturen und die ausgedehnten Sprechstunden für die Besprechung sowie die Durchsicht der Doktorarbeiten, die größtenteils mehrmals gelesen werden müssen, nehmen den größten Teil der Zeit in Anspruch. Bei der heutigen Lage der volkswirtschaftlichen Studierenden, die nicht die Mittel haben, nach den Gebieten zu fahren, wo sie Aufschluß über ihre Untersuchungen erhalten, oder nach den großen Wirtschaftsbibliotheken, bleibt den Professoren nichts anderes übrig als den größten Teil der Korrespondenz für die Studierenden mit zu übernehmen. Es ist weiter zu bemerken, daß die Verwaltungstätigkeit des Institutes, im Interesse der Ermöglichung der Arbeiten der Studierenden, Auskunftsdienst, Wirtschaftsarchiv, Literaturnachweise usw. einen erheblichen Teil der Zeit der Professoren in Anspruch nehmen. Daß unter solchen Umständen ein eigenes wissenschaftliches Arbeiten für den einzelnen Professor nicht möglich ist, ergibt sich von selbst.

Es darf nach dieser Begründung als Forderung aufgestellt werden, daß hier mindestens vier planmäßige Ordinariate und ein paar Lehraufträge vorhanden sind. Wir sprechen uns direkt dagegen aus, Privatdozenten zur Vertretung der Hauptfächer zuzulassen, insbesondere zu so verantwortlichen Aufgaben wie Stellung von Doktor-Themen und Beratung bei diesen, wie weiter Beeinflussung der von uns zu stellenden Ansprüche an die Qualität unserer Studierenden, Doktoranden und anderen Examenskandidaten durch junge, ganz vorübergehend hierher beurlaubte Kräfte.

Die Fakultät erlaubt sich, darauf hinzuweisen, daß die Nationalökonomie gegenwärtig nur durch 2 persönliche Ordinariate vertreten ist, die im Sinne unseres obigen Vorschlages der Umwandlung in planmäßige harren. Eine derartige Besetzung entspricht weder der Bedeutung des Faches noch der unserer Hochschule.¹

¹ Die Klagen über die personelle Unterbesetzung der Wirtschaftswissenschaften in Münster zogen sich über ein Jahrzehnt hin. Als die Fakultät im Juni 1925 für Bruck einen Lehrauftrag für Privatwirtschaftslehre beantragte, lehnte das Kultusministerium ab. Erfolglos erbat Kurator Franz Peters am 15.5.1926 eine vierte volkswirtschaftliche Professur (neben Bruck, Hoffmann und Weber in der Theologischen Fakultät), da nach dem Abgang von Johann Plenge die Prüfungslasten (Diplomvolkswirte und Gerichtsreferendare) sehr hoch seien. 1928 bat die Fakultät erneut, Bruck und Weber zu etatmäßigen Ordinarien zu ernennen, da Münster bei 1.100 Studierenden in der Juristisch-Staatswissenschaftlichen Fakultät nur einen etatmäßigen Ordinarius (Hoffmann) habe. 1929 beantragten Fakultät, Landeshauptmann von Westfalen und Handelskammer Münster eine neue Betriebswirtschaftslehre-Professur zur Ausbildung der Diplomkaufleute, aber das Kultusministerium lehnte wegen Stellen-sperre im Etat 1930 ab, vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 4, Bl. 41, 43, 100–102, 191–193 und 250–270 und Dok. Nr. 169.

168. Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster an Kultusminister Adolf Grimme.

Münster, 26. Mai 1930.

Ausfertigung, gez. His als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 4, Bl. 404–408.

Münster hat aufgrund seiner Lage zu Wirtschaftszentren viele Studierende in den Wirtschaftswissenschaften und es existieren zudem diverse assoziierte Einrichtungen aus Privatmitteln zur Aus- und Weiterbildung Interessierter. Aber das Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verfügt seit dem Abgang Plenges nur über je ein planmäßiges Ordinariat und Extraordinariat. Die zwei persönlichen Ordinarien müssen planmäßig sein, der Etat des Instituts steigen, das technische Personal wie die Zahl der Assistenten vermehrt werden.

Vgl. Einleitung, S. 113.

Betr.: Notlage der volkswirtschaftlichen Universitätsbelange in Münster i. W.

Herr Minister!

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität erlaubt sich, Ihre Aufmerksamkeit auf jahrelange Notstände in personeller und sachlicher Beziehung zu richten, unter denen der Forschungs- und Lehrbetrieb der hiesigen Universität schwer leidet. Gelegentlich der Beantwortung der seitens des Herrn Ministers an unsere Fakultät gerichteten Fragen bezüglich der Reform des juristischen Studiums wird auch der sozialökonomischen Ausbildung gedacht. Die Fakultät ist der Überzeugung, daß die materielle Ausstattung der Inhaber der nationalökonomischen Professuren absolut unzureichend ist. Andererseits sind die hiesigen volkswirtschaftlichen Studieneinrichtungen so groß und für die Geschicke der Fakultät so bedeutungsvoll, daß sie sich zu einem eigenen schriftlichen Bericht verpflichtet fühlt.

Die örtliche Lage Münsters zwischen den großen deutschen Nordseehäfen, eine halbe Automobilstunde von dem größten Industriegebiet Mitteleuropas entfernt, weiter in einem der größten deutschen Textilzentren gelegen, macht die Universität Münster standortlich zu einem der geistigen Zentren der sozialen und wirtschaftlichen Belange eines besonders großen Wirtschaftsgebietes. Das jähe Wachstum der Universität seit ihrer Neugründung, das jetzt in der Studierendenzahl, die in das 6. Tausend hineinreicht, zum Ausdruck kommt, hängt eng mit der örtlichen Lage zusammen. Aus dieser ergeben sich für unsere volkswirtschaftlichen Kollegen besondere Aufgaben, die für Professoren der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an anderen Hochschulen nicht ohne weiteres zutreffen. An die 1.500 Hörer der Rechts- und Staatswissenschaften müssen in Vorlesungen, Übungen der verschiedensten Seminare und Exkursionen unterrichtet werden. Die Sonderstellung, die

der Münsterer wissenschaftliche und Unterrichtsbetrieb der Sozialökonomik einnimmt, besteht darin, daß weite Kreise akademisch gebildeter Juristen, Volkswirte, Sozialbeamter, Ingenieure und ferner Kreise, die sich in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit selbst gebildet haben, nach Fortbildung verlangen. Der junge Jurist hat während seiner Studienzeit so viele Einzeldisziplinen zu betreiben, daß bis zum Examen eine Vertiefung in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften unmöglich ist. Wie Zitelmann es mehrmals betont hat, er wird erst „wissenschaftshungrig“, wenn er irgendwie in Reichs-, Staats- oder Kommunalverwaltung, bei Gerichten, in der Praxis von Verbänden und Gewerkschaften usw. in die Probleme mehr eindringt. Der Ansturm gerade aus diesen Kreisen ist an unserer Universität besonders stark. Die seminaristische Einzelunterrichtung gerade solcher Kräfte und die planmäßige Versorgung mit größeren Vorlesungen und Vortragsreihen für diese Kategorie gehört zu den besonderen Aufgaben unserer sozialökonomischen Kollegen. Die Fakultät ist der Überzeugung, daß diese über den eigentlichen Ausbildungsbetrieb der jungen Studierenden sich ergebenden Ausbildungs- und Fortbildungsaufgaben von den Vertretern der Nationalökonomie nur unter Schädigung lebenswichtiger Interessen der Universität vernachlässigt werden könnten.

Das Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gewinnt für den Ruhrbezirk und die anderen Gebiete der Umgebung und Nachbarschaft der Landesuniversität eine in immer weiteren Kreisen erkannte Bedeutung als Zentrum der Belehrung und des Studiums. Das Direktorium, bestehend aus den Professoren Dr. Hoffmann, Dr. Bruck und Dr. Dr. Weber, hat dieses Institut, um die einzelnen großen Aufgaben besser betreiben zu können, in eine Reihe von einzelnen Abteilungen aufgeteilt, die nahezu selbständige Einrichtungen darstellen. Darunter befinden sich Seminare, Studien- und Fortbildungsgesellschaften. Da etatmäßig nicht irgendwelche ausreichenden Mittel für ein akademisches Hilfspersonal vorhanden sind, haben die Professoren in privater Werbetätigkeit die Mittel hierfür aufbringen müssen. Es ist zugleich dadurch gelungen, einer Reihe junger Wissenschaftler in schwerer Zeit eine Möglichkeit zu wissenschaftlicher Weiterbildung zu geben und der Wissenschaft oder auch der Praxis dadurch besonders vorgebildete Elemente bereitzustellen. An Einrichtungen der erwähnten Art, die entweder direkt mit dem Institut zusammenhängen oder eingetragene Vereine sind, die indirekt in engster Fühlung mit dem Institut stehen, sind vorhanden:

- a) Seminar für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung (Prof. Weber)
- b) Sozialpolitisches Seminar E. V. (Prof. Weber)
- c) Seminar für Gewerkschaftswesen (Prof. Weber – Prof. Woldt)
- d) Seminar für Fürsorgewesen (Prof. Weber)
- e) Seminar für Mittelstands- einschließlich Beamtenfragen (zugleich Westfälische Verwaltungsakademie mit Abteilungen in Bochum und Dortmund) (Prof. Bruck – Prof. Weber)
- f) Seminar für Wirtschafts- und Sozialpädagogik (Prof. Weber)
- g) Seminar für Kommunalwirtschaft und -politik (Prof. Hoffmann, Prof. Bühler, Prof. Bruck, Prof. Weber, Prof. Most)
- h) Betriebswirtschaftliches Seminar (Prof. Bruck)

- i) Zeitungs-Seminar (Prof. Bruck)
- k) Weltwirtschaftliches Archiv im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft zu Münster E. V. (Prof. Bruck)
- l) Politisches Seminar (Prof. Hoffmann)
- m) Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen (Prof. Bruck)
- n) Verkehrs-Seminar (Prof. Bruck).

Durch diese Einrichtungen, die gewöhnlich mit den maßgebenden Kreisen der öffentlichen Hand oder der privaten in Fühlung stehen, war es möglich, nicht nur ein akademisches und technisches Hilfspersonal zu erhalten, sondern auch die notwendigsten Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zu beschaffen. Demgegenüber besteht der Etat des Instituts nur aus RM 3.000!

Neben der Ausbildung der Volkswirte, Privatwirte und Juristen unterliegt den sozialwissenschaftlichen Kollegen die Ausbildung in Staatsbürgerkunde, die von Angehörigen der Philosophischen Fakultät gehört und betrieben wird, weiter die der Theologen beider Fakultäten, welche immer mehr sozialwissenschaftliche Kenntnisse erstreben und von denen bereits eine ganze Reihe regelmäßig das Diplom für Sozialbeamte, den Diplom-Volkswirt oder den Dr. rer. pol. erwerben.

Wie verhält sich gegenüber diesen Aufgaben der Staatshaushalt? Im Etat der Fakultät stehen 2 planmäßige Ordinariate und ein planmäßiges Extraordinariat, das k. w. ist. Das eine planmäßige Ordinariat kommt für die Fakultät nicht mehr in Frage. Sein Inhaber gehört als Honorarprofessor der Philosophischen Fakultät schon lange nicht mehr zu den Ausbildern irgendwie weiterer Kreise der im normalen Studiengang auszubildenden Universitätsstudierenden.¹ Somit besitzt die Universität Münster trotz der großen Hörerzahl, trotz der erwähnten Aufgaben nur ein einziges planmäßiges Ordinariat! Die Fakultät gestattet sich, den Herrn Minister erneut auf diese personell und sachlich unzureichende Ausstattung hinzuweisen. Es ist uns keine einzige preußische Universität bekannt, an der ein einziges planmäßiges Ordinariat für Nationalökonomie vorhanden ist. Das erscheint um so unzulänglicher, wenn man die großen Zahlen der Studierenden gerade an der Universität

¹ Gemeint ist Johann Plenge, der nach Zerwürfnissen mit Kollegen 1923 aus der Juristischen Fakultät ausgegliedert wurde und ein separates Institut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologie zugewiesen erhielt. Dem streitlustigen Plenge, der wegen vermeintlicher Zurücksetzung viele empörte Briefe an das Kultusministerium sandte, erteilte C. H. Becker 1925 einen Verweis. Sein Institut und Plenge als Honorarprofessor wurden 1926 der Philosophischen Fakultät zugeordnet. Trotzdem besaß Plenge, mit Kultusminister Haenisch befreundet und für eine Art nationalen Sozialismus eintretend, viel Wohlwollen im Kultusministerium, was sich in Zuschüssen und Gehaltserhöhung (1928: 13.600 RM Gehalt, 2.000 RM Remuneration, 5.000 RM Kolleggeldgarantie) ausdrückte. Die Vorgänge in GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 376–401 und 472–474 und Bd. 4, Bl. 45–48, 114–118, 180, 203–238 und 249. Überblick (ohne Bezug auf diese Akten) bei: Demiriz, Sara-Marie, Aus den „Ideen von 1914“. Der Staatswissenschaftler Johann Plenge und seine Institute an der Universität Münster, in: Thamer, Hans-Ulrich u. a. (Hrsg.), Die Universität Münster im Nationalsozialismus, Bd. 2, Münster 2012, S. 1083–1112.

Münster, die heute zu den größten gehört, ins Auge faßt. Das k. w. planmäßige Extraordinariat wird von dem ordentlichen Prof. Bruck versehen. Der ordentliche Prof. Weber, der Lehrverpflichtungen für 2 Fakultäten wahrnimmt und dadurch finanziell die Mittel für eine Professur einspart, ist Inhaber eines planmäßigen Extraordinariats der Katholischen Theologischen Fakultät. Die Fakultät hat bereits 5 Mal auf diese Mißstände hinsichtlich der Ausstattung mit etatmäßigen Professuren hingewiesen. Aus Anlaß der juristischen Studienreform hat das Ministerium als unbedingt zu erfüllende Voraussetzung für die Durchführung derselben eine bessere Ausstattung der Fakultäten in personeller Hinsicht betont. Angesichts der Aufforderung des Ministeriums, den personellen Bedarf anzumelden, erachtet es die Fakultät als ihre vordringlichste Bitte, nunmehr die Etatisierung der beiden genannten persönlichen Ordinarien (Prof. Bruck und Prof. Weber) endlich durchführen zu wollen. Die Fakultät bittet weiter den Herrn Minister, die Etatsumme für das Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf einen Betrag zu erhöhen, der einigermaßen den wirklichen Bedürfnissen Rechnung trägt. – Die 3 erwähnten Hauptvertreter der Wirtschaftslehre unserer Fakultät haben nicht einen einzigen planmäßigen Assistenten. Es wird ergebenst gebeten, die bisherigen außerplanmäßigen Assistenten zu belassen, einen weiteren zu bewilligen, dem Privatdozenten Dr. Kromphardt einen Lehrauftrag zu erteilen und das technische Personal zu vermehren.²

2 Gemäß Randbemerkung auf Bl. 404 wurde die beantragte Umwandlung der Professur Weber für 1931 abgelehnt. 1931 beantragte die Fakultät erneut, Bruck und Weber zu planmäßigen Ordinarien zu machen, zumal die Professur Plenge der Fakultät seit 1923 fehle, vgl. Bl. 337, 378–385 und folgendes Dok.

169. Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster an Kultusminister Adolf Grimme mit Anlage.

Münster, 28. bzw. 25. Januar 1932.

Ausfertigung, gez. Krückmann als Dekan; Ausfertigung, gez. W. F. Bruck, H. Weber, Linhardt; Abschrift.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 4, Bl. 384–387.

Aufgrund der rückläufigen Studierendenzahl und Entlastung der Ökonomen im juristischen Studium bzw. bei Prüfungen braucht Münster keinen dritten volkswirtschaftlichen Ordinarius, aber Bruck und Weber sollen zu Ordinarien aufrücken. Die von Plenge besetzte, der Philosophischen Fakultät zugeordnete Professur muss grundsätzlich den Wirtschaftswissenschaften erhalten bleiben.

Vgl. Einleitung, S. 113.

Um der von dem Ministerium gewünschten Beschleunigung willen, läßt die Fakultät dieses Schreiben unmittelbar an das Ministerium gehen unter gleichzeitiger Überreichung eines Durchschlags an das Universitätskuratorium.

Im Zusammenhang mit den gewünschten Sparmaßnahmen erklärt die Fakultät angesichts der augenblicklichen Verhältnisse einen dritten nationalökonomischen Ordinarius für zur Zeit entbehrlich und bezieht sich dafür auf die in der Anlage von den Vertretern der Volkswirtschaft beigegebene Begründung. Sie bittet, das Ordinariat Hoffmann Herrn Bruck zu übertragen und das persönliche Ordinariat Bruck fortfallen zu lassen.

Sie bittet ferner, das neue zivilrechtliche Ordinariat Herrn Naendrup zu übertragen, so daß sein persönliches Ordinariat fortfallen könnte. – Die Fakultät hielt diese Berücksichtigung des Herrn Naendrup deshalb für gerechtfertigt, weil ganz allgemein die geschäftliche Belastung der zivilistischen Professoren außerordentlich gesteigert ist und dieser Belastung zusammen mit der daran hängenden Verantwortlichkeit auch eine entsprechende Dienststellung korrespondieren müßte.

Zugleich erlaubt sich die Fakultät, daran zu erinnern, daß sie schon wiederholt Eingaben gemacht hat, den Herrn Weber in ein volles Ordinariat einzusetzen, und bittet erneut, ihm ein planmäßiges Ordinariat zu verleihen. Auch für die volkswirtschaftlichen Dozenten trifft zu, was für die zivilistischen Dozenten schon bemerkt ist, daß ihnen eine viel höhere Arbeitsleistung angesonnen wird, wie sich die ja schon aus der Tatsache ergibt, daß das Ordinariat Hoffmann nicht durch eine dritte Kraft besetzt wird.

Wirtschaftlich kommt zu dem Fortfall von zwei persönlichen Ordinariaten hinzu, daß das zweite strafrechtliche Ordinariat finanziell nicht voll ausgenutzt wird, da es nur mit einem persönlichen Ordinarius besetzt ist.

[Anlage]

Begründung!

Die wirtschaftswissenschaftlichen Professoren glaubten in der Notzeit des deutschen Volkes mit Hilfe vorhandener und hinzutretender Nichtordinarien (Honorarprofessoren, außerplanmäßiger Extraordinarius, Privatdozenten und beauftragte Dozenten) den Lehrbetrieb durchführen zu können.

1.) Nachdem die aus dem Kriege zurückströmenden Soldaten sich als Studierende in großen Scharen auf den Zweig der Volkswirtschaftslehre gestürzt hatten, erschien es ratsam, in Deutschland zweite oder dritte Professuren der Wirtschaftswissenschaften zu schaffen. Einzelne Universitäten wie Freiburg, Tübingen, Rostock, Gießen, Marburg haben sogar bis heute nur zwei volkswirtschaftliche Ordinarien, Würzburg nur einen und Königsberg und Freiburg waren praktisch immer nur mit 2 Professoren besetzt. Die starke Bewegung mit vielen tausend Volkswirten flaute bereits seit der Einführung des Dipl.-Volkswirt-Examens ab. Jetzt findet dieses in Preußen nur noch in geringfügigem Umfang statt. Einzelne Universitäten halten bereits semesterweise kein Examen ab. Auch hier in Münster ist augenblicklich die Zahl der nationalökonomischen Prüfungskandidaten sehr gering. Trotzdem auch jetzt durch die von der Weltkrise hervorgerufene Arbeitslosigkeit eine enorme Steigerung der Gesamt-Universität-Hörerzahl eingetreten ist, hat die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät Münster mit dieser nicht Schritt gehalten. Vom Sommersemester 1931 zum gegenwärtigen Wintersemester 1931/32 ist beispielsweise in der Medizinischen Fakultät ein Zuwachs von nahezu 200 Studierenden erfolgt. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät zeigt dagegen das folgende Bild:

Im Sommersemester 1931 gab es an der Universität Münster

rein juristische Hörer	948 Männer	51 Frauen
Staatswissenschaftler	134 Männer	28 Frauen
Rechts- und Staatswissenschaftler	34 Männer	3 Frauen

Im Wintersemester 1931/32:

rein juristische Hörer	841 Männer	52 Frauen
Staatswissenschaftler	128 Männer	34 Frauen
Rechts- und Staatswissenschaftler	24 Männer	2 Frauen

Die Zahlen zeigen, daß die Frequenz der männlichen Studierenden der Fakultät, und das trifft auch für das übrige Deutschland zu, infolge der Warnungen der Behörden und Berufsverbände erheblich abnimmt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß unter den volkswirtschaftlichen Hörern Münsters sich 2–3 Dutzend von Studierenden befinden, die zumeist erst aus Wirtschaftsnot in das Gebiet herüberwechseln (darunter 1 ½ Dutzend Diplom-Ingenieure), von denen einzelne gar nicht in Münster wohnen, bleibt eine Zahl von nur etwas über 100 tatsächlichen Hörern übrig. – Es ist erkennbar, wie groß die Zahl der auf 1 Semester entfallenden Studierenden nur sein kann, wenn auf ein achtsemestriges Studium insgesamt nur etwas über 100 Studierende entfallen.

2.) Die juristische Studienreform hat zu einer Reduzierung des volkswirtschaftlichen Studienprogramms geführt. Außerdem sind die nationalökonomischen Professoren durch den juristischen Prüfungsbetrieb kaum noch in Anspruch genommen. Dadurch ergibt sich eine bedeutsame Verringerung der Arbeit der nationalökonomischen Lehrkräfte. Im einzelnen ergibt sich nach dem heutigen Stand folgende Beanspruchung:

Bei 3 volkswirtschaftlichen ordentlichen Professoren fällt im Turnus von 6 Semestern der eine immer in einem Semester bei den zugleich für Juristen bestimmten Vorlesungen (also den Hauptvorlesungen) vollkommen aus, und in zwei weiteren Semestern hat er überhaupt nur eine zweistündige Einführung oder Übung zu lesen. – Bei einer Besetzung mit 2 Ordinarien ist in einem Turnus von 6 Semestern die Höchstzahl der Stunden eines Professors 6 (!), darunter eine Besprechungsstunde in der Theorie. Alle zwei Semester hat je einer der Professoren überhaupt nur eine 2stündige Vorlesung oder Übung, dabei ist zu berücksichtigen, daß auf Grund der juristischen Studienreform die 2 volkswirtschaftlichen Hauptvorlesungen, die praktische Vorlesung und Finanzwissenschaft, von 4 auf 3 Stunden heruntergesetzt worden sind.

3.) Diese Entlastung in der Lehr- und Prüfungstätigkeit gibt den nationalökonomischen Professoren einen größeren Spielraum für ihre Forschungstätigkeit.

4.) Die Fakultät stellt fest, daß das zur Zeit durch Prof. Plenge besetzte volkswirtschaftliche Ordinariat ein Etattitel der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät ist. Sie rechnet damit, daß es ihr wieder zufällt. Dadurch ist bei einer eventuellen Erweiterung der Lehrverpflichtungen später die Möglichkeit gegeben, wieder eine volle Lehrkraft in den Dienst der nationalökonomischen Ausbildung zu stellen.¹

¹ *Durch den Weggang von Hoffmann nach Greifswald konnte Bruck zum 1.7.1932 in dessen Ordinariat einrücken und, da im Zuge der juristischen Studienreform in Münster je ein Ordinariat und Extraordinariat neu geschaffen wurden, Weber das neue Ordinariat (bzw. dessen Dotierung) übernehmen, während Brucks bisheriges Extraordinariat aufgrund k. w.-Vermerk wegfiel, vgl. Schreiben des Kultusministeriums vom 28.6.1932, Bl. 389 der Akte.*

**170. Denkschrift der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Universität Frankfurt für das Kultusministerium.**

Frankfurt/M., Mitte 1933.

Reinschrift, ungez.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 430–433.

Die Fakultät will am neuen Staat mitarbeiten und sowohl die völkisch-politische Bildung der Studierenden wie die Berufsbildung fördern. Zur Lehre vom Volkstum und von der berufsständischen Gesellschaft sind Soziologie, Politikwissenschaft sowie Rassen- und Völkerkunde umzugestalten und um ein neues Sozialwissenschaftliches Institut zu ergänzen.

Vgl. Einleitung, S. 114.

Die Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät bei der Erneuerung der Universität.

Seit der politischen Umgestaltung Deutschland im Frühjahr 1933 hat sich die Frankfurter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät mehrfach eingehend mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise sie als Glied der Universität bei der Erneuerung des Hochschulunterrichts mitwirken könne. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist in den folgenden Leitsätzen niedergelegt:

- 1) Auszugehen ist von der Erwägung, daß die Aufgabe der Universität eine doppelte ist:
 - a) eine allgemeine, bei deren Erfüllung alle Fakultäten zusammenzuwirken haben: die völkisch-politische Bildung der Studierenden,
 - b) eine besondere, die sich auf die einzelnen Fakultäten verteilt: die Berufsbildung.
- 2) Bei der völkisch-politischen Ausbildung der Gesamtheit der Studierenden kann die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät wegen der Eigenart ihrer Studiengebiete in hervorragendem Maße mitwirken. Sie könnte sogar, ihrer ursprünglichen, in der Vergangenheit etwas vernachlässigten Aufgabe entsprechend, zum geistigen Mittelpunkt der gesamten völkisch-politischen Bildungsarbeit der Universität gemacht werden. Daneben würde natürlich ihre bisherige Hauptaufgabe, die wirtschaftswissenschaftliche Berufsausbildung (der Volkswirte, Kaufleute, Handelslehrer, Gewerbelehrer, Fürsorgebeamten, Statistiker) unverändert weiterbestehen bleiben. Dabei ist jedoch besonderer Wert darauf zu legen, daß die völkisch-politische Idee während der Dauer des ganzen Studiums auch die gesamte berufliche Ausbildung, die naturgemäß den größeren Teil der Arbeitskraft der Studierenden in Anspruch nimmt, durchdringt; vor allem wird es dabei auf die Pflege des „Berufsethos“ und der Grundsätze des Ständewesens ankommen.
- 3) An der völkisch-politischen Ausbildung, deren Ziel ein „geistiges Soldatentum“ sein soll, kann sich die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät schon in ihrer jetzigen

Zusammensetzung durch eine stattliche Reihe von geeigneten größeren und kleineren Vorlesungen (mit Besprechungen) beteiligen.

Sollte z. B. nach dem Vorschlage Freyers zur Einführung der Studierenden in die Politik ein „politisches Semester“ eingerichtet werden, so könnte sie dazu zahlreiche geeignete ein- bis dreistündige Vorlesungen aus allen ihren Sondergebieten – Volks- und Betriebswirtschaftslehre einschließlich Finanzwissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie, Soziologie, Völkerkunde, Politik, Fürsorgewesen, Statistik (Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik des deutschen Volkes) – beisteuern. Auch in den auf das „politische Semester“ folgenden Studienjahren könnte die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät allen Studierenden reichliche Gelegenheit zu ihrer politischen Weiterbildung bieten.

4) Darüber hinaus wäre es möglich und in hohem Maße erstrebenswert, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät durch Weiterentwicklung ihres sozialwissenschaftlichen Zweiges (namentlich durch Berufung führender Persönlichkeiten auf ihre zur Zeit vakanten Lehrstühle) zum Zentralorgan der gesamten völkisch-politischen Bildungsarbeit der Universität zu machen. In dieser Hinsicht sind die drei wichtigsten Gebiete, die sie schon seit Jahren gepflegt hat, die aber sämtlich eines gründlichen zeitgemäßen Um- und Ausbaus bedürfen, die Soziologie, die Politik und die Völker- und Rassenkunde.

Einer grundlegenden Umgestaltung würde besonders der Unterricht in der Soziologie bedürfen. Sie muß vor allem eine Lehre vom Volkstum und von der berufsständischen Gesellschaft sein.

5) Dem Lehrstuhl für Soziologie sollte ein Sozialwissenschaftliches Institut (anstelle des bisherigen Seminars für Soziologie) angegliedert werden, das aus zwei Abteilungen bestehen müßte:

- 1) einer solchen für Volkskunde,
- 2) einer solchen für Berufsständewesen, das etwa drei Gruppen haben würde:
 - a) Berufsständische Soziallehre,
 - b) Berufsständische Wirtschaftslehre,
 - c) Berufsständische Arbeits- und Betriebslehre.

Dem Sozialwissenschaftlichen Institut und seinen beiden Abteilungen könnte eine gemeinsame Bibliothek dienen. Diese wäre durch die Zusammenlegung der Bibliotheken des bisherigen Soziologischen Seminars und des Sozialen Museums zu bilden.

6) Zur Erfüllung ihrer völkisch-politischen und beruflichen Aufgaben muß die Selbständigkeit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten erhalten bleiben. Würden etwa ihre Lehrstühle auf die Juristische und die Philosophische Fakultät aufgeteilt werden, so wäre damit die nachhaltige Pflege der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die in Frankfurt von besonders großer Wichtigkeit ist, schwer gefährdet.

7) Sollte anstelle der früheren „Akademie der Arbeit“ in Frankfurt eine neue Bildungsstätte für Arbeiter, Angestellte und Handwerker errichtet werden – was die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät sehr willkommen heißen würde –, so stellt diese für die dort zu leistende Arbeit ihre Dienste zur Verfügung.

8) Sollte die Ausbildung der (schon jetzt hauptsächlich auf die Universitätsvorlesungen angewiesenen) Gewerbelehrer im Berufspädagogischen Institut neu geregelt werden, wobei auf die Wiedereinführung eines sechssemestrigen Studiums der Hauptwert zu legen wäre, so wäre eine engere Verbindung des Instituts mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sehr zu wünschen.

9) Das neue deutsche Studentenrecht bedingt eine gesicherte Mitwirkung der Studierenden an den Instituten der Universität. Wie in dem bestehenden Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Fakultät, so sollten auch in dem geplanten Sozialwissenschaftlichen Institut die Studierenden an der Vorbereitung der Unterrichtspläne, insbesondere an der Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaften und Seminare beteiligt werden. Bei solch einer aktiven Beteiligung könnte das Institut der Mittelpunkt der völkisch-politischen Erziehung der gesamten Studentenschaft der Universität werden.

4. Geschichtswissenschaft

171 a. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an Finanzminister Hermann Lüdemann.

Berlin, 25. September 1920.

Ausfertigung, gez. Haenisch.

GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6537, n. f.

Anmeldung eines neuen Extraordinariats für Geschichte der Demokratie und des Sozialismus an der Universität Berlin, da es sich um unerforschte Massenbewegungen handelt und damit auch das politische Bewusstsein der Studenten gehoben werden kann.

Vgl. Einleitung, S. 49 und 118.

Anmeldung für den Staatshaushalt 1921.

Dauernde Ausgaben

Universität Berlin.

Mehr bei Kapitel 119 Titel 2 zu Extraordinariat für Geschichte der Demokratie und des Sozialismus 10.750 Durchschnittsbesoldung + 3.500 Ortszuschlag = 14.250 M.

Die Erkenntnis von der geschichtlichen Bedeutung der Masse und der politischen und gesellschaftlichen Ideale, die sie beherrschen, ist durch die historische Entwicklung in den letzten Jahren aufs neue Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden. Die deutsche akademische Geschichtswissenschaft hat dem Sozialismus und der Lehre von der Demokratie ebenso wie der Massenbewegung im allgemeinen bislang nicht eine hinreichende Beachtung geschenkt. Die Geschichte der politischen Parteien wird in Zukunft eines viel eindringlicheren Studiums bedürfen. Die Ideologie großer Massenbewegungen wird auch schon deshalb eine ausgebaut wissenschaftliche Betrachtung benötigen, weil die politischen Ergebnisse des Krieges zum Teil auf einem Mangel der Erkenntnis dieser Faktoren beruhen. So scheint es eine Notwendigkeit, an der ersten Universität des Landes einen Lehrstuhl zu schaffen, durch den die Geschichte der mächtigsten politischen und sozialen Bewegungen unserer Tage den Studierenden erhellt werden könnte. Ich verspreche mir insbesondere auch von der Einrichtung dieser Professur eine Erstarkung und Neubelebung des politischen Verantwortungsgefühls auf seiten der Studierenden.¹

¹ *Die ministerielle Argumentation folgt einer Ausarbeitung Gustav Mayers für das Kultusministerium vom Juli 1920, in: GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 121–122v. Darin kritisierte er die deutsche akademische Geschichtswissenschaft deutlich: Entsprechend dem Habitus des Obrigkeitsstaats, in dem sich ihre Vorstellungen und Wertungen bildeten, und des Bürgertums, aus dem ihre namhaften Vertreter entsprossen und in dem sie wurzelten, beachtete sie fast ausschließlich die Aktionen der Regierungen und*

**171 b. Schreiben von Gustav Mayer an Kultusminister Konrad Haenisch.
Berlin-Lankwitz, [14.] Januar 1921.**

Ausfertigung, gez. Mayer.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 238–238v.

Sorge, ob der neu zu wählende, vermutlich rechts orientierte Landtag die Professur für Geschichte der Demokratie und des Sozialismus bewilligen wird und Mayer im Sommersemester nur mit Lehrauftrag unterrichten kann, während Staatssekretär a. D. August Müller seine Professur bereits inne hat. Bitte um Gewährung der Abiturberechtigung für die private Berthold-Otto-Schule in Berlin-Lichterfelde, in der Mayers Sohn zur Schule geht.

Vgl. Einleitung, S. 49 und 118.

Sehr verehrter Herr Minister,

als ich in der Morgenzeitung las, daß der Kultusetat angenommen sei, glaubte ich bestimmt, daß die feste Anstellung zum 1. April, mit der ich rechnete, nun gesichert sei.² Aber ein Anruf bei Herrn Geheimrat Wende belehrte mich, wie schief gewickelt ich war. Der Posten erscheint erst im nächsten Etat, der dem neuen, sicherlich wesentlich reaktionären Landtag zu unterbreiten ist! Und wer bürgt, daß für einen Lehrstuhl wie dem für mich beantragten dann überhaupt noch Stimmung ist!? Ich muß nun im Sommersemester wieder für M 150.– monatlich lesen, ohne eine Sicherheit zu haben, daß mir, wenn ich ausharre, für die Ernährung meiner Familie sichere Aussichten bleiben. August Müller ist mir ein lieber Bekannter, dem ich alles Gute wünsche, aber warum war für mich, der ich wissenschaftlich doch ganz anders dastehe, nicht das gleiche möglich wie für ihn?

die Zielsetzungen der politisch, wirtschaftlich, geistig und kulturell führenden Schichten. *Diese Ausarbeitung ist gedruckt bei: Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Gustav Mayer. Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914–1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, München 2009, S. 449 f. Die Berliner Philosophische Fakultät lehnte in ihrer Stellungnahme zur Besetzung der Professur mit Mayer vom 24.11.1921 speziell die Denomination als willkürlich aus politischen Motiven gewählt, ab, betrachtete Mayer aber für eine Professur für Geschichte der politischen Parteien als nicht ungeeignet, in: GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 356–356v. Vgl. dazu bereits Grüttner, Michael, Die Universität in der Weimarer Republik, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen (1918–1945), Berlin 2012, S. 67–134, hier S. 122–124.*

- 2 Mit Schreiben vom 7.2.1920 (GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 1, Bl. 462 f.) hatte Mayer Minister Haenisch gebeten, ihm zur Existenzsicherung und Arbeit am Nachlass Lassalles ein Extraordinariat zu schaffen. In der Berliner Fakultät seien zwar Schumacher, Sering, Meinecke und Hintze dafür, aber den Widerstand der Alldeutschen und Nichthistoriker könne nur ein kräftiger Einsatz des Kultusministeriums brechen. Nach einer Aufzeichnung Wendes vom 18.3.1920 (Bl. 465) sprach er mehrfach mit Mayer darüber. Zum Fakultätsstreit um die Professur vgl. Prellwitz, Jens, Jüdisches Erbe, sozialliberales Ethos und deutsche Nation: Gustav Mayer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mannheim 1998, S. 190–193.

Wir kennen uns zu lange, verehrtester Herr Minister, als daß Sie mir eine so offene Sprache verübeln könnten. Ich glaube, auch Sie lieben, daß man offen zu Ihnen spricht! Wollen Sie mir mündlich antworten, so genügt ein Anruf und ich komme gern.³

Darf ich noch mit einem Wort an unsere Begegnung in der Berthold-Otto-Schule anknüpfen? Wir Eltern haben jetzt für die Schule bedeutende pekuniäre Opfer gebracht. Könnten Sie nicht noch vor den Wahlen der so hart kämpfenden Schule die Berechtigung zum Abiturium geben? Das kostet den Staat nichts und enthebt uns und unsere Kinder schwerer Sorgen.

Mit aller aufrichtigen Wertschätzung verbleibe ich Ihr stets ergebener

171 c. Zeitungsartikel der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“.

Berlin, 5. Januar 1922.

Druck.

Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung, in: GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6537, n. f.

Der von Minister Haenisch geplante Lehrstuhl für Geschichte der Demokratie besitzt eine zu enge Denomination und ist ein Beispiel für den demokratisch-sozialistischen Missbrauch der Hochschulen. Ein Günstling der herrschenden Parteien soll ihn erhalten.

Vgl. Einleitung, S. 49 und 118.

Demokratisch-sozialistischer Mißbrauch der Universitäten.

Aus akademischen Kreisen wird geschrieben:

Haenisch hat im „Berliner Tageblatt“ für die Berliner Universität einen „Lehrstuhl für Geschichte der Demokratie“ gefordert und verzeichnet mit Genugtuung, daß dieser auch vom Landtag bewilligt worden ist. Eine Professur mit so beispiellos enger Begrenzung ist etwas sehr sonderbares. Wir haben hier wiederum ein Beispiel dafür vor uns, wie Staat und staatliche Institute in den Dienst der Partei gestellt werden.

Haenisch hätte sich doch erkundigen sollen, wie Aristoteles, dessen Begriffssystem der Fachausdruck „Demokratie“ entstammt, über diese gedacht hat, und er hätte sich sagen sollen, daß, wenn ein Lehrstuhl für Geschichte der Demokratie gegründet wird, auch solche für Geschichte der Aristokratie, Oligarchie, Monarchie nachfolgen müßten. Oder meint er vielleicht, daß die Demokratie die einzige Verfassungsform ist, die keine Zukunft mehr

³ Haenisch versicherte Mayer mit Schreiben vom 2.2.1921 (Bl. 240 der Akte), dass ihm die Professur höchstwahrscheinlich schon zum Sommersemester 1921 übertragen werde und nur die förmliche Etatisierung [...] erst später durch den Landtag erfolge.

besitzt, mit der man sich daher nur noch geschichtlich befassen kann, und der deshalb schleunigst ein Geschichtsschreiber von Staats wegen gegeben werden muß?

Es ist ja ganz sinnlos, einen besonderen Lehrstuhl für Geschichte der Demokratie zu schaffen. Wer Geschichte der Demokratie treibt, der muß sich ebenso mit der Geschichte der anderen Verfassungsformen befassen, falls sein Urteil über die Leistungen der Demokratie nicht urteilslos sein soll. Indessen für Haenisch ist die Wissenschaft ja nur Mittel zum Zweck. Ein Dozent von approbiert parteimäßiger, also nicht selbständiger Haltung soll die Studenten noch mehr mit Parteiverhetzung und Klassendogmen verwirren, als es die Lektüre von entsprechenden Zeitungsartikeln vermag. Ein ernster Forscher wird natürlich nie einen Lehrauftrag bloß für „Geschichte der Demokratie“ annehmen. Aber Haenisch kommt es ja auch gar nicht auf Förderung der Forschung an. Er hat vielmehr schon einen Parteimann⁴ zu Verfügung, dem er die Professur verschaffen will, und dieser Parteimann soll eben staatlich angestellt werden, um für Parteizwecke ungestört wirken zu können.

Sollte es wirklich dahin kommen, daß Haenischs Schützling eine Professur in Berlin erhält, so muß man fordern, daß nun ihm gegenüber auch die Wissenschaft zu ihrem Recht kommt, mit anderen Worten: man muß zu dem Notbehelf der Doppelbesetzung greifen. Es ist ja betäubend, daß es dahin kommt. Wenn aber die Parteiherrschaft dahin führt, daß die herrschenden Parteien einfach ihre Günstlinge und Gehilfen in Professuren bringen, dann müssen wir verlangen, daß, um der Wissenschaft zu ihrem Recht zu verhelfen, dem, der bloß Parteimann ist, ein Vertreter der selbständigen wissenschaftlichen Auffassung gegenübergestellt wird. Es sieht danach aus, daß uns noch viele Kämpfe gegen die Unterwerfung der Wissenschaft unter das demokratisch-sozialistische Parteiinteresse bevorstehen. Der Sozialismus ist wissenschaftlich vollkommen widerlegt. Aber die brutalen Interessen, die hinter ihm stehen, suchen ihm künstlich durch Mißbrauch des Staats eine sogenannte wissenschaftliche Vertretung an den Universitäten zu verschaffen

4 *Randbemerkung des Ministerialrats Otto Jöhlinger: Gustav Mayer ist freilich kein Sozialdemokrat.*

**172. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch
an Finanzminister Hermann Lüdemann.**

Berlin, 25. September 1920.

Ausfertigung, gez. Richter.

GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6537, n. f.

Anmeldung eines neuen Extraordinariats für Westeuropäische Geschichte an der Universität Berlin wegen der politischen Nachkriegslage und weil ein geeigneter Kandidat bereitsteht.

Vgl. Einleitung, S. 118.

Anmeldung für den Staatshaushalt 1921.

Dauernde Ausgaben

Universität Berlin.

Mehr bei Kapitel 119 Titel 2 Extraordinariat für Westeuropäische Geschichte 10.750 M Durchschnittsbesoldung + 3.500 Ortszuschlag = 14.250 M.

Schon seit einer längeren Reihe von Jahren ist von hier aus auf die Bedeutung hingewiesen, die der westeuropäischen Geschichte im Zusammenhang der allgemeinen Staatengeschichte zukommt und die Bitte ausgesprochen, wenigstens an der größten Universität Berlin die Möglichkeit zu schaffen, westeuropäische Probleme unter einheitlichen Gesichtspunkt den Studierenden zugänglich zu machen. Die durch den Kriegsausgang hervorgerufene politische Lage dürfte aufs neue gezeigt haben, von welcher Tragweite die Betrachtung geschichtlicher Probleme gerade unter dem Gesichtspunkt ihrer geographisch bedingten Zusammengehörigkeit sein muß. Wenn ich nunmehr erneut an die Finanzverwaltung mit dem Antrage der Schaffung eines Lehrstuhls für westeuropäische Geschichte herantrete, so gehe ich dabei davon aus, daß für diesen Lehrstuhl ein schon seit langem an der Universität Berlin wirkender höchst verdienter Gelehrter in Frage käme, dem seit vielen Jahren die Möglichkeit zu einer seinen Verdiensten entsprechenden Tätigkeit geschaffen werden sollte.¹

¹ Die Stelle erhielt am 12.8.1921 Richard Sternfeld, vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 288.

**173. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das
Kultusministerium.
Berlin, 19. März 1921.**

Ausfertigung, gez. Lüders als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 389–393v.

Da kein aktiver Gelehrter mehr wie Hans Delbrück die ganze Weltgeschichte vertreten kann, sollen die Lehraufträge von Ernst Troeltsch und Karl Stählin ausgeweitet werden. Kandidaten für das auf anglo-amerikanische Geschichte umgewidmete Ordinariat sind Arnold Oskar Meyer und Carl Brinkmann.

Vgl. Einleitung, S. 119.

Die Vorschläge für die Besetzung der Delbrückschen Professur müssen mit der Feststellung beginnen, daß eine Professur für Weltgeschichte heute nicht wieder besetzt werden kann. Wir wüßten keinen Forscher zu nennen, der in zusammenhängenden, großen, auf selbständiger Forschung beruhenden Vorlesungen das ganze Gebiet der Weltgeschichte in der Art Delbrücks wieder behandeln könnte. Um das Bedürfnis nach einer einheitlichen, antike und abendländische Entwicklung zugleich überschauenden Gesamtkonzeption der Geschichte zu befriedigen, sprechen wir den Wunsch aus, daß Herr Kollege Troeltsch seine Vorlesungen über Geschichtsphilosophie nach der universalhistorischen Seite hin ausbaue. Und um die Zahl allgemeineschichtlich gerichteter Vorlesungen über einzelne Epochen zu vermehren, schlagen wir ferner vor, den Lehrauftrag des Herrn Kollegen Stählin – unter Festhaltung auch seines bisherigen osteuropäischen Lehrgebiets – zu erweitern auf die allgemeine neuere Geschichte, für die ihn seine bisherigen, bei seiner Berufung von uns charakterisierten Arbeiten zur englischen und deutschen Geschichte durchaus qualifizieren. Die Delbrücksche Professur selbst beantragen wir in eine Professur für Geschichte der angelsächsischen Völker und Staaten zu verwandeln. Die durch den Ausgang des Krieges geschaffene Weltlage stellt die gebieterische Forderung an uns, den Studierenden der größten Universität Deutschlands eine tiefere Erkenntnis der angelsächsischen Welt und ihrer geschichtlichen Grundlagen zu vermitteln und einem besonderen Wunsch des Vertreters der Anglistik und seiner Schüler damit entgegenzukommen.

Unter den in Betracht kommenden Spezialkennern haben wir diejenigen auszuwählen, die eine solide Quellenforschung auf einem Einzelgebiete der englischen oder nordamerikanischen Geschichte mit allgemeineschichtlicher Schulung vereinen und zugleich als Lehrer lebendig und anziehend zu wirken vermögen. Wünschenswert ist ferner, daß der Vertreter die neuere und neueste Entwicklung der angelsächsischen Völker genauer kenne. Die rein wissenschaftlichen Anforderungen würden Forscher wie Prof. Felix Salomon in Leipzig und Prof. Wolfgang Michael in Freiburg in sich vereinigen, doch wird der Lehrerfolg des einen und die lebendige Frische des anderen bezweifelt. Wir schlagen deshalb an erster

Stelle einen Mann vor, der zwar nicht wie insbesondere Salomon auch die neuere und neueste Geschichte gepflegt hat, aber in allen übrigen Erfordernissen unseren Wünschen im allgemeinen entspricht.

Es ist der ordentliche Professor an der Universität Kiel, Dr. Arnold Oskar Meyer (geb. 1877), nach seiner Promotion 1899 mehrere Jahre am Historischen Institut in Rom tätig, habilitiert in Breslau, als Extraordinarius nach Rostock, von dort nach Kiel berufen. Von größeren Arbeiten zur englischen Geschichte liegen von ihm vor 1.) seine Dissertation über die englische Diplomatie in Deutschland zur Zeit Eduards VI. und Mariens (1899), 2.) eine Schrift über Clemens VIII. und Jacob I. von England (1904) und schließlich 3.) sein Hauptwerk über England und die katholische Kirche unter Elisabeth (1911). Dieses gehört zu den besten Leistungen deutscher Geschichtsforschung über England und ist noch während des Krieges (1916) ins Englische übersetzt worden. Aufgebaut auf umfassender, italienische und englische Archive ausnutzender Quellenforschung, sucht es ein weltgeschichtliches Problem auf neuen, selbständigen Wegen, durch energische Nachprüfung überkommener Auffassungen und oft geistvolle und zugleich methodisch vorsichtig gehandhabte neue Fragestellungen zu lösen. Es ist ein Werk von großer Objektivität gegenüber den dargestellten, miteinander ringenden Gewalten, das mit freier historischer Gesinnung sowohl die zwingenden Interessen der elisabethanischen Politik wie den Idealismus und Märtyrergeist der katholischen Mission zur Anschauung bringt in einer vornehm gemessenen, aber durchaus nicht unlebendigen Darstellung. Der Vorwurf einer gewissen inneren Kälte, der seiner wissenschaftlichen Art zuweilen gemacht wird, kann diesem Werk gegenüber nicht aufrechterhalten werden. A. O. Meyer ist gewiß im ganzen gesehen der typische Vertreter eines eleganten und geschmackvollen Historismus mit aristokratischer Lebensauffassung, aber an Temperament, innerer Bewegtheit und bestimmt vertretenden Idealen fehlt es ihm nicht. Sie zeigen sich auch in einer während des Krieges erschienenen kleinen Schrift „Deutsche Freiheit und englischer Parlamentarismus“ (1915), von der wir freilich nicht verschweigen können, daß sie Auffassungen vorträgt, die, wenn sie in seinen Vorlesungen vertreten würden, den Studierenden ein höchst einseitiges Bild von Englands geschichtlichen Leistungen geben würden. Doch darf man dieser Schrift die Erregung der Kriegszeit zu Gute halten. Auf seine sonstigen sehr tüchtigen Arbeiten zur deutschen Geschichte (Studien zur Vorgeschichte der Reformation in Schlesien 1903, Nuntiaturreportagen aus Deutschland 1603/6) brauchen wir hier nicht näher einzugehen. Sein Lehrvortrag litt in seinen ersten Dozentenjahren unter einer gewissen essayistischen Glätte; doch hat er in bewußter Arbeit an sich selbst sich davon frei zu machen verstanden und gilt jetzt durchaus als wirksamer und anziehender Dozent. Da er bisher Vertreter der allgemeinen neueren Geschichte war, so dürfte ihm im Falle seiner Berufung zur Pflicht zu machen sein, den Schwerpunkt seiner Lehrtätigkeit auf das besondere ihm übertragene Gebiet zu legen.

Handelt es sich bei dem an erster Stelle Genannten um eine gereifte, relativ fest ausgeprägte Gelehrtenpersönlichkeit mit starker Neigung für die allgemeine Geschichte, bei dem der Zweifel nicht ganz ausgeschlossen erscheint, ob er zu voller Hingabe an die hier in Frage

kommende Spezialität noch bereit sein würde, so haben wir an zweiter Stelle einen jüngeren Gelehrten vorzuschlagen, dessen Studienrichtung trotz großer Vielseitigkeit dem uns vor-schwebenden Ziel sich so glücklich anpaßt, daß wir auf ihn noch besonders hinweisen zu sollen glauben. Es ist Herr Dr. Brinkmann, Privatdozent an unserer Fakultät, zugleich als Regierungsrat im Auswärtigen Amt angestellt, wo er gegenwärtigen dem Minister die Tageseingänge vorzutragen hat. Er hat einen Teil seiner akademischen Ausbildung in England empfangen, an der Universität Oxford, wo er als Rhodes-Stipendiat zwei Jahre studierte und auch den Grad eines B. A. erworben hat. Eine für diesen Zweck geschriebene Abhandlung über englisch-deutsche Handelsbeziehungen im 17. Jahrhundert wurde in der *English Historical Review* veröffentlicht. Herr Brinkmann vollendete dann seine Studien in Berlin, wo er mit einer Arbeit über das märkische Landbuch Karls IV. promovierte und habilitierte sich 1913 in Freiburg mit einer Schrift über Freiheit und Staatlichkeit in der deutschen Verfassungsgeschichte. Nachdem er dort 5 Semester hindurch eine erfolgreiche Lehrtätigkeit ausgeübt hatte, führte ihn der Krieg in das Auswärtige Amt, wo er einige Jahre hindurch mit dem Referat über die englische Presse beauftragt war und bei seiner Anstellung die Aussicht auf einen Platz in der neubegründeten britischen Abteilung erhielt. Trotz starker amtlicher Inanspruchnahme hat er es doch durch einen Fleiß, wie ihn nur ein starkes Ingenium zu entwickeln vermag, erreicht, daß er sich wissenschaftlich auf der Höhe erhielt und seit 1919 an unserer Universität nach seiner Zulassung als Privatdozent wieder regelmäßig Vorlesungen und Übungen abhalten konnte. Trotz seiner Aussichten in der amtlichen Laufbahn würde er diese gern mit einer planmäßigen Professur vertauschen, selbst wenn es zunächst nur eine außerordentliche sein sollte, denn er ist im Grunde durchaus eine Gelehrtennatur mit einem sehr weit gespannten Horizont philosophisch-historischer Interessen.

Seine Neigung zur allgemeinen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die wohl aus Schmollers Schule stammt, erhielt in Oxford durch Vinogradoff eine besondere Richtung auf das Agrarische und neben der englischen auch auf die slawische Welt. Er hat neben englischen und deutschen auch russische Quellen studiert. Er hat die Wirtschafts- und Sozialgeschichte eines nordostdeutschen Rittergutes geschrieben, er hat einen Band südwestdeutscher Weistümer herausgegeben, er hat nach neu erschlossenen russischen Quellen die Gemeindeverfassung und die bäuerliche Selbstverwaltung im nordwestlichen Rußland dargestellt. Eine große Publikation der preußischen Akten über die Geschichte des Zollvereins und einer die Resultate verarbeitenden Einleitung (ca. 60 Bogen stark) harret noch des Druckes (in der amtlichen Sammlung: „Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven“), ebenso eine knapp zusammengedrängte Darstellung der Entstehung und des Wesens der modernen Weltwirtschaft (in einer für Volkshochschulen bestimmten Sammlung). Sein „Versuch einer Gesellschaftslehre“ (1919) (eigentlich mehr der Versuch einer methodologischen Grundlegung einer solchen), der von einer umfassenden Kenntnis der neuesten Literatur des In- und Auslandes zeugt, sucht eine Annäherung zwischen dem deutschen idealistischen und den positivistischen englisch-französischen Auffassungen anzubahnen, wobei er die Rechtsidee beherrschend in den Mittelpunkt stellt.

Alle diese Studien konvergieren in der Richtung auf eine allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte der abendländischen Völkerwelt und drängen zur Konzentration in einem bestimmten einzelnen Staatswesen hin. Dieses Paradigma und diesen beherrschenden Mittelpunkt findet Brinkmann offenbar mehr in England als in Deutschland. Sein vor kurzem erschienener Abriß der englischen Geschichte zum Gebrauch von Studierenden zeigt durch die reichen, wohl gesichteten Literaturangaben wie durch die knappe und prägnante Darstellung, eine so vollkommene Betrachtung des gewaltigen Stoffes, wie sie zur Zeit kaum bei einem anderen deutschen Gelehrten anzutreffen sein dürfte. Wir glauben, daß Dr. Brinkmann in besonderem Maße befähigt sein würde, einen Lehrauftrag für Geschichte und Staatenkunde des Britischen Reiches und wohl auch der Vereinigten Staaten von Amerika Genüge zu leisten. Er würde sich durch seine Studienrichtung auch wohl für allgemeine Verfassungsgeschichte und Staatslehre eignen (zumal er für das Sommersemester eine dahin einschlagende Vorlesung angekündigt hat); indessen würden wir vorziehen, ihn für die Geschichte und Staatenkunde der angelsächsischen Völker vorzuschlagen, weil er unserer Ansicht nach hier noch besser am Platze wäre.¹

Wir dürfen nicht unerwähnt lassen, daß sein Stil in Schrift und Rede manchmal etwas schwer verständlich und dunkel anmutet, weil er eine Vorliebe für Abstraktionen und stark kondensierte Gedankengänge hat, zum Teil unter Anwendung nicht ganz gewöhnlicher philosophischer Fachausdrücke. Indessen tritt das gerade in dem Abriß der englischen Geschichte kaum mehr hervor und ist überhaupt, wie es scheint, durch den Zwang zur Beschäftigung mit konkreten Dingen überwunden worden. Einen Hinderungsgrund, ihn zu empfehlen, können wir jedenfalls darin nicht erblicken.

Neben der Geschichte der angelsächsischen Völker erheischt auch die französische Geschichte bessere Berücksichtigung in unserem Lehrplan. Wir wissen für sie auch heute einen besseren Vertreter nicht zu nennen als Richard Sternfeld und erneuern daher den schon wiederholt gestellten und begründeten Antrag, ihm wenigstens zum Abschluß seines verdienten akademischen Wirkens ein planmäßiges Extraordinariat hierfür zu verleihen.²

1 *Weder Meyer noch Brinkmann wurden berufen, sondern Erich Marcks, vgl. Dok. Nr. 174.*

2 *Vgl. Dok. Nr. 18. Im August 1921 erhielt Sternfeld ein Extraordinariat für westeuropäische Geschichte (Bl. 288 der Akte).*

**174. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium mit Anlage: Sondervotum von sechs Professoren.
Berlin, 21. März 1921.**

Ausfertigung, gez. Lüders als Dekan; Ausfertigung, gez. D. Schäfer, Lüders, Tangl, Vogel, Eduard Meyer, W. Schulze.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 435–441v.

Ein gleich ausgewiesener Fachmann in Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte wie bisher Hintze ist nicht zu finden. Von jüngeren Gelehrten werden vorgeschlagen: Fritz Hartung – Berlin, Willy Andreas – Rostock und Rudolf Höpke – Berlin. Zudem sollte wegen der Emeritierung von Delbrück und Hintze für Berlin eine Koryphäe wie Erich Marcks – München oder Hermann Oncken – Heidelberg gewonnen werden. Das Separatvotum lehnt speziell Marcks ab und hält Erich Brandenburg – Leipzig für den leistungsstärksten Kandidaten.

Vgl. Einleitung, S. 119.

Die durch das Ausscheiden von Prof. Hintze erledigte Professur ist dem Lehrauftrage zufolge für allgemeine Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte und Politik (Allgemeine Staatslehre) bestimmt. Eine bereits bewährte Lehrkraft, die sich nach allen diesen Richtungen hin betätigt hätte, können wir zur Zeit nicht vorschlagen. Von Prof. von Below (Freiburg) sehen wir ab, nicht nur, weil er bereits im 63. Lebensjahr steht, sondern auch, weil er sich prinzipiell auf deutsche Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte beschränkt und den Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit durchaus im Mittelalter findet. Von den jüngeren Hochschullehrern sind aber die folgenden in einer Entwicklung begriffen, die erwarten läßt, daß sie mit der Zeit die mit jenem Lehrauftrag verbundenen Obliegenheiten in vollem Umfange werden erfüllen können.

Am meisten nähert sich dem hier in Frage kommenden Studienkreise mit seiner bisherigen Lehrtätigkeit der Hallische Privatdozent Prof. Dr. Fritz Hartung, dem auch vor Jahresfrist etwa ein besoldeter Lehrauftrag für allgemeine Verfassungsgeschichte erteilt worden ist. Er steht im 38. Lebensjahr und hat sich seit nahezu 10 Jahren in Halle als fähiger und erfolgreicher Dozent bewährt, soweit er nicht durch den Krieg, den er mit der Waffe, zuletzt als Unteroffizier, mitmachte, und durch ein Lungenleiden, das er sich in dem russischen Feldzug Winter 1915/16 zuzog, behindert worden ist. Seit nahezu zwei Jahren ist er wieder in voller Lehrtätigkeit und in erfreulich reger literarischer Produktion begriffen. Seine Gelehrtenpersönlichkeit zeichnet sich weniger durch Glanz und Schwung als durch Gediegenheit, Klarheit und maßvoll nüchterne Schärfe des Urteils aus. Seine literarischen Arbeiten liegen bisher nur auf dem Gebiet der deutschen Geschichte, zeigen auf diesem aber eine erwünschte Vielseitigkeit. Er begann (1906) mit einem Buche über Hardenberg und die Verwaltung von Ansbach-Bayreuth, das eine wertvolle Bereicherung der ihm wohl

vertrauten preußischen Verwaltungsgeschichte darstellt; er bearbeitete dann im Auftrage einer gelehrten Gesellschaft die Geschichte des fränkischen Kreises von 1521–1559 (1910), eine Arbeit, die ihm zugleich Veranlassung gab, die Reichsverfassungsgeschichte der Zeit Maximilians I. und Karls V. eingehend zu studieren und durch verschiedene Abhandlungen näher aufzuklären, und ist nun seit Jahren mit einer Publikation über die Verwaltung von Sachsen-Weimar unter Karl August und Goethe beschäftigt, über deren Resultate er im letzten Herbst auf einer Historikerversammlung berichtet hat und die demnächst zum Druck gelangen wird.

Neben diesen auf archivalische Quellenforschung begründeten Arbeiten, die ihn als einen exakten, methodisch strengen Gelehrten zeigen, hat er, abgesehen von kleineren Abhandlungen wie z. B. über den Fortschritt des preußischen Staatsgedankens nach den politischen Testamenten der Hohenzollern oder über die Bedeutung der deutschen Revolution von 1848, zwei größere zusammenfassende Darstellungen veröffentlicht: einmal einen Abriss der deutschen Verfassungsgeschichte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart unter Einbeziehung Preußens und anderer Einzelstaaten (1914), die wegen ihrer Klarheit, Präzision und Zuverlässigkeit sehr geschätzt wird und demnächst in zweiter Auflage erscheinen soll, dann ganz vor kurzem noch (1921) ein Buch über die deutsche Geschichte von 1870–1914, das wiederum für sein Bedürfnis zeugt, bei seinen historischen Arbeiten den Anschluß an die Gegenwart zu erreichen und andererseits auch für seine Fähigkeit, die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte auch mit der auswärtigen Politik sowie mit dem wirtschaftlich-sozialen und geistigen Leben in lebendigen Zusammenhang zu bringen und das deutsche Staatsleben in seiner Verflechtung mit den allgemeinen Weltverhältnissen aufzufassen. Die etwas spröde Art seines Vortrags kann vielleicht nicht auf packende Wirkung rechnen, aber sie hat dafür den Vorzug ruhiger Sachlichkeit und streng wissenschaftlicher Haltung.

Von entscheidender Wichtigkeit für unsere Wahl ist es, daß Prof. Hartung seit Jahren nicht nur deutsche, sondern allgemeine, vergleichende Verfassungsgeschichte vorträgt, mit besonderer Berücksichtigung von Frankreich, England und Amerika. Er beabsichtigt auch, auf Anregung eines bekannten Leipziger Verlages, diesen Gegenstand im Lauf der Jahre in einem zusammenfassenden Grundriß literarisch darzustellen. Wie bald er dazu kommen wird, auch eine Theorie der allgemeinen Staatslehre vorzutragen, kann mit Sicherheit noch nicht gesagt werden. Vielleicht käme bei ihm zunächst eine Berufung in ein planmäßiges Extraordinariat in Frage.

An zweiter Stelle schlagen wir vor den ordentlichen Professor der neueren Geschichte an der Universität Rostock, Dr. Willy Andreas (geb. 1884). Daß wir ihn hinter Hartung nennen, bedeutet durchaus nicht etwa, daß wir seine wissenschaftliche Persönlichkeit im ganzen geringer einschätzen. Man könnte eher in Andreas das stärkere und zukunftsreichere Talent erblicken. Aber die inneren Neigungen dieses Talentes scheinen uns mehr auf eine allgemein-geschichtliche als auf eine spezifisch verfassungsgeschichtliche Behandlung geschichtlicher Stoffe zu gehen. Dennoch würde er sich auch für die Hintzesche Profes-

sur vorzüglich eignen, weil seine bisherigen Hauptleistungen gerade auf verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichem Gebiete liegen und weil sich zugleich in ihnen eine so ernste innere Hingabe an die besonderen Aufgaben dieses Gebietes offenbart, daß er sie, auf einen verfassungsgeschichtlichen Lehrstuhl versetzt, ohne Zweifel mit großem Erfolge auch weiter fördern würde.

Er begann als Schüler von Erich Marcks seine wissenschaftliche Tätigkeit 1908 mit einer Arbeit über die venezianischen Revolutionen und ihr Verhältnis zur Kultur der Renaissance, in der die ästhetische Seite seines Talentes mehr hervortritt, die aber zugleich durch ihr feines Verständnis für die Staatsauffassung und Staatskunst der Renaissance auch der Geschichte der politischen Ideen schon zugute kommt. Andreas übernahm dann, aus dem klar erfaßten Bedürfnis heraus, seinen künstlerisch regsamen Geist auch an einer härteren und spröderen Aufgabe zu schulen und zu stählen, im Auftrage der Badischen Historischen Kommission die Bearbeitung der badischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte im Zeitalter des Rheinbundes und legte den ersten Band dieses Werkes 1913 vor, nachdem er vorher eine größere Anzahl zugehöriger kritischer Einzeluntersuchungen und Einzeldarstellungen schon in Zeitschriften veröffentlicht hatte. Wir rühmen an diesem Buche die methodisch sorgfältige, auch das Mühselige nicht scheuende Aktenforschung, das liebevolle, aber niemals überschätzende Verständnis für die politische Eigenart seines badischen Heimatstaates, den starken Drang zugleich zu allgemeinesgeschichtlicher Beleuchtung wie individualgeschichtlicher Belebung seine Stoffes und die künstlerisch geformte Darstellung. Verfassungsgeschichtlich aber sind das Buch und die zugehörigen Untersuchungen deswegen so wertvoll, weil hier in bewußter Verarbeitung der Anregungen Hintzescher Forschung die besonderen Strukturverhältnisse eines Staatswesens bloßgelegt werden, in dem die deutsch-patriarchalischen Territorialstaatsüberlieferungen mit den sich ihr aufdrängenden Ideen und Einrichtungen der französischen Revolution und des Kaiserreichs sich auseinandersetzen mußten. Auch eine Spezialstudie wie die über die Einführung des Code Napoleon in Baden liegt ganz auf dem Wege der vergleichenden Rechts- und Verfassungsgeschichte, den die Forschungs- und Lehrtätigkeit Hintzes gegangen ist, und hat den besonderen Beifall der Juristen gefunden. Ein jüngst veröffentlichter Aufsatz über Marwitz und den preußischen Staat zeigt ihn zugleich auch als verständnisvollen Kenner der inneren preußischen Entwicklung. Zur Zeit beschäftigt ihn Studien über Richelieu. Sein reiches Talent geht nicht auf die Pflege der persönlich-biographischen Seite der Geschichte, sondern strebt nach einer universalen Gesamtanschauung des staatlichen Lebens und nach einem warmen und tiefen Verständnis der inneren, in den Institutionen sich ausdrückenden Kräfte. Sein Lehrerfolg ist unbestritten. Wir würden diese bedeutend aufstrebende Persönlichkeit mit Freuden in unserer Mitte begrüßen.¹

1 Für Andreas setzte sich insbesondere Friedrich Meinecke ein, vgl. die Briefe Meineckes vom 31.1. und 26.2.1921, in: Bock, Gisela/Ritter, Gerhard A. (Hrsg.). *Friedrich Meinecke, Werke, Bd. 10: Neue Briefe und*

Da Herr Andreas in Rostock bereits ein Ordinariat bekleidet, würde eine außerordentliche Professur für ihn nicht in Frage kommen. Wohl aber wäre dies der Fall bei dem dritten Kandidaten, den wir zu nennen haben, dem hiesigen Privatdozenten Dr. Hápke.

Dr. Rudolf Hápke wurde am 29. Oktober 1884 in Bremen geboren und promovierte 1908 in unserer Fakultät mit einer Dissertation über „Brüggens Entwicklung zum mittelalterlichen Weltmarkt“, die von einem ungewöhnlichen Studienumfang zugleich auf geschichtlichem und wirtschaftlichem Gebiet Zeugnis ablegte. Er hatte schon vor der Promotion eine Arbeit über „Die Entstehung der großen bürgerlichen Vermögen im Mittelalter“ in Schmollers Jahrbuch für Geschichte, Verwaltung und Volkswirtschaft veröffentlicht. Er übernahm dann im Auftrage des Hansischen Geschichtsvereins die Bearbeitung der „Niederländischen Akten und Urkunden zur Geschichte der Hanse und zur deutschen Seegeschichte“ und arbeitete nach erfolgter Einschulung in die Aufgabe mehrere Jahre in den Niederlanden, Belgien und Nordfrankreich, wodurch er eine gründliche Kenntnis dieser für Deutschland so wichtigen Gebiete erlangte und mit den Niederlanden wertvolle dauernde Beziehungen anknüpfte. 1913 erschien der erste, 88 Bogen starke Band der Ausgabe. Im Anschluß daran habilitierte er sich an unserer Fakultät auf Grund eines 400 Quartseiten starken Buches „Die Regierung Karls V. und der europäische Norden“, das eine anerkannte Vertrautheit auch mit der nordischen Geschichte zeigt. Dr. Hápkes Lehrtätigkeit unterbrach am Schluß des ersten Semesters der Krieg. Als Ersatzreservist wurde er zunächst zu einem Armierungs-Bataillon eingezogen, bald aber in den Verwaltungs-Ausschuß Oberost, dann in die Verwaltung Litauens übernommen, in der er bis in den Januar 1919, die letzten 2 ½ Jahre als Landesrat mit dem Range eines Staboffiziers tätig gewesen ist. Teils vor, teils nach dem Kriege hat er außer den genannten Werken noch veröffentlicht: Der deutsche Kaufmann in den Niederlanden. – Der erste Kolonistenversuch in Kanada 1541–43. – Die neuere Literatur zur Geschichte der niederländischen Wollindustrie. – Der Untergang der hansischen Vormachtstellung in der Ostsee. – Die Sundfrage und der holländisch-lübische Konflikt 1532, die teils selbständig, teils in Zeitschriften erschienen sind.

Alle diese Arbeiten zeichnen sich durch klare und anziehende Darstellung und durch streng wissenschaftliche Durchführung der gestellten Aufgabe aus, belegen auch einen für das Alter des Verfassers sehr umfassenden Studienbereich. 1917 wurde er mit einem zusammenfassenden Bericht über die Verwaltung Litauens beauftragt, der jetzt der Abwicklungsbehörde (Reichsministerium des Innern) in Gestalt eines 55 Foliobogen umfassenden Druckwerkes vorliegt, ein bündiger Beleg der wissenschaftlichen und auch prakti-

Dokumente, München 2012, S. 244 f. Zur Nachfolge Hintzes vgl. auch Neugebauer, Wolfgang, Otto Hintze. Denkräume und Sozialwelten eines Historikers in der Globalisierung 1861–1940, Berlin 2015, S. 495 ff. Das Kultusministerium besetzte das Ordinariat für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte durch Vereinbarung vom 27.1.1922 (Bl. 449 der Akte) mit Andreas. Er erhielt mit 54.700 M Grundgehalt (steigend in 6 Jahren auf 70.000 M), 15.000 M Garantie und einem Semester Urlaub nach fünf Jahren deutlich weniger als der gleichzeitig berufene Marcks.

schen Vertrautheit Dr. Hápkes mit Verwaltungsfragen jeder Art. Seine Leistungen auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte wurden durch Erteilung eines Lehrauftrages für dieses Fach zum 1. Januar 1921 auch regierungsseitig anerkannt. Verfassungsgeschichtlich liegen besondere Belege in Veröffentlichungen nicht vor, aber Dr. Hápke hat dieses Gebiet in den letzten fünf Semestern wiederholt in Vorlesungen behandelt, auch für das nächste Semester verfassungsgeschichtliche Übungen für Vorgesrittenere angekündigt. Seine Vorlesungen und Übungen haben rasch großen Beifall gefunden; er liest in diesem Semester allgemeine Wirtschaftsgeschichte als Privatvorlesung vor mehr als 200 Hörern. Seine verfassungsgeschichtliche Vorlesung „Staatslehren in weltgeschichtlichen Zusammenhängen“ war im letzten Wintersemester von 46 eingeschriebenen Zuhörern besucht; die von ihm abgehaltenen Kolloquien und Übungen erreichten besonders starke Frequenzsiffern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Universität in Dr. Hápke einen besonders begabten jüngeren Lehrer besitzt; auch in öffentlichen Vorträgen hat er seine Tüchtigkeit bewiesen.

Wir sind in unseren Vorschlägen für die Besetzung der Delbrückschen und Hintzeschen Professur von dem unmittelbaren Unterrichtsbedürfnis ausgegangen, das eine besondere Vertretung sowohl der angelsächsischen Geschichte neben den jetzt schon vorhandenen Lehrstellen dringend erfordert. Wir verkennen aber nicht, daß durch das gleichzeitige Ausscheiden zweier so origineller und weithin ausstrahlender Geschichtsforscher die Fakultät einen Verlust an persönlichen Werten und Kräften erleiden wird, der durch die in Vorschlag gebrachten jüngeren Nachfolger noch nicht ausgeglichen wird. So würden wir es denn, obwohl ein eigentliches Lehrbedürfnis nicht vorliegt, dankbar begrüßen, wenn die Regierung noch einen bedeutenden Historiker von starker Eigenart und großem Rufe für unsere Universität gewänne. Hier könnten dann nur in Betracht kommen Erich Marcks (geb. 1861) und Hermann Oncken (geb. 1869), beide in völliger Parität miteinander zu nennen, denn den besonderen Vorzüge des einen stehen ebensolche des anderen äquivalent gegenüber. Von beiden haben wir bereits in dem Berichte gesprochen, der die Vorschläge für die Besetzung der Lenzschen Professur 1914 enthielt, und glauben von einer eingehenden Charakteristik jetzt um so mehr absehen zu können, als beider Männer Art und Leistung allgemein bekannt ist – die neuere, reich und farbig glänzende Geschichtsbetrachtung des Bismarck-Biographen ebenso wie die meisterhafte und immer frisch quellende Problembehandlung des Biographen Lassalles und Bennigsens. Beide würden ihrer bisherigen Lehrtätigkeit nach nur als Lehrer der allgemeinen neueren Geschichte in Betracht kommen und dieselben Hauptvorlesungen wie Herr Meinecke und zum Teil auch Herr Stählin nach Erweiterung seines Lehrauftrages. Doch würden Nebenvorlesungen des einen wie des anderen über englische und nordamerikanische Geschichte, vielleicht auch (von Marcks) über französische Geschichte zu erhoffen sein. Da ferner auch Herr Stählin nach Erweiterung seines Lehrauftrages sein früheres Arbeitsgebiet der englischen Geschichte in Vorlesungen und Übungen gelegentlich wieder berühren würde, so würden in Zukunft sowohl das Gebiet der allgemeinen neueren Geschichte wie das neu zu schaffende Lehrgebiet der angelsächsischen Geschichte in erfreulicher Vielseitigkeit vertreten sein.

Separat-Votum zum Bericht über die Geschichtsprofessuren.

Die Philosophische Fakultät der Universität Berlin verfügt zur Zeit an Geschichtslehrern über 8 ordentliche Professoren und über 16 ordentliche Honorar-, außerordentliche, titulierte Professoren und einfache Privatdozenten, im ganzen über 24 historische Lehrkräfte. Da auch in der Theologischen und Juristischen Fakultät geschichtliche Vorlesungen gehalten werden, deren Besuch den Studierenden der Geschichte offensteht und vielfach empfohlen werden muß, möchte der Bedarf gedeckt sein. Daß ein Lehrinteresse vorliegt, die Zahl der Lehrenden zu vermehren, so sehr es nur immer möglich ist, muß in Abrede gestellt werden.

Man kann die Berufung von Professoren über die zur Deckung der entstehenden Lücken erforderlichen Zahl heraus aber auch nicht mit der Forderung rechtfertigen, daß eine Universität wie die Berliner Koryphäen des Faches in ihrem Lehrkörper haben muß. Gewiß muß versucht werden, die Tüchtigsten zu gewinnen; aus dieser Auffassung sind die eingereichten Vorschläge hervorgegangen. Aber wer als Koryphäe gewertet werden kann, darüber gehen die Meinungen auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft recht auseinander. Gewiß hat der Name Erich Marcks einen hellen Klang, aber sein Träger steht im 60. Lebensjahr und hat seiner Bismarck-Biographie, die mit Recht als sein Lebenswerk betrachtet wird, seit dem Erscheinen des ersten, allein die Jugend behandelnden Bandes, in den seitdem verflossenen zwölf Jahren nichts mehr hinzugefügt. Was er in dieser Zeit sonst veröffentlichte, kann als Beleg ungeschwächter Arbeitslust und Arbeitskraft nicht anerkannt werden. Ob er als Lehrer an der Universität durchschlagend wirken würde, muß bei seiner wachsenden Neigung, in Rede und Schrift die Gedanken nicht zu schlichtem, klarem, festem Ausdruck zu bringen, sondern sie in wechselnder, allerdings fast immer ansprechender Form fortzuspinnen, fraglich erscheinen.²

Ähnliche Bedenken bestehen gegen Onckens Berufung nicht. Aber es ist daran zu erinnern, daß, als es sich im Winter-Semester 1913/14 um Ersatz für Prof. Lenz handelte, mit Marcks und Oncken auch Erich Brandenburg genannt wurde, allerdings an dritter Stelle nach Oncken. Aber er hat inzwischen sein großes dreibändiges Werk über die Reichsgründung veröffentlicht, was ihn als Erforscher und Darsteller des wichtigsten Hergangs deutscher Geschichte im verflossenen Jahrhundert zweifellos in den Vordergrund neuester deutscher Geschichtsschreibung rückt. Weder Marcks noch Oncken haben in dieser Zeit eine ähnliche Leistung aufzuweisen. Wie sie und fast noch mehr hat auch Brandenburg in diesen Jahren daneben eine Reihe kleinerer Arbeiten fertiggestellt; es sei hier nur auf die soeben erschienene, in jeder Beziehung meisterhafte Würdigung von Spenglers aufsehenerregendem Buch „Der Untergang des Abendlandes“ hingewiesen. Wenn also über die

2 *Vorstehender Satz aus den Akten der Humboldt-Universität zit. bei: Nordalm, Jens, Historismus und moderne Welt. Erich Marcks (1861–1938) in der deutschen Geschichtswissenschaft, Berlin 2003, S. 343.*

zur Füllung der entstehenden Lücken eingereichten Vorschläge hinaus weitere Vorschläge gemacht werden sollen, so ist Brandenburg neben Oncken und mit ihm mindestens mit gleichem Recht zu nennen. Betreffs weiterer Würdigung seiner Persönlichkeit kann auf den Fakultätsbericht vom Januar 1914 verwiesen werden.³

**175. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium.
Berlin, 9. März 1923.**

Ausfertigung, gez. Spranger als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 3, Bl. 154–157.

Als Nachfolger von Willy Andreas werden für das Ordinariat für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte erneut vorgeschlagen: Hartung – Kiel, Brinkmann – Berlin und Hüpke – Berlin.

Vgl. Einleitung, S. 119.

Das Lehrfach der allgemeinen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte wird seine volle Fruchtbarkeit erst dann entfalten können, wenn es eine aus weitester Stoffbeherrschung gewonnene systematische Krönung im Sinne einer allgemeinen vergleichenden Staatenkunde erfährt, die imstande ist, den Reichtum der Gegenwartsbildungen historisch zu erklären und dem lebhaften Verlangen nach einem umfassenden Aufbau unserer staatsbürgerlichen Erziehung zu genügen. Diese hohe und weitgespannte Aufgabe zu erfüllen ist leider im Augenblicke keine geeignete Persönlichkeit vorhanden, und wir können nur die Hoffnung und das Zutrauen aussprechen, daß die für die Nachfolgerschaft des Prof. Andreas¹ genannten Herren eines Tages dem oben bezeichneten Ziele nahekommen.

Dr. Fritz Hartung, ordentlicher Professor in Kiel, schlagen wir auch diesmal an erster Stelle vor, und gestatten uns den Hinweis, daß auch die vor wenigen Tagen erschienene „Geschichte des Großherzogtums Sachsen-Weimar unter der Regierung Carl Augusts“ das

³ *Einem Brief Meineckes an Karl Hampe vom 18.6.1921 zufolge, tendierte C. H. Becker zu Marcks, während Ministerialrat Richter Oncken bevorzugte, vgl. Friedrich Meinecke. Neue Briefe und Dokumente, S. 247. Mit Vereinbarung vom 4.1.1922 (Bl. 428 der Akte) berief das Kultusministerium unter Otto Boelitz schließlich Marcks. Er erhielt (inflationsbedingte) 90.000 M Grundgehalt, 30.000 M Garantie, 10.000 M für einen separaten Lehrauftrag und wurde zudem zum Historiograph des preußischen Staates ernannt.*

¹ *Gegenüber dem Kultusministerium hatte Andreas den Weggang nach Heidelberg mitgeteilt (Bl. 111 der Akte) und damit begründet, dass er lieber allgemeine Geschichte als bloß Verfassungsgeschichte betreibe, und er als gebürtiger Badener die Westmark verteidigen wolle, aber dem Ministerium wie der Fakultät für deren Weitherzigkeit der Auffassung danke.*

Urteil, das wir in unserem letztjährigen Gutachten anlässlich der Emeritierung Otto Hintzes abgegeben haben, noch bestätigt und vertieft. Hartung ist ein anerkannt tüchtiger und gediegener Bearbeiter der neueren deutschen Verfassungsgeschichte. Er hat ihr eine ganze Reihe von Büchern und Aufsätzen gewidmet, die teils auf sorgfältiger eigener Quellenbearbeitung beruhen, teils den Stoff auf Grund ausgezeichneter Literaturkenntnis geschickt zusammenfassen. Methodisch geschult, besonnen im Urteil, voll gesunden Menschenverstandes, nüchtern in Auffassung und Darstellung, zuweilen mit einem Hauch von Ironie und Skepsis, verspricht dieser kenntnisreiche, tätige und von zäher Arbeitskraft angetriebene Gelehrte, obwohl er keine schöpferische oder bahnbrechende Richtung eingeschlagen hat und da, wo seine Werke allgemeinere oder geistesgeschichtliche Fragen berühren, die Grenzen seiner Begabung hervortreten, doch die Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte in ersprießlicher Weise hier zu vertreten. Wenn es auch seiner wissenschaftlichen Persönlichkeit, die mehr auf spröde fachliche Einzelarbeit eingestellt ist, an Glanz und Schwung gebricht, so zeigt er doch innerhalb des von ihm angebauten Gebietes der deutschen Verfassungsgeschichte, die sein schon in zweiter Auflage erschienener Grundriß bearbeitet hat, eine erfreuliche und vielseitige Regsamkeit und hat sich als zuverlässiger Gelehrter ernste Beachtung errungen. Die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat seine Verdienste durch die Verleihung des Ehrendoktorates anerkannt. Hartung würde der besonderen brandenburgisch-preußischen Staatsentwicklung, deren Würdigung an unserer Universität trotz der inneren Umbildung unseres Reiches und der veränderten Stellung Preußens nach wie vor einen Platz beanspruchen darf, gewiß in Forschung und Lehre gerecht werden, da er sich mit ihr auch in eigenen Studien vertraut gemacht hat. Er wird aber auch in eine umfassendere, vergleichend angelegte und der Gegenwart zustrebende Betrachtung der Verfassungsgeschichte hineinwachsen. An ihm würde die Fakultät einen erprobten Forscher und eine eifrige Lehrkraft gewinnen.

Den mit Hartung gleichaltrigen Berliner Privatdozenten Prof. Dr. Karl Brinkmann, den wir an zweiter Stelle nennen, haben wir bereits im vergangenen Jahr für eine englische Geschichtsprofessur in Betracht gezogen und jüngst für die Erteilung eines wirtschaftsgeschichtlichen Lehrauftrages vorgeschlagen. Bei diesen Anlässen sind seine einzelnen Schriften und Fachbestrebungen aufgezählt und kurz gewürdigt worden. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß Brinkmann keineswegs als einseitiger Wirtschaftshistoriker betrachtet werden darf, sondern daß er bei seiner starken Fähigkeit, die wirtschaftlichen Erscheinungen mit den anderen geschichtsbildenden Kräften zu verknüpfen, fast in allen seinen Arbeiten auch verfassungsgeschichtlichen Ertrag geliefert hat. Für den frei werdenden Lehrstuhl empfehlen ihn ebenso seine früheren Studien zur brandenburgisch-preußischen Geschichte, denen neuerdings sein inhaltsreiches Werk über die preußische Handelspolitik vor Abschluß des Zollvereins gefolgt ist, wie seine hervorragende Kennerschaft des für den Verfassungshistoriker besonders wichtigen Englands. Er hat dessen Entwicklung im Handbuch der Staatengeschichte eine gedrängte, auf Stoffbeherrschung und bester Sichtung der Literatur beruhende Übersicht gewidmet. Hier wie in seinen übrigen überraschend vielseitigen Arbeiten sucht er

in der Verfassungsgeschichte den Niederschlag aller bewegend inneren Kräfte des Volkstums zu erkennen und weiß durch beziehungsreiche, geistvolle Bemerkungen die Gedanken des Lesers stark anzuregen. Brinkmann hat überdies dank seiner ausgezeichneten Sprachkenntnisse auch mit den östlichen Geschichtsproblemen Fühlung gewonnen, u. a. über die ältesten Grundbücher von Nowgorod und die ländliche Selbstverwaltung im Rußland des XVII. Jahrhunderts zwei Studien veröffentlicht. Er wäre daher vermöge seiner weitreichenden Bildung und seiner vielseitigen Einstellung zweifellos geeignet, dem Fach der Verfassungsgeschichte die erwünschte Wendung zum vergleichenden Standpunkt und zur allgemeinen Staatenkunde zu geben. Seine für Gegenwartfragen sehr empfängliche, angeregte und anregende Persönlichkeit, seine durch Auslandsreisen und im Dienste des Auswärtigen Amtes erweiterten Interessen deuten in gleiche Richtung. Einige Schattenseiten können freilich nicht unerwähnt bleiben: Dieser ungemein gelehrte und aufgeschlossene Forscher, der eine mehr reflektierende als gestaltende Ader hat, steht nämlich mit seiner von der Soziologie berührten, aber keineswegs ganz ausgereiften, rationalistisch gefärbten Geisteshaltung, die den erhobenen synthetischen Anspruch nicht immer erfüllt, und mit seiner Neigung, die Dinge dialektisch zuzuspitzen, statt sie in schlichter, starker, ungebrochener Fassung zur Geltung zu bringen, seiner eigenen reichen Begabung im Lichte. Dazu kommt eine in dürrer Begrifflichkeit sich gefällende, bisweilen dunkle und unklare Ausdrucksweise. Vielfach wird an dieser beweglichen Natur eine gewisse sachliche Schwerkraft und ein natürliches Zentrum vermißt, die der Persönlichkeit und ihren mannigfaltigen Neigungen festen Halt und eine einheitliche Wirkung gibt. Es steckt in ihm selber zur Zeit noch eine Problematik, die ihn ebenso wie sie ihn zu einem unserer anregendsten jüngeren Kollegen macht, vorderhand unruhig von Aufgabe zu Aufgabe treibt. Andererseits ist zu hoffen, daß vielleicht gerade sie bei fortschreitender Klärung zu einer besonders interessanten, geistig ertragreichen Entwicklung führen werde. Den bereits für die Nachfolgerschaft des Herrn Hintze an dritter Stelle genannten, inzwischen nach Marburg berufenen Privatdozenten Dr. Höpke, der hier in Kolleg und Übungen eine geschätzte Tätigkeit entfaltet hat, schlagen wir abermals an dritter Stelle vor, indem wir auf seine früher gewürdigten Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte hinweisen, der bisher ausschließlich seine Bestrebungen gewidmet waren. Als Verfassungshistoriker im strengen Sinn ist er weniger hervorgetreten, hat sich aber in seinen Vorlesungen auch nach dieser Seite hin ausgebreitet. Zu seinen früheren Arbeiten ist inzwischen außer einer knapp gehaltenen Behandlung der Niederlande und Belgiens im Handbuch der Staatengeschichte (1922) ein sehr nützlicher, mit wohlgesichteten Literaturangaben ausgestatteter kurzer Abriß der Wirtschaftsgeschichte getreten, der seiner Fähigkeit, einen weit-schichtigen Stoff schulgerecht zu bearbeiten und in handliche Form zu bringen, ein neues Zeugnis ausstellt.²

2. *Mit Vereinbarung vom 25.4.1923 (Bl. 160 der Akte) berief das Kultusministerium Hartung. Dieser lehnte 1924 einen Ruf nach Hamburg ab und die Vereinbarung wurde am 4.4.1924 (Bl. 159) modifiziert. Gemäß einer*

176 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium.

Berlin, 18. November 1927.

Ausfertigung, gez. Bieberbach als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 4, Bl. 327–330v.

Die Berliner Historiker leiden stark unter Raumnot und dem Fehlen von Lehrkräften für Hilfswissenschaften, Mediävistik, anglo-amerikanische sowie französische Geschichte. Einziger Kandidat für die Nachfolge von Marcks und Meinecke ist Oncken (München).

Vgl. Einleitung, S. 5 und 120.

Die Fakultät hat das Schreiben vom 12.11.27 – U I 8484 – erhalten und daraus ersehen, daß die Herren Marcks und Meinecke auf ihren Antrag hin am 1. April 1928 in den Ruhestand treten werden, aber bereit sind, ihre Lehrtätigkeit in beschränktem Maße fortzusetzen. Sie hat ferner davon Kenntnis genommen, daß infolgedessen vorläufig nur der eine der beiden Lehrstühle für neuere Geschichte wiederbesetzt werden soll, und erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden. Bevor sie für die Wiederbesetzung jenes Lehrstuhls ihre Vorschläge macht, hält sie es jedoch für notwendig, einige einleitende Worte über die allgemeine Lage der geschichtlichen Disziplinen zu sagen.

Seit geraumer Zeit stehen die Historiker bei uns im Zeichen einer Notlage. Schon die äußeren Bedingungen, unter denen sie ihre Lehrtätigkeit ausüben müssen, entsprechen nicht den Anforderungen, die sie im Interesse ihrer Wissenschaft erheben müssen. Mit den 5–600 Hörern ihrer Disziplinen sind sie zusammengedrängt auf einige wenige kleine und dunkle Räume, in denen zur Not 50–60 Studenten Arbeitsplätze finden. Die schnell anwachsende Bibliothek des Seminars hat längst keinen Platz mehr; die Bücher haben zum Teil im Direktorenzimmer, zum Teil im Zimmer des Bibliothekars und auf den Gängen untergebracht werden müssen, und schon steht die Zeit bevor, in der auch diese Möglichkeiten erschöpft sind. Für die 4 Direktoren des Seminars sind nur zwei kleine Zimmer vorhanden, von anderen Mißständen wollen wir schweigen. Es ist klar, daß diese Übelstände jetzt, wo es darum handelt, eine neue Lehrkraft für unsere Universität zu gewinnen, von besonderer und vielleicht entscheidender Bedeutung werden können. Die Fakultät sieht sich daher veranlaßt, den Herrn Minister zu ersuchen, hier eine umgehende Änderung eintreten zu lassen, zumal

Aktennotiz Werner Richters vom 24.4.1923 (Bl. 124 f.) zeigte sich Brinkmann bei einer Vorsprache im Ministerium tief gekränkt. Hartung werde nur genommen, weil er der Deutschen Volkspartei angehöre. Es gebe eine unterirdische Hetze gegen ihn, seine Richtung könne sich nur in Berlin durchsetzen und nun sei seine ganze wissenschaftliche Weiterentwicklung zerbrochen. Richter kommentierte, damit habe Brinkmann das Maß von Ausgeglichenheit und Würde vermissen lassen, das für ein Ordinariat in Berlin erforderlich sei.

da nach ihrer Meinung die Aussicht für die Verwirklichung ihres unten folgenden Vorschlages auch von der Besserung dieser Verhältnisse abhängt.

Für einen regelrechten Betrieb der historischen Disziplinen fehlt es aber auch an Lehrkräften. Die Fakultät hat schon früher Veranlassung genommen darauf hinzuweisen, daß das Fach der historischen Hilfswissenschaften, das bis 1921 durch einen ordentlichen Professor vertreten wurde, seit 1923 nur durch einen außerordentlichen Professor verwaltet wird, und daß das Sternfeldsche Extraordinariat für mittelalterliche Geschichte nicht wieder besetzt worden ist. Berlin wird infolge dieser niedrigen Zahl seiner Lehrkräfte allmählich gegenüber Wien, wo drei ordentliche Professoren für die mittelalterliche Geschichte vorhanden sind, notwendigerweise ins Hintertreffen geraten, und nicht nur gegenüber Wien. Die Fakultät sieht an dieser Stelle davon ab, die entsprechenden Einrichtungen anderer Länder zum Vergleiche heranzuziehen. Sie weist nur abermals darauf hin, daß auch dieser Mangel für die kommende Neubesetzung des Lehrstuhles der neueren Geschichte nicht ohne Belang ist. Wenn die Vorbedingungen für eine ordnungsgemäße Ausbildung der jungen Historiker nicht gegeben sind, so verringert sich der Anreiz, als Dozent nach Berlin zu gehen. Die Fakultät ist daher auf Grund des Berichtes des Fachvertreters zu der Überzeugung gekommen, daß eine Ergänzung der Lehrkräfte auf dem Gebiete der mittelalterlichen Geschichte unbedingt notwendig ist, und ersucht den Herrn Minister, auch diese Ergänzung sobald wie möglich in die Wege zu leiten.

Einen weiteren Mangel erblickt die Fakultät in dem Fehlen einer Professur oder doch zum mindesten eines festen Lehrauftrages für englische und amerikanische sowie für französische Geschichte. Über die dringende Notwendigkeit einer solchen Professur hat die Fakultät bereits in den Jahren 1914, 1921, und 1925 berichtet und damals bestimmte Vorschläge gemacht. Sie behält sich vor, demnächst abermals darüber zu berichten und Vorschläge zu übermitteln.

Hinsichtlich des jetzt neu zu besetzenden Lehrstuhls für neuere Geschichte, hält die Fakultät nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Persönlichkeiten und Umstände für richtig, für diese Professur ausschließlich Herrn Hermann Oncken in München vorzuschlagen.

Geheimer Hofrat Hermann Oncken, zur Zeit ordentlicher Professor für neuere Geschichte an der Universität München, geb. am 16. November 1869 in Oldenburg, wurde von der Fakultät bereits 1914 und wiederum im Jahre 1921 für einen Lehrstuhl der neueren Geschichte an unserer Universität vorgeschlagen. Daher kann die Fakultät im allgemeinen auf ihre damaligen Berichte verweisen. Aber sie hält es doch für nötig, noch einige ergänzende Bemerkungen zu machen.

Oncken, Norddeutscher von Geburt, Schüler von Max Lenz, ist mit Berlin bereits früher, als Privatdozent seit 1898 und daneben weiterhin als Lehrer an der Königlichen Kriegsakademie, verbunden gewesen. Seine ersten größeren wissenschaftlichen Arbeiten, die Biographie Lassalles und die von Rudolf von Bennigsen, zeigen ihn auch mit seinen wissenschaftlichen Neigungen aufs engste mit Preußen und der Geschichte des neu begründeten Deutschen

Reiches verknüpft. Wir sind überzeugt, daß er, wieder nach Berlin zurückgerufen, noch in ganz anderer Weise als bisher seine wissenschaftliche und öffentliche Tätigkeit der preußischen und allgemeinen deutschen Geschichte widmen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen ist er der einzige Historiker, der hier in Berlin bei Besetzung vorerst nur dieses einen Lehrstuhls in jeder Beziehung am Platze ist, ein Mann, der mit seiner lebendigen Art und seinem starken Tätigkeitsdrang sich bald in der Reichshauptstadt eine bedeutende Stellung schaffen wird, wie er es auch in München getan hat.

Seine Entwicklung hat ihn über Chicago (1905), wo er ein Jahr als Dozent wirkte, über Gießen (1906), Heidelberg (1907), 1923 nach München geführt, wo er, wiederum wie schon in Heidelberg, als Nachfolger von Erich Marcks, eine lebendige Wirksamkeit entfaltet hat. Neben einer breiten und eindrucksvollen Lehrtätigkeit hat er eine ganze Reihe besonderer Pflichten und Ehrenämter ausgeübt. Er ist Präsident der Historischen Abteilung der Deutschen Akademie, Sekretär der Münchener Historischen Kommission, Mitglied der Kommission für das Reichsarchiv und der Kommission für die Prüfung der Anwärter des Auswärtigen Dienstes. Bei all dieser vielseitigen Tätigkeit hat er aber zugleich Zeit zu eindringender wissenschaftlicher Forschung gefunden. 1922 hat er in der von ihm und Friedrich Meinecke herausgegebenen Sammlung der „Klassiker der Politik“ eine vortreffliche Einleitung zu der Utopie des Thomas Morus geschrieben. In demselben Jahre erschien sein kleines fesselndes Buch „Aus Rankes Frühzeit“. 1921 veröffentlichte er das umfangreiche Werk über „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1813–1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71“, aus österreichischen, preußischen und deutschen Akten zusammengetragen, 3 Bände von 1.500 Seiten, mit einer darstellenden Einleitung von 121 Seiten, in der er die geistreich und energisch vorgetragene These von dem einheitlichen französischen Eroberungswillen auch in jenen Jahren vertrat. 1927 folgten die zwei Bände über „Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik 1854–71“, den Briefwechsel, die Denkschriften und die Tagebücher des Großherzogs enthaltend, nach Vorarbeiten Obsers durch Oncken allein aus- und durchgeführt, mit 87 Seiten Einleitung, 940 Seiten Akten, die Einleitung wiederum eine feine und geistreiche Zusammenfassung dessen, was aus der Publikation zu erschließen ist. Mit diesen Publikationen bewegt sich Oncken auf denselben Bahnen, auf denen er schon früher ging, aber die Art seiner Auffassung scheint noch vertieft, sein Blick geweitet, seine Schaffenskraft gesteigert. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Wissenschaft auch in Zukunft noch viel von ihm erhoffen darf.

Die Fakultät glaubt daher, Hermann Oncken für diese neu zu besetzende Professur unico loco vorschlagen zu sollen, und verbindet damit den Wunsch und die Hoffnung, daß es dem Herrn Minister gelingen möge, diese ausgezeichnete wissenschaftliche Persönlichkeit möglichst bald für unsere Universität zu gewinnen, damit die tiefe und von uns schwer empfundene Lücke, die durch das gleichzeitige Ausscheiden der Herren Marcks und Meinecke in dem Lehrbetrieb unserer Universität gerissen wurde, bereits für das kommende Sommersemester 1928 so gut als möglich wieder geschlossen werde.

Die für die Beratung der vorstehenden Ersatzvorschläge eingesetzte Fakultätskommission

bestand unter dem Vorsitz des Dekans aus den Herren: Marcks, Meinecke, Brackmann, Hartung, Breysig, Hintze, Delbrück, Spranger, Petersen, Dibelius, Schumacher, Stählin, Hoetzsch, Eduard Meyer, Wilcken, Krebs und Vogel. Die Fakultät hatte satzungsgemäß die folgenden Nichtordinarien um ihre Vorschläge für die Nachfolge Marcks/Meinecke ersucht: Baethgen, Dessau, Hoeniger, Windelband, Cunow, G. Mayer, Perels, R. Schmitt, Haake, Hobohm, Rauers, Rieß, Forrer, Hoppe, Rosenberg. Die Äußerungen der Herren Baethgen, Dessau, Hoeniger, Windelband, G. Mayer, R. Schmitt, Hoppe, Rosenberg, Haake sind dem Fakultätsbericht beigefügt.¹ Die übrigen Herren haben sich nicht geäußert.

176 b. Votum des Extraordinarius Gustav Mayer für die Philosophische Fakultät der Universität Berlin.

Berlin, 5. November 1927.

Ausfertigung, gez. Mayer.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 4, Bl. 340–341v.

In seinem Votum spricht sich Mayer für Oncken und in zweiter Linie für Johannes Ziekursch als Nachfolger von Marcks und Meinecke aus. Jüngere Historiker, von denen man viel erwarten darf, sind Hans Rothfels (Königsberg) und Siegfried August Kaehler (Marburg).

Vgl. Einleitung, S. 5 und 120.

Euer Spektabilität Wunsch, für die Neubesetzung der Lehrstühle von Erich Marcks und Friedrich Meinecke je drei geeignete Historiker in Vorschlag zu bringen, in diesem Umfange nachzukommen, erscheint mir kaum möglich. Einmal ist das Lehrgebiet der beiden Herren ein so eng verwandtes, daß wer sich für die Nachfolge des einen eignete, auch für die des anderen in Betracht käme. Sodann erscheint mir im gegenwärtigen Zeitpunkt die Auswahl von zur Berufung geeigneten Kandidaten, die zur Verfügung steht, eine sehr beschränkte zu sein, wozu nicht wenig beigetragen hat, daß die lange Dauer des Krieges die wissenschaftliche Ausbildung ebenso wie die Produktion der jungen Generation gehemmt hat. Nur sehr wenige unter den Jüngeren wären in der Lage, alsbald die vier vierstündigen Kollegs zu halten, in die der Vortrag der neueren Geschichte seit der Reformation in der Regel aufgeteilt ist.

¹ *Liegen der Akte bei, Bl. 331–343. Dessau und Windelband nannten keine Namen. Neben Oncken nannte Hoppe: Erich Brandenburg und Arnold Oskar Meyer; Schmitt: E. Brandenburg, Heinrich von Srbik und Karl Alexander von Müller; Rosenberg einzig Johann Viktor Bredt als besten Kenner der Weltkriegs(ursachen)forschung; Haake: E. Brandenburg und Johannes Haller; Hoeniger: Haller und Paul Herre. Die Voten Mayers und Baethgens als Dok. Nr. 176 b–c.*

Mir erscheint als die würdigste und geeignetste Persönlichkeit, die dazu beitragen könnte, die schmerzliche und schwer ausfüllbare Lücke, die der Unterricht der neueren Geschichte an unserer Universität erfährt, allmählich auszufüllen Prof. Hermann Oncken in München. Nicht nur, daß er mit seiner Produktion bekundet hat, daß er von der Reformation bis zur Gegenwart auf den verschiedensten Gebieten wirklich zuhause ist, nicht nur, daß ich ihn als glänzenden Dozenten kennengelernt habe, daß er die historische Technik souverän meistert und von einem, dem modernen Historiker schwer entbehrlichen starken Gegenwartsempfinden erfüllt ist – er ist abgesehen von alledem unter allen in meinen Augen überhaupt in Erwägung stehenden Dozenten derjenige, der das stärkste persönliche Relief hat, ein Historiker von eigenem Wert ist. Wenn mir ein solcher Vorschlag zusteht, so würde ich raten, Oncken unico loco zu berufen. Da aber zwei Plätze zu besetzen sind, so möchte ich hinter Oncken Johannes Ziekursch in Köln in Vorschlag bringen, der durch seine im Urteil selbständige und zugleich die Quellen gewissenhaft nutzende Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs – der zweite Band ist im Erscheinen – stärker in den Vordergrund getreten ist.

Endlich nenne ich unter den jüngeren Historikern, die im Felde gestanden haben, den Prof. Hans Rothfels in Königsberg und den Privatdozenten Dr. Siegfried Kähler² in Marburg als die am ehesten berufenen. Beides sind ausgesprochene Persönlichkeiten, an die sich bedeutende Erwartungen knüpfen dürfen. Von Rothfels liegen bisher mehr subtile und gedankenvolle Einzeluntersuchungen vor. Von Kähler wird in Kürze als Frucht langjähriger Arbeit ein Werk über Wilhelm von Humboldt erscheinen, das mir aber noch nicht zugänglich ist. Die kleineren Arbeiten, die ich von ihm kenne, zeigen ihn als eine reiche, selbständige Persönlichkeit und starke wissenschaftliche Potenz. Dennoch frage ich mich, ob man im Interesse der Wissenschaft, wenn die Verhältnisse es gestatten, diesen beiden Historikern nicht wünschen sollte, sich an kleinen Universitäten noch einige Jahre auf eine Wirksamkeit in Berlin vorbereiten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung Euer Spektabilität sehr ergebener

2 Die zeitgenössische Schreibweise in diesem und vielen folgenden Dokumenten war meist Kähler.

**176 c. Votum des Honorarprofessors Friedrich Baethgen für die Philosophische
Fakultät der Universität Berlin.**

Berlin, 14. November 1927.

Ausfertigung, gez. Baethgen.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 4, Bl. 342–343.

Geeignete Nachfolger für Meinecke sind Hermann Oncken und nächst ihm Gerhard Ritter (Freiburg) sowie Rothfels (Königsberg). Für die zweite Stelle mit einem außerdeutschen Schwerpunkt eignen sich zuvörderst Heinrich von Srbik (Wien), dann Willy Andreas (Heidelberg) und Arnold Oskar Meyer (Göttingen).

Vgl. Einleitung, S. 5 und 120.

Gemäß der Aufforderung des Herrn Dekans beehre ich mich, eine Aufstellung derjenigen Gelehrten zu überreichen, die nach meiner Ansicht für die Lehrstühle der Herrn Meinecke und Marcks zu nennen wären.

Als Nachfolger Friedrich Meineckes kann meiner Überzeugung nach in erster Linie allein Hermann Oncken in Frage kommen. Sieht man von den beiden jetzt zurücktretenden Herren ab, so ist Oncken heute zweifellos die führende Persönlichkeit unter den Vertretern der neueren Geschichte. In wissenschaftlicher Hinsicht wird das kaum einer näheren Ausführung bedürfen. Jedoch möchte ich hervorheben, daß Oncken daneben als Lehrer, Redner und Publizist in Berlin einen für seine Persönlichkeit besonderes geeigneten Boden finden und weit über den Umkreis der Universität hinaus eine tiefgreifende und nachhaltige Wirkung ausüben wird.

Nach ihm würde ich dann zunächst Gerhard Ritter in Freiburg nennen. Ritter ist unter den neueren Historikern der jüngeren Generation der eigentliche Gelehrte. Seine Arbeiten, die sich bereits auf die verschiedensten Gebiete erstrecken, zeugen überall von eindringendster Forschung und von einer heute nicht mehr allzuhäufigen souveränen Beherrschung des Materials. Dabei erschöpfen sie sich jedoch nirgends in der Anhäufung bloßen Rohstoffes, sondern dieser ist überall durchdrungen und geformt von einer großzügigen, stets auf das Wesentliche gerichteten historischen Auffassung. Daß ihm schließlich auch die Gabe formaler Gestaltungskraft nicht versagt ist, hat in schönster Weise seine Luther-Biographie gezeigt.

An letzter Stelle möchte ich schließlich auf Hans Rothfels in Königsberg hinweisen. Wenn von ihm bisher nur wenige größere Arbeiten, daneben freilich eine Fülle einzelner Aufsätze und Besprechungen vorliegen, so verraten doch alle seine Äußerungen ein so außerordentliches geistiges Niveau und einen so tiefdringenden und feinen historischen Blick, daß über seine hervorragende Veranlagung kein Zweifel bestehen kann. Daneben aber fallen für meine Beurteilung seine ausgezeichneten menschlichen Eigenschaften stark ins Gewicht; ich bin überzeugt, daß seine Persönlichkeit die starke Wirkung, die sie überall auslöst, auch in einem größeren Wirkungskreis als seinem jetzigen, nicht verfehlen würde.

Ausgehend sodann von der Auffassung, daß bei der Besetzung des andern Lehrstuhls vor allem an eine Ergänzung des Lehrplans nach einer besonderen Richtung hin zu denken sein würde, scheint mir als Nachfolger von Erich Marcks vor allem Heinrich Ritter von Srbik in Betracht zu kommen. Daß der Wiener Historiker heute nicht nur der erste Kenner der österreichischen Geschichte in ihrem weitesten Umfang, sondern zugleich auch einer der produktivsten und anerkanntesten Geschichtsforscher überhaupt ist, brauche ich nicht weiter auszuführen. Aber auch in menschlicher Hinsicht wird er, so möchte ich glauben, einen außerordentlichen Gewinn für die Berliner Universität darstellen, wie denn dem Eindrucke seiner feingeistigen und vornehmen Persönlichkeit kaum einer der Teilnehmer am Frankfurter und am Grazer Historikertage sich entzogen haben wird.

Von dem gleichen Gesichtspunkt aus wären nächst ihm meiner Auffassung nach sodann noch Willy Andreas in Heidelberg und Arnold Oskar Meyer in Göttingen, und zwar in gleicher Linie, zu nennen. Auch diese beiden Gelehrten zeichnen sich neben ihrer bekannten allgemeinen wissenschaftlichen Qualität durch eine besondere Kenntnis der außerdeutschen neueren Geschichte aus und würden somit zweifellos in der Lage sein, wesentlich zur Bereicherung und Ausgestaltung des Lehrplanes beizutragen. Im Übrigen wird es bei der anerkannten Stellung dieser beiden Herrn auch hier einer weiteren Begründung der Nennung nicht bedürfen.³

³ Mit Schreiben vom 31.12.1927 (Bl. 295 der Akte) erbat das Kultus- beim Finanzministerium für Oncken ein Sondergehalt von 16.400 RM, denn ohne diese Summe drohten die unangenehmen Folgen, die sich eintretenden Falls aus der abermaligen Ablehnung einer Berufung nach Berlin durch einen Münchener Gelehrten ergeben würden. Die Vereinbarung mit Oncken (Bl. 345) sah dieses Gehalt, eine Garantie von 16.000 RM, einen vergüteten Lehrauftrag für englisch-amerikanische Geschichte, eine Remuneration von 1.000 RM, maximal 3.000 RM für Wohnungsabstand und eine Bemühenszusage, ihn bis 68 Jahre im aktiven Lehramt zu halten, vor.

**177. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das
Kultusministerium.
Berlin, 21. Juni 1930.**

*Ausfertigung, gez. Heinrich von Ficker als Dekan.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 51 Bd. 22, Bl. 66–68.*

Arthur Rosenbergs Buch „Die Entstehung der deutschen Republik“ ist eine geschickte Darstellung mit einzelnen gescheiterten Urteilen. Die Anlage ist jedoch unhistorisch und die These, das Werk Bismarcks sei von Anfang zum Untergang verurteilt gewesen, zeugt von einem intellektualistischen Konstruieren ex post, was jeder subjektiven Willkür Tor und Tür öffnet.

Vgl. Einleitung, S. 54 und 121.

Durch die Verfügung U I Nr. 5682.1 vom 29. März 1930 wurde die Fakultät beauftragt, ein Gutachten über das von dem Privatdozenten Dr. Arthur Rosenberg verfaßte Buch „Die Entstehung der deutschen Republik“ vorzulegen. Die Fakultät beehrt sich, das von den Fachvertretern ausgearbeitete und von der Fakultät gebilligte Gutachten vorzulegen:

Das Buch ist hervorgegangen aus den Verhandlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, dem der Verfasser von 1925 bis 1928 angehörte, und behandelt in der Hauptsache die Krisen der Reichsverfassung und ihrer Organe, die sich während des Weltkrieges entwickelten und in dem Ausbruch der Revolution gipfelten. Die Linien der Entwicklung von 1914 bis 1918, die das eigentliche Buch umfaßt, sind nach rückwärts in einem Kapitel über die Zeit von 1890 bis 1914, im Umfang von reichlich dreißig Seiten, verlängert, und diesem Kapitel ist dann noch ein Abschnitt über die gesellschaftlichen Kräfte des Reiches unter Bismarck, im Umfang von 25 Seiten, vorangeschickt. Das Buch hat also, seiner Entstehung gemäß, tatsächlich ein noch engeres Thema, als sein überspitzter Titel erwarten läßt, aber es hat dafür einen leitenden Gedanken, der sich eben in dieser Überspitzung deutlich repräsentiert.

Dieser Leitgedanke ist einfach genug. Das Werk Bismarcks ist „von Anfang an todkrank“ (S. 12), die Reichsgeschichte seit 1871 eine „Dauerkrise“. In den Vorgängen bei Bismarcks Entlassung läßt sich „die Notwendigkeit der Revolution von 1918“ (S. 31) schon begreifen; die Daily Telegraph-Krise von 1908 hat die Unvermeidlichkeit der Revolution besiegelt. Alles Unheil der Regierung Wilhelms II. ist weniger die persönliche Schuld des Kaisers als „Folge der Verfassung von 1871“ (S. 40), denn diese führt dahin, daß im August 1914 die deutsche Politik von Bethmann-Hollweg und das deutsche Heer vom jüngeren Moltke geleitet wurde. Mit der Friedensresolution vom Juli 1917 ist „der Grundstein zur deutschen Revolution“ (S. 156) gelegt worden usw. Verfassungsgeschichtlich gesehen, ist somit die Geschichte des Reiches seit 1871 nur eine Krankheitsgeschichte, bei der von vornherein die Prognose auf Tod gestellt ist.

Solche Linienführung ist seit der Revolution publizistisch nicht unbeliebt, wie wir denn auch von einem Wiener Historiker eine zweibändige Geschichte des „Zerfalles Österreichs“ seit 1815 erhalten haben. Es ist nicht unberechtigt, in einer verfassungsgeschichtlichen Analyse die Keime einer Entwicklung bloßzulegen, die zu schweren organischen Störungen und Erkrankungen eines Staatskörpers führen konnten und schließlich geführt haben; der Fortschritt der Wissenschaft vollzieht sich häufig durch eine solche Vertiefung aus später gewonnener Erkenntnis. In diesem Falle aber haben wir nur ein Thema probandum und ein advokatorisches Plädoyer, das den ganzen Inhalt der Epoche von 1870 bis 1914 unter dem einzigen Aspekt des katastrophenhaften Ausganges zu sehen und zu bewerten bemüht ist, ohne über diese schwache Beweislinie hinauszublicken. Darüber wird die Aufgabe des echten Verfassungshistorikers vernachlässigt, das Ganze einer großen Staatsentwicklung im Zusammenhang zu begreifen, alle in ihr zur Geltung kommenden Lebenskräfte sachlich und gerecht abzuwägen, z. B. das historische Verständnis der letzten Phase von analogen Verfassungsentwicklungen im Kriege her zu vertiefen.

Mit der bewußt einseitigen Anlage des Buches verbindet sich, wie durchaus anerkannt werden soll, nun nicht etwa eine ausgesprochen subjektive Haltung im Werturteil über Personen und Vorgänge in der Zeit von 1914 bis 1918. Im einzelnen waltet eine Zurückhaltung im Urteil, ein Bemühen um Objektivität und Gerechtigkeit, wie es in Arbeiten ähnlicher Art in der Regel vermißt wird. Die parteipolitische Tendenz des Buches ist gleichsam vom Persönlichen ganz in das Institutionelle abgeschoben, wodurch die Einseitigkeit der Konstruktion, aber auch seine publizistische Wirkung ohne Frage noch gesteigert wird. Für die Zeit von 1914 bis 1918 wird zumal demjenigen, der die breiten Veröffentlichungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht kennt, eine geschickte Vermittlung dieses Stoffes geboten; die einzelnen Verfassungsvorgänge während des Krieges werden manchmal von einem scharfen und gescheiterten Urteil, das sich in der gemeinsamen Ausschußarbeit herausbildete, durchleuchtet. Daß nach dieser Seite auch Verdienste des Buches liegen, ist besonders von Herrn Meinecke lebhaft anerkannt worden.¹

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Buch als Ganzes, in seiner Konzeption, nicht als ein rein wissenschaftliches Erzeugnis zu betrachten ist. Dazu fehlt ihm die durchgreifende Kenntnis der deutschen Verfassungsgeschichte vor 1914; in dem vorausgeschickten Kapitel über die Bismarckzeit von 1871/1890 beobachtet man manche Fehltritte, die sich nur aus mangelnder Fachkenntnis erklären lassen. Nur bei einer gänzlich unhistorischen Denkweise ist es möglich, in der Beurteilung der Verfassung von 1871, die Bismarck in diesem Jahre „gemacht“ habe, über die geschichtlichen Bedingungen ihres tatsächlichen Bildungsprozesses von 1866 bis 1870 mit völliger Nichtachtung hinwegzugehen: soweit reicht der Blick nicht zurück. Die ganze These einer Verfassungsgeschichte als Krankheitsprozeß zeugt überhaupt von einem intellektualistischen Konstruieren ex post, dem eine tiefere hi-

¹ Dieser Satz ist am Blattrand mit Bleistift mit einem handschriftlichen ! versehen.

storische Anschauung fremd bleibt. Wohl aber ist mit diesem Verfahren jeder subjektiven Willkür Tor und Tür geöffnet; wie einfach wäre mit dieser Methode eine Behandlung der Reichskrisen der letzten Jahre, um daraus eine neue mit dem Jahre 1919 einsetzende Krankheitsgeschichte zusammenzusetzen, mit analogen Verdikten und analogen Prognosen.²

178 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn für das Kultusministerium.

Bonn, 6. März 1920.

Ausfertigung, gez. Winter als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 8, Bl. 162–163v.

Für das Ordinariat für Geschichte werden anerkannte Gelehrte mit Schwerpunkt auf neuerer Geschichte vorgeschlagen: Marcks – München, Walter Götz – Leipzig und Oncken – Heidelberg.

Vgl. Einleitung, S. 121.

Durch Ministerialschreiben vom 23.1.20 ist die Fakultät aufgefordert worden, Vorschläge für die Besetzung eines Ordinariats für Geschichte zu machen. Die Fakultät fühlt die Verpflichtung, für diese wichtige Professur, deren Inhaber später der Nachfolger eines Historikers von der Bedeutung Friedrich von Bezolds sein soll, nur ganz hervorragende Gelehrte von anerkanntem Rufe zu nennen. Dabei ist für sie der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, einerseits Forscher vorzuschlagen, deren Arbeiten vorzugsweise das Gebiet der neueren Geschichte behandeln und die nach dieser Richtung eine Ergänzung des Lehrbetriebs bilden würden, sodann aber nur solche, deren Gewinnung nicht von vornherein als aussichtslos erscheint. Die von ihr ins Auge gefaßten Männer nehmen eine so hohe Stellung innerhalb der Wissenschaft ein und sind so allgemein bekannt, daß die Fakultät von der üblichen Darlegung ihrer Arbeiten im einzelnen wohl absehen und sich auf eine allgemeine Würdigung ihrer Person und ihrer wissenschaftlichen Bedeutung beschränken darf.

An erster Stelle schlagen wir den Professor an der Universität München Erich Marcks vor. Zu seiner Charakteristik genügt es darauf hinzuweisen, daß, wo immer er war, er dem Betriebe der Geschichtswissenschaft neue und starke Belebung gewährte. Der Geschichts-

² Die Initialen auf Bl. 66 belegen, dass Grimme und Richter den Bericht abzeichneten. Eine Randbemerkung des Ministerialrats Windelband lautet: zum außerordentlichen Professor ernennen. In der Akte, Bl. 69, folgt die von Richter unterzeichnete Ernennung zum nichtbeamteten Extraordinarius vom 11.8.1930. Zum Fall Rosenberg vgl. aufgrund der Akten: Wirsching, Andreas, Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933, in: *Historische Zeitschrift* 269 (1999), S. 561–602, hier S. 582–598.

schreiber Bismarcks hat auch auf anderen Gebieten sich betätigt, hat als glänzender Redner und Gelehrter sich immer erprobt. In diesem neidlos anerkannten Lehrer und Gelehrten würde die Universität ihre alte Stellung unter den deutschen Hochschulen auf dem Felde der Geschichtswissenschaft behalten und erneuern. Es handelt sich um eine unverbrauchte Kraft.

An zweiter Stelle schlägt die Fakultät den Professor an der Universität Leipzig Walter Götz vor. Auch er ist ein Meister des Wortes wie ein trefflicher Lehrer, der eine Reihe von tüchtigen Schülern herangebildet hat. Er ist ausgegangen von der Geschichte der Gegenreformation, hat dann auch die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges aufgesucht, ist mehr und mehr von der Geschichte der Diplomatie zu der des geistigen Lebens des späteren Mittelalters übergegangen, wo er über Franz von Assisi, den Frühhumanismus u. a. Gegenstände bedeutende Studien veröffentlichte; auch der Geschichte der Kunst hat er sein wertvolles Buch über Ravenna gewidmet. Nicht minder hat er dem politischen Leben der Völker in der neusten Zeit sein nach vielen Seiten gehendes Interesse zugewandt. Sein konzilianthes Wesen hat sich in allen Fakultäten, denen er angehörte, bewährt. Frische Natürlichkeit und ein warmes Herz sind ihm eigen.

Der dritte, den wir vorschlagen, Hermann Oncken, Professor an der Universität Heidelberg, ist von Studien zur Geschichte seines Heimatlandes Oldenburg ausgegangen; er hat sich dann aber mehr und mehr der Geschichte des modernen Parteilebens zugewandt, der er seine beiden bedeutungsvollen Hauptwerke widmete: „Lassalle“ (3. Aufl. 1920) und „Rudolf von Bennigsen“. Neuerdings hat er in dem Werke „Deutschland und der Weltkrieg“ die großen Abschnitte „Vorgeschichte, Ausbruch und Ausdehnung des Weltkrieges“ lichtvoll behandelt. Wenn er auch ein weit mehr eingeschränktes Interessengebiet hat als die beiden zuerst genannten, so ist er doch als ein vortrefflicher Gelehrter bekannt, und man wird hervorheben dürfen, daß sorgfältige parteigeschichtliche Arbeit besonders hohe Opfer an Zeit und Kraft erfordern. Als Lehrer und Redner wird er in hohem Maße geschätzt.

Die Berufung eines der drei von ihr Vorgeschlagenen würde die Fakultät gerade unter den gegenwärtigen so schwierigen Verhältnissen als einen für die ganze Universität besonders bedeutsamen Gewinn ansehen.¹

¹ Mit Schreiben vom 13.5.1920 (Bl. 164–165v der Akte) äußerte Marcks gegenüber C. H. Becker Bedenken gegen Bonn, u. a. wegen seines Alters, der alliierten Besatzung und der Umzugsnotwendigkeit. Im Schreiben des Kurators Norrenberg an W. Richter vom 8.6.1921 (Bl. 166–166v) heißt es: Für die Historikerstelle scheint Goetz ja endgültig auszuschneiden; Marcks wollen Sie für Berlin aufsparen und Oncken ist auch fraglich. Er vermute, die Fakultät werde nach Aufforderung ergänzend J. Hashagen, der in Bonn einen guten Ruf habe, und F. Kern, der eine bedeutende Persönlichkeit sein solle, vorschlagen.

**178 b. Aus dem Bericht des Universitätskurators Johann Norrenberg an den
Ministerialrat im Kultusministerium, Werner Richter.**

Bonn, 22. Juli 1921.

Ausfertigung, gez. Norrenberg.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 8, Bl. 168–169.

*Nach Ausscheiden der Kandidaten der Fakultät für das freie Ordinariat droht der
Geschichtswissenschaft in Bonn Schaden. Auch Prof. Aloys Schulte hält Fritz Kern für
geeignet, da er national gesinnt, aber nicht deutschnational und zudem Protestant ist, was
für Bonn eine Notwendigkeit darstellt.*

Vgl. Einleitung, S. 121.

Sehr verehrter, lieber Herr Richter!

Für Ihren freundlichen Brief vom 20. dieses Monats sage ich Ihnen meinen besten Dank.
[...]

Wichtiger ist für Bonn die Sache selbst. Wie ich Ihnen bereits unter dem 9.6.1921 schrieb, macht sich die Philosophische Fakultät wegen der längeren Vakanz der Historikerstelle ernste Sorge. Man führt auf sie die Abwanderung nach Köln zurück, zumal der Geheimrat Schulte bereits 64 Jahre alt ist, und nach seiner eigenen Auffassung Studierende nicht gerne wissenschaftliche Arbeiten bei einem Professor beginnen, von dem sie wissen, daß er in wenigen Jahren ausscheidet – und da andererseits die beiden anderen Historiker bei vortrefflichen Eigenschaften wenig anlockend zu wirken vermögen. Die „Geschichte“ droht in Bonn auf einen toten Punkt zu kommen.

Die Kandidatur Goetz, die von der Fakultät nie ernst gemeint war (über die Behandlung von Berufungsfragen durch die Fakultäten ließen sich ja wohl Bände schreiben!) ist besonders nach den neueren Erlebnissen für Bonn ganz ausgeschlossen. Marcks und Oncken kommen nicht mehr in Frage. Darüber besteht bei Geheimrat Schulte, nachdem er mit beiden gesprochen, kein Zweifel. Nach wie vor halten die Fachvertreter, die bei dem Hiersein Kerns von diesem einen sehr guten Eindruck gewonnen haben, an ihrem Wunsche, Kern hierhin zu bekommen, unbedingt fest. Und auch Vertreter anderer Lehrgebiete, mit denen ich Fühlung genommen hatte, halten Kern für den einzig möglichen Nachfolger von von Bezold. Die von Ihnen berührten Bedenken habe ich als die meinigen vorsichtig bei meiner Unterredung mit Geheimrat Schulte angedeutet. Schulte ist der Ansicht, daß diese Bedenken nicht begründet seien. Kern war ursprünglich mittelalterlicher „Schriftgelehrter“. In amtlichem Auftrage hat er sich für die neueste Geschichte eingesetzt und ist dadurch in ein anderes Fahrwasser gekommen. Leicht zu verstehen, daß er gerade jetzt noch in einem labilen Zustande sich befindet, aus dem heraus er aber sofort festen Boden gewinnen würde, wenn er nach Bonn berufen würde. Es würde geradezu eine Tat sein, ihm diesen Boden zu schaffen. Politisch ist Kern unbelastet. Er ist national gesinnt, was auch für Bonn notwendig

ist. Er ist national wie Oncken und Marcks, aber durchaus nicht „deutsch-national“. Daran hindert ihn schon sein Philosemitismus.

Die baldige Erledigung der Berufungsfrage ist erwünscht aus den angeführten Gründen. Aber noch ein anderer Grund spricht dafür. Sollte von seiten der Besatzung Einspruch erhoben werden gegen den zu Berufenden (gleichgültig ob Marcks oder Oncken oder Kern), so würde der jetzige Rektor derartige Einwendungen noch aus dem Wege räumen können. Für die Bonner Stelle kann nur ein Protestant in Frage kommen und gegen jeden protestantischen Historiker besteht bei den Franzosen von vornherein ein großer Argwohn. Dem Katholiken Tillmann wird leicht gelingen, was der Protestant Fitting bei den Franzosen vergeblich zu erreichen suchen wird. Also möglichste Eile tut Not.

Nun werden Sie denken, wieder so ein lästiger Brief, der den Schreiber nicht gerade beliebt macht. Aber ich bin nun einmal da, Bonn bei Ihnen zu vertreten, und da stehe ich nun mitten im Gefecht, das hier ja leider immer unter dem Schlagwort „Berlin!“ geführt wird.

Ich freue mich mit Ihnen, daß Sie nun auch bald in Urlaub gehen können. Die vergangene Wintercampagne war sicher an Arbeit die schwerste, die das Kultusministerium jemals zu überstehen hatte. Möge das nach Ihrem Urlaub beginnende Arbeitsjahr für Sie dafür um so erfreulicher sein.

Mit besten Grüßen Ihr treulichst ergebener

178 c. Zweite Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn an das Kultusministerium.

Bonn, 30. Juli 1921.

Ausfertigung, gez. Meißner als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 8, Bl. 185v–188v.

Weitere Kandidaten für das Ordinariat für Geschichte sind: Fritz Kern – Frankfurt und Arnold O. Meyer – Kiel.

Vgl. Einleitung, S. 120 f.

Die Philosophische Fakultät entspricht in folgendem der ihr durch Erlaß vom 13. Juni 1921 U I 15226 gestellten Aufgabe, für die Nachfolge des Prof. von Bezold noch weitere Vorschläge zu übermitteln.

Die Fakultät schlägt unter Wiederholung der von der ersten Vorschlagsliste vom 5. März 1920 unerledigt gebliebenen Herren Marcks und Hermann Oncken die Herren Fritz Kern und Arnold O. Meyer vor.

Prof. Fritz Kern (geb. 1884 in Stuttgart) hat eine schnelle Laufbahn hinter sich. Er war nur kurze Zeit in Kiel habilitiert, um dann 1914 nach Frankfurt berufen zu werden, wo

seine Lehrtätigkeit allerdings durch den Krieg und den sich anschließenden Urlaub wesentlich herabgesetzt wurde. Kern gehört zu den vielseitigsten und geistig beweglichsten Historikern, über die wir verfügen. Er ging in seinen Arbeiten aus von den historischen Hilfswissenschaften und wendete sich dann der politischen Geschichte in zwei fruchtbaren Arbeiten zu: Die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik bis zum Jahre 1308, 1910; *Acta imperii Angliae et Francia ab annum 1267 ad annum 1315* [sic! korrekt: 1313], 1911. Darauf schenkte er der Geistesgeschichte seine *Humana civitas* (Staat, Kirche und Kultur) eine Dante-Untersuchung, 1913 sowie seine Dantevorlesungen, um dann in seinem Buche *Gottesgnadentum und Widerstandsrecht in früherem Mittelalter* 1914 sich der Verfassungsgeschichte zuzuwenden. Um diese von der Kritik allseitig aufs beste aufgenommenen Bücher ranken sich eine Reihe bedeutsamer kleinerer Abhandlungen. Wenn sich alle diese Arbeiten auf dem Boden der mittelalterlichen Geschichte bewegen, so ist er doch der neueren Geschichte nicht fremd geblieben, hat sich im Gegenteil vom Kriegsbeginn an der Neuzeit zugewendet. Seine politische Tätigkeit im Dienste des Auswärtigen Amtes, dann ein einjähriger Urlaub haben ihn mit seinen geistigen, von nationaler Gesinnung getragenen Interessen dem Mittelalter entzogen, wie das auch der Umkreis der in den letzten Jahren von ihm angekündigten Vorlesungen zeigt, so daß wir ihn nunmehr auch für eine Professur vorschlagen können, die unseres Erachtens zur Zeit eine Besetzung durch einen rein mittelalterlichen Historiker wenig ratsam erscheinen läßt. Wir sind der Überzeugung, daß er sich auch über den Rahmen der großen Fachkollegien in kürzeren Vorlesungen an einen weiteren Kreis der Studenten wenden wird. Auch seine Kenntnisse auf dem Gebiet der französischen Geschichte können hier fruchtbar werden. Über seine Lehrtätigkeit hören wir, daß er ein höchst lebendiger, gedankenreicher und feinsinniger Redner ist, seine Vorlesungen und Übungen ausgezeichnet vorbereitet und mit klarer Formulierung die leitenden Ideen herausbringt. Im ganzen stellt Kern sich als eine energische, arbeitskräftige, arbeitsfreudige und universal gerichtete Persönlichkeit dar, die tief eindringend, doch nicht im einzelnen sich verliert, sondern die großen Zusammenhänge bevorzugt und sich an weitere Kreise in Schrift und Wort zu wenden geneigt ist und das versteht.

Der Entwicklungsgang Arnold O. Meyers (geb. 1877 in Breslau) läuft über Forschungsjahre am Preußischen Historischen Institut in Rom, über Privatdozentenjahre in Breslau und Rostock zu dem Extraordinariat in Rostock 1913 und zu dem Ordinariat in Kiel 1915. Das Schwergewicht seiner wissenschaftlichen Arbeiten fällt in die Zeit der Reformation und vor allem der Gegenreformation. Den deutschen Verhältnissen wendete er sich zu in seinen Studien zur Vorgeschichte der Reformation 1913, dann in seinen Nuntiaturberichten aus Prag und Wien (1603–1606) 1913, wo er ein ziemlich dürres Material zu bearbeiten beauftragt war. Er hat in seinen römischen Jahren auch feinsinnige Studien über den Charakter der Italiener u. a. geschrieben. Seine Liebe gehörte aber schon von seiner Dissertation die englische Diplomatie in Deutschland zur Zeit Eduards VI. an der englischen Geschichte, und dieses Gebiet behandelt auch sein Hauptwerk *England und die katholische Kirche unter Elisabeth*, Bd. 1, 1911, ein Werk, das sich durch die Kunst der Sprache und der Darstel-

lung, wie durch das Gleichmaß der Beurteilung allseitigen Beifall, auch in England, erwarb. In Kiel hat er auch der Landesgeschichte rege Aufmerksamkeit gewidmet. Als eine künstlerische Persönlichkeit, ein abgeklärter Charakter hebt er sich hervor, seine Lehrerfolge sind erfreulich, und auch von ihm hoffen wir, daß er den vaterländischen, den idealistischen Sinn unserer akademischen Jugend wohl zu pflegen wissen würde. Sollte niemand von diesen zu gewinnen sein, so bittet die Fakultät um die Aufforderung zu weiteren Vorschlägen.²

179. Aktenvermerk von Ministerialrat Werner Richter im Kultusministerium.

Berlin, 19. März 1923.

Reinschrift, gez. Paraphe Richter.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 8, Bl. 540–540v.

Nach einem Jahr Ordinariat in Bonn beschwerten sich Fritz Kerns Kollegen über seine ungenügende Lehre in neuerer Geschichte und Betätigung außerhalb der Universität.

Vgl. Einleitung, S. 121.

Bei mir war der Prof. Platzhoff im Auftrage der Bonner Historiker Prof. Schulte, Levison und Cichorius, um mir vorzutragen, daß das Wirken des Prof. Kern ihnen als den ordentlichen Fachvertretern der Geschichte in der Fakultät zu großer Besorgnis Anlaß gäbe. Es beständen nach ihrer Meinung deutliche Anzeichen dafür, daß Prof. Kern erstrebe, sich von den Franzosen ausweisen zu lassen. Die Herren legten sodann Wert darauf, das Ministerium davon in Kenntnis zu setzen, daß die Lehrtätigkeit des Prof. Kern bisher im wesentlichen geschichtsphilosophische und universalgeschichtliche Probleme betroffen habe, und daß Prof. Kern den Aufgaben seines Lehrauftrags in der neueren Geschichte nicht in ausreichendem Maße nachgekommen sei. Zwar habe er für das kommende Semester eine

² Mit Schreiben vom 18.10.1921 (Bl. 170 der Akte) bot das Kultusministerium Kern das Bonner Ordinariat an und mit Vereinbarung vom 25.10.1921 (Bl. 171) nahm dieser mit Bedenkfrist bis 1.12.1921 zum 1.4.1922 an. Zeitgleich machte sich Kern Hoffnung auf eine Berufung nach Berlin (Nachfolge Dietrich Schäfer oder Michael Tangl) und verzögerte die endgültige Annahme, obwohl ihm Minister Boelitz am 7.1.1922 (Bl. 129) mitteilte, dass Alfons Dopsch berufen werde. Gemäß einer Aufzeichnung W. Richters vom 19.1.1922 (Bl. 175–176v) bezeichnete Kern seine Berufung nach Berlin als unerlässlich, machte Richter Vorwürfe und forderte, dass er auf ein Jahr nach Bonn berufen werde und der Herr Minister sich binde, ihn nach einem Jahr nach Berlin zu berufen, was Richter für unmöglich erklärte. Erst nach Garantie einer Etagenwohnung könne er nach Bonn gehen. Mit Vereinbarung vom 31.1.1922 (Bl. 274 a) nahm Kern zum 1.4.1922 definitiv Bonn an und erhielt einige finanzielle Vergünstigungen (5.000 M einmalig, Forschungsreise-Gelder, Seminarmittel, außerplanmäßiger Assistent).

Vorlesung über Reformation und Gegenreformation angekündigt, aber auf die Dauer werde Prof. Kerns Lehrtätigkeit, wenn er sie so fortsetze wie bisher, den Ansprüchen nicht genügen, die die Universität Bonn und die Fakultät an die Tätigkeit ihres einzigen ordentlichen Fachvertreters für neuere Geschichte zu stellen berechtigt sei. Die Vertreter der Geschichte hätten beschlossen, noch eine kurze Zeit abzuwarten, würden sich aber, wenn Prof. Kern seine Lehrtätigkeit nicht intensiver als bisher aufnehme und falls seine Betätigung außerhalb der Universität so fortgesetzt werde wie bisher, genötigt sehen, einen Antrag auf Einrichtung einer zweiten Professur für neuere Geschichte zu stellen. Ich habe Herrn Prof. Platzhoff den Vorschlag gemacht, die Umhabilitierung eines Privatdozenten bei der Bonner Fakultät in Vorschlag zu bringen. Prof. Platzhoff erklärte indessen, daß das Verhältnis zwischen Schulte und Kern infolge der Wirksamkeit von Kern so gespannt sei, daß sich beide schwer über einen Kandidaten einigen würden.¹

**180 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn für das Kultusministerium.
Bonn, 9. Juli 1925.**

Ausfertigung, gez. Spiethoff als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 316–323.

Ein planmäßiges Extraordinariat für Wirtschaftsgeschichte und geschichtliche Landeskunde der Rheinlande soll geschaffen und Hermann Aubin verliehen werden. Mit dessen Institut für geschichtliche Landeskunde besitzt Bonn eine einzigartige wissenschaftliche Einrichtung, die die Aufgaben der Lehrerausbildung, der Durchdringung des Volkes mit deutschem Heimatbewusstsein, der Abwehr französischer Propaganda und der Dokumentation des Zusammenhangs aller deutschen Stämme mustergültig ausführt.

Vgl. Einleitung, S. 122.

Betrifft: Verleihung einer etatmäßigen außerordentlichen Professur für Wirtschaftsgeschichte und geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an Herrn Prof. Dr. Hermann Aubin.

AUSNAHME: nur 3 Textzeilen. Die 4. (eigentlich 5.) Zeile beinhaltet eine Fussnote, deren Platzierung auf dieser Seite nicht möglich ist.

¹ Kern war publizistisch tätig und half mehrfach Admiral a. D. Alfred von Tirpitz bei dessen Publikationen, u. a. Politische Dokumente, 2 Bde., Stuttgart 1924/26. Er verblieb in Bonn und lehrte dort bis 1945/47.

Die Philosophische Fakultät erneuert den wiederholt gestellten Antrag¹, Herrn Prof. Dr. Hermann Aubin eine etatmäßige außerordentliche Professur für Wirtschaftsgeschichte und geschichtliche Landeskunde der Rheinlande verleihen zu wollen. Anlässlich des Jahrtausendjubiläums der Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland glaubt die Fakultät von neuem um eine Professur bitten zu sollen, die die Pflege der rheinischen Landeskunde zur besonderen Aufgabe hat.

Die Philosophische Fakultät erblickt in der Errichtung dieser Professur eine Staatsnotwendigkeit und erlaubt sich nachstehend, alle die Aufgaben darzulegen, die dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande und insbesondere der beantragten Professur unter diesem Gesichtspunkt zufallen.

Die deutschen Universitäten sehen sich in bezug auf eine Seite des historischen Unterrichts einer neuen Lage gegenüber.

Schulunterricht.

In den letzten Jahren hat sich die Erkenntnis von dem Wert der Heimatkunde für den Schulunterricht immer allgemeiner durchgesetzt. In Preußen haben daher die Schulpläne schon seit 1915 der Heimatgeschichte eine stärkere Berücksichtigung im Unterricht gesichert und ihre Bedeutung als pädagogisches Hilfsmittel im allgemeinen und namentlich für die nationale Erziehung betont. Vollends ist, wie der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Boelitz in einer Rede zu Dortmund am 13.11.1924 dargelegt hat, die Neuordnung des gesamten Bildungswesens getragen von der Notwendigkeit, unsere Jugend mehr als bisher mitten in deutsches Leben und deutsches Bewußtsein hineinzustellen, derart durchgeführt worden, daß die deutschkundlichen Fächer in den Mittelpunkt gerückt und der Wert der Heimatkunde stark betont worden ist. Nur in der Verfolgung dieser Gesichtspunkte könne das Schulwesen seine Aufgabe beim Wiederaufbau des deutschen Lebens erfüllen.

Eine stärkere Berücksichtigung ergibt sich zugleich aus den innerstaatlichen Veränderungen seit 1918. Der Geschichtsunterricht an den preußischen Schulen war bis dahin von dynastischen Gesichtspunkten beherrscht, die Landesgeschichte wurde daher als brandenburgisch-preußische Geschichte behandelt. Seitdem trat das Bedürfnis nach Pflege der historischen Erinnerungen der einzelnen Landschaften auf.

¹ Vgl. in der Akte, Bl. 3 ff., den Vorgang seit Ende 1923, als die drei Reichsminister für die besetzten Gebiete den Antrag des Instituts und von Prof. Albert Lauscher (MdL) unterstützten, ein Extraordinariat zu schaffen und an Aubin zu vergeben, da das Institut die Vertiefung des deutschen Gedankens in der Westmark erstrebt. Bl. 4–8 findet sich ein Memorandum vom 21.10.1923 zur Institutsgeschichte seit dem Wintersemester 1920/21 und zur Notwendigkeit einer Stelle für Aubin, der sich durch reine Institutsarbeit in verhängnisvoller Weise die Aussichten auf eine historische Professur verderbe. Mit Schreiben vom 4.1.1924 bedauerte Minister Boelitz, wegen der Personalabbauverordnung keine Professur schaffen zu können. Aubin bat am 7.2.1924 (Bl. 36) um die zugesagte Erhöhung seines Lehrauftrages auf 90 % der Gruppe 10.

Für diese Aufgaben ist die Lehrerschaft aller Stufen bisher nicht vorbereitet worden. Im Rheinland fehlen selbst für die allgemeine Landesgeschichte die Hilfsmittel. Erst 1922 ist durch eine „Geschichte der Rheinlande“ eine erste zusammenfassende Ansicht der Entwicklung der in der heutigen Rheinprovinz vereinigten Länder geboten worden. Seitdem sind in steigender Zahl als Unterlage des Unterrichts berechnete Orts- oder Kreisheimatkunden und -geschichten erschienen. Wenn einzelne davon als gelungene Leistungen anzuerkennen sind, kann doch nicht übersehen werden, daß den meisten das Niveau fehlt. Überhaupt aber liegt auf der Hand, daß es eine Unmöglichkeit ist, jedem Ort in Bälde eine Heimatkunde zu schreiben – das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn hat daher unternommen, als überall verwendbares Hilfsmittel einen geschichtlichen Handatlas der Rheinprovinz zu schaffen – und daß selbst mit ihrer Herstellung das Problem nicht gelöst ist. Ein solches Buch bleibt toter Stein in der Hand eines Lehrers, der nicht grundsätzlich mit den Fragen vertraut ist, welche das besondere Feld der Heimat- und Landesgeschichte darstellen.

Wenn also mit den Vorschriften der Schulpläne ernst gemacht werden soll, ist die Frage nicht zu umgehen, in welcher Weise die Lehrerschaft für ihre Aufgabe zu erziehen ist. Diese Erziehung fällt letzten Ende den Universitäten zu, auch wenn sie unmittelbar nur die Lehrer der höheren Schulen ausbilden. Auf den Universitäten hat indessen die Landes-, geschweige die Heimatgeschichte bislang kaum einen Platz gefunden. Es handelt sich bei ihr auch keineswegs bloß darum, auf eine bestimmte Landschaft berechnete Ausschnitte der allgemeinen Geschichte zu geben, sondern die zukünftigen Lehrer müssen in die besonderen Quellen der Landes- und Heimatgeschichte und ihre besonderen Probleme – die im folgenden noch dargelegt werden – eingeführt und zu ihrer Bearbeitung geschult werden; nur dann werden sie imstande sein, sich an jedem Ort ihrer Tätigkeit den stets wechselnden Stoff aus dem örtlichen Material zu erarbeiten und den Unterricht lebendig zu gestalten. Um diese Vorbereitung der Lehrerschaft zu ermöglichen, bedarf es eigener Einrichtungen und namentlich eigener Lehrkräfte an den Universitäten.

Pflege der Heimatbewegung als kulturpolitischer Aufgabe.

Die Forderungen der nationalen Erziehungsarbeit können indessen nicht auf die Schulen beschränkt bleiben. Was hier begonnen worden ist, muß in dauernder Einwirkung auf die Erwachsenen lebendig erhalten und ausgearbeitet werden. Die Zeitströmung kommt solcher Forderung aufs beste entgegen. Allenthalben regt sich, schon vor dem Kriege erkennbar, seitdem aber zu einer starken Bewegung angeschwollen, das Verlangen breitester Kreise nach geistiger Wiedereroberung der Heimat. Die Aufnahme der Heimatkunde in die Schulpläne ist ja selbst nur ein Ausdruck dieser Bewegung. Wer sich für die deutsche Kulturpolitik mitverantwortlich fühlt, muß zu ihr Stellung nehmen.

Er wird die Bewegung in doppeltem Sinne begrüßen: weil damit eine Anknüpfung gegeben ist, das Volk zu historisch-politischem Denken hinzuleiten, und weil sich das Volk damit fest im deutschen Kulturbewußtsein verwurzelt.

So lebhaft sich nun auch die Heimatbewegung anmeldet, so ist doch deutlich, daß ihre Produktion heute noch zu oft die Höhe und den Inhalt vermissen läßt, welche allein das Volk auf die Dauer fesseln können. Es droht ihr Versandung, wenn sie auf dem Gebiete der Geschichte mit den heute schon leicht abzuschöpfenden Kenntnissen auskommen will. Sie muß daher dauernd aus tieferen geistigen Quellen genährt werden. Dabei kommt es auf eine besondere Pflege derjenigen Gebiete an, welche der Landes- und Heimatgeschichte in erster Linie eigen sind. So wenig diese die Gelegenheiten verabsäumen darf, welche eine Anknüpfung der Heimat an die großen Ereignisse der allgemeinen Geschichte gestatten, so wenig trifft doch auch hier wieder ein Ausschnitt aus der allgemeinen Geschichte allein das Wesentliche der Heimatgeschichte, namentlich im vorerwähnten Sinne. Vielmehr muß diese dem Volke zunächst jene Verhältnisse der Vergangenheit klarlegen, welche seinem eigenen Leben nahestehen, um eine wirkliche Anschaulichkeit zu vermitteln und aus der Erkenntnis der im engen Raum leichter verständlichen Bedingtheit des historischen Werdens geschichtlichen Sinn für die großen Fragen von Staat und Volk zu erwecken. Gemeinleben, Pfarre, Wirtschaft, Schule, Siedlungs- und Wohnweise, Sprache, Volksbräuche, das sind die Punkte, bei denen man weitere Kreise packen kann. Deshalb sind die jungen Felder der Kulturgeschichte für die Heimatkunde fruchtbar zu machen. Ihre Erschließung kann wiederum in erster Linie nur an den Universitäten geschehen. Werden sie dort auch zum Teil schon im Rahmen des allgemeinen Geschichtsunterrichts angebaut, so erfordert ihre Zusammenfassung und die Bereitstellung ihrer Ergebnisse für den besonderen Zweck der Heimatbewegung besondere Einrichtungen und Lehrkräfte.

Nur wenn die Universitäten immer neue Wellen der Anregung ins Land hinaussenden, kann die Heimatbewegung ihre volle Werbekraft für den nationalen Gedanken entfalten. Dann wird sie aber auch imstande sein, weiten Kreisen einen geistigen Inhalt zu geben und namentlich abseits der reicheren Bildungsanstalten eine wertvolle Beschäftigung zu bieten. Es mag hier nur angedeutet werden, daß die Heimatbewegung, wenn sie tief erfaßt wird, sehr wohl dazu dienen kann, dem reinen Materialismus, dem Abfluß vom Land in wenige Zentren und den damit verbundenen Gefahren der Volksseele entgegenzuarbeiten. Dazu bedarf es allerdings, daß man auch auf dem Lande lernt, mit den dort vorhandenen Quellen und Hilfsmitteln selbst zu arbeiten. Der Stoff, der sich auch dort derart heben läßt, ist außerordentlich reich. Die Arbeitsmethoden können aber wiederum nur an der Universität ausgebildet werden.

Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß in der Heimatbewegung auch große Gefahren liegen. Wahrer Patriotismus und Separatismus stützen sich in gleicher Weise auf sie. Zum mindestens besteht die Gefahr, daß die Heimatbewegung zu partikularistischem Kulturquietismus führt, daß „Verschweizerung“ eintritt. Demgegenüber gibt es nur ein Mittel: die fortwährende Erfüllung der Heimatkunde mit dem Hinweis auf die großen deutschen Zusammenhänge. Wer draußen in der Provinz auf dem Gebiete der Heimatgeschichte tätig ist, muß wenigstens eine Ahnung davon haben, daß er an der allgemeinen Volksgeschichte mitarbeitet. Es ist selbstverständlich, daß auch hier die Universitäten vorangehen, daß sie die

leitenden Gedanken ausströmen müssen. Im Rheinland namentlich ist das die Aufgabe der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Gegründet, um nach den Jahren der staatlichen Trennung den Rheinländern allgemein deutsches Kulturbewußtsein lebendig zu machen, liegt ihr auch heute noch diese hohe Aufgabe ob.

Abwehr französischer Propaganda.

Damit berühren wir die Besonderheit der Lage im Rheinland. Dieses ist heute einer Propaganda ausgesetzt, welche darauf ausgeht, der Welt und den Rheinländern einzureden, daß sie eigentlich keine Deutschen seien. Das Bewußtsein der vorfränkischen, angeblich romanischen Blutbestandteile ist tatsächlich in der rheinischen Bevölkerung selbst sehr lebendig. Solchen Thesen gegenüber nützen nicht gelegentliche Abwehrschriften, sondern nur eine nicht als Zweckarbeit auftretende Erziehung zur Wahrheit. Daß auch dabei die letzte Stimme der Landesuniversität zufällt, bedarf keiner Begründung.

Die Abwehr der romanisch-keltischen Propaganda hat 2 Fragen vornehmlich im Auge zu behalten: die Zurückweisung der übertriebenen Anschauungen von den romanischen und keltischen Bevölkerungselementen einerseits, die vollständige Eingliederung der Rheinlande in den deutschen Kulturkreis seit der Völkerwanderung andererseits. Wenn für erstere Richtlinien und Materialien auch anderwärts bereitgestellt worden sind, ist letztere überhaupt erst durch die Arbeiten am Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an unserer Universität aufgeworfen und ihre Bearbeitung in Angriff genommen worden. Der Universität erwächst aus ihrer Weiterverfolgung eine ganz besondere Aufgabe, der sie sich mit Freuden unterzieht, für welche sie aber auch im Hinblick auf ihre Wichtigkeit und Dringlichkeit alle Unterstützung erwartet.

Neue Wege der Volks- und Heimatgeschichte.

Die glückliche Verbindung historischer und germanischer Studien in dem genannten Institut, welche erfolgreich Anlehnung ebenso an die Archäologie und Kunstgeschichte, wie an die Geographie und die Volkskunde suchen, hat überhaupt dahin geführt, die Probleme der kulturellen Entwicklung des deutschen Volkes in neuer Fragestellung aufzurollen. Die Ergebnisse werden der grundsätzlichen Erkenntnis von Kulturwandlungen zu Hilfe kommen. Hier sei aber nur auf den konkreten Ertrag für die deutsche Volksgeschichte hingewiesen. Diese Studien sind ganz besonders geeignet, das Fundament für die Heimatgeschichte im Sinne der oben bezeichneten volkspädagogischen Wirkung zu legen. Sie können der Ausgangspunkt zu einer neuartigen Belebung des deutschen Kulturbewußtseins, namentlich auch in breiteren Schichten, werden. Die an dem Institut erprobten Methoden und entworfenen Pläne werden eine exaktere Erfassung des deutschen Kulturgutes auch in den tieferen Schichten gestatten. Die Auswirkung sei nur nach 2 Richtungen hin angedeutet.

Das Westproblem.

Die geschlossene deutschsprechende Bevölkerung im Westen außerhalb der Reichsgrenzen, in Luxemburg, Belgien, Lothringen, Elsaß kann – abgesehen von Eupen und Malmédy – heute nicht mehr in der Sphäre des Hochdeutschen mit deutschem Kulturbewußtsein erfüllt werden. Ihr Deutschtum kann ihr nur noch in der Sphäre der Mundart und der korrespondierenden Kulturgüter des Massenlebens zum Lebenswert gemacht werden. Mit der Luxemburger Sprachgesellschaft steht das Institut bereits in Beziehungen. Es ist die Pflicht der westdeutschen Universitäten, diese Zusammenhänge zu pflegen, namentlich aber die Hilfsmittel für solche Beeinflussung des Randdeutschtums zu schaffen. Durchgedachte Vorbedingungen, um dieser Verpflichtung nachzukommen, sind bisher nur an der Universität Bonn vorhanden.

Das West-Ost-Problem.

Die gleichen Arbeitsmethoden werden aber auch dazu dienen, die kulturellen Zusammenhänge zwischen den einzelnen deutschen Landschaften wirkungsvoll herauszuheben. Namentlich die Beziehungen der westlichen, altdeutschen und der östlichen kolonialdeutschen Stämme können derart zu eindringlicher Anschauung gebracht werden. Von den Arbeiten des Instituts für die Kölner Jahrtausendausstellung hat keine, wie briefliche Anfragen ebenso aus dem Rheinlande wie aus dem Osten beweisen, soviel Interesse erweckt, wie der Versuch, den Anteil der Rheinlande an der ostelbischen Kolonisation kartenmäßig darzustellen. Man wird allgemein den Oststämmen ihre westlichen Heimaten nachweisen und daraus ein inniges Bewußtsein der Verbindung erwecken müssen.

Landesgeschichtliche Institute anderwärts.

Alle geschilderten Aufgaben liegen im Zuge der Zeit, sei es der Entwicklung der historischen Wissenschaften an sich, sei es unserer innen- und außenpolitischen Lage. Eine feste Verankerung an einer Universität hatten sie vor dem Kriege nur an einer Stelle und zwar aus rein wissenschaftlichen Gründen gefunden, in dem auf Lamprechts Initiative zurückgehenden Seminar für sächsische Geschichte an der Universität Leipzig.

Seit dem Kriege sind ähnliche Bestrebungen namentlich in Österreich verfolgt worden und haben in dem Institut für Siedlungskunde der Alpenländer in Innsbruck feste Formen angenommen. Die österreichische Regierung hat sie anerkannt, indem sie daselbst eine eigene Professur für den Initiator² des Gedankens errichtete, welcher in dem Institut den alemanischen Teil über die Grenzen Österreichs hinaus bearbeitet und die heimatkundliche Forschung in Vorarlberg so vorbildlich organisiert hat, daß die ganze Bevölkerung in ihren Bann gezogen ist.

2 Gemeint ist Adolf Helbok (1883–1968), 1924 Extraordinarius Universität Innsbruck, 1933 NSDAP.

Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn.

Unsere Universität hat gleichfalls nach dem Kriege die Situation erkannt, welche ihr ebenso aus der wissenschaftlichen Lage, wie aus der politischen Verpflichtung erwachsen ist. Sie hat sich der Tradition erinnert, welche ihr der Wille ihres Gründers, wie schon eben dargestellt, auferlegt hat. Sie ist sich dabei bewußt gewesen, daß in ihrer 100jährigen Geschichte ihre Beziehungen zur Provinz nicht immer den Grad von Intimität gehabt haben, welcher zur Durchführung ihrer Mission erforderlich war. Als Warnung schwebte ihr vor Augen, daß die mit so großen Hoffnungen gegründete Universität Straßburg im Elsaß nicht verwurzelt ist, wozu beigetragen hat, daß sie auf historischem Gebiete die Landesgeschichte nicht gepflegt hat. In der Aufnahme solcher Studien und ihrer dauernden Befruchtung durch die ganze Provinz hin erkannte sie ein wertvolles Mittel, um ganz allgemein in der Provinz fester Fuß zu fassen und sich den Einfluß zu eröffnen, den ihre Gründung durch den preußischen Staat bezweckte. Die Universität Bonn hat sich verpflichtet gefühlt, den neuen Bedürfnissen der Lehrerbildung, welche in vielfältigen Wünschen aus den Kreisen der Lehrerschaft an sie herangebracht worden sind, Rechnung zu tragen und dem noch unbefriedigten Verlangen nach wissenschaftlicher Grundlegung der Heimatgeschichte Genüge zu schaffen. Sie hat den Ruf der Heimatbewegung überhaupt aufgenommen. Dabei leitete sie die Erkenntnis von der unabweisbaren Bedeutung, welche dieser Bewegung ganz besonders im besetzten Gebiet zukommt. Wieder stand ihr das warnende Beispiel der Elsässer Verhältnisse vor Augen, wo man den Betrieb der Landesgeschichte vornehmlich den Franzosen überlassen hatte, welche im vollen Bewußtsein seiner Bedeutung eine Professur für die Histoire de l'Est in Nancy einrichteten. Im besonderen strebt unsere Universität danach, im Saargebiet den deutschen Kulturwillen zu unterstützen.

Um all' diesen Bestrebungen einen festen Kern zu geben, hat sie die Gründung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande betrieben. Die Aufnahme, welche dessen Arbeiten und Pläne in der Provinz gefunden haben, geht daraus hervor, daß sich deren vornehmste Vertreter bereitgefunden haben, zur Gründung eines Vereines aufzurufen, welcher die Arbeit des Instituts finanziell fundieren soll, und daß dieser Verein am 18. März dieses Jahres unter Beteiligung aus allen Kreisen gegründet worden ist. Der Landeshauptmann der Rheinprovinz hat selber – gegen seinen sonstigen Entschluß – den Vorsitz dieses Vereines übernommen.

Die Wege und Ziele des Institutes sind von dessen Leiter auf dem Historikertag in Frankfurt a. M. im Oktober 1924 und anschließend daran auf einer wissenschaftlichen Tagung des deutschen Schutzbundes – welcher Vertreter der verschiedensten Regierungsstellen beiwohnten – den Fachgenossen vorgetragen worden. Die Aufnahme war die wärmste Begrüßung, die Anerkennung, daß hier durchaus neuartige Wege gefunden seien, um die Wissenschaft der nationalpolitischen Arbeit nutzbar zu machen und die Landesgeschichte nicht nur fest in die allgemeine einzugliedern, sondern sie auf entscheidenden Gebieten zu deren Fundament zu machen.

Tatsächliche Nachahmungen.

Es wurde allenthalben der Wunsch laut, daß auf den in Bonn gefundenen Wegen auch andere Landschaften vorwärts gehen und ähnliche Einrichtungen schaffen möchten, welche heute eine Notwendigkeit seien. Im Besonderen sei auf das Urteil des Führers der deutschen geographischen Wissenschaft, Geheimer Rat Penck, in Berlin verwiesen.

Tatsächlich hat unser Beispiel an verschiedenen Orten zur Nachahmung angeregt. Die Universität Königsberg hat sich die Einrichtungen und Arbeitsweise des Instituts mitteilen lassen, um eine ähnliche Institution zu schaffen, die Universität Gießen hat bei verwandten Bestrebungen Fühlung mit unserem Institut aufgenommen, in Marburg haben seine Arbeiten angeregt, ältere Pläne energischer zu verfolgen. Aus der Pfalz hat man sich gleichfalls an uns gewandt, um die Heimatpflege nach unserem Beispiel systematischer betreiben zu lernen. Auch die Pläne des Rhein-Mainischen Instituts an der Universität Frankfurt dürften nicht ohne Zusammenhang mit dem auf dem Frankfurter Historikertag Gezeigten und Vorgetragenen stehen. Die grundsätzlichen Ergebnisse der Bonner Arbeit und die über die Rheinlande hinaus gehende Problemstellung des Instituts haben endlich einen starken Widerhall auf der Tagung des Ausschusses deutscher Kulturforscher Ende Mai dieses Jahres in Frankfurt a. M. gefunden. Neben den Erträgen der Arbeit in Österreich haben ganz besonders die in Bonn aufzuweisenden festen Pläne einer deutschen Volks- und Heimatforschung den Entschluß herbeigeführt, eine solche über ganz Deutschland hin in die Wege zu leiten.

Zustimmung des Ministeriums.

Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat seine Zustimmung zu diesen Bestrebungen mehrfach kundgetan. Die Bestätigung des genannten Instituts als Universitätseinrichtung und die Erteilung eines Lehrauftrages für rheinische Geschichte an seinen Leiter sowie außerplanmäßige Geldzuwendungen waren die ersten Schritte in dieser Richtung. Das Ministerium hat ferner die Aufgabe, die Pflege der Heimatgeschichte auch in die Provinz hinauszutragen, durch Bestallung eines außerplanmäßigen Assistenten anerkannt. Es hat die Dringlichkeit der Lehrerausbildung auf diesem Gebiete anerkannt, indem es für den Bearbeiter des geschichtlichen Handatlasses ein Stipendium bewilligte. Es hat überhaupt die Pflege der Landesgeschichte als eine Staatsnotwendigkeit anerkannt, indem es 1923 in Kiel eine ordentliche Professur für Schleswig-Holsteinische Geschichte errichtete. Aussprachen, welche sich an Vorträge des Leiters vor preußischen Regierungsbeamten, Sekretären der freien Gewerkschaften u. a. knüpften, ergaben, daß die vom Institut eingeschlagene Richtung zur Pflege der Heimatgeschichte im Besonderen den Absichten der Staatsregierung entspricht und geeignet ist, partikularistischen Gefahren zu begegnen. Die Frage der Kulturbeziehungen zwischen dem deutschen Westen und Osten ist inzwischen von dem preußischen Innenministerium und dem für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als ein Problem von großer staatspolitischer Bedeutung aufgegriffen worden, und ein Erlaß des letzteren Ministeriums vom 4. Mai dieses Jahres hat bereits auf die an unserem Institut geleisteten Vorarbeiten hingewiesen.

Kommende Aufgaben.

Alle bisher angeführten Aufgaben: die Lehrerausbildung, die Durchdringung des Volkes mit geschichtlichem Bewußtsein und deutschem Kulturwillen, die Abwehr französischer Propaganda, die Aufzeigung der innigen Zusammenhänge aller deutschen Stämme müssen als dringende Staatsaufgaben angesehen werden. Für ihre Verfolgung sind nirgends in Preußen, selbst nicht in Deutschland, derart wissenschaftlich begründete Einrichtungen und Methoden vorhanden wie in Bonn. Die Philosophische Fakultät der Universität hat daher bereits im Jahre 1922 an das Ministerium den Antrag gerichtet, für die volkreichste, problemreichste und derzeit am meisten umkämpfte der preußischen Provinzen, für die Rheinprovinz mit ihren 6 ½ Mio. Bewohnern, eine ähnliche Stelle zu schaffen, wie es in Kiel geschehen ist. Seitdem hat sich der Aufgabenkreis in der Rheinprovinz selbst außerordentlich vermehrt. Die reichen Anregungen der Jahrtausendfeier, welche eine große Arbeitsbelastung für das Institut brachten, müssen ausgenutzt, das große zu Tage geförderte Material muß ausgewertet werden. Darüber hinaus sieht sich die Universität Bonn in der Lage, in der deutschen Volks- und Heimatforschung überhaupt voranzugehen. Durch die Universität Bonn kann Preußen auch auf diesen staats- und nationalpolitisch so wichtigen Gebieten die Führung übernehmen.

Antrag.

Die zur Bewältigung all' dieser Aufgaben notwendige Arbeit kann aber nicht im Nebenberuf geleistet werden. Für die eine Seite ist genügend gesorgt, indem der ordentliche Professor der Germanistik Dr. Frings der Abteilung für Mundartenforschung und Volkskunde am Institut vorsteht. Indessen ist es unerlässlich, daß sich auch der Leiter des Instituts, welcher zugleich die geschichtliche Abteilung unter sich hat, in fester, anerkannter Stellung befindet. Die Neuheit der im Institut betretenen Wege bringt es mit sich, daß sich ihre Anerkennung in der allgemeinen Wissenschaft nur allmählich vollziehen kann. Die Früchte der Arbeit reifen nicht so rasch, daß sie allein dem Leiter des Instituts die Berücksichtigung im akademischen Wettbewerb eintragen könnten. Die Teilung seiner Kraft zwischen der Institutsarbeit und der Bewerbung um eine Professur auf dem bisher üblichen Wege schädigt aber nicht nur ihn, sondern auch die Aufgabe, die er und die Fakultät sich gestellt haben, indem sie aus freiem Antrieb die geschilderten aus der Lage des deutschen Volkes und seiner Lage am Rhein im besonderen entsprungenen Verpflichtungen auf sich nahmen.³

3 Für das erbetene Extraordinariat für Aubin setzten sich u. a. der Vorsitzende des Rheinischen Provinziallandtages Karl Jarres mit Brief vom 27.7.1925 ein (Bl. 326 f. der Akte). Mit Schreiben vom 24.8.1925 (Bl. 337-338v) beantragte das Kultusministerium nachdrücklich für den Etat 1926 eine solche Stelle, die das Finanzministerium jedoch ablehnte. Vgl. das ministerielle Schreiben vom 21.8.1925, Dok. Nr. 180 b.

180 b. Privatschreiben des Staatssekretärs im Kultusministerium, Aloys Lammers, an den Landeshauptmann der Rheinprovinz, Johannes Horion.

Berlin, 21. August 1925.

Konzept mit handschriftlichen Korrekturen, gez. Lammers.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 336–336v.

Ein Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte und geschichtliche Landeskunde der Rheinlande wird zum Etat 1926 angemeldet, aber kaum bewilligt werden. Aubin wird deshalb nicht geneigt sein, den Ruf an die Universität Gießen abzulehnen.

Vgl. Einleitung, S. 122.

Hochgeehrter Herr Landeshauptmann,
Herr Ministerialdirektor Trendelenburg hat mir Kenntnis von dem Teil Ihres Schreibens an ihn vom 31. Juli dieses Jahres gegeben, in dem Sie die Notwendigkeit darlegen, Herrn Prof. Aubin der Universität Bonn zu erhalten.

Die Frage, was hierin geschehen könne, hat das Ministerium schon mehrfach aus Anlaß gleicher Anregungen von anderen Seiten beschäftigt. Die Angelegenheit wird dem Herrn Minister gleich nach seiner Rückkehr vorgetragen werden. Auch der Unterrichtsverwaltung liegt die Sicherung der wertvollen Tätigkeit des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande sehr am Herzen. Die Schwierigkeit des Falles liegt jedoch, wie ich Ihnen als das vorläufige Ergebnis der hier angestellten Überlegungen mitteilen möchte, darin, daß die preußische Unterrichtsverwaltung dem hessischen Angebot zur Zeit nichts auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenstellen kann. Die Errichtung eines Lehrstuhles für rheinische Landesgeschichte ist bereits für den Staatshaushalt 1924 vergeblich beantragt worden, und es war schon, bevor Herr Aubin den Ruf nach Gießen erhielt, vorgesehen, die Anmeldung für den Etat 1926 zu wiederholen. Der Erfolg dieses Schrittes ist aber bei der bekannten Notlage der Staatsfinanzen sehr zweifelhaft und Sie werden verstehen, daß schwerlich der Versuch gemacht werden kann, Herrn Aubin durch ein Provisorium zu halten, bevor die Errichtung der Professur durch den nächstjährigen Haushaltsplan sichergestellt ist, wie auch Herr Aubin nicht geneigt sein wird, den Gießener Ruf auf die unsichere Aussicht der Schaffung des Lehrstuhles hin auszuschlagen.

Zu hoffnungsfreudigerer Auffassung der Sachlage halte ich mich im gegenwärtigen Augenblick nicht berechtigt, bitte Sie aber, versichert zu sein, daß die Unterrichtsverwaltung die Sicherung der Arbeit des Instituts und die Schaffung der Professur mit Ihnen für eine Staatsnotwendigkeit hält und für die Bewilligung der hierfür erforderlichen Mittel sich mit allen Kräften einsetzen wird.⁴

⁴ Die Professur konnte bis 1928 nicht geschaffen werden. Mit Schreiben vom 3.1.1928 (GStA PK, I. HA Rep. 76,

**181 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Bonn, 17. Dezember 1925.**

Ausfertigung, gez. Wentscher als Dekan.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 453–456v.

Einzig bedeutender Kandidat für die Nachfolge von Aloys Schulte im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte ist Heinrich Ritter von Srbik – Wien, der auch das Erfordernis der katholischen Konfession erfüllt. Ist Srbik nicht zu gewinnen, muss Schulte weiter amtieren und die Entwicklung von Nachwuchskräften abgewartet werden. Ein Lehrauftrag für neueste und Zeitgeschichte ist dem jungen Privatdozenten Max Braubach zu erteilen.

Vgl. Einleitung, S. 122.

Vorschlag der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn für die Nachfolge von Herrn Geheimen Rat. Prof. Dr. Aloys Schulte.

Bei den Vorschlägen für einen ordentlichen Lehrstuhl der mittleren und neueren Geschichte, dessen Inhaber nach der maßgebenden Kabinettsorder wie der bisherige Inhaber Aloys Schulte Katholik sein soll, geht die Fakultät in voller Übereinstimmung mit den Fachvertretern von der Tatsache aus, daß die beiden anderen Ordinarien Kern und Levison mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit überwiegend im Gebiet des Mittelalters und der Kulturgeschichte wurzeln, so daß der zu berufende dritte Ordinarius den Schwerpunkt seiner selbständigen wissenschaftlichen Forschung in der neueren politischen Geschichte haben sollte, um einen wohlgegliederten Studienbetrieb zu gewährleisten.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Fakultät in der Lage, nur einen einzigen Vorschlag machen zu können, der sämtlichen Voraussetzungen entspricht; es ist dies der Vorschlag, den die Fakultät schon telegraphisch zu übermitteln sich erlaubt hat:

Heinrich Ritter von Srbik ist geb. 1878 in Wien als Sohn eines österreichischen Hofrats und einer Tochter H. W. Grauerters, eines Lieblingsschülers von Niebuhr, der in Bonn Privatdozent, dann Professor in München und zuletzt in Wien war. Das westfälische Blut, die Arbeitskraft und Arbeitsfreude eines Westfalen ist auf Srbik übergegangen, der verbindet

Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 10, Bl. 297) regte das Kultusministerium an, das durch den Weggang des Germanisten Theodor Frings freie Extraordinariat nun der rheinischen Landeskunde zu widmen. Da sich Kurator Norrenberg am 30.5.1928 (Bl. 453–453v) klar dafür aussprach, wurde mit Vereinbarung vom 17.7.1928 (Bl. 478) Franz Steinbach die Stelle übertragen und er amtierte als Leiter des Instituts für rheinische Landeskunde bis 1961. Vgl. Nikolay-Panter, Marlene, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 60 (1996), S. 233–262.

sie mit der Grazie eines feingebildeten Österreichers. Srbik war von 1904–1912 Assistent am Institut für österreichische Geschichtsforschung, wurde 1907 Privatdozent, 1912 außerordentlicher Professor in Graz, 1917 dort und 1922 in Wien Ordinarius, neben Dopsch und Redlich in seinem Fache die dritte Zierde der Wiener Universität. Der unbestritten bedeutende Mann begann mit Kirchenpolitik: „Die Beziehungen von Staat und Kirche in Österreich während des Mittelalters“ (1904, 229 S.). Sein zweites Gebiet war die neuere Wirtschaftsgeschichte: „Der staatliche Exporthandel von Leopold I. bis Maria Theresia“ (1907, 432 S.), „Wilhelm von Schröder, ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaften“ (1910, 432 S.), „Studien zur Geschichte des österreichischen Salzwesens“ (1917, 231 S.) und andere kleinere Arbeiten. Sein drittes Arbeitsgebiet, das mehr und mehr in den Vordergrund trat, war die auswärtige Politik. Zunächst erschien eine große, reichlich kommentierte Aktenpublikation in der Sammlung der „Österreichischen Staatsverträge“: „Niederlande I“, bis 1722, 1912, 648 S.; einige Nebenfrüchte dieser umfassenden Aktenarbeit seien hier übergangen. Mehr und mehr drang Srbik auch in andere Gebiete der neueren politischen Geschichte ein. Zuerst erschien 1920 „Wallensteins Ende: Ursachen, Verlauf und Folgen der Katastrophe“, 408 S. Man sollte glauben, daß es unmöglich gewesen wäre, zu diesem Gegenstande noch neue Quellen zu finden, und doch gelang es, fast die entscheidenden Stücke zu finden, aber auch die Untersuchung ist ausgezeichnet geführt, das Buch ist mit vornehmen Takt geschrieben, voll Achtung vor den beiderseitigen Gesinnungen. Weiterhin stellte sein Beitrag zum 2. Bande der „Meister der Politik“ über Metternich, worin er eine neue geistvolle Auffassung des österreichischen Staatsmannes begründete, ihn selbst unter die Meister der Geschichtsschreibung. Nach einer Reihe anderer vorbereitender Abhandlungen erschien vor kurzem das zweibändige Hauptwerk: „Metternich, der Staatsmann und Mensch“ (1925, 787 und 643 S.). Dieses Buch wird dauernd ein hervorragendes Werk deutscher Geschichtsschreibung bleiben, und Srbik ist damit in die erste Reihe deutscher Historiker eingerückt. Kleinere Arbeiten dienen unter anderem der Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts. Den weiten Gesichtskreis des auch als Redner hocheinzuschätzenden vielseitigen Mannes bezeugen auch seine Vorlesungen, deren Umkreis an jede andere deutsche Hochschule ebensogut paßt, wie an die seiner engeren Heimat. Da auch von seinem Charakter nur das beste gerühmt wird, wäre sein Gewinn für Bonn von ganz besonderer Bedeutung, und wir glauben auch Anzeichen dafür zu besitzen, daß Srbik, wenn überhaupt für Preußen, dann am ehesten für Bonn zu gewinnen sein dürfte.

Die Fakultät hat sich in weiteren sehr eingehenden Beratungen bemüht, die Liste zu vervollständigen. Als Gesamtergebnis ihrer Erwägungen muß sie zum Ausdruck bringen, daß es nicht gelang und nach Lage der Dinge wohl auch nicht gelingen konnte, weitere Vorschläge zu machen, die den Bedürfnissen auch nur entfernt in ähnlicher Weise gerecht würden. Von Hans Hirsch und Franz Kampers u. a. mußte wegen der ausgeprägt mittelalterlichen Richtung ihrer Studien abgesehen werden. Jakob Strieder hat schon als Privatdozent, dann als Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte sich so ausschließlich die-

ser in Emanzipation begriffenen Sonderwissenschaft gewidmet, daß die Fakultät ihn für einen allgemeingeschichtlichen Lehrstuhl nicht vorschlagen kann. Von einigen weiteren Gelehrten wurde bei aller Hochachtung vor ihrer Person und wissenschaftlichen Leistung darum abgesehen, weil ihre Berufung Schwierigkeiten bereiten würde. Darum wäre es der Fakultät außerordentlich erwünscht für den Fall, daß sich die Berufung Srbiks nicht ermöglichen ließe, Herrn Schulte noch einige Jahre kommissarisch mit seinem Lehrstuhl beliehen zu sehen, da in der Zwischenzeit die Frage des Nachwuchses sich vielleicht weiter klären wird. Sollte auch dieser Wunsch nicht erfüllbar sein, so nennt die Fakultät folgende drei Herren als erwägenswert (nach dem Lebensalter geordnet): Günter, Buschbell, König. Von diesen kommen durch ihr besonderes Arbeitsgebiet am meisten in Betracht Buschbell und König.

Erich König, 1881 in Liegnitz geb., 1906–18 Praktikant im Allgemeinen Reichsarchiv in München, 1913 dort Privatdozent, seit 1919 außerordentlicher Professor in Tübingen, 1912–25 Herausgeber des „Historischen Jahrbuchs der Görres-Gesellschaft“. Königs Doktorarbeit (1906) behandelt den „Kardinal Giordano Orsini“, gehört also in den Rahmen der kirchlichen Verfassungskämpfe des 15. Jahrhunderts; mit besonderer Liebe verweilt die tüchtige Arbeit bei den Beziehungen zu den Humanisten. Dann wandte König sich dem Augsburger Konrad Peutinger zu und legte nach einigen kleineren Arbeiten, die auch die Geschichte der Geographie berührten, 1914 die „Peutingerstudien“ vor (179 S.), die ungeteilten Beifall fanden und ihm den Auftrag der Münchener historischen Kommission eintrugen, den Briefwechsel des Augsburger Stadtschreibers herauszugeben: „Konrad Peutingers Briefwechsel“ erschien 1923. Die Ausgabe fand allgemeine Anerkennung. Von Aufsätzen seien nur erwähnt einer „Zur Hauspolitik Kaiser Maximilians“ (1910) und der gegen Kalkoff gerichtete bedeutsame Artikel „Erasmus und Luther“ (1922). Daneben ist seine umfassende und zeitraubende Tätigkeit für das „Historische Jahrbuch der Görres-Gesellschaft“ nicht zu vergessen. Sein Charakter wird allgemein gerühmt; von dem feinen, stillen, weltmännischen Ostmärker kann man wohl erwarten, daß er als geborener Preuße, der auch Süddeutschland gut kennt, den besonderen Aufgaben der Bonner Stellung Verständnis und Geschick entgegenbringen würde.

Gottfried Buschbell, 1872 im Rheinland geb., war bis 1922 Gymnasiallehrer in Krefeld, seitdem Direktor der dortigen Stadtbibliothek; 1898–1900 war er nach Italien beurlaubt, 1903 in Paris, später auch in Spanien. Seine Dissertation (1896) behandelte „Die Professiones fidei der Päpste“; seine weiteren Arbeiten gruppieren sich um das Konzil von Trient und den Kardinal Bellarmin. Aus dem 1. Gebiet ging 1910 das Buch „Reformation und Inquisition in Italien um die Mitte des 16. Jahrhunderts“ hervor, ein gründliches Werk von unbefangenen Urteil und rückhaltloser Ehrlichkeit. Als 2. erschien von ihm der 10. Band des von der Görres-Gesellschaft herausgegebenen monumentalen Werkes „Concilium Tridentinum“, eine weitausgreifende sorgfältige Sammlung von 2.505 Briefen (LXXVI und 996 S.), für einen Gymnasiallehrer eine bedeutsame Leistung; zur Zeit ist er mit dem folgenden Bande beschäftigt. Mit Bellarmin hat sich Buschbell seit 1902 in 5 Abhandlungen befaßt, zuletzt

in einer Rede (1921) und in einer Streitschrift (1924), die ihm durch den Jesuiten Tacchi-Venturi aufgezwungen war. Daneben liegen einige kleinere Schriften zur Kirchengeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts vor. Es wird ihm nachgerühmt, daß er am Gymnasium ein hervorragender Geschichtslehrer von vielseitigem Wissen und pädagogischem Geschick gewesen ist; dadurch wird das Bedenken, ihn im 54. Lebensjahre in die akademische Laufbahn zu ziehen, gemildert, ebenso durch sein elastisches Wesen. Er kennt die Welt und wurzelt im Rheinland.

Heinrich Günter, ein Oberschwabe, geb. 1870, wurde 1903 auf das in Tübingen bestehende, einem Katholiken vorbehaltene Extraordinariat befördert, 1923 als Nachfolger Grauert's nach München berufen. Zur älteren württembergischen Geschichte hat Günter 1896 den 1. Band des „Urkundenbuches der Stadt Rottweil“ herausgebracht, 1897 das Büchlein „Das Münzwesen der Grafschaft Württemberg“, das noch heute grundlegend ist; der Neuzeit wandte er sich 1901 zu mit dem Buche über „das Restitutionsedikt von 1629 und die katholische Restauration Altwürttembergs“ (385 S.). Später folgten 2 Bände Briefe und Akten des Abtes Gerwig Blarer von Weingarten (1520–67) 1914–20. In einen weiteren Rahmen führte ihn das 1908 erschienene, teilweise aus [dem Archiv von – H. S.] Simancas schöpfende Buch „Die Habsburger Liga 1625–1635, Briefe und Akten“ (487 S.). Mit besonderer Liebe verweilt Günter bei der Legendenforschung: nach einer populären Biographie Kaiser Heinrichs II. (1904, 96 S.) erschienen die mutigen „Legenden-Studien“ (1906, 192 S.), die „Christliche Legende des Abendlandes“ (1910, 246 S.) und „Buddha in der abendländischen Legende?“ (1922, 306 S.). Die Tübinger Antrittsrede von 1903: „Das Mittelalter in der späteren Geschichtsbetrachtung“ und die neueste Abhandlung „Der mittelalterliche Mensch“ (1924) zeugen ebenfalls von großer Belesenheit und eigenem Urteil; auch der 1917 erschienene Abwehrartikel, um nur diesen noch zu nennen: „Das evangelische Kaisertum“ beruht auf reichen Kenntnissen und ruhigem Urteil. Günter ist ein produktiver, solider Arbeiter von ausgedehnter Gelehrsamkeit. Nicht so ganz sicher erscheint, ob seine Verpflanzung in die besonderen rheinisch-preußischen Aufgaben und in vorwiegend neuzeitliche Lehrbedürfnisse seinen individuellen Anlagen und seinem Lebensgange entsprechen würde. Günter kommt die lange akademische Erfahrung zugute, Buschbell die Vertrautheit mit den rheinischen Verhältnissen, König das Lebensalter.

Zahlreiche Gutachten sind eingeholt; Privatdozent Dr. Beyerhaus hat sich ausschließlich für Srbik ausgesprochen.

Da keiner der drei oben hinter Srbik genannten Herren sich mit dem 18. bis 20. Jahrhundert eingehender beschäftigt hat, würde es nicht rätlich erscheinen, den bisher von Hashagen und Platzhoff versehenen Lehrauftrag für neueste und Zeitgeschichte ruhen zu lassen. Die Fakultät schlägt deshalb vor für den Fall, daß Srbik nicht gewonnen werden könnte, diesen Lehrauftrag dem Privatdozenten Dr. Max Braubach zu übertragen. Braubach (geb. 1899) hat trotz seiner jungen Jahre bereits eine beträchtliche Reihe von Veröffentlichungen aufzuweisen, die die Anerkennung der Kritik gefunden haben; soeben ist als bisher umfang-

reichstes und bedeutsamstes Buch seine große Biographie des letzten Kölner Kurfürsten Max Franz hinzugekommen, des jüngsten Sohnes von Maria Theresia. Der Umstand, daß Herr Braubach erst seit drei Semestern habilitiert ist und noch nicht die nötige akademische Erfahrung besitzt, hat uns verhindert, ihn zum Ordinariat vorzuschlagen; die Fakultät erhofft aber viel von seiner Entwicklung entsprechend seinen bisherigen ungewöhnlichen Leistungen in Schrift und Wort und schlägt vor, ihm den genannten Lehrauftrag, dessen Fortdauer das Ministerium stets in Aussicht gestellt hat, zu erteilen.

**181 b. Bericht des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn,
Max Wentscher, an das Kultusministerium.**

Bonn, 4. Februar 1926.

Ausfertigung, gez. Wentscher als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 9, Bl. 456–456v.

Nach Besuch in Bonn scheint Srbik die Annahme des Rufs zu erwägen, zumal seine Ehefrau ihr Widerstreben aufgibt, sofern circa 30.000 RM Gesamteinkommen gewährt werden.

Vgl. Einleitung, S. 123.

Wie wir vom Herrn Prodekan der Juristischen Fakultät erfahren, hat Herr von Srbik ähnlich wie an hiesige Fachgenossen auch an das hohe Ministerium eine Mitteilung gelangen lassen, aus der hervorgeht, daß seine Gewinnung für Bonn von den ihm gemachten Bedingungen abhängt.

Ich erlaube mir hierzu folgendes zu berichten. Die zweifellos in Bonn erfolgte Umstimmung Herrn von Srbiks geht auf zweierlei zurück. Die Fachgenossen haben es verstanden, ihm eine hohe Auffassung von den in Bonn seiner harrenden Aufgaben zu vermitteln, und es kann nicht bezweifelt werden, daß ihn die Traditionen Bonns reizen. Sodann ist aber namentlich für seine zunächst sehr widerstrebende Frau maßgebend gewesen, daß ihr Mitteilungen über die Einkommensverhältnisse von Kölner Professoren geworden sind, welche die Schlußfolgerung ermöglichen, daß es Herrn von Srbik im Laufe der Zeit möglich sein würde, für seine Familie ein bürgerliches Vermögen zu ersparen. Die über diese Dinge unterrichteten Fachgenossen bestätigten Herrn von Srbik, daß es ihm möglich sein würde, ein Einkommen von 30.000 M und eine nicht der Einkommenssteuer unterliegende Beihilfe zu längerem Aufenthalt in Wiener Archiven von mindestens jährlich 3.000 M zu erhalten.

Ich erlaube mir, dem hohen Ministerium zu empfehlen, die augenblicklich günstige Stimmung bei Herrn von Srbik durch eine schnelle und großzügige Erledigung der wirtschaftlichen Bedingungen auszunutzen und vielleicht über das im Vorstehenden genannte etwas hinaus zugehen.

Herr von Srbik ist eine feingesinnte Persönlichkeit, welcher derartige Verhandlungen nicht liegen. Eine rasche Erledigung würde deshalb zugleich die Aussichten einer Zusage vermehren.¹

182. Aus der Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn für das Kultusministerium.

Bonn, 2. Februar 1928.

Ausfertigung, gez. Konen als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 10, Bl. 344–349.

Als Nachfolger von Aloys Schulte für neuere Geschichte wird nach der Absage der Favoriten der Vorschlagsliste von 1925 nunmehr der inzwischen durch Publikationen und Lehre ausgewiesene Max Braubach vorgeschlagen. Andere Gelehrte kommen aus unterschiedlichen Gründen kaum in Frage.

Vgl. Einleitung, S. 44 und 123.

Die Erwägungen der Fakultät über die Neubesetzung des Schulteschen Lehrstuhls für mittlere und neuere Geschichte gehen aus von dem Bericht, den die Fakultät am 17. Dezember 1925 in derselben Frage unterbreitet hat. Im folgenden gibt die Fakultät an, welche Teile jenes Berichtes auch noch der heutigen Sachlage entsprechen.

Geblichen ist die sich aus der Kabinettsordre von 1853¹ ergebende Notwendigkeit, sich bei den Vorschlägen auf katholische Historiker zu beschränken, sowie die Tatsache, daß der zu berufende nach der Meinung der großen Mehrheit der Fakultät im Hinblick auf die Hauptforschungsgebiete der beiden anderen Fachvertreter den Schwerpunkt seiner selbständigen wissenschaftlichen Forschung in der neuen politischen Geschichte haben sollte, um einen wohlgegliederten Studienbetrieb zu gewährleisten.

¹ *Der Ablauf der Verhandlungen mit Srbik ergibt sich aus: Kämmerer, Jürgen (Hrsg.), Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1918–1945, Boppard 1987, speziell S. 233 ff. aus dem Briefwechsel mit Aloys Schulte, der Srbik die Vorteile Bonns gegenüber dem konkurrierenden Ruf nach Köln herausstellte. Da der liberale Katholik Srbik, der sich laut brieflicher Eigenaussage (ebd., S. 235) eher zur DVP als zur Zentrumspartei halten würde, die konfessionell gebundene Bonner Professur aus wissenschaftspolitischer Abneigung ablehnte, versuchte Ministerialdirektor Richter, Srbik durch Berufung auf eine konfessionsneutrale neue Stelle für Bonn zu gewinnen. Mit Schreiben von Ende März 1926 (ebd., S. 273 f., 28.3.26 an Schulte) lehnte Srbik beide Rufe ab, begründet durch seine moralische Verpflichtung gegenüber Wien, die Vorteile dieser Großstadt im Vergleich zu Bonn sowie das großzügige Bleibeangebot, das den Seminarausbau in Wien und ein Gehalt ähnlich dem Bonner (26.000 RM) umfasste.*

¹ *Die Kabinettsordre vom 26.9.1853 bestimmte, dass in Bonn und Breslau Geschichte bzw. Philosophie von je einem evangelischen und katholischen Ordinarius gelehrt werden sollten, vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 8, Bl. 376.*

Unter diesen Gesichtspunkten hat die Fakultät zunächst in bezug auf die drei im damaligen Bericht näher charakterisierten Herren Günter, Buschbell und König keinen Anlaß, ihre Meinung zu ändern. Die Fakultät hat aber auch die seitdem aufgetretenen Tatsachen geprüft und erlaubt sich, ihre diesbezüglichen Erwägungen nachstehend darzulegen.

Seit dem letzten Bericht sind neu in ein Universitätsordinariat mit katholischem Charakter eingerückt die Herren Kallen, Eitel und Buchner. Von ihnen kommt Eitel wegen der Begrenztheit seines Forschungsgebietes für Bonn wohl nicht in Betracht. Kallen, der als Bonner Privatdozent in bestem Andenken steht, geht zwar vom Mittelalter aus, hat aber durch Schriften und Lehrtätigkeit einen so großen Umfang des Wissens wie Könnens bewiesen, daß wir lediglich seiner kürzlichen Berufung nach Köln wegen Bedenken tragen, ihn in die engere Wahl zu ziehen. Buchner hat sich in gewandter und gediegener Publizistik mit geschichtlicher Orientierung mehr und mehr als Kenner der neueren politischen Geschichte gezeigt; auch wird seine Lehrtätigkeit gerühmt. Indes werden von fachmännischer Seite Einwände gegen seine wissenschaftliche Arbeitsmethode erhoben, und jedenfalls liegt sein Arbeitsfeld so, daß es für Bonn keine besonders günstige Ergänzung bringen würde.

[...]

In wissenschaftlicher Hinsicht würde die Fakultät sich freuen, wenn sie Herrn Karl Alexander von Müller in München vorschlagen könnte, in dem die Universität einen glänzenden Vertreter seines Faches und eine willkommene Ergänzung der vorhandenen Lehrkräfte erhielte. Allein die Fakultät trägt doch angesichts des besonderen Charakters der Professur und ihrer Aufgaben für den katholischen Teil der rheinischen Bevölkerung gewissen ihr von beachtlicher Seite geäußerten Bedenken Rechnung, indem sie die Frage der Berufungsmöglichkeit bei Herrn von Müller offen läßt.

Bei der im vorstehenden geschilderten Sachlage würde die Fakultät einigermaßen in Verlegenheit sein, wie sie ihre Liste von 1925 ergänzen könnte, nachdem der Spitzenkandidat [Srbik – H. S.] zum Bedauern der Fakultät abgelehnt hat, wenn nicht in dem hiesigen Privatdozenten Dr. Max Braubach inzwischen ein vollwertiger Anwärter erwachsen wäre.

Schon in dem ersten Bericht konnte die Fakultät die den Durchschnitt weit überragenden und vielversprechenden Leistungen Braubachs rühmend erwähnen. In den seitdem verflossenen mehr als zwei Jahren hat Herr Braubach seine Lehrtätigkeit mit vorzüglichem Erfolg ausgebreitet und mit nunmehr sieben Semestern akademischer Praxis sich einen geachteten Platz im Lehrwesen unserer Hochschule durch eigene Kraft errungen. Trotz der verstärkten Lehrpflichten hat seine literarische Tätigkeit in dieser Zeit nicht ausgesetzt und den schon früher gewonnenen Eindruck großer Befähigung und Arbeitskraft bestätigt. An größeren Veröffentlichungen, um von zahlreichen kleineren abzusehen, liegen von ihm bisher vor: [...]

Alles, was Braubachs Feder entstammt, zeigt sichere Methode, rasches Erfassen, geschickte Bewältigung des Stoffes, klares Gestalten. Braubach gehört zweifellos zu den beachtenswertesten Talenten, die für die politische Historie im letzten Jahrzehnt herangewachsen sind. Mit 29 Jahren kann der trotz Kriegsteilnahme und Berufswechsel früh Habilitierte,

der bedeutend mehr Gutes geschrieben hat als mancher viel ältere Anwärter, auch schwerlich als zu jung bezeichnet werden. Nur das Bedenken, daß Braubach von Bonn noch nicht wegberufen worden ist, wenn er auch für Braunsberg schon einmal vorgeschlagen war, hat der Fakultät seine Nennung nicht ganz so leicht gemacht, wie wenn er von außerhalb berufen werden könnte. Es sind deshalb von vier auswärtigen hervorragenden Historikern Gutachten über ihn eingeholt worden.² Diese Gutachten haben der Fakultät jedes Bedenken zerstreut und ihr die Überzeugung bekräftigt, daß eine Beförderung Braubachs zum Bonner Ordinarius in der wissenschaftlichen Welt keinerlei ihm selbst und der Hochschule abträgliche Deutung finden könnte. Sämtliche Gutachten stimmen vielmehr in der hohen Einschätzung Braubachs mit unseren hiesigen, durchaus einheitlich urteilenden Fachvertretern überein.

Die Fakultät schlägt daher Dr. Braubach in voller Zuversicht und in der Überzeugung vor, daß seine Berufung jetzt wohl die günstigste Lösung darstellen würde.

Die Herren Prof. Beyerhaus, Dr. Braubach und Dr. Steinbach sind um ihre Meinung befragt worden.³

183 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau für das Kultusministerium.

Breslau, 13. Dezember 1927.

Ausfertigung, gez. Brockelmann als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 8, Bl. 522–526.

Als Nachfolger von Johannes Ziekursch im Extraordinariat für mittlere und neuere Geschichte werden vorgeschlagen: Georg Küntzel – Frankfurt, Karl Alexander von Müller – München, Siegfried August Kaehler – Marburg und Otto Brandt – Kiel. Die Stelle muss in ein Ordinariat umgewandelt werden.

Vgl. Einleitung, S. 123.

Betrifft: Berufung auf den Lehrstuhl für neuere Geschichte

Die Philosophische Fakultät bittet, bei der Neubesetzung des Lehrstuhls des nach Köln berufenen Prof. Ziekursch das bisherige persönliche Ordinariat „für Vorlesungen aus dem Gebiet der neueren Geschichte in Ergänzung der Fachordinarien, für Hilfswissenschaft-

² Das lobende Gutachten Srbiks über Braubach vom 3.12.1927 abgedruckt in: H. Ritter von Srbik, *Die wissenschaftliche Korrespondenz*, S. 316–319.

³ Mit Vereinbarung vom 29.3.1928 (Bl. 350 der Akte) wurde Braubach für 7.500 RM Gehalt berufen.

ten und für Landesgeschichte“ in ein planmäßiges Ordinariat für neuere und neueste Geschichte umzugestalten.

Die durch besondere Umstände ermöglichte Vereinigung der verschiedenen Fächer in einem Lehrauftrag aufrechtzuerhalten, ist gegenwärtig ausgeschlossen. Die Fakultät ist freilich von der Notwendigkeit durchdrungen, daß für Schlesien als Grenzland, zumal bei der zielbewußten Arbeit der polnischen und tschechischen Geschichtswissenschaft, die Pflege unserer Landesgeschichte unbedingt erforderlich ist. Wenn sie aber für den Augenblick dahin zielende Anträge sich noch vorbehält, so wird sie dadurch bestimmt, daß bereits Herr Ziekursch gezwungen war, sich immer entschiedener in Vorlesungen und Übungen der neueren Geschichte zuzuwenden. Die jetzt eingetretene Lücke trifft daher überwiegend den Unterricht in der Geschichte der letzten drei Jahrhunderte. Dieser Zeitabschnitt ist jedoch durch das Schicksal Deutschlands so wichtig geworden, und die jüngste Zeit erfordert bei der Fülle archivalischer Veröffentlichungen eine Arbeitskraft so stetig, daß die Umwandlung des Lehrstuhls in ein volles Ordinariat für neue und neueste Geschichte seiner Bedeutung am besten gerecht werden würde.

Von den hier dargelegten Gesichtspunkten hat sich die Fakultät bei Aufstellung ihrer Vorschlagsliste leiten lassen und bei der Auswahl der Persönlichkeiten nur solche erprobte Kräfte in Betracht gezogen, die nach ihren Leistungen als Forscher und Lehrer geeignet erscheinen, das Ordinariat für neuere Geschichte angemessen zu verwalten.

An erster Stelle nennt sie *pari passu* und in alphabetischer Reihenfolge die Herren Professoren Georg Küntzel, Frankfurt a. M. und Karl Alexander von Müller, München.

Georg Küntzel, am 28.11.70 zu Schroda (Provinz Posen) geb., hat in Berlin das Reifezeugnis erworben und als Schüler von Lenz und Schmoller mit einer beachtenswerten Arbeit über die Verwaltung des Maß- und Gewichtswesens in Deutschland promoviert. Die mehrjährige Beschäftigung mit der Zeit Friedrichs des Großen führte neben einer Reihe von Aufsätzen zu der mit B. Volz gemeinsam durchgeführten Ausgabe der Akten zur Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges (1899). Im Jahre 1899 habilitierte er sich in Bonn und wurde im Jahre 1906 an die Handelshochschule nach Frankfurt a. M. berufen, bei deren Umwandlung zur Universität er im Jahre 1914 das Ordinariat für neuere Geschichte erhielt. Die Herausgabe politischer Schriften Niebuhrs, Paul Pfitzers und von Schulze-Delitzsch. neuerdings auch zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung sowie die Schrift über „Bismarck und Bayern zur Zeit der Reichsgründung“ (1910) zeigen die Ausweitung seiner Interessen. Seine Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte hat er in der Arbeit über „Die drei großen Hohenzollern“ (in den „Meistern der Politik“, 1923) zusammengefaßt, die neben der äußeren Geschichte auch die innere Verwaltung mit besonderem Verständnis berücksichtigt und sich durch vorsichtig abwägendes Urteil über die Persönlichkeiten auszeichnet. Daß er ihr eine auch von der österreichischen Geschichtswissenschaft uneingeschränkt anerkannte Schrift über „Fürst Kaunitz als Staatsmann“ (1923) zur Seite stellen konnte, zeigt seine Fähigkeit echt wissenschaftlichen Erfassens einer Zeit; die ideengeschichtliche Betrachtung wird hier – und bei Kaunitz zum

ersten Mal – für das Verständnis des Politikers fruchtbar und durch die Gegenüberstellung der Kaiserin Maria Theresia in ausgezeichneten Charakteristiken besonders wirksam. Die Unparteilichkeit und sachliche Vornehmheit ist auch ein besonderer Vorzug wie des Menschen, so des akademischen Lehrers, als welcher Küntzel hohes Ansehen genießt. Die erfolgreiche Vortragstätigkeit, die er dauernd im besetzten Gebiet ausgeübt hat, macht ihn für die Aufgaben, die uns in Schlesien obliegen, außerordentlich geeignet. Die Frische seiner Persönlichkeit hat sich noch jüngst bei den Vorlesungen an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, die er seit einiger Zeit übernommen hat, trefflich bewährt. Es besteht Aussicht, daß Küntzel, der aus dem Osten stammt, einem Ruf nach Breslau Folge leisten würde.

Karl Alexander von Müller, Honorarprofessor an der Universität und Syndikus der Akademie der Wissenschaften zu München, geb. 1882, promovierte im Jahre 1909 mit einer wertvollen Arbeit über „Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe“, die bereits die Fähigkeit reizvoller Schilderung und feiner psychologischer Motivierung erkennen läßt. Im Jahre 1917 hat er sich in München habilitiert. Seine Schriften und Vorträge behandeln ganz überwiegend Vorgänge und Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts, aber ob er über die „Probleme der Bayerischen Geschichte“ seine Antrittsvorlesung hält, ob er einen Aufsatz etwa über „Friedrich Theodor Vischer als Politiker“ schreibt, – das Einzelergebnis wird in den großen Zusammenhang, die Einzelpersönlichkeit in die geistige Bewegung der Zeit eingeordnet. Hinter seinen Vorträgen, gesammelt in „Deutsche Geschichte und deutscher Charakter“ (1926) steht ein Mann von umfassender Bildung, sittlichem Ernst und staatlichem Verantwortungsgefühl. Er ist ein Meister des Worts und ein Künstler der Darstellung. Seine Arbeiten über Karl Ludwig Sand (1924) und über „Görres in Straßburg“ (1926) sind, aus gründlicher Einzelforschung aufgebaut, Meisterstücke menschlichen Einfühlens und geschmackvoller Zeichnung, die wie im „Görres“ selbst das Kleinliche durch die Anmut der Erzählung zu erhöhen versteht. Der glänzende Essay über den älteren Pitt in den „Meistern der Politik“ (1923) führt auf weltgeschichtliche Höhen, von denen aus der Mann und sein Werk auf dem Hintergrund der englischen Gesellschaft in mitreißender Kraft der Gestaltung gewürdigt wird.

An zweiter Stelle nennen wir den außerordentlichen Prof. Siegfried Kähler, geb. 1885, der als Schüler Friedrich Meineckes 1914 promoviert und sich 1921 in Marburg habilitiert hat. Vorübergehend in Potsdam am Reichsarchiv beschäftigt, kehrte er bald nach Marburg zurück, um hier für das vierhundertjährige Jubiläum die Geschichte der Universität von 1653–1866 zu schreiben. Sie hat den überaus spröden, aus den Akten in bestimmter Frist mühsam zu gewinnenden Stoff mit Geschick bewältigt, überall möglichst den Zusammenhang mit der Wissenschaftsgeschichte der Zeit herausgestellt und die Stellung des Staates zu seiner Hochschule in ihren Wandlungen aufmerksam verfolgt. Neben einzelnen Aufsätzen, wie „Das preußisch-deutsche Problem seit der Reichsgründung“ (Preußisches Jahrbuch 185), „Die Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei“ (Festschrift für Meinecke 1922) und der feinsinnigen Würdigung der Persönlichkeit von Alfred Dove (Histo-

rische Zeitschrift 135) hat Kähler sich nahezu ausschließlich mit der Geschichte Wilhelm von Humboldts beschäftigt, zu dem ihn bereits seine Dissertation hingeführt hatte. Vor kurzem hat er das gehaltvolle Werk „Wilhelm von Humboldt und der Staat, Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Lebensgestaltung um 1800“ abgeschlossen, das als Ergebnis seiner bisherigen Lebensarbeit gelten kann. Humboldts Charakter wird hier in eindringender Analyse aus Anlagen, Umwelt und Schicksalen gedeutet. Mag die psychologische Zergliederung vielleicht zu weit gehen, so hat doch Kähler die Problematik seines Wesens tief erfaßt und das schließlich Versagen des Staatsmannes aus den Urgründen seines Seins zu erklären gesucht. Dabei werden alle Geistesströmungen seiner Zeit mit ihm gewürdigt; eigenartiges Licht fällt auf seine „Romantische Unterhaltung“, aus der Entfaltung seines innersten Lebens wird die frühere Abkehr vom Staat, der Eintritt in seinen Dienst und der zuletzt unvermeidliche Bruch mit Hardenberg begriffen. Das Buch packt den Stoff mit einem Ernst an, der in Kähler einen selbständigen Forscher von reicher Bildung und reifem Urteil erkennen läßt. Er wird als ein Mann von ungewöhnlicher geistiger Kraft geschildert, von dem auf seine Hörer eine starke Wirkung ausgeht. In seinen Vorlesungen beschäftigt er sich überwiegend mit der neuesten Geschichte und ist daher auch in dieser Hinsicht eine für Breslau erwünschte Kraft.

An dritter Stelle nennen wir Otto Brandt, geb. 1892 zu Heidelberg, seit 1924 außerordentlicher Professor in Kiel. Er hat als Schüler Onckens 1916 mit einem Buch über „England und die Weltpolitik“ promoviert, die mit weitem Ausblick den Frieden von Amiens und den Wiederausbruch des Krieges geschmackvoll behandelte. Im Jahre 1919 hat er sich in Kiel mit einer Arbeit über „A. W. Schlegel, der Romantiker und die Politik“ habilitiert, in der er die Entwicklung des Vaterlandsgefühls aus dem Menschheitsbewußtsein in der Frühzeit der Romantik untersucht. Umfassende archivalische Forschungen führten ihn zu einem Gesamtbild vom „Geistesleben und Politik in Schleswig-Holstein um die Wende des 18. Jahrhunderts“ (1925). Hier wurde zum ersten Mal die Persönlichkeit des Grafen Fritz Reventlow und sein Kampf für die Schleswig-Holsteinische Ritterschaft in den Jahren 1802/03 auf dem Hintergrund der politischen und geistigen Bewegung der Zeit, die mit einer Fülle lebensvoller Gestalten uns in dem „Emkendorfer Kreis“ gezeigt wird, eindrucksvoll behandelt und in dem Ringen der Beginn national-politischer Verteidigung gesehen. Sind auch einzelne Folgerungen umstritten – Brandt hat soeben „Zur Vorgeschichte der Schleswig-Holsteinischen Bewegung“ (1927) seine Auffassung neu begründet –, so bleibt doch sein Werk für Verfassungs- und Geistesgeschichte von hoher Bedeutung. Brandt hat gleichzeitig in straffer Erzählung eine „Geschichte Schleswig-Holsteins“ (1925) herausgegeben und in trefflicher Zusammenfassung auf „Heinrich Rantzau und seine Relationen an die dänischen Könige“ (1927) aufmerksam gemacht. Wenn auch Brandts Arbeitsgebiet äußerlich fast ganz sich auf die Provinz zu beschränken scheint, so suchen doch alle seine Schriften die Beziehung der Gesamtentwicklung und begreifen die geistige Bewegung als ein wertvoller Beitrag zur Vorgeschichte des deutschen Nationalstaatsgedankens betrachtet wird [sic!]. In der Tat umfaßt seine sehr anerkannte Lehrtätigkeit die ganze neuere Ge-

schichte; als Leiter von Seminarübungen wird er uns außerordentlich gerühmt. Daß er als Süddeutscher sich so erfolgreich in die Vergangenheit des norddeutschen Grenzlandes einzuleben vermocht und auch durch seine Vorträge im Lande sich eine angesehene Stellung verschafft hat, bietet uns die Gewähr, daß er die in Schlesien zu leistenden Aufgaben schnell und glücklich angreifen würde.¹

183 b. Votum von vier Nichtordinarien für die Philosophische Fakultät der Universität Breslau.

Breslau, 17. November 1927.

Ausfertigung, gez. Laubert, Richard Köbner, Friedrich Andrae, Werner Schur.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 8, Bl. 527–528v.

Als Nachfolger von Ziekursch im Extraordinariat für mittlere und neuere Geschichte werden vorgeschlagen: Karl Alexander von Müller – München, Adolf Hasenclever – Halle, Wilhelm Mommsen – Göttingen und Otto Brandt – Kiel.

Vgl. Einleitung, S. 124.

Gutachten der nichtbeamteten außerordentlichen Professoren und des Privatdozenten der Geschichtswissenschaft an der Universität Breslau betreffs Wiederbesetzung des Lehrstuhls von Prof. Dr. Ziekursch.

Indem wir gemäß der Aufforderung des Herrn Dekans der Philosophischen Fakultät zur Neubesetzung des obigen Lehrstuhls Stellung nehmen, erlauben wir uns, zunächst die für unsere Vorschläge maßgebenden grundsätzlichen Gesichtspunkte hervorzuheben.

Die fragliche Professur war ursprünglich ein planmäßiges Extraordinariat für schlesische Landesgeschichte und wurde von Herrn Prof. Ziekursch anfangs in diesem Sinn verwaltet. Es entsprach indessen sowohl der Entwicklung seiner eigenen Forschertätigkeit wie den

¹ *Nach Bekanntwerden des vermutlichen Weggangs von Ziekursch nach Köln hieß es in einem Artikel der „Schlesischen Tagespost“ vom 4.8.1927 (Bl. 400 der Akte), es drohe die gänzliche Vernachlässigung der Geschichte Schlesiens und des Ostens, was nicht hinnehmbar sei. Denn heute gehört Schlesien zu den umstrittenen Grenzgebieten, heute ist Schlesien und Breslau der kulturelle Rückhalt für einen großen Teil der unentrisenen und zu „Auslandsdeutschen“ gemachten Deutschen, heute sind die Aspirationen der Polen auf ganz Mittelschlesien, einschließlich Breslaus, gerichtet. Darum gilt es, hier ein festes Bollwerk aufzurichten, an dem die Wellen slawischer Brandung ohnmächtig abprallen; darum muß unsere Universität der Mittelpunkt geistiger Abwehr gegen das Polentum werden, an ihr muß das östliche Grenz- und Auslandsdeutschtum seine Interessenvertretung finden. (Hervorhebungen im Original.)*

nach dem Tod von Herrn Prof. Preuß sich verschiebenden Bedürfnissen unserer Hochschule, daß er andere Gegenstände in den Vordergrund seiner amtlichen Wirksamkeit treten ließ. Seine Vorlesungen und die wissenschaftlichen Anregungen, die er den Studierenden mitteilte, bezogen sich vornehmlich auf die allgemeine politische Geschichte des 19. Jahrhunderts. Er diente damit nicht nur einer im Zusammenhang des historischen Fachstudiums notwendigen Aufgabe, sondern es gelang ihm auch, mit seinem lebendigen und sachlichen Vortrag einen großen Kreis von Studenten aller Fächer anzuziehen und so unserer akademischen Jugend im weitesten Umfang die geschichtlichen Grundlagen politischer Bildung zu vermitteln.

Wir halten es für notwendig, daß das von ihm bekleidete Lehramt von einem Nachfolger fortgeführt wird, bei dem nicht in Frage steht, daß er das gleiche Gebiet mit gleichem Erfolg vertritt. Wir freuen uns, eine Reihe von Herren namhaft machen zu können, denen dieses Vertrauen vollauf entgegengebracht werden kann. Keiner von ihnen wird aber daneben die Landesgeschichte sowie die damit sich verknüpfenden, heut in ihrer Bedeutung gestiegenen Probleme des Grenzdeutschtums und der slawischen Geschichte im erforderlichen Umfang zu fördern vermögen. Diese Gebiete verlangen eine Arbeitskraft für sich. Wir geben unsere Vorschläge unter der Voraussetzung ab, daß auch dem Bedürfnis, jene Forschungsgebiete an der Breslauer Universität besonders zu pflegen, künftig Rechnung getragen werden wird. Damit würde nur eine dem früheren Zustand entsprechende Einrichtung hergestellt, da die landesgeschichtliche Professur ursprünglich ein selbständiger Lehrstuhl neben drei allgemeinen Professuren für mittelalterliche und neuere Geschichte war.

Als Nachfolger von Herrn Prof. Dr. Ziekursch bringen wir in Vorschlag:

- 1.) An erster Stelle Herrn Prof. Dr. Karl Alexander von Müller – München, der unbestritten einer der führenden Gestalter auf dem Gebiet der neueren Geschichte ist.
- 2.) An zweiter Stelle nennen wir in gleichem Rang nach alphabetischer Folge:
 - a) Herrn Prof. Dr. Adolf Hasenclever – Halle a. S. Ihn lassen große Lehrerfahrung sowie der an Forschungen zur Geschichte des britischen Weltreichs gewonnene Weitblick für die Aufgaben des Lehrstuhls als sehr geeignet erscheinen.
 - b) Herrn Privatdozenten Dr. Wilhelm Mommsen – Göttingen. Er bringt neben den Eigenschaften einer Forscherpersönlichkeit, die er in Arbeiten zur deutschen und französischen Geschichte bewährt hat, eine besondere Fähigkeit und Schulung für die Aufgabe mit, die in der Geschichte der neuesten Zeit staatsgestaltend wirksamen Kräfte und vornehmlich die in der politischen Entwicklung Deutschlands lebendigen Bewegungen allseitig verständlich zu machen. Von ihm dürfte darum erwartet werden, daß er in seiner Lehrtätigkeit die Erziehung zu historischer Forschungsarbeit mit einer sachlichen und taktvollen Förderung historisch-politischer Bildung glücklich vereinigen würde.
- 3.) An dritter Stelle benennen wir Herrn Prof. Dr. Otto Brandt – Kiel. Durch Forschungen zur Geschichte der französischen Revolution und des Napoleonischen Zeitalters hat er gleich den Vorgenannten bewiesen, daß er die Geschichte der neuesten Zeit unter weitem Gesichtskreis zu behandeln versteht, während seine gediegenen Arbeiten zur Geschichte

Schleswig-Holsteins außerdem erwarten lassen, daß er auch an einer anderen Grenzlanduniversität Verständnis für die Aufgaben der landesgeschichtlichen Forschung beweisen würde.²

**184. Aus dem Antrag der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau an
Kultusminister Adolf Grimme.
Breslau, 15. September 1930.**

Ausfertigung, gez. Berkner als Dekan.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 10, Bl. 95–96.

Breslau besaß bis 1921 drei Ordinariate für Geschichte und ein Extraordinariat. Dessen Umwandlung in ein Ordinariat wurde schon bei der Berufung von Kaehler 1928 erbeten. Dass der Staat durch die Emeritierung von Professoren erst mit 68 Jahren Geld spart und der Hauptausschuss des Landtags dessen Verwendung für Umwandlungen forderte, ist ein weiterer Grund dafür. Ohne Umwandlung ist die baldige Wegberufung des Neuzeithistorikers absehbar.

Vgl. Einleitung, S. 124.

In einer Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtages im März dieses Jahres ist zur Sprache gekommen, daß durch die Heraufsetzung des Emeritierungsalters der Professoren von 65 auf 68 Jahre Ersparnisse gemacht werden. In einer Entschließung hat der Hauptausschuß das Ministerium aufgefordert, davon den Betrag von 50.000 RM zu verwenden, persönliche Ordinariate in planmäßige umzuwandeln. Unter diesen Umständen hält es die Fakultät für ihre Pflicht, dem Ministerium Vorschläge in dieser Hinsicht zu unterbreiten. Sie war sich freilich klar darüber, daß es zunächst unmöglich sein würde, die Umwandlung aller (14) persönlicher Ordinariate der Philosophischen Fakultät unserer Breslauer Universität in planmäßige Ordinariate zu erreichen. Andererseits wünschte sie, bei einer Auswahl jede Wertung der in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu vermeiden.

Die Fakultät hat daher beschlossen, als leitenden Gesichtspunkt für die Vorschläge das Alter der planmäßigen außerordentlichen Lehrstühle zu betrachten. Unter diesem Gesichtspunkte kämen als die beiden ältesten in Frage: die Professur für mittelalterliche und neuere Geschichte, die zur Zeit mit Prof. Siegfried August Kaehler besetzt ist, sowie die Professur für theoretische Physik, die zur Zeit Herr Prof. Fritz Reiche inne hat. Beide Professuren sind als planmäßige Extraordinariate in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegründet worden.

² *In der Akte, Bl. 529, folgt die Vereinbarung mit Kaehler vom 30.1.1928.*

Was die erstere Professur angeht, so bedeutet der Antrag nur die Wiederholung einer Bitte, welche die Fakultät mit ihrem Vorschlage vom 13.12.1927 für die Nachfolge von Johannes Ziekursch vorgetragen hat. Der damalige Antrag war auf die Umwandlung des bisherigen persönlichen Ordinariats „für Vorlesungen aus dem Gebiet der neueren Geschichte in Ergänzung der Fachordinarien, für Hilfswissenschaften und für Landesgeschichte“, welches seit 1866 bestand, in ein planmäßiges Ordinariat für neuere und neueste Geschichte abgestellt. Der Herr Minister hat durch die Besetzung der Stelle mit S. A. Kaehler dem Gedankengange der Fakultät in bezug auf die Aufgabe der Professur eine deutliche Zustimmung erteilt. Die Fakultät bittet nunmehr, auch den anderen, heute wiederholten Teil des Antrages zu genehmigen. Die Begründung, welche damals gegeben worden ist, gilt im ganzen Umfange weiter: die neuere und neueste Geschichte verlangt heute eine volle Vertretung und die Anerkennung ihrer Bedeutung durch ein volles Ordinariat. Die inzwischen durchgeführten Besetzungen der beiden planmäßigen Ordinariate für mittlere und neuere Geschichte haben in unserer Fakultät eine sehr geeignete Arbeitsteilung und Zusammenarbeit der drei Fachvertreter herbeigeführt, welche allen dreien gleichwertige Aufgaben zuweist. Dabei liegt das Schwergewicht der beiden anderen Professuren auf der mittelalterlichen Geschichte. Die Fakultät würde es als einen Akt gerechten Ausgleichs begrüßen, wenn der Vertreter der neueren und neuesten Geschichte auch in bezug auf seine Amtsstellung den beiden Fachgenossen gleichgesetzt würde. Sie weist aber zur dringlichen Begründung ihres Ansuchens auch auf die folgenden Tatsachen hin: Auch die erbetene Veränderung würde die Vertretung der mittleren und neueren Geschichte noch nicht auf jene Stufe heben, welche sie schon längst im Laufe des 19. Jahrhunderts erreicht hatte. Dank dem sorgsamem, vom Ministerium aus eigenem Antrieb in Erkenntnis der Notwendigkeiten betriebenen Ausbau lehrten seit 1873 in diesem Fache drei planmäßige Ordinarien, ein Honorar- und ein besoldeter außerordentlicher Professor, nach 1908 wenigstens noch drei ordentliche und ein außerordentlicher Professor (seit 1911 persönlicher Ordinarius). Erst mit der Emeritierung von Georg Kaufmann – 1921 – trat der entscheidende Verlust eines vollen Ordinariats ein, den die Fakultät jetzt bittet, wenigstens zum Teil wieder auszugleichen. Die neuere Geschichte ist heute selbst auf Universitäten von geringerem Umfange als die Breslauer regelmäßig durch ein Vollordinariat vertreten. Wir sehen uns unter diesen Umständen der Gefahr ausgesetzt, daß selbst kleinere Universitäten unseren Neuhistoriker wegberufen können. Nachdem aber in ganz kurzer Zeit hier alle drei Professuren für mittlere und neuere Geschichte ihre Besetzung gewechselt haben, ist eine Spanne ruhiger Entwicklung im Interesse der Studierenden dringend nötig.

Alle diese Umstände treffen zusammen, um unser Anliegen zu begründen. [...]¹

1 *Eine Randbemerkung des Ministerialrats Windelband lautet: Trotz Landtagsbeschluß zwingt die Notlage der Finanzen, vorläufig von jeder Umwandlung abzusehen.*

185. Aus der Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau für das Kultusministerium.

Breslau, 12. Juli 1932.

Ausfertigung, gez. Friederichsen als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 10, Bl. 372–377.

Als Nachfolger von Kaehler im Extraordinariat für mittlere und neuere Geschichte werden vorgeschlagen: Otto Westphal – Göttingen, Gisbert Beyerhaus – Köln und Adolf Rein – Hamburg.

Vgl. Einleitung, S. 124.

Vom Herrn Kurator mit dem Schreiben U. K. A. Nr. 3357 vom 27. Juni dieses Jahres aufgefordert, Vorschläge für die Besetzung der durch die Berufung von Prof. Dr. S. A. Kaehler nach Halle freiwerdende Professur einzureichen, berichtet die Fakultät wie folgt:

Der Weggang von Prof. Kaehler nach Halle stellt die Fakultät vor eine äußerst schwierige Lage. Die Professur, welche tatsächlich für die Vertretung der neueren Geschichte zur Verfügung steht, ist nur ein persönliches Ordinariat. Damit sieht sich die Fakultät in bezug auf ein so bedeutendes Fach hinter die Ausstattung weit kleinerer Universitäten zurückgesetzt, welche dafür über eine volle Professur verfügen. Dieser Zustand ist um so weniger tragbar, als der Universität Breslau viel umfassendere Aufgaben gestellt sind als den binnenländischen. Zu der pädagogischen Verpflichtung im engeren Sinne kommt in dem an Kulturmittelpunkten armen Osten des Reiches die weitgreifendere, allgemeine, deutsche Bildung zu befestigen und über die Grenzen ausstrahlen zu lassen. Es braucht nicht ausgeführt zu werden, daß dabei der neueren Geschichte ein besonders wichtiger Teil zufällt. Die Fakultät hat die Gefährdung ihrer Wirksamkeit, welche in der ungenügenden Ausstattung der für diese Professur verfügbaren Stelle liegt, rechtzeitig dem Ministerium vorgestellt und mit der Eingabe vom 15.9.1930 – Tagebuch Nr. 999/30 – gebeten, das persönliche Ordinariat in ein planmäßiges umzuwandeln. Die Fakultät bedauert es tief, daß diesem Antrag nicht entsprochen werden konnte, und daß daher ihre und der Universität Bemühungen, Herrn Kaehler in Breslau zu halten, vergeblich geblieben sind. Wenn sie auch die heutige Finanzlage als Ursache erkennt, welche eine augenblickliche Besserung der Lage nicht erlaubt, so hält sie sich doch für verpflichtet, bei diesem Anlasse von neuem auf die immer wiederkehrende Gefährdung ihrer Wirksamkeit hinzuweisen, wenn sie nicht imstande ist, hervorragende Gelehrte auf der Professur für neuere Geschichte zu halten.

Da unter diesen Voraussetzungen von den Inhabern größerer Ordinariate niemand in Vorschlag gebracht werden kann, ist die Fakultät genötigt, die Auswahl auf die ältere Generation der Nichtordinarien zu beschränken, welche bereits auf eine längere und anerkanntermaßen erfolgreiche Lehrtätigkeit zurückblicken können und zugleich durch beachtliche literarische Leistungen als ausgereifte Gelehrte erwiesen sind. In der Erkenntnis, daß der

Historiker der Neuzeit in erster Linie berufen ist, die heranwachsende Jugend zum Verständnis der eigenen Gegenwart zu führen, legt die Fakultät besonderen Wert auf Kandidaten, welche die neuere politische Geschichte geistesgeschichtlich zu untermauern vermögen. Damit würde zugleich die Richtung fortgeführt werden, welche unter dem abgehenden Vertreter angebahnt worden ist. Die Fakultät erwartet von den genannten Kandidaten vor allem auch, daß sie durch das Gewicht einer in der eigenen Art festgegründeten Persönlichkeit zu wirken vermögen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, schlägt die Fakultät folgende Namen vor:

1. Otto Westphal, nichtbeamteter außerordentlicher Professor in Göttingen, geb. 1891, habilitiert in Hamburg 1923, nichtbeamteter außerordentlicher Professor seit 1930, umhabilitiert nach Göttingen auf Wunsch der dortigen Fakultät im Herbst 1931. Schriftenverzeichnis liegt bei.¹

Durch die eingezogenen Erkundigungen ist die Fakultät darüber unterrichtet, daß Prof. Westphal in Hamburg eine ebenso umfängliche wie erfolgreiche Lehrtätigkeit entwickelt hat. Namentlich wußte er auch in seminaristischen Übungen eine größere Zahl von Studenten zu fesseln. Ebenso hat er in der kurzen Zeit seiner Göttinger Tätigkeit gerade als Dozent und akademischer Redner auch bei den älteren Mitgliedern des Lehrkörpers einen starken Eindruck hervorgerufen. Die Übersicht der von ihm gehaltenen Vorlesungen zeigt, daß er die Geschichte des europäischen Staatensystems seit der Gegenreformation bis zur neuesten Zeit im Vortrag zur Darstellung gebracht hat. Für die Fakultät steht es außer Zweifel, daß sie in Westphal eine Persönlichkeit von sicherer pädagogischer Wirkung in Vorschlag bringt.

Westphal vermag eine reiche und mannigfaltige Produktion aufzuweisen. Bereits die erste Schrift über Welt- und Staatsanschauung des deutschen Liberalismus (1920) war „eine Leistung, welche nach Gehalt und Methode durchaus auf der Höhe steht, welche durch Meinecke der politischen Ideengeschichte gegeben wurde. Sie zeigt eine ungewöhnliche Fähigkeit, die politischen Ideen der Vergangenheit bis in ihre letzten Voraussetzungen zu zergliedern.“ (siehe Franz Schnabel, in: *Das neue Deutschland*, Mai 1921). Die gleichen Vorzüge zeigen die ausführlichen Essays, in welchen Westphal die politische Gedankenwelt Dahlmanns und den Staatsbegriff Heinrich von Treitschkes dargestellt hat (1922). Die umfassenden Studien, welche er über die bayerische Politik König Ludwigs I. in den Archiven von München, Berlin und Paris getrieben, haben ihre erste Form in einem noch ungedruckten Buch gefunden, auf Grund dessen seinerzeit die Habilitation Westphals in Hamburg erfolgt ist. Der Ertrag dieser Studien hat nunmehr der Fakultät im Manuskript der Göttinger Antrittsvorlesung vorgelegen, welche „Politik und Kultur in den ersten Regierungsjahren Ludwigs I. von Bayern“ behandelt. Der Vortrag gibt einen sehr interessanten Einblick in die geistigen Voraussetzungen, von denen aus die staats- und kulturpolitische Stellung des

1 *Liegt der Akte bei, Bl. 381–386.*

Königs in größere Zusammenhänge einzuordnen ist. Andererseits enthält er vielversprechende Hinweise auf die namentlich aus den Pariser archivalischen Quellen erschlossene Vorgeschichte des Zoll-Vereins, welche erheblich über die bisherige bayerische Forschung hinausführen. Sie läßt klar die doppelte Arbeitsrichtung sowohl nach der Seite der politischen wie der Geistesgeschichte erkennen.

Allgemeinere Beachtung und lebhaftere Erörterung hat das im Frühjahr 1930 unter dem Titel „Feinde Bismarcks“ erschienene Buch hervorgerufen. In diesem Werke kommt die wissenschaftliche Persönlichkeit des Verfassers in ihrer besonderen Stärke wie in ihren angreifbaren Eigenheiten eindeutig zur Darstellung. Westphal hat damit einen durchaus originellen Wurf getan. Der frappierende Grundgedanke zeigt sich in dem umstrittenen und bestreitbaren Versuch, die politische Opposition gegen die Reichsgründung Bismarcks auf einen geistes- oder kulturgeschichtlichen Generalnenner zu bringen, dessen Auswirkungen Westphal namentlich und in höchst eigenartiger Weise in den künstlerischen und literarischen Strömungen der deutschen Öffentlichkeit seit 1848 aufzuweisen zu können glaubt. Diese Fragestellung und der Versuch ihrer Lösung sind jedenfalls nur möglich auf Grund einer ungewöhnlichen Vertrautheit mit den geistigen Strömungen des 19. Jahrhunderts, deren eigenwillige Auswertung die methodische und inhaltliche Tragweite dieses gestreichten Versuches nicht zu mindern vermag. Auch kann der aktuelle literarische Anlaß einer Auseinandersetzung mit der historischen Belletristik Emil Ludwigs nicht verdecken, daß das Werk mit einer zugleich wuchtigen und subtilen Fragestellung das Ergebnis eines langjährigen und sehr ernsthaften Ringens mit den Problemen der deutschen Geschichte wie ihres historiographischen Niederschlags in der Wissenschaft des letzten Menschenalters darstellt.

Auf ein ganz anderes Gebiet hat den Verfasser die Ausarbeitung eines Werkes geführt, welches unter dem Titel „Gustav II. Adolf und die Grundlagen der schwedischen Macht“ der Fakultät in druckfertigem Manuskript vorliegt. Hierin hat Westphal versucht, in Zusammenfassung der neueren Forschungsergebnisse und in gleichfalls sehr eigenartiger Weise die Gestalt des Schwedenkönigs in die politischen und geistesgeschichtlichen Zusammenhänge des skandinavischen Raumes im Beginn der Neuzeit einzuordnen.

Aus dieser Übersicht eines literarischen Schaffens hat die Fakultät den Eindruck einer nicht gewöhnlichen Reichhaltigkeit und Energie der wissenschaftlichen Persönlichkeit gewonnen. Die weite Bildung, welche die Voraussetzungen einer derartigen Produktion ist, hat auch offenbar die Göttinger Universität veranlaßt, Westphal mit der schwierigen Aufgabe besonderer Prägung zu betrauen, nämlich ihre Geschichte für die bevorstehende Säkularfeier von 1937 abzufassen.

2. pari passu in alphabetischer Reihenfolge: Gisbert Beyerhaus und Adolf Rein.

a) Gisbert Beyerhaus ist 1882 geboren, nahm 1914/18 am Kriege teil, habilitierte sich 1920 in Bonn, wurde 1926 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt und im Winter 1931/32 an die deutsche Universität Prag berufen. Der Ruf ist unter den dortigen besonderen Umständen noch nicht perfekt geworden. [...]

b) Adolf Rein, beamteter außerordentlicher Professor für Kolonialgeschichte an der Uni-

versität Hamburg, geboren 1885, habilitiert in Straßburg 1914, Kriegsteilnehmer 1914–1919, umhabilitiert nach Hamburg 1919, beamteter außerordentlicher Professor seit 1924. Rein ist mit seiner wissenschaftlichen Arbeit von der Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance ausgegangen; seine ersten Veröffentlichungen betrafen die Entwicklung der Selbstbiographie und des literarischen Portraits im ausgehenden Mittelalter. Seine Dissertation, welche sich mit der italienischen Publizistik während des Krimkrieges befaßt, ist während eines mehrsemestrigen Aufenthalts in Italien entstanden. Während eines zweijährigen Aufenthaltes in Amerika und der Tätigkeit als Assistent an einer amerikanischen Universität erwuchs die Studie über „Seeley als politischer Historiker“ (1912), mit welcher Rein sich im Juli 1914 habilitierte. Eine weitere Frucht dieser angelsächsischen Studien sind eine ideengeschichtliche Untersuchung über die Verfassung der Vereinigten Staaten (1920), ferner die Herausgabe von Bd. 7 der Klassiker der Politik (1923). Die hier begonnene Linie setzt sich in mehreren Vorträgen und Aufsätzen fort, in denen die geistesgeschichtliche Orientierung des Verfassers hervortritt, so neuerdings in einem Königsberger Vortrag (Nr. 14) über die geschichtlichen Grundlagen des amerikanischen Lebens, welcher der Fakultät im Manuskript vorgelegen hat.

Nach der durch den Verlust Straßburgs notwendig gewordenen Umhabilitierung nach Hamburg wendete sich Rein der Kolonialgeschichte zu. Die erste Frucht dieser Studien war eine Untersuchung zur Geschichte der Entdeckungen im eigentlichen Sinne: Der Kampf Westeuropas um Nordamerika im 15. und 16. Jahrhundert (1925). In einem grundsätzlichen Aufsatz über die Bedeutung der überseeischen Ausbreitung für das europäische Staatensystem (1927) wurde der Grundgedanke entwickelt, daß die Expansion als eine besondere Seite des europäischen Staatensystems zu verstehen ist, und daß umgekehrt die europäische Politik der neueren Zeit ohne Blick auf die Ausbreitung des Abendlandes nicht vollständig erfaßt werden kann. Das hier entwickelte Programm einer universalgeschichtlichen Auffassung der Kolonialgeschichte hat Rein dann ausgeführt in einer umfassenden, auf eigenen auch zeitlich weit zurückgreifenden Forschungen aufgebauten Darstellung: „Die europäische Ausbreitung über die Erde. Ein Versuch, die Epochen der Expansionsgeschichte zu bestimmen“ (1931). Dieses Werk besitzt das große Verdienst, eine in der deutschen Geschichtswissenschaft empfindlich spürbare Lücke in maßgeblicher Weise geschlossen zu haben (vgl. Hasenclevers Rezension, in: Historische Zeitschrift 1930). Mit bester wissenschaftlicher Schulung und mit Hilfe einer ausgebreiteten Bildung wird in dieser lebensvollen Darstellung nicht nur der Ablauf der wechselnden Geschehnisse geschildert, sondern auch ihr Zusammenhang mit den allgemeinen kulturellen Strömungen sichtbar gemacht. Die bleibende Leistung des Werkes dürfte darin zu erblicken sein, daß es zum ersten Male die meist flächigen, populärwissenschaftlichen Darstellungen der Kolonialgeschichte durch die Erschließung einer geschichtlichen Tiefenperspektive überholt und ersetzt.

Reins Lehrtätigkeit ist nicht nur der Kolonialgeschichte zugewandt gewesen. Zweimal hat er die Vertretung von Max Lenz bzw. von Gerhard Ritter zu führen gehabt und dabei die allgemeinen Vorlesungen über das Staatensystem des 17. und 18. Jahrhunderts, sowie über

Weltpolitik gehalten. Auch die Themata seiner Übungen gehen über den kolonialgeschichtlichen Rahmen hinaus. Sein Lehrerfolg gilt als gut. Er ist ein sicherer und konzentrierter Redner.

Die Fakultät erwartet von einer Berufung Reins, daß er mit dem weiten Gesichtsfeld seiner Studien und persönlichen Erfahrungen (noch 1926/27 als Stipendiat des Rockefeller Memorial in den Vereinigten Staaten), in deren Rahmen doch stets das europäische Staatensystem den Mittelpunkt seiner Arbeit abgab, mit einer gleichmäßigen Richtung zur politischen wie zur Ideengeschichte, den Studierenden ein sicherer Führer zu einer weitschauenden politisch-historischen Ausbildung werden kann.

Anliegend: 2 Bogen Vorschläge der Herren Nichtordinarien [...].²

186. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium mit Anlage: Voten der Nichtordinarien.

Göttingen, 18. Februar 1921.

Ausfertigung, gez. Sethe als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 28, Bl. 21–25.

Als Nachfolger von Max Lehmann im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte werden vorgeschlagen: Hermann Oncken – Heidelberg, Arnold Oskar Meyer – Kiel, Willy Andreas – Rostock. Die drei Nichtordinarien schlagen erstens Oncken und zweitens Andreas vor.

Vgl. Einleitung, S. 124.

Vorgang: Erlaß vom 15. Dezember 1920 – U I Nr. 18735.1.II –

Dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung überreicht die Fakultät hierunter Vorschläge zur Wiederbesetzung der durch den Rücktritt des Geheimrats Max Lehmann erledigten Professur für mittlere und neuere Geschichte.

Bei der bisherigen hervorragenden Besetzung der Professur durfte die Fakultät davon aus-

² Die Nichtordinarien Manfred Laubert, Peter Rassow u. a. schlugen in ihrem Votum vom 11.7.1932 (Bl. 378–380 der Akte) vor: Otto Westphal, Hans Herzfeld, Gisbert Beyerhaus und meinten, eventuell seien auch die Ordinarien Otto Brandt – Erlangen und Wilhelm Schüßler – Rostock zu gewinnen. Mit Vereinbarung vom 27.8.1932 (Bl. 390) berief das Kultusministerium Beyerhaus zum planmäßigen Extraordinarius und persönlichen Ordinarius für (bescheidene) 6.700 RM Gehalt. Kaehler bedauerte mit Brief vom 12.11.1932 gegenüber Windelband, dass es ihm nicht gelungen sei, Herzfeld auf die Liste für seine Nachfolge zu bringen, vgl. Bußmann, Walter/Grünthal, Günther (Hrsg.), Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963, Boppard 1993, S. 214–216.

gehen, daß alle Vertreter dieses Faches an deutschen Hochschulen einen Ruf nach Göttingen als Auszeichnung betrachten würden, und mehrfache Äußerungen haben die Fakultät in dieser Überzeugung bestärkt. Gleichwohl glaubt die Fakultät angesichts der Altersgrenze auf den Vorschlag der älteren Vertreter des Faches wie Erich Marcks in München und Richard Fester in Halle verzichten zu sollen. Bei den beiden Leipziger Historikern Erich Brandenburg und Walter Goetz bestehen gar zu enge Berührungen mit den Arbeitsgebieten des anderen Göttinger Fachvertreters.

Im übrigen scheinen der Fakultät die Gesichtspunkte für die Berufung gegeben zu sein. Sie wünscht einen Gelehrten und Schriftsteller von anerkannter Bedeutung, einen akademischen Lehrer von Erfahrung und Hingebung, und eine der modernen Welt aufgeschlossene Persönlichkeit. Demgemäß bringt die Fakultät nach der Reihe die folgenden Gelehrten in Vorschlag.

1. An erster Stelle den ordentlichen Professor der neueren Geschichte an der Universität Heidelberg, Hermann Oncken, geb. 16. November 1869, promoviert zu Berlin 1891 mit einer Dissertation „Zur Kritik Oldenburgischer Geschichtsquellen im Mittelalter“, habilitiert in Berlin, zuerst Professor in Gießen, heute anerkanntermaßen einer der ersten deutschen Historiker.

Ausgehend von der Geschichte seiner Heimat Oldenburg, der fast alle Arbeiten der neunziger Jahre gelten, hat sich Oncken als junger Privatdozent einen Namen gemacht durch seine unerschrockene und quellenmäßig vorzüglich begründete Kritik der deutschen Geschichte von Karl Lamprecht.

Später haben Oncken in steigendem Maße Fragen der inneren Politik, insbesondere die Persönlichkeiten führender liberaler und sozialer Politiker gefesselt. In der Ergründung ihrer Entwicklung und ihrer literarischen und politischen Betätigung hat Oncken eine Fülle neuen Materials beigebracht, wofür nur an die große zweibändige, das ganze Briefmaterial einschließende Bennigsen-Biographie erinnert sei. Allein sein Augenmerk war stets vielmehr auf die Erfassung des Wesens, als auf die Bereitstellung des Materials gerichtet. Seine schon in 3. Aufl. vorliegende Biographie Lassalles, seine Charakteristiken Bambergers, Schöffles, Reichenspergers, Marx' und Engels' lassen ebenso sehr den feinsinnig verständnisvollen Psychologen, wie den mit höheren Wertmaßstäben und ausgebreiteter Kenntnis der Zeitverhältnisse arbeitenden Historiker erkennen. Daß Oncken weit über die politische Welt in das Leben geistiger Bewegungen zurückgreift, beweisen die philosophischen und literarischen Abschnitte seines Lassalle; nicht minder die ältere Studie über Sebastian Frank als Historiker und die ausgezeichnete Festrede zum Jubiläum der Universität Gießen.

Es ist wahr, daß innerpolitische Probleme des 19. Jahrhunderts Oncken in den Jahren seiner reiferen Produktion am meisten beschäftigt haben. Wir können in einer derartig vorwiegenden Richtung, besonders angesichts der langen Vernachlässigung dieser Gebiete nur einen Vorzug erblicken. Indessen ist Oncken auch an Fragen der auswärtigen Politik als Historiker und Publizist keineswegs vorbeigegangen. Seine in zwei Bänden gesammelten Aufsätze legen Zeugnis davon ab, wie ernstlich er sich auch mit der Gesamtpolitik Bis-

marcks und mit dem Verhältnis Deutschlands zu Österreich, nicht bloß in seinem Buche über Mitteleuropa beschäftigt hat; sein Gesichtskreis umfaßt allgemein die Großen Mächte, er hat auch über Amerika und Deutschamerikanertum gehandelt. Noch neuerdings hat er publizistisch Weltpolitische Ansichten über den Versailler Vertrag vertreten.

Prof. Oncken ist Oldenburger von Geburt, ihn verbinden wissenschaftliche Beziehungen mit Niedersachsen, und wir haben Grund zu der Erwartung, daß er einen Ruf nach Göttingen annehmen würde. Die Fakultät würde in seiner Berufung eine würdige Besetzung für den Lehrstuhl Max Lehmanns erblicken.

2. An zweiter Stelle kommt für die Vertretung der neueren Geschichte in Göttingen in Betracht der ordentliche Professor an der Universität Kiel, Arnold Oskar Meyer, geb. 20. Oktober 1877, promoviert in Breslau 1900 mit einer Dissertation über die englische Diplomatie in Deutschland zur Zeit Edwards VI. und Mariens, acht Jahre später ebenfalls in Breslau habilitiert, nachdem er fast 5 Jahre am Preußischen Historischen Institut zu Rom tätig gewesen war. Seine erste Professur bekleidete Meyer in Rostock.

A. O. Meyer, durch seinen Geschichtslehrer am Gymnasium auf die reformationsgeschichtlichen Forschungen, durch Dietrich Schäfer auf die englische Politik gelenkt, hat die damit gegebenen Richtungen in seiner ganzen Lebensarbeit festgehalten. Der ersten Breslauer Zeit gehören an die Studien zur Vorgeschichte der Reformation aus schlesischen Quellen 1903, sowie die Abhandlung zur Geschichte der Gegenreformation in Schlesien 1904. Dann haben die römischen Archive das Material dargeboten für eine lange Reihe zum Teil umfangreicher Veröffentlichungen, in deren Mittelpunkt Meyers Geschichte Englands und der katholischen Kirche, zunächst im Zeitalter der Elisabeth, steht (1911). Das Buch, das für eine Reihe peinlicher Vorgänge an der Kurie den aktenmäßigen Beweis erbringt, bedeutet auf der anderen Seite eine so erhebliche und unangreifbare Berichtigung der hergebrachten englisch-hochkirchlichen Auffassung, daß es in England wie in Deutschland als hervorragende kritische Leistung begrüßt wurde und alsbald sogar von katholischer Seite eine Übersetzung ins Englische fand. Die Sauberkeit der wissenschaftlichen Grundlegung hat ebenso sehr Anerkennung gefunden wie die Kunst der Darstellung. Nebenarbeiten aus demselben Gebiet waren die Aufsätze über Clemens VIII. und Jakob I. (1904), Kaisertitel der Stuarts (1907), Toleranzgedanke im England der Stuarts (1908). Als rein gelehrte Frucht der römischen Jahre erschien 1913 der starke Band „Nuntiaturreportagen aus Deutschland 1603–1606“. Gleichzeitig machte sich Meyer auch auf dem weiteren Gebiet der englischen Geschichte heimisch; zahlreiche Besprechungen in der Historischen Zeitschrift, der Historischen Vierteljahrsschrift, sowie in englischen und amerikanischen Zeitschriften zeigen ihn als genauen Kenner und kritischen Beurteiler.

Als besonders charakteristisch für die wissenschaftliche Persönlichkeit Meyers darf hervorgehoben werden, daß er sich zwar mit großer Konsequenz und Energie in seinen gelehrten Arbeiten auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt hat, um hier Meister zu sein, – überall aber aus den Verhältnissen seiner wechselnden Umwelt die Anregung entnommen hat zu kleineren Nebenarbeiten, in Schlesien zur schlesischen Volkskunde, in Rom zur italienischen

Landschaft und Bevölkerung, während des Krieges zu publizistischen Beiträgen, in Kiel zu Studien über das Verhältnis Deutschlands und der Universität Kiel zu Schleswig-Holstein. Gerade diese literarischen Nebenarbeiten zeigen viel treffende Beobachtung und liebenswürdigen Reichtum des Wesens.

Daß Meyer in längerer akademischer Lehrtätigkeit auch als Ordinarius bereits alle Abschnitte der neueren Geschichte in Vorlesungen und Übungen vertreten hat und in den von ihm angeregten Dissertationen ebenfalls die verschiedensten Gebiete heranzieht, verdient hervorgehoben zu werden.

Was Prof. Meyer für Göttingen in besonderem Maße empfiehlt, ist, neben seiner hohen Qualität als Forscher und Lehrer, seine ausgesprochene Beherrschung der englischen Geschichte, für die unsere Bibliothek seit alter Zeit die hervorragendsten Bedingungen bietet, so daß seine Berufung nicht bloß seinen eigenen Forschungen, sondern auch einem der wertvollsten Schätze unserer Universität zugute kommen würde.

3. An dritter Stelle nennt die Fakultät den Prof. Willy Andreas, geb. 30. Oktober 1884, zur Zeit in Rostock. Sein reizvolles Buch über die venezianischen Relationen und ihr Verhältnis zur Kultur der Renaissance (1908) erweckte Hoffnungen, die Andreas schon nach wenigen Jahren auf einem ganz anderen Gebiet, in seiner „Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung 1802–1818“ in anerkannt vorzüglicher Weise rechtfertigte. Prof. Andreas hat das Hauptwerk begleitet mit mehreren Aufsätzen, ebenfalls zur badischen Geschichte, besonders in der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, sich aber neuerdings auch der preußischen Geschichte zugewandt: Marwitz und der Staat Friedrichs des Großen, Historische Zeitschrift 1920.

Sein frisches, anregendes Wesen macht ihn sichtlich zu einem guten akademischen Lehrer, und es ist wohlverdient, daß seine Persönlichkeit neuerdings stärker in den Vordergrund gerückt wird.

In die vorstehende Liste nicht aufgenommen hat die Fakultät den Professor an der Technischen Hochschule Danzig Dr. Friedrich Luckwaldt (geb. 1874), auf den ihre Aufmerksamkeit neuerdings durch seine zweibändige „Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika“ gelenkt worden ist. Durch dieses Werk, das in der Tat als eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Leistung bezeichnet werden darf, ist Luckwaldt, der vor Jahren mit vortrefflichen Arbeiten eingesetzt hatte, wieder in die vordere Linie getreten, so daß die Fakultät es als ein Gebot der Billigkeit betrachtet, ihn nicht unerwähnt zu lassen. Allein seine notgedrungen auf kurze Vorlesungen eingeschränkte und durch kein Seminar getragene langjährige Lehrtätigkeit an einer Technischen Hochschule, sowie die Tatsache, daß gerade die amerikanische Geschichte und Kultur in Göttingen zur Zeit durch die Kollegen Darmstädter, Walther und Hall mehrfach vertreten ist, lassen ihn für Göttingen nicht geeignet erscheinen.

Sollte das Ministerium nicht in der Lage sein, eine der durch die Fakultät vorgeschlagenen Persönlichkeiten für Göttingen zu gewinnen, so bittet die Fakultät, ihr erneut Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Die in Göttingen tätigen Nichtordinarien für das Fach Geschichte, die Professoren Willrich und Darmstädter, sowie der Privatdozent Dr. Hessel sind zu gutachtlichen Äußerungen aufgefordert worden, die in obigem Bericht mit berücksichtigt worden sind und in Abschriften beiliegen.¹

Anlage zu dem Vorschlagsbericht betr. Neubesetzung der Professur für Mittlere und Neuere Geschichte des Geheimen Regierungsrats Prof. Dr. Max Lehmann.
Gutachtliche Äußerungen der Nichtordinarien

Prof. Dr. Willrich: Nach meiner Kenntnis der in Frage kommenden Persönlichkeiten und ihrer Schriften halte ich in erster Linie Erich Brandenburg, in zweiter W[ahl] Oncken für geeignet.

Prof. Dr. Darmstädter: In erster Linie würde ich Herrn Geheimrat Prof. Oncken in Heidelberg, Herrn Prof. Götz oder Prof. Brandenburg in Leipzig nennen. Ich weiß aber nicht, ob einer der genannten Herren dem Rufe nach Göttingen folgen würde. Von jüngeren Herren gibt es zur Zeit keinen, der durch ein besonders hervorragendes Werk einen Anspruch darauf haben könnte, Nachfolger des Verfassers des Lebens Scharnhorsts und Steins zu werden. Es ist indes zu erwägen, daß die meisten jüngeren Herren durch den Krieg in ihren Arbeiten sehr zurückgekommen sind. Von den Arbeiten jüngerer Herren schätze ich am meisten die Arbeiten der Herren Andreas (Badische Verwaltung), zur Zeit in Rostock, Bergsträsser (Deutsche Verfassungsgeschichte), zur Zeit in Berlin, Luckwaldt (Geschichte der Vereinigten Staaten und Geschichte 1890–1906), zur Zeit in Danzig, Veit Valentin (Deutsche Nationalversammlung von 1848/49, Fürst Leiningen u. a.), zur Zeit am Reichsarchiv in Potsdam, und Ziekursch (Schlesische Agrargeschichte und ältere preußische Geschichte), zur Zeit in Breslau. Die Namen sind alphabetisch geordnet. Es ist mir nicht möglich, eine Reihenfolge aufzustellen. Über die Lehrbefähigung der betreffenden Herren ist mir nichts bekannt.

Privatdozent Dr. Hessel: Der Bedeutung des Göttinger Lehrstuhles für neuere Geschichte und besonders seines letzten Inhabers würde am besten die Berufung einer ersten Kraft entsprechen; ich denke dabei besonders an H. Oncken, Heidelberg. Sollte das nicht gelingen, so wäre, da die neuste Geschichte an unserer Universität hinreichend vertreten ist, ein Gelehrter erwünscht, der in den vorangehenden Jahrhunderten gearbeitet hat. Unter den in Frage kommenden Persönlichkeiten erscheint mir W. Andreas – Rostock als der geeignetste.

¹ In der Akte, Bl. 26, befindet sich ein Leserbrief von Dekan Sethe an die Frankfurter Zeitung vom 23.4.1921, in dem er sich gegen einen kritischen Artikel des Blattes vom 15.4.1921 verwahrt, demzufolge in Göttingen nur rechte Professoren vorhanden seien und Oncken nur pro forma vorgeschlagen sei. Beim Vorschlag Meyer habe weder dessen politische Einstellung (DNVP) eine Rolle gespielt noch sei sein angeblich reaktionärer Bruder, Prof. Dr. jur. Herbert Meyer, beteiligt gewesen. Mit Vereinbarung vom 28.10.1921 (Bl. 27 der Akte) wurde Meyer für 19.000 M Grundgehalt und 5.000 M Kolleggeldgarantie berufen und lehrte dort bis 1928.

187. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium.

Göttingen, 22. Dezember 1928.

Ausfertigung, gez. Hilka als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 30, Bl. 47–50.

Kandidaten für die Nachfolge von Arnold Oskar Meyer im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Willy Andreas – Heidelberg, Hermann Wätjen – Münster und Adolf Hasenclever – Halle.

Vgl. Einleitung, S. 124.

Zur Neubesetzung der durch das Ausscheiden des Herrn Prof. Dr. A. O. Meyer aus dem preußischen Staatsdienst erledigten Professur für Neuere und Mittlere Geschichte hat die Fakultät das Folgende zu berichten.

Als es sich das letzte Mal um die Besetzung dieses Lehrstuhls handelte, war die Situation klar und einfach. Die damals von der Fakultät vorgeschlagenen Herren Oncken – Heidelberg, A. O. Meyer – Kiel und Andreas – Rostock standen in der ersten Linie der neueren Historiker und ihre späteren Berufungen nach München, Berlin und Heidelberg haben das Urteil der Fakultät vollkommen bestätigt. Dergleichen im Vordergrund stehende Persönlichkeiten sind heute sehr viel weniger leicht zu gewinnen. War bei den Genannten Vortragsgabe und Fähigkeit zu methodischer Erziehung ihren bedeutenden literarischen Leistungen durchaus ebenbürtig, so überwiegt bei den heute für uns in Betracht kommenden Persönlichkeiten entweder das eine oder das andere. Die anscheinend auf die Dauer viel versprechende jüngste Generation neuerer Historiker ermangelt zum Teil noch der für Göttingen wünschenswerten größeren Lehrerfahrung; allgemein möchte man ihr das Ausreifen ihrer eben entstehenden Werke gönnen, von denen wohl auch eine Klärung in der Wertung der jetzt noch auf gleicher Stufe erscheinenden Gelehrten zu erwarten ist. Auch die tüchtige, in Wort und Schrift bewährte Kraft unseres außerordentlichen Prof. Dr. Mommsen möchten wir raten, lieber zuerst an einer kleineren Universität in verantwortlichem Lehramt zu erproben.

Dazu kommen noch für uns weitere Gesichtspunkte besonderer Art. Prof. Brandi ist zwar an der Vertretung der mittelalterlichen Geschichte und der historischen Hilfswissenschaften neben dem in die frühere Professur Stein zu berufenden mittelalterlichen Historiker weiter beteiligt, mit dem Schwergewicht seiner eigenen Arbeiten aber mehr und mehr in das 16. und 17. Jahrhundert geraten, so daß eine Ergänzung zu ihm, noch mehr als es ohnehin für Göttingen erwünscht ist, auf den Gebieten der neuesten, besonders auch der außerdeutschen und außereuropäischen Geschichte gesucht werden muß. Die Fakultät darf sich auf den Ministerialerlaß vom 27. Oktober 1917 (U I Nr. 17072 I) über die Pflege des Anglo-Amerikanischen Kulturkreises beziehen. Endlich bedarf die Universität angesichts

der bevorstehenden 200-Jahrfeier eines Bearbeiters der Universitätsgeschichte, die unser ausscheidender Kollege A. O. Meyer übernommen hatte und von München aus naturgemäß nicht wohl schreiben kann.

Aus allen diesen Gründen ist die Fakultät zu den nachfolgenden, im einzelnen durch weitere besondere Momente zu begründenden Vorschlägen gekommen.

Der ordentliche Professor an der Universität Heidelberg, Willy Andreas, der bereits vor sieben Jahren für die Nachfolge Max Lehmann vorgeschlagen war, erscheint der Fakultät auch jetzt – und jetzt in noch höherem Grad denn früher – als so geeignet für Göttingen, daß sie seinen Namen wieder, und diesmal an erster Stelle, nennen möchte.

Prof. Andreas, geb. 30. Oktober 1884, steht jetzt in seiner besten Kraft und verfügt, nachdem seine Laufbahn ihn von Rostock über Berlin nach Heidelberg auf den Lehrstuhl Hermann Onckens geführt hat, über eine vielseitige Universitätserfahrung. Er ist ein reich kultivierter Geist und an literarischer Begabung wie an künstlerischer Gestaltungskraft einer der ersten unter den lebenden neueren Historikern Deutschlands.

Seine Erstlingsschrift „Die venezianischen Relationen und die Kultur der Renaissance“ 1908, seine unter dem Titel „Geist und Staat“ (1922) gesammelten historisch-biographischen Essays, denen andere literarische Porträts, wie Richelieu, Peter von Meyendorff, Moltke, gefolgt sind, zeigen alle die für Andreas charakteristische Vereinigung wissenschaftlicher Forschung und klassischer Darstellung, zeigen einen intuitiven Blick für Persönlichkeiten und Zeitgeist, für das Individuelle und das Typische historischer Erscheinungen.

Doch damit ist nur eine Seite seiner Begabung und seiner Produktion gekennzeichnet. Andreas hat mit gleichem Erfolge auf dem Gebiete der politisch-diplomatischen Geschichte wie auf dem der Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte gearbeitet. Aus jenem Gebiete nennen wir seine Untersuchung über „Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV.“ 1927, aus diesem seine „Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung 1802–1818“ (1913), ein Werk von vorbildlicher Bedeutung und ein Beweis seiner Fähigkeit, nicht nur in den Persönlichkeiten, sondern auch in den politischen Institutionen die lebendige Kraft des geschichtlichen Lebens aufzuspüren und das Einzelne im großen Zusammenhang des Ganzen zu sehen.

Trotz seiner literarischen Ader hat Andreas doch auch die Arbeit des Herausgebers nicht gescheut. Neben der kleinen Sammlung von Moltkes Briefen (1922, 2 Bde.) stehen die drei starken Bände „Bismarcks Gespräche“ (1924–1926), bisher der beste Beitrag zur Gesamtausgabe von Bismarcks Werken. – Andreas ist schließlich auch eine der Gegenwart und ihren Problemen voll aufgeschlossene Persönlichkeit mit tätigen Trieben zur staatsbürgerlichen Erziehung und starker Wirkung auf die Studenten. Seine Schriften „Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens“ (1924), „Österreich und der Anschluß“ (1927) gehören zum Besten und sind wohl das Wärmste, was über diesen Gegenstand geschrieben worden ist.

Da zu dem allen die Hoffnung besteht, daß die reizvolle Aufgabe einer Geistesgeschichte der Universität Göttingen in Andreas einen kongenialen Bearbeiter fände, so hält die Fa-

kultät es für dringend erwünscht, daß der zwar ungewisse aber keineswegs aussichtslose Versuch gemacht werde, ihn für Göttingen zu gewinnen.

Hermann Wätjen (geb. 14. Februar 1876), ordentlicher Professor in Münster, den die Fakultät an zweiter Stelle vorschlägt, ist eine Persönlichkeit, die ihrem Arbeitsgebiete nach die beste Ergänzung zu den hier bereits vorhandenen Lehrkräften bedeuten würde. Wirtschaft und Handel, Kolonisation und Seefahrt, sind die Gebiete seiner Forschung, die bei ihm, dem Sohne eines Bremer Reeders und Großkaufmannes, nicht nur gelehrte Neigung, sondern Trieb des Blutes ist, nicht nur auf Akten und Bücherstudium, sondern zugleich auf lebendiger Anschauung der Wirklichkeit beruht. Auch für ihn gilt – wenn auch in anderer Weise – das von Andreas Gesagte, daß er mitten im Strome des modernen Lebens steht. Er ist die seltene Erscheinung eines Gelehrten mit praktisch-kaufmännischem Blick.

Nur ein solcher Historiker konnte aus einem weitschichtigen Aktenmaterial von Konsularberichten, Rechnungen und Zollregistern eine so lebendige Darstellung schaffen wie Wätjens Buch „Die Niederländer im Mittelmeergebiet zur Zeit ihrer höchsten Machtstellung“ (1909). Nur ein ausgeprägter Sinn für Finanzwirtschaft und für den Zusammenhang von Handel und Politik konnte einem so komplizierten Organismus kommerziellen, kriegerischen und politischen Unternehmertums wie der Holländisch-Westindischen Kompanie gerecht werden und ihr Werk, „Das holländische Kolonialreich in Brasilien“, so allseitig und so anschaulich schildern, wie Wätjen es in seinem Buche dieses Namens getan hat (1921). Seine Berufung würde eine mit Walter Steins Tode (1920) schmerzlich empfundene Lücke, die Pflege der Wirtschaftsgeschichte im Göttinger Lehrbetrieb, endlich und aufs beste ausfüllen.

Es könnte als zu weit gehende Spezialisierung erscheinen, daß auch die zahlreichen kleineren Arbeiten Wätjens sich zum größten Teil mit Handel, Seefahrt, Kolonisation und Auswanderung befassen, Arbeiten, die seinen Blick nach fast allen Kontinenten und Meeren, auch auf das ausgezeichnet behandelte Gegenwartsthema „Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschiffahrt nach dem Weltkriege“ (1926) gelenkt haben, aber nur mittelbar auf die europäische Kontinentalgeschichte. Allein Wätjen hat von allen, die unsere Liste vorschlägt, die reichste und vielseitigste Vorlesungstätigkeit entfaltet, so daß der durch ihn gebrachten Bereicherung des Göttinger Lehrplanes um Wirtschafts- und Kolonialgeschichte kein fühlbarer Ausfall in der Pflege der europäischen Kontinentalgeschichte gegenüberstehen würde. Die Darstellung der englischen Geschichte aber, deren Pflege alte, durch die hiesige Bibliothek begründete Göttinger Tradition ist, und es nach dem Wunsche des Ministeriums wie der Fakultät möglichst noch bleiben soll, gehört mit zu den regelmäßigen Vorlesungen Wätjens. Hierin wie in der Pflege der Wirtschaftsgeschichte läge, unter dem Gesichtspunkt der besonderen Bedürfnisse Göttingens, ein Vorzug Wätjens vor Andreas; doch ist Andreas im übrigen die stärkere geistige Kraft, und für die erwähnte Aufgabe der Universitätsgeschichte käme Wätjen nicht in Frage.

An Dozentengabe steht Wätjen hoch über dem Durchschnitt. Er hat ungewöhnliche Lehrerefolge und treue Anhänglichkeit seiner Studenten gewonnen, wie der Fakultät durch eine große Zahl übereinstimmender und zuverlässiger Zeugnisse bekannt ist. Unter allen auf

dieser Liste Genannten ist Wätjen der packendste akademische Lehrer. Er ist zugleich durch seine weltmännische, unprofessorale, aufs Praktische gerichtete und zugleich impulsive Art eine im akademischen Leben ungewöhnliche, starke Persönlichkeit.

An dritter Stelle nennt die Fakultät den außerordentlichen Professor an der Universität Halle, Adolf Hasenclever (geb. 2. Oktober 1875). Hasenclever hat eine reiche und vielseitige Forschertätigkeit entfaltet, zuerst auf dem Gebiete der Reformationszeit, dann zur Geschichte des Orients, neuerdings zur nordamerikanischen Geschichte. Dazwischen stehen kleine Arbeiten anderer Art.

Auf allen Gebieten, die er betrat, hat Hasenclever sauber und sachlich gearbeitet und die Forschung gefördert. Aus der Reformationsgeschichte hat er Einzelfragen der politischen, der religiösen Geschichte und der Historiographie herausgegriffen und in zahlreichen Aufsätzen behandelt. Er hat ein umsichtiges und kenntnisreiches Buch über „Die orientalische Frage in den Jahren 1838–1841“ geschrieben (1914) und darin den Ursprung des Meerengen-Vertrages von 1841 aufgeheilt. Auch seine 1917 erschienene „Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert, 1789–1914“, dargestellt auf dem Hintergrunde der europäischen Machtkämpfe im Orient, zeigt gutes Verständnis für universal-historische Zusammenhänge. Seine Aufsätze zur nordamerikanischen Geschichte führen mit Glück auf wenig betretene Pfade und sind zum Teil Vorläufer einer Geschichte Kanadas, an der Hasenclever gegenwärtig arbeitet.

Nach Zahl und Wert seiner Arbeiten hätte Hasenclever mehr Anerkennung verdient, als er bisher erfahren hat, denn an kritischer Methode und Klarheit der Darstellung fehlt es seiner Produktion so wenig wie an Blick für lohnenden Forschungsaufgaben; nur der literarische Glanz geht ihm ab. Da auch sein mündlicher Vortrag es früher an Lebendigkeit fehlen ließ, hat Hasenclever hinter jüngeren Kräften bisher zurückstehen müssen. Die Fakultät hat indessen durch sorgfältige Erkundigung festgestellt, daß Hasenclever in strenger Selbsterziehung die Mängel seiner Vortragskunst überwunden hat und sich daher jetzt auch als akademischer Lehrer guter Erfolge erfreut und anhängliche Schüler um sich zu sammeln weiß. Die Fakultät hält es daher für ein Gebot der Billigkeit, auf diese stille, vornehme und ganz der Wissenschaft ergebene Persönlichkeit hinzuweisen, die durch Arbeitsgebiet und Vorlesungskreis ebenfalls eine gute Ergänzung der hier bereits wirkenden Lehrkräfte bilden würde.

Mit den beiden Erstgenannten kann Hasenclever allerdings nicht auf eine Stufe gestellt werden: Sie sind ihm beide an Originalität und an Wirkung der Persönlichkeit überlegen. Die Fakultät bittet daher, zunächst den Versuch zu machen, einen von ihnen zu gewinnen.

Die Bestimmungen des Ministerialerlasses über die Befragung der Nichtordinarien des Faches sind befolgt worden.¹

¹ Auf Bl. 45 f. befinden sich zwei Schreiben des Landtagsabgeordneten Adam Barteld (Hannover, DDP) an C. H. Becker vom 17.8.1928 und 10.10.1928, in denen er für Wilhelm Mommsen (DDP) eintrat, damit er in Göttingen im Sinne des hochverdienten Max Lehmann weiter arbeiten könne. Beckers bewusst verzögerte Antwort verwies nur auf die Göttinger Vorschlagsliste. Nach der Absage von Andreas (vgl. Dok. Nr. 79) schloss das Kultusministerium am 5.6.1929 die Vereinbarung mit Hasenclever (DNVP).

**188. Schreiben von Prof. Karl Brandi an den Ministerialrat im Kultusministerium,
Wolfgang Windelband.**

Göttingen, 5. Juli 1930.

Ausfertigung, gez. Brandi.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 30, Bl. 149–150v.

Der Ruf für Percy Ernst Schramm nach Freiburg gefährdet in Göttingen die Umsetzung der Studienreform, den Studienplan und den erreichten interdisziplinären kollegialen Zusammenhalt. Das Bleibeangebot muss der Staat allein zahlen, da in Göttingen kaum Mittel disponibel, indessen immerhin gute Arbeitsmittel gewährleistet sind.

Vgl. Einleitung, S. 124.

Hochgeehrter Herr Ministerialrat!

Die Ereignisse haben sich hier sehr überstürzt. Kaum ist mein eigener Fall zur Ruhe gekommen, da droht uns schon eine neue Unruhe durch die Berufung von Schramm. Wie ich heute in der Fakultätssitzung erfahren habe, hat unser Herr Dekan sowohl dem Herrn Minister gegenüber, wie auch im Auftrage der Fakultät gegenüber Herrn Ministerialdirektor Dr. Richter die Lage sehr genau und sehr richtig charakterisiert.

Wir erscheinen in Göttingen vielleicht etwas unbescheiden, aber es handelt sich in der Tat nicht um die übliche Freundlichkeit aus Anlaß einer Berufung, oder nur um den Wunsch, eine bestimmte Persönlichkeit wirklich zu halten, sondern um etwas Grundsätzliches im Sinne der Universitätsreform, das sich zufällig an die Person von Prof. Schramm anschließt. Was die Mathematiker und Physiker in Göttingen seit vielen Jahren konsequent angestrebt und mit Hilfe des Ministeriums auch erreicht haben, was ähnlich auch bei den Biologen im Werke ist, das ist in unserer historischen Gruppe seit ein paar Semestern auch bereits auf das Glückliche verwirklicht.

Es war bei meiner Bitte, mich in Göttingen zu lassen und nicht nach Berlin zu versetzen, wirklich ein wesentliches Moment, daß ich meine langjährige Erfahrung und mein Alter in dem hiesigen Kreise der Kollegen voll einsetzen konnte, um allerlei Dinge zu erreichen, um die man sich erfahrungsgemäß sonst immer wieder vergeblich bemüht, nämlich einen festen Studienplan, eine genügende Anzahl abgestufter Übungen, so daß in keiner derselben mehr als 40 Teilnehmer sind, in den Oberseminaren möglichst nicht viel mehr als 20, und daß die Kollegen sich gegenseitig die überschüssigen Studenten einfach abtreten. So etwas muß sich ein paar Jahre wirklich einspielen, um feste Tradition zu werden; es bedarf auch entsprechender Persönlichkeiten dazu und Schramm so gut wie Hasenclever haben sich selbstlos eingefügt. Außerdem ist es natürlich ein besonders großes Gut, wenn die Dozenten eines Faches grundsätzlich dieselbe methodische Grundlage haben und sich vielfältig berühren, daneben aber auch ergänzen. Das ist hier alles in demselben hohen Maße vorhanden, so daß wir ein System von Vorlesungen für das ganze Gebiet der Geschichte aus

besonders nahem Selbstverständnis und zugleich in einer gewissen Doppelbesetzung besitzen. Für den Studenten und für das auch vom Ministerium angestrebte planvolle Studium ist hier also zur Zeit in denkbar guter Weise gesorgt.

Was nun insbesondere Herrn Kollegen Schramm betrifft, so habe ich selbst auch der Erwägung Raum gegeben, ob es nicht gut wäre, daß er in seinem Alter wechselte. Ich möchte das nicht ohne weiteres ablehnen. Aber dann geht er natürlich nach Freiburg und man wird ihn später mit großen Mitteln zurückgewinnen müssen. Hier dagegen wächst er von selbst in meine Stellung hinein, zumal ich mich bemühe, ihm auch schon Gelegenheit zu geben, organisatorische Dinge beizeiten selbständig mit zu bearbeiten. Ich habe ihn sogleich mit in unsere Historische Kommission eingeführt, ebenso in die internationale Organisation der Historiker und er war jetzt mit mir in Cambridge, wo er sich als Persönlichkeit und Sachkenner sehr bewährt hat. Dasselbe gilt von dem Zusammenarbeiten mit den Gymnasiallehrern in der Provinz in Sachen der Unterrichtsreform und dergleichen mehr.

Das Grundsätzliche liegt also darin, daß nach meiner unmaßgeblichen Auffassung die Hochschulverwaltung doch wagen könnte, an die Stelle der ewigen Beunruhigung durch das Berufungswesen, auf das leider allein die höchsten Prämien gesetzt werden, eine gewisse Konsolidierung zu begünstigen. Im Falle Schramm wird ja im Rahmen des Etats nichts anderes möglich sein, als das Höchstgehalt des Extraordinarius. Aber man darf zweifeln, ob die Freiburger zunächst mehr bieten werden; natürlich müßte man das abwarten. In Göttingen wird Schramm seine Kolleggeldgarantie vielleicht schon überschreiten; jedenfalls wird das in Kürze der Fall sein. Göttingen selbst hat leider keine Mittel, die Möglichkeiten des Ministeriums noch zu verstärken, die ja immerhin in einer gewissen Erhöhung der Kolleggeldgarantie liegen würden. Der Universitätsbund verfügt nicht über Mittel, wie die alte Göttinger Vereinigung für angewandte Mathematik etc., aber Schramm ist bereits als Nutznießer insofern mit unter seine Klienten aufgenommen, als wir ihm einen Teil der Honorierung seines Mitarbeiters Dr. Bulst bestreiten. Er weiß auch ganz gut, daß Fakultätsmittel z. B. für den Druck von besonders guten Dissertationen zur Verfügung stehen, da wir alle unsere Fakultätseinnahmen nicht mehr verteilen, sondern zu einem solchen Unterstützungsfonds zusammengefaßt haben.

Persönlich empfindet Schramm die Arbeitsmöglichkeiten durch Bibliothek, Seminar und Diplomatischen Apparat besonders dankbar. Im übrigen ist das buchstäblich richtig, was unser Dekan in seinem Schreiben betont hat, daß die Zusammenarbeit Schramms vor allem mit Eduard Fraenkel und Neumann, also dem Latinisten und dem Germanisten, natürlich auch mit den Kunsthistorikern eine sehr enge ist.¹ Das ist nicht nur eine gesunde Fakultätserscheinung, sondern für ihn selbst förderlich und von ihm auch gebührend ein-

1 Vgl. die Schreiben von Dekan Hermann Nohl vom 4.7.1930 an Windelband und Grimme, Bl. 147 f. der Akte.

geschätzt. Die Aussichten sind nicht durchaus schlechte, Herrn Schramm in Preußen festzuhalten.²

Ich benutze die Gelegenheit zum Ausdruck meiner aufrichtigen Ergebenheit als Ihr

189 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 27. November 1926.

Ausfertigung, gez. Weyhe als Dekan und 17 weitere Professoren der Fakultät.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 154–156v.

Kandidaten für die Nachfolge von Richard Fester im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Karl Alexander von Müller – München, Justus Hashagen – Hamburg, Adolf Hasenclever – Halle und Hermann Wätjen – Münster. Privatdozent Hans Herzfeld berechtigt zu den besten Zukunftshoffnungen.

Vgl. Einleitung, S. 125.

In Entsprechung des vom Herrn Universitätskurator am 15. September 1926 übermittelten Ersuchens des Herrn Ministers bringt die Philosophische Fakultät der Universität Halle-Wittenberg für die Wiederbesetzung des durch die Emeritierung Herrn Prof. Dr. Festers erledigten Ordinariats¹ für mittlere und neuere Geschichte in Vorschlag:

an erster Stelle Karl Alexander von Müller in München,

an zweiter Stelle Justus Hashagen in Hamburg,

an dritter Stelle Adolf Hasenclever in Halle und Hermann Waetjen in Münster.

K. A. von Müller, Sohn des bayerischen Kultusministers von Müller, wurde am 20. Dezember 1882 in München geboren, promovierte 1909 als Schüler S. Riezlers, habilitierte sich 1917 in seiner Vaterstadt und vereinigt heute eine Honorarprofessur mit der Stellung des Syndikus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. An seine von ungewöhnlicher Reife zeugende Dissertation „Bayern im Jahre 1866“ reihte sich zunächst eine große Zahl

² Auch Kurator Valentiner führte im Schreiben vom 5.7.1930 (Bl. 154 f. der Akte) aus, Schramm sei der Verbindungsmann und durchbreche die etwas starre Isolation der Fächer z. B. durch gemeinsame Veranstaltungen. Mit Vereinbarung vom 25.7.1930 (Bl. 158) erhielt Schramm zur Ablehnung des Rufes nach Freiburg die Umwandlung seiner Stelle in ein Ordinariat per Etat 1931, 11.600 M. Grundgehalt, 3.000 M. Garantie, zweimal 2.000 RM für das Historische Seminar, einen Reisezuschuss von 1.000 RM sowie ein Stipendium für den Privatdozenten Dr. Walther Bulst von 159 RM/Monat zugesagt.

¹ Fester, deutschnationaler Gegner der Republik, Antisemit und 1925 65 Jahre alt, war um ein Jahr und 1926 noch für das Wintersemester 1926/27 verlängert worden (Bl. 136 der Akte); eine weitere Verlängerung wurde ihm vom Kultusministerium nicht gewährt.

wertvoller Forschungen zur neueren Geschichte Bayerns. Auch in der regen publizistischen Tätigkeit, die er im Weltkrieg entfaltete, ist er der Historie niemals untreu geworden. Von seinen Veröffentlichungen der Nachkriegszeit heben wir hervor: Die Biographie des älteren Pitt (Meister der Politik 3) von 1923, die Monographie über Karl Ludwig Sand 1924, die Aufsatzreihe „Deutsche Geschichte und deutscher Charakter“ 1926 und das jüngst erschienene Buch „Görres in Straßburg 1819/20“. Durch alle diese Schriften hat sich von Müller in die vorderste Linie der lebenden deutschen Schriftsteller und Historiker gestellt. Gleichsam die Eigenschaften des Porträt- und Landschaftsmalers in sich vereinigend, hat er ein Auge für die große Linie wie für die unscheinbarste Einzelheit. Der Wärme seines Heimatgefühles, das andere leicht zu Partikularisten macht, verdankt er im Gegenteil die Fähigkeit, Licht und Wärme über jeden Gegenstand, den er behandelt, zu verbreiten. Wenig Bayern haben sich so vorbehaltlos zum Deutschen Reiche und zu ihrem Deutschtum bekannt, und es hätte für ihn gar nicht des Studiums in Oxford als Cecil Rhodes-Stipendiat bedurft, um ihn in seinem Pitt zur Erfassung historischer Größe auch im Lager unserer Gegner zu befähigen. Auch sein mündlicher Vortrag wird gerühmt. Was von ihm als Seminarleiter zu erwarten ist, darf man der ebenso feinen wie geduldigen Mosaikarbeit seiner Görres-Studie entnehmen, die doch auf jeder Seite an den alle Einzelheiten zusammenfassenden Rahmen, die Zeit der Demagogieverfolgungen, erinnert. Müller war bereits in Kiel (1923) und in Köln (1926) an erster Stelle vorgeschlagen. Seine Berufung nach Halle wäre für unsere Universität und für Preußen ein Gewinn. Müller ist katholisch und mit einer Protestantin verheiratet.

Dr. phil. et theol. Justus Hashagen, den die Fakultät an zweiter Stelle nennt, wurde am 4. Dezember 1877 in Bremerhaven geboren, habilitierte sich 1906 in Bonn, wurde 1920 als Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte nach Köln berufen und folgte 1925 einem Rufe nach Hamburg. Hashagens Hauptarbeitsgebiet ist die Geschichte der Rheinlande (1908 die Rheinlande unter französischer Herrschaft, 1922 Rheinischer Volkscharakter und rheinische Geistesentwicklung, 1924 das Rheinland unter der preußischen Herrschaft, 1925 Entwicklungsstufen der rheinischen Presse). Hervorzuheben sind außerdem: Das Studium der Zeitgeschichte 1915. Weltpolitische Entwicklungsstufen 1895–1914, Bonn 1916, 2. Aufl. 1918; Entstehungsgeschichte der nordamerikanischen Erklärungen der Menschenrechte 1924. Wie er in seiner ersten größeren stofflich reichhaltigen Arbeit „Die Rheinlande unter französischer Herrschaft“ bereits 1908 ein Thema behandelte, das nach dem Ausgange des Weltkrieges wieder aktuelle Bedeutung gewinnen sollte, ist er dem Erlebnis des Weltkrieges mit methodologischen Forderungen entgegengetreten, die die Historische Zeitschrift bewogen haben, ihre Notizen durch eine neue Rubrik „Neueste Geschichte seit 1871“ zu erweitern. Auch Hashagens Vortrag über die nordamerikanischen Menschenrechte, der auf dem Frankfurter Historikertage allseitige Anerkennung gefunden hat, zeugt von der Klarheit und Schärfe seines Denkens und von seinem inneren Wachstum, das noch viel von ihm erwarten läßt. Ein neueres Stoffgebiet hat er sich in der Studie über die Entwicklungsstufen der rheinischen Presse bis 1848 erobert. Hashagen ist evangelisch.

An dritter Stelle schlägt die Fakultät vor A. Hasenclever und H. Waetjen.

Adolf Hasenclever wurde am 2. Juni 1875 in Remscheid geboren und gehört seit zwanzig Jahren als Privatdozent dem Lehrkörper unserer Universität an, seit 1922 als nichtbeamteter außerordentlicher Professor. Hasenclever hat in Halle, als Mensch, Forscher und Lehrer von seinen Kollegen hochgeschätzt, eine ungemein rührige Tätigkeit entfaltet, die sich auf alle Jahrhunderte der neueren Geschichte erstreckt. Zunächst hat er die Geschichte des Reformationszeitalters, vornehmlich in Studien über Sleidan und den schmalkaldischen Krieg, bevorzugt. Daran schloß sich eingehende Beschäftigung mit der Geschichte des vorderen Orients, die ihren Hauptniederschlag in der Monographie von 1914 über „Die orientalische Frage 1838–1841“ und 1917 in der „Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert“ fand. Seit dem Ausgang des Weltkrieges arbeitet er an einer Geschichte Kanadas, die er ebenso wie seine früheren Bücher durch zahlreiche, ebenso gründliche wie aufschlußreiche Rezensionen, Untersuchungen und Abhandlungen vorbereitet und fundamntiert. Die Schätzung seines außerordentlichen Fleißes und seiner wissenschaftlichen Verdienste wird auch durch seine Benennung auf den Vorschlagslisten anderer Fakultäten (Rostock, Karlsruhe, Hamburg, Königsberg) bezeugt. Hasenclever gehört dem evangelischen Bekenntnis an.

Hermann Waetjen, geb. in Bremen am 14. Februar 1876, habilitierte sich 1914 in Heidelberg, geriet gleich bei Kriegsbeginn auf der Rückreise von Brasilien in englische Gefangenschaft, wurde 1919 als Ordinarius an die Technische Hochschule in Karlsruhe und 1922 in gleicher Eigenschaft nach Münster i. W. berufen. Seit seiner Dissertation über „Die erste englische Revolution und die öffentliche Meinung in Deutschland“ hat sich sein Interesse hauptsächlich der Wirtschaftsgeschichte zugewandt. Hervorzuheben sind: Die Niederländer im Mittelmeergebiet, 1909; Das holländische Kolonialreich in Brasilien, 1922; Der Zucker im Wirtschaftsleben Lateinamerikas, 1922; Der Wiederaufbau der deutschen Handelschiffahrt nach dem Weltkriege, 1926. Daß Universalgeschichte und politische Geschichte nicht bei ihm zu kurz kommen, beweisen die Themata seiner Vorlesungen und Übungen und der Horizont der genannten Schriften. Als Gastredner in den Auslandsstudien unserer Universität hat er im Februar 1926 durch seine frische Persönlichkeit auf alle, die ihn hörten, den besten Eindruck gemacht. Waetjen ist evangelisch.

Die Fakultät hat davon Abstand genommen, neben Hasenclever jüngere, noch in der ersten Entwicklung begriffene Privatdozenten zu nennen, um an ihrem Teile den Schaden wiedergutzumachen, der dem Lehrstuhl für neuere Geschichte in Halle durch die vorzeitige Emeritierung seines bisherigen Inhabers zugefügt worden ist. Die Fakultät möchte aber Herrn Privatdozenten Dr. Hans Herzfeld nicht die ausdrückliche Anerkennung versagen, daß seine wissenschaftliche und akademische Entwicklung seit seiner Habilitation zu den besten Zukunftshoffnungen berechtigt.

189 b. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Halle für das Kultusministerium.

Halle, 24. Februar 1927.

Ausfertigung, gez. Weyhe als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 191–194.

Die Fakultät lehnt fünf Kandidaten des Kultusministeriums für das Ordinariat für Geschichte ab: Otto Becker ist einstweilen eine Zukunftshoffnung; Wilhelm Mommsen erliegt der Vielschreiberei; Wilhelm Schüßler ist zu früh Ordinarius geworden; Friedrich Wolters verwischt die Grenzen zwischen wissenschaftlicher und belletristischer Darstellung; Johannes Ziekursch erfährt einhellig Kritik.

Vgl. Einleitung, S. 125.

Die Philosophische Fakultät hatte, zu Vorschlägen in der üblichen Dreizahl aufgefordert, nach reiflichster Prüfung und unter Berücksichtigung der Erreichbarkeit vier Gelehrte für die Wiederbesetzung des erledigten Ordinariates für mittlere und neuere Geschichte in Vorschlag gebracht. Die Auswahl wurde unter dem doppelten Gesichtspunkte getroffen, anerkannte Gelehrte zu nennen, die sich sowohl als Dozenten wie als Seminarleiter bewährt haben. Die Tradition des Historischen Seminars der Universität Halle-Wittenberg verlangt einen Forscher, der eine Gewähr bietet, im Sinne Rankes mit voller Beherrschung des Materiales die Geschichte Studierenden in die Quellen und die Denkweise aller Jahrhunderte der neueren Geschichte philologisch und historisch einführen zu können. Die Fakultät ist nach wie vor überzeugt, daß K. A. von Müller, Hashagen, Hasenclever, Waetjen ihren Erwartungen entsprechen. Sie hält daher an ihren Vorschlägen fest und bittet das Ministerium, die Berufung auf Grund dieser Vorschläge vorzunehmen und vor allem nichts unversucht zu lassen, um den dort an erster Stelle genannten K. A. von Müller zu gewinnen.

Der Herr Minister hat die Fakultät aufgefordert, sich gutachtlich über 5 genannte Gelehrte zu äußern. Die Fakultät erlaubt sich, dieser Aufforderung im folgenden unter Beibehaltung der alphabetischen Reihenfolge zu entsprechen.

Privatdozent Dr. Otto Becker (geb. 1885) hat nach langer Pause seiner Dissertation von 1910 über „Die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn der großen Revolution“ 1923–24 zwei Bücher über die Bündnispolitik des Deutschen Reiches (Bismarck und die Einkreisung Deutschlands, Teil 1–2) folgen lassen, die ihn wie Herzfeld als eine Zukunftshoffnung erscheinen lassen, wenn er durch Studien über das 16.–18. Jahrhundert bewiesen hat, daß er nicht nur Spezialist für ein Gebiet der jüngsten Vergangenheit ist.

Von Privatdozent Wilhelm Mommsen (geb. 1882) liegen in Buchform Richelieu- und Bismarckstudien vor. Wenn auch seine Monographie über „Bismarcks Sturz und die Parteien“

von 1924 die Max Webersche These, daß Bismarck nichts zur außenpolitischen Erziehung der Parteiführer getan habe, ungeprüft übernommen hat, ist sie doch ebenso wie die Ausgabe des politischen Testamentes Richelieus eine anerkennenswerte Leistung. Dieser günstige Eindruck wird jedoch durch eine etwas schnellfertige Vielschreiberei beeinträchtigt, die es ratsam erscheinen läßt, auch bei ihm die weitere Legitimierung für einen Lehrstuhl der neueren Geschichte abzuwarten.

Bei Becker wie bei Mommsen kommt außerdem in zweiter Linie, aber als durchaus nicht nebensächliches Moment in Betracht, daß die Fakultät, wie ihre Vorschlagsliste das bereits zum Ausdruck brachte, auch deshalb von ihnen Abstand genommen hat, weil sie neben dem hiesigen nichtbeamteten außerordentlichen Prof. Dr. Hasenclever im Hinblick auf den Umfang und die Bedeutung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit keine jüngeren, noch in der Entwicklung begriffene Gelehrte nennen wollte.

Prof. Dr. Wilhelm Schüßler (geb. 1888) ist bei gleicher Einseitigkeit wie die meisten jüngeren Historiker zu seinem eigenen Schaden zu früh Ordinarius geworden.

Sein Buch über Bismarcks Sturz (1921), dem er nach der befremdlichen Einleitung zu den Tagebüchern des Freiherrn von Dalwigk seinen Ruf nach Rostock verdankte, ist zweifellos eine starke Talentprobe und zeugt von Gestaltungskraft, aber es begann um des Effektes willen die Tragödie beim fünften Akt und wartete voreilig nicht einmal das Erscheinen des Originals des 3. Bandes der Gedanken und Erinnerungen ab. Als Ordinarius hat Schüßler eine kurze Bismarck-Biographie (1926) und eine aus Vorträgen entstandene Monographie über „Österreich und das deutsche Schicksal“ veröffentlicht, die noch weniger ausgereift sind als sein erstes Buch, so daß vor Erscheinen soliderer Leistungen seine Versetzung in einen größeren Wirkungskreis nicht empfohlen werden kann.

Prof. Friedrich Wolters, geb. 1876, hat zwar einige ausgezeichnete Arbeiten verfaßt (Sozial- und Agrarstudien über Frankreich im 17. Jahrhundert, 1905; Zentralverwaltung des Heeres und der Steuern in Brandenburg-Preußen des 17. Jahrhunderts, 1915; Der Donauübergang usw. im Herbst 1915, 1925), aber die Mehrheit der Fakultät hegt große Bedenken gegen seine Berufung, weil in manchen Arbeiten (Herrschaft und Dienst, 2. Ausgabe 1920; Von der Herkunft und Bedeutung des Marxismus in der Festgabe für Goethe, 1923; Stimmen des Rheins, mit Elze, 1923) die Grenzen zwischen wissenschaftlicher und belletristischer Darstellung verwischt werden und hierin eine sehr erhebliche Gefahr für den akademischen Unterricht zu erblicken ist.

Prof. Dr. Johannes Ziekurschs (geb. 1876) ältere Arbeiten bewegen sich meist auf dem Gebiete der schlesischen Geschichte und haben ihn daher in Breslau besonders empfohlen. Sein Buch über die Reichsgründung, das als erster Band einer „Politischen Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches“ 1925 erschien, ist von der wissenschaftlichen Kritik (Dehio, Hartung, Hasenclever, Herzfeld, Mommsen) unter Anerkennung seiner schriftstellerischen Vorzüge und seines Ringens um ein geschichtliches Verständnis unserer Zeit inhaltlich einhellig abgelehnt worden. Die Fakultät hält es für richtiger, zu den strittigen Fragen vor Erscheinen der weiteren Bände noch nicht Stellung zu neh-

men, glaubte aber deshalb von einer Nennung des Breslauer Gelehrten Abstand nehmen zu sollen.²

**190. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Halle für das Kultusministerium.
Halle, 7. Juni 1930.**

Ausfertigung, gez. Diehl als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 8, Bl. 287–292.

Kandidaten für die Nachfolge von Robert Holtzmann im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind unter den mediävistischen Gelehrten, die für Halle erreichbar wären: Harold Steinacker – Innsbruck, Friedrich Baethgen – Königsberg, Percy Ernst Schramm – Göttingen und Bernhard Schmeidler – Erlangen.

Vgl. Einleitung, S. 125.

Vorschlag der Philosophischen Fakultät zur Wiederbesetzung der Professur für mittlere und neuere Geschichte.

Für den Fachvertreter der mittleren Geschichte an der Universität Halle ist abgesehen von selbstverständlicher wissenschaftlicher Bewährung, erfolgreicher Lehrtätigkeit, rednerischer Sicherheit von größter Bedeutung, daß er auch über den Rahmen der Universität hinaus geschichtswissenschaftliche Verbände der Stadt Halle, der Provinz Sachsen und der Nachbarstaaten selbsttätig und anregend zu fördern und in persönlichem Verkehr gewandt die leitenden Männer für historische Probleme und Unternehmungen zu interessieren und zur Mitarbeit zu erwärmen imstande ist.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die Fakultät zunächst alle mittelalterlichen Historiker deutscher Universitäten in den Kreis ihrer Erwägungen gezogen und dann aus der stattlichen Zahl die im Gutachten ausführlich begründete Auswahl getroffen. Sie muß freilich von der Nominierung derjenigen Herren absehen, welche ein gewisses Alter bereits überschritten haben, damit eine ununterbrochene Tätigkeit des zu berufenden Fachvertreters für eine längere Reihe von Jahren nach menschlichem Ermessen gewährleistet erscheint.

² Mit Vereinbarung vom 5.4.1927 (Bl. 196 der Akte) berief das Kultusministerium trotz des Votums der Fakultät Becker. Einem Artikel der Halleschen Zeitung (Bl. 204) zufolge, geschah diese Ernennung somit unter Umgehung des Rechts der Fakultät, Becker sei zudem nicht in der Lage, eine Hauptvorlesung zu halten. Die Fakultät versandte ihre Liste an Presseorgane und erbat auch Veröffentlichung in der Historischen Zeitschrift, aber Meinecke lehnte ab, vgl. Friedrich Meinecke. *Neue Briefe und Dokumente*, S. 292 f. (Meinecke an Becker).

Auch hält es die Fakultät nicht für angemessen, auf die Liste Namen von Herren zu setzen, die nach ihrer Überzeugung für Halle unerreichbar sind. Endlich sieht die Fakultät mit Rücksicht auf die Bedeutung der Hallenser Professur davon ab, jüngere Kräfte, die sich noch nicht voll bewähren konnten, aber doch für die Zukunft beste Erwartungen rechtfertigen, schon jetzt namhaft zu machen.

An erster Stelle: Harold Steinacker – Ordinarius in Innsbruck.

Steinacker ist 1875 in Budapest geboren, seine Familie stammt aus Sachsen-Weimar. Aus der Schule von Sickel und Redlich hervorgegangen, habilitierte er sich 1905. Er wurde 1909 als außerordentlicher Professor an die Universität Innsbruck, 1917 als Ordinarius nach Prag und 1918 als Ordinarius wiederum nach Innsbruck berufen.

An Veröffentlichungen liegen vor: Schriften: Regesta Habsburgica, I. 05. Theodor von Sikel, 07. Zur Frage nach der rechtlichen Natur der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie, 10. Antike Grundlagen der mittelalterlichen Privaturkunden, 27. Privaturkundenlehre in Meisters Grundriß. Zeitschriftenaufsätze: Die griechischen Sprachkenntnisse des Frühmittelalters, 01. Über das älteste päpstliche Registerwesen, 02. Stand und Aufgaben der ungarischen Verfassungsgeschichte, 07. Das österreichische Landrecht, 20. Österreich-Ungarn und Osteuropa, 23. Zum Liber Diurnus und der Ursprung der Frühminuskel, 24. Rhein und Donau, 26. Österreich und die deutsche Geschichte, 27.

Steinackers Spezialforschungen auf dem Gebiete der Privaturkundenlehre und der Verfassungsgeschichte zeigen ihn als einen geistreichen, besonders durch kritische Begabung ausgezeichneten Gelehrten von umfassenden, die verschiedensten Gegenstände der mittelalterlichen Geschichte umspannenden Kenntnissen. In seinem Werke über die antiken Grundlagen der frühmittelalterlichen Privaturkunden erstrebt er eine neue Grundlegung der Urkundenlehre. Seine zahlreichen Untersuchungen über wichtigste Probleme der Verfassungsgeschichte Österreichs und Ungarns und der gesamtdeutschen Entwicklung arbeiten mit großen, universalhistorisch gerichteten Gesichtspunkten, fruchtbaren Problemstellungen und mit einer auf weiter Materialbeherrschung basierenden vergleichenden Betrachtungsweise. Seine klare und fesselnde Darstellungsgabe, deren gelegentliche feine überlegene Ironie doch nie verletzend wirkt, erklärt seine vorzüglichen Lehrerfolge.

An zweiter Stelle in alphabetischer Reihenfolge schlagen wir vor Friedrich Baethgen – Ordinarius in Königsberg und Percy Schramm – persönlicher Ordinarius in Göttingen.

Baethgen ist 1890 in Greifswald geboren. Er hat sich 1920 in Heidelberg habilitiert, war wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Monumenta Germaniae Historica, wurde 1924 außerordentlicher Professor in Heidelberg, 1926 Sekretär am Preußischen Historischen Institut in Rom, 1927 Honorarprofessor in Berlin.

Von Baethgen liegt außer der Edition der Chronik des Minoriten Johann von Winterthur, die er in Verbindung mit C. Brun in den Monumenten 1924 herausgegeben hat, eine Schrift vor: Die Regentschaft des Papstes Innozenz III. im Königreich Sizilien (1914), an Zeitschriftenaufsätzen: Der Anspruch des Papsttums auf das Reichsvikariat, 20; Franziskanische Studien, 25, und Rota Veneris, 26.

Seine Schriften sind feinsinnig und zeichnen sich durch Klarheit, künstlerische Gestaltungskraft und geistige Durchdringung des Stoffes aus. Seine wissenschaftliche Bedeutung darf nicht allein nach seinen vorliegenden Publikationen gewertet werden. Auch seine Tätigkeit als Sekretär im Historischen Institut in Rom und als Mitarbeiter der Monumenta ist zu berücksichtigen. Vor allem empfehlen ihn seine sehr guten Erfolge, die er als akademischer Lehrer in Königsberg zu verzeichnen hat.

Schramm ist 1894 zu Hamburg geboren. Er war 1923–1926 Mitarbeiter der Monumenta Germaniae Historica und habilitierte sich 1924 in Heidelberg.

An Veröffentlichungen liegen vor: Schriften: Quellen zur Geschichte der Hamburger Familien, 21. Die deutschen Kaiser und Könige in Bildern ihrer Zeit (751–1152), 28. Die zeitgenössischen Bildnisse Karls des Großen, 28. Kaiser, Rom und Renovatio, Berlin 1929. Zeitschriftenaufsätze: Zur Geschichte der Buchmalerei in der Zeit der sächsischen Kaiser, 23. Kaiser, Basileus und Papst in der Zeit der Ottonen. Die Briefe Ottos III. und Gerberts. Neun Briefe des Gesandten Leo 997–98. Umstrittene Kaiserbilder aus dem 9.–12. Jahrhundert. Schramm gehört zu den begabtesten jüngeren Fachvertretern der mittleren Geschichte. Der Umfang und die Bedeutung seiner in einem nicht vollen Jahrzehnt geförderten Veröffentlichungen sprechen für eine ungewöhnliche Schaffenskraft. Sein Buch „Die deutschen Kaiser und Könige in Bildern ihrer Zeit“ (I. Teil bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts, 1928) ist nicht nur als bedeutendes Werk der Ikonographie zu werten, sondern erweitert mit seiner originellen Methode unser Wissen nach den verschiedensten Seiten hin. Er versteht es, die Bilder als Quellen auszuwerten und uns durch sie die zeitgenössischen Vorstellungen von Königtum und Kaisertum nahezubringen. Sein Werk „Kaiser, Rom und Renovatio“ (1929), im wesentlichen eine Zusammenfassung früherer Aufsätze, verfolgt die Geschichte des römischen Erneuerungsgedankens vom frühesten Mittelalter bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts. Dieser Längsschnitt durch die politische und Geistesgeschichte des Mittelalters bedeutet u. a. eine wertvolle Vertiefung der viel umstrittenen Probleme, wie die mittelalterliche Kaiserpolitik als Gesamterscheinung zu beurteilen ist. Auch die Lehrerfolge Schramms zeigen von Semester zu Semester ein erfreuliches Fortschreiten.

3. In einem gewissen Abstände von den Genannten nennen wir: Bernhard Schmeidler – Ordinarius in Erlangen.

Schmeidler ist 1879 in Berlin geboren. Er war lange Zeit Mitarbeiter der Monumenta Germaniae Historica, habilitierte sich 1909 in Leipzig, wurde daselbst 1917 außerordentlicher Professor, folgte 1921 einem Ruf nach Erlangen als planmäßiger außerordentlicher Professor und wurde daselbst 1926 Ordinarius.

An Veröffentlichungen liegen vor: Schriften und Editionen: Der dux und das commune Ventiarum von 1144–1229, 02. Italienische Geschichtsschreiber des 12. und 13. Jahrhunderts, 09. Helmoldi Chronica Slavorum (in Monumenta Germaniae), 09. Adam von Bremen, Hamburgische Kirchengeschichte, 3. Aufl., 17. Die Geschichte der Archipoeta, 11. Hamburg, Bremen und Nordost-Europa vom 9.–11. Jahrhundert, 18. Kaiser Heinrich IV. und seine Helfer im Investiturstreit, 27. Deutschland und Europa im Mittelalter, 29. Auf-

sätze: 1) Bemerkungen zu Konrad Burdach. 2) Zur Entwicklung der Geschichtsschreibung Rankes. Ein Versuch ihrer theoretischen Würdigung. 3) Zur Psychologie des Historikers und zur Lage der Historie in der Gegenwart. 4) Über Begriffsbildung und Werturteile in der Geschichte. 5) Von einem zukünftigen System der historischen Wissenschaft, 27. 6) Über die Verschiedenartigkeit der Zusammenhänge auf den verschiedenen Gebieten geschichtlichen Lebens und einige Folgerungen daraus für die Geschichtsschreibung, 25. 7) Königtum und Fürstentum in der mittelalterlichen Kaiserzeit (Preußische Jahrbücher, Juni 27).

Charakteristisch für Schmeidler ist neben der Gründlichkeit und philologischen Akribie seiner Editionen und Spezialforschungen die Vielseitigkeit seiner Interessen, freilich auch eine oft nüchterne Behandlung des Stoffes. Musterhaft sind seine Editionen lateinischer Historiker und Archipoeta, tiefdringend seine Forschungen „Hamburg, Bremen und Nordosteuropa vom 9.–11. Jahrhundert“; von emsigem Forschungstrieb zeugt sein Buch „Kaiser Heinrich IV. und seine Helfer im Investiturstreit“. Sein während der Breslauer Historikertagung gehaltener Vortrag über das deutsche Königtum und Fürstentum in der mittelalterlichen Kaiserzeit sucht einer realpolitischen Betrachtungsweise dieser Epoche den Weg zu bahnen. Auch methodologische, geschichtsphilosophische und kulturgeschichtliche Probleme behandelt er in zahlreichen Aufsätzen.

Schmeidler ist ein sehr gewissenhafter akademischer Lehrer, der seinen Studenten ein gründliches Wissen übermittelt und sie methodisch-kritisch vorzüglich schult.

Somit bittet die Fakultät den Herrn Minister, alles daran zu setzen, den an erster Stelle genannten hochverdienten Gelehrten, der auch in Wien an erster Stelle vorgeschlagen war, für Halle zu gewinnen.¹

1 *Nachdem das Kultusministerium in einem Antwortentwurf an Handelsminister Walther Schreiber vom Juli 1930 (Bl. 296 der Akte) dessen Befürchtung, Schramm stehe parteimäßig rechts, entgegengetreten war, denn Schramm habe mit Parteipolitik nichts zu tun und werde deshalb nach Halle berufen, erledigte sich dieser Plan durch Schramms Verbleiben in Göttingen (vgl. Dok. Nr. 188). Am 25.10.1930 (Bl. 297) wurde die Hallenser Fakultät zu neuen Vorschlägen und zur Äußerung über Richard Koebner und Walter Holtzmann aufgefordert. In ihrer Antwort vom 19.12.1930 (Bl. 370–372v) beharrte die Fakultät mit aller Entschiedenheit auf Steinacker, billigte aber auch Holtzmann einen ungewöhnlichen kritischen Spürsinn zu, während sie bei Koebner die rednerischen und unterrichtlichen Fähigkeiten anzweifelte. Grimme ordnete diesbezüglich Nachprüfung an (Bl. 372v), schloss aber, zumal sich Paul Fridolin Kehr für Holtzmann einsetzte und für die MGH-Spitze in Aussicht nahm (Bl. 373 f.), am 8.4.1931 (Bl. 376) die Vereinbarung mit Holtzmann, der seinen Vetter Robert Holtzmann ersetzte.*

**191. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Halle für
Kultusminister Adolf Grimme.
Halle, 15. Juni 1931.**

Ausfertigung, gez. Weber als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 8, Bl. 418–427.

*Kandidaten für die Nachfolge Otto Beckers im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte
sind: Gerhard Ritter – Freiburg, Siegfried August Kaehler – Breslau, Hans Rothfels –
Königsberg und Wilhelm Schüßler – Rostock.*

Vgl. Einleitung, S. 125.

Dem Herrn Minister erlaubt sich die Philosophische Fakultät, der durch den Herrn Kurator der Universität (Schreiben vom 24. März 1931 – Nr. 1343 –) übermittelten Aufforderung entsprechend, im folgenden ihre Ersatzvorschläge für die Wiederbesetzung des durch den Weggang des Prof. Becker nach Kiel freigewordenen Ordinariats für mittlere und neuere Geschichte vorzulegen.

Angesichts der großen Bedeutung, welche dem genannten Fach für die Ausbildung der Historiker, Philologen und Philosophen, darüber hinaus auch der Geographen, Juristen, Nationalökonomien und Theologen zukommt, legt die Fakultät wie früher so auch jetzt erheblichen Wert darauf, als Fachvertreter einen Mann zu gewinnen, dessen Forschungsarbeit sich nicht einseitig auf Probleme der jüngsten Vergangenheit beschränkt hat, sondern möglichst umfassend ist und ihn als sicheren Kenner der Quellen, als fähigen Schilderer historischer Persönlichkeiten und Bewegungen erweist und der zugleich als Lehrer in Vorlesungen und Übungen erfolgreich gewirkt hat.

Nach ausgiebiger Prüfung der großen Zahl möglicher Kandidaten und unter Berücksichtigung der vorstehenden Normen hat die Fakultät beschlossen, die folgenden als Forscher und Lehrer bewährten Männer zu nennen:

- 1.) Gerhard Ritter,
- 2.) *pari passu* Siegfried Kaehler und Hans Rothfels,
- 3.) Wilhelm Schüßler.

An erster Stelle schlägt die Fakultät Gerhard Ritter, Ordinarius in Freiburg (Br.) vor und bittet, daß alles versucht würde, diesen ausgezeichneten Gelehrten für Halle zu gewinnen. Ritter (geb. 6.4.1888 in Sooden a. Werra), Schüler Onckens, 1913 in Heidelberg promoviert, 1921 ebenda habilitiert, 1924 als Ordinarius nach Hamburg, 1925 als Rachfahls Nachfolger nach Freiburg berufen, hat von allen Gleichaltrigen die umfassendsten Leistungen aufzuweisen. Nach seiner umfangreichen Dissertation (390 S.) über „Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858–1876“, in der er die Zickzackpolitik der Konservativen gegenüber dem Staatsmann und Reichsgründer, die Zurückdrängung des preußisch-partikularistischen Konservatismus durch die liberale „deutsche Gesinnung“

und den Nationalstaatsgedanken geschildert hat, vertiefte er sich nach dem Krieg in „Studien zur Spätscholastik“ (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1921, 1922, 1927, I–III), Arbeiten an den theologischen Problemen und zu den kirchlichen Streitigkeiten der spätmittelalterlichen und vorreformatorischen Zeit, und bot als Frucht seiner Arbeit auf diesem wie dem reformatorischen Gebiet die Darstellung Luthers („Luther, Gestalt und Symbol“ 1925, 2. Aufl. 1928, 166 S.), in der er die „Gestalt“ des „Unergründlichen“, „ewig kämpfenden“ auf dem Grund der politischen und geistigen Bewegungen seiner Zeit zeichnet, und sie als Symbol für sein Volk faßt, und hat eine Geschichte der Universität Heidelberg in nahe Aussicht gestellt. Eine Übersetzung der „Utopia“ des Thomas Morus (1922) zeigt sein Streben, sich ins englische Geistesleben zu vertiefen; eine Rede über die „Staatsanschauungen des Freiherrn vom Stein“ (1927) ist ein erster skizzierender Versuch zu einer im Erscheinen begriffenen „Politischen Biographie Steins“ in 2 Bänden. Mit einer Arbeit über „Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des Neuen Kurses“ (1924) hat er an der lebhaften Debatte über diese Frage sich beteiligt, mit kleineren Aufsätzen und Rezensionen hat er zu Fragen der allgemeinen Geistes-, der Partei- und Universitätsgeschichte Stellung genommen.

Vielseitiges Wissen, kritische Fähigkeiten, politische und allgemeingeistige Interessen, eine klare Sprache sind Ritter eigen. Er ist wohl als liberaler Historiker zu bezeichnen, schildert Bewegungen, da skizzierend, dort liebevoll ins Einzelne gehend, mit großem Zug, packt auch Menschen wie Bismarck, Stein, Luther mit Wagnut an. Als Lehrer soll er, besonders im Seminar, anziehend wirken.

An zweiter Stelle schlägt die Fakultät pari passu vor:

a) Siegfried A. Kaehler, geb. am 4. Juni 1885 als Sohn des verstorbenen Hallischen Theologen, Schüler Friedrich Meineckes, 1921 in Marburg habilitiert, dann 2 Jahre Archivrat am Reichsarchiv, 1927 außerordentlicher Professor in Marburg, 1928 ordentlicher Professor in Breslau, hat sich vornehmlich mit Wilhelm von Humboldt beschäftigt. Er hat eine Auswahl der politischen Schriften herausgegeben (Klassiker der Politik VI, 240 S., vgl. auch Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften XIII, 197 ff.) und in der Einleitung (60 S.) dazu die Führung durch ihre Gedanken unternommen, gelegentlich in einzelnen Aufsätzen Einzelprobleme der Humboldtfrage erörtert und schließlich in seinem großen Werk über „Wilhelm von Humboldt und der Staat 1927“ (579 S.) langjährige Untersuchungen über diesen seinen Helden zum vorläufigen Abschluß gebracht. Ihm liegt hier daran, die politischen Gedanken Humboldts, denen in eifrigster, manchmal fast verklügelt scharfsinniger Diskussion nachgegangen wird, und sein Handeln als Staatsmann nicht nur unter sich in Beziehung zu setzen, sondern beide aus den tiefsten Gründen seines Wesens, aus „den inneren Voraussetzungen“ seiner Anlage, aus einer „romantischen Passivität“ zu erklären: Es ist „der Wirklichkeit ausweichender Idealismus“. So manches gegen diesen Versuch, dem innersten Leben eines Denkers und Staatsmannes nahezukommen, eingewendet worden ist, es bleibt ein ernster und großzügiger, peinlich gründlicher, liebevoll immer von neuem vertiefter Versuch, das Ganze des Denkens und Wirkens Humboldts der wissenschaftli-

chen, biographisch-geistesgeschichtlichen Analyse zu unterwerfen, und als solcher eine sehr erhebliche Leistung.

Wenn Kähler darüber hinaus feine Studien wie die über „Stöckers Versuch der Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei“ (Festschrift für Meinecke, 1922, 227–262), in der ein eindringliches Bild Stöckers entworfen wird, oder die über „das preußisch-deutsche Problem seit der Reichsgründung“ (Preußische Jahrbücher 85, 26–45), in der das Ringen zwischen Partikularismus und Unitarismus skizziert wird, oder die Rede „Vom geschichtlichen Erlebnisgehalt der Versailler Schuldthese 29“ vorzuweisen hat, in denen allen in oft fast kargen Worten dichtgedrängt klare, schwere, schöne Gedanken vorgetragen werden, so ist sicher, daß er, der auch da gründlich und anregend, kritisch und sachkundig schreibt, auch die Probleme des XIX. Jahrhunderts sieht und anzupacken versteht.

Eine eindrucksvolle historische Schilderung aber ist sein Beitrag zur Geschichte der Marburger Universität: „Die Universität Marburg von 1653–1866, 1927, in der er auf 350 Seiten 2 ½ Jahrhunderte Marburger Universitätsleben schildert, von der Restauration der Universität, vom Leben der Fakultäten und der Auseinandersetzung mit den großen geistigen Strömungen der einzelnen Perioden, dem Kartesianismus, der Wolffschen Aufklärung, der kantischen Bewegung, der Romantik, dem Realismus, auch von den Perioden der Stagnation, und nicht minder von großen und kleinen Gelehrten mit wahrhaft erfreulicher Sachkenntnis, mit gesundem Sinn für das Wesentliche und feiner Freude am Idyll, mit sicherer Meisterschaft in der Behandlung geistesgeschichtlicher Probleme wechselreiche Bilder malt.

Er gilt als geistvoller, redegewandter, ernster Lehrer, der die Hörer in seinen Vorlesungen mitreißt und sie in seinen Übungen in strenger Zucht hält.

b) Hans Rothfels, der jünger als Ritter und Kähler, am 12. April 1891 in Kassel geb., im Krieg sehr schwer verletzt, erst 1920 zur Promotion als Schüler Onckens gelangt ist, 1923 in Berlin habilitiert, 1926 nach Königsberg als Ordinarius berufen worden ist und seitdem dort als der führende Historiker in größtem Ansehen steht.

Rothfels ist ähnlich wie Kähler ein philosophisch stark bewegter Geist. Schon in seiner ersten Arbeit über „Clausewitz, Politik und Krieg“, einer „ideengeschichtlichen Studie“, wie er sie nennt (234 S.), in der er geistvoll und kräftig, im einzelnen sicher und großzügig im ganzen, die Jahre der Vorbereitung des Offiziers, die Wirkung des Zusammenbruchs von 1806 und der staatlich-militärischen Reformen auf ihn, seine Teilnahme am Befreiungskampf schildert, und Clausewitzens tiefe geistige Verbundenheit mit der Logik der deutschen Entwicklung aufweist, sind in eindringlichen Sätzen voller Leben aus ernster philosophischer Neigung und echtem historischen Forschen erwachsene Gedanken ausgebreitet. 1924 veröffentlichte er, fast gleichzeitig mit Ritter, ein Buch über „Bismarcks englische Bündnispolitik“ (144 S.), in dem er mit Umsicht die Tatsachen ausbreitet, die feinen Fäden aufzieht, einen etwas überhitzten Versuch macht, das Ganze auf eine Art theoretische Formel zu bringen, auch in seinen sachlichen Ergebnissen nicht unangefochten bleibt. Aufsätze über „Richelieus militärisches Testament“ (Historische Zeitschrift 129), über „Friedrich den Großen in den Krisen des siebenjährigen Krieges“ (ebd. 134), über „Staat und Nation in

der dänischen Geschichte“ (Auslandsstudien der Königsberger Universität 4), über „Europa und das englische Weltreich“ (ebd. 6), über „Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken“ (1930), über die „Geschichte des Rückversicherungsvertrages“ (Preußische Jahrbücher 157), über die „Bismarckkrise von 1890“ (Historische Zeitschrift 123) zeigen vielverzweigte Interessen, die meist politischen Problemen gelten. Aber daneben studiert er „Die 1. diplomatische Aktion zugunsten des internationalen Arbeiterschutzes“ (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte XVI), die Frage „Marxismus und die deutsche Politik“, 1922 (Wentzcke, Deutscher Staat und die Parteien), vertieft in einer geistvollen Studie über „Theodor Lohmann und die Kampfbahn der staatlichen Sozialpolitik“, einer biographischen Würdigung eines hohen Beamten, 1927 (132 S.), sein und unser Wissen um das geheime Ringen und die offenen politischen und ideologischen Kämpfe um Bismarck in den Fragen der Sozialpolitik; er bereitet, wie bekannt ist, ein umfassendes Werk über Bismarcks Sozialpolitik vor. Er gab 1922 Briefe und politische Schriften von Clausewitz heraus, 1925 in einer geschickten Dokumentensammlung Bismarcks Äußerungen über den Staat (430 S.), die er mit einer nicht immer plastischen, aber treffenden Studie über das staatliche Denken Bismarcks seine religiös-traditionalen und individuellen Grundlagen einleitet.

Dieser ritterliche Mann wirkt auch als Lehrer in Vorlesung und Übungen aufs stärkste, erzieht nicht nur zu sachlich ernster Arbeit, sondern auch zu methodischer Besinnung und hat über den Kreis der Fachaufgaben hinaus als Leiter der Auslandsvorträge der Universität Königsberg und als Kollege weitreichende Autorität.

Von den vorher Genannten ist an dritter Stelle Wilhelm Schüßler deswegen in erheblichem Abstand zu nennen, weil seine umfangreiche literarische Produktion, an den eingangs aufgestellten Normen gemessen, als auf ein zu enges Gebiet beschränkt erscheint.

Geboren am 12. Juli 1888 in Bremen, wurde er 1913 mit einer Arbeit über „Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament“ promoviert; nach einer Arbeit über das Verfassungsproblem im Habsburgerreich 1918 habilitierte er sich 1919 in Frankfurt a. M., wurde 1922 außerordentlicher und 1925 ordentlicher Professor in Rostock. Er brachte in rascher Folge seine Bücher über „Hessen-Darmstadt und die deutschen Großmächte“ (1919), die „Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk“ (1920), „Bismarcks Sturz“, das in einem Jahr drei Auflagen erlebte (1921/2, 327 S.), „Österreich und das deutsche Schicksal“ (1925, 216 S.), „Bismarck“ (1925) und zu den Bänden 10–13 von Bismarcks Gesammelten Werken (1928–30) im Jahre 1929 die Untersuchung über „Bismarck und Süddeutschland 1867“ (1929, 302 S.) heraus. Unzweifelhaft eine starke Tätigkeit eines unermüdlich fleißigen, für seine Sache begeisterten Gelehrten! Aber wenn die Fakultät bei früherem Anlaß betonte, das Schüßler allzurasch arbeite, und oft genug nicht nur gegnerische Kritik, sondern auch ihm Näherstehende davon sprechen, daß er nicht immer straffe Selbstzucht übe, mitunter gar feuilletonistisch werde, so will sie jetzt nicht verschweigen, daß das neue Werk über „Bismarck und Süddeutschland“ mit seiner strengen Aktenforschung und seinem Mut zu sprödem Stoff eine Beruhigung des phantasiebegabten, durch Schwung und begeisterte, aber nicht allzu gehaltvolle Rede hinreißenden Schriftstellers und

Redners anzukündigen scheint. Es bedeutet sicher einen Fortschritt, aber die Mängel von früher gleicht es noch nicht soweit aus, daß Schüsler vor den anderen, auch nicht neben ihnen genannt werden könnte, denen er durch die Beschränkung seines literarischen Werks auf die Bismarckische Zeit und die großdeutschen Probleme wie auch in der Fähigkeit, die Geistigkeit einer Zeit, die Tiefen einer Persönlichkeit geistig zu ergründen, entschieden unterlegen ist. Immer wieder wird aber von ihm gerühmt, daß er sich als Dozent und Redner weit über die Universitätskreise hinaus Anhang geschaffen habe.¹

**192 a. Gutachten von Prof. Albert Brackmann für den Ministerialrat im
Kultusministerium, Wolfgang Windelband.**

Berlin, 22. Februar 1930.

Ausfertigung, gez. Brackmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 9, Bl. 75.

*Karl Heldmanns Buch über Karl den Großen ist eine gute Materialsammlung, aber im
Gesamtergebnis falsch.*

Vgl. Einleitung, S. 126.

Sehr verehrter Herr Ministerialrat!

Auf Ihre Anfrage wegen des Buches von Heldmann – Halle über „Das Kaisertum Karls des Großen; Theorien und Wirklichkeit“ habe ich folgendes zu erwidern:¹

Das Buch ist anerkanntermaßen eine fleißige Materialsammlung, nützlich für jeden, der sich mit der Sache zu beschäftigen hat; man findet hier alles zusammen, was jemals über die Kaiserkrönung geschrieben ist. Aber seine eigene Theorie, daß die Krönung ein

¹ *Mit Schreiben vom 29.6.1931 (Bl. 429 der Akte) forderte Grimme Äußerung der Fakultät über den Berliner Privatdozenten Hajo Holborn an. Diese fiel am 17.7.1931 (GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 9, Bl. 56) klar ablehnend aus, denn Holborn sei weder vom nötigen Range, noch könne er bezüglich Lehrerfahrung und Publikationsleistung konkurrieren, weshalb man ja auch Herzfeld übergangen habe. Ritter zeigte wenig Neigung für Halle und die Breslauer Fakultäten wandten sich gegen Kaehlers Weggang (Bl. 53–60), da er erst kurz in Breslau sei und mit Aubin und Santifaller eine Breslauer historische Schule habe erhoffen lassen. Deshalb datiert die Vereinbarung des Ministeriums mit Kaehler erst vom 7.6.1932 (I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 9, Bl. 58).*

¹ *Mit Briefen vom 29.1. und 26.5.1930 (Bl. 63 ff. der Akte) hatte Heldmann beim Ministerium den Titel persönlicher Ordinarius erbeten, da nun das 1923 vom Hallenser Kurator zur Vorbedingung dafür erklärte dicke Buch in Form seines Werks über Karl den Großen vorliege. Deshalb bat Windelband mit Schreiben vom 11.2.1930 (Bl. 71) die Historiker Albert Brackmann, Gerhard Kallen – Köln, Friedrich Baethgen – Königsberg, Fedor Schneider – Frankfurt und Wilhelm Levison – Bonn um Gutachten. Nur letzterer (Bl. 72) nannte das Werk eindeutig eine sehr wertvolle Arbeit, die er hoch schätze.*

„Verlegenheitsakt Leos III.“ gewesen sei, der damit „das Rechtsleben in Rom auf eine sichere Grundlage stellen wollte, ist sicherlich auch nur eine „Verlegenheitstheorie“, über die im Ernst kaum diskutiert werden kann. Es gilt für dieses Buch dasselbe, was für das ältere über die Rolandsbilder Deutschlands (1904) gilt: Heldmann konstruiert in beiden Büchern vorbei. Immer steckt in den Darlegungen etwas Richtiges, aber das Gesamtergebnis ist falsch. So muß das Urteil über das Buch schließlich doch ablehnend lauten. In ausgezeichnete Hochschätzung Ihr aufrichtig ergebener

**192 b. Gutachten von Prof. Gerhard Kallen für den Ministerialrat im
Kultusministerium, Wolfgang Windelband.**

Köln, 10. März 1930.

Ausfertigung, gez. Kallen.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 9, Bl. 76.

Heldmanns Buch über Karl den Großen enthält einige richtige Aussagen; der wissenschaftliche Ertrag wäre aber besser in Form eines Zeitschriftenaufsatzes publiziert worden.

Vgl. Einleitung, S. 126.

Hochverehrter Herr Ministerialrat!

Eine genaue Überprüfung des Buches von Prof. Heldmann – Halle, „Das Kaisertum Karls des Großen. Theorien und Wirklichkeit“, 1928 hat den ersten Eindruck nicht wesentlich verändert. Es handelt sich um eine gründliche, fast minutiöse Einzelstudie; sie nimmt höchst umständlich den Kampf auf gegen Theorien, die zum Teil niemand mehr vertritt, bietet aber hier eine wertvolle Zusammenstellung des Materials.

Im einzelnen finden sich manche fruchtbare Anregungen. Der wissenschaftliche Ertrag des Werkes hätte freilich im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes von mäßigem Umfang viel wirkungsvoller zum Ausdruck gelangen können. Man muß die eigenen Ansichten des Verfassers mühsam aus dem Gewirr der bekämpften und zurechtgerückten Meinungen anderer Autoren herauschälen. Richtig scheint mir die Abhängigkeit der Kaiserkrönung von der momentanen politischen Lage in Rom betont, ebenso ist neu und richtig der Hinweis auf die Notwendigkeit der vom Papst eingehaltenen Form. Nicht überzeugend wirken die Ausführungen über die rechtlichen Folgen der Kaiserkrönung.

In ausgezeichnete Hochschätzung Ihr sehr ergebener

**192 c. Aus der Eingabe der Ortsgruppe Bingen der Deutschen Friedensgesellschaft an Kultusminister Adolf Grimme.
Bingen (Rhein), 15. September 1931.**

Ausfertigung, gez. Karl Reischmann als Vorsitzender.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 9, Bl. 85–86.

Wiederholte Bitte an Minister Grimme, Heldmann, der in Halle seit langem unter persönlicher Gehässigkeit und politischen Ressentiments seiner Kollegen leidet, ein Ordinariat zu verleihen, zumal dessen Buch über Karl den Großen günstig rezensiert wurde. An den Universitäten sollen nicht nur Militaristen und Chauvinisten lehren, sondern auch Männer anderer politischer Richtung.

Vgl. Einleitung, S. 126.

Sehr geehrter Herr Minister!

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ortsgruppe Bingen der Deutschen Friedensgesellschaft hatte ich mir am 16. April vorigen Jahres die Ehre gegeben, Euer Hochwohlgebornen eine Resolution zu überreichen, worin auf die eigentümliche Behandlung von Professoren an deutschen Universitäten (Heldmann, Hobohm, Strupp) hingewiesen wurde, die politisch einen von dem üblichen abweichenden Standpunkt einnehmen.

Ihrem besonderen Interesse wurde dabei der Fall Heldmann empfohlen unter Hinweis auf die Tatsache, daß Herr Prof. Heldmann trotz seiner über 60 Lebensjahre noch immer nur außerordentlicher Professor ist.²

In sofortiger liebenswürdiger Beantwortung dieser Eingabe hatten Sie eine Prüfung, namentlich des Falles Heldmann, zugesagt.

Durch Zufall kam mir unlängst eine Besprechung zu Gesicht, die E. Wohlhaupter in der Historischen Zeitschrift Bd. 144 (1931), S. 328 dem 1928 erschienenen Werk: Heldmann, Das Kaisertum Karls des Großen. Theorien und Wirklichkeit, widmet, deren Wortlaut ich Euer Hochwohlgebornen zur Ermöglichung eines objektiven Urteils über den Gelehrten unbedingt bekannt geben möchte: „Das angeführte Werk von Heldmann hat sich nun eine doppelte Aufgabe gestellt: eine negative, wenn man so will ... und eine positive ... Was nun die

² *Heldmann stand 1917 in Kontakt mit Kriegsgegnern wie Friedrich Wilhelm Foerster, wurde überwacht und wegen Geheimbündelei verurteilt, aber wegen der Revolution 1918 nicht mehr inhaftiert. Die Hallenser Philosophische Fakultät verurteilte am 3.1.1918 seine Handlungsweise und Gesinnung auf das schärfste und forderte, ihm das Professorenamt zu nehmen. Kultusminister Haenisch missbilligte diesen Beschluss zwar 1919, aber die Fakultät nahm ihn nie zurück. Heldmann erstrebte erfolglos seine volle Rehabilitierung. Vgl. die Auswertung der Hallenser Universitätsakten bei: Maier, Helmut, Karl Heldmann (1869–1943) – Ein Kriegsgegner an der Universität Halle, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sprach- und geisteswissenschaftliche Reihe, Bd. 16, H. 2/3 (1967), S. 223–240.*

eine Seite betrifft, so ist es dem Verfasser zweifellos gelungen, den Schutt der Theorien und vorgefaßten Meinungen aus dem Weg zu räumen ... Aber nicht minder hat das angezeigte Werk auch nach der positiven Seite hin anerkennenswerte Arbeit getan ... Buchen wir noch als Vorzüge des Werkes: die exakte methodische Haltung, die zwischen Mangel an Kritik und Hyperkritik immer den richtigen Weg der Mitte innehält, die souveräne Meisterschaft, Frucht langjähriger eindringender Beschäftigung, mit welcher Heldmann über die Argumente aus der ins Unübersehbare angeschwellenen Literatur im gegebenen Augenblick verfügt, die klar und gut disponierte Darstellung, die hier ganz richtig Quellenbelege und Einzelaussetzungen in Exkurse und Anmerkungen verweist, stellen wir schließlich fest, daß auch über konnexe Einzelfragen, wie z. B. über italienische und römische Verfassungszustände ... und über Akklamation ... wertvolle Aufschlüsse zu gewinnen sind, so ist das Wesentliche zur Beurteilung gesagt.“

Diese glänzende Rezension sowie die kürzlich durch die Presse gegangene Nachricht, daß Herr Prof. Strupp in Frankfurt a. Main wenigstens einen Ruf nach Prag erhalten habe,³ veranlassen mich, wieder auf den Fall Heldmann zurückzukommen.

[...]

Sachdienliche Informationen, die ich mir über die Strömungen innerhalb der Haller Philosophischen Fakultät zu verschaffen gewußt habe, legen mir, der ich der Sache vollkommen unbefangen gegenüberstehe, auch Herrn Prof. Heldmann persönlich nicht kenne, die Annahme nahe, daß die weitesten Kreise meiner Gesinnungsfreunde nun schon seit einem Jahrzehnt beschäftigende systematische Ausschließung des Herrn Prof. Heldmann von einer Beförderung auf einen ordentlichen Lehrstuhl als der Ausfluß einer persönlichen Gehässigkeit und politischen Beschränktheit anzusehen ist, wie man sie bei geistig hochstehenden Menschen einfach nicht für möglich halten sollte.

Statt meiner wohlberechtigten und wohlbegründeten Empörung über diese unwürdige, um nicht zu sagen kindische Gebaren der Gegner Herrn Prof. Heldmanns an dieser Stelle freien Lauf zu lassen, möchte ich auf die offenkundige Tatsache hinweisen, daß, wie früher, so auch in den letzten Jahren an verschiedenen preußischen Universitäten, auch an der von Halle selbst wiederholt Lehrstühle mit Männern besetzt wurden, die nicht auf den Vorschlagslisten der Fakultäten gestanden haben, sondern diesen vom Ministerium präsentiert wurden. Unter diesen Umständen kann ich nicht umhin, meinem Befremden darüber Ausdruck zu verleihen, daß ausgerechnet bei den drei obenerwähnten Extraordinarien dieser Weg nicht beschritten wurde. [...]

3 Der seit 1926 als nichtbeamteter Extraordinarius für Völkerrecht an der Universität Frankfurt tätige, international renommierte Karl Strupp erhielt im August 1931 einen Ruf an die deutsche Universität Prag. Kultusminister Grimme, unterstützt von Ministerpräsident Otto Braun, nahm dies zum Anlass, Strupp ein beamtetes Extraordinariat zu übertragen, was die Frankfurter Fakultät im Februar 1932 billigte. *GSa PK, I. HA Rep.* 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 10, 25 f., 32. Vgl. Link, Sandra, *Ein Realist mit Idealen – Der Völkerrechtler Karl Strupp (1886–1940)*, Baden-Baden 2003, S. 163.

Wir Pazifisten fordern, daß endlich einmal auch unsere Geistesrichtung an einer Universität vertreten wird, und zwar gestützt auf Artikel 148 der Reichsverfassung, nachdem die militaristische Richtung mehr als genug berücksichtigt ist.

Man muß sich wirklich fast schämen, Akademiker zu sein, wenn man die letzten Vorgänge in Kiel, Königsberg, Halle und München betrachtet und wenn man weiß, wie ein Phänomen der Art eines Walther Schücking, jetzt in Kiel, von seinen eigenen früheren Lehramtskollegen in Marburg behandelt worden ist. Die Nichterwähnung einer solchen Geistesgröße in der zum Jubiläum der Universität erschienenen Geschichte der Marburger Juristischen Fakultät, an der Herr Prof. Schücking fast zwei Jahrzehnte gewirkt hat, ist eine Spitzenleistung wissenschaftlicher Borniertheit und unkollegialer Taktlosigkeit.

Ich bitte Euer Hochwohlgeboren inständigst, in der Haller Angelegenheit nunmehr endlich ein Machtwort zu reden und sich damit als über kleinlichen und lächerlichen Gehässigkeiten stehend zu erweisen, die die Wissenschaft und ihre Vertreter nur in Mißkredit bringen können.

[...]

Die geschichtlichen und die juristischen Lehrstühle unserer Universitäten sind nicht Erbpachtgut der Nationalisten und der Chauvinisten, vielmehr kann und darf mit Fug und Recht gefordert werden, daß dem Charakter unserer Hochschulen als „Universitas litterarum“ in dem Sinne Rechnung getragen wird, daß auf deren Lehrstühlen nicht nur alle Wissenschaften, sondern auch alle Richtungen derselben zu Wort kommen.

Indem ich Euer Hochwohlgeboren also nochmals im Interesse der Würde der Wissenschaft angelegentlichst bitte, durch ein selbständige Handeln Herrn Prof. Heldmann endlich eine Genugtuung für die nun schon mehr als ein Dutzend Jahre ertragenen Insulte und eine Anerkennung für seine seitherige entsagungs- und mühevollen Forscherarbeit zuteil werden lassen, indem Sie ihn, sei es in Halle, sei es an einer anderen Universität zu einem längst verdienten ordentlichen Lehrstuhl befördern, bin ich in ausgezeichnete Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ergebenster Diener

**192 d. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Halle für das
Kultusministerium.**

Halle, 1. Dezember 1932.

Ausfertigung, gez. Frankl als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 9, Bl. 160–162.

Heldmann hat wenig publiziert und weist nicht die wissenschaftlichen Leistungen für ein persönliches Ordinariat auf. Er stand in Beziehungen zu Separatisten, hat die Fakultät öffentlich beleidigt und seine Beförderung wäre gerade den älteren Professoren unerträglich.

Vgl. Einleitung, S. 126.

Sehr geehrter Herr Kurator!

Auf die Anfrage des Herrn Ministers vom 1. Juli 1932, wie die Fakultät zu der Erwägung, den beamteten außerordentlichen Prof. Dr. Heldmann zum persönlichen Ordinarius zu ernennen, Stellung nehme, bin ich beauftragt, das Folgende zu erwidern:⁴

Das im Jahre 1928 erschienene Buch Heldmanns, „Das Kaisertum Karls des Großen, Theorien und Wirklichkeit“ hat das Verdienst gründlicher Zusammenfassung der bisherigen Forschungen, scharfer Prüfung älterer Erklärungsversuche und der Aufhellung der rechtlichen und verfassungsgeschichtlichen Tatsachen. Es bringt manches Neue und bietet der künftigen Forschung eine sichere Grundlage. Gegenüber diesen Vorzügen weist das Buch aber auch große Schwächen auf, die von der Kritik bereits herausgehoben wurden, vor allem Verständnislosigkeit für geistesgeschichtliche Beweisführung und spürbaren Mangel an Blick für weitere historische Zusammenhänge.

An kleineren Veröffentlichungen liegen seit 1920 vor: „Kommendation und Königsschutz im Vertrag von Ponthion (754)“ (Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 38, 1920), ein Aufsatz, der – mit Recht – gegen eine These Caspars polemisiert. Ferner erschienen: „Die Maria-Magdalenen Kapelle auf der Moritzburg in Halle (Halle 1923) und zwei lokalgeschichtliche Aufsätze: „Das akademische Fritzlar im Mittelalter“ (Zeitschrift des Vereines für hessische Geschichte 56, 1927) und „Fritzlarer annalistische Aufzeichnungen aus dem 15. Jahrhundert“ (ebd. 57, 1929). Diese drei kleinen Abhandlungen sind gründlich gearbeitet, zeigen aber sämtlich keine selbständige Fragestellung und kein wissenschaftliches Niveau. Die Broschüre: „Das deutsche Deutschland“ (Ludwigsburg 1921) kann nur als Paraphrase der Gedanken von Constantin Frantz gelten.

⁴ Im April 1931 verschob das Kultusministerium die formelle Anfrage an die Fakultät betr. Heldmann bis der Neuberufene Kaehler eingetreten sei (Bl. 84 der Akte); erst am 24.6.1932 erteilte Grimme dem Kurator in Halle den Auftrag dazu (Bl. 87 f.).

Im Ganzen ist die wissenschaftliche Produktion des nunmehr 63jährigen erstaunlich gering. Nachdem Heldmanns 1904 und 1905 erschienene Bücher über die Rolandfiguren von der Kritik abgelehnt waren, erschien nach 23jähriger Pause das in seinen Hauptthesen ebenfalls anfechtbare Buch über Karl den Großen, das bei einem 30jährigen Hoffnungen auf weitere Entwicklung erwecken würde, als Spätwerk eines Gelehrtenlebens aber zu schwach ist, um als Qualifikation für ein Ordinariat zu dienen. Herr Heldmann hat übrigens nie einen Ruf erhalten, auch nicht in der Zeit vor 1917, obwohl er seit 1899 habilitiert war.

Aber auch abgesehen von der mangelnden wissenschaftlichen Leistung ist für die Fakultät die Frage der Beförderung Heldmanns eine Angelegenheit der persönlichen Bewertung. Es erscheint ihr höchst bedenklich, daß Herr Heldmann zu Prof. Friedrich Wilhelm Förster in München (jetzt in der Schweiz) sowie zu dem Separatisten Dr. Dorten Beziehungen unterhielt. Diejenigen zu Förster blieben bis mindestens 1927 aufrecht, über die zu Dorten unterrichtet der in der Allgemeinen Zeitung (Halle) vom 16. Februar 1923 veröffentlichte Brief vom 8. März 1921.

Es kommt hinzu, daß Herr Heldmann als Antwort auf den von der Fakultät am 3. Januar 1918 einstimmig gefaßten Beschluß in seiner Schrift: „Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtspromessors in der Heimat (Ludwigsburg 1922) auf S. 75 von der Philosophischen Fakultät in Halle geschrieben hat: „Sich selbst aber zum noch dazu freiwilligen Büttel des Ministeriums und der dahinter stehenden Militärdiktatur des stellvertretenden Großen Generalstabes gegen einen Kollegen zu machen, hätte ihr das einfachste akademische Ehrgefühl verbieten müssen.“ Zugestanden, daß Herr Heldmann in seinem ganzen unglückseligen Vorgehen sich subjektiv im Recht fühlte und seiner Entrüstung über das nach seiner Ansicht erlittene Unrecht Luft machen wollte, so bleiben doch diese und andere schwere öffentliche Beleidigungen gegen die Fakultät bestehen. Herr Heldmann sagt ebd., S. 86: „Daß für mich selbst die Ordinarien der Philosophischen Fakultät nach ihrem Vorgehen ‚erledigt‘ waren, verstand und versteht sich von selbst.“ Es ist daher anzunehmen, daß ihm die Eingliederung in diese Fakultät nur peinlich sein könnte. Der Fakultät aber, und insbesondere ihren älteren Mitgliedern, die den ganzen Verlauf der Angelegenheit mitgemacht haben, wäre seine Ernennung zum persönlichen Ordinarius geradezu unerträglich; sie bittet daher, von einer solchen Beförderung, die allein schon durch die wissenschaftlichen Leistungen nicht gerechtfertigt wäre, abzusehen.

P.S. Der Wortlaut dieses Schreibens wurde in der Fakultätssitzung vom 1. Dezember 1932 einstimmig angenommen.⁵

⁵ *Heldmann blieb Extraordinarius und erbat mit Schreiben vom 29.4.1933 (Bl. 222–224 der Akte) seine Pensionierung, da er nach seiner ganzen christlichen Weltanschauung, vaterländischen Orientierung, politischen Denkweise und wissenschaftlichen Arbeit viel zu stark in der Vergangenheit wurzele, um die national bewegte Jugend weiter zu unterrichten. Im Ministerium erwog man, § 4 des Berufsbeamtengesetzes (politische Unzuverlässigkeit) auf ihn anzuwenden, da dieses aber im November 1933 abgelaufen war, wurde er 1934 regulär pensioniert (Bl. 246 ff.).*

193. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel an das Kultusministerium.

Kiel, 25. Dezember 1921.

Ausfertigung, gez. Hugo Prinz als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 18, Bl. 506–508v.

Kandidaten für die Nachfolge von Arnold Oskar Meyer im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Fritz Hartung – Halle, Willy Andreas – Rostock und Hermann Wätjen – Karlsruhe.

Vgl. Einleitung, S. 127.

Für die Neubesetzung des durch die Berufung des Prof. A. O. Meyer nach Göttingen erledigten Lehrstuhls für neuere und mittlere Geschichte schlägt die Philosophische Fakultät zu Kiel vor

an 1. Stelle: den außerordentlichen Prof. Fritz Hartung in Halle a./S.,

an 2. Stelle pari passu in alphabetischer Reihenfolge:

den ordentlichen Prof. Willy Andreas in Rostock und den ordentlichen Prof. an der Technischen Hochschule Hermann Wätjen in Karlsruhe.

Fritz Hartung, geb. 12. Januar 1883 zu Saargemünd, hat 1905 als Schüler Hintzes in Berlin promoviert und ist seit 1910 Privatdozent in Halle, neuerdings außerordentlicher Professor mit Lehrauftrag für allgemeine Verfassungsgeschichte. Er ist ein Forscher von streng methodischer Schulung, der kritischen Scharfsinn und gewissenhafte Einzeluntersuchung aufs glücklichste mit seinem sicheren Blick für die lebendigen Kräfte und die großen Zusammenhänge der geschichtlichen Entwicklung verbindet. Die deutsche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Neuzeit ist durch keinen der lebenden Historiker reicher befruchtet worden als durch ihn. In ständiger Erweiterung seines Arbeitsgebietes ist er von der territorialen Verwaltungsgeschichte (Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth, 1906) vorgeschritten zur Erforschung der früher in ihrer praktischen Wirksamkeit kaum erkannten deutschen Kreisverfassung (Geschichte des fränkischen Kreises, 1910). Sein Streben nach einer Gesamtanschauung führte ihn, mit wachsender Sicherheit der Problemstellung, weiter zur Untersuchung der großen Reichsreformbewegung unter Maximilian I. und Karl V., die er in einer Reihe kleinerer Arbeiten behandelt hat. Schließlich hat er die bisher nur von Juristen angefaßte Aufgabe einer deutschen Verfassungsgeschichte der Neuzeit zum ersten Mal in einem ausgezeichneten Grundriß als Historiker gelöst (1914, neue Aufl. bevorstehend).

Seitdem arbeitet Hartung vor allem auf dem Gebiete der Verfassungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte Sachsen-Weimars und zeigt hierbei neben der stets bewiesenen Fähigkeit, das Einzelne im Zusammenhang des Ganzen zu sehen, auch Tiefe und Kraft in der Persönlichkeitsschilderung (Carl August als Landesherr, Historische Zeitschrift 1921). In

seinem Buch über Deutsche Geschichte von 1871 bis 1914 endlich (erschieden 1920, neue Aufl. bevorstehend) erweist er sich auch der Aufgabe gewachsen, eine große Periode in der Gesamtheit ihrer Lebensäußerungen zu umfassen und anschaulich mit sicherer Gliederung des reichen Stoffes und mit wohlthuender Objektivität darzustellen. Durch die Zahl seiner Schriften wie die Fruchtbarkeit seiner Gedankenarbeit steht Hartung an erster Stelle von allen, die in Frage kommen.

Der ausgereiften Forschungspersönlichkeit entspricht nach den uns zugegangenen Urteilen eine reiche Lehrbegabung in Kolleg wie Seminar und eine aus Ernst und Humor glücklich gemischte Wesensart, die die Studenten auch menschlich anzieht.

Willy Andreas, geb. 30. Oktober 1884 zu Karlsruhe in Baden, hat 1908 als Schüler von Marcks in Leipzig [sic! richtig: Heidelberg] promoviert und sich 1912 in Marburg habilitiert. Im Jahre 1915 ist er als Nachfolger von A. O. Meyer nach Rostock berufen worden, wo er anfangs als Extraordinarius wirkte, seit 1919 als Ordinarius. In all seinen Arbeiten erscheint Andreas als eine Persönlichkeit von reicher Geisteskultur, von psychologischer Feinheit in der Menschen- und Milieuschilderung und von künstlerischer Gestaltungskraft auch einem spröden Stoff gegenüber. Schon seine Erstlingsschrift über die venezianischen Relationen und die Kultur der Renaissance (1908), mit ihrem liebevollen Einfühlen in fremdes Geistesleben, mit ihrer Künstlerfreude am Schildern und der reichen Ausdruckfähigkeit der Sprache, ist völlig charakteristisch für die Art seiner Begabung. Sein Eintritt in den Dienst der Badischen Historischen Kommission stellte ihn anscheinend vor eine ihm wesensfremde Aufgabe, die Darstellung der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in der Entstehungszeit des Großherzogtums (1802–1818). Allein schon die kleineren Aufsätze und Schriften, die dem sorgfältig vorbereiteten Hauptwerk vorangingen, zeugten davon, daß er auch in den Akten von Behörden die schöpferischen Kräfte des geschichtlichen Lebens aufzuspüren weiß. Das Hauptwerk selbst, das den Aufbau des badischen Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik zum Gegenstande hat (1913), ist eine der besten Darstellungen, die wir auf dem Gebiete der Verwaltungsgeschichte besitzen, in der geistigen Durchdringung und plastischen Gestaltung des Stoffes ebenso wie in der weiten Spannung des Rahmens, die das Werk über die Bedeutung einer landesgeschichtlichen Monographie emporhebt.

Zu den reizvollsten Partien des Buches gehören die Persönlichkeitsschilderungen, die stets den Menschen und seine Zeit als Einheit schauen. Andreas ist daher ein Meister der Charakteristik im Essay. Lebens- und Zeitbilder, wie er sie in seinem „Graf Baldassare Castiglione und die Renaissance“ in „Marwitz und der Staat Friedrichs des Großen“, in seinem „Richelieu“ (Archiv für Kulturgeschichte X, 1912; Historische Zeitschrift 122, 1920, Meister der Politik 1921) farbenfrisch und warm pulsierend hingestellt hat, zeigen ihn als den Geistesverwandten seines Lehrmeisters Erich Marcks.

In pädagogischer Hinsicht scheint Andreas bei seiner ausgesprochenen literarischen Begabung hinter dem kritischen und verstandesscharfen Hartung zurückzustehen. Doch wird uns von wohlunterrichteter Seite bezeugt, daß nicht nur von seinen Vorlesungen, sondern auch von seinen Seminarübungen eine starke Wirkung ausgeht.

Hermann Wätjen, geb. 14. Februar 1876 zu Bremen, hat 1900 als Schüler Erdmannsdörfers und Diedrich Schäfers in Heidelberg promoviert und sich 1908 ebenda habilitiert. Im Jahre 1919 ist er als Nachfolger Arthur Böhlingks Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe geworden. Seinen wissenschaftlichen Studien wurde die Richtung zur See-, Handels- und Kolonialgeschichte weniger durch einen akademischen Lehrer als durch Herkunft und Familienbeziehungen gegeben. Als Hanseat und Großkaufmannssohn brachte er von Haus aus Vorliebe und Verständnis für die Bedingungen des Wirtschaftslebens und die Denkweise des Kaufmanns mit. Und so hat er auf Gebieten, die von der deutschen Wissenschaft wenig oder gar nicht betreten waren, in reichem Maße Neuland für die Forschung erobert. Seine zahlreichen Einzeluntersuchungen und vor allem seine beiden darstellenden Werke zur holländischen Seehandels- und Kolonialgeschichte schöpfen überwiegend aus Quellen, die er selbst erst erschließen mußte. Sie beruhen zudem auf einem Rohmaterial, dessen Sichtung und Durchdringung durch seinen Umfang und seine Sprödigkeit den Forscher vor schwierige und neuartige Aufgaben stellte. W. ist dieser Schwierigkeit Herr geworden, so daß der leichte Fluß seiner Darstellung wenig davon verrät, welch gewaltige Stoffmassen durch ihn gemeistert worden sind.

In seinem Werke „Die Niederländer im Mittelmeergebiet zur Zeit ihrer höchsten Machtstellung“ (Bd. II von Dietrich Schäfers „Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte“, 1909) erfaßt Wätjen seine Aufgabe, die Mittelmeerfahrten der jungen holländischen Kaufmannsrepublik darzustellen, als Ausschnitt aus dem großen weltgeschichtlichen Kapitel des Kampfes um das Mittelmeer und macht so ein handelsgeschichtliches Thema, das an sich nur von sekundärer Bedeutung ist, fruchtbar für die allgemeine Geschichte der Mittelmeervölker und der Levante. Auch die mühselige und methodisch mustergültige Kleinarbeit, die in der umfangreichen Statistik (100 S. Schiffs- und Warentabellen) geleistet wird, kommt nicht nur der speziellen Handelsgeschichte zugute, sondern wird auch unter allgemeinen Gesichtspunkten ausgewertet.

Diesem Werke folgten seit 1910 zahlreiche wirtschafts- und seegeschichtliche Abhandlungen, zur Geschichte der holländischen Heringsfischerei, des holländischen Wallfischfanges, der bremischen Südseefischerei, des Negerhandels, des Tauschhandels an der Goldküste, über das Judentum und die Anfänge der modernen Kolonisation, über den Zucker im Wirtschaftsleben Lateinamerikas (Hansische Geschichtsblätter 1910, 11, 13, 19; Bremer Jahrbuch 1914; Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1913; Weltwirtschaftliches Archiv 1921 u. a.) und schließlich – wieder als Frucht jahrelanger Arbeit, in Holland und zuletzt in Brasilien – das Buch „Das Holländische Kolonialreich in Brasilien“ (1921), ein Werk, das die Vorzüge des Mittelmeerbuches erneut zeigt: Bewältigung großer Stoffmassen, gewissenhafte Einzelforschung und Einordnung des Wirtschaftlichen in größere Zusammenhänge. Das Buch bietet zugleich die erste Darstellung, die es von den inneren Zuständen Holländisch-Brasilien (Verwaltung, Kirche, Kultur) überhaupt gibt.

Wenn die Fakultät einen Forscher, dessen Arbeiten überwiegend auf dem Gebiete der überseeischen Geschichte liegen, vorschlägt und warm empfiehlt, so tut sie es einmal, weil ihr die

Pflege der Wirtschaftsgeschichte, zumal der überseeischen, gerade in Kiel bei der Eigenart der hiesigen Universität als dringend wünschenswert erscheint. Einseitigkeit ist von Wätjen nicht zu befürchten, da er schon in seiner bisherigen Lehrtätigkeit auch Gebiete der europäischen und deutschen Geschichte behandelt hat. Weiterhin aber verspricht sich die Fakultät von der Persönlichkeit und der in Vorlesungen und Übungen wohl bewährten Lehrbegabung des Vorgeschlagenen eine starke Wirkung auf die hiesige Studentenschaft. Weitblick und Unabhängigkeitssinn des Hanseaten, reiche Welterfahrung und Völkerkenntnis, eine ungebrochene Lebenskraft voll kernigen, niederdeutschen Humors sind in Hermann Wätjen verkörpert. Wie er in der schweren Zeit vierjähriger Zivilgefängenschaft in England als Rektor der Gefangenen-Hochschule in Wakefield sich und andere aufrechterhalten hat durch das Beispiel unermüdlicher wissenschaftlicher Arbeit und durch seine Vorlesungen über die Gründung des Deutschen Reiches, so erwarten wir, daß er dem heute oft schwer am Leben tragenden Studenten als Lehrer wie als Mensch gleich viel werde sein können.¹

194. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für das Kultusministerium.

Kiel, 9. Februar 1923.

Ausfertigung, gez. Scholz als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 19, Bl. 295–297.

Kandidaten für die Nachfolge von Carl Rodenberg im Ordinariat für mittelalterliche Geschichte sind: Rudolf Häpke – Berlin, Fritz Rörig – Leipzig und Hermann Aubin – Bonn.

Vgl. Einleitung, S. 127.

Betrifft die Neubesetzung der Professur für mittelalterliche Geschichte.

Herr Minister!

Für die Geschichtsprofessur, die durch die Entbindung des Prof. Rodenberg von seinen amtlichen Verpflichtungen neu zu besetzen ist, bringt die Philosophische Fakultät folgende Herren in Vorschlag.

An erster Stelle nennt sie Rudolf Häpke, außerordentlicher Professor in Berlin, zum 1. April als Ordinarius nach Marburg berufen. Häpke wurde 1884 in Bremen geboren und promovierte 1908 in Berlin mit der Dissertation „Brüggens Entwicklung zum mittelalterlichen Weltmarkt“. Die Schrift, ungewöhnlich durch den Umfang von geschichtlichen

¹ Mit Vereinbarung vom 22.3.1922 (Bl. 512 der Akte) berief das Kultusministerium Hartung.

und wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnissen und Einsichten, gab die Veranlassung, daß der Hansische Geschichtsverein Häpke beauftragte mit der Herausgabe der „Niederländischen Akten und Urkunden zur Geschichte der Hanse und der deutschen Seegeschichte“, die ihn zu mehrjährigem Aufenthalt nach Holland und Belgien führte. Die Frucht seiner Arbeit waren zwei starke Bände, die Zeugnis ablegten von seiner Befähigung zur archivalischen Erforschung vielseitiger und verwickelter Beziehungen und von Beherrschung der Editionstechnik. 1914 habilitierte sich Häpke in Berlin mit dem Buche „Die Regierung Karls V. und der europäische Norden“, in welchem seine hansischen Forschungen über die politische Geschichte Skandinaviens ausgeweitet erscheinen. Im Kriege zum Wirtschaftsausschuß kommandiert, verfaßte er im amtlichen Auftrag eine „Geschichte der Deutschen Verwaltung in Litauen 1915/18“, einen Band von rund 50 Bogen, die unseres Wissens nicht im Buchhandel erschienen ist. Als er nach dem Kriege seine Lehrtätigkeit wieder aufnahm, errang er rasch außerordentliche Erfolge in Vorlesungen und Übungen. Er empfing den Lehrauftrag für Wirtschaftsgeschichte. Neben ihr las er Sozialgeschichte und Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der europäischen Staaten im Mittelalter wie in der Neuzeit. Seine neueren Veröffentlichungen bewegen sich auf demselben Gebiet. Seine Betrachtung umspannt gern weite Räume, die er, mit großer Arbeitskraft ausgestattet, geistig zu durchdringen versteht. In der hansischen Geschichte ist er unter den jüngeren Forschern so sehr der erste, daß ihm die Herausgabe der Hansischen Geschichtsblätter anvertraut ist. Frische und eine seltene Gabe mit jungen Leuten umzugehen, sie zu fesseln und zu fördern, haben ihm weithin unter den Studierenden Ansehen verschafft. Vorträge von ihm werden auch außerhalb der akademischen Kreise gern gehört. Wenn unsere Universität, als das geistige Haupt einer Grenzprovinz, die immer in freundlichen und feindlichen Beziehungen zum skandinavischen Norden gestanden hat, für die Geschichte einen Vertreter braucht, der zu den besonderen, hier sich herandrängenden wissenschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen vermag und die Eigenschaften besitzt, die überlieferte Verbindung zwischen Universität und Provinz zu pflegen, so erscheint Häpke durch seine Arbeiten über hansische und skandinavische Geschichte mehr als irgend ein anderer geeignet.

An zweiter Stelle nennen wir Fritz Rörig, planmäßiger außerordentlicher Professor in Leipzig. Rörig, geb. 1882 in S. Blasien, promovierte 1905 mit der Dissertation über die „Entstehung der Landeshoheit des Trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel und Ruwer und ihr Kampf mit den patrimonialen Gewalten“. 1906 wurde er Archivassistent zu Metz. Aus der Beschäftigung mit den dortigen Akten ging ein Aufsatz über die Metzger Bulette, eine Verkehrssteuer, hervor und zwei Skizzen, Bilder aus dem geistlichen Leben von Metz unter dem Ancien Regime. 1911 wurde er Archivar in Lübeck, und seitdem wurde die lübische Geschichte sein bevorzugtes Arbeitsgebiet. Ohne daß er habilitiert gewesen wäre, wurde er 1918 als außerordentlicher Professor für geschichtliche Hilfswissenschaften an die Universität Leipzig berufen. Seine Lehrtätigkeit gab ihm Veranlassung zu paläographischen und diplomatischen Untersuchungen. Von der lübischen Geschichte kam er einerseits zu der vielumstrittenen Frage des Ursprungs der Ratsverfassung in den deutschen Städten, ander-

seits zur Geschichte der Hanse, über deren europäische und nationale Bedeutung er einen für einen weiteren Leserkreis berechneten Aufsatz veröffentlichte. Nebenher ging eine rege Rezensionstätigkeit über Werke wirtschafts-, verfassungs- und rechtsgeschichtlichen Inhalts. Aufsehen erregte seine jüngste Schrift „Der Markt von Lübeck“ durch ihre Methode und ihre überraschenden Ergebnisse. Aus Tausenden von Eintragungen in die Stadtbücher vermochte er von der Gründung und den früheren Zuständen Lübecks ein völlig neues Bild zu zeichnen, das in allen wesentlichen Punkten als einwandfrei anerkannt wird. Minutiöse Kleinarbeit und Kraft der Synthese vereinigen sich hier. Von seiner Lehrtätigkeit wird gerühmt, daß er seine Hörer nicht nur anzuregen, sondern auch zu erwärmen verstehe, und daß er seine näheren Schüler sicher und mit Hingebung führe. Durch seine Beschäftigung mit der lübischen und hansischen Geschichte erscheint Rörig ebenfalls für die Kieler Professur besonders geeignet, und daß er auch historische Hilfswissenschaften vertreten kann, empfiehlt ihn weiter.

An dritter Stelle nennen wir Hermann Aubin, außerordentlicher Professor in Bonn. Aubin wurde 1885 zu Reichenberg in Deutsch-Böhmen geboren und promovierte 1911 mit der Dissertation „Die Verwaltungsorganisation des Fürstentums Paderborn im Mittelalter“. Darnach übernahm er die Herausgabe der Kurkölnischen Weistümer, von denen er bis 1914 zwei Bände erschienen. Den Krieg machte er als österreichischer Offizier mit. 1916 habilitierte er sich in Bonn mit dem Buche „Die Entstehung der Landeshoheit nach niederrheinischen Quellen“. Institutionen wie Grafschaft, Immunität, Vogtei und andere werden darin von der fränkischen Epoche bis in die Neuzeit verfolgt, und zwar so, daß für die besondere Entwicklung in den niederrheinischen Gebieten eine Menge sicherer Feststellungen gemacht werden, im Hintergrunde aber immer wieder die allgemeine Entwicklung erscheint, wodurch das Buch ebenso ergebnisreich für die allgemeine deutsche Verfassungsgeschichte wie für die niederrheinische ist. Dasselbe Streben, Lokales und Allgemeines zu verknüpfen, zeigen Aubins Beiträge zu dem Sammelwerke „Geschichte des Rheinlandes“, für das er die Verfassungsentwicklung und die Agrargeschichte bearbeitet. In ihrer Gedrungenheit und kräftigen Anschaulichkeit bekunden sie auch eine bemerkenswerte Gabe der Darstellung. Unter seinen übrigen Veröffentlichungen heben wir einen Vortrag hervor, in welchem er das neuerdings stark betonte Fortleben antiker Kulturelemente im Mittelalter für die Rheinlande mit gewichtigen Gründen einschränkt. Auch als Organisator hat sich Aubin bewährt: Er hat wesentlichen Anteil an der Errichtung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn gehabt, an dem er die Abteilung für Geschichte leitet. In seinen Vorlesungen und Übungen behandelt er vornehmlich Wirtschaftsgeschichte und geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, für die er einen Lehrauftrag hat, daneben Quellenkunde und ältere deutsche Geschichte. Seine Hörerzahlen halten sich erheblich über dem Durchschnitt, und er hat eine Reihe von Dissertationen angeregt. Er wird uns als eine Persönlichkeit von angenehmen und sicheren Formen geschildert. Wenn auch Aubin bisher nichts über schleswig-holsteinische Geschichte und nordische Geschichte gearbeitet hat, setzen wir ihn doch auf unsere Liste, weil er nicht nur ein erfolgreicher und

angesehener Forscher von großer Arbeitsfreudigkeit ist, sondern auch den besonderen Erfordernissen unserer Universität insofern gerecht zu werden verspricht, als er als Deutschböhme den wissenschaftlichen Fragen, welche Nationalitätskämpfe aufweisen, natürliche Teilnahme und Verständnis entgegenbringt und durch seine rheinischen Erfahrungen der landeskundlichen Forschung bei uns Antrieb zu geben vermag.¹

195. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für

Kultusminister Otto Boelitz.

Kiel, 2. August 1923.

Ausfertigung, gez. Toeplitz als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 19, Bl. 414–415v.

Kandidaten für die Nachfolge von Fritz Hartung im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Karl Alexander von Müller – München, Wilhelm Schüßler – Rostock, Friedrich Wolters – Marburg und Gerhard Ritter – Heidelberg.

Vgl. Einleitung, S. 127.

Herr Minister!

Zur Wiederbesetzung des durch die Wegberufung des Herrn Hartung freigewordenen Lehrstuhls für mittlere und neuere Geschichte schlägt die Philosophische Fakultät vor: 1. den Honorarprofessor an der Universität München, Dr. K. A. von Müller, 2. pari loco den planmäßigen außerordentlichen Professor an der Universität Rostock, Dr. W. Schüßler und den nichtplanmäßigen beamteten außerordentlichen Professor an der Universität Marburg, Dr. F. Wolters, 3. den Privatdozenten an der Universität Heidelberg, Dr. Gerhard Ritter.

1. K. A. von Müller, 1882 zu München geb., promovierte nach einer durch einen Aufenthalt als Rhodes-Stipendiat in England verlängerten Studienzeit von 1908 in München zum Dr. phil. Seine Dissertation, die 1909 unter dem Titel „Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe“ in erweiterter Form erschien, erregte die Aufmerksamkeit der Fachgenossen durch die sichere Beherrschung des Quellenmaterials, durch die glückliche Verbindung von methodischer Kritik und Kombinationsgabe, durch die Weite des politischen und geistige Geschichte umspannenden Gesichtskreises und durch die Klarheit und Kraft der Darstellung. Dem einmal gewählten Arbeitsgebiet ist er in seinen folgenden Aufsätzen zunächst treu geblieben. Durch die vor kurzem in dem 3. Band der „Meister der

¹ Da Häpke einen Ruf nach Marburg annahm, ernannte das Kultusministerium Mitte 1923 Rörig.

Politik“ veröffentlichten Abhandlung über Pitt ist er in die vorderste Reihe der jüngeren Historiker getreten. Sie zeigt nicht allein gediegene Kenntnisse auf dem Gebiete der englischen und der allgemeinen Geschichte, sondern beweist zugleich eine gegenüber den früheren Arbeiten noch gesteigerte Wucht in der Bewältigung weitgesteckter Aufgaben sowohl hinsichtlich der Forschung wie der Gestaltung. Seit 1917 Dozent, dann Honorarprofessor an der Universität München, hat er durch die Frische und Kraft seiner Persönlichkeit mit gutem Erfolge auf die Studenten gewirkt. Auch sein namentlich in dem Nebenamt als Syndikus der Akademie der Wissenschaften zu München bewährtes Organisationstalent wird gerühmt. Da von Müller nach seinen Leistungen vor allen berufen erscheint, die Aufgaben der Professur zu erfüllen, legt die Fakultät besonderen Wert darauf, daß er für Kiel gewonnen werde.

2. Wilhelm Schüßler, 1888 zu Bremen geb., promovierte 1913 in Freiburg i. B. mit einer Arbeit über die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament zum Dr. phil. Aus der weiteren Beschäftigung mit den österreichischen Dingen erwuchs sein erstes größeres Werk über „Das Verfassungsproblem im Habsburgerstaate (1918)“ [richtig: Habsburgerreich – H. S.]. Es beweist gründliche Vertrautheit mit der weit-schichtigen Literatur, volle Beherrschung und Durchdringung des Stoffes, ein klares, mit jugendlichem Mut ausgesprochenes Urteil und eine geschickte Darstellungsgabe. 1919 an der Universität Frankfurt habilitiert und mit Vorlesungen an der Technischen Hochschule zu Darmstadt beauftragt, wandte er sich hier der hessischen Geschichte zu und bearbeitete die Tagebücher des Ministers von Dalwigk, die er 1920 mit einer Einleitung veröffentlichte. Schon im folgenden Jahr erschien sein Hauptwerk „Bismarcks Sturz“. Es fußt auf gründlicher Kenntnis der Quellen, kluger Erforschung der vielen Streitfragen, feinem psychologischen Verständnis und darf in seiner gewandten Darstellung als eine erhebliche Bereicherung unserer geschichtlichen Literatur angesehen werden. Als akademischer Lehrer wirkt Schüßler in Vorlesungen und Übungen durch seine lebendige und temperamentvolle Persönlichkeit mit ausgezeichnetem Erfolg.

Friedrich Wolters, 1875 in Uerdingen im Rheinland geb., promovierte 1903 mit einer 1905 als Buch erschienen Arbeit über Agrarzustände und Agrarprobleme in Frankreich 1700–1790. Er widmete sich dann der Fortsetzung der von Breysig begonnenen Geschichte der brandenburgischen Finanzen für das große Sammelwerk der Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des großen Kurfürsten und gab 1915 den stattlichen 2. Band dieses Werkes heraus, der eine groß angelegte Geschichte der ganzen Zentralverwaltung des brandenburgischen Heeres und der Steuern und wichtige Aufschlüsse zur Geschichte des Kommissariatswesens enthält. In seiner letzten Arbeit über Colbert ist er wieder zur französischen Geschichte zurückgekehrt. Sie imponiert durch die kraftvolle Erfassung der Persönlichkeit sowohl wie der allgemeinen Verhältnisse, durch die souveräne Beherrschung des Materials, durch die künstlerische Gestaltung. Seine Lehrtätigkeit wird gerühmt. Als Persönlichkeit von ausgeprägter Eigenart und feinsten Kultur übt er auf einen bestimmten engeren Kreis seiner Hörer eine mitreißende Wirkung aus.

3. Gerhard Ritter, 1888 zu Soden a. d. Werra geb., promovierte 1912 in Heidelberg mit einer Arbeit über die preußische Konservativen und Bismarcks deutsche Politik. Er hat sich in der letzten Zeit einen Namen gemacht durch seine Studien zur Spätscholastik und zum Humanismus, die ein ungewöhnliches Maß von Kenntnissen über die Geistesgeschichte des ausgehenden Mittelalters und der Reformationszeit und reife Selbständigkeit im Urteil verraten. Seine Lehrtätigkeit, die er erst im Sommer 1921 begonnen hat, hat hinter seiner ausgedehnten literarischen Produktion bisher in 2. Linie gestanden, doch darf nach den uns zugewandten Urteilen erwartet werden, daß seine wissenschaftlich stark veranlagte Persönlichkeit auch auf diesem Gebiete Gutes leisten wird. Sein Arbeitsgebiet, die Geistesgeschichte des ausgehenden Mittelalters als Grundlage für die Reformationsgeschichte, berührt sich freilich so eng mit dem von Prof. Scheel, daß wir für den Fall der Berufung Scheels auf den Lehrstuhl der Landesgeschichte bitten müssen, von einer Berufung Ritters abzusehen.¹

**196 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für
Kultusminister Adolf Grimme.
Kiel, 28. Juli 1930.**

Ausfertigung, gez. Rosenberg als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 236–242.

*Kandidaten für die Nachfolge von Friedrich Wolters im Ordinariat für mittlere und neuere
Geschichte sind: Hermann Wätjen – Münster, Otto Becker – Halle, Wilhelm Schüßler
– Rostock und Adolf Rein – Hamburg.*

Vgl. Einleitung, S. 127.

Herr Minister!

Bei der Wiederbesetzung des Lehrstuhles für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Kiel, der durch den Tod von Prof. Wolters erledigt worden ist, waren besondere Verhältnisse sachlicher und persönlicher Art zu berücksichtigen. Sachlich nach der Richtung hin, daß bei der starken Pflege überseeischer Beziehungen, wie sie in Kiel namentlich durch das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr gegeben ist, die Berufung eines Vertreters der neueren europäischen und außereuropäischen Wirtschaftsgeschichte erwünscht ist. Allerdings nur unter der wesentlichen Voraussetzung, daß ein Gelehrter solcher Art gleichzeitig die Gewähr dafür leistet, daß er namentlich auch die politische Geschichte in

¹ *Das Kultusministerium berief Wolters, Mitglied im George-Kreis, zum Wintersemester 1923/24 (Bl. 411 der Akte).*

vollem Ausmaße beherrscht, denn eine vollwertige Vertretung auch der politischen Geschichte der Neuzeit ist so sehr eine absolute Anforderung an die wissenschaftliche Persönlichkeit, die für die Besetzung in Frage kommen kann, daß dieser Gesichtspunkt als der entscheidende in den Vordergrund zu treten hat. Nach der persönlichen Seite war für Kiel in Betracht zu ziehen, daß die frühen Jahrhunderte der Neuzeit, das 16. und 17., durch Prof. Scheel voll vertreten sind, so daß im Interesse einer möglichst glücklichen Ergänzung der geschichtswissenschaftlichen Lehrkräfte unserer Universität im vorliegenden Fall in erster Linie an einen namhaften Vertreter der neueren Jahrhunderte zu denken war.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte schlägt die Fakultät vor:

an 1. Stelle: den ordentlichen Prof. Hermann Wätjen in Münster in Westfalen,

an 2. Stelle: pari passu und in alphabetischer Reihenfolge

den ordentlichen Prof. Otto Becker in Halle a./S. und

den ordentlichen Prof. Wilhelm Schüßler in Rostock,

an 3. Stelle: den planmäßigen außerordentlichen Prof. Dr. Adolf Rein in Hamburg.

Hermann Wätjen dürfte nach Ansicht der Fakultät in seiner Person die Voraussetzungen für die oben dargelegten Anforderungen am besten vereinen, ja vielleicht allein in der Lage sein, sie nach jeder Richtung hin zu erfüllen. Aus Gesichtspunkten solcher Art heraus hatte die Fakultät Wätjen bereits in ihrer Vorschlagsliste vom 28. Juli 1921 in Vorschlag gebracht. Auf die damals gegebene eingehende Begründung ihres Vorschlages sei daher an dieser Stelle verwiesen. Was damals über die persönlichen und wissenschaftlichen Eigenschaften Wätjens ausgeführt werden konnte, trifft in noch vertiefterem Sinne auch heute zu. Der auf die deutsche Seegeschichte und überseeische Kolonialgeschichte gerichtete Grundzug der wissenschaftlichen Produktion Wätjens hat sich seitdem in einer Reihe kleinerer, immer wirklich fördernder Arbeiten weiter bewährt. Das Bestreben, für neue Arbeitsgebiete neues bisher nicht verwendetes Quellenmaterial zu erschließen, bekräftigt er neu in seiner Untersuchung über „Die Hansestädte und Brasilien 1820–1870 (Weltwirtschaftliches Archiv 22). Kurze Aufsätze sind der Bedeutung des Panamakanals für die deutsche Seeschifffahrt (1929) und dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte gewidmet. Gegenüber der 1921 vorliegenden Produktion Wätjens ist aber noch hervorzuheben, daß inzwischen zwei, wenn auch kurze Arbeiten aus dem Gebiet der unmittelbar politischen Geschichte der neuesten Zeit vorliegen. Das ist einmal sein vielbeachteter Aufsatz „Die großen Vier auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919“ (Archiv für Politik und Geschichte 1926), sodann ein sich mit dem letzten Aufsatz berührender Vortrag vom Jahre 1929 (Die Pariser Friedenskonferenz und das deutsche Schicksal), die jedenfalls das eine bezeugen, daß Wätjen durchaus nicht als wirtschaftsgeschichtlicher Spezialist gewertet werden darf. Umfassendere weitere Arbeiten sind von Wätjen in der nächsten Zeit zu erwarten. Inzwischen hat sich Wätjen als Lehrer auf den verschiedensten Gebieten neuerer Geschichte mit unzweifelhaft starkem Erfolge bewährt. Seine Herkunft aus hanseatischer Kaufmannsfamilie, seine Weltkenntnis und Welterfahrung haben sich inzwischen in den verschiedensten Fällen zugunsten seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, aber auch zugunsten des Ansehens deutscher Wissenschaft im Ausland aufs glücklichste ausgewirkt.

Otto Becker, geb. den 17. Juli 1885 in Malchow in Mecklenburg, promovierte 1909 in Berlin mit der Dissertation „Séance royal am 23. Juni 1789“. Ihr folgte schon 1910 ein Werk über die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn der großen Revolution. Zwei Jahre danach wurde er Dozent an der Kaiserlichen Hochschule Okayama in Japan, nahm an der Verteidigung Tsingtaus teil und verbrachte nach dem Fall Tsingtaus die Kriegsjahre in freier Gefangenschaft in Japan. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde Becker Geschäftsführer des Stiferverbandes der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, habilitierte sich 1923 an der Universität Berlin für mittlere und neuere Geschichte und wurde 1927 zum ordentlichen Professor in Halle/S. ernannt. Seine nach der Rückkehr nach Deutschland veröffentlichten Arbeiten untersuchen vor allem die Geschichte, Wirkung und Bedeutung der europäischen Bündnisse, die dem Weltkrieg vorangingen. In zwei kleineren Veröffentlichungen hat er freilich zunächst sich über Deutschlands Zusammenbruch und die Möglichkeiten eines Wiederaufstiegs geäußert (Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung, 1920, 2. Aufl. 1922; Bedingungen für Deutschlands Wiederaufstieg, 1922). Das Werk jedoch, das ihm als Historiker einen Namen verschaffte, wurden die beiden Bände über „Bismarck und die Einkreisung Deutschlands“. Der 1. Band erschien 1923 mit dem Untertitel „Bismarcks Bündnispolitik“; der 2. Band 1925 unter dem Titel „Das französisch-russische Bündnis“. 1928 folgte eine Veröffentlichung über „Bismarck und die Aufgaben der deutschen Weltpolitik“.

Beckers Untersuchungen über die Bündnissysteme in Europa vor dem Weltkriege haben eine feste Grundlage für jede weitere historische Erforschung des europäischen politischen Geschehens in den ein und einhalb Menschenaltern vor 1914 gelegt. Sie zeichnen sich durch umfassende Quellenkenntnis aus. Außer den allgemein zugänglichen Quellen, insbesondere den großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes, wurden auch bisher nicht veröffentlichte Quellen benutzt wie die Aufzeichnung des deutschen Botschafters in Petersburg, des Generals von Schweinitz und österreichische Staatsakten für die Zeit von 1890–1894. Gerade die Benutzung der nicht veröffentlichten österreichischen Akten führte zu überraschenden, aber einwandfreien Feststellungen betreffend die Haltung Österreichs nach Preisgabe des Rückversicherungsvertrages Deutschlands mit Rußland. Eine besonnene, ruhige, kritische Prüfung des weitschichtigen Stoffes, feine psychologische Einfühlung in die Motive der handelnden Personen, eine klare und aufschlußreiche Analyse der verwickelten gesamteuropäischen Lage, eine tiefeindringende Untersuchung der auswärtigen Politik Bismarcks, deren scheinbarer Widerspruch im Abschluß des Rückversicherungsvertrages und in der Förderung des Mittelmeer-Dreier-Abkommens überzeugend aufgeklärt wird, die wuchtige Schilderung des hier zum ersten Mal in seinen verhängnisvollen Folgen nachgewiesenen Verzichts auf den russischen Vertrag, die eindrucksvolle Zeichnung der großen Linien der Entwicklung, die plastische, nie den Boden der Tatsachen verlassende Darstellung lassen Becker als einen hervorragenden Historiker erkennen. Daß er aus eigener Anschauung die ostasiatische Welt kennt und auch mit der französischen Geschichte sich selbständig befaßt hat, macht ihn für Kiel besonders geeignet. Gerade auch seine selbst-

ständige Kenntnis der französischen Geschichte, denn die nordeuropäische Geschichte ist in der Vergangenheit mit der französischen zum Teil eng verflochten gewesen. Und heute wiederum genießt weithin im europäischen Norden die französische Betrachtung ein starkes Ansehen. Becker wird uns als frische Persönlichkeit und guter Lehrer geschildert.

Wilhelm Schüßler, geb. zu Bremen am 12. Juli 1888, habilitierte sich 1919 in Frankfurt a. M., wurde 1922 außerordentlicher Professor und 1925 ordentlicher Professor in Rostock. Da er 1923 bereits auf der Kieler Liste stand, darf im Hinblick auf seine älteren wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf den damaligen Bericht hingewiesen werden. Seine Arbeiten befassen sich mit den Problemen der nationalen Einigung Deutschlands, der Politik Bismarcks und dem klein-deutschen und groß-deutschen Problem bis in die Gegenwart hinein. Schüßler verfügt über eine ungemein flüssige und lebendige Darstellung. Schwächen, die seinen älteren Publikationen, auch noch seinem weitverbreiteten Buch über Bismarcks Sturz anhaften, sind, wie seine jüngsten Veröffentlichungen bezeugen, überwunden. Zu den allgemein anerkannten Vorzügen seiner früheren Arbeiten dürfen jetzt auch eine sichere Methode und ein wohlabgewogenes, reifes Urteil genannt werden. Seine wissenschaftliche Entwicklung hat sich in stetig aufsteigender, schließlich steil aufsteigender Linie bewegt. Sein Buch über „Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867“ (1929 erschienen) bezeugt das einwandfrei. Aus den archivalischen Quellen herausgearbeitet und in lebendiger Fühlung mit der Forschung, ist es sowohl im Hinblick auf die einzelnen Vorgänge wie auf das Gesamtverständnis sehr aufschlußreich. Durch dieses Buch tritt Schüßler seinen Mitforschern ebenbürtig zur Seite. In seiner „Historisch-politischen Skizze“ über „Österreich und das deutsche Schicksal“ (1925) verrät er in der Erörterung des klein-deutschen und groß-deutschen Problems nicht nur ein tief eindringendes Verständnis der deutschen und österreichischen Politik in der wilhelminischen Zeit, sondern auch der mitteleuropäischen nationalen Fragen. Für eine erfolgreiche Tätigkeit an einer Grenzlanduniversität würde er darum besonders verheißungsvolle Voraussetzungen mitbringen. Als Lehrer und Redner wird er sehr gerühmt.

Adolf Rein, geb. zu Eisenach 1885, promovierte 1910 in Leipzig mit einer Dissertation über die „Teilnahme Sardiniens am Krimkrieg und die öffentliche Meinung Italiens“. Die Größe der politischen Leistung Cavours tritt hier im Widerspiel der europäischen Diplomatie, mehr noch inmitten der erregten Parteiungen seines Landes hell hervor. Seine nächste, bereits 1912 erschienene Schrift über den englischen Historiker Sir John Robert Seeley erbrachte nicht nur den Nachweis, daß Rein den Ideenkreis eines Mannes von wesentlich geistiger Bedeutung fein und verständnisvoll zu analysieren versteht, sondern führte ihn in den geistigen Bannkreis eben dieses Mannes, für den die Ausbreitung des englischen Volkes über die Erde, die Ausdehnung seines Imperiums, den eigentlichen Inhalt der englischen Geschichte bedeutete. Denn der Ausdehnung der europäischen Völker über das Atlantische Meer, der Geschichte des weltgeschichtlichen Prozesses der Vereinigten Staaten von Amerika, galt seitdem die ebenso ernste wie fruchtbare Arbeit des 1914 in Straßburg habilitierten, 1919 nach Hamburg umhabilitierten Forschers. Diesem Interessenkreis gehört auch

die wichtigste der bisherigen Arbeiten Reins an: das in die von Hermann Oncken herausgegebene „Allgemeine Staatengeschichte“ aufgenommene Werk: „Der Kampf Westeuropas um Nordamerika im 15. und 16. Jahrhundert“ (1925). Was Rein hier unter den sich gerade für ein so universales Thema besonders fühlbar machenden Wirkungen der Nachkriegszeit geleistet hat, hat volle Anerkennung gefunden, gerade auch bei Gelehrten, die einzelne Züge der Entwicklung anders sahen. Wie sehr diese Arbeiten Reins von großen, wahrhaft universalgeschichtlichen Gesichtspunkten getragen sind, zeigt vielleicht am deutlichsten sein knapp und scharf zusammengezogener Aufsatz „Über die Bedeutung der überseeischen Ausdehnung für das Europäische Staaten-System“ in Bd. 137 der Historischen Zeitschrift. Weite des Blicks sind mit ernster und origineller Forschung hier in vorbildlicher Weise miteinander verbunden. Der amerikanischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts gelten weitere Arbeiten Reins, von denen hier nur das 1923 erschienene Buch „Die drei großen Amerikaner“ genannt sein mag. Kleinere Aufsätze im Archiv für Kulturgeschichte (14) und der Zeitschrift für Geopolitik (1) bezeugen, daß Rein über sein amerikanisches Arbeitsgebiet Europa und Deutschland nicht vergessen hat.

Nach Umfang und Qualität seiner Arbeiten würde eine Zurückstellung Reins hinter die bisher Vorgeschlagenen nicht gerechtfertigt sein. Wenn wir ihn hinter ihnen nennen, so ist dafür nur die umfangreichere Erfahrung im Lehramt, die Wätjen, Becker und Schüßler aufweisen können, bestimmend gewesen. Auch mag seine charaktervolle und tüchtige, aber auch stille und zurückhaltende Persönlichkeit nicht so lebendig und impulsiv im Vortrag wirken, wie das für die Vorhergenannten mit individuellen Abstufungen gilt. Mit Wätjen teilt Rein das außereuropäische Arbeitsgebiet, nur daß bei ihm mehr die Probleme des politischen Werdens und der staatlichen Struktur überwiegen.

**196 b. Sondervotum von drei Professoren der Philosophischen Fakultät der Universität
Kiel für das Kultusministerium.**

Kiel, 28. Juli 1930.

Ausfertigung, gez. Stenzel, Harder, Kroner.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 246–247v.

*Weiterer Kandidat ist an zweiter Stelle neben Becker und Schüßler Hans Rothfels –
Königsberg.*

Vgl. Einleitung, S. 127.

Nachdem die Vorschlagsliste für die Neubesetzung des Lehrstuhles für mittlere und neuere Geschichte von der Fakultät angenommen ist, und nachdem von beiden Vertretern der Nachbarfächer ein Separatvotum für den außerordentlichen Prof. Petersen abgegeben ist,¹ hält es die unterzeichnete Minderheit für ihre Pflicht, sich für eine Erweiterung der Liste in anderer Richtung einzusetzen. Sie geht dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß allein die Qualität der wissenschaftlichen Produktion und das Schwergewicht der Lehr- und Erzieherpersönlichkeit für die Neubesetzung ausschlaggebend sein sollten. Sie glaubt daher neben den auf der Fakultätsliste genannten Namen noch den Königsberger Ordinarius Hans Rothfels in Vorschlag bringen zu sollen, der in allen Stadien der Beratung ernsthaft in Frage gekommen ist, und nennt Rothfels an 2. Stelle pari passu mit den dort aufgeführten Gelehrten.

Hans Rothfels, ordentlicher Prof. an der Universität Königsberg i. Pr., Reichsarchivrat, Mitglied der Historischen Reichskommission, geb. am 12.4.1891 in Kassel, wurde habilitiert 1923 an der Universität Berlin und 1926 als Ordinarius nach Königsberg berufen.

Rothfels begann als Schüler Friedrich Meineckes mit einem Buch über die politische Ideenentwicklung von Carl von Clausewitz (1920), das zu den geistvollsten Erzeugnissen der Meineckeschule gehört. Zugleich ist aber Rothfels auch Schüler von Hermann Oncken und rückt als solcher bei voller Ausnutzung der neueren geistesgeschichtlichen Methoden doch wieder stärker und herzhafter das eigentlich politische Interesse in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Als Reichsarchivar hat er sich eine ungewöhnlich gründliche Kenntnis der Bismarckschen Innenpolitik angeeignet. Seine ausgezeichnete Studie über Lohmann (1927) zeigt, wie tief er in die Akten zu Bismarcks Sozial-Politik eingedrungen ist, die er demnächst edieren und mit einer Darstellung von grundlegender Bedeutung begleiten wird. Sein Buch über Bismarcks englische Bündnis-Politik (1924) ist ein Stück Forscherleistung von höchstem Rang und zählt zu den wichtigsten Schriften des Stoffgebietes.

¹ Fritz Rörig und Otto Scheel votierten für den nichtbeamteten Extraordinarius Carl Petersen (Kiel), allerdings erst an dritter Stelle hinter Rein, vgl. in der Akte, Bl. 243–245.

In seiner Dozententätigkeit vereinigt Rothfels in seltener Weise exakte methodische Seminarschulung mit anregendem, von großen Gesichtspunkten beherrschtem Kollegvortrag. Er hat sich mit vollstem Einsatz unter Hintansetzung eigener literarischer Pläne dem Lehrberuf hingegeben und genießt in der Studentenschaft auch über den Kreis seines Fachgebietes hinaus in ungewöhnlichem Maße Ansehen und Verehrung. Auch den kulturpolitischen Aufgaben der östlichen Grenzprovinz hat er sich mit starker innerlicher Anteilnahme und großem Erfolge zugewandt. Das Schwergewicht seiner Gedanken, die feinsinnige Werbekraft seiner Rede, die unbedingte Objektivität seiner Gesinnung machen ihn zu einer bedeutenden Persönlichkeit von starker und echter Eigenprägung, die sich vor dem Durchschnittstypus des Fachhistorikers durch die Fähigkeit gedanklich vertiefter Durchdringung des mit exakten empirischen Methoden erfaßten Stoffes hervorhebt.²

**197. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Köln für das
Kuratorium der Universität Köln.**

Köln, 11. Juli 1919.

Ausfertigung, gez. Thiess als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 99–100.

*Einzig Kandidaten für die beiden Ordinariate für mittlere und neuere Geschichte sind
der aus Straßburg vertriebene Martin Spahn und Justus Hashagen – Bonn, der auch die
rheinische Geschichte mitvertreten soll.*

Vgl. Einleitung, S. 127.

Betr. Berufung zweier Ordinarien für Geschichte.

Die Fakultät schlägt für die Besetzung von zwei historischen Lehrstühlen an erster und einziger Stelle vor:

1. für mittlere und neuere Geschichte: Prof. Martin SPAHN, bisher Straßburg;
2. für mittlere und neuere Geschichte, verbunden mit einem Lehrauftrag für rheinische Geschichte: Prof. Justus HASHAGEN, Privatdozent in Bonn.

Bei der Behandlung der Geschichte sollen an der hiesigen Universität Kulturgeschichte und politische Weltgeschichte und zwar beide für die neuere Zeit bevorzugt werden. Die hierfür zu berufenden Historiker sollen aber nach ihrer bisherigen literarischen und Lehrtätigkeit imstande sein, alle Zeiten zu überblicken und darzustellen, um von dieser Grundlage aus

² Das Kultusministerium berief Becker (Bl. 250 der Akte).

den Studierenden ein erweitertes Verständnis für die genannten Gebiete zu vermitteln. Diesen Zielen entsprechen die vorgeschlagenen Persönlichkeiten durchaus, so daß die Fakultät erwarten kann, ihre Absichten mit ihrer Hilfe in bester Weise zu erreichen, zumal beide zugleich als hervorragende Lehrer in Vorlesungen und Seminaren und in ihrer allgemeinen persönlichen Wirkung auf die Studierenden gelten.

Als wesentlich kommt hinzu, daß beide nebeneinander die wichtigsten Grundrichtungen der historischen Wissenschaft – der Sybel–Treitschkeschen bzw. der Lamprechtschen Schule – vertreten, und daß sie sich gegenseitig nicht nur hierin, sondern auch nach ihrer Weltanschauung und der aus dieser hervorgehenden allgemeinen Betrachtung der historischen Entwicklung zu einem System ergänzen, das den verschiedenen geistigen Strömungen gleichzeitig entspricht und die Gegensätze nebeneinander zu Worte kommen läßt.

Bei SPAHN sieht sich die Fakultät zudem in die erfreuliche Lage versetzt, mit den sachlichen zugleich auch persönliche Rücksichten insofern vereinigen zu können, als sie dem aus Straßburg Vertriebenen einen neuen und aussichtsvollen Wirkungskreis darzubringen vermag.

Eine besondere Aufgabe setzt sich die Fakultät außerdem mit der Betonung der rheinischen Geschichte, der sie zum ersten Male eine amtliche Stätte bereiten möchte. Diese Absicht erscheint ihr deshalb besonders begründet, weil Köln schon seit langen Jahren der Sitz der wissenschaftlich-provinzialgeschichtlichen Interessen ist. Es befindet sich hier das zentrale Forschungsorgan in dieser Hinsicht: die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, die sich zum Teil auch auf das hervorragend ausgestattete Stadtarchiv stützt. Die Universität und die Gesellschaft können einander in wirkungsvoller Weise in der Behandlung und Erforschung der rheinischen Geschichte fördern. Die Sachlage wird noch dadurch ergänzt, daß die Kölner Stadtbibliothek der Mittelpunkt für die Sammlung der westdeutschen Literatur ist und das sich in Köln das Wirtschaftsarchiv der Rheinisch-Westfälischen Handelskammern befindet, das sich die Sammlung der neueren wirtschaftshistorischen Quellen und deren Erforschung zur Aufgabe macht. Auch der der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angehörende Vertreter der Wirtschaftsgeschichte hat in seinem Fache bisher besonders westdeutsche Stoffe bearbeitet und hält nebenher darüber Vorlesungen ab. Es würde sich somit, wenn die Universität mit einem ihrer historischen Lehrstühle die Behandlung der rheinischen Geschichte verbindet, ein sehr wünschenswertes und allseitig ausgebautes Lehr- und Forschungssystem für dieses Gebiet hier ergeben.

Diese Bestrebungen würden weiterhin dadurch ergänzt werden, daß auch die Bearbeitung der geographischen Probleme des Rheinlandes auf Köln beruht. Sie wird von der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde gleichzeitig betrieben, und einer der besten Kenner der westdeutschen Landeskunde und Mitarbeiter der Gesellschaft in dieser Beziehung ist Privatdozent der Geographie an der Universität.

Für die rheinische Geschichte im Nebenauftrag wird HASHAGEN vorgeschlagen, da er der einzige geeignete Vertreter dieses Faches an einer Hochschule ist, in dem er seit 15 Jahren eingehend gearbeitet und publiziert und vor allem auch mit bestem Erfolge gelehrt hat.

Die Berufung SPAHNS würde zudem die Besetzung eines besonderen Lehrstuhles für Zeitungskunde erübrigen, da Spahn sehr geeignet ist, die dieses Fach betreffenden Aufgaben zu leiten.

Die Fakultät glaubt aus den dargestellten wichtigen Rücksichten Spahn und Hashagen an einziger Stelle vorschlagen zu müssen, da sie keine andere geeignete Möglichkeit sieht, daß ihre Aussichten durch andere Historiker auf gleich befriedigendem Wege verwirklicht werden können.¹

**198. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Köln für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Köln, 17. November 1925.**

Ausfertigung, gez. von der Leyen als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 70–73.

Kandidaten für die Nachfolge von Justus Hashagen im Ordinariat für neuere Geschichte sind: Heinrich Ritter von Srbik – Wien, Adolf Rein – Hamburg, Paul Wentzke – Düsseldorf und Hans Rothfels – Berlin.

Vgl. Einleitung, S. 128.

Die Philosophische Fakultät der Universität Köln macht dem Herrn Minister für die Besetzung der ordentlichen Professur für neuere Geschichte folgende Vorschläge:¹

Unter den Vertretern des Faches im deutschen Sprachgebiet steht heute an hervorragender Stelle Dr. Heinrich Ritter von Srbik (geb. 1878), Ordinarius an der Wiener Universität. Während sich von Srbik in den früheren Phasen seiner reichen wissenschaftlichen Entwicklung mehr internen Fragen seiner Heimatgeschichte zugewandt hatte, wurde er zum ersten Male durch sein Buch über Wallensteins Ende (1920) auch in weiteren Kreisen bekannt. Dann hielt er 1924 einen Vortrag auf dem Frankfurter Historikertage über Metternich, der nach einstimmigem Urteile sachlich und formal das beste war, was auf dem Kongreß geboten wurde. Daß dies Urteil zutrif, ersieht man jetzt aus dem zweibändigen Buche über Metternich. Es darf als ein Meisterwerk moderner Geschichtsschreibung bezeichnet werden. Hinter ihm steht eine überaus weitgreifende, vom heiligen Feuer der Wissenschaft erfüllte

¹ Hashagen erhielt Ende Juli 1925 den Ruf nach Hamburg und nahm ihn angesichts des gebotenen höheren Einkommens Ende September 1925 an, vgl. Bl. 29 f. und 35 der Akte.

¹ Spahn und Hashagen wurden vom Kultusministerium berufen, letzterer mit Vereinbarung vom September 1919 für 4.200 M Grundgehalt (Bl. 101 der Akte). Aus GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 10 f., 13, 25 ergibt sich, dass Spahn im Oktober 1919 9.500 M Gehalt und Wohnungszuschuss, 5.500 M. Kollegeldgarantie und 3.000 M. für die Institutsleitung, zusammen also 18.000 M. zugesichert wurden.

Persönlichkeit. Von Srbiks bedeutende Lehrerfolge, seine große organisatorische Begabung, sein tiefgründiges Verständnis für das großdeutsche Problem und seine historischen Voraussetzungen und zugleich die Weite seines internationalen Blicks: dies und vieles andere lassen ihn für den Kölner Stuhl als hervorragend geeignet erscheinen. Die Universität Köln wäre dem Herrn Minister zu besonderem Danke verpflichtet, wenn er seinen ganzen Einfluß dafür einsetzte, eine solche Kraft für Köln zu gewinnen. Ihr würde bei den altererbten Beziehungen zwischen dem Rheinlande und Deutschösterreich eine weite Resonanz sicher sein. Von Srbik würde den geschichtlichen Studien an der Universität weit über die engeren Fachgrenzen hinaus eine bleibende und starke Anregung verleihen.

Sollte es nicht möglich sein, diesen geistigen Führer unter den modernen Historikern zu einer Übersiedlung von Wien nach Köln zu bestimmen, so würde die Fakultät im Einklang mit der sich in Köln eines besonders starken Zuspruchs erfreuenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät den Wunsch aussprechen, bei einer Besetzung der neuzeitlichen Professur den gemeinsamen Interessen beider Fakultäten für eine breiter angelegte Auslandskunde und für eine stärkere Berücksichtigung der überseeischen Gebiete Rechnung tragen. Unter diesem Gesichtspunkte schlägt die Fakultät an erster Stelle vor: Dr. Adolf Rein (geb. 1885), außerordentlichen Professor an der Hamburgischen Universität, zur Zeit beauftragt mit der Vertretung des nach Heidelberg berufenen Prof. Gerhard Ritter. Vor vielen seiner Kollegen hat Rein eine genaue Kenntnis der angelsächsischen Welt voraus, die er sich außer durch seine wissenschaftlichen Studien durch einen mehrjährigen Aufenthalt in England und den Vereinigten Staaten erworben hat. Ihrer geschichtlichen Erfassung sind seine letzten durch große Klarheit und besonnenes Urteil ausgezeichneten Arbeiten gewidmet. Schon seine frühere Studie über den englischen Historiker Seeley (1912) ließ zur Genüge erkennen, wie tief der Verfasser in die Eigentümlichkeiten angelsächsischer Geistesentwicklung eingedrungen war. Dasselbe gilt in gesteigertem Maße von der feinsinnigen Charakteristik der drei großen Amerikaner Washington, Hamilton und Jefferson. In den Aushängebogen hat die Fakultät eine erstmalige umfassende Darstellung der europäisch-amerikanischen Beziehungen im 15. und 16. Jahrhundert aus Reins Feder vorgelegen, die die Fakultät in ihrem günstigen Urteile nur bestärken konnte. Daß Rein der Verfassungsgeschichte besonderes Interesse zuwendet, dürfte den Kölner Bedürfnissen ebenfalls besonders Rechnung tragen. Zur geschichtlichen Erforschung und Würdigung der modernen Demokratie und des modernen Parteiwesens wäre Rein besonders befähigt. Sein schlichter und aufrechter Charakter fällt ebenfalls zu seinen Gunsten in die Waagschale.

An dritter Stelle wäre die Fakultät mit der Berufung zweier Persönlichkeiten gedient, die hier *pari passu* nebeneinander gestellt werden, ohne daß damit ein Urteil über ihre sonstige Gleichwertigkeit ausgesprochen werden soll.

Die Fakultät fühlt sich einem Manne gegenüber verpflichtet, der sich in den letzten Jahren um die politisch-historische Abwehr der französisch-separatistischen Rheinpropaganda große Verdienste erworben hat. Es ist der aus Koblenz gebürtige Dr. Paul Wentzke (geb. 1879), Direktor des Düsseldorfer Stadtarchivs, und schon bisher im allgemeinen Vorle-

sungswesen der Universität Köln beschäftigt. An der wissenschaftlichen Qualifikation Wentzkes dürfte kein Zweifel sein. Abgesehen von seiner Rheinpublizistik, die aber auch, rein wissenschaftlich betrachtet, historisch wertvolle Bestandteile enthält, ist Wentzke früher mit tüchtigen Arbeiten zur elsässischen Geschichte hervorgetreten. Sehr verdienstvoll war seine Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848 ff. (1911), nicht minder der erste Band seiner Geschichte der deutschen Burschenschaft (1919). Wenn es sich auch um die Besetzung einer Professur für neuere Geschichte handelt, darf doch der pädagogischen Bedeutung wegen darauf hingewiesen werden, daß Wentzke auch über mittelalterliche Geschichte gearbeitet und Regesten zur Straßburger Bistumsgeschichte herausgegeben hat. Was Wentzke an akademischer Unterrichtserfahrung im strengen Sinne des Wortes abgeht, kann er ersetzen durch die Erfahrungen seiner ausgedehnten Vortragstätigkeit sowie einer langjährigen Lehrtätigkeit in der Düsseldorfer Verwaltungsakademie. Als glänzender Redner wäre Wentzke besonders geeignet, auch weitere Kreise anzuziehen, was schließlich auch im Interesse der Universität liegt.

Endlich ist uns Dr. Hans Rothfels (geb. 1891), Privatdozent an der Universität Berlin und Reichsarchivrat, von geschätzter Berliner Seite als begabter Dozent und als eine über dem Durchschnitt stehende, fesselnde Persönlichkeit gerühmt worden. Als Editor von Clausewitz und einer Bismarckauswahl hat Rothfels in den zugehörigen Einleitungen sein Bestes gegeben. Seine kritische Studie über Bismarcks Bündnispolitik (1924) zeigt insofern den echten Historiker, als sie sich von den vorgefaßten Tagesmeinungen völlig fernhält. In seinen Vorlesungen und Übungen hat Rothfels auch schon weiter ausgegriffen, so daß man die begründete Erwartung hegen darf, er würde auf dem Kölner Lehrstuhle allmählich das ganze große Gebiet der neueren Geschichte erfolgreich vertreten.²

² Zu Srbiks fast gleichzeitigem Ruf nach Bonn vgl. Dok. Nr. 181 a. Aus dem dort zit. Werk Heinrich Ritter von Srbik, S. 267, ergibt sich, dass Srbik Bonn den Vorzug gab, aber Ende März 1926 die Berufung nach Köln ebenso wie die nach Bonn ablehnte, ebd. S. 273 f. Die diesbezügliche Mitteilung des Kultusministeriums an die Kölner Fakultät vom 19.4.1926 in der Akte, Bl. 74.

**199 a. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Köln für das
Kultusministerium.
Köln, 21. Juni 1927.**

Ausfertigung, gez. Bresslau als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 172–173.

Der vom Kultusministerium genannte Johannes Ziekursch – Breslau wäre für das Ordinariat für neuere Geschichte genehm, wenngleich die Fakultät an ihrer Liste von 1926 festhält.

Vgl. Einleitung, S. 129.

Durch das Kuratorium der Universität

Zum Schreiben vom 7. März 1927 – U I Nr. 20161.1^{II} –

Auf das Schreiben des Herrn Ministers vom 7.3.27, durch das die Philosophische Fakultät zu einer Äußerung über Prof. Ziekursch – Breslau aufgefordert wird, habe ich folgendes zu berichten:

Die Fakultät erblickt in Ziekursch einen tüchtigen, selbständigen Gelehrten, dessen erste Arbeiten allerdings wesentlich nur der Geschichte Schlesiens gegolten haben. Unter ihnen stellt die 1915 erschienene Untersuchung „Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte“ für den deutschen Osten wohl die wertvollste Fortsetzung der grundlegenden Arbeiten G. F. Knapps und seiner Schule dar. Im Vorjahre ist Ziekursch mit einem größeren Werk zur allgemeinen Geschichte hervorgetreten, dem ersten Bande einer Politischen Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs, der die Zeit bis zur Reichsgründung umfaßt. Die Fakultät ist der Ansicht, daß das Buch, wie man sich auch zu der darin vertretenen Ansicht stellen mag, als ganzes als eine bemerkenswerte Leistung zu werten ist. Aus innerem Erleben und dem Drang zu einem neuen Verständnis der Gegenwart geflossen fesselt das Buch durch wirkungsvolle Charakterisierung auch da, wo man seinem Urteil als zu einseitig oder gradlinig widersprechen muß.

Indem die Fakultät zugleich in Erwägung zieht, daß ihr Ziekursch als vortrefflicher Lehrer geschildert wird, der sich wegen seines klaren und dabei scharf zugespitzten Vortrages großer Beliebtheit bei den Studenten erfreut, sieht sie in Ziekursch eine Persönlichkeit, die ihr für die Besetzung des Lehrstuhls für neuere Geschichte wohl geeignet erscheinen könnte.

Unbeschadet dieser Äußerung erlaubt sich die Fakultät aber zu betonen, daß sie an den in ihrem Bericht vom 31. Juli 1926 vorgeschlagenen Kandidaten festhält.¹ Außerdem weist die

¹ Die Liste vom 31.7.1926 (Bl. 107–112 der Akte) lautete bei der Denomination *mittlere und neuere Geschichte: Karl Meyer – Zürich, Johannes Kühn – Leipzig, S. A. Kaehler – Marburg und berichtete gemäß Aufforderung des Kultusministeriums über von Müller, dieser sei eher publizistisch tätig, weniger wissenschaftlich, aber ein*

Fakultät auf den Bonner Privatdozenten Dr. Gisbert Beyerhaus hin, den der neu berufene Fachvertreter für mittelalterliche Geschichte, Prof. Kallen, angesichts der besonderen Kölner Verhältnisse für geeigneter hält als Prof. Ziekursch.²

**199 b. Schreiben von Prof. Fritz Kern an den Ministerialrat im Kultusministerium,
Wolfgang Windelband.**

Bonn, 22. Juni 1927.

Ausfertigung, gez. Kern.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 170.

Mitteilung, dass die Kölner Fakultät eigentlich Gisbert Beyerhaus bevorzugt, aber angesichts der Aussage von Oberbürgermeister Konrad Adenauer, er müsse mit der Berufung von Ziekursch die Linksparteien befriedigen, ihre Bedenken in vorsichtiger Form formuliert hat.

Vgl. Einleitung, S. 129.

Sehr verehrter Herr Ministerialrat,
nach dem gestrigen Beschluß der Kölner Fakultät teilte mir ein dortiger Kollege folgendes mit. Oberbürgermeister Adenauer habe seine früher geäußerte Absicht, sich an dem 3. geschichtlichen Lehrstuhl zu desinteressieren, nicht durchgehalten, sondern geltend gemacht, er habe die Universität seinerzeit mit Hilfe der Linksparteien gegründet, darum müsse er sie durch die Berufung Ziekurschs befriedigen, wie er das Zentrum durch Kallen befriedigt habe. Die Fakultät habe in ihrer großen Mehrheit gegen Ziekursch die erheblichsten Bedenken. Da sie sich indes von der Stadt nicht gut als Hindernis von deren angeblichen Wünschen dargestellt sehen möchte, habe sie den Bedenken gegen Ziekursch eine sehr vorsichtige Form gegeben, glaube immerhin darin ebenso deutlich geworden zu sein, wie es kürzlich an einer andern Universität in ähnlichem Fall geschah. Die große Mehrheit der Fakultät betrachte Beyerhaus als ihren eigentlichen Kandidaten und glaube, durch seine Gewinnung eine geistigere Pflege der Geschichte erhoffen zu dürfen. Sie möchte wünschen, daß Ziekursch selbst, dem ja die eigentliche Stimmung der Fakultät und die Kölner Verhältnisse bekannt seien, gar nicht besonders gern eine Berufung unter solchen Umständen annehmen werde.

glänzender Essayist sowie nach Auskunft von Marcks, Oncken, Andreas und von Srbik als Ordinarius in Köln geeignet.

² *Ziekursch forderte 11.550 RM Gehalt, 4.000 RM Garantie und 5.000 RM einmalig für die Bibliothek, was das Kuratorium bewilligte (Bl. 178 der Akte), so dass er vom Kultusministerium zum 1.10.1927 berufen wurde.*

Die Persönlichkeit des Kollegen, der mir dies mitgeteilt hat, und sein ausgesprochener Wunsch, ich möchte seine Mitteilung verwerten, läßt mir keinen Zweifel daran, daß die Stimmung in der Fakultät hiermit richtig gekennzeichnet ist, und ich halte mich deshalb für berechtigt, Ihnen vertraulich dies zu berichten.³

Mit größter Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

200 a. Schreiben von Prof. Richard Hamann an den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Marburg, 28. November 1927.

Ausfertigung, gez. Hamann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 32, Bl. 164–164v.

Für Königsberg, wo nur wenige Kunstgeschichte studieren wollen, ist kein reiner Fachwissenschaftler, sondern breite Kulturarbeit nötig. Dies kann Wilhelm Worringer leisten.

Vgl. Einleitung, S. 130.

Sehr verehrter Herr Ministerialdirektor!

Die kunstgeschichtliche Professur in Königsberg ist verwaist und die Verhandlungen über eine Neubesetzung werden im Gange sein. Ich liebe es nicht, mich ungefragt in Berufungsdinge einzumischen, möchte aber diesmal aus einer gewissen Sachkunde heraus eine Ausnahme machen. Ich war zwei Jahre in Posen, habe in Danzig und in Königsberg öfter Vorträge gehalten und kenne daher die Verhältnisse im Osten einigermaßen. Ich bin der Meinung, daß in Königsberg, und zwar jetzt nach der Isolierung durch den polnischen Korridor mehr als je, es nicht so sehr darauf ankommt, kunstwissenschaftliche Fachleute heranzubilden – wie wenige werden sich aus dem Reich zum kunstgeschichtlichen Studium nach Königsberg begeben, selbst wenn ein hervorragender Lehrer dort wirkte –, als vielmehr einen kulturellen Mittelpunkt zu schaffen, der auch die baltischen Länder und das Deutschtum in Polen mitversorgen müßte. Dafür ist die Kunstgeschichte besonders geeignet und unter den in Frage kommenden Personen scheint mir Worringer am hervorragendsten alle Qualitäten dafür zu besitzen. Die Bedenken, die die Fakultäten gegen ihn vorbringen, teile ich zum Teil durchaus. Es sind Bedenken rein fachwissenschaftlicher Art, die aber natürlich an der anregenden Kraft Worringers und seiner geistigen Kapazität vollständig vorbeigehen. Ich bin überzeugt, daß diese sich in Königsberg in der von mir angedeuteten kulturfördernden Weise voll bewähren werden. Nach der kunstgeschichtlichen Vergangenheit hat

³ Der Kollege dürfte wegen seiner expliziten Nennung in Dok. Nr. 199 a Kallen gewesen sein.

die Professur in Königsberg mehr als andere jetzt einen wirklichen Kopf nötig. Ich bin gern bereit, mich gegebenenfalls auch gutachtlich zu dieser Frage zu äußern.¹

200 b. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg für das Kultusministerium mit Randbericht des Kurators Friedrich Hoffmann.

Königsberg, 16. Januar bzw. 2. Februar 1928.

Ausfertigung, gez. Andrée als Dekan und 42 weitere Professoren der Fakultät; Ausfertigung, gez. Hoffmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sect. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 32, Bl. 158–161v.

Kandidaten für die Nachfolge von Berthold Haendcke im Ordinariat für Kunstgeschichte sind: Erwin Panofsky – Hamburg, Wolfgang Köhler – Jena und Dagobert Frey – Wien. Der Kurator fordert, dass der zu Berufende öffentlich wirksam ist und das Kunsthistorische Institut modernisiert.

Vgl. Einleitung, S. 130.

Betrifft Nachfolge Haendcke (U I Nr. 32369.1, vom 1.IX. 1927).

Bei ihren Vorschlägen für die durch die Emeritierung des Herrn Geheimrat Haendcke notwendig gewordene Neubesetzung des kunsthistorischen Lehrstuhls geht die Fakultät von folgenden Erwägungen aus.

Dem zu berufenden Nachfolger werden wichtige, spezifische und sehr verschiedenartige Aufgaben anvertraut werden müssen. Die Fakultät glaubt die in Betracht kommenden Persönlichkeiten nach der Besonderheit der zu erfüllenden Aufgaben auswählen zu sollen. Im Vordergrund steht das dringende Bedürfnis, auch in Königsberg eine Stätte zu gründen, die fördernd teilnimmt an der so ungemein reichen methodischen Entwicklung der neueren Kunstgeschichte als Kunstwissenschaft und geistesgeschichtliche Disziplin. In Verbindung hiermit kann auf eine möglichst fruchtbare Ausübung der akademischen Lehrtätigkeit nicht verzichtet werden. Breitere Wirkung des Kunsthistorikers in der Öffentlichkeit verlangen sowohl die Lage der Albertina als einer Grenzuniversität wie auch das Interesse des der Erneuerung bedürftigen und vor bedeutenden Veränderungen stehenden kunsthistorischen

¹ *Eine Randbemerkung Windelbands (Bl. 164) besagt: Clemen hat sich auch für Worringer ausgesprochen. – Das Kultusministerium forderte am 4.4.1928 (Bl. 156) eine Äußerung der Fakultät über Worringer an, vgl. Dok. Nr. 200 c. Vgl. zum Vorgang: Grebing, Helga, Die Worringers. Bildungsbürgerlichkeit als Lebenssinn. Wilhelm und Marta Worringer (1881–1965), Berlin 2004, S. 103 f. (mit Zitaten aus den Dok. Nr. 200 a und c).*

Seminars, das zu einem modernen Forschungsinstitut auszubauen ist. Die bedeutende Zahl der für die Wissenschaft noch nicht gehobenen Kunstschatze der Provinz und die geplante Neuherausgabe des Inventars der Bau- und Kunstdenkmäler lassen es ferner angezeigt sein, daß der Kunsthistoriker der Universität sich richtunggebend an der Organisation der lokalen Forschung beteiligt, ohne hierdurch von universaleren Aufgaben abgelenkt zu werden. Die Fakultät ist sich klar darüber, daß den genannten außerordentlichen Anforderungen nur wenige Persönlichkeiten gerecht werden können. Sie beschränkt sich daher nach eingehender Beratung darauf, die nachfolgenden drei Herren vorzuschlagen:

1. den ordentlichen Professor an der Universität Hamburg, Dr. Erwin Panofsky,
2. den außerordentlichen Professor an der Universität Jena, Dr. Wilhelm Köhler,
3. den außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Wien, Dr. ing. et phil. Dagobert Frey.

1. Erwin Panofsky ist am 30.3.1892 geboren, wurde 1914 in Berlin promoviert, habilitierte sich 1920 in Hamburg und wurde ebendort 1926 zum ordentlichen öffentlichen Professor ernannt.

Seine zahlreichen bisher vorliegenden Veröffentlichungen ragen ebenso sehr durch den Umfang des Gebietes – Antike, Mittelalter, Renaissance und beginnende Neuzeit – hervor, das sie umspannen, wie sie durch außergewöhnliche Beherrschung des kunst- und kulturgeschichtlichen Materials, durch Eindringlichkeit und Klarheit des Gedankens, durch treffsicheres Aufgreifen zentral gelegener Probleme einen eigenen, in bester Tradition stehenden Typus moderner kunstgeschichtlicher Forschung darstellen. Die Kunstwissenschaft verdankt Panofsky eine bahnbrechende Auseinandersetzung mit Wölfflins Grundbegriffen (*Zeitschrift für Ästhetik*, 1925), eine für das engere Fach wie für die Ästhetik als philosophische Disziplin gleich bedeutsame Vertiefung der begrifflichen Methode Riegls, theoretisch in einer Abhandlung über den „Begriff des Kunstwillens“ (*Zeitschrift für Ästhetik*, 1919), praktisch in seiner monumentalen Darstellung der „Deutschen Plastik des 11. bis 13. Jahrhundert“ (1924), endlich eine Geschichte der wechselnden Auffassung der künstlerischen Potenz von der Antike bis in die Neuzeit (*Idea*, 1924). Insbesondere die Dürer-Forschung erfuhr durch Panofsky wertvolle Förderung. Sein Buch über „Dürers Kunsttheorie in ihrem Verhältnis zu den Italienern“ (1915, Berliner Preisaufgabe) brachte eine grundsätzliche Klärung des Substantiellen der Dürerschen Kunstanschauung und erregte eine heute noch weitergeführte Diskussion. Hieran schließen sich an: „Dürers Stellung zur Antike“ (1922) und unter Beihilfe von Fr. Saxl eine nach Methode und Ergebnissen völlig neue inhaltliche Interpretation von „Dürers Stich *Melencolia I*“ (1923). Die bisherige Beurteilung Berninis erhielt durch eine Abhandlung über die *Scala Regia* (*Jahrbuch der preußischen Kunstsammlungen*, 1919) eine entscheidende Umprägung. Panofskys praktische Fähigkeiten zeigt die Aufhellung der Baugeschichte des Mindener Doms (*Repertorium für Kunstwissenschaft*, 1920), eine neue und fruchtbare Richtung seine 1927 erschienene umfassende Geschichte der „Perspektive“ als einer dem Stilwandel unterworfenen „symbolischen Form“. Unter seinen kleineren Arbeiten heben sich noch

heraus die ausführlichen kritischen Berichte zur neueren Michelangelo- und Dürerliteratur im Repertorium für Kunstwissenschaft. Die in diesen Arbeiten zutagetretende seltene Vereinigung von solider Materialdurchdringung, systematisch fundierter Methode und geistesgeschichtlicher Betrachtung begründet auch den bedeutenden Lehrerfolg Panofskys. Die Fakultät ist sich bewußt, mit seiner Nennung einen der allerersten Namen der kunstgeschichtlichen Forschung in Vorschlag zu bringen. Sie glaubt sich jedoch hierzu angesichts der wichtigen im Osten zu erfüllenden Aufgaben berechtigt und ist im Besitz der Kenntnis, daß Panofsky einen an ihn ergehenden Ruf gegebenenfalls annehmen würde.

Wilhelm Köhler, geboren 1884, erhielt seine Ausbildung in Wien und war nach seiner Promotion (1908) Assistent bei Wickhoff, Dvořak und Schlosser. Nach Beendigung des Krieges wurde er als Direktor der Kunstsammlungen nach Weimar berufen, habilitierte sich 1923 in Jena und wurde daselbst 1924 zum außerordentlichen Professor ernannt. Neben seinen zahlreichen, stets gediegenen und fördernden kleineren Arbeiten und Besprechungen ist von besonderem Rang eine größere Abhandlung über den „Schlaktarton des Michelangelo“ (Jahrbuch der Zentralkommission 1907), die mit Energie und Feinheit der kritischen Methode ein verlorenes Werk des Meisters wieder deutlich gemacht hat, das wie kaum ein anderes auf die zeitgenössische Kunst wirkte. Strengste wissenschaftliche Begabung und Schulung verbinden sich in seinen Arbeiten mit lebensvoller Darstellung, unmittelbares Verhältnis zu bildender Kunst in seiner Persönlichkeit mit Empfänglichkeit für allgemeine Probleme. Daß in den letzten Jahren keine größeren Werke von seiner Hand erschienen sind, findet seine hinreichende Erklärung in seiner Inanspruchnahme durch praktische Aufgaben und in dem Umstand, daß ihm vom Deutschen Verein für Kunstwissenschaft die Herausgabe des „Corpus der Karolingischen Miniaturen“ anvertraut ist, als deren bester Kenner er gilt. Der umfangreiche erste Band, der die Schule von Tours behandelt, wird demnächst herauskommen. Neben der rein wissenschaftlichen Leistung Köhlers ist aber zu bemerken, daß er mit Erfolg die Verhandlungen über den staatlichen Kunstbesitz in Weimar geleitet und die Neuordnung der Museen mit ungewöhnlicher Arbeitskraft durchgeführt hat, wodurch er sich eine wertvolle Erfahrung in lokaler Denkmalpflege erwarb. Seiner Lehrtätigkeit wird starke innere Beteiligung, anregende Wirkung und Erziehung zu selbständiger Arbeit nachgerühmt.

Dagobert Frey ist am 23. April 1883 geboren, wurde 1908 an der Technischen Hochschule in Wien mit einer kunstgeschichtlichen Arbeit zum Doktor der technischen Wissenschaften promoviert und habilitierte sich ebendort 1914 für das Fach Architekturgeschichte. Im folgenden Jahr erwarb er sich an der Universität Wien den philosophischen Doktorgrad, wurde 1921 zum außerordentlichen Professor ernannt und erhielt 1922 den Lehrauftrag für Ästhetik der bildenden Künste. D. Frey ist (seit 1922) Vorstand des Kunsthistorischen Instituts des österreichischen Bundesdenkmalamtes, ferner Herausgeber der „Österreichischen Kunsttopographie“, des „Wiener Jahrbuchs für Kunstgeschichte“, des „Handbuchs der österreichischen Kunstdenkmale“, der „Quellenschriften zur Geschichte der Barockkunst in Rom“ und (seit 1926) der „Zeitschrift für Denkmalpflege“.

D. Frey setzt in seinen zahlreichen Veröffentlichungen, die sich stets auf solidester Materialverarbeitung aufbauen, als wohl einziger direkter Erbe die Forschung Riegls und Dvořak fort, eine Richtung, die, wie sie durch Riegl der neueren Methodik die Bahn gebrochen hat, so auch heute wieder die Führung für sich in Anspruch nehmen darf, indem sie den organischen Zusammenhang der modernen (durch Wölfflin isolierten) Kunstwissenschaft mit den übrigen historischen Disziplinen erstrebt. Der Aufsatz „Max Dvořaks Stellung in der Kunstgeschichte“ (Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte, 1922) enthält zugleich mit der Analyse der Gedankengänge dieses Gelehrten das wichtigste Programm der Kunstgeschichte seit Riegls Spätromischer Kunstindustrie. Unter den eigenen wissenschaftlichen Leistungen Freys sind besonders hervorzuheben: „Bramantes St. Peter-Entwurf und seine Apokryphen“ (1915) und die „Michelangelo-Studien“ (1920). Während das erstgenannte Werk auf Grund minutiöser Kritik eines enormen Handzeichnungsmaterials zum ersten Mal ein zuverlässiges, klar umrissenes Bild des bedeutenden Renaissancearchitekten brachte, werden in den Michelangelo-Studien überzeugende Einsichten in architektonische Projekte des greisen Michelangelo gewonnen, von denen aus auch auf den Altersstil seiner Gemälde überraschendes Licht fällt. Klare Darstellung, gewissenhafte Tatsachenforschung, eine oft divinatorische Fähigkeit mit geringen Anhaltspunkten den künstlerischen Überlegungsgang zu rekonstruieren, Blick für große Zusammenhänge zeichne die Arbeiten Freys aus, die sich auch auf dem Gebiete der Ästhetik und der von der Kunst her gesehenen allgemeinen Geistesgeschichte bewegen (ein umfangreiches Buch über „Gotik und Renaissance als Grundlagen der abendländischen Weltanschauung“ ist im Manuskript fertiggestellt). Neben seiner praktischen Erfahrung in Verwaltung und Denkmalaufnahme wird sein lebendiger Vortrag und der kluge Aufbau seiner außergewöhnlich gut besuchten Vorlesungen gerühmt.

Der Bericht ist einstimmig angenommen.

Die Vorschläge der beiden Privatdozenten der Kunstgeschichte Dr. Clasen und Dr. Drost liegen im Original bei.²

Der Kurator der
Albertus-Universität
U. K. 545. Weitergereicht.

Königsberg i. Pr., den 2. Februar 1928.

Der Darstellung im ersten Absatz des Berichts muß ich nach jeder Richtung hin beitreten. Wie die Verhältnisse in den letzten Jahren lagen, ist hinreichend bekannt. Nur eine wissenschaftlich sehr bedeutende, energiegelbe, organisatorisch stark befähigte Persönlichkeit wird die Kunstgeschichte an der Albertina und in Ostpreußen neu fundieren können. Dabei wird auf eine hervorragende Vortragsgabe, sowohl für die Vorlesungen, wie für Vor-

² Liegen der Akte bei, Bl. 162–163. Hier nicht abgedruckt.

träge vor dem größeren Publikum in Ostpreußen und gelegentlich in den Nachbarländern der größte Wert zu legen sein. Zudem muß der zu Berufende zu dem Opfer bereit sein, eine Zeitlang seine wissenschaftliche Tätigkeit in erheblichem Maße zurückzustellen, um den Ausbau eines modernen kunstwissenschaftlichen Forschungsinstituts in die Hand zu nehmen, sobald die Räume in dem Gerichtsgebäude zur Verfügung stehen werden, durchzuführen.³

200 c. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg für das Kultusministerium mit Randbericht des Kurators Friedrich Hoffmann.

Königsberg, 15. Juni bzw. 20. Juni 1928.

*Ausfertigung, gez. Eisenlohr als Dekan; Ausfertigung, gez. Hoffmann.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 32, Bl. 223–224.*

Worringer war früher geistreicher Anreger, aber der neueren Kunstwissenschaft Wölfflins und Dvoraks folgt er nicht. Die Fakultätsmehrheit bezweifelt seine Fähigkeit zur Modernisierung des kunsthistorischen Seminars und sein Interesse an der Landesaufnahme von Denkmälern.

Vgl. Einleitung, S. 131.

Zu U I Nr. 30374 vom 4.4.1928.

Die in Angelegenheit Nachfolgerschaft Haendcke mit der Vorbereitung der Fakultätsvorschläge betraute Kommission hat sich in zweien ihrer Sitzungen durch jeweils mehrere Stunden, unter Heranziehung aller zur Urteilsbildung nötigen Grundlagen und nach Einholung zahlreicher Gutachten der namhaftesten Vertreter der Kunstgeschichte, ausschließlich mit dem außerordentlichen Professor in Bonn, W. Worringer beschäftigt.

Die Fakultät, sich stützend auf das Referat dieser Kommission, verkennt keinen Augenblick die bedeutenden Verdienste, die sich W. Worringer als geistreicher Anreger um die moderne Kunstgeschichte erworben hat, deren Ziele er als einer der Ersten vor zwanzig Jahren abgesteckt hat. Sie kann sich dabei in ihrer Mehrheit allerdings nicht verhehlen, daß Worringers bleibende Bedeutung in seine frühen Werken liegt, während in den späteren wohl nicht ohne Schuld der äußeren Verhältnisse immer stärker die Entfernung und der

³ *Laut Marginalie Windelbands (Bl. 158) wurden sieben externe Voten angefordert, u. a. von Waetzoldt – Berlin, Pinder – München und Clemen – Bonn. Richard Hamann – Marburg, dessen Text als Dok. Nr. 200 a abgedruckt ist, wandte sich bereits vor der Listenerstellung an Windelband und führte entschuldigend aus, er mische sich ungern ungefragt in Berufungsdinge.*

Gegensatz hervortreten, die Worringer von der höchst fruchtbaren und innerlich folgerichtigen neueren Entwicklung der Kunstwissenschaft trennen, einer Entwicklung die durch die Namen Wölfflin und Dvořak gekennzeichnet wird.

Die Fakultät hatte jedoch nicht nur über die Ordinariatsreife Worringers zu befinden, sondern die Frage zu beantworten, ob sie in ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen den geeignetsten Vertreter für den kunstgeschichtlichen Lehrstuhl in Königsberg erblickt. Die Fakultät hat sich erlaubt, die Gesichtspunkte, von denen sie hierbei ausging, am Eingang ihrer eingereichten Vorschlagsliste kurz darzustellen. Sie ist heute wie damals der Überzeugung, daß die erste Wiederbesetzung des kunsthistorischen Lehrstuhls nach fast 30 Jahren für die von der Zukunft zu erhoffende Entfaltung der Kunstwissenschaft an der Albertina auf lange Zeit entscheidend sein wird und daher die ernsteste Prüfung nach allen Seiten hin verlangt. Wenn diese auch in erster Linie nach der wissenschaftlichen Persönlichkeit und nach dem Lehrerfolg fragen wird, so dürfen darüber hinaus die besonderen Bedürfnisse der vom übrigen Deutschland abgeschnittenen, auf sich selbst gestellten und in ihrer Bedeutung daher wachsenden Universität nicht außer acht gelassen werden. Sie heißen in diesem Fall: Ausbau des Seminars zu einem modernen kunstgeschichtlichen Forschungsinstitut, Organisation und Zusammenfassung der Forschung in der Provinz und über ihre Grenzen hinaus, insbesondere ein betontes Interesse an der bevorstehenden Landesaufnahme.

Nach eingehendsten Erwägungen und Prüfung des ganzen von ihr gesammelten Materials glaubte die Fakultät in ihrer überwiegenden Mehrheit von der Nennung Worringers auf ihrer Vorschlagsliste Abstand nehmen zu müssen. Sie glaubt auch heute die Verantwortung für die Optierung Worringers als Nachfolger Geheimrat Haendckes nicht tragen zu können.

Eine kleine Minderheit der Fakultät dagegen bestehend aus den Herren Lang (Landwirtschaftliche Betriebslehre), Nadler (Deutsche Sprache und Literatur), Przybyllock (Astronomie) und Ziesemer (Deutsche Philologie) sah gerade in Rücksicht auf die obengenannten besonderen Aufgaben unserer Provinz in Worringer den geeigneten Kandidaten und hätte ihn gerne auf die Liste gesetzt. Sie erblickte dabei in einigen der vorliegenden Gutachten eine Stütze für ihre Auffassung. Sie steht auch heute noch auf ihrem Standpunkt.

Zum Schluß betont die Fakultät, daß sie seinerzeit unter Berücksichtigung aller besonderen Umstände zu ihrer Liste gelangt ist und aus den verschiedensten Ursachen auch andere hochqualifizierte Fachvertreter, die außer Worringer noch in Betracht kamen, zurückgestellt hat.

Der vorliegende Bericht wurde von der Fakultät in ihrer Sitzung am 12. Juni einstimmig angenommen.

Der Kurator der
Albertus-Universität
U. K. 3265 Weitergereicht.

Königsberg, den 20. Juni 1928.

Die von der herrschenden abweichende Richtung Worringers macht ihn nicht ungeeignet für den hiesigen Lehrstuhl. Auch als starker Anreger würde er hier durchaus am Platze sein. Worauf es aber für eine Reihe von Jahren durchaus ankommen wird, ist das, ob er geeignet und bereit ist, nötigenfalls unter opferbereiter Zurückstellung eigener wissenschaftlicher Arbeit und Publikationstätigkeit, die im letzten Satz des dritten Absatzes dieses Berichts angeführten, seiner harrenden großen und schweren Aufgaben zu erfüllen.⁴

**201. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg für Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Königsberg, 11. Dezember 1928.**

*Ausfertigung, gez. Eisenlohr als Dekan und die Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 32, Bl. 387–390v.*

Kandidaten für die Nachfolge von Erich Caspar im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Hermann Aubin – Gießen, Friedrich Baethgen – Berlin, Bernhard Schmeidler – Erlangen, Richard Köbner – Breslau und Percy Ernst Schramm – Heidelberg.

Vgl. Einleitung, S. 130.

Zu U I No 32185 vom 11. August 28.

Die Philosophische Fakultät der Albertus-Universität beehrt sich, dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ihre Vorschläge zur Wiederbesetzung des durch den Weggang von Herrn Prof. Dr. Caspar frei werdenden Lehrstuhls für mittlere und neuere Geschichte vorzulegen.

Die Fakultät ist bei der Aufstellung ihrer Vorschlagsliste von zwei Erwägungen ausgegangen. Einmal erscheint ihr als Vertreter wesentlich der mittleren Geschichte in Königsberg ein Gelehrter erwünscht, welcher den Schwerpunkt seiner Lehr- und Forschertätigkeit nicht allein in der Lokal- und Landesgeschichte hat, sondern sich in starkem Maße auch der allgemeinen Geschichte des Mittelalters zuwendet. Denn bei der starken lokalgeschichtlichen Tendenz gerade der ostpreußischen Studenten darf ein Gegengewicht und eine Hinleitung

⁴ *Mit Vereinbarung vom 28.7.1928 (Bl. 226 der Akte) berief C. H. Becker Worringer, den er schon 1925 für einen der begabtesten und originellsten Köpfe gehalten hatte, zu 9.800 RM Gehalt, vgl. Grebing, Die Worringers, S. 82. Die gleichzeitige Zusage an Worringer, den Ausbau des Kunsthistorischen Instituts wohlwollend behandeln zu wollen, beschränkte sich aber auf die Vergabe renovierter größerer Räume für das Kunsthistorische Institut und den Titel außerplanmäßiger Extraordinarius für den Königsberger Privatdozenten Karl Heinz Clasen 1930.*

zu großen historischen Problemen als besonders notwendig gelten. Die Fakultät hat ferner Gewicht darauf gelegt, daß der Vertreter der mittleren Geschichte im besonderen Maße die quellenkritisch-methodische Schulung, welche an dem mittelalterlichen Quellenmaterial besser als an irgend einem anderen gelehrt und betätigt werden kann, in seiner eigenen Schulung und seinen Arbeiten wie in seinem Unterricht vertritt.

Die Fakultät beehrt sich demgemäß, dem Herrn Minister folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. pari loco in alphabetischer Reihenfolge: Hermann Aubin und Friedrich Baethgen,
2. Bernhard Schmeidler,
3. pari loco in alphabetischer Reihenfolge: Richard Köbner und Percy Ernst Schramm.

1 a. Hermann Aubin, geb. 23.12.1885, hat sich 1916 in Bonn habilitiert, wurde 1921 daselbst zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt, 1926 zum ordentlichen Professor in Gießen. Aubin stammt aus der Schule von Georg von Below und darf heute als ihr selbständigster Vertreter gelten. Seine Dissertation „Die Verwaltungsorganisation des Fürstbistums Paderborn im Mittelalter“ 1911 ist eine ausgezeichnete und aufschlußreiche territorialgeschichtliche Untersuchung. Dann hat Aubin 1913 und 1914 von den Weistümern der Rheinprovinz die zweite Abteilung (Kurkölnische Weistümer I und II) herausgegeben (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde XII). Eine daraus erwachsene größere Darstellung, die 1914 als Habilitationsschrift eingereicht war, erschien 1920: „Entstehung der Landeshoheit nach Niederrheinischen Quellen. Studien über Grafenschaft, Immunität und Vogtei“. Sie lieferte zu den allgemeinen und prinzipiellen Fragen der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte einen wichtigen Beitrag. An diese Arbeiten schlossen sich wissenschaftliche und organisatorische Unternehmungen größeren Stiles an. Eine Art Programm dafür gab die Schrift von 1925: „Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in 4 Vorträgen“. In der Ausführung ergab sich eine Arbeitsgemeinschaft mit den Nachbargebieten der Germanistik und der Volkskunde. So erschien 1926 das Buch von Aubin, Frings und Müller, „Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden“. Aubin hat dafür die geschichtliche Grundlegung geschrieben und im gleichen Jahr mit der Herausgabe des geschichtlichen Handatlas der Rheinprovinz begonnen. Über die prinzipiellen Fragen der historischen Geographie und den Atlas als methodisches Hilfsmittel hielt Aubin einen Vortrag auf dem Internationalen Historikerkongreß in Oslo 1928.

Neben der Buchproduktion stehen eine Reihe von Aufsätzen zur Rheinischen und Verfassungsgeschichte, aber auch zu fernerliegenden allgemeineren Fragen (Küstenkultur und Binnenkultur im Altertum. Schmollers Jahrbuch 1925).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Aubin sich als sehr erfolgreicher und produktiver Forscher erwiesen hat, mit gründlicher Schulung auch auf editionstechnischem Gebiete, mit ausgesprochener Begabung für organisatorische Zusammenarbeit, mit klarem Blick für Probleme und ihre Einordnung in größere Zusammenhänge. Aubins Lehrtätigkeit wird gerühmt.

1 b. Friedrich Baethgen, geb. 30.7.1890 hat sich 1920 in Heidelberg habilitiert und ist

dasselbst 1924 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt worden. 1927 wurde er zum zweiten Sekretär am Preußischen Historischen Institut in Rom berufen und gleichzeitig zum Honorarprofessor an der Berliner Universität, wo er im Sommer-Semester Vorlesungen hält.

Bathgen ist Schüler von Karl Hampe. Seine erweiterte Doktorarbeit „Die Regentschaft Innocenz' III. in Sizilien“ (1914) ist wohl die beste, die aus der Heidelberger Schule hervorgegangen ist. Seine Habilitationsschrift „Der Anspruch des Papstes auf das Reichsvikariat“ (Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Kanonistische Abteilung 1920) ist bemerkenswert durch die glückliche Verbindung quellenkritischer und staatstheoretischer Forschung (Vergleiche die methodologische Erörterung der Einleitung). Eine vollendete methodische Schulung hat Bathgen als Mitarbeiter der Monumenta Germaniae, Scriptorum-Abteilung unter Breslaus Leitung genossen und in seiner Ausgabe der Chronik des Johann von Winterthur bewährt (1924). Die Beschäftigung mit dieser franziskanischen Chronik hat ihn auf eine geistesgeschichtliche Behandlung der franziskanischen Geschichtsschreibung (Salimbene u. a.) in den von Schmeidler zuerst gewiesenen Bahnen mittelalterlich-historiographischer Forschung geführt. Diese „Franziskanischen Studien“ (Historische Zeitschrift 131, 1925) sind bisher die reifste Arbeit aus Bathgens Feder. Er hat sich daneben auch mit der kulturkritischen Auswertung epistolographischer Quellen, angeregt von den Arbeiten seines Lehrers Hampe, aber mit durchaus eigener Note, befaßt und den Liebesbriefsteller Rota Veneris behandelt (Deutsche Vierteljahrschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte IV, 1926) und ediert (1927). Neuerdings hat er sich besonders der Papstgeschichte zugewendet und die Bearbeitung der einschlägigen Artikel in der neuen Auflage des im Erscheinen begriffenen Sammelwerkes „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ (1928 ff.) übernommen. Seine Studien in Rom gelten gegenwärtig dem Pontifikat Bonifaz VIII. Eine erste Probe derselben gab Baethgen in seinem Vortrag auf dem Internationalen Historikertag in Oslo 1928 über das Budget Bonifaz VIII. (erscheint demnächst in der Historischen Zeitschrift). Über seine Lehrtätigkeit in Heidelberg und in Berlin hat die Fakultät sehr günstige Urteile gehört, es wird ebenso die methodische Strenge wie die allgemeinesgeschichtliche Einstellung seines Unterrichts gerühmt.

2. Bernhard Schmeidler, geb. 6. August 1879, habilitierte sich 1909 in Leipzig, wo er 1916 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt wurde, 1921 folgte ein Ruf nach Erlangen als etatsmäßiger Extraordinarius, er wurde daselbst 1926 persönlicher Ordinarius und erhielt kürzlich das etatsmäßige Ordinariat.

Indem die Fakultät diesen Gelehrten auf ihre Liste setzt, erneuert sie einen bereits anlässlich der letzten Königsberger Vakanz 1920 präsentierten Vorschlag und darf sich auf das in ihrem damaligen Bericht Ausgeführte beziehen. Die vielseitige und fruchtbare, philosophische und quellenkritische, geistesgeschichtliche und referierende Produktion Schmeidlers hat auch in den seither verflossenen acht Jahren einen unverminderten Fortgang genommen. Insbesondere ist auf sein neuestes großes Buch „Kaiser Heinrich IV. und seine Helfer im Investiturstreit“ 1927 zu verweisen. Hier hat er methodologisch Neuland erobert, indem

er die Methoden der Stil- und Diktatkritik, welche die Sickel-Schule zur Feststellung der (anonymen) Verfasser der Königsurkunden ausgebildet hat, mit den nötigen Modifikationen auf das Material der Epistolae übertragen, um die Verfasser der Briefe und Briefsammlungen aus Heinrichs IV. Zeit und in ihnen zugleich die am Kaiserhof politisch und geistig einflußreichsten Persönlichkeiten ans Licht zu ziehen. Die Fragestellung und Grundidee ist bedeutend, die Diktatuntersuchung verrät einen immensen Fleiß und vollkommene Beherrschung des Materials. Die Resultate und letzten Schlußfolgerungen, die bisweilen über das Ziel hinaus schießen, unterliegen im einzelnen freilich Bedenken, wie es indes bei einem solchen ersten Vorstoß nicht anders sein kann. Eine höchst fruchtbare Anregung und wesentliche gesicherte Teilresultate sind jedoch das bleibende Verdienst. Daneben wäre von neueren Arbeiten insbesondere noch der Vortrag auf dem Historikertag in Breslau 1926 „Königtum und Fürstentum in Deutschland“ (Preußische Jahrbücher 1927) zu nennen: Eine Apologie der fürstlichen Opposition gegen das herrschende verdammende Urteil, auch sie im einzelnen wertvoll durch neue Gesichtspunkte, im ganzen nicht frei von Einseitigkeit des Urteils. Das Gesamtbild Schmeidlers ist das gleiche geblieben: ein kritischer Kopf voll eigener Gedanken, vielseitig interessiert und bei einer gewissen Schwerblütigkeit der Natur für die Studenten ein Erzieher zu streng methodischer Arbeit und das Vorbild eines ernsten Forschers.

3 a. Richard Köbner, geb. 29.8.1885, habilitierte sich in Breslau 1920 und wurde daselbst zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt.

Koebners Erstlingsbuch „Venantius Fortunatus“ 1915 war eine vortreffliche Arbeit in Wattenbachscher Schultradition, die in ihrer feinsinnigen Würdigung der geistigen Persönlichkeit des Geschilderten den Einfluß von W. Goetz und L. Traube bekundete. In einem weiteren Aufsatz hat Koebner weiterhin diese kulturgeschichtlichen Interessen betätigt („Die Eheauffassung des späteren Mittelalter, Archiv für Kulturgeschichte“ 1911), auch geschichtstheoretischen Fragen ist er zugewandt („Geschichtslehre des J. Harrington“, Breyzig-Festschrift 1928). Seine Hauptarbeiten liegen jedoch auf verfassungs- und wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet. Er hat ein umfangreiches Werk „Die Anfänge des Gemeinwesens Köln“ 1922 veröffentlicht und gibt hier mehr als bloß stadtgeschichtliche Spezialforschungen. Koebner berücksichtigt in starkem Maße, an Max Weber geschult, allgemeine Zusammenhänge, soziologische Gesichtspunkte und die Wechselwirkungen von Wirtschaft und Verfassung. Trotz berechtigter Einwände, die gegen Einzelheiten erhoben worden sind, bedeutet das Werk eine allseits mit Respekt aufgenommene Leistung. Ein neues Buch „Danzig und die ostdeutsche Kolonisation“ ist buchhändlerisch bereits angekündigt und soll bald erscheinen. Köbners Lehrtätigkeit wird besonders in Seminarübungen gerühmt.

3 b. Percy Ernst Schramm, geb. 14. Oktober 1894, habilitierte sich 1924 in Heidelberg, Privatdozent und Mitarbeiter an den Monumenta daselbst.

Schramm ist Schüler von Hampe in Heidelberg. Erschienen sind von ihm: „Quellen zur Geschichte Hamburger Familien“ 1921. Sodann haben seine Forschungen sich einem Grenzgebiet zugewandt, das methodisch sehr schwierige Aufgaben stellt. Es erschien von ihm

1922/23 in den Vorträgen der Bibliothek Warburg eine größere Abhandlung „Das Herrscherbild in der Kunst des frühen Mittelalters“, ferner „Umstrittene Kaiserbilder des 9. bis 12. Jahrhunderts“ (Neues Archiv 47). Daraus erwuchs das 1928 veröffentlichte, gelehrte und feinsinnige Buch „Das Kaiserporträt im Mittelalter“. Ferner hat sich Schramm mit den Beziehungen zwischen Ost- und Westrom beschäftigt und ist byzantinischen Quellen nachgegangen. Davon zeugen der Aufsatz „Kaiser, Basileus und Papst“ (Historische Zeitschrift 129) und die Veröffentlichungen „Briefe Kaiser Ottos III. und Gerberts“ (Archiv für Urkundenforschung IX) sowie „Neun Briefe des Gesandten Leo 997 bis 998“ (Byzantinische Zeitschrift 25).

Alle diese Arbeiten zeugen von einer Begabung, die noch vieles für die Zukunft verspricht. Zugleich hat Schramm an der Ausgabe der Diplomata der Salischen Kaiserzeit mitgearbeitet und so Gelegenheit gehabt, sich eine gründliche hilfswissenschaftliche Schulung zu erwerben.

Herr Privatdozent Dr. Winkler hat auf sein Vorschlagsrecht zur Nachfolge Caspar laut Brief an die Fakultät verzichtet.¹

202. Schreiben und Denkschrift von Prof. Josef Nadler für das Kultusministerium.

Königsberg, [ca. 23.] Oktober 1929.

Ausfertigung, gez. Nadler.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 33, Bl. 59–64.

Anlässlich des Weggangs des Germanisten Friedrich Ranke soll frei werdendes Geld zur Umwandlung des Deutschen Seminars in ein Deutsches Institut analog dem Institut für ostdeutsche Wirtschaft verwandt werden. Mit Abteilungen für Volkskunde/Heimatforschung und für Auslandsdeutschum würde das neue Institut die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem benachbarten Osten vermitteln.

Vgl. Einleitung, S. 12 und 132.

Prof. Friedrich Ranke verläßt unsere Universität zum 1. April 1930. Damit wird das eine der beiden hiesigen etatmäßigen Ordinariate für deutsche Sprache und Literatur frei. Neben diesen beiden Ordinariaten hat Prof. W. Ziesemer ein persönliches Ordinariat inne.

Der unterzeichnete Inhaber des anderen hiesigen Ordinariates, Prof. Josef Nadler, glaubt aus mehrjähriger Erfahrung an der Königsberger Universität und aus seiner Kenntnis der

¹ Mit Vereinbarung vom 28.3.1929 (Bl. 391 der Akte) wurde Baethgen für 9.800 RM Grundgehalt berufen.

Bedürfnisse unserer Provinz wie des benachbarten Ostens folgende Vorschläge zu einer Neuordnung der Verhältnisse machen zu sollen, wie sie durch den bedauerlichen Weggang von Prof. Ranke notwendig geworden ist.

1. Prof. Ranke ist mit dem Unterzeichneten darin einig, daß Prof. Ziesemer aus vielen Gründen der geeignete Man ist für das freie Ordinariat.
2. Falls die Fakultät sich zu dieser Lösung entschließt und falls das Ministerium im Sinne dieser Lösung entscheidet, würde das persönliche Ordinariat, das Prof. Ziesemer inne hat, frei werden.
3. Der Unterzeichnete stellt nun dem Ministerium folgende Erwägungen anheim. An sich wäre es denkbar, Prof. Ziesemer einen Nachfolger zu geben. Der Unterzeichnete glaubt aber, im Interesse der Universität wie des wissenschaftlichen Betriebes in dem zunächst berührten Fache der deutschen Sprache und Literatur wie auch im Interesse der Provinz und des Deutschtums des benachbarten Ostens wäre es besser, wenigstens einen Teil der Mittel, die ein persönlicher Nachfolger von Prof. Ziesemer erfordern würde, in sachliche Aufwendungen umzuwandeln und anstelle des frei werdenden persönlichen Ordinariates das Deutsche Seminar und das Institut für Heimatforschung zu einer neuen Einheit auszugestalten. In der Beilage folgen Motive und Pläne eines solchen Aufbaues.

Von den besonderen Aufgaben, die der Universität Königsberg von Natur aus zufallen, vermag sie der Erforschung und Förderung der Wirtschaftsbeziehungen im Osten durch ihr vorzüglich organisiertes Institut für ostdeutsche Wirtschaft bestens zu dienen. Ihren rein geistigen Aufgaben, Mittelpunkt des Nordostens, Vermittler und Anreger zwischen Deutschland auf der einen Seite, dem Osten auf der anderen Seite zu sein, fehlt ein gleiches Instrument, wie es das Institut für ostdeutsche Wirtschaft ist. Und doch liegt auf der Hand, daß durch den Wandel der Welt gerade der deutschen Sprache im Osten ein unbegrenzter Bereich sich öffnet, und daß die literarische Kultur das neutralste Gebiet ist, auf dem die Völker zusammenarbeiten können.

Um diesen besonderen Aufgaben hinsichtlich der deutschen Sprache und Literatur gerecht zu werden und die durch die Ereignisse der letzten Jahre veränderten Anforderungen erfüllen zu können, halten wir die Umwandlung des deutschen Seminars in ein deutsches Institut für eine dringende Notwendigkeit. Dieses Institut wäre in drei Abteilungen zu gliedern.

Die erste Abteilung würde sich auf dem bisherigen deutschen Seminar aufbauen und vornehmlich die Aufgaben des laufenden Lehrbetriebes zu erfüllen haben.

Die zweite Abteilung würde die für Mundarten, Volkskunde und Heimatforschung sein. Das Institut für Heimatforschung, das bisher noch keinen Etat hat, wurde 1925 begründet zur Bewältigung der heimatkundlichen und volkskundlichen Aufgaben im deutschen Osten, vor allem in Ost- und Westpreußen. In ihm werden die deutschen Volkslieder, Volksmärchen und Volkssagen sowie die übrigen Zweige der sachlichen Volkskunde gesammelt und wissenschaftlich bearbeitet – eine Ausgabe plattdeutscher Volksmärchen mit den Melodien

zu den Märchenversen kann hoffentlich im Laufe des Winters erscheinen, eine Bibliographie über den deutschen Osten ist in Angriff genommen, eine Sammlung von über 4.000 Photographien und mehreren hundert Diapositiven ist vorhanden, Gegenstände zur sachlichen Volkskunde, vor allem soweit sie dem akademischen Unterricht zugute kommen können, sind gesammelt worden. An das Institut ist das Preußische Wörterbuch, die Flurnamensammlung für Ost- und Westpreußen sowie der Volkskundeatlas angegliedert.

Die dritte Abteilung würde das Auslandsdeutschtum umfassen. Dabei handelt es sich

a) um die persönliche Beziehung zu den auswärtigen Universitäten (Dozenten und Studenten) Kowno, Riga (Universität und Herder-Institut), Dorpat, Helsingfors, Wilna, Saratow-Pokrowsk, Leningrad, Moskau. Dazu sind bereits erfolgreiche Schritte unternommen worden. Prof. Ziesemer hat wiederholt Vorlesungen und Übungen am Herder-Institut in Riga gehalten und eine Zusammenarbeit mit den Germanisten und Volkskundlern Rußlands, namentlich in der Wolgarepublik und in Leningrad angebahnt. Prof. Nadler hat Vorlesungen und Übungen in Dorpat gehalten. Es wäre von größter Bedeutung, daß dieser deutschkundlichen Zusammenarbeit in Königsberg eine Heimstätte geschaffen würde, daß insbesondere im Wege eines Königsberger Instituts die sprachwissenschaftliche und literarhistorische Forschung aus den Randstaaten wie aus Rußland dem wissenschaftlichen Nachwuchs unserer Universität nutzbar gemacht würde. Das könnte in der Weise geschehen, daß gelegentlich sprachwissenschaftliche und literaturhistorische Forscher aus dem Osten vor Studenten und Lehrern des geplanten Instituts Gastvorlesungen halten und mit dem Institut zu gemeinsamen Übungen zusammenkommen. Ein solches Institut würde schließlich zu einer Zusammenarbeit mit Danzig führen, wo die Herren Strunk und Mitzka in ähnlicher Richtung tätig sind.

b) würde es sich um eigentliche Forschungsarbeit handeln. Nach Lage der Dinge kann nur von Königsberg aus mit dem ganzen Apparat einer deutschen Universität das geschichtliche Problem der deutschen Sprache und der deutschen Literatur im benachbarten Osten angegangen werden. die Erforschung der deutschen Dialekte, Volkslieder, -märchen, -sagen usw. in den einzelnen Kolonien Rußlands und der baltischen Länder, wozu in günstiger Zusammenarbeit die ersten Schritte bereits getan sind, bietet nicht nur neue Erkenntnisse für die Mundartenforschung und Volkskunde Deutschlands, sondern eröffnet auch neue Einblicke und Probleme in die Struktur kolonialer Kulturen. In Polen gibt es seit dem späten Mittelalter eine beträchtliche deutsche Literatur, die noch der Sammlung, Herausgabe, Erforschung harret. Die deutsche Literaturgeschichte der Baltenländer, bisher zumeist in den Händen reiner Liebhaber, muß durch strenge wissenschaftliche Arbeit systematisch in Angriff genommen werden. Der ganze weltgeschichtliche Prozeß deutscher Kulturdringung Rußlands seit dem 17. Jahrhundert muß noch von der deutschen Wissenschaft in seiner ganzen Tiefe und Reichweite aufgebrochen werden. Prof. Nadler hat im 4. Bande seiner Literaturgeschichte diese Probleme bereits in ihren Umrissen sichtbar gemacht.

Für den Aufbau eines solchen deutschen Instituts an der Königsberger Universität sind bereits wertvolle Ansätze vorhanden, um die sich der ganze Organismus verhältnismäßig

leicht gliedern ließe. Das deutsche Seminar und das Institut für Heimatforschung böten den Grundstock was Einrichtung wie Heimstätte anlangt. Das deutsche Seminar hat bereits eine Assistentenstelle. Und die „Königsberger Deutschen Forschungen“, bereits zum 6. Heft gediehen, ließen sich ohne weiteres als Schriftenfolge des Instituts übernehmen. Es müßte lediglich aus den Ersparnissen, die das Eingehen des persönlichen Ordinariats von Prof. Ziesemer ermöglicht, dem Institut ein Teil zur Verfügung gestellt werden. Daraus könnte nicht nur ein Arbeitsfonds, sondern auch eine Hilfskraft bereitgestellt werden, die die unumgänglich nötigen Kenntnisse östlicher Sprachen besitzt.

Ein solches Institut würde erst die Heranbildung von jungen Leuten, die bisher fehlen und die geeignet sind, auf dem umschriebenen Gebiete weiter zu arbeiten. Ein solches deutsches Institut würde, was auf die Dauer gar nicht zu umgehen ist, das hiesige Institut für ostdeutsche Wirtschaft geistesgeschichtlich ergänzen. Ein solches deutsches Institut würde dem Institut für osteuropäische Geschichte die unentbehrliche Unterstützung bieten. Es würde, da es sich ja mit dem Geistigsten, mit Sprache und Literatur beschäftigt, für die allgemeine Richtung der Gegenwart, die sich ostwärts wendet, von unschätzbarem Werte sein. Jede preußische Universität hat Einrichtungen, die ihrer besonderen Aufgabe dienen. Nur die Königsberger Universität, schon aus geographischen Gründen der Rückhalt für aller deutschen Kulturbestrebungen nach dem Osten, hat kein Instrument für ihre besondere Aufgabe. Wenn die künftigen Deutschlehrer der Provinz, wozu es höchste Zeit ist, nicht mit dem weitesten Blick auf den Osten ausgebildet werden können, so bleibt unsere Arbeit hier Bruchstück. Und wenn wir von hier aus nicht endlich daran gehen können, wissenschaftlich objektiv darzutun, was die deutsche Sprache und Bildung für die kleinen baltischen Völker und für Rußland bedeutet hat, so werden Staatsmänner und Politiker vergeblich daran arbeiten, zwischen Deutschland und dem Osten eine höhere Gemeinsamkeit herzustellen. Politik und Wirtschaft schaffen Interessengemeinschaften von problematischer Haltbarkeit. Wissenschaft und Kunst allein vermögen den Beziehungen der Völker jenes Einverständnis der Geister und der Seelen zu geben, ohne die weder Politik noch Wirtschaft bestehen können.¹

¹ Die Fakultät sprach sich mit Vorschlagsliste vom 19.12.1929 (Bl. 151 ff. der Akte) zwar für Ziesemer als Nachfolger Rankes aus, schlug für das freiwerdende Extraordinariat aber drei Kandidaten vor. Daraus berief das Kultusministerium Anfang 1930 (Bl. 161) den jungen Berliner Privatdozenten Gottfried Weber (1897–nach 1967), so dass nur der Etat von Ziesemers Institut für Heimatforschung etwas aufgestockt werden konnte. Eine ministerielle Reaktion auf Naders Instituts-Plan findet sich in der Akte nicht. Er erhielt Mitte 1931 einen Ruf nach Wien und nahm zum 1.10.1931 an (Bl. 310).

**203. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für
Kultusminister Konrad Haenisch.**

Marburg, 5. Februar 1920.

*Ausfertigung, gez. v. Premerstein als Dekan, v. Auwers als Prodekan.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 200–201v.*

Kandidaten für das freie Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Albert Werminghoff – Halle, Albert Brackmann – Königsberg, Edmund Stengel – Marburg, Bernhard Schmeidler – Leipzig und Fritz Vigener – Gießen. Bedauerlicherweise steht Fritz Kern – Frankfurt wegen seiner außeruniversitären Aktivitäten nicht für uneingeschränkte Lehre in Marburg zur Verfügung.

Vgl. Einleitung, S. 48 und 132.

Für die durch den Tod des Geheimen Regierungsrats Prof. Dr. Freiherr von der Ropp erledigte Professur für mittlere und neuere Geschichte, deren Vertreter hauptsächlich die Pflege der mittelalterlichen Geschichte im weitesten Umfange obliegt, beehrt sich die Philosophische Fakultät der Universität Marburg Euer Exzellenz folgende einstimmig beschlossene Vorschläge zu unterbreiten:

An erster Stelle nennen wir Prof. Albert Werminghoff in Halle und Prof. Albert Brackmann in Königsberg. Werminghoff ist geb. 1869, habilitierte sich nach längerer Tätigkeit bei der Badischen Historischen Kommission und den Monumenta Germaniae Historica im Jahre 1902; er war ordentlicher Professor in Königsberg, jetzt in Halle. Er ragt durch die ungewöhnliche Vielseitigkeit seiner umfänglichen wissenschaftlichen Leistungen hervor, die gleichmäßig dem früheren und späteren Mittelalter und auch einzelnen Gebieten der neueren Geschichte zugewendet sind. Sie erstrecken sich auf Quellenkunde, auf politische Geschichte (zumal in seiner stark kulturhistorisch gefärbten Schilderung des brandenburgischen Staatsmannes Ludwig von Eyb), namentlich jedoch auf Zustandsgeschichte. Vor allem kann man ihn geradezu als Schöpfer der kirchlichen Verfassungsgeschichte des Mittelalters bezeichnen. Er hat außer durch eigene einzelne Arbeiten durch eine grundrißartige, für jeden Forscher unentbehrliche zusammenfassende Darstellung sich zum Führer auf diesem Gebiete gemacht. Das Werk ist zugleich das Zeugnis eines ungewöhnlichen Fleißes und sicherer Stoffbeherrschung, wie auch eines nicht gewöhnlichen pädagogischen Talents. Dieses wird auch durch den Ruf bestätigt, der ihm als vortrefflichem akademischem Lehrer vorausgeht, sowohl in der auch für weitere Kreise anregenden Vorlesung wie in der methodischen Schulung der jungen Historiker im Seminar; er widmet sich seinen Schülern mit vollster persönlicher Hingabe und hat eine große Anzahl recht guter Arbeiten angeregt. Neben ihm nennen wir Albert Brackmann in Königsberg. Geboren 1871, wurde er 1905 Vertreter der historischen Hilfswissenschaften hier in Marburg und ist seit einigen Jahren Professor der mittleren und neueren Geschichte in Königsberg. Brackmann steht an

Umfang und Inhalt seiner wissenschaftlichen Leistungen und damit in seiner Geltung als wissenschaftliche Persönlichkeit hinter Werminghoff zurück, aber er hat auch deshalb erst später voll mit seinen Arbeiten einsetzen können, weil er zuerst Gymnasiallehrer war und eine Zeitlang sogar diesen Beruf mit dem akademischen Amte verbinden mußte, und weil er sich zuletzt während des Krieges ganz in den vaterländischen Dienst der Provinz Ostpreußen gestellt hat. Seine Arbeiten entsprechen im ganzen seiner Berufstätigkeit, die ihn allmählich aus dem Gebiete der Hilfswissenschaften in das der allgemeinen mittelalterlichen Geschichte geführt hat. Er hat sich wesentlich der mittelalterlichen Kirchengeschichte gewidmet und hier wertvolle Arbeiten zur Diplomatik der älteren Papsturkunden geschaffen; daneben stehen anregende Studien zur Geschichte Heinrichs IV. und zur Kaiserkrönung Karls des Großen. Er besitzt eine außerordentlich umfassende geschichtliche Bildung und, was ihn vor allem auszeichnet, ist seine kraftvolle, frische, fesselnde Persönlichkeit und sein ganz ungewöhnliches pädagogisches Talent, durch das er wohl die meisten seiner engeren Fachgenossen überragt. Es tritt hier eine sehr glückliche Verbindung von Naturanlage mit einer im höheren Schuldienst erworbenen Praxis zutage. Er hat diese Eigenschaften unter unseren Augen in hervorragender Weise zuerst als Gymnasiallehrer, dann als Lehrer an unserer Universität bewiesen, an der sein Einfluß weit über sein engeres Lehrgebiet sich hinaus erstreckte; besonders jetzt in Königsberg ist die Vielseitigkeit des Stoffes, den er in seinen Vorlesungen behandelt, eine außerordentliche. Er hat schon in seiner Marburger Zeit auch in weiteren Studentenkreisen für sein Fach anzuregen gewußt und seine näheren Schüler zu einer Reihe vortrefflicher Arbeiten angeleitet. Ferner zeichnet ihn innerhalb wie außerhalb seiner wissenschaftlichen Tätigkeit eine starke organisatorische Begabung aus. Das Urteil über ihn an unserer Universität ist ein geradezu auffallend einhelliges, und er würde hier allgemein mit Freunden als Mitarbeiter begrüßt werden, weil wir bei ihm des Erfolges seiner Lehrtätigkeit unbedingt sicher sind.

An zweiter Stelle nennen wir den hiesigen Vertreter der geschichtlichen Hilfswissenschaften, Prof. Edmund Stengel, geb. 1879. Er war einige Jahre Mitarbeiter der *Monumenta Germaniae Historica*, habilitierte sich 1907 in Marburg und stieg hier als Nachfolger Brackmanns zum außerordentlichen Professor und Vertreter der historischen Hilfswissenschaften auf. Vor kurzem ist er zum ordentlichen Professor ernannt worden. Wissenschaftlich tritt Stengel sowohl in seinen urkundlichen, wie in den darüber hinausgehenden Arbeiten Brackmann durchaus zur Seite; nach diesen allein gemessen würde er mit ihm auf eine Linie zu stellen sein, jedoch ist ihm Brackmann durch seine ganze pädagogische Persönlichkeit und durch seine, obendrein auf seinem Königsberger Lehrstuhl erweiterte, Erfahrung überlegen, wie er ihm ja auch in der hiesigen Professur für Hilfswissenschaften vorangegangen ist. Stengels zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten behandeln überwiegend die Diplomatik der Kaiser- und Privaturkunden. In seinem Hauptwerk über die Immunität in Deutschland hat Stengel ein weitschichtiges Material mit großem Fleiße gesammelt und mit eindringendem Scharfsinn gesichtet, und ebenso ist sein Urkundenbuch des Klosters Fulda eine hervorragende Leistung. In einer kleineren Schrift behandelt er eine mittelalterliche staatsrechtliche

Theorie über den Ursprung des Imperatorentums und zeigt hier die Beherrschung auch eines größeren Arbeitsgebietes. Neuerdings hat er einen bedeutenden wissenschaftlichen Fund gemacht und es ist zu erwarten, daß er der Wissenschaft aus diesem heraus erhebliche Resultate bringen wird. Er hat sich bei uns als Kollege und auf seinem bisherigen Gebiet als tüchtiger und erfolgreicher Lehrer bewährt.

An dritter Stelle nennen wir in alphabetischer Reihenfolge nebeneinander Bernhard Schmeidler, außerplanmäßiger Professor in Leipzig, und Fritz Vigener, ordentlicher Professor in Gießen. Schmeidler, geb. 1879, seit 1909 akademischer Lehrer und zugleich Mitarbeiter der *Monumenta Germaniae Historica*, hat sich nach seiner die ältere Verfassung Venedigs behandelnden Doktorschrift (1902) in erster Linie als tüchtiger Bearbeiter norddeutscher und italienischer Geschichtsquellen bewährt, sich dabei auch als feinsinniger mittelalterlicher Philologe gezeigt und geistesgeschichtlich vertiefte, programmatische Gedanken über die mittelalterliche Historiographie entwickelt. Seiner Lehrtätigkeit in Vorlesung und Seminar wird ein durchaus günstiges Zeugnis gegeben.

Fritz Vigener, geb. 1879, seit 1916 ordentlicher Professor in Gießen, hat sich literarisch wesentlich im 14. Jahrhundert und hier vor allem in der Bearbeitung der Mainzer Regesten ausgezeichnet bewährt und neuerdings durch einen Aufsatz zur neueren Kirchengeschichte auch auf diesem Gebiete eine völlig selbständige Auffassung und einen weiten Horizont bewiesen. Er ist eine stark für seine Überzeugung eintretende Persönlichkeit und, wie wir hören, auch ein vortrefflicher akademischer Lehrer. Er ist neben Friedrich Meinecke Mitherausgeber der *Historischen Zeitschrift*. Wir geben am Schluß unserem Bedauern Ausdruck, daß wir in unserer Liste nicht Prof. Fritz Kern in Frankfurt a/M. mit aufnehmen können, der sich durch seine ungewöhnliche Begabung und wissenschaftlichen Leistungen bei jugendlicher Frische auszeichnet und durch die geistesgeschichtliche Richtung seiner Studien eine vortreffliche Ergänzung zu den hier vorhandenen Lehrkräften darstellen würde. Aber die Verpflichtungen, die ihn für längere Zeit von seinem Lehrberuf fernhalten, zwingen uns, von ihm abzusehen, da wir den dringenden Wunsch haben müssen, daß der erledigte Lehrstuhl sobald wie möglich mit einem Manne besetzt werden möge, der sich uneingeschränkt seinem Lehrberuf widmen kann.¹

1 Mit Vereinbarung vom 1.4.1920 (Bl. 202 der Akte) wurde Brackmann berufen.

204. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für das Kultusministerium.

Marburg, 21. Januar 1929.

Ausfertigung, gez. Grüneisen als Dekan.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 21, Bl. 128–135.

Kandidaten für die Nachfolge von Wilhelm Busch im Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte sind: Willy Andreas – Heidelberg, Wolfgang Windelband – Berlin, Siegfried August Kaehler – Breslau und Wilhelm Mommsen – Göttingen. Ferner soll Rudolf Häpke zum planmäßigen Ordinarius ernannt werden.

Vgl. Einleitung, S. 133.

Auf den Erlaß des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 15. Dezember 1928, Tagebuch Nr. 5797, beehren wir uns, für die am 31. März dieses Jahres freiwerdende Professur für mittlere und neuere Geschichte darauf hinzuweisen, daß wir für diesen wichtigen Lehrstuhl unser Augenmerk nur auf jüngere Gelehrte gerichtet haben unter Bevorzugung solcher, die schon als ordentliche Professoren Erfahrung in diesem Beruf gesammelt haben. Ferner legen wir das Hauptgewicht darauf, daß sowohl für die besondere wissenschaftliche, wie für die allgemein staatliche Erziehung unserer akademischen Jugend ein Mann gewonnen wird, dessen Arbeits- und Lehrgebiet vornehmlich die Geschichte der neuesten Zeit ist. Dementsprechend schlagen wir vor:

an 1. Stelle Prof. Dr. Willy Andreas in Heidelberg,

an 2. Stelle Ministerialrat Prof. Dr. Windelband in Berlin,

an 3. Stelle Prof. Dr. Siegfried Kähler in Breslau,

an 4. Stelle Prof. Dr. Wilhelm Mommsen in Göttingen.

Da Marburg, was die Studentenzahl betrifft, in den geisteswissenschaftlichen Fächern in der Vorderreihe der Universitäten steht, so glauben wir, daß sich dem neu zu berufenden Historiker eine lohnende Aufgabe bietet.

Daher nennen wir an erster Stelle Prof. Dr. Willy Andreas (geb. den 30. Oktober 1884), der seine akademische Laufbahn in Marburg begann und über Karlsruhe, Rostock, Berlin nach Heidelberg ging. Er ist den Älteren von uns als akademischer Lehrer und als Persönlichkeit bekannt. Wir dürfen annehmen, daß nach seiner bisherigen Laufbahn das Ministerium über ihn als Lehrer und Gelehrter bereits unterrichtet ist. Wir erwähnen daher nur zusammenfassend, das er schon in seiner ersten größeren Arbeit über die Badische Verwaltungsorganisation seine Fähigkeit zeigte, einen an sich trockenen Stoff bei sorgfältiger Einzelarbeit lebendig zu gestalten und hinter den Institutionen die in ihnen wirkenden Persönlichkeiten herauszuheben.

Er hat dann die verschiedensten Zeiträume literarisch behandelt, wir erinnern an Riche-lieu, die anmutigen Essays, die treffliche dreibändige Ausgabe von Bismarcks Gesprächen,

worauf er sich jetzt wieder dem Studium der deutschen Kultur auf der Wende zur Neuzeit zugewandt hat, als dessen Vorläufer der lebensvolle Aufsatz über den „Bundschuh“ soeben erschien. Die in Marburg schon bewährte anziehende Kraft als Dozent hat er nach allem, was wir von ihm hören, in steigendem Maße behalten.

Ministerialrat Prof. Dr. Windelband (geb. den 21. August 1886) hat seinen wissenschaftlichen Ruf durch die Arbeiten zur badischen Landesgeschichte begründet, die sämtlich auf umfassendem Aktenstudium beruhen. Gleich in dem Erstlingswerk „Der Anfall des Breisgaus an Baden“ (1908) erhalten wir ein zugleich allgemein gültiges Bild der Politik eines machtlosen Kleinstaates seit den Revolutionskriegen, worauf nach der Arbeit über Staat und katholische Kirche unter Karl Friedrich (1912) das Hauptwerk „Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs“ (1916) folgte, in welchem die Vorzüge sorgfältiger und grundlegender Einzelforschung sich mit der Herausarbeitung der leitenden Gesichtspunkte und des Allgemeingültigen (siehe die Vergleiche mit Preußen) verbinden. In der Darstellung der Vereinigung Baden-Durlachs mit Baden-Baden gibt er Vorspiel und Grundlage zu den von Andreas behandelten Vorgängen. Auch er arbeitet die Bedeutung der Persönlichkeiten, vor allem die zentrale des Markgrafen, neben ihm seiner Minister und der Beamtenschaft, überhaupt anschaulich heraus. Bis in die neueste Zeit führt sodann sein für weitere Kreise bestimmter großzügiger Überblick über „Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit 1494–1919“ (zuerst 1922 erschienen und ergänzt durch „Grundzüge der Außenpolitik seit 1871“ (1926)), ein Werk, das außer der Beherrschung eines großen Stoffes eine durchweg eigene Auffassung zeigt; er geht nicht vom deutschen, sondern vom europäischen Standpunkt aus, was besonders in dem leitenden Gedanken des letzten Abschnittes 1815/1919 „Die Weltstellung Englands“ hervortritt. Ihm folgten die kleineren Arbeiten über Herbert Bismarck und die Herausgabe der Briefe Johanna Bismarcks. Wenn wir ferner seinen Ruf als Dozent und seine uns allen bekannte Persönlichkeit hervorheben, so würden wir es mit der höchsten Freude begrüßen, wenn er sich entschließen könnte, an unserer aufblühenden Universität den Weg zu seinem früheren akademischen Beruf zurückzufinden.

Prof. Dr. Siegfried Kähler, geb. 4. Juni 1885, war wie Andreas Privatdozent in Marburg (seit 1921), zeitweise beurlaubt als Reichsarchivrat in Potsdam, seit Ostern 1928 Professor in Breslau. Wir haben uns über Kähler schon eingehend geäußert, als wir auf Grund seines damals als Manuskript vorliegenden Buches über „Wilhelm von Humboldt und den Staat“ seine Ernennung zum außerordentlichen Professor erbat (Bericht vom 8. Februar 1927, Tagebuch 284/61). Durch sein inzwischen gleichzeitig mit dem größeren Teil der Marburger Universitätsgeschichte erschienenen Humboldt-Werk steht Kähler in der führenden Reihe der jüngeren Historikergeneration. Sein Buch gehört zu den wertvollsten Erscheinungen der historischen Literatur der letzten Jahre, und mit ihm hat Kähler sich in völliger Selbständigkeit neben und zum Teil über seine bedeutenden Vorgänger gestellt. Wenn er nicht davor zurückschreckt, in mancher Hinsicht ein bisher feststehendes Idealbild zu zerstören, so läßt er es bei der Fülle von Selbstzeugnissen gleichsam durch Humboldt selbst geschehen;

er sieht den wesentlichen Grund für das Scheitern des Staatsmannes in Humboldt selbst mehr als in der Umwelt, und entlastet dabei den Gegenspieler Hardenberg vielleicht über Verdienst. In der Biographie gibt er ein Stück Zeitgeschichte, an der kein Forscher mehr vorübergehen kann. Er stellt Humboldt zwischen zwei Zeiten hinein als einen Menschen, der von der älteren nicht los kommt und daran scheitert, und der doch Wege andeutet, auf denen die Zukunft gehen mußte, nur daß er, der auch politisch mehr in der „Idee“, in den „Formen“ lebte, als in der Welt der Tatsachen, diesen Weg nicht selbst beschreiten konnte. Hat Kähler in seinem Humboldt eines der schwierigsten Probleme der Persönlichkeitsgeschichte in seiner Tiefe erfaßt und mit ungewöhnlicher Begabung zur seelischen Analyse zu lösen gesucht, so lag bei seiner Marburger Universitätsgeschichte die Schwierigkeit im Gegenteil, in der außer wenigen Lichtpunkten durchgehenden Dürre des Stoffes. Kähler aber wußte auch diesem Stoff Leben einzuhauchen und in der Einzelgeschichte ein Bild des älteren akademischen Lebens überhaupt zu geben, oft mit erfrischendem Humor.

Er zeigt hier als Gelehrter das, was wir auch bei ihm als akademischem Lehrer kennengelernt haben, daß er es versteht, ebensowohl auf einen Kreis ernst gerichteter und begabter Schüler anregend zu wirken, wie für den Durchschnitt, mit dem der Lehrer nun einmal rechnen muß, verständlich und anziehend vorzutragen. In seinen Vorlesungen und Übungen hat er hier die nachbismarcksche Zeit bis zum Versailler Vertrag bevorzugt. Falls die Herren Andreas und Windelband für Marburg nicht zu gewinnen sein sollten, würden wir das größte Gewicht auf die Berufung Käblers für die Vertretung der neueren Geschichte legen.

Nur wenn zu unserem Bedauern auch dieser Wunsch an unüberwindlichen Hindernissen scheitern sollte, haben wir noch an letzter Stelle den außerordentlichen Professor in Göttingen, Dr. Wilhelm Mommsen, geb. am 25. Januar 1892, genannt. Es ist kein Zweifel, daß Mommsen hinter Kähler zurücksteht. Aber er hat sich als jüngerer Gelehrter von großem Fleiß und ehrlichem wissenschaftlichem Streben bewährt. Bereits sein Erstlingswerk über „Richelieu, Elsaß und Lothringen“ (1922) fand in der wissenschaftlichen Welt Anerkennung. Am bekanntesten wurde sein Buch über „Bismarcks Sturz und die Parteien“ (1924), eine tüchtige und anerkanntswerte Leistung, die mit der Beibringung eines umfassenden Materials einen wichtigen Beitrag zu diesem Wendepunkt deutscher Geschichte lieferte. Sein Hauptwerk ist der 1928 erschienene 1. Band von Miquels Leben, der bis 1866 führt. Wenn dies Buch auch von Käblers Humboldt erheblich übertroffen wird, so hat der Verfasser doch die Schwierigkeit zu überwinden verstanden, die in der Unsicherheit einer festen Linienführung lag bei einem in jeder Beziehung schillernden, in sich unfesten Charakter, der oft widerspruchsvollen Mischung von stürmendem Idealismus mit starker Abhängigkeit vom Einfluß der geistigen und menschlichen Umgebung und einem guten Teil von recht äußerlichem Opportunismus, wobei tiefere menschliche Probleme wie bei einem Humboldt fehlten. Es ist anzuerkennen, daß Mommsen diesen Schwierigkeiten nicht aus dem Wege ging, daß er stets zu einer Lösung zu kommen suchte, gleichgültig ob diese glatt zu finden war oder nicht, und daß er schließlich ein einheitliches Bild des Mannes zu geben

vermochte; leider verliert sich die Darstellung gelegentlich wie beim National-Verein in etwas ermüdender Breite.

Wir verzichten wie bei Kähler auf eine Aufzählung der zahlreichen Einzelaufsätze und Kritiken, die der fleißigen Feder des Gelehrten entstammten, und begnügen uns hervorzuheben, daß er in der zu einem Aufsatz gewordenen Besprechung von Doeberls Buch „Bayern und die Reichsgründung“ die Beherrschung gründlicher Methode zeigte, wenn er auch, wohl aus politischer Gegenwartsanschauung heraus, Bismarck unitarischer hinstellt als er tatsächlich war. In seinen zahlreichen Kritiken meidet er die überflüssige Polemik und ist stets bestrebt Positives und Eigenes beizutragen, wofür als Beispiel auf die gänzlich ablehnende aber im Ton vornehm gehaltene Besprechung des bekannten Ludwigschen Bismarck-Buches verwiesen sei (in der Historischen Belletristik, Bd. 138 der Historischen Zeitschrift). Zuletzt wollen wir noch die Charakteristik Treitschkes in der Einleitung von Treitschkes politischen Schriften hervorheben. Persönlich ist uns Prof. Mommsen nicht bekannt, jedoch lauten die Urteile aus Göttingen über ihn als Menschen wie als Lehrer gleich günstig. Im Anschluß an diese unsere Vorschläge für die Wiederbesetzung des freigewordenen Ordinariats richten wir an den Herrn Minister die dringende Bitte, unseren hiesigen Kollegen Prof. Dr. Rudolf Häpke (geb. den 24.10.1884) zum planmäßigen ordentlichen Professor zu ernennen. Wir sehen in dieser Bitte eine Dankspflicht gegenüber dem seit fünf Jahren mit voller Hingabe an seinen Lehrberuf wie an den allgemeinen Interessen der Universität bei uns wirkenden Amtsgenossen. Wenn wir über ihn auf unseren älteren Bericht vom 6. November 1922 (Tagebuch Nr. 232/2311) verweisen, so können wir nach seiner bisherigen Wirksamkeit das dort Gesagte voll aufrechterhalten: Die Verbindung gründlicher Forschung mit anmutender Darstellung, die er auch in mehreren kleineren aber stets haltvollen Arbeiten gezeigt hat, die seitdem erschienen sind, von denen wir den unterrichtenden Überblick über die Wirtschaftsgeschichte (1922, 2. Aufl. 1928) und den aufschlußreichen Aufsatz über den nationalwirtschaftlichen Gedanken in Deutschland zur Reformationszeit (Wenckheft der Historischen Zeitschrift Bd. 134, 1926) nennen. Besonders anzuerkennen ist die Sorgfalt, mit der er sich dem Einzelnen seiner Schüler widmet, deren Ergebnis in einer ansehnlichen Zahl von ihm angeregten Doktorarbeiten vorliegt.¹

1 *Mit Vereinbarung vom 15.3.1929 (Bl. 136 der Akte) berief das Kultusministerium Mommsen als persönlichen Ordinarius, da Andreas wenig Neigung für Marburg zeigte und Windelband schon wegen seines deutlich höheren Gehalts als Ministerialrat nicht ernsthaft in Frage kam. Im Briefwechsel mit Aubin rätselte Kaehler über seine Chancen, zumal ein Marburger Fakultätsmitglied Aubin versicherte, die Liste sei ganz auf dich [Kaehler] abgestellt gewesen, zit. nach: Mühle, Eduard (Hrsg.), Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968, Marburg 2008, S. 103. Gegen Kaehler sprach seine Berufung nach Breslau erst 1928. Mit dem Tode Häpkes rückte Mommsen im März 1930 zum planmäßigen Ordinarius auf (Bl. 283). Zu Mommsens Zeit in Marburg vgl. Köpf, Peter, Die Mommsens. Von 1848 bis heute – die Geschichte einer Familie ist die Geschichte der Deutschen, Hamburg 2004, S. 174 ff.*

5. Soziologie

205. Bericht von Prof. Andreas Walther und der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium.

Göttingen, 24. Juni 1920.

Ausfertigung, gez. Stille.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bd. 2, Bl. 131–137.

Damit Soziologie zu einer Universitätsdisziplin wird, muss sie sich auf die vergleichende Analyse des sozialen Körpers, der sozialen und kulturellen Gesamtstrukturen konzentrieren. Die bisherige unfruchtbare Gegnerschaft von Soziologie und Geschichtswissenschaft in Deutschland ist durch Zusammenarbeit zu ersetzen. Ein Ziel ist die Charakterisierung der Kulturen. Die Soziologie verbindet Natur- mit Geisteswissenschaften und bedarf eines separaten Seminars.

Vgl. Einleitung, S. 136.

Dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beehrt sich die Philosophische Fakultät zu Göttingen, dem Ersuchen des Herrn Kurators vom 15. Mai 1920 entsprechend, folgenden Bericht über die Organisation des soziologischen Unterrichts, eingereicht von Prof. Dr. Andreas Walther am 21. Juni 1920, zu übergeben. Herr Prof. Walther lässt sich so aus:¹

„Bei der gegenwärtigen außerordentlichen Unklarheit darüber, was unter Soziologie zu verstehen sei, bedarf es einiger Vorbemerkungen. Soll eine praktisch lebensfähige, der Leistungsmöglichkeit eines Menschenlebens angepasste, schulmäßig fortpflanzbare Universitätswissenschaft geschaffen werden, so ist es unmöglich, den Aufgabenkreis der Soziologie lediglich aus dem unsicheren und viel zu weiten Begriff der ‚Gesellschaft‘ (werde er auch durch das Zurückziehen auf das ‚Formale‘, übrigens willkürlich und verarmend, beschränkt) ableiten zu wollen. Auch die Biologie oder die Psychologie behandeln nicht alles, was zum Begriff des ‚Lebens‘ bzw. der ‚Seele‘ gerechnet werden kann, und würden, wenn sie es täten, alsbald zu jener Allerweltswissenschaft werden, als welche die Soziologie sich mit Recht unmöglich gemacht hat.

¹ Zum Memorandum Walthers vgl. Neumann, Michael, *Über den Versuch, ein Fach zu verhindern: Soziologie in Göttingen 1920–1950*, in: Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, 2. Aufl., München 1998, S. 454–468, hier S. 460.

Die Soziologie hat sich vielmehr zu konzentrieren auf das vergleichende Verständnis des sozialen Körpers, der sozialen und kulturellen Gesamtstrukturen. Die sogenannte ‚Soziologie‘ der Liebe, der Eifersucht, der Panik, oder die Wissenschaften von den sozialen Teilgebilden Familie, Partei, Universitäten usw., sind Hilfswissenschaften von den Elementen des sozialen Körpers. Für ihre spezialistische Bearbeitung sind nach Möglichkeit andere Wissenschaften, die Psychologie, die Rechtswissenschaft, die politische Historie usw. zu interessieren. Ebenso sollte die Bearbeitung der Soziologie des Rechts, der Religion, der Kunst, der Wirtschaft usw. möglichst von den Spezialkennern dieser Teilgebilde geliefert werden. Es ist eine wichtige Aufgabe der Soziologie, solche Bearbeitungen weiterhin anzuregen. In der unbesehenen Herübernahme der Ergebnisse liegen aber für die Soziologie große und nicht einfach sichtbare methodische Gefahren. Übungen für Fortgeschrittenere und die unten erwähnten Vorlesungen über Geschichte der Soziologie werden zeigen, wie sehr jede dieser Teilbearbeitungen an einer andersartigen wissenschaftlichen und geistigen Welt orientiert und verschiedenartigen Begriffs- und Kategoriengerüsten eingebaut ist, so daß die einfache Nebeneinanderstellung der Ergebnisse nicht die gesuchte wahrhaft synthetische Wissenschaft, wohl aber das übliche babylonische Durcheinanderreden in allen Sprachen ergibt.

Die Soziologie als die vergleichende Wissenschaft von den sozialen und kulturellen Komplexgebilden ermöglicht all jenen Teilbearbeitungen erst, ihre Erfüllung zu finden. Denn Recht oder Kunst, Familie oder Partei, alle sozialpsychologischen Erscheinungen wie Liebe oder Panik, also auch die Begriffe Liebe, Familie, Recht usw., sind sowohl nach ihrem Inhalte wie insbesondere auch nach ihrer relativen Gewichtigkeit und funktionalen Stellung innerhalb der jeweiligen Gesamtstruktur charakteristisch unterschieden, verschieden z. B. im deutschen, amerikanischen, chinesischen Kulturkreis. Alle exakteren Bestimmungen über Umfang und Inhalt dieser Begriffe ergeben sich also erst aus der vergleichenden Bearbeitung jener hochkomplexen Gebilde.

Damit ist gesagt, daß ich die Begriffssoziologie oder ‚reine‘ Soziologie (die sich oft mißbräuchlich einfach Soziologie nennt) in der bisherigen Form ablehne, nicht nur, weil sie in ihrer jetzigen Verarmung eine Abdrängung von den eigentlichen Zielen der Soziologie bedeutet, sondern weil sie den Begriff der ‚Gesellschaft‘ mehr oder weniger aus dem Leeren konstruiert (so daß jene Verarmung aus der Methode notwendig folgt). Die ‚Gesellschaft‘ ist aber etwas eminent Empirisches, das nur in der Gesamtgeschichte vorzufinden ist.

Es folgt also vor allen Dingen, daß eine Gesundung der Soziologie nur aus ihrer prinzipiellen Personalunion mit der Geschichtswissenschaft gewonnen werden kann. Die Historie allein kann der Soziologie ihr eigentliches Fundament, nämlich die Beherrschung eines gesicherten empirischen Materials, geben. (Die bisherige unfruchtbare Gegnerschaft von Soziologie und Geschichtswissenschaft besonders in Deutschland ist wissenschafts- und geistesgeschichtlich leicht verständlich, aber in nichts notwendig begründet.)

Der bisher einzige Zweig der Soziologie, der als wissenschaftlich gesund gelten darf, ist die Soziologie der primitiven Kulturen. Nur hier sind eben jene entscheidenden Voraussetzungen erfüllt, daß die Synthese in spezialistischer Arbeit verwurzelt bleibt, und daß die

Begriffe und Kategorien nicht irgendwo erborgt, sondern aus dem Gegenstand selbst herausgewachsen sind. (Wo an einer Universität die Ethnologie nicht durch eine Spezialisten vertreten ist, gehört es zur Pflicht des Soziologen, über die Soziologie der primitiven und Halbkulturen und die große einschlägige Literatur orientierend zu lesen.)

Das eigentlichste Ziel der Soziologie ist nun, dasselbe, was die ethnologische Soziologie für primitiven Kulturen leistet, auch für die höheren und höchsten Kulturen durchzuführen. Daß heißt, es sind auch diese Kulturen in charakteristisch zusammengehörende Gruppen zusammenzufassen, nach typischen Merkmalen auf den verschiedenen Lebensgebieten vielfältig zu klassifizieren, die Ursachen der Parallelen und Unterschiede aus den Struktur- und Funktionsbeziehungen usw. verständlich zu machen und so fort. Die zusammenfassende Bearbeitung aller Gruppen führt zu dem System der Soziologie der Kulturen, welches das Ziel meiner literarischen Lebensarbeit ist. Diese Arbeit ist auf jahrzehntelanges Sammeln und Nachprüfen eingestellt.

Die Organisationen der Vorlesungen und Übungen steht unter anderen Gesichtspunkten. Der Unterricht wird durch die wissenschaftsgeschichtliche und nationalpädagogische Lage der jeweiligen Gegenwart mitbestimmt. Augenblicklich gilt es für den Unterricht nicht, den zahllosen soziologischen Systemen ein neues hinzuzufügen, sondern sammelnd und sichtig die Beherrschung und Überwindung unserer historistischen Fragmentenkultur zu lehren.

Eine Hauptvorlesung hat das große und chaotische Schrifttum der Soziologie, wie es einfach empirisch vorliegt, zu besprechen und kritisch zu sichten. Übungen werden im Anschluß an repräsentative Werke das methodisch Verfehlete der Konstruktionen von den fruchtbaren und haltbaren Elementen sondern. Entscheidende Einzelfragen, wie das Verhältnis von Natur- und Kulturwissenschaften, müssen in Nebenvorlesungen erschöpfend systematisch behandelt werden.

Die meisten Vorlesungen und Übungen beziehen sich auf die soziologische Entwicklung, insbesondere der abendländischen neuzeitlichen Völker. Ich werde zunächst zusammenfassend über vergleichende Psychologie der modernen großen Völker auf historischer Grundlage lesen. Der Ausbau führt in Stufen hinab bis zu Spezialvorlesungen über die soziologische Entwicklung des deutschen Volkes seit 1848 oder etwas über die Entwicklung des amerikanischen Geistes (stets unter kulturvergleichenden Gesichtspunkten). In Übungen werden typisch bedeutsame Quellen aus verschiedenen Kulturkreisen kulturvergleichend interpretiert werden. Das Ziel ist überall die Aufzeigung der sozialen und geistigen Strukturen, der Funktionszusammenhänge, der Konsequenzen für den kulturellen Menschentyp. Das abschließende Ergebnis ist das erwähnte System gleichsam einer Charakterologie der Kulturen. (Ich wiederhole, daß für den Lehrbetrieb das Gewicht nicht auf dieser systematischen Zusammenschau, sondern auf dem empirischen Unterbau ruht, füge aber hinzu, daß auch die Systematik durchaus übersehbar und lehrbar ist bei straffer Durchführung der Methode, von der Beschränkung auf eine Auswahl durchgebildeter Typen auszugehen und schrittweise methodisch zu gemischteren und Übergangstypen zu kommen, so daß zuletzt auch, wie in der Charakterologie, das Einmalige seine Stelle und die Erklärung seiner Möglichkeit findet.)

Für die praktische Organisation der Seminarübungen und die Zugänglichmachung der Literatur liegt die große Schwierigkeit vor, daß die Studierenden verschiedenen Fakultäten angehören und also in keinem der bestehenden Seminare gesammelt werden können (selbst wenn eins von ihnen eine spezifisch soziologische Büchersammlung besäße). Die Einfügung in eines der Fachseminare ist auch sachlich unzweckmäßig, da die Soziologie, vor allem in der gegenwärtigen nationalpädagogischen Lage, es als eine ihrer besonderen Aufgaben zu betrachten hat, Grenz- und Verständigungswissenschaft zwischen verschiedenen Disziplinen zu sein. Sie ist von Haus aus Bindeglied zwischen Natur- und Geisteswissenschaften, hat besonders kräftige Zweige in der Rechtswissenschaft getrieben und notwendige Beziehungen zur vergleichenden Religionswissenschaft sowie zur Medizin (Vererbungs- und Rassenfragen). Die Soziologie bedarf also unbedingt eines eigenen Seminars und einer eigenen Seminarbibliothek, in welcher die soziologisch gerichteten Hauptwerke verschiedener Disziplinen nebeneinander zugänglich sind. Ich habe es auf mich genommen, meine Bibliothek und mein Studierzimmer den Teilnehmern am Seminar die ganzen Nachmittage zur Verfügung zu stellen, und würde für jede Förderung zum allmählichen Aufbau einer Seminarbibliothek sehr dankbar sein.“

206. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an Finanzminister

Hermann Lüdemann.

Berlin, 25. September 1920.

Ausfertigung, gez. i. A. Naumann.

GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6537, n. f.

Anmeldung eines neuen Extraordinariats für Soziologie an der Universität Berlin wegen der wissenschaftlichen wie der politischen Veränderungen und weil ein geeigneter Kandidat bereitsteht.

Vgl. Einleitung, S. 138.

Anmeldung für den Staatshaushalt 1921.

Dauernde Ausgaben.

Universität Berlin.

Mehr bei Kapitel 119 Titel 2

an Durchschnittsbesoldung und Ortszuschlag für ein Extraordinariat für Soziologie in der Philosophischen Fakultät (10.750 + 3.500 M) = 14.250 M.

Die großen Inhalte des geschichtlichen Lebens, Sprache wie Religion, Staatenbildung und Massenkultur sind durch die individuelle Betrachtungsweise, die das Zeitalter nach dem Kriege 1870 auszeichnet, nicht in ihren Wechselbeziehungen als Gesamterscheinungen

wissenschaftlich in Deutschland hinreichend gewürdigt worden. Die politischen Neuerungen, die durch den Kriegsausgang eingeleitet worden sind, haben eine vollständig andere Einstellung des staatlichen Bewußtseins in Deutschland hervorgerufen. Mit der Schaffung des Volksstaates drängen neue Aufgaben der Gesellschaftslehre, der Soziologie, an alle Zweige der Geisteswissenschaften heran. Die Soziologie erstrebt die Erkenntnis von den Formen der Vergesellschaftung. Sie will die Kräfte der Individuen nicht mehr erfassen in ihrer isolierten Wirksamkeit, sondern in dem, was die gemeinsame Bindung der Menschen in der gesellschaftlichen Zusammenhaftung bedeutet. Es versteht sich, daß diese Wissenschaft heute nach dem Schwinden des Obrigkeitsstaates und nach der Nivellierung sozialer Schichten eine entscheidende Bedeutung im Gesamtbereich der Geisteswissenschaften wird erlangen müssen.

Die Literatur über Soziologie und die Notwendigkeit einer ausgebreiteten wissenschaftlichen Behandlung der Soziologie an den Universitäten ist in den letzten Jahren Gegenstand so umfassender und bedeutsamer Ausführungen von Gelehrten geworden, daß ich mich mit dem Hinweise begnügen kann, daß kaum über eine andere moderne geisteswissenschaftliche Disziplin in den letzten Jahren so viel diskutiert worden ist wie über die Soziologie. An der Berliner Universität lehrt seit vielen Jahren ein höchst verdienter Privatdozent, der namentlich der philosophischen Auffassung der Soziologie außerordentlich wertvolle Arbeiten gewidmet und sich auch durch große Lehrerfolge ausgezeichnet hat. Damit hat er auch den andern soziologischen Methoden, die mehr empirisch und historisch gerichtet sind, neue Wege geebnet. Da es sich um einen Gelehrten von internationalem Ruf handelt, der immer noch Privatdozent ist, und die Vertretung der Soziologie jedenfalls an der größten Universität eine der lebenswichtigsten Forderungen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften ist, erlaube ich mir, die Schaffung eines Extraordinariats für Soziologie für das Etatsjahr 1921 auf das dringlichste und wärmste zu befürworten. Ich glaube zum Ausdruck bringen zu sollen, daß im Rahmen der Etatsanmeldungen für die Philosophische Fakultät der Universität Berlin, sofern es sich um Neuschaffung von Lehrstühlen handelt, kaum ein Lehrstuhl so wichtig sein dürfte, wie der beantragte für Soziologie.¹

¹ Die Stelle erhielt Alfred Vierkanndt, vgl. Dok. Nr. 207.

**207. Schreiben der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin an das
Kultusministerium.
Berlin, 7. März 1925.**

Ausfertigung, gez. Schumacher als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bd. 1, Bl. 233–234v.

Die vom Ministerium angeregte Ernennung von Alfred Vierkandt zum persönlichen Ordinarius wird gebilligt, wenngleich dies quasi eine Hausberufung darstellt. Weder soll Vierkandts Lehrauftrag ausgeweitet noch Soziologie zum vollen Prüfungs- und Promotionsfach aufgewertet werden.

Vgl. Einleitung, S. 138.

Auf die Anfrage des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betreffend die Ernennung des planmäßigen außerordentlichen Prof. Dr. Vierkandt zum persönlichen Ordinarius, beehrt sich die Fakultät folgendes auszuführen.

Die Philosophische Fakultät ist im allgemeinen – wie sie bereits in ihrem Bericht vom 2. März 1925 ausgesprochen hat – der Ansicht, daß es nicht wünschenswert sei, wenn ein Dozent an derselben Universität, an der er sich habilitiert hat, durch alle weiteren Grade aufsteigt. In Berlin wie an vielen anderen Universitäten ist von dem Grundsatz, daß ein solcher Aufstieg nicht stattfinden solle, nur in seltenen Fällen ganz ungewöhnlicher wissenschaftlicher Leistungen abgewichen worden, und es empfiehlt sich, zu dieser neuerdings vielfach durchbrochenen Auffassung wieder zurückzukehren.

Daß im vorliegenden Fall so überragende wissenschaftliche Verdienste vorliegen, vermag die Fakultät nicht zu behaupten. Wenn sie trotzdem der Anregung des Ministeriums zustimmt, so geschieht es mit Rücksicht darauf, daß Herr Prof. Vierkandt in letzter Zeit an einer anderen Universität an hervorgehobener Stelle zum Ordinarius vorgeschlagen gewesen ist, und daß, nachdem die Berufung nicht stattgefunden hat, bei seinem vorgerückten Alter die Wiederholung einer solchen Gelegenheit kaum zu erwarten ist. Sie zieht dabei auch in Betracht, daß die besondere Arbeitsrichtung von Prof. Vierkandt bei dem Mangel an Lehrstühlen dieser Art bisher seine Fortberufung an eine andere Universität mit gehindert haben mag.

Jedoch muß die Fakultät schon bei dieser Gelegenheit betonen, daß sie einem vollen philosophischen Lehrauftrage für Prof. Vierkandt nicht zustimmen könnte, und daß seine Beteiligung an den Fakultätsprüfungen in Philosophie, wie natürlich auch in der Volkswirtschaftslehre, nicht vorgesehen ist. Ebenso kann mit dieser Ernennung der Erhebung der Soziologie zum vollen Promotions- und Prüfungsfach nicht ausgesprochen werden. Auch derjenige, der diese Wissenschaft für entwicklungsfähig hält, wird nicht verkennen, daß sie in ihrem gegenwärtigen Zustande wesentlich aus anderen Wissenschaften schöpft, und daß diese jeweils in ihrem Gesamtumfange das Hauptfach für die betreffenden Promotionen

bleiben müssen. Andernfalls würde die sichere wissenschaftliche Grundlegung der Soziologie nicht gewährleistet sein und eine Spezialisierung der Promotionsgebiete eintreten, der die Fakultät bisher immer bewußt entgegengewirkt hat.

Auch ist die Gefahr noch keineswegs ganz überwunden, daß die Studenten, vielfach sogar besonders strebsame, in der Soziologie irrigerweise eine Universalwissenschaft erblicken und dadurch in der Entwicklung eines gesunden wissenschaftlichen Geistes und fruchtbaren wissenschaftlichen Strebens bedenkliche Hemmungen erfahren.

Obwohl es somit an gewichtigen sachlichen Bedenken nicht fehlt, will die Fakultät doch aus den dargelegten Gründen persönlicher Art gegen die Ernennung von Prof. Vierkandt zum persönlichen Ordinarius keine Einwendungen erheben.

208. Schreiben von Prof. Alfred Vierkandt an Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Berlin, [Anfang] Juli 1927.

Ausfertigung, gez. Vierkandt.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 10 Nr. 219, Bl. 16–32.

Antrag auf ein Institut für Soziologie an der Berliner Universität, das wie die bestehenden Institute in Köln, Münster und Frankfurt in drei Abteilungen (Staat/Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur) gegliedert sein sollte. Darlegung der Bedeutung der Disziplin Soziologie auf diesen Feldern.

Vgl. Einleitung, S. 138.

Den Herrn Minister bitte ich, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um an der hiesigen Universität ein Soziologisches Institut zu errichten, das heißt die von mir eingebürgerten soziologischen Übungen in angemessenem Umfange mit einer Bücherei, ausreichenden Räumen und den erforderlichen Hilfskräften zu versehen. Zur Begründung dieses, schon wiederholt, zuletzt im Juni 1926, geäußerten Verlangens beehre ich mich – diesmal unter besonderer Betonung der Dringlichkeit – das Folgende ganz ergebenst vorzutragen:

Etwa seit der Wende des Jahrhunderts ist in der Geschichte des europäischen, insbesondere auch unseres deutschen Denkens eine zur Zeit noch nicht zum Abschluß gelangte Wandlung zu verzeichnen, welche nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Gesamtkultur eine neue Richtung gegeben und neue Ziele gesetzt hat. Das allgemeine geistige Leben der Gegenwart empfindet das Spezialistentum und den reinen Intellektualismus immer mehr als unbefriedigend und drängt zur Philosophie und Religion zurück. Unser Zeitalter wird bewegt von dem Drang nach Synthese, nach philosophischem Denken und nach einem einheitlichen Weltbilde. Für dieses Verlangen, das sich schlechterdings nicht abweisen läßt, kommt neben der Philosophie und Psychologie auch die Soziologie in gleichem Maße in Betracht,

weil sie zu einer einheitlichen Auffassung der menschlichen Kultur und Gesellschaft führt. Die philosophische Selbstbesinnung, die Gewinnung einer neuen Weltanschauung gehören zu den stärksten geistigen Lebensbedürfnissen unseres Volkes. Das Gleiche gilt wohl gegenwärtig von allen westlichen Völkern – aber bei dem unsrigen ist das Bedürfnis besonders groß angesichts des außergewöhnlich hohen Grades von Zersplitterung und Rationalisierung, den es erfahren hat. Außerdem drängen aber auch praktische Notwendigkeiten zur Beschäftigung mit der Soziologie. Ihr Gegenstand ist die menschliche Kultur und Gesellschaft nach ihren Gesetzmäßigkeiten und Formen, der einheitliche Stil jeder Kultur und der wechselseitige Zusammenhang der einzelnen Kulturgüter (wie Wirtschaft, Recht, Religion und Kunst) sowie die Abhängigkeit der Kultur von den Menschen, die ihre Träger sind. Sie lehrt uns, insbesondere dem irrationalen Faktor Mensch bei der Betrachtung der Kultur, der Wirtschaft, des Staates und des Rechtes Rechnung zu tragen. Das bisherige Weltbild der Wissenschaft und auch der Praktiker ist in dieser Beziehung einseitig mechanistisch. So ist die Betriebswissenschaft veräußerlicht, so wird etwa Fordismus einseitig unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, ohne daß der psychologische Gesichtspunkt zu seinem Recht käme. So rechnet (weiter beispielsweise) die Strafgesetzgebung und der Strafvollzug allzu sehr mit einem künstlich konstruierten Menschen, ohne den wirklich erforschten Tatsachen der menschlichen Seele und des Lebens Rechnung zu tragen. Die alles erfassenden rapiden und tiefgreifenden Wandlungen unserer Zeit erfordern ferner dringend die Schaffung einer neuen Sozial-Ethik und einer Theorie der modernen Kultur, speziell der modernen Sozial-Kultur. Hier muß die Soziologie den künftigen Generationen ein neues Weltbild schaffen. Diese Aufgabe ist besonders dringlich geworden, seitdem die Schicksale des Staates, der Gesellschaft und der Kultur nicht mehr lediglich von einer dünnen Oberschicht mit ihrer stark rationalisierten und daher leichter berechenbaren geistigen Verfassung bestimmt sind, sondern die irrationalen Massen mitsprechen. So kommt es, daß die Beschäftigung mit soziologischen Fragen nicht nur für die sogenannte Literatur und die Wissenschaft, sondern auch für die Politik und Wirtschaft ein unabweisbares Bedürfnis ist.

Daraus ist es auch zu erklären, daß nach und nach in allen Zweigen der Geisteswissenschaften sich das Bedürfnis immer mehr regt, sich mit der soziologischen Denkweise vertraut zu machen und die Soziologie, sei es zur Ergänzung, sei es zur Grundlegung, heranzuziehen. Beweis dafür ist das lebhaftere Interesse, das ein großer Teil der Gelehrtenwelt der Soziologie entgegenbringt, die Fülle der soziologischen Arbeiten, die aus diesen Kreisen hervorgehen, die rege Beteiligung an den soziologischen Kongressen, endlich das Gedeihen der deutschen Gesellschaft für Soziologie, die sich aus einer großen Zahl anerkannter Fachmänner zusammensetzt. Besonders stark sind die Nationalökonomien an dieser Bewegung beteiligt. In der Tat besteht auch in der Nationalökonomie, daneben wohl am stärksten in der Rechtswissenschaft, das Bedürfnis nach einer soziologischen Grundlegung: Man kann sich der Erkenntnis nicht entziehen, wie eng die Volkswirtschaft und das Recht mit allen Seiten der Kultur verflochten sind. Man kann die in Betracht kommenden Tatsachen nicht voll verstehen und die Frage der Weiterbildung der einschlägigen Institutionen nicht gründlich

behandeln, ohne Würdigung des menschlichen Substrats und seiner inneren Verfassung oder ohne kritische Betrachtung der gesamten Lebensverhältnisse.

Ebenso ist ein tieferes Verständnis des Staats und der politischen Fragen unmöglich ohne Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Staat und Kultur.

Die erhöhte Bedeutung, welche die Soziologie im Rahmen der gesamten Geisteswissenschaft verlangt hat, ist auf die Soziologie selbst nicht ohne Rückwirkung geblieben. Sie hat eine systematische Bearbeitung der auf den verschiedenen Wissensgebieten zutage getretenen soziologischen Fragen erforderlich gemacht und hat der Soziologie eine von Tag zu Tag mehr gefestigte Selbständigkeit neben den anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen verliehen.

Es bedarf nicht der Ausführung, daß diese Entwicklung auch vom Standpunkte und im Interesse der übrigen Disziplinen eine besondere Förderung und Pflege der Soziologie notwendig macht, damit diese in den Stand gesetzt werde, das ihr zukommende und durch die Systematik der Wissenschaft zugewiesene Gebiet mit vollem Erfolg zu bearbeiten und überall, wo dies notwendig ist, durch die gewonnenen Ergebnisse den anderen Disziplinen die erforderliche soziologische Grundlage und Stütze zu geben.

Darüber hinaus verlangt der gegenwärtige Stand unserer politischen Kultur, daß politische Bildung und Reife, daß eine staatsbürgerliche Gesinnung, die sich von Utopismus und Romantik, von Gewaltkultus und Gefühlspolitik gleich fern hält, Gemeingut aller politisch maßgebenden Kreise unseres Volkes werden. Das ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk. Sie kann nur dann gelöst werden, wenn den praktischen Bestrebungen auf diesem Gebiete eine wissenschaftliche Grundlage gegeben wird. Diese zu schaffen, ist die Soziologie in besonderem Maße berufen.

Die auf dieses Ziel gerichtete Entwicklung durch geeignete Maßnahmen zu beeinflussen, dieser Aufgabe kann sich auch der Staat auf die Dauer nicht entziehen. Nicht nur, weil die Pflege aller Zweige der Wissenschaft zu den Aufgaben eines Kulturstaats gehört, sondern auch weil gerade die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Betrachtung der Gesellschaft die Belange des Staats unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders eng berühren. Gesellschaft und Staat befinden sich in einer lebhaften Auseinandersetzung. Gesellschaftliche Kräfte ringen in und mit dem Staat um Anerkennung und Herrschaft. Die Faktoren, welche die Geltung staatlicher Macht und die Richtung, in der sich diese auswirken soll, bestimmen, sind von jeher Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gewesen. Aber neben der Geschichte und Theorie des Staates bedürfen wir einer wissenschaftlichen Behandlung der in der Gesellschaft wirksamen Kräfte und Bestrebungen. Die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Gebiets ist eine der Aufgaben der verhältnismäßig jungen Wissenschaft der Soziologie. Vom Standpunkt der praktischen Staats-, Rechts- und Verwaltungspolitik sei hier, um nur einiges herauszugreifen, hingewiesen auf die Bedeutung und Auswirkung des Parlamentarismus für den modernen Staat, auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den großen wirtschaftlichen Verbänden (so Gewerkschaften und Unternehmerver-

einigungen) und dem Staat, oder auf die Umbildung, die das Verhältnis der Arbeitnehmer zum Arbeitgeber oder dasjenige des Arbeiters zu den Erzeugnissen seiner Arbeit erfahren hat (Lohnsysteme, Fordismus und Taylorismus mit ihrer Wirkung, die Distanz zwischen Mensch und Arbeit zu erhöhen).

Die durch solche Erwägungen dem Staate als wichtigsten und verantwortlichsten Träger des Bildungswesens zugewiesenen Aufgaben können zunächst nur durch eine Anpassung des akademischen Unterrichts an die wachsende Bedeutung der Soziologie gelöst werden. Sie allein macht die Heranbildung des nötigen akademischen Nachwuchses und die Vertiefung und Verbreitung soziologischer Kenntnisse möglich.

Was soll geschehen?

Die dem Universitäts-Unterricht jetzt also vorgezeichneten Aufgaben habe ich bis nunmehr im Rahmen der bisherigen bescheidenen Verhältnisse zu lösen mich bestrebt durch eine Reihe von Vorlesungen und Übungen nebst Publikationen, von denen einige als Proben hier anzuführen mir gestattet sei:

Geisteswissenschaftliche Psychologie

Allgemeine Gesellschaftslehre

Soziologie der Macht

Soziologie der genossenschaftlichen Organisationen (Soziologie der Naturvölker)

Kulturprobleme der Gegenwart

Sozial-Kultur und Sozial-Ethik der Gegenwart – Die Stetigkeit im Kulturwandel

Philosophie der Macht

Die Stileinheit der Kultur

Der Gehalt des neueren Naturrechtes

Theorie der Gesellschaftsordnung

Recht und Unrecht der Marxistischen Geschichtsphilosophie

Staat und Gesellschaft der Gegenwart

Der Dualismus im Weltbilde der Gegenwart

Die sozialpädagogische Forderung der Gegenwart

Machtverhältnis und Machtmoral usw.

In befriedigender Weise gelöst werden können alle diese Aufgaben aber nur durch eine neue Tat der preußischen Unterrichtsverwaltung. Nachdem das Ministerium erfreulicherweise durch seinen Entschluß, an allen Hochschulen, an denen geeignete Persönlichkeiten tätig sind Lehrstühle für Soziologie zu errichten, bereits einen entscheidenden Schritt getan hat, entsteht das dringende Bedürfnis, in dieser Beziehung weiterzugehen und diesen Lehrstühlen überall ein entsprechendes Institut anzugliedern. Dies ist auch bereits in einer Reihe von Fällen geschehen. Nur Berlin macht eine Ausnahme, die nunmehr zu beseitigen ich den Herrn Minister dringend bitte.

Die Universität Köln besitzt bereits seit längerer Zeit ein Forschungs-Institut für Sozialwissenschaften, das in 3 Abteilungen gegliedert und mit 3 Direktoren sowie mehreren – meines Wissens hauptamtlichen – Assistenten besetzt und mit einer großen Bücherei ausgestattet

ist. Ein ähnliches Institut ist in Münster errichtet. Auch Frankfurt a. M. besitzt ein Soziologisches Institut, das ebenfalls mit einem Assistenten besetzt ist. Endlich soll in Leipzig im Rahmen der dortigen Forschungsinstitute ein solches für Soziologie errichtet werden. Auch die Technischen Hochschulen, in deren Kreisen gerade die praktische Bedeutung soziologischer Forschung besonders rasch erfaßt worden ist, sind auf diesem Gebiete nicht zurückgeblieben.

Zu diesen an anderen Hochschulen bestehenden Einrichtungen bildet es einen höchst unerfreulichen Gegensatz, daß an der größten und schließlich auch bedeutendsten preußischen Hochschule ein Soziologisches Institut noch nicht besteht und Berlin hinter anderen Universitäten Preußens weit zurückgeblieben ist.

Wollte man versuchen, diese Lücke für Berlin auszufüllen, so könnte das an sich nur durch die Errichtung eines großen Soziologischen Forschungsinstitutes geschehen, eines Instituts für Staats-, Gesellschafts- und Kulturlehre an der Friedrich-Wilhelms-Universität.

Dieses Institut hätte als Zentralstelle für die gesamte deutsche soziologische Wissenschaft tätig zu sein. Es wäre in mindestens 3 Abteilungen, nämlich:

1. Rechts-, Staats-, Gesellschafts-Soziologie,
2. Wirtschafts-Soziologie,
3. Kultur-Soziologie

zu gliedern. An die Spitze jeder dieser Abteilungen wäre ein Direktor zu stellen, dem ein Stab von hauptamtlichen und halbehrenamtlichen Assistenten beizugeben wäre. Dazu gehörte außerdem unter anderem die Einrichtung eines großen Lesesaals, einer möglichst lückenlosen Bücherei, einer großen Kartei, die Veranstaltung von Studienreisen, Enqueten usw.

Sollten aber die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Erfüllung dieser Forderung zur Zeit noch immer nicht gestatten, so dürfte dies gewiß nicht dahin führen, es für Berlin bei der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage bewenden zu lassen. Der Mangel eines eigenen Institutes macht sich mit jedem Semester empfindlicher bemerklich. Seit einer Reihe von Semestern halte ich regelmäßig soziologische Übungen für Fortgeschrittene, darunter auch im Leben stehende Hörer, ab. Ein gewisser Schülerkreis hat sich herausgebildet und auch das Promovieren in Soziologie beginnt sich einzubürgern. Immer mehr erscheint bei diesen Übungen der Mangel eines eigenen Apparates als ein drückendes Übel. Das mindeste, was zu verlangen ist, ist daher die Erhebung dieser Übungen zu einem wirklichen Seminar, das heißt ihre Ergänzung dadurch, daß sie ausgestattet werden

1. mit einer eigenen Bücherei,
2. mit eigenen Räumen und
3. mit mehreren besoldeten Assistenten.

Im einzelnen darf ich mir dazu zu bemerken erlauben:

1. Es kann nur eine eigene – und zwar auch schon bei der Einrichtung nicht allzukunftsbemessene – Bücherei das Bedürfnis der Schüler und Lehrer und insbesondere auch die wissenschaftlichen Bedürfnisse unseres schwer bedrängten, in Forschung und reiner Wissenschaft tätigen Nachwuchses befriedigen. Die Bücherei muß es unter allen Umständen

möglich machen, daß in ihr die gesamte einschlägige Literatur jederzeit eingesehen und durchgearbeitet werden kann. Ohne eine eigene Bücherei haben beide Teile, Lehrer und Schüler, bei den Übungen fortgesetzt mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich daraus ergeben, daß die notwendigen literarischen Hilfsmittel sich – wenn überhaupt – an den verschiedensten Stellen zerstreut finden. Es braucht an dieser Stelle nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß es dem größten Teil unserer Studentenschaft sowie unseres akademischen Nachwuchses nach wie vor schon aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, sich auch nur die notwendigsten Bücher zu beschaffen. Ich habe zwar persönlich seither aus meiner eigenen, übrigens infolge der wirtschaftlichen Notlage zu bescheidenen Bibliothek ausgeholfen, dadurch aber für mich selbst die Vorbereitungen zu den Vorlesungen erheblich erschwert.

2. Noch wichtiger ist vielleicht die seelische Wirkung eigener Institutsräume. Diese erzeugen bei den Schülern ein spezifisches Heimgefühl, einen gewissen Korpsgeist und einen gewissen Institutsstolz. Eigene Institutsräume schließen die Studierenden enger in sich und mit dem Ganzen und damit auch mit ihrem Studium und ihrer Wissenschaft zusammen. Ein äußerer selbständiger Mittelpunkt für die Pflege einer Wissenschaft hebt diese selbst auch innerlich aus dem übrigen akademischen Betrieb heraus und fördert die Hingabe an sie. Besonders wichtig sind diese inneren und ethischen Wirkungen bei einer neuen und aufstrebenden Disziplin wie der Soziologie.

Aus diesen Gründen bitte ich mindestens folgende Aufwendungen zu machen:

I. an Räumen:

einen Bibliotheks-,
einen Arbeits-,
einen Übungsraum,
ein Zimmer für den Leiter und
ein Zimmer für zwei Assistenten;

II. für die Errichtung einer Bibliothek

erstmalig eine Rate von mindestens 15. 000 RM einzustellen.

Bei dieser Bücherforderung bitte ich, die vielseitigen Beziehungen der Soziologie zu anderen Disziplinen – wie der Volkswirtschaft, der Völkerkunde, der allgemeinen Kulturgeschichte, den vergleichenden Geisteswissenschaften, vor allem der Philosophie, insbesondere der neuen Kultur-Philosophie und auch der erst im Entstehen begriffenen geisteswissenschaftlichen Psychologie und Typenlehre – zu würdigen. Für die Bücherei ist ein Hinübergreifen in alle die genannten Nachbardisziplinen unbedingt notwendig.

III. Für die allgemeine Verwaltung, die bibliothekarischen Arbeiten und auch für die Übungskurse beantrage ich vorläufig die Bestellung von 2 hauptamtlichen Assistenten, die sich dann völlig ihrer soziologischen Tätigkeit widmen können.

Bei den vielfachen Beziehungen der Soziologie zu anderen Wissenschaften und im Hinblick auf die Pflicht zur soziologischen Durchbildung des Nachwuchses in unserem deutschen Volke, nicht nur des Nachwuchses der Lehrerschaft, sondern auch desjenigen von Natio-

nalökonomien, Juristen, Politikern und anderen, im praktischen oder öffentlichen Leben stehenden Männern, ist eine Mannigfaltigkeit und Spezialisierung der Übungen dringend notwendig. Eine solche wird schon durch das Interesse geboten, das die Studenten gerade den wissenschaftlichen Grenzgebieten der Soziologie entgegenbringen. Als ein solches habe ich z. B. bisher neben der Allgemeinen Soziologie die Ethnologische Psychologie und Soziologie gepflegt, die uns das primitive Seelenleben und die Eigenart primitiver Kulturen erschließt und uns dadurch für unsere gegenwärtige Kultur wichtige Probleme stellt und Lehren erteilt. Daneben müssen aber auch künftig Kurse über Rechts- und Wirtschaftssoziologie und speziell über moderne Kulturpsychologie und -Soziologie in ihren mannigfachen Verzweigungen gehalten werden, zumal gerade diese von allen Seiten, auch von älteren, im Beruf stehenden Hörern dringend gewünscht werden.

Führt man ferner die Unterscheidung von Anfängerkursen, insbesondere von allgemeinen, orientierenden Einführungskursen für Juristen, Volkswirtschaftler und Praktiker aller Art, von den Übungen für Fortgeschrittene folgerichtig durch, so ergibt sich unabweisbar die Forderung, daß eine Teilung der Arbeit vorgenommen und gewisse Übungen von – mindestens zwei – Assistenten übernommen werden.

Die Tätigkeit der Assistenten wird dazu beitragen, dem Lehrbetrieb diejenige Mannigfaltigkeit zu geben, die er an der hiesigen Universität gegenwärtig vermissen läßt und gleichzeitig den Dozenten in die Lage versetzen, sich der forschnerlichen Seite der Soziologie in erweitertem Umfange zu widmen. Auf diesem Wege wird die Einbürgerung der Soziologie, an welcher der Staat ein so hohes Interesse nehmen muß, sich am leichtesten vollziehen.

Ich bitte dringend, die Universität Berlin, welche führend auch auf diesem neuen und für die Gegenwart so besonders wichtigem Gebiet der Soziologie hätte vorangehen sollen, vor dem Schicksal zu bewahren, dauernd hinter anderen Universitäten zurückbleiben zu müssen. Ich bitte, sie ebenbürtig neben ihre deutschen Schwesteranstalten einzureihen.

Antrag

auf Errichtung eines Soziologischen Institutes an der Friedrich Wilhelms–Universität zu Berlin.

Den Herrn Minister bitte ich, für die von mir eingebürgerten soziologischen Übungen mir ein eigenes Institut mit einer Bücherei, ausreichenden Räumen und Assistenten zu gewähren.

Zur Begründung beehre ich mich, das Folgende anzuführen:

Unser Zeitalter wird bewegt von dem Drang nach Synthese, nach philosophischem Denken und nach einem einheitlichen Weltbilde. Die Soziologie ist zur Befriedigung dieses Verlangens ebenso wie die Philosophie berufen, weil sie zu einer einheitlichen Auffassung der menschlichen Kultur und Gesellschaft führt, und das philosophische Leben unserer Zeit in erster Linie sich der geistigen und sozialen Welt und nicht dem Bereiche der Natur zuwendet. Der Gegenstand der Soziologie ist die menschliche Kultur und Gesellschaft nach ihren

Gesetzmäßigkeiten und Formen, der einheitliche Stil jeder Kultur und der wechselseitige Zusammenhang der einzelnen Kulturgüter untereinander. Wegen dieses Gegenstandes besitzt sie eine weitreichende allgemeine Bedeutung sowohl für die gesamten Geistes- und Sozialwissenschaften, wie auch für das praktische Leben. Daraus erklärt sich einerseits das rasch anwachsende Interesse der Gelehrtenwelt für die Soziologie, die Fülle der soziologischen Publikationen und neugegründeten Zeitschriften und die rege Beteiligung an den soziologischen Kongressen. Andererseits ist ein tieferes Verständnis des Staates und der politischen Fragen nicht möglich ohne Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Staat und Kultur. Es verlangt aber der gegenwärtige Stand unseres politischen Lebens, daß politisches Leben, daß politische Bildung und Reife, daß eine staatsbürgerliche Gesinnung, die sich von Utopismus und Romantik, von Gewaltkultus und Gefühlspolitik gleich fern hält, Gemeingut aller politisch maßgebenden Kreise unseres Volkes werden. Diese Lebensfrage unseres Volkes kann nur gelöst werden, wenn den praktischen Bestrebungen auf diesem Gebiete eine wissenschaftliche Grundlage gegeben wird.

Die preußische Unterrichtsverwaltung hat bereits beschlossen, an allen Hochschulen an denen geeignete Persönlichkeiten vorhanden sind, Lehrstühle für Soziologie zu errichten. Diesen Lehrstühlen ist an den größeren Universitäten ein Soziologisches Institut angegliedert (Köln, Frankfurt a. M., auch Münster; auch in Leipzig ist ein derartiges Institut geschaffen oder geplant). Nur Berlin ist hierin zurückgeblieben. Der Bedeutung der führenden Stellung der Berliner Universität würde es entsprechen, wenn hier ein umfassendes Soziologisches Forschungsinstitut errichtet würde im Stil des Kölner Institutes. Ist das aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich, so bitte ich, wenigstens für Unterrichtszwecke ein Institut zu errichten, für das mindestens erforderlich wäre:

1. eine eigene Bücherei mit einem einmaligen Aufwand von mindestens 15.000 M,
2. mindestens 4 Zimmer,
3. ein oder mehrere Assistenten.¹

¹ Aus der Akte (Bl. 48) ergibt sich, dass das Kultusministerium am 12.8.1927 einen entsprechenden Antrag an das Finanzministerium stellte, der jedoch abgelehnt wurde. Im November 1928 erfolgte die erneute Ablehnung (Bl. 55). In den Jahren 1930/31 suchte man vergeblich nach Räumen für ein Soziologisches Seminar; die Notgemeinschaft gab 2.000 RM für Bücher (Bl. 57–63 der Akte).

**209. Gutachten von Prof. Ferdinand Tönnies für das Kultusministerium mit
Anschreiben des stellvertretenden Kurators der Universität Kiel, Hellmut Kuhnert.**

Kiel, 2. August bzw. Juli 1929.

Ausfertigung, gez. i. V. Kuhnert; Reinschrift, ungez.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 13, Bl. 80–89.

Plädoyer für drei neue Lehrstühle für Soziologie möglichst außerhalb Berlins. Dort sollte allgemeine Soziologie und empirische Soziographie getrieben werden. Die Soziologie als Disziplin muss sich von der Nationalökonomie trennen. Über 30 Nationalökonomien mit soziologischen Schwerpunkten kommen für neue Soziologie-Stellen in Frage.

Vgl. Einleitung, S. 136.

Herr Geheimrat Prof. Dr. Tönnies berichtet mir, daß er vom Ministerium unmittelbar aufgefordert worden sei, sich über die Schaffung von Lehrstühlen für Soziologie zu äußern. Ich erlaube mir daher, die mir von Herrn Prof. Tönnies überreichte Erklärung anliegend mit der Bitte um geneigte Kenntnisnahme vorzulegen.

Kiel, im Juli 1929.

Der Denkschrift, die der Schriftführer der Deutschen Gesellschaft für Soziologie dem hohen Ministerium vorgelegt hat, erlaube ich mir meinerseits als Präsident dieser Gesellschaft ein Korreferat hinzuzufügen. Mit dem allgemeinen Inhalte der Denkschrift erkläre ich mich einverstanden. Vor allem möchte ich bestätigen, was S. 3 der Denkschrift ausgeführt wird: daß der Zirkel, es gab keine Lehrstühle, deswegen keinen Nachwuchs, und das umgekehrte ursächliche Verhältnis: der Mangel an Nachwuchs ist schuld, daß Anwärter für den Hochschulunterricht nicht in genügender Zahl präsentiert werden konnten, bestanden hat. Das darin vorhandene Dilemma halte ich auch heute noch für die hauptsächliche Hemmung des Fortschrittes. Ich finde aber es bemerkenswert und anerkennenswert, daß ungeachtet dieser ungünstigen Chancen ein großer Eifer für soziologische Belehrung bei der jungen Generation – die heute etwa zwischen 20 und 40 Jahren steht – zutage tritt. Dieser Eifer kann nun allerdings entmutigt, er kann auch ermutigt werden, und wird am besten ermutigt, zugleich auch in regelmäßige und fruchtbare Bahnen gelenkt werden, durch Gelegenheit zur Betätigung im akademischen Lehrberuf.

Auch wenn die finanziellen Bedingungen erheblich günstiger wären, hätte es vielleicht eine Gefahr in sich, plötzlich eine Reihe von ordentlichen Professuren dem ehrgeizigen Streben als Ziele zu setzen. Einstweilen wird es schon eine große Anregung und Förderung der Sache bedeuten, wenn im Bereiche der preußischen Unterrichtsverwaltung etwa drei planmäßige ordentliche Professuren ins Leben gerufen würden, deren Aufgabe die Soziologie ausschließlich bildete. Auch eine einzige solche, zumal wenn außerhalb der Hauptstadt, würde einen wichtigen Fortschritt bedeuten, da in Berlin immerhin durch Personen wie die

Herrn Vierkandt, Dunkmann, Cunow eine achtungswerte Vertretung des Faches gegeben ist (abgesehen von den Gelehrten anderer Fächer). Ich stimme aber durchaus mit Herrn von Wiese überein, wenn er S. 4 dringend empfiehlt, nur solchen Gelehrten den Zutritt zu diesen Professuren zu gewähren, die allgemeine Soziologie – ich würde sagen theoretische – zu lehren imstande und willens sind.

Was nun die entscheidend wichtigen Personalfragen betrifft, so ist es sehr dankenswert, daß Herr von Wiese eine Übersicht über sämtliche in Frage kommenden Persönlichkeiten zu geben unternommen hat. Im Vorwege bemerke ich, daß der Bericht S. 7 in betreff meiner sich zu irren scheint, da ich ja, was gewiß ein Ausnahmefall ist, sonst von den Pflichten entbunden, durch das Wohlwollen des Ministeriums durch einen Lehrauftrag für Soziologie begabt bin. Ferner wäre Kantorowicz nicht mehr unter Freiburg, sondern unter Kiel, und zwar als ordentlicher Professor des Strafrechts, zu verzeichnen. Endlich hat Wiese bei Herrn von Brockdorff wie bei anderen bemerkt: „mehr Sozialphilosoph als Soziologe“. Ich anerkenne diese Unterscheidung nicht als von wesentlichem Belang. Dies hängt allerdings mit einer prinzipiellen Abweichung zusammen. Ich halte es für entscheidend wichtig, daß die theoretische Soziologie nicht nur durchaus der Philosophischen Fakultät zugewiesen wird, sondern auch ihre Fühlung mit der Philosophie, wenigstens mit demjenigen Gebiet, das herkömmlich als praktische Philosophie charakterisiert wird, behalte. Deshalb begrüße ich lebhaft, daß Herr Prof. Plenge, von dessen Fähigkeiten und Leistungen ich eine hohe Meinung habe, neuerdings in die Philosophische Fakultät zu Münster übergangen ist; ich hoffe, daß er auch wieder mit seinem interessanten Institut zu einer volleren Lehrtätigkeit gelangen wird. Das Studium der sozialen Fragen, soweit sie nicht pure ökonomische sind, das Studium des Wesens von Staat und Kirche, die Erforschung der Gesellschaft (seit Hegel, Lorenz Stein und im allgemeinen den Sozialisten), ferner, wie ich sagen darf, neuerdings der Gemeinschaft als einer besonderen und sogar moralisch wichtigeren Sphäre des menschlichen Zusammenlebens, gehörte, soweit es entwickelt war, von alters her zu den Obliegenheiten des philosophischen Denkens, und kann, wenngleich dieses Gebiet sich immer mehr verselbständigt, ebenso wenig wie das der Biologie und Psychologie, bei denen der Fall ganz analog liegt, ohne Gefahr der Erstarrung gänzlich davon losgerissen werden. Wenn man neuerdings Sozialphilosophie nennen will, was an praktischen Folgerungen aus jenen Studien abgeleitet wird und vielleicht sich ableiten läßt, so gehört das alles in den Bereich der Ethik, dem ich allerdings eine große Zukunft nicht nur wünsche, ja für dringend notwendig halte, sondern auch eine starke Bereicherung und Erweiterung durch die Pflege der Soziologie vorauszusagen wage. Ich werde darauf zurückkommen.

Was nun unter B. S. 9 ff. Herr von Wiese über den Nachwuchs, insbesondere über dessen drei Gruppen, ausführt, hat ebenso wie unter C. die Charakteristik einzelner Persönlichkeiten im großen und ganzen meinen Beifall; was ich daran anschließe, soll hauptsächlich zur Ergänzung dienen, beruht übrigens auf einer Beratung, die ich vor kurzem mit den Herren Landmann, Heyde, Baron von Brockdorff und Bergstraesser (der vorübergehend hier verweilt) gepflogen habe. Dabei wurde auf die die Denkschrift nicht Bezug genommen und

nur darauf hingewiesen, daß diese vorhanden sei, und daß ich mir gestatten werde, eine ergänzende Eingabe zu machen.

Die Verknüpfung eines Lehrauftrages für Soziologie mit einem anderen wird nur zweckmäßig sein, wenn dieser andere Lehrauftrag in einem inneren Verhältnis zur Soziologie steht, nicht etwa bloß in einem äußeren Zusammenhange, das heißt das andere Fach muß unmittelbar durch soziologische Erkenntnisse sich befruchten lassen. Das würde z. B. von der Pädagogik gelten, die schon Paul Natorp geistvoll als Sozialpädagogik ausgebaut hat. Wertvoller und für junge Gelehrte anziehender als Lehraufträge ohne amtlichen Charakter wären außerordentliche Professuren des herkömmlichen Stils, deren Schwinden ich mit vielen anderen älteren Gelehrten für einen Schaden der Universitätsverfassung halten muß. Gerade zur Erprobung in einem jungen Fach wären sie auch heute wie ehemals vorzüglich geeignet.

Vor allem scheine ich dadurch von Herrn von Wiese abzuweichen, daß ich die Soziographie, das heißt die empirische Erforschung der Tatsachen des sozialen Lebens, als ein notwendiges Element in der gesamten Gestaltung der Soziologie behaupte. Herr von Wiese schrieb mir am 26. April dieses Jahres, er wolle sich keineswegs etwa gegen meine Auffassung wenden und die Bedeutung dieses Faches für die Soziologie verkleinern, auch er halte für durchaus notwendig und wünschenswert, daß die Ergebnisse der Beschreibungen – ich würde lieber sagen der Forschungen, denn Beschreibung im gewöhnlichen Sinne dieses Wortes ist keineswegs das Ziel – mit der Theorie in Verbindung gebracht werden. Er fürchte nur die mögliche Verwechslung der Soziographie mit dem heute leider einmal auch im akademischen Unterricht üblichen Gebrauch des Wortes Statistik. Ich hege diese Besorgnis nicht, wenn die Soziographie so verstanden wird, wie ich sie verstehe, und wie heute freilich noch die Mehrheit der Statistiker, wenigstens in Deutschland, sie ablehnt. Das Bedürfnis der Soziographie wächst für mich aus dem allgemeinen soziologischen Studium notwendig hervor, und jene Statistiker, die diesem allgemeinen Studium fremd gegenüberstehen, erkennen und würdigen es eben darum nicht. Es gibt nur einzelne wirklich wissenschaftliche Statistiker, die etwas anderes sind und sein wollen als Beamte in der Verwaltungsstatistik. Ich nenne als einen solchen Prof. Hermberg in Jena, der freilich nie amtlicher Statistiker gewesen ist, aber auch unter solchen gibt es einzelne von der gleichen wissenschaftlichen Gesinnung. Ich bin mit von Wiese der Ansicht, daß es zunächst darauf ankommt, die allgemeine oder theoretische Soziologie in den Sattel zu heben, und mit ihren Anwendungen wird sich das Bedürfnis der Soziographie von selbst ergeben, wodurch diese dann auch, wenn sie in ausgedehnter Weise der statistischen Methode sich bedient (die ja auch in den Naturwissenschaften heute als exaktere Induktion immer mehr zur Geltung gelangt), von dem, was die Statistiker vom Fach als ihre „Wissenschaft“ Statistik verstehen¹, das habe ich neuerdings in mehreren Abhandlungen darzulegen versucht, die in Deutschland wie im Auslande schon einige Beachtung gefunden haben (Louis Thirring: *Sur la Statistique Allemande et les Conferences der Hambourg tenues a l'Automne de 1928*. Jour-

1 *Der Satz ist unvollständig und der fehlende Teil nicht rekonstruierbar.*

nal de la Société Hongroise de Statistique, Année 1928 Nos 3–4 Budapest 1929). Es liegt mir durchaus fern, die Leistungen der amtlichen Statistik gering zu schätzen, aber die Meinung, daß es bei diesen um mehr als Hilfsmittel und Anregungen zu einer Wissenschaft sich handle, bedeutet für die Soziographie mehr eine Hemmung als eine Förderung.

Folgende Namen möchte ich noch der Liste von Wieses hinzufügen, als Namen von Gelehrten, die offenbar ein positives Verhältnis zur Soziologie haben und von denen der eine oder andere wahrscheinlich sich würde bereitfinden lassen, sei es eine Professur oder einen Lehrauftrag anzunehmen, zumal wenn damit eine nicht zu geringe Verbesserung seiner äußeren Stellung und seines Einkommens sich verbinden ließe. Die meisten dieser gelten nach außen hin als Nationalökonomien, und doch ist es gerade die Emanzipation von der Nationalökonomie, was für die Entwicklung der Soziologie eine Lebensbedingung ist. Bekanntlich wissen gerade die hervorragendsten Nationalökonomien am besten, daß das Verhältnis ein umgekehrtes sein sollte: die Sozialökonomik, wie sie eben deshalb mit Vorliebe genannt wird, eine Ableitung und Anwendung der Soziologie! Schon vor einem bis zwei Menschenaltern trat dies lebhaft in das Bewußtsein führender Gelehrter: Typus A. F. Schäffle. Auch Schmoller hat noch in dem umfangreichen Artikel der 3. Aufl. des Handwörterbuches, den man füglich als sein Vermächtnis betrachten darf, sich dahin ausgesprochen: Die heutige Allgemeine Nationalökonomie, so wie er sie verstehe, sei philosophisch-soziologischen Charakters (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 8, S. 431). Von den neueren brauchen nur die Namen Max Webers und Werner Sombarts genannt zu werden, als solche, die im Laufe ihres Lebens immer mehr in diesem Sinne sich zu vertiefen bestrebt gewesen sind. Von Max Weber kann ich teils aus persönlichen Erinnerungen, teils aus Mitteilungen, die mir von seiner Witwe gemacht wurden und auf sein Verhältnis zur Heidelberger Akademie der Wissenschaften sich beziehen, in sehr deutlicher Weise seine vollkommene Übereinstimmung mit mir, sowohl in bezug auf reine Soziologie, wie auf Soziographie beweisen.

Ich wage es, noch eine Reihe von Namen zu nennen, die für mich irgendwie als Anwärter für eine soziologische Lehrtätigkeit in Betracht kommen, weil sie zur Theorie oder zur Forschung Beachtenswertes beigetragen haben, und weil sie nach meiner Schätzung entweder selbst oder etwa durch einen Schüler geneigt wären, der Sache mittelbar oder unmittelbar sich anzunehmen. Ich sehe dabei von einer näheren Charakteristik der Personen ab, erlaube mir aber einige Namen zu unterstreichen, die mir am ehesten geneigt scheinen, unmittelbar mit einem Lehramt oder Auftrag betraut zu werden. Ich wiederhole dabei einige schon genannte Namen, nenne aber hauptsächlich solche, die in Herrn von Wieses Bericht nicht vorkommen, und möchte ein wenig dahin wirken, daß auch Nicht-Nationalökonomien oder solche, die als Nationalökonomien doch in erster Linie Soziologen sein wollen, zur Geltung kommen. Ich gehe aus von der hiesigen Hochschule.

Universität Kiel:

Prof. Baron von Brockdorff

Prof. Löwe

Privatdozent Colm
Privatdozent Neisser
Privatdozent Heberle

Universität Hamburg:

Prof. Kurt Singer
Prof. Eduard Heymann

Göttingen:

Prof. Mitscherlich

Gießen:

Prof. Fr. Lenz
Prof. Mombert
Privatdozent Stoltenberg

Köln:

Prof. Erwin von Beckerath
Prof. Plessner
Prof. Honigsheim

Frankfurt a. M.:

Prof. Carl Pribram
Privatdozent H. O. Ziegler

Heidelberg:

Prof. Arthur Salz
Privatdozent Bergstraeser (Lehrauftrag für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde)
Prof. Mannheim

Jena:

Prof. Jerusalem
Prof. Hermberg
Prof. Gerhard Albrecht
Prof. Emge

Nürnberg:

Prof. Max Rumpf (Jurist)

Halle:

Prof. Jahn

Leipzig:

Prof. Alfred Doren
Privatdozent Wach

München:

Prof. Rothenbücher

Technische Hochschule Dresden:

Prof. Robert Wilbrandt

Technische Hochschule Aachen:

Prof. Meusel

Tübingen:

Prof. Teschemacher

Königsberg:

Prof. Sauer

Prof. Vleugels

Basel:

Prof. Salin

Prof. Ritschl

Olmütz:

Privatdozent Fischer

210. Eingabe der reichsdeutschen Dozenten für Soziologie an das Kultusministerium mit Anschreiben von Prof. Leopold von Wiese.

Köln, April 1932.

*Ausfertigung, gez. L. v. Wiese.*¹

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 13, Bl. 277–281.

Da angesichts der finanziellen Lage neue Professuren für Soziologie nicht realisierbar sind, werden Richtlinien zur Auswahl künftiger Dozenten, zu den Lehranforderungen und zur Promotion in Soziologie sowie zu Diplomprüfungen für Kaufleute und Volkswirte vorgelegt.

Vgl. Einleitung, S. 137.

Dem hohen Ministerium erlaube ich mir in der Anlage eine Eingabe und zur gefälligen Kenntnisnahme einen das Schreiben ergänzenden Aufsatz² zu überreichen.

Betrifft: Soziologie als Hochschullehrfach

Den hohen Ministerien, Hochschulen, Fakultäten und Prüfungsämtern gestattet sich der Unterzeichnete im Namen und Auftrag der am 28. Februar 1932 in Frankfurt/M. versammelten reichsdeutschen Professoren und Dozenten der Soziologie, das Folgende zur

¹ Druck: *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie* 11 (1932) S. 131 ff. Zum Frankfurter Treffen vgl. Stöling, Erhard, *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*, Berlin 1986, S. 246 f.

² Liegt der Akte bei, Bl. 282–287: Wiese, Leopold v., *Die Frankfurter Dozententagung*, in: *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie*, Jg. 10 (1931), H. 4, dort S. 439–449.

freundlichen Kenntnisnahme mit der Bitte um Verwirklichung im deutschen Hochschulwesen zu unterbreiten.

An dem genannten Tage waren 21 stimmberechtigte reichsdeutsche Dozenten der Soziologie versammelt. Die Tagung selbst wurde in zwei Teile zerlegt: eine geschlossene Sitzung, an der nur die amtlich bestätigten Dozenten des Fachs teilgenommen haben, und eine öffentliche Versammlung, in der keine Beschlüsse gefaßt worden sind. Zu der erstgenannten Sitzung im geschlossenen Kreise hatten wir nur die 33 gegenwärtig berufenen oder zugelassenen Hochschuldozenten geladen, zu denen noch einige Assistenten mit beratender Stimme hinzukamen. Die 12 Kollegen, die nicht anwesend sein konnten, hatten zum größten Teil den Herren, die zugegen waren, Vollmachten und Orientierungen über ihre eigene Auffassung gegeben. Die unten mitgeteilten Beschlüsse sind sämtlich einstimmig gefaßt. Sie werden den hohen Ministerien, Hochschulen, Fakultäten und Prüfungsämtern als die nach allen Richtungen hin gründlich erwogene und diskutierte Meinungs- und Willensäußerung der Fachvertreter mit der Bitte um wohlwollende Beachtung vorgetragen. Wir haben dabei auf Idealforderungen, die erst in der Zukunft zu verwirklichen sind, verzichtet, und uns auf die Wünsche beschränkt, für deren Durchführung uns die unmittelbare Gegenwart reif zu sein scheint.

Der von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bereits im Frühjahr 1929 vorgetragene Antrag auf Errichtung neuer Lehrstühle für Soziologie, dem auch der damalige Beschluß des Preußischen Landtages entsprochen hat,³ ist von uns diesmal nicht wiederholt worden – nicht etwa, weil wir ihn nicht mehr aufrechterhalten, sondern weil wir begreifen, daß der gegenwärtige Augenblick schlecht gewählt wäre, um Anträge zu stellen, die größere Anforderungen an die Finanzkräfte der Länder stellen.

Unsere Vorschläge betreffen diesmal den inneren Ausbau der Unterrichtsorganisation des Fachs, nämlich

- 1) das Prinzip der Auswahl der zu berufenden Lehrkräfte,
- 2) den Umkreis der Anforderungen, die an die Lehrer und an die Studierenden zu stellen sind,
- 3) das Examenswesen, nämlich
 - a) die Promotion zum Dr. phil. und Dr. rer. pol.,
 - b) bestimmte Diplomprüfungen,
 - c) alle Arten von Prüfungen zukünftiger Lehrer.

Vertagt haben wir auf dieser ersten arbeitsreichen Zusammenkunft die Fragen der Technischen Hochschulen und des rechtswissenschaftlichen Studiums. Wir äußern uns diesmal

3 *StenBerLT* 26.4.1929, Sp. 6784. *Der Beschluss lautete gemäß ebd., Sp. 6047 f.*: Das Staatsministerium wird ersucht, 1. an allen preußischen Universitäten ordentliche Lehrstühle für allgemeine Soziologie zu errichten; 2. Lehraufträge für die Soziologie den sozialen Einzelwissenschaften zu erteilen. Vgl. *Stölting, Akademische Soziologie*, S. 239 f.

nicht zu ihnen, nicht weil wir diese Fragen für unwesentlich halten, sondern weil uns noch eingehendere Beratungen mit Angehörigen dieser akademischen Instanzen notwendig erscheinen.

Antrag zu 1) Prinzip der Auswahl:

Die reichsdeutschen Dozenten der Soziologie beantragen, daß „bei der Besetzung von soziologischen Lehrstühlen und bei der Vergebung von Lehraufträgen in diesem Fache ausschließlich solche Personen zu berücksichtigen sind, die sich vorher für Soziologie habilitiert haben, oder die wenigstens durch Vorlesungen und Veröffentlichungen erwiesen haben, daß sie befähigt sind, das Fach zu vertreten und nicht zuletzt auch systematische Soziologie zu lesen.“

(Mit diesem Beschluß ist einmal die Wahrnehmung der Interessen der jüngeren Kollegen, die sich für Soziologie habilitieren, beabsichtigt, nicht minder aber das Allgemeininteresse, jede Art von Dilettantismus oder unzureichender Eignung zu vermeiden.)

Antrag zu 2) Umkreis der Lehranforderungen:

Die versammelten Dozenten beschließen ferner: „Die Soziologie ist sowohl nach der Seite ihrer theoretischen Grundlegung, wie der ihrer Konkretion am geschichtlichen und besonders am gegenwärtigen Material, wie endlich nach der Seite der empirischen Beobachtung und Beschreibung in Vorlesungen und Übungen zu lehren.“

(Die nähere Begründung dieses Beschlusses würde eine eingehendere wissenschaftliche Darlegung erfordern, die für diese Eingabe zu lang wäre. Vielleicht darf dazu auf den beiliegenden Aufsatz² des Unterzeichneten „Die Frankfurter Dozententagung“ verwiesen werden. Wir glauben, mit diesem Beschlusse auch den akademischen Instanzen den notwendigen Fingerzeig zu geben, welche Anforderungen sie selbst an zu berufende Lehrkräfte stellen sollen. Die mit dem Beschlusse verfolgte Absicht ist dieselbe wie beim erstgenannten Antrag 1).

Anträge zu 3) Examensanforderungen:

a) für die Promotion: Unsere dringenden Vorschläge zum Promotionswesen betreffen die Philosophischen und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten sowie die Juristischen Fakultäten, in denen auch der Doktor der Staatswissenschaften erlangt werden kann, schließlich die Handelshochschulen, die Promotionsrecht besitzen, während, wie gesagt, die Technischen Hochschulen und die Rechtswissenschaftlichen Fakultäten, soweit es sich um den Dr. jur. handelt, erst später Gegenstände unserer Beschlüsse sein werden.

Die von uns gestellten Forderungen sind (mit Ausnahme der Vorschläge zum Rigorosum) in einer Reihe von Fakultäten bereits verwirklicht, während an anderen Orten die Entwicklung mehr oder weniger noch nicht so weit gediehen ist.

a α: Soziologie als Promotionsfach: Wir beantragen: „Soziologie ist bei allen Promotionen zum Dr. phil. oder Dr. rer. pol. sowohl als selbständiges, eines Rahmenfachs nicht bedürftiges Hauptfach (Fach der Dissertationsarbeit) wie als selbständiges Nebenfach von jedem Kandidaten dort frei wählbar, wo die Soziologie als Lehrfach durch einen Ordinarius oder Nicht-Ordinarius vertreten ist.“

a β: Fächerverbindung: Es wird beantragt, „die Zusammenstellung der Fächer keinen Beschränkungen zu unterwerfen, soweit die von dem Kandidaten gewählte Kombination als sinnvoll erkennbar ist und nicht einer ungerechtfertigten Erleichterung der Prüfung zu dienen scheint.“

(Hierzu wäre zu sagen: An einigen Fakultäten gibt es mehr oder weniger anfechtbar erscheinende Verbote von Fächerkombinationen, die in der Regel besonderen örtlichen Verhältnissen entsprungen sind, sich aber sachlich kaum aufrechterhalten lassen. In den hier gegebenen Schwierigkeiten scheint uns der einzige Ausweg darin zu bestehen, daß in jedem Einzelfall untersucht wird, ob durch die Fächerverbindung eine ungerechtfertigte Erleichterung versucht wird.)

a γ: Rigorosum zum Dr. rer. pol.: Es wurde beschlossen: „Das für besondere Fälle vorgesehene Rigorosum, das an die Stelle einer vorangegangenen Fachprüfung treten darf, ist nicht wie bisher durch die Vermehrung der Fächerzahl extensiv, sondern intensiv zu gestalten.“

(Die Frage der Neugestaltung des Rigorosums betrifft ja auch andere Fächer. So lange die Bestimmung besteht, daß beim Rigorosum außer den drei bei jeder Promotion zum Dr. rer. pol. erforderlichen Fächern noch zwei weitere Gebiete gewählt werden müssen, scheint es uns wünschenswert, daß für den Fall der Wahl der Soziologie als Hauptfach die drei Unterdisziplinen: theoretische, geschichtliche und beschreibende Soziologie als drei Fächer gerechnet werden.)

b) Anträge zu den Diplomprüfungen: In Betracht kommen zunächst die kaufmännische Diplomprüfung, die Diplomprüfung für Volkswirte und die Diplomprüfung für das Handelslehramt. Unsere hierzu gefaßten Beschlüsse fallen zeitlich zusammen mit dem Erlaß des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 5. März 1932, wonach die Soziologie in Zukunft bei der Prüfung für Diplomkaufleute als Wahlfach und bei der Prüfung für Diplomhandelslehrer als Ergänzungsfach zugelassen wird. Dieser Fortschritt wird von uns dankbar anerkannt, nur scheint uns die Regelung, die die Diplomprüfung für das Handelslehramt betrifft, nicht ausreichend, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die zusätzliche Wahl eines Ergänzungsfachs ein außerordentlich seltener Fall ist. Nach einstimmiger Ansicht aller Dozenten entspricht dem Wesen der Soziologie (mit der gleich zu vermerkenden Ausnahme der zukünftigen Pädagogen) der Charakter des obligatorischen Wahlfachs, also eines Fachs, das den Pflichtfächern völlig gleichgestellt ist für den Fall, daß der Kandidat dieses Fach unter mehreren als Prüfungsgegenstand auswählt. Unsere Hauptsorge betraf die Diplomprüfung für Volkswirte in Preußen, in der seit dem 22. März 1929 die Wahlfächer nicht mehr bestehen. Wir vertreten mit Nachdruck die Forderung, den alten Zustand wieder herzustellen und die Soziologie als obligatorisches Wahlfach (nicht bloß wie heute als Ergänzungsfach) aufzunehmen.

c) Lehrerprüfungen, unter ihnen die Diplomprüfung für das Handelslehramt: Weiter als bei den obengenannten Diplomprüfungen gehen unsere Wünsche für die zukünftigen Handelslehrer, jedoch dehnen wir die Anforderungen über ihren Kreis hinaus und erstrecken sie auf alle zukünftigen Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen. Bei diesem Kreis

von Kandidaten erscheint uns notwendig, die Soziologie zum obligatorischen Prüfungsfach in enger Verbindung mit der Pädagogik, also zum Bestandteil des erziehungswissenschaftlichen Teils der Prüfung zu machen. (Es handelt sich um eine Neuerung, die bereits in Frankreich besteht.)

Formelhaft gefaßt gehen also unsere Anträge zu b und c dahin: „Die Soziologie ist in Zukunft bei den Prüfungen für Diplomkaufleute und für Volkswirte volles Wahlfach.“

„Bei der Diplomprüfung für das Handelslehramt ist die Soziologie Pflichtfach im Zusammenhang mit der Pädagogik.“

„Derselbe Zustand ist bei allen Staatsprüfungen für zukünftige Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen anzustreben.“

Mit der nochmaligen Bitte um wohlwollende Berücksichtigung unserer Anträge und mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst L. v. Wiese

**211 a. Schreiben des Kultusministers Friedrich Schmidt-Ott an den Staatskommissar für die Universität Frankfurt, Oberpräsident August Trott zu Solz.
Berlin, 15. März 1918.**

*Konzept mit handschriftlichen Korrekturen, gez. Schmidt.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 163–165.*

Das durch Wegberufung von Prof. Ludwig Pohle freie nationalökonomische Ordinariat ist wieder mit einem gleichwertigen Nationalökonom zu besetzen. Die geplante Stiftung eines Lehrstuhls für Soziologie wird unterstützt; Franz Oppenheimer als Kandidat hierfür ist jedoch umstritten.

Vgl. Einleitung, S. 139.

Im Verfolg meines Erlasses vom 2. Februar dieses Jahres – U I 161–, betr. die Entlassung des ordentlichen Prof. Dr. Pohle.

Durch die Übersiedlung des Prof. Pohle nach Leipzig verliert die Universität Frankfurt einen ihrer bekanntesten Nationalökonom. Nun bilden die Wirtschaftswissenschaften im Zusammenhang mit den Sozialwissenschaften den Kernpunkt und die Eigenart der Frankfurter Universität. Nach dem in den letzten Jahren befolgten Grundsatz, die Sondergebiete der einzelnen Universitäten nicht nur durch eine größere Zahl von Professuren, sondern auch besonders sorgfältige Auswahl ihrer Inhaber zu fördern, lege ich großes Gewicht darauf, anstelle von Prof. Pohle eine Kraft zu gewinnen, die ihm wissenschaftlich ebenbürtig ist. Das dürfte aber kaum möglich sein, wenn das Kuratorium, wozu es an sich auf Grund früherer Vereinbarungen befugt ist, das Pohlesche Ordinariat in ein Extraordinarium

umwandelt. Ich ersuche Euer Exzellenz deshalb ergebenst, im Kuratorium die angeführten Gesichtspunkte geltend machen zu wollen. Soweit ich unterrichtet bin, ist die Mehrheit der Fakultät ebenfalls für Beibehaltung des dritten volkswirtschaftlichen Ordinariates, wenn auch vielleicht von seiten der Privatwirtschaftler kein allzugroßer Nachdruck darauf gelegt werden dürfte, da die Privatwirtschaftslehre als Hauptgebiet der alten Handelshochschule sich auch als Trägerin der Fakultät empfindet und ihre beiden Vertreter vielleicht geneigt sein könnten, die Parität in der Zahl der Ordinariate zwischen der Privatwirtschaftslehre und der Volkswirtschaftslehre bei diesem Anlaß herzustellen. Das entspricht aber keineswegs meinen Wünschen, vielmehr muß ich Wert darauf legen, daß die Volkswirtschaftslehre dauernd ein Übergewicht gegenüber der Privatwirtschaftslehre behält. Euer Exzellenz wollen deshalb nach Fühlungnahme mit dem Kuratorium die Fakultät ersuchen, mir Personalvorschläge für einen Ordinarius in der üblichen Dreizahl einzureichen.

Im Zusammenhang mit der Neubesetzung des Pohleschen Ordinariats besteht eine Bewegung in gewissen Frankfurter Kreisen, die darauf hinzielt, den Berliner Privatdozenten der Nationalökonomie, Prof. Dr. Franz Oppenheimer, als Ordinarius, am liebsten für Soziologie, nach Frankfurt zu ziehen. Der Führer dieser Bewegung ist der Konsul Kotzenberg, der in dieser Angelegenheit Fühlung mit meinem Personalreferenten gesucht hat. Da Kotzenberg und seine Freunde darüber orientiert sind, daß eine Berufung Oppenheimers auf den Pohleschen Lehrstuhl weder bei der Fakultät, noch bei der Regierung in Erwägung kommen dürfte, haben sie die Absicht, einen eigenen Lehrstuhl für Soziologie mit einem Kapital von 300.000 M zu stiften, und hoffen, dann es erreichen zu können, daß Oppenheimer auf diesen Lehrstuhl berufen wird. Nun liegt bei Stiftungen wirtschaftswissenschaftlicher Professuren, namentlich, wenn dabei eine bestimmte Persönlichkeit ins Auge gefaßt ist, der Verdacht nahe, daß eine bestimmte wirtschaftliche Richtung Einfluß auf die Universität zu erlangen hofft. Dies scheint im Falle Kotzenberg nicht der Fall zu sein; vielmehr handelt es sich hier um ein rein sachliches Interesse an soziologischen Fragen, durch das Herr Kotzenberg auf Prof. Oppenheimer aufmerksam geworden ist, den er dann verschiedentlich für Vorträge nach Frankfurt gezogen hat, und dem er in Anerkennung der großen ihm verdankten Anregung eine sichere Lebensstellung schaffen möchte. Oppenheimer ist ohne Vermögen und lebt von seinem Kolleg und seiner Feder. Adolph Wagner schätzte ihn sehr hoch und hat ihn sogar als Kandidat für seine Nachfolge mit genannt. Wissenschaftlich ist seine Persönlichkeit stark umstritten, doch handelt es sich zweifellos um einen Gelehrten von besonderem Charakter, der, namentlich im Auslande, große Anerkennung gefunden hat, und dem eine Sicherstellung seiner Familie und damit eine nicht mehr auf den Erwerb eingestellte wissenschaftliche Arbeit wohl zu gönnen wäre. Soweit hier bekannt ist, wird aber die Fakultät, die wissenschaftlich ganz anders orientiert ist, vielleicht Bedenken erheben. Herr Kotzenberg beabsichtigt, zunächst unter der Hand mit einzelnen Fakultätsmitgliedern zu sprechen, um sie für seine Pläne zu gewinnen. Der Oberbürgermeister ist von Kotzenberg unterrichtet.

Ich ersuche Euer Exzellenz ergebenst, die Bestrebungen auf Schaffung eines Lehrstuhles für Soziologie als besonders in den Rahmen der Frankfurter Universität passend fördern

und unterstützen, die Personalfrage mit Zurückhaltung, aber mit Wohlwollen behandeln zu wollen.

**211 b. Vorschlagsliste der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Universität Frankfurt für das Kultusministerium.**

Frankfurt/M., 27. Dezember 1918.

Ausfertigung, gez. Schmidt als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 197–197v.

*Für das gestiftete Ordinariat für Soziologie werden vorgeschlagen: Paul Barth – Leipzig,
Franz Oppenheimer – Berlin und Othmar Spann – Brünn.*

Vgl. Einleitung, S. 139.

Für den Lehrstuhl für Soziologie, dessen Mittel Herr Konsul Kotzenberg gestiftet hat, und um dessen Errichtung wir hiermit bitten, schlagen wir folgende Herren vor, die wir, ohne eine Rangordnung zwischen ihnen festzustellen, in alphabetischer Reihenfolge anführen.

1. Prof. Dr. Paul Barth, außerordentlicher Professor der Soziologie an der Universität Leipzig, geb. am 1. August 1858 zu Baruthe in Schlesien. Er ist als einer der ersten Vertreter der Soziologie in Deutschland bekannt und Mitherausgeber der Vierteljahresschrift für Philosophie und Soziologie.

In Buchform veröffentlichte er

1. Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer bis auf Marx und Hartmann. 1890.
 2. Tiberius Gracchus. 2. Aufl. 1893.
 3. Philosophie der Geschichte als Soziologie. 1. Aufl. 1897. 2. Aufl. 1915.
 4. Beweggründe des sittlichen Handelns. 1899.
 5. Die Stoa. 1903.
 6. Erziehungs- und Unterrichtslehre. 1906. 5. Aufl. 1912.
 7. Geschichte der Erziehung in soziologischer und geistesgeschichtlicher Beleuchtung. 1911. 2. Aufl. 1916.
 8. Herausgeber von Friedrich Ratzel, Raum und Zeit in Geographie und Geologie, außerdem eine große Zahl von Artikeln und Zeitschriften.
2. Prof. Dr. med. & phil. Franz Oppenheimer, Privatdozent an der Universität Berlin, geb. in Berlin am 30. März 1864. Ursprünglich praktischer Arzt, beschäftigte er sich zunächst nebenher, mit der Zeit immer eingehender, zuletzt nach seiner Habilitation in Berlin beruflich mit Sozialwissenschaften. Er ging dabei aus von praktischen sozialen Problemen, insbesondere der sogenannten Bodenreform, die er in seinen Schriften „Freiland in Deutschland“ 1895 und „Die Siedelungsgenossenschaft“ 1896 behandelt. Auch die Schrift „Großgrund-

eigentum und soziale Frage“ 1898 bewegt sich ganz in denselben Gedankengängen. 1901 erschien „Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus“, 1903 „Das Grundgesetz der Marx-schen Gesellschaftslehre“. Die erste im engeren Sinne soziologische Schrift war „Der Staat“ 1908. Denselben Gegenstand hat er sodann noch einmal in dem Jahrbuch für vergleichende Rechtswissenschaft unter dem Titel behandelt. Auf dem 2. Deutschen Soziologentag in Berlin im Jahre 1912 hielt er einen Vortrag über die rassentheoretische Geschichtsphilosophie (abgedruckt in den Verhandlungen). Seine sonstigen Schriften sind volkswirtschaftlichen Inhalts. Es sind: David Ricardos Grundrententheorie 1909, Theorie der reinen und politischen Ökonomie 1910. Die soziale Frage und der Sozialismus 1912. Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft 1915. Wert und Kapitalprofit 1916. Sie hängen alle mehr oder weniger eng mit dem ursprünglichen Interessenkreise Oppenheimers zusammen, wie er denn auch seine Volkswirtschaftslehre als eine solche auf soziologischer Grundlage bezeichnet.

3. Prof. Dr. Othmar Spann, ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn, geb. am 1. Oktober 1878 in Wien. Er vertritt in der Soziologie die Richtung, welche in der Systematik des ganzen Gesellschaftslebens mit allen seinen Erscheinungen die Hauptaufgabe der Soziologie sieht und die Volkswirtschaftslehre als ein Sondergebiet der Soziologie betrachtet. In diesem Sinne verfaßte er namentlich „Wirtschaft und Gesellschaft“ 1907, sein „System der Gesellschaftslehre“ 1914 und neuerdings sein „Fundament der Volkswirtschaftslehre“ 1918. Von anderen einzelnen soziologischen Fragen, das Fürsorgewesen, die Statistik und die allgemeine Volkswirtschaftslehre betreffenden Schriften seien genannt: Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M. 1905. Die Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs 1904. Die Erweiterung der Sozialpolitik durch die Berufsvormundschaft 1912. Die Bedeutung der Berufsvormundschaft für den Schutz der unehelichen Kinder 1905 (in Gemeinschaft mit Prof. Christian J. Klumker). Lage und Schicksal der unehelichen Kinder 1909. Die unehelichen Mündel des Vormundschaftsgerichts von Frankfurt a. M. 1909. Zur Logik der sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung 1905. Der logische Aufbau der Nationalökonomie 1908. Erhebungstechnische Probleme der österreichischen Volkszählung 1909. Die mechanisch-mathematische Analogie in der Volkswirtschaftslehre 1910. Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre 1911. Theorie der Preisverschiebung 1913. Zur Soziologie und Philosophie des Krieges 1913. Zur volkswirtschaftlichen Theorie des Krieges und der Kriegskosten 1915.¹

¹ *Das Dokument aus den Fakultätsakten abgedruckt in: Herrschaft, Felicia/Lichtblau, Klaus (Hrsg.), Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz, Wiesbaden 2010, S. 522–524. Zum Ablauf und zum Wirken Oppenheimers vgl. Lichtblau, Klaus/Taube, Patrick, Franz Oppenheimer und der erste Lehrstuhl für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt, in: Herrschaft/Lichtblau, Soziologie in Frankfurt, S. 55–70. Mit Schreiben vom 18.1.1919 (Bl. 198 der Akte) teilte das Kultusministerium dem Kuratorium mit, dass Oppenheimer berufen werde, zumal die 300.000 M-Stiftung Kotzenbergs dessen Gehalt voll trage.*

**211 c. Schreiben der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität
Frankfurt an das Kultusministerium
Frankfurt/M., 19. März 1919.**

Ausfertigung, gez. Schmidt als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 328–329.

Der Lehrauftrag für Oppenheimer soll auf Soziologie lauten, aber Nationalökonomie ausschließen, da er hierfür nicht kompetent ist. Das von Fadé in Aussicht gestellte weitere Stiftungskapital soll ein neues Extraordinariat für Finanz- oder Sozialpolitik finanzieren.

Vgl. Einleitung, S. 139.

Auf den Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 18. Februar dieses Jahres bezüglich Abgrenzung der Lehraufträge, erlaubt sich die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät ergebenst, folgendes zu erwidern.

Jede Berufung auf eine Professur kann immer nur für ein bestimmtes Fach erfolgen. Eine Abgrenzung dieses muß also stattfinden, bevor die betreffende Fakultät um Vorschläge zu der Besetzung einer Professur aufgefordert wird. Diese macht ihre Vorschläge nur unter der Voraussetzung eines bestimmten zu erteilenden Lehrauftrages; anders wären sie völlig haltlos. So ist es auch bei der Berufung von Prof. Oppenheimer geschehen. Der durch den Stifter festgesetzte Lehrauftrag sollte auf Soziologie, nicht auf eine der Wirtschaftswissenschaften lauten. Nur unter dieser Voraussetzung hat sich die Fakultät entschlossen, Herrn Prof. Oppenheimer auf die Vorschlagsliste zu setzen; zur Vertretung der Volkswirtschaftslehre hält sie ihn nach wie vor für ungeeignet und befindet sich hier in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl der Fachgenossen an anderen Hochschulen. Wenn die Fakultät trotzdem mit Rücksicht darauf, daß die Soziologie im weitesten Sinne des Wortes auch die soziologischen Grundlagen des Wirtschaftslebens umfaßt, gegen die Ankündigung von Vorlesungen über allgemeine Volkswirtschaftslehre durch Herrn Prof. Oppenheimer nichts einwendete, so geschah es nur mit Rücksicht auf die akademische Freiheit, die jedem Professor gestattet, nach Erfüllung seiner Pflichten in dem Fache, für das er in erster Linie berufen ist, seine Lehrtätigkeit auf andere ihm nahe liegende Gebiete auszuweiten, sowie auch auf die Freiheit in dem Sinne, daß keine Hochschule dem Vortrag von Lehrmeinungen, welche von den üblichen, wenn auch noch so sehr, abweichen, Hindernisse bereiten darf. Es wäre dies in der Volkswirtschaftslehre um so weniger angebracht, als es hier einen allgemein anerkannten Kanon noch nicht gibt, und die jetzigen Vertreter für sich ebenfalls das Recht in Anspruch nehmen, ihre Vorlesungen ihrer persönlichen wissenschaftlichen Überzeugung gemäß zu gestalten ohne Rücksicht auf das akademische Herkommen.

Es bedurfte daher unseres Erachtens gar keiner ausdrücklichen Ausdehnung des Lehrauftra-

ges von Prof. Oppenheimer über die Soziologie hinaus, um ihm das Recht, auch allgemeine Volkswirtschaftslehre gelegentlich anzukündigen, zu verleihen. Auch war es selbstverständlich, daß er zu den Promotionen, sofern der Promovend Soziologie als Promotionsfach gewählt hatte, heranzuziehen sei, und hier auch allgemeine Volkswirtschaftslehre prüfen könne, zumal, wenn das Thema der Arbeit dazu besonderen Anlaß bot, unbeschadet des Rechtes der Fachvertreter, das Fach der Volkswirtschaftslehre einschließlich der Finanzwissenschaft, mit den etwa durch die Prüfung des Herrn Prof. Oppenheimer begründeten Einschränkungen, zu prüfen, da der Prüfungsordnung gemäß die Volkswirtschaftslehre ein einheitliches Fach darstellt und nicht in zweigeteilt werden soll. Es wäre das in Frankfurt um so weniger angebracht, als hier schon die Privatwirtschaftslehre ein besonderes Prüfungsfach neben der Volkswirtschaftslehre ist, wodurch nach allgemeiner Meinung die Promotion zum Dr. rer. pol. ohnehin schon schwieriger ist als an irgendeiner anderen deutschen Universität.

Mit diesen grundsätzlichen Darlegungen möchte die Fakultät ihre Auffassung, von der sie bei der Aufstellung der Vorschlagsliste für den Lehrstuhl für Soziologie ausging, umschreiben. Sie konnte gar nicht anders annehmen, als daß dieses auch die Auffassung des Ministeriums sei, als dieses ihr den Auftrag erteilte, Vorschläge zu machen. Eine nachträgliche Änderung des Lehrauftrages, wie sie die Erteilung eines solchen für einen wesentlichen Teil der Wirtschaftswissenschaften bedeuten würde, wirft die Voraussetzungen um, von denen die Fakultät bei ihren Vorschlägen ausging. Eine Verallgemeinerung dieses Verfahrens würde das ganze Vorschlagsrecht der Fakultäten hinfällig machen können. Ohne vorherige genaue Umgrenzung des Lehrfaches gibt es keine sachgemäßen Besetzungsvorschläge.

Was die Besetzung des dritten volkswirtschaftlichen Lehrstuhls betrifft, so ist eine Veränderung der Lage insofern eingetreten, als dem Kuratorium abermals eine Stiftung von 100.000 Mark seitens eines Herrn Fadé zur Förderung der Volkswirtschaftslehre zugefallen ist. Es wäre sehr erwünscht, wenn diese Stiftung zur Errichtung eines außerordentlichen Lehrstuhls verwendet werden würde. Als solcher käme ein sozialpolitischer oder ein finanzwissenschaftlicher in Frage. Die Fakultät erlaubt sich nun den Vorschlag, daß die Wahl des Faches davon abhängig gemacht wird, wie der ordentliche Lehrstuhl besetzt wird. Wird dieser einem derjenigen Herren übertragen, in dessen Lehrverpflichtung die Sozialpolitik an erster Stelle stünde, so wäre das Extraordinariat für Finanzwissenschaft, wird dagegen für den ordentlichen Lehrstuhl der Volkswirtschaftslehre einer der von der Fakultät Vorgeschlagenen gewählt, in dessen Lehrauftrag die Finanzwissenschaft an erster Stelle steht, so wäre das Extraordinariat für Sozialpolitik einzurichten. Im letzteren Falle käme Herr Prof. W. Zimmermann, über den die Fakultät sich schon gutachtlich äußerte, in Frage; im ersteren Falle wäre von der Fakultät eine neue Liste von jüngeren Dozenten, welche für die Übernahme des Extraordinariats für Finanzwissenschaft in Frage kämen, einzureichen.

Die Fakultät bittet daher das Ministerium ergebenst, wegen der Regelung der finanziellen

Verhältnisse des zu begründenden Extraordinariats mit dem Kuratorium alsbald in Verbindung treten zu wollen.²

**212 a. Vorschlagsliste der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt für das Kultusministerium mit Anschreiben des Kuratoriums.
Frankfurt/M., 10. Juni bzw. 20. Juni 1929.**

*Ausfertigung, gez. Arndt als Dekan; Ausfertigung, gez. Riezler.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 197–200v.*

Als Nachfolger Oppenheimers im Ordinariat für Soziologie werden vorgeschlagen: Hans Kelsen – Wien, Carl Schmitt – Berlin und Leopold von Wiese – Köln. Das Kuratorium bevorzugt Kelsen.

Vgl. Einleitung, S. 139.

Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Soziologie

Erlaß vom 25.5.29 – U I 20858 – In Ergänzung des Berichts vom 11.6.29 – Nr. 1600/1601 –

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät hat für die Besetzung des Lehrstuhls für Soziologie (bisher Prof. Oppenheimer) vorgeschlagen die Professoren Hans Kelsen in Wien, Carl Schmitt in Berlin und Leopold von Wiese in Köln. Das Kuratorium hat gegen die Vorschläge Bedenken nicht geltend zu machen. Es hat mich indes beauftragt zum Ausdruck zu bringen, daß es in der Berufung Kelsens einen ganz besonderen Gewinn der Universität sehen würde.

Die von der Fakultät nachträglich vorgelegten Äußerungen der Nichtordinarien sind beigefügt.

Betrifft: U I Nr. 23536 (vom 29. Dezember 1928) und U I Nr. 20858 (vom 25. Mai 1929).

Für die Wiederbesetzung des durch das Ausscheiden von Herrn Prof. Dr. Oppenheimer erledigten Lehrstuhls für Soziologie gestattet sich die Fakultät, folgende Vorschläge zu machen.

² Mit Schreiben vom 14.11.19 (Bl. 332 der Akte) teilte das Kultusministerium mit, dass nach Ansicht des Kuratoriums die 100.000 M Kapital der Fadé-Stiftung für ein Extraordinarien-Gehalt nicht reichen würden und deshalb die Erträge für vorhandene Lehrstühle verwendet werden sollen, zunächst für einen Lehrauftrag für Sozialpolitik an Prof. Alfred Weber.

Die Fakultät ist von dem Gedanken ausgegangen, daß die in ihr und der Philosophischen Fakultät errichteten Lehrstühle der Soziologie sich tunlichst gegenseitig ergänzen sollten, daß also bei der Neubesetzung des Lehrstuhls eine Verbindung der Soziologie mit der Philosophie (wie im Falle Tillich) nicht erwünscht, vielmehr eine andere Orientierung anzustreben sei. Mit Rücksicht hierauf bringt die Fakultät zwei Soziologen in Vorschlag, deren Arbeitsgebiet ursprünglich die Rechtswissenschaft, und einen dritten, der anfänglich Nationalökonom war.

Die drei Herren, die *pari passu* genannt werden, sind folgende:

- 1) Prof. Dr. jur. Hans Kelsen, Wien,
- 2) Prof. Dr. jur. Carl Schmitt, Berlin,
- 3) Prof. Dr. phil. Leopold von Wiese, Köln.

1) Hans Kelsen ist am 11. Oktober 1881 in Prag geboren. Er habilitierte sich 1911 an der Wiener Universität für Rechtswissenschaft und wurde dort 1917 zum außerordentlichen und 1919 zum ordentlichen Professor (für Staatsrecht und Rechtsphilosophie) ernannt. Sein wissenschaftliches Interesse ist seit langem der Soziologie zugewandt. Er ist Mitglied und ständiger Referent des österreichischen Verfassungsgerichtshofs, Mitglied des Direktoriums des „Institut international de droit public“ und Vorstandsmitglied der deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Schon 1911 veröffentlichte Kelsen bei J. C. B. Mohr Tübingen, eine Schrift „Grenzen zwischen soziologischer und juristischer Methode“. Seither hat er sich unausgesetzt mit soziologischen Problemen, und insbesondere mit der Soziologie von Recht und Staat beschäftigt. Im Jahre 1912 veröffentlichte er eine größere Abhandlung „Zur Soziologie des Rechts“ (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 34). Ebenda erschien 1919 eine „Grundlegung der Rechtssoziologie“ (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 39). Eine in gewissem Sinne bahnbrechende Bedeutung kommt seiner Hauptschrift auf diesem Gebiet zu, betitelt „Der soziologische und der juristische Staatsbegriff“. Sie erschien 1923 in 1., 1928 in 2. Auflage. Sie hat in Verbindung mit der „Allgemeinen Staatslehre“, die Kelsen 1925 veröffentlichte, eine lebhafte wissenschaftliche Diskussion entfesselt. Ja, man kann sagen, um diese beiden Schriften ist in kurzer Zeit eine große Literatur entstanden. Kelsen hat sich mit diesen Veröffentlichungen als ein Gelehrter ersten Ranges erwiesen und internationale Anerkennung gefunden. Von seinen weiteren Schriften ist noch das Referat „Soziologie der Demokratie“, gehalten auf dem V. Deutschen Soziologentag 1927, zu erwähnen, sowie das Buch „Vom Wesen und Wert der Demokratie“, 2. Aufl. 1928. In den letzten Jahren hat sich Kelsen jener soziologischen Richtung zugewendet, die sich eine umfassende Analyse und Kritik der sozialen Ideologien zum Ziele setzt. Er ist zur Zeit mit der Abfassung eines größeren Werkes beschäftigt, das Religion, Dichtung und Philosophie in ihrer ideologischen Funktion für die staatlich rechtliche Ordnung der Gesellschaft darstellen soll. Der 1. Band, der der Antike gewidmet ist, liegt zum Teil bereits in den Fahnen vor.

Kelsen gilt als ein ausgezeichneter Lehrer, der eine große Anziehungskraft auf die studie-

rende Jugend ausübt und sich seinen Studenten mit Hingabe widmet, und er wird auch als guter Redner geschätzt.

Kelsen ist Mitherausgeber der „Zeitschrift für öffentliches Recht“ und der „Revue internationale de la théorie de droit“.

Die Schriften, welche Kelsen veröffentlichte, sind folgende:

Die Staatslehre des Dante Alighieri, 1905

Kommentar zur österreichischen Reichsratswahlordnung, 1907

Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, 1911, 2. Aufl. 1923

Grenzen zwischen soziologischer und juristischer Methode, 1911

Kommentar zu den österreichischen Verfassungsgesetzen, I–V, 1919–1921

Das Problem der Souveränität und der Theorie des Völkerrechts, 1920, 2. Aufl. 1923

Sozialismus und Staat, 1920, 2. Aufl. 1923

Vom Wesen und Wert der Demokratie, 1920

Der soziologische und juristische Staatsbegriff, 1922, 2. Aufl. 1926

Rechtswissenschaft und Recht, 1922

Österreichisches Staatsrecht, 1922

Allgemeine Staatslehre, 1925

Marx oder Lassalle, 1925

Das Problem des Parlamentarismus, 1925

Aperçu d'une théorie générale de l'Etat 1927, tschech. 1927, ungar. 1927, japan. 1927

Der Staat als Übermensch, 1927

Die staatsrechtliche Durchführung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, 1927

Les rapports de système entre le droit interne et le droit international public, 1927

Die philosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre und des Rechtspositivismus, 1928

2) Carl Schmitt ist am 11. Juli 1888 in Plettenberg (Westfalen) geboren. Er habilitierte sich 1916 in Straßburg für Rechtswissenschaft und wurde 1921 nach Greifswald und 1922 nach Bonn berufen. Seit 1928 ist er ordentlicher Professor des öffentlichen Rechts an der Handelshochschule in Berlin. Sein wissenschaftliches Interesse gilt in neuerer Zeit hauptsächlich rechts- und kultursoziologischen Problemen. Er spielt ebenso wie Kelsen auf dem Gebiet der Rechtssoziologie eine führende Rolle.

Die Veröffentlichungen Schmitts waren folgende:

Über Schuld und Schuldarten, 1919

Gesetz und Urteil, 1912

Der Wert des Staates und die Bedeutung des einzelnen, 1914

Politische Romantik, 1919, 2. Aufl. 1925, franz. 1928

Die Diktatur, 1921, 2. Aufl. 1928

Politische Theologie, 1922

Römischer Katholizismus und politische Form, 1923, 2. Aufl. 1925

Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 1923, 2. Aufl. 1926

Die Diktatur des Reichspräsidenten, 1924
 Die Rheinlande als Objekt internationaler Politik, 1925
 Die Kernfrage des Völkerbundes, 1926
 Volksentscheid und Volksbegehren, 1927
 Verfassungslehre, 1928
 Zeitschriftenaufsatz: Der Begriff des Politischen, 1927

3) Leopold von Wiese und Kaiserswaldau ist am 2. Dezember 1876 in Glatz geboren. Er habilitierte sich 1905 an der Berliner Universität für Volkswirtschaftslehre, wurde 1906 Professor an der Akademie in Posen, ging 1908 als Professor nach Hannover, 1912 als Studiendirektor nach Düsseldorf und wurde 1915 an die Handelshochschule in Köln berufen. Dort wurde er 1919 ordentlicher Universitätsprofessor. Er wandte sich schon vor seiner Habilitation dem Studium der Soziologie zu und gehört jetzt zu den bekanntesten Vertretern des Faches in Deutschland. Er ist einer der Direktoren des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften an der Kölner Universität, Mitherausgeber der Kölner „Vierteljahrshefte für Soziologie“ sowie der Sammlung „Wirtschaft und Recht der Gegenwart“ und Verbandsmitglied der deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Seine Veröffentlichungen sind folgende:

Beiträge zur Geschichte der Rohzinkfabrikation, 1902
 Grundlegung der Gesellschaftslehre, 1905
 Einführung in die Sozialpolitik, 1910, 2. Aufl. 1920
 Gedanken über Menschlichkeit, 1915
 Staatssozialismus, 1916
 Liberalismus, 1917
 Strindberg, 1919, 2. Aufl. 1920
 Allgemeine Soziologie, 1. Teil: Beziehungslehre, 1924,
 Soziologie, ihre Grundprobleme und Geschichte, 1926.

Die Fakultät glaubt, hiermit drei der hervorragendsten Vertreter der Soziologie in Deutschland für die Neubesetzung ihres Lehrstuhls genannt zu haben, und möchte davon Abstand nehmen, eine Reihenfolge für ihre Berufung vorzuschlagen.

Mit Rücksicht auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war es noch nicht möglich, Äußerungen der Nichtordinarien über die Berufung, die in § 11 Abs. 4 der Grundsätze einer Neuordnung der preußischen Universitäts-Verfassung vorgesehen sind, einzuholen. Die Fakultät behält sich vor, die noch eingehenden Äußerungen später zu übermitteln.¹

¹ Am 6.7.1929 (Bl. 173 der Akte) teilte das Ministerium die geplante Berufung Emil Lederers als Nachfolger Oppenheimers mit, musste jedoch am 4.10.1929 (Bl. 187) dessen Absage übermitteln und fragte deshalb bei der Fakultät an, ob Mannheim als Nachfolger Oppenheimers genehm wäre. Weitere Dokument aus dem Frankfurter Universitätsarchiv zum Ablauf der Berufung Mannheims in: Herrschaft/Lichtblau, Soziologie in Frankfurt, S. 525–531.

**212 b. Schreiben des Kuratoriums der Universität Frankfurt an den Ministerialdirektor
im Kultusministerium, Werner Richter.
Frankfurt/M., 13. November 1929.**

Ausfertigung, gez. Riezler.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 215–216.

*Im Kuratorium bevorzugt man für die Soziologie-Professur Kelsen gegenüber Karl
Mannheim.*

Vgl. Einleitung, S. 139.

Sehr verehrter Herr Ministerialdirektor!

Gestatten Sie mir zu der Frage Soziologie noch einige kurze Mitteilungen.

Die Debatte im Kuratorium über die Stellungnahme zu Mannheim war nicht ganz einfach. Auch die städtischen Sozialdemokraten waren der Ansicht, daß Kelsen Mannheim bei weitem vorzuziehen sei. Was Kelsen Stellung zwischen Soziologie und Jurisprudenz betrifft, so liegt von ihm ein neues Buch über die Antike in Fahnen vor, als kultursoziologische Untersuchung, die die Bedeutung der Religion, Dichtung, Philosophie und Jurisprudenz für die soziale Machtgestaltung im einzelnen nachweisen soll. Das ist der erste Band eines Werkes, dessen zweiter in Arbeit ist und von der soziologischen Funktion des Christentums handelt. Übrigens gehört Kelsen dem Rat der Deutschen Soziologischen Gesellschaft an, aufgrund seiner zahlreichen, soziologisch orientierten Schriften. Sollte Kelsen möglich sein, so läge der Fall Salomon² wohl einfacher als bei Mannheim, der ein gleichaltriger oder gar jüngerer Konkurrent ist. Ich lege einen Passus aus einem Schreiben des alten Oswalt bei, den er an mich nach der neulichen Debatte im Kuratorium gerichtet hat, mit einer ganz präzisen Stellungnahme zu dem Problem „Soziologie“.

Die endgültige Äußerung der Fakultät liegt noch nicht vor.

Über Beyerle habe ich mich sehr gefreut.³

Weil ist in Berlin, wartet aber nunmehr auf eine Nachricht von Ihnen.

Ich freue mich sehr, Sie am 19. hier begrüßen zu können.

Abschrift

pp. „Ich bin der Auffassung, daß man richtigerweise unter dem Ausdruck Soziologie nicht ein abgegrenztes Wissensgebiet zu verstehen hat, sondern eine Forschungsmethode, die in-

² Der Frankfurter nichtbeamtete Extraordinarius Gottfried Salomon-Delatour vertrat im Wintersemester 1929/30 den emeritierten Oppenheimer.

³ Bezieht sich auf die Berufung des Rechtshistorikers Franz Beyerle als Ordinarius an die Universität Frankfurt Ende 1929, vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 330–336.

nerhalb der verschiedensten Wissenschaften zur Anwendung gebracht wird. So kann man von einer soziologischen Richtung innerhalb der Rechtswissenschaft, der Historie, vielleicht auch der Theologie usw. sprechen. Andererseits bezeichnen andere mit dem Ausdruck Soziologie einen Komplex von Wissenszweigen, unter denen eine die Nationalökonomie ist. Alle diese Wissenszweige sind schon lange gepflegt worden, ehe der Ausdruck Soziologie, wenn ich nicht irre von Auguste Comte, erfunden war. Jedenfalls knüpfen sich an diesen Ausdruck mancherlei Unklarheiten und Willkürlichkeiten. Wo sich mehrere Kreise überschneiden, kann man gewöhnlich die eine oder die andere Einstellung wählen. Ich glaube nicht, daß der Stifter des fraglichen Lehrstuhls, Herr Karl Kotzenberg, mit dem Ausdruck Soziologie eine sehr bestimmte Vorstellung verknüpft hat, auch hat ja Herr Prof. Oppenheimer einen Lehrauftrag für Soziologie und Nationalökonomie innegehabt und Vorlesungen und Übungen auch auf dem Gebiet der reinen Nationalökonomie abgehalten.“ pp.

**212 c. Denkschrift von Prof. Franz Oppenheimer mit Anschreiben an Kultusminister
C. H. Becker.**

Frankfurt/M., 17. November 1929.

Ausfertigung, gez. Oppenheimer.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 217–221.

Oppenheimer wünscht, dass seine Richtung der Soziologie in Frankfurt fortgesetzt wird und lehnt sowohl den Juristen Kelsen als auch den methodisch schwankenden Mannheim ab. Oppenheimer charakterisiert die vier Richtungen der Soziologie: die synthetische, die formal-soziologische, die kultur-soziologische, die sozial-psychologische.

Vgl. Einleitung, S. 135.

Hochzuverehrender Herr Minister!

Bei der Neubesetzung meines Lehrstuhls scheinen mir gewisse sachliche Gesichtspunkte gegenüber persönlichen allzusehr in den Hintergrund zu treten. Die von mir vertretene Richtung der Soziologie hat sich als „Frankfurter Schule“ im sachverständigen Ausland, das heißt in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, einen beachtlichen Namen verschafft und ist gewiß eines der Aktiva der Frankfurter Universität geworden. Ich würde nicht nur aus persönlichen Gründen bedauern, wenn mein Nachfolger einer anderen Richtung angehörte, und wenn damit die Tradition, die übrigens auch die Tradition der klassischen Soziologie ist, abgerissen würde.

Ich gestatte mir, Ihnen in Form einer kurzen Denkschrift über die verschiedenen Richtungen der deutschen Soziologie in der Anlage Bericht zu erstatten.

So zahlreich die von mir ausgebildeten Nationalökonomien sind, so gering ist die Zahl mei-

ner einigermaßen reifen soziologischen Schüler. Ich weiß nur zwei zu nennen. Der eine kann nicht in Betracht kommen, weil er noch nicht habilitiert ist: Dr. Heinrich Ritzmann Frankfurt/M., Eckenheimer Landstraße 293. Ich fürchte, er wird verhungert sein, bevor seine große Arbeit, an die er sein gewaltiges Wissen und seine zähe Arbeitskraft setzt, vollendet sein wird. Der zweite ist Prof. Dr. Gottfried Salomon, auf den ich große Hoffnungen setze, wenn ihm erst endlich einmal seine materiellen Verhältnisse gestatten werden, sich seinen hoffnungsvollen wissenschaftlichen Arbeiten ganz zu widmen. Diese Arbeiten beziehen sich auf die historische Grundlegung der Soziologie und die bürgerliche Gesellschaft in Frankreich. Geschult außer bei mir auch durch Ernst Troeltsch und Max Weber, hat er sich umfassende Kenntnisse erworben, und hat besonders unter meiner Leitung genügenden Einblick in die theoretische Nationalökonomie gewonnen, um zu wissen, was streng methodisches Arbeiten bedeutet. Er hat mich bereits mit großem Erfolge in meiner Unterrichtstätigkeit verschiedentlich vertreten und sich dabei wie auch an den Verwaltungsakademien und der Akademie der Arbeit als vortrefflicher Dozent der Soziologie, der Staatslehre und der Geschichte und Theorie des Sozialismus bewährt. In seinem Seminar hat er die besten Köpfe der Studentenschaft um sich geschart und sich auch hier als sehr anregender Lehrer erwiesen. Eine ganze Anzahl trefflicher Arbeiten sind hier auf seine Anregung und unter seiner Leitung entstanden.⁴

Soviel ich weiß, steht Salomon in engerer Wahl mit Mannheim, einem Schüler Alfred Webers. Ich halte Mannheim für einen geistvollen Kopf, aber ich glaube nicht, daß er in der Beherrschung einer der sozialen Sonderwissenschaften das sichere Fundament besitzt, das jeder Soziologe meines Erachtens haben muß, das Fundament, das sein Lehrer, Alfred Weber, als ausgezeichneter, auch theoretischer Nationalökonom besitzt. Dazu kommt, daß Mannheim zwischen der Kultur-Soziologie und der Sozial-Philosophie steht, die beide, wie in der Denkschrift dargestellt, ihre Methode noch nicht gefunden haben und nach meiner Meinung niemals finden werden.

Ich höre soeben, daß Herr Kelsen – Wien wieder als Kandidat genannt wird. Ich schätze ihn als Gelehrten und bin ihm sogar seit langer Zeit persönlich befreundet, aber er ist doch geradezu der Anti-Soziologe, der jede Möglichkeit einer Soziologie grundsätzlich leugnet. Er ist reiner dogmatischer Jurist, ist also nicht einmal Rechts-Philosoph, geschweige denn Rechts-Soziologe. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Entscheidung für ihn fallen könnte.

Über die Richtungen der deutschen Soziologie.

Es lassen sich in Deutschland vier Richtungen der Soziologie unterscheiden:

1. Die synthetische Richtung. Sie ist die Fortsetzung der klassischen soziologischen Schule, wie sie von St. Simon und Comte inauguriert wurde, und über Spencer in England, Lester

⁴ Zu Person und Werk vgl. Käsler, Dirk, Artikel Gottfried Salomon-Delatour, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 22, Berlin 2005, S. 393 f.

Ward in Amerika, Lorenz von Stein, Schäffle und Gumplovitz in Deutschland, Durkheim in Frankreich weitergeführt wurde. Sie wird von dem Gesichtspunkt beherrscht, daß der an sich notwendigen und segensreichen, immer fortschreitenden Spezialisierung der Gesellschaftswissenschaften eine in gleichem Maße voranschreitende Integrierung parallel gehen muß. Sie strebt danach, die sozusagen obersten theoretischen Teile der einzelnen sozialen Disziplinen zu einem einheitlichen theoretischen System zusammenzufassen. Diese Richtung ist es, der, wie ich glaube, Sie, Hochzuverehrender Herr Minister, die deutschen Hochschulen erschließen wollten. Daß sie unentbehrlich ist, kann niemand bestreiten, der sieht, wie unter der fortgehenden Zersplitterung die Wissenschaft als solche unter einem Berge nicht mehr zusammengehörigen Wissens erstickt wird.

2. Die formal-soziologische Richtung. Zuerst von Georg Simmel gelehrt, der sie später aufgab, wird sie heute noch von der Kölner Schule von Wieses und von Vierkandt, Berlin, betrieben. Sie gehört nach meiner Meinung nicht in die eigentliche Soziologie, sondern in deren psychologische Propädeutik. Die großen Probleme, die sich der klassischen Soziologie stellten, faßt diese Richtung kaum an.

3. Die kultur-soziologische Richtung, wie sie heute namentlich von Alfred Webers Schule betrieben wird. Sie hat heute eine feste Methode noch nicht gefunden, und es ist mir zweifelhaft, ob sie jemals eine solche wird finden können. Sie ist bisher ganz und gar auf Intuition und Bekenntnis gestellt.

4. Die sozial-philosophischen Richtungen. Die Sozial-Philosophie gehört zur Soziologie nur dann, wenn man das Wort in einem weiteren Sinne faßt. Ich bin mit Georg Simmel der Meinung, daß es sich hier um zwei völlig nach ihrer Methode und nach ihrem Gegenstande verschiedene Wissenschaften handelt, die sich freilich gegenseitig als unentbehrliche Hilfswissenschaften zu dienen haben. Eine feste Methode von diesen Richtungen besitzt einzig und allein nur die auf Kants Kritizismus aufgebaute, heute verwaiste Schule Leonard Nelson; für die übrigen Richtungen, die selbstverständlich geradeso hoffnungslos zersplittert sind wie die Philosophie selbst, gilt verstärkt, was über die Kultur-Soziologie zu sagen war. Soviel ich sehen kann, ist dabei bisher nichts herausgekommen, was der Problematik unserer Zeit ernstlich dienen könnte, und ich kann gegenüber der Methodenlosigkeit der ganzen Bemühung auch nicht die Hoffnung haben, daß jemals etwas ersprießliches daraus hervorgehen wird.

212 d. Bericht der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt an das Kultusministerium mit Anschreiben des Kuratoriums.

Frankfurt/M., 27. bzw. 28. November 1929.

*Ausfertigung, gez. Hellauer als Dekan; Ausfertigung, gez. Riezler.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 224–225.*

Das Kuratorium unterstützt die Berufung Kelsens zum Nachfolger von Oppenheimer, hat aber auch gegen Mannheim keine Bedenken. Die Fakultät ist gegen Mannheim, da seine philosophische Soziologie für Studenten schwer verständlich ist; sie befürwortet weiter Kelsen.

Vgl. Einleitung, S. 140.

Besetzung des Lehrstuhls für Soziologie und theoretische Nationalökonomie (bisher Prof. Oppenheimer) Erlaß vom 4.10.29 – U I. 22208 –

In Anlage überreichte ich eine Äußerung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, betreffend den Privatdozenten Dr. Mannheim in Heidelberg. Ich nehme Bezug auf den mit Bericht vom 8. November 1929 – Nr. 2758 – bereits mitgeteilten Beschluß des Kuratoriums, den Antrag der Fakultät auf Berufung des Prof. Kelsen in Wien zu unterstützen, aber gegen eine Berufung des Privatdozenten Mannheim Bedenken nicht geltend zu machen.

Auf den Erlaß vom 4. Oktober 1929 – U I Nr. 22208 – gestatte ich mir, meinen vor einigen Tagen mündlich vorgetragenen Bericht hiermit schriftlich zu wiederholen. Die Fakultät hat sich mit der Frage der Nachfolgeschaft für Prof. Oppenheimer abermals in mehreren Sitzungen gründlich befaßt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß außerhalb der von uns eingereichten Vorschlagsliste auf dem Gebiet der Soziologie keine Persönlichkeit vorhanden ist, die wir gern auf dem erledigten Lehrstuhl sehen würden. Wohl sind wir der Ansicht, daß unter den in Frage stehenden Soziologen Herr Prof. Dr. Mannheim die beste Kraft darstellt. Prof. Mannheim vertritt aber eine Richtung in der Soziologie, die für unsere Studierenden recht geringen Wert besitzt. Für unsere Studierenden wäre wertvoll ein nationalökonomisch oder juristisch orientierter Soziologe. Prof. Mannheims Orientierung ist aber philosophisch. Dabei ist seine Ausdruckweise für Personen, die nicht gut philosophisch vorgebildet sind, schwer verständlich. Unter diesen Umständen hat mich die Fakultät beauftragt, dringend die Bitte vorzutragen, die Berufung auf den Oppenheimerschen Lehrstuhl gemäß der von uns eingereichten Vorschlagsliste vorzunehmen.

**212 e. Brief von Prof. Karl Mannheim an das Kuratorium der Universität Frankfurt mit
Anschreiben des Kuratoriums.**

Frankfurt/M., 17. Dezember bzw. 21. Dezember 1929.

*Ausfertigung, gez. Mannheim; Abschrift; Ausfertigung, gez. Riezler.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 226–228v.*

*Forderungen Mannheims vor Annahme des Rufs nach Frankfurt: Trennung des
Soziologischen Seminars vom Institut für Wirtschaftswissenschaften, höherer Etat des
Seminars, Schreibhilfe, Assistent, zweites Zimmer. Der Kurator stimmt dem mit Abstrichen
zu.*

Vgl. Einleitung, S. 140.

Lieber Herr Windelband!

In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift eines Briefes des Privatdozenten Dr. Mannheim betreffend seine Wünsche bei Annahme der Berufung auf den Lehrstuhl Oppenheimer nebst meiner Stellungnahme. Ich halte die Forderungen in dem von mir befürworteten Umfange sachlich für berechtigt.

Abschrift⁵

Sehr verehrter Herr Professor!

Gestatten Sie mir, daß ich auf Grund unserer Aussprache am 16. bezüglich meiner Berufung auf den durch Emeritierung Prof. Oppenheimers erledigten soziologischen Lehrstuhl meine Vorschläge und Bedingungen in folgenden Punkten zu formulieren versuche:

1. Die besonderen Bedürfnisse der Soziologie als neues Lehrfach lassen es als wünschenswert erscheinen, das Soziologische Seminar von der Gesamteinstitution „Institut für Wirtschaftswissenschaften“ abzutrennen, wobei ich Sie bitten dürfte, den auf die Soziologie entfallenden Anteil des Gesamtetats wie auch die noch zu erwähnenden Summen in Gestalt eines Personalfonds uns zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig würde ich Sie bitten, die bisher von derselben Institution her uns zufließenden M 400 auf M 1.000 erhöhen zu wollen.

2. Als einmalige Summe für Bücher und Anschaffungen möchte ich vorschlagen, M 3.000 für die Zeit von 1930/31 uns zur Verfügung zu stellen.

3. Die Soziologie stellt sich, ganz besonders in der Form, wie ich sie vertrete, die Aufgabe, sogenannte „Querverbindungen“ zwischen den Einzeldisziplinen herzustellen, so daß für unsere Probleme jene gedruckten bibliographischen Werke, die wir in den historischen Einzeldisziplinen etwa und in der Philosophie besitzen, nur mittelbar verwertbar sind. Es

⁵ Der Brief gedruckt in: Gábor, Eva, *Mannheim Károly levelezése 1911–1946*, Budapest 1996, S. 38 f.

wäre in hohem Maße wünschenswert, daß wir im Laufe der nächsten Jahre in kollektiver Arbeit mit den Studierenden eine Problembibliographie, die auf unsere Zwecke zugeschnitten und nirgend anderswo vorzufinden ist, aufstellen könnten. Zum Anlegen dieses wie mir scheint wichtigen Apparates möchte ich Sie bitten, für die nächsten drei Jahre mindestens je M 1.000 bewilligen zu wollen.

4. Die augenblickliche Desorganisiertheit unseres Seminars macht die Anstellung mindestens einer halben Schreibmaschinen-Kraft nötig, wofür ich Sie für die nächsten beiden Jahre im Etat M 3.000 aufnehmen zu wollen bitte.

5. Die besondere Situation in unserem Seminar macht die Bewilligung einer außerplanmäßigen Assistentenstelle unerlässlich.

6. Da unserem Seminar nur ein einziger Raum zur Verfügung steht, wo Dozent, Assistent und Studenten zusammenarbeiten, wäre ein zweiter Raum, der als Dozenten- und Sprechzimmer dienen könnte, sehr wünschenswert. Darf ich Sie bitten, auch hier je nach Möglichkeit abzuhelpfen?

Indem ich Sie nochmals bitte, diese meine Vorschläge aus der Notwendigkeit eines Neuaufbaus, der stets mit größeren Ansprüchen verbunden ist, erklären und sie als ein Minimum betrachten zu wollen, verbleibe ich mit den verbindlichsten Empfehlungen in ausgezeichnete Hochachtung

Bemerkungen zu den Forderungen des Privatdozenten Dr. Mannheim.

Zu 1). Die Abtrennung des Soziologischen Seminars vom Institut für Wirtschaftswissenschaft macht keine Schwierigkeiten; sie wird von mir befürwortet. Für die laufenden Ausgaben entstehen keine besonderen Kosten. Der Ausgabeetat des Seminars von 1.000 RM kann vom Etat des Instituts für Wirtschaftswissenschaft abgezweigt werden.

Zu 2). Anstelle der von Dr. Mannheim beantragten 3.000 RM befürworte ich die Bewilligung eines einmaligen Zuschusses von 2.000 RM zur Anschaffung von Büchern.

Zu 3 und 4). Die Herstellung einer Bibliographie halte ich für notwendig. Anstelle der von Dr. Mannheim beantragten (3.000 RM zu Ziffer 3 und 3.000 RM zu Ziffer 4) 6.000 RM befürworte ich die Bereitstellung von einmalig 5.000 RM, verteilt auf 2 Rechnungsjahre. Die Mittel von insgesamt 7.000 RM (Ziffer 2, 3 und 4) können von mir aus den Kuratorialfonds, Titel X oder Titel XII A19 zu außerordentlichen sächlichen Ausgaben, bereitgestellt werden.

Zu 5). Solange die planmäßige Assistentenstelle durch Prof. Salomon besetzt ist, ist eine außerplanmäßige Assistentenstelle notwendig. Da die Mittel bei Titel XII A 13, Vergütungen für außerplanmäßige Assistenten, erschöpft sind, befürworte ich die Überschreitung dieses Titels und Übernahme der Mehrausgabe auf die Ersparnisse bei den Besoldungsmitteln.

Zu 6). Die Raumschwierigkeiten lassen sich zur Zeit nicht beheben. Dem Soziologischen Seminar steht jetzt ein größerer Raum zur Verfügung, der als Direktorzimmer benutzt werden kann. Die Studierenden können in dem gemeinsamen Übungsraum arbeiten, der auch den

Studierenden der Finanzwissenschaft (Prof. Gerloff) und der Betriebswissenschaft (Prof. Kalveram) zur Verfügung steht. Bei sich bietender Gelegenheit will ich gern versuchen, dem Wunsche des Dr. Mannheim auf Zuweisung eines zweiten Zimmers zu entsprechen.

212 f. Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium und Prof. Karl Mannheim.

Berlin, 7. Januar 1930.

Reinschrift, gez. Windelband, Mannheim.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 229–229v.

Gehaltshöhe bzw. Kolleggeldgarantie für Mannheim; Mittel für Schreibhilfe und Assistenten.

Vgl. Einleitung, S. 17 und 140.

Vereinbarung

Vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers vereinbaren die Unterzeichneten folgendes:

- 1) Herr Privatdozent Dr. Mannheim – Heidelberg ist bereit, den durch die Emeritierung von Prof. Oppenheimer freigewordenen ordentlichen Lehrstuhl für Soziologie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Frankfurt/M. zum 1. April 1930 zu übernehmen.
- 2) Grundgehalt unter Vorwegnahme der vier letzten Alterszulagen 9.800 M, wozu die gesetzlichen Zuschläge treten.
- 3) Die Bestimmungen über das Honorarwesen und die Kolleggeldgarantie sind Dr. Mannheim bekannt, es wird ihm jedoch eine jährliche Kollegeldeinnahme von 2.500 M garantiert.
- 4) Von dem Institut für Wirtschaftswissenschaft wird ein besonderes Soziologisches Seminar abgezweigt werden, zu dessen Direktor Prof. Dr. Mannheim ernannt werden wird. Aus dem bisherigen Etat des Instituts für Wirtschaftswissenschaft wird dem Seminar jährlich ein Betrag von 1.000 M zur Verfügung gestellt.
- 5) Zur Beschaffung von Büchern für das Seminar wird nach Dienstantritt ein einmaliger Betrag von 2.000 M ausgezahlt werden.
- 6) Zur Herstellung einer Problembibliographie und Besoldung einer Schreibkraft werden 5.000 M bewilligt, zahlbar in zwei Raten in den Rechnungsjahren 1930 und 1931.
- 7) Solange die planmäßige Assistentenstelle durch Prof. Salomon besetzt ist, wird eine außerplanmäßige Assistenz bewilligt. Prof. Salomon wird zum stellvertretenden Direktor des Soziologischen Seminars ernannt werden.
- 8) Die Erstattung der Umzugskosten erfolgt nach den für preußische Staatsbeamte geltenden Bestimmungen. Falls Dr. Mannheim genötigt sein sollte, zur Gewinnung einer Woh-

nung eine Abstandssumme zu entrichten, wird ihm ein Betrag bis zur Höhe von 2.000 M zur Verfügung gestellt.⁶

**213 a. Aus dem Schreiben von Felix Weil namens der Gesellschaft für Sozialforschung
e. V. an Kultusminister C. H. Becker.
Frankfurt/M., 1. November 1929.**

Ausfertigung mit handschriftlichen Korrekturen, gez. Weil.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 235–253.

Hauptgedanke bei Gründung des Instituts für Sozialforschung war, wissenschaftlich marxistisch, aber in undogmatischer und parteipolitisch neutraler Weise zu arbeiten. Institutsdirektor Carl Grünberg folgte dem, aber keiner unter deutschen Nationalökonomien oder Soziologen tut das in gleicher Weise und taugt für die Nachfolge. Bilanz der Arbeit des Instituts und seiner sechs Abteilungen. Bis ein ausgewiesener Gelehrter, der zugleich mit dem Instituts-Stifter Felix Weil harmoniert, im Institut herangewachsen ist, soll die Direktorstelle wie das zugehörige gestiftete Ordinariat an der Universität unbesetzt bleiben.

Vgl. Einleitung, S. 140.

Herr Minister,

Herr Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter hat uns aufgefordert, zu der durch die Emeritierung von Herrn Prof. Grünberg geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Wir beehren uns, dieser Aufforderung im folgenden nachzukommen.

Die durch die Emeritierung von Herrn Prof. Grünberg freigewordene Professur ist kein freies Stiftungsordinariat, wie z. B. die Oppenheimersche, sondern vielmehr ausdrücklich nur „für den vom Minister nach Benehmen mit dem Verein ernannten bzw. zu ernennenden Leiter des Instituts für Sozialforschung bestimmt“ (§ 1 des Vertrags mit der Universität Frankfurt a. M. vom 3. Mai 1924, ferner Punkt 2 des Beschlusses des Preußischen Staatsministeriums vom 11. Juni 1924 – U.I 21013.1).¹ Die Aufforderung zur Stellungnahme schließt demnach die Frage ein, ob uns einer der im Laufe der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Nachfolge Prof. Grünbergs genannten Herren geeignet erscheint, die Leitung des Instituts zu übernehmen. Wir bedauern, von vorneherein erklären zu müssen, daß dies nicht der Fall ist.

⁶ Zum Wirken Mannheims in Frankfurt vgl. Koolwaay, Jens, *Zwischen Berufung und Experiment. Karl Mannheim in Frankfurt*, in: *Herrschaft/Lichtblau, Soziologie in Frankfurt*, S. 105–121.

¹ Zur Gründungsgeschichte einige Dokumente in: GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 449–460. Zum Institut vgl. Kluge, Paul, *Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932, Frankfurt/M. 1972*, S. 486–513, das Schreiben Weils auszugsweise zit.: ebd., S. 502 f.

Wenn es auch in dem Namen und den Satzungen des Instituts nicht besonders ausgedrückt ist, so beweisen doch die Gründungsverhandlungen, die veröffentlichte Programmrede Prof. Grünbergs, unsere sonstigen Publikationen und der bisherige Forschungs- und Lehrbetrieb des Instituts, daß es sich hier nicht etwa um eine der Nationalökonomie oder Soziologie im allgemeinen gewidmete Anstalt handelt. Eine solche zu begründen, lag durchaus nicht in meiner Absicht. Herr Geheimrat Wende – auf dessen Zeugnis ich mich hierzu wie auch zu meinen weiteren Ausführungen berufe – wird bestätigen können, daß ich schon in meinen ersten Unterredungen mit ihm ausgeführt habe, daß wir (mein verstorbener Freund Prof. K. A. Gerlach und ich) ein Institut zu gründen beabsichtigten, das in erster Linie dem Studium und der Vertiefung des wissenschaftlichen Marxismus zu dienen habe. Die Idee zur Errichtung eines solchen Instituts war aus unserer eigenen wissenschaftlichen Praxis erwachsen. Hatten wir es doch als außerordentlich hemmend für unsere Studien empfunden, daß an keiner deutschen Universität die für den Einzelnen unübersehbare internationale Literatur zur Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung systematisch gesammelt und bearbeitet wurde. Außerdem mußten wir immer wieder feststellen, daß nirgends ausreichende Gelegenheit zu einem gründlichen Studium der Marx'schen Theorie gegeben war, ein Zustand, der dem Dilettantismus auf diesem Gebiet Tür und Tor öffnen mußte. Wenn wir sahen, welche günstige Arbeitsbedingungen den meisten Wissenschaften, ja sogar solchen Wissenszweigen eingeräumt wurden, die bisher nicht als „universitätsfähig“ gegolten hatten (Betriebswirtschaftslehre, Soziologie usw.), dann drängte sich uns der Gedanke auf, daß in entsprechender Weise das Studium des Marxismus gefördert werden müsse und könne. Wir vertraten in unseren Verhandlungen die Ansicht, daß der wissenschaftliche Sozialismus heute mindestens ebenso ein Anrecht darauf habe, an einer Universität durch ein ihm gewidmetes Institut erforscht zu werden, wie andere früher von den Universitäten wenig beachtete Gebiete, zumal an den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete des Marxismus breite Volksschichten in vielleicht höherem Maße interessiert seien als an den Forschungsergebnissen in anderen Disziplinen. Wir führten damals noch aus, es sei nicht unbedingt Aufgabe des Staates, eine derartige Anstalt selbst ins Leben zu rufen, wohl aber dürfe man erwarten, daß eine auf Fortentwicklung der Wissenschaften bedachte Unterrichtsverwaltung Verständnis und Wohlwollen für private Bestrebungen in dieser Richtung habe. Das gelte besonders in unserem Falle, wo als Träger des geplanten Instituts nicht große Organisationen oder gar politische Parteien in Frage kämen, sondern Privatpersonen, deren Verhandlungen mit der Unterrichtsverwaltung gerade den Zweck verfolgten, dem Marxismus eine von jeder außerwissenschaftlichen Einmischung freie akademische Heimstätte zu schaffen.

Unsere Bestrebungen, welche durch die Fürsprache meines verstorbenen Freundes, des Ministers a. D. Konrad Haenisch (der selbst Mitglied der Gesellschaft für Sozialforschung war) unterstützt wurden, fanden volles Verständnis beim Ministerium. Es beschleunigte sogar die Verhandlungen, stimmte allen meinen Vorschlägen und Anträgen in zuvorkommender Weise zu, so daß, als ich unterm 13. November 1922 die Genehmigung zur Errichtung des

Instituts formell beantragte, sie bereits unterm 23. Januar 1923 (Erlaß U. I 20028.1) erteilt wurde.

Bei der feierlichen Eröffnung des Instituts, die am 22. Juni 1924 als akademischer Festakt der Universität in der Aula in Anwesenheit der Vertreter des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und des Herrn Oberpräsidenten und in persönlicher Anwesenheit des Herrn Regierungspräsidenten Ministers a. D. Haenisch, des Herrn Oberbürgermeisters und anderer Spitzen der Staats- und Kommunalbehörden stattfand, haben dann ich selbst und besonders Herr Prof. Grünberg in seiner Festrede* den marxistischen Charakter des Instituts auch öffentlich und programmatisch festgelegt. Es sei mir gestattet, zur Erläuterung des bisher Gesagten einiges über den Inhalt dieser Festrede, soweit er sich auf diesen Gegenstand bezieht, mitzuteilen. Unter Marxismus darf nach Prof. Grünberg keine Parteidoktrin verstanden werden, sondern ein „in sich geschlossenes ökonomisches System, eine bestimmte Weltanschauung und eine fest umrissene Forschungsmethode“.** Als ökonomisches und soziologisches System ebenso wie als Methode der Forschung solle der bis dahin im Gegensatz zu anderen Ländern an den deutschen Hochschulen nur widerwillig geduldete Marxismus in dem neuen Institut „ebenso eine Heimat haben wie sonst an den Universitäten die theoretischen und volkswirtschaftspolitischen Lehrmeinungen des Liberalismus, der historischen Schule, des Staatssozialismus“.

Gegen diese Einstellung konnte geltend gemacht werden, daß sie scheinbar die Arbeiten des Instituts dogmatisch binde und den Grundsatz der wissenschaftlichen Voraussetzungslosigkeit verletze. Mit diesem Einwand setzte sich Prof. Grünberg eingehend auseinander; seine Ausführungen gipfelten in der These, wissenschaftliche Voraussetzungslosigkeit im Sinne sachlicher und persönlicher Losgelöstheit von der Umwelt sei eine leere Phrase.

„Ausgangs- und Zielpunkt sind jedem, was immer er sinnvoll unternehmen mag, gegeben. Jeder wird durch seine Weltanschauung geleitet. Und wer würde sich nicht gegen die Behauptung verwahren: er sei von jeder Weltanschauung frei ... also recht eigentlich ein Automat, irgendwie von außen in Bewegung gesetzt, Zielen zutaumelnd, die nicht er sich gestellt, deren er sich nicht bewußt sei, ja, die er dann als Ziele auch gar nicht wahrzunehmen und zu beurteilen vermöge ...“***

Wie wenig eine solche Auffassung mit dogmatischer Gebundenheit gleichbedeutend ist, ergibt sich daraus, daß nach den Ausführungen Prof. Grünbergs auch die Forderung nach Voraussetzungslosigkeit in der Wissenschaft erst dann ihren rechten Platz erhalten kann, wenn Klarheit darüber besteht, daß keine wissenschaftliche Arbeit „in ihrer Zielstrebigkeit der Deduktion ... zu entraten vermag“. Keinesfalls aber dürfe die Zielstrebigkeit zu unab-

* Als H. XX in der Sammlung „Frankfurter Universitätsreden“ im Verlag Werner & Winter, Frankfurt a. M., 1924, erschienen.

** l. c. S. 10

*** l. c. S. 12.

streifbaren Fesseln werden. Vielmehr habe hier die Forderung nach „Voraussetzungslosigkeit“ einzusetzen.

[...]

Wenn die Institutsarbeit von der optimistischen Grundüberzeugung getragen ist, daß die Zukunft eine bessere Gesellschaftsordnung bringt, und daß es auch der wissenschaftlichen Arbeit vergönnt ist, hierzu ihren Teil beizutragen, so wird doch grundsätzlich und ausnahmslos jede Anteilnahme am politischen Tageskampf abgelehnt. Feststellen und Aussprechen dessen, was ist: Darin liegt die Leistung des Wissenschaftlers, und wenn das Institut „durch seine Arbeit Einfluß üben sollte, so wird dieser in Art und Weise kein anderer sein, als solchen wissenschaftliche Tätigkeit überhaupt zu üben vermag ...“*

In den seither verflossenen fünf Jahren ist das Programm trotz häufiger schwerer Erkrankungen Prof. Grünbergs von uns energisch in Angriff genommen worden. In zahlreichen Vorlesungen, Vorträgen, Seminaren und Übungen haben Prof. Grünberg, seine Assistenten und unsere weiteren Mitarbeiter den Studierenden der Frankfurter Universität Gelegenheit gegeben, ihre Kenntnisse auf den Arbeitsgebieten des Instituts zu vertiefen. Dabei wurde der Hauptwert auf die Übungen gelegt, die starken Zuspruch fanden und finden. Obwohl die Teilnehmer unserer Veranstaltungen sich daraus keinerlei Vorteile für ihre Examina versprechen dürfen, ist es die Regel, daß fast alle bis zum Ende des Semesters mitarbeiten.

Das Schwergewicht der Institutsarbeiten liegt auf dem Gebiete selbständiger Forschungen. Es werden alle wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Interessengebiet des Instituts von der durchschnittlichen Dissertation bis zu den ausgedehntesten, auf viele Jahre berechneten wissenschaftlichen Untersuchungen gefördert. Im Laufe der Zeit haben sich sechs Abteilungen organisch gebildet, an denen neben den ständigen Mitarbeitern und den Studenten eine große Zahl zeitweiliger Mitarbeiter tätig sind.

1. Historischer Materialismus und philosophische Grundlagen des Marxismus.

Untersuchungen über Einzelfragen der materialistischen Geschichtsauffassung (z. B. Ideologienlehre, Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen großer philosophischer Systeme usw., ferner methodologische Arbeiten), einzelne für die Marxsche Theorie wichtige Kapitel aus der Geschichte des deutschen Idealismus (z. B. über den Begriff der Praxis seit Kant, über Moses Hess, über die Religionskritik der Junghegelianer), französische und englische Vorläufer des Marxismus (Mandeville, Helvetius, Necker) sind in Arbeit oder liegen bereits im Manuskript vor.

2. Theoretische Nationalökonomie.

Unter Förderung des Instituts oder im Institut selbst sind die beiden wichtigsten in den letzten Jahren erschienenen Versuche zur Theorie des Imperialismus und damit gleichzeitig zur Weiterbildung der marxistischen ökonomischen Theorie entstanden: die Bücher von Stern-

* l. c. S. 14.

berg und Grossmann. Das letztere ist als Bd. 1 der Institutsschriften erschienen. Es darf als bezeichnend für die antidogmatische Stellung des Instituts gelten, daß die beiden Werke auf ihrem engeren Gebiet zwei völlig entgegengesetzte theoretische Standpunkte vertreten. In einer dritten großen Untersuchung über den Trustkapitalismus seit 1914 wird es unternommen, auf Grund des in neuester Zeit in fast unübersehbarer Fülle vorhandenen Materials (Wirtschaftskonferenz, englische und besonders nordamerikanische Monographien) die gegenwärtige Struktur des kapitalistischen Systems nachzuzeichnen. Im Laufe der Zeit sollen auch alle anderen ökonomischen Theorien von Marx systematisch an der modernsten wirtschaftlichen Entwicklung und dem neuesten Stand der „bürgerlichen“ Sozialökonomik nachgeprüft werden. größere Untersuchungen hierüber sind ebenfalls in Arbeit; erwähnt seien die Forschungen von Grossmann über die Wert- und Lohntheorie.

3. Planwirtschaftliche Probleme.

Die Fragen der wirtschaftlichen Organisation einer sozialistischen Gesellschaft werden am Institut besonders gepflegt. Darunter ist – der marxistischen Grundeinstellung entsprechend – nicht die Konstruktion von Zukunftsplänen zu verstehen, sondern sorgfältige Analysen der bisherigen geschichtlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Planarbeit. Es handelt sich dabei vor allem um die Kriegswirtschaft, die Sozialisierungsversuche, die russische Planwirtschaft und die Planelemente in den kapitalistischen Konzernen. Neben vielerlei Vorarbeiten liegt bereits der erste Band eines Werkes über die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion vor, über die es bisher weder in russischer noch in einer anderen Sprache eine zusammenfassende Studie gegeben hat. Auch in diesem Zusammenhang darf ein für den Geist der Institutsarbeiten charakteristischer Umstand erwähnt werden: das als Bd. 2 der Institutsschriften erschienene Buch wird bisher sowohl von der deutschen als auch der russischen Kritik wegen seiner strengen Objektivität gerühmt und trotz seiner kritischen Haltung gegenwärtig ins Russische übersetzt. – Sobald es mir meine Zeit erlaubt, werde ich mich selbst an unserem planwirtschaftlichen Arbeitsprogramm beteiligen und mit der Durcharbeitung der im Reichsarchiv liegenden Akten der deutschen Kriegsgesellschaften unter planwirtschaftlichen Gesichtspunkten beginnen.

4. Lage der arbeitenden Klassen in Vergangenheit und Gegenwart.

Neben einer Reihe kleinerer, teils abgeschlossener, teils vor dem Abschluß stehender Arbeiten sind in dieser Abteilung zwei größere Untersuchungen im Gange. Die eine versucht erstmals auf Grund des ungeheuren und widerspruchsvollen vorliegenden gedruckten Materials eine Darstellung der wirklichen Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu geben. Die andere Untersuchung, deren erste Etappe auf mindestens fünf Jahre berechnet ist, will Auskunft über die materielle und geistige Lage wichtiger Schichten der Arbeiter und Angestellten in Deutschland geben. Sie benutzt dabei nicht nur alles erreichbare Material, ob es nun gedruckt oder in Aktenform vorliegt (Sozialversicherung!), sondern ist im Begriff, auch umfangreiche eigene Erhebungen vorzunehmen. Bei der Durchführung dieser Enquete ist uns die Mitarbeit führender Arbeiterorganisationen und Sachverständiger bereits zugesichert.

5. Soziologie.

Auf Grund dieser Enquete, die sich nicht bloß auf Fragen wirtschaftlicher Natur bezieht, sondern die auch in erheblichem Umfang psychologische und weltanschauliche Tatbestände erfassen will, wird es, wie bereits die bisherigen Erfahrungen lehren, möglich sein, neue soziologische Typen zu bilden. Mit Hilfe dieser Typen, die vor allem über Beziehungen zwischen materieller Lage und Bewußtseinsstruktur Auskunft geben sollen, hoffen wir, neue Aufschlüsse über die Struktur der Gesellschaft und Material zur Weiterbildung der höchst unvollkommenen Theorie der gesellschaftlichen Klassen zu erlangen.

Neben diesen in der Hauptsache auf neue empirische Unterlagen gegründeten Untersuchungen werden andere durchgeführt, welche mit den Kategorien der Marx'schen Soziologie bereits gedruckt vorliegendes Material durcharbeiten sollen. Als wichtigsten derartigen Versuch nenne ich eine Studie über Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, deren erster Band noch in diesem Jahr als Bd. 3 der Institutsschriften erscheinen wird. In diesem Werk ist, wie ich glaube, mit überraschendem Erfolg, der Versuch gemacht worden, massenhaft vorhandenes, aber theoretisch kaum ausgewertetes Quellenmaterial mit marxistischen Methoden zu analysieren, ein Versuch, der sich jedenfalls in bezug auf Wichtigkeit des Zieles und Zahl der herangezogenen Quellen mit den soziologischen Arbeiten Max Webers messen darf.

Als vorläufig letzte der wissenschaftlichen Abteilungen des Instituts erwähne ich:

6. Geschichte der sozialistischen Lehrmeinungen und Parteien.

Gemäß den besonderen Interessen Prof. Grünbergs sind auf diesem Gebiet im Laufe der Jahre eine große Reihe von Dissertationen und anderer Arbeiten kleineren oder mittleren Umfangs entstanden oder in Arbeit. Ich darf in diesem Zusammenhang meine eigenen Untersuchungen über die argentinische Arbeiterbewegung (die erst zum Teil veröffentlicht sind) sowie die Auseinandersetzung von Pollock mit Sombarts „proletarischem Sozialismus“ (erschienen als Beiheft des Grünbergschen Archivs) besonders erwähnen. In den letzten Jahren sind einige groß angelegte Arbeiten in Angriff genommen worden. Da es bis heute noch keine für wissenschaftliche Bedürfnisse genügende Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gibt, lassen wir systematisch eng begrenzte Teilfragen aus diesem Gebet als Dissertationen behandeln, und sichten auf diese Weise das für den Einzelnen kaum übersehbare und sehr schwer zugängliche Quellenmaterial nach einheitlichen Gesichtspunkten. Die besten dieser Dissertationen werden von uns unter dem Titel „Studien zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ veröffentlicht. Der erste Band, der die wechselnde Stellung der SPD zur Kirche sowie zu den Gewerkschaften und außerdem eine von den Parteilegenden freie Darstellung der Geschichte der Partei unter dem Sozialistengesetz gibt, liegt im Manuskript abgeschlossen vor und ist als Bd. 4 der Institutsschriften bereits im Satz. Im Laufe des nächsten Jahres werden in derselben Schriftenreihe zwei weitere umfangreiche Studien über den Austromarxismus und den Leninismus erscheinen. Diese beiden wichtigsten Richtungen des Marxismus sind bis jetzt noch keiner gründlichen wissenschaftlichen Analyse unterzogen worden. Endlich ist ein Nachschlagewerk über „Sozialismus und Arbeiterbewegung“ in Vorbereitung, das ebenfalls nächstes Jahr erscheinen soll.

Es ist für weitere Kreise gedacht und wird deshalb nicht in unserer Schriftenreihe, sondern in dem unten zu erwähnenden Berliner Verlag veröffentlicht werden.

Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Abteilungen wird durch die Personalunion ihrer Leiter und durch regelmäßige Zusammenkünfte der Mitarbeiter, auf denen methodische Fragen erörtert werden und die neuesten Arbeitsergebnisse mitgeteilt werden, gesichert. Wir erwarten, daß es uns mit der Zeit gelingen wird, die angesichts der Gefahren des an sich unvermeidlichen Spezialistentums mit Recht geforderte wissenschaftliche Kollektivarbeit bei uns in wachsendem Maße zu verwirklichen.

Es sei mir nun gestattet, über den Stand der technischen Hilfsmittel des Instituts in gedrängter Form zu berichten. [...]

Unser Arbeitsgebiet hat es mit sich gebracht, daß von verschiedenen Seiten versucht worden ist, uns in den politischen Tagekampf hineinzuziehen. Wir sind getreu den oben erwähnten Worten Prof. Grünbergs derartigen Bestrebungen stets entschieden entgegengetreten und haben sogar gelegentlich Teilnehmer an solchen Versuchen von der Benutzung der Institutseinrichtungen ausgeschlossen. Als ein Zeichen unserer unbedingten politischen Neutralität mag ausgeführt werden, daß unser Institut einerseits als „kommunistisch“ verschrien worden ist und andererseits die kommunistischen Studenten von ihrer Partei vor dem Besuch unserer Veranstaltungen gewarnt wurden.

Da die Kontinuität unserer Forschungs- und Lehrarbeit keinerlei Störung erleiden soll und unser Institut das einzige seiner Art in der Welt ist, läßt sich die Frage der Nachfolge Prof. Grünbergs sehr schwer lösen. Außer ihm und unseren engeren Mitarbeitern gibt es zur Zeit an den deutschen und österreichischen Hochschulen keinen für die Leitung des Instituts in Frage kommenden Gelehrten. Unter den Nationalökonomien und Soziologen, die sich Marxisten nennen, haben wir niemand gefunden, der die Marxsche Methode in der von uns geforderten vorurteilslosen, parteipolitisch völlig neutralen Weise anzuwenden pflegt. Die Frage der Neubesetzung des Direktorats ist auch aus einem anderen Grunde besonders schwer zu lösen. [...] Daß ich, ohne offiziell an der wissenschaftlichen Leitung beteiligt zu sein, einen solchen Einfluß auszuüben wünsche, habe ich seinerzeit in meinem Brief vom 18. Januar 1923 an Herrn Geheimrat Wende schon ausgeführt. Darin habe ich ihm die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen mit Prof. Gustav Mayer auseinandergesetzt, und er hat mir in seinem Schreiben vom 23. Januar 1923 darauf, nach meiner Überzeugung mit großem Recht, geantwortet: „... daß eine klare Grundlage für eine zweifellos objektive wissenschaftliche Arbeit des Instituts in allererster Linie geschaffen werden müsse. Hierzu gehört natürlich eine grundsätzliche Freiheit des wissenschaftlichen Leiters des Instituts, und ich glaube nicht, daß irgendeine verantwortlich fühlende wissenschaftliche Persönlichkeit von dieser Forderung abgehen wird, wer auch immer der künftige Leiter des Instituts sein wird. Dabei verstehe ich durchaus Ihren Wunsch, von der Einflußnahme auf die künftige Arbeit des Instituts nicht völlig ausgeschlossen zu sein. Entscheidend hierfür kann aber sicher nur die innere Übereinstimmung zwischen Ihnen und dem Leiter des Instituts sein.“

Auf diese innere Übereinstimmung zwischen dem Leiter des Instituts und mir kommt es eben entscheidend an. Bei Prof. Grünberg war sie gegeben, und ich konnte deshalb bedenkenlos ihm die alleinige wissenschaftliche Leitung des Instituts anvertrauen. Bei den mir bisher genannten Persönlichkeiten dagegen ist das nicht der Fall.

Es war übrigens Prof. Grünberg wie mir von vornherein klar, und wir haben das seinerzeit Herrn Ministerialdirektor Prof. Richter gegenüber wohl auch ausgesprochen, daß sein Nachfolger aus den eben erwähnten Gründen höchstwahrscheinlich nur aus dem Kreise des Instituts hervorgehen könne, weil nur dann eine organische Fortentwicklung des Begonnenen gewährleistet sei. Diese Ansicht hat Prof. Grünberg schon bei den Berufungsverhandlungen geäußert, und die Vereinbarung, daß er das Direktorat bis zur Vollendung des 71. Lebensjahres auch nach der Emeritierung beibehalten könne, war die Folge einer diesbezüglichen Besprechung mit Herrn Ministerialdirektor Richter oder Herrn Geheimrat Wende (wahrscheinlich dem ersteren). Damals wurde abgesprochen, daß das Ordinariat nach der Emeritierung jedenfalls nicht wieder besetzt werden sollte, solange Prof. Grünberg noch Direktor des Instituts sei (ich erinnere mich bestimmt, daß Herr Ministerialdirektor Richter mir später einmal in einer Unterhaltung von dieser Absprache Kenntnis gegeben hat), falls er nicht selbst die frühere Besetzung wünsche, für welchen Fall das Mitdirektorat des Nachfolgers vorgesehen wurde; das hing nämlich von den damals noch nicht zu übersehenden Habilitationsterminen unserer eigenen Mitarbeiter ab.

In begreiflicher Unkenntnis dieser Situation, hat der Herr Kurator der Frankfurter Universität sich auf den Standpunkt gestellt, wir seien verpflichtet, entweder einem Vorschlag für die Nachfolge Prof. Grünbergs zuzustimmen oder Gegenvorschläge zu machen. Sollten diese nicht ausführbar sein, dann werde der Herr Minister nach seinem Ermessen entscheiden. Keinesfalls sei es angängig und möglich, den Lehrstuhl Prof. Grünbergs längere Zeit unbesetzt zu lassen.

Gegen diese Auffassung habe ich schon in meinen Briefen vom 15. Juni und 27. Juni 1929 an Herrn Ministerialrat Windelband protestiert und lege auch jetzt nochmals ausdrücklich dagegen Verwahrung ein.² An manchen Universitäten bleiben Lehrstühle jahrelang unbesetzt, warum also gerade in unserem Falle eine solche Eile vonnöten sein soll, vermag ich schlechterdings nicht einzusehen, zumal, da das Ordinariat kein allgemeines freies Ordinariat ist, sondern ein zweckgebundener gestifteter Lehrstuhl.

Da der Inhaber des Lehrstuhls als Direktor unseres Instituts stets das Schwergewicht auf die theoretische Forschungsarbeit legen und die Lehre eher hintanstellen wird, könnte eine Entlastung der Fakultät hinsichtlich Prüfungsverpflichtungen und dergleichen durch eine baldige Neubesetzung des Ordinariats sowieso gar nicht eintreten; schon Prof. Grünberg stellte die Bedingung, von den Prüfungsverpflichtungen entbunden zu bleiben, und bei

² In beiden Schreiben (Bl. 211–214 der Akte) ging es um die Bestimmung der Nachfolge Grünbergs im Benehmen mit der Gesellschaft für Sozialforschung, was Einvernehmen bedeute, nicht bloß Anhörung.

dem speziellen Forschungscharakter unseres Instituts wird jeder Nachfolger sich auf den Standpunkt stellen müssen. Darum bleibt uns das Drängen der Fakultät und des Kuratoriums nach baldiger Neubesetzung des Lehrstuhls unverständlich.

Ich habe in meiner ersten Unterredung mit Herrn Ministerialrat Windelband gebeten, die Frage der Neubesetzung des Ordinariats bis auf weiteres zu vertagen, das heißt bis ich in der Lage sei, aus unserem Kreise eine solche Persönlichkeit zu präsentieren, gegen die man nach Leistungen und Dienstaltes Einwendungen nicht erheben könne. Für mich, der ich die Interessen des Instituts wahrzunehmen habe, ist die Wiederbesetzung gar nicht eilig. Das Ordinariat ist für uns nie etwas Primäres gewesen, sondern hatte stets sekundären Charakter. Es ging seinerzeit doch nicht so, daß ich ein Ordinariat stiftete und der Ordinarius dann Institutsdirektor wurde, sondern umgekehrt: Um einen Gelehrten von Ruf als Direktor zu gewinnen, wurde ad hoc das Ordinariat gestiftet. Die Leitung des Instituts war stets das Primäre, daher ist auch heute noch die Frage der schnellen Wiederbesetzung des Ordinariats vom Standpunkt des Institutsinteresses aus gar nicht von Eile und Wichtigkeit.

Herr Ministerialrat Windelband hat in der seinerzeitigen Unterredung volles Verständnis für meine Auffassung gezeigt und mich gerade aus diesem Grunde damals ermächtigt, der Fakultät auszurichten, das Unterlassen einer Anfrage wegen Wiederbesetzung des Ordinariats werde vom Ministerium nicht – wie die Fakultät es befürchtet hatte – als Verzicht auf den alten Anspruch der Fakultät nach Schaffung eines weiteren volkswirtschaftlichen Ordinariats aufgefaßt werden. Da ich infolge Krankheit diese Mitteilung nicht sofort ausrichten konnte, erging die Anfrage der Fakultät inzwischen doch. Weshalb daraufhin Herr Ministerialrat seine Vereinbarung mit mir, eine Aufforderung an die Fakultät zur Abgabe eines Besetzungsvorschlages nicht ergehen zu lassen, nicht einhalten konnte, ist mir heute noch unverständlich.³

Gerade weil die Gegenvorschläge, die ich zu machen hätte, mir verfrüht erscheinen, habe ich den Aufschub für richtig gehalten. Sollte das Ministerium aber doch Vorschläge von mir wünschen, so bin ich dazu bereit. [...]

3 Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät hatte bereits mit Schreiben vom 15.3.1929 (Bl. 151 der Akte) eine Neubesetzung mit einem Ökonomen gefordert, und das Kultusministerium (W. Richter) mit Schreiben vom 15.4.1929 (Bl. 152) eine Vorschlagsliste angefordert. Im Fortgang der Nachfolger-Suche trat die Fakultät mit Schreiben vom 6.11.1929 (Bl. 267–267v) weiterhin für Kelsen als Nachfolger Grünbergs ein, ließ aber zugleich ihre früher gegen den vom Ministerium genannten Löwe – Kiel erhobenen Bedenken fallen.

213 b. Schreiben des Kurators der Universität Frankfurt, Kurt Riezler, an das Kultusministerium.

Frankfurt/M., 21. November 1929.

Ausfertigung, gez. Riezler.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 268–268v.

Die Auflösung des Vertrags mit der Gesellschaft für Sozialforschung wegen der strittigen Interpretation der Nachfolgeregelung für Prof. Grünberg hätte Nachteile für die Universität und erboste die Sozialdemokraten. Als Lösung soll Weils Vorschlag (Horkheimer Institutsdirektor, Löwe wirtschaftswissenschaftlicher Ordinarius) akzeptiert werden und der Vertrag erst mit beider Amtszeit in Frankfurt enden, zumal Horkheimer wenig Probleme machen wird.

Vgl. Einleitung, S. 141.

Es ist zweifellos richtig, daß schwerwiegende, prinzipielle Gründe gegen eine Anerkennung der Weilschen Rechtsauffassung sprechen. Eine solche Anerkennung würde de facto die Zustimmung zu einer dogmatisch gebundenen Professur involvieren. Andererseits wird Herr Weil die finanziellen Zugeständnisse nur gegen ein Entgegenkommen in der Rechtsfrage machen.

Eine Auflösung des Vertrages hat schwere Nachteile. Erstens enthält der Vertrag eine vertragliche Bindung, ein Stockwerk des Weilschen Gebäudes für allgemeine Universitätszwecke zur Verfügung zu stellen; die Räume werden dringend benötigt. Außerdem bietet das Institut selbst eine ausgezeichnete Bibliothek, sehr gute Arbeitsgelegenheiten und eine Anzahl von Stipendien, die sehr oft im Einverständnis mit der Studentenhilfe und zwar keineswegs in engherziger Bindung an ein politisches Glaubensbekenntnis des Stipendiaten, gegeben werden. Im Kuratorium selbst würde die Auflösung des Vertrages, die durch das Kuratorium zu erfolgen hat, von den Vertretern der Stifter gebilligt, von den Sozialdemokraten aber mit Leidenschaft bekämpft werden, zumal wenn dieser Auflösung ein sachlich haltbarer Kompromißvorschlag Weils zur Lösung der Personalfrage vorausgegangen ist.

Im Hinblick auf diese Vorteile der Universität aus der Verbindung mit dem Institut und die zu erwartende politische Gegnerschaft scheint mir eine Auflösung des Vertrages zur Zeit nicht opportun.

Ich empfehle daher folgenden Ausweg:

Die von Weil vorgeschlagene Regelung (Löwe–Horkheimer) wird akzeptiert, der Vertrag selbst aber mit dem Ablauf dieser Regelung aufgehoben.

Für die Zeit der Leitung des Instituts durch Horkheimer erwarte ich bei der unpolitischen und wissenschaftlich geschichtstheoretischen Einstellung von Horkheimer keine Schwierigkeiten, sondern ein relativ glattes Zusammenarbeiten des Instituts mit der Philosophischen Fakultät. Horkheimer bietet für die Leitung des Instituts als wissenschaftliches For-

schungsinstitut eine bessere Garantie als Grünberg. Auch wird von ihm nicht ein geringerer Einfluß auf Weil oder eine größere Abhängigkeit von Weil befürchtet werden müssen. Die Auflösung des Vertrages für einen in relativ weiter Zukunft liegenden Termin wird weder jetzt noch bei Eintritt dieses Termins zu politischen Schwierigkeiten führen. Sollte dieser Ausweg nicht gangbar sein, so bitte ich, von einer Auflösung des Vertrages zunächst abzu-
sehen und den Streit über die Rechtslage in der Schwebe zu halten.⁴

**213 c. Schreiben von Prof. Karl Mannheim an den Ministerialdirektor im
Kultusministerium, Werner Richter.
Frankfurt/M., 27. Juni 1930.**

*Ausfertigung mit handschriftlichen Ergänzungen, gez. Mannheim.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 3, Bl. 185–187v.*

*Als Professor für Soziologie in der Philosophischen Fakultät, Direktor des Instituts für
Sozialforschung und Entscheider über Stipendien besäße M. Horkheimer faktisch ein
Monopol für Doktoranden im Fach Soziologie. Dies bedeutete Austrocknung von Mannheims
Lehrstuhl für Soziologie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, da er
auf Doktoranden aus der Philosophischen Fakultät angewiesen ist. Der Lehrauftrag für
Horkheimer soll auf Sozialphilosophie beschränkt, Soziologie in die Diplomprüfungen
für Volkswirte/Kaufleute eingefügt und über einen separaten Dokortitel für Soziologie
nachgedacht werden.*

Vgl. Einleitung, S. 141.

Sehr verehrter Herr Ministerialdirektor!

Sie hatten mich gelegentlich meiner Ernennung aufgefordert, in jeder Angelegenheit, die das Fach der Soziologie in Frankfurt betrifft, mich an Sie zu wenden. Gestatten Sie, daß ich jetzt von dieser Aufforderung Gebrauch mache und Sie von meiner Stellungnahme zu einer neueren bevorstehenden Wendung höflichst in Kenntnis setze. Von Seiten der Philosophischen Fakultät wurde mir die Mitteilung gemacht, daß Herr Privatdozent Dr. Horkheimer zum persönlichen Ordinarius für Philosophie und Soziologie in der Philosophischen Fakultät ernannt werden soll. Es ist selbstverständlich, daß mich diese Wendung tangiert, und

⁴ *Nach einer weiteren Besprechung mit Weil (Bl. 268a der Akte) akzeptierte das Kultusministerium Weils Vertragsinterpretation (Benehmen = Einvernehmen) und Weil übernahm zusätzlich das Gros des Gehalts für Löwe in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, während Horkheimer ein Ordinariat in der Philosophischen Fakultät erhielt (Bl. 281 f.). Löwe wurde im Januar 1931 berufen (Bl. 303) und Horkheimer, seit 1.8.1930 Instituts-Vorsteher, mit dem 71. Geburtstag Grünbergs Mitte Februar 1932 auch formell Institutsdirektor (Bl. 372 ff.).*

ich bin überzeugt, daß Sie das richtige Verständnis auch für meine Gesichtspunkte haben werden. Zunächst möchte ich vorausschicken, daß ich gegen Herrn Horkheimer, den ich ja erst ganz kurz kenne, persönlich nicht das mindeste einzuwenden habe und zur Beurteilung seiner wissenschaftlichen Qualifikation auch nicht die Möglichkeit besitze, da ich seine Publikationen nicht kenne.

Dieser Umstand ist aber zu übergehen, da es sich ja in dem vorliegenden Falle für mich nicht um die Personalfrage handelt, sondern um das Problem der Schaffung eines neuen Lehrstuhles für Soziologie in der Philosophischen Fakultät. Auch hier möchte ich nicht so sehr von meinen persönlichen Intentionen getrieben das Wort ergreifen, sondern vielmehr von der Verpflichtung aus, die Interessen und den Wirkungsradius meines Lehrstuhles zu schützen. Sie wissen, sehr verehrter Herr Ministerialdirektor, ganz genau, in welcher schwierigen Situation sich mein eigener soziologischer Lehrstuhl hier befindet. Da das Fach beinahe völlig unverbindlich ist, bleibt der Dozent ausschließlich auf eine frei sich rekrutierende Elite von Studenten angewiesen, die sozusagen trotz ihres bedrängenden Brotstudiums noch Zeit finden, soziologische Kollegs zu hören und soziologische Studien zu betreiben. Bisher kann ich mich nicht nur nicht beklagen, sondern muß mich im Gegenteil freuen, daß es mir gelungen ist, ein weites und sehr intensiv angeregtes Auditorium für meine Vorlesungen und Übungen zu finden. Was aber viel schwieriger gelingt, ist, für die wissenschaftliche Fortpflanzung Doktoranden zu haben, die im Sinne meiner wissenschaftlichen Pläne die Forschung weiterbringen würden. In Anbetracht der Lage, daß man in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Bestimmung zufolge de facto den Dr. rer. pol. mit Soziologie nur auf Grund des Diplom-Volkswirt-Examens machen kann, habe ich sozusagen von Anfang an ganz auf die Hörschaft dieser Fakultät verzichten müssen.

Auch für Kollegs sind diese Studenten schwerer zu gewinnen, da ja die Ihnen bekannte übergroße Prüfungsbelastung zu freiwilligem Studium kaum noch Muße läßt. So ergab es sich von selbst, daß ich mich hauptsächlich auf die Studentenschaft der Philosophischen und Juristischen Fakultät beschränkte, und daß sich aus diesem Kreise auch am ehesten jene Doktoranden rekrutieren, die auch fähig sein werden, wissenschaftlich wertvolle Arbeiten zu produzieren.⁵

Nun soll mir durch die Ernennung eines soziologischen Ordinarius in der Philosophischen Fakultät gewissermaßen auch dieser Zustrom von Studenten abgegraben werden. Ich bin durchaus für die freie Konkurrenz im Geistigen und würde mich nur darüber freuen, wenn auch Herr Horkheimer über Soziologie läse. Ebenso wenig stört mich die Tatsache, daß an unserer Universität zehn Dozenten haupt- oder nebenamtlich Soziologie lesen, denn nach meiner Ansicht wirkt die freie Konkurrenz im Gebiete des Geistigen befruchtend, und der-

⁵ Über eine wegen vieler Pflichtvorlesungen in den benachbarten Fächern und deren Praxisorientierung sowie wegen des fakultativen Status der Soziologie geringe Zahl von Hörern hatte bereits Oppenheimer geklagt, vgl. Lichtblau/Taube, Franz Oppenheimer, S. 62–64.

jenige von uns wird die meisten Hörer haben, der das Wesentlichste zu bieten imstande ist. Aber diese Situation wäre keineswegs gegeben, wenn Herr Horkheimer das Ordinariat für Soziologie in der Philosophischen Fakultät bekäme. Er hätte nämlich eine doppelte Monopolchance, einmal dadurch daß er in jener Fakultät sitzt, in der überhaupt de facto noch ein soziologischer Dr. möglich ist, während ich nur solange in der Philosophischen Fakultät den Dr. phil. mit Soziologie machen lassen konnte, als dort kein Soziologe saß (denn Kollege Tillich verzichtete in praxi auf sein soziologisches Prüfungsrecht).

Um es soziologisch auszudrücken: Die zweite Monopolchance in dieser geistigen Konkurrenz hätte Herr Horkheimer dadurch, daß er gleichzeitig der Direktor des Institutes für Sozialforschung sein würde, wo er außerdem Stipendien-Verteilungsrechte in der Hand hat. Und damit würde der Zustrom aus dieser soziologisch durchaus interessierten Studentengruppe künstlich zu ihm gelenkt. Die doppelte Monopolsituation ist deshalb sehr beachtlich, weil der Student, der sich nun einmal entschließt, den Dr. phil. mit Soziologie zu machen, selbstverständlich bei demjenigen Dozenten seine Dissertation anfertigen wird, der durch seinen Sitz in der Fakultät im gegebenen Falle die Dissertation durchkämpfen kann, und der ihm eventuell auch für die Studienzeit die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen wird. Das würde in unserer durchschnittlich armen Studentenschaft zum Zwangsmittel werden, den Weg – durch Herrn Horkheimer – zu wählen. Daran ändert die Tatsache nichts, daß ich auch weiterhin das Recht hätte, in der Philosophischen Fakultät Soziologie zu prüfen.

Diese Art der Regelung kann um so weniger in Ihrer Absicht liegen, als diese so geschaffene Monopolsituation von Herrn Kollegen Horkheimer auch politisch ausgewertet werden könnte, was ich selbstverständlich bei ihm nicht voraussetze. Aber bei einer institutionellen Regelung muß doch Vorsorge getroffen werden, daß solche Übergewichte ausgeglichen werden. Eine gleichgewichtige soziologische Professur in der Philosophischen Fakultät würde meinen Wirkungsraum vollkommen ineffektiv machen, und mein Lehrstuhl würde nicht mehr Gewicht besitzen, als ein Lehrauftrag.

Ich kenne durchaus die schwierige Lage, in der sich das Ministerium in diesem Zusammenhang befindet, ich weiß auch, daß diese Ernennung nicht als Schachzug gegen mich aufgefaßt werden muß, sondern als ein einzig möglicher Ausweg, um das „Problem“ des Weilschen Institutes lösen zu können. Da es mir auch am Herzen liegt, eine Lösung zu ermöglichen, denke ich nicht daran, Schwierigkeiten zu machen. Ich muß Sie aber bitten, womöglich alles zu tun, daß nicht die Kosten dieser Lösung sozusagen allein auf meinen Lehrstuhl abgewälzt werden. So würde ich mir erlauben, als Korrektur zumindest vorzuschlagen:

1) daß Herrn Horkheimers Lehrstuhl benannt wird: Philosophie und Sozialphilosophie (und nicht Soziologie), was auch schon nach außen betonen würde, daß der offizielle Vertreter für Soziologie an der Frankfurter Universität derjenige ist, der in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ausschließlich für dieses Fach ernannt seinen Lehrstuhl hat.

2) Man könnte das Prüfungsrecht des Herrn Horkheimer, unbeschadet seines Rechtes, über das ihn Interessierende zu lesen, was das Soziologische betrifft eindeutig umgrenzen und beschränken. Hierbei müßte man von dem Gedanken ausgehen, daß ich ja den ursprünglichen Lehrstuhl für Soziologie mit allen Rechten inne habe, und daß diese ganze Lösung nur eine Konzession Herrn Horkheimer gegenüber von seiten des Ministeriums usw. wäre.

3) Außerdem müßte noch das von Ihnen bereits geplante Problem der Neuregulierung der Prüfungsordnung für Dipl.-Volkswirte und Dipl.-Kaufleute energischer betrieben werden, denn es würde sicher auch vom Standpunkte der humanistischeren Gestaltung dieser Fachprüfungen nützlich sein, die Soziologie auch hier in den Bereich der Prüfungsfächer einzubeziehen.

4) Ferner müßte überlegt werden, ob die Kreierung eines spezifisch soziologischen Doktors nicht ratsam wäre.

Über all diese Probleme und über meine ersten Erfahrungen in Frankfurt würde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerialdirektor, allzugern berichten, wenn ich wüßte, daß Sie Interesse und Zeit für eine solche Aussprache hätten. Sollte das der Fall sein, wo würde ich Sie in Berlin besuchen; jeden beliebigen Samstag würde es sich einrichten lassen, daß ich – ohne daß Kollegs ausfallen – bei Ihnen vorspräche. Bitte fassen Sie diesen Brief nicht als eine Beschwerde auf, sondern als aufrichtige und ungehemmte Aussprache, zu der mir Ihr Interesse an meinem Fach den Mut gab. Wenn ich um die Stoßkraft meines Lehrstuhles besorgt bin, so liegt es daran, daß ich mit großer Lust und vollem Einsatz an den Aufbau meines Faches und die Erziehung eines Nachwuchses herangetreten bin. Die bereits zu verzeichnenden Erfolge möchte ich mir nun nicht durch Erschwerungen abbauen lassen, die durch Erteilung von Monopolchancen an Andere geschaffen werden können.

Ihrer gütigen Äußerung entgegensehend verbleibe ich in aufrichtiger Hochschätzung Ihr sehr ergebener⁶

6 Eine Antwort Richters findet sich in der Akte nicht. Mit Schreiben vom 26.6.1930 (Bl. 189 f.) bat die Philosophische Fakultät ebenfalls, Horkheimers Lehrauftrag auf Sozialphilosophie zu beschränken, da bei der Denominierung Philosophie und Soziologie andere Gelehrte größeren Anspruch auf das Ordinariat hätten. Die ministerielle Berufsvereinbarung vom 15.7.1930 (Bl. 191) entsprach dem Wunsch von Fakultät und von Karl Mannheim.

214 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium.

Göttingen, 17. Dezember 1927.

Ausfertigung, gez. Hecht.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 29, Bl. 378–384.

Es gibt keinen historisch durchgebildeten Soziologen, denn die deutsche Soziologie entsprang aus der systematischen Philosophie oder der Nationalökonomie. Kandidaten für das Extraordinariat für Soziologie und Geschichte sind deshalb: der Mediävist Harold Steinacker – Innsbruck, der Wirtschaft- und Sozialhistoriker Carl Brinkmann – Heidelberg sowie die jüngeren Historiker Adolf Rein – Hamburg und Percy Ernst Schramm – Heidelberg.

Vgl. Einleitung, S. 141.

Gemäß der Verfügung des Herrn Ministers vom 3.9.1927 – U I Nr. 17137 – beehrt sich die Philosophische Fakultät, Vorschläge zur Besetzung des durch die Berufung des Prof. Walther erledigten persönlichen Ordinariats zu unterbreiten. Der alte, auch für Prof. Walther erneuerte Lehrauftrag dieser planmäßigen außerordentlichen Professur lautete: auf dem Gebiete der Geschichte die Tätigkeit der Fachordinarien durch Vorlesungen und Übungen zu ergänzen. Prof. Walther hatte außerdem persönlich schon vorher den Lehrauftrag für Soziologie.

Die Fakultät betrachtete als ihre nächste Aufgabe, womöglich die durch Prof. Walther vertretene Kombination zu erneuern, sah sich aber bei eingehender Prüfung der vorhandenen jüngeren Lehrkräfte außerstande, mit gutem Gewissen einen historisch durchgebildeten und methodisch bewährten Soziologen zu präsentieren. Es fehlt noch an einer Schule mit klarer Richtung; auch Prof. Walther hat während der fast sieben Jahre seiner Tätigkeit in Göttingen eine solche nicht ins Leben gerufen. Die heutige deutsche Soziologie entstammt durchweg entweder der systematischen Philosophie oder der Nationalökonomie, nicht aber der Geschichtswissenschaft.

Unter diesen Umständen hat die Fakultät ihr Augenmerk in erster Linie auf solche Historiker von ausgesprochener Begabung gelenkt, denen die soziologische Betrachtungsweise nicht fern liegt und deren vorwiegende Interessen außerdem nicht nur äußerlich die Tätigkeit der beiden Fachordinarien zu ergänzen vermöchten, sondern zeitlich und räumlich in allgemeinerem Sinn eine Erweiterung des Gesichtskreises über die alte abendländische Welt hinaus bedeuten. Diese Erweiterung würde unter den Göttinger Verhältnissen ebenso gut liegen können in der Einbeziehung der byzantinischen, der ost- und südosteuropäischen Welt in den Universitätsunterricht, wie in der entsprechenden Betonung des Überseeischen.

Die Fakultät nennt zunächst zwei Gelehrte, die sich schon im Genuß ordentlicher Professuren befinden, deren gegenwärtige Bezüge aber hinter dem zurückbleiben, was im Rahmen der Göttinger Professur liegen würde.

Prof. Harold Steinacker in Innsbruck ist einer der letzten und besten Schüler Theodor von Sickels, hat aber, wohl angeregt durch die Stellung seines Vaters, schon früh auch die Probleme der ungarischen und osteuropäischen Geschichte ergriffen und sich außerdem, zumal in seinem letzten großen Werk, so tief in das Altertum versenkt, daß er berufen erscheint, an einer großen Universität im Sinne einer Überbrückung der für unser geschichtliches Denken so unheilvollen Zerreißung des Geschichtsbildes in die alte und die neue Geschichte zu wirken.

Seine Forschungen und Darstellungen bewegen sich also hauptsächlich auf drei Gebieten, einmal der österreichischen Geschichte, wohin die Regesten der Habsburger Bd. 1 (2 in Vorbereitung), die Studien über die Entstehung des österreichischen Landrechtes und mehrere Einzelarbeiten gehören, zum zweiten auf dem Gebiet der ungarischen und osteuropäischen Geschichte, wie „Stand und Aufgabe“ der ungarischen Verfassungsgeschichte“, „Rechtliche Natur der Gesamtmonarchie“, „Aus der Geschichte und Vorgeschichte der orientalischen Frage“, „Österreich Ungarn und Osteuropa“, die in diesem Aufsatz gegebenen verfassungsgeschichtlichen Parallelen und Kontraste sind ausgesprochen soziologisch orientiert; die ganze kulturgeographische Betrachtung zeigt zudem ein sehr modernes „Denken in Räumen“. Während alle diese Studien dem Gebiet der Neuzeit, fast der Gegenwart angehören, bestehen die Leistungen Steinackers auf seinem dritten Arbeitsgebiet in tiefeindringenden Studien philologischer und juristischer Richtung über die Zwischenzeit von der Antike zum Mittelalter. Seine Aufsätze über „Die römische Kirche und die griechischen Sprachkenntnisse des frühen Mittelalters“ in der Festschrift für den Philosophen Gomperz, das älteste päpstliche Registerwesen, den Liber diurnus und vieles andere sind die Grundsteine, auf denen sein letztes bedeutendes Werk „Die antiken Grundlagen der frühmittelalterlichen Privaturkunde“ (1927) aufgebaut ist.

Steinacker ist zwar schon 1875 geboren, aber von ungewöhnlicher Frische; eine sehr tüchtige, gewandte, der Lehrtätigkeit mit Liebe hingeebene Persönlichkeit, die es sich längst lohnte, aus den engen, durch sein protestantisches Bekenntnis noch erschwerten Innsbrucker Verhältnissen heraus für eine reichsdeutsche Universität zu gewinnen. Auf dem Grazer Historikertag war sein Vortrag über „Österreich und die deutsche Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart“ nach dem allgemeinen Urteil der Höhepunkt der Tagung.

Prof. Carl Brinkmann in Heidelberg hat nicht die ausgesprochene methodische Schärfe und Feinheit der Untersuchung wie Steinacker, aber er ist der Mann der großen anregenden Zusammenfassung. Er ist ungewöhnlich belesen und vielseitig und hat eine eigene Gabe des Zusammenschauens scheinbar auseinanderliegender Dinge. So weiß er den gesellschaftlichen Aufbau eines Volkes und eines Zeitalters durch eine oft überraschende Verknüpfung von Erscheinungen des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens eindrucksvoll darzustellen. Für den normalen Studenten vielleicht gelegentlich gefährlich und zugleich anspruchsvoll, soll doch Prof. Brinkmann für begabte junge Leute sehr fördernd sein. Jedenfalls stellt ihn sein sehr umfassendes Werk und seine Neigung zu soziologischer Betrachtung mit in die Reihe der Persönlichkeiten, mit denen sich die Fakultät auseinanderzusetzen hatte.

Prof. Brinkmann hat hauptsächlich auf zwei Gebieten gearbeitet, der englischen (auch der amerikanischen) Geschichte und der Wirtschaftsverfassung und Sozialgeschichte. Von diesen Gebieten ist die Wirtschaftsgeschichte wenigstens in unserer Fakultät zur Zeit nicht vertreten. Bei der Bedeutung des englisch-amerikanischen Kulturkreises für Göttingen und der Bedeutung unserer Bibliothek auf diesem Gebiete wäre eine verstärkte Vertretung der englischen und amerikanischen Geschichte durchaus zu verantworten. In Bezug auf die Darstellungen Brinkmanns zur Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte verdient hervorgehoben zu werden, daß sie überall die Fühlung mit dem allgemein-geschichtlichen Leben zu wahren suchen, wie umgekehrt die allgemeineren Darstellungen Brinkmanns wie etwa „Die bewegenden Kräfte der deutschen Geschichte“ wieder durchsetzt sind von wirtschaftspolitischer Anschauung.

Prof. Brinkmann ist 42 Jahre alt, hat in Heidelberg ein persönliches Ordinariat, wäre also für Göttingen wohl zu gewinnen.

Neben den genannten ordentlichen Professoren hat die Fakultät einen Extraordinarius und einen Privatdozenten vorzuschlagen – die eine ähnliche Gruppe bilden – den außerordentlichen Professor für Kolonial- und Überseegeschichte an der Universität Hamburg, Dr. Adolf Rein, und den Privatdozenten an der Universität Heidelberg, Dr. Percy E. Schramm.

Professor Rein steht in demselben Alter wie Prof. Brinkmann. Er berührt sich mit ihm auch auf dem Gebiete der amerikanischen und englischen Geschichte, erscheint aber, wohl auch wegen der stärkeren Konzentration auf das besondere Gebiet der nordamerikanischen Geschichte, als der exaktere Forscher und – der schillernden Schreibweise Brinkmanns gegenüber – als der ruhigere Schriftsteller. Seine Gesamtleistung steht zwar an Umfang hinter der Brinkmanns zurück, aber sein Hauptwerk, „Der Kampf Westeuropas um Nordamerika im 15. und 18. Jahrhundert“ (1925), geht als Forschung tiefer und ist als Darstellung ausgereifter als alles, was Brinkmann geschrieben hat. Der Reiz des Buches liegt in dem universalhistorischen Horizont. Der Zusammenhang zwischen europäischer Kontinentalgeschichte und amerikanischer Kolonisation ist noch nie so klar und überzeugend in seiner entscheidenden Bedeutung dargelegt worden wie hier. Die Fülle des Neuen, das Rein zu Tage fördert, wiegt um so schwerer, als seiner Arbeit nur gedruckte Quellen zu Grunde liegen, wenn auch vielfach entlegene, in Europa wenig bekannte amerikanische Publikationen.

Als akademischer Lehrer hat Rein sich nach dem Urteil der Hamburger Fakultät gut bewährt und Schule gemacht.

Dr. Percy E. Schramm ist 1894 in Hamburg geboren und unter den methodisch sauber und mit weitem Gesichtskreis arbeitenden jüngeren Historikern jetzt einer der ersten. Leider sind sowohl seine Dissertation wie seine Habilitationsschrift über „Kaisertum, Rom und Antike vom Ende des IX. bis zum XII. Jahrhundert“ bisher ungedruckt, aber das Urteil der Heidelberger Philosophischen Fakultät über beide Arbeiten ist des höchsten Lobes voll und läßt erkennen, daß es sich hier auf weite Strecken um eine neue Grundlegung handelt. Außerdem ist das, was von den Arbeiten Schramms schon jetzt im Druck vor-

liegt, eine volle Bestätigung dieses günstigen Urteils. Insbesondere treten dabei hervor auf der einen Seite Untersuchungen und Darstellungen, die auf das Gebiet der byzantinischen Geschichte hinübergreifen, wie „Neue Briefe byzantinischer Gesandter“ und der Aufsatz „Kaiser, Basileus und Papst“ in der Historischen Zeitschrift 129, die Interessen verraten, die uns hier in Göttingen in sehr erwünschter Weise ergänzen würden. Auf der anderen Seite eine durchaus originelle und methodisch glückliche Einbeziehung auch des historischen Porträts in den Bereich der kritischen Arbeit des Historikers, so die Untersuchung über das „Herrscherbild in der Kunst des frühen Mittelalters“ und der soeben vorliegende Anteil an dem großen Werk von Walter Götz „Die Entwicklung des menschlichen Bildnisses“ (2. Bd. 1928), wovon wieder kleinere Arbeiten abgezweigt sind.

Nach allem, was von Forschung und Lehrtätigkeit des Herrn Dr. Schramm vorliegt, hat die Fakultät den Eindruck gewonnen, daß er auf dem Gebiete geistesgeschichtlicher Arbeit zu großen Hoffnungen berechtigt, und daß auch er mit frischer Kraft die Göttinger Geschichtswissenschaft in mehr als einer Richtung auf das glücklichste ergänzen würde.¹

Die Ministerialbestimmung vom 5. Juli 1920 U I Nr. 1969 1 ist beachtet worden.²

**214 b. Schreiben von Prof. Andreas Walther an die Philosophische Fakultät der
Universität Göttingen.**

Göttingen, 18. Dezember 1927.

Ausfertigung, gez. Walther; Abschrift.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 29, Bl. 329–330.

*Kandidaten zur Nachfolge von Walther im Extraordinariat für Geschichte und Soziologie
wären: Gottfried Salomon – Frankfurt, Arthur Salz und Karl Mannheim – Heidelberg,
Alfred Meusel – Aachen.*

Vgl. Einleitung, S. 141.

Da ich an den Verhandlungen über Vorschlag meines Nachfolgers nicht mehr teilnehmen kann, erlaube ich mir, meine Auffassungen kurz schriftlich darzulegen.

Wenn die Fakultät vor allem Wert legt auf einen bedeutenden Menschen, der sich schon einen internationalen Ruf erworben hat und durch glänzende Lehrbefähigung und anregende Lebendigkeit ausgezeichnet ist, so kommt vor allen andern Gottfried Salomon, nichtbeamteter außerordentlicher Professor der Soziologie in Frankfurt, in Betracht. Er gehört der

¹ Mit Schreiben vom 1.6.1928 (Bl. 390 der Akte) teilte das Ministerium die Absage Brinkmanns mit.

² Diese legte fest, dass auch die Nichtordinarien zu Berufungen zu hören waren.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an, hat aber nach Herkunft (Assistent von Troeltsch) und Interessen engste Beziehungen zur Philosophischen Fakultät. Daß er trotz der Durchgearbeitetheit seiner Auffassungen ein „System“ noch nicht veröffentlicht hat, sondern noch mit der Sichtung der Leistungen besonders auch der ausländischen Soziologie beschäftigt ist, spricht nicht gegen, sondern für ihn.

In Gesprächen mit einigen Kollegen habe ich neben ihm Vleugels und Honigsheim genannt, auch Koigen. Um aber dem Wunsch der Historiker nach einer Kombination von Geschichte mit Soziologie Rechnung zu tragen, wandte ich mich mit einer Anfrage nach Heidelberg, wo wohl enger als irgendwo sonst Geschichte, Soziologie und Nationalökonomie in derselben Fakultät etwa im Sinne Max Webers zusammenarbeiten. Die erhaltenen Antworten von Karl Brinkmann und Alfred Weber füge ich bei.³ Brinkmann, der von der Wirtschafts- und Sozialgeschichte als Fachhistoriker herkommt, empfiehlt doch zu meiner Überraschung ausschließlich Gottfried Salomon, obwohl dieser gegen gewisse Eigentümlichkeiten des Heidelberger Kreises sich unumwunden genug ausgesprochen hat. Brinkmann ist offenbar wie ich der Überzeugung, daß vor der Möglichkeit, einen bedeutenden Menschen zu bekommen, manche andere Erwägungen zurücktreten sollten.

Aus dem Schreiben von Alfred Weber sehe ich zu meiner Freude, daß Arthur Salz, nicht-planmäßiger außerordentlicher Professor in Heidelberg, geb. 1881, seine Lehrtätigkeit wieder voll aufgenommen hat. Er hat verschiedene historische Interessen, die Charakterisierung seiner Persönlichkeit durch Alfred Weber kann ich unterstreichen. Von jüngeren Gelehrten, die Geschichte und Soziologie verbinden, nenne ich ferner: Karl Mannheim, Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte in Heidelberg, der sich kürzlich durch einen bedeutenden Aufsatz zur Geschichte des konservativen Denkens bekanntmachte und der auch als Lehrer gerühmt wird, sowie Meusel, der an der Technischen Hochschule in Aachen kaum am richtigen Platze ist.

Im allgemeinen bin ich der Überzeugung, daß die Fakultät es sich schon nach 10–20 Jahren nicht zur Ehre rechnen würde, falls sie jetzt auf eine Fortsetzung der Soziologie verzichtete. Die Fakultät würde auch die Verantwortung für eine eventuelle Zerstörung des hiesigen soziologischen Apparats auf sich nehmen. Schließlich bitte ich die Herren Kollegen, sich eventuell aus den Akten zu überzeugen, daß die Soziologie von der Fakultät selbst gerufen worden ist, und daß auch bei der Übertragung der Professur Stein mein Hauptauftrag gemäß dem Antrag der Fakultät derjenige für Soziologie geblieben ist.

3 In der vorliegenden Akte nicht überliefert, da Walther Kopie seines Schreibens mit Begleitbrief vom 18.8.1927 (Bl. 328 der Akte) an das Kultusministerium sandte.

**214 c. Zweite Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen
für das Kultusministerium.**

Göttingen, 28. Juli 1928.

Ausfertigung, gez. Hilka als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 29, Bl. 410–413.

Carl Brinkmann hat den Ruf auf das Extraordinariat für Soziologie und Geschichte abgelehnt, da er seine nationalökonomische nicht mit einer historischen Professur tauschen wollte, und überhaupt sehen Soziologen sich bei der Nationalökonomie besser aufgehoben.

Mittlerweile arbeiten viele Historiker auch soziologisch. Vorgeschlagen werden erneut: Steinacker – Innsbruck und Schramm – Heidelberg, zudem Friedrich Baethgen und Walther Holtzmann – Berlin.

Vgl. Einleitung, S. 142.

Gutachten des Prof. Dr. Brandi und der Philosophischen Fakultät betr. Ersatzvorschläge für die Walthersche Professur.

Die Philosophische Fakultät bedauert, daß es nicht gelungen ist, Prof. Dr. Brinkmann in Heidelberg für ihre historische Professur zu gewinnen. Denn schon bei der Vorbereitung ihrer Vorschläge vom 17. Dezember 1927 vermochte sie nur in Prof. Brinkmann die Persönlichkeit zu finden, die in der Lage gewesen wäre, die seinerzeit von Prof. Walther erwartete Verbindung historischer Forschung mit vorwiegend soziologischer Betrachtungsweise zu vertreten und dementsprechend auch dem Wunsche des Herrn Ministers in dem Erlaß vom 7. Juni (U I Nr. 17967) zu genügen. Die Fakultät hat sich in dieser Richtung früher und jetzt ehrlich bemüht. Denn sie darf darauf hinweisen, daß sie selbst nach dem Tod des Prof. W. Stein den Antrag stellte, seine Professur an den damals mit einem Lehrauftrag für Soziologie versehenen früheren Privatdozenten der Geschichte, Dr. Andreas Walther, zu übertragen. Die damalige Lage forderte den Versuch, und die Göttinger Philosophische Fakultät war eine der wenigen, die aus eigenem Antrieb die Hand dazu bot, der Soziologie (im Sinne vergleichender Geistesgeschichte) die Wege zu ebnen. Der Versuch ist leider mißlungen; Prof. Walther hat weder Schule gemacht noch auch in den langen Jahren seiner Göttinger Lehrtätigkeit wissenschaftlich erhebliche Arbeiten hervorgebracht, wie das in dem Bericht der Fakultät vom 17. Dezember 1927 bereits dargelegt worden ist.

Schon dieses Ergebnis war lehrreich für die Einsicht in die inneren Bedingungen unserer Wissenschaftsentwicklung. In dieselbe Richtung weist die Motivierung der Ablehnung des Göttinger Rufes durch Prof. Brinkmann. Er ist hier sehr freundlich aufgenommen worden und manches zog ihn stark an, aber entscheidend wirkte schließlich die Tatsache, daß Prof. Brinkmann nicht eine nationalökonomische Professur mit einer historisch-soziologischen zu vertauschen geneigt war. Überblickt man den soziologischen Nachwuchs und vor allem

die großen soziologischen Leistungen der Vergangenheit, so hängt beides, soweit es nicht unmittelbar von der Philosophie ausgeht, nach Ausbildung und Aufgabenstellung aufs engste mit der deutschen National- oder Sozialökonomie zusammen. In Göttingen sind die nationalökonomischen Professuren durch Zusammenwirken des Herrn Ministers mit den damaligen Vertretern des Fachs aus der Philosophischen Fakultät in die Juristische überführt worden. Für den modernen Historiker ist die soziologische Betrachtung immanent; er übt sie auf Schritt und Tritt auf quellenkritischer Grundlage und nach der Gebundenheit des historischen Geschehens. Ihre systematische Erfassung ist aber kein historisches, sondern (abgesehen von der aus der Philosophie hervorgehenden Grundlegung) ein in der Nationalökonomie verwurzelttes Fach. Will man in Deutschland heute Soziologie fördern, so kann das, wie die Erfahrung lehrt, gedeihlich nur in diesem Rahmen geschehen. Auch äußerlich winken dem jungen Soziologen in nationalökonomischen Professuren offenbar ganz andere Aussichten auf Wirksamkeit, als in der vorwiegend gelehrten Umgebung der Philosophischen Fakultät. Daß eine Pflege der Soziologie in Deutschland erwünscht ist, glaubt auch die Philosophische Fakultät. Diese Pflege kann fruchtbar nur erfolgen, wo das Ineinandergreifen mit den nächstverwandten Disziplinen, vor allem den nationalökonomischen, die gerade für den Anfang unerläßliche Bewegungsfreiheit und die zu allen Zeiten unentbehrliche sachverständige Beurteilung des Nachwuchses gewährleistet.

Innerhalb der historischen Wissenschaften, denen die erledigte Professur angehört, fördert die gegenwärtige Wissenschaftslage gebieterisch eine andere Erwägung, die vorzutragen der Fakultät als ernste Pflicht erscheint.

Wir sind in Deutschland zur Zeit auf dem Punkte, an dem die Tradition unentbehrlicher Teile der historischen Wissenschaften im Aussterben liegt und damit nicht nur der Fortschritt unserer großen Unternehmungen, sondern geradezu unser internationales Ansehen auf das Ernstlichste gefährdet wird. Überblickt man die Entwicklung der historischen Produktion in den beiden letzten Menschenaltern, so hat sich die gewiß auch notwendige Neigung zur reinen Darstellung, insbesondere der neueren Geschichte, unter Abkehr von der Pflege der elementaren historisch-philologischen Grundlagen unserer Wissenschaft in einer nachgerade Besorgnis erregenden Einseitigkeit entwickelt. Die Tradition der Schulen von Jaffé, Wattenbach, Bresslau und Tangl in Berlin, von Arndt und Seeliger in Leipzig, von Ludwig Traube in München, von Wilhelm Meyer in Göttingen, von Scheffer-Boichorst, Victor Bayer und wieder Bresslau in Straßburg, von Kehr, Tangl und ihren Nachfolgern in Marburg, ist überall im Erlöschen. Weder in Berlin, noch erst recht in München und Leipzig oder in Marburg und Bonn gibt es zur Zeit eine starke Schule für mittellateinische Paläographie, Urkundenlehre und die anderen unentbehrlichen historischen Hilfswissenschaften. Dabei ist die Herausgabe der Schriftsteller zur deutschen Geschichte noch lange nicht beendet, diejenige der Urkunden steht überall noch in den Anfängen; von der Kaiserzeit liegt der Zeit nach ungefähr ein Drittel der Urkunden vor, dem Umfange des Materials nach ein um sehr vieles geringerer Teil. Die Handschriftenkunde für Philologen und Historiker, die im 19. Jahrhundert ganz und gar in deutschen Schulen begründet worden ist,

wird heute kaum noch in Deutschland, wohl aber sehr intensiv in Amerika im Kreise der Freunde des *Speculum* und von Lindsay und Baxter in St. Andrews in Schottland gepflegt, obwohl die Beherrschung dieser Wissenschaften in der internationalen Geltung noch immer als deutsches Guthaben erscheint, mit deutschen Methoden und vorwiegend im Namen deutscher Forscher vertreten wird. Diese Situation ist gerade im Verlauf des letzten Jahres bei Gelegenheit der internationalen Tagungen der Historiker aller Länder in Genf, Paris und Göttingen in steigendem Maße hervorgetreten. Man erwartet von Deutschland nicht nur ganz bestimmte Leistungen, sondern auf allen diesen Gebieten auch die methodische Führung; um so mehr, als die damals führende *Ecole des Chartes* zu Paris ihre vorbildliche Stellung eingebüßt hat und das Institut für österreichische Geschichtsforschung sich aus naheliegenden Gründen schon in dem Ausmaß des Nachwuchses Einschränkungen auferlegen muß. Wollen wir unter diesen Umständen die uns zustehende internationale Stellung nicht verlieren, so ist Gefahr im Verzuge.

Noch ist es möglich, überall die Anknüpfung zu schaffen. Noch wirken Paul Kehr und Brackmann in Berlin, aber ihre Tradition steht auf wenig Augen. Neben Berlin dürfte zur Zeit in Göttingen der günstigste Boden sein, um Vorhandenes zu retten und Verlorenes wiederzugewinnen. Unsere Kollegen Brandt und Hessel haben als Herausgeber des *Archivs für Urkundenforschung* (Bd. 1–10) eine gewisse zentrale Stellung, und wenn auch der eine stark durch Arbeiten zur neueren Geschichte, der andere zur Buch- und Bibliothekforschung in Anspruch genommen wird, so halten sie doch zusammen noch regelmäßige Kurse historischer Hilfswissenschaften, die wenigstens eine dünne Tradition darstellen. Außerdem hat nur die Universität Göttingen in dem sogenannten Diplomatischen Apparat ein Archiv von Originalurkunden und Handschriften zu Lehrzwecken neben kostbaren Faksimilewerken und einer reichen Sammlung von Einzelstücken. Im Zusammenwirken mit den beiden genannten älteren Kollegen könnte eine jüngere Kraft das Erspreißlichste leisten.

Aus allen diesen Gründen fühlt sich die Philosophische Fakultät in ihrer Mitverantwortung für die Entwicklung der historisch-philologischen Wissenschaften verpflichtet, den Herrn Minister zu bitten, für die Wiederbesetzung der erledigten historischen Professur, in der die Tradition von Gatterer, Schönemann, L. Adolf Cohn, Steindorff und Kehr lebt, Vorschläge machen zu dürfen, die der eben gekennzeichneten Wissenschaftslage Rechnung tragen. Schon bei ihrer ersten Liste waren ähnliche Erwägungen mitbestimmend. Die Fakultät kann deshalb zwei der damals genannten Persönlichkeiten, nämlich den ordentlichen Professor an der Universität Innsbruck, Dr. Harold Steinacker, und den Privatdozenten an der Universität Heidelberg, Dr. Percy E. Schramm, erneut in Vorschlag bringen. Das letzte große Werk von Steinacker über die antiken Grundlagen der frühmittelalterlichen Privaturkunde (Leipzig 1927) gewinnt in diesem Zusammenhang erhöhte Bedeutung; ebenso wären aus Steinackers vielseitigem Werk seine Aufsätze über das päpstliche Registerwesen, den Ursprung der *Traditio cartae* und das Westgotische Urkundenwesen (1914) sowie über den *Liber diurnus* und die Entstehung der karolingischen Minuskel (1924) besonders zu unterstreichen. Zu Percy E. Schramm wäre heute nachzutragen, daß sein reiches Wissen

und seine sehr selbständige Kritik in einem kürzlich von der Historischen Zeitschrift gedruckten Aufsatz über Illustrationen zur mittelalterlichen Kulturgeschichte (1928) erneut in der hervorragenden Weise zum Ausdruck kommen.

Neben Steinacker und Schramm haben auf dem Gebiete der historischen Hilfswissenschaften nur wenige jüngere Gelehrte erfolgreicher gearbeitet. Gute Anfänge zeigte vor Jahren Rudolf von Heckel, Privatdozent an der Universität München, aber er ist in den letzten Jahren nicht stärker hervorgetreten. Dagegen wird man heute immer, wenn vor der Erziehung unserer Studenten zu strenger Forschung die Rede ist, die beiden Persönlichkeiten nennen müssen, die in den letzten Jahren vor allem den Dienst am Preußischen Historischen Institut in Rom geleistet haben, Prof. Dr. Baethgen und Privatdozent Dr. Walter Holtzmann in Berlin. Beide haben sich mit Urkunden und Handschriften auf das intensivste beschäftigen müssen und durch ihre enge Fühlung mit der Vatikanischen Bibliothek und dem Vatikanischen Archiv reiche Erfahrungen sammeln können.

Herr Prof. Baethgen ist 1890 geboren, war in Heidelberg habilitiert und als Herausgeber bei den *Monumenta Germaniae Historica* beschäftigt, für die er 1924 die sehr gute Ausgabe des Johann von Winterthur vollendet hat. Die Beschäftigung mit dieser Arbeit hat auch seine wertvollen Franziskanischen Studien ausgelöst (*Historische Zeitschrift* 131, 1925), worin ein neues Kapitel mittelalterlicher Literaturgeschichte vor uns aufgetan wird. Aus seinen sonstigen Beiträgen zur Geschichte des XIII. Jahrhunderts heben wir hervor die kleine Ausgabe der *Rota Veneris* des Magister Buoncompagno und die Charakteristik dieses Werks in der deutschen Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte. Prof. Baethgen wurde von seinen Schülern in Heidelberg als hingebender Lehrer hoch geschätzt.

Pädagogische Neigungen und Erfolge zeichnen auch Walther Holtzmann aus, der, 1891 in Eberbach geb., 1911–1920 mit Unterbrechung durch den Krieg studierte, in Heidelberg Staatsprüfung und Doktorexamen ablegte, 1922–1926 Assistent am Historischen Institut in Rom war und sich dann für Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften in Berlin habilitierte. Wie Baethgen interessiert sich auch Holtzmann für die mittelalterliche Historiographie, der seine Habilitationsschrift und die Ausgabe der *Weltchronik* des Minoriten Paulinus von Venedig (1927) gewidmet sind. Die Hilfswissenschaften im engeren Sinne förderte Holtzmann durch seine Aufsätze über eine oberitalienische *Ars dictandi* (1925), über *Diploma Ludwigs II.* (*Neues Archiv* 46) und der *Staufer* (*Quellen und Forschungen* 18). Eine neue große Aufgabe hat Holtzmann in der Bearbeitung der englischen Papsturkunden für das große Unternehmen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen gefunden.

Von den genannten ist die reifste und vielseitigste wissenschaftliche Persönlichkeit H. Steinacker, die meistversprechende jüngere Kraft P. E. Schramm. Aber auch die nach ihnen genannten Persönlichkeiten würden von der Fakultät für geeignet erachtet werden, in der oben dargelegten Richtung die Tätigkeit der übrigen Vertreter der Geschichtswissenschaft in Göttingen fruchtbar zu ergänzen.

**214 d. Schreiben des Kultusministers Carl Heinrich Becker an den Universitätskurator
in Göttingen, Theodor Valentiner.**

Berlin, 26. November 1928.

Ausfertigung, gez. i. V. Lammers.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 29, Bl. 414.

*Nicht Historiker, sondern Soziologen sind vorzuschlagen, andernfalls erfolgt die Besetzung
der Stelle durch das Kultusministerium.*

Vgl. Einleitung, S. 142.

Auf den Sichtbericht vom 30. Juli dieses Jahres – 6493 –, betreffend Ersatzvorschläge für die
Walthersche Professur.

Wie bereits durch Erlaß vom 1. Juni 1928 – U I 17967/27.1 – mitgeteilt worden ist, habe ich
die Absicht, die bisher von dem Prof. Walther versehene Professur wieder mit einem Sozio-
logen zu besetzen. Ich erwarte nunmehr beschleunigte Einreichung der Ersatzvorschläge,
da ich mich sonst genötigt sehen würde, die Ernennung des Nachfolgers unmittelbar vor-
zunehmen.⁴

⁴ Dieses Schreiben sollte der Kurator der Fakultät gemäß telegraphischer Weisung des Ministeriums vom 1.12.
nicht zustellen, es war aber bereits bekannt. Im März 1929 erhielt der Historiker Schramm das Extraordinariat
Walthers (GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 30, Bl. 14 f.). Vgl. Neumann, Michael, *Über den
Versuch, ein Fach zu verhindern*, S. 460.

215 a. Gutachten von Prof. Friedrich Hertz für den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Halle, 16. Juni 1930.

Ausfertigung, gez. Friedrich Hertz.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 410–410v.

Prinzipiell günstiges Urteil über Theodor Geiger, jedoch wären zu einem eingehenderen Urteil noch dessen Schriften zu prüfen.

Vgl. Einleitung, S. 142.

Hochgeehrter Herr Ministerialdirektor,

in Beantwortung Ihrer Anfrage vom 12. Juni teile ich ergebenst mit, daß mir Prof. Dr. Theodor Geiger persönlich nicht bekannt ist. Auch Kollegen, die ich vorsichtig befragte, wußten nichts Belangreiches über ihn. Von seinen Schriften kenne ich einen kurzen Aufsatz gegen Dunkmann in den Kölner Vierteljahrsheften für Soziologie 1929 H. 2 und eine längere Arbeit im Archiv für Sozialwissenschaft 1927 „Die Gruppe und die Kategorien Gemeinschaft und Gesellschaft“. Dagegen kenne ich sein Buch „Die Masse und ihre Aktion“ 1926 nicht. Ich wollte es mir auf Ihren Brief hin verschaffen, doch ist es weder auf der Universitätsbibliothek, noch in der Seminarbibliothek vorhanden.

Die zwei mir bekannten Aufsätze zeigen Geiger als feinen analytischen Kopf und guten Kritiker. Er scheint der phänomenologischen Richtung (speziell Litt) nahezustehen. Sympathisch wirkt auch die Haltung, die er gegenüber Gegnern an den Tag legt. Literatur wird in den beiden Aufsätzen kaum zitiert, so daß ich mir von dem Umfang seiner Belesenheit keine Vorstellung machen kann. Auch läßt sich daraus nicht entnehmen, ob er sich außer mit Formalsoziologie auch mit Einzelproblemen historischer oder praktischer Art befaßt hat. Der Eindruck der beiden Aufsätze ist jedenfalls ein günstiger. Wenn Sie eine eingehendere Beurteilung wünschen, so bin ich hierzu gerne bereit und würde mir zu diesem Behufe die übrigen Schriften Geigers kommen lassen.¹

Ich verbleibe, hochgeschätzter Herr Ministerialdirektor, mit dem Ausdrücke besonderer Hochachtung Ihr ergebener

¹ *Randbemerkung von Ministerialrat Windelband: Habe die Absicht; die bisher von Prof. Biermann innegehabte Professur für Soziologie zu verwenden. Erneute Vorschläge und dabei über Prof. Geiger – Braunschweig äußern. Das Schreiben des Kultusministeriums an die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald vom 7.11.1930 (Bl. 428 der Akte) hat genau diesen Inhalt. Die nachfolgend behandelten Vorgänge finden keine Erwähnung in: Bachmann, Siegfried (Hrsg.), Theodor Geiger. Soziologe in einer Zeit „zwischen Pathos und Nüchternheit“. Beiträge zu Leben und Werk, Berlin 1995.*

**215 b. Gutachten von Prof. Alfred Vierkandt für den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.
Kohlhasenbrück, 19. Juni 1930.**

Ausfertigung, gez. Vierkandt.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 415–416.

Geiger gehört zu den wenigen Soziologen, die Gründlichkeit der Arbeit, Klarheit des Denkens, kritischen Sinn und produktive Fähigkeiten verbinden. Seine Persönlichkeit wird von Studenten geschätzt und er verdient, auf eine Berufungsliste gesetzt zu werden.

Vgl. Einleitung, S. 142.

Gutachten über Prof. Theodor Geiger, Braunschweig.

Theodor Geiger hat ursprünglich Jura studiert und seine wissenschaftliche Tätigkeit mit einer rechtssoziologischen Studie über uneheliche Mutterschaft begonnen. Er rückte dann in seiner Tätigkeit an der Berliner Volkshochschule vom Assistenten zum Leiter auf und folgte vor zwei Jahren einem Ruf an die Technische Hochschule (gleichzeitig Lehrerakademie) zu Braunschweig für einen neu gegründeten Lehrstuhl der Soziologie. Als die Berliner Volkshochschule nachträglich sich bemühte, ihn zurückzugewinnen, wurde in Braunschweig sein Extraordinariat in ein Ordinariat verwandelt und ihm zugleich ein Soziologisches Institut bewilligt.

Unter seinen wissenschaftlichen Erzeugnissen ist das bedeutendste das Buch „Die Masse und ihre Aktion“ (Stuttgart 1926). Das Buch bekämpft gewisse weitverbreitete dogmatisch-irrtümliche Anschauungen über das Wesen der Masse und ersetzt sie durch selbständige eigene Lehren: Es verbindet so selbständiges Denken, kritischen Geist und Produktivität. Weiter sind zwei kleine Bücher zu nennen: „Die Gestalten der Gesellung“ (Karlsruhe 1928), eine kurze Gesamtdarstellung der Gesellschaftslehre, und ferner „Führen und Folgen“ (Weltgeist-Bücher, Berlin). Beides sind populäre Darstellungen, zum Teil jedoch auf eigenen Gedanken aufgebaut; beide sind geschickt in der Darstellung und in allgemeinverständlicher geschrieben, ohne der Gründlichkeit etwas zu vergeben.

Aus dem Abhandlungen seien hier nur erwähnt ein Aufsatz „Zur Soziologie der Industriearbeit und des Betriebes“ in der Zeitschrift „Die Arbeit“ (Leipart), worin der Verfasser Fragen der heutigen Wirtschaftspolitik mit Hilfe soziologischer Erkenntnisse zu klären und zu lösen sich bemüht, und eine Studie, in der er in ähnlicher Weise sich auf dem Grenzgebiet der Erziehung und Soziologie bewegt, nämlich „Erziehung als Gegenstand der Soziologie“ in der Zeitschrift „Die Erziehung“. Beide Arbeiten zeugen von der Vielseitigkeit und Expansionsneigung des Verfassers.

Theodor Geiger gehört zu der geringen Anzahl von „Soziologen“, die erhaben sind über den Vorwurf sowohl des Dilettantismus wie der Anhäufung von Trivialitäten in ihren Veröffentlichungen. Er gehört zu den wenigen Soziologen, die Gründlichkeit der Arbeit, Klarheit

des Denkens, kritischen Sinn und produktive Fähigkeiten verbinden und in deren Arbeit der jeweilige Stoff (z. B. Tatsachen der Wirtschaft oder der Erziehung) wirklich soziologisch geformt, mit soziologischen Begriffen durchdrungen und gestaltet ist, und als ein mehr oder weniger unverarbeiteter Rohstoff erscheint. Er gehört zu den wenigen Soziologen, die für eine soziologische Professur auf die Liste gesetzt zu werden verdienen. – In diesem Zusammenhang sei besonders hingewiesen auf seine Neigung und Fähigkeit, Gegenwartsfragen soziologisch zu verarbeiten, und zwar nicht nur nach dem älteren Verfahren in einer „makrologischen“ Betrachtungsweise, sondern auch in der jüngeren „mikrologischen“ (soziographischen) (unter Anwendung von Statistik und Kartographie).

Einen besonderen Vorzug bildet seine Persönlichkeit, die im Gegensatz zu dem heute überwiegenden Typus des versachlichten und rationalisierten Menschen ihre volle Lebendigkeit, Unmittelbarkeit und Frische sich bewahrt hat. Seine Umgebung spürt sofort mit Dankbarkeit, wie er von dem vollen Eros sowohl zum Erkennen wie zu seinen Schülern beseelt ist. In der Berliner Volkshochschule hat er sich bis heute ein dankbares Andenken unter seiner früheren Schülerzahl bewahrt, und einer ähnlichen Beliebtheit soll er sich auch in Braunschweig erfreuen.

215 c. Gutachten von Prof. Leopold von Wiese für den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Köln, 20. Juni 1930.

Ausfertigung, gez. L. v. Wiese.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 414–414v.

Geigers Arbeiten befördern die Ausgestaltung der Soziologie als selbständige Disziplin. Er drängt nach praktischer Anwendung und verbindet Gesellschaftslehre mit Pädagogik.

Vgl. Einleitung, S. 143.

Hochzuverehrender Herr Ministerialdirektor,
auf die Anfrage vom 12. Juni gestatte ich mir, folgendes zu erwidern:
Herr Prof. Dr. Geiger scheint mir zu den deutschen Gelehrten zu gehören, die durch ihre literarischen Arbeiten und ihre akademische Tätigkeit die Ausgestaltung der Soziologie als einer selbständigen Einzelwissenschaft fördern. Anfangs, als Herr Geiger noch die Volkshochschule in Berlin leitete, zeigte sich hier und da bei ihm eine Befangenheit in praktisch-politischen Tendenzen der Nachkriegszeit. In wenigen Jahren hat aber Herr Geiger unwissenschaftliche Vorurteile abgestreift und, [wie] seine Lehren wie seine Veröffentlichungen von seinem Buche „Die Masse und ihre Aktion“ (1926) einschließlich anzuzeigen, zu einem Grade von Objektivität entwickelt, der Anerkennung verdient. Auch dort, wo man nicht seiner Auffassung zu folgen vermag, ist eine Auseinandersetzung mit ihm lehrreich und fruchtbar.

Er vermengt nicht die soziologische Problematik mit Zielsetzungen anderer Wissenschaften oder Denkweisen. Er hat über das Wesen der Masse und Gruppe gut begründete Theorien gegeben. Dabei drängt er auch nach praktischer Anwendung soziologischer Erkenntnis und ist besonders auch um Verbindung der Gesellschaftslehre mit der Pädagogik bemüht, für die er eine ausgesprochene Begabung besitzt. Stets ist er bestrebt, die Theorie nicht in bloßer Methodologie versanden zu lassen, und hat im gleichen Maß einen geschulten Blick für die Anforderungen des sozialen Lebens wie für die Notwendigkeit eines kritischen und Zusammenhänge überschauenden Denkens.

Indem ich mich Ihnen, Herr Ministerialdirektor, angelegentlichst empfehle, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr Ihnen sehr ergebener

215 d. Anschreiben und Gutachten von Prof. Alfred Meusel für den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Aachen, 23. Juni 1930.

Ausfertigung, gez. Meusel.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 419–421.

Geigers Arbeiten weisen einiges historisches Verständnis auf und sind lebensnah. Sie bereichern das deutsche soziologische Schrifttum.

Vgl. Einleitung, S. 143.

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor,

Bezugnehmend auf unsere Unterredung vom 19. dieses Monats gestatte ich mir, Ihnen anbei das erbetene Referat über Theodor Geiger sowie zwei Kritiken zu übersenden, die ich in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft veröffentlicht habe, und die mir für Geigers Arbeiten sowie für meine Einstellung zu diesen Arbeiten charakteristisch erscheinen. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung bin ich Ihr Ihnen sehr ergebener

1. Anlage
2. Anlage²
3. Anlage³

² *Liegt der Akte bei, Bl. 422v–423v: Meusel, Alfred, Rezension von Theodor Geiger, Die Masse und ihre Aktion, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 83 (1928), S. 176–178.*

³ *Liegt der Akte bei, Bl. 425v–427: Meusel, Alfred, Rezension von Theodor Geiger, Die Gestaltung der Gesellung, Karlsruhe 1928, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Sonderdruck).*

[1. Anlage]

Die soziologischen Arbeiten Theodor Geigers werden durch zwei Merkmale besonders ausgezeichnet: Dem Verfasser eignet in einem überdurchschnittlich hohem Maße der Sinn für das spezifisch „Soziale“, also durch die soziologische Erkenntnis Erfasßbare an den von ihm beschriebenen Erscheinungen, und er besitzt die Fähigkeit, die gedanklichen Konsequenzen aus den von ihm gewählten Prämissen zu ziehen. Geigers Verhältnis zur geschichtlichen Fundierung der soziologischen Forschung scheint bis jetzt nicht ganz geklärt zu sein. Wer – wie der Verfasser dieses Gutachtens – auf dem Standpunkt steht, daß die Soziologie der Historie, also der retrospektiven Betrachtung, nicht entraten darf, wenn sie sich nicht in eine Reihe von „Momentaufnahmen aus der sozialen Gegenwart“ (Brinkmann) auflösen soll, wird gern und dankbar anerkennen, daß die Geigerschen Arbeiten mehr historisches Verständnis und Bemühen um solches Verständnis verraten, als das bei einer ganzen Reihe von soziologischen Publikationen der Fall ist. Leider wird Geiger bis jetzt an der konsequenten historischen Durchdenkung der von ihm beobachteten Zusammenhänge durch den bei ihm sehr starken Einfluß des Vierkantschen Systems gehemmt, das wesentlich statisch, also unhistorisch ist, indem es von einem mit bestimmten „sozialen Trieben“ ausgestatteten Ur-Individuum seinen Ausgangspunkt nimmt.

Zu der Diktion der Geigerschen Arbeiten wäre zweierlei zu bemerken. Zunächst: Auch in der Sprache kommt der lebensnahe Charakter der Geigerschen Forschung zum Ausdruck und verhindert (erfreulicherweise), daß sich die Geigerschen Bücher und Schriften in eine nur für den Fachmann lesbare und lesenswerte Lektüre verwandeln. Dabei entgeht der Verfasser allerdings nicht ganz der Gefahr, im Ausdruck mitunter salopp zu werden und Wort-Neubildungen zu versuchen, die in der deutschen Sprache zumindest ungewöhnlich sind. Wenn der Referent glaubt, auf alle solche Versuche Verzicht leisten zu müssen, so geschieht das nur aus der Erwägung heraus, daß diese Versuche in den meisten Fällen sprachlich unschön und wissenschaftlich entbehrlich sind.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß die Geigerschen Arbeiten als eine Bereicherung des deutschen soziologischen Schrifttums bezeichnet werden müssen.

215 e. Gutachten von Prof. Karl Mannheim für den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Frankfurt/M., 10. Juli 1930.

Ausfertigung, gez. Mannheim.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 417–418v.

Geiger ist ein solider Soziologe, der erfahrungsgestützt zu politischen Themen arbeitet. Als Kehrseite seiner betonten Empirie ist ihm bisher noch kein großer Wurf gelungen.

Vgl. Einleitung, S. 143.

Sehr verehrter Herr Ministerialdirektor!

Beiliegend erlaube ich mir, Ihnen das verlangte Gutachten über Prof. Geiger zuzuschicken. Wenn es etwas länger gedauert hat, als ich beabsichtigte, so lag es auch daran, daß ich die Bibliographie derjenigen Werke, die ich von Geiger noch nicht gekannt habe, bestellen mußte, und das in Frankfurt noch nicht in der üblichen Weise prompt zustande kommt. Ich hoffe, daß sich das Gutachten auf die wesentlichen Punkte bezieht, die auch im Zentrum Ihres Interesses stehen.

Ich stehe Ihnen auch sonst gern zur Verfügung und bin in aufrichtiger Hochachtung Ihr sehr ergebener

Gutachten.

Prof. Dr. Theodor Geiger gehört zu jener Gruppe von Soziologen in unserem jüngeren Nachwuchs, die mit Geschick die formal-soziologische Haltung mit konkret-empirischer Fülle zu verbinden versteht. Sein Arbeiten und Denken wird stets durch konkrete Probleme seiner Umwelt oder des jeweils gestellten Aufgabenkreises angeregt, und es gelingt ihm zugleich, über das Anschauliche hinaus zu einer bestimmten theoretischen Vertiefung zu gelangen. Zentral beschäftigen ihn die politischen Probleme (sein repräsentatives Buch „Die Masse und ihre Aktion“), dann Probleme der Familie (so die Arbeiten „Das uneheliche Kind und seine Mutter“, „Zur Soziologie der Ehe und des Eros“) und in der letzten Periode „Die soziologischen Probleme der Pädagogik“. Diese Begabung, aus den konkreten Erfahrungsgebieten, die ihm das Schicksal und die Berufsaufgaben entgegenbringen, Wissenschaft zu machen, befähigen ihn zum Beruf des Soziologen, der zumindest soviel aus der Lebenserfahrung wie aus Büchern zu schöpfen hat. Eine bestimmte Solidität charakterisiert auch seine Arbeitsweise. Niemals zu hoch gesteckte Ziele, andererseits auch nie eine über das Kontrollierbare hinausgehende Tiefe. Eher schwerfällig im Bau und in den Gedanken, als brillierend in der Darstellung. Er ist in seiner Gesinnung Sozialist, verhehlt diese Einstellung keineswegs und ermöglicht dadurch dem Leser und dem Hörer die Kontrolle der Feststellungen, indem er selbst auf den Standort aufmerksam macht. Er wird niemals propagandistisch, ist höchst zurückhaltend in der

Beurteilung der Dinge und hat ein solides langsames Arbeiten in einem immer mehr sich weitendem Erfahrungsraum.

Was Geiger fehlt, ist sozusagen die Kehrseite dieser Tugenden: der große Wurf, die Fähigkeit, mit Sicherheit große Zusammenhänge zusammenzufassen, eine bestimmte Tiefenproblematik, die nicht auf Grund eines nebligen Schwärmens zustande kommt, sondern durch die Gabe, auch dort noch weiterdenken zu können, wo andere aufhören würden. Dieser Mangel an größerem Format wird aber, wie erwähnt, ersetzt durch eine fortschreitende Ausweitung seines Forschungsplanes und durch die etwas schwerfällige, aber immer zuverlässige Beobachtungsgabe. Ganz besonders erfreulich sind die letzten erziehungswissenschaftlichen Versuche, die im Zusammenhang mit seinem neuen Arbeitsgebiet in Braunschweig angekommen sind, und die wir im Interesse der produktiven Weitergestaltung der Pädagogik als sehr begrüßenswert betrachten müssen.

Ich hielte Geiger für jede Position, in der er in einem vorgegebenen Aufgabenkreis Positives zu leisten hätte, für ausgezeichnet. Die Grenzen seiner Befähigung würden dort nur dann zur Geltung kommen, wenn der Aufgabenkreis von ihm Repräsentatives oder radikal neue Anregungen erfordern würde. Diese Art Leistung könnte er höchstens im längeren Wachstum produzieren.⁴

⁴ Mit Schreiben vom 27.12.1930 (Bl. 471 f. der Akte) bat die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Greifswald um Berufung eines Nationalökonomen, keines Soziologen wie Geiger, weil Vorlesungs- und Prüfungsbedarf für Juristen nur durch einen solchen zu erfüllen seien und Soziologie bloß Nebenfach sei, das mit einzelnen Veranstaltungen bzw. Lehraufträgen abzudecken ausreiche. Das Ministerium forderte am 27.2.1931 (Bl. 473) daher eine neue Liste und Äußerung zu Prof. Friedrich Hoffmann (Münster) an, der dann nach Greifswald berufen wurde.

**216 a. Schreiben der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität
Halle an das Kultusministerium.**

Halle, 4. Juni 1929.

*Ausfertigung, gez. Bilfinger als Dekan und 13 weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10, Bl. 48–51v.*

Keine Umwandlung des im Lehrbetrieb nötigen Ordinariats für Finanzwissenschaft in ein solches für Soziologie, da Halle sonst nicht mehr mit Leipzig und Jena konkurrieren kann. Es gibt bereits soziologische Lehrveranstaltungen; ein zusätzliches Ordinariat würde aber begrüßt.

Vgl. Einleitung, S. 143.

Herr Minister!

Der im Schreiben vom 27. März 1929 enthaltenen Aufforderung,¹ zu dem Plane einer Umstellung der durch das Ausscheiden des Prof. Waentig erledigten Professur auf das Gebiet der Soziologie Stellung zu nehmen, gestattet sich die Fakultät hiermit nachzukommen:

1. In allen bisherigen Stadien der Verhandlung über die Besetzung der erledigten Professur ist das von der Fakultät unausgesetzt betonte Bedürfnis nach Vertretung der Finanzwissenschaft durch einen ordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften seitens des Ministeriums voll anerkannt worden. Die Fakultät ist deshalb überrascht, dem Schreiben vom 27. März entnehmen zu müssen, daß nach Meinung des Ministeriums die Vertretung der Finanzwissenschaft an der Universität Halle und damit im juristischen wie im nationalökonomischen Lehrplan jetzt hinreichend gewährleistet sei. Die Fakultät vermag das nicht anzuerkennen. Sie ist vielmehr noch immer der Ansicht, daß ein wichtiges Prüfungsfach nur dann ausreichend vertreten ist, wenn ein Ordinarius den besonderen Lehrauftrag dafür hat. Dies aber ist jetzt nicht der Fall. Die beiden ordentlichen Professoren der wirtschaftlichen Staatswissenschaften Aubin und Jahn sind ausdrücklich von der Vertretung der Finanzwissenschaft befreit; der ordentliche Prof. Grünfeld hat eine Professur, die auf das Genossenschaftswesen beschränkt ist; die Dozenten aber, die zur Zeit finanzwissenschaftliche Vorlesungen halten, haben weder einen Lehrstuhl noch einen Lehrauftrag, können nach dem geltenden Prüfungsbestimmungen weder zum Rigorosum, noch zur volkswirtschaftlichen Diplomprüfung, noch zur ersten juristischen Prüfung als Prüfer zugezogen werden und bieten somit keineswegs die Gewähr für eine geordnete Vertretung

¹ Bl. 32 der Akte. Darin hieß es, da Finanzwissenschaft hinreichend vertreten sei, erscheint es zweckmäßig, die durch das Ausscheiden des Prof. Waentig erledigte Professur auf das Gebiet der Soziologie umzustellen. Auch der Preußische Landtag hat den Wunsch auf stärkere Berücksichtigung der Soziologie wiederholt ausgesprochen.

des Faches. Zudem würde die Berufung eines dieser Dozenten nach auswärts die Frage nach einer hinreichenden Zahl finanzwissenschaftlicher Vorlesungen und Übungen sofort wieder akut werden lassen und den unbefriedigenden Zustand der letzten drei Semester zu einem dauernden machen. Die Fakultät bittet deshalb auf das dringendste, erneut darüber in Erwägungen einzutreten, wie das bestehende Bedürfnis befriedigt werden kann, und weist auf ihre wiederholt eingereichten Vorschläge hin.

2. Die Frage nach der Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit einer Professur für Soziologie kann die Fakultät nicht eindeutig beantworten. Unterscheidet man mit der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ als der maßgebenden Fachorganisation zwischen allgemeiner Soziologie und besonderer Soziologie (Soziologie der Kulturwertgebiete), so ergibt sich für die Universität Halle eine verschiedene Antwort, je nachdem es sich um die Vertretung der allgemeinen oder um die der besonderen Soziologie handelt.

a.) Daß die Errichtung einer Professur für allgemeine Soziologie an der Universität Halle erwünscht wäre, wird von der Fakultät durchaus bejaht. Die Vermehrung des Lehrkörpers um einen Soziologen würde ohne Zweifel einen Gewinn nicht nur für die Ausbildung der Volkswirte, sondern auch für die der Juristen bedeuten. Doch es ist zweifelhaft, ob eine Wissenschaft von so universaler Bedeutung wie allgemeine Soziologie ihren Standort in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät und nicht vielmehr in der Philosophischen Fakultät erhalten sollte. Indessen tritt diese Frage weit zurück hinter die Erwägung, daß eine Umwandlung der zu besetzenden Professur des ausgeschiedenen Prof. Waentig in eine solche für Soziologie nichts anderes bedeuten würde als die Opferung eines der drei Lehrstühle für wirtschaftliche Staatswissenschaften. Einem solchen Plane kann die Fakultät unmöglich zustimmen. Anerkanntermaßen sind fünf Lehrstühle (3 für Nationalökonomie, 1 für Statistik, 1 für Betriebswirtschaftslehre) das Minimum dessen, was für eine geordnete Ausbildung der Volkswirte unbedingt erforderlich ist. Die Fakultät hat leider nur drei Lehrstühle für wirtschaftliche Staatswissenschaften. Fällt auch noch eine dieser wenigen Lehrstühle durch Umwandlung in einen solchen für Soziologie weg, so würde das eine neue schwere Benachteiligung der Universität Halle gegenüber ihren Nachbaruniversitäten Leipzig und Jena sein, die nicht nur drei ordentliche Professuren für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, sondern darüber hinaus beide je eine Professur für Statistik und Betriebswirtschaftslehre besitzen. Es ist unmöglich, daß unter solchen Umständen die preußische Universität Halle gegenüber der Sächsischen Landesuniversität Leipzig und der Thüringischen Landesuniversität Jena für die Ausbildung von Volkswirten überhaupt noch konkurrenzfähig bleiben könnte.

b.) Anders liegt die Frage für die Vertretung der besonderen Soziologie. Auf diesem Gebiete wird von der Fakultät sehr viel mehr getan, als an den meisten anderen preußischen Universitäten. Es scheint übersehen worden zu sein, daß der ordentliche Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften Jahn seit seiner Berufung an die Universität Halle, also seit 5 Jahren, mit ausdrücklicher Zustimmung des Ministeriums die Wirtschaftssoziologie neben seinen übrigen Lehrgebieten ausdrücklich vertritt und ihr in seinen Vorlesungen „Wirtschaftssoziologie“ (allgemeine Soziologie und Wirtschaftssoziologie), „Gesellschafts-

statistik“ (Soziographie) und „Geschichte der Sozialwissenschaften“ (als Zweig der Soziologie des Wissens) sowie in seinem „Sozialwissenschaftlichen Seminar“ einen breiten Raum gewährt. Dazu kommt, daß der emeritierte ordentliche Professor der Rechtswissenschaften Finger seit vielen Jahren regelmäßig „Soziologie“ liest, und daß auch die Vorlesungen über „Allgemeine Staatslehre“ (Politik), die die ordentlichen Professoren des öffentlichen Rechtes Fleischmann und Bilfinger und der außerordentliche Professor der Staatwissenschaften Brodnitz halten, der Soziologie nahe genug stehen, um sie als „politische Soziologie“ der besonderen Soziologie zurechnen zu dürfen. Soweit die besondere Soziologie in Betracht kommt, bedarf es also höchstens der Verleihung besonderer Lehraufträge an die Fachvertreter, um ihre Pflege im Rahmen der Fakultätsdisziplinen dauernd sicher zu stellen.

3. Die Stellungnahme der Fakultät zu dem Plane der Umstellung der erledigten Professur der wirtschaftlichen Staatswissenschaften auf Soziologie ist somit die folgende:

- a.) Das Bedürfnis nach gesicherter Vertretung der Finanzwissenschaft besteht nach wie vor und kann nur durch die Berufung eines ordentlichen Professors der wirtschaftlichen Staatswissenschaften mit besonderem Lehrauftrag für Finanzwissenschaft befriedigt werden;
- b.) die Errichtung einer ordentlichen Professur für allgemeine Soziologie erscheint erwünscht; es würde aber zu einem unhaltbaren Zustande führen, wenn sie auf Kosten der Nationalökonomie erfolgt;
- c.) die Pflege der zu den Fakultätsdisziplinen gehörenden Zweige der besonderen Soziologie kann durch Verleihung besonderer Lehraufträge an die in Betracht kommenden Fachvertreter hinreichend gewährleistet werden.

4. Der Plan zur Umstellung der erledigten Professur der wirtschaftlichen Staatswissenschaften auf Soziologie geht offenbar auf die Anregung zurück, die Anfang März dieses Jahres im Haushaltausschuß des Landtages gegeben worden ist. Seither hat jedoch der Landtag selbst zu der Frage Stellung genommen und durch seinen Beschluß vom 26. April das Staatsministerium ausdrücklich ersucht:

- 1.) an allen preußischen Universitäten ordentliche Lehrstühle für allgemeine Soziologie zu errichten,
- 2.) Lehraufträge für besondere Soziologie den sozialen Einzelwissenschaften zu erteilen.

Es dürfte nach diesem Beschluß möglich sein, auch an der Universität Halle eine Professur für allgemeine Soziologie zu errichten, ohne einen Lehrstuhl der wirtschaftlichen Staatswissenschaften dafür in Anspruch zu nehmen. Die Fakultät wäre jedenfalls dankbar für eine Aufklärung darüber, ob diese Auffassung zutreffend ist oder nicht, und erlaubt sich bis zum Eingang einer entsprechenden Mitteilung die Einreichung neuer Personalvorschläge zurückzustellen.²

² *Eine handschriftliche Notiz des Kurators Pallat auf Bl. 48 lautet:* Dem Dekan der Fakultät habe ich dem mir heute telegraphisch übermittelten Auftrag gemäß mündlich mitgeteilt, daß der Herr Minister die erforderlichen Personalvorschläge für Soziologie bis spätestens zum 25. dieses Monats erwartet.

216 b. Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für das Kultusministerium.

Halle, 26. Juni 1929.

*Ausfertigung, gez. Bilfinger als Dekan und 13 weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10, Bl. 54–56v.*

Bedauern über das Beharren des Ministeriums auf der Umwandlung des Ordinariats für Finanzwissenschaft in eines für Soziologie. Vorgeschlagen werden deshalb Männer, die auch Nationalökonomien oder Wirtschaftshistoriker sind: Carl Brinkmann – Heidelberg, Friedrich Hertz – Wien und Alfred Meusel – Aachen.

Vgl. Einleitung, S. 144.

Die Fakultät hat der Mitteilung, die ihr am 17. Juni durch den Herrn Kurator zugegangen ist, entnehmen müssen, daß das Ministerium nicht gewillt ist, den in ihrem Bericht vom 4. Juni dieses Jahres vorgetragenen ersten Bedenken gegen die Umwandlung der ehemals Waentigschen Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften in eine solche für Soziologie Rechnung zu tragen. Sie betont demgegenüber erneut, daß sie durch die beschlossene Umwandlung in ihrem nationalökonomischen Lehrbetrieb entschieden beeinträchtigt werden muß und gegenüber den ohnehin besser ausgestatteten Nachbaruniversitäten Leipzig und Jena in erhöhten Nachteil gerät. Sie legt Verwahrung ein gegen die Nichtberücksichtigung wesentlicher Bedürfnisse und Interessen, die nicht nur solche der Fakultät sind, sondern zugleich die Stellung der ganzen Universität Halle-Wittenberg berühren. Wenn sie sich trotzdem entschlossen hat, der wiederholten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nachzukommen, so geschieht das in der bestimmten Erwartung, daß ihre wohl erwogenen Vorschläge nicht zum vierten Male unberücksichtigt gelassen werden, sondern einer der in diesem Bericht genannten Soziologen auf den erledigten Lehrstuhl berufen wird.

Um den Nachteil, der der Fakultät aus der Umwandlung eines ihrer drei nationalökonomischen Lehrstühle in einen solchen für Soziologie erwächst, nach Möglichkeit abzumildern, hat sie für ihren Vorschlag nur solche Soziologen in Erwägung gezogen, die von Haus aus Nationalökonomien oder Wirtschaftshistoriker sind und deshalb auch in Halle ihr ursprüngliches Fach neben der Soziologie weiter dozieren können. Es mußten deshalb alle diejenigen Soziologen unberücksichtigt bleiben, die von der Philosophie, der Psychologie, der Ethnologie, der Rechtswissenschaft oder einem anderen Fach herkommen, mit der Nationalökonomie sich entweder überhaupt nicht beschäftigt haben oder sich nur ganz lose mit ihr berühren und aus diesem Grunde am wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbetrieb in keiner Weise teilnehmen können.

Unter Anwendung dieses Gesichtspunktes schlägt die Fakultät an erster und durchaus bevorzugter Stelle den ordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg, Dr. phil. Karl Brinkmann vor. Brinkmann, der jetzt im 45. Le-

bensjahre steht (geb. 19.3.1885 in Tilsit), sich 1913 in Freiburg habilitiert hat, 1919 nach Berlin ging, dort 1921 zum außerordentlichen Professor befördert wurde und seit 1923 in Heidelberg lehrt, ist von der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zur Soziologie vorgedrungen. Er hat seine soziologische Grundauffassung in der viel beachteten und viel erörterten Schrift „Versuch einer Gesellschaftswissenschaft“ 1918 und dann wieder in seinem knappen Abriss „Gesellschaftslehre“ (in der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften) 1925 dargelegt und seine Lehre bereits in einer stattlichen Reihe höchst anregender historisch-soziologischer Untersuchungen zur Anwendung gebracht (England, 1921; Englische Geschichte 1815 bis 1914, 1924; Die bewegenden Kräfte der deutschen Volksgeschichte, 1923; Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, 1924; Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1927). Seine große Schaffenskraft und seine umfassenden Kenntnisse lassen ihn besonders geeignet erscheinen, Soziologie und Nationalökonomie gleichzeitig zu vertreten. Die Fakultät würde daher in seiner Berufung nach Halle und damit nach Preußen einen sehr erheblichen Gewinn sehen, der den Verlust des Lehrstuhles an die Soziologie zwar nicht voll ausgleichen, aber doch wesentlich verringern würde.

An zweiter Stelle nennt die Fakultät den österreichischen Soziologen Dr. jur. Friedrich Hertz. Hertz, der am 26.3.1878 in Wien geboren wurde, ist von Haus aus Nationalökonom und Jurist, war lange Zeit an leitender Stelle in Industrieverbänden tätig und ist seit einer Reihe von Jahren Hofrat im österreichischen Bundeskanzleramt in Wien. Seine Hauptleistung auf soziologischem Gebiete ist das bekannte Buch „Rasse und Kultur“ (zuerst 1904, 3. Aufl. 1925, englische Ausgabe 1927), das das heikle und viel mißhandelte Problem mit großer Objektivität und überlegenem Verstande angefaßt hat. Dazu kommt neuerdings eine Reihe von Abhandlungen, die verschiedene soziologische Fragen in sehr beachtenswerter Weise erörtern, wie z. B. Die allgemeinen Theorien vom Nationalcharakter (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik), 1926; Das Problem des Nationalcharakters bei E. M. Arndt (Forschungen zur Völkerpsychologie und Soziologie), 1927; Wesen und Werden der Nation (Beiheft zum Jahrbuch für Soziologie), 1927; Rasse und Geschichte (Weltgeschichte I), 1928; Die Wanderungen (Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, 8. Jg., H. 1), 1928. Auch als Nationalökonom hat er sich literarisch betätigt (Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus, 1898; Diskont- und Devisenpolitik der österreichisch-ungarischen Bank, 1903; Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie, 6. Aufl. 1918; Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs, 1925) und sich als hervorragender Kenner des Wirtschaftslebens erwiesen, so daß auch er sich als Dozent nicht auf Soziologie zu beschränken brauchte. Allerdings hat er bisher ein Lehramt noch nicht bekleidet. Aber die Fakultät glaubt, daß Hertz, der einen klaren Vortrag hat und ein gewandter Debattenredner ist, trotz seiner 51 Jahre noch ein guter Universitätsdozent werden dürfte, falls ihm ein Lehramt anvertraut wird. Sie würde deshalb auch seine Berufung begrüßen und in ihm eine erwünschte Bereicherung des Lehrkörpers erblicken.

In erheblichem Abstand von den beiden bisher genannten namhaften Soziologen schlägt die Fakultät endlich und dritter Stelle den außerordentlichen Professor der Sozialökonomik

und Soziologie der Technischen Hochschule Aachen, Dr. rer. pol. Alfred Meusel vor. Geboren am 19.05.1896, hat Meusel u. a. bei Ferdinand Tönnies in Kiel studiert, wurde 1923 Privatdozent in Aachen, rückte dort 1926 zum außerordentlichen Professor auf und verwaltet seit einiger Zeit das nicht besetzte zweite Ordinariat der Wirtschaftswissenschaften an der dortigen Hochschule. Da Meusel noch recht jung ist, so ist seine bisherige literarische Arbeit begreiflicher Weise von geringem Umfange. Aber die selbständigen Schriften, die er bisher veröffentlicht hat (Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx, 1924; List und Marx, 1928) und namentlich einige soziologische Abhandlungen aus seiner Feder (Die Abtrünnigen, Kölner Vierteljahrshäfte für Soziologie, 3. Jg., H. 2–3; Der Radikalismus, ebd., 4. Jg., H. 1–2; Vom Sinn der sozialen Bewegungen, ebd., 5. Jg., H. 1–2; Das Kompromiß, Jahrbuch für Soziologie, Bd. 2) zeigen, daß von ihm bei günstiger Weiterentwicklung Beachtenswertes für die Soziologie zu erwarten ist. Da er überdies auch ein guter Dozent ist, so empfiehlt die Fakultät seine Berufung für den Fall, daß weder Brinkmann noch Hertz für die Universität Halle zu gewinnen sein sollten.³

³ Mit Vereinbarung vom 18.9.1929 (Bl. 61 der Akte) wurde Friedrich Hertz für Halle verpflichtet.

6. Pädagogik/Psychologie

217. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an Finanzminister Hermann Lüdemann.

Berlin, 25. September 1920.

Reinschrift, gez. i. A. Naumann; Abschrift.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 267–268.

Anmeldung von neuen Ordinariaten für Pädagogik an den Universitäten Kiel, Münster und Marburg, die für die anstehende hochschulpolitische Reform und die Lehrerbildung wichtig sind.

Vgl. Einleitung, S. 145.

Anmeldung für den Staatshaushalt 1921.

Dauernde Ausgaben.

Universität Kiel, Münster, Marburg.

- a) Mehr bei Kap. 119 Titel 6
Ordinariat für Pädagogik in Kiel
12.750 + 3.200
Durchschnittsbesoldung + Ortszuschlag = 15.950 M
- b) Mehr bei Kap. 119 Tit. 10
Ordinariat für Pädagogik zu Marburg
Durchschnittsbesoldung + Ortszulage
12.750 + 2.600 = 15.350 M
- c) Mehr bei Kap. 119 Titel 8
Ordinariat für Pädagogik zu Marburg
Durchschnittsbesoldung + Ortszulage
12.750 + 2.600 = 15.350 M

Die großen pädagogischen Aufgaben, die den Universitäten angesichts der völligen Umgestaltung des Schulwesens in den kommenden Jahren zufallen, haben mich veranlaßt, an die Finanzverwaltung mit dem Antrage der Schaffung Pädagogischer Institute heranzutreten (U III 1994). Wenn diese Institute in erster Linie zukünftig den an die Universität herandrängenden Volksschullehrern dienen sollen, so besteht doch mehr denn je die Notwendigkeit, die Studien der Pädagogik auch für die Anwärter des höheren Schuldienstes zu vertiefen und zu erweitern. Die großen Fragen der hochschulpädagogischen Universitätsreform, die in meinem Ministerium in kommenden Jahre eingehender Prüfung unterliegen und

auch den Landtag beschäftigen werden, lassen es geraten erscheinen, im Einklang mit der Neuschaffung der Pädagogischen Institute gleichzeitig die schon lange geplante und auch in der Öffentlichkeit vielfach besprochene Einrichtung pädagogischer Lehrstühle in Angriff zu nehmen. Es dürfte nicht notwendig sein, sogleich solche Lehrstühle an jeder Universität zu schaffen, aber die großen Fortschritte, die die Pädagogik in den letzten Jahrzehnten in allen ihrem Zweiggebieten gemacht hat, und durch die Deutschland sich im Auslande einen besonderen Namen zu machen wußte, bedürfen nunmehr einer planmäßigeren wissenschaftlichen Pflege an den Universitäten. Für die Universitäten Kiel und Münster beantrage ich daher, gleichzeitig mit der Einrichtung der Institute Ordinariate für Pädagogik zu schaffen, durch die eine gediegene Vorbildung sowohl der Volksschullehrer wie der Anwärter für den höheren Schuldienst in didaktischer und experimentell-pädagogischer Hinsicht gewährleistet werden kann. Für den Antrag bezüglich der Universität Marburg ist entscheidend gewesen, daß die dortigen allgemeinen Bedingungen so günstig sind, daß auch ohne ein großes Pädagogisches Institut der Lehrbetrieb der Pädagogik besondere Bedeutung gewinnen dürfte.

Ich behalte mir weitere Ausführungen, namentlich hinsichtlich der Universität Marburg für die kommissarischen Beratungen vor.¹

¹ *Laut finanzministeriellem Randvermerk zur Ausfertigung dieses Schriftstücks in: GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6537, n. f., wurde während der Etatverhandlungen der Antrag abgeändert auf ein Ordinariat in Göttingen und nur dieses bewilligt. Mit Schreiben vom 26.7.1921 (ebd.) beantragte das Kultusministerium für den Etat 1922 daher erneut vier Ordinariate (Kiel, Marburg, Münster, Königsberg), da bisher nur Lehraufträge beständen, und erläuterte zu Königsberg, auch diese Kulturstätte des Ostens benötige die Stelle.*

218 a. Schreiben des Kultusministers Otto Boelitz an Finanzminister

Ernst von Richter.

Berlin, 25. August 1922.

Ausfertigung, gez. i. A. Richter.

GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6538, n. f.

Erneute Anmeldung von neuen Ordinariaten für Pädagogik an den Universitäten Münster, Breslau und Kiel, die für die anstehende hochschulpolitische Reform und die Lehrerbildung wichtig sind.

Vgl. Einleitung, S. 146.

Anmeldung für den Staatshaushalt 1923.

Dauernde Ausgaben.¹

I. Mehr bei Kap. 111 Tit. 6

für die Universität zu Kiel zur Errichtung eines Ordinariats in der Philosophischen Fakultät (für Pädagogik):

An Durchschnittsgrundgehalt	52.000 M
" Ortszuschlag	8.000 M
" Frauenbeihilfe	2.000 M
" Kinderbeihilfe	6.000 M
" Ausgleichszuschlag	111.100 M
" Wirtschaftsbeihilfe	<u>1.000 M</u>
zusammen	180.100 M

II. Mehr bei Kap. 111 Tit. 4

für die Universität zu Breslau zur Errichtung eines Ordinariats in der Philosophischen Fakultät (für Pädagogik):

An Durchschnittsgrundgehalt	52.000 M
" Ortszuschlag	8.000 M
" Frauenbeihilfe	2.000 M
" Kinderbeihilfe	6.000 M
" Ausgleichszuschlag	111.100 M
" Wirtschaftsbeihilfe	<u>1.000 M</u>
zusammen	180.100 M

¹ Auf dem Antrag lautet der üblicherweise verwandte Stempel des Finanzministeriums: 1. Bei den Etatberatungen abgelehnt. 2. Zu den Akten. Berlin, den 7. Oktober 1922.

III. Mehr bei Kap. 111 Tit. 8

für die Universität zu Münster zur Errichtung eines Ordinariats in der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät (für Pädagogik):

An Durchschnittsgrundgehalt	5.2000 M
" Ortszuschlag	8.000 M
" Frauenbeihilfe	2.000 M
" Kinderbeihilfe	6.000 M
" Ausgleichszuschlag	111.100 M
" Wirtschaftsbeihilfe	<u>2.750 M</u>
zusammen	181.850 M

Indem ich auf meine über die Errichtung von pädagogischen Lehrstühlen im vergangenen Jahr gemachten Ausführungen beziehe, bitte ich, nunmehr die Errichtung von Ordinariaten für Pädagogik an den Universitäten Münster, Kiel und Breslau in Aussicht nehmen zu wollen. Wenn ich dabei die Universität Münster voranstelle, so sind dabei kulturpolitische Gesichtspunkte maßgebend. Auch für die Provinzen Schleswig-Holstein und Schlesien wäre im Hinblick auf die noch ausstehende hochschulpädagogische Reform der Philosophischen Fakultäten und die Lehrerbildung die Errichtung dieser Lehrstühle besonders wünschenswert.

Dabei darf ich mir erlauben, auch noch einmal besonders auf den Antrag 31 des Preussischen Landtages hinzuweisen, der in seiner Sitzung vom 10. März 1922 das Staatsministerium ersucht hat, an allen Hochschulen Lehrstühle für Erziehungswissenschaft zu errichten, soweit solche noch nicht vorhanden sind.²

² *StenBerLT*, 10.3.1922, Sp. 8008 (Annahme des Antrags auf Drucks. Nr. 2050, dort Nr. 31 und 32).

**218 b. Schreiben des Kultusministers Otto Boelitz an Finanzminister Ernst von Richter.
Berlin, 5. Oktober 1922.**

Ausfertigung, gez. Boelitz

GStA PK, I. HA Rep. 151, I C Nr. 6538, n. f.

*Wiederholte Begründung der Notwendigkeit neuer Ordinariate für Pädagogik; der
Finanzminister möge mindestens eine neue Professur gewähren, zumal auch der Landtag
dafür ist.*

Vgl. Einleitung, S. 146.

Mit lebhaftem Bedauern habe ich den in unserem Auftrage für den Etat 1923 geführten kommissarischen Beratungen entnehmen müssen, daß Euer Exzellenz gewisse Bedenken tragen, die seit mehreren Jahren in Aussicht genommene Förderung des pädagogischen Unterrichts an den Universitäten im kommenden Jahre durch Bewilligung neuer Professuren zu verstärken. Wenn ich für das Etatsjahr 1923 die Einrichtung von pädagogischen Ordinariaten an den Universitäten Kiel, Münster und Breslau in Aussicht nehmen wollte, so bin ich dabei davon ausgegangen, daß die Vertiefung der Pädagogik in Lehre und Forschung eine gebotene Notwendigkeit für die Gesamtausbildung der Oberlehrer ist. In einem an Euer Exzellenz gerichteten Schreiben über die geisteswissenschaftlichen Assistenten habe ich mir bereits erlaubt auszuführen, daß die Erziehung eines den modernen Aufgaben gewachsenen Oberlehrerstandes ganz wesentlich davon abhängen wird, ob es den Universitäten gelingt, über ihre bisherige rein wissenschaftliche Einstellung hinaus auch den Anwärtern für den höheren Unterricht frühzeitig eine Vertiefung ihrer pädagogischen Lebensauffassung zu verschaffen und ihnen vor allem auch die didaktischen besonderen Aufgaben der von ihnen betriebenen Fächer, unbeschadet der eigentlich wissenschaftlichen Ziele, vor Augen zu führen. Wenn die im Einvernehmen des Finanzministeriums und der Unterrichtsverwaltung in den vergangenen Jahren begonnene Vertiefung des pädagogischen Unterrichts von Erfolg begleitet sein soll, so wird es unerlässlich sein, daß nicht nur einige wenige Universitäten mit pädagogischen Lehrstühlen ausgestattet werden, sondern daß die Hauptuniversitäten des Landes derartige Lehrstühle besitzen. Ja der akademischen Welt würde es jedenfalls schwerlich Verständnis finden können, wenn die einmal begonnene Einrichtung pädagogischer Lehrstühle nunmehr verlangsamt oder gar plötzlich abgebrochen würde. Wenn ich also Euer Exzellenz dringlich ersuchen muß, die Bewilligung pädagogischer Lehrstühle für das Etatsjahr 1923 noch einmal erwägen zu wollen, so betone ich dabei ausdrücklich, daß mir bei der Einrichtung pädagogischer Lehrstühle die hochschulpädagogischen Aufgaben als solche, Aufgaben also, die sich auf die Wissenschaft der Pädagogik und die Ausbildung der Oberlehrer beziehen, im Vordergrund stehen, und daß ich in der weiteren Errichtung pädagogischer Lehrstühle die Notwendigkeit einer Verkettung der dringlichen und umfassenden Ziele der Oberlehrerausbildung mit etwaigen

anderen schwebenden Problemen der Lehrerbildung nicht gegeben sehe. Falls Euer Exzellenz sich mit der gleichzeitigen Einrichtung dreier Lehrstühle nicht einverstanden erklären könnten, so muß mir, jedenfalls auch im Hinblick auf die kommenden Landtagsverhandlungen, an der Errichtung wenigstens eines pädagogischen Lehrstuhls um so mehr gelegen sein, als sich, wie Euer Exzellenz bekannt sein dürfte, der Landtag bei den letzten Etatverhandlungen einmütig für die weitere Einrichtung pädagogischer Lehrstühle ausgesprochen hat. Euer Exzellenz bitte ich daher, zum mindesten die Errichtung eines pädagogischen Lehrstuhls ins Auge fassen zu wollen.³

219. Schreiben der Landtagsabgeordneten Hildegard Wegscheider (SPD) an Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Berlin, 17. Mai 1927.

Ausfertigung, gez. Wegscheider.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bd. 1, Bl. 294–296v.

Mitteilung eines Briefes an Prof. Eduard Spranger, in dem dessen Monopolstellung im Fach Pädagogik in Preußen beklagt und neben Spranger ein Vertreter sozialistischer Denkweise im Fach Pädagogik für die Universität Berlin gefordert wird.

Vgl. Einleitung, S. 146.

Sehr verehrter Herr Minister!

Am Sonnabend redete mich Herr Prof. Spranger darauf an, daß ich nach der Pestalozzi-Feier im Zentralinstitut den Ausdruck über ihn gebraucht habe, „die dort gehaltene Rede habe er verdient“. Ich habe ihm daraufhin einen Brief geschrieben, dessen Abschrift ich beilege. Schon immer war es unsere Forderung, die ja Herr Prof. Waentig auch in Ihrer Universitätsabteilung vorgetragen hat, daß neben Spranger ein uns nahestehender Mensch in irgend einer Form Gelegenheit haben müsse, vor Berliner Studenten von der großen pädagogischen Aufgabe der Zeit zu sprechen. Sie selbst haben die Berechtigung dieses Wunsches ja immer anerkannt, und vielleicht wird es doch einmal möglich, daß er erfüllt wird.¹

³ *Nachfolgend liegt der Akte der Entwurf eines Schreibens vom 17.10.1922 bei, demzufolge das Finanzministerium das beantragte Ordinariat für Pädagogik in Münster zugestand.*

¹ *Randbemerkungen von C. H. Becker: Die Frau hat recht. Sie meint Karsen, sowie: Es bleibt abzuwarten, ob weiter gedrängt wird, von Ministerialdirektor Richter. Zitat aus dem Dokument bei: Tenorth, Heinz-Elmar, Pädagogik für Krieg und Frieden. Eduard Spranger und die Erziehungswissenschaft an der Universität Berlin 1913–1933, in: Horn, K.-P./Kemnitz, H. (Hrsg.), Pädagogik unter den Linden, Stuttgart 2002, S. 191–225, S. 219 f.*

Abschrift

17.5.1927 Berlin

Hochgeehrter Herr Professor,

Als Sie mich am Sonnabend anredeten, war ich einigermaßen überrascht von der Tatsache, daß der Stimmungsausdruck, der mir nach dem Vortrag bei der Pestalozzi-Feier im Zentralinstitut entfahren ist, Ihnen mitgeteilt worden war. Ich konnte deswegen auch nichts anderes tun, als nur Ihnen wieder aus der bei mir allerdings stark bewußten Stimmung heraus gefühlsmäßig zu antworten. Aber es liegt mir doch daran, hier eine Klarheit zu schaffen, und darum erlaube ich mir, Ihnen diesen Brief zu schreiben.

Ihre ungeweine Fähigkeit zu klarer Systematisierung, Ihre Kenntnis der bürgerlichen Jugendbewegung, die geistvolle Art, mit der Sie Ihre jugendpsychologische Erkenntnis in die Gesamtheit einer Kulturwissenschaft einordnen, ist so unbestritten, daß es auch mir ganz fern liegt, Ihnen etwa – sei es nun hinter Ihrem Rücken oder sei es offen – die Eignung zu dem Lehramt an unserer führenden Universität auch nur im geringsten zu bestreiten. Auch ich habe viel von Ihnen gelernt und hoffe, noch weiter von Ihnen zu lernen. Aber ich habe doch sehr schwere Bedenken dagegen, daß Sie hier in Berlin – und damit in Preußen – eine Monopolstellung für die Wissenschaft der Pädagogik einnehmen. Sie müssen es selbst als notwendig erkennen, daß neben Ihnen ein führender Vertreter der Psychologie und Pädagogik der proletarischen Jugend, und daß auch ein Mensch lehrt, der das Wesen und die Bedürfnisse der Frau in der heutigen Kulturkrise aus eigenstem Erleben kennt. Es kann sich nicht darum handeln, aus Ihren eigenen Schülern ein paar Assistenten oder Privatdozenten auszuwählen, die in gewissem Sinne dann immer von der gleichen Einstellung ausgehen würden, denn diese Einstellung halte ich in der Tat als einzige für sehr gefährlich. Die beiden größten Bewegungen der Zeit, die proletarische und die Frauenbewegung, unbeachtet zu lassen, ist Sünde am Geist, Herr Professor. Noch trauriger aber erscheint mir das alles, wenn ich bedenke, wie Sie nicht einmal mit der ganzen vollen Kraft Ihres Einflusses die bescheidene Schulreform des Ministeriums voll unterstützen, und aus dieser Überzeugung stammt auch der etwas schnoddrige Ausdruck, der Ihnen mitgeteilt worden ist, und den ich natürlich, weil er Sie kränken muß, in seiner Form bedaure.

Der Redner von damals ist mir als ein sehr anerkannter Schulmann bekannt. Ich habe erst vor kurzem – noch nach dieser Rede – in einem sehr schwierigen Falle aus meiner Bekanntschaft dem Vater geraten, seinen Sohn nach Hohenlychen zu bringen. Und der Junge ist dort in außerordentlich verständiger Weise aufgenommen und behandelt worden. Aber der ganze Inhalt der Rede, von dem doch der Redner glaubt, daß er damit den Sinn Ihrer Arbeitsgemeinschaft wiedergäbe, war ein sehnsuchtsvolles Zurückblicken auf den alten Lehrer, die alte Schule, die alte autoritative Stellung. Doch keiner, Herr Professor, darf ungestraft zurückblicken. Das falsche und komische Pathos dieses Redners erschien mir als der adäquate Ausdruck dieser innerlichen Einstellung: „Man muß die Bedeutung der neuen – oder doch neu betonten – Forderungen anerkennen. Aber man entschließt sich nicht, darauf loszuge-

hen, sondern man schaut sehnsuchtsvoll auf den Typus des Lehrers zurück, der nichts kann als docere und castigari.“ Das muß einen falschen Ton geben. Ich glaube, Herr Professor, daß ich darum das Recht habe, Ihnen das so offen zu schreiben, weil ich überzeugt bin, daß, wenn Sie meine Meinung als auch nur zum Teil berechtigt neben der Ihren anerkennen, Sie selbst dafür sorgen werden, daß Sie nicht länger der einzige an Ihrer Stelle bleiben. Ich halte Sie für einen geistigen Menschen und darum im Ernst auch fähig, andere neben sich anzuerkennen, ja ihnen selbst zu helfen, daß sie neben Ihnen bestehen können.²

**220 a. Schreiben von Oberstudiendirektor Fritz Karsen an das Kultusministerium.
Berlin-Tempelhof, 8. Mai 1930.**

Ausfertigung, gez. Karsen.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bd. 1, Bl. 329.

Bitte um Verlegung des Lehrauftrages für Pädagogik von Frankfurt nach Berlin.

Vgl. Einleitung, S. 53 und 147.

Nach Rücksprache mit dem Herrn Minister und Herrn Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter bitte ich um Verlegung meines Lehrauftrages von der Universität Frankfurt am Main nach der Universität Berlin.

Ich wiederhole die mündlich gegebene Begründung: Gerade für einen Lehrauftrag für praktische Pädagogik ist die Verbindung mit der praktischen Schularbeit außerordentlich wichtig. In Berlin habe ich mein großes Schulsystem, wäre also in der Lage, den Studenten das, was ich ihnen vortrage, wenigstens teilweise auch zu demonstrieren, ja, sie dadurch in die praktisch-pädagogische Arbeit einzuführen, daß sie den Unterricht systematisch beobachten.

2 *In seinem Antwortbrief vom 21.5.1927 verwies Spranger auf seine vielfachen Beziehungen zur Frauenbewegung und die Sozialpädagogik-Professur des der Sozialdemokratie nahestehenden Friedrich Siegmund-Schultze an der Berliner Philosophischen Fakultät, beharrte aber darauf, dass Wegscheiders Forderung zur Parlamentarisierung der akademischen Lehrstühle führen müsse, und er das strikt ablehne. Zit nach Spranger, Eduard, Gesammelte Schriften, Bd. 7: Briefe 1901–1963, hrsg. von Hans Walter Bähr, Tübingen 1978, S. 129 f.*

**220 b. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin an Kultusminister
Adolf Grimme.**

Berlin, 1. August 1930.

Ausfertigung, gez. H. v. Ficker als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bd. 1, Bl. 356.

Ablehnung eines Lehrauftrags für ausländisches Schulwesen für Fritz Karsen.

Vgl. Einleitung, S. 53 und 147.

In Beantwortung der Verfügung – U I Nr. 7137 U II – vom 8. Juli dieses Jahres betr. Erteilung eines Lehrauftrages für ausländisches Schulwesen an den Oberstudiendirektor Dr. Karsen beehrt sich die Fakultät mitzuteilen, daß sie von sich aus der Erteilung dieses Lehrauftrages nicht zustimmen kann. Die Fakultät verweist auf ihre Stellungnahme vom 18. Februar 1929, der sie auch jetzt, obwohl nunmehr der Lehrauftrag nicht mehr für Pädagogik, sondern für ausländisches Schulwesen angeregt wird, nichts hinzuzufügen hat. Die bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten Herrn Dr. Karsens über ausländisches Schulwesen scheinen der Fakultät nicht ausreichend, um die Erteilung des genannten Lehrauftrages zu begründen.¹

¹ *Eine Randbemerkung (Bl. 357) von Ministerialrat Windelband besagt: Unbes[oldeter] L[ehrauftrag] für ausländisches Schulwesen. Jedoch erhielt Karsen ab Wintersemester 1930/31 für seine Lehre 1.500 RM jährlich.*

**220 c. Schreiben von Prof. Eduard Spranger an den Ministerialdirektor im
Kultusministerium, Werner Richter.**

Berlin, 2. August 1930.

Ausfertigung, gez. Spranger.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bd. 1, Bl. 355.

Die Philosophische Fakultät der Universität Berlin lehnt einen Lehrauftrag in Pädagogik für Karsen ab; für außerwissenschaftlich motivierte Wünsche muss die Regierung selbst die Verantwortung übernehmen.

Vgl. Einleitung, S. 53 und 147.

Hochverehrter Herr Ministerialdirektor!

Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß meine Fakultät die von mir persönlich erklärte Bereitschaft in Sachen des Lehrauftrags für Herrn Karsen aus wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht unterstützt hat. Da ich dem Herrn Minister und Ihnen privatim erklärt hatte, daß meinerseits keine Schwierigkeiten gemacht werden sollten, halte ich mich für verpflichtet, wenigstens diesen Tatbestand zu erwähnen. Einzelheiten können aus Gründen der Amtsverschwiegenheit nicht berührt werden. Ich möchte hier nur sagen, wie ich es auch schon dem Herrn Minister selbst gesagt habe, daß es im Grunde auch mir richtig erscheint, wenn die Regierung hinsichtlich außerwissenschaftlich motivierter Wünsche die Verantwortung selbst übernimmt.

In lebhafter Verehrung Ihr ganz ergebener

**221. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin an Kultusminister
Adolf Grimme.**

Berlin, 25. Juni 1931.

Ausfertigung, gez. Jaeger als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bd. 1, Bl. 417–420.

Entschiedene Ablehnung eines Lehrauftrages für Psychoanalyse für Siegfried Bernfeld. Auch ein Empfehlungsschreiben von Sigmund Freud ändert daran nichts. Dessen Lehre ist für Bernfeld festes Dogma und generell betrachtet die Psychoanalyse alles aus der Neurosen-Perspektive. Bernfeld würde für seine Richtung agitatorisch werben, während Psychoanalyse nur im Rahmen einer medizinischen oder psychologischen Gesamtbildung gelehrt werden darf.

Vgl. Einleitung, S. 147.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Gutachten der Philosophischen Fakultät über den Lehrauftrag für Psychoanalyse, der Herrn Dr. Siegfried Bernfeld zugedacht ist, eine Äußerung von Herrn Prof. Freud entgegengestellt und um erneuten Bericht ersucht.¹ Die Fakultät vermag ihren Standpunkt nicht zu ändern; sie will ihn nur ausführlicher und deutlicher zum Ausdruck bringen. Da es sich um ein Fach handelt, das mindestens seinem Ursprung nach der Medizin angehört, hat die Fakultät das Gutachten eines medizinischen Sachverständigen, des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. Bumke an der Universität München, eingeholt. Wenn sie – über den Kreis der eigenen Universität hinaus – einen auswärtigen Gelehrten um seine Stellungnahme ersucht hat, so hat sie sich zu diesem ungewöhnlichen und sonst nicht erforderlichen Schritt entschlossen, weil ihr bekannt ist, daß der Herr Minister ein ablehnendes Gutachten der Berliner Medizinischen Fakultät in Sachen des Lehrauftrages Bernfeld bereits in Händen hält.

Herr Prof. Bumke ist durch seine wissenschaftliche Kritik der Freudschen Psychoanalyse öffentlich als ihr Gegner bekannt. Er durfte aber erlaubt sein, der Äußerung von Herrn Prof. Freud, die wohl mehr den Charakter einer Empfehlung als eines in die Materie eingehenden Gutachtens trägt, eine solche Stimme entgegenzuhalten, da ja Herr Prof. Freud in diesem Falle als Richter in eigener Sache auftreten mußte. Nach dem Grundsatz: *audiatur*

¹ *Freud hatte am 19.2.1931 (Bl. 410 f. der Akte) über Bernfeld geschrieben: Ich kenne ihn seit vielen Jahren und stelle ihn hoch unter meinen Anhängern. Er ist ein Mann von starker Begabung, durch klaren, scharfen Intellekt zur wissenschaftlichen Arbeit befähigt, vorwiegend kritisch eingestellt, ein vorzüglicher Redner und ungemein erfolgreich als Lehrer. Der Brief ist ediert bei: Tenorth, Heinz-Elmar, Sigmund Freud über Siegfried Bernfeld. Ein „Lehrauftrag für psychoanalytische Pädagogik“ an der Universität Berlin, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 5 (1999), S. 301–312, hier S. 310–312. Zitate aus dem Dokument ebd., S. 305.*

et altera pars gestattet sich die Fakultät, die Ausführungen von Herrn Prof. Bumke zu überreichen.²

Die Philosophische Fakultät selbst aber hat ihrem ersten Bericht die folgenden Vorstellungen hinzuzufügen.

Die Aufgaben und die Auswirkungen der Psychoanalyse fallen ihrer Überzeugung nach in erster Linie in das Lehrgebiet der Medizinischen Fakultät. Denn wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, die zur Zeit durchaus spekulativen, nach Freuds eigenem Ausdruck metapsychologischen Aufstellungen (vgl. Freud, *Das Ich und das Es*, 1923, S. 22) der Psychoanalyse empirisch zu fundieren und nachzuprüfen, so ist es im psychotherapeutischen Verfahren und am klinischen Material. Der Herr Minister scheint, nach seinem ersten Schritte zu urteilen, derselben Auffassung zu sein.

Wenn nunmehr die Anfrage an die Philosophische Fakultät ergangen ist, so hat diese nicht minder die Verpflichtung, die wissenschaftlichen Fundamente, auf denen der vorgeschlagene Dozent seine Lehren aufbaut, zu prüfen, wie die Medizinische Fakultät. Herr Dr. Bernfeld ist nicht Mediziner. Er ist aber, eigener Aussage gemäß, auch nicht philosophisch durchgebildet, und in der Psychologie läßt er nur die Lehren seines Meisters gelten. Es fehlt ihm die Methodenkritik, die überhaupt erst eine Meinung zur Wissenschaft macht. Dieses methodologische Bewußtsein, wie es etwa bei dem Anhänger der Psychoanalyse Heinz Hartmann in einer Form vorliegt, die eine wissenschaftliche Auseinandersetzung durchaus ermöglicht, kann durch noch so aner kennenswert umfassendes Wissen von historischen Tatsachen nicht ersetzt werden. Nach dem Eindruck, den die Schriften von Bernfeld, auch den Aufsatz: „Ist Psychoanalyse eine Weltanschauung“ eingeschlossen, dem Leser erwecken, ist für ihn die psychoanalytische Lehre ein unantastbares, der Beweise nicht bedürftiges Dogma. Und wenn er ausdrücklich die zerstörende Wirkung hervorhebt, die diese seine Wissenschaft üben kann (während man sonst die aufbauenden Kräfte der Wissenschaft zu rühmen pflegt), so scheint die Befürchtung nicht unbegründet, daß die Universalmethode, zu der hier die Psychoanalyse ausgeweitet wird, für eine den geplanten Lehrauftrag überschreitende agitatorische Wirksamkeit ausgenützt werden sollte. Wie wenig dies mit den Lehraufgaben der Universität in Einklang zu bringen wäre, bedarf keiner Ausführung.

Was die grundsätzliche Stellung zur Psychoanalyse betrifft, so vermag die Fakultät sie in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht als eine fundierte Wissenschaft anzuerkennen. Ihren Hauptinhalt bildet ein Deutungsverfahren, gegen das eine Fülle von Einwänden erhoben worden sind. Vor allem ist mit Recht immer wieder betont worden, daß die Theorie vom „Widerstand“ in der Analyse zu einer unbeschränkten Willkür der Auslegung führen muß. In den Verkleidungen und Verkappungen, die hier hineininterpretiert werden, äußert sich eine beinahe mythenbildende Phantasie, mit der sich ein bestimmter Typus des modernen

2. Das Gutachten von Prof. Oswald Bumke (München) vom 8.6.1931 liegt der Akte bei, Bl. 421–432.

Menschen zum Selbstverständnis zu bringen glaubt. Daher denn auch der Versuch, in den großen alten Mythen diese neuen fast ausschließlich sexuellen Grundmotive wiederzuerkennen. Jeder einzelne Psychoanalytiker läßt hier seine ausdeutende Phantasie mit subjektiver Willkür walten.

Die Psychoanalyse hat gewiß Beträchtliches geleistet in der Sinnerfüllung des scheinbar Bedeutungslosen, aber sie hat auch verhängnisvoll gewirkt durch eine Wertentleerung des wahrhaft Bedeutungsvollen. Der Universitätslehrer, dem die Bildung hochentwickelter und gesunder Seelen anvertraut ist, kann seiner erzieherischen Aufgabe nicht gerecht werden, wenn er alles geistige und gesellschaftliche Leben mit Ausschließlichkeit aus der Neurosenperspektive betrachtet.

In dem Schreiben von Prof. Freud wird besonders auch auf die neueren Arbeiten Bernfelds hingewiesen, in denen dieser versucht, Fragen der Psychoanalyse mit den Mitteln der exakten Wissenschaft in Angriff zu nehmen. Die Fakultät hat die von Bernfeld und Feitelberg publizierten Arbeiten (Energie und Trieb, 1930) geprüft und vermag in ihnen eine wertvolle wissenschaftliche Leistung nicht zu erkennen. Die physikalischen Grundlagen, auf denen die Verfasser aufbauen, sind in jedem Sinne unzulänglich; in der ersten ihrer Abhandlungen gehen sie von einem physikalischen Prinzip aus, das in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelegentlich ausgesprochen, seitdem aber von der Gesamtheit der Physiker längst als unzutreffend erkannt worden. Die weiteren Ausführungen stützen sich auf die in unbestimmter Form wiedergegebenen klassischen Hauptsätze der Thermodynamik und suchen aus ihnen Folgerungen für die Beurteilung psychologischer Vorgänge zu gewinnen. Dabei ist/wird ausdrücklich betont, daß Meßverfahren für die bei psychischen Vorgängen in Frage kommenden Variablen nicht angegeben werden können. Da aber jene thermodynamischen Hauptsätze wie alle Theoreme der Physik wesentlich quantitative Aussagen enthalten, werden sie so gut wie völlig sinnlos, sobald man sie auf Erscheinungsreihen überträgt, die einer messenden Erforschung unzugänglich sind. Daher sind denn auch alle Folgerungen, die die Verfasser ziehen, unbegründet, und wenn diese Folgerungen eine Form annehmen, durch die sie gewisse Behauptungen der Psychoanalyse zu stützen scheinen, so ist dies nur aus der von vornherein feststehenden Tendenz der Verfasser zu erklären, die nicht auf eine objektive Prüfung, sondern ausschließlich auf eine Bestätigung der dogmatisch angenommenen Lehre gerichtet ist.

Für die Fakultät ergibt sich also nach wiederholter eingehender Erwägung der gesamten Frage der Schluß: Die Pflege der Psychoanalyse an der Universität kann entweder im Rahmen einer medizinischen oder einer philosophisch-psychologischen Gesamtbildung erfolgen. Als eine in sich selbständige Wissenschaft ist sie nicht anzuerkennen. Die Mannigfaltigkeit ihrer sich bekämpfenden Richtungen müßte allenfalls von einer Persönlichkeit, die alle oder die wesentlichsten dieser Richtungen kritisch übersieht, zur Darstellung gebracht werden. Aber eine einzelne, sich als absolut gebende Theorie kann nicht den Gegenstand eines Lehrauftrages bilden, da sonst eine Unzahl von Sonderlehren, z. B. die Adlersche Individualpsychologie und eine Fülle moderner Charakterologien, sofort den gleichen An-

spruch erheben würde. Was Herrn Dr. Bernfeld betrifft, so ist sowohl in dem ersten Gutachten wie in dieser Äußerung dargelegt worden, weshalb die Fakultät seiner Beauftragung mit Entschiedenheit widersprechen muß. Sie gestattet sich, diese ihre Stellungnahme dem Herrn Minister erneut mit allem Nachdruck vorzutragen.³

222 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Frankfurt/M., 28. Juni 1926.

Ausfertigung, gez. Reinhardt als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 373–375.

Neben den noch übrigen Kandidaten der ersten Liste (Julius Stenzel – Kiel und Ernst Hoffmann – Heidelberg) wären für das Ordinariat für Pädagogik bestens geeignet: Alois Fischer – München und Theodor Litt – Leipzig. Staatsminister a. D. Willy Hellpach fehlt die unabdingbare philosophische Schulung. Seinen scheinphilosophischen Anspruch löst er nicht ein, fordert abseitige Reformen und würde bald wieder von politischer Tätigkeit absorbiert. Er gehört nicht an die Universität.

Vgl. Einleitung, S. 148.

Betrifft: Wiederbesetzung der pädagogischen Professur.

Auf das Ersuchen des Herrn Ministers vom 22. Mai 1926 – U I Nr. 21165,1 – um weitere Vorschläge für die Besetzung der pädagogischen Professur, hat sich die Fakultät erneut die Prüfung anderer in Betracht kommender Namen angelegen sein lassen, muß aber bekennen, daß sie sich hierbei in eine schwierige Lage versetzt sieht. Sie würde sofort und mit lebhafter Freude nennen:

Alois Fischer (München) und

Theodor Litt (Leipzig),

wenn die Hoffnung bestehen sollte, einen dieser beiden allgemein anerkannten Pädagogen zu gewinnen. Im übrigen hat eine erneute Prüfung ergeben, daß die Fakultät nunmehr nur solche Namen, die nach ihrer Ansicht zweiten Ranges sein würden, darzubieten in der Lage wäre, das heißt Namen, die mit den noch übrigen der ersten Liste, Stenzel und Hoffmann,

³ Eine Notiz von Ministerialrat Windelband (Bl. 434 der Akte) besagt, wegen des scharf ablehnenden Fakultäts-Votum und der Umstrittenheit der wissenschaftlichen Leistungen Dr. Bernfelds erscheint die weitere Verfolgung der Angelegenheit zur Zeit unangebracht.

den Vergleich in keiner Weise aushielten.¹ Es war ein ungewolltes Ergebnis aller erneuten Nachforschungen, daß sich aufs neue bestätigte, wie vorzüglich jeder dieser beiden für den Frankfurter Lehrstuhl qualifiziert sein würde.

Zur Erläuterung dieses negativen Ergebnisses beehrt sich die Fakultät, noch folgendes hinzuzufügen. Sie hat es bisher vermieden, ihre Stellung zur Kandidatur einer Persönlichkeit zu kennzeichnen, die in diesem Zusammenhang öfters genannt worden ist und für deren Berufung, wie die Fakultät selbst anerkennen muß, in der Tat vieles zu sprechen scheint. Sie glaubt jedoch, um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, aus ihrem bisherigen Schweigen heraustreten zu sollen. Es handelt sich um den Namen Hellpach. Der Umstand, daß von gewichtiger Seite, innerhalb und außerhalb der wissenschaftlichen Kreise, die Kandidatur des bewährten badischen Staatsministers für diese Professur erwogen wird, Hellpachs reiche praktische Erfahrung, die intensive Erfassung und wirkungsvolle Darstellung aktueller schulpolitischer Probleme in seinen Schriften, endlich seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und an der Heidelberger Universität scheinen die Gewähr zu bieten, daß Hellpachs regsam geschmeidiger Geist auch den an sich anders gearteten Aufgaben, die einem Ordinariat für Pädagogik an einer großen Universität gestellt sind, gerecht werden würde. Wenn die Fakultät dennoch bekennen muß zu glauben, daß sie bei einer Nennung Hellpachs den Kreis ihrer Verantwortung überschreiten würde, so bittet sie dabei folgende Gründe als für sie entscheidend ansehen zu wollen.

Die Fakultät hat bereits in ihrer Vorschlagsliste vom 14. Dezember 1925 als für sie maßgebend den Grundsatz aufgestellt, „daß Pädagogik an den Universitäten nur mit philosophischer Orientierung und auf philosophischer Grundlage betrieben werden könne.“ Nun mag man die Bedeutung dessen, was Hellpach geschrieben hat, beurteilen wie man wolle, der Mangel nicht nur an philosophischen Kenntnissen, sondern auch an philosophischer Schulung tritt in ihnen in einer Weise in die Erscheinung, welche die Fakultät nicht nur von ihrem Grundsatz abzugehen zwänge, sondern auch darüber hinaus zu ernststen Bedenken nötigen müßte. Die Fakultät verweist hierfür auch auf das beigeschlossene Gutachten² ihres Fachvertreters für Philosophie, dessen kritischen Teilen sie sich anschließt („Die philosophische Grundlegung der Pädagogik, die gerade in der Bestimmung des Erziehungszieles gipfeln müßte, scheint ihm vorläufig nicht zugänglich zu sein.“ – „Auch hat, wie aus manchen Äußerungen hervorgeht, seine philosophische Schulung an etwas trüben Quellen stattgefunden.“), allerdings ohne die darin ausgesprochene Hoffnung auf ein Um- und Hinzulernen in diesen Dingen teilen zu können. Hellpachs bedeutendste pädagogische Veröf-

1 Seit dem Tod von Julius Ziehen 1925 war die Stelle unbesetzt, da die sie bezahlende Merton-Stiftung infolge des Krieges mittellos war und das Kultusministerium die Kostenübernahme ablehnte (Bl. 255 und 262–264 der Akte). Der in der Vorschlagsliste vom 14.12.1925 (Bl. 322–326) Erstplatzierte Hermann Nohl lehnte ab und es gab Differenzen mit der Naturwissenschaftlichen Fakultät über die Berufung von Adhémar Gelb. Vgl. Kluge, *Stiftungsuniversität Frankfurt*, S. 535–542.

2 Bl. 382–385 Gutachten über die Eignung von Prof. Hellpach, verfasst von Hans Cornelius.

fentlichung, „Die Wesensgestalt der deutschen Schule“, läßt erkennen, daß es sich hierbei nicht nur um einen Mangel an philosophischer Schulung, sondern auch um einen Mangel an philosophischer Bildung handelt, einen Mangel, der um so stärker hervortritt und um so bedenklicher stimmt, als Hellpach seine Gedanken sichtlich auch in eine philosophische, das heißt scheinphilosophische Form zu hüllen liebt. Bereits der Titel „Wesensgestalt“, der Versuch einer Anknüpfung an Platon, was über die „Wesensgestalt“ z. B. des Gymnasiums, der Oberrealschule bemerkt und zitiert wird, zeigt, daß Ansprüche geistiger Art und geistigen Ranges erhoben werden, denen eine halbwegs gemäße Erfüllung in keiner Weise entspricht. Jeder beliebige Vergleich z. B. mit den Schriften Hermann Nohls lehrt, was hier fehlt und was, wie die Fakultät glaubt, überhaupt nicht dazugelernt werden kann – was auch mit keiner populären Form entschuldbar ist. Was mit Besorgnis erfüllt, zumal es sich um einen künftigen Hochschullehrer handelt, ist nicht so sehr jener Mangel an sich, als vielmehr ein gewisser Anschein, mit dem er verdeckt wird. Mag dieser Anschein praktisch, nützlich, wirksam sein – er gehört nicht an die Universität. Ein anderes Bedenken, dessen Erörterung hier aber zu weit führen würde, sei gekennzeichnet durch einen Hinweis auf Sätze wie z. B. S. 135 (2. Aufl.). „Man muß die Zivilcourage haben, diesen Satz immer wieder auszusprechen.“ Daß Hellpach die Pädagogik repräsentieren würde, ist kein Zweifel; daß er sie aber in jenem wissenschaftlich erziehenden Geiste treiben würde, den die Fakultät verlangen muß, davon hat sie sich trotz allem nicht zu überzeugen vermocht.

Erwähnt seien zuletzt noch einzelne Anstöße nicht gleichen Gewichts, die sich dem prinzipiellen unterordnen: Hellpachs Forderung einer Trennung zwischen Forschung und Lehre, sein Befürworten einer Vortragsart, die bloß Wissen weitergibt, für den Unterricht an den Universitäten, die zuletzt doch nicht im eigentlichen Sinne wissenschaftliche Grundrichtung seiner Persönlichkeit, endlich – um auch das noch anzuführen – die Gefahr, daß Hellpachs Kraft, auch wenn sie sich ganz den Aufgaben der Universität zu widmen wünschte, diesen Aufgaben doch wieder durch die Politik zum großen Teil entzogen werden könne. Bei aller Würdigung der Verdienste Hellpachs, zumal auch auf schulpolitischem Gebiet, bei aller Anerkennung auch dessen, was der Herr Fachvertreter für Philosophie in dem beigeschlossenen Gutachten zu Hellpachs Gunsten gesprochen oder doch wenigstens als ein noch zu Erhoffendes begrüßt hat, sieht sich die Fakultät aus den dargelegten Gründen dennoch nicht in der Lage, Hellpachs Eignung für die besonderen Aufgaben einer pädagogischen Professur als erwiesen zu betrachten, und glaubt aussprechen zu müssen, daß sie die Verantwortung für seine Berufung ihrerseits nicht auf sich nehmen könne.

222 b. Sondervotum von fünf Professoren der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Frankfurt/M., 28. Juni 1926.

*Ausfertigung, gez. Franz Schultz, F. J. Curtis, H. Cornelius, J. Horovitz, M. Sommerfeld.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 376–381.*

Gutachten von Ernst Hoffmann, Heinrich Rickert und Karl Jaspers loben Hellpach, desgleichen auch das von Hans Cornelius. Die Mehrheit fordert einen humanistisch gebildeten Gelehrtentypus und eine allein von der Philosophie her begründete Pädagogik, was aber keineswegs allgemein gültige Voraussetzungen sind. Frankfurt würde mit Hellpach eine repräsentative wissenschaftliche Gesamtpersönlichkeit erhalten.

Vgl. Einleitung, S. 148.

Betrifft: Wiederbesetzung der pädagogischen Professur.

Dem Antwortschreiben der Mehrheit der Philosophischen Fakultät auf das Ersuchen des Herrn Ministers um Ergänzung der Vorschlagsliste für die Wiederbesetzung der pädagogischen Professur vom 22. Mai 1926 fügt der Unterzeichnete das nachstehende Separatvotum bei. In Ergänzung der Vorschlagsliste schlägt das Separatvotum den ordentlichen HonorarProf. Dr. Willy Hellpach in Heidelberg für die Wiederbesetzung der pädagogischen Professur vor. Da auch die Äußerung der Mehrheit der Fakultät auf Prof. Hellpach Bezug nimmt mit dem Ergebnis, daß seine Berufung nicht empfohlen werden könne, sei hiermit die von dem Mehrheitsbeschlusse abweichende Meinung dieses Separatvotums begründet, zugleich mit dem Hinweis, daß für die Nennung Prof. Hellpachs im Sinne dieses Separatvotums bei der Abstimmung in der Fakultät fünf ihrer Mitglieder, die Herren Cornelius, Curtis, Horovitz, Sommerfeld und der Unterzeichnete stimmten, während gegen die Nennung Hellpachs acht Mitglieder sich entschieden und drei sich der Abstimmung enthielten.

Bei der empfehlenden Nennung Prof. Hellpachs für den zu besetzenden Lehrstuhl stützt sich der Unterzeichnete auf die folgenden Gutachten von fachwissenschaftlicher Seite: Der ordentliche Professor der Pädagogik, Ernst Hoffmann in Heidelberg, den die Fakultät wiederholt für die Wiederbesetzung derselben Professur nachdrücklich in Vorschlag gebracht hat, äußert sich über Hellpach wie folgt: „Schon als in unserer Fakultät die Angelegenheit einer Ernennung zum Honorarprofessor verhandelt wurde, habe ich kräftig betont, daß, wenn es sich um Pädagogik handeln würde, ich sogar für die Übertragung eines Ordinariats an Hellpach eintreten würde ... Sein Buch über die „Wesensgestalt der deutschen Schule“ reihe ich unter die ersten literarischen Leistungen der Pädagogik seit Kriegsende ein, obwohl meine Überzeugungen stark von den seinen abweichen. Das Buch hat eben den großen Zug, den alles hat, was er macht ... In den Fragen der pädagogischen Psychologie ist er sattelfest, weil

er wenigstens von einer Seite aus, nämlich von der psycho-pathologischen, mit dem ganzen Rüstzeug seiner Fachwissenschaft an die Psychologie herangekommen ist.“ Zu dieser gutachtlichen Äußerung Prof. Hoffmanns bemerkte Geheimrat Rickert in Heidelberg: „Ich bin fest davon überzeugt, daß Sie so am besten und objektivsten informiert werden, und ich glaube, ich brauche diesem Schreiben nichts weiter über Hellpach hinzuzufügen.“ – Ein überwiegend günstiges Gutachten über Hellpach als Wissenschaftler, Dozent und Persönlichkeit hat auch der ordentliche Prof. Dr. Jaspers in Heidelberg abgegeben. Im Auftrage der Fakultät hat der ihr angehörende ordentliche Professor der Philosophie und Pädagogik Dr. Cornelius ein schriftliches Gutachten erstattet, das dem Votum der Fakultät beiliegt.³ Nach einer sorgfältigen und kritischen Prüfung der in Betracht kommenden Veröffentlichungen Hellpachs kommt Herr Prof. Cornelius zu dem Ergebnis: „Ich kann, soweit die bloße Lektüre von Publikationen ein Recht zum Urteil gibt, mich durchaus zu dem Urteil bekennen, das wir brieflich als dasjenige von E. Hoffmann in Heidelberg kennengelernt haben. Ich glaube nicht, daß wir in Hellpach einen weniger geeigneten Vertreter der Pädagogik gewinnen würden, als in einem der vorher von uns vorgeschlagenen Kandidaten. Und die geistige Regsamkeit und Vielseitigkeit, der weite Blick und die frische tatkräftige Gesinnung, die aus allen seinen Veröffentlichungen hervorleuchtet, scheinen mir seine Berufung hierher für uns alle zu einer geistig gewinnbringenden und darum wünschenswerten auch rein persönlich zu stempeln.“ Diesem Gutachten von Prof. Cornelius hat sich der ordentliche Professor der Psychologie, Herr Prof. Schumann, in einer mündlichen Erklärung vor der Fakultät im wesentlichen angeschlossen. Wenn die Mehrheit der Fakultät beanstandet, daß Herrn Prof. Hellpach die philosophischen Grundlagen der Pädagogik fehlen, so dürfte dem entgegengehalten werden, daß bei dem gegenwärtigen Stande der pädagogischen Wissenschaft und der Verschiedenheit der auf diesem Gebiete sich kreuzenden Richtungen die Festlegung auf die Pädagogik, die auf philosophischer Grundlage und mit philosophischen Zielsetzungen betrieben wird, nicht berechtigt erscheint. Die Mehrheit der Fakultät verweist in diesem Zusammenhang auf das genannte Gutachten von Prof. Cornelius. Es sei jedoch auch der Schlußsatz dieser Äußerung von Prof. Cornelius angefügt, in dem es heißt: „Ich sehe aber in diesem Mangel insofern keinen Grund gegen seine Berufung, als die philosophische Grundlegung der Pädagogik sicher auch seinem Vorgänger auf unserem Lehrstuhl nicht geglückt sein würde.“ Im übrigen ist sowohl bei den Verhandlungen der gemischten, von drei Fakultäten beschickten Kommission, die sich mit der Wiederbesetzung des Lehrstuhles befaßte, wie in einer Äußerung der Philosophischen Fakultät gegenüber der Naturwissenschaftlichen Fakultät vom 2. Februar 1926 – T. Nr. 147 – bereits zum Ausdruck gekommen, daß bei sonstiger Eignung des zu Berufenden auch die naturwissenschaftliche Grundlegung (nicht nur die philosophische)

3 *Liegt der Akte bei, Bl. 382–385.*

bei dem für Pädagogik zu Berufenden könnte gelten gelassen werden. Das negative Urteil der Mehrheit der Fakultät betreffend Prof. Hellpach gründet sich vornehmlich auf sein 1925 erschienenenes, in dem vorerwähnten Gutachten Prof. Hoffmanns gerühmtes, für weite Kreise bestimmtes Buch über die „Wesensgestalt der deutschen Schule“. Demgegenüber läßt unseres Erachtens das Fakultätsgutachten die sonstigen wichtigen, in das pädagogische Gebiet einschlagenden, streng wissenschaftlichen Veröffentlichungen Hellpachs (Über die Arbeitsteilung im geistigen Leben, 1912/13; Die Neugestaltung des medizinischen Studiums, 1919; Gruppenfabrikation, 1922) zu wenig ins Gewicht fallen. Zu dem Buche über die „Wesensgestalt der deutschen Schule“ bemerkt das Gutachten von Prof. Cornelius: „Die schulpolitischen Vorschläge des Verfassers sind, wenn man auch in vielem anderer Meinung sein kann, keineswegs oberflächlich oder auf Grund eines aus zweiter Hand übernommenen Wissens, sondern aus eingehender Beschäftigung mit der heutigen Entwicklung der pädagogischen Streitfragen erwachsen. Man sieht an vielen Stellen, so namentlich in dem Kapitel über Lehrerbildung, daß der Verfasser nicht etwa bloß fremde Berichte verarbeitet hat, sondern daß er in allen diesen Fragen wirklich lebt.“ Das Mehrheitsgutachten scheint an Hellpachs Art ein Spezifisches zu vermissen, das man als Kennzeichen eines bestimmten humanistischen Gelehrtentypus ansehen kann. Doch bleibt es bei dem heutigen Stande der Geisteswissenschaften und insbesondere der Pädagogik zweifelhaft, ob dies Spezifische als allgemeingültige Forderung für den Vertreter der Pädagogik gelten darf.

Endlich hat der Mehrheit der Fakultät die politische Interessiertheit Prof. Hellpachs Anlaß zu Bedenken gegeben. Es liegt jedoch keine Tatsache vor, die die Befürchtung begründet erscheinen läßt, Herr Prof. Hellpach würde sein Lehramt zugunsten einer etwaigen politischen Tätigkeit vernachlässigen. Es steht zu erwarten, daß Hellpach bei seiner Arbeitskraft, Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit seine verschiedenen Interessengebiete in reibungslose Übereinstimmung werde bringen können. Immerhin könnte man wünschen, daß – falls die Berufung Hellpachs erwogen werden sollte – ihm solche Bedenken vorgetragen werden möchten.

Wenn somit dieses Separatvotum die Berufung Hellpachs empfiehlt, so wird es geleitet von der Überzeugung, daß die Frankfurter Universität in ihm einen außergewöhnlich kenntnisreichen Gelehrten gewinnen werde, der es meisterlich versteht, die Probleme seines Faches ihrem Inbegriff nach und nach weiten Gesichtspunkten darzustellen. Die Untersuchungen, die er in dem von ihm gegründeten Institut für Sozialpsychologie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe angeregt hat, wie seine eigenen Forschungen (man vergleiche z. B. seine „Gruppenfabrikation“ (1922) mitsamt dem vorangestellten Geleitwort) beweisen auch, daß er imstande und gewillt ist, die Studierenden zu echter und hingebender Forschungsarbeit anzuleiten. Die Universität würde in ihm unseres Erachtens einen sehr wirksamen Dozenten gewinnen, dessen Vorlesungen sich in Heidelberg großen Zuspruch erfreuen. Endlich würden wir in ihm als dem Vertreter der Pädagogik eine repräsentative wissenschaftliche Gesamtpersönlichkeit erhalten, der es gelingen könnte, durch ihre

Wirksamkeit zu einem Teile die gegenwärtig im Wesen unserer Hochschulen vielfach so peinlich empfundene Kluft zwischen Wissenschaft und Bildung zu überbrücken.⁴

223. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt für das Kultusministerium.

Frankfurt/M., 25. Februar 1930.

Ausfertigung, gez. Otto als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 4 Bd. 3, Bl. 219–225v.

Pädagogik wird universitär unfruchtbar-erstarrt gelehrt. Um eine lebendige und praktische Pädagogik herauszubilden, soll das Ordinariat nicht neu besetzt, sondern dessen Geld zur Vergütung von Lehraufträgen an Praktiker verschiedener Richtungen dienen. Lehnt das Kultusministerium diese Lösung ab, heißen die Kandidaten: Adhémar Gelb – Frankfurt, Paul Häberlin – Basel, Carl Mennicke – Berlin, Robert Ulich – Dresden und Julius Stenzel – Königsberg. Der vom Kultusministerium genannte Ernst Krieck ist als eklektischer Schulpädagoge ganz ungeeignet.

Vgl. Einleitung, S. 149.

Betrifft: Vorschläge für die Besetzung des pädagogischen Lehrstuhls.

Der Aufforderung des Ministeriums vom 12. November 1929 – U I Nr. 21461.1/29 – entsprechend, überreicht die Fakultät ihre Vorschläge für die Besetzung des vakanten pädagogischen Lehrstuhls, die sie nach gemeinsamer Beratung mit der naturwissenschaftlichen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einstimmig beschlossen hat.

Die Fakultät hat sich bemüht, Wege zu finden, die ebenso der Bedeutung der wissenschaftlichen Pädagogik wie ihrer gegenwärtigen problematischen Lage entsprechen. Sie hat eine neuartige Lösung versucht. Es ist nicht leicht, solche Lösung zu finden. Voraussetzung dafür ist jedenfalls eine entschlossene Abwendung von der Art des pädagogischen Betriebes, wie er überwiegend an den Universitäten herrscht, und der Mut, in der Auswahl der Persönlichkeiten und der Art ihrer Verwendung das übliche Schema zu durchbrechen.

⁴ Die Liste scheiterte, da der Erstplatzierte Litt am 26.5.1927 (Bl. 394 f.) ablehnte, weil das Frankfurter Klima für sein krankes Kind nicht passe und er nach siebenjähriger Arbeit im Leipziger Wirkungskreis verbleiben wolle. Obwohl das Kuratorium Hellpach für geeignet hielt (Bl. 387), wollte das Kultusministerium diesen nicht gegen die Fakultätsmehrheit berufen (Bl. 396 f.). Vgl. auf Grundlage der Fakultätsakten: Kaune, Claudia-Anja, Willy Hellpach (1877–1955), Frankfurt/M. 2005, S. 215–222.

Es sind vor allem folgende Erwägungen, die die Fakultät zu dieser Haltung bewogen haben: Die Art, wie zur Zeit Pädagogik in den meisten Fällen getrieben wird, ist höchst unerfreulich. Der eigentliche, oft wertvolle erziehungstechnische Teil wird unterbaut durch eine mangelhafte eklektische und unselbständige Philosophie (vgl. das beiliegende Gutachten¹ über Krieck). Oder es wird eine ebenso unselbständige, von der Forschung längst überholte Biologie und Anthropologie zugrunde gelegt. Oder es wird allgemein Bekanntes aus Soziologie, Ethnologie und Historie zur Begründung und Ausschmückung benutzt. Dieses Verhalten hat die Pädagogik vielfach um ihr wissenschaftliches Ansehen gebracht. Sie muß als Wissenschaft für die jetzigen Verhältnisse neu begründet werden. Dieser Gesichtspunkt ist für die Fakultät in erster Linie maßgebend.

Es ist nun nicht zu verkennen, daß die Struktur der wissenschaftlichen Pädagogik jenen Fehlentwicklungen Anknüpfungspunkte bietet. Die Pädagogik ist eine komplexe Wissenschaft. Sie enthält – abgesehen von ihrer historischen Seite – philosophische, soziologische, psychologische und technisch-politische Elemente. Niemand ist imstande, alle diese Gebiete in selbständiger Weise zu beherrschen. Wird der Versuch gemacht, sie trotzdem zu behandeln, so entsteht der eben gekennzeichnete Dilettantismus. Aber was der Pädagogik zum Verhängnis geworden ist, das kann – richtig gewendet – zu ihrer Erneuerung dienen. Es gibt von jedem ihrer Elemente aus einen Weg zu ihrer wissenschaftlichen Gestaltung; einen Weg, der freilich nur von dem mit Erfolg gegangen werden kann, der dieser Elemente mächtig ist, das heißt, der als Philosoph, Psychologe, Soziologe selbständig wissenschaftlich gearbeitet hat oder an der Gestaltung der technisch-politischen Seite der Erziehung bewußt und erfolgreich beteiligt ist. Es wird also für eine Berufung darauf ankommen, Persönlichkeiten zu finden, bei denen diese Voraussetzung zutrifft und die gezeigt haben, daß sie von der einen oder anderen Seite her die Pädagogik weiterzubringen imstande sind.

Zu beachten ist ferner, daß die Pädagogik eine praktische Wissenschaft ist. Ihr Sinn ist niemals nur reine Betrachtung, sondern immer auch Formung der wirklichen Erziehung. Darum gehört zum pädagogischen Unterricht auch an der Universität lebendige Fühlung mit dem wirklichen Erziehen in der ganzen Mannigfaltigkeit seiner Formen und womöglich eigene praktische-pädagogische Tätigkeit des Dozenten. Sonst kommt es leichter als in den rein theoretischen Wissenschaften zu Unfruchtbarkeit und Erstarrung. Diese auf dem üblichen Wege fast unvermeidliche Entwicklung zu hindern, ist die Aufgabe aller, denen es um eine lebendige Pädagogik zu tun ist.

Die Fakultät glaubt nun, um der Verbindung der wissenschaftlichen Pädagogik mit der heute lebendigen pädagogischen Wirklichkeit willen, in erster Linie folgenden Vorschlag machen zu müssen: Der ordentliche Lehrstuhl soll der Pädagogik vorbehalten bleiben, aber vorläufig nicht durch einen Ordinarius besetzt werden. Stattdessen sollen Persönlichkeiten gerufen werden, die in der modernen pädagogischen Bewegung eine führende Rolle

¹ Liegt der Akte bei, Bl. 225–225v, abgedruckt am Ende des Dokuments.

spielen, und die entweder in der Praxis bleiben sollen, oder für 2–3 Jahre mit hochbezahlten Lehraufträgen aus der Praxis beurlaubt werden können. Es würden auf diese Weise verschiedene der genannten Typen herangezogen werden und in fruchtbarer Ergänzung und Abwechslung die Pädagogik an der Universität vertreten. Sollte sich das Ministerium entschließen, diesem Vorschlag zuzustimmen, so wäre die Fakultät imstande, geeignete Namen zu nennen. Unverbindlich und nur beispielsweise denken wir an Namen wie Weniger, Klatt, Karsen, Schönbrunn oder auch einige der auf der Ordinariatsliste genannten.

Für den Fall, daß das Ministerium eine etatmäßige Besetzung vorzieht, hat die Fakultät eine Ordinariatsliste aufgestellt. Sie enthält Persönlichkeiten, die den oben entwickelten Grundsätzen weitgehend entsprechen. Leider konnten einige wichtige Namen nicht genannt werden, weil ihre Träger nicht erreichbar sind. Dabei ist an Nohl – Göttingen und Litt – Leipzig, die einen Ruf nach Frankfurt abgelehnt haben, gedacht.

Mit Rücksicht auf die geschilderte Lage hat die Fakultät sich entschlossen, von der üblichen Dreierliste Abstand zu nehmen. Sie hat stattdessen drei Gruppen aufgestellt, die sie gleich bewertet. Die erste Gruppe enthält Persönlichkeit, die von der Psychologie herkommen und geeignet erscheinen, von ihr aus die Pädagogik neu zu begründen. Die zweite Gruppe enthält Persönlichkeiten, die aus der sozialpädagogischen oder kulturpolitischen Praxis kommen, sich aber gleichzeitig um theoretische Klärung der pädagogischen Probleme bemüht haben. Die dritte Gruppe enthält eine Persönlichkeit, die sich um die philologisch-historische Begründung der Pädagogik verdient gemacht hat. Die Fakultät erklärt, daß gegen einen der Genannten von seiten einiger Fakultätsmitglieder Einwände erhoben worden sind, die sich darauf gründen, daß der Genannte nur eines der aufgezeigten Elemente der Pädagogik vollkommen beherrscht. Sie glaubt aber, daß sich darin nur die gekennzeichnete Lage der Pädagogik widerspiegelt, und daß unter dieser Voraussetzung die Nennung der folgenden Namen begründet ist.

Für die erste Gruppe nennt die Fakultät zwei Persönlichkeiten: A. Gelb und P. Häberlin. Da beide in wissenschaftlichen Kreisen seit langem bekannt sind und die Leistungen des ersteren schon in einem früheren Gutachten (vom 30.7.1928)² gewürdigt wurden, glaubt die Fakultät sich mit einer kurzen Begründung ihrer Nennung begnügen zu dürfen.

1) Prof. Adhémar Gelb, geb. 1887 in Moskau als Sohn deutscher Eltern, seit 1924 nichtbeamteter Extraordinarius in Frankfurt, 1929 Lehrbeauftragter für vergleichende und Entwicklungspsychologie und Direktor des Psychologischen Instituts. Gelb hat eine große Zahl

2) Die dritte Liste vom 30.7.1928 in: GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 3, Bl. 187–190 (A. Gelb, Erich Jaensch – Marburg und David Katz – Rostock). Kurator Riezler lehnte am 1.8.1928 (Bl. 192–194) Katz und Jaensch ab und sprach sich für Wertheimer für Pädagogik und Gelb für Psychologie aus. Ein Teil der Philosophischen Fakultät sei gegen Wertheimers Platzierung auf der Pädagogik-Liste gewesen und der Widerstand der Historiker hat wohl antisemitische Motive. Mit Vereinbarung vom 20.3.1929 (Bl. 261) berief das Ministerium Wertheimer für Psychologie; Gelb blieb Extraordinarius, aber wurde Mitdirektor des Psychologischen Instituts und nahm 1931 einen Ruf als Ordinarius nach Halle an.

von Spezialuntersuchungen publiziert, die aber für den Kenner nicht allein Spezialarbeiten darstellen, sondern grundlegende Probleme der allgemeinen und angewandten Psychologie in ausgezeichnete Weise gefördert haben. Seit jeher mit geistesgeschichtlichen und philosophischen Problemen beschäftigt, als Lehrer der Philosophie bewährt, hat Gelb sich in den letzten Jahren besondere Verdienste um die Entstehung einer neuen Anthropologie erworben. Sein Forschungs- und Lehrgebiet hat sich im Laufe der letzten Jahre außerordentlich geweitet. In seinen Vorlesungen Übungen wirkt er als ausgezeichnete Lehrer von Lehrern; die Lehrerschaft selbst wünscht von ihm mit immer wachsender Lebhaftigkeit die Abhaltung von Kursen, und eben darin entfaltet er gegenwärtig eine reiche Tätigkeit. Einige Mitglieder der Fakultät fanden es nicht unbedenklich, daß er in der Pädagogik bisher schriftstellerisch noch so wenig hervorgetreten sei; schließlich aber war für alle die Überzeugung maßgebend, daß er in besonderem Maße geeignet wäre, der Pädagogik von der Psychologie her neue Grundlagen zu geben.

2) Prof. Paul Häberlin, geb. zu Kesswil (Schweiz) 1878, 1908 Privatdozent in Basel, 1914 ordentlicher Professor in Bern, 1922 Ordinarius für Philosophie, Psychologie und Erziehungswissenschaft in Basel, hat folgende für die Pädagogik wichtige Bücher veröffentlicht: „Das Ziel der Erziehung“ (1917); „Wege und Irrwege der Erziehung“ (1918); „Der Gegenstand der Psychologie“ (1921); „Der Geist und die Triebe“ (1924); „Der Charakter“ (1925); „Die Suggestion“ (1927). Diese Arbeiten Häberlins gründen sich auf eine Art von philosophischer Psychologie. Es kommt ihm nicht in erster Linie auf Spezialprobleme und deren Klärung an, sondern hauptsächlich auf die logisch saubere Herausarbeitung der Prinzipien menschlichen Verhaltens in den verschiedenen Lebens- und Gemeinschaftsformen. Er ist ein ernsthafter, literarisch sehr produktiver und selbständiger Denker mit reicher praktisch pädagogischer Erfahrung, die sich beispielsweise in der Beratung bei schwer erziehbaren Individuen gut bewährt. Häberlin genießt einen ausgezeichneten Ruf. Freilich erschien einigen Fakultätsmitgliedern die Art seiner psychologischen und pädagogischen Problemstellungen und Lösungsversuche etwas zu einfach und damit besonders den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen nicht ganz angemessen. Dennoch ist die Fakultät der Überzeugung, daß mit ihm ein ausgezeichnete Gelehrter gewonnen würde.

Für die zweite Gruppe nennt die Fakultät ebenfalls zwei Namen: den Direktor des sozialpolitischen Seminars der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, Carl Mennicke, und den Hochschulreferenten im Sächsischen Ministerium für Volksbildung, Ministerialrat Prof. Dr. Robert Ulich. In beiden glaubt sie Persönlichkeiten zu gewinnen, die nach ihrer bisherigen Wirksamkeit die Garantie bieten, daß sie die Pädagogik wirklichkeits- und gegenwartsnah betreiben und dadurch auch die theoretische Erkenntnis der Bildungs- und Erziehungsvorgänge fördern werden. Bei beiden kommt es der Fakultät vor allem auf die Gesamtpersönlichkeit an.

1. Carl Mennicke ist 1887 als Sohn eines Kaufmanns in Elberfeld geboren, hat nach einigen Jahren Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter das Abiturientenexamen gemacht und seit 1909 in Bonn, Halle, Berlin und Utrecht Theologie studiert. In Bonn war er gleich-

zeitig als Erzieher am Godesberger Pädagogium tätig. Als Hilfsgeistlicher in einer Bergarbeiterkolonie hat er die dortige Volksbildungsarbeit aufgebaut. 1918 ging er in die soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost zu Sigmund-Schulze und begann 1920 eigene freie Volksbildungsarbeit in Berlin-Neukölln. Gleichzeitig nahm ihn das preußische Handelsministerium in Anspruch für den Aufbau von Schulungskursen für Berufsschullehrer. Damit war mehrjähriger regelmäßiger Unterricht an Fortbildungsschulen verbunden. Auch an Volkshochschulen und Betriebsvolkshochschulen unterrichtete Mennicke. Seit 1923 wurde er mit dem Aufbau eines Seminars für Jugendwohlfahrt beauftragt, das sich bald zum sozialpolitischen Seminar der Deutschen Hochschule für Politik ausgewachsen hat. In diesem Seminar hat Mennicke mehrere Jahre hindurch Geschichte der Pädagogik, systematische Pädagogik und Volksbildungswesen vorgetragen. Zuletzt wurden ihm auch die Volkshochschullehrerkurse übertragen. An Schriften, die auf pädagogische Probleme Bezug haben, sind erschienen: 1) „Proletariat und Volkskirche“, 1919; 2) „Das sozialpädagogische Problem in der gegenwärtigen Gesellschaft“, im Kairos-Jahrbuch 1926; 3) „Die sozialen Lebensformen als Erziehungsgemeinschaften“, Handbuch der Pädagogik 1929; 4) „Erfahrungen der Jungen“: sozialpädagogische Schülerarbeiten mit Einleitung; 5) Aufsätze im pädagogischen Zentralblatt, in der „Erziehung“ usw.

Mennickes Arbeiten zeigen lebendigste Berührung mit allen pädagogischen Realitäten der Gegenwart. Sie sind klar, bestimmt und zugleich erfüllt von der Problematik der Dinge, die jede voreilige Lösung verbietet. Die sozialpädagogischen Probleme stehen im Vordergrund, entsprechend der gegenwärtigen pädagogischen Situation. Die umfassende und erfolgreiche pädagogische Praxis Mennickes, die bei ihm immer Hand in Hand ging mit theoretischer Besinnung, beweist, daß er den Anforderungen des pädagogischen Unterrichts durchaus gewachsen ist. Die Fakultät glaubt, in ihm eine durchschlagskräftige, gegenwartsnahe Persönlichkeit zu gewinnen, von der erheblicher Einfluß auf die Studentenschaft, auch über den engen Kreis der Studierenden der Pädagogik hinaus, erwartet werden darf. Die Bedenken, die gegen die rein wissenschaftliche Seite seiner Arbeiten von einigen Mitgliedern der Fakultät erhoben wurden, glaubte die Mehrheit der Fakultät im Zusammenhang mit ihrer grundsätzlichen Auffassung vom Wesen der Pädagogik zurückstellen zu können.

2. Robert Ulich ist geboren 1890 in Riedermühle im Bayerischen Wald. 1909 machte er das Abiturientenexamen an einem humanistischen Gymnasium in Dresden. Er studierte Philosophie, Germanistik und Geschichte in Freiburg, Neuchâtel, München, Berlin und Leipzig. 1915/16 war er höherer Lehrer am Thomasygmnasium in Leipzig, zugleich Leiter des Internats der Thomasschule. 1917–1920 war er Bibliothekar an den für die Sozialpädagogik überaus wichtigen Städtischen Bücherhallen in Leipzig und Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Bücherhalle“. 1920–1923 wurde er Leiter der Landesstelle für freies Volksbildungswesen im Sächsischen Ministerium für Volksbildung. In dieser Stelle hatte er große, bis heute wahrnehmbare Erfolge. Seit 1924 ist er Hochschulreferent in Dresden und seit 1928 zugleich Honorarprofessor für praktische Pädagogik an der Technischen Hochschule in Dresden.

An Schriften liegt außer einigen tüchtigen Arbeiten auf germanistischem Gebiet wenig vor. Mehrere Vorträge über pädagogische Probleme zeigen völlige Vertrautheit mit der pädagogischen Wirklichkeit, zugleich freilich auch mangelnde philosophische Prägnanz und Systematik. Die darauf sich gründenden starken Bedenken einiger Fakultätsmitglieder gegen Ulichs Nennung hat die Fakultät zurückgestellt, da für sie der praktische Gesichtspunkt maßgebend war und sie der Überzeugung ist, in Ulich eine Persönlichkeit von geistigen und menschlichen Qualitäten zu gewinnen. Die bisherige ausgedehnte, mannigfaltige und erfolgreiche bildungspolitische Wirksamkeit Ulichs gibt die Garantie, daß er die Pädagogik an der Universität lebendig und fruchtbar zu vertreten imstande ist.

Es ist nicht zufällig, daß die Fakultät eine Persönlichkeit aus der sozialpädagogischen und eine aus der bildungspolitischen Gestaltungssphäre nennt. Hier legt der Schlüssel der gegenwärtigen, praktisch-pädagogischen Situation; von hier aus kommen ihr die umfassendsten Impulse. Es kann demgegenüber nicht ins Gewicht fallen, daß bei den Persönlichkeiten die philosophische Seite weniger durchgebildet ist. Beide gehen von einer anderen Seite auf das pädagogische Problem zu, und diese Seite ist zur Zeit nicht weniger wichtig.

Für die dritte Gruppe nennt die Fakultät Prof. Stenzel, geb. zu Breslau 1883, 1920 Privatdozent der Philosophie in Breslau, 1925 Ordinarius in Kiel. Stenzel hat 14 Jahre lang (1909–1925) in Breslau als praktischer Pädagoge gewirkt und galt als der beliebteste Lehrer des dortigen Johannes-Gymnasiums. Aus seiner langjährigen Beschäftigung mit pädagogischen Problemen einerseits und mit Platon andererseits ist sein Werk „Platon als Erzieher“ erwachsen (1927). Diese Erscheinung hat mit Recht allgemeines Aufsehen erregt, denn man darf sie zweifellos als eine bedeutende bezeichnen. Ein Kenner ersten Ranges unternimmt hier den Versuch, den erzieherischen Geist Platons, an dem wir nicht bloß die Größe, sondern auch die Lebensnähe verstehen und verehren sollen, als lebendig wirksame Macht auch für unsere Zeit erhalten oder vielmehr neu zu gewinnen. Durch den Reichtum geschichtlicher Einsichten, die auch dem heutigen Erzieher wertvoll werden können, durch den lebendigen Vortrag, der Wärme und Klarheit miteinander verbindet, erwecken die Hauptschriften Stenzels das Vertrauen, daß er als Lehrer der Pädagogik erziehend und zum Erziehen anregend wirken werde. Freilich darf nicht verschwiegen werden, daß seine eigentliche Begabung und echte Produktivität weder der Philosophie noch der Pädagogik, sondern der Philologie und der Geschichte angehören, und so ist denn seine Stellung zur eigentlichen pädagogischen Problematik wesentlich durch historisches Wissen vermittelt.

Zu der Anfrage des Ministeriums vom 12. November 1929 – U I Nr. 21461.1./29 – betr. Prof. Dr. Kriek, Frankfurt a. M., nimmt die Philosophische Fakultät der Universität Frankfurt in folgender Weise Stellung: Die Fakultät hält Prof. Kriek nicht für geeignet, die ordentliche Professur für Pädagogik zu übernehmen. Begründet ist diese Ablehnung in der wissenschaftlichen Haltung Prof. Kriecks.

Kriek sucht der Pädagogik eine philosophische Grundlegung zu geben. Dieses Bestreben ist fruchtbar, wenn es im Zusammenhang mit selbständigem philosophischem Denken ge-

schieht. Es wird aber schädlich, wenn es dazu führt, daß Elemente verschiedener Philosophien zu einer Philosophie der Pädagogik zusammengefügt werden. Der Pädagoge braucht diese Reflexionen nicht und der Philosoph lehnt sie als unselbständig ab. Soweit Kriek in der lebendigen pädagogischen Problematik der Gegenwart steht, sind seine Gedanken fruchtbar und zeigen hier und da einen Schwung, der es verständlich macht, daß sein Name in der Pädagogik Klang hat. Sobald aber die Gedanken mit einem philosophischen Gewand bekleidet werden, erstarren sie, werden schematisch und unfruchtbar. Dieses Mißverständnis drückt sich in allen Krieckschen Schriften aus. Sie sind originell in einer gewissen vorbegrifflichen Schicht, in der begrifflichen Durcharbeitung sind sie unoriginell und enthalten oft nur unselbständiges Bildungswissen. Das zeigt sich sowohl sprachlich wie sachlich. Die Sprache ist unscharf, breit, voll von Begriffen und Anschauungen der Schultradition. Sachlich ist vieles richtig gesehen, aber meist in primitiver Weise begründet und dargestellt. Daraus erklärt sich, daß verhältnismäßig wenig Ergebnisse zutage treten, die praktisch weiterführen können.

Unter diesen Umständen glaubt die Fakultät nicht verantworten zu können, Prof. Kriek zum Ordinarius für Pädagogik vorzuschlagen. Sie würde damit der in ihrem eigenen Vorschlag ausführlich geschilderten Lage der gegenwärtigen Pädagogik nicht gerecht werden. Sie würde eine wichtige Gelegenheit versäumen, diese Lage grundlegend zu ändern, Sie würde einer letztlich unfruchtbaren Schulpädagogik Vorschub leisten, statt Wege zu zeigen, die über sie hinausführen.³

3 *Auf dem Begleitschreiben von Kurator Riezler zur Liste (Bl. 217 der Akte), worin dieser von einer dauerhaften Besetzung des Ordinariats abriet und Lehraufträge für jüngere, sich noch entwickelnde Pädagogen empfahl, notierte Windelband: Voten über Häberlein und Mennicke einholen von 1) Spranger – Berlin 2) Litt – Leipzig 3) Nohl – Göttingen 4) Kerschensteiner – München. Als Ergebnis wurde Mennicke zum Honorarprofessor für Pädagogik mit vergütetem Lehrauftrag ernannt, vgl. Kluge, Stiftungsuniversität Frankfurt, S. 542. Das Ordinariat für Pädagogik erhielt erst im April 1933 der vom nationalsozialistischen Kultusministerium vorgeschlagene und von der Fakultät akzeptierte Kriek (Bl. 428 und 444 f.).*

224. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das
Kultusministerium.

Göttingen, 19. Mai 1919.

Ausfertigung, gez. Reitzenstein als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 12–14.

*Einzigster Kandidat für das Extraordinariat für Pädagogik ist Hermann Nohl –
Jena, der Philosophiegeschichte und praktische Pädagogik verbindet.*

Vgl. Einleitung, S. 145.

Dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beehrt sich die Philosophische Fakultät auf Grund einstimmigen Beschlusses für die Wiederbesetzung des philosophischen Extraordinariats, das durch die Ernennung des derzeitigen Inhabers Prof. Misch zum Ordinarius und Nachfolger von Prof. H. Maier vakant geworden und nach dem ministeriellen Schreiben vom 16. Oktober 1918 mit einem Vertreter der geisteswissenschaftlichen Richtung zu besetzen ist, folgenden Vorschlag zu unterbreiten.

Die Fakultät, die früher mehrere Gelehrte genannt hatte, muß jetzt bei der Auswahl besonders berücksichtigen, daß angesichts der Lage unseres Vaterlandes die Disziplin der Pädagogik eine gesteigerte Bedeutung gewinnt und, von den rechten Männern vertreten, zu einem produktiven Mittelpunkt werden kann, von dem aus der wissenschaftliche Geist der Hochschule unmittelbar hineinwirkt ins Leben. Galt die theoretische Pädagogik früher ganz allgemein und gilt sie auch heute noch in wesentlichen Bezügen als eine philosophische Disziplin, die ihre Grundlagen in der Ethik oder Kulturphilosophie hat – wie das auch in der letzten vom Ministerium einberufenen pädagogischen Konferenz von 1917 zum Ausdruck kam –, so macht sich doch zunehmend die Tendenz geltend, die Pädagogik aus der philosophischen Abhängigkeit zu lösen und mit Hilfe der exakten Psychologie als eine Spezialwissenschaft zu konstituieren. Die Fakultät versagt sich nicht der relativen Berechtigung dieser Bestrebungen, und sie wird sich erlauben, dem Herrn Minister einen Vorschlag zu unterbreiten, der den an der Universität Göttingen vorhandenen Betrieb der experimentellen Psychologie für die Pflege der Pädagogik nutzbar machen soll. Aber sie hält entschieden daran fest, daß die Psychologie allein die Pädagogik nicht zu tragen vermag, und daß die ethisch-historisch gerichtete Philosophie, die die Wert- und Zielbestimmungen begründet, nicht zurückgedrängt werden darf, vielmehr in erhöhtem Maße nationale Bedeutung gewinnt und die Aufgabe zu erfüllen hat, aus der Kontinuität unserer geistigen Entwicklung heraus die sittlichen Energien, die in der Jugend schlummern, zum Bewußtsein ihres Gehaltes in Lebensidealen zu erheben und zu selbständiger Wirkung frei zu machen.

So wäre für Göttingen eine Teilung, wie sie auf dem eigentlichen Gebiet der Philosophie bereits stattgefunden hat, auch für die Pflege der Pädagogik geboten, so daß in der philologisch-historischen Abteilung außer dem Extraordinariat für Philosophie auch eine Stelle

für Pädagogik zu schaffen wäre, falls sich eine Persönlichkeit findet, die beides vereint. Nur einen Mann wissen wir, der zur Zeit imstande wäre, sowohl den eigentlichen philosophischen Unterricht wirksam zu fördern als zugleich die Pädagogik in ihrem Zusammenhange mit der Ethik und Kulturphilosophie in dem gewünschten Sinne zu vertreten. Ihn bittet die Fakultät an einziger Stelle nennen zu dürfen.

Hermann Nohl, 1879 in Berlin geb., außerordentlicher Professor der Philosophie in Jena, ist eine wissenschaftliche Persönlichkeit von selbständigem Gepräge. Innerhalb der philosophischen Bewegung stehend, welche auf den dem deutschen Geist eigentümlichen Leistungen in der kritischen Philosophie und in den Geisteswissenschaften fußt, nahm er, im Grunde ethisch orientiert, in seinen Arbeiten zwei Richtungen, von denen die eine in dem allgemeinen normalen Zuge des philosophischen Betriebes lag, die andere ihn auf eigenen Wegen zeigte.

Der allgemeine Zug war die historische Durchforschung des deutschen Idealismus, die der Kontinuität unserer geistigen Arbeit diene. Hier hat Nohl, nachdem er mit einer gedankenreichen Schrift über Herder begonnen hatte, sich ein Verdienst erworben durch die Herausgabe der Jugendschriften Hegels, die für das Verständnis der historisch-philosophischen Begriffsbildung grundlegend sind; es gelang ihm, aus den zerstreuten Handschriften, die bis dahin als zusammenhanglose Aufzeichnungen galten, in mühseliger philologischer Arbeit ein Ganzes herzustellen, womit er der deutschen Literatur ein geniales Werk Hegels schenkte. Es fehlt von Nohl ein umfangreiches philosophie-geschichtliches Werk. Aber seine Veröffentlichungen zeigen ein ungewöhnlich umfassendes Wissen und eine eigene Fähigkeit, in großen Überblicken den Ertrag anhaltender Studien kurz und leicht faßlich zusammenzunehmen, zugleich in der Einzelarbeit einen kombinatorischen Spürsinn, der seine Beherrschung der Quellen fruchtbar machte in kritischen Nachweisen und in Funden, z. B. einer verloren geglaubten anonymen Schrift Schleiermachers. Unsere Kenntnis der antiken Philosophie hat er durch eine selbständige Behandlung des Sokrates-Problems gefördert in einer Schrift über Sokrates und die Ethik. Seine Vorlesungen auf geschichtlichem Gebiet behandeln die antike Philosophie und die Philosophie von der Renaissance bis zu Kant und der deutschen Bewegung.

Auf eigenen Wegen zeigen ihn seine systematischen Schriften, in denen er die Methode des Verstehens der geistigen Welt, die von Dilthey ausgebildet worden ist, in besonderer Weise fruchtbar gemacht hat: „Die Weltanschauungen der Malerei“, 1908, ein Buch, das die Aufgabe angriff, in den Formen der malerischen Darstellung die Wirkung typischer Lebensverfassungen der Künstler nachzuweisen, und das wegen seiner methodischen Bedeutung auch bei Kunst- und Literaturhistorikern wie Hendrich, Unger, Petersen Anerkennung fand, „Typische Kunststile in Dichtung und Musik“ 1915, zuletzt eine Reihe von Abhandlungen, die in dem Buch „Pädagogische und Politische Aufsätze“ gesammelt 1919 vorliegen. Auch diese Schriften haben kein großes Format, zeichnen sich aber aus durch Gedanken, die von einer Gesamtanschauung des Kulturzusammenhanges und von der Herrschaft über weite Stoffgebiete getragen sind, sowie durch die freie Richtung auf ein objektives System der Gei-

stesformen und Theorien, das der Mehrseitigkeit des Lebens gewachsen zu sein verspricht. Die Ethik, die hinter diesen Arbeiten steht, hat er in Vorlesungen und Übungen gepflegt. Auf seinem eigensten Felde erscheint er in den pädagogischen Aufsätzen. Er zeigt die Permanenz der pädagogischen Kerngedanken und Bildungsideale im Wandel der Zeiten und führt sie mit Hilfe des Struktursehens auf drei typische Systeme zurück und macht aus dem Geist dieser Systeme die verschiedenen Schulformen und Schulgesinnungen verständlich; er gelangt zu anwendbaren Ergebnissen für die Auseinandersetzung der verschiedenen Richtungen über ihre gegenseitige Stellung im Leben. In Nohl zeigt sich eine ursprüngliche pädagogische Begabung, die sich theoretisch wie praktisch äußert, genährt durch gute Tradition – er stammt aus einer Lehrerfamilie vom Berliner Grauen Kloster – und geschult durch Paulsen, dessen bester Schüler Nohl neben Spranger war. Sein pädagogisches Talent tritt auch in dem Lehrerfolg hervor, den er in Jena schon als Privatdozent gehabt hat; eine Reihe guter Dissertationen ist von ihm angeregt worden. In letzter Zeit hat er an der Gründung der „Volkshochschule Thüringen“ entscheidend mitgewirkt und ist der geistige Mittelpunkt derselben geworden. Er hat sich nach den Erfahrungen des Krieges, den er als Soldat mitgemacht hat, die Pflege der Pädagogik zur besonderen Aufgabe gemacht. Zugleich aber dürften wir von ihm auch für die Philosophie selber und ihre historisch-systematische Behandlung reiche Anregungen erwarten. Hierzu berechtigt uns die Frische und Lebendigkeit seines Vortrages, seine Gabe auf die Jugend einzugehen, die Stärke seiner Persönlichkeit. Er scheint uns dadurch in einziger Weise geeignet, der Lage zu entsprechen, die aus dem Bedürfnis einer Verbindung der Philosophie mit der Pädagogik sich ergibt. Die Fakultät bittet, daß ihm das erledigte Extraordinariat für Philosophie übertragen werde, und zwar ausdrücklich als Professor für praktische Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Pädagogik.

Sollte der Herr Minister diesem Vorschlag seine Billigung versagen, so bitten wir, uns Gelegenheit zu neuen Vorschlägen zu geben.¹

¹ Mit Schreiben vom 17.7.1919 (Bl. 15 der Akte) nahm Nohl den Ruf an und lehrte bis zu seiner Entlassung 1937 in Göttingen. Vgl. Tilitzki, *Universitätsphilosophie*, S. 120 f.

225 a. Antrag der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg an das Kultusministerium.

Königsberg, 1. August 1922.

*Ausfertigung, gez. Zielstorff und 18 weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 30, Bl. 120–121.*

Der Inhaber der neuen Professur für Pädagogik ist zugleich zum Leiter des Psychologischen Instituts ernannt worden. Die in Königsberg gelehrte experimentelle Psychologie kann aber nicht nebenbei vertreten werden; vielmehr bedarf es einer Neubesetzung auch dieser Stelle.

Vgl. Einleitung, S. 152.

Die Philosophische Fakultät hat gemäß der ihr aufgrund des § 43 ihres Statuts obliegenden Pflicht seit Jahren den nunmehr bewilligten Antrag auf Errichtung einer pädagogischen Professur gestellt. Sie ging dabei von der Ansicht aus, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, ein Fach, dessen Umfang und Bedeutung im Laufe der Zeit immer mehr gestiegen ist, nur nebenher vertreten zu lassen. Die beiden Inhaber der philosophischen Lehrstühle erklärten, trotzdem sie die Pädagogik auf sich verteilt hatten, außerstande zu sein, sie weiterhin sachgemäß zu vertreten. Unter diesen Umständen hat es die Fakultät dankbar begrüßt, daß ihr endlich ihr lang gehegter Wunsch erfüllt worden ist.¹

Leider scheint dabei aber ein seltsames Mißgeschick obgewaltet zu haben. Wie ihr der neuernannte Vertreter der Pädagogik mitteilte und durch den nunmehr eingetroffenen Erlaß vom 12. Juli 1922 U I Nr. 169911 bestätigt wird, ist er zugleich zum Leiter des Psychologischen Instituts ernannt worden. Nun ist die Fakultät freilich der Meinung, daß das, was für die Pädagogik galt, mutatis mutandis auch für die die Psychologie zutrifft. War der Vertreter der Psychologie nicht in der Lage, nebenher und obendrein nur einen Teil der Pädagogik in sachgemäßer Weise zu vertreten, so wird der Pädagoge auch die Psychologie und obendrein im gesamten Umfange in der ihrer Bedeutung entsprechenden Weise nicht wahrnehmen können. Es würde durch die vom Ministerium ganz gegen die Absicht der Fakultät vollzogene Kombinierung von Pädagogik und Psychologie die verheißungsvolle Entwicklung, die die experimentelle Psychologie hier genommen hat, aufs äußerste gefährdet und letztlich mindestens eine starke Zurückdrängung der Psychologie zu erwarten sein. Die wenn auch ungewollte Schädigung einer Disziplin an unserer Universität würde aber im striktesten Widerspruch mit den wiederholt gegebenen Zusicherungen besonders wohlwollender Förderung der Königsberger Interessen stehen.

¹ Gemäß der Vorschlagsliste der Fakultät vom 22.6.1921 war am 5.7.1922 der bisherige Frankfurter Privatdozent Otto Schultze berufen worden (Bl. 93–95 der Akte).

Die Fakultät müßte einen solchen Verlauf aufs tiefste bedauern. Sie ist von der Bedeutung gerade einer sorgfältig betriebenen experimentellen Psychologie sowohl für alle Wissenschaften, insbesondere die Geisteswissenschaften, als auch für die Anforderungen der modernen Berufsberatung fest überzeugt und legt den größten Wert darauf, daß die Stelle des Herrn Prof. Ach wieder mit einem philosophisch interessierten Psychologen besetzt wird. Die Aufforderung des Ministers läßt vermuten, daß sich das Ministerium ohne vorherige Fühlungnahme mit der Fakultät mit anderen Plänen trägt. Darum möchte die Fakultät die Kraft § 43 ihrer Statuten berechtigt und verpflichtet ist, für eine angemessene Gestaltung des Unterrichts zu sorgen, darauf hinweisen, daß sie es lebhaft bedauert, daß ein Lehrstuhl an dessen Unentbehrlichkeit sie festhält, mit einem Male anders besetzt werden soll, als er bisher besetzt war. Und das um so mehr, als sie eine vierstündige Vorlesung über Psychologie im kommenden Wintersemester nach einer Pause von 2 Semestern für durchaus notwendig hält. Sie fügt hinzu, daß, wenn ihr diese Absicht des Ministeriums bei den Verhandlungen über die pädagogische Professur bekannt gewesen wäre, ihre Vorschläge anders ausgefallen wären, als sie ausgefallen sind. Sie sieht sich daher genötigt, gegen die Absicht des Ministeriums Einspruch zu erheben und bittet darum, es bei der bisherigen Art der Besetzung dieses Lehrstuhls zu belassen. Sollte aber das Ministerium einer oft betonten besonderen Sorge für den Osten durch Verstärkung der Philosophie an der Königsberger Universität in dankenswerter Weise Ausdruck geben wollen, so würde es die Fakultät nur begrüßen, wenn noch ein neuer Lehrstuhl für Philosophie errichtet würde. Näheres über die Ansichten der Fakultät mitzuteilen, ist Herr Prof. Ach von ihr beauftragt, der anfangs September in Berlin sein wird.

Inzwischen hatte die Fakultät, bevor sie von der Absicht des Ministeriums offiziell Kenntnis erhielt, den Plan, an 1. Stelle Herrn Bühler vorzuschlagen. Sie möchte darauf auch jetzt hinweisen, weil Herr Bühler nicht abgeneigt wäre, einem Ruf nach Königsberg Folge zu leisten, aber nur Zeit schon mit Wien in Verhandlungen steht. Da unter diesen Umständen Gefahr im Verzuge ist, erlaubt sie sich, die ihn betreffenden Angaben beizufügen.²

² *In der Akte, Bl. 122–122v, die Angaben zum gewünschten Kandidaten Karl Bühler, der einen Zug zur philosophischen Synthese besitze und als vortrefflicher Lehrer bekannt sei.*

**225 b. Schreiben des Kultusministeriums an den Kurator der Universität Königsberg,
Werner Agricola.
Berlin, 26. August 1922.**

*Konzept mit handschriftlichen Korrekturen, gez. i. V. Becker.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 30, Bl. 126–126v.*

*Der berufene neue Pädagogik-Professor Otto Schultze betreibt auch experimentelle
Psychologie. Deshalb ist gemäß der großen Tradition Königsbergs nun eine Vorschlagsliste
mit drei Vertretern der allgemeinen Philosophie einzureichen.*

Vgl. Einleitung, S. 152.

Auf das Schreiben der Philosophischen Fakultät vom 1. August 1922 – U.K. 2945 –.

Die Berufung auf den Lehrstuhl der Pädagogik ist unter voller Würdigung der an der Universität Königsberg für die wissenschaftliche Psychologie bestehenden Vorbedingungen erfolgt. Wenn ich mich mit der Berücksichtigung einer Vorschlagsliste, die lediglich der experimentellen Psychologie zugewandte Vertreter der Pädagogik enthielt, habe einverstanden erklären können, so ist das mit der Absicht geschehen, auf der anderen Seite auch der allgemeinen Philosophie an der Universität Königsberg in Anbetracht ihrer philosophischen Tradition größeren Raum zu geben. Den Ausführungen eines Teils der Fakultät vermag ich einen Anlaß zur Änderung der von mir getroffenen Entscheidung nicht zu entnehmen. Ich sehe der baldigen Einreichung einer Vorschlagsliste entgegen, die mir für den durch die Wegberufung des Prof. Ach freigewordenen Lehrstuhl 3 Vertreter der allgemeinen Philosophie benennt.³

³ Von der Vorschlagsliste vom 15.2.1923 (Bl. 286–289 der Akte) berief das Ministerium den Zweitplatzierten Heinz Heimsoeth (Bl. 314). Mit Schreiben vom 31.7.1923 (Bl. 329) beantragte die Fakultät erneut erfolglos, einen Lehrstuhl für experimentelle Psychologie zu schaffen.

7. Physik

226. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium.

Berlin, 6. Juni 1922.

Ausfertigung, gez. Schmidt als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 2, S. 644–654.

Dem Nachfolger von Walther Nernst in physikalischer Chemie sollen die bisher für chemische Technologie genutzten Räume zugeschlagen werden, da sie Prof. Fritz Haber als Direktor eines Kaiser-Wilhelm-Instituts nicht mehr benötigt. Eine Besetzung der physikalischen Chemie mit einem Atomphysiker wie Otto Hahn oder einem Kolloidchemiker wie Herbert Freundlich böte diesen nicht die breiten Forschungsmöglichkeiten. Deshalb werden vorgeschlagen: Fritz Foerster – Dresden, Georg Bredig – Karlsruhe und Max Bodenstein – Hannover.

Vgl. Einleitung, S. 154.

Die Aufgabe, einen Nachfolger für den Professor der physikalischen Chemie und Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Universität, Herrn Walter Nernst, vorzuschlagen, der diese Ämter wegen seiner Ernennung zum Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt niederlegt, hat die Philosophische Fakultät veranlaßt, die Frage des Unterrichtes in der Chemie in größerem Umfange zu prüfen. Denn das Freiwerden dieser Stellung schafft in Verbindung mit der Vakanz im Fache der chemischen Technologie eine Lage, die eine breitere Erörterung der Unterrichtsfragen erfordert.

Während des Zeitraumes, in dem Herr Prof. Nernst an der Spitze des Physikalisch-Chemischen Instituts der Universität gestanden hat, hat dessen Unterrichtstätigkeit ständig einer äußeren Beschränkung dadurch unterlegen, daß ein Teil der Räume für den Unterricht im Fache der chemischen Technologie abgezweigt war. Diese Beschränkung ist in dem Maße drückender und für die Ausgestaltung des Unterrichtes im Fache der physikalischen Chemie schwerer erträglich geworden, als die physikalische Chemie selber, zum erheblichen Teile durch die wissenschaftlichen Leistungen des Nernstschen Instituts, an Gehalt und Bedeutung gewonnen hat. Auf der anderen Seite hat sich ergeben, daß der Betrieb der chemischen Technologie in den wenigen abgezweigten Räumen keine Bedeutung erlangen kann und eine weder dem Bedürfnis der Universität dienende, noch im Vergleich zu der Technischen Hochschule und ihren Unterrichtseinrichtungen beachtliche Pflege des Gebietes gestattet. So sehr die Fakultät davon überzeugt ist, daß in der gegenwärtigen Zeit nicht nur die Systematik des Faches an der Universität, sondern auch die angewandte Richtung einer Pflege bedarf, so wenig kann sie sich einen Erfolg versprechen, wenn durch die ge-

meinsame Unterbringung der Unterrichtseinrichtungen für physikalische Chemie und für chemische Technologie in den bisherigen Räumen beiden Zweigen die Entwicklungsmöglichkeit genommen ist. Nachdem die Fakultät die Auffassung des von ihr an erster Stelle der Regierung für den Lehrauftrag im Fache der chemischen Technologie empfohlenen Prof. Haber kennengelernt und sich unterrichtet hat, daß er wünscht, gestützt auf das von ihm geleitete Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie, ohne Inanspruchnahme der derzeitigen technologischen Laboratoriumsräume die Anwendungen der systematischen und insbesondere der physikalischen Chemie auf die chemische Technik einerseits, die biologischen und bodenkundlichen Fragen andererseits zu seiner Unterrichtsaufgabe zu machen, empfiehlt sie der Regierung diese Lösung und geht bei den nachfolgenden Darlegungen über die neue Besetzung des Lehrstuhls für physikalische Chemie davon aus, daß die Laboratoriumsräume, die bisher dem technologischen Unterrichte gedient haben, dem Nachfolger von Herrn Nernst für die Zwecke des physikalisch-chemischen Unterrichts zur Verfügung gestellt werden. Bei dieser ihrer Stellungnahme trägt sie der offenkundigen Unmöglichkeit Rechnung, für das Lehrgebiet, das Herr Haber zu übernehmen bereit ist und auf dessen Pflege im Rahmen der Universität sie großes Gewicht legt, zur Zeit ein neues Institut zu errichten, während sie die bestimmte Zuversicht hegt, daß die Universitätsverwaltung den Fortbestand des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, der für die gekennzeichnete Lehraufgabe unerlässlich ist, willens und imstande sein wird, zu sichern.

Wie nach erfolgter Einrichtung des streng wissenschaftlichen technologischen Unterrichts für die technologische Ausbildung von Nationalökonomern und Juristen zu sorgen ist, bleibt eine Frage, die dann besonderer Erledigung bedarf.

Noch nach einer anderen Hinsicht hat die Fakultät bei ihren Erwägungen den Bestand und die Tätigkeit der Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin-Dahlem in Rücksicht gezogen. Sie hat sich die Frage vorgelegt, ob die außerordentliche Bedeutung, die der Atombau in neuerer Zeit erlangt hat, nicht die Besetzung des Lehrstuhles für physikalische Chemie mit einer Persönlichkeit angezeigt macht, die auf der chemischen Seite dieses Gebietes mit besonderer Kraft und besonderem Erfolge hervorgetreten ist. Eine Prüfung der Lage des Faches hat ergeben, daß diesem Anspruch in Deutschland lediglich das Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Prof. Dr. Otto Hahn, genügen würde. Den Arbeitsbedingungen dieses Gelehrten aber, der auf dem von ihm vertretenen Gebiete der Radioaktivität einen Weltruf besitzt, sind die Verhältnisse des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie soviel besser angepaßt, als es diejenigen des Physikalisch-Chemischen Instituts der Universität sein würden, daß die Fakultät von dem Vorschlag absieht, ihn an das Physikalisch-Chemische Institut herüberzuziehen und sich vorbehält, zwecks seiner engeren Verbindung mit dem Unterrichte, auf die sie das größte Gewicht legt, der Unterrichtsverwaltung seine Ernennung zum persönlichen Ordinarius demnächst vorzuschlagen. Sie hat auch erwogen, ob sie die Kolloidchemie, deren Bedeutung in den letzten Jahren insbesondere für die biologisch-medizinischen Zweige der Naturwissen-

schaft sehr groß geworden ist, bei der Besetzung des Lehrstuhls für physikalische Chemie besonders berücksichtigen soll. Aber sie ist auch hier zu der Meinung gelangt, daß dieses Zweiggebiet, welches heute in Berlin durch das Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, Herrn Prof. Freundlich, in hervorragender Weise vertreten wird, besser im Rahmen der Gesamtaufgabe des genannten Instituts verbleibt, und daß auch hier die persönliche Verbindung von Prof. Freundlich mit dem Unterrichtsleben der Universität durch seine Ernennung zum persönlichen Ordinarius den Vorzug verdient vor der Umwandlung des Physikalisch-Chemischen Institutes der Universität in eine kolloidchemische Lehrstätte. Doch ist die Fakultät der Überzeugung, daß diese Fragen besser bis nach der Besetzung des Ordinariats für physikalische Chemie vertagt werden.

Denn es ist das erste und dringendste Bedürfnis der Universität, daß die systematische physikalische Chemie als ein unentbehrlicher Grundstock der chemischen Ausbildung durch das Physikalisch-Chemische Institut der Universität gepflegt wird. Diese Unterrichtsaufgabe hat die Fakultät als maßgeblichen Gesichtspunkt bei ihren Vorschlägen vorangestellt. Wenn die Vakanz einige Jahre früher eingetreten wäre, so würde die Fakultät in erster Linie den ordentlichen Professor des Faches an der Universität in Göttingen, Herrn G. Tamman, in Vorschlag gebracht haben, weil seine Leistungen durch Vielseitigkeit und Bedeutung für die physikalische Chemie voranstehen. Den 60jährigen Kollegen jedoch, der unter den gewohnten Göttinger Lebens- und Arbeitsbedingungen eine Zierde des Unterrichts und eine Stütze der Forschung ist, nach Berlin zu ziehen und ihm damit eine Umstellung seiner Tätigkeit und Lebensweise zuzumuten, hat sie sich nicht entschließen können. Die neuen Aufgaben, die mit der Ausgestaltung des Unterrichtes verbunden sind, würden die Fortführung seiner schöpferischen Leistungen gefährden, an denen die Wissenschaft lebhaft interessiert ist.

Deswegen hat die Philosophische Fakultät beschlossen, 3 andere Kollegen zu empfehlen und zwar

an 1. Stelle den ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Dresden, Herrn Dr. Fritz Foerster,

an 2. Stelle den ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Herrn Dr. Georg Bredig,

an 3. Stelle den ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Hannover, Herrn Dr. Max Bodenstein.

Fritz Foerster, geb. 1866, hat in Berlin im Jahre 1888 promoviert und dann in den Jahren 1889–1895 an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt gewirkt. Von dort ist er zunächst als Privatdozent an die Technische Hochschule nach Dresden gekommen, an der er bis heute wirkt. An dieser Hochschule hat er in den Jahren 1890 bis [...] ¹ die ordentliche Professur

¹ Textverlust. Tatsächlich hatte Foerster dieses Ordinariat 1900–1912 inne.

der Elektrochemie und der physikalischen Chemie und das damit verbundene Institut geleitet, das ihm seine Entstehung verdankt. Seit 1912 ist er Professor der anorganischen Chemie und Technologie. Das Arbeitsgebiet, auf dem er sich hervorgetan hat, ist insbesondere die Elektrochemie der wäßrigen Lösungen. Durch eine Fülle von Einzeluntersuchungen hat er auf diesem Gebiet insbesondere unseren wissenschaftlichen Einblick in die Vorgänge bei der technisch wichtigen Elektrolyse des Kochsalzes und der verwandten Verbindungen, unsere Kenntnis von der Wirksamkeit des Edisonschen Eisennickelakkumulators und unsere Beherrschung der Metallfällung für analytische Zwecke, für die galvanische Bedeckung und Abformung und für die Raffination der Metalle vervollkommenet. Er ist erfolgreich bemüht gewesen, das Licht physikalisch-chemischer Erkenntnis in die ungeordnete Erfahrungswelt der einschlägigen chemischen und elektrochemischen Vorgänge hineinzutragen. Seine eigenen Resultate sind mit denen der älteren und der mitlebenden Generation in sachlicher und sachkundiger Weise in seinem Lehrbuch der „Elektrochemie wäßriger Lösungen“ zu einer Gesamtdarstellung zusammengefaßt, die den vollen Beifall und Respekt der Fakultät besitzt. Dieses Werk, das soeben in 3. Aufl. erschienen ist, fällt für seine Empfehlung an 1. Stelle besonders ins Gewicht.

Georg Bredig, geb. 1868, promovierte 1894 in Leipzig und war nach weiterer Ausbildung in den Laboratorien von van't Hoff in Amsterdam, von Berthelot in Paris und von Arrhenius in Stockholm von 1895 bis 1901 Assistent Wilhelm Ostwalds am Physikalisch-Chemischen Institut in Leipzig, wo er sich 1901 habilitierte. Im gleichen Jahre wurde er als etatmäßiger Extraordinarius und Vorstand der physikalisch-chemischen Abteilung des Chemischen Instituts an die Universität Heidelberg berufen; von dort kam er 1910 als Professor des gleichen Faches nach Zürich an die Technische Hochschule und 1911 von dort in gleicher Eigenschaft an die Technische Hochschule nach Karlsruhe, wo er noch heute wirkt. An beiden Hochschulen war bzw. ist er Direktor der dort bestehenden Physikalisch-Chemischen Institute. Er hat sich besonders um den Ausbau der systematischen physikalischen Chemie, und zwar speziell der theoretischen Elektrochemie verdient gemacht und auf ganz breiter Grundlage den Nachweis erfolgreich geführt, daß die Betätigung der Enzyme in der belebten Natur keine physiko-chemischen Merkmale aufweist, die nicht die wohlbekanntesten Stoffe der anorganischen und organischen Chemie als Katalysatoren ebenfalls zeigten. Damit hat er dem Vitalismus auf dem Felde des biochemischen Geschehens die entscheidende Stütze entzogen. Seine elektrochemischen Arbeiten haben uns mit der Stöchiometrie der Ionenbeweglichkeit, mit der Affinitätskonstante der Basen, der elektromotorischen Skala der photographischen Entwickler und besonders mit den amphoteren Elektrolyten vertraut gemacht. Die biologische Forschung hat namentlich auf der letzten Untersuchung fortgebaut und von seinen Arbeiten über Katalysatoren bei der Enzymforschung bedeutenden Gewinn gezogen. Sein Verfahren, kolloidale Metalle durch elektrische Zerstäubung zu erzeugen, ist zum Ausgangspunkte zahlreicher kolloid-chemischer Arbeiten geworden. Das Bedenken, daß er seit einiger Zeit an Produktivität etwas nachgelassen hat, wurde von der Fakultät geprüft, konnte

aber als ausschlaggebend angesichts des Gesamtbildes seiner Arbeiten nicht angesehen werden.²

Max Bodenstein, geb. 1871 in Magdeburg, promovierte 1893 in Heidelberg und wurde später als Nachfolger Bredigs Assistent und Privatdozent am Heidelberger Physikalisch-Chemischen Institut. Von dort kam er 1906 als Abteilungsvorsteher am Physikalisch-Chemischen Institut und außerordentlicher Professor an die Universität Berlin. Seit 1908 wirkt er als ordentlicher Professor der physikalischen Chemie an der Technischen Hochschule Hannover.

Man verdankt ihm, dessen Begabung und Leistung auf dem Gebiete messender Verfolgung der physikalischen Gesetzmäßigkeiten beim chemischen Geschehen besonders ausgeprägt ist, eine große Reihe von Gleichgewichtsuntersuchungen, unter denen die Bestimmungen über die Bildung des Jodwasserstoffs aus den Elementen, über die Dissoziation des Joddampfes und des Bromdampfes, ferner über den technisch und theoretisch interessanten Fall der Schwefeltrioxydbildung aus Sauerstoff und Schwefeldioxyd besonders hervorgehoben seien. Er erkannte frühzeitig die bedeutende Rolle, welche die Diffusions-Geschwindigkeit für die Gasreaktionen spielt, die an festen Katalysatoren ablaufen, und widerlegte die Theorien von Duhem und Pélabon über die falschen Gleichgewichte. Seine Untersuchungen über den Ablauf chemischer Reaktionen unter der Wirkung des Lichtes, insbesondere auf Chlorknallgas, haben unsere Kenntnis dieses Arbeitsgebietes erheblich bereichert. In neuester Zeit hat er durch eingehende genaue Behandlung der Bildung von Stickstoffdioxyd aus Stickoxyd und Sauerstoff die merkwürdige Tatsache festgestellt, daß die Geschwindigkeit der Reaktion in einem weiten Bereich mit der Temperatur abnimmt, und glaubhaft gemacht, daß dieser Fall bei ähnlichen Vorgängen häufiger vorkommen könnte.

Alle 3 vorgeschlagenen Kollegen sind zugleich ausgezeichnet durch ihre Leistung als Lehrer und werden der Unterrichtsaufgabe, die für die Fakultät im Vordergrunde steht, mit Bestimmtheit voll entsprechen.³

2 *Handschriftliche Randbemerkung von Ministerialrat Wende: Version [...] von Haber abgelehnt, war 4 Jahre Dekan und hat wegen Krankheit der anderen Fachvertreter übermäßig lesen müssen.*

3 *In der Akte, S. 678–680, folgt ein Vermerk Wendes vom 2.8.1922 über ein Gespräch mit Haber, der Foerster ablehnte, aber Bredig und Bodenstein geeignet fand. Danach wurde die Vereinbarung mit Max Bodenstein abgeschlossen (S. 687).*

**227 a. Schreiben von Prof. Johannes Stark an Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Ullersricht/Oberpfalz, 30. Juli 1922.**

Ausfertigung, gez. Stark.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 2, S. 469–470.

Die mathematisch-spekulative Richtung der Physik unter Albert Einstein und Arnold Sommerfeld will James Franck auf den Berliner Lehrstuhl für Experimentalphysik bringen. Stark lehnt dies ab und empfiehlt externe Gutachten, u. a. von Philipp Lenard sowie Wilhelm Wien und Max Wien einzuholen.

Vgl. Einleitung, S. 154.

Sehr geehrter Herr Minister!

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Schrift von mir, die demnächst erscheinen wird.¹ Auf S. 28 ist darin auch Ihr Name genannt. Daß ich nicht ihr Erscheinen abwarte, sondern Ihnen sogleich die Probebogen zugehen lasse, hat folgenden Grund. Es ist demnächst der Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Berliner Universität neu zu besetzen. Diese Besetzung hat für die Zukunft der deutschen Physik sehr große Bedeutung. Es fragt sich, welche der zwei Richtungen in der gegenwärtigen deutschen Physik bei ihr den Sieg davontragen wird. Damit das preußische Ministerium, und vor allem Sie, sehr geehrter Herr Minister, von der Lage der Dinge unterrichtet sind, habe ich mir erlaubt, bereits die Probebogen meiner Schrift „Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Physik“ zu übersenden.

Die mathematisch-spekulative Richtung, deren Führer Einstein und Sommerfeld sind, und vor deren Einfluß sich leider auch die Herren Planck und Laue beugen, wird alles daran setzen, ihren Schildknappen, den Herrn Franck, von Göttingen nach Berlin zu bringen.² Diese Berufung würde indes für die deutsche Physik geradezu verhängnisvoll werden. Gerade Herr Franck ist nämlich derjenige Physiker, auf den am meisten mein Vorwurf zutrifft, daß er die Antworten des Experiments nicht so hinnimmt, wie sie gegeben werden, sondern sie so zurechtfriert, daß die Theorie stimmt.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Berufung möchte ich empfehlen, nicht ausschließlich gemäß den Vorschlägen der Berliner Fakultät zu verfahren, sondern nach Möglichkeit Gutachten von zahlreichen Physikern einzuholen und zu berücksichtigen. So vor allem von Seite der Herren W. Wien – München, M. Wien – Jena, Lenard – Heidelberg, Zenneck – München, Schaefer – Marburg und Krüger – Greifswald. Ich selbst stehe zu einer eingehenden persönlichen Rücksprache gerne zur Verfügung. Daß ich allen akademischen Aspira-

¹ *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Physik, Leipzig 1922; liegt der Akte bei, S. 471–506.*

² *Zur jahrelangen, mehrfachen Kontroverse zwischen Stark und Sommerfeld vgl. Eckert, Michael, Arnold Sommerfeld. Atomphysiker und Kulturbote 1868–1951. Eine Biographie, Göttingen 2013, S. 427–431.*

tionen entsagt und mich ins Privatleben zurückgezogen habe, wird Ihnen bekannt sein.
In alter Wertschätzung mit ergebenstem Grusse

**227 b. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das
Kultusministerium.**

Berlin, 25. November 1922.

Ausfertigung, gez. Troeltsch als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 3, Bl. 29–33.

*Das von Arthur Wehnelt bekleidete Extraordinariat für experimentelle Physik soll in ein
zweites Ordinariat umgewandelt werden. Als Nachfolger für Heinrich Rubens werden
vorgeschlagen: Wilhelm Wien –München, Max Wien – Jena und James Franck –Göttingen.*

Vgl. Einleitung, S. 155.

Im Anschluß an die Beratungen über die Wiederbesetzung des Ordinariates für Experimentalphysik, welches durch den Tod von Heinrich Rubens erledigt ist, beantragt die Fakultät zunächst die Umwandlung des Extraordinariates für experimentelle Physik, welches zur Zeit Herr Wehnelt als persönlicher Ordinarius bekleidet, in ein etatmäßiges Ordinariat. Sie begründet den Antrag außer mit den Verdiensten, die sich Herr Wehnelt in 16jähriger Tätigkeit um die Universität Berlin sowie durch seine Arbeiten um die Physik erworben hat, mit der Wichtigkeit dieses Fachs für Unterricht und Forschung, mit dem Umfange des hiesigen Institutsbetriebs und damit, daß seit dem 1.4.1922 auch für theoretische Physik zwei etatmäßige Ordinarate bestehen.

Als Nachfolger von Rubens schlägt die Fakultät vor:

1.) Willy Wien, zur Zeit Ordinarius für Experimentalphysik an der Universität München. Er ist 1864 geb., arbeitete zeitweilig unter Helmholtz an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, bekleidete später die Ordinarate für experimentelle Physik in Aachen, Gießen und Würzburg, bis er 1920 als Nachfolger Röntgens nach München ging. Seine bedeutendste wissenschaftliche Leistung stellt zweifellos die Entdeckung des nach ihm benannten Verschiebungsgesetzes dar, welches die glänzende Entwicklung der von Kirchhoff begründeten, rein thermodynamischen Strahlungstheorie zum Abschluß gebracht hat, 1911 erhielt er dafür den Nobelpreis. Später sind aus den von ihm geleiteten Instituten viele wichtige Arbeiten über Röntgen- und vor allem über Kanalstrahlen hervorgegangen, die teils von ihm selbst, teils von der großen Schar seiner Schüler durchgeführt sind. Eine der frühesten Wellenlängenschätzungen für die Röntgenstrahlen stammt von ihm. Noch in jüngster Zeit ist Wien mit einer geistreich ersonnenen und geschickt ausgeführten Messung der Zeiten hervorgetreten, in welchen ein zum Leuchten angeregtes Atom seine Energie verausgabt.

Die Fakultät weiß keinen zweiten, der so große wissenschaftliche Bedeutung mit so vielen persönlichen Vorzügen für die Leitung eines großen Instituts, den Unterricht und die Teilnahme an den Fakultätsgeschäften vereinigte, und daher alle ihre Wünsche so vollkommen zu befriedigen vermöchte, wie W. Wien. Da er aber 1906 den Ruf nach Berlin schon einmal abgelehnt hat, und jetzt bei dessen Wiederholung die Gefahr langer und schließlich doch vergeblicher Verhandlungen besteht, bittet die Fakultät das Ministerium ausdrücklich, die Angelegenheit zu beschleunigen. Im Interesse einer gedeihlichen Fortführung des Physikalischen Institutsbetriebes ist es durchaus notwendig, daß der Nachfolger spätestens im Frühjahr 1923 das Amt von Rubens wirklich übernimmt.

2. Max Wien, zur Zeit Ordinarius für experimentelle Physik in Jena. Er ist geb. 1866 und bekleidete vor seiner jetzigen Stellung die entsprechende Professur an der Technischen Hochschule in Danzig. Sein Arbeitsgebiet sind die Hertzischen Wellen und ihre Anwendungen, namentlich auf Telegraphie und Telephonie.

Eine ungewöhnlich große Zahl erfolgreicher Untersuchungen sichert ihm den Rang eines Führers auf diesem Gebiete. Seine Erfindung der Löschfunkenstrecke zur Erzeugung elektrischer Wellen hat eine Epoche der drahtlosen Telegraphie beherrscht und spielt noch jetzt, da sie vielfach durch andere Mittel ersetzt ist, für kleinere Sendestationen eine Rolle.

Als Dozent und Institutsleiter erfreut sich Max Wien des besten Rufs.

3.) James Franck, zur Zeit Ordinarius für Experimentalphysik in Göttingen. Er ist 1882 geboren, war unter Drude und Rubens mehrere Jahre Assistent am Physikalischen Institut in Berlin, arbeitete dann am Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie in Dahlem, bis er 1921 die Berufung nach Göttingen annahm. Die überragende Bedeutung, welche J. Franck unter den gleichaltrigen Experimentalphysikern auszeichnet, beruht in erster Linie auf seinen Entdeckungen über den Stoß der Elektronen gegen Gasmolekeln. Sie zeigten zum ersten Mal durch das Experiment die physikalische Bedeutung des Energiequantums, welches bis dahin nur in den Überlegungen der theoretischen Physik eine etwas hypothetische Rolle gespielt hatte. Unermüdlich und mit einer immer wachsenden Schar von Mitarbeitern und Schülern bearbeitet Franck seitdem das neuerschlossene Gebiet, und es gibt nicht einen unter den Physikern, der von ihm nicht noch weitere wichtige Aufschlüsse erwartete.

Die Fakultät hegt die zuversichtliche Hoffnung, daß die gesteigerten Anforderungen, welche das Berliner Lehramt gegenüber seinem jetzigen an seine Zeit stellen wird, seinen Fähigkeiten zu wissenschaftlicher Produktion nicht zum Schaden gereichen würde.

Sollte die vorstehende Liste zu keinem Ergebnis führen, so bittet die Fakultät nochmals gehört zu werden.³

3 *Alle drei Kandidaten der Liste lehnten letztlich den Wechsel nach Berlin ab (Bl. 45 der Akte), sowohl wegen des vernachlässigten Universitätsinstituts für Physik, als auch wegen der Zeitumstände (Inflation, politische Unruhen etc.). Zur Berliner Physik vgl. Hoffmann, Dieter, Aufstieg und Niedergang der „Großen Berliner Physik“, in: Tenorth, Heinz-Elmar u. a. (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 5: Transformation der Wissensordnung, Berlin 2010, S. 549–573, bes. S. 563 ff.*

227 c. Zweite Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium.

Berlin, 12. November 1923.

Ausfertigung, gez. Pompeckj als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 3, S. 47–52.

Der Misserfolg der ersten Liste 1922 zeigt, dass Berlin viel von seiner Anziehungskraft verloren hat. Philipp Lenard ist zu alt und Friedrich Paschen zu sehr in Tübingen verwurzelt, um in Frage zu kommen. Einziger Kandidat für das Ordinariat für Experimentalphysik ist deshalb Jonathan Zeneck – München.

Vgl. Einleitung, S. 155.

Betrifft: Neubesetzung der Professur für Experimentalphysik.

Mit tiefstem Bedauern sieht die Fakultät aus dem Mißerfolg ihrer Vorschlagsliste für die Nachfolge von Prof. Rubens, daß die Universität Berlin unter der Not der Zeit viel von der Anziehungskraft verloren hat, die sie früher für bedeutende Forscher besaß. Im Hinblick auf die verhängnisvolle Bedeutung, welche dieser Übelstand auf die Dauer für die Universität gewinnen könnte, bittet sie den Herrn Minister, kein Mittel unversucht zu lassen, um Männer hierher zu ziehen, welche den alten Ruf der Universität aufrechtzuerhalten geeignet scheinen.

Vor der Aufstellung dieser zweiten Vorschlagsliste hat die Fakultät, wie schon beim ersten Mal, sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob sie Prof. P. Lenard in Heidelberg und F. Paschen in Tübingen dem Herrn Minister zur Berufung vorschlagen soll.⁴ Beide gehören anerkanntermaßen zu den Zierden der deutschen Physik; Lenard hauptsächlich wegen seiner grundlegenden Untersuchungen über die Kathodenstrahlen, Paschen wegen seiner exakten Messungen über die Wärmestrahlung und seine spektroskopischen Untersuchungen. Trotzdem hat die Fakultät schließlich diese Frage verneint. Die Gründe sind dieselben wie bei der Aufstellung der ersten Liste; sie haben sich seitdem nur noch verstärkt. Lenard steht mit seinen fast 61 Jahren der Altersgrenze zu nahe, um sich vorher noch auf eine lohnende Zeit in eine neue Stelle einzuleben, zumal, wenn diese solche Ansprüche an die

⁴ *Eine Marginalie des Ministerialdirigenten Hugo Krüß vom 13.6.1924 lautet:* Mit Geheimrat Nernst und Graf Arco (Telefunken) ist wegen der Möglichkeit einer Berufung von Lenard gesprochen worden, und dabei erklärt, daß die Unterrichtsverwaltung mit L. erst in Verbindung treten könne, wenn durch Telefunken die Mittel bereitgestellt würden, um das Physikalische Institut so zu verbessern, daß auf Annahme des Rufs durch L. gerechnet werden könne; in Frage käme auch die Einrichtung einer besonderen wissenschaftlichen Abteilung außerhalb des Instituts. Geheimrat Nernst und Graf Arco haben es übernommen, mit L., der demnächst nach Berlin kommt, zu sprechen.

Arbeitskraft stellt wie das Berliner Ordinariat für Experimentalphysik. Paschen ist durch die Art seiner Arbeiten so an das Tübinger Institut gebunden, das er sich in langen Jahren ganz nach seinen Bedürfnissen hat einrichten können, daß ihm ein Wechsel nicht leichtfallen, ja vielleicht nicht einmal für die wissenschaftliche Forschung erwünscht sein dürfte. Auch sieht die Fakultät mit Sicherheit voraus, daß sie von jedem dieser beiden Forscher eine Absage bekäme.

Unter diesen Umständen weiß die Fakultät nur noch einen Namen auf die Liste zu setzen. Sie verringert dabei nicht ihre Ansprüche an die Persönlichkeit, erweitert aber den Kreis der in Betracht zu ziehenden nach der Seite der Technik. Indem sie Prof. Jonathan Zenneck in München nennt, glaubt sie einen Vorschlag zu machen, der Aussicht hat, sich verwirklichen zu lassen.

Zenneck ist geb. am 15.4.1871 in Ruppertshofen in Württemberg, studierte in Tübingen (zuerst Zoologie), promovierte dort zum Dr. phil., war dann ungefähr von 1898 an Assistent bei Ferdinand Braun in Straßburg, habilitierte sich auch daselbst, 1905 ging er als Dozent an die Technische Hochschule Danzig, 1906 als Ordinarius für Experimentalphysik an die Technische Hochschule Braunschweig. 1909 verlegte er seine Tätigkeit an die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, eine Stellung, welche er 1911 mit dem Ordinariat für Physik an der Technischen Hochschule Danzig vertauschte. Seit 1913 ist er Professor an der Technischen Hochschule in München. Im Kriege war Zenneck bis Ende 1914 als Bataillonskommandeur an der Westfront, dann wurde er zusammen mit Ferdinand Braun nach Amerika gesandt, um die drahtlose Verbindung Deutschlands mit Amerika gegen gewisse patentrechtliche Angriffe der Entente-Vertreter zu sichern. Diese Tätigkeit übte er, soweit bekannt, erfolgreich aus, bis die Vereinigten Staaten selbst in den Krieg eintraten.

Durch Ferdinand Braun wurde Zenneck frühzeitig auf das Gebiet der drahtlosen Telegraphie gewiesen. Und abgesehen von den beiden Jahren seiner Tätigkeit in Ludwigshafen, in denen er mit der Stickstoffgewinnung aus der Luft zu tun hatte, hat er zumeist, wenn auch nicht ausschließlich, über die schnellen elektrischen Schwingungen und ihre Nutzbarmachung gearbeitet. Die Summe seiner Erkenntnisse und Erfahrungen darüber enthält sein „Lehrbuch der drahtlosen Telegraphie“, welches nach einigen anders benannten Vorläufern in 4 Auflagen erschienen ist und jedenfalls unter den Büchern deutscher Sprache als das maßgebende über diesen Gegenstand anerkannt ist. Seine große Fähigkeit zu unterrichten, kam ihm bei der Abfassung dieses Buches vortrefflich zu statten. Sonst ist von zusammenfassenden Darstellungen noch sein Artikel „Gravitation“ in der Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften zu nennen.

Von seiner regen Forschertätigkeit zeugt die große Zahl seiner Veröffentlichungen in den einschlägigen Zeitschriften. Eine Arbeit aus dem Jahr 1907 über die Fortpflanzung ebener elektrischer Wellen längs der ebenen Grenze zweier Körper zeigt ihn als mathematischen Physiker von Rang. Für seine Fähigkeit, theoretische und experimentelle Forschung zu vereinigen, ist seine Veröffentlichung von 1914 über die Entstehung der Lichtbogenschwingungen ein vortreffliches Beispiel. Andere wichtige Publikationen bringen Verbesserungen

an den Meßinstrumenten für schnelle Schwingungen und an der Braunschen Röhre. Das in der Technik so wichtig gewordene Verfahren, die Frequenz von Wechselströmen durch geeignete Anordnungen und Schaltungen im Stromkreis selbst zu vervielfachen, geht auf Anregungen von Zenneck aus den Jahren 1899 und 1912 zurück.

Die reiche Erfahrung in der Verwaltung großer Institute und die ungewöhnliche Frische seiner Persönlichkeit berechtigen zu der Erwartung, daß Zenneck den großen Pflichtenkreis des Berliner Ordinariats ohne wesentliche Einschränkung seiner Produktion auszufüllen imstande sein wird. Seine Hinneigung zur Technik dürfte es auch in wirtschaftlicher Beziehung erleichtern, ihn nach Berlin als dem deutschen Zentrum der Schwingungstechnik zu ziehen. Die Fakultät bittet daher den Herrn Minister dringend, alles daran zu setzen, um ihn für die Berliner Universität zu gewinnen, damit hier Forschung und Lehre auf dem Gebiet der experimentellen Physik wieder auf die dieser großen Universität entsprechende Stufe gebracht wird.

Sollte die Berufung von Zenneck aber mißlingen, so sähe sich die Fakultät außerstande, schon jetzt weitere Vorschläge für die Besetzung dieses Ordinariates zu machen. Sie müßte dann, so unerwünscht ein solcher Zustand an sich auch ist, zu einem Provisorium raten. Gewiß gibt es unter der jüngeren Generation von Physikern manchen, der zu der Hoffnung berechtigt, daß man ihm später mit Freuden diese Stellung wird übertragen können. Die Fakultät hält es aber für richtig, wenn man diesen jüngeren Kräften noch Zeit läßt, sich weiter zu entwickeln und zu bewähren. Sie bittet den Herrn Minister für den Fall, daß das Provisorium eintreten müßte, über dessen Einzelheiten nochmals gehört zu werden.⁵

⁵ Detaillierte Aufschlüsse über den Fortgang gewährt diese Akte nicht. Aus Bartel, Hans-Georg/Hübener, Rudolf, Walther Nernst. *Pioneer of Physics and of Chemistry*, Singapore u. a. 2007, S. 275–283 ergibt sich, dass die Fakultät (Planck, von Laue, Haber, Bodenstein u. a.) Ph. Lenard und J. Stark wegen ihrer strikten Position gegenüber der modernen theoretischen Physik ablehnte und Nernst im Februar 1924 das Präsidentenamt der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zum 30.4.1924 niederlegte, da er wieder forschen wollte. Im Mai 1924 wurde das Ordinariat für experimentelle Physik mit Nernst besetzt.

**228 a. Schreiben des Kultusministers Otto Boelitz an Finanzminister Ernst von Richter.
Berlin, 5. August 1924.**

*Genehmigtes Konzept mit handschriftlichen Korrekturen, gez. Becker.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 3, S. 120–123.¹*

Planck verdient eine Erhöhung seines Grundgehalts auf 13.000 M, denn dieser Gelehrte von Weltruf hat einen Ruf im Vertrauen auf eine gewisse Entschädigung abgelehnt. Trotz Begrenzung der Spitzengehälter muss ausnahmsweise auch Einzelgehalt III möglich sein.

Vgl. Einleitung, S. 155.

Auf das gefällige Schreiben vom 29. Juli 1924 – I B 3247 –, Prof. Planck betreffend.

Den Ausführungen Euer Exzellenz gegenüber muß ich mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die unbedingt notwendige Erhöhung des Grundgehalts des Geheimrats Planck von Euer Exzellenz mit Gründen abgelehnt wird, die ich nicht unwidersprochen lassen kann, da sie grundsätzlicher Natur sind. Prof. Planck hätte den an ihn ergangenen Ruf niemals abgelehnt, wenn er nicht vorausgesetzt hätte, daß der Wille der Unterrichtsverwaltung, ihm eine geringe Entschädigung für die Ablehnung des an ihn ergangenen großen Angebots zu gewähren, zur Durchführung käme. Es würde demnach zu Mißdeutungen Anlaß geben, wenn nunmehr, nachdem Prof. Planck sich bereit gefunden hat, daraufhin den Ruf abzulehnen, das Argument, er habe bereits abgelehnt, gegen eine Mehrbewilligung angeführt würde. Ich kann leider auch nicht umhin auszusprechen, daß dies Argument für mich auch insofern von grundsätzlicher Bedeutung ist, als es schlechterdings bei der Schnelligkeit, die gerade bei Wegberufungen die Entschlüsse der betreffenden Gelehrten erfordern, außerordentlich mißlich wäre, wenn ich nicht mehr das Vertrauen haben könnte, daß ich seitens der Finanzverwaltung Unterstützung finde, wenn es gilt, einen Gelehrten von größtem Weltrufe der Universität Berlin zu erhalten. Ich muß es beklagen, wenn in einem solchen Sonderfall einem Gelehrten vom Range Plancks eine Gehaltsaufbesserung nicht zugestanden werden soll, weil der betreffende Gelehrte in absehbarer Zeit von der Verpflichtung zur Vorlesungstätigkeit entbunden wird. Euer Exzellenz ist bekannt, daß die Wirksamkeit der Professoren an der Universität über ihre Verpflichtung zur Lehrtätigkeit hinaus, in ihrer Forschungstätigkeit besteht, und daß auch die freiwillige Lehrtätigkeit eines Gelehrten wie Prof. Planck, ebenso wie dessen über das 68. Lebensjahr hinaus fortgesetzte Forschungstätigkeit für die Naturwissenschaften und ihre Pflege an der Universität Berlin von unschätzbarem Werte sein muß. Euer Exzellenz habe ich schon in mehreren Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß die Begrenzung des Spitzengehalts, wie sie gegenwärtig

¹ Wiedergegeben ist die handschriftlich korrigierte Fassung einschließlich einer gestrichenen Passage in [...].

vorliegt, mir nur dann zugänglich erscheint, wenn in einzelnen wenigen Fällen auch darüber hinaus – mindestens bis zum Einzelgehalt III – gegangen werden kann. Andernfalls könnte ich im Hinblick auf die von mir mehrfach erwähnten Verhältnisse der übrigen Hochschulländer die Verantwortung für das Berufungswesen nicht mehr tragen.

Euer Exzellenz bitte ich, sich auf Grund meiner Ausführungen damit einverstanden erklären zu wollen, daß Prof. Planck das von mir beantragte Grundgehalt von 13.000 M. erhält. [Ich müßte es außerordentlich bedauern, wenn ich im vorliegenden Fall, der für mich naturgemäß einschneidende Bedeutung hat, genötigt würde, die Angelegenheit im Staatsministerium zur Besprechung zu bringen.]² Nachdem Euer Exzellenz in den vergangenen Jahren in ähnlichen Fällen wie dem vorliegenden meinen Wünschen entgegengekommen sind, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß auch die Angelegenheit des Prof. Planck zu einer für mich annehmbaren Vereinbarung zwischen unseren beiden Ressorts geführt werden könnte.

228 b. Schreiben des Finanzministers Ernst von Richter an Kultusminister Otto Boelitz.

Berlin, 26. August 1924.

Ausfertigung, gez. i. V. Weber.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 3, S. 141–143.

Da Planck bereits 66 Jahre alt ist und deshalb auch sein Übertritt in den Reichsdienst kaum möglich wäre, besteht kein Staatsinteresse an Erhöhung seines Grundgehalts. Anders als in der Vorkriegszeit sind die Spitzengehälter für Professoren nun fast so hoch wie die von Ministerialdirektoren und das Finanzministerium hat sie bereits 21 Professoren gewährt.

Vgl. Einleitung, S. 155.

Auf das gefällige Schreiben vom 5. dieses Monats – U I 6933 –, betr. Bewilligung eines Sondergehalts für den Prof. Dr. Planck an der hiesigen Universität.

In früheren Fällen, in denen es sich um die Bewilligung von Sondergehältern an Hochschulprofessoren handelte, habe ich solcher Maßnahme schon dann grundsätzliche Bedenken entgegenstellen müssen, wenn der gesetzliche Zeitpunkt für die Emeritierung des betreffenden Dozenten verhältnismäßig nahegerückt war. Auch eine Frist von noch mehreren Jahren bis zur Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze konnte ich dabei nicht als ausreichend erachten, um die Neugewährung eines auf Lebenszeit zahlbaren erhöhten Gehalts noch vertretbar erscheinen zu lassen. Vorliegend aber handelt es sich vollends um

² *Dazu ist es wegen des weiteren Schriftwechsels nicht gekommen, vgl. Dok. Nr. 228 c.*

einen Universitätslehrer in solchem Lebensalter (Planck ist im April 1858 geb.), daß er nach den gegenwärtigen Bestimmungen regelrecht bereits seit nahezu Jahresfrist emeritiert sein müßte. In Fällen dieser Art, in denen dem Staate auf fernere Dienstleistung des Beamten kein rechtlicher Anspruch mehr zusteht, muß meines Erachtens an der Ausschließung neuer Gehaltserhöhungen grundsätzlich festgehalten werden.

Im übrigen ist an Prof. Planck nach den seitens des Reichsministeriums des Innern hierher gemachten Mitteilungen amtlich wegen Übernahme der Leitung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt überhaupt nicht mehr herangetreten worden. Es wäre bei Plancks vorgerücktem Lebensalter auch die Durchführung einer neuen Übernahme in den Reichsdienst, nach dem seitens des Reichs ebenfalls die Altersgrenze für seine Beamten eingeführt ist, füglich zu bezweifeln gewesen. Jedenfalls hat auch eine Entschließung der zuständigen Reichsressorts über ein Planck zu machendes besonderes Gehaltsangebot (nach der Anführung im gefälligen Schreiben vom 17. vorigen Monats – U.I. 6731 – 3 000 M pensionsfähige Zulage neben dem Einzelgehalt von 12.000 M) nicht stattgefunden. Unter solchen Umständen dürfte schon an sich ein Anlaß dazu entfallen, für Prof. Planck zwecks Erhaltung seiner Wirksamkeit an der Universität einen Gehaltszuschuß gemäß der Bestimmung in Abschnitt B Ziffer 3 der Schlußbemerkungen in der Besoldungsordnung zu bewilligen.

Was im allgemeinen den gegenwärtigen Stand der Sondergehälter für Hochschulprofessoren betrifft, so glaube ich gegenüber den dortigen Ausführungen das Bewußtsein für mich in Anspruch nehmen zu können, daß meinerseits auf die dortigen Anträge sowohl nach der Zahl der Fälle, in denen Sondergehälter zugestanden sind, als auch nach dem Ausmaß der Gehaltszuschüsse das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt ist. In letzterer Hinsicht dürfte der Hinweis darauf genügen, daß der Höchstbetrag eines Professorengehalts, der in der Vorkriegszeit (12.000 M) das Höchstgehalt eines Ministerialrats nur um 500 M überstieg und um 5.000 M hinter dem Endgehalt eines Ministerialdirektors zurückblieb, gegenwärtig (im Betrage von 12.648 M) über das Höchstgehalt eines Ministerialrats um 3.048 M hinausgeht und hinter dem Gehalt eines Ministerialdirektors nur noch um 852 M zurückbleibt. Dabei ist solcher Höchstbetrag (12.648 M) unter den rd. 50 Fällen, denen Sondergehälter gewährt werden, nicht weniger als bereits achtmal bewilligt, und in 13 weiteren Fällen bleibt das gewährte Sondergehalt (12.216 M) auch nur um 432 M hinter dem Höchstsatz zurück. Hinsichtlich meiner grundsätzlichen Bedenken gegen eine weitere Steigerung des letzteren gestatte ich mir auch auf mein Schreiben vom 21. dieses Monats – I B. 3613 – Bezug zu nehmen.

**228 c. Schreiben des Finanzministers Ernst von Richter
an Kultusminister Otto Boelitz.**

Berlin, 22. Dezember 1924.

Ausfertigung, gez. v. Richter.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 3, S. 167–168.

Da Planck die Präsidentenstelle der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt auf Wunsch des Kultusministeriums nicht annahm, ist eine Erhöhung seiner Dienstbezüge angemessen.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass er als preußischer Emeritus eine höhere Pension erhalten wird.

Vgl. Einleitung, S. 155.

Auf das gefällige Schreiben vom 25. Oktober dieses Jahres – U I 7115 –

Nach der nunmehr erfolgten Klarstellung des Sachverhalts, wonach Prof. Planck tatsächlich auf die ihm angebotene Stelle als Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt auf dortigen Wunsch verzichtet hat, bin ich zwar nach Möglichkeit zu Entgegenkommen hinsichtlich einer Aufbesserung seiner bisherigen Dienstbezüge bereit. Indessen muß für die Neubewilligung notwendig dasjenige Maß die zulässige Höchstgrenze bilden, durch das die Schadloshaltung des Genannten für den sich aus seinem Verzicht ergebenden Ausfall an Einkommen erreicht wird. Daß eine Entschädigung für die Zeit nach der Emeritierung nicht in Frage kommen kann, vielmehr Planck beim Übertritt in den Reichsdienst nach Ablauf der aktiven Dienstzeit durch den Verlust des Rechts auf Emeritierung (anstatt Pensionierung) sogar wesentlich schlechter gestellt sein würde, ist unzweifelhaft. Da eine persönliche Gehaltszulage, wie solche dem Prof. Planck im Betrage von jährlich 3.000 M neben seinem Gehalt als Präsident der obengenannten Reichsanstalt in Aussicht gestellt war, im Reiche grundsätzlich nur nichtpensionsfähig bewilligt werden kann, so würde seine Pension nur nach einem Dienstehloommen von (12.000 M Grundgehalt + 1.200 M Gehaltszuschuß + 1.020 M Wohnungsgeldzuschuß =) 14.220 M zu berechnen sein und sich danach günstigen Falls (bei 80 % des letztbezogenen Dienstehloommens) auf 11.376 M stellen, während er im Falle seiner Emeritierung als Universitätsprofessor ein Dienstehloommen von jährlich (10.500 M Grundgehalt + 1.050 M Gehaltszuschuß + 1.428 M Wohnungsgeldzuschuß =) 12.978 M behält. Seine finanzielle Besserstellung als emeritierter Professor, nämlich um jährlich (12.978–11.376 RM =) 1.602 M, ist also beträchtlich.

Es kann sich daher nur noch um einen Vergleich derjenigen Bezüge handeln, die Planck während seiner aktiven Dienstzeit einerseits im Reichsdienst haben würde und andererseits als Universitätsprofessor tatsächlich hat. Vor abschließender Stellungnahme bitte ich daher, mir gefälligst noch eine Mitteilung über die letzteren Bezüge (Grundgehalt, Gehalts-

zuschuß, Wohnungsgeldzuschuß, Honorargarantie usw.), und zwar getrennt für den Zeitpunkt des Stellenangebots des Reichs und für die Gegenwart, zukommen zu lassen.³

229. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium.

Berlin, 4. Dezember 1926.

Ausfertigung, gez. Petersen als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 3, S. 337–349.

Für das bisher von Max Planck innegehabte Ordinariat für theoretische Physik kommt, da Albert Einstein nicht als volle Lehrkraft in die Fakultät eintreten will, als Nachfolger in erster Linie Arnold Sommerfeld – München in Frage. Nächst ihm stehen Erwin Schrödinger – Zürich und Max Born – Göttingen. Peter Debye – Zürich ist primär Experimentalphysiker und Werner Heisenberg – Göttingen noch zu jung.

Vgl. Einleitung, S. 156.

Durch den Erlaß vom 21. Mai 1926 – U I Nr. 6648 – ist die Philosophische Fakultät aufgefordert, dem vorgeordneten Ministerium drei Vorschläge für die Wiederbesetzung des durch die Emeritierung des Herrn Planck erledigten Lehrstuhles für theoretische Physik zu unterbreiten. Die Fakultät ist durch das Ausscheiden dieses hochangesehenen Forschers, der in voller Kraft und Frische sein Lehramt versieht, in eine Lage versetzt, die die Härte des Emeritierungsgesetzes und die Schwierigkeit des Ersatzes ganz besonders empfinden läßt. Als natürlicher Nachfolger des Herrn Planck käme zuerst Herr von Laue in Betracht, welcher genau das nämliche Fach vertritt und auch schon seit 5 Jahren die Leitung des Instituts für theoretische Physik inne hat. Indessen würde durch eine solche Regelung die vorliegende Berufsfrage nicht gelöst, sondern nur verschoben. Denn in diesem Falle würde es notwendig sein, Herrn von Laue durch eine andere Lehrkraft zu ersetzen. Die Fakultät kann unter keinen Umständen darauf verzichten, daß die theoretische Physik an unserer Universität nach wie vor durch zwei Ordinarien vertreten wird. Das entspricht der Bedeutung und der ungemein lebhaften Entwicklung, welche die physikalische Forschung

³ *Nach einem weiteren Schriftwechsel (Bl. 173–179 der Akte) sandte das Kultusministerium einen Briefentwurf vom März 1925 (Bl. 212–214), in dem betont wurde, dass in Professorenkreisen Erbitterung über die Missachtung des genialen Gelehrten Planck bestehe und die Bemessung von Lehraufträgen bzw. Kolleggeld-Garantie allein dem Kultusministerium zustehe, nicht mehr ab, sondern vermerkte (Bl. 213), dass man auf Weiterverfolgung verzichte und Planck auch als Pensionär einen mit 3.000 RM vergüteten Lehrauftrag zuwenden werde, was die erbetene 2.500 RM Gehaltserhöhung ausglich.*

gerade in den letzten Jahren angenommen hat. Daher bleibt jedenfalls die Aufgabe bestehen, eine neue Lehrkraft im Fache der theoretischen Physik für Berlin zu gewinnen, und die Regelung des Verhältnisses ihrer Stellung zu der des Herrn von Laue kommt erst in zweiter Linie in Frage.

Um bei ihrer Auswahl zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen, hält es die Fakultät für angezeigt, zuerst eine allgemeine Umschau unter den deutschen theoretischen Physikern der Gegenwart zu halten, wobei es sich von selbst versteht, daß nur die hervorragendsten, diese aber alle, genannt werden müssen.

Eine einzigartige Stellung unter ihnen nimmt Albert Einstein ein, welcher nicht nur auf allen Gebieten der theoretischen Physik bahnbrechend gewirkt, sondern auch das älteste und wichtigste Gebiet, die Mechanik, welche seit Jahrhunderten als abgeschlossen galt, auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat. Die Fakultät würde es daher an sich begrüßen, wenn es gelänge, Herrn Einstein, der als Lesendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften schon mit ihr in amtlicher Beziehung steht, noch näher zu ihren Arbeiten heranzuziehen. Jedoch hat eine vertrauliche Anfrage ergeben, daß Herr Einstein an seinem gegenwärtigen Verhältnis zur Fakultät, das ihn durchaus befriedigt, keine Änderung vorgenommen zu sehen wünscht.

Damit ist die Notwendigkeit gegeben, den Blick nach außen zu richten. In erster Linie denken wir an Arnold Sommerfeld, Professor der theoretischen Physik an der Universität München. Sommerfeld ist geb. 1868 in Königsberg, promovierte 1891 ebendasselbst und habilitierte sich dann in Göttingen. Im Jahre 1897 wurde er an die Bergakademie Clausthal gerufen, 1900 an die Technische Hochschule Aachen und 1906 als Ordinarius an die Universität München. Sommerfeld ist aus der Mathematikerschule von Felix Klein hervorgegangen, er wurde aber durch den offenen Sinn seines Lehrers für die Probleme der Physik und der Technik schon frühzeitig auf physikalische Fragen hingelenkt, und sein Interesse dafür wurde besonders verstärkt durch seine Berufung nach Aachen. Seitdem hat er sich ganz der Physik gewidmet und ist im Lauf der Jahre in den verschiedensten Zweigen seiner Wissenschaft führend und fördernd vorangegangen. Seine ersten bedeutenderen Arbeiten behandelten die Theorie des Kreisels und die Lorentzsche Theorie der Elektronen. Damals erregte besonderes Interesse die Frage nach den Bewegungsgesetzen der Elektronen mit Überlichtgeschwindigkeit. Ist auch diese Frage gegenwärtig seit der Durchführung der Relativitätstheorie physikalisch gegenstandslos geworden, so stellt doch ihre Behandlung durch Sommerfeld auch heute noch eine namhafte mathematische Leistung vor. Eine andere grundlegende Leistung von bleibendem Wert bildet seine Behandlung optischer Beugungsprobleme. Ihm als Erstem gelang es im Jahre 1895, für ein derartiges Problem, nämlich die Lichtbeugung an einem Schirm mit geradlinigem Rande, die exakte Lösung zu finden. Später ging er von den Lichtwellen über zu den langen Wellen, wie sie in der drahtlosen Telegraphie benutzt werden, und erzielte hier durch die Aufstellung und durch die physikalische Interpretierung der Gesetze ihrer Fortpflanzung unter dem Einfluß der leitenden Erde Erfolge, die in gleicher Weise theoretisch und praktisch von Bedeutung sind. Fast noch wichtiger als die genannten sind seine Arbeiten im letzten Jahrzehnt, die der

Erforschung des Atombaues und der Spektrallinien galten. Er hat ihre Ergebnisse, unter denen in erster Linie die Berechnung der Feinstruktur und die Aufklärung der Gesetze der Röntgenserien zu nennen sind, zusammen mit den einschlägigen Resultaten anderer Forscher in einem Werke zusammengefaßt, welches allgemein als das erste seiner Art gilt und im In- und Auslande als grundlegend auf diesen Gebieten benutzt wird. Sommerfeld beherrscht souverän alle Methoden der theoretischen Physik. Mit seinem klar abwägenden Urteil und mit seiner reichen Erfahrung verbindet er eine enorme Arbeitskraft. Er hat zahlreiche tüchtige Schüler herangezogen und durchgebildet. Seine Übersiedelung an unsere Universität würde eine wertvolle Bereicherung ihres Lehrbetriebs bedeuten.

Sollte es nicht gelingen, Sommerfeld zu gewinnen, so hält es die Fakultät für angezeigt, auf die jüngere Generation zurückzugreifen, innerhalb welcher sich in den letzten Jahren ein vielversprechender Nachwuchs von zahlreichen frischen Kräften herangebildet hat. Indem wir die Namen der hervorragendsten unter ihnen herausgreifen, nennen wir, zunächst nach ihrem Lebensalter geordnet, die vier Physiker Max Born, Peter Debye, Erwin Schrödinger, Werner Heisenberg.

Max Born, Professor der theoretischen Physik in Göttingen, geb. 1882 in Breslau, promovierte 1907 in Göttingen, habilitierte sich 1909 ebendort, wurde 1915 Extraordinarius in Berlin, 1919 Ordinarius in Frankfurt und wirkt seit 1921 in Göttingen. Über seine Bedeutung als Forscher und seine Fähigkeiten als Lehrer hat die Fakultät bereits vor 11 Jahren, als sie ihn zur Berufung an die hiesige Universität in Vorschlag brachte, ausführlich berichtet. Sie kann dem heute noch hinzufügen, daß er in seiner hiesigen Tätigkeit den in ihn gesetzten Erwartungen voll entsprochen hat, und daß sie sein Ausscheiden im Jahre 1919 nur deshalb nicht unlieb empfunden hat, weil an seine Stelle Herr von Laue trat. Seit jener Zeit hat er sich vorwiegend mit der Dynamik der Kristallgitter und weitergehend mit den Problemen der Atomdynamik beschäftigt. Neuerdings hat er die von Heisenberg und von Schrödinger in die Quantentheorie eingeführten neuen Ideen mathematisch weiter ausgebaut und zu neuen wertvollen physikalischen Schlüssen verwendet. Die Vorzüge seiner Arbeitsweise, die möglichst lückenlose Durchführung beziehungsweise Durchrechnung genau formulierter Hypothesen mit Aufbietung eines enormen, mitunter recht entsagungsvollen Fleißes sowie die elegante Formulierung und klare Darstellung der Ergebnisse haben sich immer wieder bewährt. Als gewandter Lehrer weiß er auch seine Schüler zu ähnlich gründlicher Bildung und Gewissenhaftigkeit anzuregen. Im letzten Jahre hat er an verschiedenen Orten Amerikas Vorlesungen gehalten, die ihm mehrere verlockende Rufe dorthin eintrugen. Bisher hat er ihnen glücklicherweise Widerstand geleistet.

Im Lebensalter nahe stehend und an wissenschaftlicher Bedeutung Born ebenbürtig ist Peter Debye, Professor am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. Geboren 1884 in Maastricht, bereitete er sich ursprünglich auf einen technischen Beruf vor, wurde aber von seinem Lehrer Sommerfeld für die Physik gewonnen und ging mit diesem zusammen nach München, wo er sich 1910 habilitierte. Sodann wurde er berufen an die Universitäten Zürich, Utrecht, Göttingen und im Jahre 1920 an das Polytechnikum in Zürich. Debyes

bevorzugtes Arbeitsgebiet ist die Molekularphysik. Hier hat er bahnbrechend gewirkt und neue tiefgehende Gesetzmäßigkeiten enthüllt. Seine Hauptleistung ist die Feststellung des Einflusses der Temperatur auf verschiedenartige physikalische Größen, insbesondere die spezifische Wärme, durch eine glückliche und geschickte Verwertung der Quantenstatistik für die Eigentümlichkeiten thermodynamischer und elektrischer Vorgänge. Mit seiner Begabung für theoretische Spekulationen verbindet er einen praktischen Blick für Aufgaben der Experimentalphysik, wie er denn auch seit seiner Berufung nach Göttingen als Leiter des Instituts für Experimentalphysik tätig ist.

Geht man im Lebensalter noch etwas weiter zurück, so ragt unter verschiedenen tüchtigen und hoffnungsvollen Kräften durch ganz besondere Leistungen hervor Erwin Schrödinger, ordentlicher Professor der theoretischen Physik an der Universität Zürich. Er ist geb. 1887 in Wien, wo er auch 1910 promovierte und sich 1914 habilitierte. Im Jahre 1920 wurde er an die Technische Hochschule Stuttgart berufen, 1921 als Ordinarius an die Universität Breslau und noch in demselben Jahre an die Universität Zürich. Schon seit Jahren ist Schrödinger vorteilhaft bekannt durch seine gewandte, frisch zupackende und dabei doch sehr gründliche Art, sich die ihn interessierenden neuen Probleme der Physik auf den verschiedensten Gebieten herauszusuchen und sie durch originelle und tiefe Ideen zu fördern mit dem ganzen Rüstzeug, welches die mathematischen und physikalischen Methoden jeweils zur Verfügung stellen. Diese Arbeitsweise hat er unter anderem bewährt bei der Behandlung von Problemen der Statistik der Materie, der optischen Interferenzrechnungen, der physiologischen Farbentheorien. Neuerdings ist ihm ein besonders großer Wurf gelungen durch seinen genialen Gedanken der Auflösung der bisherigen korpuskularen Mechanik in eine undulatorische Mechanik mittels der von ihm aufgestellten Differentialgleichung für die Wellenfunktion. Wenn dieser Schritt sich einerseits als eine natürliche Weiterbildung der klassischen Mechanik darstellt, so zeigt er andererseits einen eigenartigen Zugang in das bisher gänzlich abseits gelegene Gebiet der Quanten, von deren Natur er dadurch eine einigermaßen anschauliche Vorstellung zu liefern verspricht. Zahlreich sind die Folgerungen, welche Schrödinger selber bereits aus dieser glücklichen Entdeckung ableiten konnte, noch zahlreicher die Anregungen, die er damit nach allen Seiten hin ausgestreut hat. Obwohl Schrödingers Theorie noch nicht in ganz abgeschlossener Form vorliegt und man damit ihre Tragweite noch nicht vollständig übersehen kann, dürfte sie doch den größten Fortschritt der Quantentheorie seit Beckers Deutung der Bahnenserie darstellen. Es kommt hinzu, daß Schrödinger im Vortrag wie im Gespräch eine vortreffliche, durch Einfachheit und Prägnanz ausgezeichnete Darstellungsgabe besitzt, deren Eindruck durch das gewinnende Temperament des Süddeutschen noch verstärkt wird.¹

Schließlich darf in einem Verzeichnis der gegenwärtig hervorragendsten theoretischen Physiker Deutschlands der Name des jugendlichen Dr. Werner Heisenberg, Privatdozent in Göt-

¹ Englische Übersetzung der vorstehenden Passage aus der Fakultätsakte der Humboldt-Universität bei: Moore, Walter, *Schrödinger. Life and Thought*, Cambridge 1993, S. 234.

tingen, derzeit Assistent bei Niels Bohr in Kopenhagen, nicht fehlen, der vermöge seiner theoretischen Leistungen auf dem Gebiet der Atomphysik, besonders der Spektrallinien und ihrer magnetischen Aufspaltung, schon jetzt mit seinen 23 Jahren eine führende Rolle in der Wissenschaft ausübt und bei günstiger Weiterentwicklung später einmal sicherlich zu den Forschern ersten Ranges zählen wird. Für eine Berufung als Ordinarius an unsere Universität kann er freilich heute, schon in seinem eigenen Interesse, noch nicht in Frage kommen. Auch bezüglich des Herrn Debye glaubt die Fakultät von einer Einfügung in ihre jetzige Vorschlagsliste Abstand nehmen zu sollen. Wenn schon der Umstand, daß Debye seit Jahren einem Institut für Experimentalphysik als Direktor vorsteht, es fraglich erscheinen läßt, ob er sich bereithalten würde, auf das unmittelbare Verfügungsrecht über die experimentellen Forschungsmittel zu verzichten, so ist von entscheidender Bedeutung die Erwägung, daß Debye der mathematischen Seite der physikalischen Probleme nicht das tiefer eindringende Interesse entgegenbringt, welches für einen gründlichen Unterricht in der theoretischen Physik notwendige Voraussetzung ist, und das sich sowohl bei Born wie auch bei Schrödinger in reichem Maße vorfindet.

Somit bleiben für unsere Vorschlagsliste außer Sommerfeld nur noch Born und Schrödinger übrig. Es ist der Fakultät nicht leicht geworden, darüber zu entscheiden, welchem von diesen beiden Gelehrten sie den Vorzug geben soll. Wenn sie sich nach reiflicher Überlegung entschlossen hat, Schrödinger an die zweite und Born an die dritte Stelle zu setzen, so war dafür ausschlaggebend die Erwägung, daß den physikalischen Leistungen Schrödingers doch wohl eine noch tiefere Originalität und eine stärkere schöpferische Kraft inne wohnt. Damit sollen keinesfalls die Verdienste des Herrn Born geschmälert werden, der gegenwärtig in Göttingen im Verein mit den Experimentalphysikern Franck und Pohl in Forschung und Unterricht eine vorbildlich fruchtbare Tätigkeit entfaltet. Die Fakultät hegt das volle Vertrauen, daß ein jeder der drei von ihr vorgeschlagenen Forscher den Aufgaben seines hiesigen Wirkungskreises in vorzüglicher Weise gerecht werden würde, und richtet an das Ministerium die dringende Bitte, aus ihrer Mitte den Nachfolger des Herrn Planck zu entnehmen.²

Die Berufungskommission für die Nachfolge des von seinen Pflichten entbundenen Prof. Dr. Planck setzte sich unter dem Vorsitz des Dekans zusammen aus den Herren: Bodenstein, Dessoir, von Ficker, Guthnick, Haber, Johnsen, Köhler, von Laue, H. Maier, von Mises,

2 *Sommerfeld erreichte in Bleibeverhandlungen mit dem bayerischen Kultusministerium einen Ausbau seines Instituts und die Schaffung eines neuen Extraordinariats, so dass er wegen der besseren Arbeits- und Lebensbedingungen in München Berlin ablehnte, vgl. Eckert, Sommerfeld, S. 382–385. Die Vereinbarung mit Schrödinger Ende 1926 (Bl. 358 f. der Akte) sah 12.552 RM Gehalt plus 10 % üblichen Zuschlag, 10.000 RM Garantie, eine Remuneration von 3.000 RM für die höhere Berliner Miete sowie einen zweiten Assistenten, jährlich 1.500 RM Etat und 5.000 RM einmalig für das Institut vor.*

Nernst, Planck, Schlenk, Erh. Schmidt, Thoms und Wehnelt. Die Gutachten der Nichtordinarien sind beigefügt.³

230 a. Gutachten von Prof. Friedrich Paschen, Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, für die Philosophische Fakultät der Universität Berlin.

Berlin-Charlottenburg, 18. November 1932.

Ausfertigung, gez. Paschen.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 4, S. 300–305.

Für den wichtigsten deutschen Physik-Lehrstuhl passen am besten Peter Debye – Leipzig und Gustav Hertz – Berlin, Hans Geiger – Tübingen sowie Otto Stern – Hamburg. James Franck ist ein exzellenter Forscher, aber hat Lehrtätigkeit vermieden und würde keine mehrstündige Vorlesung halten.

Vgl. Einleitung, S. 156.

Euer Spektabilität beehre ich mich, in Beantwortung der an mich unter dem 5. November gerichteten Anfrage nach der Nachfolgerschaft des Herrn Geheimrat Nernst für den Lehrstuhl der Physik das Folgende darzulegen:

Bei der Besetzung dieses für die deutsche Physik wichtigsten Lehrstuhles können nur solche Physiker in Betracht gezogen werden, welche sowohl in ihren wissenschaftlichen Leistungen wie in ihren Lehrerfolgen unter den deutschen Physikern an erster Stelle stehen. Der wissenschaftlich bedeutende Ruf allein würde nicht genügen, da das Bedürfnis nach einer hervorragenden Vorlesung über experimentelle Physik in Berlin als ein höchst dringliches empfunden wird. Andererseits muß die Universität Berlin zugleich den größten Wert auf einen Namen von anerkanntem wissenschaftlichem Ruf legen.

Unter den deutschen Physikern ist wohl P. Debye in Leipzig derjenige, der beiden Anforderungen zugleich in besonderem Maße entspricht. Er ist bekannt als hervorragender Forscher auf verschiedenen Gebieten (elektrische Wellen, Röntgenstrahlen) und er ist ein äußerst gewandter Dozent von packender Darstellungskraft. Seine Vorlesungen stehen wissenschaftlich auf hoher Stufe und sind dabei so populär, daß auch Mediziner und Naturwissenschaftler angeregt werden. Aus diesen Gründen verdient Debye die Nennung an erster Stelle. Gegen seine Berufung nach Berlin könnte man folgendes einwenden: Debye ist ursprünglich theoretischer Physiker, dessen vornehmstes Interesse auch heute noch der Theorie gilt. Das Experiment dient ihm in erster Linie zur Bestätigung theoretischer Schlüsse. Die großen Entdeckungen der Physik aber, welche theoretisch nicht vorauszusehen waren,

³ Liegen der Akte bei, Bl. 353 ff. Sie sprachen sich gleichfalls für Sommerfeld, Born und Schrödinger aus.

sind meistens von Experimentalphysikern gemacht, welche unbeeinflusst durch schulmäßige Erwägungen als Naturforscher ihre eigenen Wege gegangen sind (Beispiel P. Lenard). Ein solcher eigentlicher Experimentalphysiker ist Debye nicht. Es kommt hinzu, daß auch die von ihm zu verwaltenden Instituts-Einrichtungen jedenfalls nicht diejenige Liebe und Sorgfalt erfahren würden, welche ein Experimentalphysiker denselben selbstverständlich angedeihen lassen würde. Nach meiner Kenntnis dürfte dieses im Falle Debye zutreffen. Außerdem ist in Berlin die theoretische Physik gegenüber der Experimentalphysik bereits so überragend vertreten, daß auch aus diesem Grunde ein richtiger Experimentalphysiker vorzuziehen wäre. Diese Bedenken scheinen mir indessen gegenüber der hervorragenden wissenschaftlichen Persönlichkeit Debyes nicht durchschlagend zu sein.

Unter den Experimentalphysikern steht J. Franck in Göttingen an allererster Stelle. Sein Gebiet ist die experimentelle Prüfung der Quantentheorie in Fortsetzung der Probleme, welche er in seinem mit P. Jordan herausgegebenen Buche „Anregung von Quantensprüngen durch Stöße“, Springer 1926 behandelt hat. Seine Arbeiten sind in der ganzen Welt als vorbildlich anerkannt. Er hat den Nobelpreis dafür erhalten. Hinsichtlich der Bedeutung und des wissenschaftlichen Rufes wäre daher kaum ein besserer Physiker zu finden. Auch Debye würde ihn hierin nicht übertreffen. Leider steht es indessen mit der Lehrpraxis des Herrn Franck ungünstig. Es ist fraglich, ob Franck imstande wäre, eine mehrstündige Vorlesung durchzuführen. Er hat eine solche Lehrtätigkeit bisher stets vermieden und es scheint sicher, daß ihm eine große allgemeine Vorlesung über Experimentalphysik unsympathisch wäre, so daß eine solche, wenn er sie trotzdem zu halten gezwungen würde, hierunter leiden müßte. Bei dieser Sachlage würde es natürlich nicht richtig sein, Herrn Franck auf eine solche Vorlesung zu verpflichten. Man hat nun den Ausweg in Erwägung gezogen, neben Herrn Franck noch einen zweiten Physiker für die große Vorlesung zu berufen. Diesen Ausweg würde ich für äußerst bedenklich halten. Die Vorlesung ist eine wichtige Leistung des Hauptvertreters der Experimentalphysik, von der er nicht entbunden werden sollte, denn durch diese Vorlesung ist er erst imstande, seine wissenschaftliche Welt der großen Masse der Studierenden nahe zu bringen und dieselben anzuregen. Ohne Vorlesung kommt die wissenschaftliche Bedeutung des Physikers nur einer sehr beschränkten Zahl von Fachinteressenten zugute. Große Naturforscher wie Du Bois-Reymond, Bunsen usw. haben das allergrößte Gewicht auf ihre allgemeinen Vorlesungen gelegt und keine Mühe dabei gescheut. Sie haben damit außerordentlich viel zur Verbreitung nicht nur ihrer Ideen, sondern einer richtigen wissenschaftlichen Einstellung überhaupt beigetragen. Die Vorlesung eines bedeutenden Forschers bietet etwas anderes als diejenige eines noch so gelehrten Professors. Man käme daher zu dem Schluß, daß der zweite für die Vorlesung bestimmte Physiker ebenfalls ein Gelehrter von Weltruf sein müßte, und dies führt wiederum zu dem Ergebnis, daß alsdann dieser zweite Physiker allein genügen würde und Franck nicht berufen zu werden brauchte. Die Berufung zweier bedeutender Physiker würde übrigens schon aus dem Grund unmöglich sein, weil das Institut nur einem den angemessenen Wirkungskreis gewährt. Denn die Kompetenzen in dem Institute sind bereits auf mehrere Physiker verteilt (Wehnelt, Pringsheim),

ein Umstand, der sogar die Berufung eines einzigen Professors erschweren dürfte. So wünschenswert die Persönlichkeit Francks für die Berliner Physiker sein mag, scheint mir doch diese Lehrstelle nicht die für seine Berufung geeignete zu sein.

Als nächsten Vertreter der Experimentalphysik nenne ich G. Hertz in Charlottenburg. Er steht Franck in wissenschaftlicher Hinsicht sehr nahe, hat gemeinsam mit ihm den Nobelpreis erhalten, ist aber auf bedeutend breiterer wissenschaftlicher Basis erfolgreich tätig gewesen. Es gibt kaum ein Gebiet der Physik, auf dem sich Hertz noch nicht betätigt hätte, und zwar stets in erster Linie experimentell und stets mit neuen Ideen und erfolgreich. Dabei hat er eine hervorragende theoretische Bildung in mehreren seiner Arbeiten bewiesen. In der Tat ist Hertz unter den deutschen Physikern derjenige, aus dessen Arbeiten man auf die universellste Bildung schließen muß, ein Umstand, der mir bei der großen Verschiedenheit der physikalischen Disziplinen und der daraus folgenden Neigung zum Spezialistentum außerordentlich für die Berufung von Hertz gerade auf den Berliner Lehrstuhl zu sprechen scheint. Der umfassenden Bildung entsprechend stehen seine Vorträge auf hohem wissenschaftlichem Niveau. Sie sind in erster Linie experimentelle und als solche für die Allgemeinheit verständlich und anregend. Im Vergleich mit Debye würde er wegen seiner ausgezeichneten und originellen Begabung zum Experimentieren den Vorzug verdienen. In der gesamten wissenschaftlichen Bedeutung scheinen mir diese beiden Physiker gleichwertig zu sein und sollten in dem Berufungsvorschlag gleichwertig figurieren.

Als weiteren Experimentalphysiker nenne ich H. Geiger in Tübingen, wissenschaftlich bekannt durch seine berühmten Arbeiten auf dem Gebiete der Radioaktivität und Quantenphysik, experimentell glänzend veranlagt, in der Cambridger Schule von Rutherford gebildet und bei der Einrichtung des radioaktiven Laboratoriums der Reichsanstalt bewährt. Er hält eine gute Vorlesung und hat die experimentellen Einrichtungen seines Institutes in Tübingen außerordentlich gefördert. Er lehnte kürzlich einen Ruf nach Heidelberg ab, da ihm die Einrichtungen des Heidelberger Institutes nicht genügten. Ich muß Geiger Herrn Hertz nachstellen, da seine Betätigung nicht so universell ist. In der Tat ist er ein ganz spezieller Radiologe und hat auf keinem anderen Gebiete der Physik veröffentlicht. Eine allgemeinere experimentelle Bildung hat er indessen sicherlich in der englischen Schule erhalten. In Geiger würde Berlin jedenfalls einen hoch angesehenen Forscher und guten Lehrer erhalten.

An letzter Stelle nenne ich O. Stern in Hamburg, bekannt durch thermodynamische und berühmt durch seine Arbeiten über die von ihm entdeckten Atomstrahlen und die damit zusammenhängende Förderung der Quanten- und Atom-Physik. Stern ist physikalischer Chemiker, beschäftigt sich aber seit langer Zeit mit rein physikalischen Problemen. Er ist auch ursprünglich ein Theoretiker, hat sich aber durch seine Arbeiten als ein ebenso glänzender Experimentalphysiker von großer Originalität ausgewiesen. Über seine Lehrbefähigung bin ich nicht so eingehend informiert wie bei den vorhergehenden Physikern. Ich habe einen seiner Vorträge gehört, welcher interessant und anregend war, so daß in dieser Beziehung jedenfalls keine Bedenken bestehen dürften. Ich nenne Stern an letzter Stelle, weil er als physikalischer Chemiker der reinen Physik und ihren Grundlagen nicht so nahe

steht, wie die Physiker. Im Einklang damit können seine Leistungen nur, soweit sie physikalische sind, in Betracht gezogen werden, und diese würden meiner Meinung nach denen der vorgenannten Physiker nicht vorgezogen werden können.

Zusammenfassend möchte ich folgende Berufungsliste als angemessen ansehen:

1. P. Debye in Leipzig und G. Hertz in Charlottenburg aequo loco,
2. H. Geiger in Tübingen,
3. O. Stern in Hamburg.

230 b. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für das Kultusministerium.

Berlin, 16. Dezember 1932.

Ausfertigung, gez. Hartung als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 4, S. 282–291.

Als Nachfolger von Nernst im Ordinariat für Experimentalphysik werden vorgeschlagen:

Franck – Göttingen, die bedeutendste wissenschaftliche Persönlichkeit, Geiger – Tübingen und Stern – Hamburg. Franck soll gewonnen werden, selbst wenn er die experimentalphysikalische Hauptvorlesung nicht übernehmen will.

Vgl. Einleitung, S. 156.

Bericht betr.: Nachfolge Nernst.

Bei der Beratung über die Nachfolge des ordentlichen Prof. Nernst (U I Nr. 6302 II, 1) stand die Fakultät vor der erfreulichen Aufgabe, unter einer größeren Anzahl ausgezeichnete Physiker eine engere Auswahl zu treffen.

In Betracht zu ziehen waren:

Debye / Leipzig,
Franck / Göttingen,
Gans / Königsberg,
Geiger / Tübingen,
Gerlach / München,
Hertz / Charlottenburg,
Pringsheim / Berlin,
Pohl / Göttingen,
Ramsauer / Berlin,
Schaefer / Breslau,
Stern / Hamburg,
Wehnelt / Berlin.

Die im Physikalischen Institut der Universität arbeitenden Herren Pringsheim und Wehnelt haben gebeten, von ihnen abzusehen; Debye, obwohl ein ganz hervorragender Physiker, schied ebenfalls aus, weil er, wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend Theoretiker ist, und die theoretische Physik an unserer Hochschule bereits, wie in der ganzen Welt anerkannt, in geradezu einzigartiger Weise vertreten ist.¹

Die Fakultät entschied sich nach reiflicher Erwägung für die Liste

Franck,
Geiger,
Stern.

1.) Unter allen deutschen Physikern hält die Fakultät Herrn Franck für die bedeutendste wissenschaftliche Persönlichkeit und den erfolgreichsten Forscher und setzt darum seinen Namen an die Spitze ihrer Vorschlagsliste.

James Franck, geb. 1882, promovierte 1906 in Berlin, habilitierte sich ebenda 1911; 1916 nichtbeamteter außerordentlicher Professor, 1918–1920 Mitglied der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft im Kaiser Wilhelm-Institut für physikalische Chemie, seit 1920 ordentlicher Professor der Experimentalphysik in Göttingen; einen Ruf nach Berlin, der ihm 1923 zuteil wurde, glaubte er unter den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht annehmen zu können; als ihm im Jahre 1929 die Nachfolge auf den Lehrstuhl W. Wiens in München angeboten wurde, gelang es dem preußischen Ministerium, ihn in Göttingen zu halten.

Francks wissenschaftliche Arbeiten zeigen eine besonders glückliche Mischung von anschaulichem Vorstellungsvermögen und schöpferischer Phantasie, die es ihm ermöglicht, mit Hilfe verhältnismäßig einfacher Experimente der Forschung grundsätzlich neue Wege zu weisen. Eine erstaunlich große Anzahl von ihm zuerst eingeführter Begriffe und Bezeichnungen ist heute schon Gemeingut aller auf dem Gebiet der Atom- und Molekül-Physik Arbeitenden. Die Franckschen Arbeiten gehen aus von der Untersuchung der elektrischen Leitungsvorgänge in Gasen, führen zur Entdeckung der Bewegungsgesetze der Elektronen in Gasen und schließlich der Ionisierungs- und Anregungsspannung in ihrem Zusammenhang mit den optischen Eigenschaften der Atome. Für diesen ersten experimentellen Nachweis der Bedeutung, die das Energiequant in der Atomphysik besitzt, erhielt er gemeinsam mit seinem damaligen Mitarbeiter Gustav Hertz später (1926) den Nobelpreis.

Es folgt nun eine Reihe von Untersuchungen über die Zustände angeregter Atome und die Energieübertragung von solchen auf andere Systeme durch Stöße zweiter Art, es werden die Gesetzmäßigkeiten aufgefunden, nach denen solche Stöße zu sekundärer Lichtemission, zur Vermehrung der Wärmeenergie oder zur Einleitung chemischer Prozesse führen können; daraus ergibt sich die Erklärung der lange bekannten photo-chemischen Sensibi-

¹ *Die Passage zu Debye auch zit. in: Kant, Horst, Peter Debye als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin, in: Hoffmann, Dieter/Walker, Mark (Hrsg.), „Fremde“ Wissenschaftler im Dritten Reich. Die Debye-Affäre im Kontext, Göttingen 2011, S. 76–109, hier S. 81.*

lisierung. Danach wendet sich Franck der Untersuchung zweiatomiger Moleküle zu, er deutet mit Hilfe des „Franck-Condon-Prinzips“ die Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen den möglichen Energiezuständen solcher Moleküle und die daraus resultierenden Intensitätsverhältnisse in Bandenspektren und errechnet aus der sogenannten Konvergenzgrenze der Banden die Dissoziationsarbeit der Moleküle. Die Photochemie, soweit sie sich mit optischen Dissoziationsprozessen beschäftigt, wird durch diese Franckschen Gedanken außerordentlich gefördert. In letzter Zeit hat Franck begonnen, derartige Überlegungen auch auf die Untersuchung mehratomiger Moleküle zu übertragen.

Schon diese kurze Zusammenstellung zeigt, wie ungemein nutzbringend Francks Arbeiten auch für die Nachbargebiete der Physik wie Chemie oder Physiologie gewesen sind. Auf seinem eigenen Arbeitsgebiet, der Atomphysik, sind die Publikationen nicht zu zählen, die, von Forschern aller physiktreibenden Nationen ausgeführt, auf seine Ideen zurückgehen. Aber auch in seiner unmittelbaren Umgebung sind die von ihm stammenden Anregungen von größter Fruchtbarkeit. Seit der Zeit, da er seinen jüngeren Kollegen Hertz in die Atomforschung einführte, ist er von einer immer wachsenden Zahl von Mitarbeitern und Schülern umgeben, denen er nicht nur Kenntnisse und neue Gedanken, sondern auch Liebe und Begeisterung für die Wissenschaft mitteilt. So ist er ein Lehrer im besten Sinne des Wortes, er gehört zu den Wenigen, die man zur Zeit in Deutschland als das Haupt einer Schule bezeichnen kann.

2.) In einem gewissen Abstand von Franck, auf dessen Gewinnung die Fakultät allerhöchsten Wert legen zu müssen glaubt, werden weiterhin Geiger und Stern vorgeschlagen.

Hans Geiger, geb. 1882, ging nach seiner Promotion im Jahre 1906 nach England, wo er bis 1912 unter Rutherford arbeitete, der seiner ganzen Arbeitsrichtung die entscheidende Wendung gab. Von 1912–1925 wirkte er in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt als Leiter des neu gegründeten Laboratoriums für Radioaktivität. Während des Weltkrieges war er dauernd als Offizier an der Front. 1925 ging er als Ordinarius für Experimentalphysik nach Kiel, 1929 in gleicher Eigenschaft nach Tübingen. Einen kürzlich an ihn ergangenen Ruf nach Heidelberg lehnte er ab. Unter seinen Arbeiten ist zuerst eine von ihm gemeinsam mit Behm angegebene wichtige Verbesserung der Kundtschen Methode zur Messung der Schallgeschwindigkeit in Gasen zu erwähnen. Alle späteren Arbeiten betreffen die Radioaktivität. Gemeinsam mit Rutherford gelang eine recht genaue Zählung der von je 1 gr. radioaktiver Substanz ausgesandten Partikel und zwar vorwiegend mit Hilfe der Scintillationsmethode. Ganz besonders hervorzuheben sind Geigers grundlegende Forschungen über die Bestimmung der Reichweite radioaktiv fortgeschleuderter Korpuskeln in Luft und ihre Herabsetzung durch eingeschaltete Glimmerschichten; 1912 entdeckte er gemeinsam mit Nuttal eine Beziehung zwischen Reichweite und Lebensdauer. Weitere Arbeiten sind einer Prüfung der Rutherfordschen Theorie über die Ablenkung von α - und β -Strahlen durch die positive Ladung der Atomkerne gewidmet. Schließlich seien noch diejenigen Untersuchungen erwähnt, die die radioaktiven Forschungsmethoden besonders tiefgehend beeinflusst haben und daher wohl seine bedeutendste Leistung darstellen, nämlich die

Konstruktion der nach ihm benannten Spitzen- und Drahtzähler, die ähnlich wie die ältere Scintillationsmethode eine direkte Zählung radioaktiver Partikel ermöglichen, an Präzision und Vielseitigkeit der Anwendung jedoch der eben erwähnten Scintillationsmethode bei weitem überlegen sind.

Gewiß liegt der Einwand nahe, daß Geiger in seinen Forschungen sich auf ein einziges Spezialgebiet der Physik so gut wie ausschließlich beschränkt hat, auf der andern Seite aber wird man zugeben müssen, daß die gewaltige Ausdehnung der im rapiden Fortschritte begriffenen Physik immer mehr ein Spezialistentum notwendig gemacht hat, und daß vor allem die Radioaktivität zweifellos den wichtigsten Kapiteln der Physik angehört. Und gerade auf diesem Gebiet hat Geiger, zumal in methodischer Hinsicht, glänzende Leistungen aufzuweisen.

3.) Otto Stern, geb. 1888, promovierte 1912 in Breslau, war 1913 Assistent in Zürich, 1915 Privatdozent der theoretischen Physik in Frankfurt, Titularprofessor 1919, 1921 außerordentlicher Professor für theoretische Physik in Rostock, seit 1923 ordentlicher Professor für physikalische Chemie in Hamburg, lehnte 1929 eine Berufung nach Frankfurt ab. Schon dieser äußere Werdegang ist ein Beweis für Sterns ungewöhnliche Vielseitigkeit.

Sterns ältere Arbeiten (bis 1920) sind meist theoretischer Natur und behandeln Probleme der Thermo-Dynamik (Entropie bei tiefen Temperaturen, Nullpunktsenergie usw.), von grundlegender Bedeutung unter ihnen ist die Berechnung der chemischen Konstanten von Gasen mit Hilfe sehr einfacher Voraussetzungen. 1920 beginnt dann die lange Reihe seiner experimentellen Untersuchungen über Molekularstrahlen, er hat damit eine neue Methodik zur Erforschung der Eigenschaften von Atomen und Molekülen aufgebaut, die zwar große Anforderungen an die experimentelle Technik stellt, sich aber als ungemein fruchtbar erwies. Diese Methodik ist bis jetzt von ihm und seinen Mitarbeitern hauptsächlich in drei Richtungen angewandt worden: zum ersten direkten Nachweis der Maxwell'schen Geschwindigkeitsverteilungen in Gasen, zur Bestimmung des magnetischen Moments von Atomen und Molekülen mit Hilfe des sogenannten Stern-Gerlach-Effektes und zum Nachweis der Wellennatur der Materie im Sinne der de Broglie-Schrödingerschen Wellentheorie durch Beugung und Reflexion von Molekülstrahlen an Kristallen. Ist in der ersten Gruppe von Arbeiten nur eine bereits anerkannte Gesetzmäßigkeit experimentell überprüft worden, so liefern die beiden andern Gruppen eine Fülle durchaus neuer Phänomene, von denen einige, heute noch nicht aufgeklärt, die theoretische Forschung vor neue Aufgaben stellen. Neben dem wissenschaftlichen Wert der Ergebnisse ist bei allen Stern'schen Arbeiten die außerordentliche Experimentierkunst in hohem Grade bewundernswert: Die Kühnheit, mit der Stern an die schwierigsten Aufgaben herangeht, der Ideenreichtum, mit dem er immer neue Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten findet, dürfte in der gegenwärtigen Experimentalphysik schwerlich ihres Gleichen finden. Auch ist es Stern gelungen, für seine experimentellen Untersuchungen einen Stab vorzüglicher Mitarbeiter heranzuziehen, so daß mit Sicherheit zu erwarten ist, daß er sich auch in einem größeren Wirkungskreise als erfolgreicher Lehrer bewähren wird.

Die Fakultät hält es für wünschenswert, daß der neu zu berufende Vertreter der Experimentalphysik als Direktor des Instituts auch die Hauptvorlesung über Experimentalphysik übernimmt. Sie bittet aber den Herrn Minister an der Berufung des Herrn Franck, auch wenn er sich für die Übernahme der Vorlesung nicht gewinnen lassen sollte, unter allen Umständen festzuhalten.²

Im Anschluß an den Bericht vom heutigen Tage – Tagebuch Nr. 247 – beehrt sich die Philosophische Fakultät der Universität Berlin ergebenst mitzuteilen, daß sich die Kommission betr.: Nachfolge Nernst außer dem Herrn Dekan zusammensetzte aus den Herren Professoren:

Nernst,
Wehnelt,
P. Pringsheim,
von Laue,
Schrödinger,
Bodenstein,
von Mises,
Schlenk,
Johnsen,
von Ficker,
Haber,
Guthnick,
Hahn.

Herr Planck wohnte den Sitzungen als Gast bei.

[...]

² Am 19.1.1933 fand ein Sondierungsgespräch Francks mit Windelband statt (Bl. 325 der Akte).

230 c. Schreiben von Max Planck, Präsident der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, an den Ministerialrat im Kultusministerium, Wolfgang Windelband.

Berlin, 7. Februar 1933.

Ausfertigung, gez. Planck.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bd. 4, S. 337–339.

Um Franck, den ersten Physiker Deutschlands, für Berlin zu gewinnen, ist die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zu einem Beitrag bereit. Francks Vorschläge zur Erweiterung des Physikalischen Instituts gehen nicht ungewöhnlich weit und dienen der Universität.

Vgl. Einleitung, S. 157.

Hochverehrter Herr Ministerialrat!

Mein Kollege Herr Prof. Franck hat mir in Abschrift den Bericht mitgeteilt, welchen er Ihnen unter dem 2. dieses Monats in der Frage seiner Berufung an die Universität Berlin erstattet hat.³ Da in diesem Bericht auch auf die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft Bezug genommen wird, so dürfte es im Interesse der Sache liegen, wenn ich mir in meiner doppelten Eigenschaft als Fakultätsmitglied und als Präsident der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft gestatte, mich auch meinerseits mit Ihnen in Verbindung zu setzen und einiges zur Ergänzung des Franckschen Schreibens hinzuzufügen.

Vor allem liegt mir daran, Ihnen, hochverehrter Herr Ministerialrat, meine Überzeugung auszusprechen, daß hier eine Gelegenheit gegeben ist, wie sie selten vorkommen dürfte, um mit verhältnismäßig geringen Opfern der Pflege der physikalischen Wissenschaft in Berlin einen mächtigen Impuls zu geben, und zwar hängen alle Vorteile dieser Konjunktur gerade an der Persönlichkeit von Franck. Wie dringend die Fakultät seine Berufung wünscht, hat sie ja in ihren Vorschlägen an das Ministerium nach allen Richtungen zum Ausdruck gebracht. Ich möchte zur Ergänzung nur noch betonen, daß nach meiner Kenntnis der Sache die Pläne, die Franck für die Erweiterung des Physikalischen Instituts in seinem Kostenvorschlag entwickelt hat, keineswegs ungewöhnlich weit gehen, ja daß ein anderer Physiker, der etwa statt seiner berufen würde, wahrscheinlich noch wesentlich höhere Ansprüche stellen müßte. Hier ist gerade der Punkt, in welchem die Interessen der Fakultät vollkommen parallel gehen mit denen der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft. Denn da es auch dieser naturgemäß darauf ankommt, den ersten Physiker Deutschlands für Berlin zu gewinnen, so

³ *In dem Brief (Bl. 329–335 der Akte) nahm Franck den Ruf grundsätzlich an, mahnte aber eine Modernisierung des Physikalischen Instituts an, das seit Helmholtz vernachlässigt worden und schon 1923 Absagegrund für Wilhelm und Max Wien gewesen sei. Zwar habe er als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik Forschungsmöglichkeiten, aber im Universitätsinstitut seien 110.000 RM nötig, davon 20.000 RM für die Werkstatt und 25.000 RM für Apparate, zudem brauche er zwei neue Assistenten-Stellen, zwei Laboranten und eine Sekretärin, Aufwendungen, die sich auf mehrere Jahre verteilen ließen.*

würde sie gern bereit sein, im Rahmen ihrer Mittel das Möglichste beizutragen, um ihm so bald als möglich günstige Bedingungen für seine wissenschaftliche Arbeit zu schaffen, wozu ich nicht nur die reine Forschungstätigkeit, sondern auch die Heranbildung von Schülern rechne, also auch gerade das, was auch die Fakultät von ihm erwartet.

Bezüglich der beiden anderen von der Fakultät in merklichem Abstand von Franck vorgeschlagenen Physiker H. Geiger und O. Stern kann ich nicht dasselbe sagen. Denn aus verschiedenen Gründen kommen diese Physiker für die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft weniger in Betracht. Das ist auch der Grund, weshalb ich glaube, daß Franck in Göttingen leichter zu entbehren sein wird als in Berlin, wo allein jetzt die Bedingungen gegeben sind, den Plan eines neuen großen auch den Universitätsinteressen dienenden Physikalischen Instituts zu verwirklichen.

Um schließlich noch eine besondere Bitte zu äußern, möchte ich hinzufügen, daß ich Ihnen zu aufrichtigem Dank verbunden wäre, wenn Sie die Güte haben wollten, für den Fall, daß noch irgendeine andersartige Schwierigkeit auftauchen sollte, mir davon Kenntnis zu geben, damit ich Gelegenheit erhalte, dazu auch meinerseits Stellung zu nehmen.⁴

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ganz ergebenster

⁴ Zu einer Berufung Francks ist es unter der NS-Regierung nicht mehr gekommen. Nernst schrieb schon am 8.3.1933 an Ministerialdirektor Valentiner: Vielleicht empfiehlt es sich, wenn Franck nicht mehr in Frage kommen sollte, Prof. Geiger in Tübingen schon vor dem 1. April zu berufen, damit er zum 1. Oktober einziehen kann (Bl. 347–349 der Akte). Am 30.6.33 forderte Ministerialrat Gerullis die Fakultät offiziell zu neuen Vorschlägen auf (Bl. 350). Vgl. die Darstellung bei Lemmerich, Jost, Aufrecht im Sturm der Zeit. Der Physiker James Franck (1882–1964), Diepholz 2007, bes. S. 185–193.

**231. Schreiben von Prof. James Franck an den Rektor der Universität Göttingen,
Sigmund Schermer.**

Göttingen, 17. April 1933.

Ausfertigung, gez. Franck.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 24 Bd. 3, Bl. 10.

*Begründung des Abschiedsgesuchs mit der Selbstachtung als jüdischer Deutscher und
Ablehnung der Inanspruchnahme der Vergünstigung als Kriegsteilnehmer.*

Vgl. Einleitung, S. 157.

Euer Magnifizenz, sehr verehrter Herr Kollege!

Ich habe heute das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gebeten, mich von meinem Amte zu entbinden.¹ Ich werde versuchen, in Deutschland weiter wissenschaftlich zu arbeiten.

Wir Deutsche jüdischer Abstammung werden als Fremde und Feinde des Vaterlandes behandelt. Man fordert, daß unsere Kinder in dem Bewußtsein aufwachsen, sich nie als Deutsche bewähren zu dürfen.

Wer im Kriege war, soll die Erlaubnis erhalten, weiter dem Staate zu dienen. Ich lehne es ab, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, wenn ich auch Verständnis für den Standpunkt derer habe, die es heute für ihre Pflicht halten, auf ihrem Posten auszuharren.²

Persönlich möchte ich hinzufügen, daß mir der Entschluß sehr schwer wurde und, daß ich immer dankbar der Zeit des Zusammenwirkens an der Georgia Augusta gedenken werde. Ich hoffe und wünsche für die Georgia Augusta von Herzen alles Gute. Ich darf sagen, daß ich ihr solange in Treue gedient habe, wie ich es in Ehren tun konnte. Unter den heutigen Umständen Staatsbeamter zu bleiben, verbietet mir eine innere Notwendigkeit.

In vorzüglicher Hochachtung

1 *Darin (Bl. 8 der Akte) hatte Franck knapp formuliert: Der Entschluß ist mir innere Notwendigkeit wegen der Einstellung der Regierung dem Deutschen Judentum gegenüber. Franck wurde zunächst beurlaubt und teilte am 22.7.1933 mit, sich ab Ende 1933 für drei Monate an der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore/USA) aufzuhalten. Am 23.11.1933 kündigte er an, am 28.11.1933 zu einem Aufenthalt an der Harvard-Universität abzureisen und ab April 1934 in Kopenhagen zu lehren. Ohne dass formell über seine Entlassung entschieden war, wurde die Gehaltszahlung an ihn zum 31.12.1933 gestoppt. Mit Schreiben vom 1.2.1934 wiederholte Franck sein Entlassungsgesuch mit ausdrücklichem Pensionsverzicht und erhielt die Entlassung am 9.2.1934 rückwirkend zum 1.1.1934 (Bl. 48 ff., 62 f. und 90 f.).*

2 *Die beiden vorstehenden Absätze gedruckt in: Lemmerich, Aufrecht im Sturm der Zeit, S. 199 und bei Rosenow, Ulf, Die Göttinger Physik unter dem Nationalsozialismus, in: Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. Aufl. München 1998, S. 552–588, hier S. 556.*

232 a. Schreiben von Prof. Johannes Stark an den Staatssekretär im Kultusministerium,
Carl Heinrich Becker.
Greifswald, 16. Juni 1919.

Ausfertigung, gez. J. Stark.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 177–178v.

Die Bonner Physik-Professur droht, da Friedrich Paschen ablehnen wird, auf drittklassige Männer wie den Günstling des bisherigen Lehrstuhlinhabers Heinrich Kayser, Heinrich Konen, zu fallen. Geeignet wären Wilhelm Wien, Johannes Stark und Clemens Schaefer. Das Kultusministerium sollte, um hier und generell objektive Entscheidungen zu erzielen, Umfragen unter führenden Physikern durchführen.

Vgl. Einleitung, S. 158.

Wollen Sie mir gütigst gestatten, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Berufungsangelegenheit lenke. Ich würde Sie nach Ihrer Ernennung zum Unterstaatssekretär nicht mit diesen Zeilen behelligen, wenn es sich nicht um eine wichtige Stelle an der zweitgrößten preußischen Universität handelte.

Zum Herbst ist die Physik-Professur in Bonn neu zu besetzen. Es ist sehr zu befürchten, daß es ihrem bisherigen Inhaber Herrn Kayser durch seinen Einfluß gelingt, auf sie einen seiner Günstlinge zu schieben. Nach den Nachrichten, welche mir zugegangen sind, sucht er die Fakultät zu überzeugen, daß die besonderen Einrichtungen des dortigen Instituts nur die Berufung eines ausgesprochenen Spektroskopikers zulassen. Er wird wahrscheinlich auf die erste Stelle der Vorschlagsliste Paschen (Tübingen), auf die folgenden Stellen Hagenbach (Basel), Pflüger (Bonn) und Konen (Münster) setzen lassen. Paschen ist ein tüchtiger Physiker, insonderheit Spektroskopiker, aber es ist zu befürchten, daß er den Ruf nach Bonn ebenso ablehnt, wie er vor wenigen Jahren einen günstigen Ruf nach Göttingen ausgeschlagen hat. Dann blieben die drei anderen; keiner von ihnen verdient jedoch das Bonner Ordinariat. Der Schweizer Hagenbach ist nur ein Physiker dritten, Pflüger nur vierten Ranges und Konen verdient kaum ein Extraordinariat.

Nun ist es durchaus nicht richtig, daß nur ein ausgesprochener Spektroskopiker für Bonn in Frage kommen kann; so einseitig dürfen die Einrichtungen eines Instituts nicht sein. Wien (Würzburg) würde einen Ruf nach Bonn, wie er mir mitteilte, sehr ernst nehmen. Auch ich, ausgesprochener Spektroskopiker, würde, obwohl ich erst kürzlich einen Ruf nach Hamburg ablehnte, einem Rufe nach Bonn wahrscheinlich Folge leisten. Außer Wien und mir käme auch Schaefer (Breslau) in Frage.

Es dürfte sich bei dieser Sachlage empfehlen, daß Sie, sehr geehrter Herr Unterstaatssekretär, die Bonner Vorschlagsliste durch Vorschläge führender Physiker ergänzen ließen. Es kommen für eine Umfrage in Betracht: W. Wien (Würzburg), Lenard (Heidelberg), Rubens (Berlin), Wiener (Leipzig), Voigt (Göttingen), Zeeman (Amsterdam), Lecher (Wien).

Durch eine solche Umfrage wäre ein Berufungsverfahren wenigstens zum Teil verwirklicht, das die hiesige Fakultät wahrscheinlich in Gemeinschaft mit anderen Fakultäten dem Ministerium in nicht ferner Zeit vorschlagen wird.

232 b. Schreiben von Prof. Philipp Lenard an das Kultusministerium.

Heidelberg, 16. Juli 1919.

Ausfertigung, gez. P. Lenard.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 179–180v.

Auf Anfrage des Ministeriums hält Lenard Clemens Schaefer – Breslau für die Bonner Stelle für geeignet, Heinrich Konen dagegen für wissenschaftlich nicht originell. Prädestiniert für die Stelle wäre Johannes Stark gewesen, der auch ausgewiesener Spektroskopiker ist.

Vgl. Einleitung, S. 158.

Die mir vorgelegte Frage nach meiner Meinung über die Herren Professoren Schaefer in Breslau und Konen in Münster als Kandidaten zur Neubesetzung der Bonner ordentlichen Professur für Physik beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Prof. Schaefer ist durch eine fortlaufende Reihe guter Arbeiten, etwa 1900 beginnend, vorteilhaft bekannt. Wenn die Arbeiten auch in Fragestellung und Resultaten nicht durchweg außerordentliches bieten, so sind sie doch voller Beweis dafür, daß Prof. Schaefer ganzer Physiker ist, in allen Gebieten der Physik als Forscher zuhause, was für den ersten Vertreter des Faches und Leiter eines Physikalischen Instituts ein hoch zu schätzendes – weil nicht immer zu findendes – Erfordernis ist. Er ist auch Verfasser eines zusammenfassenden Buches über theoretische Physik.¹

Prof. Konen hat ähnliches nicht zu bieten. Er ist fast nur als Mitarbeiter an Kaysers Handbuch der Spektroskopie und von ähnlicher, vorwiegend kompilatorischer Tätigkeit bekannt, ohne durchdringende Kritik und fast ausschließlich nur dies eine Gebiet umfassend. Ich glaube, man sollte sich trotz der gegenwärtigen traurigen Verhältnisse wundern, wenn er den Ruf nach Bonn erhalten sollte, da wohl leicht 5 oder 6 aufgrund ihrer Arbeiten besser Berechtigte genannt werden könnten, die voraussichtlich gern annehmen würden.

Vielleicht darf ich die Gelegenheit nutzen, auf Prof. Krüger in Danzig als auf einen aus-

¹ Mit Schreiben vom 30.7.19 (Bl. 63 der Akte) forderte das Ministerium die Bonner Fakultät zu weiteren Vorschlägen und zu einer Äußerung über Schaefer (Breslau) auf. Mit Votum vom 30.9.1919 (Bl. 168 f.) lehnte die Fakultät Schaefer ab, da zu wenig Spektroskopiker sei, und beharrte auf ihrem Vorschlag Paschen.

gezeichneten Forscher hinzuweisen, dem zugunsten der Wissenschaft ein vorteilhafterer Platz, als es jetzt leider Danzig geworden ist, sehr zu wünschen wäre.

Auch Prof. Gehrcke in Berlin dürfte wissenschaftlich dankenswerter, gut verdienter Gegenstand gelegentlicher Förderung sein, ehe er zu alt wird.

Meines Erachtens gegebener Nachfolger – wenn wir noch in glücklichen Zeiten lebten – auf dem durch Clausius und Hertz doch hochberühmten Lehrstuhl der schönen rheinischen Universität wäre J. Stark aus Greifswald gewesen.²

**232 c. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn an das
Kultusministerium.
Bonn, 1. August 1919.**

*Ausfertigung, gez. Fitting als Dekan und fünf weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 164–165.*

Die Fakultät widerspricht dem Sondervotum des Mathematikers Hans Hahn zugunsten von Peter Debye oder Johannes Stark, da ersterer theoretischer Physiker und Holländer, letzterer persönlich aggressiv ist; sie hofft, dass der Erstplatzierte Paschen den Ruf nach Bonn annimmt.

Vgl. Einleitung, S. 158.

Die Eingabe³ des Herrn Hahn an den Herrn Minister vom 14. Juli, betreffend die Besetzung der freiwerdenden ordentlichen Professur für Physik, ist geeignet, die Vorschläge der Fakultät für jene Stelle in ein falsches Licht zu setzen. Herr Hahn erklärt, daß er mit den an 2. und 3. Stelle genannten Namen nicht einverstanden sei, daß vielmehr, auch wenn die Leitung des für spektroskopische Arbeiten so hervorragend eingerichteten Instituts wieder einem Spektroskopiker übertragen werden soll, zwei Physiker ersten Ranges, P. Debye und J. Stark, vorgeschlagen werden müßten. Das Ministerium könnte daraufhin geneigt sein, die Kandidaten des Herrn Hahn in Erwägung zu ziehen. Deshalb legt die Fakultät Wert darauf, dem Ministerium mitzuteilen, daß bei den sehr eingehenden Beratungen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Abteilung über die Neubesetzung auch jene beiden Namen genannt und ausführlich besprochen worden sind.

² *Lenard und Stark standen seit 1914 in stetem Kontakt und Briefwechsel und tauschten ihre Kenntnisse bezüglich laufender Berufungen vielfach aus, vgl. Kleinert, Andreas, Der Briefwechsel zwischen Philipp Lenard (1862–1947) und Johannes Stark (1874–1957), in: Jahrbuch der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle/S. 46 (2000), S. 243–261, hier S. 251.*

³ *Vgl. Bl. 61 f. der Akte. Hans Hahn war seit 1917 Ordinarius für Mathematik in Bonn, ab 1921 in Wien.*

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Abteilung war einstimmig der Ansicht, von einer Nennung des Herrn Stark absehen zu müssen aus folgendem Grunde: Abgesehen davon, daß ein großer Teil seiner wissenschaftlichen Leistungen sehr verschiedenartig beurteilt werden, hat er, ebenso wie gegen viele andere Fachgenossen, gegen unseren jetzigen Physiker Herrn Kayser wiederholt derartig ungehörige und wegwerfende Angriffe in wissenschaftlichen Veröffentlichungen gerichtet, daß wir unmöglich einen solchen Mann als Nachfolger unseres verdienten Kollegen vorschlagen können.

Was Herrn Debye angeht, so ist dessen hohe wissenschaftliche Bedeutung in den Beratungen der Abteilung ohne Einschränkung anerkannt worden. Aber für die Leitung eines der größten Physikalischen Institute Preußens kommt nur ein Experimentalphysiker in Betracht; einem Theoretiker, wie Debye ist, fehlt die eingehende Kenntnis der zahllosen experimentellen Methoden und Hilfsmittel, die hierfür unentbehrlich ist. Außerdem kommt ein zweiter sehr wichtiger Grund hinzu. Herr Debye ist von Geburt Holländer. Unsere Fakultät hat während der Kriegsjahre mit einem Holländer so trübe Erfahrungen gemacht, daß größte Vorsicht am Platze ist. Wenn auch von Herrn Debye ähnliches kaum zu befürchten sein dürfte, so sind wir doch der Überzeugung, daß an unseren Universitäten in jetziger Zeit nur ein Deutscher, der rein national empfindet, angestellt werden darf, vollends im besetzten Gebiet kommt alles darauf an, das Deutschtum in jeder Hinsicht zu stärken, in keiner Weise zu schwächen.

Gegenüber dem Hinweis des Herrn Hahn auf ungünstige Urteile über Herrn Konen muß die Fakultät hervorheben, daß solchen ebenso günstige erster Autoritäten gegenüberstehen. Die Fakultät hält ihr auf genauer sachlicher und persönlicher Kenntnis beruhendes Gutachten über Herrn Konen in vollem Umfange aufrecht und fügt dem hinzu, daß ihrer Ansicht nach unter den gegenwärtigen Verhältnissen Herr Konen als geborenem Rheinländer ce-teris paribus für eine Berufung gerade an die Bonner Universität der Vorzug zu geben sei. Allerdings hoffen wir, daß der von uns einstimmig an erster Stelle genannte Herr Paschen für Bonn zu gewinnen sei.

232 d. Privatschreiben von Extraordinarius Alexander Pflüger an den Staatssekretär im Kultusministerium, Carl Heinrich Becker.

Bonn, 4. August 1919.

Ausfertigung, gez. A. Pflüger.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 186–187.

Pflüger hält Paschen für den besten Mann, um die Bonner Einrichtungen für Experimente zu nutzen, da dieser Ideen hat und die zur Institutsleitung nötige Persönlichkeit. Klüngel und politische Gegeneinflüsse dürfen nicht obsiegen.

Vgl. Einleitung, S. 158.

Bei der gestrigen Universitätsfeier hatte ich Gelegenheit, ein paar flüchtige Worte über die Besetzung des Lehrstuhls für Physik mit Herrn Regierungsrat Wehner⁴ zu wechseln. Wir sind mit dem Gespräch nicht ganz zu Ende gekommen, ich entnahm aber daraus, daß die Berufung Paschens nicht ganz so sicher ist, wie ich bisher geglaubt hatte. Wollen Sie mir daher gestatten, Ihnen mein Urteil in dieser Sache zu unterbreiten, ganz kurz, um Ihre Muße nicht unnötig in Anspruch zu nehmen.

Die traurige Finanzlage wird die weitere Ausstattung vorhandener und den Bau neuer Institute voraussichtlich lahm legen. Um so mehr ist es Pflicht, die aus besseren Zeiten geretteten vollkommenen Einrichtungen so gut wie möglich auszunutzen. Das Bonner Physikalische Institut ist eines der besten der Welt. Es wäre heller Wahnsinn, nicht an die Spitze eines solchen Instituts einen Mann zu setzen, der dieses vortreffliche Hilfsmittel experimenteller Forschung nicht bis auf den letzten Rest auszuschöpfen versteht. Wir können daher keinen bloßen Theoretiker brauchen, so erfreulich auch die Anregung sein würde, die nicht nur die, diesen Gedanken begünstigenden hiesigen Mathematiker, sondern auch wir Physiker aus dem Verkehr mit einem solchen gewinnen würden. Wir können nur einen Mann brauchen, der durch zahlreiche eigene experimentelle Arbeiten den Beweis geliefert hat, daß er Ideen hat, und die experimentellen Methoden meistert; der nicht zu einseitig ist, um auch Arbeiten außerhalb seines engsten Forschungsgebietes zu überwachen und wenn möglich mit Verständnis anregen und fördern zu können; der endlich die Persönlichkeit besitzt, um Schüler anzuziehen und mit ihnen die zahlreichen, zu diesem Zweck gebauten Räume des Instituts für Einzelarbeiten bevölkern zu können. Ich sage das ausdrücklich, weil man leider nur zu häufig Experimentatoren trifft, die persönlich tüchtiges leisten, aber die leitenden Eigenschaften nicht besitzen; die der Meinung sind, das Institut sei im wesentlichen für ihren Privatgebrauch da, oder die auch die erforderliche organisatorische Begabung nicht besitzen. Endlich ist Wert darauf zu legen, einen in spektroskopischen Arbeiten bewanderten

4 Gemeint ist Erich Wende.

Gelehrten zu bekommen, da das Bonner Institut gerade für diesen Zweck hervorragende Einrichtungen besitzt.

Nun ist in Deutschland zwar Überfluß an tüchtigen Theoretikern, aber wir leiden etwas Mangel an tüchtigen Experimentatoren. Die Auswahl ist also nicht groß. Wir besitzen aber in Paschen unzweifelhaft einen der besten Experimentatoren der Welt, der auch insbesondere in der Spektroskopie, aber durchaus nicht nur in dieser, ganz hervorragendes geleistet hat. Der, soweit ich ihn kenne, auch die übrigen erforderlichen Eigenschaften besitzt und von allen deutschen Physikern für diese Stelle geradezu prädestiniert ist. Ich weiß ferner mit Bestimmtheit, daß er die Stelle annehmen wird, also warum dies Zögern? Er ist von der Fakultät an erster Stelle vorgeschlagen, einstimmig soviel ich weiß, und wenn nicht die wundervollen Einrichtungen an unsern deutschen Universitäten es verhinderten, daß der zweite Fachmann an der hiesigen Universität, der ich doch nun einmal bin, zu Rate gezogen würde, so würde ich meine Stimme auch offiziell kräftig in die Waagschale geworfen haben. Ich glaube, daß es in den Kreisen der deutschen Physiker (soweit ihre Augen nicht durch ein bißchen Klügelwirtschaft geblendet sind) einfach nicht verstanden werden würde, wenn die Regierung den Vorschlag der Fakultät nicht annähme. Schon jetzt wird, wie ich Ihnen vertraulich sage, von politischen Gegeneinflüssen gemunkelt, – ausgerechnet bei einem Physiker, der weiß Gott mit Politik in seiner Wissenschaft nicht das mindeste zu tun hat, und ausgerechnet bei Paschen, von dem jedermann weiß, daß er wirklich nichts wie Physiker ist.

Das Papier ist zu Ende. Ich will Ihre Ferienmuße nicht noch mit einem dritten Bogen stören, trotzdem noch manches andere zu sagen wäre, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß Paschen nun endlich aus der Versenkung hervorsteigen möge. Ihrer Frau Gemahlin bitte ich Sie, mich angelegentlich zu empfehlen.⁵

⁵ Mit Schreiben vom 7.8.1919 (Bl. 188 der Akte) dankte C. H. Becker Pflüger, versprach sich gegen Klügel einzusetzen und betonte, dass das Ministerium die Interessen in einem höheren Sinne abzuwägen habe.

232 e. Schreiben von Prof. Wilhelm Wien an den Ministerialdirektor im
Kultusministerium, Otto Naumann.
Mittenwald, 9. September 1919.

Ausfertigung, gez. W. Wien.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 172–174.

Die Begrenzung der Bonner Physik-Professur auf das enge Spezialgebiet Spektroskopie ist grundsätzlich falsch. Würde Konen, der kein origineller Physiker ist, berufen, wäre dies reine Protektion. Besser geeignet sind Paschen, Stark und Christian Füchtbauer.

Vgl. Einleitung, S. 159.

Obwohl es nicht meinen Gewohnheiten entspricht, mich in Berufungsangelegenheiten ungefragt an die Unterrichtsverwaltungen zu wenden, so sehe ich mich jetzt durch verschiedene, von Fachgenossen ausgehende Aufforderungen veranlaßt, mich über eine schwebende Personalfrage zu äußern, die mir jetzt eine besondere Bedeutung zu haben scheint.

Es handelt sich um die Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Experimentalphysik an der Universität Bonn. Schon im Frühjahr wurde ich von Bonn aus aufgefordert, mich über die geeigneten Persönlichkeiten für diese Stelle auszusprechen, wobei mir als Standpunkt der Fakultät mitgeteilt wurde, daß das Physikalische Institut in Bonn als Spezialinstitut eingerichtet sei, so daß nur ein spezieller Spektroskopiker berufen werden könnte. Eine solche Festlegung eines Lehrstuhls auf eine ganz einseitige wissenschaftliche Richtung halte ich für ungünstig, namentlich wenn es sich um eine Universität vom Range von Bonn handelt. Es liegt nicht im Interesse der Studenten, wenn sie nur in sehr beschränkter Richtung wissenschaftlich ausgebildet werden und arbeiten können. Außerdem muß bei einer Neubesetzung des Lehrstuhls die Personenfrage besondere Schwierigkeiten aufwerfen, wenn nur unter wenigen Spezialisten gewählt werden kann, und es bildet sich weiterhin die Gefahr aus, daß einzelne jüngere Dozenten ihren Arbeiten eine solche Richtung geben, daß sie auf einen bestimmten Lehrstuhl Anwartschaft zu gewinnen glauben. Das Spezialistentum, das dem geistigen Leben unserer Hochschulen so vielfach vorgeworfen wird, sollte nicht mehr unterstützt werden, als es durch die sich ausbreitende Wissenschaft unumgänglich wird.

Für die Bonner Professur liegt die Personenfrage insofern günstiger, als es tatsächlich mehrere wissenschaftliche Persönlichkeiten von Bedeutung gibt, die sich auf dem Gebiete der Spektroskopie hervorgetan haben. Ich habe daher auch der Fakultät in Bonn empfohlen die Herren Paschen – Tübingen, Stark – Greifswald, Füchtbauer – Tübingen auf die Liste der vorzuschlagenden zu setzen. Dagegen habe ich dringend davor gewarnt, auch Prof. Konen in Münster aufzunehmen, weil dieser keine selbständige wissenschaftliche Persönlichkeit ist.

Nun höre ich aber, daß Konen an zweiter Stelle vorgeschlagen ist, und daß die Möglichkeit seiner Berufung tatsächlich besteht.

Wenn schon seinerzeit die Berufung von Kayser als Nachfolger von Hertz ein starker Abstieg war, so würde die Berufung von Konen unter allen Physikern ein starkes Befremden, unter den jüngeren einen berechtigten Unwillen erregen. Kayser ist, wenn man ihm auch große Originalität nicht nachrühmen kann, immerhin ein Physiker, der das Verdienst hat, das umfangreiche Material der Spektroskopie gesammelt und für die Forschung bereitgestellt zu haben. Konen ist aber den Fußstapfen Kaysers ohne jeden eigenen Ausblick gefolgt, und er ist zu alt, als daß die fehlende wissenschaftliche Selbständigkeit sich noch einstellen könnte.⁶

Die heutigen Berufungen haben meiner Meinung nach eine allgemeine Bedeutung. Der Sturm gegen unsere Hochschulen wird mit zunehmender Stärke einsetzen. Die Angriffe richten sich besonders auch gegen das vermeintliche Protektionswesen bei den Berufungen. Jeder, der längere Zeit im akademischen Leben steht, wird zugeben müssen, daß die Berufungen meistens nach sachlichen Gesichtspunkten vollzogen werden, daß aber Fälle ausgesprochener Protektion nicht allzuselten sind. Den Gegnern der Universitäten könnte jetzt keine wirksamere Waffe in die Hand gegeben werden als einige durch Protektion bedingte Berufungen. Die Berufung Konens würde eine solche sein, wie man sie sich offenkundiger kaum denken kann, und unsere Gegner hätten jedenfalls nicht Unrecht, wenn sie sagten: „Wenn die Universitäten in jetziger Zeit so wenig gelernt haben, daß solche Fälle vorkommen, dann bedarf es einer gründlichen Änderung des ganzen Berufungswesens.“ Es sind dann bedenkliche Eingriffe ins Berufungswesen zu befürchten, die der Sache kaum dienen würden.

Im allgemeinen Interesse der deutschen Hochschulen habe ich mich daher entschlossen dafür einzutreten, daß nicht durch Gönnerschaft Berufungen stattfinden, die sich sachlich nicht rechtfertigen lassen und lediglich von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich meinen Brief ansehen zu wollen.

6 Vgl. Kayser, Heinrich, *Erinnerungen aus meinem Leben* [1936], hrsg. von Matthias Dörries und Klaus Hentschel, München 1996, bes. S. XXII ff., XLIII f. und 291 ff.

**232 f. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an Finanzminister
Albert Südekum.**

Berlin, 24. Dezember 1919.

Genehmigtes Konzept mit handschriftlichen Korrekturen, gez. i. V. Becker.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 7, Bl. 147–147v.

Um Paschen aus Tübingen nach Bonn zu ziehen, bedarf es eines Gehaltes von 10.000 M.

Paschen ist führender Spektroskopiker und soll das Bonner Institut leiten.

Vgl. Einleitung, S. 159.

Auf den durch das Ausscheiden des Prof. Kayser in Bonn erledigten Lehrstuhl für Physik ist von mir der Prof. Dr. Paschen in Tübingen berufen worden. Bei den bisher mit ihm gepflogenen Verhandlungen hat sich ergeben, daß mit der Annahme des Rufes nur zu rechnen ist, wenn ihm ein Gehalt von wenigstens 10.000 M gewährt wird. Paschen bezieht jetzt in Tübingen ein Gehalt von 7.200 M, eine zu $\frac{3}{4}$ ruhegehaltsfähige Teuerungszulage von 2.550 M, eine nicht ruhegehaltsberechtigende Gehaltszusage von 3.000 M und Dienstwohnung gegen Zahlung von nur 500 M. Die württembergische Unterrichtsverwaltung wird, um den berühmten Gelehrten zu erhalten, die vorgenannten festen Bezüge zweifellos noch erheblich steigern. Andererseits hat die preußische Unterrichtsverwaltung das lebhafteste Interesse, gerade Paschen zu gewinnen. Paschen ist anerkanntermaßen die führende Kraft auf dem Gebiete der Spektroskopie und als solcher vor allen Fachgenossen berufen zur Leitung des Bonner weltberühmten, von Prof. Kayser in 20jähriger Arbeit aufgebauten Spektroskopischen Instituts der Universität Bonn. Paschens Berufung wurde, wie sich nach Kaysers Emeritierung unzweifelhaft ergab, von allen Physikern des In- und Auslandes als selbstverständlich erwartet. Es ist daher Pflicht der Unterrichtsverwaltung, alles irgend Erreichbare zu tun, um Paschen die Annahme des Rufes nach Bonn zu ermöglichen. Es hat sich bei dieser wie bei mancher anderen Berufungsverhandlung in letzter Zeit als mißlich erwiesen, daß nach den für Preußen geltenden Bestimmungen über Gewährung von Teuerungszulagen diese Zulage bei einem Gesamteinkommen von 13.000 M nicht mehr gewährt werden kann, während in Süddeutschland diese Begrenzung nicht besteht, und dort zudem, wie der vorliegende Fall ergibt, die Teuerungsbezüge noch zu einem erheblichen Teil ruhegehaltsberechtigend sind. Um so mehr muß ich darum bitten, daß mir die Möglichkeit gelassen wird, die vollen Gehaltssätze um ein geringes zu überschreiten. Andernfalls wird es nicht mehr möglich sein, daß die preußische Unterrichtsverwaltung den für die Steigerung wissenschaftlicher Leistungen immerhin unvermeidbaren Wettbewerb mit den süddeutschen

Staaten noch aufrechterhalten kann. Hiernach bitte ich dringend, sich mit der Bewilligung eines Gehalts von 10.000 M an Prof. Paschen einverstanden erklären zu wollen.⁷

**233 a. Antrag der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau an das
Kultusministerium.
Breslau, 1. Juli 1920.**

Ausfertigung, gez. Kühnemann, Kneser, Siebs.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 5, Bl. 266–266v.

*Ein selbständiges Institut für theoretische Physik ist nötig, da der Fachvertreter keinen
Anspruch auf Nutzung der Einrichtungen und Mittel des Instituts für Physik hat.*

Vgl. Einleitung, S. 159.

Betritt: Gründung eines selbständigen Instituts für theoretische Physik.¹

Nachdem die Philosophische Fakultät der Ernennung des Vertreters der angewandten Physik, der bisher Abteilungsvorsteher und nichtplanmäßiger Extraordinarius war, zum Ordinarius gerne zugestimmt hat, hält sie es andererseits für dringend geboten, daß das Verhältnis des Vertreters der theoretischen Physik zum Physikalischen Institut grundsätzlich neugeordnet wird, damit die theoretische Physik nicht in den Hintergrund gedrängt wird. Während nämlich der Vertreter der angewandten Physik durch seine Stellung als Abteilungsvorsteher nach wie vor im Physikalischen Institut mit bestimmten Pflichten und Rechten verankert ist, hat der Vertreter der theoretischen Physik bisher keinerlei Rechtsanspruch auf die Benutzung der Mittel des Physikalischen Instituts, auch keine sonstigen Mittel zu seiner Verfügung.

¹ *Eine Randbemerkung des stellv. Universitätskurators Baum vom 14.7.1920 lautet:* Mit einem Sondergutachten des Prof. Dr. Lummer weitergereicht. Soweit der vorliegende Antrag der Fakultät und das dagegen gerichtete Gutachten ein Urteil zulassen, scheint mir das letztere begründet zu sein. Jedenfalls vermag ich, ganz abgesehen von der zur Zeit in den Verhältnissen liegenden Unmöglichkeit, vielleicht erhebliche Mittel für ein neues, wenn auch noch so wünschenswertes Institut aufzubringen, angesichts der beachtenswerten Ausführungen des Prof. Lummer den Antrag der Fakultät nicht ohne weiteres zu unterstützen.

⁷ *Die Vereinbarung mit Paschen vom 22.12.1919 (Bl. 189 der Akte) sah vor, dass er neben 10.000 M Gehalt 3.100 M Zulage und 26.000 M Kolleggeld-Garantie jährlich für 12 Semesterstunden Vorlesungen erhalten werde. Am 15.4.1920 (Bl. 245) zog das Ministerium die Bestallung Paschens überraschend zurück; dieser wurde 1924 Direktor der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin. Bl. 247 enthält die Vereinbarung mit Konen vom 14.4.1920, die nur 6.600 M Gehalt und keine besonderen Vergünstigungen vorsah. Konen wurde am 16.4.1920 als Bonner Physik-Ordinarius und Institutsdirektor bestellt (Bl. 249 f.).*

Es scheint daher der Fakultät die Gründung eines selbständigen Instituts für theoretische Physik in Anlehnung an das Physikalische Institut, wie es sich schon an zahlreichen anderen deutschen Universitäten befindet, dringend notwendig.

233 b. Sondervotum von Prof. Otto Lummer, Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Breslau, für Kultusminister Konrad Haenisch.

Breslau, 2. Juli 1920.

Ausfertigung, gez. Lummer.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 5, Bl. 267–269.

Ablehnung eines selbständigen Instituts für theoretische Physik, da erstens nicht dessen Notwendigkeit genau geprüft wurde, und zweitens eine knappe Fakultätsmehrheit den Antrag überstürzt im Zusammenhang mit der Ernennung von persönlichen Ordinarien beschloss.

Vgl. Einleitung, S. 159.

Dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in Berlin, gestatte ich mir zu dem eingereichten Antrag der Fakultät betreffs Gründung eines selbständigen Instituts für theoretische Physik in Anlehnung an das Physikalische Institut folgendes Sondervotum zu unterbreiten:

Ich bin schon immer im engen Einvernehmen mit dem jeweiligen Vertreter der theoretischen Physik dafür eingetreten, die Stellung der theoretischen Physik nach Möglichkeit zu heben. Als eines der wichtigsten Mittel hierfür habe ich bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Umwandlung der Extraordinariate für theoretische Physik in planmäßige Ordinariate angestrebt und habe für Breslau auch erreicht, daß der Extraordinarius wenigstens zum persönlichen Ordinarius ernannt wurde. Ferner habe ich alles, was in meinen Kräften stand, getan, um den Unterrichtsbetrieb in der theoretischen Physik zu fördern, indem ich die Abhaltung zweier Parallelzyklen der theoretischen Vorlesungen zu ermöglichen suchte, und außerdem die Abhaltung einer zweisemestrigen einführenden Vorlesung veranlaßt habe. Auch bin ich mit dem Vertreter der theoretischen Physik durchaus der Meinung, daß derselbe zur Abhaltung seines Seminars eines Assistenten dringend bedarf, auch eigene Geldmittel zur Anschaffung von Büchern, Modellen usw. nicht entbehren kann.

Was nun die Anlehnung bzw. die organische Verknüpfung eines solchen Instituts für theoretische Physik mit dem Institut für Experimentalphysik betrifft, so dürfte diese Frage nicht ohne gründliche Durchberatung unter Benutzung der an anderen Universitäten gemachten Erfahrungen entschieden werden. Eine gewissenhafte Behandlung des von der Fakultät gestellten Antrages hätte erforderlich gemacht, vor Stellung des Antrages zunächst über diese Erfahrungen Erkundigungen einzuziehen und auch andere hervorragende Vertreter der

theoretischen und Experimentalphysik über ihre Meinung zu befragen. Übrigens besteht meines Wissens die fragliche Einrichtung nicht an zahlreichen, sondern nur an sehr wenigen deutschen Universitäten, und ich habe Grund, stark zu bezweifeln, daß die bisherigen Erfahrungen besonders günstige sind.

In jedem Falle hätten die genannten und sonstigen einschlägigen Fragen in sorgfältiger Kommissionsarbeit geklärt werden müssen, bevor die Fakultät ihren Antrag stellte. Das Gegenteil ist aber der Fall gewesen. Die Fakultät hat in überstürzter und meines Erachtens unsachlicher Weise die Stellung des Antrages beschlossen.

Die Fakultät hatte eine Kommission gewählt, um über die von einem hohen Ministerium beabsichtigte Ernennung der planmäßigen Extraordinarien und Abteilungsvorsteher soweit sie Extraordinarien sind, zu persönlichen Ordinarien zu beraten. In dieser Kommission ist die Frage der Gründung eines Instituts für theoretische Physik nur nebenher zum Schluß der Beratungen gestreift worden. Hierbei war die Mehrheit der Kommission der Ansicht, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei und mit der Frage der Ernennung der Extraordinarien zu Ordinarien nicht verquickt werden sollte. Überraschenderweise fand sich dann aber in der Fakultät eine Mehrheit (18:12), welche sich trotz energischen Widerspruchs auch von seiten des Herrn Dekans dem von einem Kommissionsmitglied gestellten Antrag, die Gründung eines Instituts für theoretische Physik ohne weitere Vorbereitung sofort zu beantragen, zustimmte. Damit war mein Antrag auf vorherige Beratung in einer Kommission, welcher neben den Physikern auch Vertreter der Nachbarwissenschaften, namentlich der Mathematik und andere Institutsdirektoren angehören sollten, gefallen, ohne überhaupt zur Abstimmung zu kommen.

Durch diese Stellungnahme hat die Fakultät die sachgemäße Behandlung der Angelegenheit unmöglich gemacht. Für den größten Teil der Fakultätsmitglieder dürfte es nicht möglich sein, sich binnen weniger Minuten über das Für und Wider und gegebenen Falles über die Art der Gründung eines Instituts für theoretische Physik ein richtiges Urteil zu bilden, wenn die Vorbereitung durch eine Kommission von Sachverständigen fehlt. Als Institutsdirektor, den die Sache in erster Linie angeht, fühle ich mich zu besonders gewissenhafter Prüfung und Vorbereitung eines derartigen Antrages verpflichtet. Die notwendige gründliche Beratung ist aber durch den überstürzten Beschluß der Fakultät verhindert worden. Deshalb muß ich jede Mitverantwortung an dem Zustandekommen dieses Beschlusses ablehnen.

Die Überstürzung des Beschlusses der Fakultät ist um so befremdlicher, als keinerlei Notwendigkeit hierfür vorlag. Vielmehr ist diese Frage der Gründung eines Instituts für theoretische Physik ganz zu Unrecht mit der von einem hohen Ministerium beabsichtigten und von der gesamten mit Freude und Dank begrüßten Reform in Verbindung gebracht worden, zufolge welcher die in dem Ministerialerlaß genannten Extraordinarien zu persönlichen Ordinarien ernannt werden sollen. In dem Antrag der Fakultät wird angedeutet, daß durch die Ernennung des außerordentlichen Professors und Abteilungsvorstehers am Physikalischen Institut zum persönlichen Ordinarius die theoretische Physik „in den Hintergrund gedrängt“ werden könnte. Diese Möglichkeit könnte doch nur dann überhaupt in

Frage kommen, wenn durch die beabsichtigte Ernennung an den bereits bestehenden Verhältnissen irgend etwas geändert würde. Dies ist aber nicht der Fall, da der Abteilungsvorsteher schon jetzt mit bestimmten Rechten und Pflichten im Institut verankert ist und sich hierin durch seine Ernennung zum persönlichen Ordinarius nichts ändern würde. Es liegt also die Gefahr vor, daß durch den Antrag der Fakultät der wahre Sachverhalt verschleiert wird, indem hier zwei Dinge in Verbindung gebracht werden, die nichts miteinander zu tun haben.

Übrigens wird ausnahmslos auch von dem Vertreter der theoretischen Physik gewünscht, daß durch den vorliegenden Antrag der Fakultät die Ernennung des derzeitigen Abteilungsvorstehers außerordentlicher Prof. Waetzmann zum persönlichen Ordinarius nicht verzögert wird. Ich persönlich werde die baldige Ernennung Prof. Waetzmanns als wohlverdiente Anerkennung sowohl seiner wissenschaftlichen Leistungen als auch seiner Lehrfähigkeit mit ganz besonderer Freude begrüßen.

**233 c. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an den Kurator der Universität
Breslau, Alfons Proske.
Berlin, 2. August 1920.**

Genehmigtes Konzept, gez. i. V. Naumann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 5, Bl. 270.

Die Fakultät soll ihren Antrag eingehend prüfen. Die Finanzlage erlaubt keine Mehrausgaben.

Vgl. Einleitung, S. 159.

Auf den Bericht vom 14. Juli dieses Jahres –V.C.A. 2105–.

Die Frage der Gründung eines selbständigen Instituts für theoretische Physik bedarf in sachlicher und finanzieller Beziehung einer eingehenden Prüfung. Nur auf Grund einer solchen Prüfung wird die Fakultät in der Lage sein, ins einzelne gehende Vorschläge zu machen, ohne welche mir eine Stellungnahme zu der Angelegenheit nicht möglich ist. Ich muß jedoch schon jetzt darauf hinweisen, daß die überaus ernste Finanzlage des Staates dazu zwingt, jede nicht unabweisbar notwendige Neugründung von Instituten zu unterlassen. Ich ersuche, hiervon der Philosophischen Fakultät und dem Prof. Dr. Lummer Kenntnis zu geben und ersterer anheim zu stellen, gegebenenfalls in eine erneute Prüfung der Angelegenheit einzutreten.

**234. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau für
Kultusminister Konrad Haenisch mit Anlage.
Breslau, 15. November 1920.**

*Ausfertigung, gez. Kornemann, Kühnemann, Kneser.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 5, Bl. 392–394v.*

*Als Nachfolger von Clemens Schaefer im Extraordinariat für theoretische Physik werden
vorgeschlagen: Eduard Grüneisen – Berlin, Erwin Schrödinger – Stuttgart und Walther
Kossel – München. Im Sondervotum stehen Schrödinger und Fritz Reiche – Berlin
gleichberechtigt an erster Stelle.*

Vgl. Einleitung, S. 159.

Dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beehrt sich die Philosophische Fakultät der Universität Breslau, folgende Vorschläge zur Wiederbesetzung des durch den Weggang des Prof. Schaefer nach Marburg freigewordenen Ordinariats¹ für theoretische Physik zu unterbreiten:

Sie nennt an erster Stelle den Prof. Eduard Grüneisen, Direktor an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg, zugleich Privatdozent an der Universität Berlin. Grüneisen hat sowohl auf experimentellem als auf theoretischem Gebiete mustergültige Arbeiten geschaffen. Von den ersteren heben wir besonders seine Untersuchung über die Gültigkeitsgrenzen des Poiseuilleschen Gesetzes sowie seine grundlegenden Bestimmungen der elastischen Konstanten der Metalle hervor. Von seinen theoretischen Arbeiten sind von besonderer Bedeutung diejenigen, die sich auf die Quantentheorie beziehen; sie haben den einstimmigen Beifall der Fachgenossen gefunden, was sich u. a. darin dokumentiert, daß Grüneisen zu der kleinen Schar deutscher Gelehrten gehörte, die aufgefordert wurden, auf dem Solvay-Kongresse in Brüssel 1913 über ihre Untersuchungen zu berichten. Die Fakultät würde seine Gewinnung auch aus dem Grunde besonders begrüßen, weil er kein einseitig mathematisch gebildeter Theoretiker ist, sondern gleichzeitig die experimentellen Methoden beherrscht, also eine besondere Gewähr dafür bietet, daß sein Unterricht wesentlich von physikalischen Gesichtspunkten aus geleitet sein wird. Schließlich möchte die Fakultät auch darauf hinweisen, daß hervorragende von ihr um Gutachten befragte Fachgenossen, die Herren Planck – Berlin, Wilhelm Wien – München und Mie – Halle Herrn Grüneisen einstimmig als hervorragend geeignet für die in Frage kommende Stellung bezeichnet haben.

An zweiter Stelle nennen wir den außerordentlichen Professor der theoretischen Physik

¹ *Gemäß der Bestallung Schrödingers (Bl. 398v der Akte) war es ein planmäßiges Extraordinariat mit dem Rang als persönlicher Ordinarius. Vgl. Moore, Schrödinger, S. 134 f.*

an der Technischen Hochschule in Stuttgart, Dr. Erwin Schrödinger. Er ist Österreicher von Geburt, war Privatdozent an der Universität Wien, dann in Jena, von wo er unlängst nach Stuttgart berufen wurde. Auch er hat sich in Untersuchungen über Radioaktivität als experimenteller Forscher bewährt. Doch liegt bei ihm das Schwergewicht der wissenschaftlichen Tätigkeit auf theoretischem Gebiete. Er verfügt über eine ausgezeichnete mathematische Bildung, die ihn befähigt hat, auf den schwierigsten Gebieten der theoretischen Physik, denen der allgemeinen Relativitätstheorie, hervorragende Leistungen zu publizieren. Auch mit schwierigen Problemen der statistischen Mechanik und der Farbentheorie hat er sich mit Erfolg beschäftigt. Er wird uns außerdem von allen Seiten als vortrefflicher Dozent gerühmt, so daß wir ihn – namentlich auf Grund der gutachtlichen Äußerungen der Herren Planck, von Laue, Wien, Sommerfeld (München) – gleichfalls als hervorragend qualifiziert für das Ordinariat der theoretischen Physik betrachten müssen. Von der allgemeinen Schätzung Schrödingers durch die Fachgenossen legt auch die Verleihung des Heitinger-Preises durch die Wiener Akademie Zeugnis ab.

An dritter Stelle nennen wir den Privatdozenten an der Technischen Hochschule München, Dr. Walter Kossel. Seine Arbeiten zeugen von einer ganz hervorragenden Begabung die für die Zukunft das Höchste von ihm erwarten läßt. Wir nennen besonders seine große und grundlegende Abhandlung über Molekülbau, ferner seine tiefgehenden Untersuchungen über die Röntgenspektren und die Struktur der Atome. Seine intuitive Begabung hat ihn befähigt, ohne Anwendung mathematischer Apparate theoretische Leistungen von außerordentlicher Schönheit und Wichtigkeit zu produzieren, Leistungen, die wir selbst in diesem Jahre durch die Verteilung des Ladenburg-Preises als höchst bedeutungsvoll anerkannt haben. Wenn die Fakultät ihn trotzdem erst an dritter Stelle nennt, so geschieht dies aus dem Grunde, weil seine mathematische Bildung nicht mit derjenigen der an erster und zweiter Stelle genannten Herren verglichen werden kann. Er würde sich in den Unterricht in der theoretischen Physik erst einzuarbeiten haben, namentlich in der Abhaltung der Seminare und der Leitung selbständiger theoretischer Arbeiten, wie auch die von der Fakultät befragten Physiker (von Laue, Sommerfeld, Wien) hervorgehoben haben. Dennoch hält die Fakultät in Anbetracht seiner Leistungen und seiner Fähigkeiten diese Bedenken nicht für so schwerwiegend, daß sie von seiner Nennung hätte absehen mögen.

Beilage

zum Bericht der Fakultät über die Neubesetzung des Ordinariats für theoretische Physik.

Die Herren Professoren Dr. Rudolf Ladenburg, und Dr. Eberhard Buchwald haben vor der Kommission zur Neubesetzung des Ordinariats für theoretische Physik am 13. November zu Protokoll gegeben:

Für die Professur für theoretische Physik würden wir in erster Linie die Herren Dr. F. Reiche, zur Zeit Berlin, und Prof. Dr. E. Schrödinger zur Zeit Stuttgart (aequo loco), an zweiter Stelle Dr. W. Kossel, zur Zeit München, vorschlagen.

Die ersten beiden beherrschen die verschiedenen Gebiete der Physik in besonderem Maße, haben eine mehrjährige Lehrtätigkeit hinter sich und versprechen durch ihre Kenntnisse und Leistungen eine vortreffliche Vertretung ihres Faches. Dr. Reiche hat sich besonders als vorzüglicher Kenner der verschiedenen Ansätze der Quantentheorie erwiesen und dieses modernste Gebiet der Physik erfolgreich bearbeitet. Seine Arbeit über die spezifische Wärme des Wasserstoffes z. B. wird von vielen Seiten besonders anerkannt. Frühere Untersuchungen betreffen wichtige Fragen der Optik; seine Arbeiten über die Theorie der Beugung, über die Emission und Absorption von Spektrallinien und über die Molekulartheorie der Dispersion sind von großem Wert und haben zum Teil weitere Kreise gezogen. Er ist zweifellos ein höchst zuverlässiger und kritischer Denker, der für die Universität ein großer Gewinn wäre.

Das Gleiche gilt für Schrödinger, der eine Reihe beachtenswerter und anerkannter Arbeiten ausgeführt hat. Seine Untersuchungen über die allgemeine Relativitätstheorie beweisen, daß er diese schwierige Materie durchaus beherrscht; durch seine Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen im Anschluß an die Ehrenhaft-Millikausche Versuchsanordnung zur Bestimmung des elektrischen Elementarquantums hat er Originalität und Scharfsinn bewiesen. Sein ausführlicher Bericht über die spezifischen Wärmen fester Körper zeigt ihn als Kenner dieses vielverschlungenen modernen Zweiges der Physik. Wiederum auf anderem Gebiete, und zwar in die Physiologie übergreifend, liegt seine letzte umfangreiche Untersuchung über die Farbenmetrik.

Der an zweiter Stelle genannte Dr. Kossel ist als ausgesprochen genialer Forscher zu bezeichnen. Er hat bereits eine Reihe glänzender Ideen gehabt und durchgeführt, die für die moderne Entwicklung der Lehre vom Atombau grundlegend gewesen sind und sich als besonders fruchtbar erwiesen haben. Seine Leistungen auf diesem Gebiet sind von der Breslauer Fakultät durch die Verleihung des Erich Ladenburg-Preises bereits anerkannt worden. Trotzdem wird er hier erst an zweiter Stelle genannt, weil er nicht über ein derartiges mathematisches Rüstzeug verfügt wie die beiden Erstgenannten und wie es für die in Frage stehende Professur wichtig wäre. Andererseits besitzt er einen glänzenden Vortrag und würde sich bei seinen Fähigkeiten zweifellos schnell in seine neue Aufgabe einarbeiten.

**235. Schreiben von Henry Theodor von Böttinger namens der Göttinger
Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik an den Ministerialdirektor im
Kultusministerium, Otto Naumann.
Arendsdorf/Neumark, 6. August 1919.**

Ausfertigung, gez. Böttinger.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 397–399.

Göttingen muss seinen Rang in Mathematik und Physik behalten. Um Prof. Max Wien zu gewinnen, wird die Göttinger Vereinigung ihm persönlich ihre bisher an das Institut für angewandte Elektrizität gezahlten 5.000 M zuwenden, sofern der Staat den Institutszuschuss übernimmt. Zum geplanten Erweiterungsbau könnte die Vereinigung 25.000 M zuschießen.

Vgl. Einleitung, S. 160.

Hochverehrteste Exzellenz!

Euer Exzellenz sage ich zunächst besonderen Dank für die gütige Zuschrift vom 4. dieses Monats, aus der ich die freudige Mitteilung ersah von Euer Exzellenz Verhandlungen mit Herrn Geheimrat Wien.¹ Die Mitteilung war für mich und wird auch für die Göttinger Herren eine große Erleichterung sein, da doch die Befürchtung vorlag, daß Prof. Wien sich schließlich entschließen würde, nicht nach Göttingen überzusiedeln. Es wäre dieses aber für Göttingen gerade jetzt ein ganz empfindlicher Schlag, da jetzt ganz besonders alles aufgeboten werden muß, um Göttingen mit erstklassigen Kräften zu versehen, vor allem, damit es dadurch seinen alten Ruhm in der Mathematischen Fakultät aufrechterhält.

Wie Euer Exzellenz wissen, schweben ja jetzt schon Verhandlungen des Herrn Geheimrat Hilbert mit der Schweiz und auch Prof. Hecke hat schon einen sehr verlockenden Ruf nach Hamburg erhalten.² – Die Besetzungen in Göttingen durch diese erstklassigen Herren macht natürlich Göttingen bei Neubesetzungen immer als den ersten Angriffspunkt der anderen Universitäten und muß daher alles aufgeboten werden, nicht nur das Vorhandene zu erhalten, sondern auch jede Vakanz entsprechend neu zu besetzen. Der Staat hat selbst das größte Interesse, daß Göttingen seine vornehme Höhe im Interesse der Wissenschaften und der Forschung in der gerade in Göttingen so geeigneten Atmosphäre aufrechterhält, und ich weiß, wie sehr Euer Exzellenz durchdrungen sind von dem Bewußtsein, daß für Göttingen das beste gerade gut genug ist. Wenn dieser Standpunkt nicht aufrechterhalten

¹ Hier irrte Böttinger, denn nicht Geheimrat Prof. Wilhelm Wien – München sollte gewonnen werden, sondern Max Wien – Jena, wie sich aus Böttingers Schreiben vom 6.3.1919 (Bl. 37 f. der Akte) ergibt.

² Erich Hecke wechselte tatsächlich nach Hamburg. Hilbert wurde gegen das 15.000 Franken-Angebot Berns gehalten, indem mit Vereinbarung vom 13.8.1919 (Bl. 75 der Akte) sein Gehalt von 8.400 auf 12.000 M angehoben wurde und er durch erhöhte Garantie (7.780 M), Seminardirektion (2.500 M) etc. 25.000 M erreichte. 15.000 M Pension wurden ihm garantiert und wie bisher zwei außerplanmäßige Assistenten.

werden würde, wäre die Gefahr eines Zusammenbruches der seitherigen leitenden Stellung Göttingens auf dem Gebiete der mathematischen und physikalischen Wissenschaften sehr groß. Um eine solche Katastrophe – wie gesagt, in erster Linie der Forschung wegen – zu vermeiden, geht unser aller herzlichste Bitte an Euer Exzellenz, wobei ich nicht unterlassen möchte, nicht nur namens der Universität, sondern auch namens der Göttinger Vereinigung Euer Exzellenz besonderen herzlichen Dank zu versichern für all die Förderung, für all das lebhafteste Interesse und für all das Wohlwollen, welches Euer Exzellenz den dortigen Wünschen immer entgegengebracht haben. Für Göttingen muß das „Excelsior“ wie bisher auch weiterhin die einzige Losung sein.

Die Frage Euer Exzellenz bezüglich der bisherigen Zuschüsse der Göttinger Vereinigung an Herrn Geheimrat Simon zunächst erwidern, teile ich Euer Exzellenz mit, daß Herr Geheimrat Simon einen Zuschuß zum Honorar seitens der Göttinger Vereinigung bisher nicht erhalten hat. Es ist dies nur bei Herrn Prof. Prandtl der Fall. Dagegen hat die Vereinigung jährlich aus ihren Mitteln Herrn Geheimrat Simon den Betrag von M 5.000 überwiesen, die er für Anschaffungen und als Zuschuß für die Betriebskosten nach freiem Ermessen verwenden konnte. Diese M 5.000 sind außer den Zuschüssen, die seinerzeit die Vereinigung für den Simonschen Bau gestiftet hat, die einzigen Zuschüsse, die die Göttinger Vereinigung für das Simonsche Institut gewährt. Diese auch fernerhin aufrechtzuerhalten, wird die Vereinigung gerne zusagen, wie sie solche überhaupt jetzt schon seit dem Ableben des Herrn Geheimrat Simon dem Institut weiter zuteil werden läßt.

Die Herr Geheimrat Wien in Göttingen gemachte Mitteilung, daß die Vereinigung ihm auch einen Assistenten hält, ist aber, wie gesagt, nicht richtig. Aus der schwierigen Lage würden Euer Exzellenz am besten herauskommen, wenn die Staatskasse jetzt schon die Beträge für die bisherigen Zuschüsse der Göttinger Vereinigung zu den Betriebszuschüssen des Instituts übernehmen würde und die Göttinger Vereinigung dann anstatt ihres bisherigen Betriebszuschusses den Betrag von M 5.000 zur Verfügung stellt als Zuschuß zu den Gehältern des Geheimrat Wien und dessen Assistenten. Ich würde meinerseits keine Bedenken haben, der Vereinigung vorzuschlagen, diesen Betrag von M 5.000 sogar jährlich auf M 6.000 zu erhöhen, und würden Euer Exzellenz diese beiden Gehaltsfragen dadurch zweifellos glatt überwinden können.

Viel schwieriger liegen die Verhältnisse bezüglich einer Beteiligung der Vereinigung an einem eventuellen Erweiterungsbau. Es ist richtig, daß vor mehreren Jahre, als die Frage des Erweiterungsbau von Geheimrat Simon aufgeworfen und für notwendig erklärt worden ist, wir auch die Frage der Kostenverteilung in gleicher Weise wie beim Hauptbau besprochen, und zwar derart, daß, während der Bau selbst vom Staat ausgeführt, die Kosten der inneren Einrichtung von der Vereinigung getragen würden. Es war dieses aber vor den jetzt getroffenen Vereinbarungen bezüglich des Mathematischen Instituts und der durch die Vereinigung hierfür übernommenen Verpflichtungen, welche die Rückstellungen der Vereinigung voll und ganz in Anspruch nehmen werden. Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß gerade auf Wunsch der Göttinger Herren – in erster Linie des Herrn Geheimrat

Simon – die flüssigen Mittel der Vereinigung immer in Kriegsanzahlung angelegt wurden und ein nicht unbeträchtlicher Schaden ihr erwachsen wird, wenn die Flüssigmachung derselben notwendig werden würde. Ich gebe mich aber in dieser Hinsicht der Hoffnung hin, daß hierüber eine Verständigung zwischen Reich und Staat erreichbar sein wird.

Zur Zeit hat also die Vereinigung keine Mittel zur Verfügung, um etwaige weitere Bauverpflichtungen zu übernehmen. Ich möchte aber diesen Punkt nicht als unüberbrückbar bezeichnen, vielmehr glaube ich, daß wir es verantworten können, die Zusicherung der Überweisung eines bestimmten festen Betrages als Beitrag zu den Kosten der inneren Einrichtung von etwa M 20.000 bis M 25.000 zu geben. Die Zusage der unbestimmten Kosten für die innere Einrichtung würde für die Vereinigung doch zu große Gefahren in sich schließen, während sie feste und begrenzte Verpflichtungen leichter einzugehen in der Lage sein würde. Ich hoffe aber, daß auch dieser Modus die Bereitwilligkeit der Vereinigung zur weiteren Mitwirkung dem Herrn Finanzminister klarmachen wird und ihn von der Bedeutung und Notwendigkeit des Baues überzeugt, so daß die Bewilligung dann erfolgen könnte.

Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß es Euer Exzellenz so tatkräftigen Bemühungen gelingen wird, die notwendige und gewünschte Verständigung mit Herrn Geheimrat Wien herbeizuführen und dadurch Göttingen wieder zu heben resp. den Göttinger Herren die Besorgnis zu nehmen; ich werde mich außerordentlich freuen, wenn meine heutige kleine Zusage dieses Euer Exzellenz etwas erleichtern.

Jedenfalls bitte ich Euer Exzellenz, des warm empfundensten Dankes aller Beteiligten nochmals versichert zu sein und durch mich entgegenzunehmen gleichzeitig mit der Versicherung der steten Verehrung und Hochschätzung Euer Exzellenz getreu ergebensten

**236. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an Finanzminister
Albert Südekum.**

Berlin, 9. Januar 1920.

Genehmigtes Konzept, gez. Becker.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 166–168.

Aufgrund des Tiefstands der Mark droht die Abwanderung von Forschern ins Ausland. Um Peter Debye gegen das Angebot der ETH Zürich in Göttingen zu halten und um den Mathematiker Luitzen E. J. Brouwer aus Amsterdam für Berlin zu gewinnen, sind jeweils 12.000 M Grundgehalt nötig.

Vgl. Einleitung, S. 160.

Unter den finanziellen Schwierigkeiten gestaltet sich die Gefahr immer drohender, daß Deutschland, nachdem es in immer steigendem Maße von materiellen Gütern entblößt worden ist, nun auch an geistigen Werten verarmt. Wie auf wirtschaftlichem Gebiet benutzt das Ausland den Tiefstand unserer Valuta, um besonders ausgezeichnete Vertreter deutscher Wissenschaft für sich zu Bedingungen zu gewinnen, denen die preußische Unterrichtsverwaltung auch nicht annähernd folgen könnte, wenn sie sich an die für normale Verhältnisse gegebenen, jetzt zweifellos zu engen Richtlinien halten müßte. Unter diesen Umständen ist es doppelt Pflicht der Unterrichtsverwaltung, das äußerste zu tun, um die drohende geistige Verarmung und die daraus folgende Ausschaltung Deutschlands auch aus dem geistigen Wettbewerb der Nationen zu verhindern. Vielmehr muß sie bestrebt sein, im Rahmen des Möglichen über die heimatlichen Verhältnisse im engeren Sinne hinaus nationale Kulturpolitik zu treiben, um das Ansehen der deutschen Wissenschaft in der Welt der Wissenschaften zu erhalten und, wo angängig, zu steigern und so mittelbar auch dem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Leben neue Werte zuzuführen.

Ich hoffe, namentlich nach dem von mir durchaus gewürdigten, dankenswerten Entgegenkommen des Finanzministeriums bei den diesjährigen kommissarischen Etatsberatungen, auf volles Verständnis für diese Bestrebungen auch bei der Finanzverwaltung, ohne deren Unterstützung ich unter den gegebenen Verhältnissen diesen Teil meiner kulturpolitischen Aufgabe nicht erfüllen könnte. So erbitte ich die dortige Mithilfe zur Erhaltung bzw. Gewinnung zweier besonders geschätzter Gelehrter.

Von dem Polytechnikum in Zürich hat der Göttinger Physiker Debye einen materiell wie ideell sehr vorteilhaften Ruf erhalten. Die schweizerische Regierung bietet ihm erstmalig 30.000 Franken persönliche Einkünfte und will ihm mehrmals 100.000 Franken zur Förderung seiner Studien zur Verfügung stellen. Auf die international anerkannte hervorragende Bedeutung Debyes, dessen Zugehörigkeit zur deutschen Wissenschaft immer ein besonderer Gewinn für Deutschland gewesen ist, habe ich bereits in meinem Schreiben vom 24.12. vorigen Jahres – U I 18577 – hingewiesen. Der Versuch, ihn zu halten, muß schon aus

Gründen des nationalen Ansehens gemacht werden. Hierfür ist vor einiger Zeit auch die Vertretung der gesamten deutschen Studentenschaft entschieden eingetreten, und auch die Preußische Landesversammlung hat in einer förmlichen Anfrage den Wunsch, Debye für Deutschland zu erhalten, ausdrücklich kundgegeben. Zudem ist zu befürchten, daß, wenn Debye nach Zürich geht, ihm der berühmte Göttinger Mathematiker Hilbert folgt, und daß so die in ihrer Bedeutung weltbekannte naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen ihres Gehalts im wesentlichen beraubt wird. Ich habe Euer pp. vorläufiger Zustimmung zur Bereitstellung außerordentlicher Mittel für das Göttinger Physikalische Institut mit Dank entnommen, daß Sie sich der Notwendigkeit, Debye für die deutsche Wissenschaft zu erhalten, nicht verschließen. Heute handelt es sich darum, in Konsequenz dessen, angesichts des bedeutenden schweizerischen Angebots, auch berechnete persönliche Erwartungen Debyes zu erfüllen. Ich hoffe, daß die Gewährung eines festen Gehalts von 12.000 M ausreichen wird, diese Erwartungen zu befriedigen. Desto dringender bitte ich, der Gewährung dieses Gehalts zuzustimmen.

In dem 2. Fall handelt es sich um die Berufung des Amsterdamer Prof. Brouwer nach Berlin, wo Brouwer der Nachfolger des aus dem preußischen Staatsdienst geschiedenen Prof. Carathéodory werden soll. Die hohe Wertschätzung, der sich Brouwer allenthalben erfreut, geht u. a. auch daraus hervor, daß er auch von der Göttinger Naturwissenschaftlichen Fakultät als Nachfolger des von dort nach Hamburg berufenen Prof. Hecke ebenso dringend erbeten worden ist, wie nun die Berliner Fakultät um die Ernennung Brouwers gebeten hat. Brouwers Berufung hat, wie ich weiß, in Holland auch politisch gut gewirkt, weil man mit Recht darin einen Beweis dafür erblickt, daß die deutsche Wissenschaft gesonnen ist, im Wettbewerb mit den ausländischen Wissenschaften ihren alten Rang zu behaupten. Namentlich Brouwers Ernennung auf einen der ersten mathematischen Lehrstühle Deutschlands würde im Auslande mit Genugtuung bemerkt werden. Es besteht Aussicht, Brouwer für Berlin zu gewinnen, wenn ihm hier ein Gehalt von wenigstens 12.000 M gezahlt wird, eine Summe, die kaum im Verhältnis zu den jetzt 10.000 Gulden betragenden festen Bezügen Brouwers in Amsterdam steht. Um so eher darf ich wohl hoffen, daß Euer pp. in Würdigung der von mir einleitend aufgezeigten weiteren Gesichtspunkte Ihre Zustimmung zur Zahlung eines unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch absolut gewiß nicht übermäßig hohen Gehalts versagen werden.¹

1 Obwohl das Finanzministerium mit Schreiben vom 29.1.1920 (Bl. 231 der Akte) die Gehälter zugestand, teilte Debye C. H. Becker am 6.2.1920 seinen Weggang nach Zürich mit (Bl. 208). Brouwer, der Erstplatzierte der Vorschlagsliste vom 19.12.1919, lehnte den Ruf nach Berlin ebenso ab wie Gustav Herglotz – Leipzig und Hermann Weyl – Zürich sowie von der zweiten Vorschlagsliste Erich Hecke – Hamburg. Die dritte Liste vom 6.12.1920 konstatierte bedauernd, dass Berlin als Folge der neueren Bestimmungen immer mehr an Anziehungskraft für hervorragende Gelehrte einbüße und nannte Ludwig Bieberbach, der Anfang 1921 berufen wurde, vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68C Bd. 1, Bl. 103 f., 113–115 und 123–125v.

237 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium.

Göttingen, 22. März 1920.

Ausfertigung, gez. Thiersch als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 296–297v.

Nach der Absage von Max Wien und Wolfgang Gaede werden für das Extraordinariat für angewandte Elektrizität vorgeschlagen: Reinhold Rüdenberg – Firma Siemens, Berlin, Heinrich Barkhausen – Dresden, Hans Georg Möller – Hamburg und Max Reich – Göttingen.

Vgl. Einleitung, S. 161.

Die Verhandlungen, die wegen der Wiederbesetzung der Professur für angewandte Elektrizität mit Herrn Prof. Max Wien geführt worden sind, sind gescheitert.¹ Eine Aussicht, den von uns an zweiter Stelle genannten Prof. Gaede zu gewinnen, besteht nicht mehr, seitdem dieser inzwischen das Ordinariat für Experimentalphysik an der Technischen Hochschule Karlsruhe erhalten hat. Aus diesem Grunde beehrt sich die Fakultät, Eurer Exzellenz hiermit eine neue Liste für die Wiederbesetzung dieser Professur zu überreichen. Sie knüpft daran die dringende Bitte, die Berufungsverhandlungen so zu beschleunigen, daß der seit nunmehr 1 ½ Jahren verwaiste Lehrstuhl möglichst zu Beginn des Sommersemesters wieder besetzt wird.

Wir schlagen in erster Linie vor Prof. Dr.-Ing. Reinhold Rüdenberg, Oberingenieur der Siemens-Schuckert-Werke und Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin, 37 Jahre alt.

Rüdenberg hat sich durch über dreißig Publikationen, die von 1905 an hauptsächlich in elektrotechnischen Zeitschriften erschienen sind, als einer der hervorragendsten wissenschaftlichen Vertreter der Elektrotechnik erwiesen. Seine Arbeiten betreffen die verschiedensten Fragen des Elektromaschinenbaus, der Schaltvorgänge, der Ausbreitung der elektrischen Kraft in Leitungen usw. Überdies hat er auch außerhalb seines engeren Fachgebietes sehr originelle Arbeiten aufzuweisen, so über die Ausbreitung elektrischer Wellen, über Explosionsvorgänge usw. Alle Arbeiten zeichnen sich durch ein tiefes physikalisches Verständnis und eine glänzende Beherrschung der mathematischen Hilfsmittel, dabei gleichzeitig durch große Anschaulichkeit in der Klarlegung der Zusammenhänge aus.

¹ *Mit Schreiben vom 23.11.1919 (Bl. 405 f. der Akte) lehnte Wien den Ruf ab, da die Zeitumstände Wechsel erschwerten, das Göttinger Institut kleiner als in Jena sei und ganz einseitig für angewandte Elektrizitätslehre erbaut; dessen Erweiterung und größere Anschaffungen bleibe unwahrscheinlich wegen des Finanzministers. Sein Institut in Jena hingegen habe die Regierung gesichert und eine neue Professur bewilligt. Zudem wäre er in Göttingen nur Extraordinarius mit dem Rang als persönlicher Ordinarius.*

Rüdenberg war nach Beendigung seines Studiums an der Technischen Hochschule Hannover, das er mit der Diplomprüfung als Elektroingenieur abschloß, vom April 1906 an fünf Semester lang Assistent am Institut für angewandte Mechanik der hiesigen Universität und ist aus dieser Zeit vielen von uns als eine geistig ungemein rege und anregende Persönlichkeit bekannt. Dieses Urteil entspricht auch vollständig der Wertung, die Rüdenberg in seinem jetzigen Wirkungskreis gefunden hat. Wir sind uns deshalb sicher, daß er die hier vorliegende Lehraufgabe in vorzüglicher Weise ausfüllen wird.

In erheblichem Abstand nennen wir an zweiter Stelle Prof. Dr. H. Barkhausen in Dresden, der dort als Ordinarius an der Technischen Hochschule das Institut für Schwachstromtechnik leitet. Prof. Barkhausen ist 38 Jahre alt, hat in München, Berlin und Göttingen studiert und publiziert seit 1907. Seine bedeutendste wissenschaftliche Leistung ist seine Dissertation, die er als Schüler Simons in Göttingen über „Probleme der Schwingungserzeugung“ verfaßt hat. Diese Arbeit, die in sehr klarer und umfassender Art die verschiedenen Möglichkeiten zur Erzeugung ungedämpfter elektrischer Schwingungen darlegt, ist in Buchform erschienen und hat auch in der Technik erhebliche Beachtung gefunden. Die späteren Arbeiten Barkhausens reichen allerdings an diese erste nicht heran, meistens sind es Anwendungen seiner in der Dissertation entwickelten Gedanken. Während des Krieges hat Barkhausen im Dienst der Marine Gelegenheit gefunden, sich in den modernsten Zweig der Elektrotechnik, das Gebiet der Elektronenröhre, einzuarbeiten. Er hat dabei sehr klare Untersuchungen ausgeführt und seit Kriegsende eine Reihe von Arbeiten, insbesondere über die Theorie der Verstärkerröhren und ihrer Anwendung, veröffentlicht.

An dritter Stelle bringen wir aequo loco zwei Herren in Vorschlag, den Privatdozenten Dr. Hans Georg Möller in Hamburg (Physikalisches Institut der Universität) und den Privatdozenten Prof. Dr. Max Reich in Göttingen.

Dr. Möller ist 37 Jahre alt. Seine Veröffentlichungen beginnen 1907. Sie betreffen zunächst elektrochemische Fragen und Probleme der Hochfrequenztechnik im Anschluß an seinen Lehrer Dolezalek, bei dem Möller von 1906 bis 1910 als Assistent tätig war. 1910 zwang ihn seine völlige Mittellosigkeit, in das Laboratorium der Auer-Gesellschaft als Physiker einzutreten, doch verließ er 1913 diese Stellung, da er über seine Untersuchungen nicht wissenschaftlich publizieren durfte, und übernahm eine Stellung als Dozent für Physik und elektrische Spezialprobleme an der Technischen Staatslehranstalt in Hamburg.

Während des Krieges hat er, nach anfänglicher Verwundung, bei der Armee genau die gleiche Tätigkeit ausgeübt wie Prof. Barkhausen bei der Marine, er hat das ganze Gebiet der Elektronenröhren ebenso gründlich wie erfolgreich bearbeitet. Die Heeresverwaltung verdankt seiner Tätigkeit eine ganze Reihe wertvoller Erfindungen. Als Frucht seiner Arbeit sind jetzt nach dem Kriege mehrere Einzeluntersuchungen veröffentlicht, ein umfangreiches Werk über das Gesamtproblem der Elektronenröhren ist im Druck fertig und wird in Kürze erscheinen.

Möller verfügt über eine gute mathematische Schulung, er ist vielseitig und ideenreich und ist geübt im Unterricht, teils als Privatdozent an der Charlottenburger Technischen Hoch-

schule, teils am Hamburger Technikum und an der Technischen Hochschule in Stuttgart, an der er im Sommer 1919 den Elektrotechniker Prof. Hermann vertreten hat. Der Mangel einer seinen wissenschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden Stellung hat ihn bisher nicht so hervortreten lassen, wie dies unter günstigeren Bedingungen sicher der Fall gewesen wäre.

Prof. Reich ist 45 Jahre alt, hat 1900 in Berlin unter Warburg in Physik promoviert. Von 1900 bis 1905 war er Assistent am Frankfurter Physikalischen Institut und am Simonschen Institut in Göttingen. Die Veröffentlichungen aus dieser Zeit sind durchweg gemeinsam mit Simon ausgeführt. Von 1905 bis 1908 war Reich Privatdozent in Jena, wo er sich mit einem Lehrauftrag für angewandte Physik ein elektrotechnisches Praktikum eingerichtet hat. 1908 wurde ihm die Leitung der Versuchsarbeiten an der Radioelektrischen Versuchsanstalt für Heer und Marine in Göttingen übertragen. Seine Publikationen betreffen meist Spezialprobleme der drahtlosen Telegraphie, doch durfte aus militärischen Gründen nur ein Teil seiner Arbeiten an die Öffentlichkeit gelangen.

Im Kriege war Reich erster Physiker an der Torpedoinspektion in Kiel. Dort hat er das Gebiet der angewandten Elektrizität und angewandten Akustik in weitem Umfang bearbeitet und eine ganze Reihe von Erfindungen gemacht, die sofort bei der Marine zur Einführung gelangt sind.

Seit Kriegsende hat Prof. Reich das Simonsche Institut verwaltet und dabei eine erfolgreiche Lehrtätigkeit entfaltet. Er hat die Vorlesungen und Übungen Simons in vollem Umfang aufrechterhalten und läßt zur Zeit durch 9 Doktoranden wissenschaftliche Untersuchungen ausführen. Daneben hat sich Reich um das Simonsche Institut dadurch verdient gemacht, daß er mit vieler Mühe aus den Beständen der Marine die Zuweisung von Apparaten und Hilfsmitteln aller Art an das Institut durchgesetzt hat. Auch hat er sich lebhaft dafür eingesetzt, daß die radioelektrische Versuchsanstalt für Heer und Marine in den Besitz der hiesigen Universität übergehen würde. Dies wird nunmehr ab 1.4.1920 der Fall sein; damit ist ein für den Unterricht in technischer Physik sehr wertvolles Hilfsmittel der hiesigen Hochschule erhalten worden.

237 b. Gutachten von Prof. Max Wien für Ministerialreferent Erich Wende im Kultusministerium.

Jena, 13. April 1920.

Ausfertigung, gez. Wien.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 300–301v.

Barkhausen und Möller sind rundum geeignet für die Göttinger Professur, Reich arbeitet auf recht engem Gebiet und der technisch versierte Rüdenberg ist als Person nicht sehr beliebt.

Vgl. Einleitung, S. 161.

Sehr geehrter Herr Geheimer Regierungsrat!

Auf Ihre Anfrage vom 2. April beehre ich mich, folgendes zu antworten:

Rüdenberg ist von den genannten am meisten literarisch hervorgetreten. Er hat recht bedeutende theoretische Untersuchungen über Wirbelströme, Überspannungen, Drehstrom-Kollektormotoren, Energieverhältnisse beim Senden und Empfang in der drahtlosen Telegraphie veröffentlicht. Man kann ihn als einen der bedeutendsten Theoretiker auf dem Gebiet der Elektrotechnik ansehen. Durch seine langjährige Tätigkeit in der Industrie hat er natürlich auch einen vollkommenen Einblick in die Praxis gewonnen, ohne daß er ein eigentlicher Experimentator wäre. Auch auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie hat er keine Versuche gemacht, sondern nur gerechnet. Persönlich kenne ich ihn nicht, jedoch will ich nicht verschweigen, daß er unter meinen Fachgenossen vielfach nicht sehr beliebt ist.

Barkhausen hat sich durch eine vorzügliche Habilitationsschrift über Schwingungserzeugung hervorgetan, die für die neuere Entwicklung der Schwingungslehre grundlegend gewesen ist. Seine späteren Arbeiten sind tüchtig, haben allerdings nicht die Bedeutung gehabt wie die Habilitationsschrift. Im Kriege war er mit großem Erfolg in den wissenschaftlichen Laboratorien der Marine tätig; ich habe ihn bei gemeinsamen Kriegsarbeiten gut kennengelernt, und habe mich von seinen ausgezeichneten Kenntnissen und Leistungen überzeugen können. Bei dem Tode Simons habe ich gleich an Barkhausen als Nachfolger gedacht und der Fakultät auch mehrfach in diesem Sinne geschrieben. Als langjähriger Universitäts- und Hochschullehrer besitzt er auch große Lehrerfahrung und würde sicher die Mittel gut verwalten und weiter ausbauen.

Möller ist eine der frischesten Persönlichkeiten unter den jüngeren Physikern, sprudelnd von Einfällen und mit einer Begeisterung bei der Arbeit, die auf seine Schüler hinreißend wirkt. Er hat bisher nicht allzuviel veröffentlicht, zum Teil liegt dies daran, daß er in seinem Eifer zuviel gleichzeitig anpackt, zum Teil auch daran, daß er viel Zeit im Kriege verloren hat. Möller hat in den letzten Jahren des Krieges bei der Technischen Abteilung für Funkengerät unter mir gearbeitet, und ich habe seine vielfältigen Kenntnisse und seine Fähigkeiten sehr schätzen gelernt. Durch seine Tätigkeit an der Technischen Hochschule Berlin, bei Auer und in Hamburg hat er gute Erfahrungen in technischen Dingen gesammelt.

So sehr ich Reich als Mensch schätze und so sehr ich ihm die Professur gönnen würde, so steht er doch mit den anderen Genannten nicht auf gleicher Stufe: Seine Leistungen sind zwar tüchtig, aber sehr wenig umfangreich, auch ist er wohl nicht sehr anregend bei den Studenten. Bei Barkhausen und Möller glaube ich jede Garantie übernehmen zu können, daß sie die Stelle gut ausfüllen und tüchtiges leisten würden. Rüdberg ist vielleicht der bedeutendste, aber es scheint mir, daß er nicht die gleichen Garantien als Persönlichkeit und Lehrkraft bietet.² Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

237 c. Gutachten von Prof. Johannes Stark für Ministerialreferent Erich Wende im Kultusministerium.

Greifswald, 14. April 1920.

Ausfertigung, gez. Stark.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 298–299.

Reich und Möller sind unzureichend für die Göttinger Professur, Barkhausen sehr geeignet.

Vgl. Einleitung, S. 161.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Neben Rüdberg und Barkhausen kommen Reich und Möller für die Göttinger Stelle nicht in Betracht. Sie sind für sie wissenschaftlich unzureichend. Es tut mir dies besonders für Reich leid, den ich persönlich sehr schätze.

Barkhausen und Rüdberg sind beides tüchtige Ingenieur-Physiker. In wissenschaftlicher Hinsicht ist der erste dem zweiten merklich überlegen. Rüdberg hat mehr als Barkhausen veröffentlicht, aber vielfach langweilige Kleinigkeiten, auch wärmt er häufig nur auf. Barkhausen ist wissenschaftlich tiefer und hat einen viel weiteren Horizont. Er ist ein guter Lehrer und hat Erfahrung (hinreichend) in der Technik. Er wird sich zweifellos viel leichter in die Verkettung der Göttinger Lehrstühle als Rüdberg hineinfinden. Dieser soll an Selbstüberschätzung leiden und würde darum in Göttingen nicht gern die zweite Geige spielen. Er ist wohl auch viel teurer als Barkhausen. Aber dies sind für mich untergeordnete Bedenken. Entscheidend ist für mich, daß Barkhausen der originellere, wissenschaftlich bedeutendere von den zweien ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

² *Nachdem sich die Göttinger Fakultät am 7.7.1920 (Bl. 418 f. der Akte) für Reich als Ordinarius aussprach, da seine neuesten Arbeiten gut seien, schloss das Kultusministerium am 13.8.1920 (Bl. 420) die Vereinbarung mit ihm (9.200 M Gehalt).*

**238 a. Schreiben des Kultusministers Konrad Haenisch an Finanzminister
Hermann Lüdemann.
Berlin 5. Juli 1920.**

*Genehmigtes Konzept mit handschriftlichen Korrekturen, gez. i. A. Wende.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 357–358.*

Die Rückstufung des bisherigen Ordinariats für Experimentalphysik in ein Extraordinariat verhindert die Neuberufung einer der Bedeutung Göttingens entsprechenden Persönlichkeit in diese Stelle. Das Finanzministerium soll genehmigen, dass Göttingen künftig vier Ordinariate für Physik hat.

Vgl. Einleitung, S. 161.

Durch den Staatshaushalt für 1888 ist bestimmt worden, daß das von dem Prof. Voigt bekleidete Ordinariat der theoretischen Physik nach Erledigung in ein Extraordinariat umzuwandeln ist. Prof. Voigt ist im Dezember 1919 verstorben, infolgedessen die Voraussetzung für die Umwandlung des betreffenden Ordinariats in ein Extraordinariat gegeben sein würde. Wie die Verhältnisse des physikalischen Unterrichts in Göttingen liegen, ist es jedoch unumgänglich notwendig, daß das Ordinariat als solches auch weiterhin beibehalten werde.

Für die Vertretung der physikalischen Disziplinen stehen zur Verfügung:

1. das Ordinariat Voigt (umzuwandeln in ein Extraordinariat),
2. das Ersatzordinariat für Riecke,
3. das 1915 begründete Extraordinariat (Inhaber Pohl) und
4. das Extraordinariat für angewandte Elektrizitätslehre (Simon), das durch den Staatshaushalt 1920 in ein Ordinariat umgewandelt ist.

Die Experimentalphysik vertrat bisher der vom 1. April dieses Jahres ab nach der Schweiz berufene Prof. Debye, der aber auch zugleich die theoretische Physik in seiner Lehrtätigkeit behandelte, aus welchem Grunde Prof. Pohl beauftragt war, ergänzend für die Vertretung der Experimentalphysik einzutreten. Nach einer Bestimmung im Universitätsetat ist aber auch dieses Extraordinariat nach dem Ausscheiden von Prof. Pohl zum Wegfall bestimmt. Bei der internationalen Bedeutung, welche die Disziplinen der Experimentalphysik wie der theoretischen Physik in Göttingen einnehmen, ist es notwendig, als Nachfolger Voigts eine Kraft ersten Ranges zu gewinnen.

Es ist bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen schon mit Rücksicht auf sie unmöglich, einen dem anerkannten wissenschaftlichen Ruf Göttingens entsprechenden Gelehrten dieser Fächer anders als auf ein etatmäßiges Ordinariat zu berufen. Überdies hat sich der Unterricht in Physik, namentlich in der Experimentalphysik im Lauf der letzten Jahre so erweitert, daß wenigstens an einer für die physikalische Welt so bedeutsamen Stelle wie in Göttingen die regelmäßige Abhaltung von 4 Experimentalvorlesungen notwendig

geworden ist. Von ihnen kann der Hauptvertreter der Experimentalphysik, Prof. Pohl, nicht mehr als 2 Vorlesungen übernehmen, so daß zu seiner Ergänzung ein zweiter vollwertiger Fachgelehrter unbedingt erforderlich ist. Unter ihnen würden die Experimentalvorlesungen und Praktika für Physiker, Mathematiker und Nichtmathematiker verteilt werden.

Hiernach erscheint es dringend geboten, daß in Zukunft zur Verfügung stehen:

ein Ordinariat für Experimentalphysik,

ein Ordinariat für theoretische Physik,

ein Ordinariat zur Ergänzung beider Fächer,

daneben das Ordinariat für angewandte Elektrizitätslehre.

Ich bitte ergebenst, sich gefälligst damit einverstanden zu erklären, daß durch den nächstjährigen Staatshaushalt zur dauernden Beibehaltung des Ordinariats Voigt von den künftig wegfallenden Beträgen 2.000 M abgesetzt werden.

Zur Zeit sind 3 von den genannten 4 Stellen unbesetzt. Im Hinblick darauf und weil keine dieser Berufungen ohne Übersicht über die folgenden vorgenommen werden kann, bitte ich ergebenst um gefälligste recht baldige Rückäußerung.

238 b. Schreiben des Finanzministers Hermann Lüdemann an Kultusminister

Konrad Haenisch.

Berlin, 17. Juli 1920.

Ausfertigung, gez. i. A. [...?].

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 26, Bl. 299–299v.

Wegen der Bedeutung Göttingens wird die vorläufige Weiterführung der Stelle für theoretische Physik als Ordinariat genehmigt. Da alle Provinzuniversitäten nur je ein Ordinariat und ein Extraordinariat für Physik haben, muss Göttingen mit je zwei Stellen dieser Art auskommen.

Vgl. Einleitung, S. 161.

Auf das gefällige Schreiben vom 5. dieses Monats (U.I.17422) teile ich in Erwiderung mit, daß bei allen anderen Universitäten, abgesehen von Berlin, für Physik 2 Lehrkräfte vorhanden sind, und zwar ein Ordinariat und ein Extraordinariat. Wenn nun in Göttingen außer dem Ordinariat und dem Extraordinariat noch das 1915 begründete Extraordinariat (Inhaber Pohl) vorhanden ist und daneben noch das durch den Staatshaushalt 1920 in ein Ordinariat umzuwandelnde Extraordinariat für die angewandte Elektrizitätslehre, so ist das meines ergebenden Dafürhaltens an sich als sehr reichliche Besetzung des Faches anzusehen.

Die überaus schlechte Finanzlage, die den Staat bei allen Aufwendungen zur größten Zurückhaltung zwingt, wird voraussichtlich seitens der Finanzverwaltung zu der Forderung

führen, bei Freiwerden einer Professur stets der Frage näher zu treten, ob diese Professur angesichts des Zwangs der wirtschaftlichen Verhältnisse noch unbedingt notwendig ist. Ich verkenne nicht, daß auf manchen Gebieten die Einschränkung nur allmählich durchgeführt werden kann, auch angesichts des gegenwärtig sehr starken Andrangs der Studierenden, doch muß nach Möglichkeit vermieden werden, zumal gegenüber dem sehr bald zu erwartenden Abflauen des Besuchs, derzeitig Maßnahmen zu treffen, die der baldigen Rationierung, die auch dortseits dankenswerter Weise als notwendig anerkannt ist, hinderlich sind. Wenn ich daher Bedenken trage, schon jetzt derartige Bindungen vorzunehmen, wie sie in dem dortseitigen Schreiben angegeben sind, so will ich doch bei der besonderen Bedeutung Göttingens für das Gebiet der Naturwissenschaften damit einverstanden sein, daß für die nächste Besetzung der Posten des Prof. Voigt noch ein Ordinariat bleibt, unter Voraussetzung, daß nach dem Ausscheiden des jetzt zu berufenden Inhabers eine erneute Prüfung stattzufinden hat, ob die Umwandlung in ein Extraordinariat erfolgen kann. Die vorgedachte einstweilige Abstandnahme von der durch den Staatshaushalt bestimmten Umwandlung des Ordinariats in ein Extraordinariat wird der Landesvertretung durch eine begründete Bemerkung in der Übersicht der Staatseinnahmen und -ausgaben zur Kenntnis zu bringen sein.

239. Zwei Vorschlagslisten der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen für das Kultusministerium.

Göttingen, 11. Juli 1920.

Ausfertigung, gez. Stille als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 27, S. 57–61.

Vorgeschlagen werden als Nachfolger Debyes für theoretische Physik Max Born – Frankfurt und gemäß dessen Anregung ferner für experimentelle Physik James Franck – Berlin, sofern die Stelle als Ordinariat eingestuft bleibt. Einzelheiten der künftigen Instituts- und Unterrichtsgestaltung.

Vgl. Einleitung, S. 161.

Herr Prof. Born hat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Abteilung durch Schreiben vom 4. Juli mitgeteilt, daß er grundsätzlich bereit sein würde, den an ihn ergangenen Ruf als Nachfolger Prof. Debyes anzunehmen, falls gleichzeitig mit ihm Prof. Franck, Leiter der physikalischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie, in die durch den Tod des Prof. Voigt erledigte etatmäßige Stelle berufen würde. Er erwartet für Unterricht und Forschung großen Vorteil durch das Zusammenarbeiten mit einem experimentellen Physiker, mit dem er sich durch Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Grundanschauungen verbunden fühlt.

Wie Prof. Born gleichzeitig mitteilt, soll das Ministerium sich bereit erklärt haben, das Extraordinariat, das zuletzt Prof. Voigt innegehabt hat, in ein Ordinariat zu verwandeln. Auch soll Herr Geheimer Regierungsrat Wende dem Plan der Gewinnung von Prof. Franck für diese Stelle zugestimmt haben, wenn die Philosophische Fakultät einen entsprechenden Vorschlag machen würde.

Die Fakultät tut das hiermit, und zwar aus zwei Gründen. Sie tut es zunächst, um dem Wunsche des Prof. Born, an dessen Übersiedelung nach Göttingen ihr außerordentlich gelegen ist, entgegenzukommen. Sie tut es aber weiter, da sie sicher ist, in der Person des Prof. Franck einen hervorragenden Physiker zu gewinnen.

Prof. Dr. Franck wurde 1882 in Hamburg geboren. Er ist seit 1911 in Berlin habilitiert und leitet zur Zeit die physikalische Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie. Er hat sich durch seine Arbeiten über die Mechanik der Elektronen und über Elektrooptik größtes wissenschaftliches Ansehen erworben und befindet sich gerade jetzt in einer Periode fruchtbarsten Schaffens. Wir wissen, daß seine Vorlesungen, die er bislang zwar im wesentlichen auf seine Spezialgebiete beschränkt hat, sehr anregend sind, und daß er in der Ausbildung von Doktoranden und in der Anleitung zu wissenschaftlichen Arbeiten ein ganz besonderes Geschick besitzt.

Unter der besonderen Sachlage und in der auf Mitteilung des Herrn Born gestützten Überzeugung, daß Prof. Franck den Ruf nach Göttingen annehmen wird, glaubt die Fakultät von weiteren Vorschlägen für die Wiederbesetzung der Voigtschen Professur zunächst absehen zu dürfen. Sie bittet um die Aufforderung zu solchen, falls sich wider Erwarten die Gewinnung Prof. Francks nicht ermöglichen lassen sollte.

Prof. Born hat sich entschlossen, auf das mit der etatmäßigen Professur für theoretische Physik bisher verbunden gewesene Institut zu verzichten; er würde nur zwei Arbeitsräume und einen besonderen Assistenten sich vorbehalten müssen sowie die Bedingung stellen, daß beim Ausscheiden von Prof. Franck das Institut ohne weiteres an ihn zurückfällt.

Bei der von der Fakultät in Anschluß an die Wünsche des Prof. Born vorgeschlagenen Regelung würde Göttingen neben dem Vertreter der theoretischen Physik zwei Vertreter der experimentellen Physik, und zwar demnächst beide als ordentliche Professoren, besitzen. Damit könnte das hier bewährte System der Unterrichtsteilung einerseits für mathematisch gut vorgebildete Studierende (Mathematiker und Physiker), andererseits für Studierende mit geringerer mathematischer Vorbildung (Chemiker, Mediziner, Biologen, Landwirte usw.) wenigstens insoweit beibehalten werden, daß die praktischen Übungen der beiden Gruppen getrennt bleiben und außerdem für Mathematiker und Physiker zu der allgemeinen Einführung, die für sämtliche Studierende bestimmt ist, weitergehende Sonderkollegs über Experimentalphysik hinzukommen. Das Physikalische Institut würde zwei Direktoren, Prof. Pohl und Prof. Franck, besitzen, die völlig gleichberechtigt nebeneinander stehen müßten. Im Interesse des künftigen kollegialen Nebeneinanderarbeitens der beiden experimentellen Physiker bitte die Fakultät dringend, daß Prof. Pohl seitens des Ministeriums zu den Verhandlungen über den Lehrauftrag für Prof. Franck sowie über

dessen Stellung im Institute hinzugezogen wird. Sie hält es für das richtigste, daß beiden für ihre wissenschaftliche Arbeit und für die Praktika gleicher Raum und gleiche Hilfskräfte zugeteilt werden.

Das Physikalische Institut verfügt über einen großen und einen kleinen Hörsaal. Es hat sich als unerläßlich herausgestellt, daß jeder der beiden Direktoren seinen eigenen Hörsaal zu möglichst ausschließlicher Verfügung hat, und zwar wegen der äußerst zeitraubenden Vorbereitungen, die eine modern gehaltene Experimentalvorlesung erfordert. Ganz besonders ist das aber nötig, wenn Vorlesungen wegen unzureichender Größe des Hörsaales doppelt gehalten werden müssen. Das ist seit Kriegsende in drei Semestern der Fall gewesen, hat sich aber leider im laufenden Semester nicht ermöglichen lassen. Prof. Pohl wird unzweifelhaft die ungleich größere Hörerzahl für seine Vorlesungen finden, so daß ihm deswegen der große Hörsaal zugesprochen werden muß. Andererseits wird aller Voraussicht nach der kleine Hörsaal für die Lehraufgabe des Prof. Franck ausreichend sein.

Die Fakultät hält es für ausgeschlossen, daß ein Mann in der Stellung und von der wissenschaftlichen Bedeutung Prof. Francks ohne die feste Zusage seiner Ernennung zum Ordinarius zu gewinnen ist; sie legt aber größten Wert darauf, daß Prof. Pohl gleichzeitig zum Ordinarius ernannt wird. Sie hofft zuversichtlich, daß wenigstens eines der beiden Ordinariate etatmäßig werden wird, und sie bittet, dieses dem Prof. Pohl mit Rücksicht auf seine längere Göttinger Tätigkeit übertragen zu wollen.

Die Fakultät weist bei dieser Veranlassung auf die unzureichende Ausstattung des Physikalischen Instituts mit Hilfskräften hin. Mit der Möglichkeit, daß Prof. Pohl auch in Zukunft Parallelvorlesungen hält oder halten läßt, muß, da der große Saal nur 170 Studierende faßt, gerechnet werden, selbst wenn die Mathematiker und Physiker nicht hinzukommen. Die stark gesteigerte Arbeit, die das Abhalten von Parallelvorlesungen mit sich bringt, kann aber von einem Professor auf die Dauer nicht geleistet werden, wenn ihm die nötigen Hilfskräfte vorenthalten sind. Es rächt sich sehr, daß der Göttinger Hörsaal seinerzeit viel zu klein ausgeführt worden ist; er faßt z. B. nur etwa die Hälfte der Sitze, die der physikalische Hörsaal der kleinen Universität Tübingen zur Verfügung hat.¹

1 Sowohl Born als auch Franck wurden vom Kultusministerium berufen (Bl. 63 f. und 76 der Akte).

240. Aus dem Schreiben von Göttinger Professoren an den Ministerialreferenten im Kultusministerium, Erich Wende.

Göttingen, 15. August 1922.

Ausfertigung, gez. Franck, Born, Reich und elf weitere Professoren der Fakultät.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 28, Bl. 399–399v.

Bitte um Erhalt der bisher von Ludwig Prandtl inne gehaltenen Professur für technische Physik statt der befürchteten Umwandlung in eine Stelle für landwirtschaftliche Maschinenlehre.

Vgl. Einleitung, S. 162.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Leider müssen wir mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, in Kürze Kollegen Prandtl zu verlieren. Das bedeutet für die hiesige Physik einen sehr schweren Verlust. Nun haben wir aber außerdem noch erfahren, daß die Gefahr besteht, daß die Prandtl'sche Professur auf Wunsch des Finanzministeriums in eine solche für landwirtschaftliche Maschinenkunde umgewandelt wird, eine Gefahr, die durch alte Vorgänge bei der Schaffung der Prandtl'schen Professur verstärkt wird. Nun sind wir zwar alle davon überzeugt, daß eine solche Professur in der Tat von wesentlicher Bedeutung ist, aber der Verlust einer so wichtigen physikalischen Professur muß der hiesigen Fakultät erspart bleiben, und das um so mehr, als wir einen höchst wertvollen Nachfolger für Prandtl haben, dessen originelle Begabung wir unbedingt für Göttingen gewinnen möchten: Prof. Dr. Erwin Madelung, der zur Zeit die Professur für theoretische Physik in Frankfurt am Main bekleidet, verbindet nämlich in glücklichster Weise mathematische und physikalische Kenntnisse sowohl in der Richtung der reinen, wie der angewandten Physik. Wir Unterzeichneten möchten daher schon heute, bevor Prandtl seinen Ruf erhalten hat, an das Ministerium die dringende Bitte richten, die Prandtl'sche Stelle auf keinen Fall der Physik zu entziehen, sondern im Falle von Prandtl's Fortgang die Fakultät zur Einreichung einer physikalischen Vorschlagsliste aufzufordern, da wir alle das größte Interesse daran haben, Madelung für hier zu gewinnen.

Eine nähere Begründung, weshalb gerade diese Kandidatur für unsere Universität die gegebene ist, wird naturgemäß erst, nachdem Prandtl's Fortgehen feststeht und die ganze Fakultät dazu Stellung genommen hat, erfolgen können. Die Eile der Angelegenheit schien es jedoch nicht zu gestatten zu warten, bis eine Besprechung in der Gesamtfakultät unter Zuziehung der Vertreter der Landwirtschaft stattgefunden hat, so daß sich zur Zeit nur die erreichbaren, besonders an dieser Professur interessierten Mitglieder der Fakultät an diesem Schritte beteiligen.

[...]¹

1 *Der mitzeichnende Prandtl fügte seiner Unterschrift eine handschriftliche Bemerkung an: Dem vorstehenden Bericht meiner Kollegen schließe ich mich völlig an. Auch ich halte Herrn E. Madelung für den geeignetsten*

241. Schreiben der Professoren Carl Runge, David Hilbert, Felix Klein und Felix Bernstein an den Staatssekretär im Kultusministerium, Carl Heinrich Becker, mit

Anlage: Gutachten von Albert Einstein.

Göttingen, [ca. 27.] August 1922.

Ausfertigung, gez. Runge, Hilbert, Klein, Bernstein; Ausfertigung, gez. Einstein.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 28, S. 366–371.

Der nichtbeamtete Extraordinarius Paul Hertz hat ein Stellenangebot vom Reichstelegrafenamtm. Um ihn der Wissenschaft zu erhalten, benötigt er das Existenzminimum für seine Familie. Wegen seiner früheren physikalisch-theoretischen Arbeiten und seiner anschließenden Wendung zur Philosophie ergänzt er das Göttinger Lehrangebot ideal. Auch Albert Einstein schätzt Hertz.

Vgl. Einleitung, S. 162.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Die Unterzeichneten geben sich die Ehre, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende dringliche Angelegenheit zu lenken:

Der nichtbeamtete außerordentliche Prof. Dr. Paul Hertz teilt uns mit, daß er vom Reichspostministerium die Zustimmung zu einer Einstellung als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim telegrafentechnischen Reichsamtm erhalten hat.²

Paul Hertz hat erst vor kurzem auf Antrag der Fakultät einen Lehrauftrag für Denkmethode der exakten Naturwissenschaften erhalten.

Wenngleich bei Stellung des Antrags auf die wirtschaftlichen Verhältnisse als Begründung hingewiesen werden mußte, so sehen sich die Unterzeichneten jetzt, wo der Verlust dieser hervorragenden Kraft für die Wissenschaft droht, veranlaßt, auf das allerentschiedenste und bestimmteste zu betonen, daß ganz besondere Gründe vorliegen, grade in diesem Falle die Erhaltung dieses Gelehrten in der akademischen Laufbahn anzustreben.

Herr Paul Hertz hat in der theoretischen Physik, der er sich ursprünglich zugewandt hat, sich bereits frühzeitig eine durchaus hervorragende Stellung erobert. Auf dem Gebiet der statisti-

Nachfolger im Falle meines Weggangs von Göttingen. Im übrigen erlaube ich [mir], darauf aufmerksam zu machen, daß das Institut für angewandte Mechanik mit seinen großenteils ortsfest eingebauten Einrichtungen für Elektrizität und Festigkeit, Hydromechanik und Thermodynamik für landwirtschaftliche Maschinenlehre nicht nutzbar gemacht werden kann, sondern in dem befürchteten Fall einfach brachgelegt würde.

² *Dazu das von Becker gezeichnete Marginaldekret: 1. Die Vergütung für den Lehrauftrag ist bei der generellen Aufbesserung auf den höchsten Satz (130.000 M) gebracht. 2. Im zuständigen Referat wegen Übertragung einer außerplanmäßigen Assistentenstelle an Hertz vorlegen. Hertz blieb als nichtbeamteter Extraordinarius bis 1933 in Göttingen.*

schen Methoden der Physik gilt er als erste Kapazität, und insbesondere seine Untersuchungen über Ionenbewegung, werden als die besten dieses wichtigen Gebietes angesehen.

Dies ist nicht nur unsere Meinung, sondern nach einem uns vorliegenden Brief, auch die Ansicht unseres Berliner Kollegen Herrn von Laue. Auch Einstein gibt in einem anliegenden Gutachten³ seine äußerst hohe Meinung von der wissenschaftlichen Bedeutung und den persönlichen Eigenschaften unseres Kollegen Hertz Ausdruck.

Was uns aber vor allem dazu bestimmt, die Erhaltung des Herrn Kollegen Hertz in der wissenschaftlichen Laufbahn für notwendig zu halten, ist der Umstand, daß er in den letzten Jahren eine Entwicklung eingeschlagen hat, an der wir ein ganz besonderes Interesse nehmen müssen.

Paul Hertz ist in seinen letzten Arbeiten, und vor allem in einem im Verlage von Springer in nächster Zeit erscheinendem Werke, zur Philosophie übergegangen. Es ist dem Ministerium bekannt, daß wir Göttinger Mathematiker, insbesondere Herr Hilbert, seit vielen Jahren es als eine notwendige Ergänzung unserer wissenschaftlichen Forschungen empfinden, daß auch von philosophischer Seite die von der Mathematik und Physik dargebotenen Probleme aufgenommen und verfolgt werden.

Dazu haben die Entdeckungen Einsteins neue und wichtige Probleme für die philosophische Bearbeitung geschaffen. Seit vielen Jahren haben wir wiederholte Bemühungen angestellt, Persönlichkeiten zu gewinnen oder heranzuziehen, welche für diese großen und wissenschaftlich reifen Aufgaben befähigt und geeignet sind.

Wir haben jedoch die Überzeugung gewonnen, daß eine Generation von Philosophen eigens für diese Aufgaben heranwachsen muß, deren Lösung zu den höchsten Zielen menschlicher Erkenntnis gehört.

Wirkliche Fortschritte scheinen nur von solchen Persönlichkeiten zu erwarten zu sein, welche die zu Grunde liegenden Wissenschaften nicht nur rezeptiv, sondern auch im eigentlichen Sinne produktiv beherrschen. Grade für die Philosophie lehrt die Erfahrung – wir verweisen auf Wundt, Ziehen u. a. –, daß die Erneuerer von anderen Wissenschaften herkommende Forscher gewesen sind.

Wenn daher ein Mann, der auf dem Gebiet der theoretischen Physik und der Mathematik von beachtlichem Range ist, in die Philosophie auf Grund einer inneren Entwicklung übergeht, so ist das für uns eine große und berechtigte Hoffnung, daß eine in den Aufgaben der Zeit liegende wissenschaftliche Entwicklung von großer Tragweite eine ihr sonst nicht zuteil werdende Förderung erfährt. Auch Philosophen, die in ihrem Kreise Geltung gewonnen haben, wie der kürzlich nach Wien berufene Schlick, sprechen in einem uns vorliegenden Brief an Herrn Hertz die Erwartung aus, daß derselbe der Forschung erhalten bleibe und wir entnehmen daraus, sowie aus einem Urteil eines Psychologen, der der Verlagsbuchhandlung Springer ein Gutachten über das Buch von Herrn Hertz erstattet hat, daß auch

3 Abgedruckt am Ende des Dokuments.

diese Kreise die Bedeutung der wissenschaftlichen Persönlichkeit unseres Kollegen zu würdigen wissen. Der letztere schreibt von dem Buche u. a.: Es werden (in dem Buche) wichtige Probleme behandelt, die von Psychologen und Erkenntnistheoretikern vielfach überhaupt noch nicht gesehen werden.

Zu diesen Gründen, Herrn Hertz der wissenschaftlichen Laufbahn zu erhalten, kommen aber noch andere, auf dem persönlichen Gebiet liegende entscheidend hinzu. Steht schon die angebotene Stelle, ganz abgesehen davon, daß sie unzulängliche Garantien für die Dauer bietet, mit der wissenschaftlichen Richtung des Genannten in nur oberflächlicher Beziehung, so können wir uns auch aus genauer Kenntnis der Persönlichkeit, die nicht nur die eines originalen Gelehrten, sondern mindestens ebenso sehr eines gelehrten Originals ist, der Befürchtung nicht ent schlagen, daß dieser Übergang in die Praxis, der durch nichts als durch die bittere Not der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen wäre, über kurz oder lang mit einem inneren oder äußeren Zusammenbruche enden würde.

Es gibt wenige Fälle, in denen in so ausgesprochener Weise wie hier eine Persönlichkeit den Stempel des ausschließlichen Gelehrten von hervorragender Qualität aber ohne jede Eignung nach praktischer Richtung trägt.

Solche Persönlichkeiten bedeuten bei großer allgemeiner Bildung und idealem Streben ein nicht zu entbehrendes Gut für die eigene Kultur der Universität und deren Erhaltung, während sie an ungeeigneter Stelle rasch, ruhmlos und nutzlos zerrieben werden.

Solche Verkörperungen des deutschen akademischen Professor an sich als nutzloses Anhängsel praktischer Betriebe sind wohl auch in größerer Bedrängnis des Vaterlandes während der Fremdherrschaft vor 100 Jahren nicht gesehen worden.

Wir müssen freilich auch betonen, daß solche Kräfte auch an der Universität ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn ihnen einigermaßen das jeweils nötige Existenzminimum gewährt wird.

Herr Hertz erhält jetzt für seinen Lehrauftrag 50.000 M, womit er und seine Familie von 2 Kindern das Existenzminimum nicht hat.

Wir richten daher an Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, die dringende Bitte, daraufhin zu wirken, Herrn Hertz soweit entgegenzukommen, daß ihm diejenigen Bezüge zugesichert werden, die es ihm erlauben, auch bei fortschreitender Teuerung auf längere Zeit ohne Sorge seine in Angriff genommenen wissenschaftlichen Arbeiten zu vollenden.

Wir richten zugleich an Sie die Bitte, soweit das irgend möglich ist, die akademische Laufbahn unseres Kollegen zu fördern und ihn bei eintretenden Vakanzen der Philosophie zu berücksichtigen bzw. auf seine Berücksichtigung hinzuwirken.

Anlage 1

18.5.22

Ich kenne Herrn Paul Hertz seit vielen Jahren aus seinen wissenschaftlichen Arbeiten und persönlich. Er ist zweifellos einer der scharfsinnigsten theoretischen Physiker in Deutschland, von großem Fachwissen und bemerkenswerter Originalität.

Besonders ist auf seine große allgemeine Bildung und Zuverlässigkeit hinzuweisen, die ihm zu literarischen Arbeiten in einem weiten Gebiete als hervorragend geeignet erscheinen läßt. Ich schätze ihn als geistigen Arbeiter wie als Persönlichkeit hoch und bin überzeugt, daß er jede Aufgabe, deren Erfüllung er sich selbst zutraut, in befriedigender Weise zu Ende führen wird.

A. Einstein⁴

**242 a. Schreiben Göttinger Professoren an den Ministerialrat im Kultusministerium,
Werner Richter.**

Göttingen, 15. September 1923.

*Ausfertigung, gez. Born und 15 weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 29, S. 88–90.¹*

Bitte, dass James Franck trotz des Rufes nach Berlin in Göttingen verbleibt. Göttingen ist gleichrangig mit Berlin und blüht auch wegen der persönlichen Freundschaft der drei Physik-Ordinarien. In Berlin wäre erst ein kostspieliger Ausbau des Physikalischen Instituts nötig.

Vgl. Einleitung, S. 162.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Unser Kollege Franck hat einen Ruf nach Berlin erhalten. Die dadurch zum Ausdruck gebrachte Anerkennung Francks als Forscher und wissenschaftliche Persönlichkeit hat uns Unterzeichnete mit aufrichtiger Freude erfüllt, sehen wir doch, daß auch das Ministerium die Wertschätzung Francks teilt, die er sich hier erworben hat und die auch das Ausland jetzt wiederum durch eine Anfrage von einer schwedischen Universität zum Ausdruck gebracht hat.

Auf der anderen Seite aber dürfen wir der vorgesetzten Behörde unsere schwere Sorge nicht verhehlen, mit der uns die Möglichkeit von Francks Weggang erfüllt.

Herr Staatssekretär Becker hat beim Göttinger Hochschultag Göttingen neben Berlin als Hauptzentrum für Mathematik und Physik anerkannt und seitens der Staatsregierung jede Förderung und Unterstützung zugesagt.

Es ist das ehrliche Bestreben aller in Frage kommender Kollegen gewesen, diesem hohen, von der Staatsregierung gesteckten Ziele nahe zu kommen, und die wohlwollende

⁴ Gedruckt in: Kormos Buchwald, Diana u. a. (Hrsg.), *The collected papers of Albert Einstein*, Bd. 13: *The Berlin Years. Correspondence January 1922–March 1923*, Princeton 2012, S. 311 (Original im NL Paul Hertz im Staat New York).

¹ Gedruckt in: Ebner, Florian (Hrsg.), *James Franck – Robert Wichard Pohl. Briefwechsel 1906–1964*, München 2013, S. 103 f.

Anerkennung von Fachgenossen des In- und Auslandes läßt uns hoffen, daß unser Streben nicht vergeblich gewesen ist.

Was die Physik anbetrifft, so beruht dieser Erfolg ganz wesentlich darauf, daß die drei Ordinarien, welche in dem engen Physikalischen Institut zusammen untergebracht sind, nicht nur durch wissenschaftliche Achtung, sondern auch durch enge persönliche Freundschaft miteinander verknüpft sind, und daß darum ein vollständig reibungsloses Zusammenarbeiten möglich war. Es scheint so gut wie ausgeschlossen, daß nach Francks Weggang eine solche glückliche Konstellation wieder erreicht werden kann, und selbst wenn es gelänge, für Göttingen eine neue wissenschaftliche Persönlichkeit zu gewinnen, so besteht die Gefahr, daß bei Fortfall der persönlichen Freundschaftsbeziehungen Schwierigkeiten oder gar Reibungen auftreten, die unserm wissenschaftlichen Betriebe zum Nachteil gereichen. Francks Weggang läßt uns die Zerstörung ideeller Werte befürchten zugunsten der entsprechenden Einrichtungen an der Berliner Universität, welcher wir in Hinsicht der Mathematik und Physik nach den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs uns gleichgestellt geglaubt haben. Auch möchten wir bei dieser Gelegenheit das Ministerium darauf hinweisen, daß ein Ausbau der Göttinger physikalischen Einrichtungen mit verhältnismäßig geringen Kosten für den Staat jederzeit möglich ist, und daß in dem hiesigen Institut mit verhältnismäßig geringem Aufwand das wissenschaftliche Leben sich aufrechterhalten und ausbauen läßt, während wir Grund haben anzunehmen, daß dem Staat große Opfer auferlegt werden müssen, damit auch in Berlin einigermaßen gleichwertige Arbeitsbedingungen für Franck geschaffen werden. Selbst wenn es dem Ministerium trotz der schweren Wirtschaftskrise möglich sein sollte, für Francks Arbeit in Berlin die notwendigen materiellen Voraussetzungen zu schaffen, so fühlen wir uns dennoch im Interesse der Wissenschaft dazu verpflichtet, unserer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß nicht nur für Franck persönlich, sondern für die deutsche Physik sein Verbleiben in Göttingen gegenüber dem Weggang nach Berlin bei weitem vorzuziehen wäre.

Wir sind uns wohl dessen bewußt, daß es uns nicht zusteht, zwischen den Interessen der Universitäten Göttingen und Berlin abzuwägen. Wir möchten aber doch dem Ministerium zur Erwägung anheimgeben, daß für Göttingen nicht minder große Dinge auf dem Spiele stehen wie für Berlin.

Angesichts dieser Sachlage richten wir Unterzeichnete an das Ministerium die ergebene Bitte, nach einem Ausweg aus den schwebenden Berufungsfragen zu suchen, der Franck für Göttingen erhält.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**242 b. Schreiben von vier Göttinger Professoren an den Ministerialrat im
Kultusministerium, Werner Richter.
Göttingen, 17. September 1923.**

*Ausfertigung, gez. Hilbert, Courant, Klein, C. Runge.²
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 29, S. 92–93.*

Bitte, Franck in Göttingen zu belassen, denn dessen Rang als europäisches wissenschaftliches Zentrum beruht auf dem Zusammenwirken von Mathematik und Physik. In Göttingen sollen ihm finanzielle Bedingungen wie in Berlin geboten werden, zumal er einen Ruf nach Schweden hat.

Vgl. Einleitung, S. 163.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Sie haben in diesen Tagen einen von vielen Mitgliedern unserer Fakultät unterzeichneten Brief in der Angelegenheit der Berufung unseres Kollegen Franck nach Berlin erhalten. Gestatten Sie uns als Vertretern des Faches der Mathematik heute einige der Ausführungen jenes Schreibens zu unterstreichen:

Sie werden unsere Auffassung, daß die Göttinger Universität in den Fächern der Mathematik und Physik keiner andern in Deutschland nachsteht und auch keiner andern gegenüber zurückgesetzt werden sollte, hoffentlich teilen. Uns berechtigt zu dieser Auffassung nicht nur die Tradition der Vergangenheit, sondern auch die Erfahrung der Gegenwart, daß wir den Rang eines europäischen wissenschaftlichen Zentrums vollständig wieder zurückgewonnen haben, daß in wachsendem Maße Gelehrte aller Länder, auch Männer von erstem Range, zum Teile für längere Zeit hierherkommen, um hier die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeit auszunutzen. Die Eigenart unseres wissenschaftlichen Betriebes, welche keine andere wissenschaftliche Stätte mit uns teilt, ist das enge organische Zusammenwirken aller beteiligten Kreise, insbesondere auch das enge Zusammenwirken von Mathematik und Physik, welchem die Unterzeichneten eine besondere Anteilnahme widmen. Wie sehr die Funktionen dieses Organismus bedingt sind durch das gegenseitige Verhältnis der Teile, läßt sich dem Außenstehenden schwer schildern. Wir jedenfalls müssen heute nochmals betonen, daß Franck eines der wichtigsten Glieder dieses Organismus hier ist, und daß wir bei seinem Weggange die Einheit und einheitliche Wirksamkeit unseres wissenschaftlichen Kreises aufs schwerste bedroht sehen. Wir sehen zur Zeit keine Möglichkeit eines auch nur einigermaßen in sachlicher und persönlicher Hinsicht äquivalenten Ersatzes.

Daß es darüber hinaus nach unserer persönlichen Überzeugung auch nicht einmal im persönlichen oder wissenschaftlichen Interesse von Franck liegen würde, wenn er jetzt sein mit

² Hilbert, Courant, Klein und Runge hatten bereits das vorangehende Dok. Nr. 242 a unterzeichnet.

sorgsamster Mühe und vielen Opfern hier gebautes Nest verlassen müßte, haben wir schon in dem allgemeinen Schreiben zum Ausdruck gebracht. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen Göttingen mit Franck mehr verliert als Berlin gewinnen würde, wo Franck im Gesamtbetrieb ein Physiker ersten Ranges neben anderen wäre, während wir hier keinen andern Exponenten der experimentell-physikalischen Forschung von ähnlicher Bedeutung gewinnen können.

Wir halten es durchaus für möglich, daß in einem späteren Zeitpunkt manche der Bedenken, die jetzt gegen Francks Übersiedlung nach Berlin von seinem Interessenstandpunkt aus sprechen, in Wegfall kommen. Sollte die Entwicklung diesen Verlauf nehmen, so werden wir uns nicht mehr für berechtigt halten, die Bedenken der Zurückbleibenden geltend zu machen. Im Interesse des Vaterlandes wünschen wir sehr, daß ein solcher Zeitpunkt bald eintritt, in welchem der Staat ohne Hemmungen die großen Mittel aufbringen kann, die nötig sind, um in Berlin die betreffenden Einrichtungen für die großzügige Pflege der Experimentalphysik im Rahmen der Universität zu schaffen. Für den Moment aber erlauben wir uns, das vorgesetzte Ministerium zu bitten, die gewichtigen, vermutlich doch vorhandenen Bedenken wirtschaftlicher Art in dieselbe Waagschale zu werfen, in welcher schon die auch vom Ministerium stets anerkannten Gegengründe gegen die Zentralisierung der Wissenschaft liegen. Wir bitten das Ministerium dringend, auf Franck keinen Druck im Sinne einer Entscheidung für Annahme des Rufes auszuüben, und lieber, falls eine andere Lösung nicht denkbar ist, die Entscheidung über den Berliner Lehrstuhl bis zu einer allgemeinen Klärung zu vertagen.

Soweit ein Druck auf Franck durch persönliches Entgegenkommen in finanzieller Hinsicht ausgeübt werden könnte, bitten wir, diesen Druck unwirksam zu machen, indem Franck auch für Göttingen ähnliche persönliche Bedingungen angeboten werden wie für Berlin. Die Berechtigung dieser Bitte liegt so sehr in Francks Leistungen und Persönlichkeit begründet, daß wir kaum besonders auf die Tatsache des noch immer schwebenden Rufes nach Schweden hinzuweisen brauchen. Wir wollen darauf um so lieber verzichten, als Franck selbst es stets verschmäht hat, Rufe ins innerdeutsche oder sonstige Ausland zu Pressionen im Interesse finanzieller Besserstellung zu benutzen.³

3 *Franck blieb bis 1933 in Göttingen, vgl. Dok. Nr. 230 b.*

**243 a. Schreiben von Prof. Hermann Weyl an den Ministerialrat im Kultusministerium,
Wolfgang Windelband.
Göttingen, 17. Oktober 1932.**

Ausfertigung, gez. Weyl.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 24 Bd. 2, Bl. 272–274.

Das Stellenangebot am neuen Institut in Princeton ist verlockend, aber Weyl wandert ungern dauerhaft aus. Eine Annahme auf zwei Jahre lehnen Princeton wie Göttingen ab. Zum Verbleib in Göttingen möchte Weyl ein höheres Gehalt, Sicherung gegen weitere gesetzliche Abzüge, Urlaub alle vier Jahre, Emeritierung mit 65 Jahren bei vollem Gehalt und eine Schreibkraft im Institut.

Vgl. Einleitung, S. 163.

Lieber Herr Ministerialrat,

Wie ich Ihnen schon vor längerer Zeit mitteilte, bietet mir Herr Abraham Flexner eine Stelle an dem zu errichtenden Institute for Advanced Study auf 1. April 1933 an.¹ (Ich habe bisher nur mit Herrn Flexner persönlich verhandelt; das offizielle Schreiben des Board of Trustees erwarte ich in diesen Tagen.) Die mit keiner obligatorischen Lehrtätigkeit verbundene Stelle würde mir große Freiheit des Forschens gewähren. Das Angebot ist auch sonst in sachlicher und persönlicher Hinsicht für mich verlockend, da das Institut den Universitätsort, an dem es gegründet wird, zu einem sehr starken Zentrum der Mathematik machen wird und an ihm mir nahe stehende Freunde beteiligt sind. Die finanziellen Bedingungen sind sehr günstig. Das Gehalt beträgt 15.000 \$, während der Universitätsausbildung meiner beiden Söhne je für eine weitere Periode von 6 Jahren sogar 2.000 \$ mehr. Für Pensionierung und die etwaige Versorgung von Witwe und Waisen (dieser bis zum 25. Lebensjahr!) ist in einer entsprechenden, für Amerika sonst ganz ungewohnten Weise gesorgt. Die Ansichten Flexners darüber sind Ihnen ja bekannt.

Sie hatten mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht die Stelle zunächst nur für 2 Jahre annehmen könnte. Eine vom Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät einberufene Kommission hat aber einen zweijährigen Urlaub für die Fakultät als untragbar erklärt. Das darüber an mich gerichtete Schreiben lege ich bei. Auch Herr Flexner, dem ich noch vor dem Zustandekommen dieses Kommissionsbeschlusses in Ihrem Sinne geschrieben hatte, ist nicht damit einverstanden; es liegt ihm zunächst daran, einen Stab ständiger Mitarbeiter am Institut zu gewinnen. Ich habe daraufhin diesen Plan natürlich ganz fallen lassen müssen. Es fällt mir gewiß nicht leicht, dauernd nach Amerika auszuwandern. Aber bei den Aus-

¹ Zur Werbung Weyls durch Flexner vgl. Bonner, Thomas N., *Iconoclast. Abraham Flexner and a Life in Learning*, Baltimore 2002, bes. S. 250 f.

sichten, die das Flexnersche Institut mir eröffnet, müßte man mir in Göttingen schon einige Wünsche erfüllen, wenn ich das Bleiben in Betracht ziehen sollte. Sie baten mich darum, dem Ministerium mitzuteilen, in welcher Richtung solche Wünsche liegen.

In erster Linie: eine merkliche Erhöhung meiner Bezüge, zum mindesten die Wiederherstellung der Bedingungen meines Anstellungsvertrages vom 6. Juni 1930; Sicherung gegen erneute Abzüge wenigstens für die garantierten Kollegelder, eventuell in Form eines privatrechtlichen Vertrages, und Übernahme der gegenwärtigen und etwaigen zukünftigen Sondersteuern wie Krisensteuer etc. Ich bin jetzt hier ungünstiger gestellt, als ich es bei meinem Verbleiben in Zürich gewesen wäre. Da das Göttinger Klima ungünstig auf mich wirkt, muß ich imstande sein, die Ferien anderswo, zumal im Hochgebirge zu verbringen unter Bedingungen, die komfortabel genug sind für wissenschaftliches Arbeiten neben der Erholung. Die zwei Jahre in Göttingen haben meiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ziemlich zugesetzt. Als ein teilweises Äquivalent für die Erhöhung der Bezüge würde ich es betrachten, wenn die Regierung die Baukosten eines in mein Eigentum übergehenden Hauses übernehme.

An zweiter Stelle liegt mir, aus gesundheitlichen Gründen und um der Arbeitsmuße willen, an einem Urlaub für die 2. Hälfte des Wintersemesters, etwa alle 4 Jahre sich wiederholend, beginnend mit dem nächsten Wintersemester.

Außerdem möchte ich mir von Fakultät und Ministerium versprechen lassen, daß ich das Amt eines Dekans und Rektors nicht zu übernehmen brauche. Ich war 5 Jahre lang Vorstand der Mathematisch-Physikalischen Abteilung an der ETH Zürich und glaube, damit meinen Teil an Verwaltungstätigkeit abgedient zu haben.

Zur Wiederherstellung der alten Bedingungen gehört das ausdrücklich anzuerkennende Recht der Emeritierung vom 65. Lebensjahr an mit dem ursprünglich vorgesehenen Gehalt und einem Teil der Kollegelder.

Für das Mathematische Institut scheint mir eine weitere Stenotypistin durchaus erforderlich, die für wissenschaftliche Korrespondenz, Abschrift der Manuskripte etc. den Dozenten des Instituts zur Verfügung steht. Gegenwärtig ist ein Tippfräulein nur für die Verwaltung beschäftigt. Ich hätte diese Forderung schon bei meiner Berufung erhoben, wenn ich nicht Herrn Courant dahin mißverstanden hätte, daß eine solche Schreibkraft tatsächlich vorhanden sei.

Damit das Göttinger Mathematische Institut diejenige innere Stärke gewinnt, die den glänzenden äußeren Verhältnissen entspricht, wäre es von großer Wichtigkeit, daß für die Zukunft eine neue mathematische Professur ins Auge gefaßt wird, die durch einen bedeutenden jungen Mathematiker besetzt wird und eventuell durch eine Gradbezeichnung ausdrücklich dafür reserviert ist. Ich verstehe natürlich, daß das im gegenwärtigen Augenblick nicht in Frage kommt. Ich denke darum an eine Zusage des Ministeriums, die in irgendeiner zu präzisierenden Form an die Wiederkehr normaler Verhältnisse gebunden ist. Bei dieser Anregung gehe ich von der Anschauung aus, daß Göttingen um seiner Tradition und seines Instituts willen verdient, zum Mittelpunkt der Mathematik in Deutschland gemacht zu werden.

Einige mehr nebensächliche Dinge habe ich vorerst zurückgestellt. Überhaupt habe ich das Gefühl, daß Forderungen, die nur einigermaßen ein Äquivalent für das Flexnersche Angebot darstellen, heute in Deutschland als maßlos und unerfüllbar erscheinen müssen. Davon ist wohl aber die Konsequenz, daß, wer immer in meinem Alter und von meiner Artung unter so günstigen Bedingungen ins Ausland gehen kann, es tun soll – schon um für die Jugend in Deutschland Platz zu machen.

Für eine baldige Antwort wäre ich dankbar, da ich gerne bis spätestens Mitte November entscheiden möchte.

In vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

P. S. Abschrift ist dem Herrn Kurator zugestellt.

**243 b. Schreiben des Ministerialrats im Kultusministerium, Wolfgang Windelband, an Prof. Hermann Weyl.
Berlin, 26. Oktober 1932.**

*Korrigiertes und genehmigtes Konzept, gez. Lammers.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 24 Bd. 2, Bl. 276–277.*

Wegen Finanzknappheit und gesetzlicher Vorgaben sind Weyls Wünsche alle unerfüllbar, zumal sein Grundgehalt und seine Kolleggeldgarantie an der obersten Grenze liegen. Sollte Weyl doch in Göttingen bleiben wollen, steht Windelband für Verhandlungen über Möglichkeiten bereit.

Vgl. Einleitung, S. 18 und 163.

Hochgeehrter Herr Professor,

die Antwort auf Ihr freundliches Schreiben vom 17. Oktober dieses Jahres fällt mir außerordentlich schwer. Mündlich habe ich Ihnen schon zum Ausdruck gebracht, wie großen Wert die Unterrichtsverwaltung auf die Fortsetzung Ihrer Tätigkeit in Göttingen legt. Aber anstatt dieser Gesinnung durch Bewilligung Ihrer Wünsche praktisch Ausdruck zu verleihen, bin ich angesichts der Notlage, in der sich die Staatsfinanzen befinden, genötigt, Ihnen zu erklären, daß in allen entscheidenden Punkten unsere Antwort leider eine negative sein muß. Das Grundgehalt, das Sie zur Zeit beziehen, ist an der obersten Grenze dessen, was selbst mit Zustimmung des Finanzministeriums auf Grund der gesetzlichen Vorschriften in Preußen für einen Professor verliehen werden kann.² Eine Möglichkeit, Sie

² Randvermerk des Ministerialrats Windelband: Das Ausscheiden Weyls ist zweifellos ein schwerer Schlag für

durch Erhöhung des Grundgehalts von der Wirkung der notverordnungsmäßigen Kürzungen zu befreien, ist einfach nicht gegeben. Auch die Zusage, in Zukunft Sie von weiteren Kürzungen freizuhalten, kann nicht erfolgen – nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern weil die gesetzliche Möglichkeit dazu fehlt. Dazu kommt, daß eine weitere Erhöhung Ihrer Kolleggeldgarantie über 10.000 M hinaus, wodurch die Differenz zwischen dem effektiv für Sie einkommendem Betrag und der an Sie erfolgenden Leistung noch gesteigert würde, ebenfalls zur Zeit untunlich ist. Auch hier fehlen die Mittel, die die Erfüllung Ihres Wunsches ermöglichen. Schließlich stößt Ihr Wunsch, Ihnen bei der Emeritierung das volle vor den notverordnungsmäßigen Kürzungen ausbezahlte Gehalt und darüber hinaus einen Teil der Garantie zu belassen, ebenfalls auf gesetzliche Hindernisse, die nicht überwunden werden können.

Angesichts dieser unabänderlichen Sachlage muß ich fürchten, daß Ihr Entschluß zu Gunsten der amerikanischen Berufung ausfallen wird. Da die Differenz zwischen dem, was Ihnen dort geboten ist, und dem, was wir tun können, in diesen entscheidenden Punkten eine so große ist, glaube ich auf die Nebenpunkte, die Sie noch erwähnen, nicht weiter eingehen zu sollen. Sollte dennoch eine Hoffnung bestehen, Sie zum Bleiben in Göttingen zu veranlassen, so würde ich selbstverständlich mit allergrößter Freude zur Verhandlung über die weiteren Einzelheiten bereitstehen. Ich brauche nicht weiter zu betonen, wie große Genugtuung wir über eine solche Möglichkeit empfinden würden.

Sie selbst haben den Wunsch, sich bald zu entscheiden. Im Interesse der Fakultät teile ich diesen Standpunkt, so daß ich mir die Bitte erlauben darf, mir in nicht allzuferner Zeit Ihre Entscheidung zukommen zu lassen.

In vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebener

**243 c. Aktennotiz des Ministerialrats im Kultusministerium, Wolfgang Windelband.
Berlin, 26. November 1932.**

Reinschrift, ungez.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 24 Bd. 2, Bl. 286–287.

Beim Gespräch im Ministerium sieht Weyl die Unerfüllbarkeit seiner bisherigen Wünsche ein. Er bittet nur noch um drei kleinere Verbesserungen, für die sich Windelband einsetzen will, denn die Göttinger Naturwissenschaftliche Fakultät droht ihre Spitzenstellung einzubüßen.

Vgl. Einleitung, S. 163.

Als Deputation der Göttinger Naturwissenschaftlichen Fakultät erschienen die Herren Courant, Kühn und Pohl bei mir und baten noch einmal dringend, alles zu tun, was irgendetwas möglich sei, um Prof. Weyl zur Ablehnung des Rufes an das Flexnersche Institut zu bewegen. In Übereinstimmung mit dem Schreiben, das ich am 26. Oktober dieses Jahres an Herrn Weyl gerichtet hatte – U I 17028 –, wurde den Herren die völlige Unmöglichkeit ausinandergesetzt seinen Wünschen auch nur annähernd zu entsprechen. Die Herren erklärten daraufhin, nichts anderes erwartet zu haben, aber sie hätten sich verpflichtet gefühlt, noch einen letzten Versuch zu machen. Sie glaubten aber, daß seit dem letzten Brief des Herrn Weyl eine erhebliche Stimmungsänderung bei ihm eingetreten sei. Der Entschluß, Göttingen zu verlassen, falle ihm außerordentlich schwer, und es sei durchaus möglich, daß ein ganz geringfügiges Entgegenkommen in Nebendingen, da ein solches in den Hauptdingen nicht möglich sei, den Ausschlag zum Verbleiben Weyls zu geben vermöge. Bei einer Besprechung, die ich am nächsten Tag mit Weyl selbst im Beisein von Courant und Pohl hatte, ergab sich die Bestätigung dieser Möglichkeit. Weyl ist offenbar von seiner ursprünglichen Neigung, den amerikanischen Ruf anzunehmen, heute ziemlich weit abgekommen. Er erklärte einzusehen, daß eine Möglichkeit zur Erfüllung seiner eigentlichen Wünsche für die Unterrichtsverwaltung nicht bestünde, bat aber um die Zusicherung im Falle seines Verbleibens in Göttingen, daß in Zukunft, und zwar zum ersten Mal nach drei Jahren, nachgeprüft werde, ob eine Erhöhung seiner Bezüge durchführbar sei. Als Entgegenkommen in Nebendingen in dem oben erwähnten Sinne erbat er außerdem erstens die Umwandlung seiner bisherigen Lehrauftragsvergütung in eine Dienstaufwandsentschädigung, so daß er von diesem Teil seines Einkommens wenigstens keine Steuer zu zahlen habe, zweitens die Zusage einer halben Schreibkraft, die ihm persönlich zur Verfügung stünde. Angesichts der Tatsache, daß Weyls Ausscheiden zweifellos einen überaus schweren Schlag für die Gesamtstellung der Göttinger Naturwissenschaftlichen Fakultät darstellen würde, habe ich ihm zugesagt, mich für diese drei Dinge einzusetzen. Es wäre in der Tat ein großer Verlust, den Göttingen durch sein Ausscheiden erleiden würde, und andererseits, wenn es gelänge, mit so minimalen Aufwendungen Weyl zum Verbleiben in Göttingen zu bewegen, würde

das sehr Erhebliches für das Prestige der Göttinger Fakultät bedeuten. Es ist zu bedenken, daß diese Fakultät in letzter Zeit durch das Ausscheiden Wettsteins und Stilles durch das Versagen zweier auf dringende Bitte der Fakultät berufener Mitglieder in Gefahr steht, von ihrer glänzenden Stellung etwas abzugleiten, wodurch ein besonderes Aktivum preußischer Kulturpolitik geschädigt würde. Es kommt hinzu, daß, wie mir Herr Geheimrat Nernst mitgeteilt hat, der Göttinger Physiker Franck an erster Stelle für Berlin vorgeschlagen werden wird. Unter diesen Umständen kommt dem Verbleiben Weyls auf der Professur, die vor ihm Hilbert inne gehabt hat, noch gesteigerte Bedeutung zu.³

**244. Aus dem Schreiben von Mitgliedern der Mathematischen Fachschaft der
Universität Göttingen an Kultusminister Bernhard Rust.**

Göttingen, 7. Dezember 1933.

*Ausfertigung, gez. Fachschaftsleiter SS-Sturmmann Heinz Kleinsorge und zehn weitere
Mitglieder der Fachschaft.¹*

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 24 Bd. 3, Bl. 210–213.

*Am Institut für Mathematik muss das jüdisch-marxistische System Courant endgültig
beseitigt werden. Viele Dozenten und Assistenten sind immer noch Marxisten und
Liberalisten und suchen dem nationalsozialistischen Staat zu schaden. Hier muss die
Wissenschaft hinter der Politik und den Volksinteressen zurückstehen.*

Vgl. Einleitung, S. 164.

Die Tatsache, daß noch heute das Mathematische Institut der Universität Göttingen als Stützpunkt des Marxismus und des Liberalismus gelten muß, veranlaßt uns, die wir schon seit mehr als einem Jahr mit der Bewegung unseres Führers gestanden und gekämpft haben, dem Herrn Minister eine Schilderung der hiesigen Verhältnisse vom Standpunkt der Studenten aus zuzuleiten. Wir wissen, daß sich manches aus der Nähe und von unten her anders darstellt als aus der Ferne und von oben her, und bitten, unser Vorhaben nicht so zu beurteilen, als sei es reiner Oppositionslust entsprungen. Uns leitet vielmehr der Wunsch,

3 *Nach weiterem Hin und Her (Bl. 289–310 der Akte) teilte Weyl mit Schreiben vom 23.1.1933 (Bl. 311) mit, dass er in Göttingen verbleibe und begründete dies u. a. mit dem Satz: Ich kann auf die Muttersprache als Medium meiner Tätigkeit nicht verzichten. Die unterschriebene Vereinbarung vom 19.11.1932 (Bl. 312) enthielt die drei im Dokument genannten ministeriellen Zugeständnisse. Wegen der NS-Machtübernahme schied Weyl im Oktober 1933 in Göttingen aus und emigrierte nach Princeton.*

1 *Das Schreiben leitete der Studentenschaft-Führer am 13.12.1933 dem Rektor zu und dieser dem Ministerium. Mit dem Inhalt des Schreibens erklärte sich Privatdozent Werner Weber einverstanden (Bl. 207–209 der Akte).*

daß für das Göttinger Mathematische Institut nicht erst eine Teillösung gefunden werden möge, die auf die Dauer für den Staat Adolf Hitlers nicht tragbar wäre, sondern daß möglichst schnell klare Verhältnisse geschaffen werden und unsere Kommilitonen, vor allem die jüngeren, nicht länger den jüdisch-marxistischen Einflüssen des Systems Courant ausgesetzt bleiben. [...]

Die Dozenten und Assistenten des Instituts müssen mit wenigen Ausnahmen als Marxisten und Liberalisten der verschiedensten Färbungen angesehen werden. Prof. Courant, der frühere geschäftsführende Direktor des Instituts, hat 1918 den Novemberverrat durch den Vorsitz im Arbeiter- und Soldatenrat gedeckt, hatte später ein Stadtverordnetenmandat der SPD inne und soll wegen des Bonzentums aus der SPD ausgeschieden sein. Daß er dabei seine politische Überzeugung gewechselt hätte, wagen selbst seine Anhänger nicht zu behaupten. Das Ausland sieht in ihm auch heute noch den Marxisten, da sein Institut als Sammelstelle übelster Marxisten bekannt war, und somit ist der Fall Courant auch eine Frage des Ansehens des Staates vor dem Ausland.²

Als erster und wichtigster im Gefolge Prof. Courants, untrennbar mit ihm verbunden, sei Prof. Neugebauer genannt. Er ist typischer Kulturbolschewist, lehnt alles Nationale und Religiöse, ja sogar die deutsche Schrift ab und hat sich besonders durch seinen Haß gegen die Studenten hervorgetan. Zwar leugnet Neugebauer Marxist zu sein, muß aber als Anhänger irgendeiner Splittergruppe der rötesten Internationale angesehen werden.

Dr. Rellich, der sich offen zum Liberalismus bekennt, hat erst kürzlich seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Österreich durch die dort herrschenden Verhältnisse vor dem Nationalsozialismus gerettet werden möge, wobei er vermutlich sogar an die französischen Maschinengewehre gedacht haben mag.

Der Assistent Dr. Arnold Schmidt hat noch am 5. November 1932 die Kriegsdienstverweigerung und die Kriegsschuldflüge verteidigt.

Auch Prof. Weyl, dessen Frau Jüdin ist, mußte als politisch unzuverlässig gelten. Im Sommersemester 1933 war er stellvertretender geschäftsführender Direktor des Mathemati-

² Courant wurde im April 1933 beurlaubt, verließ Deutschland im Sommer 1933 und lehrte in Cambridge. Mit Schreiben vom 8.5.1934 schrieb Courant aus Cambridge, er beabsichtige, ab Herbst 1934 zwei Jahre an der New York University zu lehren und wolle sich dort als Vertreter der deutschen Wissenschaft betätigen, zumal er ja früher 1,5 Mio. RM der Rockefeller-Stiftung für den Neubau des Mathematischen Instituts in Göttingen eingeworben habe. Bei einer Besprechung mit Ministerialrat Achelis in Berlin am 14.6.1934 legte ihm dieser das Emeritierungsgesuch nahe, was Courant mit Schreiben vom 23.6.1934 stellte und vom Ministerium zum 30.9.1934 unter Ruhen der Emeriten-Bezüge während des USA-Aufenthalts bewilligt wurde. Als Courant am 11.8.1934 die halben Emeriten-Bezüge erbat, da er in New York nur 4.000 Dollar Gehalt erhalte und in Berlin eine kranke Mutter zu versorgen habe, unterstützte der Göttinger Kurator Valentiner dies sehr, aber Ministerialdirektor Vahlen lehnte ab. Als das Reichsfinanzministerium beim Kultusministerium anfragte, ob der von Courant zur Vermeidung der Reichsfluchtsteuer angemeldete Göttinger Zweitwohnsitz im politischen Interesse liege und anerkannt werden solle, verneinte das Kultusministerium dies am 8.9.1934 für Courant wie für Max Born, der gleichfalls einen Zweitwohnsitz angegeben hatte (Bl. 135–137, 153, 166 und 198–201 der Akte).

schen Instituts und hat dieses Amt so ausgefüllt, daß jeder Jude und Judenknecht mit ihm zufrieden sein konnte. Da er jetzt nach Amerika verzogen ist, steht er nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses. Aber wie gut das System arbeitete, zeigt uns die Entwicklung des Instituts im Sommersemester 1933. Schon vor Monaten versuchte Prof. Weyl, alle erledigten Assistentenstellen durch Leute zu ersetzen, die ihm oder – besser gesagt – dem System genehm waren, ohne die Wünsche der kommenden Professoren abzuwarten. Der Versuch, die Assistentenstelle von Prof. Bernays durch Dr. Arnold Schmidt und die von Dr. Fenchel durch Dr. Ulm zu besetzen, ist auch geglückt. [...]

Im Zusammenhang betrachtet, erscheint es uns, als habe man zunächst nur die kleinen Diebe gehängt, während die großen noch ungeschoren herumlaufen. Wir können nicht leugnen, daß einzelne dieser Dozenten, aus dem System herausgelöst, für den Staat unschädlich und somit noch tragbar wären. Das System als Ganzes bedeutet unbedingt eine Gefahr für den nationalsozialistischen Staat, zumal der Fall Courant, wie bereits erwähnt, durch seine öffentliche Erörterung eine Frage unseres Ansehens vor dem Auslande geworden ist. Wir sind aber auch überzeugt, daß viele maßgebliche Personen des Mathematischen Instituts auch heute noch, trotz aller äußerlichen Gleichschaltung, dem Staate Böses wünschen und ihm möglichst zu schaden suchen. [...]

Wir betonen nochmals, daß wir mit diesem Schreiben nur unsere Pflicht gegenüber unseren Führern zu erfüllen glauben, und wünschen nur, daß damit die Gefahr, die in der Erhaltung des Systems Courant liegt, deutlich genug gezeichnet ist. Die Wissenschaft muß in dieser Frage ganz hinter die Politik und die Interessen des Volkes zurücktreten, und das Ausland soll erkennen, daß Deutschland fest entschlossen ist, seine inneren Feinde auf der ganzen Linie unschädlich zu machen. [...]

245. Gesuch von Prof. Adolf Bestelmeyer an das Kultusministerium.**Frankfurt/M., 30. April 1921.***Ausfertigung, gez. Bestelmeyer.**GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 22 Bd. 21, Bl. 219–219v.*

Bitte um Entlassung aus der Professur für Physik in Greifswald und Mitteilung des Übertritts in eine Privatfirma, da dies sowohl finanzielle Verbesserung als auch bessere Forschungsmöglichkeiten bedeutet.

Vgl. Einleitung, S. 164.

Betrifft: Rücktrittsgesuch.

Ich bitte das hohe Ministerium um alsbaldige Enthebung von meiner Stellung als ordentlicher Professor für Physik, insbesondere angewandte Physik, an der Universität Greifswald.
Begründung:

Die Verhandlungen mit der Hartmann & Braun Aktiengesellschaft, von denen ich vor einigen Wochen dem Ministerium berichtete, haben zu dem Übereinkommen geführt, daß ich nach Rücktritt von meinem akademischen Lehramt in den Vorstand dieser Gesellschaft eintrete. Nachdem ich einen großen Teil meiner Lebensarbeit auf die Erreichung eines akademischen Lehrstuhles als höchstes Ziel eingestellt hatte, ist mir dieser Entschluß natürlich nicht leicht gefallen. Bestimmend für ihn war neben der erheblichen pekuniären Verbesserung vor allem die Erwägung, daß die ungenügenden experimentellen und finanziellen Hilfsmittel, auf welche ich im Falle des Verbleibens in meiner Universitätsstellung angewiesen wäre, ein erfolgreiches Experimentieren zum großen Teil unmöglich machen und mich zwingen würden, den größten Teil meiner Arbeitskraft lediglich in der Überwindung solcher Schwierigkeiten zu verbrauchen.

Der Abschluß der Verhandlungen mit der Firma Hartmann & Braun Aktiengesellschaft hat sich ungeachtet meines Wunsches einer baldigen Entscheidung solange hingezogen, daß ich für die verspätete Vorlage dieses Gesuches um Entschuldigung bitten muß.

Gleichzeitig erkläre ich, daß ich mit Genehmigung meines Rücktritts auf das seit 1. April fällige Gehalt samt allen Nebenbezügen verzichte. Mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen ist die Überweisung dieser Bezüge bisher auf meine Veranlassung unterblieben.

In ausgezeichnetener Hochachtung eines hohen Ministeriums ganz ergebener

246. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald für das
Kultusministerium.
Greifswald, 1. Juli 1921.

Ausfertigung, gez. Lommatzsch als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 22 Bd. 21, Bl. 287–289v.

*Das planmäßige Extraordinariat soll künftig wieder ein theoretischer Physiker innehaben,
nämlich der Greifswalder Prof. Rudolf Seeliger. Der Konkurrenz von Amerika in technischer
Physik ist mittels Lehraufträgen für angewandte Physik zu begegnen.*

Vgl. Einleitung, S. 164.

Für die Wiederbesetzung des durch den Fortgang des ordentlichen Prof. Dr. Bestelmeyer freigewordenen etatmäßigen Extraordinariats gestattet sich die Fakultät folgende Vorschläge zu machen:

Das Extraordinariat ist früher stets mit einem theoretischen Physiker besetzt gewesen. Erst auf Vorschlag von Herrn Prof. Stark, der die ungewöhnlich gestiegene Bedeutung der Physik für die Technik besonders betonte, wurde daraus ein Extraordinariat für angewandte Physik, während für die theoretische Physik ein außeretatsmäßiges Extraordinariat eingerichtet wurde. Die Fakultät hält es jedoch für richtig, dies Verhältnis in dem Sinne zu ändern, daß die etatmäßige Stelle der theoretischen Physik, die außeretatsmäßige der angewandten Physik zugeteilt wird. Die theoretische Physik hat im letzten Jahrzehnt so außerordentliche Erfolge aufzuweisen, ihr Gebiet reicht von der theoretischen Behandlung rein praktisch-technischer Fragen bis an die Grenzen der Erkenntnistheorie, der Unterricht in ihr interessiert über die Studierenden der Physik hinaus so weite Kreise, daß sie an allen übrigen Universitäten Preußens bereits durch einen ordentlichen Professor vertreten ist. Ohne daher die große Bedeutung der angewandten Physik zu verkennen glaubt die Fakultät doch für die etatmäßige Stelle einen theoretischen Physiker vorschlagen zu sollen.

Als hierfür in jeder Hinsicht geeignete Persönlichkeit nennt sie den hiesigen außeretatsmäßigen außerordentlichen Prof. Seeliger *unico loco*.¹ Prof. Seeliger hat die theoretische Physik an der hiesigen Universität seit 1918 in Forschung und Lehre mit gutem Erfolg vertreten. Seine Arbeiten haben die Anerkennung der Fachwelt, seine stark besuchten Vorlesungen die der Studierenden gefunden. Er hat mit größtem Eifer sich des Unterrichts angenommen und im vergangenen Semester mit seiner großen Arbeitskraft sowohl vertretungsweise die Vorlesung über Experimentalphysik wie gleichzeitig die über theoretische Physik abgehalten und die Direktion des von einer großen Zahl von Doktoranden besuchten Instituts geführt. Die Fakultät würde daher in der Übertragung der etatmäßigen Stelle auf ihn nur

1 *Randbemerkung Bl. 287:* Prof. Seeliger ist zum 1. Oktober 21 in die Stelle berufen worden.

eine verdiente Anerkennung seiner bisherigen Leistungen erblicken, die ihm ein Ansporn weiterer fruchtbarer Lehr- und Forschungstätigkeit sein würde.

Die Fakultät möchte aber gleichzeitig mit allem Nachdruck betonen, daß sie den größten Wert auf das Fortbestehen des Extraordinariats für angewandte Physik legt, denn die angewandte oder technische Physik hat, durch den Krieg in hohem Maße beschleunigt, einen Aufschwung genommen, der in wirtschaftlicher Hinsicht schon jetzt eine große Rolle spielt und noch in ständigem rapiden Wachsen begriffen ist. Es hat sich eine physikalische Technik entwickelt, deren ausgedehnte Unternehmungen mit den älteren der Chemie in Parallele zu treten beginnt. Durch die intensive Förderung dieser physikalischen Technik besteht zur Zeit noch die Möglichkeit, Deutschland auf dem Gebiet der Physik den Vorrang zu sichern, den es auf dem der Chemie seit langem besitzt und auch durch den Krieg behauptet hat. Es gilt hier vor allem der Konkurrenz Amerikas zu begegnen, das für die Untersuchungsarbeiten der angewandten Physik ganz außerordentliche Aufwendungen macht. Die aufblühende physikalische Technik hat nun einen starken Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Physikern gezeitigt, der an den Technischen Hochschulen bereits zur Einführung des Diplomexamens in technischer Physik geführt hat. Die Physik an den Universitäten darf aber ebensowenig wie die Chemie die Ausbildung ihrer Schüler, die gegenüber der an den Technischen Hochschulen charakteristische Unterschiede besitzt, aus der Hand geben. Sie muß aber der neuen Entwicklung Rechnung tragen durch Fürsorge für den Unterricht in dem in Betracht kommenden Gebiet der angewandten Physik wie das vorausschauende Universitäten wie Göttingen, Jena, München schon seit längerer Zeit getan haben. Das war ja auch der Grund, weshalb die hiesige Fakultät auf Vorschlag des Prof. Stark das hiesige etatmäßige Extraordinariat mit einem angewandten Physiker besetzt hatte. Da die Errichtung einer etatmäßigen Stelle (für die ein Antrag der Fakultät baldigst folgen wird) zur Zeit nicht möglich ist und auch die Schaffung eines besoldeten nicht planmäßigen Extraordinariats nicht in Frage kommen dürfte, würde die Fakultät es schon mit Freuden begrüßen, wenn das Fach der angewandten Physik bis zur endgültigen Regelung durch einen Privatdozenten mit Lehrauftrag vertreten würde. Um aber eine geeignete Kraft mit Sicherheit gewinnen zu können, erbitten wir die Honorierung annähernd derjenigen eines Assistenten gleichzustellen.

Für diese Stelle nehmen wir folgende Herren in Aussicht:

1.) Dr. phil. Hans Busch, geb. 27.2.1884 zu Jüchen (Rheinland), evangelisch. Verließ 1902 das humanistische Gymnasium zu München-Gladbach, um die nächsten 2 Jahre sich zum Eintritt in die Fabrik des Vaters (Baumwollspinnerei und Weberei) durch praktische Tätigkeit und den Besuch der höheren Fachschule für Textilindustrie vorzubereiten; er legte auf der letzten Schule die Abgangsprüfung ab. 1905–1907 studierte er Physik an der Technischen Hochschule und der Universität Berlin, 1907–1911 Physik und angewandte Physik in Göttingen, promovierte 1911 in angewandter Physik bei Prof. Simon. Schon 1907–1913 war er Assistent im Institut für angewandte Elektrizität der Universität Göttingen bei Prof. Simon, redigierte 1913–1915 die Physikalische Zeitschrift, war 1913–1920 (mit Unterbrechung durch

den Krieg) wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der radioelektrischen Versuchsanstalt für Marine und Heer zu Göttingen (unter Prof. Reich). Im Kriege war er 1914–1916 an der Front als Artillerieoffizier, 1917–1918 abkommandiert zu der technischen Abteilung für Funkengerät zu Berlin. Er erlangte am 31.7.1920 die *venia legendi* für Physik und angewandte Physik in Göttingen und übernahm 1.10.1920 vertretungsweise eine Assistentenstelle mit Lehrauftrag für Sondergebiete der Physik an der Universität Jena. – Das Verzeichnis seiner Arbeiten liegt bei. Alle Arbeiten zeigen eine gleiche Sicherheit in der Behandlung der experimentellen und theoretischen Methode, wie man sie in dieser Kombination selten findet, eine originelle und eindringende Auffassung der Probleme. Er ist eine frische, arbeitsfreudige Persönlichkeit, ein gewandter Lehrer, ein in jeder Hinsicht überaus sympathischer Charakter. Ihn würden wir bei weitem in erster Linie zu gewinnen suchen. Nach ihm fassen wir ins Auge:

2.) Prof. Dr. Heinrich Freiherr Rausch von Traubenberg, Privatdozent und Assistent in Göttingen, geborne 17.3.1880, habilitiert 1912 in Göttingen, seit 1919 mit Professortitel. Er verfaßte eine Reihe sorgfältiger experimenteller Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten, war eine Zeitlang in der Technik bei der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie in Berlin, hielt im Kriege vertretungsweise die Vorlesung über Experimentalphysik in Göttingen.

3.) Dr. H. Zahn, geb. 30.1.1877, habilitiert 1908 in Kiel, erhielt 1913 den Professortitel. Er verfaßte einige vorzügliche Arbeiten über die thermomagnetischen Effekte der Metalle und die elektromagnetischen Wellen an dielektrischen Stäben.

247 a. Vorschlagsliste der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Otto Boelitz.

Halle, 24. Juli 1924.

Ausfertigung, gez. v. Wolff als Dekan und 16 weitere Professoren der Fakultät.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 6, Bl. 463–467.

Kandidaten für das Ordinariat für experimentelle Physik sind: Carl Ramsauer – Danzig, Walter Gerlach – Frankfurt und Christian Füchtbauer – Rostock.

Vgl. Einleitung, S. 165.

Auf die Aufforderung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 7. Juli 1924 – U. I. Nr. I1460. 1 – erlaubt sich die naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Halle als Nachfolger des weggehenden Professors der Physik, Herrn Geheimen Regierungsrat G. Mie, einen der folgenden drei Herren vorzuschlagen.

1) An erster Stelle nennen wir den ordentlichen Professor der Physik und Direktor des Physikalischen Instituts an der Technischen Hochschule in Danzig, Carl Ramsauer.

Ramsauer, geb. am 6. Februar 1879 in Osternburg bei Oldenburg, ist im Jahre 1903 in Kiel, wo er wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am kaiserlichen Torpedo-Laboratorium war, an der dortigen Universität promoviert. Von Kiel folgte er Lenard als Assistent nach Heidelberg und habilitierte sich hier im Jahre 1910. Im Frühjahr 1921 ging er als Professor der Physik an die Technische Hochschule in Danzig. Ramsauer hat sich in seinen ersten Arbeiten, seiner Dissertation „Über den Ricochetschuß“ und seiner Habilitationsschrift „Die experimentellen und theoretischen Grundlagen des elastischen und des mechanischen Stoßes“ sehr eingehend mit mechanischen Problemen beschäftigt, und auch während des Krieges führte er in militärischem Auftrag eine tiefgehende experimentelle und theoretische Untersuchung „Über die Massenbewegung des Wassers bei Unterwasserexplosionen“ durch, die er vor kurzem veröffentlichen konnte. Im allgemeinen hat er aber seit seiner Habilitation die Forschungsgebiete seines Lehrers Lenard bevorzugt, mit dem er auch mehrere große Untersuchungen gemeinsam durchgeführt hat. Seine Arbeiten beschäftigen sich mit der Ionisation der Gase und den großen Elektrizitätsträgern in ihnen, die besonders als Kondensationskerne für die Nebeltröpfchen dienen, ferner mit den Eigenschaften der Erdalkali-Phosphore, mit Spektroskopischen Untersuchungen am Lichtbogen, vor allem aber mit Messungen an Elektronenstrahlen. Er hat Untersuchungen über die Geschwindigkeit der aus einem lichtelektrisch erregten Körper austretenden Elektronen durchgeführt, die in der Präzision und Sauberkeit der Meßtechnik auf derselben Höhe stehen, wie die berühmten Lenardschen Untersuchungen über Elektronenstrahlen, und die wegen des Zusammenhanges der lichtelektrischen Erscheinungen mit der Quantentheorie von großer prinzipieller Bedeutung sind. In Danzig hat er sich mit dem Durchgang sehr langsamer Elektronen durch Gase beschäftigt, und es ist ihm gelungen, eine höchst merkwürdige Erscheinung festzustellen, die theoretisch nicht vorauszusehen war, und die bei ihrer Veröffentlichung zuerst allgemein auf Zweifel stieß, nämlich die Durchlässigkeit der Atome der Edelgase für langsame Elektronen. Ramsauer konnte zeigen, daß diese Atome, wenn sich die Geschwindigkeit der Elektronen der Null nähert, schließlich fast vollkommen durchlässig werden, so daß also äußerst langsame Elektronen durch das Gas fast wie durch einen absolut leeren Raum hindurch gehen. Um eine derartig erstaunliche Tatsache wirklich sicherzustellen, ist eine ungewöhnliche Sauberkeit und Sicherheit im Experimentieren erforderlich, es ist eine Leistung ersten Ranges. Der Unterricht Ramsauers wird allgemein gerühmt. Die Fakultät schlägt ihn einstimmig an erster Stelle vor, um damit auszudrücken, daß seine Person hier besonders erwünscht wäre.

Als zweiten nennen wir den nichtbeamteten außerordentlichen Professor und Assistenten am Physikalischen Institut der Universität Frankfurt, Dr. Walter Gerlach.

Gerlach, geb. am 1. August 1889 in Biebrich, ist im Jahre 1912 in Tübingen promoviert als Schüler von Paschen, dessen Assistent er mehrere Jahre hindurch gewesen ist. Seit 1915 stand er im Heeresdienst, habilitierte sich aber doch im Frühjahr 1916 in Tübingen. Gleich nach dem Kriege trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das physikalische Laboratorium der Elberfelder Farbwerke ein. Er verließ diese Stelle im Winter 1920, um als Assistent an das Physikalische Institut der Universität Frankfurt zu gehen, habilitierte sich dort um,

und hat seit dem Herbst 1922 einen Lehrauftrag für höhere Experimentalphysik. Gerlach hat als Schüler von Paschen seine wissenschaftliche Tätigkeit begonnen mit Präzisionsmessungen an der Strahlung des schwarzen Körpers. Später hat er eine ungewöhnlich vielseitige Forschertätigkeit entfaltet. Noch in Tübingen hat er gemeinsam mit Edgar Meyer begonnen, über die Aufladungen submikroskopischer Metallkörnchen bei Bestrahlung mit Licht zu arbeiten. Während seiner Elberfelder Zeit hat er mit Westphal zusammen während eines Urlaubes, den er in Berlin verbrachte, Arbeiten über die Radiometerwirkungen angefangen, die er später fortgesetzt hat, und die über diese interessanten und nicht ganz einfachen Erscheinungen viele Aufklärungen gebracht haben. Seitdem er in Frankfurt ist, hat er eine erstaunlich große Zahl von Arbeiten hervorgebracht, teils allein, teils mit befreundeten Physikern zusammen, teils mit Schülern. Er hat hier das schwache Geräusch, welches in Eisenstäben beim Ummagnetisieren auftritt und welches zuerst Barkhausen mit Hilfe von Röntgenverstärkern beobachtet hat, in mehreren Arbeiten eingehend untersucht und seine Entstehung aufgeklärt, er hat sehr schöne Kristallstrukturforschungen mit Hilfe von Röntgenstrahlen ausgeführt, ferner mehrere spektroskopische Untersuchungen angestellt. Gegen Ende des Jahres 1921 hat er gemeinsam mit Stern Arbeiten über das Verhalten eines Wasserdampfstrahles im Magnetfeld begonnen, die er später allein weitergeführt hat und noch jetzt weiterführt. Durch diese außerordentlich feinen Untersuchungen ist nachgewiesen worden, daß ein Atom in einem magnetischen Feld sich nicht etwa je nach den Stößen, die es von anderen Atomen bekommt, in beliebigen Neigungen zur Richtung des Feldes bewegt, wie es die Gesetze der Mechanik verlangen, sondern daß es sich nur in einzelnen ganz bestimmten Neigungen dazu einstellen kann und in seiner einmal eingenommenen Neigung beharrt. Dieser Nachweis der sogenannten Richtungsquantelung der Atome ist wohl der zwingendste experimentelle Beweis für die Richtigkeit der Vorstellungen der Quantentheorie und ist eine der allergrößten wissenschaftlichen Taten der letzten Jahre. Obwohl es schwer zu entscheiden ist, wie viel von dem Verdienst an dieser Entdeckung dem einzelnen der beiden daran beteiligten Forscher zukommt, so ist es doch außer Zweifel, daß man Gerlach vor allem die feine Präzision der experimentellen Ausführung verdankt, eine Präzision, die auch seine anderen Arbeiten kennzeichnet. Alle die zuletzt genannten mannigfachen Arbeiten und noch einige, die nicht mit aufgezählt sind, hat Gerlach im Laufe von nicht viel mehr als drei Jahren ausgeführt, er hat außerdem, zum Teil zusammen mit Born, zum Teil allein, einige kurze, aber Beachtung werthe theoretische Arbeiten veröffentlicht, und ein kleines von Kennern sehr gut beurteiltes Buch „Die experimentellen Grundlagen der Quantentheorie“ verfaßt, dazu hat er als Assistent am Physikalischen Institut die Übungen der fortgeschritteneren Praktikanten zu leiten gehabt.

Man erkennt hieraus, daß er über eine ganz ungewöhnliche Arbeitskraft verfügt. Persönlich ist er lebhaft und temperamentvoll, er spricht gut. Die Fakultät ist überzeugt, daß man ihm trotz seiner Jugend die Leitung des Hallischen Instituts anvertrauen kann.

3) An dritter Stelle schlagen wir den ordentlichen Professor der Physik und Direktor des Physikalischen Instituts an der Universität Rostock, Christian Füchtbauer, vor.

Füchtbauer ist am 24. Februar 1877 in Nürnberg geboren, hat zuerst in München Naturwissenschaften, in erster Linie Chemie studiert und ist im Jahre 1904 in Leipzig auf Grund einer Arbeit über „Die freiwillige Erstarrung unterkühlter Flüssigkeiten“, die er unter der Leitung Ostwalds ausgeführt hat, promoviert worden. Erst nach seiner Promotion hat er sich ausschließlich der Physik zugewandt. Er ging von Leipzig nach Würzburg, wo er unter Wilhelm Wien arbeitete, und wo er sich im Jahre 1907 auf Grund einer Arbeit über die von Kanalstrahlen ausgelösten Sekundärstrahlen habilitierte. Später wendete er sich von dem Arbeitsgebiet seines Lehrers W. Wien ab, um sich fast ausschließlich Problemen der Spektroskopie zuzuwenden. Nach einigen Jahren siedelte er nach Leipzig um, wo er für seine spektroskopischen Arbeiten, deren experimentelle Technik sehr kompliziert und schwierig war, bessere Hilfsmittel zur Verfügung hatte. Er habilitierte sich im Jahre 1911 um. Im Herbst 1916 wurde er als etatmäßiger außerordentlicher Professor nach Tübingen berufen und las hier über theoretische Physik, soweit er nicht durch Heeresdienst im Kriege daran gehindert war. Nach dem Kriege kehrte er nach Tübingen zurück und ging dann im Frühjahr 1922 als ordentlicher Professor der Physik nach Rostock. Füchtbauer ist ein sehr origineller und produktiver Kopf. Er hat sich auf dem von ihm erwähnten Gebiet der Spektroskopie eigenartige Probleme ausgesucht und sie allen experimentellen Schwierigkeiten zum Trotz mit großer Energie bearbeitet. Die Resultate, die er dabei erlangte, sind von großer prinzipieller Wichtigkeit, und die Entwicklung der theoretischen Vorstellungen der Physik an der Hand des Bohrschen Atommodells hat in letzter Zeit immer mehr die fundamentale Bedeutung der Füchtbauerschen Arbeiten an den Tag gebracht. Die gute Ausstattung des Instituts in Halle mit spektroskopischen Apparaten würde seiner Arbeitsrichtung sehr zugute kommen können, und es ist daher anzunehmen, daß es nicht schwer wäre, diesen bedeutenden Forscher für unsere Universität zu gewinnen. Der nichtbeamtete außerordentliche Prof. Dr. A. Wigand hat auf die Einreichung eines besonderen Gutachtens verzichtet.

247 b. Zweite Vorschlagsliste der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 14. März 1925.

Ausfertigung, gez. v. Wolff als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 6, Bl. 511–512v.

Kandidaten für das Ordinariat für Experimentalphysik sind nunmehr: Christian Füchtbauer – Rostock, Ernst Wagner – Würzburg und August Becker – Heidelberg.

Vgl. Einleitung, S. 165.

Die Naturwissenschaftliche Fakultät hat sich bei den neuen Vorschlägen für die Besetzung der Professur für Experimentalphysik in erster Linie wesentlich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, einen bedeutenden Physiker von ausgesprochener experimenteller Einstellung zu erhalten.¹

An erster Stelle nennt die Fakultät Christian Füchtbauer; geb. am 24.2.1877, habilitierte er sich 1907 in Würzburg, wurde 1916 außerordentlicher Professor in Tübingen und 1922 Ordinarius in Rostock und Direktor des Physikalischen Instituts.

Füchtbauer ist ein ungemein produktiver Forscher von ungewöhnlicher Arbeitskraft. Seine Untersuchungen sind voll origineller Ideen und fassen stets Probleme von großer Tragweite an. Seine Forschungen über die Maximalintensität, Dämpfung und Intensitätsverteilung innerhalb der Spektrallinien, die Arbeiten über Verbreiterung der Linien durch fremde Gase, die Verschiebung des Absorptionsmaximums in den Linien, die Erregung von Spektrallinien des Quecksilberdampfes durch leuchtende Quecksilberspektren bieten dem Experiment unendlich viel Schwierigkeiten, so daß nur ein Experimentator ersten Ranges, der jedes Hindernis zu überwinden versteht, derartige Probleme mit Erfolg bearbeiten kann. Füchtbauer hat durch sein ungewöhnliches Experimentiergeschick und die erschöpfende tiefgründige Arbeit Resultate erlangt, die von fundamentaler Bedeutung für die feinsten und letzten Aufgaben in Fragen der Spektroskopie sind. Für die die moderne Physik in erster Linie beherrschenden Atomlehren sind Füchtbauers Arbeiten von einer Bedeutung geworden, deren Folgen man noch nicht abzusehen vermag.

Die vorzügliche Ausstattung des Hallenser Institutes mit den feinsten optischen Untersuchungseinrichtungen, die seit Dorns Tode nicht wieder in Benutzung gekommen sind, würde Füchtbauer in die Lage versetzen, auf seinem Gebiete fruchtbar weiter zu forschen.

¹ *Mit Schreiben vom 27.2.1925 (Bl. 468 der Akte) teilte das Kultusministerium der Fakultät mit, dass ein Experimentalphysiker berufen werden solle, und forderte weitere Vorschläge an. Einer Notiz zufolge war bei Besprechungen in Halle klar geworden, dass der Neuzuberufende auch Vorlesungen für Studierende von Medizin und Landwirtschaft halten solle.*

Die Fakultät bittet das Ministerium, alles zu versuchen, die Berufung des verdienten Mannes nach Halle zu ermöglichen.

An zweiter Stelle nennt die Fakultät Ernst Wagner in Würzburg. Er ist am 14.8.1876 geb., wurde 1907 Privatdozent in Würzburg und 1915 außerordentlicher Professor. Seit 1922 ist er Ordinarius in Würzburg und Direktor des dortigen Physikalischen Institutes. Wagner stammt aus der Röntgenschen Schule.

Zunächst hat sich Wagner mit thermoelektrischen Untersuchungen und mit der Leitfähigkeit der Metalle beim Schmelzen beschäftigt. Später hat er sich wohl durch den Einfluß von Willi Wien mit Vorgängen in den Kanalstrahlen befaßt. Von 1915 ab hat er eine Reihe umfangreicher, mit glänzender Experimentiertechnik durchgeführter Arbeiten auf dem Gebiete der Röntgenspektroskopie veröffentlicht. Die hier aufgewiesenen Leistungen liegen an der Grenze des experimentell Möglichen. Aus diesen Arbeiten ergibt sich ein bisher nicht erkannter Aufbau der Serienfrequenzen in den Röntgenspektren, welche ganz neue Gesichtspunkte des für die Entwicklung verschiedener wissenschaftlicher Zweige so bedeutungsvoll gewordenen Forschungsgebietes ergeben. Die kritische Bearbeitung und Verwertung des überaus reichhaltigen Materials zeigt uns Ernst Wagner als einen sehr feinen Kopf von hoher Originalität.

An dritter Stelle schlagen wir August Becker in Heidelberg vor. Er ist am 19.2.1879 geb., hat sich 1905 in Kiel habilitiert und wurde 1914 außerordentlicher Professor in Heidelberg. Er ist ein Schüler Lenards.

Becker ist ein ungemein fruchtbarer Physiker. Seine Arbeiten zeichnen sich durch Gründlichkeit und gute experimentelle Technik aus. Er vertieft sich mit großer Zähigkeit in seine Aufgaben, die bedeutungsvolle Fragen der Elektronenemission der Metalle und der Kathodenstrahlen behandeln. Seine Probleme und ihre Lösung dokumentieren Becker als Forscher von umfangreichem Wissen und Können. Infolgedessen ist er zu einer großen Reihe hervorragend wichtiger Resultate gelangt, die das von ihm bearbeitete Gebiet wesentlich erweitert und gefördert haben.

**247 c. Schreiben des Kultusministers Carl Heinrich Becker an den Kurator der
Universität Halle, Hermann Sommer.**

Berlin, 25. April 1925.

Ausfertigung, gez. Krüß.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 6, Bl. 513.

*Aufforderung, weitere Vorschläge einzureichen, und sich dabei über fünf namentlich
genannte Kandidaten zu äußern.*

Vgl. Einleitung, S. 165.

Auf den Bericht vom 18.3.1924 – Nr. 1128 –, die Vorschläge für die Nachfolge des Prof. Mie
auf dem Lehrstuhl für Experimentalphysik betreffend.

Den mir eingereichten Vorschlägen der Naturwissenschaftlichen Fakultät vom 14.3.1925
vermag ich nicht zu entsprechen. Ich ersuche die Naturwissenschaftliche Fakultät zu ver-
anlassen, sich über die Professoren Westphal, Ladenburg, Pringsheim, Gudden und den
Privatdozenten Dr. Hertz in Berlin zu äußern.

**247 d. Bericht der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle an
Kultusminister Carl Heinrich Becker.**

Halle, 24. Juni 1925.

Ausfertigung, gez. v. Wolff als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 35–36.

*Die fünf Kandidaten des Kultusministeriums, Wilhelm Westphal – Berlin, Rudolf Ladenburg –
Berlin, Peter Pringsheim – Berlin, Bernhard Gudden – Göttingen, Gustav Hertz –
Eindhoven, sind alle ungeeignet. Sie sind entweder keine eigenständigen Forscher oder
persönlich unverträglich oder technische Physiker.*

Vgl. Einleitung, S. 165.

Die Fakultät ist aufgefordert, sich über die Herren Westphal, Ladenburg, Pringsheim,
Gudden und Hertz zu äußern.

Die folgenden Urteile gründen sich auf Durchsicht der Arbeiten und zahlreiche Erkundi-
gungen, die wir von maßgebenden Kollegen eingezogen haben.

1. Westphal. Wilhelm H. Westphal, geb. 1882, hat sich im Jahre 1913 in Berlin habilitiert,
wurde 1921 außerordentlicher Professor. Seine Arbeiten, von denen einige zusammen mit

Gerlach und Franck veröffentlicht sind, werden qualitativ nicht besonders bewertet. Wir zitieren einige Urteile, die uns von angesehenen Fachgenossen geworden sind, wörtlich: „Westphal ist völlig unproduktiv“, „Westphals Leistungen waren nie groß und nicht besonders originell“ und endlich „Ein Mann wie Westphal kommt für ein Ordinariat an einer Universität, wie Halle, nicht in Frage.“

2. Ladenburg, geb. 1882, hat sich 1909 in Breslau habilitiert und wurde 1921 außerordentlicher Professor. Ladenburg hat gut und fleißig gearbeitet. Nach dem übereinstimmenden Urteil verschiedener befragter Kollegen ist er jedoch als Persönlichkeit außerordentlich schwierig und unverträglich. Er hat dadurch wiederholt heftige Konflikte herbeigeführt, so daß die Fakultät ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit ihm für ausgeschlossen hält.

3. Pringsheim. Pringsheims Arbeiten sind günstig zu beurteilen. Nach unseren uns von verschiedenen Seiten zugegangenen Informationen von sehr gut darüber unterrichteten Kollegen hat er sich aber beim vertretungsweisen Abhalten der großen physikalischen Experimentalvorlesung nicht bewährt. Außerdem ist die Persönlichkeit Pringsheims der Fakultät nicht genehm.

4. Gudden. Gudden hat nicht viel und nur mit Pohl auf einem ziemlich begrenzten Gebiete zusammengearbeitet. Offenbar ist anfangs Pohl der Führende gewesen; wie weit diese Arbeiten später durch Gudden beeinflusst sind und ob Gudden originell und ideenreich ist, läßt sich noch nicht entscheiden. Seine wissenschaftlichen Leistungen reichen aber an die der von uns genannten Physiker nicht heran.

5. Hertz. Von Hertz stammt eine Reihe gut beurteilter Arbeiten. Hertz befindet sich seit fünf Jahren in glänzend bezahlter Stellung in Eindhoven (Holland), wo ihm die Glühlampenfabrik Philips ein Laboratorium mit Hilfskräften zur Verfügung gestellt hat, wie es in Deutschland kaum zu finden ist. Hertz ist seit fünf Jahren aus dem Lehrbetrieb, den er nur kurze Zeit als Privatdozent kennenlernte, heraus. Außerdem wird er naturgemäß durch seine jetzige Tätigkeit eine nach der technischen Seite hinneigende Einstellung gegenüber der allgemeinen Physik haben, die es sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob er für ein Ordinariat für Experimentalphysik speziell in Halle geeignet ist, zumal die technische Seite der Physik hier genügend vertreten ist.

Aufgrund des Vorgetragenen hat die Fakultät sich nicht entschließen können, einen der genannten 5 Physiker auf die Liste zu setzen.

247 e. Dritte Vorschlagsliste der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 24. Juni 1925.

Ausfertigung, gez. v. Wolff als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 26–27v.

Kandidaten für das Ordinariat für Experimentalphysik – jenseits der modernen Atomphysik – sind nunmehr: Georg Joos – Jena, Eduard Grüneisen – Berlin und Ludwig Schiller – Leipzig.

Vgl. Einleitung, S. 165.

Nach Ablehnung ihrer Vorschläge für die Professur für Experimentalphysik erlaubt sich die Fakultät, nochmals von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch zu machen.

Die Fakultät hat bei der neuen Liste durch ihre Vorschläge zum Ausdruck gebracht, daß sie es für wünschenswert hält, auch Gelehrte zu nennen, welche eine andere Arbeitsrichtung besitzen als die speziell durch die moderne Atomphysik gegebene.

Als einer der aussichtsreichsten jüngeren Physiker gilt Joos – Jena, der von allen, die ihn als Wissenschaftler und Menschen kennen, außerordentlich geschätzt wird. Als Forscher hat er bisher sehr Gutes geleistet und als Dozent hat er sich in dem großen Betriebe bei Prof. Zenneck schon nach kurzer Zeit seiner Dozententätigkeit so bewährt, daß er als außerordentlicher Professor nach Jena berufen wurde. Seine bisherigen Arbeiten beschäftigen sich erfolgreich mit schwierigen Problemen der modernen Spektralanalyse und sehr wichtigen Fragen der drahtlosen Telegraphie. Mit großem Pflichtgefühl verbindet er eine ungewöhnliche Arbeitskraft.

Dies alles hat die Fakultät bewogen, ihn trotz seiner Jugend an erster Stelle in Vorschlag zu bringen.

An 2. Stelle schlägt die Fakultät E. Grüneisen – Charlottenburg vor. Grüneisen ist ein un-gemein fleißiger Forscher, der eine große Reihe schöner Erfolge seiner Arbeitstätigkeit zu verzeichnen hat. Seine Untersuchungen bewegen sich auf den verschiedensten Gebieten der Physik. Die Arbeiten zeichnen sich durch originelle und tiefgründige Behandlung der Probleme und besonders durch glänzende Experimentiertechnik aus. Wenn ihm auch durch seine Stellung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt besonders ausgezeichnete Mittel zur Verfügung standen, so gehört doch eine große experimentelle Begabung dazu, die erheblichen Schwierigkeiten, welche ein großer Teil der von ihm behandelten Probleme bietet, so zu überwinden, wie es ihm gelang. Diese ihm eigene Begabung für Forschungsarbeit wird in befähigen, den Studierenden besonders den heranzubildenden Physikern eine Schulung mitzugeben, wie wir es im Interesse der Physik nur wünschen können. Seine Arbeitsmethode würde der alten Hallenser Tradition exakter Meß- und Untersuchungsarbeit Rechnung tragen, die hier früher lange Jahre mit bestem Erfolg gepflegt wurde.

An 3. Stelle nennt die Fakultät L. Schiller – Leipzig. Schiller hat besonders auf dem Gebiete, das Prandtl – Göttingen vertritt, in dessen Institut er länger arbeitete, eine Reihe wertvoller gründlich durchgearbeiteter Untersuchungen veröffentlicht. Gerade in letzter Zeit hat er einen außerordentlich wichtigen Erfolg gehabt, der für die noch fehlende Theorie des Übergangs der regelmäßigen laminaren in die unregelmäßig turbulente Strömung von grundlegender Bedeutung ist. Er ist uns als anregender Vortragender in Halle wohlbekannt. Auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit als Assistent in dem musterhaft geleiteten Leipziger Physikalischen Institut und als Privatdozent ist er durchaus befähigt, die Physik in Vorlesungen und Praktikum mit gutem Erfolg zu vertreten; er wird auch den Studierenden bei der Durchführung der Promotionsarbeiten das beste geben.²

248. Aktenvermerk des Ministerialdirektors im Kultusministerium, Werner Richter.

Berlin, 12. März 1927.

Reinschrift, gez. Richter.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 218–218v.

Die Physik soll in Halle künftig Zentralfach sein und über drei Professuren (experimentelle, theoretische und technische Physik) verfügen.

Vgl. Einleitung, S. 166.

Vermerk

Am 10. März dieses Jahres hat eine Besprechung mit 4 Vertretern der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle, Geheimrat Schmidt, Prof. Hertz, Prof. Hasse, Prof. Jung, bei Herrn Ministerialdirektor Richter stattgefunden über die Frage, wie die bisher von Prof. Eberhard bekleidete mathematische Professur (Extraordinariat) verwendet werden soll, nachdem der Plan, aus ihr eine Flugwissenschaftliche Professur zu machen, aufgegeben ist. Gemeinsame Überzeugung der Fakultätsvertreter war, daß das dringendste Bedürfnis in Halle die Schaffung einer weiteren physikalischen Professur ist derart, daß

² *Nachdem Grüneisen mit Vereinbarung vom 31.7.1925 (Bl. 28 der Akte) den Ruf angenommen hatte, sagte er mit Schreiben vom 31.8.1925 (Bl. 30) wieder ab, denn er wolle seine schöne Charlottenburger Wohnung nicht aufgeben, verfüge in Halle über keine Apparate für sein Spezialgebiet wie bei der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und würde in Halle den anregenden wissenschaftlichen Gedankenaustausch mit Fachgenossen stark entbehren. Deshalb wurde mit Vereinbarung vom 31.10.1925 (Bl. 37) Gustav Hertz berufen; er erhielt 11.550 RM Gehalt und 12.000 RM Kollegeldgarantie, einen auf 16.000 RM erhöhten Institutsetat sowie binnen vier Jahren 5.000 RM für Apparate und eine erneuerte Heizung im Physikalischen Institut zugesichert.*

dort Experimentalphysik, technische Physik und theoretische Physik je durch einen Lehrstuhl vertreten sind.

Geheimrat Schmidt wird zum 1. Oktober 1927 emeritiert werden, so daß während des Sommersemesters die Besetzung der Professuren für technische und theoretische Physik zu lösen wäre. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Physik künftig Zentralfach in Halle sein soll, und daß für die beiden Professuren prominente Fachvertreter gewonnen werden sollen.

Über die räumliche Ordnung sollen weitere Überlegungen angestellt werden, vorläufig wäre davon auszugehen, daß Prof. Hertz seine bisherigen Räume behält, der technische Physiker den Besitzstand des Geheimrats Schmidt übernimmt und der theoretische Physiker einen Raum im Bereich des Physikalischen Instituts erhält. Vielleicht ließe sich auch ein neuer Raum bei den Kliniken gewinnen, wenn die Heizung der Kliniken erneuert wird.

Die Angelegenheit wird dem Herrn Minister vorgetragen und sodann die naturwissenschaftliche Fakultät zu Vorschlägen für die beiden Professuren aufzufordern sein.

249. Vorschlagsliste der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 20. Juli 1927.

Ausfertigung, gez. Jung als Prodekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 440–441.

Kandidaten für die Nachfolge im Extraordinariat für theoretische Physik sind: Werner Heisenberg – Kopenhagen, Gregor Wentzel – Leipzig und Friedrich Hund – Göttingen.

Vgl. Einleitung, S. 166.

Für den infolge des Rücktritts des Prof. Karl Schmidt neu zu besetzenden Lehrstuhl für theoretische Physik an der hiesigen Universität schlägt die Fakultät vor:¹

An erster Stelle den Privatdozenten an der Universität Göttingen und Lehrer für theoretische Physik an der Universität Kopenhagen, Herrn Dr. Werner Karl Heisenberg. Geboren am 5.12.1901 in Würzburg, promovierte er als Schüler von Sommerfeld in München im Jahre 1923 mit einer Arbeit über Stabilität und Turbulenz von Flüssigkeitsströmen. Bereits 1924 habilitierte er sich in Göttingen mit einer Arbeit über anomale Zeeman-Effekte. Seit dem Sommer 1926 ist er Lektor an der Universität Kopenhagen.

¹ *Nach einer Randbemerkung (Bl. 440) von Ministerialrat Windelband wurden um externe Voten gebeten: Sommerfeld – München, Planck – Berlin, Schrödinger – Zürich, Born – Göttingen.*

Herr Heisenberg hat sich trotz seiner Jugend bereits als ein Forscher von ganz außergewöhnlichen Fähigkeiten erwiesen. Insbesondere hat er den Grund gelegt zu einer neuen Quantenmechanik, an deren Weiterentwicklung er als einer der Ersten tätig ist. Von seinen Arbeiten seien als die wichtigsten die folgenden genannt: Über quantentheoretische Umdeutung kinematischer und mechanischer Beziehungen, Zeitschrift für Physik 33, 879, 1925; Mehrkörperproblem und Resonanz in der Quantenmechanik, Zeitschrift für Physik 38, 411, 1926; Über den anschaulichen Inhalt der quantentheoretischen Kinematik und Mechanik, Zeitschrift für Physik 43, 172, 1927. Herr Heisenberg trägt vorzüglich vor und hat sich auch als akademischer Lehrer erfolgreich betätigt.

An zweiter Stelle den außerordentlichen Professor für theoretische Physik an der Universität Leipzig Dr. Gregor Wentzel. Er ist am 17.2.1898 in Düsseldorf geb. und ebenfalls ein Schüler von Sommerfeld in München, wo er im Jahre 1921 promovierte und sich im Jahre 1922 habilitierte. Seit 1926 ist er außerordentlicher Professor an der Universität Leipzig. Er hat in einer Reihe von ausgezeichneten Arbeiten sehr wertvolle Beiträge zu Entwicklung der Atom- und Quantentheorie geliefert. Von besonderer Bedeutung sind seine Arbeiten zur Systematik der Röntgenspektren: Zur Systematik der Röntgenspektren, Annalen der Physik 6, 84, 1921; Funkenlinien in Röntgenspektren, Annalen der Physik 66, 437, 1921; Zum Termproblem der Dublettspektren, insbesondere der Röntgenspektren, Annalen der Physik 76, 803, 1925. Aus der letzten Zeit ist eine Arbeit zur Theorie des photoelektrischen Effektes, Zeitschrift für Physik 40, 574, 1927 besonders hervorzuheben. Herr Wentzel ist außerdem als ausgezeichnete akademischer Lehrer bekannt.

An dritter Stelle den Privatdozenten an der Universität Göttingen Herrn Dr. Friedrich Hund. Geboren in Karlsruhe am 4.2.1896, war er von 1921 bis 1922 im Schuldienst tätig, um dann Assistent am Institut für theoretische Physik an der Universität Göttingen zu werden, wo er 1922 promovierte. Im Jahre 1925 habilitierte er sich ebenfalls in Göttingen. Seine durchweg sehr guten Arbeiten betreffen hauptsächlich die Struktur und die quantentheoretische Deutung der Spektren. Es seien die folgenden hervorgehoben: Zur Deutung verwickelter Spektren, Zeitschrift für Physik 33, 345, 1925 und 34, 296, 1925; Zur Deutung der Molekelspektren, Zeitschrift für Physik 40, 742, 1927 und 42, 93, 1927; ferner ein kürzlich erschienenes Buch: Linienspektren und periodisches System der Elemente Berlin 1927. Herr Hund zeichnet sich ferner durch hervorragende Begabung für die Lehrtätigkeit aus.

250. Vorschlagsliste der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 20. Januar 1928.

Ausfertigung, gez. Weitz als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 383–386.

*Kandidaten für die Nachfolge von Gustav Hertz im Ordinariat für Experimentalphysik
sind: Karl Wilhelm Meißner – Frankfurt, Gerhard Hoffmann – Königsberg
und Ernst Back – Tübingen.*

Vgl. Einleitung, S. 166.

Für die infolge des Ausscheidens von Prof. Hertz neu zu besetzende ordentliche Professur für Experimentalphysik an der hiesigen Universität schlägt die Fakultät vor:

An erster Stelle den außerordentlichen Professor an der Universität Frankfurt, Dr. K. W. Meißner,

an zweiter Stelle den außerordentlichen Professor an der Universität Königsberg, Dr. G. Hoffmann,

an dritter Stelle den außerordentlichen Professor an der Universität Tübingen, Dr. E. Back.

K. W. Meißner, geb. 1891, ist ein Schüler von Paschen und einer der hervorragendsten Serienspektroskopiker Deutschlands. Seine interferomagnetischen Wellenlängenmessungen sind ein Beweis großer Experimentierkunst. Die durch diese Messungen festgelegten Wellenlängenwerte gelten als unsere genauesten Normalen. Von besonderer Bedeutung sind seine letzten Arbeiten, in welchen er, größtenteils auf Grund eigener Messungen, die Serienanalyse des außerordentlich komplizierten Argonspektrums durchgeführt hat. Er hat hierbei gezeigt, daß er nicht nur die experimentelle Technik der modernen Spektroskopie bis in die äußersten Feinheiten beherrscht, sondern daß er auch die theoretischen Zusammenhänge voll übersieht. Für die Atomphysik von Wichtigkeit sind seine schönen Arbeiten über die Absorption durch angeregte Atome, bei welchen es ihm zum ersten Male gelang, das Vorhandensein metastabiler Atome einwandfrei nachzuweisen und ihre Lebensdauer zu messen. Da er außerdem ein vorzüglicher und sehr beliebter Lehrer ist, so würde er zweifellos ein ausgezeichnete Vertreter der Experimentalphysik an der hiesigen Universität sein.

G. Hoffmann, geb. 1880, ist ein ausgezeichnete und besonders feiner Experimentator. Sein Verdienst besteht in einer außerordentlichen Verfeinerung der elektrostatischen Meßmethoden. Durch die Konstruktion eines neuen Elektrometers hat er die Messung äußerst kleiner elektrischer Ströme möglich gemacht, die bis dahin weit jenseits der Grenze der Meßbarkeit gelegen waren. Durch weitere Verbesserungen, insbesondere durch die Konstruktion eines registrierenden Vakuum-Elektrometers und durch die Entwicklung eines sehr fein durchdachten Meßverfahrens, hat er diese Grenze mit der Zeit immer weiter hinausgeschoben, so daß er jetzt imstande ist, Probleme zu bearbeiten, die der messenden Phy-

sik bisher nicht zugänglich waren. Z. B. hat er als erster den Elektronenausstritt aus kalten Metalloberflächen unter dem Einfluß starker elektrischer Felder einwandfrei nachgewiesen. Von seinen neueren Arbeiten seien vor allem die über die gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses stehende durchdringende Höhenstrahlung sowie diejenigen erwähnt, durch die für eine Reihe von nicht als radioaktiv geltenden Elementen eine äußerst schwache Radioaktivität nachgewiesen worden ist. Diese Versuche versprechen für die weitere Entwicklung unserer Kenntnis des Atombaus sehr wichtige Ergebnisse zu liefern.

Auch außerhalb seines Spezialgebietes ist G. Hoffmann ein vorzüglicher Kenner der modernen Physik. Außerdem ist er ein ausgezeichnete Lehrer.

E. Back, geb. 1881, ist ein Schüler von Paschen und arbeitet seit 1911 auf dem Gebiet der Spektroskopie. Er hat sich weitgehend auf die experimentelle Untersuchung des Zeeman-Effekts spezialisiert, ist dafür aber auch allgemein als die erste Autorität auf diesem Gebiete anerkannt. Seine zahlreichen mit äußerster Sorgfalt nach von ihm ausgearbeiteten Methoden durchgeführten Arbeiten haben eine Fülle von außerordentlich wertvollem Material gebracht, durch welches die Entwicklung der Atomphysik entscheidend beeinflusst worden ist. Zu nennen ist hier vor allem eine große Untersuchung über die Prestonsche Regel, ferner die Arbeiten über die von ihm zusammen mit Paschen entdeckte und unter dem Namen „Paschen-Back-Effekt“ bekannte Erscheinung, endlich die Arbeiten, die die Grundlage für die Landeschen allgemeinen Gesetze des anomalen Zeeman-Effekts gebildet haben. Außerhalb seines Spezialgebietes liegt eine wichtige Arbeit über die Gültigkeit des Planck-Einsteinschen Gesetzes über die Grenzwellenlänge des kontinuierlichen Röntgenspektrums im Gebiete sehr kurzer Wellen. Zu erwähnen ist ein von Back zusammen mit Landé herausgegebenes vorzügliches Buch über den Zeeman-Effekt.

Auch Back hat sich als akademischer Lehrer bereits sehr bewährt. Er hat schon Erfahrung im Lesen der großen Vorlesung über Experimentalphysik, da er diese mehrfach vertretungsweise gehalten hat.

Die Fakultät hat von der beiliegenden Äußerung¹ des Privatdozenten Dr. Hanle Kenntnis genommen, ist jedoch mit den beiden ersten Vorschlägen (1. Ladenburg, 2. Pringsheim) nicht einverstanden.

Schließlich bittet die Fakultät den Herrn Minister ergebenst, die Berufung recht bald in die Wege zu leiten, weil zur Zeit auch die Professuren für theoretische und für angewandte Physik unbesetzt sind und diese Stellen dem Verlauten nach erst dann besetzt werden sollen bzw. können, wenn die Entscheidung über die Experimentalphysik gefallen ist.²

¹ *Liegt der Akte bei, Bl. 387–388. Hier nicht abgedruckt.*

² *Der Universitätskurator bemerkte hierzu am 25.1.1928 (Bl. 387 der Akte): Der scheidende Fachordinarius Prof. Hertz ist mit diesen Vorschlägen nicht ganz einverstanden. Er wird seinen Standpunkt hierzu gelegentlich im Ministerium noch persönlich vortragen. Ich habe den Eindruck, daß seine Stellungnahme dem wohlverstandenen Interesse der Universität gerechter wird als die der Fakultät. Ungeachtet dessen berief das Kultusministerium binnen kurzem Hoffmann.*

251 a. Schreiben der Deutschen Gesellschaft für technische Physik e. V. an
Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Berlin, 29. Juni 1928.

Ausfertigung, gez. Georg Gehlhoff als 1. Vorsitzender.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 449–450.

*Die Wiederbesetzung der Professur für technische Physik in Halle darf nicht an
Gehaltsforderungen scheitern, denn von deren Wirken profitieren Industrie und Wirtschaft
Deutschlands.*

Vgl. Einleitung, S. 166.

Hochgeehrter Herr Minister!

Der durch die Emeritierung von Herrn Prof. Dr. Schmidt in Halle seit längerer Zeit freigewordene Lehrstuhl für technische Physik ist bis heute noch nicht besetzt. Es ist uns mitgeteilt worden, daß die Schwierigkeit der Besetzung darin liegen soll, daß die in Vorschlag gebrachten Herren für diesen Lehrstuhl zu teuer seien. Ohne in die Berufungsfragen eingreifen zu wollen, gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß bei der heutigen Bedeutung der technischen Physik für die deutsche Industrie und bei dem Ansehen, das die deutsche technische Physik sich heute über die ganze Welt erworben hat, ein solcher Gesichtspunkt doch wohl keine Berechtigung hätte, wenn er wirklich ausschlaggebend sein sollte. Wir haben heute in Deutschland nur wenige Lehrstühle für technische Physik an den Universitäten, und wir haben es immer als vorbildlich und erfreulich angesehen, daß dank der persönlichen Initiative des Herrn Dr. Schmidt die technische Physik an der Universität Halle schon seit jeher eine intensive Pflege erfahren hat. Es unterliegt keine Zweifel, daß die Pflege der technischen Physik auch günstige Rückwirkungen auf die reine Physik hat, und daß letzten Endes Wissenschaft und Technik Nutznießer der Förderung der technischen Physik auch an den Universitäten sind.

Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn die technische Physik an der Universität Halle nicht diejenige Förderung erfahren würde, die sie durch ihre Vorgeschichte und ihren Ruf verdient, und es sollte die Auswahl für die Besetzung dieses Lehrstuhles lediglich nach dem Gesichtspunkt des Besten und Geeignetsten erfolgen.

Wir gestatten uns daher, hochgeehrter Herr Minister, Ihnen die Bitte zu unterbreiten, der Besetzung des Lehrstuhles der technischen Physik an der Universität Halle die Aufmerksamkeit schenken zu wollen, die die technische Physik dank ihrer Bedeutung für das Industrie- und Wirtschaftsleben Deutschlands verdient.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

**251 b. Schreiben des Kultusministers Carl Heinrich Becker an die Deutsche
Gesellschaft für technische Physik e. V.**

Berlin, 12. Juli 1928.

Konzept mit handschriftlichen Korrekturen Windelbands, gez. i. A. [...?].

GSStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 451–451v.

Finanzielle Restriktionen spielten keine Rolle in Halle. Vielmehr waren alle drei Professuren für Physik zu besetzen und dabei wurde vom Ministerium auf ein Zusammenpassen der zu Berufenden geachtet. Zudem gab es zwei Absagen.

Vgl. Einleitung, S. 166.

Auf das gefällige Schreiben vom 29. Juni dieses Jahres erwidere ich ergebenst, daß die Ihnen zugegangene Mitteilung, die Wiederbesetzung des erledigten Lehrstuhls für technische Physik an der Universität Halle-Wittenberg habe sich deshalb verzögert, weil die vorgeschlagenen Dozenten zu teuer seien, auf einem Irrtum beruht. Die preußische Unterrichtsverwaltung ist sich der Bedeutung der technischen Physik sehr wohl bewußt. Die Verzögerung in der Wiederbesetzung ist darauf zurückzuführen, daß an der Universität Halle-Wittenberg außer der technischen Physik auch die experimentelle und theoretische Physik neu zu besetzen waren, und ich Wert darauf legen muß, daß in den Persönlichkeiten der für diese drei Lehrstühle zu Berufenden Garantien für erfolgreiche Zusammenarbeit gegeben sind. Die Professur für experimentelle Physik ist bereits besetzt, die Besetzung des Lehrstuhls für theoretische Physik hat sich unliebsam verzögert, da zwei Gelehrte, an die nacheinander der Ruf ergangen ist, nach langwierigen Verhandlungen abgelehnt haben.¹ Nunmehr ist aber zu erwarten, daß die Besetzung bald erfolgen kann, und danach wird auch über die angewandte Physik entschieden werden.

¹ *Mit Schreiben vom 27.3.1928 (Bl. 442 der Akte) sagte Wentzel ab, denn die Möglichkeit hier mit den Herren Debye und Heisenberg zusammenzuarbeiten, fehle in Halle. Zudem werde in Leipzig die Abteilung für theoretische Physik expandieren und bald mit den besten der altbewährten Schulen [...] wetteifern können. Mit Schreiben vom 9.6.1928 (Bl. 443) lehnte auch Hund ab, da die mecklenburgische Regierung ihm in Rostock alle seine Wünsche erfülle. Heisenberg hatte bereits 1927 einen Ruf nach Leipzig angenommen. Daraufhin forderte das Ministerium am 21.6.1928 (Bl. 445) neue Vorschläge an, vgl. Dok. Nr. 252.*

252. Zweite Vorschlagsliste der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle für Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Halle, 1. August 1928.

Ausfertigung, gez. Roemer als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 487–490.

Kandidaten für die Nachfolge im Extraordinariat für theoretische Physik sind: Adolph Smekal – Wien, Erwin Fues – Stuttgart und Fritz London – Berlin.

Vgl. Einleitung, S. 167.

Die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Halle-Wittenberg unterbreitet im folgenden dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Berufungsliste für die Besetzung des Lehrstuhls für theoretische Physik.

Bei der Aufstellung der Liste ist darauf Rücksicht genommen, daß es für die Universität wichtig ist, einen Mann zu gewinnen, der einerseits der schnellen Entwicklung der immer weiteren Teilen der Physik als Grundlage dienenden Quantenmechanik nicht nur zu folgen versteht, sondern sich auch mit eigener Arbeit beteiligt, andererseits in Forschung und Lehre auch mit anderen Teilen der Physik Fühlung hält, besonders auch auf die Anforderungen der praktischen Anwendungen eingeht. Dies letztere vor allem deswegen, um denjenigen Studierenden der Physik, Chemie und verwandter Fächer zweckentsprechende Ausbildung geben zu können, die ihre Lebensstellung in der Industrie und im gewerblichen Leben zu gründen beabsichtigen.

An erster Stelle bringt die Fakultät daher Herrn A. Smekal – Wien in Vorschlag. Lebenslauf: Adolph Smekal wurde am 12. September 1895 in Wien geboren als Sohn des nachmaligen k. und k. Feldzeugmeisters Gustav Smekal, er ist evangelischer Konfession. Er verließ 1912 die Oberrealschule in Olmütz mit dem Reifezeugnis mit Auszeichnung, studierte in Wien und Graz Mathematik, Physik, Chemie und Astronomie und wurde 1917 auf Grund einer Dissertation „Über die Systemgesamtheiten der statistischen Mechanik“ zum Dr. phil. promoviert. Wegen Kurzsichtigkeit vom Kriegsdienst ausgeschlossen, setzte er seine Studien 1917–1919 an der Universität Berlin fort und wurde 1919 Assistent am I. Physikalischen Institut der Technischen Hochschule Wien. Januar 1920 erhielt er die *venia legendi* für das Gesamtgebiet der Physik an der Universität Wien und im folgenden Jahr an der Technischen Hochschule Wien. Seit dem 1. Dezember 1920 hat Smekal einen ordentlichen Assistentenposten am II. Physikalischen Institut der Universität Wien inne, den er noch jetzt bekleidet. Seit 1922 wurde ihm eine Honorarprofessur zur technischen Physik übertragen mit der Verpflichtung zur Abhaltung einer dreistündigen Vorlesung über partielle Differentialgleichungen der Physik. In seiner Eigenschaft als Assistent hielt er alljährlich ein Physikalisches Praktikum ab. 1927 wurde Smekal der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen. Seine Vorlesungen erstrecken sich außerhalb seiner eigentlichen Lehrver-

pflichtung auf höhere Dynamik, statistische Mechanik, Quantentheorie, Atombau, Kristallbau und Festigkeitseigenschaften, Elastizitätstheorie und andere Gebiete der Physik.

Außer rund 70 Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften, die wichtigsten sind in der beigefügten Liste¹ aufgeführt, hat Smekal einen umfangreichen Beitrag „Über die allgemeinen Grundlagen der Quantenstatistik und Quantentheorie“ für die Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften geschrieben, ferner für das Handbuch der Physik „Statistische und molekulare Theorie der Wärme“.

Smekal genießt als Forscher einen sehr guten, wohlbegründeten Ruf und wird als Lehrer als ausgezeichnete Redner geschätzt.

An 2. Stelle nennt die Fakultät Herrn E. Fues, Stuttgart. Lebenslauf: E. Fues, geb. 1893 in Stuttgart, verließ 1911 die dortige Oberrealschule mit dem Zeugnis der Reife. Sein Physikstudium wurde 1914 durch Teilnahme am Feldzug im Westen unterbrochen. Nach seiner Verwundung (Lungenschuß) und längerer Lazarettzeit aus dem Heeresdienst entlassen, setzte er seine Studien in Tübingen bei Paschen fort und promovierte 1920 in München bei Sommerfeld mit einer theoretisch-spektroskopischen Untersuchung. Nach bestandenen Staatsexamen widmete er sich 1 ½ Jahre dem höheren Schuldienst, daneben mit theoretisch-physikalischer Arbeit beschäftigt. Seit 1922 war er Assistent bei Prof. Ewald in Stuttgart und habilitierte sich 1924 für theoretische Physik. Von Herbst 1925 bis Frühjahr 1927 hatte er auf Antrag von Prof. Ewald ein Rockefeller-Stipendium inne, das ihn in die Lage versetzte, in Zürich bei Schrödinger und in Kopenhagen bei Bohr zu arbeiten. In Zürich erlebte er die Entstehung der Wellenmechanik mit. Seit seiner Rückkehr aus Kopenhagen hat Fues wesentlichen Anteil an der Hebung der theoretischen Physik in Stuttgart genommen sowohl durch Spezialvorlesungen (Statistik, Wellenmechanik, Elektronentheorie, Relativitätstheorie) wie durch Leitung von Seminarübungen. Seit Ostern 1928 hat Fues einen Lehrauftrag für Atomtheorie.

Als Forscher ist Fues eine wissenschaftlich ausgereifte Persönlichkeit. Unter seinen Arbeiten, die im beigefügten Schriftverzeichnis¹ aufgeführt sind, sind einige von grundlegender Bedeutung viel beachtet worden. Alle zeigen große Gewissenhaftigkeit und scharfe Selbstkritik. Als Lehrer besitzt Fues ausgezeichnete Fähigkeiten und einen klaren Vortrag.

An 3. Stelle nennt die Fakultät Herrn Fritz London – Berlin. Lebenslauf: F. London, geb. 1900 in Breslau als Sohn des Universitätsprof. Dr. Franz London, besuchte das Gymnasium in Bonn bis zur Reifeprüfung 1918. London studierte in Bonn, Frankfurt, München Philosophie, Physik und Mathematik, promovierte in München mit einer philosophischen Arbeit und bestand das Staatsexamen in Bonn. Er ging dann nach Göttingen und konnte während seines Seminarjahrs durch Studien bei Prof. Born seine wissenschaftliche Ausbildung fördern. Im Sommer 1925 bis Ostern 1927 war er Assistent bei Prof. Ewald in Stuttgart. Im Sommer 1927 arbeitete er auf Grund eines Rockefeller-Stipendiums bei Prof. Schrödinger

¹ Liegen der Akte bei, Bl. 491–493. Hier auch die Schriftenverzeichnisse der anderen Kandidaten.

in Zürich und folge ihm im Herbst 1927 nach Berlin. Er hat sich Ostern 1928 in Berlin habilitiert.

Als Forscher ist London an dem Ausbau der neuen Quantenmechanik mit Erfolg beteiligt. Er ist eine anregende Persönlichkeit und hat als Dozent einen guten, klaren Vortrag. Ein Verzeichnis seiner Schriften ist beigelegt.²

**253. Antrag der Professoren Gerhard Hoffmann und Adolph Smekal an Kultusminister
Carl Heinrich Becker.**

Halle, 17. November 1928.

Ausfertigung, gez. Hoffmann, Smekal.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 7, Bl. 541–543.

Antrag auf Einrichtung von Gastvorlesungen über technische Physik am Institut für Physik der Universität Halle-Wittenberg, um die Beziehungen zur Industrie noch enger zu gestalten.

Vgl. Einleitung, S. 167.

Begründung eines Antrags auf Einrichtung von Gastvorträgen an der Universität Halle-Wittenberg über Probleme der technischen Physik.

Im letzten Jahrzehnt sind in der zu immer exakteren Methoden fortschreitenden modernen Technik zahlreiche Probleme aufgetreten, bei deren Förderung die Physik hervorragenden Anteil genommen hat. Es ist bemerkenswert, daß gerade die an den Universitäten heimische Forschungs- und Schulungsweise bedeutsame Erfolge gezeitigt hat. Führende Männer der Technik haben ihre Ausbildung in den Physikalischen Instituten der Universitäten gefunden und streben auch von dort ihre Mitarbeiter heranzuziehen und ihren Nachwuchs zu ergänzen.

Auch in den Physikalischen Instituten der Universität Halle-Wittenberg ist wegen der zentralen Lage in einem hochentwickelten Industriegebiet die Pflege der Beziehungen zur Technik Tradition und Bedürfnis. Da die Industrie in Beziehung zur Universität nur Interesse hat an Spitzenleistungen der Physik, so ist ein Grunderfordernis geräumige, modern eingerichtete Laboratorien. Die in diesem Sinne durchgeführte neue Regelung der Benutzung des Physikalischen Institutsgebäudes wird zusammen mit der Erweiterung der

² *Handschriftlichen Notizen Windelbands (Bl. 496 der Akte) zufolge, hielten Sommerfeld, Schrödinger und von Laue in ihren Votem alle drei Kandidaten für geeignet. Berufen wurde Smekal, dem der Rang als persönlicher Ordinarius, 8.000 RM Gehalt, 3.000 RM für Inneneinrichtung des Instituts und 6.000 RM für die Bibliothek sowie ein außerplanmäßiger Assistent zugesichert wurden (Bl. 497).*

Bibliothek, mit der Renovierung der Hörsäle und der Erneuerung ihrer teilweise veralteten technischen Einrichtungen einen sehr wesentlichen Fortschritt bedeuten. Die Unterzeichneten erlauben sich, der Staatsregierung für die Bewilligung ihren ganz besonderen Dank auszusprechen.

Über diese Einrichtungen hinaus hat die Universität den Wunsch, die Beziehungen zwischen Physik und Technik durch eine Spezialprofessur noch inniger zu gestalten. Wegen der Vielgestaltigkeit der technischen Physik wird eine Professur für technische Physik dem Inhaber nur dann Befriedigung gewähren, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, neben allgemeineren Vorlesungen ein Spezialforschungsgebiet zu bearbeiten. Es erscheint zweckmäßig, das Gebiet so zu wählen, das es mit der umliegenden Industrie im nahen Kontakt steht, und hier wäre das sehr aktuelle Gebiet der Wärmewirtschaft besonders hervorzuheben.

Die Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit stößt auf Schwierigkeiten und die Unterzeichneten sehen sich zunächst außerstande, feste Vorschläge zu machen wegen der großen zu übernehmenden Verantwortung. Denn es handelt sich gleichzeitig um die Neubeschaffung technischer Einrichtungen, die leider erhebliche Kosten verursachen. Eine provisorische Zwischenlösung ist hier untunlich, weil bei unzureichenden Mitteln weder dem Dozent noch den Studierenden Genüge geschehen kann.

Als glücklicher Ausweg, der ebenfalls durch die zentrale Lage von Halle bedingt ist, bleibt die Einrichtung von Gastvorträgen. Wenn im Lauf dieses und des kommenden Semesters führenden Männern der technischen Physik und Universitätsdozenten mit technisch-physikalischer Einstellung zu Vorträgen aus ihrem eigensten Arbeitsgebiet Gelegenheit gegeben wird, so wird dadurch einmal den Studierenden der Physik und verwandter Fächer in bester Weise Einblick gegeben in die Probleme und Methoden der technischen Physik, andererseits ist es möglich, sicherere Grundlagen für eine neue Berufsliste zu gewinnen. Die Universität Halle würde hiermit auch ihrer Aufgabe, ein geistiges Zentrum ihrer Provinz zu bilden, gerecht werden.

Für die technische Durchführung dieser Vorträge würde für etwa 30 Vorträge mit einer Summe von 5.000 M zu rechnen sein.

Die Unterzeichneten bitten ganz ergebenst diesem Vorschlage stattzugeben.¹

¹ Mit Schreiben vom 28.11.1928 (Bl. 545 der Akte) bewilligte das Kultusministerium für zwei Semester je 2.500 RM aus dem Etat der unbesetzten Professur für technische Physik bzw. aus den Ersparnissen an Gehalt vor Smekals Ernennung.

254 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für
Kultusminister Konrad Haenisch.

Kiel, 19. Juli 1919.

Ausfertigung, gez. Ebeling als Dekan.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 17, Bl. 313–314v.

*Für das Extraordinariat für theoretische Physik werden vorgeschlagen: Erwin Madelung –
Göttingen, Wilhelm Lenz – München, Paul Scherrer – Göttingen und
Erwin Schrödinger – Wien.*

Vgl. Einleitung, S. 167.

Herr Minister!

Die Philosophische Fakultät der Universität Kiel beehrt sich, in Beantwortung des Kuratorialschreibens vom 26. Mai dieses Jahres (Nr. 1890) ihre Vorschläge für die Wiederbesetzung der theoretisch-physikalischen Professur hiermit ergebenst vorzulegen; zugleich bittet sie, daß der zu Berufende als planmäßiger Ordinarius ernannt werde.

Da die Fakultät einen reinen Theoretiker zu gewinnen wünscht, muß sie von einer Empfehlung des hiesigen Privatdozenten Prof. Dr. Zahn absehen, obwohl sie dessen wissenschaftliche und didaktische Leistungen, die wesentlich auf dem experimentellen Gebiet liegen, voll anerkennt.

Die Fakultät schlägt vor

an erster Stelle: Erwin Madelung,

an zweiter Stelle (pari passu): Wilhelm Lenz, Paul Scherrer, Erwin Schrödinger,

und bittet wegen dringenden Lehrbedürfnisses die Berufung eines dieser Herren zum neuen Semester auszuführen.

1.) Prof. Dr. Erwin Madelung, Privatdozent an der Göttinger Universität, ist am 18. Mai 1881 geb. und promovierte im Jahre 1905 in Göttingen mit einer Dissertation „über Magnetisierung durch schnell verlaufende Ströme und die Wirkungsweise des Rutherford-Marcocnischen Magnetdetektors“. Hieran reihte sich später eine mit den experimentellen Werten gut übereinstimmende Theorie der Magnetisierung ferromagnetischer Stoffe.

Im Jahre 1913 leitete Madelung das empirische Gesetz von Eötvös, welches die Oberflächenspannung von Flüssigkeiten mit ihrem Molekularvolumen und der Temperatur verknüpft, dadurch theoretisch ab, daß er den Satz der klassischen Mechanik von der Gleichverteilung der Energie auf die Schwingungen der Oberflächenmoleküle anwandte. – Von hervorragender Bedeutung ist die Entdeckung vom Jahre 1910, daß die elastischen Konstanten der Kristalle in einer wohldefinierten Beziehung zu deren ultraroten Eigenschwingungen stehen, ein Ergebnis der Raumgittertheorie, dessen Herleitung den Bemühungen von Born und andern bedeutenden Physikern nicht gelungen war. Kürzlich fand Madelung ein Verfahren zur Berechnung der elektrostatischen Energie der Kristallgitter,

welches wiederum die ungewöhnliche Originalität dieses Forschers auf das Deutlichste beweist.

Madelung ist seit 1910 an der Göttinger Universität habilitiert und wird als Lehrer gerühmt.

2.) Dr. Wilhelm Lenz, Privatdozent an der Münchener Universität, ist am 8. Februar 1888 geb. und promovierte 1911 in München auf Grund einer Dissertation „über das elektromagnetische Wechselfeld der Spulen und deren Wechselstromwiderstand, Selbstinduktion und Kapazität“. Drei Jahre darauf erschien in den „Annalen der Physik“ seine Habilitationsschrift „über die Berechnung der Eigenschwingung einlagiger Spulen“. Auf diesem schwierigen Gebiete hatte ein Physiker wie Drude nur eine rohe Annäherung an die Erfahrungstatsachen erzielt. Lenz betrachtet das elektrische Feld als quasistationär, denkt sich die Windungen zu einem Zylinder verschmolzen, nimmt den Kern als sehr lang gegenüber der Spule und diese entweder als sehr lang oder als sehr kurz im Verhältnis zum Radius an, woraus er dann die Wellenlängen von Grundschwingung und Oberschwingungen berechnet und die praktischen Fälle durch Interpolationen behandelt. Mathematische Spekulationen, welche Lenz über die Anwendung der Quantentheorie auf die idealen einatomigen Gase, ihre Zustandsgleichung und spezifische Wärme angestellt hat, sind von seinem Lehrer Sommerfeld im Jahre 1914 veröffentlicht worden, da der Krieg den jungen Forscher anderweitig in Anspruch nahm. Vor kurzem publizierte Lenz eine interessante Studie über ein Atommodell, in welchem die positiven und negativen Ladungen gegenüber der Bohrschen Vorstellung örtlich vertauscht sind.

Lenz hat sich im Jahre 1914 an der Münchener Universität habilitiert und wird als guter Dozent bezeichnet.

3.) Dr. Paul Scherrer, Privatdozent an der Göttinger Universität, wurde am 3. Februar 1890 zu St. Gallen geb. und promovierte 1915/16 in Göttingen mit einer Dissertation über die Rotationsdispersion des Wasserstoffs. Fast gleichzeitig hiermit veröffentlichte er im Verein mit Debye zwei Abhandlungen über Röntgeninterferenz an regellos orientierten Teilchen, worin aus der Laueschen Theorie der Raumgitterbeugung ein experimentelles Verfahren zur Feststellung von Kristallstrukturen entwickelt wurde. In einer Reihe mustergültiger Untersuchungen, die sowohl theoretische Begabung als auch experimentelles Geschick erkennen lassen, hat Scherrer jene Methode an dem Kristallbau von Silizium, Graphit, Aluminium und andern Substanzen mit vollem Erfolge erprobt. Auf dem Boden dieser Studien erwuchs im vergangenen Jahre eine bedeutsame Analyse der Atomstruktur, hier zeigen Scherrer und Debye, daß im Diamanten jedes Kohlenstoffatom von seinen vier Valenzelektronen in einer Distanz umkreist wird, die dem vierten Teil des kleinsten Atomabstandes nahekommt. Scherrer hat sich im Winter 1918/19 an der Göttinger Universität habilitiert und bereits als trefflichen Lehrer bewiesen.

4.) Prof. Dr. Erwin Schrödinger, Privatdozent an der Universität Wien, steht im 34. Lebensjahre. Promoviert im Jahre 1910, hat Schrödinger in der Folgezeit, zum Teil trotz militärischer Tätigkeit während des Krieges, eine größere Anzahl von Arbeiten u. a. auch ex-

perimentellen Charakters, besonders aber auf theoretischem Gebiete publiziert. An seine Studien über Pyro- und Piezoelektrizität reihte sich im Jahre 1914 eine in den „Annalen der Physik“ erschienene Abhandlung „zur Dynamik elastisch gekoppelter Punktsysteme“, worin gezeigt wird, daß eine regelmäßige Reihe von schwingenden Massenpunkten beim Grenzübergang die partielle Differentialgleichung der schwingenden Seite, also die eindimensionale Wellengleichung, liefert. Fast gleichzeitig hiermit veröffentlichte Schrödinger zwei Arbeiten über den Debye-Effekt, das heißt den Einfluß der Wärmebewegung auf die Röntgeninterferenzen der Kristalle, wobei sich ergibt, daß die Intensität der Flecke in den Laueschen Röntgenogrammen mit steigender Temperatur bis zum völligen Verschwinden abnimmt. Im folgenden Jahre erschien eine Theorie zur Berechnung der wahrscheinlichsten Geschwindigkeit Brownscher Bewegungen. Besondere, auch von Einstein anerkannte Bedeutung besitzen zwei Beiträge Schrödingers zur relativistischen Gravitationstheorie, die er im vergangenen Jahre lieferte.

Schrödinger ist seit 1913 an der Wiener Universität habilitiert und wird auch als Dozent sehr empfohlen.

**254 b. Gutachten von Prof. Max Planck für den Ministerialdirektor im
Kultusministerium, Otto Naumann.**

Hinterstein bei Hindelang, Allgäu, 21. August 1919.

Ausfertigung, gez. M. Planck.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 17, Bl. 315–315v.

*Der auf der Kieler Vorschlagsliste für das Extraordinariat für theoretische Physik
Erstplatzierte Madelung verdient die Stelle sehr wohl. Von den anderen Kandidaten ist
Schrödinger am höchsten zu bewerten.*

Vgl. Einleitung, S. 167.

Euer Exzellenz beehre ich mich, auf die Aufforderung vom 14. dieses Monats in der Angelegenheit der Wiederbesetzung des Kieler Extraordinariats für theoretische Physik dasjenige mitzuteilen, was ich der Hauptsache nach zu den Vorschlägen der dortigen Philosophischen Fakultät zu sagen hätte, und bitte die Dürftigkeit meiner Angaben mit dem Umstande zu entschuldigen, daß mir hier auf der Reise die Unterlagen fehlen, welche meiner Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen der in Betracht kommenden Persönlichkeiten eine bessere Stütze geben würden als die Bilder meines Gedächtnisses.

Der an erster Stelle vorgeschlagene Dr. Madelung verdient sowohl nach seinen bisherigen Leistungen als auch nach seiner ganzen Persönlichkeit diese Bewertung sehr wohl. Er ist eine originelle, auf selbständiger Bahn wandelnde, auf keine spezielle Schule eingeschworene Natur, von feinem physikalischem Spürsinn und besonderem Fleiß. Schon ein paar Mal

ist es ihm gelungen, glückliche Gedanken in die wissenschaftliche Forschung zu werfen, die dann, allerdings zum Teil durch andere, fruchtbare Weiterentwicklung erfahren haben. Dazu kommt eine angenehme Form des Umgangs, und, soweit ich beurteilen kann, ein vorzügliches Lehrtalent. Wenigstens hörte ich vor nicht langer Zeit einen feinen Vortrag von ihm, der durch Inhalt und Form in gleicher Weise, durch Gedankenreichtum und Klarheit der Darstellung, fesselnd auf mich wirkte. In formal mathematischer Beziehung besitzt er allerdings keine gleichmäßige schulmäßige Durchbildung wie Lenz und namentlich Schrödinger, aber als Physiker ist er ihnen entschieden überlegen.

Was nun die drei anderen pari passu vorgeschlagenen Physiker betrifft, so bewerte ich nach meiner gegenwärtigen Kenntnis der Sachlage Schrödinger am höchsten; allerdings ist er reiner Theoretiker, wenigstens kenne ich von ihm keine Experimentalarbeit, auch nicht eine, welche er angeregt hätte. Lenz und Scherrer haben allerdings beide auch schon sehr vorteilhaft sich bekannt gemacht, der erstere mehr auf theoretischem, der andere zugleich auch auf experimentellem Gebiete. Aber es ist hier sehr schwer, dasjenige, was ihnen selber gutgeschrieben werden muß, zu trennen von demjenigen, was sie ihren Lehrern (Lenz – Sommerfeld, Scherrer – Debye) verdanken. Denn bei hervorragenden Lehrern ist es nicht zu verwundern, daß die besten ihrer Schüler, und das sind wohl Lenz und Scherrer, selber vorzügliches leisten. Aber was in ihnen selber steckt, wird sich erst später rein offenbaren können.

Ich bedauere aufrichtig, daß mir die Umstände nicht gestatten, meine Bemerkungen durch nähere Einzelheiten zu belegen, und muß mich auf die Hoffnung beschränken, Euer Exzellenz mit diesem Wenigen doch einigermaßen haben dienen zu können.

In ausgezeichnete Hochschätzung Euer Exzellenz ganz ergebenster¹

¹ Mit Vereinbarung vom 25.10.1919 (Bl. 319 der Akte) wurde Madelung als persönlicher Ordinarius berufen. Zu Madelung und den folgenden Kieler Physikern Walther Kossel, Hans Geiger und Heinrich Rausch von Traubenberg vgl. Schmidt-Schönbeck, Charlotte, 300 Jahre Physik und Astronomie an der Kieler Universität, 2. Aufl., Kiel 2011, S. 80–96.

255 a. Schreiben von Prof. Walther Kossel an das Kultusministerium.**Kiel, 27. Mai 1922.***Ausfertigung, gez. W. Kossel.**GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 19, Bl. 101–101v.*

Die seit langem von der Fakultät erbetene Umwandlung seines Extraordinariats in ein planmäßiges Ordinariat ist jetzt notwendig, da Kossel mittels Kolloquium und einer Vorlesung für Fortgeschrittene auch Doktoranden ausbildet.

Vgl. Einleitung, S. 168.

Der Unterzeichnete gestattet sich den Antrag zu stellen, daß der zur Zeit von ihm innegehabte Lehrstuhl der theoretischen Physik an der Universität Kiel in ein etatmäßiges Ordinariat umgewandelt werde.¹

Die Notwendigkeit dieser Umwandlung hat die Fakultät bereits seit etwa zehn Jahren mehrfach zu Anträgen in dieser Richtung veranlaßt, und die Umwandlung ist, wie ich höre, auch bereits vor dem Kriege von seiten der Regierung in Aussicht gestellt worden. Bei Berufung des Unterzeichneten wurde ihm ebenfalls vom Ministerium die Absicht mitgeteilt, die Stellen dieser Art in der nächsten Zeit in etatmäßige Ordinariate umzuwandeln. Es hat sich nun im Lauf des seither verflossenen Jahres herausgestellt, daß die Tätigkeit des Kieler Dozenten für theoretische Physik sehr entwicklungsfähig ist. Außer der regelmäßigen Hauptvorlesung findet eine öffentliche, einfacher gehaltene Vorlesung über moderne Fragen stets eine größere Zahl von Hörern aus benachbarten Fächern, ein Kolloquium über neue Arbeiten hat sich ebenfalls als lebensfähig erwiesen und findet jetzt alle acht Tage statt. Damit ist der Boden für ein weiteres kleines Kolleg, eine Spezialvorlesung für Fortgeschrittenere, gewonnen, das vom nächsten Winter an laufen soll. Diese Anforderungen, vor allem aber die Vorsorge für die Doktoranden, verlangen vom zuständigen Dozenten, daß er in der Lage ist, auch die zur Stellung und Bearbeitung moderner Fragen notwendige Übersicht zu behalten. In dieser Beziehung fühlt sich der Unterzeichnete aber durch seine gegenwärtige Lage, in der ihm nur das Einkommen eines planmäßigen Extraordinarius zukommt, mehr und mehr behindert. Er muß z. B. von einer Kongreßreise, die gerade an einer kleineren Universität besonders wichtig ist, künftig absehen, ja schon auf die Anschaffung von Büchern fast ganz verzichten, um wenigstens die nötigsten Zeitschriften noch aufrechterhalten zu können. Die äußere Lage erschwert also mehr und mehr die Tätigkeit, die sich von dieser Stelle aus

¹ Mit Anschreiben vom 27.6.1922 (Bl. 100 der Akte) unterstützte der stellv. Kurator Hermann Simonis das Anliegen. Eine Randbemerkung besagt: Umwandlung kann versucht werden. Sie gelang in den folgenden Jahren per Etatanmeldung nicht. Zum erneuten Eintreten des Kurators dafür 1925 vgl. Dok. Nr. 256 d.

ausüben läßt – die seit Langem in Aussicht genommene Umwandlung in ein planmäßiges Ordinariat ist jetzt dringend notwendig geworden.

**255 b. Schreiben der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel an das
Kultusministerium.**

Kiel, 9. Juni 1922.

Ausfertigung, gez. Heinrich Scholz als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 19, Bl. 102–102v.

Die Fakultät hat die Umwandlung des Extraordinariats für theoretische Physik in ein Ordinariat seit 1889 mehrfach erbeten, aber dies erfolgte weder für Madelung noch für Kossel. Wie an anderen Universitäten bereits erfolgt und als Lohn für den Abstimmungssieg 1920 ist die Umwandlung nun nötig, zumal der Stelleninhaber Kossel auch bekannter Forscher ist.

Vgl. Einleitung, S. 168.

Auf das Schreiben des Kuratoriums vom 3.6.22 – U. K. J. Nr. 2561 – erlaube ich mir zu erwidern, daß die Philosophische Fakultät es stets grundsätzlich abgelehnt hat, zu Anträgen auf Gehaltserhöhungen ihrer Mitglieder Stellung zu nehmen. Die Fakultät hat sich stets darauf beschränkt, Anträge zu stellen zur Ergänzung der Lehraufträge für die in ihren Bereich fallenden Wissenschaften. Das planmäßige Extraordinariat für theoretische Physik wurde seit 1889 durch Prof. Weber vertreten. Schon 1889 stellte die Fakultät den Antrag, daß diese Stelle in ein planmäßiges Ordinariat umgewandelt werde. Dieser Antrag hatte aber nur insofern Erfolg, als der Stelleninhaber zum persönlichen Ordinarius ernannt wurde. Die Stelle selbst blieb ein Extraordinariat.

Mehrfache Anträge der Fakultät 1907 und 1911, auch die Stelle als solche in ein planmäßiges Ordinariat zu verwandeln, weil bei der wachsenden wissenschaftlichen Bedeutung der theoretischen Physik diese Disziplin ordinarie im Lehrplan vertreten sein müsse, hatten keinen Erfolg.

Nach dem im Frühjahr 1919 erfolgten Tode des Geheimen Regierungsrates Prof. Dr. Weber betonte die Fakultät bei Einreichung ihrer Vorschläge zur Wiederbesetzung der freigewordenen Stelle den Wunsch, daß der neu zu Berufende zum planmäßigen Ordinarius ernannt werden möge. Leider ging auch 1919 der Wunsch der Fakultät nicht in Erfüllung. Der neu berufene Prof. Madelung wurde zum persönlichen Ordinarius ernannt; die Stelle selbst blieb aber finanziell ein Extraordinariat. Wohl wurde Prof. Madelung gesagt, daß es die Absicht des Ministeriums sei, die Professur baldmöglichst in ein planmäßiges Ordinariat zu verwandeln, aber die planmäßige Umwandlung unterblieb.

Genau der gleiche Vorgang wiederholte sich 1921 bei Berufung des jetzigen Stelleninhabers Prof. Kossel. Auch jetzt wieder Ernennung zum persönlichen Ordinarius mit der in Aussicht gestellten Umwandlung auch der Lehrstelle in ein planmäßiges Ordinariat. Die Fakultät hat, wie aus der vorstehenden historischen Darstellung hervorgeht, schon seit 25 Jahren die Absicht verfolgt, den Lehrstuhl für theoretische Physik in ein planmäßiges Ordinariat zu verwandeln. Dazu liegt heut um so mehr Veranlassung vor, weil inzwischen an den meisten Universitäten diese Umwandlung vollzogen ist. Abgesehen von den großen Universitäten Berlin, München, Leipzig bestehen, soweit uns bekannt, Ordinariate für theoretische Physik in Königsberg, Göttingen und zumal in den jüngeren Universitäten Münster, Frankfurt, Hamburg. Die Nähe Hamburgs bietet für Kiel eine nicht zu unterschätzende Gefahr, und abgesehen von den wissenschaftlichen Beweggründen, muß die Kieler Fakultät schon aus dem Bestreben, die Landesuniversität Schleswig-Holsteins auf einer Höhe zu erhalten, die der Hamburgs nicht nachsteht, größtes Gewicht darauf legen, daß, nach den vielfachen wohlwollenden Beabsichtigungen des Ministeriums, die Stelle für theoretische Physik in ein planmäßiges Ordinariat zu verwandeln, endlich eine Tat folgt, die dem Lande zeigt, daß die nach dem Abstimmungssieg in Aussicht gestellte kulturelle Hebung der Nordprovinz auch auf diesem Gebiete von der Regierung verfolgt wird.

Es kommt hinzu, daß Herr Kossel nicht nur ein ausgezeichnete Lehrer, sondern zugleich ein Forscher ist, der unter den deutschen Atomistikern der Gegenwart eine führende Stellung einnimmt. Die Fakultät hat das größte Interesse daran, daß ihr Herr Kossel so lange wie irgend möglich erhalten bleibt, und erbittet auch aus diesem Grunde eine Umwandlung seiner Professur in ein förmliches Ordinariat.

**256 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.**

Kiel, 17. März 1925.

Ausfertigung, gez. Wüst als Prodekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 20, Bl. 201–203.

*Kandidaten für das Ordinariat für experimentelle Physik sind: Walter Gerlach – Tübingen,
Carl Ramsauer – Danzig, Wolfgang Gaede – Karlsruhe und Hans Geiger – Berlin.*

Vgl. Einleitung, S. 168.

Gemäß der im Schreiben U. K./A 4740 II vom 2. Januar 1925 enthaltenen Aufforderung, reicht die Philosophische Fakultät der Universität Kiel die Vorschläge zur Wiederbesetzung des durch Entpflichtung freigewordenen Lehrstuhles für Physik ein. Die Fakultät schlägt vor:

1. Prof. Dr. W. Gerlach in Tübingen,
2. Prof. Dr. C. Ramsauer in Danzig,
3. Prof. Dr. W. Gaede in Karlsruhe,

und daneben außer der Reihe den Oberregierungsrat und Mitglied der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Prof. Dr. Geiger in Berlin. Bei der Aufstellung dieser Liste ist für die Fakultät die Forderung maßgeblich gewesen, daß der zu Berufende ein Mann sein muß, der als experimenteller Forscher und Lehrer anerkannt ist. Nur aus diesem Grunde hat die Fakultät davon Abstand genommen, den Vertreter der theoretischen Physik Herrn Kossel auf dieser Liste zu nennen. Um so nachdrücklicher bittet sie darum, den neu zu berufenden Ordinarius bei seiner Berufung wissen zu lassen, daß sie das größte Gewicht darauf legt, daß Herrn Kossel auch in Zukunft dieselben experimentellen Forschungsmöglichkeiten im Institut erhalten bleiben wie unter Herrn Dieterici.

1. Prof. Dr. Gerlach, geb. 1.8.89, ist ein Schüler und langjähriger Assistent von Prof. Paschen, dem jetzigen Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. Gerlach ist dann längere Zeit an der Universität Frankfurt a. M. als Assistent und Dozent tätig gewesen und hat durch originelle experimentelle Arbeiten über die Strahlungskonstante im Stefan-Boltzmannschen Gesetz, über das elektrische Elementarquantum, über Absorption des Schwarzen Strahlung, über Richtungsquantelung im magnetischen Feld und viele andere damit zusammenhängende Fragen die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt auf sich gezogen. Es war nur natürlich, daß Paschen, als er Herbst 1924 zum Präsidenten der Reichsanstalt berufen wurde, diesen seinen talentvollsten Schüler zu seinem Nachfolger in Tübingen vorschlug, und die Tatsache, daß Gerlach Ordinarius für Experimentalphysik in Tübingen ist, war zugleich die Veranlassung für uns, zuerst von seiner Nennung für Kiel abzusehen, weil die Fakultät annehmen mußte, daß er nicht leicht das eben übernommene Ordinariat in Tübingen mit Kiel vertauschen würde. Erst Erkundungen, die wir für zuverlässig und ernsthaft zu nehmen alle Veranlassung haben, gaben der Fakultät das Recht ihn wieder in Betracht zu ziehen und damit erwuchs ihr auch die Pflicht im Interesse unserer Universität diesen ausgezeichneten experimentellen Forscher und anregenden Lehrer an erster Stelle für Kiel zu nennen.

2) Dr. Ramsauer, geb. 6.2.1879, ein Schüler Ph. Lenards aus seiner Kieler Zeit, hat in Kiel promoviert, ging 1907 mit Lenard nach Heidelberg als Assistent, war längere Jahre Vorsteher der Radiologischen Abteilung des Heidelberger Institutes und folgte etwa 1921 einem Rufe an die Technische Hochschule in Danzig. Ramsauers wissenschaftliche Arbeiten, insbesondere die über die Durchlässigkeit von Argonatomem für langsame Kathodenstrahlen, haben ein neues Forschungsfeld der allerkleinsten Elektronengeschwindigkeiten eröffnet. Es ist nicht nötig, die wissenschaftlichen Verdienste Ramsauers hier eingehender hervorzuheben, weil sie dem vorgesetzten Ministerium bekannt sind aus den erst kürzlich mit ihm gepflogenen Verhandlungen seiner Berufung nach Halle. Die Fakultät in Kiel hat sich die Frage vorgelegt, ob es Zweck habe, einen Mann, der soeben Halle abgelehnt hat und dem in Danzig weitestes Entgegenkommen gezeigt wird, überhaupt zu nennen. Sie hat sich aber

doch zu seiner Nennung entschlossen, weil die Herrn Ramsauer in Halle nicht befriedigenden Verhältnisse des Instituts und des Lehrbetriebes in Kiel nicht vorliegen, vielmehr anzunehmen ist, daß das wohl eingerichtete Kieler Institut und die Breite des hiesigen Lehrbetriebes ihn befriedigen wird.

3) W. Gaede, geb. 25.5.1878, ist ein Mann von Weltruf, denn jeder Experimentator des In- und Auslandes kennt die Gaede-Luftpumpen, die sich von der rotierenden Quecksilberluftpumpe über die Kapselpumpe zur Molekularluftpumpe und endlich zur Diffusionspumpe entwickelt haben. Es ist anerkannt, daß Gaede mit seinen Pumpen der experimentellen Physik ein unentbehrliches Hilfsmittel gegeben hat, ohne welches die neueren Fortschritte auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen, der Elektronenröhren und der modernen Atomistik gar nicht möglich gewesen wären. Gaede besitzt zweifellos ein seltenes technisch mechanisches Geschick, welches ihn befähigte, die Konstruktion seiner Gaede-Pumpen jedem in Wissenschaft und Technik geforderten speziellen Zweck anzupassen. Die Entwicklung seiner Pumpen zeigt aber in jeder Phase nicht nur eine glückliche Konstruktion, sondern die Verwertung einer neuen wissenschaftlichen Idee, die erst auf Grund rein wissenschaftlicher Untersuchungen, die in den Annalen der Physik erschienen, gewonnen wurde. Er ist daher ein Wissenschaftler mit einem glücklichen Blick für technische Physik.

Gaede ist ein Schüler Himstedts in Freiburg; war lange Zeit dort Assistent und Privatdozent mit dem Titel Professor. Vor etwa 5 Jahren wurde er an die Technische Hochschule in Karlsruhe berufen, vor einem Jahre war er für das durch Himstedts Entpflichtung freigewordene Ordinariat in Freiburg mit in Vorschlag gebracht.

Er würde sicher einem Rufe nach Kiel folgen, weil die Schwierigkeit, an der Technischen Hochschule Mitarbeiter zu wissenschaftlichen Arbeiten heranzuziehen, ihn dort unbefriedigt macht.

Außer der Reihe nennen wir:

Hans Geiger, geb. 30. September 1882 zu Neustadt a. H. Er promovierte 1906 in Erlangen mit einer Arbeit über Strahlungs-, Temperatur- und Spannungsmessungen an Entladungsröhren und ging dann zu Ernest Rutherford in Manchester, der ersten Autorität auf dem Gebiete der Radioaktivität. Unter den zahlreichen Schülern Ernest Rutherfords ragte er bald durch seine Leistungen hervor. Mit Rutherford selbst entwickelte er 1908 die erste Zählmethode für α -Strahlen durch Ionenstoß, er bearbeitete, teils allein, teils mit anderen mit großem Erfolg das Verhalten der α -Strahlen, er entdeckte die kurzlebigen Elemente Thorium A und Actinium A (1910/11). Die 1909 mit Marsden gemachte Entdeckung der Rückwärtsstreuung und die daran anknüpfenden genauen Streuungsmessungen sind die Unterlage für die heute allgemein angenommene Rutherfordsche Vorstellung, daß jedes Atom um einen einfachen Zentralkörper, den Atomkern, aufgebaut sei. Während seines bis 1912 dauernden Aufenthalts in Manchester nahm Geiger die Stellung eines Lecturer in physics an der dortigen Universität ein. Aus jener Zeit stammte ein kleines zusammen mit Makower verfaßtes Werk über „Praktische Meßmethoden der Radioaktivität“, das sich durch Klarheit und Einfachheit der Darstellung auszeichnet. 1913 konstruierte Geiger, nunmehr

an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, den nach ihm benannten „Spitzenzähler“, der im Stande ist, nicht nur α -Teilchen, sondern sogar die viel schwächer wirksamen einzelnen Elektronen eines Kathodenstrahls oder β -Strahls zu zählen. Diese Möglichkeit, mit den von ihm entwickelten Methoden über das engere Gebiet der Radioaktivität hinauszugehen, hat Geiger nach dem Kriege benutzt, um Fragen anzugreifen, die heute im Mittelpunkt des theoretischen Interesses stehen: Er studierte Einzelvorgänge an Röntgenstrahlen, die über die Wirkungsweise des Lichtes an der Materie wichtige Auskunft geben. Geiger ist im Begriff, zusammen mit Scheel ein umfangreiches Handbuch der Physik herauszugeben. Seine Vortragsweise im physikalischen Kolloquium wird gerühmt; er hat sich vor kurzem in Berlin aufs neue habilitiert. Durch seine Arbeiten auf einem Hauptgebiet der modernen Experimentalphysik hat Geiger sich großes Ansehen erworben. Die Fakultät legt Wert darauf, zu betonen, daß Geiger, den sie als hervorragend schätzt, nicht etwa nach den Teilnehmern der Liste, sondern mit ihnen genannt wird. Sie hat lediglich wegen des Umstandes, daß Geiger bisher noch nicht physikalische Anfängervorlesungen gehalten hat, vermieden, ihm einen bestimmten Platz unter den anderen zu geben, für die dies zutrifft.

256 b. Votum des Extraordinarius Oskar Martiensen für die Philosophische Fakultät der Universität Kiel.

Kiel, 2. März 1925.

Ausfertigung, gez. Martiensen.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 20, Bl. 207–212.

Da in Kiel meist künftige Oberlehrer, Chemiker oder Mediziner Experimentalphysik hören, ist ein Vertreter der alten exakten Schule der Physik am Platze, der Verständnis für praktische Physik hat, nicht nur durch einen Ruf sein Gehalt aufbessern will und den Studierenden der Grenzlanduniversität Kiel auch persönlich ein Vorbild ist. Diese Bedingungen erfüllen: Wolfgang Gaede – Karlsruhe, Ernst Gehrcke – Physikalisch-Technische Reichsanstalt Berlin und Georg Gehlhoff – Osram-Gesellschaft Berlin.

Vgl. Einleitung, S. 168.

Betr.: Neubesetzung der Professur für Experimentalphysik an der Universität KIEL

Gemäß § 11 der Grundsätze einer Neuordnung der preußischen Universitätsverfassung mache ich nachstehend Sondervorschläge zur Neubesetzung der ordentlichen Professur für Experimentalphysik an der Universität Kiel.

Die Studierenden für Physik an der Universität Kiel sind fast ausschließlich Herren, die in die Praxis überzutreten beabsichtigen oder die Oberlehrer-Laufbahn ergreifen wollen. An

diesen Verhältnissen wird sich auch in der nächsten Zeit kaum etwas ändern. Die große Mehrzahl der Hörer der Experimentalphysik sind Mediziner, Chemiker etc., welche lediglich in die Grundlagen der Physik einzuführen sind.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse halte ich es für richtig, wenn der Lehrstuhl für Experimentalphysik in Kiel besetzt wird mit einem Herrn, welcher der alten exakten Schule der Experimentalphysik angehört und Verständnis für die Anwendung der Physik in der Praxis hat.

Ich bin ferner der Ansicht, daß der zu berufende Herr nicht nur Wissenschaftler, sondern auch eine Persönlichkeit sein muß, welche der Jugend ein Vorbild, dem Staate ein unbedingt zuverlässiger und lauterer Mitarbeiter ist. Die exponierte Stellung der Universität Kiel als Grenzuniversität macht es geradezu zur Pflicht, auf diesen Punkt ganz besonders zu achten.

Auch geht es nicht an bei der Wichtigkeit der Experimentalphysik einen Herrn zu berufen, welcher gesundheitlich nicht auf der Höhe ist und von dem nicht mit voller Sicherheit eine gleichmäßige dauernde Ausübung seiner Tätigkeit erwartet werden kann.

Aus denselben Gründen ist der Gedanke, dem Vertreter der Experimentalphysik die zweite Stelle im Institut zu geben, entschieden zu verwerfen.

Es ist aber andererseits meine Ansicht, daß es für ein gesundes Zusammenarbeiten am Institut notwendig ist, keinen zu jungen Herrn als Leiter des Instituts zu berufen.

Schließlich kann ich mich, unter Bezugnahme auf die kürzliche eingehende Rücksprache mit Herrn Staatssekretär Becker nicht dazu entschließen, Herren in Vorschlag zu bringen, die bereits ein Ordinariat an einem gleichwertigen Institut haben und bei denen es nahe liegt, daß sie eine Berufung zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage benutzen.

Unter diesen Gesichtspunkten schlage ich vor:

1. Herrn Prof. GAEDE, ordentlicher Professor der Experimentalphysik in Karlsruhe.

Herr Gaede genießt Weltruf. Er hat durch seine Konstruktion der Hochvakuumpumpe der modernen Physik das experimentelle Rüstzeug geliefert und in der Schaffung der Molekularpumpe und Diffusionspumpe gezeigt, daß er versteht, schwierige und vor ihm kaum im einzelnen durchstudierte Naturerscheinungen nutzbar zu machen.

Herr Gaede ist nach meiner Kenntnis eine starke Natur und ein guter Lehrer. Er hat den Wunsch, sein Lehramt in Karlsruhe mit dem an einer Universität zu vertauschen zu Erweiterung seines Wirkungskreises, aber sicher nicht aus irgendwelchen wirtschaftlichen Gründen.

2. Herrn Prof. GEHRKE, Physikalisch-Technische Reichsanstalt Charlottenburg.

Die wissenschaftlichen Leistungen des Herrn Gehrke stehen außer Zweifel. Seine Arbeiten erstrecken sich auf fast alle Gebiete der Experimentalphysik. In seinem Kampf gegen die Relativitätstheorie und für den seit altersher anerkannten Grundsatz der Physik, nur auf Grund exakter und einwandfreier Beobachtung definitive Schlüsse zu ziehen, hat Herr Gehrke sehr starken Mut bewiesen, speziell wenn man berücksichtigt, daß er diesen Kampf aus verhältnismäßig kleiner Stellung heraus aufgenommen hat. Wenn Herr Gehrke in

seinem Kampfe zeitweise den Boden der Sachlichkeit verließ, so möchte ich die Schuld hierfür mehr der Kampfweise seiner Gegner zu schreiben.

Herr Gehrke ist unweigerlich eine sehr starke Persönlichkeit und auch ein guter Lehrer.

Schließlich halte ich auch einen Austausch der Mitarbeiter der Reichsanstalt und der Hochschulen für den Fortschritt der Physik für durchaus vorteilhaft.

3. Herrn Prof. GEHLHOFF, außerordentlicher Prof. an der Technischen Hochschule Charlottenburg und Direktor der Osram-Gesellschaft.

Herr Gehlhoff ist ein reiner Experimentalphysiker, dessen Arbeiten sich auf die verschiedensten Gebiete der Physik erstrecken. Er hat durch Gründung der Gesellschaft für technische Physik und durch die Energie mit welcher er diese Gründung zu höchstem Ansehen geführt hat, der Entwicklung der Physik in Deutschland einen großen Dienst getan und sich als äußerst tatkräftiger Mensch gezeigt.

Wie ich von Herrn Gehlhoff weiß, ist er bereit, eine Professur, die ihm die Verwaltung eines gut eingerichteten Instituts gibt, und damit die Möglichkeit der Entwicklung anzunehmen, trotz seiner wirtschaftlich glänzenden Stellung.

Mit diesem Vorschlage bin ich mir bewußt, im Gegensatz zu den Ansichten der hiesigen Fakultät zu stehen. Ich glaube aber trotzdem diesen Vorschlag machen zu sollen, da ich einen völligen Abschluß der Universitäten vom Wirtschaftsleben nicht für richtig halte, der dadurch entsteht, daß nur Herren berufen werden, welche über die Assistentenkarriere die normale Universitätslaufbahn durchgemacht haben.

Schließlich bemerke ich, daß ich diese Vorschläge mache unter der Annahme, daß mein hiesiger Kollege Prof. ZAHN und ich selbst nicht in Rücksicht gezogen werden.

256 c. Antrag der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel an Kultusminister Carl Heinrich Becker.

Kiel, 17. März 1925.

Ausfertigung, gez. Wüst als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 20, Bl. 205–205v.

Erneuter Antrag auf Umwandlung des Extraordinariats für theoretische Physik in ein Ordinariat.

Vgl. Einleitung, S. 169.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung richtet die Philosophische Fakultät der Universität den Antrag:

Das bisherige Ordinariat für theoretische Physik, welches planmäßig ein Extraordinariat ist, in ein planmäßiges Ordinariat umzuwandeln.

Begründung: Die Anträge der Fakultät, das 1889 in Kiel errichtete Extraordinariat für Physik in ein planmäßiges Ordinariat umzuwandeln, reichen zurück bis zum Jahre 1898; sie sind dann immer wieder erneuert, so 1907 und 1912, aber nur mit dem Erfolg, daß der Stelleninhaber zum persönlichen Ordinarius ernannt wurde. Die Entwicklung der theoretischen Physik hatte inzwischen gewaltige Fortschritte gemacht, was sich äußerlich dadurch zeigte, daß an fast allen größeren und mittleren Universitäten wie Berlin, München, Leipzig, Königsberg, Göttingen, Frankfurt a. M. dieses Fach ordinarie vertreten wurde. Vollends nachdem es von Laue 1913 gelungen war, den Charakter der Röntgenstrahlen als Lichtstrahlen kürzester Wellenlänge zu erweisen, entsprang im Laufe von nur 12 Jahren das gewaltige theoretische Gebilde der modernen Atomistik, welches die heutigen theoretischen Auffassungen physikalischer und chemischer Vorgänge beherrscht. Die Bedeutung der theoretischen Physik ist dadurch gewaltig gestiegen, und diesem Aufstieg Rechnung tragend, hat die Fakultät bei der Wiederbesetzung des freigewordenen Lehrstuhles für theoretische Physik durch Prof. Madelung im Jahr 1919 auf das Entschiedenste beantragt, daß diese Stelle in ein planmäßiges Ordinariat umgewandelt werde.

Auch damals gelang es nicht, das erstrebte Ziel zu erreichen, denn wenn auch die sachliche Begründung des Fakultätswunsches anerkannt wurde, blieb es doch bei der damals Herrn Madelung gegebenen Zusicherung, daß diese Stelle die zuerst zu berücksichtigende sein sollte, wenn es gelänge, die vom Ministerium beabsichtigte allmähliche Umwandlung aller noch planmäßigen Extraordinariate in planmäßige Ordinariate ins Werk zu setzen.

Auf Herrn Prof. Madelung folgte im Winter 20/21 Herr Prof. Kossel unter denselben Bedingungen. Trotz aller sachlicher Anerkennung der Umwandlung dieses Faches in ein planmäßiges Ordinariat konnte die Ausführung bei der schwierigen Finanzlage nicht in die Tat umgesetzt werden.

Die Fakultät sieht sich veranlaßt, den alten Antrag gerade jetzt in Verbindung mit den Vorschlägen für die Nachfolge Dietericis zu erneuern. Die Kieler Universität besitzt in Herrn Kossel einen Vertreter der theoretischen Physik, der als Lehrer in der vordersten Reihe steht, als Forscher auf dem heute so wichtigen Grenzgebiet von Physik und Chemie mit bahnbrechenden Ideen hervorgetreten ist und eine Theorie der Valenzkräfte geschaffen hat, die als grundlegend anerkannt ist und in die Lehrbücher überzugehen beginnt. Ist es der Fakultät schon längst als ein Mißverhältnis erschienen, daß eine so bedeutende wissenschaftliche Persönlichkeit auf ein Extraordinariat beschränkt ist, so legt sie naturgemäß im gegenwärtigen Augenblick, in dem das planmäßige Ordinariat für Experimentalphysik und damit die Stelle des Direktors des Physikalischen Instituts neu besetzt werden soll, besonderen Wert darauf, daß Herr Kossel durch die Ernennung zum planmäßigen Ordinarius auch hinsichtlich seiner Stellung so gewertet werde, wie es seiner wissenschaftlichen Bedeutung entspricht.

**256 d. Begleitschreiben des stellvertretenden Kurators der Universität Kiel,
Hermann Simonis, an Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Kiel, 21. März 1925.**

Ausfertigung, gez. in Vertretung Simonis.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 20, Bl. 200–200v.

Die Vorschläge der Fakultät für Experimentalphysik sind gut. Die Stelle des Extraordinarius für theoretische Physik, Walther Kossel, der anfänglich auch Kandidat war, sollte in ein Ordinariat umgewandelt werden.

Vgl. Einleitung, S. 169.

Betrifft Ersatzvorschläge für Prof. Dieterici
Erlaß vom 25. Dezember 1924

In den Anlagen¹ überreiche ich den Berufungsvorschlag der Philosophischen Fakultät für die Nachfolge des Prof. Dieterici.

In der Fakultät ging eine starke Strömung anfänglich dahin, Prof. Kossel, den hiesigen Vertreter der theoretischen Physik, als Nachfolger Dietericis vorzuschlagen. Man neigte hierzu, weil auch die moderne theoretische Physik des Experiments kaum noch entraten kann, und besonders Kossels Arbeiten sich in dieser Richtung bewegen. Andererseits wollte man keinesfalls wieder einen einseitig auf das Experimentelle gerichteten Dozenten berufen. Schließlich wollte die Fakultät ihrer Anerkennung der auch hier sehr geschätzten Leistungen Kossel dadurch Ausdruck geben, daß sie ihm die Leitung des Gesamtinstituts und mit dem planmäßigen Ordinariat Dietericis auch die vermeintlich höhere Stelle unter den beiden Vertretern der Physik sichern half.

Von diesen Erwägungen ist nun nur der Antrag auf baldige Umwandlung der Kosselschen Professur in ein planmäßiges Ordinariat übriggeblieben. Ich empfehle diese Bitte aus eigener Wertschätzung der hiesigen Wirksamkeit Kossels, der auch kraft seiner starken Persönlichkeit eine sichere Autorität genießt. Von einem Extraordinariat aus würde er vermutlich viel leichter einem Ruf nach auswärts Folge leisten, wie als Inhaber eines Ordinariats.

Die Vorschläge der Fakultät und der nicht zur Fakultät gehörigen Fachvertreter nennen übereinstimmend Prof. Gaede; auf ihn wird sich daher wohl die besondere Aufmerksamkeit des Ministeriums richten. Indessen sind auch die drei anderen von der Fakultät genannten Gelehrten als namhafte Vertreter ihrer Wissenschaft so anerkannt, daß der Fakultäts-

¹ *Liegen der Akte bei, hier abgedruckt als Dok. Nr. 256 a–c. Hier nicht abgedruckt ist das zu den Anlagen gehörende Votum des Extraordinarius Hermann Zahn (Bl. 204–204v der Akte).*

vorschlag als gute Basis für die Entschließung des Herrn Ministers dienen kann. Das hiesige Physikalische Institut ist ein moderner, gut ausgestatteter Bau; es kann also wohl Anziehungskraft auch auf auswärtige Ordinarien ausüben.

Die Fakultät hat kürzlich in einem besonderen Antrag gebeten, daß Prof. Dieterici – wie ich Prof. Harzer – bis zur Berufung ihrer Nachfolger mit der Wahrnehmung ihrer bisherigen amtlichen Funktionen betraut werden möchten. In der Annahme, daß dem auch von seiten des Herrn Ministers keine Bedenken entgegenstehen werden, habe ich diesem Gesuch bereits entsprochen.

257 a. Aktenvermerk [von W. Windelband] im Kultusministerium.

Berlin, 27. August 1925.

Reinschrift, ungez.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 20, Bl. 213–213v.

Wünsche Prof. Geigers nach technischer Ausstattung des Kieler Instituts für Physik sind gegenwärtig nur in geringem Umfang erfüllbar und auf den Etat 1927 zu verweisen.

Vgl. Einleitung, S. 169.

Aktennotiz

Prof. Geiger von der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, der einen Ruf nach Kiel hat, erschien bei mir und erklärte:

„Ich habe große Lust, den Ruf nach Kiel anzunehmen. Immerhin sind mir, nachdem ich dort gewesen bin und mir das Institut angesehen habe, gewisse Bedenken aufgestiegen. Die experimentellen Hilfsmittel genügen nicht; auch fehlt noch manches, wie z. B. eine Akkumulatoren-Batterie und Wechselstrom. Alles in allem würde wohl ein Kostenaufwand von etwa 20.000 M entstehen. Ich kann mir zwar denken, daß ein solcher Betrag nicht sofort bewilligt werden kann, aber ich möchte doch die dringende Bitte aussprechen, mir wenigstens 5–6.000 M von vornherein zur Verfügung zu stellen, dann könnte ich wenigstens die Vorlesungen und das Praktikum modernisieren.“

Ich antwortete ihm, daß die Fonds des Ministeriums auch eine Bewilligung von 5–6.000 M unmöglich machten. Im übrigen aber riet ich ihm, daran die Annahme des Rufes nicht scheitern zu lassen. Herr Geheimrat Wende sei ein so erfinderischer Kurator, daß dieser sicherlich mit der Zeit Mittel und Wege ausfindig machen würde, um ihm zur Erfüllung seiner Wünsche zu verhelfen. – Prof. Geiger wollte sich aber hiermit nicht begnügen und wiederholte dringend die Bitte, doch wenigstens etwas für seinen Vorlesungs- und Übungsapparat zu bewilligen, und zwar bat er um Antwort noch vor dem 1. September, weil er sich

bis zu diesem Datum über Annahme oder Ablehnung des Rufes entschieden haben müsse. Ich sagte ihm eine Antwort vor dem 1. September zu.¹

Herr Ministerialdirektor Richter, dem ich darüber geschrieben habe, antwortete mir, Herr Prof. Geiger „müsse wohl in der Hauptsache auf den Etat von 1927 verwiesen werden, nur ein Notdach (2–3.000 M) aus unserem Fonds könne bewilligt werden“.

257 b. Schreiben des Ministerialrats im Kultusministerium, Wolfgang Windelband, an Prof. Hans Geiger.

Berlin, 27. August 1925.

Reinschrift, gez. Windelband.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 20, Bl. 214.

Zur technischen Ausstattung des Kieler Instituts für Physik sind maximal 2.500 RM verfügbar.

Vgl. Einleitung, S. 169.

Sehr verehrter Herr Professor,

wie zwischen uns vereinbart, teile ich Ihnen heute das Ergebnis meiner Überlegung mit: Wie ich Ihnen schon ankündigte, gestattet es die Lage der finanziellen Fonds des Ministeriums leider nicht, auch nur einen Betrag von der Höhe, wie Sie sie am Schluß unserer Unterredung wünschten, schon jetzt bereitzustellen. Das äußerste, was Ihnen bewilligt werden könnte, wäre ein Betrag von 2 ½ Tausend Mark, der etwa zwischen dem 1. Oktober und 1. November dieses Jahres flüssig gemacht werden könnte. Alles übrige müßte, natürlich vorbehaltlich der Prüfungen im einzelnen, für den Etat von 1927 beantragt werden.

Ich bedauere lebhaft, Ihnen keine günstigere Auskunft geben zu können, freue mich aber andererseits sehr darüber, daß die Lage der Fonds uns nicht jeglichen Beistand für Ihre Vorlesungen und Übungen verbietet. – Ich bitte Sie, daraus den Wunsch zu ersehen, Ihnen nach Möglichkeit entgegenzukommen.²

1 Eine Notiz von unbekannter Hand am Ende des Schriftstücks lautet: Verfolgt durch anliegenden gleichzeitigen Brief. Dieser folgt als Dok. Nr. 257 b.

2 Die Vereinbarung vom 28.7.1925 (Bl. 216 der Akte), mit der Geiger zum 1.10.1925 das Kieler Ordinariat annahm, enthielt keinen Passus zur Ausstattung des Instituts. 1928 bewilligte die Notgemeinschaft Geiger 5.000 RM zur Strahlungsforschung gemäß Kurator-Schreiben vom 10.6.1929 (GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 21, Bl. 464–471).

**258 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel an
Kultusminister Adolf Grimme.**

Kiel, 19. Februar 1930.

Ausfertigung, gez. Rörig als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 114–118.

*Einziges Kandidat für die Nachfolge Geigers im Ordinariat für experimentelle Physik ist
Ramsauer – Danzig. Für den verdienten, nichtbeamteten Extraordinarius Hermann Zahn
soll eine neue Abteilungsleiter-Stelle geschaffen werden, um ihn in Kiel zu halten.*

Vgl. Einleitung, S. 169.

Dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlaubt sich die Philosophische Fakultät der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel ihre Vorschläge zur Neubesetzung des durch den Fortgang von Herrn Prof. Geiger nach Tübingen freigewordenen Lehrstuhles für Experimentalphysik und der Leitung des Instituts für Experimentalphysik zu unterbreiten.

Sie hat bei ihrer Entscheidung auf Umstände Rücksicht nehmen müssen, die sowohl in der Natur des Faches, wie in den besonderen Verhältnissen am Physikalischen Institute der hiesigen Universität begründet sind.

Da die theoretische Physik in Kiel in Herrn Prof. Kossel einen ausgezeichneten Vertreter hat, konnte als Nachfolger des Herrn Geiger, der die Tradition seiner Vorgänger fortgesetzt hat, nur ein ausgesprochener Experimentalphysiker in Betracht gezogen werden.

Bei seiner Auswahl hat die Fakultät in erster Linie auf mögliche Vielseitigkeit der von ihm bearbeiteten Gebiete und auf Originalität seiner wissenschaftlichen Beobachtungen Wert gelegt, um so mehr, da die Ausstrahlungen der Experimentalphysik auf Fächer wie: Chemie, Mineralogie, Mathematik, ferner auf die biologischen Wissenschaften und auf die Medizin außerordentlich zahlreich und mannigfaltig sind.

Die aufsteigende Entwicklung der Universität Kiel und ihre exponierte Stellung als Grenzuniversität lassen es der Fakultät sehr wünschenswert erscheinen, als Vertreter der Experimentalphysik einen reifen, bereits bewährten Forscher und Lehrer heranzuziehen.

Die Verhältnisse am Physikalischen Institut unserer Universität lassen diesen Wunsch geradezu als Notwendigkeit erscheinen.

Da die Leitung des in demselben Gebäude untergebrachten Instituts für theoretische Physik in den Händen von Herrn Kossel liegt, so hat die Fakultät nicht nur, um die Gefahr irgendwelcher Reibungen nach Möglichkeit auszuschließen, sondern auch, um ein Zusammenwirken von experimenteller und theoretischer Physik nach ihren Kräften zu fördern, das allergrößte Interesse an einem Vertreter von der Art, wie er soeben gekennzeichnet ist. Die Fakultät spricht dabei den Wunsch aus, daß Herr Kossel, da er auch auf dem Gebiet der experimentellen Physik fruchtbare Anregungen gegeben hat, innerhalb des Physikalischen

Instituts die notwendigen experimentellen Forschungsmöglichkeiten belassen werden, selbstverständlich ohne Benachteiligung des neu zu ernennenden Experimentalphysikers. Bei der besonders glücklichen Ergänzung der Forschungsgebiete, die sich bei der von der Fakultät ins Auge gefaßten Berufung ergibt, wird hier eine Lösung, die beiden Herren gerecht wird, leicht zu erreichen sein.

Auch die Wünsche und Interessen des langjährigen und bewährten Assistenten am Physikalischen Institute Herrn Prof. Zahn, hat die Fakultät mit ihrem Vorschlage berücksichtigt. Die Fakultät würde es jedenfalls aufs wärmste begrüßen, wenn Herr Zahn, der sich in langjähriger Tätigkeit als Forscher und Lehrer am Institute bewährt hat, bei der Neuordnung der Dinge einem Direktor unterstellt würde, dem er sich wissenschaftlich, als Mensch und Vorgesetzten verbunden fühlt.

Aus allen diesen Erwägungen heraus hat die Fakultät nach eingehenden und schwierigen Beratungen den Beschluß gefaßt, auf die Berufungsliste nur den Namen eines Forschers zu setzen. Aber dieser scheint ihr durch seine wissenschaftlichen Leistungen und durch seine Persönlichkeit die Gewähr für eine ausgezeichnete Vertretung der Physik an der Universität Kiel und für ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den Professoren Kossel und Zahn zu bieten.

Die Fakultät schlägt – unico loco – vor Herrn Prof. Dr. Carl Ramsauer.

Carl Ramsauer, geb. am 6.2.1879, einer ursprünglich schweizerischen, seit 100 Jahren in Oldenburg ansässigen Lehrer- und Pfarrfamilie entstammend, trat bereits während seiner Studienzeit in Beziehungen zu Kiel. Er arbeitete bei der Kieler-Torpedo-Inspektion über das Verhalten von Geschossen, die auf Wasserflächen aufschlagen, und promovierte auf Grund der auf diese Weise entstandenen Arbeit über den Ricochetschuß, die er unter Lenards Leitung ausgeführt hatte, im Jahre 1903 an der hiesigen Universität.

1907 ging er mit Lenard nach Heidelberg. Dort führte er seine technisch-mechanischen Untersuchungen zunächst noch fort. Auch seine Habilitationsschrift aus dem Jahre 1909, die vom elastischen Stoße handelt, liegt auf diesem Gebiet. Daneben aber arbeitete er sich in die modernen Fragen der Atomphysik und Elektronik ein, wurde bei der Gründung der Radiologischen Abteilung des Heidelberger Institutes deren Leiter und begann nun zunächst mit Lenard wichtige Untersuchungen über die Auslösung von Elektronen durch Licht. Die mit Lenard ausgearbeitete Quelle äußerst kurzwelligen ultravioletten Lichtes nutzte er dazu aus, um als erster den einwandfreien experimentellen Beweis für das von Einstein aufgestellte Gesetz der lichtelektrischen Wirkung zu erbringen, nach dem die Energie der ausgelösten Elektronen der Schwingungszahl des auslösenden Lichtes proportional ist.

Nachdem er während des Krieges, den er als Reserveoffizier von den ersten Tagen an mitmachte, auf dem Gebiete der Flugzeugabwehr durch Geschütze (Flak) wichtiges geleistet, auch den dienstlichen Unterricht darin organisiert hatte, kehrte er zur Arbeit auf demselben Gebiete zurück und machte 1920 seine bisher wichtigste Entdeckung, nämlich die Beobachtung der abnormen Durchlässigkeit von Atomen gegenüber sehr langsamen Elektronen. Er fügte damit den klassischen, seinerzeit in Kiel ausgeführten Untersuchungen Lenards einen

neuen, völlig überraschenden Zug hinzu, der seitdem allgemein als „Ramsauer-Effekt“ bezeichnet wird und dessen Deutung noch heute eine der wichtigsten Aufgaben auf dem so lebhaft diskutierten Gebiete der Mechanik der elementaren Teile der Materie bildet.

Nachdem er sich kurze Zeit mit der Leuchtdauer der verschiedenen Spektrallinien im elektrischen Lichtbogen beschäftigt hatte, wandte er sich endgültig der weiteren Untersuchung der von ihm entdeckten Erscheinung zu. Unter der Mitarbeit verschiedener Schüler zeigte er, daß ihr Verlauf im einzelnen von dem äußeren Elektronenaufbau der durchschossenen Atome oder Atomgruppen abhängt und vermochte zu zeigen, daß die Systematik, die man hier auf Grund der neueren Auffassungen von der chemischen Valenz entworfen hat, sich auch in dieser Erscheinung widerspiegelt.

Seine letzte, erst vor wenigen Monaten erschienene Arbeit hat das Gebiet der Untersuchung wiederum um ein erhebliches Stück zu langsameren Elektronengeschwindigkeiten vorgebracht und dabei neue interessante Phänomene aufgedeckt. Augenscheinlich dürfen wir auch von der weiteren Forschung auf diesem Gebiete noch wichtige Erkenntnisse erwarten.

Die erwähnte mehrfache Beschäftigung Ramsauers mit technisch-physikalischen Problemen entspricht einem Grundzug seiner Denk- und Arbeitsweise, die fest in der klassischen Physik begründet ist. Der außerordentlich sorgfältigen und festen Ausführung der experimentellen Anordnungen, die er zu seinen Untersuchungen benutzt, entspricht ein ungewöhnliches Verantwortungsgefühl für die Vorbereitung seines Unterrichts. Ein besonders lebhaftes didaktisches Interesse leitet ihn dazu, die Möglichkeiten für den Unterricht gerade in den Grundlagen der Physik immer wieder nachzuprüfen, um eine möglichst verständliche und eindringliche Darstellung zu gewinnen.

Seit 1921 ist Ramsauer Direktor des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule Danzig. Seit etwa 2 Jahren ist er von dort beurlaubt, um das neubegründete Forschungslaboratorium der A.E.G. in Berlin zu leiten.

Bis zum 1. April dieses Jahres wird er sich darüber zu entscheiden haben, ob er dort verbleibt oder nach Danzig zurückkehrt.

Es kann nach dieser Schilderung des wissenschaftlichen Werdegangs und der auf zahlreichen Gebieten liegenden bedeutsamen Beobachtungen Ramsauers keinem Zweifel unterliegen, daß er die Kieler Tradition auf dem Lehrstuhl der Experimentalphysik, die auch Herr Geiger in so hervorragender Weise vertreten hat, aufs würdigste fortsetzen wird. Der gegenwärtige Augenblick scheint der Fakultät besonders geeignet zu sein, Herrn Ramsauer für die Universität Kiel zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang bittet die Fakultät das Augenmerk des Ministeriums noch auf einen anderen Punkt hinlenken zu dürfen.

Dem langjährigen Assistenten der hiesigen Institutes für Experimentalphysik und nichtbeamteten außerordentlichen Prof. Dr. Zahn verdankt das Institut sehr viel. Besonders hat er sich auch um die praktische Ausbildung der Studierenden große Verdienste erworben. Es ist hervorzuheben, daß Zahn die Technik des Experimentierens souverän beherrscht

und gerade in den letzten Jahren eine nicht gewöhnliche Tätigkeit zur Durchführung komplizierter und wichtiger Experimente gezeigt, sowie eine Reihe von Experimentalarbeiten veröffentlicht hat, die allgemein den Beifall der Fachgenossen finden.

Die Fakultät würde wünschen, daß Herr Zahn auf irgendeine Weise für seine großen Verdienste um das Institut entschädigt wird, und müßte es auf das Tiefste bedauern, wenn es nicht gelänge, dem tüchtigen Manne ein Äquivalent für seine aufopferungsvolle Arbeit zu bieten.

Die Fakultät bittet daher dringend, alles zu versuchen, um Herrn Zahn hier einen ihn befriedigenden Wirkungsbereich zu schaffen, und beantragt, am Institut für Experimentalphysik eine Abteilungsvorsteherstelle einzurichten und dieselbe Herrn Zahn zu übertragen.

Sollte diese Möglichkeit sich nicht verwirklichen lassen, so bittet die Fakultät, ihm unter allen Umständen die verdiente Sicherung seiner hiesigen Stellung zu verschaffen. Dieses scheint am leichtesten dadurch zu erreichen sein, daß ihm eine Aufrückungsstelle übertragen wird, die ihm jedenfalls sein hiesiges Gehalt sichern würde.

258 b. Zweite Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für Kultusminister Adolf Grimme.

Kiel, 5. Juli 1930.

Ausfertigung, gez. Rosenberg als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 187–196.

Kandidaten für das Ordinariat für Experimentalphysik sind: Walther Kossel – Kiel, Helmuth Kulenkampf – München, Ernst Back – Hohenheim, Edgar Meyer – Zürich und Hermann Zahn – Kiel.

Vgl. Einleitung, S. 169.

Dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlaubt sich die Philosophische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, ihre Vorschläge für die Neubesetzung des durch den Fortgang von Prof. Geiger nach Tübingen freigewordenen Lehrstuhles für die Experimentalphysik und der Leitung des Institutes für Experimentalphysik zu unterbreiten.¹

Infolge der besonderen Verhältnisse am Physikalischen Institut der hiesigen Universität, auf die bereits in unserer letzten Vorschlagsliste hingewiesen wurde, war es die Pflicht der

¹ *Nach der ersten Vorschlagsliste (Dok. Nr. 258 a) hatte das Kultusministerium den üblichen Dreier-Vorschlag angemahnt (Bl. 126 der Akte).*

Fakultät, zu prüfen, ob von den ihrer wissenschaftlichen Qualifizierung nach in Betracht kommenden Persönlichkeiten unter Berücksichtigung ihrer rein menschlichen Eigenschaften auch ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Institut erwartet werden darf. Diese Voraussetzung erscheint der Fakultät bei allen vorgeschlagenen Herren erfüllt zu sein.

Die Fakultät erlaubt sich vorzuschlagen:

An erster Stelle: Walther Kossel, ordentlicher Professor für theoretische Physik an der Universität Kiel.

An zweiter Stelle: Helmuth Kulenkampf, Privatdozent an der Technischen Hochschule München.

An dritter Stelle, pari passu und in alphabetischer Reihenfolge:

Ernst Back, ordentlicher Professor der Physik an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Hohenheim und

Edgar Meyer, ordentlicher Professor für Experimentalphysik an der Kantonal-Universität zu Zürich.

An vierter Stelle: Hermann Zahn, nichtbeamteter außerordentlicher Professor an der Universität Kiel.

Walther Kossel, geb. 1888, promovierte 1911 in Heidelberg, habilitierte sich 1920 an der Technischen Hochschule zu München und wurde 1921 auf den Lehrstuhl für theoretische Physik nach Kiel berufen. Seine wichtigsten Arbeiten liegen auf dem Gebiet der Atomphysik, auf dem er bahnbrechend gewirkt hat. Seine Deutung der heteropolaren chemischen Verbindungen, seine Theorie der Valenzkräfte und seine Erklärung der Röntgenspektren haben seinen Namen in der ganzen physikalischen Welt bekannt – um nicht zu sagen berühmt – gemacht und sind als grundlegend in die Lehrbücher übergegangen.

Es soll nicht die Aufgabe dieser Charakterisierung sein, die Bedeutung Kossels als Physiker hervorzuheben, da diese seit langem fest begründet ist, sondern die Fakultät wünscht in erster Linie darzulegen, daß und warum sie Herrn Kossel, der zur Zeit den Lehrstuhl für theoretische Physik inne hat, für besonders geeignet hält, die Experimentalphysik als Lehrer und Forscher zu vertreten, sowie die Leitung des Experimentalinstitutes zu übernehmen. Hierfür scheinen uns zwei Gesichtspunkte ausschlaggebend zu sein:

1) Obwohl seinem Lehrauftrage nach theoretische Physiker, ist Herr Kossel von dem Standpunkt der modernen Physik aus gesehen kein reiner Theoretiker, sondern seiner Arbeitsrichtung und seinen wissenschaftlichen Neigungen nach – darin sind sich alle befragten Physiker einig – mindestens ebenso sehr Experimentalphysiker. Allerdings gehört er nicht zu der Gruppe von Experimentatoren, denen das Experiment Selbstzweck ist, und vielleicht beherrscht er in Auswirkung seiner Stellung als Theoretiker auch heute noch nicht alle Feinheiten der experimentellen Untersuchungs- und Demonstrationstechnik in der Weise, wie ein in rein experimenteller Tätigkeit aufgewachsener Praktiker. Dafür ist Kossel aber ein Mann, der die Experimentalphysik durch eine Reihe neuer Ideen zu befruchten verstanden und der gezeigt hat, daß er nicht nur in der Lage ist, seine Schüler zu experimentellen Untersuchungen und zur praktischen Prüfung der von ihm gestellten Probleme

anzuregen, sondern daß er auch die experimentellen Schwierigkeiten richtig einzuschätzen und die von ihm gestellten Aufgaben zu gutem Ende zu führen vermag. Die Fakultät ist der Ansicht, daß gerade solche Eigenschaften bei der Besetzung eines Lehrstuhles für Experimentalphysik in erster Linie den Ausschlag geben sollten.

Überdies stammt Kossel aus der strengen experimentellen Schule Lenards, seine Dissertation ist eine rein experimentelle Arbeit, in München war er lange Jahre Praktikums-Assistent, während des Krieges hat er sich mit großem Erfolg physikalisch-technisch betätigt, und bemerkenswerter Weise bestehen fast alle von Herrn Kossel angeregten und geleiteten Arbeiten (12 von 15) in Experimentaluntersuchungen.

Gerade diese Arbeitsrichtung hat dazu geführt, und damit gelangen wir zu Punkt 2), daß die Schüler Kossels im Einvernehmen mit Herrn Geiger einen erheblichen Teil der Arbeitsplätze und Hilfsmittel des Experimentalinstituts in Anspruch genommen haben, so daß die Expansionsmöglichkeiten eines neu zu berufenden Experimentalphysikers von vornherein stark eingeengt sind, ohne daß dadurch für die experimentellen Wünsche Kossels eine ausreichende Entfaltungsmöglichkeit geschaffen wäre, die ihm nur eine freie Verfügung über die instrumentellen Hilfsmittel und den Etat des Experimentalinstituts bieten könnte. Dieser Zustand ist ungesund und muß zwangsläufig bei jedem Wechsel in der Person des Experimentalphysikers von neuem zu Verwicklungen und Komplikationen führen; er engt die Fakultät auch bei ihren Erwägungen für die Vorschläge der Person des neuen Experimentalphysikers in unerwünschter Weise ein. Andererseits wäre es unbillig, wenn man Herrn Kossel bei der unbestritten hohen Stellung, deren er sich in der ganzen physikalischen Welt erfreut, die ihm anlässlich der Ablehnung einer Berufung nach Gießen einmal eingeräumten Rechte wieder nehmen oder auch nur kürzen wollte. Es liegt vielmehr im Interesse der Fakultät, seine Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten und seinen wissenschaftlichen Wünschen in weitestgehendem Maße Berücksichtigung zuteil werden zu lassen.

Da Herr Kossel außerdem eine geradezu ungewöhnlich umfassende Übersicht über das gesamte Gebiet der Physik besitzt, wie sich deren nur die wenigsten Physiker rühmen dürfen, und sich durch ein ganz hervorragendes Lehrtalent auszeichnet, so sind alle Fachgenossen, die ihn näher kennen, auch überzeugt, daß er eine ganz vorzügliche Vorlesung über Experimentalphysik halten wird.

Aus allen diesen Gründen ist die Fakultät der Ansicht, daß den Fähigkeiten Kossels besser entsprochen wird, wenn man ihn auf den Lehrstuhl der Experimentalphysik beruft, als wenn man ihn auf dem Lehrstuhl für theoretische Physik beläßt, und gibt zugleich der Überzeugung Ausdruck, daß bei einer solchen Regelung die Experimentalphysik in Kiel, sowie die Leitung des Instituts für Experimentalphysik in den besten Händen liegen würde. Sie nennt daher den Namen Walther Kossel vor allen anderen an erster Stelle.

Für den Fall einer Berufung Kossels auf den Lehrstuhl der Experimentalphysik würde es bei der gegenwärtigen Entwicklung der Physik ebenso leicht sein, einen tüchtigen theoretischen Physiker zu finden, der auf die Mittel des Experimentalinstituts vollständig verzich-

ten könnte, als es heute schwierig ist, für Kiel einen Experimentalphysiker zu finden, der sich mit den hier zur Zeit bestehenden Verhältnissen abfinden würde und gleichzeitig allen Anforderungen des experimentellen Lehrstuhles in der Weise gewachsen wäre, als man dies bei Herrn Kossel unbedingt voraussetzen darf.

Helmuth Kulenkampf, als Sohn einer alten und angesehenen Familie Bremens am 5. Dezember 1895 geb., gehört als Physiker der Schule Röntgens an. Mit äußerster Gewissenhaftigkeit angelegt, mit vorzüglicher Beherrschung der experimentellen Technik durchgeführt, lassen seine Arbeiten überall diese Tradition klassischer Experimentalphysik erkennen, sind aber zugleich durchaus aktuellen Fragen zugewandt. Jede seiner langsam reifenden Publikationen hat eine bedeutende Frage behandelt und zur Entscheidung geführt. Noch vor seiner Promotion untersuchte er zusammen mit seinem speziellen Lehrer Ernst Wagner das Reflexionsvermögen der für die Erzeugung von Röntgenspektren am besten geeigneten Kristalle. Seine Dissertation brachte – hierauf aufgebaut – die erste quantitative Untersuchung der wahren Intensitätsverteilung im weißen Röntgenspektrum und die Entdeckung, daß diese Verteilung, die man vorher meist mit dem Wärmespektrum glühender Körper verglichen hatte, einen überraschend einfachen Aufbau besitzt: die Intensität steigt proportional mit der Schwingungszahl an.

Seine nächste Arbeit brachte die vielumstrittene Frage zur Entscheidung, ob die Ionisation der Luft durch Röntgenstrahlen, die das bei weitem wichtigste Mittel zur Messung ihrer Intensität bietet, allgemein der Energien der Strahlung proportional ist. Kulenkampf konnte diese Frage, die nicht nur dem forschenden Physiker, sondern auch dem praktischen Mediziner für seine Strahlentherapie überaus wichtig ist, bejahen; das von ihm für den Vergleich von Ionisation und Energie eingeführte Maß hat heute allgemeine Anwendung gefunden. Wir nennen schließlich eine 1928 erschienene Arbeit, in der die ebenfalls seit langem angegriffene, aber nie unter reinen Verhältnissen behandelte Frage gelöst wird, wie sich die Intensität der Röntgenstrahlen um die Richtung der erzeugenden Kathodenstrahlen verteilt; jede dieser großen Arbeiten enthielt die Überwindung experimentell besonders schwieriger Teilaufgaben – es wird etwa die Wärmewirkung von Röntgenstrahlen gemessen oder die überaus schwache Strahlung untersucht, die von einem einige zehntausendstel Millimeter starken Metallblättchen ausgeht – und führte gerade dadurch zu einer klaren Erledigung des Problems. Die unbedingte Sorgfalt und Zuverlässigkeit, die Klarheit der Aussagen – auch innerhalb verwickelter Lagen – zeichnet Kulenkampfs Arbeiten vor vielen anderen aus. Allgemein wird ihm außerdem nachgerühmt, daß er auch die anderen Zweige der modernen Physik beherrsche und mit Interesse verfolge.

Kulenkampf ist seit 1926 Privatdozent an der Technischen Hochschule München. Sein Vortrag, der auch hier bei einem Besuche guten Eindruck hinterlassen hat, gilt dort als außerordentlich klar und lebhaft, seine Vorlesungen als allgemein beliebt. Er leitet im Praktikum gegenwärtig nur noch die Abteilung für Vorgeschnittene, vor allem aber etwa die Hälfte der am dortigen Institut im Gang befindlichen Diplom- und Doktorarbeiten. Was hier erschienen ist, ist durchweg gut, mehrere Schülerarbeiten aber sind als hervorragend zu be-

zeichnen und lassen erkennen, daß Kulenkampf die Röntgensche Überlieferung exakter messender Experimentalphysik auch Jüngeren in vollem Maße weiter zu geben versteht; er darf ohne Zweifel heute als der lebendigste Vertreter dieser klassischen Tradition gelten. Persönlich ist er von ruhiger, liebenswürdiger Art.

Die Fakultät gibt der Überzeugung Ausdruck, daß dieser hervorragende junge Physiker an jedem Institut eine wertvolle und lebendige Tätigkeit als Forscher und als Lehrer entfalten würde, und nennt ihn daher ebenfalls an bevorzugter Stelle.

Ernst Back, geb. am 21. Oktober 1881 zu Freiburg i. B., hat sich zunächst dem juristischen Studium zugewandt und es mit der Promotion und dem Referendarexamen abgeschlossen. Er studierte darauf Physik bei Paschen in Tübingen und entwickelte sich zu einem der hervorragendsten Schüler dieses führenden Spektroskopikers. 1912 entdeckten beide gemeinsam, daß das komplizierte magnetische Zerlegungsbild mehrfacher Spektrallinien sich in starken Feldern in das regelmäßige Bild einer einfachen Linie verwandelt. Diese Erscheinung trägt seitdem den Namen „Paschen-Back-Effekt“. Sie ist von großer prinzipieller Bedeutung geworden. Backs physikalische Dissertation von 1913 und seine gesamten weiteren Arbeiten betreffen das Gebiet der magnetischen Beeinflussung der Spektrallinien, das gerade im ersten Jahrfünft nach dem Kriege für die Analyse der Zustände des Atoms eine hervorragende Rolle spielte. Backs Forschungen sind daher sofort besonders fruchtbar geworden. Ihre Wichtigkeit erhellt u. a. aus der Tatsache, daß er von Niels Bohr aufgefordert wurde, als Gast im Institut für theoretische Physik in Kopenhagen zu arbeiten, um ein möglichst enges Zusammenwirken mit der Theorie zu ermöglichen. Im Zusammenhang stellte er das Gebiet seiner Arbeiten in einer gemeinsam mit dem Theoretiker Landé verfaßten Monographie, sowie in einem etwa 180 Seiten umfassenden Kapitel des „Handbuches der Experimentalphysik“ dar.

Nachdem er durch eine Reihe von Jahren als Assistent und Oberassistent am Physikalischen Institut in Tübingen gewirkt, sich dort habilitiert und infolge seiner hervorragenden Leistungen in kurzer Zeit Titel und Rang eines außerordentlichen Professors erhalten hatte, folgte er 1928 einem Ruf als ordentlicher Professor der Experimentalphysik an die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim.

Back gilt allgemein als ausgezeichnete Wissenschaftler, als guter Lehrer, und hat sich durch hervorragende menschliche Eigenschaften überall Freunde erworben.

Edgar Meyer, geb. 1879 in Bonn a/Rh., ist Schüler Warburgs, promovierte 1903 und war nach seiner Assistentenzeit bei Warburg in Berlin bis 1908 zunächst am Physikalischen Institut der Universität Zürich, von 1910 bis 1912 in Aachen tätig. Im Jahre 1912 erhielt er gleichzeitig Rufe als Leiter des Physikalischen Instituts und Ordinarius für Experimentalphysik an die National-Universität in La Plata (Argentinien) und als planmäßiger Ordinarius für theoretische Physik nach Tübingen. Er folgte dem letzteren und ging 1916 als Ordinarius für Experimentalphysik an die Universität Zürich, wobei er auf Wunsch des preußischen Kultusministeriums im Interesse der Vertretung des Deutschtums im Auslande davon absah, einem gleichzeitigen Rufe als Experimentalphysiker nach Göttingen zu folgen.

Seine Arbeiten, die sämtlich ausgesprochen experimentellen Charakter tragen, erstrecken sich auf verschiedene Gebiete der Physik. Vor allem betreffen sie Optik und Elektrizitätslehre und das zwischen ihnen liegende Gebiet der lichtelektrischen Wirkung, daneben finden sich auch Untersuchungen über α -Strahlen, die rein dem Gebiete der Radioaktivität zuzurechnen sind. Besonderes Interesse fanden seine um 1910 ausgeführten Arbeiten über γ -Strahlen, die zu der damals gerade im Fluß befindlichen Frage nach der Struktur solcher Strahlen einen entscheidenden Beitrag lieferten. Von seinen in verschiedener Richtung sich ausdehnenden Untersuchungen über lichtelektrische Wirkung war insbesondere eine gemeinsam mit Gerlach ausgeführte Gruppe von Arbeiten von Bedeutung, die die Vorgänge der lichtelektrischen Wirkung an schwebenden ultramikroskopischen Metallteilchen behandelte; in sehr sorgfältiger Untersuchung wurden alle Einzelheiten dieser in winzigen Räumen sich abspielenden Vorgänge geklärt und dabei eine Reihe von Fehlerquellen aufgedeckt, vermöge deren andere, damals großes Aufsehen erregende Untersuchungen zu Zweifeln an der Existenz des elektrischen Elementarquantums geführt hatten, und damit das Bestehen dieser fundamentalen Naturkonstanten sichergestellt. Als ein Muster eleganten Experimentierens sei schließlich eine Untersuchung angeführt, die mitten in den verwickelten Vorgängen einer Glimmentladung die Entstehungsbedingungen der Kathodenstrahlen vor Augen führt. Meyer hat, seitdem er das Züricher Institut leitet, dort stets eine ungewöhnlich große Zahl von Schülern mit Arbeiten aus den verschiedensten Gebieten der Physik beschäftigt. Wir erwähnen hieraus besonders Untersuchungen über das Einsetzen von Funkentladungen.

E. Meyer ist ein ganz hervorragender Lehrer, dessen große Vorlesung über Experimentalphysik besonders gerühmt wird, ein vorzüglicher Institutsleiter, der seine Organisationskraft beim Wiederaufbau des Züricher Instituts nach einem Brande bewähren konnte, und gilt allgemein als liebenswürdige Persönlichkeit.

Hermann Zahn, geb. als Sohn eines deutschen Arztes zu Genf am 30. Januar 1877, promovierte, nachdem ihn sein Studium u. a. auch bereits für einige Semester nach Kiel geführt hatte, 1901 zu München mit einer Arbeit über Photometrie gefärbter Flammen. Er war damals bereits Assistent bei Ebert am Physikalischen Institut der Technischen Hochschule. Während er auf sein damaliges Arbeitsgebiet nur vorübergehend noch einmal zurückgekommen ist, gewann seine darauf folgende Assistententätigkeit bei Drude in Gießen und Berlin, die erst mit Drudes Tod ihr Ende fand (1907), großen Einfluß auf seine Arbeitsrichtung. Zwei charakteristische Leistungen Drudes, seine Elektronentheorie der Metalle und seine Untersuchungen an kurzen elektrischen Wellen, bezeichnen die beiden Aufgabenkreise, denen Zahns Arbeit seitdem gegolten hat. Auf beiden ist er freilich weit über jene ersten Anregungen hinausgegangen. Seine Arbeiten über die magnetische und thermische Beeinflussung der Stromausbreitung in Metallen, über Halleffekt und verwandte Erscheinungen liegen ausschließlich vor dem Kriege, haben aber seinen Ruf als Kenner dieses verwickelten Gebietes so fest begründet, daß sein Urteil über die experimentelle Lage von theoretischer Seite eingeholt wurde, als es vor wenigen Jahren galt, die Elektronentheorie

der Metalle mit Hilfe der neuen Mechanik zu neuem Leben und erhöhter Leistung zu bringen. Ein Teil dieser Arbeiten ist bereits in Kiel entstanden, wohin Zahn sich 1908 umhabilitierte. Im Jahre 1913 erhielt er den Professortitel.

Nach dem Kriege, an dem Zahn bis kurz vor dem Ende an der Front teilnahm, verblieb er noch bis 1920 im Heeresdienst und widmete sich der Abwicklung militärtechnischer Einrichtungen. Nach Kiel zurückgekehrt, wandte er sich einem neuen Arbeitsgebiet zu. Um über die Situation des Wassers in Lösungen und seine Fesselung durch die gelösten Stoffe etwas zu erfahren, war gerade damals die Frage nach der Dielektrizitätskonstanten von Lösungen besonders aktuell geworden. Zahn überwand die Schwierigkeiten, die bisher die Messung dieser Größen an starken Lösungen von Säuren und Salzen verhindert hatten, indem er nach einander mehrere Methoden entwickelte, die sich außerordentlich rasch wechselnder Felder bedienen. Sie haben sich als sehr wirksam erwiesen und eine Reihe interessanter Aussagen über die Wechselwirkung zwischen Lösungsmittel und gelöstem Stoff ermöglicht. Im Zusammenhang damit gelang es Zahn, die von Debye vorhergesagte Erhöhung der Leitfähigkeit solcher Lösungen bei Hochfrequenz experimentell zu bestätigen. Seine Absicht, auch auf dem Gebiet der speziellen Atomphysik einmal eine Arbeit zu unternehmen, leitete er in höchst glücklicher Weise damit ein, daß er in einer gemeinsam mit Geiger unternommenen, noch nicht veröffentlichten Untersuchung eine Schaltung angab, die es erlaubt, die Wirkung von α -Teilchen und Atomtrümmern auf einem Geigerschen Zähler stark vor der von Elektronen hervortreten zu lassen und damit diesen Apparat allgemein zum Studium der Atomzertrümmerungsvorgänge zu befähigen. Als bezeichnendster Zug der Arbeiten Zahns wird allgemein anerkannt, daß er die Technik des physikalischen Experimentierens souverän beherrscht.

Neben dieser stetigen und gründlichen Forschertätigkeit hat Zahn seit mehr als 20 Jahren am Kieler Institut in Praktikum und Vorlesungen für Vorgeschrittene gewirkt; im persönlichen Gedankenaustausch mit den Studierenden, also vor allem bei den Übungen für Anfänger und Fortgeschrittene, gilt er als ausgezeichnete Lehrer. Seine liebenswürdige und gerade Art, der doch die Fähigkeit sich im Institut durchzusetzen nicht fehlt, haben ihm allgemein Achtung und Beliebtheit verschafft.²

² *In einem Separatvotum vom 28.6.1930 (Bl. 197–199 der Akte) erklärte die Naturwissenschaftliche Abteilung (3 Ordinarien, 1 Extraordinarius) eine Ernennung Kossels zum Ordinarius der Experimentalphysik für verfehlt. Denn Kossel sei ausgesprochener Theoretiker und seine Ernennung werde das Fach aufs äußerste schädigen. Sie verbiete sich auch deshalb für Kiel, wo der eine Experimentalphysiker nicht nur die Ausbildung der Studierenden der Physik, sondern auch sämtlicher Mediziner und Naturwissenschaftler aller Fächer in Händen hat. Im Separatvotum stand neben Kulenkampf der spätere Nobelpreisträger Walther Bothe an erster Stelle.*

258 c. Dritte Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für
Kultusminister Adolf Grimme.

Kiel, 16. Dezember 1930.

Ausfertigung, gez. Rosenberg als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, S. 256–262.

Der Erstplatzierte Kossel hat seine Bewerbung zurückgezogen; im Übrigen hält die Fakultät an ihren Vorschlägen einstimmig fest. Alle vier vom Kultusministerium genannten Kandidaten werden abgelehnt: Ladenburg bearbeitet ein zu enges Spezialgebiet; Pringsheim denkt nicht originell und weist schwache Lehrtätigkeit auf; Bothe folgt bloß Geigers Bahn; Rausch von Traubenberg will Prag verlassen.

Vgl. Einleitung, S. 170.

Herr Minister!

Die Philosophische Fakultät der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel bedauert aufrichtig, daß Sie die am 6. Juni dieses Jahres³ eingereichte und die Namen von fünf anerkannt tüchtigen Physikern tragende Vorschlagsliste der Fakultät nicht als Grundlage für die Neubesetzung des Lehrstuhles für Experimentalphysik (Nachfolge Geiger) an unserer Universität ansehen wollen. Die Fakultät ist über diese Entscheidung um so erstaunter, als sie der Überzeugung ist, daß alle auf der Liste genannten Kandidaten für Kiel erreichbar gewesen wären.

Unsere Liste ist auf Grund sorgfältigster Erkundigungen bei zahlreichen auswärtigen Fachgenossen, nach langwierigen Überlegungen in drei Kommissionen und unter besonderer Berücksichtigung der schwierigen Kieler Instituts- und Personalverhältnisse, auf die seitens der Fakultät wiederholt hingewiesen worden ist, zustande gekommen; unsere Fakultät ist auch heute noch der Ansicht, daß diese Liste die unter Berücksichtigung aller Umstände besten Lösungsmöglichkeiten für eine Berufung umfaßt, und zwar in der auf der Liste angegebenen Reihenfolge der Kandidaten.

Die Fakultät sieht daher keine andere Möglichkeit, als die bereits eingereichte Vorschlagsliste noch einmal zu präsentieren. Da jedoch Herr Kollege Kossel – unter Bezugnahme auf die Einreichung eines Separatvotums und um die Einheitlichkeit der Fakultät nicht zu gefährden – ausdrücklich gebeten hat, von der Nennung seines Namens auf der Liste absehen zu wollen, sieht sich die Fakultät zu ihrem Bedauern gezwungen, auf diesen Namen zu verzichten und schlägt nunmehr einstimmig nochmals die folgenden Herren vor:

An erster Stelle: Helmuth Kulenkampf, Privatdozent an der Technischen Hochschule München.

³ Gemeint ist die zweite Vorschlagsliste vom 5.7.1930, Dok. Nr. 258 b.

An zweiter Stelle, *pari passu* und in alphabetischer Reihenfolge:

Ernst Back, ordentlicher Professor der Physik an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Hohenheim und Edgar Meyer, ordentlicher Professor für Experimentalphysik an der Kantonal-Universität zu Zürich.

An dritter Stelle: Hermann Zahn, nichtbeamteter außerordentlicher Professor an der Universität Kiel.

Die Begründung für die Nennung gerade dieser Namen findet sich in unserer letzten Vorschlagsliste. Die Fakultät setzt dabei voraus, daß Herrn Kossel die ihm anlässlich der Ablehnung eines Rufes nach Gießen eingeräumten Rechte auf die Mittel des Experimental-Institutes durch eine andere Berufung nicht geschmälert werden.

Wir gestatten uns, Sie, Herr Minister, in aller Ergebenheit aber mit allem Nachdruck darum zu bitten, uns einen der von uns selbst vorgeschlagenen Herren als Kollegen geben zu wollen.

Was die Namen Bothe, Ladenburg, Pringsheim und Rausch von Traubenberg angeht, zu denen die Fakultät besonders Stellung nehmen soll, so sei zunächst bemerkt, daß alle vier Namen die verschiedenen Berufungskommissionen immer aufs neue beschäftigt haben.⁴

Dies ist insbesondere mit großer Ausführlichkeit bei den Herren Ladenburg und Pringsheim der Fall gewesen.

Gegen die Nennung Ladenburgs sprach zunächst von seiten seiner Forschungsweise die Tatsache, daß seine Arbeiten sich, abgesehen von seiner Mitarbeit an der feldmäßigen Erprobung des Angererschen Schallmeßverfahrens und einer sehr glücklichen theoretischen Bemerkung zum Periodischen System der Elemente, auf ein überaus enges Spezialgebiet aus der Optik beschränken. Es muß durchaus anerkannt werden, daß er hierin als ausgezeichneter Kenner zu gelten hat, und seine Vertiefung in die verschiedenen, für die Behandlung dieser Aufgaben maßgebenden Gedankenkreise hat ihn in konsequentem Fortschreiten zu neuen Fragestellungen und neuen Ergebnissen geführt. Indes läßt ihn diese völlig einseitige Forschungsweise zwar für seine jetzige Stellung an einem Forschungsinstitut vorzüglich geeignet erscheinen, bildet aber ein ernstes Bedenken dagegen, ihm die volle Vertretung der Experimentalphysik an einer Universität anzuvertrauen.

Was die fachliche Bewertung Pringsheims anbetrifft, so tritt seine Forschungsarbeit an Umfang und Wert entschieden hinter die Ladenburgs zurück. Die Arbeiten über den lichtelektrischen Effekt, durch die sein Name zuerst bekannt wurde, sind sämtlich mit Pohl zusammen ausgeführt, und es kann nach der weiteren Entwicklung der beiden Physiker, die auf seiten Pohls eine glänzende Weiterentwicklung zu immer neuen Problemstellungen und Ergebnissen, auf seiten Pringsheims eine lediglich berichtende Tätigkeit zeigen, kein Zweifel

⁴ Mit Schreiben vom 16.10.1930 (Bl. 205 der Akte) erbat das Kultusministerium eine Äußerung zu den vier Genannten.

daran bestehen, daß dem jetzigen Göttinger Physiker die geistige Urheberschaft dieser Arbeitsreihe zuzuerkennen ist. Nach dem Kriege hat Pringsheim dann eine Reihe kürzerer eigener experimenteller Arbeiten veröffentlicht, die, zum größeren Teil gemeinsam mit Schülern, sich mit gerade aktuellen Fragen beschäftigten, zu deren Kritik und Klärung sie beigetragen haben. Eine originelle Methodik und neue Problemstellung tritt nirgends zu Tage.

Als reifste Leistung Pringsheims erscheint das unter schwierigen äußeren Bedingungen mit großer Energie zur Durchführung gebrachte Buch über Phosphoreszenz, das durch Klarheit des Aufbaus ausgezeichnet ist und seinen scharfen kritischen Geist verrät. Wenn danach ohne Zweifel starke didaktische Fähigkeiten vorliegen müssen, so wird im Gegensatz hierzu Pringsheims Lehrtätigkeit von verschiedenen Seiten ausdrücklich und mit Berufung auf ganz bestimmte Erfahrungen erheblich bemängelt. Die Fakultät legt einem solchen Mangel sehr ernste Bedeutung bei. Ein Vortrag, den Pringsheim unlängst hier hielt, hat enttäuscht.

Wenn so gegen beide Namen schon sachlich erhebliche Bedenken bestanden, die sie für die Fakultät hinter anderen Lösungsmöglichkeiten zurücktreten ließen, so kann die Fakultät schließlich auf die ausdrückliche Frage des Ministeriums nicht vermeiden, schon an dieser Stelle wenigstens kurz anzuführen, daß außerdem in bezug auf die Persönlichkeit der beiden Herren Bedenken bestehen, welche uns gerade diese beiden Physiker als für unsere Fakultät untragbar erscheinen lassen. Diese Bedenken sind wohl auch als die Ursache dafür anzusehen, daß beide trotz nicht abzuleugnender Tüchtigkeit noch nie auf einer Berufungsliste rangiert bzw. einen Ruf an eine andere deutsche Universität erhalten haben. Dies tritt besonders auffällig darin hervor, daß an mehreren Orten, an denen man die Tüchtigkeit der beiden Herren so hoch schätzt, daß man sie uns jetzt empfehlend genannt hat, ihre Namen an keiner Stelle der Listen erschienen, als es sich kürzlich darum handelte, die Experimentalphysik in der eigenen Fakultät zu besetzen.

Die eingehende Begründung dieser Bedenken glaubt die Fakultät, falls dies überhaupt noch erforderlich sein sollte, besser mündlich auseinandersetzen zu sollen, und bittet gegebenenfalls um Nachricht, wann die für diesen Fall bestimmte Kommission im Ministerium empfangen werden kann.

Was Herrn Bothe anbetrifft, so scheidet er wohl nach der inzwischen erfolgten Annahme eines Rufes nach Gießen aus der Zahl der für Kiel in Frage kommenden Kandidaten ohnehin aus. Da aber ausdrücklich nach seinem Namen gefragt wird, berichtet die Fakultät über die Stellungnahme, die sie zu diesem Kandidaten gewonnen hatte.

Die vorzüglichen Ergebnisse, die Herr Bothe auf seinem speziellen Forschungsgebiete in den letzten Jahren erzielt hat, sowie der naheliegende Gedanke, daß er als spezieller Mitarbeiter Geigers vielleicht besonders berufen sein könnte, dessen Arbeitsrichtung hier fortzusetzen, veranlaßten naturgemäß die Kommissionen von vornherein zu genauer Prüfung dieses Namens.

Bothe stammt wissenschaftlich von der theoretischen Physik her, der seine Dissertation und die Hälfte seiner weiteren Arbeiten angehören. Nach dem Kriege hat er in dem Radio-

aktivitätslaboratorium an der PTR⁵ sich in die dort im Gebrauch befindlichen experimentellen Methoden eingearbeitet. Er schloß sich dabei ganz dem Problemkreise Geigers an, der dies Laboratorium leitete: Methodik radioaktiver Messungen, Anwendung der Geigerschen Zählmethoden. Die Anwendung dieser Methoden auf optische Probleme traf sich aufs glücklichste mit der ebenfalls speziell auf Optik gerichteten theoretischen Vorbildung Bothes, und da gerade hier eine Reihe aktueller Fragen vorlag, ergab sich ein äußerst fruchtbares Zusammenwirken, dessen Ergebnisse mit vollem Recht hoch eingeschätzt werden. Indem man sich diese Struktur seiner Arbeitsweise lebendig machte, traten aber zugleich auch die Bedenken zu Tage, die schließlich jede der Kommissionen dazu geführt haben, von seiner Nennung als Nachfolger Geigers abzusehen. Es läßt sich nicht verkennen, daß Bothes experimentelle Tätigkeit völlig in dem vorhin bezeichneten Kreise entstanden und darin verblieben ist. Auch die Arbeiten, die er nach Geigers Fortgang von der PTR als nunmehriger Leiter des Radioaktivitäts-Laboratoriums ausführte, halten sich im Rahmen von Geigers experimenteller Methodik, worüber die unbestreitbare Bedeutung der Ergebnisse nicht hinwegtäuschen darf.

Ferner herrschen vielfach in Kreisen der Hochschulphysiker Bedenken gegen die Berufung von Angehörigen der PTR auf Lehrstühle. Diese gründen sich zu einem Teile darauf, daß in den dortigen Laboratorien zwar gute Gelegenheit ist, zusammenhängende Forschungsarbeit zu leisten, nicht unterbrochen durch Unterrichtsverpflichtungen, daß aber damit zugleich auch die Durchübung der Begriffe und Methoden der gesamten Physik fehlt, die der Hochschulphysiker, beginnend mit jahrelanger Tätigkeit als Praktikumsassistent, sich zu eigen machen muß. Die Kieler Fakultät konnte Herrn Geiger, den Vorgänger Bothes an der PTR, ohne derartige Bedenken nennen, weil er einige Jahre in Manchester als Lecturer in Physics gewirkt und in einem vorzüglichen kleinen Praktikumsbuch seine Erfahrung und Fähigkeit zum Unterricht bekundet hatte. Entsprechendes fehlt bei Bothe; es kommt noch hinzu, daß die erwähnten Bedenken bei Bothe doppelt so stark ins Gewicht fallen, weil er nicht, wie es sonst für Angehörige der PTR die Regel ist, nach voller Ausbildung als Experimentalphysiker, sondern von der Theorie her in die Anstalt eintrat. Die Tatsache, daß Bothe nur in ein Drittel der von der Fakultät in großem Umfange eingeholten Gutachten überhaupt genannt wurde, während doch seine Arbeitsergebnisse heute sehr bekannt sind, zeigt, daß auch andere erfahrene Kollegen sich der Bedenken bewußt sind, die einer Übertragung der vollen Unterrichtsverpflichtungen in der Experimentalphysik an einen solchen Mann entgegenstehen. Überdies wurde seine Vortragstätigkeit sehr widerspruchsvoll beurteilt.

Aus allen diesen Gründen hat sich keine der drei Kommissionen entschließen können, Herrn Bothe der Kieler Fakultät vorzuschlagen. Eine noch in der Fakultät erfolgte Anregung, Herrn Bothe trotzdem zu nennen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

5 *Physikalisch-Technische Reichsanstalt.*

Was endlich Herrn Rausch von Traubenberg betrifft, so haben wir auf Grund der Beurteilung seiner wissenschaftlichen Qualitäten und seiner Lehrbefähigung keinen Grund gesehen, ihn vor den vorgeschlagenen Namen zu nennen bzw. ihn auf unsere bereits fünf Namen tragende Vorschlagsliste zu setzen. Eine besondere Veranlassung ihn zu nennen, könnte man vielleicht in dem Wunsch erblicken, ihn aus einer für ihn unerfreulichen Situation an der Deutschen Universität in Prag zu befreien; doch darf ein solcher Grund für eine Fakultät niemals von ausschlaggebender Wichtigkeit sein.⁶

**258 d. Begleitschreiben des Kurators der Universität Kiel, Max Sitzler, an
Kultusminister Adolf Grimme.**

Kiel, 22. Dezember 1930.

Ausfertigung, gez. Sitzler.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 255–255v.

Erläuterung, dass die Fakultät die vom Kultusministerium genannten Rudolf Ladenburg und Peter Pringsheim primär als persönlich sehr unverträglich ablehnt.

Vgl. Einleitung, S. 170.

Betrifft Wiederbesetzung der durch das Ausscheiden des Prof. Dr. Geiger freigewordenen Professur.

In der Anlage⁷ überreiche ich den in der nebenbezeichneten Angelegenheit erstatteten neuen Bericht der Philosophischen Fakultät vom 16. Dezember 1930.

In dem Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät heißt es, daß die beiden Physiker Ladenburg und Pringsheim auch aus persönlichen Gründen der Philosophischen Fakultät untragbar erschienen, und daß gegebenenfalls eine Kommission die Gründe hierfür mündlich im Ministerium darlegen würde. Wie ich vertraulich erfahren habe, soll in der Fakultät die Meinung vorherrschen, daß die beiden Herren sehr unverträglich wären und deshalb für das hiesige Institut, in dem eine Zusammenarbeit mit Prof. Kossel nötig wäre, nicht erwünscht wären.

⁶ Zwar ergibt sich aus der Akte kein Hinweis auf solche politischen Gründe, aber Rausch von Traubenberg war republiktreues Mitglied des Weimarer Kreises und die großzügige Vereinbarung vom 11.4.1931 (vgl. Dok. Nr. 258 e) legt diese Vermutung nahe.

⁷ Liegen der Akte bei, hier als Dok. Nr. 258 c abgedruckt.

**258 e. Schreiben von Prof. Heinrich Freiherr Rausch von Traubenberg an den
Ministerialrat im Kultusministerium, Wolfgang Windelband.**

Prag, 27. März 1931.

*Ausfertigung, gez. Heinrich Freiherr Rausch von Traubenberg.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 263.*

Annahme des Rufs auf das Ordinariat für Experimentalphysik an der Universität Kiel.

Vgl. Einleitung, S. 170.

Hochgeehrter Herr Ministerialrat,

hiermit bestätige ich den Empfang Ihres liebenswürdigen Schreibens vom 16. März 1931. Ich bin mit großer Freude bereit, den an mich ergangenen ehrenvollen Ruf an die Kieler Universität unter den mit Ihnen und Herrn Ministerialrat Breuer festgelegten Bedingungen anzunehmen.⁸

Da unser hiesiges Studienjahr am 30. Juni endet, steht nichts im Wege, daß ich, wie mir auf dem Prager Ministerium für Schulwesen und Volkskultur mitgeteilt wurde, zu diesem Termin aus dem hiesigen Dienstverhältnis entlassen werden kann. Ich möchte Sie daher bitten, meine Ernennung, wie wir besprochen haben, zum 1. Juli vorzusehen, und würde dann die Direktionsgeschäfte des Kieler Institutes ab 1. August übernehmen.

Mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung

⁸ Die Vereinbarung vom 11.4.1931 (Bl. 266 der Akte) sah für Heinrich Rausch von Traubenberg sehr großzügige Konditionen vor: 13.000 RM Gehalt und 5.000 RM Kolleggeldgarantie, 70.000 RM für Vergrößerung oder Neubau eines Hörsaals, zwei Jahre je 15.000 RM für neue Lehrmittel, eine außerplanmäßige Assistentenstelle für seinen bisherigen Prager Assistenten R. Gebauer sowie 900 RM für Wohnungsrenovierung.

259. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel für
Kultusminister Adolf Grimme.

Kiel, 3. März 1932.

Ausfertigung, gez. Stenzel als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 22, Bl. 347–352.

*Kandidaten für die Nachfolge von Kossel im Extraordinariat für theoretische Physik sind:
Hendrik A. Kramers – Utrecht, Friedrich Hund – Leipzig und Albrecht Unsöld – Hamburg.*

Vgl. Einleitung, S. 171.

Bei ihren Vorschlägen für die Besetzung des Lehrstuhls für theoretische Physik an der hiesigen Universität, die Nachfolge von Prof. W. Kossel, hat sich die Philosophische Fakultät von den folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

Der theoretische Physiker an der Kieler Universität hat als Hauptaufgabe die Heranbildung der künftigen Studienräte. In den letzten Semestern betrug die Hörerzahl in theoretischer Physik über hundert. Die Vorlesung über Experimentalphysik und das physikalische Anfängerpraktikum vermögen naturgemäß nur eine Einführung in die Physik zu geben, während dem Theoretiker die Aufgabe zufällt, den künftigen Lehrer in der höheren Physik auszubilden. Dazu muß der Theoretiker eine starke Bindung zur konkreten Physik neben der Beherrschung des mathematischen Apparates einsetzen können. Während es leicht ist, eine größere Zahl von Namen zu nennen, die in speziellen Fragen ansehnliche Einzelleistungen aufzuweisen haben, ist der Kreis der für uns erreichbaren Namen, die die Gewähr bieten, daß sie in der erwähnten Weise die Gesamtphysik lebendig vertreten können, erheblich kleiner. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte erlaubt sich die Philosophische Fakultät folgende drei Namen in Vorschlag zu bringen:

1. Prof. H. A. Kramers in Utrecht,
2. *pari passu* (in alphabetischer Reihenfolge genannt):
Prof. F. Hund in Leipzig,
Privatdozent Dr. A. Unsöld in Hamburg.

H. A. Kramers, Professor der theoretischen Physik an der Reichsuniversität zu Utrecht, trat zuerst durch eine bei Bohr in Kopenhagen entwickelte Theorie der Röntgenstrahlabsorption und des weißen Röntgenspektrums hervor, die mittels der damals noch unvollständigen Quantentheorie der Strahlung wesentliche Züge dieser beiden Erscheinungen behandelte. Weiterhin entwickelte er zusammen mit Bohr und Slater einen von dem letzteren vorgeschlagenen Gedanken zur Strahlungstheorie, der gerade in der hierdurch erreichten Fassung große Aufmerksamkeit erregte und durch Anregung zu entscheidenden Experimenten in der damaligen Übergangszeit wesentlich zur Klärung der Begriffe beitrug. Im Anschluß hieran und an eine kurz vorher von Ladenburg und Reiche entwickelte Dispersionstheorie gab Kramers eine vollständigere Behandlung der Dispersion des Lichtes,

deren neuartige Züge wiederum zu neuartigen Experimenten anregten und durch sie bestätigt wurden. Indem er sie gemeinsam mit Heisenberg fortbildete, machte er entscheidende Schritte auf die von Heisenberg durchgeführte neue Quantenmechanik hin. Es ist bezeichnend für den zwangsläufigen Charakter dieser Kramers-Heisenbergschen Theorie, daß sie implizit bereits eine Voraussage des Raman-Effektes enthielt.

Neben diese Arbeiten, die Kramers als einen an den Grundlagen der theoretischen Physik mit größtem Erfolg tätigen Forscher charakterisieren, tritt eine große Reihe von Untersuchungen über spezielle Fragen der Atom- und Molekülstruktur, auf die im einzelnen nicht näher eingegangen werden kann. Von ihnen seien hier nur die Quantelung des asymmetrischen Kreisels genannt sowie die Arbeiten, in denen Kramers, zum Teil gemeinsam mit Becquerel und de Haas, magneto-optische Erscheinungen an Kristallen mit bestem Erfolg behandelte. Kramers ist in besonders hohem Grade mit den verschiedensten Gebieten der theoretischen Physik vertraut und hat dabei, mehr als es im Durchschnitt der Fall zu sein pflegt, ein gesundes Gefühl für die tatsächlichen Erscheinungen. Eben dadurch ist es wohl auch bedingt, daß von seiner Person eine Fülle von Anregungen ausgeht. Seine ernste Auffassung und seine didaktischen Fähigkeiten sind – wie auch ein im ersten Entwurf vorliegendes Manuskript über die Grundlagen der Atommechanik wiederum erkennen läßt – besonders hervorzuheben.

Die Frage, ob es heute angezeigt ist, einen Ausländer zu nennen, ist Gegenstand eingehender und gründlicher Überlegung gewesen. Entscheidend für ihre positive Beantwortung war die Bedeutung von Kramers, der ohne Zweifel von allen Namen, die mit Aussicht auf Erfolg genannt werden können, an erster Stelle steht. Gegenüber den allgemeinen Bedenken, die sich in der heutigen Notlage gegen die Berufung eines Ausländers erheben, muß geltend gemacht werden, daß mit Holland dauernd ein Austausch von Gelehrten im Gange ist und gerade noch in den letzten Jahren mehrere deutsche Gelehrte an holländische Universität berufen worden sind. Mit Nachdruck ist dabei von holländischer Seite gegen Bedenken, die sich dort im Lande erhoben, auf die Tradition dieses Austauschs hingewiesen worden. Den erwähnten Bedenken steht also ein ebenso allgemeines Interesse gegenüber, die erwähnte Tradition gerade in Hinblick auf die Aussichten deutscher Gelehrter nicht abreißen zu lassen. Dieses Interesse gerade im Fall von Herrn Kramers zur Tat werden zu lassen, erscheint angezeigt durch seine wissenschaftliche Bedeutung, durch seine persönliche Haltung, durch seine vollständige Beherrschung der deutschen Sprache in Rede und Schrift.

Friedrich Hund, geb. 1896 zu Karlsruhe, promovierte 1922 in Göttingen mit einem „Versuch einer Deutung der großen Durchlässigkeit einiger Edelgase für sehr langsame Elektronen“, habilitierte sich 1925 ebenda. Nachdem er kurze Zeit das Extraordinariat für theoretische Physik in Rostock bekleidet hatte, wirkt er bereits seit einigen Jahren als zweiter Ordinarius für theoretische Physik in Leipzig.

Seine Arbeiten betreffen hauptsächlich zwei Gebiete, nämlich den Aufbau von Molekülen und die Struktur der verwickelteren Spektren. Sie treten allmählich in immer engere Berührung. Zunächst wird 1925 der Einfluß der Deformierbarkeit des Atomrumpfes auf

die Gleichgewichtslagen der Atome in polaren Molekülen untersucht, wobei sich u. a. das wichtige Ergebnis findet, daß dem Wassermolekül eine geknickte Gestalt zuzuschreiben ist. Aus verwandten Überlegungen eröffnete er im gleichen Jahre das Verständnis für die Existenzfähigkeit einer eigenartigen Klasse von Kristallgittern, der sogenannten „Schichtgitter“. Er griff dann in mehreren Arbeiten und einer wesentlich durch eigene Untersuchungen mitbestimmten Monographie über „Linienspektren und periodisches System der Elemente“ (1927) in die in lebhaftem Fluß befindliche theoretische Deutung der verwickelteren Atomspektren ein, indem er mit großer Schärfe die von Sommerfeld, Bohr, Stoner und anderen gegebenen Grundbegriffe für die Fälle ausgestaltete, in denen eine größere Zahl von Elektronen zusammenarbeitet. Die hier erworbene Methodik erlaubte ihm, an die noch verwickeltere Rolle der Elektronen in mehratomigen Systemen heranzugehen. Durch eine Reihe von Arbeiten, die von 1926 bis in die letzte Zeit sich erstrecken, ist er zu einem der maßgebenden Autoren auf dem Gebiete der Spektren und der Bindungsarten in Molekülen geworden. Die Lebendigkeit, mit der er diese Arbeit fortsetzt und neuerdings z. B. wieder auf Kristallgitter ausgedehnt hat, sowie die Vorlesungspraxis, die er sich in bereits jahrelangem Vortrage der gesamten theoretischen Physik erworben hat, lassen die Fakultät erwarten, daß sie in ihm auch einen anregenden Lehrer gewinnen wird.

Albrecht Unsöld, Privatdozent für theoretische Physik an der Universität Hamburg und Assistent am Institut für theoretische Physik daselbst, wurde geboren in Württemberg am 20. April 1905, studierte zunächst bei Paschen in Tübingen und dann bei Sommerfeld in München, wo er 1927 mit einer ausgezeichneten Arbeit „Beiträge zur Quantenmechanik der Atome“ promovierte. Bald darauf habilitierte er sich für das Fach der theoretischen Physik an der Universität München.

Schon vor seiner Promotion hat er eine Reihe wertvoller Arbeiten teils allein, teils zusammen mit seinem Lehrer Sommerfeld veröffentlicht. Diese Arbeiten beschäftigen sich schon eingehend mit den theoretischen Grundlagen der modernen Spektroskopie; es gelang u. a. eine verbesserte Berechnung der Feinstruktur von Linien der Balmerreihe des Wasserstoffes, die nicht nur die Frequenzen, sondern auch die Intensitäten den Beobachtungen entsprechend wiedergab. In allen diesen Arbeiten zeigt sich Unsöld mit den Methoden der modernsten theoretischen Physik, insbesondere auch mit der Wellenmechanik und ihren Anwendungen völlig vertraut. Seine Dissertation brachte die wichtige Erkenntnis, daß die Wellenmechanik für Atome mit abgeschlossenen Elektronenschalen die schon vorher vermutete Kugelsymmetrie in aller Strenge abzuleiten vermag. Im Zusammenhang damit zeigte er, wie die Elektrostatik dieser Ladungswolken stabile Gleichgewichtslagen benachbarter Atome zustande kommen läßt, für deren Verständnis man vorher die Annahme besonderer „Abstoßungskräfte“ als notwendig angesehen hatte. Fast gleichzeitig wendet er sich theoretischen Problemen zu, die sich mit der Entstehung und der Struktur der Fraunhofer'schen Linien beschäftigen; es gelingt ihm, die Natur dieser Linien durch Resonanzstreuung und Thermischen Dopplereffekt zu deuten und ihr verschiedenartiges Verhalten mit Hilfe der Differentialgleichungen des Strahlungsgleichgewichtes und des thermodynamischen

Gleichgewichtes zu erklären. Diese Untersuchungen bilden für Unsöld die Brücke zu den jetzt akuten rein physikalischen Fragestellungen der modernen Astrophysik; sie bringen ihn nicht nur mit spektroskopischen, sondern fast mit allen atomtheoretischen, thermodynamischen und elektrodynamischen Problemen der modernen Physik in Berührung und zeigen durch ihre erfolgreiche Behandlung seine große und vielseitige Begabung.

Herr Unsöld hat im Verlauf der letzten fünf Jahre mehr als zwanzig größere Abhandlungen veröffentlicht, die alle durch Beantwortung der behandelten Fragen unsere Erkenntnis wesentlich gefördert haben, indem er zum Teil schon von anderer Seite vermutete wichtige Zusammenhänge theoretisch begründen konnte, teilweise völlig neue Gesichtspunkte in die behandelten Probleme hereintrug. Ein Vortrag, den er im Winter-Semester 1931/32 im hiesigen Physikalischen Institut über „Neuere Fragen der Stern-Spektroskopie“ gehalten hat, erregte durch die neuen und originellen Ideen das allgemeine Interesse der Fachgenossen und Studierenden und zeigte eine ausgezeichnete Beherrschung der Darstellung, so daß zu erwarten steht, daß wir bei einer Berufung des Herrn Unsöld nicht nur einen hervorragenden Forscher, sondern auch einen besonders geeigneten Lehrer gewinnen würden.

Da es vollkommen ausgeschlossen ist, den Unterricht in der theoretischen Physik mit den vorhandenen Lehrkräften zu bewerkstelligen, so bittet die Fakultät, den Lehrstuhl wenn irgend möglich schon zum Sommer-Semester 1932 zu besetzen.¹

¹ Nachdem Unsöld bereits mit der Vertretung beauftragt war, berief das Kultusministerium mit Vereinbarung vom 12.8.1932 ihn bei 5.700 RM Gehalt, 1.000 RM Garantie und im Rang als persönlicher Ordinarius.

**260. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Köln für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.**

Köln, 8. März 1926.

Ausfertigung, gez. von der Leyen als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 115–118.

Die naturwissenschaftlichen Fächer, vorliegend die für die Industrie wichtige technische Physik, sollen ausgebaut werden, damit Deutschland der ausländischen Konkurrenz, besonders den USA, standhalten kann. Kandidaten für das neue Ordinariat für technische Physik sind: Hans Rukop – Firma Telefunken, Berlin, Hans Georg Möller – Hamburg und Hans Busch – Jena.

Vgl. Einleitung, S. 171.

In den ersten Jahren ist die Entwicklung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an der Universität Köln im Rückstand geblieben. In der letzten Zeit indessen bemüht sich die Fakultät – besonders gelegentlich der Einrichtung der vorklinischen Semester –, auch diese Disziplinen nach Möglichkeit zu fördern. Besondere Bedeutung kommt dabei den physikalischen Fächern zu. Die Entwicklung der Universität aus der Handelshochschule hat es mit sich gebracht, daß das ganze Gebiet der technischen und experimentellen Physik in den Händen eines Ordinarius vereinigt ist. Die mit der stark steigenden Zahl der Studierenden der Naturwissenschaften wachsende Inanspruchnahme durch die Experimentalphysik und bisher auch die Beschränktheit des Raumes und der Mittel verhindern ihn indessen, der angewandten Physik so viel Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken als die steigende Bedeutung dieses Faches für Technik und Industrie verlangen. Die Fakultät sieht es natürlich als ihre Aufgabe an, den Ausbau des bestehenden Institutes für experimentelle und angewandte Physik mit aller Energie zu fördern. Darüber hinaus aber muß es das Bestreben einer neuzeitlichen Universität wie Köln sein, die in der Mitte eines großen und vielseitigen Industriegebietes liegt, auch den Anforderungen der Industrie nach technischen Physikern allmählich immer mehr und mehr gerecht zu werden, denn nur durch die vertiefte wissenschaftliche Ausbildung unserer in der Technik tätigen Physiker wird die deutsche Industrie in der Lage sein, mit den hohen Leistungen des Auslandes, vor allem Amerikas, Schritt zu halten.

Führende Männer unserer Industrie haben die Notwendigkeit dieser Entwicklung der Universität mit Nachdruck betont und zugleich die Unterstützung der geplanten Neugründung eines Institutes für technische Physik in Aussicht gestellt. Freilich würde nur ein selbständiges Institut, das sich auf breiterer Basis entwickelt, auf ein weitergehendes Interesse der Industrie rechnen können.

Die Fakultät hat sich daher für ein selbständiges Institut und nicht für eine neue Abteilung bei einem der bestehenden Institute entschieden, um so mehr, als sie Wert darauf legt, eine

hervorragende Persönlichkeit für die neu zu gründende Stelle zu gewinnen. Sie beantragt demgemäß bei dem Herrn Minister die Errichtung eines zweiten Ordinariats für technische Physik.

Die Fakultät wünscht in erster Linie den Ausbau des zur Zeit so wichtigen Gebietes der elektrischen Wellen. Sie hat außer ihren beiden Ordinarien eine Reihe von Fachleuten um ihre Ansichten über die in Betracht kommenden Persönlichkeiten befragt: J. Zenneck (München), M. Wien (Jena), H. Barkhausen (Dresden), G. Mie (Freiburg), F. Krüger (Greifswald) und K. W. Wagner, Präsident des Telegraphentechnischen Reichsamts (Berlin). Danach schlägt die Fakultät die folgenden Herren für das Ordinariat vor:

1. Dr. Rukop besitzt als Schüler von Prof. Mie eine vorzügliche physikalische Ausbildung und verfügt über eine außergewöhnliche experimentelle Geschicklichkeit, welche bereits bei seiner Doktorarbeit zutage trat. Er ist augenblicklich Leiter der wissenschaftlichen Laboratorien der Firma Telefunken. Sein persönliches Haupttätigkeitsgebiet betrifft die wissenschaftliche Durchbildung und technische Ausführung der Elektronenröhren und ihre gesamten Anwendungen auf dem Gebiet der drahtlosen Nachrichtentechnik. So gilt Rukop heute als einer der besten Kenner auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie und die ganze Fachwelt schätzt seine theoretische und experimentelle Begabung sehr hoch ein. Originelle Ideen, Sinn für das Wesentliche an irgend einer Frage, dazu ein äußerst anregender, klarer und glänzender Vortrag, der sich auf den Physikertagungen bewährt hat und einen ausgezeichneten akademischen Lehrer verbürgt, zeichnen ihn besonders aus. Seine wissenschaftlichen und technischen Veröffentlichungen sind so allgemein bekannt, daß sich eine nähere Ausführung hier wohl erübrigt. Erwähnt sei nur, daß der zweite Teil des Standardwerkes über drahtlose Telegraphie und Telephonie von Zenneck – München von Rukop verfaßt ist. In diesem Teil ist die Summe langjähriger wissenschaftlicher und technischer Arbeit auf diesem Gebiete gezogen. Außerdem wird Rukop ein großes Organisationstalent nachgerühmt, eine Eigenschaft, die bei der Einrichtung eines neu zu gründenden Institutes äußerst wertvoll ist.

So ist Rukop für die geplante Professur für technische Physik wie kein zweiter geeignet, und die Fakultät bittet, kein Mittel unversucht zu lassen, ihn für Köln zu gewinnen.

2. Sollte sich die Gewinnung Rukops für Köln nicht ermöglichen lassen, so würde weiterhin der außerordentliche Professor der technischen Physik der Hamburger Universität in Frage kommen: Dr. Möller. Möller hat sich ebenso wie Rukop der Ausgestaltung der experimentellen und theoretischen Grundlage der Elektronenröhre gewidmet. Während des Krieges war er in dieser Richtung bei der Heeresverwaltung tätig. Eine Reihe von Abhandlungen in den verschiedenen Fachzeitschriften über die Anwendungen der Röhre und ihre Schaltungen sind von ihm veröffentlicht worden. Auch er hat das Gesamtgebiet dieses Spezialfaches in einem Lehrbuch zusammengefaßt. Seine Schreibweise und sein Vortrag zeigen den durchdringenden Kenner. Sehr fleißig und ideenreich, begeistert für die Sache und die Wissenschaft, würde auch Möller ein geeigneter Vertreter der technischen Physik an der Universität Köln sein.

3. Der außerordentliche Prof. Dr. Hans Busch in Jena ist nicht gerade ein Spezialist für elektrische Wellen, indessen berühren seine Arbeiten mehrfach dieses Gebiet. Busch besitzt ein umfassendes Wissen auf allen Gebieten der Physik und der Technik wie wenige Fachgenossen unserer Zeit. Seine Arbeiten sind meist dem Gebiet der Elektrodynamik entnommen und zeigen großes wissenschaftliches und technisches Verständnis. Als Lehrer und Experimentator hat er Vorbildliches geleistet und würde zweifellos als Institutsdirektor sehr geeignet sein.¹

261 a. Antrag von Prof. Karl Försterling an das Kultusministerium.

Köln, 27. Juni 1932.

Ausfertigung, gez. Försterling.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 3, Bl. 38–42.

Antrag auf Auflösung des Instituts für theoretische Physik, da Försterlings Bestrebungen, durch Kooperation von theoretischer, experimenteller und technischer Physik in Köln die Ausbildung zu verbessern, von Kuratorium und Kollegen sabotiert werden. Die Leistungen seines Instituts sollen extern evaluiert werden. Försterling möchte aus der Prüfungskommission ausscheiden, da Prof. R. Rinkel im Examen zu geringe Anforderungen stellt.

Vgl. Einleitung, S. 171.

In meinem Schreiben vom 18.12.1931¹ hatte ich mir erlaubt, das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ausführlich über meine Bestrebungen, den physikalischen Unterricht an unserer Universität zu verbessern, in Kenntnis zu setzen. Aus der Anfrage des Ministeriums an die Philosophische Fakultät vom 1.2.1932 glaube ich entnehmen zu dürfen, daß meine Ziele noch in Übereinstimmung mit den Absichten des Ministeriums sind. Ich habe zu meinem größten Bedauern inzwischen die Überzeugung gewonnen,

¹ Mit Schreiben vom 8.2.1927 (Bl. 120 der Akte) teilte die Universität Köln mit, dass Rukop für ein normales Ordinariengehalt von 10.000 RM nach Köln komme und keine besonderen Vergünstigungen fordere. Rukop amtierte bis 1933 und wechselte dann in den Vorstand der Telefunken AG Berlin.

¹ GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 431–435. Darin hatte Försterling über die Beschwerde seines Kollegen, des Experimentalphysikers Richard Rinkel geklagt. Dieser hatte beanstandet, dass Försterlings Assistent, Privatdozent Johannes Malsch, eine Vorlesung Experimentalphysik für Fortgeschrittene und ein Praktikum für Fortgeschrittene anbiete. Bei seiner Berufung seien ihm als Ordinarius Anteile von Experimentalphysik ausdrücklich zuerkannt worden und Veranstaltungen dienten dazu, Doktoranden und Kandidaten des Staatsexamens besser auszubilden. Das Ministerium solle die Abgrenzung zwischen ihm und dem Experimentalphysiker Rinkel treffen und ihn vom Vorwurf der Indolenz entlasten. Zu den Differenzen vgl. Heimbüchel, Die neue Universität, in: Kölner Universitätsgeschichte, Bd. 2, S. 514–516.

daß ein Erfolg meiner Bemühungen nicht erhofft werden kann. Zu den Gegenströmungen in der Fakultät tritt entscheidend die Gegnerschaft des geschäftsführenden Kurators.

Ich hatte im Jahre 1926 die Einrichtung eines Ordinariats für technische Physik und eines Extraordinariats für physikalische Chemie nicht nur aus dem Grunde betrieben, weil ich in der technischen Physik eine besonders wichtige Ergänzung der Wirtschaftswissenschaften an unserer Universität sah, sondern weil ich dadurch hoffen durfte, die Lücken im physikalischen Unterricht durch vernünftige Zusammenarbeit vollkommen beseitigen zu können. Diese Pläne wurden vom Kuratorium bereits im Jahre 1927 verlassen, als mir der damalige Dekan den Entschluß des geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriums mitteilte, sich nicht mehr von mir, sondern von dem soeben berufenen Herrn Prof. Rukop beraten zu lassen. Die Weiterentwicklung der Physik an unserer Universität ist seit dieser Zeit im scharfen Gegensatz zu meinen Plänen erfolgt. Unser Antrag an das Kuratorium, Räume für ein gemeinsam von Prof. Rukop und mir abzuhaltendes Praktikum zu beschaffen, wurde abgelehnt. Die 1932 freigewordenen Räume einer Hausverwalterwohnung wurden vielmehr allein zur Vergrößerung seines Instituts an Herrn Prof. Rukop überwiesen. Heute erhielt ich die anliegende Ablehnung meines Antrags auf Zuweisung von Räumen aus einer eventuell freiwerdenden Rektorwohnung, die sich auch im Gebäude unseres Instituts befindet. Die Behauptung, daß das Geologische Institut am meisten unter Raummangel leidet, ist ohne jede Rücksprache mit mir von dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriums aufgestellt worden. Vielmehr ist unser Institut ganz besonders schwer getroffen. Die Verhältnisse hier legten mir die Verpflichtung auf, ein Praktikum für Fortgeschrittene einzurichten. Dies war nur möglich, indem ich durch strenge Auswahl die Zahl der Doktoranden stark einschränkte. Im Gegensatz zu den beiden anderen Instituten verfügt ferner unser Institut über keinen eigenen Hörsaal, wodurch sich die Abhaltung experimenteller Vorlesungen von Angehörigen meines Instituts ganz besonders schwierig gestaltet. Die Begründung der Ablehnung meines Antrages trifft also durchaus nicht zu.

Aus der Reihe der angeführten Tatsachen, wobei ich weniger wichtige Vorfälle übergehe, muß ich erkennen, daß das Kuratorium, zumindest Herr Geheimrat Eckert, den von mir für unbedingt nötig gehaltenen Verbesserungen des physikalischen Unterrichts an unserer Universität die größten Widerstände entgegengesetzt.

Andererseits ist die Lösung der Streitigkeiten mit Herrn Prof. Rinkel ebenfalls noch nicht weitergekommen. Ich habe gemäß einer Aufforderung des Herrn Dekans in dem beiliegenden Schreiben² der Fakultät meine Stellungnahme auseinandergesetzt. Da eine Ischiaserkrankung mich längere Zeit hinderte, den Herrn Dekan zu einer von ihm gewünschten Besprechung im Fakultätszimmer aufzusuchen, hat dieser sich bisher nicht veranlaßt gesehen, eine Stellungnahme der Fakultät herbeizuführen.

² Liegt der Akten bei, hier als Dok. Nr. 261 b abgedruckt.

Alles in allem sehe ich mich hier Widerständen gegenüber, die mir unüberwindlich scheinen. So sehr es mich schmerzt, seit 1924 vergeblich auf ein Ziel hingearbeitet zu haben, so habe ich mich nunmehr – zumal meine Gesundheit den aufregenden dauernden Kämpfen, besonders auch gegen das Kuratorium, nicht gewachsen ist – doch entschlossen, keine weiteren Versuche zu unternehmen, die Ausbildung der Studenten in der Experimentalphysik zu verbessern. Damit entfällt aber die Existenzberechtigung meines Instituts in seiner jetzigen Form.

Ich bitte daher das Ministerium, das Institut für theoretische Physik aufzulösen.

Um mich für die Zukunft vor etwaigen Angriffen zu schützen, möchte ich darum bitten, daß das Ministerium die bisherige Führung und Leistungen meines Instituts durch einen unabhängigen auswärtigen Physiker einer Kritik unterziehen läßt, die schriftlich festgelegt wird. Ich meinerseits hoffe, daß sich Herr Geheimrat Wien in Jena, der die Entwicklung meines Instituts mit dem größten Interesse verfolgt hat, sich meiner Bitte nicht entziehen wird, dem Ministerium einen Bericht hierüber einzusenden.

In dem beiliegenden Schreiben² an die Fakultät habe ich darauf hingewiesen, daß ich gegen die Lehramtsprüfungen hier in Köln die allerschwersten Bedenken habe. Der besonders hervorgehobene Fall betrifft die Prüfung von Herrn Lemmer, der kurz vor Weihnachten hier das Examen bestanden hat. Ich wäre dem Ministerium zu größtem Dank verpflichtet, wenn ich von meiner Verpflichtung, der Prüfungskommission anzugehören, entbunden werden könnte.

Ich habe den vorliegenden Antrag nur mit schwerem Herzen geschrieben, da ich um die Zerstörung des Instituts, dem ich meine ganze Kraft unter Zurückstellung eigener wissenschaftlichen Betätigung in den letzten 8 Jahren gewidmet habe, selbst bitten muß. Aber ich sehe keinen anderen Ausweg und bitte um eine möglichst rasche Erledigung der Angelegenheit, damit die für mich mit der Umstellung verbundenen Aufregungen möglichst bald überwunden werden und ich an die Wiederherstellung meiner Gesundheit denken kann.

Mit ausgezeichnete Hochachtung Ihr sehr ergebener

261 b. Aus dem Schreiben von Prof. Karl Försterling an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Köln, Günter Jachmann.

Köln, 25. Februar 1932.

Ausfertigung, gez. Försterling; Abschrift.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 3, Bl. 43–49.

Gerade die bedeutendsten Professoren für theoretische Physik an deutschen Universitäten lehrten auch Experimentalphysik. In Köln verfolgte Försterling dieses Konzept seit 1924, um die Qualität der Ausbildung zu heben. Später wurde der Ausbau von Försterlings Institut mit unwahren Behauptungen gehemmt. Nun erfährt der Kölner Lehrbetrieb Kritik im In- und Ausland. Die Fakultät muss entscheiden, ob Försterlings Konzept weiter verfolgt werden soll.

Vgl. Einleitung, S. 172.

Euer Spektabilität!

Das Schreiben des Kultusministers³ vom 1.2.1932 hat zwar eine prinzipielle Entscheidung getroffen, indessen bleiben die Schwierigkeiten in der praktischen Gestaltung des Unterrichts in der Physik außerordentlich groß, um so mehr als ich im Zweifel bin, wieweit meine Anschauung von der Fakultät geteilt wird. Es bleibt mir daher nichts anderes übrig, als der Fakultät meine Auffassung der Sachlage offen darzulegen und die Punkte, wo ich Meinungsverschiedenheiten zwischen der Fakultät und mir zu sehen glaube, besonders scharf zu betonen. [...]

Ich muß zunächst die Stellung der theoretischen Physik an den preußischen Universitäten kurz besprechen. Vor dem Kriege gab es in Preußen meines Wissens nur drei Ordinariate für theoretische Physik: Berlin, Göttingen, Königsberg. Hiervon beschränkte sich die Tätigkeit des theoretischen Physikers nur in Berlin allein auf das theoretische Gebiet, da das Arbeitsgebiet von Prof. Planck rein mathematischer Natur war. In Göttingen dagegen besaß Prof. Voigt ein großes Institut, in dem zu meiner Assistentenzeit dort etwa 20 Doktoranden mit experimentellen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt waren. Das Praktikum für Anfänger war zwischen dem Experimentalphysiker Prof. Riecke und dem Theoretiker geteilt und wurde gemeinsam angekündigt. Heute ist die Professur von W. Voigt geteilt derart, daß neben dem Experimentalphysiker Prof. Pohl noch Prof. Franck als Experimentator und Prof. Born als Vertreter der mathematischen Richtung tätig sind (abgesehen von den verschiedenen Professuren für angewandte Physik). In Königsberg besaß und besitzt noch heute die theoretische Physik ein Institut für experimentelle Arbei-

³ *In diesem Schreiben (GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 444) gab das Ministerium Försterling Recht: er dürfe auch experimentelle Physik lehren und sein Privatdozent Malsch desgleichen. Die Gegenvorstellung Richard Rinkels vom 22.1.1932 (ebd., Bl. 445–452) überzeugte das Ministerium offenbar nicht.*

ten. Das Anfängerpraktikum wird noch heute gemeinsam von dem Experimentalphysiker (Prof. Kaufmann) und dem Theoretiker (Prof. Gans) angekündigt. Im Gegensatz hierzu war an den übrigen preußischen Universitäten (so auch z. B. in Bonn) die theoretische Physik durch planmäßige Extraordinariate vertreten, und diese Stelle wird vermutlich auch heute noch durch persönliche Ordinarien besetzt. Hier war die Möglichkeit einer selbständigen Betätigung auf experimentellem Gebiet von vorneherein sehr beschränkt, da dem Theoretiker im besten Falle nur einige Zimmer im Institut für Experimentalphysik zur Verfügung standen.

Bei meiner Berufung wurde ausdrücklich betont, daß in Köln mit voller Absicht ausnahmsweise ein volles Ordinariat für theoretische Physik geschaffen sei, und ich habe Herrn Ministerialdirektor Richter durch Handschlag versprechen müssen, die Rechte dieses Ordinariats in vollem Umfange zu wahren.

Ich habe immer wieder das Empfinden, daß die Fakultät sich über das Ausmaß der experimentellen Tätigkeit, die mit einem Ordinariat für theoretische Physik traditionsgemäß verknüpft ist, nicht im Klaren ist und ganz abwegig etwa die Verhältnisse in Bonn mit denen in Köln in Parallele setzt. Hier liegt wohl eine Wurzel der Gegensätze, die sich zwischen der Fakultät und mir herausgebildet haben.

Die Vorlesung „Experimentalphysik“ für Fortgeschrittene wird, wo sie regelmäßig gelesen wird, von einem alten qualifizierten Privatdozenten gehalten. Wir haben hier das Beispiel von Jena im Auge gehabt. Von Seiten der Experimentalphysik ist, soviel ich weiß, nicht einmal der Versuch gemacht worden, einen bewährten Kollegen für die genannte Vorlesung zu gewinnen. Ich selbst halte die regelmäßige Abhaltung dieser Vorlesung gerade hier in Köln für unbedingt erforderlich. Dies hängt mit der Entwicklung der Experimentalphysik an unserer Universität zusammen, und ich will auch über diesen Punkt meine Ansicht der Fakultät ganz offen darlegen.

Die Experimentalphysik an unserer Universität ist aus dem stark technisch gerichteten Fach an der Handelshochschule hervorgegangen und noch jetzt weist die Angabe „Experimentalphysik, angewandte Physik, insbesondere Elektrotechnik und Maschinenlehre“ im Vorlesungsverzeichnis darauf hin. Über die Erfahrungen, die wir hinsichtlich der Kenntnisse der Studenten in der Experimentalphysik gemacht haben, genügt es auf mein Schreiben an das Ministerium und auf den Brief von Herrn Dr. Malsch an Euer Spektabilität (vom 18.12.1931), der in jeder Hinsicht meine Zustimmung hat, hinzuweisen. Schlimmer für unsere Universität ist jedoch die ungünstige Kritik, die von auswärtigen Fachgenossen, und nicht nur im Inland, an dem Lehrbetrieb der Physik an unserer Universität geübt wird. Ich bin überzeugt, daß gegenüber dieser Kritik sowohl beim Ministerium als auch bei den städtischen Behörden mein Urteil oder das eines andern Kölner dem Fache der Physik nahestehenden Kollegen ohne jedes Gewicht wäre. Die Fakultät berücksichtigt – so scheint mir – diesen Umstand keineswegs in der gebotenen Weise und unterschätzt seinen verhängnisvollen Einfluß auf alle Fragen der Entwicklung der naturwissenschaftlichen Disziplinen, z. B. auf die Frage des Neubaus der Institute. [...]

Ich persönlich glaubte, daß der durch die Tradition gegebene Umfang der experimentellen Tätigkeit eines Ordinariats für theoretische Physik die Möglichkeit gewähre, die in Köln aus der technischen Physik entwickelte Experimentalphysik ohne viel Aufhebens zu ergänzen. Ich habe daher bei allen Schritten versucht, mich eng an Einrichtungen anzulehnen, die an andern Universitäten schon bestanden, Einrichtungen, die die bedeutendsten Experimentalphysiker neben ihren eigenen Vorlesungen und Übungen bestehen ließen oder selbst geschaffen hatten. (Wenn Herr Prof. Rinkel anführt, daß er persönlich in finanzieller Hinsicht geschädigt würde, so vermag ich die Größe seines Verluste nicht zu übersehen. Meine persönlichen Einnahmen aus dem Praktikum für Fortgeschrittene betragen im vergangenen Jahre etwa 150 M.)

Ich glaube, daß wir in den ersten Jahren meines Hierseins auf dem angegebenen Wege wirklich etwas vorwärts gekommen sind. Aber diese Entwicklung wurde vor einigen Jahren durch anders geartete Pläne unterbrochen. Diese gründeten sich auf die Behauptung, daß Herr Prof. Rinkel zurückzutreten wünsche, und daß lediglich die finanzielle Seite noch zu regeln sei. Damals erklärte mir der Dekan unter Berufung auf die bessere Einsicht des Dekans in den Stand der Dinge, daß die Lösung unmittelbar bevorstände und vor der Neubesetzung – es wurde der Name eines auswärtigen Physikers genannt – eine Weiterentwicklung der experimentellen Abteilung meines Instituts unerwünscht sei. Ich habe mich dieser bestimmt abgegebenen Erklärung nicht verschließen können und daraufhin den Ausbau meines Institutes eingeschränkt. Mit diesem Augenblick hat die Entfremdung zwischen mir und der Fakultät begonnen. Erst vor etwa einem Jahr habe ich auf eine Entscheidung gedrängt. Ich denke, man kann jetzt sagen, daß für diesen Plan alle Vorbedingungen fehlen, und daß alle jene Behauptungen reine Phantasiegebilde waren. [...]

Die Stellung der Fakultät zu allen diesen Schwierigkeiten ist mir nicht klar. Ich habe Euer Spektabilität meine Ansicht ausführlich dargelegt und bitte Euer Spektabilität, der Fakultät diese Darlegungen sowie mein Schreiben an das Ministerium vorzulegen. Ich möchte dabei an die Fakultät die analoge Bitte richten wie an das Ministerium: Falls die Fakultät sachlich mit meinen Ausführungen übereinstimmt, zu überlegen, wie eine Besserung der gegenwärtigen Zustände herbeigeführt werden kann, und die entsprechenden Maßregeln zu ergreifen. Falls die Fakultät umgekehrt der Ansicht ist, daß der Unterricht in der Physik an unserer Universität den zu stellenden Anforderungen genügt und meine Anforderungen übertreiben sind, so bitte ich diese Entscheidung klar zum Ausdruck zu bringen und die Verantwortung nach außen und dem Ministerium gegenüber zu übernehmen.

Erst wenn die Stellungnahme der Fakultät zu diesen Fragen vorliegt läßt sich übersehen, ob die vom Ministerium angeregte Einigung möglich ist, oder ob die Gegensätze zwischen der Fakultät, Herrn Prof. Rinkel und mir unüberbrückbar sind.⁴

Mit ausgezeichnetener Hochachtung Euer Spektabilität sehr ergebener

⁴ Die Akte erlaubt es nicht, den Fortgang des Streits zu verfolgen. Es wurde vermutlich wenig unternommen.

**262 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg für
Kultusminister Otto Boelitz.
Königsberg, 16. Januar 1924.**

*Ausfertigung, gez. Knopp als Dekan und 42 weitere Professoren der Fakultät.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 30, Bl. 407–418v.¹*

*Kandidaten für das Ordinariat für theoretische Physik sind: Richard Gans – Argentinien,
Karl Försterling – Jena, Walter Gerlach – Frankfurt und Richard Becker – Berlin.*

Vgl. Einleitung, S. 172.

Betrifft Nachfolge Volkmann.

Auf die Aufforderung U. K. 4842 vom 10. November 1923 reicht die Fakultät ihre Vorschlagsliste für die Nachfolge des am 1. April 1924 in den Ruhestand tretenden Geheimen Regierungsrats Prof. Dr. Volkmann ein. Bei der Aufstellung der Liste mußte auf die Verhältnisse Königsbergs mit ihrer Pflege der an den Schöpfer des Mathematisch-Physikalischen Laboratoriums F. E. Neumann knüpfenden Traditionen Rücksicht genommen werden. Für die auszuwählenden Persönlichkeiten war die Frage nach einer vollen Beherrschung der theoretischen Physik mit der Frage nach einer möglichst weitgehenden experimentellen Forschungs- und Lehrtätigkeit zu verknüpfen.

An erster Stelle nennen wir den Professor der Physik in La Plata – Argentinien, Dr. Richard Gans, der in wohl einzigartiger Weise gerade die Eigenschaften in sich vereinigt, welche die hiesige Stelle verlangt. Gans hat sich durch seine wissenschaftliche Tätigkeit als gleichbedeutend in theoretischer, wie experimenteller Beziehung erwiesen.

Richard Gans, geb. am 7.3.1880 in Hamburg, besuchte daselbst das Gymnasium bis Ostern 1898, studierte Mathematik und Physik an der Technischen Hochschule Hannover 1898/99 und an der Universität Straßburg 1899/01, promovierte in Straßburg summa cum laude im Jahre 1901 auf Grund einer Dissertation „Über Induktion in rotierenden Leitern“. 1901 bis 1902 wirkte er als Assistent am Physikalischen Institut in Heidelberg. 1902 bis 1911 in Tübingen, wo er sich im Jahre 1903 habilitierte und 1908 zum außerordentlichen Professor ernannt wurde. 1911 habilitierte er sich nach Straßburg um und erhielt zu Ostern einen Ruf als Professor der Physik und Direktor des Physikalischen Instituts der Universität La Plata (Argentinien), wo er zur Zeit noch tätig ist.

¹ Teildruck der Vorschlagsliste bei: Swinne, Edgar, *Richard Gans. Hochschullehrer in Deutschland und Argentinien*, Berlin 1992, S. 65–71.

Die außergewöhnlich große Zahl (ca. 150 Nummern) der Arbeiten von Gans verbietet es, sie hier im einzelnen aufzuführen. Sie lassen sich im wesentlichen in folgende Gruppen einteilen:

- 1) Arbeiten zum Ausbau der Maxwellschen Theorie in Anwendung auf spezielle Probleme, z. B. Magneto- und Elektrostriktion, Ponderomotorische Kräfte auf Dielektrika, Grundgleichungen der Elektrodynamik, Elektrodynamik bewegter Körper u. a.
- 2) Arbeiten zur allgemeinen und zur molekularen Theorie des Magnetismus.
- 3) Arbeiten zur Molekulartheorie der Dielektrika.
- 4) Arbeiten über die Molekulartheorie der Lichtzerstreuung in Flüssigkeiten (sogenannter Tyndall-Effekt).

Neben diesen größeren Arbeitsreihen sind zu erwähnen die mehr gelegentlichen Veröffentlichungen aus den verschiedensten Gebieten der reinen und angewandten Physik und Mathematik, z. B. Zur Elektronentheorie der Metalle, Die Empfindlichkeit des Telephons, Theorie der Wirbelstrombremse, Ein thermodynamischer Integrator, Numerische Auflösung partieller Differentialgleichungen, Euler als Physiker, Ultramikroskopische Studien, Theorie der Thermionenströme, Lichtdruck und Kometenschweife u. a. m. Seine theoretischen Arbeiten zeichnen sich alle durch außerordentliche Klarheit der Darstellung und durch Verfolgung des Problems bis zur vollständigen numerischen Durchrechnung aus. Meist folgt dann die experimentelle Prüfung durch Gans selbst oder einen seiner Mitarbeiter. In den experimentellen Arbeiten erweist sich Gans als ein mit allen Feinheiten neuerer Experimentierkunst vertrauter und erfindungsreicher Forscher.

Von seiner Fähigkeit zu klarer Darstellung eigener und fremder Forschungsergebnisse zeugen auch seine Bücher und seine Beiträge zu Sammelwerken, von denen die folgenden zu nennen sind: Einführung in die Vektoranalysis, 1. Aufl. 1905, 5. Aufl. 1923. Einführung in die Theorie des Magnetismus 1908. Artikel „Magnetismus“ in: „Die Kultur der Gegenwart“, Bd. Physik 1915. Beiträge zu Bd. 5 (Physik) der „Enzyklopädie der Mathematik“ sowie zu Gans/Webers „Repertorium der Physik“ 1915.

Seine vielseitige und erfolgreiche Tätigkeit als akademischer Lehrer wird durchweg gelobt. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn das Ministerium mit allen verfügbaren Mitteln versuchen würde, diesen als Forscher wie als Lehrer gleich hervorragenden und durch seine Tätigkeit um das Ansehen deutscher Wissenschaft im Auslande hochverdienten Gelehrten seiner Heimat wiederzugewinnen.

Auf Grund früherer privater Mitteilungen weiß die Fakultät, daß Herr Gans lebhaft wünscht, in seine Heimat zurückzukehren und dazu bereit ist, wenn ihm hier ein Ordinariat angeboten wird. Um Zeit zu sparen, hat die Fakultät sich erlaubt, eine unverbindliche Anfrage mit der Bitte um telegraphische Antwort an Herrn Gans zu richten, ob er zur Zeit bereit wäre, ein Ordinariat in Königsberg anzunehmen. Die Antwort werden wir dem Ministerium nach ihrem Eintreffen mitteilen.

An zweiter Stelle nennen wir nebeneinander – in alphabetischer Reihenfolge – den Privatdozenten Prof. Dr. Karl Försterling in Jena und den nichtbeamteten außerordentlichen

Prof. Dr. Walter Gerlach in Frankfurt a. M. Försterling weist einen etwas größeren theoretischen, Gerlach mehr einen experimentellen Einschlag auf.

Försterling, geb. 23. April 1885 in Wernigerode, besuchte Mittelschule und Gymnasium seiner Vaterstadt 1894–1904, studierte Physik und Mathematik zwei Jahre in Heidelberg, dann in Göttingen, wo er 1909 promovierte und zunächst weiter arbeitete. Der Krieg unterbrach seine Arbeiten. Vor seiner Übersiedelung nach Jena betätigte er sich im Physikalischen Institut der Technischen Hochschule in Danzig.

Die Arbeiten der ersten Hälfte bis 1914 bevorzugen das Gebiet der theoretischen und praktischen Optik, davon sind 5 in den Nachrichten der Göttinger gelehrten Gesellschaft erschienen. Die späteren Arbeiten liegen auf den Gebieten der Thermodynamik, Gittertheorie der Kristalle, Quantentheorie, Relativitätstheorie, Bohrschen Atomtheorie – hier gelingt es ihm vielfach auseinanderliegende Gebiete miteinander in Beziehung zu setzen. Die Arbeiten zeigen allenthalben in idealer Verbindung theoretische Überlegungen und praktische Resultate. Die letzte ausgezeichnete Arbeit knüpft an praktische experimentelle Studien über den Hochfrequenzwiderstand von geraden Drähten, die mit leitenden Mänteln versehen sind, von Trautmann in Jena und gibt von allen ihren Resultaten in geschicktester Weise theoretische Rechenschaft.

Als Schüler von W. Voigt dürfte Försterling in hohem Grade für die theoretisch-physikalische Professur in Königsberg geeignet sein, wirkte doch W. Voigt, bevor er nach Göttingen ging, 1875–83 in Vertretung von F. E. Neumann in Königsberg. Die Tätigkeit Försterlings und sein Zusammenwirken im Unterricht mit anderen akademischen Lehrern in Jena wird besonders gerühmt. Die Liste seiner Veröffentlichungen befindet sich in der Anlage.²

Walter Gerlach, geb. 1.8.1889 zu Biebrich a. Rh., besuchte das humanistische Gymnasium zu Wiesbaden bis 1908, studierte Physik, Chemie, Mathematik und Philosophie 1908–1911, promovierte am 29.2.1912 in Tübingen bei Prof. Paschen und wirkte daselbst als Assistent vom Oktober 1910 bis Dezember 1916. Er habilitierte sich zunächst in Tübingen Mai 1916, sodann in Göttingen August 1917. Nach Unterbrechung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit durch Militärdienst war er vom 1.1.1919 bis 31.10.1920 bei den Farbenfabriken von Friedrich Bayer in Elberfeld und ab November 1920 in Frankfurt a. M. als 1. Assistent und nicht-beamteter außerordentlicher Professor mit Lehrauftrag für „Höhere Experimentalphysik“ tätig.

In der Zeit von 1912–1916 beschäftigte sich Gerlach hauptsächlich mit Problemen, welche mit dem Thema seiner Dissertation in Zusammenhang stehen, nämlich mit der Kritik und Verbesserung der Methoden der absoluten Strahlungsmessung. Er trug dadurch wesentlich zur Sicherung des lange Zeit stark umstrittenen Zahlenwertes der wichtigen Konstanten des Stefan-Boltzmannschen Strahlungsgesetzes bei. Die Untersuchung der zu diesen Messun-

² Die im Folgenden erwähnten Schriftenverzeichnisse der Kandidaten und die Äußerungen der beiden Nichtordinarien liegen der Akte bei, Bl. 411–418.

gen gebräuchlichen experimentellen Hilfsmittel und der zu berücksichtigenden Fehlerquellen zeitigte u. a. Arbeiten über die Absorption der Strahlungsenergie in festen Körpern und in Gasen, über die Theorie des Radiometers, über Photophorese, über die Gesamtstrahlung der Hefnerlampe u. a.

Die Arbeiten der neueren Zeit (seit 1920) sind hauptsächlich der Quantentheorie und ihren Anwendungen, ferner molekularstatistischen Untersuchungen und der Untersuchung von Kristallgittern mittels Röntgenstrahlen gewidmet.

Wohlberechtigtes Aufsehen erregten vor allem die im Jahre 1922 erschienenen Arbeiten über die Richtungsquantelung der Silberatome im Magnetfelde, Arbeiten welche eine exakte Bestätigung unserer neuesten, namentlich von dem Dänen N. Bohr entwickelten Anschauungen von den Grundeigenschaften der Atome geliefert haben. Diese zum Teil gemeinschaftlich mit O. Stern ausgeführten Arbeiten dürften zu dem besten gehören, was in allerneuester Zeit an verfeinerter Experimentier- und Meßkunst geleistet worden ist.

Gerlachs im Jahre 1923 erschienenes Buch „Atome, Moleküle, Elektronen“ ist ein deutlicher Beweis seiner vielseitigen und gründlichen Kenntnisse auch über den unmittelbaren Bereich seiner eigenen Forschungstätigkeit hinaus und seiner Fähigkeit klarer und allgemeinverständlicher Darstellung.

Die Lehrtätigkeit Gerlachs wird allgemein gelobt.

Verzeichnis der Veröffentlichungen und Vorlesungen Gerlachs folgt in der Anlage.

An dritter Stelle nennen wir den Privatdozenten Dr. Richard Becker in Berlin.

Richard Becker, geb. 3.12.1887 in Hamburg, besuchte 1894–1906 zunächst die Hansaschule zu Bergedorf, später das Johanneum zu Hamburg, studierte 3 Semester in Marburg Naturwissenschaften, ging dann nach Freiburg, wo er vorzugsweise Zoologie studierte und 1909 promovierte. Er wandte sich dann der Physik zu, war Assistent am Physikalischen Institut in Hannover, dann am Kaiser-Wilhelm Institut in Dahlem bei Haber. Es folgt Industrietätigkeit in Dynamitwerken (Schlebusch-Köln) 1912–1914, Kriegsdienst 1914–1915, sodann reklamiert für WUMBA³ 1915–1919. Es folgt wieder Industrietätigkeit 1919–1922 bei Bergius (Chemische Unternehmungen für Braunkohlenverwertung) und bei Osram-Gesellschaft, habilitierte sich Anfang 1923 in Berlin.

Die ersten physikalischen Arbeiten Beckers knüpfen an seine Sprengstoff-Tätigkeit während der Kriegsjahre: Es handelt sich um das Studium der mit Sprengungen auftretenden und verbundenen physikalischen Erscheinungen, um die Hydrodynamik der Explosionswellen nach elektrischer, akustischer und gaskinetischer Seite. Unter den anschließenden Arbeiten mögen die Aufsätze über die Zustandsgleichung für Stickstoff bei großen Dichten und über Abstoßungsgesetz und Durchmesser der Stickstoffmoleküle hervorgehoben werden.

Seit 1922 treten Anwendungen quantentheoretischer Betrachtungen in Verbindung mit Atommodellvorstellungen nach N. Bohr in den Vordergrund; eine dieser Anwendungen

³ *Waffen- und Munitionsbeschaffungamt.*

hat den Versuch einer theoretischen Erfassung des bei Alkalien beobachteten Starkeffektes zum Gegenstand. Seit einiger Zeit beschäftigen Becker thermodynamische Studien der Ionisierung einatomiger Gase. Sein auf der letzten Physikertagung in Bonn darüber gehaltenen Vortrag erregte viel Beifall und förderte eine lebhaft Diskussions zu Tage.

Die Vorlesungstätigkeit Beckers wird gerühmt, er liest gut und mit Eifer. Ein Verzeichnis seiner Veröffentlichungen findet sich in der Anlage.

Zum Schluß möchte die Fakultät noch bemerken, daß sie lediglich wegen der eingangs erwähnten besonderen Verhältnisse Königsbergs weder ihren als erfolgreichen Lehrer, wie als anerkannt tüchtigen Forscher hochgeschätzten Privatdozenten Dr. Erich Kretschmann, welcher als „reiner“ Theoretiker der experimentellen Forschung völlig fernsteht, noch auch ihren als „reiner“ Experimentator Hervorragendes leistenden und auch als Lehrer auf dem ihm übertragenen Gebiet äußerst erfolgreichen nichtbeamteten außerordentlichen Prof. Dr. Gerhard Hoffmann genannt hat. Sie benutzt jedoch diese Gelegenheit gerne, um beide Herren dem Ministerium in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Die Vorschläge der beiden Nicht-Ordinarien des Faches, Prof. Dr. G. Hoffmann und Dr. Kretschmann befinden sich in der Anlage.²

**262 b. Schreiben des Kultusministers Otto Boelitz an den Kurator der Universität
Königsberg, Friedrich Hoffmann.**

Berlin, 27. Juni 1924.

Konzept, gez. i. V. Becker.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 30, Bl. 419.

*Bitte um weitere Vorschläge, da Gans in Argentinien bleibt und Försterling eine Professur in
Köln übertragen wurde.*

Vgl. Einleitung, S. 172.

Auf den Bericht vom 16.1.1924, die Nachfolge des Prof. Volkmann betreffend.

Der an 1. Stelle vorgeschlagene Prof. Gans hat, wie mir bekannt geworden ist, nicht die Absicht, nach Deutschland zurückzukehren. Nachdem ich mich habe entschließen müssen, dem Prof. Försterling eine neu gegründete Professur an der Universität Köln anzutragen,⁴ ersuche ich, die Fakultät zunächst zu einer eingehenderen Beratung dazu zu veranlassen,

⁴ Vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 441–443 die Liste der Philosophischen Fakultät der Universität Köln vom 31.5.1923, die Försterling als Erstplatzierten nannte; er wurde im Juli 1924 berufen.

weshalb sie bei ihren Vorschlägen für die freistehende Professur für theoretische Physik Gelehrte, deren Leistungen wesentlich auf experimentellem Gebiete liegen, bevorzugt hat. Die Fakultät wolle ihre Vorschläge gegebenenfalls durch weitere Nennung von Vertretern der theoretischen Physik ergänzen.

262 c. Zweite Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg für Kultusminister Otto Boelitz.

Königsberg, 31. Juli 1924.

Ausfertigung, gez. Rost als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 31, Bl. 9–11.

Kandidaten für das Ordinariat für theoretische Physik, das wegen der Verhältnisse in den Königsberger Instituten traditionell auch einen experimentellen Teil umfasst, sind weiterhin Gerlach – Frankfurt und Becker – Berlin. Ferner wäre Gerhard Hettner – Berlin geeignet.

Vgl. Einleitung, S. 172.

Betrifft: Nachfolge Volkmann.

Dem Schreiben des Herrn Ministers vom 27. Juni 1924 entnimmt die Fakultät mit Bedauern, daß der von ihr vorgeschlagene Prof. Försterling für Königsberg nicht mehr zu haben ist. Um so mehr möchte die Fakultät den Wunsch betonen, daß nunmehr der mit Herrn Försterling an gleicher Stelle genannte Prof. Gerlach – Frankfurt hierher berufen wird. Wenn die Fakultät für die Professur für theoretische Physik gleichwohl einen seiner Forschungstätigkeit nach wesentlich experimentell eingestellten Physiker vorgeschlagen hat, so waren dafür Gründe maßgebend, die sie glaubte in dem allgemeinen Teile ihres Berichtes deutlich gemacht zu haben. Der Aufforderung des Ministers entsprechend, werden diese Gründe im folgenden ausführlicher dargelegt.

Es sind die besonderen Königsberger Institutsverhältnisse, welche unsere Vorschlagsliste beeinflussten; deshalb muß zunächst über diese berichtet werden: An den Universitäten an welchen reine Theoretiker, das heißt der experimentellen Forschung gänzlich fernstehende Vertreter der theoretischen Physik, wirken, ist das ganze Physikalische Institut in der Hand des Vertreters der Experimentalphysik vereinigt; dieser allein hat dort den gesamten praktischen Unterricht für die verschiedenen Studentengruppen, nämlich 1) reine Fachphysiker, 2) Schulamtskandidaten für Physik und Mathematik, 3) Mediziner und Biologen, 4) Chemiker, 5) Pharmazeuten, 6) Landwirte zu übernehmen, was naturgemäß nur möglich ist bei Verfügung über ein genügend großes Maß von Arbeitsraum, Arbeitsmitteln und Hilfskräften.

In Königsberg dagegen bestehen nebeneinander zwei in einem Hause untergebrachte, aber völlig voneinander unabhängige, annähernd gleich große Physikalische Institute, von denen eines, im Staatshaushaltsplan als „Mathematisch-Physikalisches Laboratorium“ bezeichnet, der Leitung des Professors für theoretische Physik unterstellt ist. Würde nun ein rein theoretisch eingestellter Physiker hierher berufen und zugleich zum Institutsdirektor ernannt, so wäre die Folge voraussichtlich die, daß das ihm unterstellte Institut entweder ganz still läge oder aber als reines Forschungsinstitut allenfalls einige Doktoranden ausbildete, für die übrigen Unterrichtsaufgaben aber völlig ausfiel. Eine andere Arbeitsteilung, wie sie sich früher tatsächlich einmal herausgebildet hatte, daß nämlich dem Vertreter der theoretischen Physik und seinem Institute die Ausbildung der Physiker und Mathematiker (No. 1 und 2 der obigen Aufzählung) reserviert blieb, während der Experimentalphysiker und sein Institut alle übrigen Gruppen zu übernehmen hatte, glaubt die Fakultät im Interesse der gleichmäßigen Ausbildung der Physiker und des Ansehens des Faches der Experimentalphysik als unerwünscht bezeichnen zu müssen. Auch würde zur Erfüllung dieser Aufgabe der Raum des Instituts für Experimentalphysik in seiner bisherigen Größe bei weitem nicht ausreichen, worauf der Direktor dieses Instituts (wie er der Fakultät mitgeteilt hat) in einem Berichte an den Herrn Minister vom 7. Januar 1924 hingewiesen hat.

Eine gangbare Lösung scheint uns deshalb dahin zu gehen, daß die Verantwortung für den gesamten praktischen physikalischen Unterricht beiden Institutsdirektoren gemeinsam auferlegt wird, mit dem Zusatz, daß die Verteilung der Einzelaufgaben, sei es nach Studentengruppen, sei es nach Teildisziplinen der Physik durch freie Vereinbarung der beiden Fachvertreter zu erfolgen habe. Dabei hätte die Verteilung der Institutsräume und Mittel nach Maßgabe des Umfangs und des Bedürfnisses der von jedem übernommenen Unterrichtsaufgaben zu erfolgen. Zum mindesten erscheint es geboten, dem Institut für Experimentalphysik entsprechend dem erwähnten Berichte seines Direktors das Maß von Raumzuwachs zuzubilligen, welches durch die besonderen Bedürfnisse des Experimentalvorlesung und der zugehörigen Spezialsammlung begründet ist.

Die geschilderte Sachlage läßt klar erkennen, daß für Königsberg die Berufung eines reinen Theoretikers erst dann in Frage kommen könnte, wenn der selbständige Bestand des Instituts für theoretische Physik aufgegeben würde. Eine Notwendigkeit zu dieser radikalen Lösung könnte aber erst dann anerkannt werden, wenn aus der Gruppe der experimentell tätigen Herren sich keiner von so hohen Qualitäten finden lassen würde, daß nicht seine allgemeine fachliche Bedeutung die mangelnde Spezialisierung in theoretischer Hinsicht mehr als aufwiegt; dieser Forderung genügten die Herrn Gans und Försterling in jeder Beziehung.

Bei Herrn Gerlach scheint der Herr Minister wegen dessen rein experimenteller Forschungstätigkeit Bedenken zu haben. Diese Bedenken werden unseres Erachtens zerstreut erstens durch Berücksichtigung der hervorragenden sonstigen Qualitäten Gerlachs, seiner Vielseitigkeit, seiner staunenswerten Produktivität, seiner Lehrbegabung (vgl. seine zusammenfassenden Darstellungen größerer Forschungsgebiete), seiner praktischen Lehrerfah-

rung in langjähriger Assistententätigkeit, zweitens dadurch, daß die Problemstellung seiner wissenschaftlichen Arbeiten engstens an die Probleme der modernen theoretischen Physik anknüpft und er dadurch, wie durch die ganze Art seiner Veröffentlichungen seine völlige Vertrautheit mit der theoretischen Physik dartut. Wir halten ihn deshalb für hervorragend geeignet, die Königsberger Stellung auszufüllen, bei der es sich ja, das sei nochmals betont, nicht nur um die Professur für theoretische Physik, sondern auch um die Leitung eines der experimentellen Forschung dienenden Instituts und um die Mitarbeit an dem gesamten praktisch physikalischen Unterricht handelt.

Der Herr Minister hat am Schluß seines Schreibens noch anheimgestellt, unsere Liste eventuell noch durch Nennung weiterer Namen zu ergänzen. Wir kommen diesem Wunsche nach, indem wir an dritter Stelle neben dem von uns bereits genannten Herrn R. Becker noch den Privatdozenten Herrn Gerhard Hettner – Berlin nennen, und zwar pari passu mit Herrn Becker. Wir möchten aber betonen, daß unseres Erachtens beide Herren ihren Gesamtleistungen nach erst in beträchtlichem Abstände hinter Herrn Gerlach zu rangieren sind.

Gerhard Hettner wurde am 21. August 1892 in Berlin geboren. Nach bestandener Reifeprüfung im Jahr 1910 studierte er bis zum Kriegsbeginn in Berlin und Göttingen Physik und Mathematik. Nach schwerer Erkrankung in Rußland aus dem aktiven Heeresdienst entlassen, trat Hettner in das Militärversuchsamts ein, wo er mit Arbeiten physikalisch-technischen Inhalts beschäftigt war. Im Jahre 1917 promovierte er in Berlin bei Rubens und wurde nach Beendigung des Krieges Assistent am Physikalischen Institut der Universität Berlin. Im Sommersemester 1921 habilitierte er sich dortselbst für Physik mit einer theoretischen Arbeit. Das Thema seiner Vorlesungen betraf zunächst die Quantentheorie. Seit April 1922 ist Hettner mit der Abhaltung eines Parallelkursus zu der sechssemestrigen Vorlesung des Herrn Planck über die gesamte theoretische Physik beauftragt. Außerdem beteiligt sich Hettner an der Leitung der experimentellen Arbeiten im Physikalischen Institut und an dem theoretisch-physikalischen Proseminar. Seit April 1923 ist er Mitglied des wissenschaftlichen Prüfungsamtes.

Die teils theoretischen, teils experimentellen Arbeiten Hettners beziehen sich zum großen Teile auf die molekulartheoretische Deutung der an ultraroten Spektren von Wasser- und anderen Dämpfen und Gasen gefundenen Gesetzmäßigkeiten im Sinne der neueren Quantentheorie und bilden eine sehr wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse auf diesem Gebiete. Neuerdings hat sich Hettner der Theorie des Radiometers, eines bis jetzt im wesentlichen experimentell untersuchten Instruments, zugewandt.

Alle Arbeiten Hettners zeigen sichere Beherrschung der wissenschaftlichen Methodik und Hilfsmittel und große Klarheit der Darstellung. Auch sein Vortrag wird als sehr klar und sachgemäß gelobt. Ein Verzeichnis der Arbeiten Hettners folgt umseitig.⁵

⁵ Bl. 12 der Akte. Hier nicht abgedruckt.

Wir schließen mit der Bitte um möglichste Beschleunigung der Angelegenheit und Erledigung, wenn tunlich noch während der Universitätsferien, damit die nötige Zeit zu sachlichen Vorbereitungen und zu etwaigen Umstellungen in den Instituten vor Semesterbeginn bleibt. Endlich bitten wir, bei den Verhandlungen mit dem zu Berufenden von den oben in Abschnitt vier und fünf dieses Berichtes gemachten Darlegungen und Vorschlägen betreffend eventueller Neuordnung der Institute und Fassung der Lehraufträge in geeigneter Weise Gebrauch machen zu wollen.

Obiger Bericht ist in der Fakultätssitzung vom 29. Juli 1924 einstimmig angenommen worden.⁶

263. Denkschrift von Prof. Paul Volkmann für Kultusminister Otto Boelitz.

Königsberg, Juli 1924.

Ausfertigung, gez. Volkmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 31, Bl. 16–17v.

Seit den Zeiten von Franz Ernst Neumann dient das Mathematisch-Physikalische Institut in Königsberg primär der Ausbildung von Lehramtskandidaten, damit diese ihre künftigen Schüler in theoretische wie experimentelle Physik einführen können. Dieses Institut ist deshalb vom Institut für Experimentalphysik, das primär künftige Physiker ausbildet, getrennt zu halten.

Vgl. Einleitung, S. 173.

Über die Motive und Absichten Franz Neumanns, die zur Errichtung des Mathematisch-Physikalischen Laboratoriums seinerzeit geführt haben.

Die Physik ist als grundlegende Wissenschaft an der Universität einem überaus verschiedenen und weiten Kreise von Studierenden nahe zu bringen, die auf sehr mannigfache Zwecke der Ausbildung gerichtet sind. Ganz abgesehen von den wenigen Studierenden, welche die Absicht haben, sich speziell der physikalischen Wissenschaft selbst zu widmen, und welche nach vollkommen freier Wahl sich in ihrer Ausbildung dem einen oder dem anderen – oder auch beiden in der Physik vertretenen Professoren anschließen werden, dürften für Lehr-

⁶ Mit Schreiben vom 13.12.1924 (Bl. 24 der Akte) teilte die Königsberger Fakultät dem Kultusministerium mit, dass Gerlach einen Ruf ablehnen werde. Dringend nötig sei eine Modernisierung des Mathematisch-Physikalischen Instituts und dann die Gewinnung von Richard Gans, der momentan Göttingen besuche, möglich. Mit Vereinbarung vom 8.1.1925 (Bl. 25) erhielt Gans den Ruf auf das Königsberger Ordinariat und die Zusicherung, dass sein künftiges Institut umgebaut werde und er bis 1926 50.000 RM für Apparate erhalte.

und Unterrichtsbetrieb etwa 5 Kategorien von Studierenden zu unterscheiden sein: 1) Lehramtskandidaten, die das Studium der Mathematik mit dem der Physik zu verbinden pflegen; 2) Chemiker; 3) Mediziner und Biologen; 4) Pharmazeuten; 5) Landwirte.

Wenn schon im allgemeinen der Unterricht und die Unterweisung in der Wissenschaft als eine persönlich auszuübende, in sich als geschlossenes Ganzes zu behandelnde Kunst zu betrachten sein wird, so muß dieses nach der Natur der Sache von dem Unterricht und der Unterweisung in den physikalischen Wissenschaften ganz besonders zu gelten haben – und dies in theoretischer und in praktischer Hinsicht, beide Worte – theoretisch und praktisch – in allgemeinsten Bedeutung. Schon bei bescheidenster Auffassung physikalischer Unterrichtskunst wäre es eine Utopie und Unmöglichkeit, den 5 aufgeführten Kategorien von Studierenden seitens nur eines physikalisch-praktisch ausgebildeten Professors mehr oder weniger gleichzeitig dienen zu können oder auch nur dienen zu wollen – und das, wo gerade in Königsberg ohnehin zwei physikalisch-praktisch ausgebildete Professoren zur Verfügung stehen, die ihre Unterrichtskunst für die eine oder andere Kategorie von Studierenden noch spezieller ausbilden und entwickeln könnten.

Die Motive und Absichten Franz Neumanns waren stets ganz besonders und nahezu ausschließlich der Ausbildung der an erster Stelle genannten Kategorie der Lehramts-Kandidaten zugewandt. Es muß gerade diese Beschränkung Franz Neumanns deshalb als von ganz besonderer Bedeutung betrachtet werden, weil gerade in den Händen der vorzubildenden künftigen Schulmänner die wichtige Aufgabe ruht, auch den physikalischen Schulunterricht nach den jedesmal verschieden vorliegenden Verhältnissen einer einzelnen Schulklasse individuell als Kunst auszubilden und dem jeweiligen Fassungsvermögen der jedesmal zu unterweisenden Schüler nahebringen zu können.

Ohne die besonderen Einrichtungen, wie solche gerade Königsberg der Initiative Franz Neumanns und dem dieser Initiative seinerzeit verständnisvoll folgenden Ministerium verdankt, würde die später einsetzende Kunst des physikalischen Schulunterrichts mehr oder weniger ganz den jungen unerfahrenen Schulumtskandidaten selbst ohne wissenschaftliche Anleitung und Methodik, das heißt dem Zufall überlassen bleiben, wie das, von Ostpreußen abgesehen, in der Mehrheit der preußischen Provinzen bisher der Fall war und noch ist. Ich hatte schon früher in diesem Sinne dem Ministerium gegenüber Gelegenheit, in einem Antrage vom 24. Mai 1923 betreffend genaue Interpretation „der notwendigen Fachvorlesungen für das Fach der Physik in der Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen“ auszuführen, daß es gerade ein erweiterter Unterricht der theoretischen Physik – einschließlich der praktisch-physikalischen Ausbildung im Sinne der Traditionen F. Neumanns ist, welcher den späteren Lehrer indirekt befähigen soll, dem physikalischen Schulunterricht nach Auswahl und Inhalt das Leben einzuhauchen, welches den Lehrer ebenso ständig dazu zwingt, eine dem Standpunkt seiner Schüler angemessene schöpferische und künstlerische Tätigkeit zu entfalten, wie es dem Schüler die Illusion schafft, als ob unter den Bedingungen des Schulunterrichts neue Wissensformen und Wissensinhalte entstünden – gerade für die Fassungskraft der Schüler geeignet. Ich hatte die Freude, diese

meine Auffassungen in dem ministeriellen Schreiben vom 19. Juli 1923 U. II. Nr. 16211 U. I. anerkannt zu sehen.

Übrigens findet die Notwendigkeit einer Unterrichtskunst, sich nach dem verschiedenen Fassungsvermögen der Schulklassen zu richten, mit Recht schon in den Lehrplänen der Schule einen gewissen besonderen Ausdruck: in der Unterscheidung einer Unter- und einer Oberstufe, auf die bei Ausbildung der Lehramts-Kandidaten kunstmäßig schon auf der Universität in geeigneter Weise hinzuweisen und vorzubereiten sein wird.

Vom Standpunkt der Unterrichtskunst ist es eine vollkommene Utopie und Unmöglichkeit, im physikalischen Praktikum so mannigfachen Kategorien von physikalischen Praktikanten dienen und so mannigfachen Lehrbedürfnissen gerecht werden zu wollen, wie solche am Anfang der Denkschrift aufgeführt sind. Jeder Versuch, eine solche Unmöglichkeit doch realisieren zu wollen, hat erfahrungsgemäß ein Ausbleiben jeglicher innerer Lehrbefriedigung zu Folge, wie es sich an manchen Universitäten darin zu äußern pflegt, daß die maßgebenden Professoren sich nur nominell an der Abhaltung der Unterrichtspraktika zu beteiligen pflegen, dieselbe vielmehr überwiegend ihren Assistenzkräften überlassen, die erst recht nicht in der Lage sind, für die verschiedenen Kategorien der Studierenden eine Unterrichtstätigkeit im Praktikum kunstmäßig differenzieren zu können – oder auch nur differenzieren zu wollen. Die Vorbereitung auf das bedeutsame Amt des physikalischen Schulmannes verträgt am allerwenigsten eine Massenbehandlung, wie sie an vielen Universitäten üblich ist.

Als Analogon zur praktischen Ausbildung verschiedener Kategorien von Physikern kann die praktische Ausbildung verschiedener Kategorien von Chemikern herangezogen werden, wie solche in Königsberg neben dem großen Chemischen Laboratorium (Meerwein), in dem Pharmazeutisch-Chemischen Laboratorium (Matthes) und in dem Agrikultur-Chemischen Institut (Zielstorff) zur Zeit ihren besonderen Ausdruck findet.

Wenn die beiden Physikalischen Institute, das Mathematisch-Physikalische Laboratorium und das Institut für Experimentalphysik, getrennt erhalten bleiben sollen, was den richtig verstandenen Traditionen F. Neumanns durchaus entsprechen würde, wäre – immer abgesehen von der ganz kleinen Gruppe der wissenschaftlichen Spezialphysiker – die Verteilung der Aufgaben beider Institute auf die erwähnten 5 Kategorien Studierender das einzig angemessene und nicht die Verteilung der Aufgaben der Physikalischen Institute auf Einzeldisziplinen der physikalischen Wissenschaft, wie solche einige Mitglieder der Fakultät – Chemiker und Mineralogen – gegenwärtig anzustreben scheinen. In einer solchen, von mir bekämpften Einteilung nach Fächern könnte nur die Meinung von der Unzulänglichkeit des einen oder anderen Vertreters der beiden physikalischen Lehrstühle erblickt werden, welche vorübergehend in der Geschichte der Universität eintreten kann, auf welche aber nicht dauernde Abänderungen bewährter Institutionen begründet werden können und dürfen.

Alte bewährte Institutionen lassen sich jederzeit leicht zerstören, aber nach Erkenntnis des Irrtums der Zerstörung werden sie sich sehr schwer wieder herstellen und aufbauen lassen.

**264. Denkschrift von Prof. Paul Volkmann für Kultusminister Otto Boelitz.
Königsberg, 2. August 1924.**

Ausfertigung, gez. Volkmann.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bd. 31, Bl. 18–19v.

Die Trennung zwischen experimenteller und theoretischer Physik vollzog sich zuerst ab 1829 unter Franz Ernst Neumann in Königsberg und ab 1849 in Göttingen. Mit Schaffung weiterer Extraordinariate für theoretische Physik ab den 1870er Jahren konnten arbeitsüberlastete Experimentalphysiker vom Nachdenken weniger überlasteter theoretischer Physiker profitieren.

Vgl. Einleitung, S. 173.

Über die geschichtliche Entwicklung des physikalischen Hochschulunterrichts an Deutschen Universitäten unter besonderer Rücksicht auf die wissenschaftliche Vorbildung der späteren Lehramts-Kandidaten zur künftigen Praxis des Schulunterrichts in der Physik.

Die allgemeine Errichtung physikalischer Lehrstühle an Deutschen Universitäten knüpft geschichtlich an die vor rund 100 Jahren einsetzende Spezialisierung des vorher mehr oder weniger allgemein gehaltenen naturwissenschaftlichen Hochschulunterrichts. Die Physik wurde zunächst durchweg durch ein Ordinariat vertreten.

Hatte sich an anderen Hochschulen die Begründung eines physikalischen Ordinariats durchweg mehr unter Hervorkehrung der Kursusvorlesungen über Experimentalphysik vollzogen, so hat sie sich speziell in Königsberg unter Hervorkehrung der Kursusvorlesungen über theoretische Physik vollzogen, womit den Bedürfnissen für die wissenschaftliche Vorbildung künftiger Schulmänner in dem Fache der Physik besonders entgegengekommen wurde: Neumann erhält 1829¹⁾ die ordentliche Professur für Physik. Die Vertretung der Experimentalphysik in ihrer besonderen Bedeutung als Hilfswissenschaft für medizinische, pharmazeutische, chemische Vorbildung erhält Ludwig Moser als Extraordinarius 1832, als persönlicher Ordinarius 1839.

In Göttingen entstehen 1849 lediglich als Ausdruck politischer Verlegenheit der Regierung²⁾ zwei Ordinariate für Physik: Der bedeutende Wilhelm Weber (Erfinder des Telegraphen) war 1837 als einer der Göttinger Sieben seines Amtes entsetzt, sein Nachfolger, der weniger bedeutende B. Listing, mußte beibehalten werden, als W. Weber 1849 rehabilitiert wurde. Auf diese Weise wurde in Göttingen mehr zufällig die Trennung eines bisher einheitlichen Physikalischen Instituts in die beiden Abteilungen für Experimentalphysik und für theoretische Physik eingeleitet, die sich schon zuvor zielbewußt und nicht zufällig in Königsberg vollzogen hatte. Auf der überragenden Bedeutung W. Webers und der geringen Bedeutung B. Listings dürfte es beruhen, daß sich die Abteilung für theo-

retische Physik in Göttingen zunächst nicht zu der Bedeutung entwickelte, zu der sie sich ihrem inneren Wesen nach sonst hätte entwickeln müssen.

So gab es um die Mitte des 19. Jahrhunderts, abgesehen von Königsberg und Göttingen, kaum Lehrstühle für theoretische Physik. Diese wurden im wesentlichen erst nach 1870 errichtet – in Berlin durch Berufung von Gustav Kirchhoff 1874 –, in der Regel in Form von Extraordinariaten und damit ohne engere Anlehnung an die vorhandenen Physikalischen Institute, die zunächst lediglich weiter wesentlich den Zwecken der Kursusvorlesungen über Experimentalphysik dienten und unter diesem Gesichtspunkt den Charakter von Sammlungen physikalischer Instrumente (zum Zweck der Experimentalvorlesungen) trugen.

In der Zeit um 1870 beginnen die ursprünglich Neumannschen Gedanken, daß Physikalische Institute noch wesentlich anderen Zwecken zu dienen hätten als Kursusvorlesungen über Experimentalphysik, Wurzel zu fassen. Hatte Neumann bis dahin vergeblich versucht³⁾, Verständnis für die Notwendigkeit der Errichtung eines Mathematisch-Physikalischen Laboratoriums in Königsberg zu erwecken, so gelang es dem jungen Privatdozenten Friedrich Kohlrausch – dem späteren Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg –, in Göttingen innerhalb der Institutsräume von W. Weber ein erstes physikalisches Praktikum in Deutschland und wohl der Welt überhaupt einzurichten, woraus sich dann im Laufe der Jahrzehnte das meisterhafte – in der Welt einzig in seiner Art dastehende – Lehrbuch der Praktischen Physik von Kohlrausch entwickelte, das heute in 14 Auflagen vorliegt.

Wie die Dinge geschichtlich liegen, hat sich die Entwicklung des für Lehramts-Kandidaten als künftigen Schulmännern so überaus wichtigen physikalischen Praktikums, in Ermangelung Mathematisch-Physikalischer Laboratorien im Sinne Neumanns, an die heute schon ohnehin durch differenzierte Unterrichtsbedürfnisse überlasteten Institute für Experimentalphysik gelehnt.

Es kann heute nicht genug gerade auf diesen Umstand hingewiesen werden, wo die Entwicklung der theoretischen Physik gerade gegenwärtig unter dem überragenden Einfluß eines in seiner Art etwa ähnlich großen Meisters, als es in anderer Art Franz Neumann war, Max Plancks steht, der ohne Laboratoriumsbetätigung eine neue Differenzierung wissenschaftlicher Tätigkeit und Betätigung eröffnet hat, die in ihrer Bedeutung für die weitere wissenschaftliche Entwicklung auf das Wesen der Wissenschaft selbst beschränkt erscheint, in ihrer Auswertung als Vorbereitung für den physikalischen Schulunterricht aber die Gefahr einer vormals für die Schule überwundenen sogenannten Kreide- und Tafel-Physik in sich schließen könnte. Hier scheint mir die Neumannsche Differenzierung mit ihrer ständigen Durchdringung theoretischer Vorlesungen mit praktischer Laboratoriumstätigkeit und umgekehrt als unerreichtes Vorbild für die Vorbereitung auf den künftigen Lehrberuf an Schulen unersetzbar. Dem ohnehin überlasteten Experimentalphysiker muß gerade die Kraft dieser Durchdringungsmöglichkeit fehlen, wo er im allgemeinen selbst keine theore-

tischen Vorlesungen halten wird, oder, wo er sie hält, diese einen anderen Charakter und Zweck in sich tragen werden oder auch nur in sich tragen können als die Vorlesungen des weniger belasteten theoretischen Physikers. Es handelt sich hier um Fragen, die nur unter Hinzuziehung einer Abschätzung individueller Fähigkeiten des theoretischen Physikers einerseits und des Experimentalphysikers andererseits mit ihren menschlich-natürlichen Grenzen eine befriedigende Beantwortung finden können. Ohne jene Hinzuziehung und ohne Rücksicht auf jene Grenzen menschlicher Fähigkeiten dürften alle einschlägigen Äußerungen mit ihren Wünschen und Hoffnungen einen ganz utopischen Charakter tragen.

Anmerkungen.

- 1) In Königsberg lag der Lehrauftrag für Chemie, Physik und Naturwissenschaften bis 1829 in der Hand von Karl Gottfried Hagen cf. Prutz, Die Kgl. Albertus-Universität Königsberg im 19. Jahrhundert. Festschrift 1894 (Quart) S. 7. 118.
- 2) Die Physikalischen Institute der Universität Göttingen. Festschrift 1906
- 3) Cf. die zahlreichen Erinnerungsschriften auf Franz Neumann von Voigt, Wangerin, Volkmann, Luise Neumann und anderen.

**265 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für
Kultusminister Konrad Haenisch.**

Marburg, 14. August 1920.

*Ausfertigung, gez. v. Premierstein als Dekan, v. Auwers als Prodekan.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 273–275v.*

*Für das Ordinariat für Physik wird an erster Stelle Johannes Stark – Greifswald
vorgeschlagen, der, wiewohl sich nicht alle seiner Hypothesen bewährt haben, ein
hervorragende Forscher und Lehrer, aber kein unverträglicher Charakter ist. Weiterhin
werden benannt: Clemens Schaefer – Breslau und Eduard Grüneisen – Berlin.*

Vgl. Einleitung, S. 173.

Vorschläge für die Besetzung der erledigten Professur für Physik.

Die Philosophische Fakultät der Universität Marburg beehrt sich, nachstehend die Vorschläge für die Besetzung der durch das Ableben des Geheimen Regierungsrates Prof. Dr. Richarz erledigten ordentlichen Professur für Physik zu erstatten. Die Fakultät würde es mit besonderem Danke begrüßen, wenn die Besetzung dieser für den gesamten Unterrichtsbetrieb der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Abteilung so lebenswichtigen Lehrstelle mit tunlichster Beschleunigung – zum 1. Oktober dieses Jahres – erfolgen könnte. Insbe-

sondere bittet sie, daß durch die Entscheidung über die Heranziehung der Nichtordinarien, betreffs welcher auf die Eingabe der Fakultät vom 5. August dieses Jahres, Tagebuch Nr. 52, 758, verwiesen wird, keine schädigende Verzögerung herbeigeführt werde.

An erster Stelle nennen wir Johannes Stark, geb. 1874, ordentlicher Professor der Physik an der Universität Greifswald.

Stark ist sowohl auf spekulativem wie auf experimentellem Gebiete ungewöhnlich fruchtbar gewesen und ist es noch. Die Überfülle seiner Ideen hat im Anfang seiner wissenschaftlichen Laufbahn zu manchem Widerspruch Anlaß gegeben, und nicht alle seine Hypothesen haben sich bewährt. Aber im Laufe der Entwicklung hat sich doch immer mehr Richtiges und positiv Erweisbares aus seiner Art, die Dinge anzusehen, ergeben, und da sich zugleich seine experimentellen Fähigkeiten immer großzügiger entwickelten, hat ihn seine intensive Gedankenarbeit, verbunden mit seiner meisterhaften Experimentierkunst, zu wissenschaftlichen Leistungen geführt, die zum Besten gehören, was die deutsche Physik geschaffen hat, und ihm mit Recht den Nobelpreis eingetragen haben. Aus der langen Reihe seiner größeren und kleineren Arbeiten, die mit wenigen Ausnahmen die Elektrizitätsleitung in Gasen behandeln, heben wir nur die beiden Entdeckungen hervor, die als seine Glanzleistungen anzusehen sind und seinen Namen in der ganzen wissenschaftlichen Welt bekanntgemacht haben: Den Dopplereffekt bei Kanalstrahlen (1905) und den Effekt des elektrischen Feldes auf Spektrallinien – Starkeffekt (1913). Beide Arbeiten sind von fundamentaler Bedeutung und dadurch bemerkenswert, daß sie nicht Zufallsentdeckungen sind, sondern die experimentelle Verwirklichung theoretischer Überlegungen darstellen; die letztere auch noch besonders ausgezeichnet durch den genialen Gedanken, der die bestehenden experimentellen Schwierigkeiten überwand.

Starks Arbeiten haben nicht nur die Physik nachhaltig gefördert; auch die Nachbarwissenschaften, in erster Linie die Chemie, haben von ihnen tiefgehende Anregungen erfahren. Seine Ideen über die Atomdynamik, die in einem dreiteiligen Buch (1910, 1911, 1915) veröffentlicht wurden, haben durch die darin entwickelte Lehre von den Valenzelektronen eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme der theoretischen Chemie in eine neue Beleuchtung gerückt, und wenn auch über den Wert dieser Anschauungen ein endgültiges Urteil noch nicht gefällt werden kann, so ist doch ihr befruchtender Einfluß in der neuesten Entwicklung der Spekulationen über den Valenz- und Affinitätsbegriff unverkennbar.

Erwähnt sei aus Starks literarischer Tätigkeit die Begründung und Herausgabe des Jahrbuches der Radioaktivität und Elektronik, das dem Zusammenarbeiten der Physiker und Chemiker dienen und den oft beklagten schädlichen Folgen allzugroßer Spezialisierung entgegenwirken soll.

Nicht selten findet man, daß sich genial veranlagte Forscher für den Lehrberuf wenig eignen. Stark ist aber nach übereinstimmenden Zeugnissen, namentlich von den verschiedensten Stätten seiner Wirksamkeit, zugleich ein vorbildlicher akademischer Lehrer und ein ausgezeichneter Organisator. Gerühmt werden die Klarheit und Verständlichkeit seines Vortrages, nicht minder die Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, mit der er sich persönlich in

gleichem Maße um den ersten Unterricht der jungen Naturwissenschaftler, Lehramtskandidaten und Mediziner wie um die tiefere Ausbildung der fortgeschrittenen Studierenden und Doktoranden bemüht.

Wir sind daher überzeugt, daß Stark, der in der Vollkraft des Schaffens steht und uns als ein Mann von ungewöhnlicher Arbeits- und Willenskraft geschildert wird, nicht nur durch seine Persönlichkeit das ganze wissenschaftliche Leben an unserer Universität auf das günstigste beeinflussen würde, sondern auch wohl befähigt ist, hier den physikalischen Unterricht den Anforderungen der neuesten Zeit voll anzupassen.

Ausdrücklich bemerken wir noch, daß wir im Gegensatz zu umlaufenden Gerüchten durch genaue Erkundigungen festgestellt haben, daß Stark kein unverträglicher Charakter ist; insbesondere ist uns aus dem Greifswalder Physikalischen Institut ausdrücklich bezeugt worden, daß er mit seinen Mitarbeitern in vollem Einvernehmen lebt, sie in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung nach Kräften fördert und sich bei den Angehörigen seines Instituts allgemeiner Hochschätzung und Verehrung erfreut.

Zum Schluß weisen wir noch darauf hin, daß, sicheren Nachrichten zufolge, die Würzburger Philosophische Fakultät für den Fall, daß der dortige Professor der Physik W. Wien den an ihn ergangenen Ruf nach München annimmt, für seine Nachfolge Herrn Stark an erster Stelle vorzuschlagen beabsichtigt. Wir glauben mit dem Herrn Minister in der Auffassung einig zu sein, daß die preußische Unterrichtsverwaltung diese hervorragende Kraft, wenn irgend möglich, dem Lande erhalten sollte.

An zweiter Stelle nennen wir Clemens Schaefer, geb. 1878, zur Zeit persönlicher Ordinarius für theoretische Physik in Breslau. Schaefer zeigt sich in seinen Arbeiten nicht nur als geübter Experimentator, sondern als gründlich geschulter Theoretiker. Er ist außerordentlich vielseitig, hat z. B. gleich erfolgreich auf den Gebieten der Elastizitätslehre, der Akustik, Thermodynamik, Optik, insbesondere Spektroskopie und Radioaktivität gearbeitet. Besonders anerkannte Leistungen sind seine ausgedehnten Untersuchungen über den Durchgang elektrischer Wellen durch Gitter und seine experimentelle Prüfung der Drudeschen Dispersionstheorie, ferner seine bis in die jüngste Zeit fortgesetzten, glänzenden und für die modernen Strukturtheorien äußerst wichtigen Experimentalarbeiten über ultrarote Eigenschwingungen von Kristallen. Sein Buch „Einführung in die Maxwellsche Theorie“ (1908) fand bei den Fachgenossen die günstigste Aufnahme; seine „Einführung in die theoretische Physik“ (2 Bände, wovon der erste 1914 erschien und der zweite druckfertig vorliegt) gilt zu Zeit als das beste und beliebteste Lehrbuch der theoretischen Physik. Es legt Zeugnis ab von einer starken pädagogischen Begabung und Erfahrung, die ebenso wie Schaefers äußere Lehrerfolge von allen Seiten rühmend hervorgehoben werden. Eine stattliche Zahl von gediegenen Arbeiten spezieller Schüler beweist, daß Schaefer seine Hörer über Vorlesung und Praktikum hinaus zu eigener Arbeit anzuregen weiß. Die Arbeit Günther Neumanns, die den bisher exaktesten Nachweis der Abhängigkeit der Masse der Elektronen von ihrer Geschwindigkeit liefert, verdient geradezu die Bezeichnung „klassisch“.

Zusammenfassend läßt sich über die Forscher- und Lehrtätigkeit Schaefers sagen, daß er

über sorgfältiger und eingehender Kleinarbeit niemals den Sinn für die großen allgemeinen Fragen und Zusammenhänge verliert, eine keineswegs allgemein verbreitete und darum besonders schätzenswerte Fähigkeit.

Wir sind fest davon überzeugt, daß Schaefers frische Persönlichkeit in Marburg als Forscher, Lehrer und Institutsleiter eine ausgezeichnete Tätigkeit entfalten würde, und würden seine Berufung um so mehr begrüßen, als ihm damit endlich ein freies Arbeitsfeld geschaffen würde, auf dem seine Schaffenskraft unter günstigeren Bedingungen als bisher ungehemmt zu voller Auswirkung käme, ein gleich großer Vorteil für das Lehramt wie für die Wissenschaft selber. Die Nachricht, daß Herr Schaefer Aussicht hat, an die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin berufen zu werden, kann uns nur in dem Wunsche bestärken, eine solche hervorragende Kraft dem Universitätsunterrichte, für den sie geradezu geschaffen erscheint, durch eine Berufung nach Marburg erhalten zu sehen.

Für die Wertschätzung Schaefers im Kreise der Fachgenossen spricht endlich noch, daß die Göttingische Gesellschaft der Wissenschaften ihn mit der Herausgabe des physikalischen Nachlasses von Gauß beauftragt hat.

An dritter Stelle schlagen wir vor Eduard Grüneisen, geb. 1877, Abteilungsdirektor der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Professor, Privatdozenten an der Universität Berlin.

Wir finden in ihm die seltene Vereinigung des scharfsinnigen, unermüdlich fleißigen und gründlichen Experimentators mit dem hochbegabten originellen Theoretiker. Seine durch ihre Präzision ausgezeichneten Messungen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Wärmeleitung, der thermischen Ausdehnung und der Elastizität – es sei hier nur die ein Musterbeispiel experimenteller Anordnung darstellende Messung der absoluten elektrischen Widerstandseinheit erwähnt – haben seine Ernennung zum Abteilungsdirektor der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt veranlaßt. Noch bedeutsamer erscheinen die bis in die neueste Zeit reichenden Veröffentlichungen Grüneisens auf dem Grenzgebiete zwischen theoretischer und experimenteller Physik, unter denen ganz besonders seine Theorie des festen Zustandes hervorgehoben zu werden verdient. In diesen Arbeiten tritt uns eine ausgeprägte wissenschaftliche Persönlichkeit entgegen, die, auf einer völligen Beherrschung der theoretischen Physik fußend, weitblickende originelle Ideen entwickelt und dabei doch stets den wahren Experimentalphysiker verrät, der eine theoretische Behandlung der physikalischen Vorgänge anstrebt, die einer Prüfung durch sein Experiment zugänglich ist.

Daß die hervorragende Begabung auf experimentellem wie theoretischem Gebiet mit eisernem Fleiß, Gründlichkeit und einem bescheidenen Auftreten verbunden ist, läßt mit Bestimmtheit erhoffen, daß Grüneisen einen außerordentlich günstigen Einfluß auf unsere studentische Jugend ausüben würde.

**265 b. Sondervotum von sieben Professoren für Kultusminister Konrad Haenisch.
[Marburg], 15. August 1920.**

*Ausfertigung, gez. Paul Natorp, Walter Troeltsch, Kurt Hensel, E. Neumann, Erich Jaensch,
Alfred Thiel, Nicolai Hartmann.*

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 277–278.

Entgegen der knappen Fakultätsmehrheit sollen Stark und Schaefer gleichberechtigt an erster Stelle stehen, denn der Nobelpreisträger Stark ist wohl der berühmtere Forscher, hat aber Schwächen in der Lehre und als Persönlichkeit, die nicht völlig ausgeräumt wurden.

Vgl. Einleitung, S. 173.

Sondergutachten, betr. die Besetzung der ordentlichen Professur für Physik.

Die Anschauung der Unterzeichneten weicht von dem Inhalte des vorstehenden, mit 13 gegen 10 Stimmen ohne Stimmenthaltung angenommenen Antrages in einem grundsätzlichen Punkte ab: Wir schlagen zwar dieselben Persönlichkeiten vor, jedoch mit wesentlich abweichender Bewertung, nämlich

an erster Stelle die Herren Schaefer und Stark mit gleicher Bewertung,
an zweiter Stelle Herrn Grüneisen.

Auch wir verkennen keineswegs, daß Herr Stark aufgrund seiner ungewöhnlich umfangreichen wissenschaftlichen Produktion und insbesondere wegen der beiden hervorragenden Entdeckungen, die ihm den Nobelpreis eingetragen haben, in seiner Eigenschaft als Forscher einen beträchtlichen Vorsprung vor den anderen beiden Gelehrten besitzt. Wir können jedoch nicht zugeben, daß dieser Abstand so groß ist, daß demgegenüber alle sonstigen Rücksichten in den Hintergrund treten müßten. Anders als etwa bei der Ernennung zum Akademiemitgliede, spielt bei der Besetzung einer Professur die pädagogische Auswirkung der ganzen wissenschaftlichen Eigenart eine sehr gewichtige Rolle; ferner ist auf die besonderen örtlichen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen.

Auch Herr Schaefer ist ein Forscher, der hervorragende Leistungen aufzuweisen hat, nicht Produkte einer blendenden Phantasie, dafür aber auf exakteste Theorie fundiert und darum von unbestrittener Gediegenheit. Hierzu kommt die Vielseitigkeit seiner Interessen, die sich über Experimentalphysik und theoretische Physik so gleichmäßig wie bei Wenigen erstrecken und auch die Nachbargebiete der Physik, insbesondere das chemisch-mineralogische Grenzgebiet, umfassen. Von der Experimentalphysik ausgehend und auch heut noch in ihr wurzelnd, hat er sich, zunächst durch äußere Umstände dazu geführt, in die theoretische Physik tief eingelebt, wovon viele Arbeiten und seine ausgezeichneten Lehrbücher Zeugnis ablegen. Auf diesen Vorzug, den Herr Schaefer vor Herrn Stark unbestreitbar voraus hat, müssen wir mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse das allererste Gewicht legen, eine gewisse Ergänzung des Unterrichts nach der theoretischen Seite ist hier dringend erwünscht.

Die hervorragende Lehrbefähigung Schaefers ist auf das sicherste verbürgt. Zudem liefern Form und Inhalt seiner Bücher den unwiderleglichen Beweis für eine starke pädagogische Begabung, was von Herrn Starks Schriften nicht behauptet werden kann. Diese Befähigung, verbunden mit der Vielseitigkeit seiner Interessen, verbürgt die allergünstigste Wirkung Schaefers auf die Gesamtheit seiner Hörer, nicht nur auf die Studierenden der Physik im engeren Sinne.

Aber auch über den Kreis der Studierenden hinaus erstreckte sich in Breslau seine anregende Wirksamkeit, wovon seine rege Betätigung in dortigen wissenschaftlichen Vereinigungen, insbesondere in der Chemischen Gesellschaft, Zeugnis ablegt.

Zu Schaefers tatkräftiger, energischer Persönlichkeit haben wir genau das gleiche Vertrauen wie zu der Starks und erwarten daher mit der gleichen Zuversicht, daß Herr Schaefer der in Marburg seiner harrenden Aufgabe der Organisation des physikalischen Unterrichts in vollem Umfange gerecht werden würde.

Nach Abwägung aller hier in Betracht kommenden Verhältnisse müssen wir darum ein Zurücksetzen Herrn Schaefers hinter Herrn Stark mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Zu dem Schlußsatze in dem Gutachten über Herrn Stark bemerken wir noch:

Ursprünglich vorhandene Bedenken hinsichtlich gewisser persönlicher Eigenschaften von Herrn Stark sind allerdings durch eingehende Ermittlungen auch in unseren Augen wesentlich abgeschwächt, aber nicht völlig beseitigt worden. Weitere Bedenken, die wir nicht unterdrücken können, bewegen sich in pädagogischer Richtung und hängen mit der wissenschaftlichen Methode des Herrn Stark zusammen. Seine ins Weite gehende Phantasie ist eine individuelle Eigenschaft eines genialen Forschers, die sich Schülern nicht übermitteln läßt, wohl aber auf diese leicht einen nicht unbedenklichen Einfluß auszuüben vermag, ein Bedenken, das auch durch äußerlich gute Lehrerfolge nicht widerlegt werden kann.

Herr Grüneisen scheint uns seiner ganzen Arbeitsrichtung nach für die hiesige Stelle ebenfalls äußerst geeignet. Jedoch verfügt er nicht über gleiche Erfahrungen im akademischen Lehramte wie Herr Schaefer, was uns veranlaßt, ihn an die zweite Stelle zu setzen.¹

1 Mit Vereinbarung vom 28.9.1920 berief das Kultusministerium Schaefer (Bl. 287 der Akte).

**265 c. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für
Kultusminister Konrad Haenisch.
Marburg, 15. August 1920.**

*Ausfertigung, gez. v. Premierstein als Dekan, v. Auwers als Prodekan.
GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 276–276v.*

*Stark und Schaefer gleichzustellen, wie im Sondervotum geschehen, ist sachlich nicht
berechtigt, denn Stark ist der bessere experimentelle Physiker. Stark ist nicht persönlich
unverträglich, wenngleich er Ecken und Kanten hat.*

Vgl. Einleitung, S. 173.

Auf das beiliegende Sondergutachten² der Herren Natorp, Troeltsch, Hensel, Neumann, Jaensch, Thiel und Hartmann erwidert die Fakultät, daß sie auch nach den darin gegebenen Ausführungen eine Gleichstellung der Herren Stark und Schaefer nicht als sachlich gerechtfertigt anerkennen kann.

Mit dem Wesen des Genies pflegt es verbunden zu sein, daß es seine ganze Kraft auf ein oder wenige große Probleme konzentriert. Wir können daher in der größeren Vielseitigkeit der Arbeitsgebiete Schaefers keinen Ersatz der Vorzüge Starks erblicken. Auch Schaefers eingehendere Vertrautheit mit der theoretischen, oder richtiger mathematischen Physik stellt ihn nach unserer Überzeugung Stark nicht gleich. So begreiflich vom Standpunkt der Mathematiker aus der Wunsch nach einer stärkeren Betonung der mathematischen Physik an unserer Universität erscheinen mag, so kann doch nach Lage der Dinge die Pflege dieses Wissensgebietes nicht Sache des Ordinarius für Physik sein, sondern muß nötigenfalls neben dem für theoretische Physik ernannten Extraordinarius einer besonderen Lehrkraft anvertraut werden.

Ein weiterer Vorzug Starks liegt für uns darin, daß er sich als Leiter eines Instituts und Organisator bereits in hervorragender Weise bewährt hat, daher in erster Linie dazu befähigt erscheint, hier die Aufgaben des physikalischen Unterrichts in glücklicher Weise zu lösen, während Schaefer bei seiner Berufung zum ersten Mal an die Spitze einer größeren physikalischen Anstalt gestellt werden würde.

Entschiedenem Widerspruch müssen wir gegen die Behauptung erheben, daß bestimmte Eigenarten von Starks scharf ausgeprägter wissenschaftlicher Persönlichkeit in pädagogischer Hinsicht gewisse Bedenken auslösen können. Alle von uns eingezogenen Auskünfte stimmen im Gegenteil darin überein, daß Stark ein geradezu vorbildlicher Lehrer ist, und es ist in den ausgedehnten Verhandlungen im Berufungsausschuß und in der Fakultät auch

² *Liegt der Akte bei, hier als Dok. Nr. 265 b abgedruckt.*

nicht der geringste Beweis dafür erbracht worden, daß tatsächlich Stark in irgend einer Weise pädagogisch einen ungünstigen Einfluß auf seine Schüler ausgeübt habe.

Wir bedauern jene Behauptung um so mehr, als sie sich anderen über Starks Charakter – besonders über seine angebliche Unverträglichkeit – umlaufenden Gerüchten anreihet. Durch ausgedehnte Erkundigungen haben wir mit voller Sicherheit feststellen können, daß Stark zwar ein Mann von ausgeprägtem Willen mit manchen Ecken und Kanten ist, also keineswegs dem Typus des „bequemen Kollegen“ entspricht, daß er aber dabei ein vornehmer großzügiger Charakter ist, dessen Bild durch Klatsch und Verleumdungen gröblich entstellt ist. Unter diesen Umständen halten wir es doppelt für unsere Pflicht, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß der Ruf in erster Linie an diesen genialen Forscher und hervorragenden Lehrer ergeht, der nach dem Zeugnis eines anderen Nobelpreisträgers „die sowohl wissenschaftlich als auch der Lehrbefähigung nach weitaus tüchtigste Kraft ist“, die wir gewinnen können.

**266 a. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Marburg, 3. August 1926.**

Ausfertigung, gez. Deutschbein als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 48–49v.

*Als Nachfolger von Clemens Schaefer im Ordinariat für Experimentalphysik werden
vorgeschlagen: Eduard Grüneisen – Berlin, August Becker – Heidelberg und
Friedrich Krüger – Greifswald.*

Vgl. Einleitung, S. 174.

Die Philosophische Fakultät der Universität Marburg reicht dem Herrn Minister nachstehend ihre Vorschläge für die Besetzung der durch die Wegberufung des Prof. Dr. Schaefer erledigten ordentlichen Professur für Experimentalphysik ein.

Die Fakultät würde es mit besonderem Danke begrüßen, wenn die Besetzung dieses für den ganzen Unterrichtsbetrieb der Universität so wichtigen Lehrstuhls mit tunlichster Beschleunigung zum 1. Oktober 1926 erfolgen kann.

An erster Stelle schlagen wir vor: Eduard Grüneisen, geb. 1877, zur Zeit Direktor an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, außerordentlicher Professor an der Universität Berlin. In Grüneisen findet sich eine seltene Vereinigung des scharfsinnigen und gründlichen Experimentators mit dem eigene Wege gehenden hochbegabten Theoretiker. Von seinen experimentellen Arbeiten heben wir die durch ihre Präzision ausgezeichneten Messungen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Wärmeleitung, der thermischen Ausdehnung

und Elastizität hervor, die er bis in die jüngste Zeit fortgesetzt hat und die in drei neueren Arbeiten über die Einkristalle Cadmium und Zink gipfeln. So wichtig diese Arbeiten schon an sich sind, und so begrüßenswert die Vermehrung unserer Kenntnisse durch sie ist, ihre Hauptbedeutung gewinnen sie erst dadurch, daß sie nach einer konsequenten theoretischen Idee durchgeführt sind, nämlich zur Prüfung einer von Grüneisen selbst herrührenden Theorie des festen Zustandes dienen. Diese Arbeiten aus dem Grenzgebiet zwischen experimenteller und theoretischer Forschung zeigen eine ausgeprägte wissenschaftliche Persönlichkeit, die, auf einer völligen Beherrschung der theoretischen Physik fußend, weitblickende originelle Ideen entwickelt und dabei doch stets den echten Experimentalphysiker verrät, der eine theoretische Behandlung der physikalischen Vorgänge anstrebt, die einer Prüfung durch das Experiment zugänglich ist. Grüneisens hervorragende Begabung auf wissenschaftlichem Gebiet ist mit eisernem Fleiß und Gründlichkeit gepaart. Seine bei aller Liebenswürdigkeit und bescheidenen Zurückhaltung energische und bestimmte Persönlichkeit läßt uns mit Sicherheit erwarten, daß er hervorragend geeignet ist, den hiesigen Lehrstuhl der Experimentalphysik einzunehmen.

Herr Grüneisen hat zwar etwa vor einem Jahr einen Ruf auf die Professur für Experimentalphysik an der Universität Halle abgelehnt, aber nicht, weil er die reine Forschungstätigkeit der eines akademischen Lehrers vorzöge, sondern aus Erwägungen, die in den speziellen Hallenser Verhältnissen begründet waren und die für Marburg nicht zutreffen. Wir wissen bestimmt, daß er bereit ist, einem Ruf nach Marburg Folge zu leisten.

An zweiter Stelle nennen wir August Becker, geb. 1879, zur Zeit planmäßiger außerordentlicher Professor der theoretischen Physik an der Universität Heidelberg. Becker ist aus der strengen Schule Lenards hervorgegangen und hat einen Teil seiner Arbeiten unter dem Einfluß der starken Persönlichkeit seines Lehrers ausgeführt. Dabei zeigt er jedoch stets eine erfreuliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit in seinen Anschauungen und Problemen, die uns die sichere Gewähr dafür bietet, daß wir es in ihm mit einer durchaus selbständigen wissenschaftlichen Persönlichkeit zu tun haben. Seine zahlreichen Arbeiten beziehen sich in der Hauptsache auf Untersuchungen der Eigenschaften von Kathodenstrahlen und Elektronen, namentlich beim Auftreffen auf Materie. Sie befassen sich also mit einem zentralen Problem der Atomphysik, das sie in durchaus origineller Weise behandeln. Wohl sind seine experimentellen Fragestellungen immer von theoretischen Gesichtspunkten diktiert, aber diese halten sich frei von der Einseitigkeit, die man nicht selten bei anderen zeitgenössischen Forschern feststellen muß. Daher kommt es auch, daß seine experimentellen Ergebnisse auf Jahrzehnte hinaus ein wertvolles, absolut zuverlässiges und kritisch durchgearbeitetes Material für weitere Forschungen geben werden. Herr Becker ist dabei ein erfahrener Lehrer, dessen Vorlesungen und Vorträge klar disponiert und von einer seltenen Prägnanz des Ausdruckes sind, wie es nur bei einem Gelehrten möglich ist, der sein Gebiet vollkommen beherrscht. Wir halten daher auch ihn für hervorragend geeignet, den hiesigen Lehrstuhl einzunehmen, der Becker endlich die lange verdiente unabhängige Stellung geben würde.

An dritter Stelle nennen wir Friedrich Krüger, geb. 1877, zur Zeit ordentlicher Professor der Experimentalphysik an der Universität Greifswald. Krüger ist von der physikalischen Chemie ausgegangen, die er auch als Professor an der Technischen Hochschule in Danzig ursprünglich vertreten hat, hat sich dann aber immer mehr der Physik zugewendet, und schließlich auch den Lehrstuhl für Experimentalphysik in Danzig übernommen. Ein großer Teil seiner Arbeiten ist seinem Entwicklungsgang entsprechend eben dem Grenzgebiet zwischen Physik und Chemie gewidmet. Von seinen der reinen Physik angehörenden Arbeiten sind zu erwähnen seine Arbeiten über Präzisionsschwingungen von Kreiselmolekülen, die sich mit den modernen Problemen der spezifischen Wärmen befassen, ferner Untersuchungen über anisotrope Flüssigkeiten, vor allem aber seine hydrodynamischen Untersuchungen über Tonbildung in Pfeifen, durch die ein langumstrittenes Problem seiner Lösung zugeführt worden ist. Daß diese Arbeiten etwas abseits von den gegenwärtig bevorzugten Problemen der physikalischen Forschung liegen, beeinträchtigt ihren Wert nicht. Einen besonderen Vorzug sehen wir in seiner anregenden, tatkräftigen Persönlichkeit und in seinem Interesse für die gemeinsamen Angelegenheiten der Universität.

**266 b. Sondervotum von sieben Professoren für Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Marburg, 3. August 1926.**

Ausfertigung, gez. Deutschbein als Dekan.

GSa PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 51–52.

Stark ist der beste Kandidat. Die Fakultät setzte ihn bereits 1920 auf Platz eins ihrer Liste und er kritisiert die modernen Theorien nicht grundlos; dies ist wichtiger als Behauptungen über seine Persönlichkeit.

Vgl. Einleitung, S. 174.

Sondergutachten

der Herren von Auwers, Heidegger, Korschelt, Schaefer, Strecker, Wedekind, Weigel,
betr.: die Besetzung der ordentlichen Professur für Physik.

Die Unterzeichneten fühlen sich verpflichtet, dem Ministerium zu einem Punkte der Vorschlagsliste für die Wiederbesetzung des Physikalischen Lehrstuhls in Marburg ihre von der Fakultätsmehrheit abweichende Meinung zur Kenntnis zu bringen.

Zwar sind wir, wie die Mehrheit der Fakultät, der Auffassung, daß die vorgeschlagenen Herren sämtlich in hohem Maße qualifiziert sind, die Professur für Experimentalphysik und die Leitung des Physikalischen Instituts zu übernehmen. Indessen sind wir überzeugt, daß wir in Johannes Stark, zuletzt ordentlicher Professor in Würzburg, jetzt Privatmann in

Ullersricht bei Weiden (Oberpfalz), einen Gelehrten ersten Ranges besitzen, der an wissenschaftlichen Leistungen nicht nur alle drei von der Fakultät genannten Herren, sondern überhaupt die meisten lebenden Physiker übertrifft. Starks hervorragende wissenschaftlichen Leistungen näher zu erläutern, können wir uns versagen, da die Fakultät ihn vor 6 Jahren für denselben Lehrstuhl an 1. Stelle vorgeschlagen und dies ausführlich in ihrem Schreiben vom 14.8.1920 begründet hat. Stark hat sich freilich inzwischen freiwillig ins Privatleben zurückgezogen, wir wissen jedoch, daß er wieder gerne zu einer rein wissenschaftlichen und akademischen Tätigkeit zurückkehren würde. Unserer Auffassung nach ist die Lage der deutschen Physik in einer Zeit, in der Deutschland mehr denn je gegen Boykottbestrebungen um seine wissenschaftliche Weltgeltung kämpfen muß, nicht so, daß es gerechtfertigt wäre, eine wahrhaft geniale und kraftvolle, wenn auch vielleicht einseitige und nicht ganz bequeme Persönlichkeit, wie Stark es ist, in der Ecke stehen zu lassen. Unseres Erachtens sollte alles versucht werden, diese Kraft ersten Ranges für Marburg und damit für die Wissenschaft zurückzugewinnen.

Durch eingehende Erkundigungen haben wir mit Sicherheit festgestellt, daß sein vielleicht unüberlegter und vorschneller Rücktritt von der Würzburger Professur durchaus nicht unter Umständen oder aus Gründen erfolgt ist, die einen Makel auf seinen Charakter werfen könnten und seine Rückberufung an eine Universität unmöglich machten.

Auch die Gründe, die häufig gegen Stark angeführt werden, daß er gegenüber manchen modernen Theorien der Physik ein ablehnendes und verständnisloses Verhalten zeige und aus diesem Grunde für einen Lehrstuhl der Physik nicht in Betracht komme, können wir als triftig nicht anerkennen, müssen ihnen vielmehr durchaus widersprechen. Stark hat mit diesen Problemen jahrzehntelang gerungen, dabei Leistungen geschaffen, die mit dem Nobelpreise gekrönt wurden, und es ist sicherlich nicht Bequemlichkeit oder wissenschaftliche Enge, wenn er schließlich zu einer Ablehnung dieser Theorien gelangt ist. Vielmehr hat er diese seine Stellungnahme sich selbst erkämpft, und seine großen dabei gezeitigten Leistungen geben ihm wie keinem anderen Gelehrten, das Recht, auch hier seinen eigenen Weg zu gehen. Seine Kritik ist eben nie unfruchtbar gewesen, sondern hat der Physik unvergängliche experimentelle Leistungen beschert.

Obwohl auch wir nicht frei von Bedenken sind, welche die Fakultät hinsichtlich der persönlichen Eignung Starks für unseren Lehrstuhl hegt, so wünschen aus den oben hervorgehobenen Gründen die Unterzeichneten doch Stark an die erste Stelle zu setzen und die Übrigen in der Reihenfolge Grüneisen, Becker, Krüger erst hinter ihm zu nennen.

**266 c. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg für
Kultusminister Carl Heinrich Becker.
Marburg, 3. August 1926.**

Ausfertigung, gez. Deutschbein als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 50–50v.

Aufrechterhaltung des Widerspruchs gegen Stark, da er die moderne theoretische Physik ablehnt und als schwierige Persönlichkeit nicht an eine mittlere Universität passt.

Vgl. Einleitung, S. 175.

Gegenäußerung der Fakultätsmehrheit zu dem Sondergutachten.

Die Fakultätsmehrheit kann das beiliegende Sondergutachten¹ nicht unwidersprochen lassen.

Ohne die hohen Verdienste von Johannes Stark auf dem Gebiete der experimentellen Forschung im geringsten zu verkennen, würden wir es doch als höchst verhängnisvoll für den physikalischen Unterricht ansehen, wenn der Leiter des Instituts der heutigen theoretischen Physik nicht nur fern steht, sondern sie sogar ablehnt, denn die theoretische Physik besitzt gegenwärtig innerhalb der Wissenschaft eine solche Bedeutung und hat sich gerade in der Wechselwirkung mit dem Experiment als so fruchtbar erwiesen, daß eine Trennung auf beiden Seiten zu Verkümmern führen müßte. Die Verbindung beider Zweige hat unter dem bisherigen Institutsleiter in vorbildlicher Weise bestanden; ihre Lösung würde einen wesentlichen Rückschritt und vor allem auch den Unterricht des besonderen Vertreters der theoretischen Physik in hohem Grade schädigen. Wenn ein genialer Forscher wie Stark für seine Person auch ohne die Verbindung mit der Theorie große Erfolge erzielt, so beruht das auf einzigartiger Intuition, die eine nicht lehrbare, unübertragbare Eigenschaft darstellt und daher keinen Ersatz für die zu befürchtenden Ausfälle im Gesamtunterrichte bildet.

In gleicher Weise wie die theoretische Physik würden sicher auch die Nachbarfächer geschädigt werden, die bisher von der harmonischen Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der Physik den allergrößten Nutzen hatten. Gerade in dieser Hinsicht sind wir durch auswärtige Kollegen mehrfach vor der Eigenart von Stark dringend gewarnt worden.

Überhaupt lassen die uns vorliegenden Auskünfte über Stark seine Persönlichkeit durchaus nicht in dem günstigen Licht erscheinen wie das beiliegende Sondergutachten. Wir würden daher eine Berufung Starks an eine mittlere Universität wie Marburg, wo ein engeres Zusammenarbeiten erforderlich ist, für einen schweren Mißgriff halten.

¹ *Liegt der Akte bei, hier als Dok. Nr. 266 b abgedruckt.*

266 d. Schreiben von Prof. Philipp Lenard an Kultusminister**Carl Heinrich Becker.****Heidelberg, 18. September 1926.***Ausfertigung, gez. Lenard.**GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 56–57v.*

Stark hat die größere Leistungsfähigkeit gegenüber den in Marburg vorgeschlagenen Kandidaten. Ihn nicht der Forschung zurückzugewinnen, wäre ein Fehler.

Vgl. Einleitung, S. 174.

Herr Minister!

Ich erfahre, daß für die Neubesetzung der ordentlichen Professur der Physik in Marburg J. Stark vorgeschlagen ist, daß dieser Vorschlag jedoch nicht von der Mehrheit der dortigen Fakultät ausgegangen ist, sondern in der Hauptsache vom Sachkundigen Prof. Schaefer, um dessen Nachfolger es sich handelt. Schon allein das Urteil des Sachkundigen, der das Wesentliche versteht, im Gegensatz zur Mehrheit, die nur nach Äußerlichkeiten zu urteilen vermag, zeigt Ihnen in diesem Falle den für die Wissenschaft richtigen Weg. Doch möchte ich bei der seltenen Wichtigkeit des Falles es nicht versäumt haben, unaufgefordert Ihnen zu sagen, welches Versäumnis im Dienste für die Wissenschaft begangen würde, wenn Stark nun nicht berufen würde, um wieder ganz der Wissenschaft sich widmen zu können. Mit Stark sind die sonst verfügbaren Physiker gar nicht vergleichbar in bezug auf Leistungsfähigkeit in jeder für Wissenschaft und Unterricht in Betracht kommenden Beziehung. Es handelt sich hier um seltene, angeborene Fähigkeiten, mit deren Vorhandensein unter den Lebenden gut gewirtschaftet werden muß. Während die sonst in Betracht kommenden Physiker in Stellungen sind, die ihre wissenschaftliche Betätigung durchaus nicht einschränken, sondern die für solche eingerichtet sind, ist dies bei Stark gegenwärtig nicht der Fall. Durch die Rückgabe der Hilfsmittel eines Instituts in seine Hände würde der experimentellen Forschung geradezu ein neuer Arbeiter gewonnen sein, und zwar einer von höchster Bedeutung.

Stark hat sich bei seinem freiwilligen Weggang von der Universität Würzburg verrechnet. Er glaubte, als Industrieller genügende Muße und Zeit zur Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit sich schaffen zu können. In Wirklichkeit hat er als energischer Mann und erfinderischer Kopf zwar allen Erfolg in seinen Unternehmungen gehabt und einen sehr wohl auskömmlichen Wirkungskreis sich geschaffen, jedoch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat es mit sich gebracht, daß alles dies nur unter Aufwendung fast aller Arbeitskraft möglich war und ist so, daß für ihn, der doch als Naturforscher geboren ist, das Leben nun unbefriedigend zu werden droht. Es ist daraus zu sehen, wie leicht Stark wohl zu haben wäre. Der Staat, der nicht zugreift, begeht einen Fehler, nicht an Stark, aber an der Wissenschaft.

In Berlin erhalten Sie keinen guten Rat. Die Physik in Berlin ist relativ tot, schon seit Jahren. Es ist das ein sozusagen offenes Geheimnis.²
Ganz ergebenst

**266 e. Schreiben von Prof. Johannes Stark an den Ministerialdirektor im
Kultusministerium, Werner Richter.
Ullersricht bei Weiden/Oberpfalz, 23. Dezember 1926.**

Ausfertigung, gez. Stark.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 75–76.

Gerüchten zufolge hat Richter die knappe Mehrheitsentscheidung der Marburger Fakultät zugunsten von Grüneisen, der mit einem Beamten des Kultusministeriums verwandt sei, gesteuert. Stark hat darüber empörte Professoren gebeten, von öffentlichem Protest abzusehen.

Vgl. Einleitung, S. 175.

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Für Ihre gütigen Worte in Ihrem Schreiben vom 23. November sage ich Ihnen höflichsten Dank.

Als Nächstbeteiligter enthalte ich mich des Urteils in der Marburger Sache. Ich erachte es indes als eine Pflicht der Loyalität, Ihnen mitzuteilen, daß die Angelegenheit eine ernste Wendung zu nehmen droht. Es sind mir nämlich von verschiedenen Seiten folgende Mitteilungen zugegangen.

Herr Grüneisen soll zu einer einflußreichen Persönlichkeit im Kultusministerium in verwandtschaftlichem Verhältnis stehen. Sie, sehr geehrter Herr Ministerialdirektor, sollen die Berufungsangelegenheit unter persönlichen Einflüssen so gesteuert haben, daß ein Fakultätsbeschuß zu Gunsten Grüneisens, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit und in Abwesenheit des Fachvertreters, der für mich gestimmt hätte, zu Stande kam, so daß Sie formal durch diesen Mehrheitsbeschuß gedeckt sind. Sie sollen von der Marburger Fakultät erst eine Äußerung über mich erbeten haben; diese hätte Stimmengleichheit für mich

² *Mit Schreiben vom 26.10.1926 (Bl. 58 der Akte) forderte das Kultusministerium die Marburger Fakultät auf, sich angesichts der geteilten Meinungen darüber zu äußern, welchem Gelehrten sie den Vorzug geben würde, wenn sie zwischen Prof. Grüneisen und Prof. Stark zu wählen hätte. Mit Schreiben vom 29.10.1926 (Bl. 84) teilte die Fakultät mit, bei der Abstimmung seien neun Stimmen auf Stark und neun auf Grüneisen gefallen, wobei Dekan Alfred Thiel für letzteren gestimmt hätte. Die spätere Durchsicht ergab, dass die Stimme des bereits entpflichteten Eugen Korschelt für Stark ungültig war (Bl. 86). Da sich auch der Kurator für Grüneisen ausgesprochen hatte, wurde dieser vom Kultusministerium berufen (Bl. 88).*

und Grüneisen ergeben; darauf hätten Sie die Sache noch einmal an die Fakultät verwiesen und dann hätte ein Brief von mir an Sie ungünstig für mich in der Fakultät gewirkt.

Diese oder ähnliche Mitteilungen scheinen nun auch führende Fachkollegen erhalten zu haben und, da sie auf Grund derselben empört über Ihr Vorgehen und die Entscheidungen des Herrn Ministers sind, wollen sie sich in einer öffentlichen Kundgebung dagegen wenden. Ich habe sie dringend gebeten, von einem solchen Schritte abzusehen oder ihn wenigstens aufzuschieben, vor allem meinerwegen, da ich nicht in die öffentliche Diskussion eines „Falles“ einbezogen werden möchte. Ich hoffe auch, daß sie meiner Bitte willfahren werden. Sollte es aber trotzdem zu der geplanten Kundgebung kommen, so wollen Sie und der Herr Minister schon jetzt versichert sein, daß sie gegen meinen Willen erfolgt.

Ich bitte Sie ergebenst, den Inhalt dieses Briefes dem Herrn Minister Becker zur Kenntnis zu bringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

266 f. Schreiben des Ministerialdirektors im Kultusministerium, Werner Richter, an Prof. Johannes Stark.

Berlin, 27. Dezember 1926.

Genehmigtes Konzept, gez. Richter.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 77–78.

Die von Stark mitgeteilten Gerüchte sind völliger Unsinn; Richter wird gegen die Gerüchtestreuer vorgehen, sofern er die Namen erfährt. Zwecks Klarstellung wird der Briefwechsel mit Stark den Marburger Gremien und führenden Wissenschaftlern mitgeteilt.

Vgl. Einleitung, S. 175.

Sehr geehrter Herr Professor,

Ihr Schreiben vom 23. dieses Monats gibt mir Veranlassung, Ihnen sogleich zu antworten. Was Sie darin an Behauptungen über die Motive und die Vorgeschichte der Berufung des Herrn Prof. Grüneisen mitteilen, ist ein solcher Klatsch, daß es mir recht sehr widerstrebt, mich damit zu beschäftigen. Andererseits scheint mir das anvertraute Amt viel zu schade dazu zu sein, um es von fahrlässigen Verleumdern angreifen zu lassen. – Nach Ihrem jetzigen Schreiben wird uns nun auch erst klar, was etwa annähernd mit den Worten Ihres an mich gerichteten Schreibens vom 16.9.1926 gemeint sein könnte: „Grüneisen verdankt das Marburger Mehrheits-Votum und seine Aussichten im Ministerium nach meinem Dafürhalten in erster Linie persönlichen Einflüssen.“ Ich darf Ihrem jetzigen Schreiben entnehmen, daß Sie selbst von solchen, im Interesse von Prof. Grüneisen bedauernden Vermutungen abgekommen sind.

Um allen möglichen Zweifel zu beheben, stelle ich ausdrücklich fest, daß die Gerüchte, daß Herr Grüneisen zu einer einflußreichen Persönlichkeit des Kultusministeriums in verwandtschaftlichem Verhältnis stehe, daß ferner ich unter persönlichen Einflüssen die Berufungsangelegenheit des Prof. Grüneisen so gesteuert hätte, daß ein Fakultätsbeschluß zugunsten Grüneisens usw. zustande kam, ebenso alles, was Sie mir sonst noch an Behauptungen mitteilen, erlogen sind. Übrigens sind ganz selbstverständlich alle Einzelheiten der Vorgeschichte der Berufung des Herrn Grüneisen auf Anordnung des Herrn Ministers geschehen. Ich bin natürlich bereit, jedem Zuständigen über diese Einzelheiten, die in den von Ihnen beschriebenen Gerüchten eine ganz entstellte Form angenommen haben, Auskunft zu geben.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Professor, schreiben, daß die Angelegenheit eine „ernste Wendung“ zu nehmen drohe, so könnte eine „ernste Wendung“ sich nur auf diejenigen beziehen, die eine der von Ihnen angedeuteten Behauptungen von sich geben, denn ich möchte nicht verhehlen, daß ich im Interesse der Reinlichkeit und der Stärkung des allgemeinen Gewissens unserer Zeit gegen jeden, der Behauptungen wagte, wie Sie sie mir übermitteln, vorgehen würde. Ich weiß nicht, ob Sie in der Lage wären mir mitzuteilen, von wem Ihnen die Behauptungen übermittelt sind. Daß mir daran gelegen wäre, die Namen zu erfahren, brauche ich nicht auszusprechen.

In Anbetracht der Abnormität des vorliegenden Falles habe ich mir erlaubt, von unserem Briefwechsel einer Reihe führender Männer des Hochschullebens Kenntnis zu geben. Ich habe den Herrn Rektor der Universität Marburg benachrichtigt, ebenso den Herrn Dekan der Philosophischen Fakultät mit der Ermächtigung, die Fakultät davon in Kenntnis zu setzen, ferner den Herrn Kurator der Universität Marburg sowie den Vorsitzenden des Hochschulverbandes, Prof. Dr. Scheel, endlich einige führende Physiker, und zwar vor allem Prof. Grüneisen selbst, ferner die Professoren von Laue, Nernst, Planck, Willy Wien, Max Wien, Clemens Schaefer, O. Wiener und R. Pohl.

Indem ich Ihnen für Ihre Mitteilungen danke, bin ich in ausgezeichnete Hochschätzung Ihr sehr ergebener

266 g. Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg,
Prof. Alfred Thiel, an den Ministerialdirektor im Kultusministerium, Werner Richter.

Marburg, 9. Januar 1927.

Ausfertigung, gez. Thiel.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 97–97v.

*Information, dass die Fakultät angesichts der vom Kultusministerium übersandten
Briefabschriften Starks sich selbst, Grüneisen und Richter gegen alle Vorwürfe verteidigen
wird.*

Vgl. Einleitung, S. 175.

Hochgeehrter Herr Ministerialdirektor!

Um die mir mit Ihrem Briefe vom 27.12.1926 übersandten Briefabschriften der Fakultät so rasch als irgend möglich zur Kenntnis zu bringen, habe ich die Fakultät zu dem frühesten Termine, der einen guten Besuch der Sitzung erwarten ließ, nämlich zu gestern, einberufen. Meine Mitteilungen haben unverkennbar einen sehr tiefen Eindruck gemacht; nach meinem Empfinden ist jetzt die Erkenntnis allgemein, daß eine Berufung Starks für Marburg ein Unglück gewesen wäre. Die Fakultät hat geglaubt, ihrerseits zu der Sache nicht schweigen zu dürfen, und zwar im Gefühle einer Verpflichtung gegenüber allen drei einem Angriffe ausgesetzt gewesenen Stellen, in erster Linie dem Herrn Grüneisen, sodann gegenüber Ihnen, Herr Ministerialdirektor, und schließlich auch in eigener Sache. Die Äußerung der Fakultät wird Ihnen in der allernächsten Zeit auf dem Dienstwege zugehen. Heut füge ich zu Ihrer persönlichen Kenntnismahme eine Abschrift des morgen hier abgehenden Schriftsatzes bei.³

Ich hoffe Sie mit dem Inhalte unserer Erklärungen voll einverstanden und bitte Sie, darin zugleich ein Zeichen für den lebhaften und aufrichtigen Wunsch zu sehen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und der Fakultät dauerhaft sein und die gemeinsame Arbeit zum Wohle der Wissenschaft [sich] fruchtbar und zugleich erfreulich gestalten möge wie bisher. In diesem Sinne würde ich es auch dankbar begrüßen, wenn unserer Bitte, über einige Sachen demnächst persönlich mit Ihnen verhandeln zu dürfen, Gewährung würde; diese Bitte wird auf dem Dienstwege an Sie gelangen.

In ausgezeichnete Hochachtung Ihr ergebenster

³ *Liegt der Akte bei, hier als Dok. Nr. 266 h abgedruckt.*

**266 h. Bericht der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg an Kultusminister
Carl Heinrich Becker.**

Marburg, 9. Januar 1927.

Ausfertigung, gez. Thiel als Dekan.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 20, Bl. 94–96.

Die Fakultät weiß, dass die Berufungsangelegenheit nicht vom Kultusministerium gesteuert wurde. Ihr knappes Votum für Grüneisen beruhte auf schwachem Besuch der entscheidenden Sitzung und es gab keine Sondervoten dagegen. Stark hat durch seine brieflichen Interventionen das Bild seiner problematischen Persönlichkeit verstärkt.

Vgl. Einleitung, S. 175.

Die Fakultät hat durch ihren Dekan Kenntnis erhalten von einem Briefwechsel zwischen Herrn Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter und Herrn Prof. Dr. Stark. Die in Rede stehenden Briefabschriften hat Herr Ministerialdirektor Richter dem Dekan übersandt (vom 27.12.1926 datiert) mit der Bitte, die Fakultät davon in Kenntnis zu setzen.

Die Fakultät nimmt gern Gelegenheit, ihrerseits bei der Zerstörung der augenscheinlich im Gange befindlichen Legendenbildung mitzuwirken. Sie stellt daher folgendes fest:

1) Von angeblichen verwandtschaftlichen Beziehungen des Herrn Prof. Dr. Grüneisen zu einer einflußreichen Persönlichkeit des Ministeriums ist der Fakultät nicht das mindeste bekannt gewesen; sie hat von diesen Behauptungen erst durch den in Rede stehenden Briefwechsel erfahren. Im übrigen weist die Fakultät die von Herrn Stark ausgesprochene Verdächtigung, Herr Grüneisen „verdanke das Marburger Mehrheitsvotum in erster Linie persönlichen Einflüssen“, entschieden zurück.

2) Von einer „Steuerung“ der Berufungsangelegenheit, wie sie in dem Briefwechsel erwähnt wird, kann gar keine Rede sein. Die Fakultätsmehrheit hat am 3.8.1926 drei Gelehrte, an erster Stelle Herrn Grüneisen, für die Nachfolge Prof. Schaefers vorgeschlagen; ein Sondervotum hat vor diese (auch von der Minderheit angenommene) Liste noch den Namen des Herrn Stark gesetzt. Die Mehrheit hat dann noch auseinandergesetzt, warum sie Herrn Stark nicht für Marburg wünsche.

Die Durchführung der Berufung hat relativ lange auf sich warten lassen und die Geduld der betroffenen Marburger Kreise auf eine harte Probe gestellt. Die Fakultät hat es aber wohl verstanden, daß dem Herrn Minister – mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit des scheidenden Fachmanns und einiger anderer dem Fache nahe oder doch ziemlich nahe stehender Naturwissenschaftler zu der genannten Sondervotums-Gruppe – eine Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne schwer wurde. Die Fakultät hat es daher als einen deutlichen Beweis für den Wunsch des Herrn Ministers, in rein sachlicher Weise nach den Bedürfnissen der Fakultät zu entscheiden, angesehen und dankbar anerkannt, daß sie, wenn auch sehr verspätet, nämlich am 26.10.1926, noch einmal zu einer klaren Entscheidung zwischen den

beiden an der Spitze der Liste stehenden Herren Grüneisen und Stark aufgefordert wurde. Daß diesmal nur eine schwache Mehrheit (von nur einer Stimme) für Herrn Grüneisen zustande kam, beruht wesentlich darauf, daß der Besuch der in Anbetracht der Dringlichkeit der Sache in aller Eile einberufenen Fakultätssitzung nur sehr schwach war, weil ein Teil der Mitglieder noch nicht aus den Ferien zurückgekehrt war. Immerhin ist kennzeichnend für die damalige Stimmung die Tatsache, daß diesmal kein Sondervotum abgegeben wurde. Auf Wunsch des Herrn Ministers hat die Fakultät dann noch das namentliche Abstimmungsergebnis nachgeliefert. Von diesem Augenblicke an ist die Fakultät überhaupt nicht mehr mit der Berufungsangelegenheit befaßt worden.

Von Briefen des Herrn Stark ist allerdings bei den Berufungsberatungen der Fakultät verschiedentlich die Rede gewesen; sie haben, wie überhaupt die persönliche Mitwirkung des Herrn Stark bei ihm selbst betreffenden, auch früheren Berufungsangelegenheiten, nicht zugunsten seiner Persönlichkeit gewirkt. Ein Brief des Herrn Stark an Herrn Ministerialdirektor Richter ist bei den Berufungsberatungen nicht bekannt gewesen, kann somit bei den Entschlüssen der Fakultät auch keine Rolle gespielt haben.

3) Die Fakultät begrüßt nach allem, was nun vorliegt, um so mehr – bei aller schuldigen Hochachtung vor den wissenschaftlichen Verdiensten des Herrn Stark – die von dem Herrn Minister getroffene Wahl des Herrn Grüneisen, der allen Mitgliedern der Fakultät ohne Einschränkung willkommen ist.

Die Fakultät wäre dankbar dafür, wenn auch ihre Äußerung allen denjenigen Stellen, die von dem eingangs erwähnten Briefwechsel Kenntnis erhalten haben, bekanntgegeben würde.

**267 a. Schreiben des Physikers Dr. Erwin Hasché an Kultusminister Bernhard Rust.
Berlin, 18. März 1933.**

Ausfertigung, gez. Hasché.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 13, S. 366–368.

Zur Säuberung der bisher von Juden und Marxisten zersetzten Physik müssen sofort Kommissionen eingesetzt werden, die personell durchgreifen. Hasché hat dazu bereits seit Jahren Material und Erfahrungen gesammelt, die er jetzt zur Verfügung stellen will.

Vgl. Einleitung, S. 176.

Hochzuverehrender Herr Minister!

Von schwerem jüdischen Joch befreit, atmet die Nation auf. Mit innerer Genugtuung hat der deutsche Mensch arischen Blutes den lang ersehnten Umschwung sich vollziehen sehen. Diese Reinigung und Befreiung muß, wenn sie nachhaltig sein soll, nunmehr kompromißlos bis in die letzten Teile des Volkskörpers durchgeführt werden.

In dieser Stunde der Wiedergeburt unseres deutschen Volkes muß auch derjenige mitwirken, der durch seine beruflichen Arbeiten und Pflichten dem eigentlichen politischen Geschehen fern steht. Die nationale Revolution wäre verloren, wenn nicht jeder national gesinnter Mensch in gehobener Stellung dafür Sorge trägt, daß diese Revolution auch in seinem Arbeitskreis gründlichst durchgeführt wird.

Ich sehe, daß in meinem Arbeitskreis – allgemeine Physik und medizinische Physik – noch nichts von dem neuen Geist zu spüren ist. Im Gegenteil versteht es jüdische Manipulation, gegen die Erneuerung zu intrigieren mit dem Ziel, die Physik von der dringend erforderlichen Säuberung und Erneuerung fernzuhalten. Ich sehe hierin die größte Gefahr für Gegenwart und Zukunft. Denn dem Geistesleben der Physik und denen, die es beherrschen, ist ein nicht zu unterschätzender außerordentlicher kultureller und wirtschaftlicher Einfluß auf das gesamte Leben der Nation zuzumessen. Ich brauche nur eine Tochterdisziplin der Physik, die Technik, zu erwähnen.

Soll nun dieser überaus wichtige Faktor weiter in den Händen von Menschen bleiben, die offenkundig gegen den Staat arbeiten und gegen die dem deutschen Volke durch Tradition ererbten geistigen Güter? In langjähriger Erfahrung als Physiker, als Hochschul- und Universitätsassistent habe ich reichlich Gelegenheit gehabt zu sehen, wie Juden und Marxisten in meiner (– nur äußerem Anschein nach unpolitischen –) Wissenschaft arbeiten, und wie sie ihr Teil gründlich dazu beigetragen haben, daß in der heutigen Physik Zersetzung und Unfähigkeit, Reklamewesen und Profitmachertum ihr Unwesen treiben und verherrlicht werden. Soll das so bleiben? Sollen die Ordinarien und die maßgebenden Stellungen in der Wissenschaft weiter in Händen staatsfeindlicher Elemente bleiben, die nachweislich alle synthetischen Kräfte und jede wahre Wissenschaft zerstört haben, die uns zu lehren wagen, daß Mittelmäßigkeit, Unfähigkeit und Relativität der Weisheit höchster Schluß sei? Ich

sehe hier auf Grund meines durch lange, harte Erfahrungen geprüften Blickes die größten Gefahren für Zukunft und Vaterland.

Es muß durchgegriffen werden! Der Unterzeichner empfiehlt, zu diesem Zwecke Kommissionen ausgewählter Persönlichkeiten zu bilden, die dem Staate garantieren, daß der Umbau der Physik im Lehrbetrieb ebenso wie im Forscherbetrieb aufs gründlichste durchgeführt wird und alle marxistischen, staatsfeindlichen Wühlereien in der Wissenschaft und in der Forschung für alle Zeiten unmöglich gemacht werden. Diese Kommissionen müssen sofort eingesetzt werden und müssen ihre Arbeit sofort beginnen. Für die Kommissionen müssen junge Kräfte herangezogen werden, die nicht durch zahllose Verpflichtungen, wie sie das Alter mit sich bringt, zu Kompromissen und halber Arbeit gezwungen sind. Die Kommissionen müssen unmittelbar dem Minister unterstehen und müssen den Charakter eines Staatskommissariats haben.

Der Unterzeichner hat in langjähriger Arbeit mit seinem Kollegen, Parteigenossen Dr. Bomke bereits in diesem Sinne vorgearbeitet und Pläne entworfen. Herr Dr. Bomke hat bereits in ähnlichem Sinne an Sie, hochverehrter Herr Minister, geschrieben.

Indem ich mich auf dieses Schreiben beziehe, möchte ich nicht verfehlen, zum Ausdruck zu bringen, daß es unser größter Wunsch ist, unser Material, Erfahrungen und Fachkenntnisse, die wir in langen Jahren und zäher Arbeit erworben haben, jetzt der Regierung zur Verfügung stellen zu können, damit wir auch unsererseits, von unserem Fachgebiet aus, an dem Wiederaufbau der Nation und unserer Wissenschaft mitwirken können, wovon man uns 14 Jahre lang systematisch fern gehalten hat. Sollten unsere geringen Kräfte für Sie, hochverehrter Herr Minister, von irgendwelcher, wenn auch noch so geringen Bedeutung sein, so bitten wir Sie, uns Gelegenheit zu einer persönlichen Rücksprache zu geben, damit wir erkennen können, an welcher Stelle und in welcher Weise unser Wollen am wirkungsvollsten für die Bewegung eingesetzt werden kann. Entschuldigen Sie verschiedene Härten in der Ausdrucksweise dieses Briefes und seien Sie versichert, daß uns lediglich die Härte der Tatsachen, denen wir täglich begegnen, zu unserem, vielleicht außergewöhnlichen, Schritt bestimmte.

In Versicherung meiner vorzüglichen Ergebenheit erlaube ich zu zeichnen Ihr sehr ergebener

**267 b. Schreiben des Ministerialrats im Kultusministerium,
Prof. Johann Daniel Achelis an Dr. Erwin Hasché.**

Berlin, 1. April 1933.

Konzept, gez. Achelis.

GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 13, S. 369.

Hasché kann zu einer Besprechung seiner Pläne ins Kultusministerium kommen.

Vgl. Einleitung, S. 176.

Sehr geehrter Herr Doktor,
der Herr Reichskommissar hat mir Ihr Schreiben vom 18. dieses Monats zur Beantwortung übergeben, und ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich als der zuständige Referent in der ersten Aprilwoche Ihnen nach vorheriger telefonischer Anmeldung gern zu einer Besprechung zur Verfügung stehe.
Mit dem Ausdruck größter Hochachtung Ihr ergebener

Verzeichnis der zitierten Archivalien und Literatur

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)

I. Hauptabteilung

Rep. 76: Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten

Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 2 Nr. 3 Bd. 2
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 1 Bd. 13
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 20 Bde. 4, 5, 8 und 10
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 34 Bde. 1–5
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 48 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 63 Bd. 2
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 65 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 7 Nr. 89 Bde. 6 und 7
Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 10 Nr. 80 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 45 Bde. 11–14
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 51 Bd. 22
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68A Bde. 1 und 2
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68C Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68D Bde. 3 und 4
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68E Bde. 2–7
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 4 Nr. 68 Beiheft F
Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. 10 Nr. 219
Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 38 Bd. 10
Rep. 76, Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bde. 7, 10 und 12
Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 34 Bde. 7 und 9
Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 36 Bd. 19
Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 48 Bde. 8 und 10
Rep. 76, Va Sekt. 4 Tit. 4 Nr. 51 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 2 Bde. 1 und 3
Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 4 Bde. 2 und 3
Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 5 Bd. 4
Rep. 76, Va Sekt. 5 Tit. 4 Nr. 6 Bde. 1 und 2
Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 1 Bde. 26, 28 und 30
Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 2 Bde. 7 und 8
Rep. 76, Va Sekt. 6 Tit. 4 Nr. 24 Bd. 3
Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 20 Bd. 8
Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. 4 Nr. 22 Bd. 22

Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 32 Bd. 10
Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. 4 Nr. 48 Bde. 6–9
Rep. 76, Va Sekt. 9 Tit. 4 Nr. 4 Bde. 4–8
Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 3 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 10 Tit. 4 Nr. 5 Bde. 1 und 2
Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 1 Nr. 7 Bd. 2
Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 19 Bde. 7–9
Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 21 Bde. 30–34
Rep. 76, Va Sekt. 11 Tit. 4 Nr. 37 Adhib. 1 Bd. 1
Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 2 Bde. 19 und 20
Rep. 76, Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 7 Bd. 6
Rep. 76, Va Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 2 Bd. 4
Rep. 76, Va Sekt. 13 Tit. 4 Nr. 3 Bd. 14
Rep. 76, Va Nr. 10081

Rep. 77: Ministerium des Innern

Rep. 77, Tit. 46 Nr. 43

Rep. 151: Finanzministerium

Rep. 151, I C Nrn. 6537, 6538, 6540, 6541, 6571, 6575, 6576 und 6861

VI. Hauptabteilung

NL Althoff, Nr. 93
NL Becker, Nr. 1023
NL Grimme, Nr. 309

Bundesarchiv Berlin

R 4901, Nr. R 203

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen,
Abteilung Rheinland

NL A. Lammers (Lebenserinnerungen)

- Andernach, Norbert, *Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848–1918*, Göttingen 1972.
- Arend, Sabine, „Einen neuen Geist einführen ...?“ Das Fach Kunstgeschichte unter den Ordinarien Albert Erich Brinckmann (1931–1935) und Wilhelm Pinder (1935–1945), in: Bruch, Rüdiger vom (Hrsg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, Bd. 2: Fachbereiche und Fakultäten, Stuttgart 2005, S. 179–197.
- Asen, Johannes, *Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers der Universität Berlin*, Bd. 1: 1810–1945, Leipzig 1955.
- Bachmann, Siegfried (Hrsg.), *Theodor Geiger – Soziologe in einer Zeit „zwischen Pathos und Nüchternheit“*. Beiträge zu Leben und Werk, Berlin 1995.
- Bartel, Hans-Georg/Hübener, Rudolf, *Walther Nernst. Pioneer of Physics and of Chemistry*, Singapore u. a. 2007.
- Baumgarten, Marita, *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler*, Göttingen 1997.
- Becker, Carl Heinrich, *Probleme der Wissenschaftspflege (1928)*, in: Müller, Guido (Hrsg.), C. H. Becker. *Internationale Bildung und nationale Wissenschaft. Ausgewählte Schriften*, Köln 1997, S. 384–402.
- Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, 2. Aufl., München 1998.
- Beckmann, Ulf, *Von Löwe bis Leontief. Pioniere der Konjunkturforschung am Kieler Institut für Weltwirtschaft*, Marburg 2000.
- Benöhr, Hans-Peter, Hugo Sinzheimer, in: Diestelkamp, Bernhard/Stolleis, Michael (Hrsg.), *Juristen an der Universität Frankfurt am Main*, Baden-Baden 1989, S. 67–83.
- Berg, Matthias, *Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus*, Göttingen 2014.
- Berg, Matthias, *Der Verband Deutscher Historiker im Jahr 1933*, in: *VDH Journal*, hrsg. im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V., H. 2 (Juli 2014), S. 60–65.
- Bergmann, Birgit/Epple, Moritz (Hrsg.), *Jüdische Mathematiker in der deutschsprachigen akademischen Kultur*, Berlin/Heidelberg 2009.
- Bergner, Matthias, *Ludwig von Mises*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 17, Berlin 1994, S. 563 f.
- Bernfeld, Siegfried, *Sämtliche Werke in 16 Bänden*, hrsg. von Ulrich Herrmann, Weinheim u. a. 1991 ff.
- Beyerchen Alan D., *Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich*, Köln 1980.
- Blechle, Irene, „Entdecker“ der Hochschulpädagogik – die Universitätsreformer Ernst Bernheim (1850–1942) und Hanns Schmidkunz (1863–1934), Aachen 2002.
- Bock, Gisela/Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), *Friedrich Meinecke, Werke*, Bd. 10: *Neue Briefe und Dokumente*, München 2012.
- Böhme, Hartmut, „Der Dämon des Zwiewegs“. Kurt Breysigs Kampf um die Universalhistorie, in: Breyzig, Kurt, *Die Geschichte der Menschheit*, Bd. 1, Neuausgabe, Berlin 2001, S. V–XXVII.
- Böhme, Susann u. a., *Friedrich Hertz und der erste Lehrstuhl für Soziologie*, in: Pasternack, Peer/Sackmann, Reinhold (Hrsg.), *Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg*, Halle 2013, S. 55–84.
- Bömelburg, Hans-Jürgen, *Das Osteuropa-Institut in Breslau 1930–1940. Wissenschaft, Propaganda und nationale Feindbilder in der Arbeit eines interdisziplinären Zentrums der Osteuropaforschung in*

- Deutschland, in: Garleff, Michael (Hrsg.), *Zwischen Konfrontation und Kompromiß*, München 1995, S. 47–72.
- Bollenbeck, Georg, *Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880–1945*, Frankfurt/M. 1999.
- Bonner, Thomas N., *Iconoclast. Abraham Flexner and a Life in Learning*, Baltimore 2002.
- Bonriot, Béatrice, *Homme de culture et républicain de raison. Carl Heinrich Becker, serviteur de l'Etat sous la République de Weimar (1918–1933)*, Frankfurt/M. u. a. 2012.
- Borowsky, Peter, Justus Hashagen, ein vergessener Hamburger Historiker, in: *Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte* 84 (1998), S. 163–183.
- Bräuer, Tom/Faludi, Christian (Bearb.), *Die Universität Jena in der Weimarer Republik 1918–1933*, Stuttgart 2013.
- Brecht, Arnold, *Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte 1927–1967*, Stuttgart 1967.
- Brinkschulte, Eva, Preußische Wissenschaftsbürokratie im Zugzwang der Geschlechterfrage, in: Bleker, Johanna (Hrsg.), *Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik. Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts*, Husum 1998, S. 51–69.
- Brocke, Bernhard vom, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933), in: Ders./Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, Stuttgart 1990, S. 197–355.
- Brocke, Bernhard vom, Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen in Deutschland und Österreich: Systembrüche und Kontinuitäten 1918/19 – 1933/38 – 1945/46, in: Bruch, Rüdiger (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik*, Stuttgart 2002, S. 193–214.
- Brocke, Bernhard vom, Berufungspolitik und Berufungspraxis im Deutschen Kaiserreich, in: Hesse, Christian/Schwinges, Christoph (Hrsg.), *Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas*, Basel 2012, S. 55–103.
- Brocke, Bernhard vom/Krüger, Peter (Hrsg.), *Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918*, Berlin 1994.
- Bruch, Rüdiger vom, *Abschiedsvorlesung an der Humboldt-Universität Berlin: Krisen und Grenzüberschreitungen – Geisteswissenschaften in der Weimarer Republik*, Manuskript 15.2.2011.
- Buchholz, Werner (Hrsg.), *Lexikon Greifswalder Hochschullehrer 1775 bis 2006*, Bd. 3: 1907 bis 1932, bearb. von Meinrad Welker, Bad Honnef 2004.
- Burkhardt, Kai, Adolf Grimme (1889–1963). Eine Biographie, Köln 2007.
- Busch, Alexander, *Die Geschichte des Privatdozenten. Eine soziologische Studie zur großbetrieblichen Entwicklung der deutschen Universitäten*, Stuttgart 1959.
- Bußmann, Walter/Grünthal, Günther (Hrsg.), *Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963*, Boppard 1993.
- Caspari, Volker/Lichtblau, Karl, Franz Oppenheimer. Streitbarer Ökonom und Soziologe der ersten Stunde, Frankfurt 2014.
- Cohn, Ernst J., Der Fall Opet. Eine Studie zum Leben der deutschen Vorkriegsuniversität, in: Tittel, Josef u. a. (Hrsg.), *Multitudo Legum Ius Unum. Festschrift für Wilhelm Wengler*, Bd. 2, Berlin 1973, S. 211–234.
- Cornelißen, Christoph, Gerhard Ritter. *Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001.
- Czech, Uwe/Bruch, Rüdiger vom, Von den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften zur modernen Wirtschaftswissenschaft, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), *Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010*, Bd. 5: *Transformation der Wissensordnung*, Berlin 2010, S. 275–302.
- Czycholl, Harald, *100 Jahre Institut für Weltwirtschaft. Vom Königlichen Institut zum globalen Forschungszentrum*, Hamburg 2014.

- Demiriz, Sara-Marie, Aus den „Ideen von 1914“. Der Staatswissenschaftler Johann Plenge und seine Institute an der Universität Münster, in: Thamer, Hans-Ulrich u. a. (Hrsg.), *Die Universität Münster im Nationalsozialismus*, Bd. 2, Münster 2012, S. 1083–1112.
- Dietel, Beatrix, Berufungswege und Berufungskonkurrenz. Die Universität Leipzig in der deutschen Hochschullandschaft der Weimarer Republik, in: Hesse, Christian/Schwinges, Christoph (Hrsg.), *Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas*, Basel 2012, S. 471–490.
- Dietel, Beatrix, Die Ruhestandsbedingungen der sächsischen Professoren in der Weimarer Republik. Ein Streiflicht staatlicher Hochschulpolitik der 1920er und frühen 1930er Jahre, in: Lambrecht, Ronald u. a. (Hrsg.), „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“. Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag, Leipzig/Berlin 2012, S. 187–214.
- Ditt, Thomas, „Stoßtruppfakultät Breslau“. Rechtswissenschaft im „Grenzland Schlesien“ 1933–1945, Tübingen 2011.
- Döring, Herbert, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*, Meisenheim 1975.
- Dreier, Horst (Hrsg.), Richard Thoma. Rechtsstaat – Demokratie – Grundrechte. Ausgewählte Abhandlungen aus fünf Jahrzehnten, Tübingen 2008.
- Düwell, Kurt, Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker, in: Schieder, Theodor (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik*, München 1971, S. 31–74.
- Ebert, Andreas D., *Jüdische Hochschullehrer an preußischen Universitäten (1870–1924). Eine quantitative Untersuchung mit biographischen Skizzen*, Frankfurt/M. 2008.
- Ebner, Florian (Hrsg.), James Franck – Robert Wichard Pohl. Briefwechsel 1906–1964, München 2013.
- Eckel, Jan, Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005.
- Eckert, Michael, Arnold Sommerfeld. Atomphysiker und Kulturbote 1868–1951. Eine Biographie, Göttingen 2013.
- Eppl, Moritz u. a. (Hrsg.), „Politisierung der Wissenschaft“. Jüdische Wissenschaftler und ihre Gegner an der Universität Frankfurt vor und nach 1933, Göttingen 2016.
- Erdmann, Karl Dietrich (Hrsg.), Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Neuausgabe von Holger Afflerbach, Göttingen 2008.
- Etzemüller, Thomas, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001.
- Faber, Karl-Georg, Johannes Ziekursch, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 343–356.
- Farias, Victor, *Heidegger und der Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1989.
- Fattmann, Rainer, *Bildungsbürger in der Defensive. Die akademische Beamtenschaft und der „Reichsbund der höheren Beamten“ in der Weimarer Republik*, Göttingen 2001.
- Faulenbach, Bernd, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.
- Ferber, Christian v., *Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954*, Göttingen 1956.
- Fischer, Klaus, Physik, in: Krohn, Claus-Dieter u. a. (Hrsg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 1998, Sp. 824–836.
- Fischer, Klaus, *Die Emigration der Physiker nach 1933: Zeitgeschichtliche Folgen, disziplinäre Wirkungen und persönliche Schicksale*, in: Reitz, Dirk (Hrsg.), „Exodus der Wissenschaften und der Literatur“. Dokumentation der Ringvorlesung an der Technischen Universität Darmstadt, Darmstadt 2004, S. 85–110.

- Flick, Caroline, Werner Hegemann (1881–1936). Stadtplanung, Architektur, Politik. Ein Arbeitsleben in Europa und den USA, 2 Bde., München 2005.
- Franzius, Claudio, Hermann Heller (1891–1933). Entstehen für den Staat von Weimar, in: Grundmann, Stefan u. a. (Hrsg.), Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt Universität zu Berlin, Berlin 2010, S. 637–653.
- Gábor, Eva, Mannheim Károly levelezése 1911–1946, Budapest 1996.
- Gangl, Manfred, Soziologie als Politische Wissenschaft. Karl Mannheim zwischen Formalismus und Historismus, in: Ders. (Hrsg.), Das Politische. Zur Entstehung der Politikwissenschaft während der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 2008, S. 231–255.
- Geiger, Roger L., To Advance Knowledge. The Growth of American Research Universities, 1900–1940, New York 1986.
- Gerl-Falkovitz, Hanna-Barbara (Hrsg.), Lauterkeit des Blicks. Unbekannte Materialien zu Romano Guardini, Heiligenkreuz 2013.
- Gestrich, Andreas, „Ist vielleicht der Universitätsunterricht selber verbesserungsbedürftig?“ Ernst Bernheim und die Diskussion um die Reform des universitären Geschichtsunterrichts um 1900, in: Lingelbach, Gabriele (Hrsg.), Vorlesung, Seminar, Repetitorium. Universitäre geschichtswissenschaftliche Lehre im historischen Vergleich, München 2006, S. 129–153.
- Glum, Friedrich, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964.
- Gordin, Michael, Scientific Babel. How science was done before and after global English, Chicago 2015.
- Gostmann, Peter/Koolwaay, Jens, „Der Tag war da: so stand der Stern“. C. H. Becker und die Frankfurter Soziologie der Zwischenkriegszeit, in: Zeitschrift für Ideengeschichte V/3 (2011), S. 17–32.
- Grebing, Helga, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Göttinger Historiker und ihr Beitrag zur Interpretation von Geschichte und Gesellschaft (M. Lehmann, A. O. Meyer, W. Mommsen, S. A. Kaehler), in: Boockmann, Hartmut/Wellenreuther, Hermann (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe, Göttingen 1987, S. 204–238.
- Grebing, Helga, Die Worringers. Bildungsbürgerlichkeit als Lebenssinn. Wilhelm und Marta Worringer (1881–1965), Berlin 2004.
- Griewank, Karl, Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich. Zur Geschichte und Organisation der Wissenschaftspflege in Deutschland, Freiburg i. Br. 1927.
- Groh, Kathrin, Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010.
- Grothe, Ewald, Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus. Seine unveröffentlichte Antrittsvorlesung vom Januar 1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 109–138.
- Grothe, Ewald, „Import oder Eigengewächs“? Der Liberalismus in der Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Ders./Sieg, Ulrich (Hrsg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 183–201.
- Grüttner, Michael, Machtergreifung als Generationenkonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Bruch, Rüdiger vom/Kaderas, Brigitte (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 339–353.
- Grüttner, Michael, Nachkriegszeit, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen (1918–1945), Berlin 2012, S. 7–65.
- Grüttner, Michael, Der Lehrkörper 1918–1932, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen (1918–1945), Berlin 2012, S. 135–185.

- Grüttner, Michael, Die Studentenschaft in Demokratie und Diktatur, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen (1918–1945)*, Berlin 2012, S. 187–294.
- Grüttner, Michael, Die Universität in der Weimarer Republik, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen (1918–1945)*, Berlin 2012, S. 67–134.
- Grüttner, Michael/Kinas, Sven, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), S. 123–186.
- Grüttner, Michael u. a. (Hrsg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.
- Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter, Einleitung, zu Dies. (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, 2 Bde.*, München 1999, Bd. 1, S. IX–XLII.
- Hammerstein, Notker, *Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule*, Bd. 1: 1914 bis 1950, Neuwied 1989.
- Hammerstein, Notker, *Antisemitismus und deutsche Universitäten 1871–1933*, Frankfurt/M. 1995.
- Hanke, Stefan/Kachel, Daniel, Erich Kaufmann, in: Schmoeckel, Mathias (Hrsg.), *Die Juristen der Universität Bonn im „Dritten Reich“*, Köln u. a. 2004, S. 388–424.
- Harms, Bernhard (Hrsg.), *Recht und Staat im neuen Deutschland*, Bd. 1, Berlin 1929.
- Hartwig, Wolfgang, *Neuzeit-Geschichtswissenschaften 1918–1945*, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), *Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010, Bd. 5: Transformation der Wissensordnung*, Berlin 2010, S. 413–434.
- Hasselhorn, Benjamin (Bearb.), *Johannes Haller (1865–1947). Briefe eines Historikers*, München 2014.
- Hattenhauer, Hans, *Geschichte des deutschen Beamtentums*, 2. Aufl., Köln u. a. 1993.
- Hedtke, Ulrich/Swedberg, Richard (Hrsg.), *Joseph Alois Schumpeter – Briefe/Letters*, Tübingen 2000.
- Heiber, Helmut, *Universität unterm Hakenkreuz, T. 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München 1991.
- Heiber, Helmut, *Universität unterm Hakenkreuz, T. 2, Bd. 1 und 2: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen*, München 1992, 1994.
- Heimbüchel, Bernd, *Die Neue Universität*, in: Ders./Pabst, Klaus (Hrsg.), *Kölner Universitätsgeschichte*, Bd. 2, Köln 1988, S. 101–614.
- Heller, Hermann, *Universitätsreform*, in: Ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, hrsg. von Christoph Müller Tübingen 1982, S. 707–716.
- Hennecke, Hans Jörg, *Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*, Stuttgart 2005.
- Herde, Peter, *Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Übergang vom Nationalsozialismus zum demokratischen Neubeginn. Die gescheiterten Berufungen von Hermann Heimpel nach München (1944–1946) und von Franz Schnabel nach Heidelberg (1946–1947)*, München 2007.
- Herrschaft, Felicia/Lichtblau, Klaus (Hrsg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*, Wiesbaden 2010.
- Hesse, Jan-Otmar, *German University Professors' Salaries in the 20th Century. A Relative Income Approach*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2013, S. 111–127.
- Höfling, Beate, *Katholische Friedensbewegung zwischen zwei Kriegen. Der „Friedensbund deutscher Katholiken“ 1917–1933*, Waldkirch 1979.
- Hoffmann, Dieter, *Erwin Schrödinger*, Leipzig 1984.
- Hoffmann, Dieter, *Aufstieg und Niedergang der „Großen Berliner Physik“*, in: Tenorth, Heinz-Elmar u. a. (Hrsg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 5: Transformation der Wissensordnung*, Berlin 2010, S. 549–573.
- Hofmeister, Björn, *Kultur- und Sozialgeschichte der Politik in der Weimarer Republik 1918 bis 1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 445–501.

- Hohls, Rüdiger/Jaraus, Konrad H. (Hrsg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart/München 2000.
- Hopt, Klaus J., Arthur Nußbaum (1877–1964), in: Grundmann, Stefan u. a. (Hrsg.), *Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin*, Berlin 2010, S. 545–560.
- Horn, Klaus-Peter, „Die Hauptsache ist, daß ein deutlicher Protest erfolgt.“ Die ‚Strafversetzung‘ Ernst Kriecks 1931 im Kontext, in: *Jahrbuch für historische Bildungsforschung* 8 (2002), S. 289–320.
- Horn, Klaus-Peter, *Erziehungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Zur Entwicklung der sozialen und fachlichen Struktur der Disziplin von der Erstinstitutionalisierung bis zur Expansion*, Bad Heilbrunn 2003.
- Iggers, Georg H., *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., Köln u. a. 1997.
- Jansen, Christian, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935*, Göttingen 1992.
- Jansen, Christian, *Vom Gelehrten zum Beamten. Karriereverläufe und soziale Lage der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1933*, Heidelberg 1992.
- Jansen, Christian, *Die Hochschulen zwischen angefeindeter Demokratie und nationalsozialistischer Politisierung. Neuere Publikationen zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte in Deutschland zwischen 1918 und 1945*, in: *Neue Politische Literatur* 38 (1993), S. 179–220.
- Jansen, Christian, *Die soziale Lage der Hochschullehrerschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik im Vergleich. Zum Beispiel Heidelberg*, in: Buchholz, Werner (Hrsg.), *Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2004, S. 169–189.
- Janssen, Hauke, *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, 3. Aufl., Marburg 2009.
- Jastrow, Ignaz, *Kollegiengelder und Gebühren*, in: Doeberl, Michael u. a. (Hrsg.), *Das akademische Deutschland*, Bd. 3, Berlin 1930, S. 277–284.
- John, Jürgen, „Not deutscher Wissenschaft“? Hochschulwandel, Universitätsidee und akademischer Kriensdiskurs in der Weimarer Republik, in: Grüttner, Michael u. a. (Hrsg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 107–140.
- Jütte, Robert, *Emigration deutschsprachiger Historiker nach Palästina*, in: Reitz, Dirk (Hrsg.), „Exodus der Wissenschaften und der Literatur“. Dokumentation der Ringvorlesung an der Technischen Universität Darmstadt, Darmstadt 2004, S. 67–83.
- Jungnickel, Christa/McCormach, Russell (Hrsg.), *Intellectual Mastery of Nature. Theoretical Physics from Ohm to Einstein*, Bd. 2: *The Now Mighty Theoretical Physics 1870–1925*, Chicago 1986.
- Kähler, Wilhelm, *Die Dienstaltersgrenze im Preußischen Landtag*, in: *Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen* 8 (1928), S. 78–81 und 123.
- Kämmerer, Jürgen (Hrsg.), *Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1918–1945*, Boppard 1987.
- Käsler, Dirk, *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung*, Opladen 1984.
- Käsler, Dirk, *Artikel Gottfried Salomon-Delatour*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 22, Berlin 2005, S. 393 f.
- Kant, Horst, *Peter Debye als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin*, in: Hoffmann, Dieter/Walker, Mark (Hrsg.), „Fremde“ Wissenschaftler im Dritten Reich. Die Debye-Affäre im Kontext, Göttingen 2011, S. 76–109.
- Kantorowicz, Hermann, *Gutachten zur Kriegsschuldfrage*. Aus dem Nachlaß hrsg. und eingeleitet von Imanuel Geiss, Frankfurt/M. 1967.

- Kapferer, Norbert, *Die Nazifizierung der Philosophie an der Universität Breslau 1933–1945*, Münster 2001.
- Kasprzok, Carsten, *Der Sozialökonom Heinrich Dietzel. Ein deutscher Klassiker*, Marburg 2005.
- Kaune, Claudia-Anja, *Willy Hellpach (1877–1955)*, Frankfurt/M. 2005.
- Kayser, Heinrich, *Erinnerungen aus meinem Leben [1936]*, hrsg. von Matthias Dörries und Klaus Hentschel, München 1996.
- Kilian, Michael, *Die halleschen Staatsrechtslehrer in der Zeit des Nationalsozialismus*, in: Lück, Heiner/Höland, Armin (Hrsg.), *Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Nationalsozialismus*, Halle/S. 2011, S. 55–76.
- Kisch, Guido, *Der Lebensweg eines Rechtshistorikers. Erinnerungen*, Sigmaringen 1975.
- Klein, Michael, *Eugen Rosenstock-Huessy (1888–1973)*, in: *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 11, hrsg. von Joachim Bahlcke, Inzingen 2012, S. 519–530.
- Kleinert, Andreas, *Der Briefwechsel zwischen Philipp Lenard (1862–1947) und Johannes Stark (1874–1957)*, in: *Jahrbuch der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle/S.* 46 (2001), S. 243–261.
- Klosch, Angela, *Die Geschichte der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin im Umbruch von Weimar*, Berlin 2009.
- Kluke, Paul, *Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932*, Frankfurt/M. 1972.
- Knorre, Susanne, *Soziale Selbstbestimmung und individuelle Verantwortung. Hugo Sinzheimer (1875–1945). Eine politische Biographie*, Frankfurt/M. u. a. 1991.
- Köpf, Peter, *Die Mommsens. Von 1848 bis heute – die Geschichte einer Familie ist die Geschichte der Deutschen*, Hamburg 2004.
- Köster, Roman, *Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik*, Göttingen 2011.
- Köttgen, Arnold, *Deutsches Universitätsrecht*, Tübingen 1933.
- Koolwaay, Jens, *Zwischen Berufung und Experiment. Karl Mannheim in Frankfurt*, in: *Herrschaft*, Felicia/Lichtblau, Klaus (Hrsg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*, Wiesbaden 2010, S. 105–121.
- Kormos Buchwald, Diana u. a. (Hrsg.), *The collected papers of Albert Einstein*, Bd. 13: *The Berlin Years. Correspondence January 1922–March 1923*, Princeton 2012.
- Kraus, Hans-Christof (Hrsg.), *Geisteswissenschaftler II*, Berlin 2012 (= *Berlinische Lebensbilder*, Bd. 10).
- Krohn, Claus-Dieter, *Der Philosophische Ökonom. Zur intellektuellen Biographie Adolph Lowes*, Marburg 1996.
- Krohn, Claus-Dieter, *Entlassung und Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933*, in: Hagemann, Harald (Hrsg.), *Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, Marburg 1997, S. 37–62.
- Kruse, Volker, *Geschichte der Soziologie*, 2. Aufl., Konstanz/München 2012.
- Kuchta, Beatrix, *Sächsische Hochschulpolitik in der Weimarer Republik*, in: *Westfälische Forschungen* 60 (2010), S. 51–72.
- Kühne, Jörg-Detlef, *Hatscheks teilerschienenes Parlamentsrecht: Zu Abbruch und Rekonstruktion seines legendären Gesamtvorhabens*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (2005), S. 554–572.
- Kuhlmann, Alfred, *Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns*, 2. Aufl., Berlin/Münster 2008.
- Kunicki, Wojciech, *„auf dem Weg in dieses Reich“. NS-Kulturpolitik und Literatur in Schlesien 1933 bis 1945*, Leipzig 2006.
- Laitenberger, Volkhard, *Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1923–1945*, Göttingen 1976.
- Lege, Joachim (Hrsg.), *Greifswald – Spiegel der deutschen Rechtswissenschaft 1815 bis 1945*, Tübingen 2009.

- Llanque, Marcus, Der Weimarer Linkoliberalismus und das Problem politischer Verbindlichkeit. Volksgemeinschaft, demokratische Nation und Staatsgesinnung bei Theodor Heuß, Hugo Preuß und Friedrich Meinecke, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Leonhard, Jörg (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 157–181.
- Lederer, Emil, Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910–1940, hrsg. von Jürgen Kocka, Göttingen 1979.
- Lemma, Jost, Aufrecht im Sturm der Zeit. Der Physiker James Franck (1882–1964), Diepholz 2007.
- Lenger, Friedrich, Wissenschaftsgeschichte und die Geschichte der Gelehrten 1890–1933. Von der historischen Kulturwissenschaft zur Soziologie, in: Internationales Archiv zur Sozialgeschichte der deutschen Literatur 17,2 (1992), S. 150–180.
- [Liebig/Dalwigk] Aus dem Briefwechsel von Justus Liebig mit dem Minister Reinhard Freiherr von Dalwigk, Darmstadt 1903.
- Lichtblau, Klaus/Taube, Patrick, Franz Oppenheimer und der erste Lehrstuhl für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt, in: Herrschaft, Felicia/Lichtblau, Klaus (Hrsg.), Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz, Wiesbaden 2010, S. 55–70.
- Link, Sandra, Ein Realist mit Idealen – Der Völkerrechtler Karl Strupp (1886–1940), Baden-Baden 2003.
- Lösch, Anna-Maria Gräfin v., Der nackte Geist. Die Juristische Fakultät der Berliner Universität im Umbruch von 1933, Tübingen 1999.
- Loos, Fritz (Hrsg.), Rechtswissenschaft in Göttingen. Göttinger Juristen aus 250 Jahren, Göttingen 1987.
- Lübtow, Ulrich v., Die Rechtstellung der entpflichteten Professoren, Berlin 1967.
- Maier, Helmut, Karl Heldmann (1869–1943) – Ein Kriegsgegner an der Universität Halle, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sprach- und geisteswissenschaftliche Reihe, Bd. 16, H. 2/3 (1967), S. 223–240.
- Mantel, Peter, Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus. Eine institutionen- und personengeschichtliche Studie, Wiesbaden 2009.
- Maus, Christian, Der ordentliche Professor und sein Gehalt. Die Rechtsstellung der juristischen Ordinarien an den Universitäten Berlin und Bonn zwischen 1810 und 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse, Göttingen 2013.
- McCraw, Thomas, Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie, Hamburg 2008.
- Mehring, Reinhard, Carl Schmitt. Aufstieg und Fall, München 2009.
- Mehring, Reinhard, Walter Jellinek – Carl Schmitt. Briefwechsel 1926 bis 1933, in: Schmittiana, Neue Folge Bd. 2, hrsg. von der Carl-Schmitt-Gesellschaft, Berlin 2014, S. 87–117.
- Meiertöns, Heiko, An International Lawyer in Democracy and Dictatorship – Re-Introducing Herbert Kraus, in: European Journal of International Law 25 (2014), S. 255–286.
- Meinel, Florian, Der Jurist in der industriellen Gesellschaft. Ernst Forsthoff und seine Zeit, Berlin 2011.
- Metzler, Gabriele, Internationale Wissenschaft und nationale Kultur. Deutsche Physiker in der internationalen Community 1900–1960, Göttingen 2000.
- Mommsen, Wolfgang J., German Historiography during the Weimar Republic and the Emigré Historians, in: Lehmann, Hartmut/Sheehan, James (Hrsg.), An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933, Cambridge 1991, S. 32–66.
- Moore, Walter, Schrödinger. Life and Thought, Cambridge 1993.
- Moore, Walter J., Erwin Schrödinger. Eine Biographie, Darmstadt 2012.
- Morsey, Rudolf, Georg Schreiber, der Wissenschaftler, Kulturpolitiker und Wissenschaftsorganisator, in: Westfälische Zeitschrift 131/132 (1981/82), S. 121–159.
- Morsey, Rudolf, Martin Spahn, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 24, Berlin 2010, S. 613 f.

- Moser, Hugo/Schäfer, Karl Th., Werner Richter 1887–1960, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Sprachwissenschaften, Bonn 1970, S. 151–167.
- Mühle, Eduard, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.
- Mühle, Eduard (Hrsg.), Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968, Marburg 2008.
- Müller, Christoph/Staff, Ilse (Hrsg.), Der soziale Rechtsstaat. Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891–1933, Baden-Baden 1984.
- Müller, Guido, Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930, Köln u. a. 1991.
- Müller, Guido (Hrsg.), Carl Heinrich Becker. Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften, Köln 1997.
- Müller, Karl Alexander v., Im Wandel einer Welt. Erinnerungen Bd. 3: 1919–1932, München 1966.
- Muscheler, Karlheinz, Hermann Ulrich Kantorowicz. Eine Biographie, Berlin 1984.
- Nagel, Anne C. (Hrsg.), Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Stuttgart 2000.
- Nagel, Anne C., Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt/M. 2012.
- Nagel, Anne C., Von der Schwierigkeit, in Krisenzeiten liberal zu sein. Der Fall Wilhelm Mommsen, in: Grothe, Ewald/Sieg, Ulrich (Hrsg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 229–251.
- Neumann, Michael, Über den Versuch, ein Fach zu verhindern: Soziologie in Göttingen 1920–1950, in: Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. Aufl., München 1998, S. 454–468.
- Neugebauer, Wolfgang, Otto Hintze. Denkräume und Sozialwelten eines Historikers in der Globalisierung 1861–1940, Paderborn 2015.
- Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Gustav Mayer. Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914–1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, München 2009.
- Nikolay-Panter, Marlene, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 60 (1996), S. 233–262.
- Nippel, Wilfried, Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, München 2008.
- Noodt, Birgit, Fritz Rörig (1882–1952): Lübeck, Hanse und die Volksgeschichte, in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 87 (2007), S. 155–180.
- Nordalm, Jens, Historismus und moderne Welt. Erich Marcks (1861–1938) in der deutschen Geschichtswissenschaft, Berlin 2003.
- Nye, Mary Jo (Hrsg.), The Modern Physical and Mathematical Sciences, Cambridge 2002 (= The Cambridge History of Science, Bd. 5).
- Oberdörfer, Eckhard (Hrsg.), Noch 100 Tage bis Hitler. Die Erinnerungen des Reichskommissars Wilhelm Kähler, Schernfeld 1993.
- Oberdörfer, Eckhard, Der Verband der Deutschen Hochschulen in der Weimarer Republik, in: Strobel, Karl (Hrsg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vierow 1994, S. 69–88.
- Oberkrome, Willi, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993.
- Paletschek, Sylvia, Eine deutsche Universität oder Provinz versus Metropole? Berlin, Tübingen und Freiburg vor 1914, in: Bruch, Rüdiger vom (Hrsg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. 213–242.

- Paletschek, Sylvia, Berufung und Geschlecht. Berufungswandel an bundesrepublikanischen Universitäten im 20. Jahrhundert, in: Hesse, Christian/Schwinges, Rainer C. (Hrsg.), *Professorinnen und Professoren gewinnen*, Basel 2012, S. 307–349.
- Paul, Hans-Holger, Siegfried Marck, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 16, Berlin 1990, S. 120–122.
- Pawliczek, Aleksandra, *Akademischer Alltag zwischen Ausgrenzung und Erfolg. Jüdische Dozenten an der Berliner Universität 1871–1933*, Stuttgart 2011.
- Pölking-Eiken, Hermann, *Ostpreußen. Geschichte einer Provinz*, 2. Aufl., Berlin 2012.
- Poetzsch-Heffter, Friedrich, *Staatsforschung. Eine Rede, gehalten am 12. November 1932 aus Anlaß der Eröffnung des Instituts für Staatsforschung an der Universität Kiel*, Kiel 1933.
- Poscher, Ralf (Hrsg.), *Der Verfassungstag. Reden deutscher Gelehrter zur Feier der Weimarer Reichsverfassung*, Baden-Baden 1999.
- Prellwitz, Jens, *Jüdisches Erbe, sozialliberales Ethos und deutsche Nation: Gustav Mayer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Mannheim 1998.
- Preußische Gesetzsammlung, 1920 und 1927.*
- Prokoph, Werner, Die politische Seite des „Falles Dehn“. Zum Faschisierungsprozeß an der Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1931 bis 1933, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sprach- und geisteswissenschaftliche Reihe*, Bd. 16, H. 2/3 (1967), S. 249–271.
- Protokoll der Generalversammlung der Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer in Jena 29. bis 30. September 1925, Hamburg 1925.
- Quaritsch, Helmut, Eine sonderbare Beziehung: Carl Schmitt und Erich Kaufmann, in: Dreher, Martin (Hrsg.), *Bürgersinn und staatliche Macht in Antike und Gegenwart (Festschrift für W. Schuller zum 65. Geburtstag)*, Konstanz 2000, S. 71–87.
- Radde, Gerd, *Fritz Karsen, ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit*, Berlin 1973.
- Ranzmaier, Irene, *Stamm und Landschaft. Josef Nadlers Konzeption der deutschen Literaturgeschichte*, Berlin 2008.
- Ratzke, Erwin, Das Pädagogische Institut der Universität Göttingen. Ein Überblick über seine Entwicklung in den Jahren 1923–1949, in: Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, 2. Aufl., München 1998, S. 318–336.
- Reichert, Folker, *Gelehrtes Leben. Karl Hampe, das Mittelalter und die Geschichte der Deutschen*, Göttingen 2009.
- Reichsgesetzblatt 1933.*
- Reid, Constance, *Richard Courant (1888–1972). Der Mathematiker als Zeitgenosse*, Berlin 1979.
- Reitemeier, Arnd, Karl Brandt (1868–1946). Universitätsprofessor und erster Vorsitzender der Historischen Kommission, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 83 (2011), S. 33–49.
- Richter, Werner, *Wissenschaft und Geist in der Weimarer Republik*, Köln/Opladen 1958.
- Richter, Werner, Erich Wende, C. H. Becker, *Mensch und Politiker – Eine Besprechung*, in: *Neue Sammlung* 1 (1961), S. 177–194.
- Richter, Werner, in: *Lexikon deutsch-jüdischer Autoren*, Bd. 18, München 2010, S. 241–245.
- Rimmele, Dietmar, *Die Universitätsreform in Preußen 1918–1924. Ein Beitrag zur Geschichte der Bildungspolitik der Weimarer Zeit*, Hamburg 1978.
- Rosenow, Ulf, Die Göttinger Physik unter dem Nationalsozialismus, in: Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, 2. Aufl., München 1998, S. 552–588.
- Rothfels, Hans, *Die Universitäten und der Schuldspruch von Versailles. Zum 28. Juni 1929. Eine ungehaltene akademische Rede, Königsberg 1929 (= Königsberger Universitätsreden Nr. 5)*.
- Rothfels, Hans, *Stein und der deutsche Staatsgedanke. Rede zum Jahrestag der Reichsverfassung am 23. Juli 1931, Königsberg 1931 (= Königsberger Universitätsreden Nr. 11)*.

- Rusinek, Bernd A., Das Bonner Institut für Rheinische Landeskunde, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.), Deutsch-Französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 31–46.
- Sachse, Arnold, Friedrich Althoff und sein Werk, Berlin 1928.
- Sauberzweig, Dieter (Hrsg.), Adolf Grimme. Briefe, Heidelberg 1967.
- Schagen, Udo, Widerständiges Verhalten im Meer von Begeisterung, Opportunismus und Antisemitismus. Der Pharmakologe Otto Krayer (1899–1982), Professor der Berliner Universität 1933, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 10 (2007), S. 223–247.
- Schale, Frank, Die Arbeiten von Richard Thoma zur Parteilforschung, in: Gangl, Manfred (Hrsg.), Das Politische. Zur Entstehung der Politikwissenschaft während der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 2008, S. 359–385.
- Schappacher, Norbert, Das Mathematische Institut der Universität Göttingen 1929–1950, in: Becker, Heinrich u. a. (Hrsg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. Aufl., München 1998, S. 523–551.
- Schefold, Bertram, Arthur Spiethoff, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 24, Berlin 2010, S. 696 f.
- Schirmmayer, Arne (Hrsg.), Philipp Lenard. Erinnerungen eines Naturforschers. Kritische annotierte Ausgabe des Originaltyposkripts von 1931/1943, Berlin/Heidelberg 2010.
- Schirmmayer, Arne, Dem Experiment verpflichtet, der Theorie aufgeschlossen: James Franck als Experimentalphysiker neuen Stils in Berlin und Göttingen, in: Ebner, Florian (Hrsg.), James Franck – Robert Wichard Pohl. Briefwechsel 1906–1964, Preprint 8 des Deutschen Museums, München 2013, S. 7–13.
- Schirmmayer, Arne, Die Physik im Krieg, in: Physik-Journal 13, H. 7 (2014), S. 43–48.
- Schleier, Hans, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975.
- Schlink, Wilhelm/Schairer, Reinhold, Die Studentische Wirtschaftshilfe, in: Doeberl, Michael u. a. (Hrsg.), Das akademische Deutschland, Bd. 3, Berlin 1930, S. 451–484.
- Schmeiser, Martin, Akademischer Hasard. Das Berufsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität 1870–1920, Stuttgart 1994.
- Schmidt-Schönbeck, Charlotte, 300 Jahre Physik und Astronomie an der Kieler Universität, 2. Aufl., Kiel 2011.
- Schmoeckel, Mathias (Hrsg.), Die Juristen der Universität Bonn im „Dritten Reich“, Köln u. a. 2004.
- Schulin, Ernst, Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: Küttler, Wolfgang u. a. (Hrsg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 4, Frankfurt/M. 1997, S. 165–188.
- Schuller, Wolfgang/Giesler, Gerd (Hrsg.), Carl Schmitt Tagebücher 1930–1934, Berlin 2010.
- Schulze, Gerhard (Bearb.), Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 11/1: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim u. a. 2002 (= Acta Borussica, Neue Folge, 1. Reihe).
- Schumacher, Martin, M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, 3. Aufl., Düsseldorf 1994.
- Schumacher, Martin, M. d. L., Das Ende der Parlamente und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerchaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1995.
- Siegfried, Detlef, Revolution und Sozialforschung – linke Sozialwissenschaftler am Kieler Institut für Weltwirtschaft, in: Gallus, Alexander (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 140–159.
- Sievers, Kristina, Rektor und Kurator der Universität Münster, in: Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.), Die Universität Münster im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche zwischen 1920 und 1960, Bd. 1, Münster 2012, S. 27–49.
- Sitzungsberichte des Preußischen Landtags (StenBerLT, ab 1919).

- Spenkuch, Hartwin, Die Politik des Kultusministeriums gegenüber den Wissenschaften und den Hochschulen, in: Das preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817–1934), Bd. 2,1: Das Kultusministerium auf seinen Wirkungsfeldern Schule, Wissenschaft, Kirchen, Künste und Medizinalwesen – Darstellung, Berlin 2010, S. 135–287 (= Acta Borussica, Neue Folge, 2. Reihe, Abt. I).
- Spenkuch, Hartwin (Bearb.), Die Politik des Kultusministeriums gegenüber den Wissenschaften und den Hochschulen – Dokumente, in: Das preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817–1934), Bd. 2,2: Das Kultusministerium auf seinen Wirkungsfeldern Schule, Wissenschaft, Kirchen, Künste und Medizinalwesen – Dokumente, Berlin 2010, S. 347–478 (= Acta Borussica, Neue Folge, 2. Reihe, Abt. I).
- Spranger, Eduard, Gesammelte Schriften, Bd. 7: Briefe 1901–1963, hrsg. von Hans Walter Bähr, Tübingen 1978.
- Stark, Johannes, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Physik, Leipzig 1922.
- Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 6 (1908), Berlin 1909.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses (StenBerAH, bis 1918).
- Stevelling, Lieselotte, Juristen in Münster. Ein Beitrag zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster/Westf., Münster 1999.
- Stichweh, Rudolf, Wissenschaftliche Disziplinen: Bedingungen ihrer Stabilität im 19. und 20. Jahrhundert, in: Schriewer, Jürgen u. a. (Hrsg.), Sozialer Raum und akademische Kulturen. Studien zur europäischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. u. a. 1993, S. 235–250.
- Stier-Somlo, Fritz, Die neue juristische Studienreform, Berlin 1931.
- Stöltzing, Erhard, Akademische Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin 1986.
- Stolleis, Michael, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 3: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur 1914–1945, München 1999.
- Strickmann, Martin, Benedikt Schmittmann (1872–1939) als rheinischer Föderalist zwischen antihegemonialen Reichsneugliederungsinitiativen und sozialem Idealismus, in: Geschichte im Westen 17 (2002), S. 48–66.
- Swinne, Edgar, Friedrich Paschen als Hochschullehrer, Berlin 1989.
- Swinne, Edgar, Hans Geiger. Spuren aus einem Leben für die Physik, 2. Aufl., Berlin 1990.
- Swinne, Edgar, Richard Gans. Hochschullehrer in Deutschland und Argentinien, Berlin 1992.
- Swinne, Edgar/Hoffmann, Dieter, Über die Geschichte der „technischen Physik“ in Deutschland und den Begründer ihrer wissenschaftlichen Gesellschaft Georg Gehler, Berlin 1994.
- Szabó, Anikó, Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000.
- Szöllösi-Janze, Margit, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998.
- Szöllösi-Janze, Margit, The Natural Sciences and Democratic Practices: Albert Einstein, Fritz Haber, and Max Planck, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington, H. 44 (2009), S. 9–22.
- Taschke, Jürgen (Hrsg.), Max Alsberg (1877–1933), 2. Aufl., Baden-Baden 2013.
- Tenorth, Heinz-Elmar, Eduard Sprangers hochschulpolitischer Konflikt 1933. Politisches Handeln eines preußischen Gelehrten, in: Zeitschrift für Pädagogik 36 (1990), S. 573–596.
- Tenorth, Heinz-Elmar, Sigmund Freud über Siegfried Bernfeld. Ein „Lehrauftrag für psychoanalytische Pädagogik“ an der Universität Berlin, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 5 (1999), S. 301–312.
- Tenorth, Heinz-Elmar, Pädagogik für Krieg und Frieden. Eduard Spranger und die Erziehungswissenschaft an der Universität Berlin 1913–1933, in: Horn, Klaus-Peter/Kemnitz, Heidemarie (Hrsg.), Pädagogik unter den Linden, Stuttgart 2002, S. 191–225.

- Tenorth, Heinz-Elmar, Von der „Kultur- und Staatswissenschaft“ zur „Politischen Pädagogik“. Berliner Universitätspädagogik bis 1945, in: Ders. (Hrsg.), *Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010*, Bd. 5: Transformation der Wissensordnung, Berlin 2010, S. 237–256.
- Thamer, Hans-Ulrich u. a. (Hrsg.), *Die Universität Münster im Nationalsozialismus*, Bd. 2, Münster 2012.
- Tilitzki, Christian, Die Beurlaubung des Staatsrechtslehrers Albert Hensel im Jahre 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Universität Königsberg, in: Mendelssohn-Studien. Beiträge zur neueren deutschen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte 12 (2001), S. 243–261.
- Tilitzki, Christian, Professoren und Politik. Die Hochschullehrer der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. in der Weimarer Republik (1918–1933), in: Jähnig, Bernhart (Hrsg.), *450 Jahre Universität Königsberg. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Preußenlandes*, Marburg 2001, S. 131–177.
- Tilitzki, Christian, *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Berlin 2002.
- Tilitzki, Christian (Hrsg.), *Protokollbuch der Philosophischen Fakultät der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr. 1916–1944*, Osnabrück 2014.
- Tirpitz, Alfred v., *Politische Dokumente*, 2 Bde., Stuttgart 1924/26.
- Titze, Hartmut, *Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. 1,2: Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945, Göttingen 1995.
- Tollmien, Cordula, „Sind wir doch der Meinung, daß ein weiblicher Kopf nur ganz ausnahmsweise in der Mathematik schöpferisch tätig sein kann ...“ – Eine Biographie der Mathematikerin Emmy Noether (1882–1935) und zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Habilitation von Frauen an der Universität Göttingen, in: *Göttinger Jahrbuch* 38 (1990), S. 153–219.
- Trommler, Frank, *Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert*, Köln 2014.
- van Dyk, Silke/Schauer, Alexandra (Hrsg.), „... daß die offizielle Soziologie versagt hat“. Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS, Essen 2010.
- Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer (Hrsg.), *Werdegang und Schriften der Mitglieder*, Köln 1929, mit zwei Nachträgen, Breslau 1931 bzw. 1932.
- Wagner, Frank, *Beharrliche Einheit der Vielfalt. Das Ordinarienkollegium der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1809 bis 1945*, Gießen 2012.
- Wahl, Staatsgerichtshof und Sparverordnung. Bemerkungen zu dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 20.6.1932, in: *Verwaltungsarchiv* 38 (1933), S. 123–142.
- Walther, Peter Th., Die Nachfolge Meineckes in drei Umbruchsituationen, in: Bock, Gisela/Schönpflug, Daniel (Hrsg.), *Friedrich Meinecke in seiner Zeit*, Stuttgart 2006, S. 211–225.
- [Weber] Max-Weber-Gesamtausgabe, Bd. II,15: Briefe 1906–1908, hrsg. von M. Rainer Lepsius u. a., Tübingen 1990.
- Weber, Wolfgang, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, 2. ergänzte Aufl., Frankfurt/M. 1987.
- Wende, Erich, C. H. Becker. *Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik*, Stuttgart 1959.
- Wenge, Nicola, *Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft. Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte Kölns 1918–1933*, Mainz 2005.
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.), *Dokumente zur Hochschulreform*, Bd. 1, Bonn 1968.
- Wiegandt, Manfred H., Von der Weimarer zur Bonner Republik: Gerhard Leibholz (1901–1982), in: Lege, Joachim (Hrsg.), *Greifswald – Spiegel der deutschen Rechtswissenschaft 1815 bis 1945*, Tübingen 2009, S. 373–397.

- Wiener, Christina, Kieler Fakultät und ‚Kieler Schule‘. Die Rechtslehrer an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zu Kiel in der Zeit des Nationalsozialismus und ihre Entnazifizierung, Baden-Baden 2013.
- Wiese, Christian, Wissenschaft des Judentums und protestantische Theologie im wilhelminischen Deutschland. Ein Schrei ins Leere?, Tübingen 1999.
- Wirsching, Andreas, Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933, in: Historische Zeitschrift 269 (1999), S. 561–602.
- Wolgast, Eike, Geschichtswissenschaft in Heidelberg 1933–1945, in: Lehmann, Hartmut/Oexle, Otto Gerhard (Hrsg.) Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Fächer, Milieus, Karrieren, Göttingen 2004, S. 145–168.
- Wollmann, Hellmut, Soziologie zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010, Bd. 5: Transformation der Wissensordnung, Berlin 2010, S. 257–274.
- Wuttke, Dieter (Hrsg.), Erwin Panofsky – Korrespondenz, Bd. 1: 1910–1936, Wiesbaden 2001.
- Zierold, Kurt, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft – Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968.
- Zilch, Reinhold, Zuständigkeiten, Tätigkeitsgebiete und Organisationsstruktur. Die Jahre von 1914 bis 1934, in: Das preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817–1934), Bd. 1,1: Die Behörde und ihr höheres Personal – Darstellung, Berlin 2009, S. 43–68 (= Acta Borussica, Neue Folge, 2. Reihe).
- Zilch, Reinhold (Bearb.), Ressortleitung und Räte von 1918 bis 1934, in: Das preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817–1934), Bd. 1,2: Die Behörde und ihr höheres Personal – Dokumente, Berlin 2009, S. 268–313 (= Acta Borussica, Neue Folge, 2. Reihe, Abt. I).
- Zilch, Reinhold, Finanzierung des Kulturstaats in Preußen seit 1800, Berlin 2014 (= Acta Borussica, Neue Folge, 2. Reihe, Abt. II, Bd. 5).
- Zilch, Reinhold (Bearb.), Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bde. 12/1 und 2: 4. April 1925 bis 10. Mai 1938, Hildesheim u. a. 2004 (= Acta Borussica, Neue Folge, 1. Reihe).

Online verfügbare Literatur

- Betker, René, Das Historische Seminar der Berliner Universität im ‚Dritten Reich‘ unter besonderer Berücksichtigung der ordentlichen Professoren (TU Berlin 1997), www.geschichtsredaktion.de/pdf/wolfgang_windelband.pdf [gelesen am 11.5.2015].
- Jasch, Hans-Christian, Das preußische Kultusministerium und die „Ausschaltung“ von „nichtarischen“ und politisch mißliebigen Professoren an der Berliner Universität in den Jahren 1933 und 1934 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, <http://www.forhistiur.de/2005-08-jasch/?l=de> [gelesen am 11.5.2015].
- Maurer, Trude, Tagungsbericht Professoren und Professoren gewinnen (23.11.2009), <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2859> [gelesen am 11.5.2015].
- Meyer-Pritzl, Rudolf, Große Forscher von der Förde: Hermann Kantorowicz, www.uni-kiel.de/groesseforscher/index.php?nid=kantorowicz&lang=d [gelesen am 11.5.2015].
- Preuss, Sebastian, Geistiger Rauschzustand, in: Deutsche Bank ArtMag 56 (2009), <http://db-artmag.de/de/56/feature/geistiger-rauschzustand-sebastian-preuss-ueber-wilhelm-worringer/> [gelesen am 11.5.2015].
- Sohn, Alexander, Im historischen Sinkflug – Die Gehälter von Professoren, www.academics.de/wissenschaft/gehalt-professor-im-sinkflug-57332.html [gelesen am 11.5.2015].

http://de.wikipedia.org/wiki/Anton_Hauptmann [gelesen am 11.5.2015].
http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Physik [gelesen am 11.5.2015].
http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Karsen [gelesen am 11.5.2015].
http://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Kraus [gelesen am 11.5.2015].
<http://de.wikipedia.org/wiki/Honorarprofessor> [gelesen am 11.5.2015].
http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Krayer [gelesen am 11.5.2015].
http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Bernfeld [gelesen am 11.5.2015].
http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Mommsen [gelesen am 11.5.2015].
<http://gelehrtenverzeichnis.de/?lang=de> [= Kieler Gelehrtenverzeichnis 1919–1965] [gelesen am 11.5.2015].
http://rektorenportraits.uni-koeln.de/rektoren/guenter_schmoelders/ [gelesen am 11.5.2015].
www.catalogus-professorum-halensis.de [gelesen am 11.5.2015].
www.hermann-kantorowicz-institut.uni-kiel.de/de/hermann-kantorowicz [gelesen am 11.5.2015].
www.historikertag2002.uni-halle.de/halle_geschichte/1918_1933.shtml [gelesen am 11.5.2015].
www.historikertag2002.uni-halle.de/halle_geschichte/becker.shtml [gelesen am 11.5.2015].
www.kipnis.de/index.php/alexander/kurzbiografien/97-schwoerer-victor-1865-1943-foerderer-der-wissenschaft [gelesen am 11.5.2015].
www.ordnungderwissenschaft.de/2014-1/02_loewisch_tarantino_sondervoten.htm [gelesen am 11.5.2015].
www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/K/Seiten/HeinrichMathiasKonen.aspx [gelesen am 11.5.2015].
www.uni-kiel.de/ns-zeit/bios/rausch-heinrich.shtml [gelesen am 11.5.2015].
www.uni-kiel.de/ns-zeit/bios/stenzel-julius.shtml [gelesen am 11.5.2015].

Personenregister

- Abegg, Werner 54
Ach, Narziß 152, 1108 f.
Achelis, Johann Daniel 73 f., 79 f., 176, 188, 532, 538, 545, 551, 554, 631, 1186, 1289
Adenauer, Konrad 67, 91, 123, 128 f., 263, 525, 541, 669, 671 f., 823, 977
Adickes, Erich 478
Adler, Max 596
Adriani, Bruno 240
Aereboe, Friedrich 719 f.
Agricola, Werner 416, 1109
Albrecht, Gerhard 1018
Albrecht, Paul 266, 269, 272
Alsberg, Max 58
Altenstein, Karl Freiherr vom Stein zum 42, 181
Althoff, Friedrich 11, 13, 15, 17 f., 27, 33 f., 41 f., 63, 65, 70 f., 98, 557–559, 561
Amonn, Alfred 107, 790 f.
André, Fritz 323, 683 f., 687
Andreae, Friedrich 918
Andreae, Wilhelm 796–799
Andreas, Willy 21, 34, 47, 61, 63, 119, 124, 129, 133–135, 501, 503, 505 f., 873–876, 879, 887 f., 926, 929–934, 957 f., 977, 996–999
Andrée, Karl 979
Anhauch (Geschäftsmann in Wien) 738
Anschütz, Gerhard 81, 91, 94, 509, 565, 572, 574 f., 577, 660, 688 f.
Antropoff, Andreas v. 331, 334
Arco, Georg Graf v. 1118
Arndt, Adolf 682
Arndt, Paul 755–758, 1029
Arndt, Wilhelm 1061
Arons, Leo 48, 431
Arrhenius, Svante 1113
Aubin, Gustav 74, 105, 266, 270–272, 278, 280–283, 285, 545, 550–552, 649 f., 1072
Aubin, Hermann 62, 74, 122, 127, 130, 135, 897 f., 905 f., 950, 960, 962, 985 f., 999
Auwers, Karl v. 413, 993, 1268, 1274, 1277
Avenarius, Ferdinand 557
Back, Ernst 1203 f., 1230 f., 1234, 1238
Baege, Max Hermann 150 f.
Baethgen, Friedrich 120, 129 f., 142, 885, 887, 942 f., 950, 985–987, 989, 1060, 1063
Bäumler, Alfred 36, 78 f.
Bamberg, Günther v. 430
Bamberger, Ludwig 927
Bar, Carl Ludwig v. 636
Barkhausen, Heinrich 161, 1162 f., 1165 f., 1193, 1248
Barteld, Adam 934
Bartels, Friedrich 55
Barth, Paul 139, 1025
Barthel, Ernst 478
Bauer, Karl 14, 265, 271, 280, 284, 288
Bauer, Otto 596
Bauer, Walter 323
Baum, Wilhelm 1150
Baumgarten, Arthur 634
Baumgarten, Otto 489
Baxter, James Houston 1062
Bayane, Alphonse-Hubert de Litier de 569
Bayer, Friedrich 1257
Bayer, Victor 1061
Bechtel, Heinrich 767, 769–771, 783 f.
Becker (Ministerialrat im preußischen Finanzministerium) 112, 845–847
Becker, August 174, 1195 f., 1275–1278
Becker, Carl Heinrich 4, 8 f., 12 f., 15, 17, 20 f., 26–36, 38 f., 44, 46, 49–53, 56, 60, 66, 76, 81, 83–85, 88 f., 92–94, 102, 105, 118–120, 124, 136, 138 f., 146–150, 152, 158, 160, 162, 166, 174, 179, 181, 187, 232, 241 f., 244, 248, 250, 253, 294, 298, 305, 307, 312, 314, 318, 320, 324 f., 327, 336, 349 f., 352 f., 355, 359, 369, 384, 396–398, 406 f., 411, 424, 426, 430, 451, 453, 455, 468 f., 472, 476, 481, 483, 489, 491, 503, 515, 520, 525–527, 542 f., 574, 582, 591 f., 608, 610 f., 616–619, 621, 623 f., 636, 654–657, 665, 669 f., 735, 749, 753, 778, 781, 783, 785, 788, 796, 800, 802 f., 817, 856, 879, 892, 907, 934, 937, 973, 985, 1006, 1034, 1041, 1064, 1083,

- 1091, 1094, 1109, 1115, 1121, 1141, 1145 f., 1149, 1160 f., 1173, 1176, 1195, 1197, 1199, 1201, 1203, 1205, 1207, 1209, 1217, 1221 f., 1224, 1247, 1259, 1275, 1277, 1279 f., 1282, 1285
- Becker, Otto 123, 125, 127, 133, 940–942, 946, 965–967, 969–971
- Becker, Richard 1128, 1255, 1258–1260, 1262
- Beckerath, Erwin v. 109, 1018
- Beckerath, Herbert v. 101–103, 109, 755 f., 758 f., 761, 811, 813–816
- Beckmann, Fritz 100 f., 104, 107, 719 f., 726, 767, 793
- Becquerel, Henri 1244
- Behm, Alexander 1135
- Behncke, Paul 75
- Bellarmino, Roberto Francesco Romolo 909
- Below, Georg v. 136, 873, 986
- Berger (Regierungslandmesser in Breslau) 615
- Bergstraesser, Arnold 136, 1015, 1018
- Bergsträsser, Ludwig 930
- Berkner, Friedrich 920
- Bernays, Paul 1187
- Bernfeld, Siegfried 147, 1088–1091
- Bernhard, Ludwig 100, 719
- Bernheim, Ernst 57
- Bernstein, Felix 1173
- Bernstein, Rudolf 167
- Berthelot, Marcelin 1113
- Bertholet, Alfred 241, 521
- Bertram, Adolf Kardinal 73, 520
- Bertram, Ernst 524 f.
- Bestelmeyer, Adolf 164, 1188 f.
- Bethmann Hollweg, Theobald v. 889
- Beyer, Georg 524
- Beyerhaus, Gisbert 124, 129, 910, 914, 922, 924, 926, 977
- Beyerle, Franz 53, 603, 1033
- Bezold, Friedrich v. 121, 891, 893 f.
- Bieberbach, Ludwig 882, 1161
- Bieberstein, Fritz Freiherr Marschall v. 337, 567, 571, 643
- Biermann, Eduard 142 f., 1065
- Biermer, Magnus 815
- Bilfinger, Carl 82, 87 f., 95, 606 f., 634–636, 645, 647 f., 650, 690, 800, 802 f., 1072, 1074 f.
- Bismarck, Herbert Graf v. 997
- Bismarck, Johanna (Fürstin) v. 997
- Bismarck, Otto (Fürst) v. 117, 121, 133, 535, 656, 889 f., 924, 928, 941, 947, 949, 965, 968, 970
- Bissing, Wilhelm Moritz Freiherr v. 104, 719, 767–769
- Blass, Friedrich 244
- Bodenstein, Max 154, 1110, 1112, 1114, 1120, 1129, 1137
- Boeckh, August 37, 450
- Böhm von Bawerk, Eugen 731, 779
- Böhmer, Gustav 550
- Böhtlingk, Arthur 959
- Boelitz, Otto 8, 31 f., 49, 146, 179, 187, 316 f., 333, 348 f., 362, 367, 369, 420 f., 609, 645, 821, 823–825, 837, 848, 879, 896, 898, 963, 1080, 1082, 1121 f., 1124, 1191, 1255, 1259 f., 1263, 1266
- Böttinger, Henry Theodor (v.) 160, 1157
- Bohne, Gotthold 670
- Bohr, Niels 177, 1129, 1208, 1212, 1234, 1243, 1245, 1258
- Bomke, Hans 1288
- Bondy, Curt 145
- Bonin, Joachim v. 575
- Bonsen, Rudolf zur 540
- Boor, Hans Otto de 53
- Boost, Hermann 424
- Borck, Eldor 623
- Born, Max 153 f., 156, 161 f., 166 f., 176, 178, 1125, 1127, 1129, 1169–1172, 1176, 1186, 1193, 1201, 1208, 1211, 1252
- Bornhak, Conrad 76, 542 f., 576, 592 f.
- Bortkiewicz, Ladislaus v. 100, 719, 737, 748
- Bosse, Robert 42
- Bothe, Walther 170, 1236–1240
- Brackmann, Albert 48, 69, 119, 126, 132–134, 506, 885, 950, 993–995, 1062
- Brandenburg, Erich 119 f., 124, 134, 873, 878 f., 885, 927, 930
- Brandi, Karl 61 f., 124, 134, 141 f., 501, 505, 507, 522 f., 931, 935, 1060, 1062
- Brandt, Otto 124, 914, 917–919, 926
- Braubach, Max 123, 134, 907, 910, 912–914
- Brauchitsch, Max v. 620
- Bräuer, Karl 104, 108, 767, 769–771, 800 f., 846
- Brauer, Theodor 760
- Braun, Ferdinand 1119
- Braun, Otto 10, 30, 32, 36, 85, 187, 241, 255, 424, 426–429, 431, 468, 620, 629, 734, 953
- Braun-Stammfest, Rudolf M. 738 f.
- Brecht, Arnold 36, 89, 494, 601
- Bredig, Georg 1110, 1112–1114
- Bredt, Johann Viktor 93, 682, 686 f., 885

- Breitscheid, Rudolf 654
Brentano, Lujo (Ludwig Joseph) 54, 104, 763, 775, 780
Bresslau, Harry 976, 987, 1061
Breuer, Emil 256, 384, 429
Breysig, Kurt 120, 885, 964
Briefs, Götz 105, 494, 778 f., 781
Brinckmann, Albert Erich 18, 76, 555, 557
Brinkmann, Carl 105, 116 f., 119 f., 142, 144, 781 f., 869, 871 f., 879–882, 1055–1060, 1069, 1075, 1077
Brinkmann, Theodor 100, 719 f., 722 f., 726
Brockdorff, Cay Baron v. 1015, 1017
Brockelmann, Karl 914
Brodnitz, Georg 108, 143, 800, 1074
Brouwer, Luitzen Egbertus Jan 63, 160, 1160 f.
Browne, Edward Granville 657
Bruck, Eberhard 612
Bruck, Werner Friedrich 113, 845, 848 f., 851–853, 855–858, 860
Brücher (Geschäftsführer im Institut von J. Plenge an der Universität Münster) 850
Brüning, Heinrich 109
Brun, Carl 943
Bruns, Viktor 95, 442, 581, 671, 690
Buch, Georg 609
Buchner, Max 913
Buddenbrock, Wolfgang Freiherr v. 25, 383 f., 440
Budge, Siegfried 780, 782
Bücher, Karl 758
Büchner, Richard 108, 796–798, 800
Büchsel, Karl 430
Bückle (Diplomkaufmann an der Universität Frankfurt/M.) 564
Bühler, Karl 1108
Bühler, Ottmar (auch Othmar) 88, 96, 152, 641, 643, 645, 677 f., 855
Bulst, Walther 936 f.
Bumke, Oswald 1088 f.
Bunsen, Robert Wilhelm 1131
Burckhardt, Georg 40, 476
Burckhardt, Jacob 557
Busch, Hans 171, 1190, 1247, 1249
Busch, Wilhelm 996
Buschbell, Gottfried 909 f., 913
Calker, Fritz van 634
Calker, Wilhelm van 566, 569
Carathéodory, Constantin 322, 1161
Caspar, Erich 121, 129 f., 506, 955, 985, 989
Cassirer, Ernst 66
Cavour, Camillo Benso, Conte di 968
Cichorius, Conrad 896
Clark, John Bates 740
Clasen, Karl Heinz 982, 985
Clausewitz, Carl v. 535, 949
Clausius, Rudolf 1143
Clemen, Paul 131, 979, 983
Coenders, Albert 667
Cohn, Ernst J. 67, 84–86, 96, 612–614, 625, 629
Cohn, Fritz 447
Cohn, Gustav 789
Cohn, L. Adolf 1062
Colm, Gerhard 108, 110 f., 117, 796–800, 803, 806, 827, 830–833, 1018
Comte, Auguste 139, 1034 f.
Conrad, Johannes 783
Conze, Werner 135
Cornelius, Hans 148, 1092, 1094–1096
Cosack, Conrad 49
Courant, Richard 154, 164, 1178, 1181, 1184–1187
Craemer, Rudolf 534
Cunow, Heinrich 49, 885, 1015
Curtis, Francis J. 1094
Curtius, Ernst Robert 61, 450, 499 f.
Darmstädter, Paul 929 f.
De Boor, Hans-Otto 603, 632
Debye, Peter 156, 158, 160 f., 166, 168, 177, 1125, 1127, 1129–1134, 1143 f., 1160 f., 1167, 1169, 1206, 1212, 1214, 1236
Decker, Albert 265, 269, 271, 277, 279, 285, 288
De Haas, Walter 656, 1244
Dehio, Ludwig 941
Dehn, Günther 55 f., 74, 545, 547–552
Dehns, Otto 265, 272
Deißmann, Adolf 241, 546
Delbrück, Hans 119, 430, 654, 869, 873, 877, 885
Delbrück, Richard 260 f.
Delitzsch, Friedrich 299
Dersch, Hermann 588, 590 f.
Dessau, Hermann 885
Dessauer, Friedrich 73, 105, 537 f.
Dessoir, Max 17, 147, 324 f., 719, 1129
Deutschbein, Max 1275, 1277, 1279
Dibelius, Martin 504
Dibelius, Wilhelm 760, 885
Diehl, Ernst 942

- Diehl, Karl 758, 784
 Dieterici, Conrad 1218, 1223–1225
 Dietze, Constantin v. 100 f., 104, 107, 110, 719–724,
 726, 767, 790 f., 793, 826 f., 829–831
 Dietzel, Heinrich 102 f., 751, 755 f., 759–763, 799
 Dilthey, Wilhelm 476 f., 1105
 Dinghofer, Franz 743
 Doeberl, Michael 999
 Dohna, Alexander Graf zu 61 f., 496 f.
 Dolezalek, Friedrich 1163
 Dominicus, Alexander 58, 514
 Doppler, Christian 1245
 Dopsch, Alfons 63, 134, 896, 908
 Doren, Alfred 1018
 Dorn, Friedrich Ernst 1195
 Dorow, Willibald 739
 Dorten, Hans Adam 956
 Dove, Alfred 916
 Dove, Heinrich Wilhelm 450
 Drews, Bill (Wilhelm) 58, 514 f.
 Drost, Willi 982
 Droysen, Johann Gustav 43
 Drude, Paul 1117, 1212, 1235
 Dryssen, Carl 630
 Du Bois-Reymond, Emil 450, 1131
 Dürken, Bernhard 527
 Duhem, Pierre 1114
 Dulheuer, Paul 10, 753
 Dungern, Otto Freiherr v. 567, 570
 Dunkmann, Karl 1015, 1065
 Durkheim, Emile 139, 1036
 Dvoak, Max 981–984

 Ebeling, Georg 1211
 Eberhard, Viktor 1200
 Ebert, Friedrich 76, 432, 434, 542
 Ebert, Hermann 1235
 Eckert, Christian 35, 46, 99, 524, 1250
 Edison, Thomas A. 1113
 Edler von Hoffmann, Hermann 567, 570
 Ehrenberg, Paul 490
 Einstein, Albert 75, 153 f., 156, 160, 162, 164, 168,
 177–179, 1115, 1125 f., 1173 f., 1176, 1228
 Eisenlohr, Fritz 355, 983, 985
 Eißer, Georg 513
 Eißfeldt, Otto 549
 Eitel, Anton 913
 Elias, Norbert 140
 Elster, Ludwig 34, 43, 483

 Elze, Walter 941
 Emge, Carl August 49, 1018
 Engelhard, Herbert 634
 Engels, Friedrich 596, 927
 Erdmannsdörffer, Bernhard 959
 Erzberger, Matthias 576, 578
 Esau, Abraham Robert 167
 Esch, Ernst 823
 Eßlen, Joseph Bergfried 106, 777, 783–785, 791
 Ettliger, Emil 346 f.
 Eucken, Walter 107, 112, 116 f., 793 f., 839 f.
 Eulenburg, Franz 105, 109, 143, 762, 781 f., 806, 810
 Ewald, Peter Paul 1208
 Eyb, Ludwig v. 993

 Fadé, Louis? 1028
 Faßbender, Heinrich 167
 Faßbender, Martin 518
 Feitelberg, Sergei 1090
 Fenchel, Werner 1187
 Fester, Richard 927, 937
 Fichte, Johann Gottlieb 631
 Ficker, Heinrich v. 889, 1086, 1129, 1137
 Ficker, Johannes 323
 Finger, August 641, 645, 650, 1074
 Fischel, Oskar 555
 Fischer (Privatdozent an der Universität Ol-
 mütz) 1019
 Fischer, Alois 148, 1091
 Fischer, Emil 465
 Fischer, Fritz 88
 Fischer, Hans Albrecht 612, 625 f.
 Fisher, Irving 740
 Fitting, Hans 894, 1143
 Flechtheim, Julius 690
 Fleischmann, Max 566, 569, 645, 677, 1074
 Flexner, Abraham 1180, 1182, 1184
 Foerster, Friedrich Wilhelm 126, 145, 657, 952, 956
 Foerster, Fritz 1110, 1112, 1114
 Försterling, Karl 171 f., 1249, 1252, 1255–1257,
 1259–1261
 Forrer, Emil 885
 Forsthoff, Ernst 90
 Fraenkel, Eduard 440, 936
 Fraenkel, Ernst 134
 Fränkel, Hermann 69
 Franck, James 63, 153–158, 161–163, 177, 179,
 1115–1117, 1129–1135, 1137–1140, 1169–1172,
 1176–1179, 1185, 1198, 1252

- Frankl, Paul 955
 Frantz, Constantin 955
 Franz, Arthur 48
 Frensdorff, Ferdinand 340
 Freud, Sigmund 147, 1088, 1090
 Freudenthal, Berthold 632
 Freundlich, Herbert 154, 1110, 1112
 Frey, Dagobert 979–982
 Freyer, Hans 137, 440, 862
 Freytag-Loringhoven, Hugo v. 76
 Friederichsen, Max 922
 Friedländer, Paul 69
 Friedrich, Julius 566, 568
 Friedrich II., König von Preußen 124
 Friedwagner, Matthias 68
 Frings, Theodor 905, 907, 986
 Frisch (Geheimer Regierungsrat im Reichsamt
 des Innern) 847
 Frischeisen-Köhler, Max 150
 Frölich, Karl 611
 Fuchs, Carl Johannes 720, 762
 Fuchs, Emil 241
 Füchtbauer, Christian 165, 1147, 1191, 1193–1195
 Fürstenu, Hermann 576, 593
 Fues, Erwin 1207f.
- Gaede, Wolfgang 168, 1162, 1217–1221, 1224
 Gall, Ernst 240
 Gans, Richard 75, 114, 172, 472, 1133, 1253, 1255f.,
 1259, 1261, 1263
 Gatterer, Johann Christoph 1062
 Gauß, Carl Friedrich 1271
 Gebauer, R. (Assistent Rausch von Trauben-
 bergs) 1242
 Gehlhoff, Georg 168, 1205, 1220, 1222
 Gehlhoff, Wilhelm 830f.
 Gehrcke, Ernst 168, 1143, 1220–1222
 Geiger, Hans 156f., 168–170, 177, 1130, 1132–1136,
 1139, 1217–1220, 1225–1227, 1229f., 1232,
 1236f., 1239–1241
 Geiger, Theodor 142f., 1065–1071
 Gelb, Adhémar 149f., 476, 1092, 1097, 1099
 Geldmacher, Erwin 98f., 821–823, 825
 Genzmer, Felix 433, 682f., 686f., 826, 830
 George, Stefan 127
 Gerber, Hans 87, 92, 637f., 640, 682f.
 Gerhard, Dietrich 134
 Gerhardt, Ulrich 331, 334
 Gerlach, Kurt Albert 1042
- Gerlach, Walter 165, 168, 172, 177f., 1133, 1191–
 1193, 1198, 1217f., 1235, 1255, 1257f., 1260f.,
 1263
 Gerloff, Wilhelm 104f., 107, 767, 778, 781, 793f.,
 797, 1040
 Gernsheim, Eugen 605
 Gerullis, Georg 21, 79, 157, 187, 242, 555–557, 1139
 Gierke, Julius v. 87, 345, 790, 793
 Gierke, Otto v. 81, 575f.
 Giese, Friedrich 567, 570
 Gilbert, Felix 134
 Glum, Friedrich 255
 Gmelin, Hans 567f.
 Gneist, Rudolf v. 450
 Goebbels, Joseph 114
 Göppert, Heinrich 34, 606
 Goetz, Leopold Karl 760
 Goetz, Walter 121, 124, 129, 505–507, 891–893, 927,
 930, 988, 1058
 Goldschmidt, Adolph 76, 555, 604
 Gomperz, Theodor 1056
 Gothein, Eberhard 782
 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v. 100, 109, 117, 719f.,
 727
 Grauert, Heinrich Wilhelm 907, 910
 Greil, Max 47
 Grevsmühl, Bertha 803
 Grey, Edward 653
 Grimme, Adolf 4f., 8, 10, 20, 31–33, 36, 38, 46,
 50–56, 58, 74, 82, 84, 87, 100f., 115, 121, 125f.,
 133, 142, 179, 181, 239–241, 328, 330f., 352, 379,
 381, 461, 490–492, 494, 527, 530f., 545–547, 594,
 598, 600f., 603f., 614, 624, 701, 719, 726, 734,
 737, 833, 858, 891, 920, 936, 945f., 950, 952f.,
 955, 965, 1086, 1088, 1227, 1230, 1237, 1241,
 1243
 Grimme, Otto 187
 Grisebach, Eberhard 149
 Gröning, Albert v. 35, 256f., 429, 432, 434
 Grohmann (Ministerialrat im Mecklenburgischen
 Finanzministerium) 272
 Grossmann, Henryk 1045
 Großmann, Hermann 822
 Grotjahn, Adolf 48
 Grünberg, Carl 86, 105, 140f., 143, 632, 634, 677,
 1041, 1043f., 1046–1051
 Grüneisen, Eduard 159, 165, 174f., 472, 996, 1154,
 1199f., 1268, 1271–1273, 1275, 1278, 1281–1286
 Grünfeld, Ernst 800, 1072

- Grzesinski, Albert 85, 241, 426 f., 619
Guardini, Romano 46, 520
Gudden, Bernhard 165, 1197 f.
Günter, Heinrich 909 f., 913
Günther, Adolf 112
Günther, Hans F. K. 114
Gumbel, Emil Julius 535
Gumplowicz, Ludwig 1036
Guthnick, Paul 1129, 1137
Gutmann, Franz 103 f., 107, 116, 761 f., 767–769, 795, 834
Gysin(-Wassali), Reinhold 599
- Haake, Paul 121, 885
Haber, Fritz 11, 28, 55, 154, 158, 179, 254, 318, 320, 1110 f., 1114, 1120, 1129, 1137, 1258
Häberlin, Paul 150, 1097, 1099 f., 1103
Haendcke, Berthold 130, 979, 983 f.
Hänel, Albert 659
Haenisch, Konrad 5, 8, 15, 31 f., 34 f., 37, 47, 49, 58, 81, 88, 118, 159, 179, 181, 187, 234, 237, 291, 293 f., 298, 321, 335, 341, 345 f., 355, 358, 384, 390, 395, 435, 444, 446 f., 451, 472, 514, 518, 525, 751, 753 f., 765, 772 f., 775, 856, 864–867, 952, 993, 1003, 1042 f., 1078, 1149, 1151, 1153 f., 1160, 1167 f., 1211, 1268, 1272, 1274
Haensel, Paul 108, 803–805
Haensel, Peter 803
Häpke, Rudolf 119, 873, 876 f., 879, 881, 960, 963, 996, 999
Haering, Theodor 478
Hagen, Karl Gottfried 1268
Hagenbach, August 1141
Hahn, Hans 1143 f.
Hahn, Martin 26
Hahn, Otto 154, 178, 1110 f., 1137
Hall, Thomas Cuming 929
Haller, Johannes 120, 134, 885
Halpern (Geschäftsmann in Wien) 738
Hamann, Richard 130 f., 978, 983
Hamburger, Ernst 51, 491
Hamel, Georg 430
Hamilton, Alexander 974
Hampe, Karl 61 f., 135, 495, 879, 987 f.
Hanle, Wilhelm 1204
Hanssen, Georg 791
Hardenberg, Karl August (Fürst) v. 873, 917, 998
Harder, Richard 970
- Harms, Bernhard 77, 109, 530, 657, 690, 806, 809 f., 818
Harnack, Adolf v. 13, 63, 253, 255
Hartmann, Heinz 1089
Hartmann, Nicolai 173, 1272, 1274
Hartung, Fritz 69, 74, 119 f., 127, 134 f., 550 f., 719, 873 f., 879–882, 885, 941, 957 f., 960, 963, 1133
Harzer, Paul 1225
Hasché, Erwin 176, 1287, 1289
Hasenclever, Adolf 124 f., 918 f., 925, 931, 934 f., 937, 939–941
Hashagen, Justus 125, 127 f., 892, 910, 937 f., 940, 971–973
Hasse, Helmut 1200
Hassenpflug, Walther 413
Hatschek, Julius 49, 67, 335 f., 338–342, 344, 634–636
Haueisen (Ministerialrat im Thüringischen Finanzministerium) 272
Haupt, Joachim 557
Hauptmann, Anton 14, 251, 772, 777
Hauser (Regierungsrat im Erziehungsdepartement Basel-Stadt) 288–290
Hayek, Friedrich August v. 110, 116 f., 826–831
Hayn, Emil 76
Heberle, Rudolf 136, 1018
Hecke, Erich 63, 1157, 1161
Heckel, Johannes 87, 593, 608, 659, 662
Heckel, Rudolf v. 1063
Hedemann, Justus 684
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 151, 595, 597, 1015
Hegemann, Werner 54
Heidegger, Martin 20, 36, 40, 51, 476, 1277
Heilborn, Paul 323
Heilmann, Ernst 36, 126, 241, 591
Heimann, Eduard 100, 117, 726, 728, 732 f.
Heimberger, Joseph 634
Heimsoeth, Heinz 151 f., 1109
Hein, Wolfgang 16, 345–349
Heinrici, Carl A. 847
Heinzelmann, Gerhard 549
Heisenberg, Werner 153, 156, 166, 1125, 1127–1129, 1201 f., 1206, 1244
Helander, Sven 819
Helbling, Otto 371
Held, Karl 69
Heldmann, Karl 79, 126, 133, 950–956
Helfritz, Hans 84–86, 96, 182, 431, 576, 615–624, 629 f.

- Hellauer, Josef 822, 1037
Heller, Hermann 49, 52 f., 72, 82, 92, 94, 96 f., 182, 240 f., 543, 592–598, 600–604
Hellpach, Willy 44, 148, 1091–1097
Helmholtz, Hermann (v.) 420, 450, 1116, 1138
Helvetius, Claude Adrien 1044
Hendrich, Hermann 1105
Hensel, Albert 92 f., 97, 110, 640, 832
Hensel, Kurt 1272, 1274
Herglotz, Gustav 12, 21, 63, 242–244, 246 f., 1161
Hergt, Oskar 69
Herkner, Heinrich 54, 100, 108, 116, 118, 719, 726, 743, 796, 826
Hermann, Immanuel 1164
Hermberg, Paul 108, 802 f., 1016, 1018
Herre, Paul 885
Herrfahrdt, Heinrich 637 f., 640
Hertz, Friedrich 71, 142, 144, 538 f., 1065, 1075–1077
Hertz, Gustav 153 f., 156, 165 f., 177, 1130, 1132–1135, 1143, 1148, 1197 f., 1200 f., 1203 f.
Hertz, Heinrich 1117
Hertz, Paul 162, 1173–1176
Herzfeld, Hans 125, 133, 926, 937, 939–941, 950
Heß, Joseph 6
Hess, Moses 1044
Hesse, Albert 106 f., 765, 783, 790, 827
Hesse, Richard 755
Hessel, Alfred 930, 1062
Hetkämper, J. 541
Hettner, Gerhard 1260, 1262
Heyde, Ludwig 1015
Heyer, Friedrich 263, 606, 608, 651
Heyland, Carl 70 f., 557
Heymann, Eduard 1018
Heymann, Ernst 576, 586, 588, 690
Hilbert, David 160, 754, 1157, 1161, 1173 f., 1178, 1185
Hildebrandt, Kurt 478
Hilfrich, Anton 73, 537
Hilka, Alfons 931, 1060
Hillebrandt, Alfred 17
Himstedt, Franz 1219
Hindenburg, Paul v. 431 f., 434, 543
Hintze, Hedwig 47
Hintze, Otto 47, 118 f., 121, 134, 816, 865, 873–877, 880 f., 885, 957
Hippel, Fritz v. 77, 599
Hippel, Robert v. 338, 783, 788
Hirsch, Hans 908
Hirsch, Julius 821
Hirtsiefer, Heinrich 425
His, Eduard 851, 854
His, Wilhelm 430 f.
Hitler, Adolf 79, 92, 176, 178 f., 1186
Hitze, Franz 778, 845
Hobohm, Martin 885, 952
Höhn, Reinhard 665
Hoeniger, Robert 885
Hönigswald, Richard 50, 491
Höpfer, Wilhelm 338, 342, 344
Höpker Aschoff, Hermann 10, 242, 244, 248 f., 305, 307, 312, 314, 328, 398, 406 f., 411, 433, 523, 608, 701
Hoetzsch, Otto 121, 885
Hoffmann, Adolph 187, 528
Hoffmann, Ernst 148, 1091, 1094 f.
Hoffmann, Friedrich 35, 69, 75, 110, 114, 131, 256 f., 422, 424, 430, 434, 468, 528, 531, 567, 813, 826, 830, 853, 979, 983, 1117, 1209, 1259
Hoffmann, Friedrich (Wirtschaftswissenschaftler) 113, 143, 811, 813, 855 f., 858, 860, 1071
Hoffmann, Gerhard 166 f., 1203 f., 1209, 1259
Holborn, Hajo 55, 126, 133 f., 546, 950
Holstein, Günther 82, 87, 527, 606 f., 637, 645, 647 f., 659–662
Holtzmann, Robert 121, 125, 134, 142, 506, 942, 945
Holtzmann, Walther 945, 1060, 1063
Honigsheim, Paul 1018, 1059
Hoppe, Willy 121, 885
Horion, Johannes 906
Horkheimer, Max 106, 141, 1050–1054
Horovitz, Josef 1094
Hübner, Paul 36
Hülßen, Ernst v. 35, 39, 69, 256, 430, 432, 474, 687, 752
Hufeland, Christoph Wilhelm 450
Hugenberg, Alfred 433
Humboldt, Wilhelm v. 180 f., 917, 947, 997 f.
Hund, Friedrich 166, 171, 1201 f., 1206, 1243 f.
Husserl, Edmund 477
Hylla, Erich 36, 240
Irmer, Hermann 414
Israel, Carl 240
Jachmann, Günter 1252
Jacobi, Ernst 845
Jacobsohn, Hermann 69

- Jacobsthal, Paul 839
 Jaeger, Werner 719, 726, 1088
 Jaensch, Erich 476, 1099, 1272, 1274
 Jaffé, Philipp 1061
 Jahn, Georg 800, 1018, 1072 f.
 Jahrmärker, Max 474
 Jahrreis, Hermann 600
 Jarres, Karl 905
 Jaspers, Karl 40, 61 f., 148, 476–478, 503, 1094 f.
 Jastrow, Ernst 301 f., 719
 Jastrow, Ignaz 21
 Jefferson, Thomas 974
 Jellinek, Georg 571
 Jellinek, Walter 41, 67, 82, 91 f., 94, 96 f., 455, 459,
 603, 606–608, 641 f., 656, 659, 661, 677 f., 689,
 806
 Jerusalem, Franz 1018
 Jessen, Jens 767, 769, 771, 792, 795
 Jöhlinger, Otto 10, 137, 299, 302–304, 867
 Johnsen, Arien 1129, 1137
 Joos, Georg 165, 1199
 Jordan, Pascual 1131
 Jung, Bruno 58, 516 f.
 Jung, Erich 680
 Jung, Heinrich 1200 f.
 Junker, Hermann 527
- Kaden, Erich-Hans 513
 Kaehler, Siegfried August 7, 68 f., 120, 124–126,
 129, 133, 135, 432, 491, 546, 581, 614, 885 f., 914,
 916 f., 920–922, 926, 946–948, 950, 955, 976,
 996–999
 Kähler, Wilhelm 8, 33, 69, 187, 623, 626, 637
 Kahl, Wilhelm 576, 593
 Kahrstedt, Ulrich 48
 Kalkoff, Paul 909
 Kallen, Gerhard 126, 129, 913, 950 f., 977 f.
 Kalveram, Wilhelm 78, 105, 564, 1040
 Kampers, Franz 908
 Kant, Immanuel 420, 476, 1036, 1044
 Kantorowicz, Hermann 56 f., 88 f., 96 f., 435, 651–
 659, 663, 665–667, 1015
 Kardorff-Oheimb, Katharina v. 119
 Karl V., deutscher Kaiser 506
 Karo, Georg 88, 653
 Karsen, Fritz 33, 53, 147, 149 f., 1083, 1085–1087,
 1099
 Kaskel, Walter 576, 588 f.
 Katz, David 149, 476, 1099
- Kaufmann, Erich 81 f., 91 f., 95–97, 527, 565, 567,
 571–576, 578–585, 593, 606, 640, 689 f.
 Kaufmann, Georg 921
 Kaufmann, Walter 114, 1253
 Kaufmann, Wilhelm 576 f.
 Kayser, Heinrich 158, 1141 f., 1144, 1148 f.
 Kehr, Eckart 134
 Kehr, Paul Fridolin 125, 254, 945, 1061 f.
 Kelsen, Hans 11, 20, 51, 67, 90 f., 94, 96 f., 139 f.,
 182, 511, 596, 667–670, 675, 677, 688 f., 787,
 1029–1031, 1033–1035, 1037, 1049
 Kern, Fritz 75, 120 f., 129, 892–897, 907, 977, 993,
 995
 Kerschesteiner, Georg 150, 1103
 Kessler, Gerhard 755 f., 758
 Kilian, Augustinus 523
 Kipp, Karl Theodor 23, 612 f.
 Kipp, Theodor 581 f., 605
 Kirchgäßner (Ministerialrat im Badischen
 Finanzministerium) 272, 279
 Kirchhoff, Gustav 173, 1116, 1267
 Kisch, Guido 62, 64, 68, 484, 486, 609 f.
 Klatt, Fritz 149, 733, 1099
 Klausling, Friedrich 72, 559–561
 Klein, Felix 160, 1126, 1173, 1178
 Klein, Peter 441–443
 Kleinsorge, Heinz 1185
 Klepper, Otto 241
 Klingelhöfer, Paul 256, 429, 483
 Klumker, Christian Jasper 1026
 Knapp, Georg Friedrich 762, 976
 Kneser, Adolf 1150, 1154
 Knopp, Konrad 1255
 Köbner, Otto Max 576
 Koebner, Richard 125, 130, 918, 945, 985 f., 988
 Köhler, Wolfgang 147, 178, 979–981, 1129
 Koellreutter, Otto 66, 82, 88, 93, 95 f., 606 f., 634 f.,
 641, 643 f., 659, 661 f.
 König, Christoph 591
 König, Erich 909 f., 913
 König, Otto 272
 Köppe, Hans 839, 843
 Kohler, Josef 576
 Kohlrausch, Eduard 241, 594
 Kohlrausch, Friedrich 1267
 Koigen, David 1059
 Konen, Heinrich 158 f., 759, 912, 1141 f., 1144,
 1147 f., 1150
 Korff, Hermann August 350

- Kornemann, Ernst 1154
Korschelt, Eugen 1277, 1281
Koser, Reinhold 123
Kossel, Walther 168–171, 1154–1156, 1215–1218, 1223 f., 1227 f., 1230–1232, 1236–1238, 1241, 1243
Kotzenberg, Karl 139, 1024 f., 1034
Kramers, Hendrik Anthony 171, 1243 f.
Kranold, Herman 36, 239 f.
Krapp (Ministerialrat im Hessischen Finanzministerium) 272
Kraus, Herbert 86 f., 90, 92, 96, 110, 441 f., 634–636, 674, 676
Kraye, Otto 80
Krebs, Engelbert 779
Krebs, Friedrich 71
Krebs, Norbert 885
Kretschmann, Erich 1259
Kretschmar, Robert 372
Kriek, Ernst 149 f., 557, 1097 f., 1102 f.
Kriege, Johannes 654, 658
Kroll, Josef 128
Kromphardt, Wilhelm 826, 828, 831, 857
Kroner, Richard 151, 970
Kroyer, Theodor 262–264
Krückmann, Paul 858
Krüger, Friedrich 174, 1115, 1142, 1248, 1275, 1277 f.
Krüger, Hans 112, 842
Krüß, Hugo 33, 187, 414, 442, 1118, 1197
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 809
Kühn, Alfred 1184
Kühn, Johannes 129, 976
Kühnemann, Eugen 1150, 1154
Küntzel, Georg 123, 914–916
Kuhnert, Hellmut 265, 271, 279, 429, 1014
Kulenkampf, Helmuth 170, 1230 f., 1233, 1236 f.
Kulischer, Joseph 729
Kundt, August 1135
Kunkel, Wolfgang 87
Kunwald, Gottfried 738, 743
Kuske, Bruno 128, 525, 825
- Laband, Paul 608
La Baume, Wolfgang 130
Ladenburg, Richard 154, 165, 170
Ladenburg, Rudolf 1155, 1197 f., 1204, 1237 f., 1241, 1243
Lammers, Aloys 8, 32 f., 36, 105, 112, 137, 187, 239 f., 406 f., 411, 430, 517, 654, 906, 1064, 1182
- Lamprecht, Karl 122, 902, 927, 972
Landauer, Gustav 529
Landé, Alfred 1204, 1234
Landmann, Julius 100, 108 f., 116, 499, 726–728, 796, 819, 826, 834, 1015
Landmann, Ludwig 44, 116, 148
Landsberg, Ernst 323
Landsberger, Franz 55
Lang, Emil 720, 984
Lange, Heinrich 612 f.
Laß, Ludwig 576
Lassalle, Ferdinand 865
Lassar, Gerhard 620, 637
Lasson, Georg 597, 602 f.
Laubert, Manfred 123, 918, 926
Laue, Max v. 153 f., 160, 167, 176 f., 321 f., 1115, 1120, 1125–1127, 1129, 1137, 1155, 1174, 1209, 1212, 1223, 1283
Laun, Rudolf 85, 616
Lauscher, Albert 36, 46, 55, 492, 494, 527, 898
Lecher, Ernst 1141
Lederer, Emil 20, 48, 52, 72 f., 100 f., 106, 115–117, 140, 494, 598, 723–726, 728–731, 733 f., 743, 1032
Lederer-Seidler, Emy 726
Legat, August 272, 274, 276, 282 f., 285
Lehmann (Ministerialrat im Sächsischen Finanzministerium) 272, 274, 277
Lehmann, Heinrich 684, 690
Lehmann, Max 124, 926, 928, 930, 932, 934
Lehmann, Rudolf 822
Lehnich, Oswald 771
Leibholz, Gerhard 40, 68, 87, 94, 96 f., 637, 639 f., 689
Leibniz, Gottfried Wilhelm 569
Leipart, Theodor 1066
Leist, Erich 187 f., 256, 429
Lemmer (Examenskandidat in Physik an der Universität Köln) 1251
Lenard, Philipp 153, 155, 157 f., 165, 174–177, 1115, 1118, 1120, 1131, 1141–1143, 1192, 1196, 1218, 1228, 1232, 1276, 1280
Lensch, Paul 49
Lenz, Friedrich 1018
Lenz, Max 87 f., 883, 915, 925
Lenz, Wilhelm 167 f., 1211 f., 1214
Leubuscher, Charlotte 100, 719
Levison, Wilhelm 134, 506, 759, 896, 907, 950
Levy, Ernst 21, 61, 507

- Lewald, Hans 53, 603
 Lewy, Eugen 73
 Lexis, Wilhelm 726, 789
 Leyen, Friedrich von der 525, 973, 1247
 Lichtwark, Alfred 557
 Liebert, Arthur 68
 Liebig, Justus v. 42
 Liebknecht, Otto 54 f., 58
 Liepmann, Moritz 529
 Lindsay, Wallace Martin 1062
 Lingens, Walter 540
 Linhardt, Hans 858
 Lippmann, Julius 428
 List, Friedrich 842
 Listing, Johann Benedikt 1266
 Liszt, Franz v. 632
 Litt, Theodor 148–150, 1065, 1091, 1097, 1099, 1103
 Litten, Friedrich 77, 441 f.
 Litten, Hans 77
 Löhlein, Konrad 14, 250, 265, 269, 271, 284
 Löhr, Max 68, 316
 Loening, Edgar 641
 Löwe, Adolf (später Lowe, Adolph) 51 f., 105–107,
 109 f., 116 f., 141, 530 f., 781, 793–795, 817, 819 f.,
 1017, 1049–1051
 Löwenstein, Karl 599
 Lohmann, Theodor 535, 970
 Lommatzsch, Erhard 500, 1189
 Lommatzsch, Ernst 69 f., 837
 London, Franz 1208
 London, Fritz 1207–1209
 Lotz, Albert 682
 Lotz, Walter 103, 116, 762 f., 826
 Luckwaldt, Friedrich 929 f.
 Ludwig, Emil 133, 999
 Ludwig, Friedrich 413, 435
 Lüdemann, Hermann 9, 34, 37, 234, 237, 298, 321,
 358, 384, 390, 395, 444, 446, 864, 868, 1003,
 1078, 1167 f.
 Lüders, Heinrich 241, 869, 873
 Lukas, Josef 567, 570
 Lummer, Otto 48, 159, 1150 f., 1153
 Luther, Martin 323, 947

 Madelung, Erwin 162, 167 f., 1172, 1211–1214,
 1216, 1223
 Maier, Heinrich 719, 1104, 1129
 Majer, Alfred 14, 266
 Makower, William 1219

 Malsch, Johannes 1249, 1252 f.
 Malten, Ludolf 305
 Mandeville, Bernhard 1044
 Manigk, Alfred 677, 684
 Mann, Fritz Karl 48, 103, 108, 112, 116, 455–457,
 761 f., 800 f., 826, 834–836, 839 f.
 Mannheim, Hermann 651 f.
 Mannheim, Karl 106, 139, 140 f., 143, 1018, 1032–
 1035, 1037–1041, 1051, 1054, 1058 f., 1070
 Mannstaedt, Heinrich 759, 761
 Marck, Siegfried 50 f., 152, 490 f.
 Marcks, Erich 21, 34, 47, 119–121, 124, 129, 872 f.,
 875–879, 882, 884 f., 887 f., 891–894, 927, 958,
 977
 Marschak, Jakob 117, 728
 Marsden, Ernest 1219
 Marshall, Alfred 731
 Martiensen, Oskar 168, 359, 1220
 Martin, Alfred v. 142
 Martitz, Ferdinand Karl Ludwig v. 576
 Marx, Karl 100, 596, 729 f., 732, 927, 1042,
 1044–1047
 Maschke, Erich 114, 534
 Maschke, Richard 811
 Masur, Gerhard 68, 134
 Mataja, Heinrich 743
 Matthes, Max 1265
 Mayer, Gustav 49, 118, 120 f., 182, 864–867, 885,
 1047
 Mayer, Hans 105, 116, 778 f., 781 f., 787
 Mayer, Max Ernst 632 f.
 Mayer, Otto 572 f., 608, 647, 679
 McLeod, Henry Dunning 740
 Meerwein, Hans 1265
 Meinardus, Wilhelm 315
 Meinecke, Friedrich 68, 118–121, 124, 127, 129,
 133–135, 865, 875, 877, 879, 882, 884 f., 887,
 890, 916, 923, 942, 947, 970, 995
 Meinertz, Max 518, 523
 Meisel, Franz 794, 797
 Meißner, Karl Wilhelm 67, 1203
 Meißner, Rudolf 894
 Meitner, Lise 47
 Mendelssohn Bartholdy, Albrecht 90, 654, 674 f.
 Mennicke, Carl 150, 1097, 1100 f., 1103
 Menzer, Paul 150 f.
 Mering, Otto Freiherr v. 796 f., 799
 Merk, Wilhelm 93 f., 688 f.
 Merkl, Adolf 61 f., 64, 94, 96, 509, 687–689

- Merton, Wilhelm 148
Metternich, Klemens (Fürst) v. 973
Meusel, Alfred 136, 141, 143 f., 1019, 1058 f., 1068, 1075, 1077
Meyer, Dr. (Bundesrat Eidgenössisches Department des Innern, Bern) 288
Meyer, Arnold Oskar 119 f., 124, 501, 869 f., 872, 885, 887 f., 894 f., 926, 928–932, 957 f.
Meyer, Edgar 1193, 1230 f., 1234 f., 1238
Meyer, Eduard 118 f., 873, 885
Meyer, Gottfried 346, 348 f.
Meyer, Herbert 433, 435, 785, 930
Meyer, Hertha 372
Meyer, Karl 129, 976
Meyer, Karl Heinrich 371 f.
Meyer, Paul 684
Meyer, Wilhelm 1061
Mezger, Edmund 634
Michael, Wolfgang 869
Michels, Robert 48
Mie, Gustav 167, 171, 176, 1154, 1191, 1197, 1248
Mirbt, Carl 521
Mirbt, Hermann 87, 637–640
Misch, Georg 521 f., 1104
Mises, Ludwig v. 103, 106 f., 116 f., 761–763, 785–789
Mises, Richard v. 321–323, 734, 737, 1129, 1137
Mitscherlich, Eilhard A. 533
Mitscherlich, Waldemar 106, 108, 116, 609, 765, 768, 783 f., 789, 796, 834, 1018
Mitteis, Heinrich 21
Mitzka, Walther 991
Möller, Hans Georg 161, 171, 1162 f., 1165 f., 1247 f.
Moll, Bruno 455–457
Moltke, Helmuth v. (d. J.) 889
Mombert, Paul 105–107, 116, 781–784, 796, 800, 1018
Mommsen, Theodor 38, 63, 450
Mommsen, Wilhelm 69, 124, 133, 918 f., 931, 934, 940 f., 996, 998 f.
Montgelas, Max Graf v. 654
Morus (More), Thomas 884, 947
Moser, Ludwig 1266
Most, Otto 855
Mühlenfels, Albert v. 829–833
Müller, August 52, 100, 719, 723, 865
Müller, Friedrich v. 254
Müller, Josef 986
Müller, Karl 265 f., 271 f., 274, 276, 281, 284
Müller, Karl Alexander v. 120, 123–125, 127, 129, 135, 885, 913–916, 918 f., 937 f., 940, 963 f., 976
Müller, Ludwig August v. 937
Müller (Franken), Hermann 30, 51, 530 f.
Münzer, Friedrich 416
Münzinger, Adolf 720
Nadler, Josef 12, 131 f., 468, 524 f., 984, 989, 991 f.
Naendrup, Hubert 858
Nagel, Dr. (Rechtsanwalt in Breslau) 630
Nagler, Johannes 623
Natorp, Paul 173, 1016, 1272, 1274
Naumann, Otto 187, 291, 321, 1003, 1078, 1147, 1153, 1157, 1213
Nawiasky, Hans 645, 647
Neckel, Gustav 322
Necker, Jacques 1044
Neisser, Hans 117, 1018
Nelson, Leonard 77, 139, 1036
Nernst, Walther 55, 154–157, 167, 176, 1110 f., 1118, 1120, 1130, 1133, 1137, 1139, 1185, 1283
Neugebauer, Otto 1186
Neumann, Ernst 1272, 1274
Neumann, Franz Ernst 173, 420, 1255, 1257, 1263–1268
Neumann, Friedrich 936
Neumann, Friedrich Julius (v.) 794
Neumann, Fritz 27, 397
Neumann, Günther 1270
Neumann, Luise 1268
Neumann, Sigmund 134
Neumark, Fritz 117
Neumeyer, Alfred 555
Neuner, Robert 84, 612 f.
Niebuhr, Barthold Georg 907, 915
Niedner, Johannes 566
Niemeyer, Theodor 674, 676, 817
Nietzsche, Friedrich 477
Nikisch, Arthur 588–590
Nikisch, Arthur sen. 588
Nipperdey, Hans Carl 78, 91, 97, 671, 674
Noether, Emmy 47, 517
Nohl, Hermann 145, 148–150, 521 f., 936, 1092 f., 1099, 1103–1106
Norrenberg, Johann 121, 749, 892 f., 907
Nottarp, Hermann 834
Nußbaum, Arthur 61, 586
Nuttal, John Mitchell 1135

- Oberländer, Theodor 769
 Obser, Karl 884
 Obst, Erich 846
 Östreicher, Anneliese 111
 Oldenberg, Karl 790, 792
 Olschki, Leonardo 68
 Olshausen, Justus 34
 Oncken, Hermann 20 f., 34, 119–121, 124, 127,
 129, 506, 873, 877–879, 882–887, 891–894, 917,
 926–932, 946, 948, 969 f., 977
 Opet (Ehefrau von Otto Opet) 458
 Opet, Otto 41 f., 455–460
 Oppenheimer, Franz 136, 139, 1023–1029, 1032–
 1034, 1037 f., 1040 f., 1052
 Ostwald, Wilhelm 1113, 1194
 Oswald, Henry 1033
 Otto, Ernst 151
 Otto, Walter 1097
- Pallat, Ludwig 12, 430, 434, 1074
 Paneth, Fritz 178
 Panofsky, Erwin 130, 979–981
 Pantaleoni, Maffeo 740
 Papen, Franz v. 8, 35, 79, 91, 182, 241, 628
 Pareto, Vilfredo 731, 740
 Paschen, Friedrich 155–159, 1118, 1130, 1141–1147,
 1149 f., 1192, 1203 f., 1208, 1218, 1234, 1245,
 1257
 Passow, Richard 106, 109, 785, 808 f., 811 f., 815, 846
 Paulsen, Friedrich 145, 150, 1106
 Pax, Ferdinand 51
 Pélabon, Henri 1114
 Pellengahr, Ludwig 35, 266
 Penck, Albrecht 904
 Perels, Ernst 885
 Perels, Kurt 567, 570
 Perles, Felix 316 f.
 Peters, Franz 35, 257, 372, 430, 434, 853
 Peters, Hans 36, 94, 188, 240, 429, 543, 589, 592 f.,
 622, 661, 689 f.
 Petersen, Carl 970
 Petersen, Julius 885, 1105, 1125
 Petrone, Michele 408
 Pfeiffer, Rudolf 251 f.
 Pfitzer, Paul 915
 Pflüger, Alexander 158, 1141, 1145 f.
 Philippovich von Philippsberg, Eugen 732, 764
 Philippson, Alfred 760
 Piechowski, Paul 241
- Pierstorff, Julius 762
 Pietsch, Paul 296
 Pillet, Alfred 473
 Pinder, Wilhelm 983
 Pirani, Marcello 167
 Planck, Max 21, 55, 153–157, 166 f., 173, 176, 178 f.,
 241, 246, 1115, 1120–1125, 1129 f., 1137 f.,
 1154 f., 1201, 1213, 1252, 1262, 1267, 1283
 Platon 1093, 1102
 Platzhoff, Walter 896 f., 910
 Plenge, Johann 113, 295, 304, 797, 845, 850, 853 f.,
 856–858, 860, 1015
 Plessner, Helmuth 134, 136 f., 1018
 Poetzsch-Heffter, Friedrich 21, 89 f., 96, 600, 659–
 661, 663–665
 Pohl, Heinrich 623, 641, 643
 Pohl, Robert Wichard 161 f., 1129, 1133, 1167 f.,
 1170 f., 1184, 1198, 1238, 1252, 1283
 Pohle, Ludwig 775, 1023 f.
 Pollock, Friedrich 1046
 Pompeckj, Josef Felix 1118
 Popitz, Johannes 79, 89, 377, 579–581, 659 f., 726,
 733, 847
 Prandtl, Ludwig 162, 298, 301, 321, 323, 1158, 1172,
 1200
 Predöhl, Andreas 77 f.
 Premerstein, Anton (Ritter v.) 69, 993, 1268, 1274
 Preuß, Georg Friedrich 919
 Preuß, Hugo 6, 542, 576
 Preyer, Dietrich 59, 111, 114, 182, 420–422, 441, 834
 Pribram, Karl 105 f., 116, 778–782, 1018
 Pringsheim, Ernst Georg 67, 157
 Pringsheim, Fritz 106, 634, 785
 Pringsheim, Peter 165, 170, 178, 1131, 1133 f., 1137,
 1197 f., 1204, 1237–1239, 1241
 Prinz, Hugo 957
 Prion, Willi 99, 821, 826
 Proske, Alfons 35, 430, 1153
 Przybyllock, Erich 984
 Püschel, Wilhelm 601, 603–605
 Purkinje, Johannes Evangelista Ritter v. 42
- Quelle, Otto 760
- Raape, Leo 348
 Rabel, Ernst 21, 670
 Rachfahl, Felix 946
 Radbruch, Gustav 41, 50, 67, 86, 88, 96, 182, 241,
 528 f., 632–634, 651, 655 f., 658, 665 f., 690

- Rade, Paul 305
Radon, Johann 12, 248 f.
Raestrup, Gottfried 262
Ramsauer, Carl 165, 168–170, 1133, 1191 f., 1217 f.,
1227–1229
Ranke, Friedrich 989 f., 992
Ranke, Leopold v. 37, 450, 940
Rassow, Peter 926
Rathenau, Walter 732
Rauer, Max 73
Rauers, Friedrich 885
Rausch von Traubenberg, Heinrich Freiherr 170,
1191, 1237 f., 1241 f.
Redlich, Josef 613
Redlich, Oswald 908, 943
Redslob, Robert 81, 567
Reich, Max 161, 1162–1166, 1172, 1191
Reiche, Fritz 920, 1154 f., 1243
Reichensperger, August 527, 927
Rein, (Gustav) Adolf 124, 127, 135, 922, 924 f., 965 f.
968–970, 973 f., 1055, 1057
Rein, Wilhelm 145
Reinhardt, Karl 68, 1091
Reinhold, Peter 581
Reischmann, Karl 952
Reitzenstein, Richard 1104
Rellich, Franz 1186
Remme, Karl 429
Reventlow, Fritz Graf 917
Rheinstein, Max 599
Ricardo, David 729, 1026
Richarz, Franz 470 f., 1268
Richter, Ernst v. 362, 367, 369, 847, 1080, 1082,
1121 f., 1124
Richter, Werner 5, 13 f., 16, 26, 31, 33–36, 41 f., 53 f.,
58, 64, 66, 70, 95, 99–101, 111, 116, 119, 128 f.,
147, 150, 152, 166, 175, 187, 239–242, 248, 253,
255–259, 263, 266, 315, 325, 379, 421, 429 f.,
432–434, 442, 453, 455, 459, 468, 479, 485, 487,
488 f., 494–496, 503–505, 507, 511, 513, 516, 527,
530 f., 557, 559, 579, 584, 601, 619, 625, 627, 629,
631, 653, 656, 663, 684, 690, 736, 775 f., 834–836,
868, 879, 882, 891–893, 896, 912, 935, 978, 1033,
1041, 1048 f., 1051, 1054, 1065–1068, 1070, 1080,
1083, 1085, 1087, 1176, 1178, 1200, 1226, 1253,
1281 f., 1284–1286
Rickert, Heinrich 148, 1094 f.
Riecke, Eduard 1167, 1252
Riegl, Alois 980, 982
Rieß, Ludwig 885
Riezler, Kurt 35 f., 40, 50 f., 68, 139, 141, 476, 499,
603, 677, 1029, 1033, 1037 f., 1050, 1099, 1103
Riezler, Sigmund (v.) 937
Rinkel, Richard 171 f., 1249 f., 1252, 1254
Rintelen, Anton 512
Ritschl, Hans 104, 767, 769–771, 785, 796 f., 799,
1019
Ritschl, Otto 799
Ritter, Gerhard 68, 120, 125, 127, 133–135, 505 f.,
887, 925, 946–948, 950, 963, 965, 974
Ritzmann, Heinrich 1035
Rive, Richard 11
Robert, Carl 244, 299
Rodenberg, Carl 960
Roemer, Theodor 1207
Röntgen, Wilhelm Conrad 165, 1116, 1196, 1233 f.
Röpke, Wilhelm 72, 112, 116 f., 543 f., 781, 838 f.,
841 f., 844 f.
Rörig, Fritz 45, 127, 439 f., 960–963, 970, 1227
Roethe, Gustav 38, 453–455
Ropp, Goswin Freiherr von der 993
Rosenberg, Arthur 53 f., 121, 133 f., 182, 885, 889,
891
Rosenberg, Hans 965, 1230, 1237
Rosenberg, Hans (Historiker) 133 f.
Rosenstock-Huessy, Eugen 62, 72, 83, 609–612
Rost, Paul 317, 322, 1260
Rothenbücher, Karl 81 f., 91, 95, 97, 567 f., 606–608,
1018
Rothfels, Hans 7, 68 f., 75, 93, 120, 122, 125, 127,
133–135, 434, 531–537, 885–887, 946, 948,
970 f., 973, 975
Rottenburg, Otto v. 11, 54, 188, 429
Rubens, Heinrich 1116–1118, 1141, 1262
Ruck, Erwin 567, 569
Rudolf (Regierungsrat in der Direktion des
Unterrichtswesens des Kantons Bern) 288 f.
Rüdenberg, Max 161
Rüdenberg, Reinhold 1162, 1165 f.
Rühl, Alfred 719
Rukop, Hans 167, 171, 1247–1250
Rumpf, Max 1018
Runge, Carl 246, 1173, 1178
Ruppert, Fritz 76
Rust, Bernhard 8, 34, 70, 79, 157 f., 187, 241, 377,
383, 537 f., 542 f., 545, 555, 563, 1185, 1287
Ruth, Rudolf 611
Rutherford, Ernest 168, 1132, 1135, 1219

- Sachau, Eduard 296, 299
 Saemisch, Friedrich 847
 Sahm, Heinrich 92
 Saint-Simon, Claude Henry de Rouvray, Comte de 1035
 Saitzew, Manuel 116
 Salin, Edgar 1019
 Salomon, Felix 869
 Salomon-Delatour, Gottfried 139, 141, 1033, 1035, 1039f., 1058f.
 Salz, Arthur 1018, 1058f.
 Sartorius, Carl 690
 Sauer, Wilhelm 441f., 1019
 Saxl, Fritz 980
 Schadewaldt, Wolfgang 251f.
 Schaeder, Hans Heinrich 258f.
 Schaefer, Clemens 51, 158f., 167, 173f., 176, 472, 1115, 1133, 1141f., 1154, 1268, 1270–1275, 1277, 1280, 1283, 1285
 Schäfer, Dietrich 63, 118, 133, 495, 873, 896, 928, 959
 Schäffer, Hans 112, 842
 Schäffle, Albert 927, 1017, 1036
 Schairer, Reinhold 28
 Schanz, Georg (v.) 797
 Scheel, Otto 666, 965f., 970, 1220, 1283
 Scheffer-Boichorst, Paul 1061
 Scheler, Max 20, 476
 Schenck, Rudolf 353
 Schermer, Siegmund 1140
 Scherrer, Paul 167f., 1211f., 1214
 Schiller, Ludwig 1199f.
 Schleicher, Kurt v. 35
 Schlenk, Wilhelm 1130, 1137
 Schlick, Moritz 1174
 Schlieffen, Alfred Graf v. 615
 Schlosser, Julius v. 981
 Schlossmacher, Karl 59, 422, 424
 Schmalenbach, Eugen 99, 826, 846
 Schmalenbach, Herman 151
 Schmeidler, Bernhard 942, 944f., 985–988, 993, 995
 Schmidkunz, Hanns 56
 Schmidt (Ärztlicher Direktor der Charité Berlin) 430
 Schmidt, Arnold 1186f.
 Schmidt, Eberhard 455
 Schmidt, Eduard 260–262
 Schmidt, Erhard 1110, 1130
 Schmidt, Erich 241
 Schmidt, Ferdinand Jakob 145
 Schmidt, Fritz 707, 1025, 1027
 Schmidt, Joseph 520
 Schmidt, Karl 1200f., 1205
 Schmidt, Richard 602
 Schmidt, Robert 54
 Schmidt, Rudolf 796
 Schmidt-Ott, Friedrich 13, 29, 253f., 256, 337, 1023
 Schmidt-Rimpler, Walter 610
 Schmitt, Carl 20f., 36, 82f., 86, 90f., 93, 95f., 104, 114, 139, 182, 603, 606, 627, 662, 1029–1031
 Schmitt, Richard 885
 Schmittmann, Benedikt 71f., 540f.
 Schmittmann, Helene, geb. Wahlen 540f.
 Schmölders, Günther 104
 Schmöle, Josef 845f., 850–852
 Schmoller, Gustav (v.) 38, 97, 101, 120, 448, 550, 791, 815f., 871, 915, 1017
 Schneider, Fedor 950
 Schneider, Oswald 20, 74, 77, 110f., 114, 833–836
 Schoen, Paul 340, 574, 634
 Schoenborn, Walther 660
 Schönbrunn, Walter 149, 1099
 Schönchen (Kriminalkommissar in Köln) 540
 Schönemann, Carl Traugott Gottlieb 1062
 Schönfeld, Walther 609f.
 Scholz, Heinrich 960, 1216
 Schomerus, Hilko Wiardo 331, 334
 Schott, Richard 623
 Schottky, Friedrich 296
 Schramm, Percy Ernst 124f., 134, 142, 935–937, 942–945, 985f., 988f., 1055, 1057f., 1060, 1062–1064
 Schreiber, Georg 45, 180, 518f.
 Schreiber, Walther 425, 945
 Schrödinger, Erwin 153f., 156, 159, 166f., 176–179, 1125, 1127–1129, 1137, 1154–1156, 1201, 1208, f., 1211–1214
 Schubert, Franz 325
 Schubert, Friedrich Wilhelm 462
 Schücking, Levin 48
 Schücking, Walther 81, 85, 87, 96f., 565f., 571, 576–578, 616, 641, 644, 656, 660, 671, 954
 Schüler, Georg 77, 553
 Schüßler, Wilhelm 62, 127, 926, 940f., 946, 949, 963–966, 968–970
 Schulte, Aloys 121–123, 759, 893, 896f., 907, 909, 912

- Schultz (Staatsrat in Hamburg) 272, 277, 280, 283
Schultz, Franz 524 f., 1094
Schultze, Otto 151 f., 1107, 1109
Schulz, Fritz 338
Schulz-Schaeffer, Rudolf 683, 686 f.
Schulze, Alfred 88
Schulze, Franz Arthur 470–472
Schulze, Martin 316
Schulze, Robert Alfred 645, 648–650
Schulze, Wilhelm 873
Schulze-Delitzsch, Hermann 915
Schulze-Gävernitz, Gerhart v. 758
Schumacher, Hermann 756, 840 f., 865, 885, 1005
Schumann, Friedrich 1095
Schumpeter, Joseph A. 98, 100 f., 103, 108, 115–117, 178, 690, 723–725, 729, 736–748, 762–765, 796, 826
Schur, Werner 918
Schuster, Ernst 830 f.
Schuster, Hermann 333
Schwander, Rudolf 773
Schwartz, Eduard 251
Schwarz, Hugo 738
Schweinitz, Hans Lothar v. 967
Schweitzer, Bernhard 260–262
Schwoerer, Victor 14, 27, 254, 479
Seckel, Emil 565, 651
Seddig, Max 167
Seeberg, Erich 417
Seedorf, Wilhelm 517
Seeger (Ministerialrat im Württembergischen Finanzministerium) 272
Seeley, John Robert 968
Seeliger, Gerhard 1061
Seeliger, Rudolf 164, 1189
Selter, Hugo 417
Seraphim, Hans-Jürgen 104, 720, 767–769
Sering, Max 100, 241, 719 f., 737, 827, 865
Sethe, Kurt 522, 926, 930
Severing, Carl 13, 254
Seyffert, Rudolf 98 f., 821–823, 825
Sickel, Theodor (Ritter v.) 943, 988, 1056
Siebs, Theodor 1150
Siegel, Karl 151
Siegmond-Schultze, Friedrich 146, 1085, 1101
Simmel, Georg 138, 1036
Simon, Hermann Theodor 1158, 1163–1165, 1167, 1190
Simonis, Hermann 41, 1215, 1224
Singer, Kurt 1018
Sinzheimer, Hugo 53, 82, 86, 588, 590 f., 603, 632–634
Sitzler, Max 35, 89, 256, 430, 458, 665, 1241
Skalweit, August 104, 107, 109, 767–769, 790 f., 811, 813, 815 f., 819
Skalweit, Johannes 815
Skaupy, Franz 167
Slater, John C. 1243
Smekal, Adolph 167, 1207–1210
Smekal, Gustav 1207
Smend, Rudolf 21, 81, 84, 182, 565, 567, 571, 573, 574, 581, 616
Sombart, Werner 100, 106, 108, 116 f., 155, 719 f., 723–726, 743, 762, 788, 796, 798, 827, 1017, 1046
Sommer, Hermann 35, 88, 256, 430, 434, 649, 1197
Sommerfeld, Arnold 154, 156, 166–168, 176, 1115, 1125–1127, 1129, 1155, 1201 f., 1208 f., 1212, 1214, 1245
Sommerfeld, Martin 1094
Spahn, Martin 127–129, 525, 971–973
Spann, Othmar 114, 139, 797, 1025 f.
Spencer, Herbert 139, 1035
Spengler, Oswald 478, 662, 779, 878
Spiethoff, Arthur 101–103, 113, 116, 749–756, 758–762, 765, 799, 827, 834, 897
Spitzer, Leo 260 f.
Spranger, Eduard 53, 78 f., 145–147, 150 f., 157, 719, 879, 885, 1083, 1085, 1087, 1103, 1106
Sprenger, Jakob 562
Srbik, Heinrich Ritter v. 62, 122 f., 128 f., 135, 885, 887 f., 907–914, 973–975, 977
Staa, Wolfgang v. 23, 373, 429, 556
Stählin, Karl 121, 869, 877, 885
Stalman, Albrecht 240
Stammler, Rudolf 576
Stapper, Richard 323
Stark, Johannes 153 f., 158, 161, 164, 173–176, 472, 1115, 1120, 1141–1144, 1147, 1166, 1189 f., 1268–1270, 1272–1274, 1277–1282, 1284–1286
Steffens, Wilhelm 333
Steiger, Heinrich 425
Stein, Edith 47
Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum 532, 535, 947
Stein, Lorenz v. 1015, 1036
Stein, Walter 931, 933, 1059 f.
Steinacker, Harold 125, 134 f., 142, 942–945, 1055 f., 1060, 1062 f.

- Steinbach, Franz 122, 907, 914
Steindorff, Ernst 1062
Steinwenter, Artur 61 f., 512 f.
Stengel, Edmund 69, 993 f.
Stengel, Karl (v.) 569
Stenzel, Julius 64, 75, 148, 150, 487 f., 970, 1091,
1097, 1102, 1243
Stern, Ernst v. 245
Stern, Georg 738 f., 741, 744
Stern, Otto 66, 153 f., 156, 1130, 1132–1136, 1139,
1193, 1258
Sternberg, Fritz 1045
Sternfeld, Richard 118, 301 f., 868, 872, 883
Stier, Friedrich 14, 266, 272, 481
Stier-Somlo, Fritz 67, 81, 565 f., 568, 570
Stieve, Friedrich 656
Stille, Hans 1000, 1169, 1185
Stöcker, Adolf 948
Stoltenberg, Hans Lorenz 1018
Stolypin, Pjotr Arkadjewitsch 721 f.
Stoner, Edmund Clifton 1245
Strecker, Wilhelm 1277
Stresemann, Gustav 6, 30, 88 f., 93, 110, 431, 580 f.,
656–658
Strich, Fritz 132
Strieder, Jakob 908
Strunk, Hermann 266, 991
Strupp, Karl 75, 97, 603, 687, 952 f.
Stuckart, Wilhelm 545
Stucken, Rudolf 107, 793–795
Stumpf, Karl 324
Stutz, Ulrich 21, 182, 542, 574, 581, 588, 592
Stutzer, Albert 15
Südekum, Albert 291, 293 f., 355, 751, 753 f., 1149,
1160
Süß, Theodor 622
Sybel, Heinrich v. 972
Sydow, Eckart v. 55
- Tacchi-Venturi, Pietro 910
Take, Emil 470 f.
Tammann, Gustav 1112
Tangl, Michael 873, 896, 1061
Terhalle, Fritz 61 f., 104, 107, 112, 498, 767, 769, 771,
796, 800, 842, 844–846
Terlan, Johann Eggen van 530
Tesar, Ottokar 442
Teschemacher, Hans 108, 110, 796 f., 826, 828, 834,
1019
- Thiel, Alfred 1272, 1274, 1281, 1284 f.
Thiersch, Hermann 1162
Thiess, Karl 98, 824, 971
Thoma, Eugen Arthur 14, 265, 269, 271, 276, 284 f.
Thoma, Richard 20, 63, 81–83, 87, 94–96, 565 f.,
571 f., 606–608, 640, 689
Thoms, Hermann 1130
Tillich, Paul 40, 50, 55, 106, 149, 476, 733, 1030,
1053
Tillmann, Fritz 266, 270, 272 f., 275, 277, 279, 282,
431 f., 894
Tirpitz, Alfred (v.) 121, 897
Titze, Heinrich 417, 582
Tönnies, Ferdinand 136 f., 762, 817, 820, 1014, 1077
Toeplitz, Otto 963
Toller, Ernst 529
Traube, Ludwig 988, 1061
Trautmann, Reinhold 1257
Treichel (Geschäftsmann in Wien) 738
Treitschke, Heinrich v. 972, 999
Trendelenburg, Ernst 847, 906
Trendelenburg, Ferdinand 167
Triepel, Heinrich 21, 81, 84, 87, 95, 182, 575 f., 578,
581, 594, 616, 640
Troeltsch, Ernst 869, 1035, 1059, 1116
Troeltsch, Walter 173, 684, 843 f., 1272, 1274
Tromp, Friedrich 550
Trott zu Solz, August v. 518, 1023
Trotzki, Leo 84
- Uhl, Wilhelm 417
Ulich, Robert 14, 150, 258–262, 265, 270 f., 274,
281–283, 288, 290, 480, 1097, 1100–1102
Ulm, Helmut 1187
Ulmer, Eugen 689
Unger, Rudolf 416 f., 525, 1105
Unsöld, Albrecht 171, 1243, 1245 f.
Utitz, Emil 151
- Vaerting, Mathilde 47
Vahlen, Theodor 553 f., 564, 1186
Vaihinger, Hans 16
Valentin, Veit 134, 182, 930
Valentiner, (Justus) Theodor 35, 106, 157, 187, 384,
430, 433 f., 517, 520, 665, 789 f., 937, 1064, 1139,
1186
van't Hoff, Jacobus Henricus 1113
Vauban, Sébastien le Prestre de 762
Verdross, Alfred v. 49, 91, 674–676

- Vierkandt, Alfred 138 f., 142, 330, 719, 1004–1006, 1015, 1036, 1066, 1069
Vietsch, Wilhelm v. 764
Vigener, Fritz 993, 995
Vinogradoff, Paul 871
Virchow, Rudolf 38, 450
Vleugels, Wilhelm 829, 832, 1019, 1059
Vogel, Walther 873, 885
Voigt, Andreas 778, 781
Voigt, Georg 773
Voigt, Johannes 1268
Voigt, Woldemar 1141, 1167–1170, 1252, 1257
Volkmann, Paul 173, 1255, 1259 f., 1263, 1266, 1268
Volz, Gustav Berthold 915
Voss, Georg 556
Vossler, Karl 68, 499
- Wach, Joachim 1018
Waentig, Heinrich 50, 88, 107, 645, 649 f., 796, 800–803, 805, 1072 f., 1075, 1083
Wätjen, Hermann 127, 434, 931, 933, 937, 939 f., 957, 959 f., 965 f., 969
Waetzmann, Erich 1153
Waetzoldt, Wilhelm 54, 983
Wagner, Adolf 448, 1024
Wagner, Ernst 1195 f., 1233
Wagner, Karl Willy 1248
Waibel, Leo 440
Waldecker, Ludwig 45, 85–87, 92, 95 f., 110, 417, 441–443, 576, 616, 623–629, 631, 640, 677–680, 767
Waldeyer, Wilhelm 465
Waldow, Wilhelm v. 335
Wallichs, Adolf 822
Walras, Léon 731, 740
Walther, Andreas 136, 138, 141, 929, 1000, 1055, 1058–1060, 1064
Wangerin, Albert 1268
Warburg, Emil 1164, 1234
Ward, Lester F. 1036
Wartburg, Walther v. 260
Washington, George 974
Wattenbach, Wilhelm 988, 1061
Weber, Adolf 63, 102–105, 116, 755 f., 759–761, 772–777, 827, 846
Weber, Alfred 61, 139 f., 1029, 1035 f., 1059
Weber, Gottfried 992
Weber, Heinrich 113 f., 845, 848 f., 851–853, 855, 857 f., 860
Weber, Leonhard 1216
Weber, Ludwig 1122
Weber, Marianne 508
Weber, Max 48, 415, 528, 662, 722, 746, 775, 941, 988, 1017, 1035, 1046, 1059
Weber, Werner 1185
Weber, Wilhelm (Althistoriker) 12, 242–245, 247, 946
Weber, Wilhelm (Physiker) 1266 f.
Wedekind, Rudolf 1277
Wedemeyer, Werner 666, 690
Wegner, Arthur 651 f.
Wegscheider, Hildegard 146, 1083, 1085
Wehberg, Hans 578
Wehnelt, Arthur 1116, 1130 f., 1133 f., 1137
Weierstraß, Karl 450
Weigel, Oskar 1277
Weil, Felix 140 f., 1033, 1041, 1050 f., 1053
Weisbach, Werner 76, 555
Weismann, Robert 429
Weitz, Ernst 1203
Wende, Erich 31, 33–35, 46, 68, 76, 169, 187, 232, 239, 325, 338, 340, 352, 359, 421, 439, 515, 518–520, 526, 542, 576, 706, 750, 772, 777, 865, 1042, 1047 f., 1114, 1145, 1165–1167, 1170, 1172, 1225
Weniger, Erich 149, 1099
Wentscher, Max 907, 911
Wentzel, Gregor 166, 1201 f., 1206
Wentzke, Paul 973–975
Wenzel, Max 645 f.
Werminghoff, Albert 132, 993 f.
Wertheimer, Max 40, 149, 476, 478, 1099
Westphal, Otto 124, 922–924, 926
Westphal, Wilhelm 165, 1193, 1197
Wettstein (Regierungsrat in der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich) 288
Wettstein, Ritter von Westersheim, Fritz 1185
Weyhe, Hans 937, 940
Weyl, Hermann 18, 63, 163 f., 178, 1161, 1180, 1182, 1184–1186
Wickhoff, Franz 981
Wiedenfeld, Kurt 102, 116, 755–757, 759 f., 827
Wien, Max 63, 154, 160 f., 171, 176, 1115–1117, 1138, 1155, 1157–1159, 1162, 1165, 1248, 1251, 1283
Wien, Wilhelm 63, 153, 158, 167, 176 f., 1115–1117, 1134, 1138, 1141, 1147, 1154, 1157, 1194, 1196, 1270, 1283
Wien, Willy 154

- Wiener, Otto 1141, 1283
 Wiese, Leopold v. 105, 137, 139, 142, 767, 1015, 1016 f., 1019, 1023, 1029 f., 1032, 1036, 1067
 Wieser, Friedrich (Freiherr v.) 731, 764, 779, 787
 Wigand, Albert 1194
 Wilbrandt, Robert 1018
 Wilcken, Otto 413
 Wilcken, Ulrich 885
 Wilhelm II., König von Preußen und deutscher Kaiser 84, 615, 656, 889
 Willrich, Hugo 930
 Windelband, Wolfgang 14, 18, 33 f., 44, 58, 63, 87, 93, 105, 108, 110 f., 123, 126, 129–131, 133, 142, 147, 150, 157, 163, 166, 188, 239, 250 f., 257, 260–262, 264–266, 268 f., 271, 274 f., 277, 280 f., 284 f., 288, 381, 429, 498–501, 503, 505, 507, 509, 512, 581, 586 f., 613, 625, 627 f., 631, 640, 656, 688 f., 734, 793, 826 f., 833 f., 885, 891, 921, 926, 935 f., 950 f., 977, 979, 983, 996–999, 1038, 1040, 1048 f., 1065, 1086, 1091, 1103, 1137 f., 1180, 1182, 1184, 1201, 1206, 1225 f., 1242
 Winkler, Hubert 51
 Winkler, Martin 989
 Winter, Franz 891
 Winterthur, Johannes v. 987, 1063
 Wirth, Joseph 528 f.
 Wiskemann, Erwin 112, 842
 Wissner, August 564
 Wissowa, Georg 244 f.
 Wittmayer, Leo 645 f., 677–679
 Wölflin, Heinrich 131, 980, 982–984
 Wohlhaupter, Eugen 952
 Woldt, Richard 54, 429, 855
 Wolfers, Arnold 52, 100, 719, 725
 Wolff, Christian (Freiherr v.) 948
 Wolff, Eugen 489 f.
 Wolff, Ferdinand v. 1191, 1195, 1197, 1199
 Wolff, Hellmuth 800
 Wolff, Martin 586
 Wolff, Theodor 433, 580 f.
 Wolgast, Ernst 637, 639 f.
 Wollenberg, Robert 474
 Wolters, Friedrich 127, 440, 940 f., 963–965
 Wolzendorff, Kurt 87, 96, 182, 642, 644
 Worringer, Wilhelm 62, 114, 131, 978, 983–985
 Wrangell, Mathilde v. 47
 Wrochem, Albrecht v. 14, 266, 272, 285, 479
 Willenweber, Walter 272–284
 Wüst, Ewald 1217, 1222
 Wundt, Wilhelm 1174
 Wygodzinski, Wilhelm 815
 Zahn, Hermann 169 f., 1191, 1211, 1222, 1224, 1227–1231, 1235 f., 1238
 Zeeman, Pieter 1141
 Zehler, Friedrich 265, 271
 Zeller, Eduard 450
 Zenneck, Jonathan 155, 171, 176, 1115, 1118–1120, 1199, 1248
 Ziegler, Heinz Otto 1018
 Ziehen, Julius 145, 148, 1092
 Ziehen, Theodor 150 f., 481, 1174
 Ziekursch, Johannes 119–121, 123, 129, 134, 885 f., 914 f., 918 f., 921, 930, 940 f., 976 f.
 Zielstorff, Willy 417, 1107, 1265
 Ziertmann, Paul 150 f.
 Ziesemer, Walther 984, 989–992
 Zimmermann, Waldemar 1028
 Zitelmann, Ernst 855
 Zorn, Philipp 420
 Zschintzsch, Werner 377
 Zwiedineck-Südenhorst, Otto v. 414 f.

